

University of Virginia Library
HX253.A27 A25 V.4
ALD Aufsätzen, Reden und Briefe /



AX 000 864 076

UNIVERSITY
OF VIRGINIA
CHARLOTTESVILLE
LIBRARIES

P. 1000
 1. 1000
 2. 1000
 3. 1000
 4. 1000



Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe

**Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozial-
demokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs**

VIII. Heft:

Victor Adler der Parteimann

**Reden und Aufsätze, gesammelt und in vier Heften
zusammengestellt von Dr. Gustav Pollatschek,
mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer**

3. Österreichische Politik

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI



Victor Adler als Fünfziger.
Photographiert von Anton Hueber im Sitzungszimmer der Gewerkschaftskommission, Wien VI,
Mariahilferstraße 89 A (1903).

VICTOR ADLER DER PARTEIMANN

Reden und Aufsätze,
gesammelt und in vier Heften zusammengestellt
von Dr. Gustav Pollatschek,
mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer

Österreichische Politik

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

HX

253

.A27A25

Bd.4

Heft 8-9

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1929 by Wiener Volksbuchhandlung

F. Skaret-Dr. R. Danneberg

Wien VI, Gumpendorferstraße 18

Vorwort.

Daß dieser Band der Adler-Schriften der umfangreichste ist, bedarf keiner Erklärung. War doch die österreichische Politik der Boden, auf dem Adler die sozialistischen Grundsätze betätigte, die sozialistische Taktik zur Wirklichkeit machte. Adler wurde zwar erst im Jahre 1905 in das österreichische Abgeordnetenhaus gewählt, nachdem er im Jahre 1901 bereits niederösterreichischer Landtagsabgeordneter gewesen war, aber auch schon lange vorher war er der unbestrittene Leiter der sozialdemokratischen Politik in Österreich und als Redakteur der „Gleichheit“, die von ihm geschaffen wurde, und später der „Arbeiter-Zeitung“, hat er, obwohl er kein politisches Mandat hatte, ja, obwohl die Arbeiterschaft kein Wahlrecht hatte, auf den Gang der österreichischen Politik einen größeren Einfluß gehabt als so mancher von denen, die sich als Staatsmänner und führende Politiker aufspielten.

So gibt dieser Band von Adlers Reden und Schriften, der die österreichische Politik behandelt, ein Bild nicht nur von Adlers Anschauungen über die österreichische Politik, sondern ganz ebenso auch von dieser Politik selbst. Wir sehen im Spiegel dieser Reden und Aufsätze diesen Staat förmlich vor unseren Augen zerfallen, wir sehen, wie die bürgerlichen Parteien in nationalistischer Verblendung sich selbst zerfleischen, wie sie nicht einmal die Kraft und die Einsicht haben, sich zu einigen, um den Kampf gegen die Arbeiterschaft zu führen. Wir sehen, wie eine Zeitlang das Parlament des allgemeinen Wahlrechts, das die Arbeiterschaft erkämpft hat, den Zerfall des Staates zu hemmen scheint und wie sich gerade auf dem Boden dieses Parlaments ein Klassenkampf zwischen Bürgertum und Proletariat zu entwickeln beginnt, wir sehen aber bald, wie einesteils die christlichsoziale Verlogenheit selbst diesen Klassenkampf verfälscht und wie andernteils die freisinnigen bürgerlichen Parteien aus Angst vor der Arbeiterschaft sich unter die Botmäßigkeit des Klerus und des Hofes begeben, wie also auch dadurch der Klassenkampf korrumpiert wird.

Der nationale Kampf hat auch die Arbeiterbewegung nicht unberührt gelassen. Nicht als ob die von den bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Unternehmer gegründeten nationalen Arbeiterparteien mehr zu bedeuten gehabt hätten als die christlichsozialen Arbeiterorganisationen, die, von den Christlichsozialen lediglich zu Wahlzwecken geschaffen, gleich jenen keine wirkliche Arbeiterpolitik

machen durften, und darum bedeutungslos blieben. Aber gerade auf dem Gebiet der Gewerkschaftsbewegung, wo man es am wenigsten erwarten könnte, hat der nationale Kampf die Arbeiterbewegung schwer betroffen. Und der gewerkschaftliche Separatismus hat dann auch auf die Politik zurückgewirkt, vor allem indem er die tschechische Sozialdemokratie spaltete und damit auch die bisherige österreichische Gesamtpartei auseinandersprenge.

Hat der vorige Band, der von der internationalen Taktik handelte, mit der Gewerkschaftsbewegung geendet, so knüpft dieser Band an ihn an, indem er mit dem Separatismus beginnt, wobei man an der Hand der Reden und Artikel Adlers die ganze Entwicklung des Separatismus verfolgen kann, angefangen von dem Verlangen nach der nationalen Teilung der Gewerkschaftskommission auf dem Gewerkschaftskongreß im Jahre 1896 über den internationalen Kongreß in Kopenhagen bis zur Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie. Anschließend daran bekommen wir dann im nächsten Kapitel eine Geschichte der Gesamtpartei vom Parteitag im Hotel Union im Jahre 1891, wo die Gesamtpartei sozusagen begründet wurde, über den Parteitag auf der Schützeninsel in Prag, wo die nationale Organisation beschlossen wurde, bis zu ihrer Auflösung durch die tschechoslawische Sozialdemokratie, die sich weigerte die Gesamtexekutive zu beschicken, solange die abgesplitterte Partei der Zentralisten ihr angehöre. Das unmittelbar darauf folgende Kapitel von der nationalen Frage mit dem Brünner Nationalitätenprogramm, das einen vergeblichen Versuch einer Reorganisation Österreichs durch eine Umwandlung in einen Nationalitätenbundesstaat darstellt, leitet dann zu dem nächsten Kapitel vom Zerfall Österreichs über. Wer jene Zeiten wirkend oder beobachtend miterlebt hat, wird den „Ekel am Staat“, die Verachtung für Österreich, seine Dynastie und seine bürgerlichen Parteien, die Adler da nur wenig verblümt zum Ausdruck bringt, mitempfinden, ein Gefühl, das zum Beispiel in der Äußerung, daß Österreich auf dem Schindanger der Weltgeschichte verenden werde — eine Prophezeiung, deren Wahrheit wir schauernd erlebt haben — und in der Feststellung, daß, wenn Österreich verfault, das Proletariat nicht mitverfaulen wolle, seinen Ausdruck findet.

Die Betrachtungen über die Grenzen der parlamentarischen Macht, die Politik der Straße und die Bedingungen der Obstruktion im Kurienparlament, in dem die Sozialdemokraten nur eine kleine Partei von elf Mann sind, leiten dann über die Betrachtungen von dem Verrat Habsburgs am ungarischen Wahlrecht — ein kurzer zäsaristischer Traum! — und über die Reden zur ersten russischen Revolution im Jahre 1905 und der dann einsetzenden Gegenrevolution über zu dem Kampf um das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes, durch dessen Zerstörung Österreichs Machthaber — ist es doch bezeichnend, daß der Ministerpräsident Bienerth im Kramarsch-Prozeß die Bemühungen um die Rettung des Parlaments als ein Manöver gegen seine Regierung

erklärte — die letzte Klammer zerstörten, die das alte Österreich zusammenhielt und damit das Ende Österreichs selbst herbeiführten.

Nicht minder packend ist die Schilderung der bürgerlichen Parteien, die Adler im nächsten Kapitel gibt und die eine förmliche Geschichte des österreichischen Bürgertums am Ende des vorigen und im Anfang dieses Jahrhunderts darstellt. Man kann da die Entwicklung der christlichsozialen Partei von dem christlichen Sozialismus eines Kooperators Eichhorn bis zu den Marodeuren des Klerikalismus, wie sie Adler in seiner berühmten Rede im niederösterreichischen Landtag am 11. Juli 1901 nannte, verfolgen — in jener Rede, bei der Lueger sich nicht scheute, die Lüge von den Prostituierten aus der Novaragasse, die für Doktor Adler agitiert hätten, vorzubringen — und man kann auch den Verfall des bürgerlichen Liberalismus und des bürgerlichen Nationalismus an der Hand dieser Reden studieren.

Den Abschluß dieses Bandes bildet das Kapitel von der Klassenregierung mit der Schilderung der Klassenjustiz, die an den Opfern des 17. September 1911 geübt wurde.

Mehr noch als bei den anderen Bänden muß bei diesem Bande auf die Fußnoten aufmerksam gemacht werden, die das Verständnis der Reden erleichtern, indem sie die heute kaum mehr den Politikern Erinnerlichen Details der Geschichte des zerfallenden Österreich erzählen.

Wien, Anfang Oktober 1928.

Dr. Gustav Pollatschek.

Der Separatismus.

Nationale Teilung der Gewerkschaftskommission.

Gewerkschaftskongreß 1896.

In zweiter Linie will ich auf die Geschichte mit den nationalen Fragen zurückkommen*). Der Antrag Roušar ist ein Antrag, über den sich die Mitglieder der Parteivertretung, die Mitglieder

*) Auf dem zweiten Gewerkschaftskongreß im Jahre 1896 wurde von der provisorischen Gewerkschaftskommission ein Organisationsentwurf vorgelegt, der vor allem die Durchführung des Industriegruppensystems bezweckte. In die Debatte griff auch Adler ein. Zwei Punkte waren es vor allem, die die Partei dabei interessierten, und über sie sprach er. Der erste Teil seiner Rede beschäftigte sich mit der Forderung der Umwandlung der Bildungsvereine in allgemeine Gewerkschaftsvereine. Dieser Teil der Rede ist unter dem Titel „Gewerkschaft und Bildungsverein“ abgedruckt.

Wichtiger allerdings ist der zweite Teil der Rede, der hier abgedruckt ist und der sich mit dem Verlangen der tschechischen Partei nach einer Teilung der Gewerkschaftskommission befaßte, wie es in dem von den Prager tschechischen Metallarbeitern und ihrem Sekretär Josef Roušar eingebrachten Antrag zum Ausdruck kam.

Im Jahre 1894 schon war ein Streit um das Eigentum an dem in Prag erscheinenden tschechischen Fachblatt der Metallarbeiter, dem „Kovodělník“, entstanden. Der böhmische Landesverein hatte eigenmächtig auf das Blatt die Bezeichnung gegeben, daß es sein Eigentum sei. Auf Antrag der Brünnner Metallarbeiter hatte der Verbandstag am 15. August 1894 festgestellt, daß das Blatt Eigentum des Metallarbeiterverbandes sei.

Der Redakteur des Blattes, der die Bemerkung auf dem Blatte dementsprechend ändern wollte, wurde aber von den Pragern gekündigt, worauf der Verbandsvorstand am 6. Mai 1895 den böhmischen Landesverein ausschloß. Dieser gab darauf ein eigenes Blatt heraus. Auf einer Konferenz im August wurde der Streit beigelegt. Der böhmische Landesverein stimmte zu, daß die Zeitung Eigentum des Verbandes sei.

Zu Pfingsten 1896 fand ein Parteitag der tschechoslawischen Sozialdemokratie statt. Dieser lehnte noch mit 19 gegen 13 Stimmen alle Anträge ab, die auf eine nationale Teilung der Gewerkschaften oder Gründung einer eigenen Gewerkschaftskommission abzielten. Aber schon damals erklärte Anton Němec (der nachmalige Redakteur des „Právo Lidu“ in Prag und später Abgeordneter von Prag, damals noch Redakteur des tschechischen Parteiblattes „Dělnické Listy“ in Wien; er war von

der Gewerkschaftskommission und die Mitglieder des tschechischen Exekutivkomitees ausgesprochen und sich einverstanden erklärt haben. Ich weiß aber nicht, ob Genosse H u e b e r davon gesprochen hat. Ich war nämlich durch die Vormittagsversammlung verhindert, zu kommen; er wird sagen, da wir nicht abgestimmt haben — wir können nämlich nicht Gesetze geben, das muß der Kongreß tun —, daß er nicht dazu verpflichtet gewesen wäre, darüber zu berichten. (Rufe: Er hat das Gegenteil berichtet!) In den nationalen Fragen stehen wir auf dem Standpunkt, daß, weil die nationale Verschiedenheit in der Welt ist, in jeder Beziehung den praktischen Erfordernissen Rechnung getragen werden müsse, daß wir so viel für die Doppelsprachigkeit, wo die Anstellung eines anderen Mannes nötig

Beruf Buchdrucker und war früher in Brünn Redakteur der „Rovnost“) im Namen der Minderheit, daß der nächste Parteitag die „notwendige Selbständigkeit“ einer tschechischen Gewerkschaftsorganisation werde beschließen müssen.

Im August 1896 lehnte eine Konferenz tschechischer Gewerkschafter in Prag einen Antrag auf Schaffung einer eigenen tschechischen Gewerkschaftskommission in Prag einstimmig ab und am 5. September lehnte auch eine Plenarversammlung in Brünn die nationale Teilung ab. Auch am 23. September wies noch eine Konferenz in Prag die Teilung der Organisation ab und beschloß, daß in Prag, wie anderswo, nur eine Landesgewerkschaftskommission sein solle. Aber schon im nächsten Monat beschloß eine Reichskonferenz der tschechischen Gewerkschafter die Errichtung einer tschechischen Sektion bei der Gewerkschaftskommission und eines eigenen tschechischen Sekretariats neben dem deutschen zu verlangen, worauf die „Gewerkschaft“, das Organ der Gewerkschaftskommission, erwiderte, daß ohnehin zwei tschechische Mitglieder in der Gewerkschaftskommission seien und die Kommission auch einen tschechischen Sekretär, Karl K o ř í n e k, angestellt habe.

Auf dem Gewerkschaftskongreß, der am 25. Dezember im Hotel „Union“ zusammentrat, besprach Hueber in seinem Referat über Organisation und Agitation auch die tschechischen Anträge und wendete sich gegen jede nationale Trennung. Die Kommission habe aber nichts dagegen, daß in Prag eine eigene Kraft angestellt werde. Die Forderungen der Tschechen nach einem zweiten tschechischen Sekretär vertrat Josef Roušar, Vertreter der Prager Metallarbeiter, der erklärte, daß die Tschechen keine Zwietracht wollen, was die Tatsache beweise, daß sie K o ř í n e k als Sekretär vorschlugen.

Bei der Abstimmung wurde der tschechische Antrag abgelehnt, worauf Roušar erklärte, daß die tschechischen Delegierten gegen die Majorisierung protestieren und zum Zeichen des Protestes an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnehmen.

Dieser Beschluß wurde sowohl vom „Metallarbeiter“ wie von der „Arbeiter-Zeitung“ als taktischer Fehler bezeichnet. Am 31. Jänner 1897 fand in Prag ein Kongreß der tschechischen Gewerkschaften und Bildungsvereine statt, und dort wurde nach einem Referat von Roušar eine Resolution beschlossen, die die Notwendigkeit der Errichtung einer tschechischen Gewerkschaftskommission anerkennt, in jedem Kronland, wo sich eine genügende Anzahl tschechischer Arbeiter befinde, seien Landesvereine zu gründen, die dann zu den Reichsverbänden beitreten können. (Siehe Deutsch, Seite 223.)

ist, tun müssen, daß sie gefördert und nicht behindert wird. Wenn eine mächtige tschechische Gewerkschaftsbewegung da ist, so muß die Gewerkschaftskommission einen Beamten haben, welcher der tschechischen Sprache mächtig ist, aber auch Vertrauensmann der tschechischen Gewerkschaften ist. Heute ist ein Kanzlei beamteter angestellt, der bedeutet für die Tschechen soviel wie gar nichts.

Die tschechischen Genossen haben ursprünglich einen viel weitergehenden Antrag gestellt. Man hat gefürchtet, daß der Antrag der Bergarbeiter eine Zersplitterung der Kommission nach Nationalitäten herbeiführen wird. Das ist aber ein Unsinn, verzeihen Sie den unparlamentarischen Ausdruck. Wir haben gesagt, es gibt in der Gewerkschaftskommission Schuster und Schneider, aber keine Tschechen und Deutsche. Man kann eine Kommission nicht nach Nationalitäten zusammenstellen; man kann aber dem Sprachenbedürfnis Rechnung tragen. Ich rufe Genossen Hueber zum Zeugen auf, er ist überlastet, und warum sollen wir ihm nicht einen zweiten Sekretär begeben? Was der Hueber kann, warum soll es nicht ein zweiter auch können? Wenn Genosse Cerny*) aus Prag gesagt hat, eine gemeinsame Organisation ist in Böhmen unmöglich, so sage ich, sie besteht schon, wo tschechische und deutsche Arbeiter miteinander arbeiten. Wir empfehlen Ihnen also den Antrag Roušar, nur möchte ich bemerken, daß der Antrag ausdrücklich sagt, daß die beiden Sekretäre von der Kommission und nicht vom Kongreß angestellt werden. Der Kongreß kann keinen absetzen, aber die Kommission kann ihn absetzen. (Beifall.)

Der Separatismus vor der Internationale.

Internationaler Kongreß in Kopenhagen 1910.

Im Internationalen Büro.

Ich bin verpflichtet, die Sache der tschechischen Genossen, die hier nicht vertreten sind, zu führen**). Ich stelle zunächst richtig, daß die Reichskommission keine „deutsche“, sondern eine inter-

*) Der Vertreter der böhmischen Metallarbeiter, Wilhelm Cerny.

**) Der Internationale Kongreß in Kopenhagen hatte über die von der tschechoslawischen Sozialdemokratie betriebene Spaltung der Gewerkschaften, über den „Separatismus“, zu entscheiden. Die Reichsgewerkschaftskommission Österreichs beschwerte sich darüber, daß durch die von der tschechischen Sozialdemokratie ganz offiziell betriebene Spaltung der einheitlichen Gewerkschaften der Beschluß des Stuttgarter Kongresses vom Jahre 1907 verletzt werde, der ausdrücklich erklärte, daß die „Einheit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Streik eine wesentliche Bedingung des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung“ sei. Diese Resolution hatte in Stuttgart auch Němec für die Tschechen unterschrieben. Die Resolution, für die damals auch die Tschechen stimmten, wurde mit 212½ gegen 18½ Stimmen angenommen. Seither aber war der Separatismus bei den Tschechen siegreich geblieben. Zu dem Kopenhagener Kongreß waren als Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände auch

nationale Kommission ist, der 300.000 deutsche, 118.000 tschechische, 20.000 polnische Arbeiter angehören. Die Gewerkschaften, die zum Kongreß delegiert haben, haben das Recht, hier vertreten zu sein, und haben das Recht, in die nationale Sektion aufgenommen zu werden, der sie angehören. So sind auch die polnischen Gewerkschafter von selbst Mitglieder der polnischen Sektion und ebenso müssen die tschechischen Gewerkschafter Mitglieder der tschechischen Sektion sein. Es ist ausgeschlossen, daß man die tschechischen Arbeiter, die große internationale Gewerkschaften vertreten, national disqualifizieren dürfe. Die Genossen haben Anspruch darauf, der Sektion ihrer Nation anzugehören, um nicht vor ihrem Volke disqualifiziert zu erscheinen. Sie sind Tschechen, gehören also in die tschechische Sektion, und die tschechische Sektion hat kein Recht, Vertreter von hunderttausend gewerkschaftlich organisierten tschechischen Arbeitern auszuschließen. Die Ausgeschlossenen sind übrigens Mitglieder der tschechischen Partei und haben auch ihre Mitgliedsbücher! Wenn Němec sagt, daß zwei von diesen Genossen in Prag eine Konkurrenzorganisation gegründet haben, so hat er den Sachverhalt recht un-

zweölf tschechische Zentralisten gewählt, die selbstverständlich ihren Beitritt zur tschechischen Sektion anmeldeten. Aber die tschechische Sektion weigerte sich, die Mandate von sieben dieser tschechischen Delegierten anzuerkennen. Diese sieben Delegierten überreichten dagegen dem Internationalen Büro einen Protest. Bei der Verhandlung dieses Protestes begründete Němec die Nichtanerkennung der Mandate damit, daß die Abgewiesenen einer Gewerkschaftskommission angehören, die der deutschen Partei untersteht, sie gehören also — zur deutschen Sektion. Dagegen wendete sich Adler sofort. Am zweiten Tage gingen Dr. Soukup und Němec noch schärfer gegen die Abgewiesenen los, von denen sie behaupteten, daß sie keine Verbindung mit der tschechischen Sozialdemokratie hätten. In der dritten Sitzung verlas Němec eine Erklärung, daß die 37 Delegierten der tschechischen Sektion von ihrem Beschluß nicht abgehen könnten. Schließlich wurde ein Antrag Adlers, die tschechische Sektion zu beauftragen, die Mandate der tschechischen Zentralisten anzuerkennen, einstimmig angenommen, wobei sich die Tschechen vorbehielten, die der Minderheit einzuräumende Stimmenzahl selbst zu bestimmen. Da sie aber die Entscheidung immer hinausschoben, wurde vom Büro beschlossen, daß die Zentralisten von den sieben tschechischen Stimmen zwei erhalten.

Die Frage der Einheitlichkeit der Gewerkschaften wurde dann in der zweiten Kommission in drei Sitzungen beraten. In der ersten Sitzung sprachen mit unbeschränkter Redezeit nur Hueber und Němec. In der zweiten Sitzung kam auch Adler zum Wort. In der dritten Sitzung beantragte nach Schluß der Debatte Němec plötzlich eine Resolution, die in längeren Ausführungen feststellen wollte, daß jeder Versuch, die Einheitlichkeit der Arbeiterschaft jeder Nation zu sprengen oder zu stören, den Grundsätzen der sozialistischen Internationale widerspreche. Da eine Debatte nicht mehr möglich war, beantragte Adler, in der Resolution Němec überall das Wort „Nation“ durch das Wort „Staat“ zu ersetzen.

Die Kommission beschloß mit allen gegen die tschechischen Stimmen folgende Resolution:

genau ausgedrückt: wahr ist, daß die österreichische Gewerkschaftskommission in Prag ein Sekretariat errichtet hat, wozu sie natürlich vollständig berechtigt war. Und wenn er darauf hinweist, daß zwei von den Ausgeschlossenen ein Blatt herausgeben, das der tschechischen Partei unangenehm ist, so stelle ich fest, daß das Blatt (gemeint ist der „Proletář“) nicht von einzelnen Genossen, sondern von den tschechischen zentralistischen Gewerkschaftern geschaffen worden ist, und zu dem berechtigten Zweck geschaffen worden ist, um die Zentralverbände gegen die Angriffe der Separatisten zu verteidigen. Wenn übrigens „Angriffe“ gegen die Partei ein Grund zur Ausschließung vom Kongreß wären, so wäre manche nationale Sektion gar nicht zustande gekommen vor lauter Ausschließungen. Auch andere nationale Sektionen haben mit ihren Gewerkschaften Abkommen treffen müssen und dazu wird sich auch die tschechische bequemen müssen. Ganz unmöglich ist es, daß tschechische Gewerkschaften auf dem Kongreß ohne Vertretung bleiben dürfen!

Am ersten Sitzungstag wurde die Sache nicht erledigt. Die Verhandlung wurde also am nächsten Tage fortgesetzt:

Dr. Adler stellt vor allem die Behauptung richtig, die Němec vorgebracht hat, daß die Abgewiesenen keine Verbindung mit der

Der Internationale Sozialistische Kongreß in Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten ist und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.

In vielsprachigen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongreß erklärt ferner, daß jeder Versuch, international einheitliche Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale Büro und das Internationale Gewerkschaftssekretariat werden gebeten, ihre guten Dienste den beiden direkt interessierten Parteen zur Verfügung zu stellen, um den in dieser Frage bestehenden Konflikt zu beseitigen im Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit.

Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Plechanow (Rußland) gewählt. Als Korreferent sprach Němec. Dann sprach für die tschechischen Zentralisten Jura (Brünn), für die Separatisten Šašek (Prag) und dann Greulich (Schweiz), nach ihm kurz Adler.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Kommission mit 222 gegen fünf Stimmen angenommen. Nur die tschechischen Separatisten hatten dagegen gestimmt.

Der achte Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen fand vom 28. August bis 3. September 1910 statt. 887 Delegierte von 23 Nationen waren anwesend, aus Österreich 65 Delegierte.

tschechischen Partei unterhalten, keine Verbindung — aber sie und ihre Mandatgeber sind die Wähler von euch! Sie sind alle eingeschriebene Mitglieder der Partei. Ich wünsche gewiß keiner Partei die Spaltung, aber man kann doch nicht die Vertreter alter, großer Organisationen ablehnen! Die Nichtaufgenommenen sind sämtlich Genossen, die jahrelang mit uns kämpfen, sie sind legale Vertreter großer Organisationen. Wenn die deutsche Partei das Unglück hätte, in das nun die tschechische Partei nicht ohne ihre Schuld geraten, würde sie selbst verlangen, daß ihre Gewerkschafter hier Sitz haben. Wenn die Anerkennung die Konsequenz hätte, die die Tschechen voraussagen, so ist gerade die Anerkennung um so notwendiger, die dann das Interesse des Friedens erfordert. Die Möglichkeit eines Friedensschlusses bei den tschechischen Genossen wäre unmöglich, wenn eine Anzahl braver, treuer Genossen den bürgerlichen Tod erleiden würde.

In der Kommission.

Die Stuttgarter Resolution spricht zwei Gedanken aus. Ihre Hauptabsicht war, es möge ein Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaft herbeigeführt werden. Diese Tendenz geht durch die ganze Resolution. Aber für so wichtig die Resolution dieses Zusammenwirken hält, so macht sie doch eine Einschränkung: diese besteht darin, daß dieses Zusammenwirken nicht geschehen soll auf Kosten der Einheitlichkeit der Gewerkschaften, und insofern gerade in der Stuttgarter Resolution diese Einschränkung, gerade an dieser Stelle, gemacht wird, wird die Einheitlichkeit der Gewerkschaften noch viel stärker betont als in jeder anderen Resolution bis dahin, indem sie nämlich selbst diesen Grundgedanken des einheitlichen Zusammenwirkens zwischen Partei und Gewerkschaft den praktischen Notwendigkeiten des proletarischen Kampfes in der Gewerkschaft unterordnet. Die tschechischen Genossen sagen hier: Die Partei, die autonom ist, hätte dann keine Beziehung zu den Gewerkschaften. Die Sache steht nun so: Auch wir in Österreich haben durch Jahrzehnte dieses Zusammenwirken von Partei und Gewerkschaft gehabt. Die Ergänzung zu den zentralisierten internationalen Gewerkschaften ist eben die zentralisierte Gesamtpartei in Österreich, die besteht und die wir aufrechtzuerhalten suchen, wenn sie auch jetzt schwer gefährdet ist.

Diese Gesamtpartei muß sich in national autonome politische Körper trennen — das mußte sie aus praktischen Gründen, aus Gründen der Agitation, aus politischen Gründen. Aber diese Autonomisierung der politischen Partei ist im gegenseitigen Einverständnis erfolgt, nicht durch Zerreißung. (Lebhafter Beifall.) Nun ist es ja richtig, daß auch die gewerkschaftliche Einheitlichkeit in einem polyglotten Staat ihre bestimmten Notwendigkeiten mit sich führt, denen sie Rechnung tragen muß. Das ist in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung in ausreichendem Maße geschehen, ja überreich im Verhältnis zu den finanziellen Mitteln, die zur Verfügung stehen. In den zentralistischen Gewerkschaften haben wir verhältnismäßig eine reichlichere Presse für die

Tschechen, Polen als für die Deutschen, wir haben tschechische, polnische Beamte überall reichlich angestellt. Ich sage nicht, daß nicht hier und da eine Klage vorkommt, aber darum kann man doch sagen, daß dieser Polyglottie reichlich Rechnung getragen wird. Hier können Sie die Vertreter der polnischen Gewerkschaftskommission fragen, und Sie können ebenso die Vertreter der italienischen, der slowenischen und der sonstigen Gewerkschaftskommissionen fragen und Sie würden hören, daß die Wiener Zentrale für sie reichlich Sorge getragen hat.

Ja, die Wiener Zentrale! Die tschechischen Genossen beklagen sich über den Zentralismus in Wien. Er habe keine Fühlung mit den Organisationen draußen. Ja, so viel Fühlung wie die Hamburger Zentrale mit den süddeutschen Arbeitern hat die Wiener Kommission genau mit den böhmischen. Den Wiener Zentralismus, der ein internationaler ist, wollt ihr nicht, aber den Prager Zentralismus, der ein nationaler Zentralismus ist, wollt ihr! Aber von Wien nach Prag und Pilsen ist nicht weiter als von Pilsen oder Prag nach Wien, und wenn die vielen Tschechen in Wien — die ihr doch gewiß nicht leugnet — den Prager Zentralismus wirtschaftlich aushalten können, müssen die Prager auch den Wiener Zentralismus aushalten. Zwischen beiden Zentralismen ist allerdings ein Unterschied: der Wiener Zentralismus vereinigt und macht kampffähig, der Prager Zentralismus zerreißt und macht kampfunfähig. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind ja eigentlich hier so ziemlich einig. Es hat sich außer den tschechischen Genossen keine Stimme dafür erhoben, daß es nützlich sei, die Organisation zu zerreißen. Es mag mancher vielleicht eine andere Form der Resolution wünschen. Aber ich glaube, eine mildere Form als die von uns gewählte kann absolut nicht mehr gewählt werden. Wir haben uns absolut gehütet, die tschechischen Genossen im mindesten zu verletzen, haben nur gewünscht, daß der Kongreß authentisch feststelle, daß der Sinn der Stuttgarter Resolution ist, daß die Gewerkschaften einheitlich sein sollen und daß es schädlich ist, die Gewerkschaften zu zerreißen. Darin liegt keine Verdammung, darin liegt keine Ausschließung, darin liegt nichts, was der Ehre der Genossen oder ihrer Würde oder den freundschaftlichen Beziehungen mit uns irgendwie nahe treten würde. Wir wollen ihnen nicht nahe treten. Denn wir haben jahrzehntelang an ihrer Seite gekämpft und wollen weiter an ihrer Seite kämpfen. Němec sagt: Wir brauchen das für die Partei, die tschechische Partei kann nicht leben ohne tschechische Gewerkschaften. Die Deutschen haben keine deutschen Gewerkschaften und können leben. (Němec: Die Gewerkschaftskommission untersteht der deutschen Parteivertretung. — Beer*): Das ist doch eine Unwahrheit! — Hueber: Wir stehen auf eigenen Füßen!) Lassen wir das. Aber ist es denn wahr, daß Sie diese separatistische Spaltung in nationale Gewerkschaften

*) Der Vertreter der Metallarbeiter, Heinrich Beer.

brauchen? Ist es denn wahr, daß Sie gewachsen und groß geworden sind unter diesem Prinzip? Geht es denn der österreichischen Partei und geht es insbesondere der tschechischen Partei, um so viel besser, seitdem man diesen Gedanken hineingetragen hat? Sind wir denn glücklicher in unserer österreichischen Gesamtpartei, ja seid ihr glücklicher in eurer eigenen Partei, seitdem ihr diese nationale Idee aufgenommen habt in den Katalog eurer Forderungen? Ich will von euch keine Antwort darauf. Ihr werdet sie öffentlich nicht geben, aber wenn ihr euer Gewissen als Parteigenossen prüft, werdet ihr wissen, daß das anders ist.

Die tschechischen Genossen beantragen Übergang zur Tagesordnung und — eine Enquete. Über was wünschen Sie denn eine Enquete? Spielen wir doch nicht. Wenn Sie wollen, daß man zur Tagesordnung übergehe, sagen Sie es. Das wird ja abgelehnt — hoffe ich, aber es ist ein Antrag. Aber eine Enquete, das wissen Sie gut, ist eine Unmöglichkeit. Einsetzen kann man ja eine Enquete, sie kann arbeiten, aber die Zeit haben wir nicht abzuwarten, bis sie fertig wird. Wir wissen, was von Enqueten zu halten ist. Aber der Kongreß wird Ihnen ja so nicht folgen.

Wenn Ihnen die Resolution schlecht erscheint, wohlان, lehnen Sie sie ab. Aber verschleppen Sie die Entscheidung nicht! Lassen Sie den Stachel in unserer Bewegung und insbesondere in unserer Gewerkschaftsorganisation nicht länger darin, als es notwendig ist. Sie können ihn heute entfernen, können heute an die tschechischen Genossen nicht eine Verurteilung — das wünschen wir nicht —, aber einen Mahnruf richten — einen Mahnruf, Sie als Kongreß, als Leute, die sachverständig sind, die guten Willens sind und die unser Bestes wollen, wie wir selbst. Sie können sagen: Das ist nicht der richtige Weg. Genossen — wir halten eure Taktik für falsch, für irreführend, kehrt zurück! Ich weiß schon, das wird nicht heute wirken, wird nicht auf alle wirken; aber ich zweifle nicht, daß das Wort der Internationale, das auch von Hunderttausenden tschechischen, eurer Partei angehörenden Arbeitern gehört werden wird, nicht ohne Wirkung bleiben kann. (Stürmischer Beifall.)

Im Plenum.

Ich werde nicht lange reden. Ich glaube, die Frage ist genügend klar, so klar, daß auch unsere tschechischen Genossen, mit denen wir verschiedener Ansicht sind über die Art und Weise ihres Vorgehens auf gewerkschaftlichem Boden, nun erkennen müssen, daß es sich hier nicht darum handelt, ihre Verurteilung zu erreichen, sondern daß es sich uns darum gehandelt hat, sie zu überzeugen, daß in dieser Lebensfrage des österreichischen Proletariats die ganze Internationale, einen großen Teil der Tschechen mit eingeschlossen, auf dem Boden der Einheit der Gewerkschaften steht. (Stürmischer Beifall.) Ich sage: Wir haben diese Äußerung

des Kongresses herbeigeführt, nicht um unsere tschechischen Genossen zu verurteilen, mit denen wir Jahrzehnte gekämpft haben, gekämpft zu einer Zeit, wo ihr Blut und unser Blut sich vermischten, wo die Ideen des Separatismus noch nicht in den Köpfen spukten; wir sind nicht hieher gekommen, um uns von unseren tschechischen Genossen zu trennen, sondern um uns zum Besten des österreichischen Proletariats mit ihnen zu vereinigen. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen nicht, daß Sie als Gekränkte von hier gehen, wir wollen, daß Sie als Überzeugte von hier gehen, überzeugt nicht nur von der guten Meinung und der Einsicht der Internationale, sondern überzeugt auch von unserem guten Willen, daß, wenn guter Wille auch bei Ihnen ist, wir hoffen können, beim nächsten internationalen Kongreß das Schauspiel der Einheit der österreichischen Arbeiterbewegung, nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen, wieder bieten zu können. Damit bitte ich den Kongreß, unsere Resolution anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Kopenhagen und der Gewerkschaftskonflikt.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 22. September 1910.

Nur zögernd und nur dem Zwang ernster Not folgend, haben wir unseren Gewerkschaftskonflikt der Internationale unterbreitet. Es war aber notwendig, festzustellen, daß diejenigen, die in Österreich für die Einheit der Gewerkschaftsorganisation eintreten, die sich dem aus nationalen Motiven eingeleiteten Zersplitterungsprozeß entgegenstellen, nicht etwa einem einseitigen Vorurteil unterliegen, sondern daß sie in Übereinstimmung sind mit der auf lebenslange Erfahrung gegründeten Überzeugung aller in langer Organisationsarbeit bewährten Vertrauensmänner der Internationale. Der Kopenhagener Kongreß hat diese Überzeugung in gründlichen Erörterungen und klaren Beschlüssen ausgesprochen und hat festgestellt, daß es den erprobten Methoden des Klassenkampfes widerstreitet, wenn international einheitliche Gewerkschaften in national separatistische Teile zerschlagen werden. Zugleich hat er einen starken Appell an die Gewerkschaften in Österreich gerichtet, den ihre Einheit schwer bedrohenden Konflikt in einem Geiste der Verständigung und der Brüderlichkeit zu bereinigen. Der internationale Sozialistenkongreß produziert nicht mit Unfehlbarkeit ausgerüstete Dogmen und macht den nicht zum verfemten Ketzer, der sich ihm widersetzt; und ebensowenig Verdikte eines Gerichtshofes, denen irgend welche Exekutivgewalt die Durchführung sichert. Seine Autorität ist ganz anders geartet, aber darum nicht ohne tiefe Wirkung, und wir zweifeln keinen Augenblick, daß auch unsere tschechischen Genossen, die sich zu der Heilslehre des Separatismus bekennen, das einstimmige Votum

des Kopenhagener Kongresses mit der Achtung vernommen haben, die sie der Stimme der erprobtesten Vorkämpfer des Proletariats jederzeit gezollt haben. Noch mehr, wir zweifeln nicht daran, daß der Beschluß des Kopenhagener Kongresses sie veranlassen wird, ihre eigene Meinung ernstlich zu überprüfen, gewissermaßen ihr eigenes proletarisches Gewissen zu erforschen und sich darüber Rechenschaft zu geben, ob sie denn wirklich so durchaus im Rechte seien, in einer Sache, worin nicht nur wir alle, die wir in jahrzehntelangen Kämpfen in Blutsbruderschaft mit ihnen verbunden sind, sondern auch die ganze Internationale so durchaus entgegengesetzter Meinung ist. Nicht zu einer Verurteilung wollten wir den Kopenhagener Kongreß aufrufen und nicht eine Verurteilung hat er ausgesprochen, aber die einstimmige Überzeugung der Internationale hat er verkündet und damit eine Tatsache geschaffen, die nicht ohne Wirkung bleiben kann.

Wer freilich die Stimmen der separatistischen Presse seit Kopenhagen verfolgt hat, wird bei einer oberflächlichen Betrachtung in seinen Hoffnungen nicht gerade ermutigt werden. Denn so sehr jeder, der schon die Schmerzen eines Parteizwistes hat erleben müssen, gefaßt darauf ist, Exzesse an Heftigkeit in der Diskussion, persönliche Verdächtigungen, Entstellung der offenkundigsten Tatsachen unterlaufen zu sehen, ist doch die Fülle und Vielfältigkeit dieser Exzesse ebenso überraschend wie betrübend. Was wir sonst als das schwerste Hindernis für alle unsere Arbeit empfinden, daß nämlich deutsche und tschechische Sozialdemokraten durch die Sprachverschiedenheit getrennt sind und einander ohne Übersetzung nicht verstehen, möchte man in diesem Falle fast als Wohltat empfinden, denn so wird die aufreizende Wirkung dieser bedauerlichen Preßprodukte wenigstens nicht auf die deutschen Genossen übertragen und die Möglichkeit der Verständigung nicht noch mehr erschwert. Darum wollen wir, so viel Selbstverleugnung auch dazu notwendig ist, auf eine Polemik gegen Angriffe verzichten, für die die Bezeichnung ungerecht noch ein unverdientes Kompliment wäre. Aber einen, allerdings den ungeheuerlichsten dieser Anwürfe, müssen wir trotzdem besprechen. Es ist unglaublich, aber leider eine Tatsache, daß in einzelnen Artikeln des tschechischen Hauptorgans wir deutschen Sozialdemokraten beschuldigt werden, wir hätten den Plan, eine Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie zu begünstigen oder gar hervorzurufen. In wessen Kopf dieser abenteuerliche Gedanke entstanden ist, wissen wir nicht; das aber wissen wir, daß der oder die Verfasser jener Artikel keine Ahnung haben von der Geschichte und dem Wesen der Sozialdemokratie in Österreich. Die Einheit der Partei ist von uns allen, ganz insbesondere aber von den deutschen Genossen, denen solche Anklagen entgegengeschleudert werden, in all ihre Kraft verzehrender Arbeit aufgebaut und mit den größten Opfern aufrechterhalten worden. Und so töricht ist kein Genosse, daß er nicht wüßte, daß eine Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie nicht nur eine furchtbare Katastrophe für das tsche-

chische Proletariat, sondern auch die schwerste Schädigung, eine verhängnisvolle Gefahr für die Sozialdemokratie aller Nationen in Österreich, vor allem aber für die deutsche Partei wäre. Wir deutschen Sozialdemokraten denken auch in dieser Beziehung nicht separatistisch und wir wissen sehr genau, wie eng verknüpft durch tausend unlösbare Bande das Schicksal der deutschen und der tschechischen Arbeiterschaft ist. Und wenn es etwas gibt, was uns die ganze Tendenz des gewerkschaftlichen Separatismus in seinen Ursprüngen wie in seinen Folgen noch bedrohlicher erscheinen läßt, als er schon durch seine verwüstenden Wirkungen auf gewerkschaftlichem Gebiet ist, so ist es die augenscheinliche Gefahr, die dieser Separatismus und seine organisatorischen Methoden für die Einheit und Geschlossenheit der tschechischen Bruderpartei hervorrufen können und fast mit Notwendigkeit müssen. Es ist nicht unseres Amtes und nicht nützlich, über diesen Punkt viele Worte zu machen, so aufrichtig und gut gemeint sie auch wären; aber wir müssen Einspruch gegen den törichten Versuch erheben, die Verantwortung für die Schwierigkeiten der tschechischen Partei auf uns zu überwälzen, eine Verantwortung, die einzig und allein der Separatismus zu tragen hat. Welche Folgen der Separatismus für die Gewerkschaften selbst hat, liegt klar zu Tage; was seine Bilanz im Bereich der tschechischen Parteiorganisation ist, mögen sich ihre berufenen Hüter selber sagen.

Trotz solcher unerfreulichen Einzelheiten, an denen wir nicht völlig schweigend vorübergehen konnten, wollen wir aber nicht verkennen und stellen mit Genugtuung fest, daß auch in der tschechischen Parteipresse der Wunsch nach Frieden deutlich zu vernehmen ist. Selbstverständlich hat niemand erwartet und fällt keinem tschechischen Genossen ein, zu sagen: Nun hat der internationale Kongreß gesprochen, wir wollen uns einfach seiner Einsicht fügen und die Einheit der Gewerkschaftsorganisation sofort wiederherstellen. So einfach und schön ist die Welt nicht. Die Genossen, die dem Separatismus mit einem Eifer dienen, der einer besseren Sache würdig wäre, werden sich nicht ohne weiteres bekehren und an nichts hält man oft leidenschaftlicher fest als an seinen Irrtümern. Außerdem hat der Separatismus und der von ihm verursachte Kampf eine Reihe von psychologischen und insbesondere organisatorischen Tatsachen geschaffen, die nicht ohne weiteres verschwinden können. Vor allem aber kann auch, wenn der beste Wille auf allen Seiten vorhanden ist, der Weg zur Einheit nur mit dem Aufwand aller proletarischen Hingebung, aller gehäuften Erfahrung und geschärfteitem Bewußtsein der schweren Verantwortung gesucht und gefunden werden. Es war uns verwunderlich, auch in den besonnensten Äußerungen der separatistischen Genossen Verwahrungen zu lesen, daß sie sich nicht einem Diktat der deutschen Genossen, einem Machtspruch Wiens, wie der technische Ausdruck lautet, fügen wollen, daß sie vielmehr als Gleiche mit Gleichen zu verhandeln und zu beschließen verlangen. Als ob irgend jemand, der nicht ins Tollhaus gehört, ihnen

anderes zumuten würde, als ob nicht jeder Vernünftige wüßte, daß der Zweck gar nicht anders erreicht werden kann als dadurch, daß beide Teile sich einzig und allein von den sachlichen Notwendigkeiten des gewerkschaftlichen Kampfes bestimmen lassen.

Die Voraussetzung für die Herstellung des Friedens ist eine einzige, aber unerläßliche: die Einsicht in die Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation in ganz Österreich sowie der feste Wille, sie wiederherzustellen und die beste Form für sie zu finden. Sind diese Einsicht und dieser Wille vorhanden, dann ist uns nicht bange darum, daß nicht diese Form — vielleicht in schwierigen, langwierigen Verhandlungen — schließlich aber doch gefunden werden wird. Der Appell der Internationale wird nicht umsonst gewesen sein, er ist nicht nur an die Separatisten, sondern auch nicht minder an die Zentralisten gerichtet, für die er die Ermutigung ist, jedes Entgegenkommen zu betätigen, das geeignet ist, die von ihnen mit so großen Opfern verteidigte Einheit der Organisation und die schwer bedrohte Schlagfertigkeit der Gewerkschaften wieder zu gewinnen. Es ist eine der schwierigsten Aufgaben, die gestellt werden können, aber es handelt sich um die Lebensinteressen des Proletariats, um den Erfolg und den Fortgang seines Kampfes um die Lebenshaltung, für den ein Menschenalter lang Tausende von Genossen ihr ganzes Sein eingesetzt haben; es handelt sich darum, die Bedingungen wieder zu gewinnen, unter denen allein der Klassenkampf des Proletariats in Österreich erfolgreich sein kann. Darum hoffen wir auf den guten Willen auf beiden Seiten und vertrauen: Wo ein Wille ist, dort auch ein Weg.

V. A.

Der Gewerkschaftskonflikt in Kopenhagen.

Versammlung im Favoritener Arbeiterheim
am 22. September 1910.

Außer den Fragen der Sozialpolitik, des Militarismus und sonstigen allgemeinen Fragen hat uns in Kopenhagen auch noch eine andere interessiert: die Frage der

Organisation des Proletariats.

Es ist wichtig — am Schluß des Kongresses wurde es von Jaurès in einer glänzenden Rede hervorgehoben —, daß dieser Kongreß überall und in allen Punkten mit der größten Schärfe betont hat: Was wir brauchen, ist die Einheit der Organisation. Wir brauchen in jedem Lande die Einheit der politischen, der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen Organisation. Diese Kernfrage der proletarischen Organisation ist auf diesem Kongreß auch eine speziell österreichische Frage geworden.

Sie wissen, daß wir seit längerer Zeit nun schon unter den Wirren leiden, die auf dem Boden unserer gewerkschaftlichen Organisation

eingerrissen sind. In den letzten Jahren besteht zu unserem größten Schmerz auf dem Boden der gewerkschaftlichen Organisation eine Bewegung, die die einheitliche Zusammenfassung stört und das, was schon geeint war, trennen will. Die gewerkschaftliche Organisation ist nicht in allen Ländern einheitlich. In England bestehen große Gewerkschaften desselben Berufes, allerdings territorial abgegrenzt, nebeneinander. Aber diese Gewerkschaften sind in Verbänden geeint, die in einer Kommission den Zentralpunkt haben und in den alljährlichen Kongressen ihre gemeinsamen Geschäfte erledigen. Und — was für uns das Wichtigste ist — in allen Ländern, wo es eine gewerkschaftliche Organisation gibt, wo sie im Vorschreiten ist und vom sozialistischen Geiste getragen wird, geht die Entwicklung von der Zersplitterung zur Zusammenfassung, von der Separation zur Einheit. Was bei uns das Bedauerliche ist, ist, daß die schon gewonnene und schon bestehende Einheit gefährdet wird durch Absplitterung, daß wir also rückwärts gehen statt vorwärts. Wenn ich über diese separatistische Bewegung spreche, möchte ich gleich sagen, daß ich nicht meine, daß böser Wille walte und daß die tschechischen Genossen gegen ihre bessere Überzeugung handeln. Ich bin mir sehr gut bewußt, daß wir in diesem ganzen Prozeß eine der Folgen sehen, die wir an unserem Leibe zu spüren haben von dem ganzen österreichischen Jammer. Die Nationen, die hier nebeneinander wohnen und sich vertragen und miteinander leben sollen, sind nicht unter Bedingungen gestellt, daß dieses Vertragen leicht wäre, es sind schwierigere Fragen, die dieses Zusammenleben erschweren. Die nationalen Schwierigkeiten sind ungeheuer und ich bin im vorhinein sehr geneigt, gelten zu lassen, daß

Irrtümer, falsche Wege, falsche Auffassungen

auf diesem Gebiet sehr leicht vorkommen können. Unter dem Elend der nationalen Wirren leiden wir alle. Man kann sagen: die Völker Österreichs sind die Opfer und die Märtyrer dieser schwierigen geschichtlichen Probleme. Aber der Ruhm der Sozialdemokraten war es, daß sie sich erheben konnten über diese Schwierigkeiten und daß sie neben der Erkenntnis der nationalen Schwierigkeiten die klare Erkenntnis hatten der proletarischen Notwendigkeiten und vor allem der Notwendigkeit der Einheit unseres Kampfes, unserer Organisationen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Streit hat dazu geführt, daß von unserer Zentralorganisation einzelne Teile absplitterten, daß Gegenorganisationen entstanden sind; weil die tschechische sozialdemokratische Partei direkt für diese Methode eingetreten ist, ja sie für eine politische Notwendigkeit ihrer Partei erklärt hat, haben wir uns genötigt gesehen, ein unparteiisches Urteil und ein sachverständiges Urteil anzurufen. Wenn wir uns an den internationalen Kongreß gewendet und ihn aufgefordert haben, zu entscheiden, ob er die Einheit der Gewerkschaften für eine Notwendigkeit hält und ob er es billigt, daß diese Einheit durch nationale Sonderorganisationen gestört wird, haben wir vor allem den Ge-

danken gehabt: wir sind vielleicht befangen oder können den tschechischen Genossen als befangen erscheinen. Wir wollten, daß sich unsere tschechischen Genossen überzeugen, daß der Grundsatz der Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Organisation nicht etwa eine Einbildung, eine mutwillige Forderung unserer Zentralorganisation ist, sondern daß sie ein Grundsatz ist, den

die ganze Internationale als unumstößlich und unangreifbar

ansieht. In Stuttgart hat man über die Gewerkschaften gesprochen und über ihr Verhältnis zur Partei, und es wurde ausgesprochen, daß die Gewerkschaften mit der politischen Partei im engsten Zusammenhang stehen sollen. Aber höher und wichtiger als der Zusammenhang der politischen Partei und der Gewerkschaft ist die Einheit der gewerkschaftlichen Organisation selbst. Wir wissen, wie wichtig die Einheit der Partei ist, aber wir waren gezwungen, unsere Partei in nationale Gruppen zu gliedern. Es ist geschehen, weil es eine Notwendigkeit war, und es ist geschehen in vollem Einverständnis aller. Wenn wir die Partei gegliedert haben in eine deutsche, tschechische, polnische, ruthenische, italienische und südslawische, haben wir ihre Fähigkeit, zu wirken, nicht vermindert, sondern gesteigert. Etwas anderes ist aber der wirtschaftliche Kampf. Nach unserer Überzeugung und nach der Erfahrung in allen Ländern verträgt die Gewerkschaft keine Spaltung. Wir sehen und wissen, daß die Teilung in deutsche und tschechische Gewerkschaften, polnische und ruthenische, italienische und slowenische die Spaltung in jede Fabrik, in jede Werkstatt bringen muß und bringt, und das erschwert schon heute die Fähigkeit eines gemeinsamen Vorgehens. (Sehr richtig!)

Unsere tschechischen Genossen haben diese separatistische Aktion in Kopenhagen zu begründen gehabt. Sie haben dort erklärt, daß sie unser Vorgehen nicht billigen und daß es auf sie den Eindruck mache, als wollten wir ihre Verurteilung bezwecken. Man ist so weit gegangen, zu sagen, wir wollten sie dort aufhängen. (Gelächter.) Nichts ist weniger wahr als das. Der Antrag, den wir einbrachten, die Diskussion, die wir führten, haben Wesen und Form absoluter Solidarität gehabt. Nicht nur das, auch jedes scharfe Wort, das wir hier unter uns oft nicht vermeiden können, ist vor dem Forum der Internationale mit aller Vorsicht und größter Sorgfalt vermieden worden. Wir waren allerdings in einer schweren Lage. Der Streit, der die gewerkschaftlichen Organisationen erfaßt hat, bezieht sich ausschließlich auf die tschechischen Genossen. Die tschechischen Gewerkschafter selbst sind nämlich geteilt. Der größere Teil gehört den zentralen Organisationen an wie immer und nur ein kleinerer Teil — die Ziffern sind 120.000 und etwas über 40.000 — ist in den separatistischen Organisationen. Das Recht, auf dem Kongreß vertreten zu sein, haben die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen. Die tschechischen Delegierten bilden für sich eine besondere Sektion; sie haben sich auf den

internationalen Kongressen schon früher von uns separiert. Aber die tschechische Delegation muß darum alle tschechischen Delegierten umfassen. Die Mehrheit wollte aber tschechische Delegierte nicht anerkennen, die ihre Genossen sind, die aber entsendet wurden von Zentralorganisationen. Ich halte das, und Sie werden mir zustimmen, für einen Fehler; für uns war es aber eine ungeheure Schwierigkeit. Diese tschechischen Genossen, die nun wegen Anerkennung ihrer Mandate an das Internationale Büro rekurrieren mußten, mußten doch auch hier vertreten werden und es mußte jemand für sie das Wort führen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir Deutschen aus Österreich, die im Büro sind, die Sache der Genossen vertraten, die mit uns in einer Gewerkschaft sind. Es hätte dies auch jeder französische und englische Delegierte tun können, aber niemand mit mehr Recht und mit mehr Einsicht in die Verhältnisse als wir. Selbstverständlich hat das Büro einstimmig anerkannt, daß man tschechische Genossen nicht zurückweisen kann, auch wenn sie Zentralorganisationen angehören. Aber heute wird uns von der tschechischen Parteipresse zum Vorwurf gemacht, daß wir für ihre Parteigenossen eingetreten sind, wo wir es mußten — als ob wir uns ungerufen eingemischt hätten! Das ist ein ungerechter Vorwurf, wie es ja im Laufe des Streites an ungerechten Vorwürfen nicht fehlt. Dadurch ist der Streit innerhalb der tschechischen Parteigenossen auf dem internationalen Kongreß viel deutlicher geworden, als er ohne diesen Schritt der tschechischen Genossen geworden wäre. Wir mußten dafür eintreten, daß die tschechischen Zentralisten in den Kommissionen und auf dem Kongreß als solche ihre Stimme abgeben können, denn wir durften nicht dulden, daß vor der Internationale die Sache so erscheine, als handle es sich um einen Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen, was nicht der Fall ist. Hier handelt es sich um einen Streit mit der international organisierten Arbeiterschaft, die deutsche, anderssprachige und einen Teil der tschechischen Genossen umfaßt. Das mußte auf dem Kongreß vollständig klargemacht werden, und schon darum mußten wir dafür sorgen, daß auch die tschechischen Zentralisten zugelassen werden, nicht nur, weil sie unsere Freunde sind; daß Juras Mandat nicht gelten soll, können wir nicht ertragen und es wundert uns, daß es die tschechischen Genossen ertragen. Ich begreife, daß es unseren tschechischen Genossen peinlich war, daß der ganze Kongreß vor Augen gehabt hat, es handelt sich nicht um eine Nation gegen die andere, sondern um die Grundanschauung über das Verhältnis und die Methode gewerkschaftlicher Organisation.

Das Resultat der Kongreßberatungen wissen Sie. Es war, daß sich einstimmig, nur mit Ausnahme der tschechischen Mehrheit, die gesamte Internationale zu dem Grundsatz bekannt hat, daß die

Einheit der Gewerkschaft unter allen Umständen

aufrechterhalten werden muß und daß eine nationale Absplitterung eine Schädigung des gewerkschaftlichen Kampfes ist.

In zweiter Linie steht für mich, daß der Kongreß auch anerkannt hat, daß das die richtige Auslegung des Beschlusses ist, den der Stuttgarter Kongreß gefaßt hat. Der Kongreß hat hinzugefügt: Es ist selbstverständlich, daß in einem Staat mit mehreren Nationen für die sprachlichen Bedürfnisse der einzelnen Nationen Sorge getragen werden muß. Wir haben diese Bedingung zur unseren gemacht, nicht nur weil wir sie für nötig halten, sondern weil es die Praxis ist, die die zentralen Organisationen seit jeher mit allen Kräften üben. Wir sind der Meinung, daß innerhalb einer internationalen Gewerkschaft den Bedürfnissen der einzelnen Nationen Rechnung getragen werden muß und Rechnung getragen werden kann. Die Organisationen sind sich darüber einig. Es gibt natürlich einzelne Beschwerden, aber es gibt kein berechtigtes Bedürfnis, dem nicht auf diesem Gebiet bereitwillig entsprochen wird. Und die tschechischen Genossen können nicht sagen, daß einem wirklichen Bedürfnis nicht entsprochen werde, sobald es die Möglichkeit erlaubt.

Ich begreife, daß es für unsere tschechischen Genossen ein bitterer Moment war, und ich gestehe, daß ich, so oft ich auch auf internationalen Kongressen war — und ich war auf jedem seit 1889 —, noch keinen so schweren Tag gehabt habe wie den, wo wir genötigt waren, unsere eigenen Leiden vor der Internationale aufzurollen. Wir haben es getan — und ich, der ich Redner war, sage das in bezug auf mich —, nur dem Zwange gehorchend und mit aller Rücksicht auf unsere Parteigenossen.

Und ich sage, daß wir es taten in dem Bewußtsein, daß wir in dieser Frage Brüdern gegenüberstehen, die mit uns vom Anfang an die schwersten Kämpfe mitgemacht haben. Es ist doch unser eigenes Fleisch, mit dem wir zu kämpfen haben. Aber es war nötig, die Wahrheit zu sagen, und die ist, daß die separatistische Bewegung unsere ganze Gewerkschaftsorganisation an der Wurzel bedroht, daß wir in den gewerkschaftlichen Kämpfen, die uns in verstärktem Maße bevorstehen, geschwächt werden, wenn es uns nicht gelingt, die Strömung zu überwinden. (So ist es!) Die Wahrheit ist — mögen unsere tschechischen Genossen im besten Glauben handeln, und niemand glaubt, daß sie böswillig handeln —, daß die Folgen die bösesten für das Proletariat sind. Unter solchen Umständen ist uns nichts anderes übriggeblieben, als der ganzen Internationale diese Verhältnisse aufzuzeigen und sie zur Entscheidung aufzurufen. Und der Moment wird jedem unvergeßlich sein, als der alte Greulich, der seit den ersten Tagen der alten Internationale in den ersten Reihen steht, diese alten Wahrheiten dem ganzen Kongreß zum Bewußtsein brachte, und es wird uns unvergeßlich bleiben, als der alte Plechanow, der als Russe innere Streitigkeiten genugsam kennt und an ihnen teilgenommen hat, der aber weit entfernt davon ist, sich etwa durch Phrasen fangen zu lassen und den man nicht überrumpeln kann — jetzt wird gesagt, die Internationale habe sich von uns Deutschösterreichern überrumpeln lassen —, als der alte Plechanow in klaren, dünnen

Worten ihnen gesagt hat: „Liebe Genossen, so gern wir euch verstehen möchten, das ist nicht zu verstehen, das ist unvereinbar mit dem proletarischen Interesse.“ Nicht ein Wort der Feindseligkeit wurde den tschechischen Genossen gesagt, das stärkste Wort, das fiel, war das alte Greulich: „Kinder, ihr seid auf dem Holzweg!“ Ich will nur erwähnen, daß sich derselbe Kampf auch abgespielt hat bei einem anderen Punkt: der genossenschaftlichen Organisation. Auch hier haben die tschechischen Genossen gesagt: „Auch die Konsumvereine müßten separatistisch national organisiert sein!“ Auch in dieser Sache konnten sie nicht durchdringen.

Was sind nun die Konsequenzen des Kongresses?

Die Konsequenzen sind die, daß wir handeln müssen, wie es uns der Kongreß zur Pflicht gemacht hat. Er hat gesagt, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national separatistische Teile zu zerschlagen, der Absicht des Kongresses widerspricht. Um solche Zersplitterungen, wo sie vorkommen, zu beheben und so bald als möglich die Einheitlichkeit herzustellen, wurden das Internationale sozialistische Büro und das Internationale Gewerkschaftssekretariat beauftragt, Hilfe zu leisten. Bevor aber diese Instanzen eingreifen, ist es nötig, daß jeder selbst seine Pflicht tut. Das Wichtigste ist, daß die tschechischen Genossen dieses Votum des Kongresses voll auf sich wirken lassen. Sie können nicht ernstlich meinen, was in einzelnen ihrer Organe steht. Wenn man selbst schreibt und redet, weiß man, daß man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen darf, und ich glaube, daß einzelne tschechische Genossen manches geschrieben haben, was sie bei ruhiger Überlegung nicht sagen wollen. Das Wichtigste aber ist, daß sie selbst erkennen, daß sie mit ihrer Tendenz vollständig allein stehen, und daß ein Verharren auf ihrem Wege gefährlich wäre für die gewerkschaftliche Organisation und auch für unsere ganze politische Schlagfertigkeit und Einheit. Einzelne Artikel der tschechischen Genossen klagen uns Deutsche an, insbesondere auch mich, daß wir die Absicht hätten, die Spaltung in die tschechische Partei zu tragen, und darauf spekulieren, die tschechische Partei auseinanderzureißen. Ich nehme solche Vorwürfe nicht ernst. Sie wissen, daß, wenn über mich etwas Schlechtes gesagt wird, ich es auszuhalten gewohnt bin. Was Gegner sagen, geniert mich nicht, und was Genossen sagen, muß ich wohl mit gebührendem Respekt zur Kenntnis nehmen; aber ich weiß auch oft, was ich davon zu halten habe. Aber diese Anklage auf Hochverrat an der Partei empfinde ich bitter, nicht weil sie mir unrecht tut und den deutschen Genossen unrecht tut, sondern weil sie von der Tiefe der Leidenschaft und Verbitterung zeugt, die schon bei einzelnen Genossen bestehen muß. Sie sehen, wie weit die Leidenschaft einzelne Genossen treibt, die den Kampf schüren, statt ihn beizulegen zu versuchen. Aber als Optimist, der ich bin, und weil ich meine, daß

schließlich immer die Vernunft siegt

und die proletarische Notwendigkeit, halte ich solche Äußerungen nicht für die entscheidenden. In Kopenhagen selbst, mitten in den heftigsten Angriffen hat einer der tschechischen Redner gesagt: „Wir sind zum Frieden bereit!“ Auch in der tschechischen Presse kann man das heute vereinzelt lesen. „Aber wir wollen uns von den Deutschen nicht unterdrücken lassen, uns der deutschen Diktatur nicht unterwerfen!“ setzen sie hinzu. In den Gewerkschaften gibt es aber keine Diktatur, das wissen die Gewerkschafter selbst. Da gibt es nur den eisernen Zwang, zusammenzustehen, weil sie sonst von der Unternehmerschaft erdrückt werden. (Lebhafte Zustimmung.) In der Gewerkschaft muß sich die Solidarität, diese stramme Disziplin am kräftigsten äußern, weil da jeder an jedem Tage vom Feinde bedroht wird, weil die Maßregelungen sofort einsetzen würden, wenn die Kette durchbrochen ist. Von Diktatur ist keine Rede. Die tschechischen Genossen können alles haben, was sie brauchen, was sie als Tschechen für ihre Organisation nötig haben. Alles das müssen sie haben und sollen sie haben. Ich gehe so weit, daß ich meine, der Kopenhagener Kongreß wollte die Gewerkschaft und uns jeden einzelnen auffordern, noch einmal zu überlegen, ob durch irgend ein Entgegenkommen in irgend einem Punkte den Wünschen der tschechischen Genossen Rechnung getragen werden kann. Die Aufforderung zum Frieden und zur Einheit ist nicht nur an die Tschechen ergangen, sondern auch an die zentralen Organisationen. (Sehr gut!) Man wird eine Form finden, davon bin ich überzeugt. Aber unbedingt nötig ist die Erkenntnis:

Der Separatismus ist eine Gefahr und muß beseitigt werden.

Der Gegenstand, der behandelt werden soll bei größtem Entgegenkommen auf beiden Seiten, trägt den Titel: Aufhebung des Separatismus. Zu diesem Ziele größte Friedensbereitschaft, größtes Entgegenkommen; aber es muß das anerkannte Ziel aller Verhandlungen sein, alles dessen, was jetzt zu geschehen hat!

Genossen, ich sage es mit dem größten Nachdruck: Die tschechischen Genossen werden an unseren Zentralorganisationen Genossen finden, die wie sie jahrzehntelang brüderlich gekämpft haben und auch jetzt wieder bereit sind, diese Einheit des Kampfes herzustellen. Es darf auf keiner Seite Hartnäckigkeit geben und auch nicht eine ängstliche Zurückhaltung, die das Verhandeln hindern könnte. Aber so groß das Entgegenkommen sein muß, um das Ziel zu erreichen, ebenso groß muß die Festigkeit sein, ebenso unverbrüchlich muß das Festhalten am Ziele der Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaften sein. In diesem einzigen, entscheidenden Punkte gibt es keine Konzessionen und kann es kein Kompromiß geben. Über die Form dieser Einheit wird sich hoffentlich reden lassen. Ich möchte wünschen, daß die Diskussion in unseren Gewerkschaften, in der Parteipresse und in der

Gewerkschaftspresse und daß besonders die Diskussion unter den Genossen, die täglich alle diese Dinge durchsprechen, in dem brüderlichen Geiste geführt werde, in dem wir diese Sache auf dem Kongreß behandelt haben und in dem sie der ganze Kongreß erledigt hat, und ich möchte wünschen, daß man sich durch die Explosionen und Übertreibungen einzelner, in der Presse und außerhalb der Presse, nicht selbst in die Hitze bringen lassen soll. Wir sind im Recht und sollen uns durch nichts ins Unrecht setzen lassen. Wir sollen auf dem Wege, die Einheit herzustellen, Selbstbeherrschung üben, mit Vorsicht und Rücksicht zu Werke gehen, den Separatisten — das ist meine persönliche Meinung — Brücken bauen, eiserne, goldene, das Material ist mir gleichgültig. (Heiterkeit.) Aber die Brücken müssen betreten werden. Das Ziel muß sein, für die Einheitlichkeit der Gewerkschaft die Formen zu finden, wie sie für Österreich möglich sind. Wenn das geschieht, hat der Kopenhagener Kongreß, der viel Teil daran haben wird, wirklich große Arbeit gemacht. (Lebhafter Beifall.)

Ein offenes Wort an die tschechischen Genossen.

Von Victor Adler.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 4. April 1911.

In letzter Stunde und in ernster Zeit nehme ich das Wort, um zu unseren tschechischen Genossen zu sprechen*). Der Konflikt der vom Gewerkschaftsstreit ausgehend, die tschechoslawische Sozial-

*) Der Separatismus hatte trotz dem Beschluß des Kopenhagener Internationalen Kongresses nicht nachgelassen. Ein Einigungsversuch, den die Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie gleich nach dem Kopenhagener Kongreß unternahm, schlug fehl, da die tschechischen Separatisten auf der nationalen Trennung der Arbeiter in allen Betrieben des Reiches beharrten und selbst die organisatorisch einheitliche Streikführung und Ansammlung der dazu erforderlichen Mittel ablehnten. Am 17. März 1911 billigte die Reichskonferenz der Zentralgewerkschaften den Abbruch aller weiteren Verhandlungen durch die Gewerkschaftskommission. Die tschechische Partei hatte auch die Ausschließung der Zentralisten nicht zurückgenommen. Die Brünnner tschechische Organisation stand zum größten Teile auf der Seite der Zentralverbände, im Gegensatz zu den Führern der tschechischen Partei Tusar und Vanek, die die Organisatoren der Spaltung waren. Eine Plenarversammlung von 387 tschechischen Fabrikvertrauensmännern in Brünn forderte deshalb von der Exekutive der tschechischen Partei die Abberufung dieser beiden. Der Konflikt innerhalb der tschechischen Partei spitzte sich immer mehr zu, und die tschechischen Zentralisten trafen bereits die Vorbereitungen für die Gründung einer eigenen Partei. Am 13. und 14. Mai konstituierte sich diese tatsächlich auf einem Parteitag in Brünn unter dem Namen „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich“. Die offizielle separatistische Partei nannte sich Tschechoslawische Partei. Knapp vor der Gründung dieser

demokratie erfaßt hat, hat ein kritisches Stadium erreicht und treibt in den letzten Tagen der offenen, bewußten und eingestanden Parteisplaltung zu. Man kann sich die Tatsachen nicht länger verbergen und ihr furchtbares Gewicht durch keinerlei mildernde Ausdeutung abschwächen. In den Sudetenländern, vor allem in Mähren, haben sich die tschechischen Zentralisten, nachdem sie in die Lage gebracht wurden, außerhalb der Partei zu stehen, als selbständige „tschechische Sektion der Internationale“ konstituiert, in Wien steht, wie das Wiener tschechische Parteiblatt meldet, ein ähnlicher Schritt bevor und die Trennung soll durch die Gründung eines eigenen Tagblattes den schärfsten Ausdruck finden.

Es ist nicht meines Amtes und noch weniger der geeignete Augenblick, zu untersuchen, ob das alles so kommen mußte und auf welcher Seite das größere Maß von Verantwortung und von Schuld zu suchen ist. Die Tatsache ist da und ihre Folgen werden mit gleicher Wucht die Gesamtheit treffen, gleichgültig, auf welcher Seite die größere Schuld liegt. Die Folgen dieser unglückseligen Ereignisse würde das gesamte tschechische Proletariat zu tragen haben, und nicht nur das tschechische allein. Der unglückselige Irrweg des gewerkschaftlichen Separatismus schwächt in höchstgefährlichem Grade die Kampfstellung der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum. Aber dieser Riß in der Gewerkschaftsorganisation kann und wird gutgemacht werden, sobald die Erfahrung zu der Einsicht geführt hat, daß ein Einlenken notwendig ist und daß auf beiden Seiten Entgegenkommen die Wiederherstellung der einheitlichen Kampforganisation ermöglichen muß. Die Zerreißung der Partei ist insofern schlimmer, weil

neuen Partei hat Adler diesen Artikel geschrieben. Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat übrigens die Einladung zu dem Brünner Parteitag abgelehnt mit einer Erklärung, daß sie zwar gegen den Separatismus sei, aber die Spaltung bedauere.

Auf dem Innsbrucker Parteitag wurde „Das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Österreich“ als eigener Punkt auf die Tagesordnung gestellt und Adler war dazu der Referent. (Siehe seine Rede weiter unten im Abschnitt „Die Gesamtpartei“.)

Noch vor dem Parteitag wurde in Wien das weiter unten angekündigte Tagblatt der neuen Partei „Dělnický Deník“ (Arbeitertagblatt) gegründet.

Wie kritisch die Situation war — deshalb beruft sich Adler auf die Gefahr der Spaltung während des Wahlkampfes — geht daraus hervor, daß Ende März das Parlament aufgelöst worden war. Die Wahlen am 13. und 20. Juni brachten der Sozialdemokratie zwar den Riesensieg über die Christlichsozialen in Wien, im ganzen aber eine Verminderung der Mandate von 87 auf 82. Die deutsche Sozialdemokratie gewann zwar zehn Mandate in Niederösterreich, ging aber in ganz Österreich von 50 auf 44 Mandate zurück. Die tschechoslawische Partei verlor fünf Mandate in Böhmen, gewann aber durch ein Kompromiß mit der „Fortschrittlichen Volkspartei“ in Mähren sechs Mandate, so daß sie 25 Mandate hatte. Daneben war als einziger Zentralist Cingr in Mährisch-Ostrau gewählt, der dann als Hospitant dem polnischen sozialdemokratischen Klub beitrat.

sie schwerer wieder gutzumachen ist. Wer das Unglück einer Parteispaltung miterlebt hat, weiß, wie furchtbar die Verwüstungen sind, die sie in dem ganzen Denken und Empfinden der Arbeiterschaft anrichtet, wie langsam die Wunden heilen, die sie schlägt. Darum war es ein verhängnisvoller Schritt, als der Gewerkschaftskonflikt auf den Boden der politischen Organisation übertragen wurde, und darum kann jeder Sozialdemokrat nur mit tiefstem Schmerze davon hören, daß ein nicht wieder gutzumachender formeller Schritt zur Lostrennung von der tschechoslawischen Partei bevorstehen soll.

Die besonderen Umstände aber und die Zeit, in welcher diese Krise ihren Höhepunkt erreicht, geben ihr einen ganz unerhört gefährlichen Charakter. Wir stehen im Wahlkampf und in einem Wahlkampf, der eine gemeinsame Signatur trägt in allen Nationen und in allen Kronländern: die ganze Meute geeinigt gegen die Sozialdemokratie. Nationale und Radikale, Klerikale und Liberale, Städter und Agrarier, Kapitalisten und Feudale, Kleinbürger und Bauern, alle vereinigen sich gegen den gemeinsamen Feind, gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Wir haben einen Sturm zu bestehen, der unsere ganze Kraft, unsere ganze Energie, unsere ganze Begeisterung für unsere heilige Sache erfordert. Und in diesem großen Augenblick, wo es uns endlich gegönnt ist, gegen die gesamte reaktionäre Masse einen Stoß zu führen, wo wir den vereinten Hörigen des Militarismus, des Bürokratenabsolutismus und der Klerisei endlich die volle Kraft des klassenbewußten Proletariats fühlen lassen können, in diesem Moment sollen wir das Furchtbare erleben, daß gerade jetzt ein Keil in unsere Kampfreihen getrieben wird, sollen uns gestehen müssen, daß auch der höchste Antrieb zur Einigkeit den Bruderkrieg nicht hindern konnte. Eine Spaltung ist immer ein beklagenswertes Unglück; es aber gerade in der Stunde des Kampfes und der gemeinsamen Gefahr zum offenen Bruche zu treiben, das müßte jeden Sozialdemokraten, den die Leidenschaft nicht ganz besinnungslos gemacht hat, mit schmerzlichster Scham erfüllen.

Gewiß, als die Ausschließung der Zentralisten beschlossen wurde, konnte man diesen Ausgang nicht voraussehen; und ebensowenig haben die Zentralisten in Mähren und in Wien voraussehen können, daß sie verurteilt sein könnten, ihre Lostrennungsbeschlüsse in einer Zeit auszuführen, wo das gesamte Proletariat einen heißen Kampf zu bestehen hat. Aber nunmehr muß beiden streitenden Teilen der furchtbare Ernst der Lage grell vor Augen stehen und darum muß und wird das Äußerste vermieden werden, wenn nur ein Atom von Besonnenheit das proletarische Pflichtbewußtsein auf beiden Seiten lebendig machen kann. Gewiß kann nicht von heute auf morgen Friede geschlossen werden; so erfreulich das wäre, so töricht wäre es, das zu erwarten, wie die Dinge einmal liegen. Aber möglich und darum notwendig ist es, das Äußerste zu vermeiden: die Schwächung und Schändung des gemeinsamen Kampfes durch den Bruderkrieg. Aller gehäufte

Groll, alle Leidenschaft zwingt nicht dazu, gerade jetzt loszuschlagen, wo es für das gesamte Proletariat am schädlichsten ist. Ein Waffenstillstand kann geschlossen werden. Die sich von der tschechoslawischen Partei trennen wollen, können und müssen darum den entscheidenden Schritt aufschieben; die Partei selbst wieder, die sich doch sagen muß, daß sie seinerzeit durch die Ausschließungen und die Auflösung ganzer Organisationen die Gefahr einer Spaltung befördert hat, die Partei kann und muß darum um so mehr ihnen diese Aufschiebung ermöglichen. Es ist erbärmlich wenig, was ich vorzuschlagen wage, und kaum wage ich den Wunsch oder gar die Hoffnung daran zu fügen, daß ein solcher Waffenstillstand auch mehr als ein armseliger Notbehelf sei, daß er in der Folge zur Möglichkeit eines Versuches der Einigung führe. Aber sollte das auch eine Utopie sein, so würde dieses Provisorium wenigstens verhindern, daß unheilbare Verbitterung und tödliche Vergiftung des Streites eintreten.

Denn, Parteigenossen, wir haben mehr zu verlieren als Mandate. Gewiß ist es schlimm genug, wenn die bittersten, gefährlichsten Feinde des Proletariats Vorteil und Stärkung ziehen aus diesem Konflikt, wenn die parlamentarische Stoßkraft der Sozialdemokratie, ihr politischer Einfluß auf die ganze Gesetzgebung und Verwaltung vermindert würden durch eigene Schuld. Aber so schlimm das alles wäre, und es wäre die notwendige Folge einer erheblichen Schwächung der sozialdemokratischen Vertretung im Parlament, es wäre lange nicht das Schlimmste. Das Bitterste wäre, daß im Proletariat nach dem Kampfe das lähmende Bewußtsein zurückbliebe, daß nicht einmal die äußerste, gemeinsame Not die Partei zusammenhalten konnte, daß im Angesicht des Feindes, während der Schlacht sich die Waffen von Sozialdemokraten brudermörderisch gegeneinander gekehrt haben. Lange, sehr lange würde es dauern, bis das lähmende Bewußtsein von dieser brennenden Schmach, von diesem Bruche mit allem, was uns als das Höchste gilt, aus dem Denken der Arbeiterschaft verschwände. Nicht der Verlust an Mandaten, aber die Einbuße an moralischer Kraft ist es, was uns als Schlimmstes droht und was um jeden Preis vermieden werden muß.

Darum habe ich das Wort ergriffen, ungerufen, und habe mich, wie ich sehr wohl weiß, der Gefahr ausgesetzt, auch als unberufen erklärt zu werden. Sowenig wie ich und meine deutschen Parteigenossen jemals ein Hehl daraus gemacht haben, wie sie über den Separatismus denken, sowenig haben wir verhehlt, daß wir jede Spaltung der tschechischen Partei für ein großes Unglück auch für die deutschen Sozialdemokraten halten. Wir haben uns bisher grundsätzlich nicht eingemischt, weil wir jedes Eingreifen in die inneren Parteiverhältnisse der tschechoslawischen Bruderpartei für gefährlich und schädlich hielten. Aber in dieser Stunde kann ich nicht schweigen. Wie immer meine Worte aufgenommen werden, ich habe das Bewußtsein, meinem Gewissen gefolgt und unter dem unwiderstehlichen Zwange meiner Pflicht als Sozial-

demokrat gesprochen zu haben. Als Sozialdemokrat spreche ich zu Sozialdemokraten, als deutscher Sozialdemokrat zu den tschechischen Brüdern auf beiden Seiten des Kampfes, mit denen uns ein gemeinsames Schicksal untrennbar verbindet, deren Blut sich mit dem unseren vermischt hat in allen Schlachten, die das Proletariat in Österreich geschlagen, mit denen wir jung und schwach waren und mit denen gemeinsam wir gewachsen und stark geworden sind, trotz einer Welt von Feinden...

Möge die Stimme des Freundes nicht ungehört verhallen.

Die separatistische Krise.

„Kampf“ vom 1. September 1911.

Die Organisation der Arbeiterschaft macht gegenwärtig die schwerste Krise durch, die ihr beschieden sein kann. Das nationale Problem mit allen seinen Gefahren ist nicht von heute, vielmehr hat es unsere Organisation in allen ihren Formen von jeher und auf allen Stufen ihrer Entwicklung die schwierigsten Aufgaben gestellt. Die Einheit der Sozialdemokratie beruht in Österreich nicht auf Beschlüssen, auf den Bestimmungen der Parteiorganisation, sondern sie mußte immer wieder erarbeitet werden in unablässiger, aufreibender Arbeit, deren bewegende Kraft und schöpferisches Motiv der Wille zur Gemeinsamkeit war. Die Erkenntnis, daß diese Gemeinsamkeit eine proletarische Notwendigkeit sei, ließ alle gegenwirkenden Tendenzen immer wieder mit von Fall zu Fall wechselnden Mitteln überwinden. An dieser immer wieder neu zu verrichtenden Arbeit hatten die Sozialdemokraten aller Nationen ihren Anteil und die tschechischen Separatisten tun ihrer eigenen Geschichte unrecht, wenn sie jetzt die proletarische Gemeinsamkeit in Österreich als eine ihnen von den deutschen Sozialdemokraten auferlegte Herrschaftsorganisation darstellen. Die Wahrheit ist, daß niemals und in keinem Falle weder auf Gesamtparteitagen noch in der Gesamtexekutive wichtige Entscheidungen in Fragen des Programms und der Organisation durch Majoritätsbeschlüsse entschieden worden sind. Die Entwicklung der Partei vollzog sich in allen Stadien auf dem Wege der Vereinbarung, einer Methode, die sich von der des Kompromisses wesentlich unterscheidet. Das gilt insbesondere von Entscheidungen in allen Dingen, die an das nationale Problem rühren. Majorisierung hätte die unterliegende tschechische Minorität nie ertragen können, aber ebensowenig die siegende deutsche Majorität. Die Demokratie bei nationaler Verschiedenheit hat eben ihre besonderen ihr eigentümlichen Notwendigkeiten.

Damit ist die „Frage“, die uns Karl Kautsky stellt*), eigentlich schon beantwortet. Er ist erstaunt, warum wir über die unsere

*) Karl Kautsky, „Eine Frage“ im „Kampf“ vom 1. August 1911.

Siehe auch die weiteren zur Frage des Separatismus erschienenen Artikel im „Kampf“, auf die hier Bezug genommen ist: Otto Bauer: Zu

Partei beschäftigenden kritischen Fragen nicht einen Gesamtparteitag entscheiden lassen. Die Antwort ist, weil gegenwärtig der tschechischen Sozialdemokratie der Wille zur Gemeinsamkeit in einem Grade fehlt, der es als aussichtslos erscheinen läßt, zu einer Vereinbarung zu kommen. Diese Tatsache aber, die in die Augen springt, auch noch auf einem Parteitag konstatieren zu lassen, wäre nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich, weil es nicht geschehen könnte, ohne der mit absoluter Sicherheit vorauszu sehenden Änderung in diesem Zustande Hindernisse zu bereiten und sie zu verzögern. Wir sind um nichts weiter, wenn wir feststellen, woran niemand zweifelt, daß deutsche, polnische, italienische und slowenische Sozialdemokraten sowie ein Bruchteil der tschechischen über Gemeinsamkeit in der politischen und insbesondere in der gewerkschaftlichen Organisation einig sind, aber zugleich, daß die große Mehrheit der tschechischen Sozialdemokratie diese Gemeinsamkeit als ein Hemmnis ihrer Entwicklung und jedes Eintreten für sie als Parteiverrat auffaßt. Wir würden aber Gefahr laufen, die Wege, die zu dieser Gemeinsamkeit zurückführen, zu verschütten, Brücken, die trotz alledem bestehen, abzubauen, wenn wir zur Unzeit das gegenwärtig zurückgedrängte Bewußtsein der internationalen Zusammengehörigkeit für einen Versuch in Anspruch nehmen würden, zu dessen Gelingen es heute nicht ausreicht. Man macht nicht Kraftproben, wenn man weiß, daß sie mißlingen müssen.

Vor diesem entscheidenden Grunde treten alle anderen Bedenken als technische Schwierigkeiten in den Hintergrund und wären gewiß zu überwinden. Es ist wahr, daß wir bei der Einberufung eines Gesamtparteitages uns nicht an das veraltete Statut halten könnten, das die Beschickung nach den Wahlkreisen der verflossenen fünften Kurie ordnet; aber darüber könnte unschwer ein Einvernehmen hergestellt werden, wenn der Zweck von allen beteiligten Organisationen gewollt würde. Weit schwieriger wäre es freilich, der zwingenden Notwendigkeit zu genügen, der neugegründeten tschechischen Sozialdemokratie ein Vertretungsrecht zu sichern. Von einem Parteitag, der die Gemeinsamkeit neu begründen soll, jene zentralistische Minorität des tschechischen Proletariats auszuschließen, die — ohne oder durch ihr Verschulden — zum Märtyrer der Gemeinsamkeit geworden ist, wäre offenkundiger Widersinn. Und doch ist bei dem gegenwärtigen psychologischen Zustande beider tschechischen Parteien leider kaum daran zu denken, ein Einvernehmen über die Beschickung durch beide tschechische Gruppen zu erzielen. Wäre es

neuen Formen. Die Spaltung der tschechoslawischen Sozialdemokratie: E. Burian (Brünn): Die gewerkschaftlichen Einheitsbestrebungen nach den Wahlen: Julius Deutsch: Nationale oder internationale Gewerkschaften? Friedrich Adler: Minderwertig im Internationalismus — schließlich auch den Artikel „Eine Antwort des »Právo Lidu«, der die an leitender Stelle erschienenen Artikel des tschechoslawischen Zentralorgans in Übersetzung bringt, die die Antwort auf jene Artikel des „Kampf“ darstellen.

möglich, dann freilich hätten wir jene größte Schwierigkeit, die in den inneren Verhältnissen der tschechischen Sozialdemokratie selbst liegt, bereits überwunden. Aber zu erwarten, daß der Gesamtparteitag bewirke, was eine Vorbedingung für seine Möglichkeit ist, widerspricht aller Logik. Hier ist die technische Schwierigkeit nur die Form, in der die praktische Unmöglichkeit deutlich wird.

Allerdings, wer sich die Überwindung unserer Krise vorstellt wie die Erledigung eines Zivilprozesses — was sicherlich Kautskys Meinung keineswegs ist, was aber in vereinzelt, ebenso wohlgemeinten wie naiv leidenschaftlichen Äußerungen unserer Presse aufscheint —, für den liegt die Sache höchst einfach. Der Gesamtparteitag wird einberufen; wenn die Tschechen nicht erscheinen, dann werden sie kontumaziert und sind sachfällig geworden; oder sie kommen und fügen sich nicht der Majorität, dann haben sie ebenso ihren Prozeß verloren, sie haben sich selbst aus der Gesamtpartei, ja aus der Internationale ausgeschlossen. Das ist einfach und klar. Aber wären wir damit auch nur einen Schritt weiter gekommen? Wir hätten unserer Überzeugung von der Notwendigkeit der internationalen Geschlossenheit des Proletariats den denkbar kräftigsten Ausdruck gegeben, gewiß; aber hätten wir sie gefördert? Hätten wir dadurch die Bedingungen geschaffen, um die separatistische Hochflut in der tschechischen Arbeiterschaft zum Stillstand zu bringen, ihren mangelnden Willen zur Gemeinsamkeit zu stärken? Man braucht die Frage nur zu stellen, um zu begreifen, daß das Gegenteil die notwendige Folge wäre, daß jeder Schritt in dieser Richtung den Weg zum Frieden, der der Weg zur Wiederherstellung der österreichischen Gesamtpartei ist, auf lange Zeit verrammeln würde.

Ja wir würden geradezu die Quellen verschütten, aus denen die Heilung kommen wird und muß. Denn nicht allein darauf beruht unsere Hoffnung, daß die bittere Not des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes unseren tschechischen Genossen den Irrwahn des Separatismus austreiben und Internationalität einpauken wird, sondern ebenso darauf, daß das Empfinden der Solidarität des Proletariats auch bei der Masse der tschechischen Arbeiter, die heute unter dem Banne des Separatismus stehen, zwar gewissermaßen ins Unterbewußtsein hinabgesunken, aber keineswegs abgestorben ist. Die parlamentarischen Wortführer wissen das ganz genau. Ihre Artikel, in denen sie die pathetischsten Worte für die „vollständige Selbständigkeit“ der tschechischen Arbeiterschaft finden — worunter praktisch die Zertrümmerung der Gewerkschaftsorganisation gemeint ist — und in denen sie die zügellosesten Anwürfe gegen die deutschen Sozialdemokraten richten, die sie beschuldigen, die tschechischen Arbeiter in „Untertänigkeit und Botmäßigkeit“ zu halten*) — was damit gemeint ist, zu erfahren, bemühe ich mich erfolglos seit fast zwei Jahren —, diese Artikel also, die der

*) Siehe diese Artikel in der vom Metallarbeiterverband herausgegebenen Schrift „Dokumente des Separatismus“.

theoretischen Diskussion nach separatistischer Methode dienen, schließen fast nie ohne eine feurige Fanfare für die internationale Solidarität aller Arbeiter, insbesondere der Arbeiter Österreichs, und eine Beteuerung der Bereitschaft zum Frieden. Darin ist mehr zu sehen als das Kompliment, das der Separatismus vor dem Internationalismus macht, es ist nicht für uns Deutsche geschrieben, sondern für die tschechischen Arbeiter, vor die man, trotzdem man sie zu Separatisten gemacht hat, ohne das internationale Feigenblatt nicht zu treten wagt. Und gerade weil darin Kautsky meines Erachtens sehr richtig sieht, weil ich es als übertriebenen Pessimismus ansehe, wenn Otto Bauer meint, im Empfinden der Parteigenossen habe die Gesamtpartei zu leben aufgehört, halte ich es für notwendig in diesem Augenblick der Überreiztheit, dieses Empfinden für die Gesamtpartei zu schonen und es nicht durch einen Parteitag, der sich an h e u t e unlösbaren Problemen vergeblich abmühen würde, abzustumpfen.

Wir müssen warten, bis der Separatismus sich ausgelebt hat. Nicht von außen, von dem tschechischen Proletariat selbst muß die Wendung kommen. Wir können den tschechischen Genossen nicht helfen, ihn zu überwinden, sie müssen sich selbst helfen. Jeder Versuch, den wir machen, sie zu überzeugen, reizt nur ihre Empfindlichkeit, die um so größer ist, je mehr sie am schlechten Gewissen leiden. Denn trotz aller ihrer großen Worte, die tschechischen Sozialdemokraten müßten blind sein, wenn sie nicht wenigstens Momente hätten, wo sie sehen, wohin sie der Separatismus geführt hat. Der Separatismus sollte die politische Organisation der tschechischen Sozialdemokratie stärken, er hat sie gespalten; er sollte die Möglichkeit einer weiter ausgreifenden und tiefer eindringenden gewerkschaftlichen Organisation der tschechischen Arbeiterschaft bringen, es stehen heute weniger tschechische Proletarier in der gewerkschaftlichen Organisation — Zentralisten und Separatisten zusammengenommen — als vor drei Jahren. Und schließlich: der Separatismus sollte die Stellung der tschechoslowakischen Partei in der Internationale stärken und heben, er hat sie in der Internationale isoliert. Freilich wird behauptet, die separatistische Politik habe sich in den Wahlen bewährt und habe Mandate gebracht, während die Internationalität der deutschen Sozialdemokratie sie Mandate gekostet habe: ich halte die eine Behauptung für ebenso falsch als die andere; aber wäre sie richtig, so spräche sie nicht für den Separatismus, sondern nur gegen diese Mandate. Wie dem aber auch sei, die Bilanz des Separatismus ist politisch, organisatorisch wie gewerkschaftlich so traurig wie nur möglich.

Bewertet man aber den Separatismus nicht nach dem, was er dem tschechischen Proletariat genützt, sondern was er dem deutschen Proletariat und dem Proletariat aller anderen Nationen geschadet hat, schadet und schaden wird, dann kann man ihn nicht hoch genug einschätzen. Dem Separatismus ist es gelungen, die Gesamtpartei als solche fast funktionsunfähig zu machen und ihre

Gemeinsamkeit auf Vereinbarung der politischen Aktion von Fall zu Fall einzuschränken. Der allgemeine Rahmen des Parteiprogramms und noch mehr die politisch gegebenen Notwendigkeiten der proletarischen Taktik bewirkten allerdings, daß die Sozialdemokratie Österreichs trotz alledem noch immer mehr Einheitlichkeit aufweist als jede einzelne bürgerliche Partei. Das aber ist ein schlechter Trost, denn die Sozialdemokratie ist nicht gewohnt, ihre Kraft an der Schwäche der Gegner zu messen. Die innere Kraft aber, die uns die internationale Geschlossenheit verliehen hatte und die unser Stolz war und einst wieder sein wird, ist gegenwärtig empfindlich gemindert, gemindert vor den Augen der politischen Welt, gemindert aber auch, was viel schlimmer ist, in dem Bewußtsein unserer eigenen Genossen. Die deutsche Sozialdemokratie, die ihre internationale Pflicht stets ohne Ruhmredigkeit, aber in schlichter Treue erfüllt hat, sieht sich der chavinistischen Herrschsucht angeklagt, nur weil sie an der Gemeinsamkeit des proletarischen Kampfes festhält. Es wird uns deutschen Sozialdemokraten durch den tschechischen Separatismus erschwert, inmitten der nationalen Kämpfe, die das politische Leben Österreichs erfüllen, unsere Entscheidungen wie stets bisher unbefangen, vorurteilsfrei und sachlich zu treffen. Das Entscheidende aber ist, daß der Separatismus den Lebensnerv des Klassenkampfes auch des deutschen Proletariats angetastet hat, indem er die Gewerkschaftsorganisation systematisch zerstört. Die politische Aktion und die politische Organisation wird durch Zersplitterung geschädigt und erschwert, die Gewerkschaft kann ohne Gemeinsamkeit nicht leben. Das Existenzminimum internationaler proletarischer Gemeinsamkeit ist die gewerkschaftliche Gemeinsamkeit. Wer sie angreift, gefährdet das notwendigste, lebenswichtigste gemeinsame Band. Zugleich aber stiftet er Schaden ohne jeglichen Nutzen. Die nationale Autonomie der politischen Organisation kann zu weit getrieben werden, immerhin wird sie innerhalb gewisser Grenzen nützlich, ja notwendig sein. Je stärker die Partei wird, desto mehr differenzieren sich ihre Glieder auch in national einheitlichen Ländern. Den Schwierigkeiten, die daraus entspringen, stehen unleugbare Vorteile gegenüber. In der Gewerkschaft bedeutet Zersplitterung nichts anderes als Ohnmacht ohne jeden kompensierenden Vorteil. Der Separatismus hat die Gewerkschaften gezwungen und zwingt sie, ihre ganze Kraft aufzuwenden, um ihre Organisation zu verteidigen, nicht gegen das Unternehmertum und seine Büttel, sondern vor allem gegen den unseligen Irrwahn, daß die Wohlfahrt und die Ehre des tschechischen Proletariats gebiete, die Organisationen zu sprengen, in denen deutsche, tschechische und polnische Proletarier gemeinsam den Lohnkampf führen. Die tschechischen Separatisten haben nur einen einzigen Milderungsgrund: sie sind gegenwärtig unfähig, gewerkschaftlich zu denken. Das ist mit größter Deutlichkeit klar geworden bei jenen Konferenzen, die in diesem Winter in Prag und Wien abgehalten wurden und die von der Gesamtexekutive eingeleitet worden waren.

um einen Weg zur Einigung im Gewerkschaftskonflikt zu suchen. Die tschechischen Genossen waren nicht einmal zu überzeugen, daß es die oberste und primitivste Notwendigkeit sei, Einrichtungen zu schaffen, um die Gemeinsamkeit der gewerkschaftlichen Aktion organisatorisch zu sichern und ihre Mittel wirksam zusammenzufassen. Immer wieder begegneten wir dem Wahne, es genüge diese Gemeinsamkeit der national getrennten Organisationen nicht allein in jeder Fachgruppe, sondern in jedem Betriebe von Fall zu Fall herzustellen. Die schablonenhafte Übertragung eines Organisationsprinzips, das für die politische Organisation, wenn nicht nützlich, doch immerhin möglich ist, auf die Gewerkschaft, wo es ebenso schädlich als unmöglich ist, war im letzten Grunde das unüberwindliche Hindernis, das den Einigungsversuch scheitern machte. Die Frage, wieweit die Zentralverbände zu billigem Entgegenkommen bereit seien, konnte gar nicht aufgeworfen werden, weil die prinzipielle Grundlage für die Gemeinsamkeit nicht gewonnen werden konnte. Diese spezifische Blindheit für gewerkschaftliche Notwendigkeiten entspringt aber nicht etwa einem Defekt des separatistischen Intellekts, sondern seinem Mangel an Willen zur Gemeinsamkeit und auch hier ist der Intellekt dem Willen dienstbar. Die Separatisten wissen innerhalb der tschechischen Organisation, der politischen wie der gewerkschaftlichen, die zentralistische Zusammenfassung sehr wohl zu schätzen, vielfach besser als wir Deutsche, wie man ja überhaupt den tschechischen Separatismus als Prager Zentralismus definieren könnte. Angesichts dieses Mangels an Willen zur internationalen Gemeinsamkeit, dem jede gemeinsame Organisation als deutsche Herrschaftsorganisation erscheint, mußte man die Hoffnung aufgeben, gegenwärtig zu einer Verständigung zu kommen. Darüber würde auch ein Gesamtparteitag nicht hinwegkommen, denn überdies die Kompetenz fehlt, in gewerkschaftlichen Dingen zu entscheiden und der sich damit begnügen müßte, prinzipielle Forderungen aufzustellen, die nur ein Gewerkschaftskongreß in die Wirklichkeit übersetzen könnte.

Nun wird die Anklage erhoben, daß der Gesamtparteitag nicht schon früher, zur Zeit, da er satzungsmäßig zusammentreten sollte, einberufen wurde. Die Antwort ist eine sehr einfache, weil, wäre das geschehen, der Riß in der Gesamtpartei eben schon früher eingetreten wäre. Auf dem letzten Parteitag 1905 gab die tschechische Delegation die Erklärung ab, daß sie von ihrer Absicht, die tschechischen Forderungen hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation auf die Tagesordnung zu stellen, nur daran abstehe, weil der kritische Moment für den gemeinsamen Angriff auf die Wahlprivilegien gekommen sei. Nach einer Verwahrung des Genossen Hueber in bezug auf die Kompetenz des Parteitages in Gewerkschaftsangelegenheiten wurde die tschechische Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis genommen. Der Wahlrechtskampf wurde dann gemeinsam von den tschechischen Genossen mit nicht minderer Tapferkeit wie von den Deutschen siegreich zu Ende geführt. Im

Jahre 1907 war der Gesamtparteitag fällig. Dazwischen lagen zwei Ereignisse. Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß, der wohl eine sehr große zentralistische Majorität aufwies, aber keine Einigung, sondern eine Verschärfung der Gegensätze brachte, und die ersten Wahlen des eroberten gleichen Wahlrechts, deren Ergebnis eine starke sozialdemokratische Fraktion war. Die gewerkschaftliche Gemeinsamkeit war bereits gefährdet, aber die politische Gemeinsamkeit konnte durch den Gesamtparteitag in Permanenz, als welcher sich gewissermaßen der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten darstellte, erhalten, ja gefestigt werden. Die Hoffnung, den Streit, der auf gewerkschaftlichem Boden entbrannt war, begrenzen zu können, die Befürchtung, durch einen Gesamtparteitag ihn auf das Gebiet der politischen Organisation zu übertragen und dadurch auch das schwer erarbeitete und nunmehr wichtigste Organ der Gemeinsamkeit, den Abgeordnetenverband zu gefährden, war der Grund, der 1907 und um so mehr 1909 von der Einberufung des Gesamtparteitages absehen ließ, und zwar, wie festgestellt werden soll, in vollem Einverständnis der deutschen und tschechischen und ohne Widerspruch der anderen nationalen Exekutiven. Auch heute, wo wir den Verlauf rückblickend beurteilen können, erscheint es sicher, daß die Einberufung des Gesamtparteitages dazu geführt hätte, daß der Verband schon damals gesprengt worden wäre, zu einer Zeit, wo das die Partei weit empfindlicher getroffen hätte als heute, wo die Grundlagen der parlamentarischen Aktion hergestellt sind und auch ohne formellen Verband bis zu hohem Grade wirksam sein werden. Der Gesamtparteitag hätte sich gewiß auch mit unseren nationalpolitischen Meinungsverschiedenheiten beschäftigen müssen und hätte auch da große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Aber diese Aufgabe hätte er, das läßt sich mit großer Sicherheit sagen, erfüllen können. An der Frage der gewerkschaftlichen Organisation hätte er aber damals ebenso scheitern müssen wie heute, weil er nicht an ihr vorbeigehen konnte und es doch nicht seines Amtes war und nicht in seiner Macht stand, sie zu lösen.

Die Anklagen, die jetzt von verschiedenen Seiten gegen die Gesamtexekutive und noch mehr gegen die deutsche Exekutive erhoben werden, reduzieren sich wesentlich darauf, daß wir beschuldigt werden, es unterlassen zu haben, Öl ins Feuer zu gießen. Darüber werden wir auf dem Innsbrucker Parteitag gebührend Rede zu stehen haben; hier genüge das Geständnis, daß die deutsche Exekutive und die deutsche Parteipresse gegenüber den separatistischen Exzessen in Wort und Schrift Geduld und Selbstbeherrschung bis zu einem Grade geübt haben, wo, wie uns manche Genossen vielleicht mit Recht vorwerfen, aus der Tugend ein Laster wird. Wir haben es an der prinzipiellen Bekämpfung des gewerkschaftlichen Separatismus niemals und nirgends fehlen lassen, aber wir haben uns allerdings gehütet, die Leidenschaft der deutschen Arbeiterschaft anzufachen durch Vorführung der separatistischen

Kampf- und Diskussionsmethoden in aller ihrer Pracht und wir haben sorgfältig vermieden, der separatistischen Presse auf diesem Wege zu folgen. Wir sehen mit Schmerz, daß unser, von dem Bewußtsein ernstester Verantwortlichkeit diktiertes Verhalten eine Vertiefung der Gegensätze nicht hindern konnte, aber wir können mit gutem Gewissen sagen, daß wir wenigstens nicht Schaden gestiftet haben. Unsere Langmut hat auf die Separatisten so wenig gewirkt wie unsere Kritik. Als wir das sachverständige Urteil der Internationale anriefen und es sich zeigte, daß sich für den nationalen Separatismus auch nicht eine einzige Stimme aussprach, wurde dadurch bei den tschechischen Sozialdemokraten nicht etwa der Einfluß des Separatismus vermindert, sondern das Ansehen der Internationale in unerhörter Weise herabgesetzt. Sie haben die zentralistische Opposition aus ihrer Partei hinausgedrängt, wir haben mit unserem Urteil nicht zurückgehalten, aber uns davor gehütet, in den Streit innerhalb der tschechischen Partei einzugreifen, weil wir nicht dazu beitragen wollten, ihn zu verschärfen und die Heilung des Risses zu erschweren. Das hat nicht gehindert, daß die Separatisten uns nicht nur als Helfer ihrer zentralistischen Gegner, sondern geradezu als Urheber ihrer Parteispaltung anklagten und anklagen. Und während sie die deutsche Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen, was die tschechischen Zentralisten tun und was sie, wie die Separatisten genau wissen, gegen unseren ausdrücklichen Rat tun, lehnen sie selbst die Verantwortung dafür ab, daß uns ihre eigenen Organisationen in deutschen Wahlbezirken Gegenkandidaten aufstellen. Sie zerschlagen die letzten noch intakt gebliebenen Gewerkschaften, bedienen sich dabei einer Taktik der List und Gewalt, die das Vertrauen in Genossentreue aufs schwerste erschüttern muß, aber zugleich erwarten und verlangen sie von uns, daß wir das Widernatürliche tun, daß wir die zentralistische Minorität der tschechischen Sozialdemokratie, die der internationalen Gemeinsamkeit in Partei und Gewerkschaft treu geblieben ist, als Feinde behandeln und verfemen. Gewiß haben die tschechischen Zentralisten schwere Fehler begangen, ihre Konstituierung als selbständige Partei hat nur den einzigen Milderungsgrund, daß es ein Verzweiflungsakt war, zu dem sie die unselige separatistische Taktik gedrängt hat, die ihnen jede Brücke abschnitt und die Einigkeit der Partei in verkehrter Weise durch Gewaltanwendung herstellen wollte.

Wer dieses ganz flüchtige und unvollständige Register un-zweifelhafter und erweislicher Tatsachen überblickt, wird nicht erstaunt fragen: Und so handelt die tschechoslowakische Sozialdemokratie, eine durch und durch proletarische, in hundert schweren Kämpfen erprobte Partei, die sich mit Recht berüht, eines der stolzesten Bataillone der internationalen Armee zu sein!? Was jedem Fremden ein Rätsel sein muß, ist nur dem verständlich, der dazu verdammt ist, in Österreich zu leben und der den Kampf der Nationen mit schmerzhaft offenen Augen zu sehen und zu ver-

stehen gelernt hat*). Nur der wird auch begreifen, daß diese tschechoslowakische Partei in ihrer Masse, trotzdem sie heute einer furchtbaren Suggestion unterliegt, nicht aufgehört hat, eine durch und durch sozialdemokratische Partei zu sein, die den Boden des Klassenkampfes noch nicht einen Moment verlassen zu haben glaubt. Sie hat trotz alledem nicht aufgehört uns allen eine Bruderpartei zu sein, eine Bruderpartei, die gegenwärtig auf einem verhängnisvollen Irrweg ist, die eine lebensgefährliche Phase ihrer Entwicklung durchmacht, die aber, wenn sie erst den Gipfel der separatistischen Welle überwunden hat, den Weg zur internationalen Gemeinsamkeit des Proletariats in Österreich wiederfinden wird.

Bis dahin hat die deutsche Sozialdemokratie zwei schwere und ernste Aufgaben. Sie muß dafür sorgen, daß der Brand, den der tschechische Separatismus entfacht hat, nicht auf das deutsche Proletariat übergreife, daß vor allem die Zerstörung der gewerkschaftlichen Organisation, die er verschuldet, begrenzt und wenigstens von den vorwiegend deutschen Industriezentren ferngehalten werde. Für diese Abwehraktion, die hindern muß und wird, daß mindestens das deutsche Proletariat seine beste, wirksamste und unersetzlichste Waffe im Klassenkampf einbüße oder stumpf werden lasse, muß die Partei ihre volle Kraft und alle ihre Energie einsetzen. Dann aber hat, wie alle nationalen Organisationen des Proletariats in Österreich, vor allem die deutsche Sozialdemokratie dafür Sorge zu tragen, daß ihr Verhältnis zu den nunmehr leider zwei sozialdemokratischen Parteien, die den Kampf des tschechischen Proletariats führen, klargestellt und so geordnet werde, daß der Wiederherstellung der vollen internationalen Gemeinsamkeit des Proletariats in Österreich die Wege geebnet, sicher aber keine Hindernisse bereitet werden. Diese beiden Aufgaben zu erfüllen wird die wichtigste Pflicht des Innsbrucker Parteitages sein.

Wir müssen warten, sorgen wir dafür, daß wir es können.

*) Ich kann es mir nicht versagen, bei diesem Anlaß auf Otto Bauers glänzendes Buch „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ hinzuweisen, das von den Parteigenossen viel zu wenig studiert worden ist. Es ist fünf Jahre alt, aber nicht überholt, sondern aktueller als je. (Anm. von v. a.)

Die Gesamtpartei.

Der Parteitag im Hotel Union.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 3. Juli 1891.

Unser Parteitag zu Wien ist vorüber*) und, sagen wir es nur gleich: die Sozialdemokratie Österreichs kann zufrieden sein. Das Gesamtbild ist ein höchst günstiges. Die Vertretung der Parteigenossen war eine doppelt so große wie vor zweieinhalb Jahren in Hainfeld; während dort 70 Genossen 42 Orte vertraten, waren diesmal 193 Teilnehmer aus 62 Orten anwesend. Wichtiger noch ist es, daß diesmal auch sehr zahlreiche die tschechische Arbeiterschaft, daß auch Galizien und Triest vertreten war.

Während in Hainfeld erst Prinzipien aufgestellt wurden und der Grund zu einer neuen Organisation gelegt werden konnte, konnten wir in Wien konstatieren, daß diese Organisation lebe, wachse, gedeihe, daß die Prinzipien, das Programm, welches in Hainfeld beschlossen worden, nicht toter Buchstabe geblieben, sondern daß ihr Geist auch Fleisch geworden.

Österreich ist ökonomisch und politisch rückständig, die Entwicklung der proletarischen Bewegung und darum auch der Sozialdemokratie ist darum dem Umfang nach hinter der in Deutschland zurückgeblieben. Aber so rapid, wie sich die ökonomische Umwälzung Österreichs vollzieht, so schnell es den Charakter eines modernen Staates mit kapitalistischer Produktion gewinnt, so schnell folgt ihr auf dem Fuße das Anwachsen der Sozialdemokratie. Trotz aller Drangsalierung, trotz aller Hemmnisse einer reaktionären Gesetzgebung und ihrer polizeistaatlichen Anwendung, wir schreiten mit Riesenschritten vorwärts. Und auch das große Hindernis der Vielsprachigkeit unseres Landes vermag uns nicht zu hemmen. Gerade der Wiener Parteitag hat das bewiesen, wo zum erstenmal Sozialdemokraten aller in Österreich gesprochenen Zungen als Glieder einer einheitlichen Organisation vertreten waren. Während 1888 noch die Tschechen in Brünn, die Deutschen in Hainfeld tagten, konnten diesmal die Parteigeschäfte

*) Der Parteitag fand vom 28. bis 30. Juni 1891 im Hotel Union in Wien statt. Siehe den Bericht über die Parteitätigkeit, den Adler erstattete, unter dem Titel „Parteibericht nach Hainfeld“ im Abschnitt über die Einigung der Partei.

gemeinsam erledigt werden. Gewiß legt uns dabei die sprachliche Verschiedenheit eine Reihe von Unbequemlichkeiten auf, welche aber gern getragen werden um des herrlichen Gutes der internationalen Solidarität willen. Die Verhältnisse Österreichs machen eine weitgehend föderalistische Organisation zur Lebensbedingung unserer Partei; die praktische Tätigkeit macht eine sprachliche Scheidung vielfach notwendig. Der Parteitag aber soll beweisen und hat diesmal bewiesen, daß deutsche und tschechische, polnische und ruthenische, italienische und slowenische Arbeiter auf dem gemeinsamen Boden des sozialdemokratischen Programms stehen, daß nicht nur das Ziel, sondern daß auch der Kampf ihnen gemeinsam ist, daß sie Schulter an Schulter kämpfen als ein einziges Heer gegen den gemeinsamen Feind.

Sehr charakteristisch ist in dieser Beziehung die Episode, welche den Parteitag gegen Ende desselben beschäftigte. In Prag hatte vor einiger Zeit ein tschechischer Parteigenosse das Bedürfnis empfunden, Redakteur zu werden. Da aber die tschechische Sozialdemokratie überreich mit Blättern gesegnet ist, kam er auf den witzigen Einfall, eine eigene Partei zu gründen*). Wieweit dabei der jungtschechische Einfluß der Gebrüder Grégr mitspielte, wollen wir unerörtert lassen. Kurz, Wurstl und ein Vierteldutzend seiner Freunde entdeckten plötzlich, daß die tschechischen Arbeiter berufen seien, dem „deutschen Drucke“ ein Ende zu machen, daß sie nicht nur als Proletarier gegen die Ausbeutung des Kapitalismus, sondern auch als Tschechen gegen die Deutschen zu kämpfen haben, kurz, daß ihre Pflicht sei, den Schwanz der Jungtschechen zu bilden. Sie gründeten die „Naše Obrana“, ein Blatt, welches es auf ganze 300 Abonnenten gebracht haben soll, und eröffneten vor allem den Krieg gegen die tschechischen Sozialdemokraten, beschimpften sie als „Deutschenknechte“, unterstützten bei den Reichsratswahlen mit zynischer Offenheit dem Sozialdemokraten gegenüber den jungtschechischen Kandidaten und versuchten den 1. Mai durch Hochrufe auf — Grégr zu feiern. Zum Überfluß

*) Der Führer dieser Bewegung war ein gewisser Wenzel Sedmidubský, der sich nach der ersten Maifeier von dem Herausgeber des jungtschechischen Blattes „Národní Listy“, Dr. Julius Grégr, hatte gewinnen lassen und mit etwa sechs Freunden aus dem „Politický Klub“ austrat und ein Blatt gründete. Nachdem Sedmidubský mit seiner Partei- und Blattgründung Schiffbruch gelitten hatte, trat er in die christlich-soziale Partei ein, ohne aber weiter eine besondere Rolle zu spielen. Es ist interessant, daß der damalige fortschrittliche Student Kľofáč und seine Freunde dieser Spaltung der Arbeiterbewegung nicht zustimmten und sogar öffentlich dagegen auftraten. Nach der bekannten Erklärung, die die tschechischen Sozialdemokraten im Jahre 1897 im Parlament gegen das böhmische Staatsrecht abgaben, gründete Kľofáč, damals Redakteur des „Národní Listy“, selbst eine Partei der „nationalen Arbeiter“, aus der später die Partei der tschechischen „Nationalsozialisten“ jetzt „tschechische sozialistische Partei“ zum Unterschied von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie wurde. (Siehe darüber die Bemerkungen zum Artikel „Glück auf!“ im „Právo Lidu“ vom 1. Oktober 1907 in diesem Abschnitt.)

leisteten sie sich noch ein eigenes „Programm“, in welchem die nebelhaften „national-internationalen“ Parteigrundsätze in redseligem Phrasenschwall dargelegt werden. Als die Herren Zutritt zum Parteitag wünschten, hätte er denselben einfach verweigert werden können. Sie wurden aber eingeladen, damit sie Gelegenheit hätten, Farbe zu bekennen, und diese fand sich reichlich. Sie brachten einen Antrag ein, der ihnen durch eine „Erläuterung“ zum Programm ermöglichen sollte, den Jungtschechen weiter Dienste zu leisten, zugleich aber zu behaupten, sie seien wirkliche und wahrhaftige Sozialdemokraten, welche das Hainfelder Programm anerkennen. Sie kamen aber schlecht an. Selbstverständlich wurde die Austragung dieser Angelegenheit ausschließlich den tschechischen Genossen selbst überlassen; kein einziger Deutscher ergriff das Wort. Aber unsere wackeren tschechischen Parteigenossen machten den Herren den Standpunkt so klar, daß sie es vorzogen, die Flucht zu ergreifen, ohne das Resultat der Abstimmung abzuwarten. Wir sind überzeugt, daß dieses Fraktionchen, welches etwa so viele Dutzende von Anhängern zählt als die Prager Sozialdemokraten Tausende, bald ausgelebt haben wird und daß sich auch die Handvoll Leute nicht länger wird nasführen lassen.

Wir haben von diesem Zwischenfall ausführlicher gesprochen, trotzdem seine politische Bedeutung an sich genommen eine sehr geringe ist; wir wollten aber hervorheben, wie ernst, tief und aufrichtig die tschechischen Sozialdemokraten den internationalen Charakter unserer Partei auffassen, was um so bedeutungsvoller ist, als gerade in Böhmen der nationale Kampf der Bourgeoisie wieder eine seiner letzten krampfhaften Phasen durchmacht, die tschechischen wie die deutschen Arbeiter in Böhmen hassen die nationale Unterdrückung wie jede andere Tyrannei, sie lehnen es aber entschieden ab, sich unter nationalen Vorwänden für die Zwecke der deutschen oder tschechischen Bourgeoisie mißbrauchen zu lassen.

Neben dem internationalen Charakter trat noch ein anderer Zug auf dem Parteitag mit großer Deutlichkeit hervor; die Klarheit und Einigkeit über die Taktik. In den umfangreichen und ausführlichen Debatten über Gewerkschaften, Wahlrecht, Sozialreform, Maibewegung wurde der Grundgedanke des Hainfelder Programms durchwegs festgehalten. Wir wollen die Zukunft, wir wissen, daß die kapitalistische Gesellschaft fallen muß. sollen wir unser Ziel erreichen; wir nützen aber die Gegenwart, wir setzen das Proletariat in den Stand, sich zu befreien. Tapfere Siegeszuversicht verbindet sich mit kluger Überlegung, mit praktischem Zugreifen und nüchterner Abschätzung der eigenen Kraft. Wir haben das Bewußtsein, auf dem richtigen Wege zu sein und werden ihn gehen — bis zu Ende.

Die Debatte über die Maibewegung*) brachte aus allen

*) Siehe Adlers Rede unter dem Titel „Verteidigung der Deutschen“ im Abschnitt über die Maifeier.

Gegen den des Reiches Belege dafür, wie tiefgreifend und fruchtbringend die Maifeier gewirkt und wie fest der Entschluß bei den österreichischen Genossen steht, an der Feier des 1. Mai festzuhalten. Zugleich aber wurde unumwunden ausgesprochen, daß durch die Verlegung der Maifeier auf den Sonntag in Deutschland unserer Demonstration große Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden und gerade bei diesem Punkte vermißten wir am meisten den Vertreter des Parteivorstandes unserer deutschen Genossen, als welcher Genosse Auer angesagt war, der aber durch eine Kette verhängnisvoller Zufälle im letzten Moment am Erscheinen verhindert wurde. Wir wollen uns gewiß in den Angelegenheiten der Bruderparteien des Auslandes kein entscheidendes Urteil anmaßen. Wir wünschen aber Klarheit und definitive Feststellung des Datums der internationalen Maifeier und werden unsererseits am 1. Mai festhalten. Die österreichische Delegation zum Brüsseler Kongreß wird in diesem Sinne zu wirken haben.

Die Frage der Parteiorganisation bildet auf unseren Parteitagen stets ein wichtiges, aber sehr wenig inhaltsreiches Kapitel. Der absurde Zustand unserer Gesetzgebung klemmt uns zwischen Vereinsgesetz und Geheimbundparagraphe ein. Wir können die Organisation der Partei weder den Paragraphen des Vereinsgesetzes und dem Belieben der Polizisten verschiedener Grade aussetzen, noch haben wir Lust, uns auf die Spielerei der „Geheimorganisation“, welche nur Spitzel züchtet und schwere Opfer kostet, einzulassen. Wir müssen also von jedem festen Verband, von regelmäßig einzufordernden Beiträgen und dergleichen absehen und uns mit freien Formen begnügen. Aber die Form ist schließlich gleichgültig, entscheidend ist der Geist, welcher in der Partei lebt — und der ist gut, tüchtig, opfermutig.

So werden denn diese Tage dauernd einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der Partei darstellen. Parteitage und Kongresse können nicht sowohl leisten, sondern müssen vielmehr aufzeigen, was geleistet wurde; sie sind nicht die Triebkraft, sondern das Manometer der Partei. Hoffen wir, daß der nächste Parteitag ebenso große, womöglich größere Fortschritte aufzuweisen haben wird als der diesmalige.

Es war diesmal eine ganz imposante Versammlung, welche zu Wien tagte; und sie war vollauf berechtigt, im Namen des gesamten klassenbewußten Proletariats in Österreich zu sprechen. Und wir sind überzeugt, unser Ruf wird gehört werden, gehört, wenn nicht von den Herrschenden, doch gewiß von den Geknechteten. Jeder Ton der Klage über das Elend der Ausgebeuteten, jeder bittere Schrei des Hohnes und der Verachtung gegen die Unterdrückten — er wird seinen Widerhall finden.

Die Genossen von auswärts sind von uns Wienern mit herzlichster Freundschaft empfangen worden. Wie wir sie mit einem Glückauf begrüßen, so nehmen wir Abschied mit einem kräftigen Vorwärts!

Der Parteitag beim Schwender.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 3. April 1894.

Der sozialdemokratische Parteitag*), welcher am Samstag nachmittags geschlossen wurde, darf uns mit gerechtem Stolz erfüllen. Die aktuellste und dringendste Frage, die ihn beschäftigte, die Taktik im Kampfe um das Wahlrecht, wurde auf die befriedigendste und einmütigste Weise gelöst. Das wertvollste Ergebnis in dieser Beziehung ist, daß die Gesamtpartei erklärte, daß sie den Kampf, der seit einem Jahre von ihr ohne besonderen Beschluß, einfach aus der Logik der Tatsachen heraus, geführt wurde, nicht nur billige, sondern mit aller Kraft und Energie als wichtigste Aktion der Partei fortführen wolle. Denn wohlgemerkt, nicht nur um die Frage des Massenstreiks allein handelte es sich; es handelte sich darum, ob die Sozialdemokratie als Partei ihre ganzen Kräfte für die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes einsetzen wolle. Und wie sehr diese Frage im Vordergrund standen, zeigt ein Blick in die Tagesblätter, welche nicht müde werden, die Arbeiter an ihre „wirtschaftlichen Interessen“ zu erinnern und sie davor zu warnen, sich in die Bahnen des politischen Kampfes zu begeben — eine liebevolle Teilnahme der kapitalistischen Presse für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, die in ihrer gegenwärtigen Haltung zum Streik der Gasarbeiter**) die gebührende Beleuchtung erfährt.

Die sehr begreifliche Strömung, den politischen Kampf und die politische Organisation in zweite Linie hinter den Kampf um wirtschaftliche Forderungen zu stellen, kam auf dem Parteitag, insoweit sie besteht, voll zum Ausdruck, aber sie mußte der tieferen Erkenntnis weichen, daß, wer für politische Rechte kämpft, damit auch die Bedingung für jede ökonomische Forderung erst recht schafft. So, und nur so ist der einstimmige Beschluß in Sachen des Kampfes ums Wahlrecht aufzufassen.

Gleichwertig neben diesem Erfolg des Parteitages stehen seine Resultate auf dem Gebiet der Organisation. Mit der tschechoslawischen Arbeiterpartei verbindet die österreichische Arbeiterschaft seit jeher internationale Solidarität, fest zusammengekittet

*) Der Parteitag fand vom 25. bis 31. März 1894 beim Schwender in Wien statt. Hauptgegenstand seiner Beratungen war die Frage des Generalstreiks. (Siehe Adlers Rede unter dem Titel „Die Taaffsche Wahlreform und der Generalstreik“ im Abschnitt vom Generalstreik.)

**) Am 29. März 1894, während der Parteitag tagte, traten die Arbeiter des Wiener städtischen Gaswerkes in Streik, weil die Direktion die alten Arbeiter, die schon seit Jahren dort beschäftigt waren, entließ, um billigere Kräfte anzustellen, wahrscheinlich aber vornehmlich deshalb, um die junge Organisation, die sich die Gasarbeiter geschaffen hatten, zu zerschlagen. Es gelang ihr auch den Streik niederzuschlagen, indem sie die gelernten Wiener Arbeiter durch ungelernte slowakische Arbeiter ersetzte, womit auch die Organisation vernichtet war.

sind wir durch den eisernen Druck, unter welchem wir alle gemeinsam leiden. Aber erst dieser vierte Parteitag hat jedes letzte Gefühl der Fremdheit, des Nebeneinanderstehens beseitigt und die Ostern 1894 leiten eine neue Ära der intimsten Verschmelzung der gesamtösterreichischen Sozialdemokratie mit der tschechisch-slawischen Arbeiterpartei ein. Wir dürfen mit Stolz sagen, daß das Problem gelöst ist: Einheit des Programms, Vereinbarung der Taktik, Autonomie in der Organisation. Und das hat sich in demselben Augenblick vollzogen, wo die Deutschliberalen zu Mitschuldigen des Ausnahmzustandes in Prag geworden sind und Hand in Hand mit den Anstiftern des Omladinaprozesses*) gehen, und im selben Moment, wo die nationalen Leidenschaften der Jungtschechen, aufgestachelt durch die am tschechischen Volk verübte Gewalttat, jedes Maß zu verlieren drohen.

Nicht minder wichtig ist die Eingliederung einer der wichtigsten Proletarierschichten Österreichs, der Bergarbeiterschaft, in die Sozialdemokratie. Das Mißtrauen, welches bisher herrschte, ist nur zu leicht erklärlich. Es wurde beseitigt in dem Moment, als ein Parteitag Zeit fand, die Interessen der Bergarbeiterschaft zum Gegenstand seiner sorgfältigen Aufmerksamkeit zu machen. Die Debatte über die Bruderladen, eingeleitet durch ein von unübertroffener Sachkenntnis zeugendes Referat des Herrn Dr. Verkauf, zeigte, wie notwendig es für die Bergarbeiter ist, ihre zünftlerische Abschließung aufzugeben und sich dem streitbaren Proletariat anzuschließen.

Wie sehr es gelang, sie davon zu überzeugen, beweist der Anspruch, welchen mehrere Genossen, welche die Bergarbeiter vertraten, machten: „Wir gehen ganz anders nach Hause als wir gekommen sind.“ Schon in allernächster Zeit werden sich die neuen Fortschritte als ebenso fruchtbringend für die gesamte Arbeitererschaft als für die Proletarier der Gruben erweisen.

Auf dem Gebiet der Organisation war nur der im Jahre 1892 gezogene Grundplan zu erweitern und den Bedürfnissen, welche die Entwicklung unserer Partei notwendig hervorgerufen hat, Rechnung zu tragen. Hierher gehört die Verstärkung der Parteivertretung durch Mitglieder in der Provinz und die Ermöglichung einer Kontrolle in Wien. Hierher gehört auch die Erklärung der „Arbeiter-Zeitung“ zum Zentralorgan der Partei und ihre Unterstellung unter die Parteivertretung. Die rein lokale Angelegenheit, inwieweit der von den Wiener Genossen gewünschte Einfluß in bezug auf Personalfragen bei Anstellungen gehen solle, wurde in deren Sinne gelöst. Wir hätten es für praktischer gehalten, wenn der Antrag der früheren Parteivertretung*) angenommen worden wäre, aber

*) Über Ausnahmzustand und „Omladina“ siehe die Bemerkungen zur Rede Adlers auf dem Parteitag.

Die Parteivertretung, daß über Personalfragen definitiv die Gesamtparteivertretung entscheiden soll, war mit 39 gegen 36 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Schuhmeier angenommen worden, daß im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorgegangen werden solle.

auch so sind wir überzeugt, daß der gesunde Sinn, welchen sich die Wiener Genossen für die Interessen der Gesamtpartei bewahrt und bei jeder Gelegenheit gezeigt haben, es niemals zu einer Schwierigkeit wird kommen lassen.

Es ist im Rahmen dieses Artikels unmöglich, alle Beschlüsse des Kongresses zu erörtern. Erwähnt sei noch, daß die Parteiververtretung beauftragt wurde, mit Energie eine Agitation einzuleiten, welche den Rest vom Ausnahmezustand, welcher noch über Wien lastet, und die zahllosen gesetzwidrigen Abschaffungen und Ausweisungen, wie sie in Böhmen üblich waren und zum Teil noch sind, endlich beseitigen soll.

So hat denn dieser Parteitag gute Arbeit verrichtet. Wenn wir auf seine Vorgänger zurückblicken, können wir mit Genugtuung hervorheben, daß er sie bei weitem überragte. Von Kongreß zu Kongreß steigt nicht nur die Ausbreitung der Partei, sondern erhöht sich auch ihr geistiges Niveau in einem ebenso erfreulichen als überraschenden Grade. Und hierin liegt die Stärke der österreichischen Sozialdemokratie.

Der vierte Parteitag leitet einen Kampf ein, in den wir getrost und entschlossen ziehen können, weil wir nicht nur die Gerechtigkeit auf unserer Seite haben, sondern weil wir auch wissen, daß die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft entschlossen ist, ihn mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Es stehen uns Zeiten harter Arbeit, mühevollen Streites und vielleicht großer Opfer bevor. Aber wir haben gewissenhaft erwogen und werden mutig zu wagen wissen. Was der vierte Parteitag beschlossen hat, es wird lebendige Tatsache werden.

Nationale Organisation der Sozialdemokratie.

Parteitag in Prag 1896.

Am wichtigsten von allen Anträgen*) erscheint mir jener, welcher von allen hier vertretenen nationalen Organisationen in Österreich eingebracht wurde und welcher einen weiteren Schritt in dem

*) Auf dem fünften österreichischen sozialdemokratischen Parteitag, der vom 5. bis 11. April 1896 auf der Schützeninsel in Prag stattfand, wurde der Grund zur neuen nationalen Organisation der Sozialdemokratie gelegt.

Zur Beratung des Punktes „Organisation und Taktik“ hatte schon vor dem Kongreß die „italienische Sektion der sozialdemokratischen Partei Österreichs“ (durch Antonio Gerin, Meran) den Antrag gestellt:

In die Parteiververtretung werden zum Zwecke der Förderung der Parteiangelegenheiten, jedoch ohne Verletzung des bis jetzt gebräuchlichen föderalistischen Systems, Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt.

Das Hauptreferat zum Punkt „Organisation und Taktik“ hatte Reumann; als Korreferent (Referent für die tschechische Organisation, wie

Ausbau der gesamten Organisation der Sozialdemokratie in Österreich bedeutet. Die Arbeit, die wir da zu leisten hatten, war eine ungeheuer schwere. Der Karren ist sehr verfahren, nicht von uns, sondern infolge des Blödsinns, der Bosheit und der Bedrückung von oben (Zustimmung) und wir Sozialdemokraten sind die einzigen, denen es möglich ist, über diese nationalen Unterschiede hinwegzukommen. Wir können nicht, wie ein tschechisches Blatt gesagt hat, „den Nationalismus beseitigen“, und so dumm sind wir nicht, daß wir das auch nur wollten und daß wir glaubten, die Natur berichtigen zu können. Was wir wollen ist, aus diesem Gewürfel von Nationalitäten ein vernünftiges Ganzes zu machen, indem jeder Nation die freie Entwicklung gewährt ist und nicht die eine die andere beeinträchtigt, sondern alle einander helfen. Dafür gibt es in der Geschichte Österreichs kein Beispiel. Wir werden das erste geben und einen bedeutenden Schritt hiezu machen, wir mit unserem heutigen Antrag, der von allen Nationen, die hier vertreten sind, unterstützt ist. Genosse Hueber hat Ihnen eine zentralistische Organisation anempfohlen. Damit würden wir nicht die Wirkung erzielen, die er sich verspricht. Solche Dinge sind in der Theorie sehr schön und vielleicht in einem anderen Lande möglich. In der österreichischen Praxis sind sie aber absolut unmöglich und wir sind daher von vornherein den Weg gegangen, welcher in Österreich allein möglich ist: die gemeinsame Vereinbarung über die Taktik und die Selbständigkeit in der Organisation. Für uns gibt es nur eine volle Autonomie in der politischen Organisation.

Die Gemeinsamkeit des Zieles ist im Hainfelder Programm

es im Protokoll heißt) stellte Josef Němec (Wien) im Namen der tschechischen Delegierten folgenden Antrag:

I. Die Vertretung der österreichischen Sozialdemokratie soll aus den engeren Exekutivausschüssen der deutschen, tschechischen, polnischen usw. Parteien zusammengesetzt sein, die eine Gesamtdellegation bilden, welche die Partei leitet.

II. Die einzelnen Exekutivausschüsse, wenigstens aus drei Mitgliedern und zwei Kontrolloren bestehend, treten zu gemeinsamen Beratungen zur Regelung der allen österreichischen Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten zusammen.

Im Laufe der Debatte teilte der Vorsitzende mit, es seien zwei Anträge eingebracht, durch die die Anträge Gerin und Němec entfallen. Diese seien sohin zurückgezogen worden. Die beiden neuen Anträge waren:

1. ein neuer Antrag Gerin:

In die Parteivertretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um die ständige Fühlungnahme zu vermitteln.

2. ein Antrag Dr. Adler, Steiner, Němec, Smetana, Daszynski, Zaverčnik, Vaněk, Reger, Fränkel, Gerin, Resel, Rieger, Zeller, Popp, Schrammel, Ellenbogen:

Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Österreich, die sich aus den Vertretungen oder Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen und polnischen Organi-

niedergelegt, welches von allen sozialdemokratischen Parteien in Österreich als Grundlage anerkannt worden ist. Die Selbstständigkeit der Organisation liegt so sehr in der Natur unserer Verhältnisse, daß eigentlich niemals ein Zweifel darüber war, daß sie notwendig ist, die Vereinbarung über die Parteitaktik in jedem einzelnen Moment aber ist das schwierige und das hat wiederholt in früheren Jahren zu Zweifeln geführt, weil nicht die richtige Form dafür gefunden war. Wir haben uns dieser Form immer mehr genähert und wo wir uns bisher von Fall zu Fall vereinbart haben, glauben wir heute so weit zu sein, daß man eine feste Form, eine Regel dafür schaffen kann, in welcher Weise die Aktionen geleitet werden können. Unser österreichischer Kongreß leidet selbstverständlich an allen jenen Schwierigkeiten, an denen internationale Kongresse leiden. Wir verstehen die Tschechen nicht und viele von den Tschechen uns nicht, und da müssen wir uns mit Übersetzungen behelfen. Ich frage Sie aber, Genossen, haben Sie seit zehn Jahren oder sagen wir, um einen festen Zeitpunkt zu nehmen, haben Sie seit dem 1. Jänner 1889, als das Hainfelder Programm aufgestellt wurde, in der österreichischen Sozialdemokratie jemals einen Streit ausbrechen sehen, welcher aus nationaler Unduldsamkeit oder nationalem Egoismus hervorgegangen wäre? Niemals. Es ist zu Reibereien gekommen, das gebe ich zu, aber niemals hat bei uns einer den anderen unterdrücken wollen. (Zustimmung.) Heute müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wir haben in der Organisation die Deutschen, Tschechen und Polen. Bei allen diesen ist ein vorgeschrittenes, organisiertes Proletariat. Nun rücken schon die Jungen nach. Es kommen die Südslawen, die

sationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslawischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Österreich tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen.

Die Antragsteller waren die Vertreter aller Nationen: für die Deutschen neben Adler Julius Popp (Wien), der Administrator der „Arbeiter-Zeitung“, Dr. Wilhelm Ellenbogen (Wien), Anton Schrammel (Wien), der nachmalige Abgeordnete von Aussig, Hans Resel, der Abgeordnete von Graz, Eduard Rieger (Brünn), der Abgeordnete von Mährisch-Schönberg, Eduard Zeller (Teplitz), der Abgeordnete von Saaz; für die Tschechen Josef Steiner (Prag), der Redakteur des „Sociální Demokrát“ und Abgeordneter von Smichow, Anton Němec, der Redakteur der „Dělnické Listy“ in Wien, nachmaliger Abgeordneter von Prag, Rudolf Smetana, Administrator der „Dělnické Listy“ in Wien, Karl Vaněk, damals in Pilsen, später Abgeordneter von Brünn; für die Polen Ignaz Daszynski (Abgeordneter von Krakau), Joachim Fränkel (Lemberg) und Thaddäus Reger (Bergarbeitersekretär in Orlau); für die Italiener Antonio Gerin (Meran); für die Slowenen Ferdinand Zaverčnik (Wien).

Dieser Antrag Adler-Steiner wurde dann, nachdem er von der zur Prüfung der Anträge eingesetzten Kommission empfohlen war, einstimmig angenommen.

sich nach und nach den Pfaffen entwinden. Die Italiener fangen an, zu begreifen, daß es noch eine andere Befreiung als die durch die Irredenta gibt. Es muß also bei Zeiten vorgesorgt werden, nicht dafür, daß ihnen der nötige Einfluß gewahrt ist, den hätten sie ohnehin, sondern dafür, daß wir die Möglichkeit haben, sie in der entsprechenden Weise in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Das ist aber nur möglich, wenn wir mit ihnen Fühlung haben, wenn wir mit ihnen regelmäßig in Verbindung treten. Das ist ebenso unser Bedürfnis wie ihr Bedürfnis, daß sie in der Parteivertretung durch Leute vertreten sind, welche die Verhältnisse kennen, Bericht erstatten und sagen, was notwendig ist. Es wird also der Antrag Gerin, der nur eine andere Form bekommen hat, auf keinen Widerstand stoßen. Eine besondere Rolle spielen die Polen, die von uns räumlich weiter getrennt sind und ein mehr weniger geschlossenes Sprachgebiet haben. Ich möchte konstatieren, daß ich es vor zwei Jahren als die wichtigste Aufgabe der österreichischen Arbeiterschaft bezeichnet habe, daß der Wall zwischen der mährischen und galizischen Sozialdemokratie durchbrochen werde und daß dies insbesondere die Krakauer Organisation durch die Förderung der Bewegung in Mährisch-Ostrau zustande gebracht hat. (Beifall.) Es genügt aber nicht immer, daß alle Nationen in der Parteivertretung sind, sondern es ist mitunter notwendig, daß wirklich die Exekutiven aller unserer Bruderparteien zusammentreten und man gemeinsame Beschlüsse fassen kann. Das wird durch unsere zwei Anträge ermöglicht. In den Anträgen wird zum erstenmal festgesetzt, was wir bisher nur ausnahmsweise getan haben, daß Konferenzen einberufen werden. Die Erkenntnis, daß wir das tun müssen, ist alt, aber erst jetzt glauben wir, die Fähigkeit zu haben, das durchzuführen. Wir werden damit dem internationalen Proletariat die geschichtliche Ehre verschaffen, daß es aus diesem heruntergekommenen, versumpften Land etwas Vernünftiges, etwas Europäisches gemacht hat. Im Anfang wird es schwer gehen, aber wir sind Leute, die zueinander Vertrauen haben, die einander kennen, die miteinander gefochten und gelitten haben und wir werden miteinander zu siegen verstehen. (Beifall.)

Parteiorganisation auf Grund der fünften Kurie.

Referat über Parteiorganisation*). —
Parteitag 1897.

So wie wir uns in der Taktik immer den Verhältnissen und dem Verhalten unserer Gegner anpassen müssen, sind wir gezwungen, unsere Organisation von Schritt zu Schritt der Entwicklung der

*) Der sechste österreichische Parteitag fand nach den ersten Wahlen auf Grund des Badenischen Wahlrechts statt. Er tagte im „Hotel Wimmer“ in Wien vom 6. bis 12. Juni 1897. Sowohl die Taktik als die

Partei anzupassen. Nachdem nun unsere Partei eine schnell wachsende Partei ist, die sich in zehn Jahren, ich möchte sagen, aus dem Nichts zu einer sehr mächtigen und vielgestaltigen Masse ausgebildet hat, ist es natürlich, daß wir, zum Unterschied von anderen Bruderparteien im Auslande, beinahe auf jedem Parteitag mit der Umgestaltung der Organisation beschäftigt sind. Das wird den deutschen Genossen fremd sein, da sie eine feststehende Grundlage für die Organisation besitzen.

Nach zwei Gesichtspunkten muß die Organisation von Zeit zu Zeit geändert werden. Erstens in bezug auf die Grundlage der Organisation, und zwar ohne Unterschied der Nationalität, muß der Zusammenhang der Organisation an Ort und Stelle geändert werden nach der Entwicklung der Partei, und zweitens muß das Verhältnis, in welchem die verschiedenen so gestalteten Organisationen zueinander stehen, insbesondere auch in Bezug auf die nationalen Verhältnisse, einer Änderung unterzogen werden. Das sind die beiden Punkte, über die hier hauptsächlich zu berichten sein wird.

Es wurde schon in der Eröffnungsrede des Genossen Popp*) darauf hingewiesen, daß die Einführung der fünften Kurie und der uns zugänglichen Wahlkreise, die Einführung der allgemeinen Wahlen an und für sich eine Änderung unserer Organisation bedingt hat, bevor sie noch statutarisch festgesetzt war. Das Bedürfnis dazu war ein so lebendiges, daß die tschechischen Genossen einen neuen Parteitag gar nicht abgewartet haben, sondern noch vor den Wahlen ihre Organisation direkt den Wahlkreisen angepaßt haben. Wir haben, seitdem wir überhaupt eine Organisation besitzen, stets mit Neid nach Deutschland hinübergesehen, wo die Organisation auf Grundlage der Wahlkreise eine ganz selbstverständliche und naturgemäße ist, während wir, nicht nur durch die nationalen Verschiedenheiten, sondern auch durch die Bezirks- und Provinzgrenzen behindert, uns gewisse Agitationsbezirke einrichten mußten. Nun kam die Badenische Wahlreform und bot uns für das ganze Land 72 Wahlkreise, die nicht nur politisch, sondern auch organisatorisch viel zu groß und in ihrer Zusammensetzung und Abgrenzung vielfach ganz absurd sind, obwohl wir zugeben mußten, daß an den meisten Orten versucht wurde — und das ist auch vielfach gelungen — eine Abgrenzung nach Nationalitäten zu finden. Es sind nur einzelne Wahlkreise, wo eine erhebliche nationale Minorität in einen Wahlkreis der anderen Nationalität eingeschoben ist. Allerdings ist das zum Beispiel in Böhmen, das da in erster

Parteiorganisation mußten sowohl dem neuen Wahlrecht, das in der fünften Kurie allgemein war, als dem Ausgang der Wahl entsprechend eingerichtet werden. Über beides referierte Dr. Adler. Das Referat über die Parteitaktik ist unter dem Titel „Klerikalismus und Nationalismus“ im Abschnitt über die bürgerlichen Parteien enthalten; das Referat über die Parteiorganisation hier.

*) Julius Popp, von Beruf Schuhmacher, einer der werktätigsten Mitarbeiter Adlers am Werk der Einigung, Verwalter der „Arbeiter-Zeitung“, Gatte Adelheid Popp-Dworschaks, ist im Jahre 1902 gestorben.

Linie in Betracht kommt, auf Kosten einer vernünftigen Einrichtung geschehen. Es ist ja eine große Absurdität, wenn man sieht, wie alle Wahlkreise von Prag aus strahlenförmig ausgehen und immer ein Stück von den eigentlichen Vororten Prags mitgerissen wird. Dabei ist aber das Bestreben nicht zu verkennen, Bezirke mit vorwiegend industrieller Arbeiterschaft durch ländliche Bezirke in demselben Wahlkreis zu majorisieren, indem man die eigentlichen Industriebezirke auseinandergerissen hat. Der Wahlkreis Trautenu zum Beispiel, der zu unserer allergrößten Überraschung in unseren Besitz gelangte, wurde durch Hineinschieben eines tschechischen Wahlkreises in zwei Teile getrennt, von denen der eine an der Nordgrenze, der andere an der Südostgrenze von Böhmen liegt. Das sind also große Unzukömmlichkeiten, die ich erwähne, weil wir uns dieser Schwierigkeiten und Fehler bewußt sein müssen, wenn wir darangehen, auf Grund dieser Abgrenzung unsere Organisation zunächst einzurichten.

Ich weiß ganz gut, daß manche sagen werden: „Ja, wie kommen wir dazu, uns auf Grundlage eines Wahlgesetzes, an welchem wir keinen Anteil haben und das wir auf das entschiedenste bekämpfen, einzurichten?“ Das ist ganz richtig. Aber als klare Politiker müssen wir mit den vorhandenen Tatsachen rechnen, und das sind die jetzt bestehenden Wahlbezirke. Wird es uns gelingen, diese Einteilung zu ändern und eine vernünftige Wahlordnung zu schaffen, dann werden wir unsere Organisationen derselben leichter anpassen können; es wird aber leichter sein, unsere Organisationen einer neuen Wahlordnung anzupassen, als die Wahlordnung umzuändern.

Der Referent bespricht hierauf die bestehenden Bezirks- und Kreisorganisationen, die auf der momentanen Entwicklung der Organisation gegründet waren und führt dann weiter aus:

Nun hat sich das mit einem Schlage bei den Wahlen geändert. Es waren jetzt bestimmte Bezirksorganisationen durch die äußeren Verhältnisse naturgemäß aufeinander angewiesen. Ob sie nun zusammenarbeiten wollten oder nicht, ob sie logisch zusammengehörten oder nicht, sie mußten zusammenarbeiten, weil sie zu Wahlzwecken einheitlich vorgehen mußten. Das alles hat sich von selbst durchgesetzt und wir haben in dieser Beziehung nur das in unser Organisationsstatut aufzunehmen, was bereits in der letzten Wahlbewegung Tatsache geworden ist. Ich schlage Ihnen also vor, wo es früher Kreisorganisation und noch früher Landesorganisation geheißen hat, jetzt die ganze Organisation in Wahlkreisorganisationen einzuteilen. Vielfach kann das Bedürfnis vorliegen, mehrere Wahlkreise zu einer organisatorischen Einheit zu vereinigen. Wir haben solche organisatorische Einheiten in Niederösterreich, in Steiermark, in Mähren, wir haben sie aber zum Beispiel nicht in Böhmen. In dieser Beziehung soll nun der Parteitag keine Vorschriften machen, sondern es den Wahlkreisen überlassen, ob sie es für wünschenswert halten, Organisationen über den Wahlkreisen zu schaffen oder nicht. Ich bin überzeugt, daß in Niederösterreich

die Einteilung in neun Wahlkreise aufrechtbleiben wird und daß diese neun Wahlkreise auch fernerhin die einheitliche Organisation in einer Landesorganisation beibehalten werden. Ähnlich wird es auch in anderen Kronländern geschehen, weil es sich als praktisch erwiesen hat. Es wird aber kaum möglich sein — um auf das zweite Industriezentrum zurückzukommen —, daß in Nordböhmen dasselbe geschieht, weil die Wahlkreise, welche hier in Betracht kommen, nicht so gelegen sind, daß sie einheitlich geleitet werden können und weil die Eisenbahnverbindungen schlechte sind. (Zustimmung.) Aus diesen Gründen ist es technisch nicht wahrscheinlich, daß diese Wahlkreisorganisationen zu einer Landesorganisation zusammenzutreten werden. Der Parteitag soll aber hier eine Beschränkung nicht eintreten lassen. Unser Antrag geht infolgedessen dahin, daß es im Punkt III des Statuts anstatt Kreisorganisation überall Wahlkreisorganisation zu heißen habe, und daß am Schlusse gesagt werde: „Wo es sich als vorteilhaft erweist, können mehrere Wahlkreisorganisationen zu einer Gebiets- oder Landesorganisation zusammentreten.“ Wir haben Gebietsorganisationen gesagt, weil wir dieses Zusammentreten nicht durchaus auf ganze Kronländer beschränken wollen.

Wenn Sie diesen unseren Antrag annehmen, würde sich eine ganze Reihe von Anträgen, die selbständig eingelaufen sind, von selbst erledigen*).

Ich möchte noch feststellen, daß die Organisation, wie sie Ihnen die Parteivertretung hier vorschlägt, und wie sie zum Teil in den Anträgen hier vorliegt, bereits von den tschechischen Genossen für sich durchgeführt wurde, und daß, soweit wir Kenntnis haben, die tschechischen Genossen damit ganz zufrieden sind.

Ich komme nun zu jener Gruppe von Änderungen, die sich darauf beziehen, daß die nationalen Organisationen zueinander in ein festeres Verhältnis treten müssen. Wir haben auf dem Prager Parteitag Beschlüsse gefaßt, die weder föderalistisch noch zentralistisch waren, sie waren einfach praktisch, sie waren gemacht zum Zwecke der Durchführung unserer Ansichten auf Grund unserer Bedürfnisse**).

Wir haben damals der Partei eine Gesamtexekutive gegeben. Die Parteivertretung hat durch viele Jahre funktionieren und das ganze Gebiet der Organisation vollständig übersehen können, solange dieses Gebiet ein verhältnismäßig kleines war. In dem Maße aber, als sich die tschechische und galizische Organisation entwickelt hat, war es aus rein praktischen Gründen notwendig, daß sich diese Organisationen eine selbständige Exekutive gegeben haben. Das war keine Konzession an dieselben, sondern ist aus den Tatsachen hervorgegangen, und ich hoffe, daß auch die italienischen und die slowenischen Genossen in kurzem zu einer selbständigen Organisation kommen werden.

*) Dr. Adler bespricht diese Anträge im einzelnen.

**) Siehe den geschichtlichen Rückblick in dem Referat über „Das Verhältnis zu den Bruderparteien“ auf dem Parteitag in Innsbruck 1911.

Je mehr es aber notwendig war, jedem einzelnen Teil volle Selbständigkeit zu geben, um so notwendiger war es auf der anderen Seite, die Einheitlichkeit trotz dieser Autonomie aufrechtzuerhalten. Demgemäß wurden auf dem Prager Parteitag zwei veränderte Institutionen geschaffen: erstens eine obligate Vertretung aller Nationen in der in Wien befindlichen Parteivertretung und zweitens eine Gesamtparteivertretung, welche die Zusammenfassung aller einzelnen Exekutivkomitees darstellt und bei wichtigen Entscheidungen vollständig einzuberufen ist. Dieselbe hat sich besonders bei den Wahlen durchaus bewährt und es hat sich nirgends ein Separatismus*) bemerkbar gemacht. Nun haben die tschechischen Genossen auch in der Konferenz ihrer Vertrauensmänner in Brünn beschlossen, einen Schritt weiterzugehen und zu beantragen, daß zu dem Institut der Gesamtparteivertretung oder der Reichsparteivertretung, wie sie es nennen, ein Gesamtparteitag hinzuzufügen wäre. Dies war durchaus nichts Neues, wir sind auch heute auf einem Reichsparteitag. Die tschechischen Genossen wünschen aber, daß jene Parteitage, auf welchen alle Organisationen der verschiedenen Nationen vertreten sind, nicht mit jenen Angelegenheiten belästigt werden, welche nur die einzelnen Organisationen angehen. Ich muß sagen, daß dem ein sehr vernünftiger Gedanke zugrunde liegt. Sie alle wissen, wieviel Zeit durch die Behandlung der Angelegenheiten, die nur einzelne Organisationen betreffen, auf dem Parteitag in Anspruch genommen wird, und daß darüber Genossen entscheiden sollen, welche die Dinge aus eigener Anschauung gar nicht kennen. Auf dem kommenden Reichsparteitag sollen nun ausschließlich Fragen von allgemeinem Interesse behandelt werden, insbesondere prinzipielle Fragen des Programms und der Taktik, während die anderen Angelegenheiten auf den sonstigen Parteitagen ausgemacht werden sollen.

Wir haben diesen Anträgen Rechnung getragen, indem wir ein neues Kapitel in die Organisation eingefügt und vorschlagen, es soll außer den gewöhnlichen Parteitagen alle zwei Jahre ein Gesamtparteitag zusammentreten. Eine Schwierigkeit macht hier die Zahl der verschiedenen Vertreter. Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß einzelne Organisationen die anderen majorisieren sollen, und wir haben es auch nicht notwendig, etwa einen klein-

*) Das Wort Separatisten ist später im Streit um die nationale Teilung der Gewerkschaften zu einer Bezeichnung für die tschechischen Sozialdemokraten geworden, die die Spaltung der Gewerkschaften betrieben, im Gegensatz zu den Zentralisten, die für die Einheit der Gewerkschaften eintraten. Hier ist das Wort nicht in diesem technischen Sinne, der sich ja erst später herausgebildet hat, gebraucht. Es ist übrigens interessant, daß das Wort „Separatismus“ von einem Mann, der später einer der Führer des Separatismus wurde, dem alten Adolf Burian in Brünn, zuerst zur Bezeichnung von Leuten gebraucht wurde, die die Partei aus nationalen Gründen spalten wollten. Burian sagte auf dem Parteitag im Hotel Union im Jahre 1891 gegen die fünf Prager Delegierten, die die nationale Teilung der Partei wünschten: „Ignorieren wir diese Separatisten!“ (Siehe „Die Dokumente des Separatismus“, Seite 8.)

lichen Schlüssel ausfindig zu machen, um nach der Wichtigkeit der verschiedenen Organisationen jeder soundso viele Vertreter zuzuweisen. Die tschechischen Genossen und wir sind der Ansicht, wenn die Vertretung am Parteitag nach Wahlkreisen stattfindet, daß jeder Wahlkreis eine bestimmte Anzahl von Vertretern zu schicken das Recht haben soll. Damit wir aber auch den Anforderungen, die uns die sprachlichen Verschiedenheiten in Österreich nun einmal auferlegen, Rechnung tragen, wollen wir den nationalen Minoritäten, soweit sie organisiert sind, in den einzelnen Wahlkreisen eine besondere Vertretung einräumen. Nun haben die tschechischen Genossen gemeint, es solle jeder Wahlkreis das Recht haben, zwei Delegierte zu senden, und daß hiebei auf die nationalen Minoritäten Rücksicht zu nehmen sei, wenn dieselben wenigstens ein Viertel der Bevölkerung des Wahlkreises ausmachen. Wir sind davon abgekommen, weil wir uns nicht auf eine Untersuchung der Grundlagen der Volkszählung einlassen wollen. Wir glauben, daß jede nationale Minorität, wenn sie die Möglichkeit hat, auf den Parteitag zu kommen, zu demselben kommen soll. Denn bei uns werden wichtige Fragen nicht durch Majorisierung entschieden. Übrigens hat jede einzelne Organisation Majoritäts- und Minoritätsbezirke, das gleicht sich also aus. Wir meinen also, es soll jede Nation das gleiche Recht zur Beschickung haben.

Nun muß ich, und das ist vielleicht das Wichtigste, Ihnen sagen, warum wir die Grundlage, welche wir für die Beschickung des Gesamtparteitages, nämlich die Wahlkreisorganisation, angenommen haben, nicht auch für die gewöhnlichen Parteitage angenommen haben. Wir haben dies darum nicht getan, weil wir den lokal organisierten Genossen das Recht geben wollen, so viel Vertreter zu schicken als sie wollen und können. Wir können zum Beispiel den Wahlkreis Reichenberg oder einen Wiener Wahlkreis, wo Tausende und Hunderttausende von Genossen sind, nicht so einschränken, daß er sich nur ebenso vertreten lassen darf wie ein Wahlkreis, wo nur etwa der zehnte Teil von Genossen vorhanden ist.

Eine Änderung — das gilt für die beiden Arten von Parteitagen — soll nur dahin gemacht werden, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten auf den Parteitagen Sitz und Stimme haben sollen, und es liegt sogar ein Antrag vor, wonach sie verpflichtet werden sollen, zu erscheinen. Damit ist eine Änderung in der Zusammensetzung der Parteivertretung nicht durchgeführt. Wir wünschen, daß das heutige Verhältnis in der Parteivertretung aufrecht bleibe, da es sich vielfach bewährt hat. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir die Zustimmung des Parteitages für unsere Vorschläge finden würden.

Schl u ß w o r t.

Die Kommission hat sich natürlich vor allem die Hauptfrage, die in der ganzen Debatte als die wichtigste hervorgetreten ist, noch einmal vorgelegt und sie in allen Einzelheiten diskutiert. Die Hauptschwierigkeit unserer Organisation ist die Verbindung

von selbständigen nationalen Organisationen mit einer vereinigten internationalen Exekutive. Die Anträge, welche die Parteivertretung vorgelegt hat, wurden zum Teil nicht gut verstanden, und ich gestehe, daß dies nicht ausschließlich Schuld der Parteigenossen ist, sondern daß auch mit daran schuld ist, daß wir nicht klar genug vorgegangen sind. Bisher haben wir nebeneinander zwei Dinge gehabt: die österreichische Parteiorganisation, die ursprünglich faktisch die Organisation der deutschen Genossen war, und die anderssprachigen Organisationen, welche sich nach und nach in dem Maße, als sie sich entwickelten, von ihr losgelöst und selbständig gemacht haben. Wir haben den Versuch gemacht, noch weiter diese Mutterorganisation, wie ich sie nennen möchte, beizubehalten, ihr einen immer noch internationalen Charakter zu bewahren und daneben die eigentliche Vereinigung aller selbständigen Vertretungen möglich zu machen. Es hat sich aber herausgestellt, daß nicht nur besonders die tschechischen Parteigenossen eine Trennung der tschechischen von der deutschen Organisation wollen, sondern auch die deutschen Parteigenossen haben es in mehrfachen Reden ausgesprochen, daß, wenn die einzelnen anderssprachigen Organisationen sich stark genug fühlen, auf eigenen Füßen zu stehen, sie sie nicht daran hindern wollen. Wir werden uns — ich gebe damit nur wieder, was ausgesprochen wurde — vielleicht freier und kräftiger entwickeln, wenn wir, die deutsche Organisation, von den pflichtgemäß geübten Rücksichten auf die anderssprachigen Organisationen in Zukunft enthoben sind. Mein persönliches Urteil weicht in diesem Punkt von dem Urteil vieler Parteigenossen ab. Ich hätte gewünscht, daß auch weiterhin noch eine gewisse Zeit diese alte Form aufrecht geblieben wäre, weil ich auf dem Standpunkt stehe, daß die deutschen Genossen noch eine starke Verpflichtung haben, die anderssprachigen Genossen auf Schritt und Tritt zu fördern. Es wird gewiß in Zukunft noch geschehen, aber ich hätte gewünscht, daß dieser Gedanke in unserer Organisation einen ganz klaren Ausdruck finde; da jedoch nach dem Urteil der großen Mehrheit die deutsche Organisation nun ihre Mutterrolle aufgeben kann, sind die Deutschen einfach genötigt, sich als deutsche Organisation zu deklarieren.

Wir haben so zwei Organisationen zu besprechen und der Parteitag hat zwei Aufgaben: Erstens hat er in seiner Eigenschaft als gesamtösterreichischer Parteitag die gesamtösterreichische Organisation festzustellen, die Reichsorganisation der österreichischen Sozialdemokratie. Diese teilt sich naturgemäß in den Reichsparteitag und in die Gesamtvertretung. Die andere Aufgabe hat der Parteitag zu besorgen als deutscher Parteitag, als Vereinigung der deutschen Organisationen, und hat daher über die Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Österreich zu beschließen.

Die Vorschläge der Parteivertretung zerfallen daher in zwei Abschnitte. Die Punkte I bis inklusive VII betreffen die Organisation der deutschen Sozialdemokratie in Österreich; die Punkte

VIII und IX werden in ein besonderes Kapitel unter der Überschrift „Reichsorganisation der österreichischen Sozialdemokratie“ zusammengefaßt. Unsere bisherige Organisation soll in ihrem Wesen für die deutsche Sozialdemokratie vollständig aufrecht bleiben. Es werden nur jene Änderungen vorgenommen, die bereits genügend besprochen wurden und bei einer sehr großen Majorität Beifall gefunden haben, so daß sie, wie ich vermute, werden einstimmig angenommen werden.

Punkt I, welcher bestimmt, wer zur Partei gehört, bleibt unberührt.

Punkt II über die Vertrauenspersonen und Bezirksorganisationen soll in der Fassung, wie sie die Parteivertretung vorlegt, angenommen werden. Er unterscheidet sich von dem bisher geltenden nur dadurch, daß anstatt der Kreise und Kreiskonferenzen die Wahlkreise und Wahlkonferenzen eintreten.

Punkt III, „Wahlkreisorganisation“, ist ein neuer Punkt. Es ist von den Genossen am Parteitag mit wenigen, ganz verschwindenden Ausnahmen anerkannt worden, daß die Wahlkreisorganisation notwendig ist. Wir schlagen daher vor, diesen Punkt anzunehmen, wie ihn die Parteivertretung empfohlen hat.

Punkt IV, „Parteitag“, behandelt den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Es ist nicht notwendig, daß das im Text noch einmal hervorgehoben wird.

Wenn wir einen Reichsparteitag haben, können wir ihn nur in jedem zweiten Jahre abhalten. Die Bestimmung über den außerordentlichen Parteitag bleibt aufrecht erhalten, und es heißt nun: „Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.“

Nun handelt es sich um die Beschickung dieses Parteitages. Wir stehen auf dem Standpunkt — und dieser wurde auch in der Debatte nicht angefochten — daß die Beschickung im wesentlichen so bleibe wie bisher, das heißt, daß jede Lokal- und Bezirksorganisation das Recht habe, einen Delegierten zu schicken. Wir fürchten daraus keine Majorisierung, sondern sehen darin nichts anderes als den Ausdruck einer kräftigen Organisation in jenen Wahlkreisen. Wir haben im Absatz 2 dieses Punktes, der bis jetzt lautete: „Die Delegierten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes beziehungsweise Bezirkes bestimmt“, den Antrag Chwala, der eine präzisere Fassung vorschlägt, angenommen. Es soll künftig heißen: „Jeder Ort beziehungsweise Bezirk hat das Recht, einen Delegierten zu schicken.“

Die übrigen Absätze bleiben aufrecht, sowohl was die Beschickung durch die Redaktionen der Parteiblätter, durch Korporationen und Industriegruppen, als auch die Ortsbestimmung und die Veröffentlichungen in bezug auf den Parteitag anlangt.

Es wurden Anträge eingebracht, die Parteivertretung möge gezwungen werden, auch ihre Anträge vorher vorzulegen. Wir

haben dem Rechnung getragen, indem wir zum vorletzten Absatz dieses Punktes, welcher lautet: „Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen“, den Zusatz gemacht haben: „Dasselbe gilt für die Anträge der Parteivertretung.“

Bezüglich der Beschickung des Parteitages müssen wir noch die Bestimmung aufnehmen: „Die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben die Pflicht, am Parteitage zu erscheinen, und haben dort Sitz und Stimme.“

Wir kommen nun zur Parteivertretung. Diese ist nunmehr bloß eine Vertretung der deutschen Organisationen, während wir bisher eine Parteivertretung hatten, in welcher Vertreter aller Nationalitäten saßen. Wir haben den betreffenden Punkt mithin selbstverständlich fallen lassen müssen. Die deutsche Organisation besteht wie bisher also aus 16 Personen. Acht vom Parteitag zu bestimmenden Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrolle. Nun heißt es weiter: „Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrolle wohnhaft sein müssen.“ Dazu liegen die Anträge Eldersch und Feigl vor, welche beide das Wahlrecht des Parteitages in bezug auf die Mitglieder der Kontrolle einschränken wollen. Es wurde in der Kommission mit großer Majorität beschlossen, diesen Anträgen Rechnung zu tragen. Der Parteitag hat zu wählen acht Mitglieder des engeren Ausschusses, die in Wien wohnen, und zwei Kontrolloren, die ebenfalls in Wien zu wohnen haben, aber nicht im Vorjahre Kontrolloren gewesen sein dürfen. Der Parteitag wählt weiter noch sechs Kontrolloren, deren Wohnort gleichgültig ist. Wir haben geglaubt, an die Stelle der bisherigen Bestimmung, daß Genossen aller Nationalitäten in der Parteivertretung sind, eine andere Bestimmung treten lassen zu sollen, um diese Fühlung aufrecht zu erhalten, und zwar haben wir in der Bestimmung über die Gesamtvertretung folgenden Punkt aufgenommen: „Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung oder Exekutivkomitees können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomitees teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft wie möglich geschehe.“ Die Parteivertretung von 16 Mitgliedern ist vollständig selbständig und enthält keine Mitglieder anderer Nationen; wir Deutschen wählen unsere Parteivertretung selbst, aber wir wünschen, daß unsere Mitglieder zu den anderen hingehen und an den Sitzungen teilnehmen können, und wir wünschen, daß sie zu uns kommen und daß sie sich genau Schritt für Schritt informieren über das, was geschieht. Alle anderen

Bestimmungen, die zum Punkt Parteivertretung gehören, bleiben aufrecht.

Wir kommen zum Punkt „Vereinswesen“. In bezug auf diesen Punkt liegen verschiedene Anträge vor, welche empfehlen, anstatt politische Vereine zu sagen Wahlvereine. Wir haben geglaubt, diese Beschränkung nicht einführen zu sollen.

Hiemit wären alle jene tief einschneidenden Änderungen, welche an der Organisation der deutschen Sozialdemokraten zu treffen sind, erledigt, und ich komme nun zu unseren Vorschlägen betreffend die Reichsorganisation, und zwar in erster Linie zum Gesamtparteitag. Da heißt es: „Alle zwei Jahre wird ein Gesamtparteitag einberufen, dessen Beschickung folgendermaßen geregelt wird: Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegierte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegierte zu schicken.“ Hier wurde in der Kommission der Antrag der Parteivertretung angenommen. Während wir es für nationale Parteitage für notwendig halten, daß eine nationale Organisation gemacht werde, halten wir es für notwendig, daß zur Grundlage der internationalen Parteitage, um da ein richtiges Verhältnis der Beschickung herauszubringen, die Beschickung sich auf Wahlkreise stützt. Betreffend die nationalen Minoritäten haben wir gemeint, weder eine prozentuale Bestimmung hineinzubringen, noch auch der nationalen Majorität etwas nehmen zu sollen zugunsten der nationalen Minderheiten; wir glaubten, daß wir der nationalen Minderheit sehr gut geben können, ohne der Mehrheit etwas zu nehmen. Es heißt nicht, jeder Wahlkreis muß durch zwei Delegierte vertreten sein, und jede Minorität muß zwei Delegierte senden, es heißt, sie hat das Recht, sie zu schicken, und es wird auch das ein Mittel sein, um gewissermaßen das Gewicht der verschiedenen Organisationen entsprechend auf dem Parteitage zum Ausdruck zu bringen.

Weiter sagen wir: „Den organisierten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegierten am Parteitag eine Vertretung einzuräumen.“ Das versteht sich von selbst und ist nur aus den bisherigen Bestimmungen herübergenommen. „Die Mitglieder der Exekutivausschüsse aller nationalen Parteiorganisationen sowie die sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme. Nach Tunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegierte vertreten sein.“

Ich komme nun zu den Befugnissen dieses Parteitages: „Änderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesamtparteitage vorbehalten. Im übrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesamtpartei in bezug auf Agitation, Taktik und

Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesamtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesamtparteitages erfolgt durch die Gesamtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.“ Das ist die entsprechende Bestimmung, die bisher gegolten hat. Nun kommen wir zur Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Österreichs: „Die politische Leitung der Gesamtpartei obliegt der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Österreichs, die sich aus den Vertretungen und Exekutivkomitees der deutschen, tschechischen, polnischen, italienischen und südslawischen Organisationen zusammensetzt.“ Hierin ist ein weiteres Wachstum der neuen Organisationen zum Ausdruck gebracht. Während wir in Prag nur sagen konnten „der deutschen, tschechischen und polnischen Organisationen“, bilden sich jetzt auch die italienischen und südslawischen Organisationen selbständige Exekutivausschüsse, und wir haben uns damit einverstanden erklärt.

Weiter heißt es: „Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Österreichs tritt zu gemeinsamen Beratungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erfordernis zusammen.“

Die in Wien wohnenden Mitglieder aller nationalen Vertretungen und Exekutivkomitees bilden zusammen die ständige Gesamtexekutive.“ Es mußte nämlich vorgesorgt werden, daß eventuell ein schnelles Handeln möglich ist, dazu wurde diese ständige Exekutive geschaffen. Wir haben es nicht für notwendig gehalten, hier Ziffernbeschränkungen irgendwelcher Art zu machen; es liegt in der Möglichkeit einer jeden Organisation, sich das so einzurichten, wie sie will. Schließlich wurde noch, wie ich schon vorhin erwähnte, bestimmt: „Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivkomitees teilnehmen, und es ist wünschenswert, daß das so oft als möglich geschehe.“

Dieses Gesamtexekutivkomitee hat den Parteitag einzuberufen, es hat in Fällen, wo ein sofortiges Eingreifen nötig ist, und über die laufenden Geschäfte Beschluß zu fassen. Es ist hingegen die Gesamtvertretung aller Exekutivkomitees auch aus den Provinzen nur dann einzuberufen, wenn es die ständige Exekutive für nötig hält.

In bezug auf die internationale Organisation haben wir noch den Antrag des Genossen Dr. D i a m a n d*), welcher sich mit dem Verhältnis der ruthenisch-radikalen Partei beschäftigt und welcher in der folgenden Fassung von der Kommission in Vorschlag gebracht wird:

„Der sechste österreichische sozialdemokratische Parteitag nimmt die durch den Abgeordneten Dr. Jarosiewicz im Namen der ruthenisch-radikalen Partei abgegebene Erklärung zur Kenntnis und begrüßt es mit Freude, daß die auf gemeinsamem prinzipiellen Boden stehende ruthenisch-radikale Partei im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse beabsichtigt, mit uns in enge Fühlung zu treten.

Wir erwarten, daß diese Erklärung der ruthenisch-radikalen Partei sowohl zur vollen Klärung der Verhältnisse in ihrer eigenen Partei als auch zur Förderung ihrer Organisation auf sozialdemokratischer Basis beitragen werde, und daß dadurch eine gemeinsame Taktik, ein gemeinsames Vorgehen und später auch eine gemeinsame Organisation ermöglicht werden wird.“

Ich darf wohl daran den Ausdruck der Befriedigung knüpfen, daß wir die Ruthenisch-Radikalen auf diesem Parteitage begrüßen können, und die Hoffnung aussprechen, daß wir sie auch auf den künftigen Parteitagen in unserer Mitte sehen werden. (Beifall.)

Parteigenossen! Wir haben auf dem Parteitage in Prag, wo wir die Grundlagen für diese Organisation, die heute im einzelnen durchgeführt ist, gelegt haben, die Erfahrung gemacht, daß die bürgerliche Presse absolut kein Verständnis dafür gehabt hat, was wir wollten, daß sie mit allem Eifer das, was wir getan haben, entstellt, karikiert und ausgenützt hat, um den einzelnen Organisationen zu schaden. Mit der größten Unsinnigkeit ist nach dem Prager Parteitage von der tschechischen Presse behauptet worden, daß wir in den Zentralismus hineingeraten, während die deutsche Presse uns vorgeworfen hat, daß wir auf den nationalen Weg geraten sind. Auch in unseren eigenen Reihen war eine volle Würdigung und ein klares Verständnis nur bei jenen Genossen vorhanden, welche in das Innerste der Parteiorganisation eingeweiht sind und die einzelnen ausdrücklichen Erklärungen auf dem Parteitage mit angehört haben.

Wir haben es deshalb für notwendig gehalten, indem wir diese neue Organisation beschließen, zugleich hier vom Parteitage als der dazu einzig berufenen Instanz zu erklären, was wir wollen; es ist dies auch darum notwendig, weil im Laufe der Debatte die ange-

*) Dr. Hermann D i a m a n d, der nachmalige Reichsratsabgeordnete für Lemberg und spätere Abgeordnete für den polnischen Sejm in Warschau.

Dr. Roman Jarosiewicz (richtiger J a r o s s e w y t s c h, wie er sich selbst schrieb) war als Kandidat der ruthenischen radikalen Partei gewählt worden und trat dem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten als Hospitant bei. Er gab auf dem Parteitag die Erklärung ab, daß seine Partei, die sich vornehmlich aus den ruthenischen Bauern rekrutierte, auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms stehe, wenn sie auch eine selbständige Organisation habe. Daszynski bestätigte das und begrüßte den Gast.

lich neue und unerhörte Interpretation des Begriffes Internationalität eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Parteigenossen! Ich bin dem Genossen Radimsky*) sehr dankbar, daß er in der Debatte die Auffassung, die er hier vorgebracht hat, über den Nationalismus und Internationalismus auf das Kommunistische Manifest gestützt hat; ich vermute aber, daß er dabei nicht das Original, sondern eine tschechische Übersetzung zur Hand gehabt hat. (Widerspruch seitens des Genossen Radimsky.) Nun ist im Kommunistischen Manifest in zwei Zusammenhängen von nationalen Dingen die Rede. Es heißt erstens im Kapitel „Proletarier und Kommunisten“ folgend (liest): „Die Kommunisten stellen kein besonderes Prinzip auf, wonach sie die politische Bewegung modeln wollen.“

„Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen politischen Parteien nur dadurch, daß sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, daß sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.“

Es wird in dieser Stelle ausdrücklich anerkannt, daß es verschiedene nationale Kämpfe der Proletarier gibt. Marx und Engels waren blutige Realisten, ihnen ist es nicht eingefallen, etwas zu leugnen, was besteht, aber Sie dürfen ja nicht vergessen, daß das Wort „national“ zur Zeit des Kommunistischen Manifestes, wie auch in anderen Ländern heute noch, durchaus nicht die Bedeutung gehabt hat, wie wir es anwenden, daß das Wort „national“ im Kommunistischen Manifest nicht ein ethnologischer, sondern ein territorialer Begriff ist. (Sehr richtig!) Genossen, die des Französischen oder Englischen nicht mächtig sind, sind mitunter ganz verblüfft und sehen ein Verbrechen gegen das Prinzip der Internationalität darin, wenn sie von Frankreich lesen, von dem „Congrès national de la France“, oder wenn sie von dem englischen Kongreß lesen, und heißt: „National labour congress“. Das bedeutet durchaus nicht „national“ in unserem Sinne, sondern das bedeutet einen Kongreß der Reichsorganisation.

Ebenso richtig aber ist, und das dürfen wir auch nicht vergessen, daß das Kommunistische Manifest geschrieben wurde zu einer Zeit, wo man an österreichische Nationalitätsbegriffe nicht gedacht hat, wo man aber sehr viel gewußt hat, und das auch geschrieben hat, von einer nationalen deutschen Bewegung. Das dürfen Sie nicht vergessen, wenn Sie das richtig interpretieren wollen. Marx und Engels haben an der Bewegung zur Zusammenfassung eines einigen Deutschland in ihrer Weise und vom proletarischen Standpunkt durchaus daran teilgenommen, also die

*) August Radimsky war ein tschechischer Genosse, der der „Arbeiter-Zeitung“ schon als sie Wochenblatt war, als Redakteur angehörte. Er hat als erster das „Kommunistische Manifest“ ins Tschechische übersetzt.

nationalen Bestrebungen unterstützt. Sie wissen, daß die erste sozialdemokratische Bewegung in Deutschland, die Lassallesche Bewegung, sehr deutlich und weit darüber hinaus die Spuren dieses Geistes getragen hat. Es ist meines Erachtens ganz undenkbar, daß man diese Stelle und die weitere, die Genosse Radimsky angezogen hat und die ich gleich verlesen werde, anders auffaßt, als daß sie sich auf die territoriale Abgrenzung, aber auch auf diese nationale Gesamtbewegung in Deutschland stützt. Die zweite Stelle lautet — den Kommunisten ist nämlich vorgeworfen worden, sie wollten Vaterland und Nationalität abschaffen — (liest): „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nationalität konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

Das ist die Stelle, die Radimsky zitiert, aber es gehören auch die Vorder- und Hintersätze dazu. Die scheinbaren Widersprüche oder Unklarheiten in diesen Sätzen werden uns aber nur verständlich, wenn wir die Zeit, in der sie geschrieben wurden, uns vor Augen halten. Ich habe diese Erörterung für notwendig gehalten, damit es um so klarer wird, daß das richtig ist, was ich gesagt habe, daß es sich bei dieser Neukonstituierung um eine Weiterentwicklung handelt und nichts weiter. Das Neue daran ist nur die Vertiefung, nicht die Einschränkung der nationalen Prinzipien; darüber wollen wir gar keinen Zweifel aufkommen lassen, daß wir diese Organisation in nationalen Gruppen bloß zu dem Zweck machen, um den Klassenkampf desto schärfer international führen zu können. (Beifall.) Wir sind uns bewußt, daß die Klassengegensätze tiefer einschneidend sind als alle nationalen Unterschiede. Wir sind uns bewußt, daß jede nationale Gruppe des Proletariats, um den Klassenkampf gegen die Ausbeuter ihrer eigenen Nation führen zu können, die feste internationale Organisation braucht, und wir sind uns bewußt, daß, wenn wir uns als national gesonderte Gruppe organisieren, uns ein festes Band zusammenhält und ein Abgrund uns von den anderen Klassen und Parteien derselben Nation trennt. Das ist das, was ich hier zum Ausdruck bringen wollte und in einer Resolution bekräftigen will. Diese Erklärung, welche also der Motivenbericht der neugeschaffenen Organisation sein soll, lautet (liest):

Erklärung.

Die vom Prager Parteitag angebahnte und vom sechsten Parteitag durchgeführte Organisation der österreichischen Sozialdemokratie nach selbständigen nationalen Gruppen hat den Zweck, für die Arbeit der Organisation des vielsprachigen Proletariats in Österreich die besten praktischen Bedingungen zu bieten, die praktischen Schwierigkeiten der Sprachverschiedenheit zu überwinden. Indem wir so die Nützlichkeit der vollen Selbständigkeit für die Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkennen und ihr Rechnung tragen, schaffen wir zugleich in dem Gesamtparteitag und der Gesamt-

exekutive die Einrichtungen, die geeignet sind, noch mehr als bisher die feste und schlagfertige Zusammenfassung aller einzelnen Organisationen zum gemeinsamen Kampfe zu sichern. Nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit ist das Grundprinzip unserer Organisation. (Beifall.)

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um im vorhinein jede Interessensolidarität mit den nationalen und chauvinistischen Parteien und Kämpfen der besitzenden Klassen auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir haben das Bewußtsein, daß die Klassengegensätze stärker und tiefer trennen als nationale Verschiedenheit, und wir erklären, daß diese Organisation ausschließlich bestimmt ist, die wirksamste Form zu schaffen, in der die international geeigneten und brüderlich verbundenen Sozialdemokraten aller Zungen den Kampf führen gegen die Ausbeuterklassen in ihrer eigenen Nation und gegen die Ausbeuterklassen aller Nationen.

Nicht um die nationalen chauvinistischen Bestrebungen der besitzenden Klassen zu unterstützen, ist diese unsere Organisation geschaffen, sondern sie hat zum Ziele, sie um so schärfer, rücksichtsloser und wirksamer bekämpfen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Ich mache darauf aufmerksam, daß die tschechischen Genossen auf eine Übersetzung meines Referates verzichten, da sie, bis auf wenige, demselben vollständig folgen können. Die Kommission legt einen großen Wert darauf, und die tschechischen Genossen haben dem zugestimmt, daß diese soeben vorgelesene Erklärung auch in tschechischer Sprache zum Beschlusse erhoben wird. (Lebhafter Beifall.)

Zum ersten deutschösterreichischen Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Mai 1898.

Zum erstenmal*) versammeln sich heute die Sozialdemokraten deutscher Zunge in Österreich zu einem gesonderten Parteitag. Das vor einem Jahre geschaffene Organisationsstatut hat neben die internationale Geschlossenheit der Gesamtpartei die nationale Selbständigkeit ihrer einzelnen Gruppen gestellt und neben der Einheit im Programm und in der Aktion die Notwendigkeit der Autonomie der Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkannt. Neben den Gesamtparteitagen, die in jedem zweiten Jahre die gemeinsamen Fragen des Programms und der Taktik beraten, hat nunmehr jede einzelne nationale Organisation ihre besonderen Geschäfte auf einem besonderen nationalen Parteitag zu erledigen. Wir hoffen, in Linz Sozialdemokraten aller in Österreich wohnenden Volksstämme als

*) Der erste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs fand vom 29. Mai bis 1. Juni 1898 in Linz statt. Das Referat über die Parteitaktik erstattete Dr. Adler, wobei er auch über den „wilden Nationalhaß“, von dem unten die Rede ist, sprach. (Siehe die Rede unter dem Titel „Die Obstruktion gegen Badeni“ im Abschnitt, der vom Zerfall Österreichs handelt.)

unsere Gäste begrüßen zu können, aber den Gegenstand unserer Verhandlungen werden wesentlich nur die besonderen Angelegenheiten der deutschen Organisation bilden.

Unsere neue Parteiverfassung besteht nun ein volles Jahr und man kann heute schon ein deutliches Bild davon haben, wie sie funktioniert. Wir können mit dem Erfolg durchaus zufrieden sein. Viele von uns haben mit einem gewissen Zagen die ungewohnten Wege betreten, das mag heute zugestanden werden, und es ist auch kein Wunder, daß in einem Lande, dessen Boden von nationalem Hader vulkanisch erschüttert wird, die nationale Selbständigkeit der Parteigruppen die Befürchtung rege machte, sie werde zur nationalen Scheidung werden. Das Gegenteil ist geschehen. Wenn die österreichische Sozialdemokratie stets mit der nationalen Verschiedenheit ihrer Glieder ohne besondere Schwierigkeit fertig geworden ist, so hat es keine Periode unserer Parteigeschichte gegeben, wo die Überwindung dieser Schwierigkeit glatter und vollkommener geschah als im abgelaufenen Jahre. Noch mehr: wenn das gegenseitige Vertrauen, die Einheit der Aktion, das Bewußtsein unzerreißbarer Solidarität, das in der kleinen österreichischen Internationale stets bestand, gesteigert werden konnte, so ist es die Frucht dieses Jahres und nicht zuletzt danken wir das unserer neuen Organisation.

Allerdings nicht ihr allein. Der wilde Nationalhaß, von dem die besitzenden Klassen besessen sind, der Österreich lähmt und in Stücke zu zerreißen droht, hat die Solidarität des Proletariats nicht nur nicht angeätzt, sondern er hat sie geradezu gefestigt. Wie der einzelne Mensch wächst mit seinen größeren Zwecken, so ist auch unsere Partei mächtig gewachsen, da sich vor ihr die schier unüberwindliche Aufgabe auftürmte, mitten in dem von chauvinistischer Leidenschaft bis zum Wahnsinn aufgepeitschten Meere unseres öffentlichen Lebens den festen Felsen proletarischer Bruderliebe und internationaler Treue aufzurichten. Wer sein Volk ernstlich liebt, muß stolz darauf sein, daß seine jungen Schichten, die seine Zukunft zu bauen haben, einer Tat von solcher sittlicher Höhe fähig sind. Mag aus dem alten Österreich werden, was will und was kann, die arbeitenden Klassen der Völker, die Österreich bewohnen, erbringen täglich leuchtende Beweise dafür, daß hier ein Born jugendlicher Kraft quillt, der sie befähigt, Träger einer neuen Geschichte dieser Völker zu sein.

Das feudale Österreich ist eben im Begriff, sich zu Tode zu strampeln an dem Problem, das die Sozialdemokratie in ihrem Rahmen gelöst hat. Seine Konvulsionen haben zu den häßlichen Exzessen geführt, womit die Ära Badeni die Geschichte dieses Landes befleckt hat. Graf Thun sucht seine vollendete Ohnmacht, die Schwierigkeiten zu besiegen, in ehrbare Formen zu kleiden und mit äußerlicher Würde zu tragen. Er will Zeit gewinnen, und alles, was ihm gelingt, ist, Zeit zu verlieren. Auch er wird nicht neuen Wein in alte Schläuche gießen können. Das alte Österreich ist in

Scherben, man kann sie nicht leimen, man muß neue Lebensformen finden für die Völker, die dieses Land bewohnen. Schade um die schöne Zeit, die verzettelt wird und die nicht einen Schritt vorwärts bringt, nicht einen Gedanken zur Reife bringt, nicht einen. Aber man muß sich dareinfinden, daß das zunächst keine Zeit der Initiative ist. Man muß das Alte sterben lassen. Aber man muß auch das Neue wachsen lassen. Die Sozialdemokratie verliert ihre Zeit nicht, sie ist eifrig am Werke, und wenn es an der Zeit sein wird, einzugreifen, wird sie bereit sein.

Ein Stück dieser inneren Arbeit der Sozialdemokratie wird der Linzer Parteitag sein. Die Partei ist in den letzten Jahren rapid gewachsen. Sie mußte mitten im heftigsten Kampf um das Wahlrecht und im Wahlkampf selbst neue Formen der Organisation finden. Die Gliederung in nationale Gruppen erwies sich als Gebot der praktischen Notwendigkeit, sie sollte die Organisation der Arbeiterschaft durch Teilung der Arbeit intensiver machen. Der Parteitag, den unsere tschechischen Genossen zu Ostern in B r ü n n abhielten, hat gezeigt, daß sich für sie die neue Organisation auch nach dieser Seite bewährt hat. Für die deutsche Organisation wird der Linzer Parteitag kaum minder günstige Resultate ergeben. Die unleugbare Erschlaffung, die naturgemäß unmittelbar nach der ungeheuren Überspannung der Kräfte im Wahlkampf eintrat, ist längst gewichen, und die Berichte aller deutschen Wahlkreise geben Zeugnis von emsiger, planmäßiger und erfolgreicher Organisationsarbeit. Unsere Wahlkreisorganisation ist ein Notbau, in fliegender Eile aufgerichtet und gezwungenerweise an die ganz unsinnige Badenische Wahlkreisgeometrie angepaßt. Aber diese Wahlkreise haben den einzigen Vorzug, daß sie meist den Sprachgrenzen mit annähernder Genauigkeit angepaßt sind, und ihre ungeheuerliche Größe wird durch Unterteilungen in Bezirke organisatorisch bezwungen. So hat unsere politische Organisation im letzten Jahre weite Strecken Bodens zum großen Teil systematisch bearbeitet, die der Wahlkampf zum erstenmal aufgepflügt hatte. Dabei haben die alten Kaders der Partei an Geschlossenheit und Leistungsfähigkeit zugenommen. Einzelne Stichproben, wie sie bei Wahlen zur Gemeindevertretung hie und da, zu den Gehilfenausschüssen, für Unfallversicherung und Gewerbegericht überall gemacht wurden, lassen hoffen, daß die Partei im Ernstfall zeigen wird, daß sie kräftiger geworden ist. Die Renommistereien von dem Erstehen einer christlichsozialen und einer deutschen nationalen „Arbeiterpartei“) lassen uns sehr kühl; wenn sich unsere Gegner in ihren eigenen Sack lügen, sind wir die letzten, sie daran zu hindern. Was Luegers von den Pfaffen ge-

*) Siehe die Reden Adlers über die christlichsoziale und über die deutschradikale Bewegung auf dem Linzer Parteitag im Abschnitt über die bürgerlichen Parteien, aber auch die späteren Reden zu diesem Gegenstand: „Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung“ und „Zusammenbruch der Schwindelparteien“, beide auf dem Parteitag zu Aussig 1902.

wobener Nimbus und Wolfs Glanz von Badenis Gnaden gewonnen hat, haben nicht die Sozialdemokraten verloren; es ist die Spreu der Indifferenten, die kommt mit dem Spektakel und geht, wenn er vorüber ist. Im Proletariat Fuß fassen können Parteien niemals, die im innersten Kern Feinde seiner Klasseninteressen sind. Mögen einzelne durch Phrasen geblendet werden, die nächste Tatsache öffnet ihnen grausam schnell die Augen. Darum können wir die bürgerlichen Parteien ruhig und objektiv abschätzen nach dem Werte, den sie etwa als treibende Elemente in der politischen Entwicklung unseres Landes haben können. Das ist der einzige Maßstab, der unsere Taktik ihnen gegenüber bestimmen kann; als Konkurrenten fürchten wir weder den klerikalen Lueger noch den radikalen Wolf.

Der Parteitag der deutschen Organisation wird eine Fülle von organisatorischen Aufgaben zu bewältigen haben, und die reiche Tagesordnung erschöpft noch lange nicht den Umkreis der Fragen, die der Lösung harren. So wünschen viele Genossen, und dahinzielende Anträge liegen vor, daß die besonderen Lebensbedingungen des ländlichen Proletariats*) ausführlich erörtert und beraten werde, wie die Agitation den Weg zu ihm finden könne. So dringend diese Aufgabe in dem agrikolen Österreich ist, wird sie, wie wir fürchten, hinter noch dringenderen zurückstehen müssen. Wir haben die Gesamtheit der Industriearbeiter noch lange nicht in unsere Reihen gebracht, und so außerordentlich solid der Fortschritt der gewerkschaftlichen Organisation ist, wir alle wünschten, daß er rascher wäre. Ob da die Partei die ungeheure Kraft erübrigen kann, die notwendig wäre, um mit voller Wucht und nicht bloß gelegentlich aufs Land hinauszugehen, kann bezweifelt werden. Der Parteitag wird ja auch darüber zu sprechen haben.

So wachsen uns Aufgaben auf allen Seiten zu und gesellen sich zu der ersten und größten: das Proletariat in diesem Lande der Rückständigkeit und des Verfalls zu wecken, in Reihen zu gliedern und zum Kampfe zu führen gegen die sterbende Barbarei der Feudalität und des Klerikalismus wie gegen die aufsteigende Barbarei des Kapitalismus. An diesem Kulturwerk werden in Linz ein Stück weiterbauen die Vertreter des besten Teiles des deutschen Volkes in Österreich, und diese Versammlung von deutschen Männern wird die Genugtuung haben, daß sie von ihren slawischen Brüdern nicht mit Haß und Scheelsucht, sondern mit Liebe und mit Segens-

*) Die Kreiskonferenz in Salzburg wollte als besonderen Punkt der Tagesordnung „Die Organisation und die Verhältnisse des ländlichen Proletariats“, die Bezirksorganisation Knittelfeld eine klare Stellungnahme zur Bauernagitation. Beide Anträge wurden abgelehnt, nachdem Schummeier im Namen der Parteivertretung erklärt hatte, diese wolle der Frage nicht ausweichen, halte es aber für angezeigt, die Diskussion erst zu beginnen, wenn die Frage spruchreif geworden sei; schließlich könne darüber auch beim Punkt „Organisation“ gesprochen werden. Die Frage der Landagitation wurde übrigens auf dem Parteitag in Graz 1900 ausführlich besprochen. (Siehe dazu die Rede Adlers im Abschnitt über die Agrarfrage.)

wünschen begrüßt werden wird. Die deutsche Sozialdemokratie arbeitet in Linz für die internationale Sozialdemokratie, sie lebe, wachse und gedeihe!

Für die Einigkeit.

Internationaler Kongreß in Paris 1900*).

Wir in Österreich haben selbst eine kleine Internationale, wir kennen am besten die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Aber wir kommen hieher, wie wir 1889 hieher kamen und dem internationalen Proletariat zum ersten Male sagen konnten, daß die Arbeiter Österreichs aller Zungen einig seien im Sozialismus und einig im Marsch nach vorwärts. Wir haben Wort gehalten, dessen können wir uns rühmen. In dem unglücklichen Land, wo die Arbeiterschaft das einzige Element gegen die Bestialität im eigenen Land ist, ist die Sozialdemokratie die einzige Repräsentantin der gemeinsamen Interessen aller Arbeiter Österreichs. Leicht ist diese Einigkeit nicht zu erzielen. Aber sie muß erzielt werden, wo es ehrliche Sozialisten gibt (stürmischer Beifall), wo den Männern des Sozialismus die wesentlichen und dauernden Interessen des Proletariats höher stehen als kleine Meinungsverschiedenheiten, Doktrinen und Theorien (erneuter Beifall), überall da, wo es Sozialdemokraten gibt, die ja entschlossen sind, ihr Blut zu opfern und die für die Sache des Sozialismus auch entschlossen sind, ihren Eigensinn, ihre Eitelkeit, ihre Voreingenommenheit zu opfern. (Stürmischer Beifall.) Ich spreche aus Erfahrung. Diese Lehre haben wir mit Blut bezahlt. Das Beste unserer Arbeit steckt in dieser Arbeitereinigkeit. Ich hoffe, daß dieser Kongreß, der nach außen hin die volle Einigkeit der Sozialdemokratie aller Länder zum Ausdruck bringen wird, auch der Ausgangspunkt für eine große, unwiderstehliche Bewegung zur inneren Einigung der französischen Sozialdemokratie sein wird, die überwältigend alles niederwirft im Triumph des Sozialismus. (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Die Partei und die Sprachenverordnungen.

Beim Bericht der Gesamtparteivertretung. --
Parteitag in Wien 1901.

Die Bedenken, die von den Genossen Vaněk und Soukup bezüglich der Sätze, die von den Badensischen Sprachenverord-

*) Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Paris im Jahre 1900 gab Adler bei dem Bericht über Österreich eine kurze Darlegung über die „kleine Internationale“ in Österreich. Leider ist von dieser Rede nur der kurze Bericht erhalten, den das auf Grund der Berichte des Berliner „Vorwärts“ herausgegebene Protokoll bringt. Über den Kongreß selbst siehe den Artikel „Der Weltkongreß der Arbeiter“ vom 23. September 1900.

nungen handeln*), hier vorgebracht wurden, sind nicht ganz begründet, weil, was in denselben gesagt ist, in nichts den Ausführungen des Genossen Soukup widerspricht. Soukup hat anerkannt, daß die deutsche und tschechische Parteipresse auf dem Standpunkt stand, daß der Inhalt der Sprachenverordnungen vielfach einer vernünftigen Regelung entsprechen würde, daß aber die Form dieser Regelung niemals zu einer Beilegung des Sprachenstreites führen könnte.

Genosse Soukup ist auf das Jahr 1627 zurückgegangen und hat alle möglichen Gesetze und Verordnungen zitiert. Genossen! Damit kommt man in der Sprachenfrage nicht weiter. In sprachlichen und nationalen Dingen gibt es keine absolute Gerechtigkeit und keine absolute Gesetzlichkeit. Das Verhältnis zweier Nationen kann nur durch gegenseitiges Einvernehmen geregelt werden. Absolute Gleichberechtigung und absolutes Recht auf nationalem Gebiet gibt es gar nicht; Recht ist, was den Leuten recht ist, womit beide Teile übereinstimmen. Ohne diese gegenseitige Übereinstimmung ist alle Berufung auf Gesetze illusorisch. Ich will nicht alles, was im Bericht gesagt ist, verteidigen. Was aber dort gesagt werden sollte, war nur eine Kritik dessen, daß man nach altösterreichischer Weise die sprachlichen Wirren durch Ukase und Schacher lösen will. Der Eingriff Baden's war ein Verbrechen, gleichgültig, ob er den Tschechen zugute gekommen ist und ob die Deutschen darunter gelitten haben, und ebenso war auch die Aufhebung dieser Sprachenverordnungen ein derart unberechtigter Eingriff. Die Erlassung der Sprachenverordnungen war in diesem Sinne ein Fehler wie die Aufhebung derselben. Aber darüber ist unter uns gar kein Zweifel, daß nicht der Inhalt, sondern die plumpe Erlassung der Sprachenverordnungen, ihr absolutistischer Ursprung die Sache verdorben hat. Genosse Soukup sagt, daß unser Bericht unter der Suggestion der bürgerlichen Presse steht. Unter der Suggestion der bürgerlichen Presse nun stehen naturgemäß wir alle. Daß aber wir Deutsche am meisten unter dieser Suggestion stünden, das erlaube ich mir wohl zu bezweifeln. (Zustimmung bei den deutschen Genossen.) Unsere Partei ist die stärkste, die Deutschen haben eine nach Parteien differenzierte bürgerliche Presse, wir haben die Auslandspresse und wir sind daher viel freier von einer solchen Suggestion als zum Beispiel die Tschechen, die als ausschließliches Organ der öffentlichen Meinung die „Národní Listy“ haben. Die Tschechen müssen auf diese bürgerliche Presse viel mehr Rücksicht nehmen, sie müssen viel empfindlicher sein, als wir es zu

*) Den Bericht der Gesamtparteivertretung hatte Skaret erstattet. Zu dem gedruckten Bericht hatten Karl Vaněk (Prag) und Dr. Franz Soukup (Prag) wegen einiger Bemerkungen über die badenischen Sprachenverordnungen Bedenken geäußert, deren Inhalt in den Ausführungen Adlers wiedergegeben ist. Über die Sache selbst siehe unter anderem die Reden im Abschnitt über den Zerfall Österreichs.

sein brauchen, wenngleich ich anerkennen will, daß die tschechischen Genossen in der Zeit der heftigsten Unruhen in Prag eine Stellung eingenommen haben, die ihnen immer zu großem Ruhme gereichen wird, indem sie sich der ganzen öffentlichen Meinung in Prag mit einem wahren Heldenmut entgegengestellt haben. (Zustimmung.) Aber diese tägliche Suggestion der bürgerlichen Presse, mit der wir im Kampfe stehen, läßt sich nicht ableugnen, wir unterliegen ihr alle, es ist dies eben der Ausdruck der Tatsache, daß wir nicht allein auf der Welt sind. (Heiterkeit.)

Der Gesamtparteitag in Wien.

„Arbeiter - Zeitung“ vom 8. November 1903.

Das internationale Parlament der Arbeiterklasse Österreichs tritt Montag zusammen*). Die Vertrauensmänner der Sozialdemokratie wollen sich Rechenschaft geben über das, was in den letzten zwei Jahren geleistet wurde, und die Zielpunkte feststellen für die weitere Arbeit. Für den Staat waren es zwei verlorene Jahre. Noch immer ringt dieses Österreich um sein Leben und seine Staatsmänner schätzen sich weise und glücklich, wenn sie abermals eine kurze Galgenfrist ergattert haben. Immer kürzer werden die Pausen des Scheinlebens zwischen zwei Krisen, deren jede ihm den völligen Stillstand bringen kann. Schroffer als je stehen sich die nationalen Parteien gegenüber und das einzige, was den Völkern gemeinsam ist, wird nachgerade der Widerwille gegen diesen Staat, der nicht mehr als das vereinigende Band empfunden wird, sondern immer mehr als die drückende Kette, die allen zur Last ist. An allen Punkten zeigen sich auch die schweren Symptome der Zersetzung, die wirtschaftliche Entwicklung stockt, alle Erzfeinde des Kulturfortschritts gewinnen an Boden und Einfluß. Auf allen Gebieten sehen wir die reaktionären Mächte am Werke.

In so trostloser Zeit treten die Vertrauensmänner der österreichischen Arbeiterschaft zu ihrem Kongreß zusammen und trotz alledem sehen sie mit mutiger Zuversicht, mit hoffnungsfreudigem Selbstvertrauen in die Zukunft. Die Arbeit der Sozialdemokratie in diesem Lande ist härter als an jedem andern Punkte der bewohnten Welt. Die Voraussetzungen für die proletarische Bewegung, die wirtschaftlichen wie die politischen, sind hier verkümmert und unentwickelt; ja, was das Bürgertum überall leistet, den geordneten einheitlichen Staat, der den festen Rahmen und den Boden für den vorwärtstreibenden Klassenkampf bietet: in Österreich hat es diese primitivste Aufgabe nicht zu lösen vermocht. Aber wenn die Sozialdemokraten Österreichs es lange verlernt haben, von ihrem Staat etwas zu hoffen, so sind sie um so weniger

*) Der Parteitag fand vom 9. bis 13. November 1903 in Wien statt. Über die Beratungen siehe Adlers Reden zum parlamentarischen Bericht. („Militarismus und Demokratie“ im Abschnitt vom Militarismus und „Ekel am Staat“ im Abschnitt vom Zerfall Österreichs.)

gewillt, an sich selbst zu verzweifeln. In der bitteren Schule ihres Kampfes um das Dasein haben sie zu den proletarischen Tugenden des Mutes und der Opferwilligkeit auch noch die ihnen notwendigste der geduldigen Zähigkeit erworben und lernten im Lande der schlappen Inkonzsequenz als ihre wichtigste Existenzbedingung die unermüdliche Konsequenz schätzen.

So ist denn das Arbeiterheim in Wien in diesen Augenblick die einzige Stätte in diesem Reiche, wo Vertreter aller Völker nicht in gehässiger Eifersucht wie überall sonst, sondern in brüderlicher Gemeinschaft vereinigt sind, wo sie nicht zusammenkommen, um sich gegenseitig zu übervorteilen und im Schaden des anderen den eigenen Nutzen zu suchen, sondern um in engstem Zusammenschluß für gemeinsame Ziele zu arbeiten. Dieses Proletariatsparlament steht so im schärfsten Gegensatz zu dem Privilegienparlament, und wenn dieses das Abbild des kläglichen Zustandes des Staates bietet, so sieht man dort das hoffnungsvolle Vorbild einer österreichischen Volksgemeinschaft. Wenn die Zukunft Österreichs keine unmögliche Utopie ist, so kann sie nur sein die Freiheit und Selbständigkeit seiner Völker.

Unsere Parteiorganisation, deren Grundlage die nationale Autonomie ist, hat nun schon eine erhebliche Reihe von Jahren der Erprobung hinter sich und wir können uns mit Genugtuung sagen: sie hat sich durchaus bewährt. Niemand von uns war so töricht, zu meinen, daß die internationale Sozialdemokratie nationale Schwierigkeiten nicht kenne. Gewiß gibt es auch im Zusammenleben des vielsprachigen Proletariats Schwierigkeiten und Reibungen aller Art. Aber das Wesen und die Kraft des sozialdemokratischen Geistes sind es, daß wir dieselben Schwierigkeiten zu überwinden vermögen, woran sich das Bürgertum verblutet. Die eiserne Notwendigkeit, ihren Kampf gegen das Ausbeutertum einig und in geschlossenen Reihen zu führen, verleiht der Arbeiterschaft den guten Willen und die Kraft, ohne das geringste von nationaler Eigenart aufzugeben, eine internationale Organisation durchzuführen. Von ihrem guten Fortschritt zeugen alle Berichte, und wo immer es noch Unebenheiten gegeben hat, niemals und nirgends ist die Einheitlichkeit unseres Kampfes auch nur im geringsten bedroht gewesen. Gemeinsam haben wir den Kampf gegen alle Verkehrtheit und gegen alles Unrecht geführt, unter dem die Arbeiterklasse in Österreich leidet, einig im Parlament wie in der Agitation in den Massen.

So ist die Kraft der Sozialdemokratie gewachsen trotz aller widrigen Umstände, gefestigt ist unsere politische und gewerkschaftliche Organisation, und als ein gutes Zeichen begrüßen wir es, daß zugleich mit diesem Parteitag eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen tagen wird, die zeigt, daß auch auf diesem schweren Gebiete Fortschritte gemacht werden. Unser Parteitag wird aber nicht nur innere Fragen der Agitation und Organisation zu regeln haben, sondern vor allem werden ihn auch die Probleme der österreichischen Politik beschäftigen. Da aber steht im Mittel-

punkt die Tatsache, daß nunmehr nicht nur das innere Gefüge Österreichs, sondern auch sein Verhältnis im Reichsverband problematisch geworden ist. Der Dualismus*) wird immer mehr als ein unerträgliches Hindernis unserer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung fühlbar und die bevorstehenden Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn legen der Sozialdemokratie die Pflicht auf, sich klarzumachen, was das Interesse der österreichischen Arbeiterklasse erfordert. Der Schwerpunkt der politischen Debatten des Parteitages dürfte in diesem Punkte der Tagesordnung liegen.

Unser Parteitag wird die Anklage erheben müssen, daß der Zustand des Staates und die Engherzigkeit der herrschenden Klassen es verhindert haben, daß der Arbeiterschutz in Österreich Fortschritte mache; wir werden unsere Forderungen erheben, aber in dem Bewußtsein, daß für absehbare Zeit es für uns keine Hoffnung gibt als die eigene Kraft des Proletariats.

So begrüßen wir denn die Männer und Frauen, die jene vielen Tausende vertreten, die die Träger der sozialdemokratischen Organisation sind; wir begrüßen sie mit dem heißen Danke für die tapfere und opfervolle Arbeit, die sie geleistet, und wünschen, daß dieser Parteitag die Wege weise zu neuen Erfolgen des österreichischen Proletariats in seinem Kampfe gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Verdummung.

Nach dem Gesamtparteitag.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 14. November 1903.

Nach fünftägiger fleißiger Arbeit hat der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokraten heute seine Verhandlungen beendet und wir können mit gutem Gewissen sagen: Die Sozialdemokratie darf stolz sein auf diesen Parteitag. Man wird schwer eine politische Versammlung in Österreich finden können, die imstande oder auch nur willens wäre, die schwierigsten politischen und sozialen Probleme mit gleichem Ernst und mit gleicher Sachlichkeit zu behandeln wie diese Vertretung des österreichischen Proletariats.

Unser Gesamtparteitag hat seinem Wesen nach die Angelegenheiten der inneren Organisation nicht zu behandeln, die den einzelnen nationalen Parteitagern überlassen sind. Aber mit großer Genugtuung dürfen wir die Tatsache verzeichnen, daß der Gesamtparteitag selbst in seiner Zusammensetzung wie in seinem Funktionieren ein Stück erfolgreicher Organisationsarbeit allerschwierigster Natur darstellt. Es war kein leichtes Stück Arbeit, die Formen für unsere internationale Organisation zu finden, zu erproben und mit Leben zu erfüllen; es haben dazu klare Erkenntnis, Bereitwilligkeit zur Anerkennung der Tatsachen und ein nicht geringer Grad von Selbstüberwindung auf allen Seiten gehört. Und wer gesehen hat, wie völlig ohne Reibung, wie präzise der

*) Siehe die Bemerkungen beim folgenden Artikel.

immerhin komplizierte Apparat funktioniert, der wird anerkennen müssen, daß, um nur diese Vorbedingung gemeinsamer Arbeit zu schaffen, ein Aufwand von Kraft nötig war, der in anderen weniger komplizierten Ländern ausreichen würde, das ganze Getriebe der Partei im Gange zu halten. Wenn das Proletariat Österreichs diese Kraft aufbringt, wenn es Erfolg hat, so verdankt es das den großen Prinzipien, auf denen die österreichische Internationale aufgebaut ist: nationale Autonomie, internationale Solidarität.

Mit Ernst und Gewissenhaftigkeit wurden die politische Lage des Reiches und die parlamentarische Arbeit unserer Abgeordneten geprüft. Die Partei hat allen Grund, auf ihre Vertreter mit Liebe und Dankbarkeit zu blicken; aber das hindert sie nicht, die schärfste, rücksichtsloseste Kritik zu üben, und unsere Genossen halten es für ihre Pflicht, darin lieber zu viel als zu wenig zu tun. Aber nicht zum geringsten aus dieser kritischen Mitarbeit der gesamten Partei entspringen das Ansehen und der Einfluß unserer Abgeordneten, die nicht als durch irgendeinen Zufall Bevorzugte im Parlament sitzen, sondern die in der Tat verantwortliche Vertreter und Wortführer einer Wählerschaft sind, die weiß, was sie tut und was sie will.

Eine ganz besondere Bedeutung hatte die Erörterung über den Dualismus*), die eine notwendige und wichtige Ergänzung unseres Programms ergab. Gewiß haben schon frühere nationale Parteitage, insbesondere der deutsche Parteitag in Aussig**), sich mit dieser nun akut gewordenen Grundfrage österreichischer Politik beschäftigt. Aber die volle Klarheit und die volle Einheitlichkeit in die Anschauungen und Zielpunkte der Partei hat erst diese Debatte gebracht, aus der noch vieles zu lernen sein wird, was der ersten Betrachtung leicht entgeht. Es ist eines der schwierigsten Probleme, die einer Partei überhaupt gestellt werden können, und die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme drücken sich mit einer Phrase der Verlegenheit oder mit einer aufgeregten Redensart um die Pflicht herum, deutlich zu sagen, was sie wollen. Der sozialdemokratische Parteitag hat hier ein Stück vorbildlicher und grundlegender Arbeit geleistet und gezeigt, was politisch notwendig, was wirtschaftlich wünschenswert ist. Der so oft eitel ausgesprochene Satz „L o s v o n U n g a r n!“ ist nicht mehr ein leeres, tönendes Wort, sondern er ist eine Forderung von deutlichem Inhalt geworden, die auf der gewissenhaftesten Abwägung von Für und Wider aufgebaut ist.

Die jammervolle Lage Österreichs, dessen Parlament seines Lebens nicht sicher ist, geschweige der Aussicht auf fruchtbare Tätigkeit, bewirkt, daß die Forderungen an die Gesetzgebung, so

*) Der Dualismus (die Teilung der Monarchie in die zwei selbständigen Staaten Österreich und Ungarn, die allerdings gewisse gemeinsame Angelegenheiten hatten) war auf dem Parteitag ausführlich erörtert worden. Das Referat hatte Austerlitz. Die vom Parteitag beschlossene Resolution lehnte jede staatsrechtliche Gemeinschaft der beiden Staaten „rundweg, vollständig und für immer“ ab.

**) 1902.

dringend sie sind, mit so viel Sachkenntnis und Energie sie auch diesmal wieder erörtert wurden, zurücktreten vor der Forderung, diese Gesetzgebung vor allem erst möglich zu machen durch die Schaffung eines wirklichen Parlaments, das ist durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Wann wir so weit sein werden, weiß heute kein Mensch; wie groß die Not der Herrschenden, wie groß die Macht und Energie des Proletariats werden muß, daß das Lebensnotwendige Wirklichkeit werde, läßt sich nicht berechnen. Aber daß die Sozialdemokraten alle ihre Kraft dafür einzusetzen bereit sind, haben sie wieder erhärtet. Bis dahin aber gilt es, doppelte Anstrengung aufzuwenden für die Kampf- und Schutzorganisationen des Proletariats in allen ihren Formen. Mit welcher Entschlossenheit, aber auch mit welcher besonnenen Klugheit das geschieht, dafür zeugen die Erörterungen über die Konsumvereinsorganisation und das Verhältnis der Arbeiterschaft zur alkoholgegnerrischen Bewegung.

So weitet sich überall der Gesichtskreis unserer Partei, ein immer reicheres Leben erfüllt sie und immer hoffnungsvoller wird die Arbeit des organisierten Proletariats. Was die österreichischen Arbeiter leisten, ist ihnen doppelt anzurechnen, denn sie vollbringen es unter den widrigsten Umständen. Das nationale Wirrsal haben sie zu überwinden gewußt, aber sie sind zudem auf Schritt und Tritt behindert von dem Dahinsiechen dieses verfaulenden Staates und von der Korruption des öffentlichen Geistes. Mit Stolz sagen wir es, daß wir Sozialdemokraten uns immer mehr von diesem österreichischen Geiste befreien, immer unösterreichischer werden. In diesem Lande, wo der Klingklang der hohlsten Phrase, die geradezu abergläubische Furcht vor jeder Sachlichkeit, die gewissenloseste Demagogie das öffentliche Leben beherrscht und verpestet, hat das Parlament des Proletariats in größter Besonnenheit getagt, und seine Debatten sind durch keine leere Phrase, kein gedankenloses Schimpfwort verunziert worden. Gewissenhafte, gründliche und darum auch ersprießliche Arbeit hat unser Parteitag geleistet und gezeigt, daß der gesunde Kern und die Hoffnung Österreichs in seiner Arbeiterschaft ruhen.

Nationale Reibungsflächen.

Debatte über den Fraktionsbericht. —
Parteitag 1905.

Wir sind in der Diskussion über den Bericht der Parlamentsfraktion*); wir wollen die Parteitaktik in der abgelaufenen Zeit kritisieren und die Taktik für die nächste Zukunft feststellen. Es wurde hier die Fraktion mehrfach angegriffen. Die Abwehr ist ganz

*) Den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit, den letzten vor der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, erstattete Pernstorfer. In der Debatte darüber, wie auch schon vorher beim Parteibericht, waren namentlich von den tschechischen Delegierten heftige An-

ausreichend erfolgt und ich zweifle nicht, daß sich die Abgeordneten Hybeš und Cingr dieser Abwehr der Angriffe anschließen. Für jeden, der die Dinge kennt, steht die Sache so. Wir können natürlich auf einer Konferenz und in unseren Versammlungen ganz ungehemmt unseren Wünschen Ausdruck geben, auf dem Boden des Parlaments aber, eingeengt durch die Geschäftsordnung und durch Parteiverhältnisse aller Art, sieht man die Dinge natürlich anders, und wer nicht die Natur des Parlaments und des parlamentarischen Kampfes kennt, erkennt und daraus seine Schlüsse zieht, hat es sich und seiner Unkenntnis zuzuschreiben und seiner Phantasie, wenn dann seine Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Die Straße ist eben die Straße und das Parlament ist das Parlament. Man kann im Parlament nicht das machen, was man auf der Straße macht, und wenn ihr alle im Parlament wäret, was ich vom Herzen wünsche (Heiterkeit), könntet ihr das auch nicht. Dann würden sich aber eure Ansichten ändern. Aber die Debatte ist selbstverständlich — wie könnte sie sich denn an den Gegenstand halten? — weit darüber hinausgegangen, und es hat mich gefreut, daß einer der Genossen sagte, auch die deutschen, nicht nur die tschechischen Genossen sind unzufrieden, und daß er an Winarsky appelliert, hat meinem Herzen wohlgetan. (Heiterkeit.) So gescheit, wie Winarsky heute ist, werden Sie alle noch werden. (Neuerliche Heiterkeit.) Ver zweifeln Sie nicht daran. Allerdings sind Sie gar nicht sicher, daß Winarsky nicht noch rückfällig wird. Aber darüber dürfen Sie sich doch nicht wundern, daß man sagt: Ja, die tschechischen Genossen stehen auf der einen, die deutschen auf der anderen Seite. Wenn ein tschechischer Abgeordneter die Fraktion hier verteidigt hätte oder wenn ein tschechischer Genosse es über sich gebracht hätte, die immerhin nicht gar so schuldigen angeklagten Abgeordneten mit einem Wort in Schutz zu nehmen, dann könnte man vielleicht anderer Ansicht sein.

griffe gegen die Fraktion erhoben worden, daß sie den Kampf um das Wahlrecht nicht energisch genug geführt und namentlich die Situation nach der Reichskonferenz vom 22. September, auf der die neuerliche Aktion für das allgemeine Wahlrecht beschlossen worden war, nicht genügend ausgenützt habe. Kubalek (der Administrator der „Dělnické Listy“, des in Wien erscheinenden tschechischen Parteiblattes), hatte sich darüber beschwert, daß die deutschen Genossen nichts von den nationalen und sprachlichen Kämpfen der Wiener Tschechen wissen und sie auch in ihren Aktionen beim Reichsgericht um die Zulassung tschechischer Schulen nicht unterstützen. Dabei erzählte er auch, die deutschen Genossen hätten sich erregt, daß in Floridsdorf (einem Wiener Vorort) ein Richter tschechisch gesprochen habe. Adler klärte das dann dahin auf, daß die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet habe, Arbeiter, die aber keine Sozialdemokraten waren, hätten sich aufgeregt. Hybeš und Cingr, die Adler im Anfang seiner Rede erwähnt, waren nach den Wahlen des Jahres 1901 die einzigen tschechischen Sozialdemokraten im Parlament. Vaněk, dessen Übersetzung der Rede Kubaleks Adler erwähnt, war Redakteur der Brünner „Rovnost“. Er ist der spätere Führer der Separatisten. Die Anspielung auf seine „blonde“, das heißt milde Übersetzung, bezieht sich darauf, daß Vaněk einen hellen blonden Bart hatte.

Aber diese geschlossene Haltung der tschechischen Genossen drückt sich auch noch auf andere Weise aus. Denn der Angriff wird nicht nur gegen die Fraktion, sondern auch gegen die deutschen Genossen, insbesondere gegen die Wiener gerichtet. Und gestatten Sie, daß ich Ihnen — in aller Freundschaft, in aller Ruhe, aber in aller Bestimmtheit — folgendes sage: Sie sind entschieden auf dem Holzwege. Wir haben, nicht seit gestern und nicht seit vorgestern, sondern in einer langen Reihe von Jahren in den schwierigsten Momenten gewußt jedes störende Wort zu vermeiden, haben insbesondere auf dem Parteitag jeden Ton zu unterdrücken gewußt, der irgendwie Schwierigkeiten hätte schaffen können. (Rufe: So ist es!) Wir geben uns ja gar keiner Täuschung hin, daß dieses schwere nationale Problem, das feuergefährlich ist in jedem einzelnen Punkte, von uns nur überwunden werden kann bei dem größten Grad von Einsicht und Selbstverleugnung (Lebhafte Zustimmung) und mit dem größten Grad der Verantwortlichkeit für jedes Wort, das ausgesprochen wird. Wir Sozialdemokraten — da spreche ich nicht als deutscher Sozialdemokrat, sondern als Sozialdemokrat in Österreich — können uns rühmen, die einzigen zu sein, die die Möglichkeit haben, mit diesem Problem fertig zu werden. Das ist unser Ruhm, das ist unsere Kraft. Aber wir geben uns nicht der Täuschung hin, daß wir in allen Einzelheiten damit schon fertig geworden sind. Da wären wir ja Toren, denn wir wissen, daß es hundert Schwierigkeiten zu überwinden, hundert Streitfälle zu ordnen, hundert Reibungsflächen zu beseitigen gibt. Das wissen wir; doch wißt ihr auch und wir wissen, daß wir das nur durchsetzen können, wenn wir alle Menschlichkeiten verzeihen. Wir sind nicht so streng und ihr müßt es auch nicht sein, denn wir sündigen selbst mitunter; vielleicht gesteht ihr euch das auch. Alles das sind Kleinigkeiten, aber wir können nur dann damit fertig werden, wenn wir in letzter Linie unsere Diskussion nicht von unserem Willen, sondern von unserer Einsicht auch für die Notwendigkeiten des anderen Volkes leiten lassen. An dieser Selbstzucht und internationalen Disziplin haben es die Deutschen nie fehlen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Vielleicht ist der Vorwurf, der ihnen gemacht werden kann, daß sie es hierin zu weit getrieben haben, an einzelnen Punkten nicht ganz unberechtigt. (Sehr richtig!) Aber überspannen Sie nicht Ihre Anforderungen an unsere Selbstbeherrschung, insbesondere nicht in diesem Moment.

Es ist eine einfache Regel der Ökonomie in der Politik, daß man nicht zu viel auf einmal will. Sie aber kommen mit sehr viel und insbesondere die ziemlich aufgeregte Rede Kubaleks, die mir — ich kann nicht tschechisch — so beim Anhören des Originals ein bißchen kräftiger geklungen hat als in der blonden Übersetzung Vaněks. (Lebhafte Heiterkeit. Vaněk: Jede Übersetzung ist etwas blond!) Ich nehme es Ihnen nicht übel, ich hätte es vielleicht noch zahmer gemacht. (Heiterkeit.)... Aber das alles sind doch Dinge, die förmlich herbeigeschleppt werden, die gar nicht hierher gehören. Dann hat er auch noch unrichtige Tatsachen angeführt.

(Kubalek: Austerlitz!) Austerlitz ist eine Tatsache, aber keine unrichtige. (Heiterkeit.) Kubalek hat Ihnen eine Räubergeschichte aus Floridsdorf erzählt. An der ganzen Geschichte ist nichts wahr, als daß bei jenen paar tschechischen Worten des Richters berichtet wurde, auch Arbeiter, die aber keine Parteigenossen sind, seien erregt. Nun kommt Kubalek und macht aus der unbeträchtlichen Mücke einen nationalen Elefanten, wobei ich ganz davon absehen will, daß das gar nicht zum parlamentarischen Bericht gehört.

Dann beklagt er sich, daß die Entwicklung der Tschechen organisatorisch und kulturell hier in Wien durch die Deutschen nicht genügend gewürdigt, sondern sogar gehemmt werde. Diese Anklage kann ich getrost dem Urteil aller überlassen, die in Wien in der Organisation gearbeitet haben. (Beifall.) Es ist kein Rühmen, sondern nur die Konstatierung einer Tatsache, wenn ich feststelle, daß diese tschechische Organisation in Wien nicht nur neben, sondern mit uns, durch uns und zu unserer Freude sich entwickelt hat, womit ich aber wieder nicht gesagt haben will, daß alle Erscheinungen, die sich an diese Entwicklung geknüpft haben, auch immer erfreulich waren. Wenn Kubalek hier von Schulen und Reichsgericht und von dergleichen gesprochen hat, lehne ich es entschiedenst ab, hier auf diesem Parteitage über diese Dinge zu sprechen (Beifall; Widerspruch bei Kubalek); und ich handle da mehr in meiner Pflicht und mehr als Sozialdemokrat als Sie. (Beifall.) Wenn wir diese schwierigen und heiklen Dinge erörtern wollen, werden wir es nicht nebenbei bei einem anderen Punkt behandeln, sondern wir werden sie in ihrem ganzen Umfang erörtern, so ausführlich und so aufrichtig, als Sie wollen.

Im übrigen bin ich überzeugt, daß diese kleinen Explosionen, die daneben hergehen, uns nicht hindern werden, gemeinsam zu marschieren, und ich weiß, derselbe Genosse Kubalek, der da so schreit und so aufgeregt ist, marschiert sehr gut mit uns und gar nicht in der letzten Reihe. (Lebhafter Beifall.) Und wer etwa glaubt, daß aus diesen kleinen Mißhelligkeiten Schwierigkeiten entstehen, wird sich täuschen. Aber alles hat doch sein Maß, und ich habe den Eindruck, daß wir uns den Grenzen dieses Maßes nähern. Die Sache war hübsch, aber ich denke, sie genügt, und mehr wäre schädlich. (Lebhafter Beifall.)

Der Gesamtverband im Parlament.

Parteitag 1907*).

Obwohl ich von der mir eingeräumten Redefreiheit schon allzu großen Gebrauch gemacht habe, kann ich doch nicht schließen, ohne einen Blick auf die Verhältnisse in der sozialdemokratischen Fraktion

*) In seinem Referat über „Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament“ auf dem Parteitag der deutschösterreichischen Sozialdemokratie sprach Adler auch über den Gesamtverband der sozialdemokratischen Abgeordneten.

selbst zu werfen. Die bloße Existenz dieses sozialdemokratischen Verbandes, der aus Klubs der verschiedenen Nationen besteht, ist eine politische Errungenschaft, eine politische Tatsache allererster Ordnung. Dieses Zusammenfassen aller proletarischen Kräfte im Parlament allein schon ist ein Erfolg, der um so wichtiger ist, als er die Vorbedingung ist für die Lösung des österreichischen Grundproblems, des nationalen Problems. Wenn unser parlamentarischer Verband es zuwege gebracht hat, einen einheitlichen Parteiwillen im Parlament zum Ausdruck zu bringen, so war das nicht anders möglich als mit einem wirklich großen Aufwand politischer Einsicht und auch Rücksicht von allen Seiten. Die Schwierigkeiten für uns alle sind ungemein groß, das wissen Sie ja sehr genau. Wir können unseren Genossen der anderen Nationen keinen besseren Dienst erweisen — und sie uns nicht — als wenn wir gegenseitig verstehen lernen, unter welchen Bedingungen wir zu arbeiten haben. Wir sind gewiß nicht einen Moment von der internationalen Solidarität abgewichen; aber in der politischen Praxis ist es außerordentlich schwer, diese internationale Solidarität mit den Pflichten gegen die eigene nationale Organisation zu vereinigen. Ich meine aber, daß die Schwierigkeiten unter den einzelnen Gruppen immer kleiner werden, und zwar aus folgenden Gründen: Die proletarischen Parteien aller Nationen in Österreich sind in der letzten Zeit sehr stark emporgewachsen und insbesondere die tschechische Bruderpartei, die gestern gerade das zehnjährige Jubiläum ihres Tagblattes in Prag gefeiert hat. Nun spielen die gegenseitigen Machtverhältnisse nicht nur eine Rolle im Verhältnis zwischen den verschiedenen Klassen, sondern auch im Verhältnis der nationalen Organisationen der eigenen Klasse untereinander — allerdings eine wesentlich andere Rolle. Während wir geneigt sind, in der Politik Rücksicht zu nehmen auf die Macht unserer Gegner, haben wir im Verhältnis und an der Ordnung des Verhältnisses in unserer eigenen Partei Rücksicht zu nehmen auf die Schwäche unserer Brüder. Wir wissen genau, wie die Entwicklung unserer Organisation vielfach die Spuren der Konzessionen an die Schwäche von nationalen Proletariern getragen hat, die in ihrer Entwicklung noch nicht so weit waren, um diese Rücksichten entbehren zu können. Heute können wir die proletarischen Bruderorganisationen, vor allem die tschechischen Genossen, dazu beglückwünschen, daß sie so gewachsen sind, daß sie solcher Konzessionen an die Schwierigkeit ihrer Lage und an ihre Schwäche nicht mehr bedürfen. Heute stehen wir gleich auf gleich und wir sind durchaus in der Lage, auch die Bedürfnisse der eigenen nationalen Organisation in viel größerem Umfang und ohne Ängstlichkeit gegenüber den anderen berücksichtigen zu können. Diese Kräftigung der anderen Organisationen, insbesondere also der Tschechen, macht unsere Arbeit im Parlament jetzt leichter und ich glaube sagen zu können, daß die sozialdemokratische Fraktion in ihrer Gesamtheit ein leistungsfähiges Instrument sein wird für die Durchsetzung der proletarischen Forderungen.

Glück auf!

„Právo Lidu“ vom 1. Oktober 1907.

Zum Ehrentag des „Právo Lidu“*) wird es herzliche Glückwünsche geben von fern und nah. So ehrlich und aufrichtig sie alle gemeint sind, von so viel Verständnis für die Bedeutung dieses Tages wird kein Gruß getragen sein als der, den wir Leute von der „Arbeiter-Zeitung“ schicken. Wir haben am eigenen Leibe gespürt, was es heißt, ein sozialdemokratisches Tagblatt aufbauen und bis zum sicheren Bestande führen; wir kennen die Summe von schwerer Arbeit, von nimmer ruhender Sorge, von unablässigem, aufreibendem Kampfe mit dem Tage, mit der Stunde, mit der Minute, die in diesem Werke steckt.

Es waren harte Zeiten für das Proletariat in Österreich, insbesondere aber für die tschechische Sozialdemokratie, da das „Právo Lidu“ geboren wurde. Die ersten Wahlen der fünften Kurie hatten uns allen manchen schönen Erfolg, aber auch manche schwere Enttäuschung gebracht. Und bei dem ersten Schritt, den das kleine Häuflein der sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament machte, galt es die Probe abzulegen für jene kaltblütige Entschlossenheit und jenen rücksichtslosen Mut, der das wahre Merkzeichen jeder echten sozialdemokratischen Taktik ist. Alle, deutsche, tschechische und polnische Sozialdemokraten waren wir umheult von der Meute der bürgerlichen Chauvinisten, die unter sich in widerlichem Streit, einig waren in bitterem Haß gegen die Vertreter des Proletariats. Unseren tschechischen Genossen war es

*) Dieser Artikel wurde von Adler zum zehnjährigen Bestand des „Právo Lidu“, des Prager Tagblattes der tschechischen Sozialdemokratie, geschrieben und ist in der von Anton Němec besorgten Übersetzung am 1. Oktober 1907 erschienen. Das deutsche Original fand sich im Nachlaß von Nemeč.

Zum näheren Verständnis des Artikels seien aus der Geschichte des „Právo Lidu“ einige Daten angeführt. Als nach der Badenischen Wahlreform das Abgeordnetenhaus am 30. März 1897 zusammentrat, gaben alle tschechischen nationalen Parteien wie bei Beginn der früheren Tagungen ihre staatsrechtlichen Verwahrungen ab: daß sie „durch das Betreten des faktischen Bodens des Reichsrates dem . . . Staatsrecht des Königreiches und der Krone Böhmens in nichts vergeben und mit aller Kraft dafür eintreten wollen . . .“

Auf diese Erklärung antworteten die fünf tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten, die in der fünften Kurie gewählt worden waren, mit einer denkwürdigen Erklärung, in der es heißt:

Wir protestieren als Tschechen und Sozialdemokraten gegen die Ausgrabung vergilbter historischer Privilegien und Dokumente. Wir sind Söhne unserer Zeit und verlangen für uns und alle Nationen Österreichs moderne Institutionen... Wir protestieren dagegen, daß man die Aufmerksamkeit der weitaus größten Massen des politisch, ökonomisch, national und kulturell gedrückten tschechischen Volkes von seiner materiellen und geistigen Notlage ablenken und auf phantastische staatsrechtliche Irrwege locken will... Wir erklären schließlich, daß die Befreiung auch unseres Volkes aus

gegönnt, den ersten großen Streich zu führen und in jener historisch denkwürdigen Erklärung dem Phantom des Staatsrechtes den großen Grundsatz des lebendigen Rechtes ihres Volkes und aller Völker entgegenzustellen. Es war eine wahrhaft nationale Tat, eine Tat geboren aus der echten Liebe zu dem eigenen Volke, aber eben darum ein Stoß ins Herz für die feudalen und kleinbürgerlichen Demagogen, die den nationalen Kampf für ihre Herrschaftsinteressen und Klasseninteressen monopolisieren wollen. Darum schäumte auch ihr Faß auf und die junge tschechische Sozialdemokratie hatte damals schwere, unvergessene Kämpfe zu bestehen, die weniger mutige Leute hätten verzagen machen können. Aber sie wankten nicht, sowenig, wie sich die deutschen Sozialdemokraten durch den wahnwitzigen Terrorismus des deutschnationalen Bürgertums einschüchtern ließen. Und während der chauvinistische Spektakel auf beiden Seiten bis zum tobsüchtigen Exzesse anstieg, vereinigten sich am 5. September 1897 die deutschen und tschechischen Proletarier in den Straßen Prags zu jener unvergeßlichen Kundgebung für nationalen Frieden und nationale Freiheit.

Wenige Wochen später trat das Tagblatt „Právo Lidu“ ins Leben, begrüßt von den Segenswünschen des klassenbewußten Proletariats aller Zungen. Daß die tschechische Sozialdemokratie damals dieser Waffe bedurfte, ist zu wenig gesagt: es war geradezu eine Lebensfrage für sie, daß sie sich gerade in jenen Tagen mit dem stärksten Instrument des politischen Kampfes bewaffnen konnte. Noch mehr: nicht nur für die tschechische, sondern für die gesamte

entwürdigenden politischen Fesseln, aus der sozialen Knechtschaft, aus der nationalen Bedrückung nur erfolgen kann durch den Sieg des Sozialismus, dem wir ergeben sind als Söhne unserer Zeit und unseres Volkes.

Die tschechischen Nationalisten veranstalteten nun einen Entrüstungssturm gegen die tschechischen Sozialdemokraten. Diese wurden in feierlichen und pathetischen Kundgebungen „aus der Nation ausgeschlossen“ und Dr. Julius Grégr, der Eigentümer und Herausgeber des verbreiteten jungtschechischen Tagblattes „Národní Listy“ ließ durch seinen Redakteur Wenzel Křofáč eine Partei der „nationalen Arbeiter“ gründen. Auf diese fanatische Hetze antworteten die tschechischen Sozialdemokraten mit der Gründung ihres Tagblattes. Aber vorher verkündeten sie auf dem Parteitag, der im Juni in Wien tagte, und auf der großen internationalen Demonstration für den Völkerfrieden, die tschechische und deutsche Sozialdemokraten am 5. September in Prag veranstalteten, daß sie ihren Kampf unerschrocken weiterführen werden.

Der Kampf um die Sprachenverordnungen, die Stürme im Parlament und auf den Straßen von Wien, erhitzten die nationalen Leidenschaften in Böhmen zum Sieden. Als am 28. November Badeni unter dem Eindruck der Demonstration der Wiener Arbeiter gestürzt wurde, kam es in Prag zu wüsten Ausschreitungen, die von den Nationalsozialen auch zu einem Sturm auf das „Právo Lidu“ dirigiert wurden. Aber die Arbeiter von Prag hielten Tag und Nacht Wache, um ihr Blatt vor den nationalistischen Horden zu schützen. (Siehe auch die Bemerkungen bei dem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ vom 3. Juli 1891 zum Parteitag im Hotel „Union“.)

österreichische, vor allem auch für die deutsche Sozialdemokratie war es eine lebenswichtige, entscheidende Sache. Eine Niederlage der tschechischen Bruderpartei wäre auch für uns eine Katastrophe gewesen. Denn die enge Solidarität der deutschen und tschechischen Arbeiter in Österreich ist nicht nur Sache des Empfindens, der proletarischen Sittlichkeit, sondern unser Schicksal ist verknüpft durch die engste Gemeinschaft aller unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen. Die Geschichte hat uns den gemeinsamen Boden für unsere Entwicklung angewiesen und nur gemeinsam können wir uns eine Zukunft erkämpfen.

Gewiß stellt uns diese Gemeinsamkeit schwere Aufgaben, von deren Schwierigkeiten sich unsere Bruderparteien im Ausland nichts träumen lassen. Die Schicksalsfrage Österreichs ist die Freiheit und Selbständigkeit seiner Völker und ihre Zusammenfassung zu einem demokratischen Völkerstaat. Der Träger dieser Zukunft kann nur das Proletariat sein, das daran arbeitet, aus dem Staate, der bisher der Kerker dieser Völker war, ein Instrument ihrer Entwicklung zu machen. So ist uns das Problem gestellt, das wir lösen müssen, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen. Sowenig die herrschenden Klassen die politische Freiheit zu erobern vermochten, sowenig waren sie imstande, die nationale Selbständigkeit zu verwirklichen. Je mehr jede Nation in die industrielle Entwicklung einbezogen wird, je kräftiger sich ihr Proletariat entwickelt, um so stärker wird ihr Bedürfnis nach nationaler Selbständigkeit. Wir Sozialdemokraten haben mit dieser Entwicklung Schritt gehalten und wir haben aus der Erkenntnis der Tatsachen die Konsequenzen gezogen. Die Geschichte unserer Partei und ihrer Organisation legt davon Zeugnis ab und wir haben ehrlich gearbeitet, um den Grundsatz: Nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit zu verwirklichen. Auch an diesem Festtage brauchen wir nichts zu verhüllen, wir sind stark genug, es selbst eingestehen zu dürfen, daß die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Arbeit auch für uns selbst noch nicht gänzlich überwunden sind, daß jeder Tag uns vor neue Probleme stellt. Aber wir dürfen von uns sagen, daß wir redlich bemüht sind, einander zu verstehen, die Notwendigkeiten unserer Entwicklung zu begreifen und ihnen gemeinsam Rechnung zu tragen. An Stelle der Einheit der österreichischen Sozialdemokratie in ihren Jugendjahren ist heute die Gesamtpartei, die große internationale Gemeinschaft der nationalen Organisationen getreten, deren Ausbau und Vollendung die Schlagfertigkeit und Kampffähigkeit des Proletariats erhöhen, seine Kraft verstärken soll.

Wir deutschen Sozialdemokraten sehen mit Stolz und mit Bewunderung auf die raschen Fortschritte, die unsere tschechischen Genossen machten. Die Wandlung Österreichs aus dem Agrarstaat in den Industriestaat hat die rapide Entwicklung eines tschechischen Industrieproletariats zur Folge gehabt und der Ruhm der tschechischen Sozialdemokratie ist, daß ihre agitatorische und organisatorische Arbeit dieser Entwicklung zu folgen vermochte.

Eines der wichtigsten Stücke dieser Arbeit war und ist von der Presse zu leisten, die Schwert und Schild der Partei ist. Welchen großartigen Erfolg diese Arbeit hatte, haben die letzten Wahlen gezeigt. Will man die Geschichte des „Právo Lidu“ in zwei Worten, so kann man sagen: Die zehn Jahre „Právo Lidu“ bedeuten die Entwicklung der von allen Hunden gehezten Sozialdemokratie der Badeni-Zeit zur größten Partei des tschechischen Volkes, als die sie sich bei den ersten Wahlen des gleichen Wahlrechtes erwiesen hat. Und diese gewaltige Errungenschaft empfinden wir deutschen Sozialdemokraten als unsere eigene Sache. Haben wir doch Deutsche und Tschechen jeden Schritt auf dem Wege des Proletariats gemeinsam gemacht. Auf allen Kampfplätzen sind wir Schulter an Schulter und Rücken an Rücken gestanden, in alle Kerker sind wir gemeinsam gewandert, und auf allen Straßen ist unser Blut gemeinsam vergossen worden. Und die Kämpfe, die uns bevorstehen und die fürwahr nicht milder, sondern schärfer sein werden, als die wir hinter uns haben, auch die werden wir gemeinsam führen müssen. Wir stehen als selbständige Kampforganisationen nebeneinander, — aber verknüpft zu einer unzerreißbaren Kampfgemeinschaft wollen wir erfüllen, was das geschichtliche Amt der Sozialdemokratie ist, die Befreiung des Proletariats.

So begrüßen wir die tschechische Sozialdemokratie heute in unverbrüchlicher Waffenbrüderschaft und Bundestreue und wünschen ihrem tapferen, unerschrockenen und unermülichen Vorkämpfer „Právo Lidu“ Gedeihen und Sieg. Glück auf! Victor Adler.

Zusammenarbeit mit den Tschechen.

Tschechische Versammlung in Prag
am 31. Jänner 1909.

Werte Genossen und Genossinnen! Ich bin in Prag auf dem Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie und habe gemeint, diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu können, ohne unsere tschechischen Brüder zu begrüßen. Ich kenne eure Sprache nicht; aber wenn ihr auch, Genossen, meine Worte nicht versteht, so versteht ihr doch, was ich sage, ebenso wie ich verstehe, was ihr sprecht. Ich komme zu euch wie alle deutschen Sozialdemokraten, die hier versammelt sind — als guter Deutscher und guter Sozialdemokrat (Bravorufe) zu euch, die ihr gute Tschechen und gute Sozialdemokraten seid. Wir kommen zu euch mit dem Bewußtsein, daß das deutsche und das tschechische Proletariat berufen sind, die Lebensfrage der Völker dieses Staates zu lösen. Die besitzenden Klassen haben für die nationalen Probleme, für die soziale Not und für die Freiheitsnot nichts anderes als Soldaten zu Fuß und zu Pferde, nichts anderes als Unterdrückung. Wir wissen, daß das Recht der deutschen und das Recht der tschechischen Nation nicht verwirklicht werden kann,

wenn nicht ein Volk das Recht des andern anerkennt. Weder das deutsche noch das tschechische Volk hat seine Zukunft im Kampfe gegen das andere, die Zukunft beider liegt im gemeinsamen Kampfe für die Freiheit. Heute vormittags hat Genosse N e m e c unsern deutschen Parteitag im Namen der tschechischen Sozialdemokratie begrüßt und er wurde als Bruder und Mitkämpfer aufgenommen. (Beifall.) Ich weiß, daß wir schwere Hindernisse überwinden müssen, ehe der nationale Frieden verwirklicht wird, aber die Hauptsache ist die Erkenntnis der Notwendigkeit, und die erste Voraussetzung des Friedensschlusses ist der Wille und die Entschlossenheit zum Friedensschluß.

Im Parlament haben eure tschechischen Vertreter ebenso wie wir deutschen Sozialdemokraten eine schwere Aufgabe. Aber eines wissen wir: Wenn alle verzweifeln, wenn die unfähige und schon am Tage ihrer Geburt bankrotte Regierung B i e n e r t h, wenn die bürgerlichen Parteien, Deutsche wie Tschechen, nichts anderes mehr haben als die Verzweiflung an der Zukunft: wir verzweifeln nicht. So ernst auch die Lage aller Nationen in Österreich ist, wir glauben an unsere Zukunft, wir glauben an uns selbst, wir fühlen in uns die Kraft, dieses Österreich zu regenerieren und auf diesem Boden die Zukunft der deutschen wie der tschechischen Nation zu sichern. Und gegenüber dem Wahnsinn von links und rechts, von rechts und links, dem Wahnsinn der Deutschen und der Tschechen, dem Wahnsinn, der dazu führen muß das Parlament zu zerstören, den einzigen Boden, auf dem der Frieden herbeigeführt werden kann, das einzige Instrument zu zerstören, das den Frieden bewirken kann — all dem Wahnsinn gegenüber stehen wir geeint und geschlossen und sagen: Wir werden mit aller Kraft das Parlament gegen die selbstmörderische Obstruktion schützen; dieses Parlament muß gerettet werden — gerettet gegen den deutschen wie gegen den tschechischen Wahnsinn, gerettet gegen die ererbte Dummheit der österreichischen Regierung und der österreichischen Bürokratie. Wir wissen, daß ihr mit uns einig seid in diesen Fragen, einig in der Überzeugung, daß die Zukunft der Völker Österreichs in unserm Lager ist. In dieser Zeit einer schweren wirtschaftlichen und nationalen Krise ist das eure Aufgabe: erhaltet eure Organisation, stärket sie, lasset nicht den Mut sinken, denn mit euch das Recht, mit euch der Sieg! (Brausender Beifall.)

Das Verhältnis zu den Bruderparteien in Österreich.

Referat — Parteitag in Innsbruck 1911.

Parteigenossen und Genossinnen! Ich verhehle Ihnen nicht, daß ich mit einiger Befangenheit an das Referat gehe*). In dem

*) Als der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie am 29. Oktober 1911 in Innsbruck zusammentrat, war die tschechische Sozialdemo-

Begrüßungsartikel eines unserer Parteiblätter, der „Gewerkschaft“, ist ausgesprochen: „Es ist doch eine traurige Sache, daß wir zu einer Zeit, wo das österreichische Proletariat in den heftigsten politischen und wirtschaftlichen Kämpfen steht; in einer Zeit, wo jeder von uns weiß, daß uns noch heftige Kämpfe bevorstehen, wir über Dinge wie Nationalismus und Separatismus und was damit zusammenhängt. uns auseinandersetzen müssen.“ Wahr ist es, daß es eine schwere Aufgabe ist, mitten im Kampfe über die wichtigsten inneren Angelegenheiten zu entscheiden, die Lebensfragen für das Proletariat sind. Aber das ist uns nicht neu. Die Tatsache, daß in Österreich neben der ökonomischen die nationale Verschiedenheit eine Rolle spielt; die Tatsache, daß die Existenz der Nationen nebeneinander in Österreich für unser ganzes Leben und wie für das Leben aller Klassen auch für die Arbeiterschaft von der größten Wichtigkeit ist: diese Tatsache verfolgt und beschäftigt uns, seitdem es eine Sozialdemokratie in Österreich gibt. Gewiß, wenn man zurückblickt auf die Anfänge der Partei, so wird der Einfluß dieser nationalen Verschiedenheiten nicht so klar und deutlich erscheinen. Aber nur darum nicht, weil eben zu jener Zeit die Entwicklung des Proletariats noch nicht so weit war, vor allem nicht die Entwicklung der nichtdeutschen Proletariate. Aber es ist kein Zweifel, daß, indem man, als die Industrialisierung über den deutschen Sprachboden hinausgegangen ist und nun den slawischen Sprachboden ergriffen hat, die Frage der nationalen Verschiedenheit im Proletariat in wachsendem Maße die größte Schwierigkeit für uns gebildet hat.

kratie durch den Separatismus auch politisch gespalten. Am 13. und 14. Mai hatte sich auf einem Parteitag in Brünn die „tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich“ als eigene Partei konstituiert. Es waren das jene tschechischen Genossen, die den Separatismus nicht mitmachen wollten. Und kurz vor dem Parteitag wurde in Wien das Tagblatt der neuen Partei „Dělnický Deník“ („Arbeitertagblatt“) gegründet. Dem Parteitag, auf dessen Tagesordnung „das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Österreich“ stand, wurden neben dem sonstigen Parteibericht auch Materialien zu diesem Punkt der Tagesordnung vorgelegt. Sie umfaßten die einzelnen Stadien des Gewerkschaftsstreites von 1905 bis 1910, den Kopenhagener Beschluß sowie das Verhalten der tschechoslawischen Partei einerseits und der Zentralorganisationen anderseits zu diesem Beschluß der Internationale, den Einigungsversuch der Gesamtexekutive, den Brünnener Konflikt, die Konstatierung der neuen Partei, die Beschlüsse über die nationalen Streitfragen und über die Minoritätsschulen, die Anträge der sozialistischen Fraktion hiezu und die Beschlüsse über die Gesamtorganisation der Partei.

Zu der Frage des Separatismus und namentlich zur Erkenntnis der Situation, in der sich die Arbeiterbewegung zur Zeit des Parteitages befand, siehe die Artikel und Reden im Abschnitt über den Separatismus, ganz besonders aber die beiden letzten Artikel: „Ein offenes Wort an die tschechischen Genossen“ vom 4. April 1911 und „Die separatistische Krise“ vom 1. September 1911. Die letzten Ereignisse bis nahezu zum Parteitag sind in der Fußnote zu dem „offenen Wort“ angeführt.

Wir stehen heute vor einer schweren Krise. Wir stehen heute davor, daß die Einheit der Gesamtpartei beeinträchtigt wird, beeinträchtigt bis zu einem Grade, der ihre Aktion fast lähmt, ihre Funktion fast unmöglich macht, beeinträchtigt und geschädigt wird durch die Entwicklung des Separatismus in der tschechoslawischen Partei. Aber diese Tatsache ist keine isolierte, und diejenigen von uns, die die Meinung aussprechen und mit großem Scharfsinn beweisen wollen, der Fehler sei eben auf dem Wimberger-Parteitag*) gemacht worden, wo man es zugelassen habe, daß sich die Sozialdemokratie national gegliedert habe und von wo aus der Separatismus beginne und sich konsequent entwickle, was ein taktischer und organisatorischer Fehler gewesen sei — diejenigen von uns, die das meinen, sind meiner Ansicht nach schlechte Marxisten, weil sie jene falsche Methode oberflächlicher Geschichtsforschung anwenden, die wirklich meint, große historische Ereignisse und Entwicklungen hängen von den guten oder schlechten Ideen einzelner Personen ab. Daß sich die österreichische Sozialdemokratie national gliedern mußte, ist das Resultat einer Tatsache, die man wegwünschen kann — auch ich wünsche, sie wäre nicht da — die aber feststeht, der Tatsache nämlich, daß wir in Österreich nebeneinander Nationen haben, die auf einem historischen Boden in historischen Kämpfen stehen, daß wir in Österreich einen Boden von Völkerverschiebungen haben, deren Folgen sich auch das Proletariat nicht entziehen kann. Diese Tatsachen sind es, denen sich die sozialdemokratische Organisation damals anbequemen mußte. Ich glaube, ruhig sagen zu können, daß, wenn wir im Jahre 1897 nicht zu dieser Gliederung der Partei gekommen wären, die Sprengung der Partei damals zur Tatsache geworden wäre. Die Einheit der Sozialdemokratie, die Einheit der Aktion der Partei zu verbinden mit der Selbständigkeit der nationalen Organisationen der Partei, den höchsten Grad von praktischer Einheit und Schlagfertigkeit gemeinsam zu entwickeln und zugleich den höchsten Grad von Bewegungsfreiheit, den jedes nationale Proletariat für sich braucht, das ist das Problem, an dem wir uns abmühen seit zwanzig Jahren und an dem wir uns voraussichtlich noch einige Zeit werden abmühen müssen. Internationale Geschlossenheit neben der nationalen Selbständigkeit, das war der Grundsatz, der uns von Anfang an begleitet hat, und ich halte es nicht für überflüssig, Ihnen jenen Beschluß ins Gedächtnis zurückzurufen, der sich unmittelbar an die Reform der Organisation geknüpft hat, der eine nationale Gliederung, zugleich aber eine internationale Zusammenfassung der nationalen Parteien feststellte. Wir haben damals einstimmig beschlossen:

Die vom Prager Parteitag angebahnte und vom sechsten Parteitag durchgeführte Organisation der österreichischen Sozialdemokratie nach selbständigen nationalen Gruppen hat den Zweck, für die Arbeit der Organisation des vielsprachigen Proletariats in Österreich die besten praktischen Bedingungen zu bieten, die praktischen Schwierigkeiten der

*) 1897. (Siehe oben: „Parteiorganisation auf Grund der fünften Kurie.“)

Sprachenverschiedenheit zu überwinden. Indem wir so die Nützlichkeit der vollen Selbständigkeit für die Organisation der Sozialdemokratie jeder Zunge anerkennen und ihr Rechnung tragen, schaffen wir zugleich in dem Gesamtparteitag und der Gesamtexekutive die Einrichtungen, die geeignet sind, noch mehr als bisher die feste und schlagfertige Zusammenfassung aller einzelnen Organisationen zum gemeinsamen Kampf zu sichern. Nationale Selbständigkeit und internationale Geschlossenheit sind das Grundprinzip unserer Organisation.

Wir ergreifen diese Gelegenheit, um im vorhinein jede Interessensolidarität mit den nationalen und chauvinistischen Parteiungen und Kämpfen der besitzenden Klassen auf das entschiedenste zurückzuweisen. Wir haben das Bewußtsein, daß die Klassengegensätze stärker und tiefer trennen als nationale Verschiedenheit, und wir erklären, daß diese Organisation ausschließlich bestimmt ist, die wirksamste Form zu schaffen, in der die international geeinten und brüderlich verbundenen Sozialdemokraten aller Zungen den Kampf führen gegen die Ausbeuterklasse in ihrer eigenen Nation und gegen die Ausbeuterklasse aller Nationen.

Nicht um die nationalen chauvinistischen Bestrebungen der besitzenden Klassen zu unterstützen, ist diese unsere Organisation geschaffen, sondern sie hat zum Ziele, sie um so schärfer, rücksichtsloser und wirksamer bekämpfen zu können.

Das war der Gedanke, das war der Geist, in dem wir damals unsere Organisation beschlossen und aufgefaßt haben. Parteigenossen! Wir müssen uns ja gerade heute sagen: Die Gesamtpartei, von der man heute gern sagt, daß sie tot ist — was aber nicht meine Meinung ist — die Gesamtpartei hat als Vereinigung aller nationalen Parteien in Österreich dem Proletariat in Österreich die größten Dienste geleistet. Wir hatten eine Zeit, wo wir den schwersten Kämpfen aller Völker gegen alle ausgesetzt waren, wo wir in den Anfängen waren, wir Deutschen, und erst recht die anderen. Unsere Verbindung, die Tatsache, daß wir eine Partei bildeten, hat uns die Kraft gegeben, uns Deutschen sowohl wie Tschechen, Polen und Slowenen gegen die chauvinistische Demagogie Widerstand zu leisten, sie hat uns vor allem auch die Kraft gegeben, im Proletariat zu wirken, sie hat uns geholfen, dem Proletariat das internationale Ideal in eine bewußt wirksame Idee und Überzeugung zu verwandeln. Die Gesamtpartei hat uns aber darüber hinaus geholfen, nach außen stolz darauf hinweisen zu können, daß, während das Bürgertum keine einzige seiner Aufgaben wegen der nationalen Zersplitterung erfüllen kann, die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die ihre inneren Schwierigkeiten zu besiegen vermag, die aus den nationalen Verschiedenheiten kommen, und darum auch mit größter Kraft im Parlament und außerhalb des Parlaments aufzutreten vermag.

Daß wir nationale Schwierigkeiten gehabt haben, immer gehabt haben, darüber ist ja gar kein Zweifel. Das haben wir nie verborgen, nie verhüllt. Allerdings haben sie zu verschiedenen Zeiten verschiedene Formen angenommen. Ich erinnere mich sehr gut an die Zeit — und die Älteren von Ihnen werden sich auch daran er-

innern — wie das in jeder Diskussion hervortrat; und da handelte es sich lediglich um die Tschechen und die Deutschen, nicht weil die Deutschen schlechter sind oder die Tschechen schlechter sind als andere, sondern weil das die meistentwickelten Proletariate sind, die die meisten Berührungspunkte und Reibungsflächen haben; wir kommen mit Polen und Italienern viel besser aus, nicht wegen ihrer guten Eigenschaften, die ich ja nicht bezweifeln will, sondern vor allem darum, weil wir von ihnen territorial so getrennt sind, so daß keine technischen Schwierigkeiten entstehen. Wäre dies bei den Tschechen auch der Fall, so würde sich binnen kurzer Zeit jene Intimität, jene wirklich wolkenlose internationale Solidarität und Freundschaft herausstellen, wie sie ja heute, sagen wir, zwischen uns und den Franzosen besteht. Aber die Sache ist anders. Wir haben nicht nur die Prinzipien und Programme zu teilen — die Gemeinsamkeit des Programms ist nie von irgendeiner Seite angezweifelt worden — sondern wir haben die Organisation zu teilen, die praktische Arbeit zu teilen, und da hat es natürlich immer Reibungen gegeben. Es mußte auch politische Schwierigkeiten geben, weil allgemeine politische Grundsätze, wie sie ein Programm gibt, für die konkreten Erfordernisse des Tages von Tag zu Tag nicht ausreichen, weil es sich hier um die praktischen Gestaltungen in sehr unbeträchtlichen Fragen handelt, die aber lokal und temporär von sehr großer Bedeutung sind. Nun komme ich auf das, woran ich die älteren Genossen erinnern will.

Immer bei dem Austragen solcher Fragen ist uns, die wir von Natur aus, nicht aus Herrschsucht, sondern aus der Funktion der deutschen Arbeiterschaft Österreichs heraus naturgemäß für Einigkeit der Führung des Amtes und der Organisation sind, von den Tschechen gesagt worden: Das „praktische Bedürfnis“ soll entscheiden. Unter dem Motto des praktischen Bedürfnisses sowohl in der politischen als auch in der gewerkschaftlichen Organisation pflegte eine steigende Rücksichtnahme, dann Föderalismus, schließlich ein höherer Grad von Autonomie gefordert zu werden. Immer das praktische Bedürfnis für die Organisation, das praktische Bedürfnis für den einzelnen Proletarier und die ganze proletarische Gruppe. Aber ich frage Sie, wie weit sind wir von den idyllischen Zeiten entfernt, wo die praktischen Bedürfnisse des Proletariats und des proletarischen Kampfes in nationalen Dingen überhaupt etwas gegolten haben? Ja mehr noch. Wir sind bereits so weit, daß von seiten der tschechoslawischen Partei aus berufenem Munde ausgesprochen wurde: O, es handelt sich nicht um praktische Dinge allein oder auch nur in erster Linie, es handelt sich nicht etwa nur darum, in welcher Sprache die Zeitungen erscheinen, die Listen geführt werden usw., sondern es handelt sich um eine prinzipielle Sache: die Anpassung nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisation an die Idee, an den Leib der tschechischen Nation. Das praktische Bedürfnis, das an der Wiege aller dieser Bestrebungen gestanden ist, ist heute in dem größten Konflikt mit dem, was verlangt wird, was mit allen Mitteln

angestrebt wird. Wir sind mitgegangen, soweit es möglich war, und es ist nicht gelungen, auch nur ein Beispiel zu finden, daß man irgendeinem praktischen Bedürfnis in der politischen Organisation und schon gar nicht in der Gewerkschaftsorganisation jemals die Erfüllung versagt hätte. Es hat aber diesem Gedankengang die Erfüllung dieser Richtung nicht genügt, um nicht über diesen Rahmen hinauszutreiben, um zu ganz anderen Dingen zu kommen.

Parteigenossen! Wir haben unsere Gesamtpartei eingerichtet, und sie hat eine ganze Zeit lang sehr gut nach außen, mit einigen Schwierigkeiten nach innen, funktioniert. Aber ich möchte konstatieren, daß bis in die allerletzte Zeit die Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten, die zwischen den einzelnen nationalen Gruppen in Österreich bestanden haben, nicht größer waren als jene Verschiedenheiten, die selbstverständlich innerhalb der Organisationsgruppe einer und derselben Nation fortwährend bestehen. Ohne Streit und ohne Diskussion geht es ja, Gott sei Dank, nirgends ab. Aber niemals, bis vor kurzer Zeit, ist es zu einem wirklichen ernsten, das Leben bedrohenden Konflikt gekommen. Das ist anders geworden — langsam — anders geworden mit dem Wachstum insbesondere der tschechoslawischen Partei. Ich will auf die psychologischen Ursachen und die historischen Ursachen dieses Gedankenganges, den wir kurz den separatistischen nennen, hier nicht eingehen, weil wir genug damit zu tun haben, unsere eigenen Gedankengänge richtig zu führen, und es nicht notwendig ist, historisch zu untersuchen, wie die Gedankengänge der anderen geworden sind. Gewiß ist auch der tschechische Separatismus nicht die Erfindung eines Mannes, gewiß hat er in der historischen Entwicklung auch seine Begründung und läßt sich ökonomisch, politisch und kulturell erklären. Aber nicht alles, was erklärt werden kann, und nicht alles, was wir verstehen, nicht alles das billigen wir, und die Frage ist nicht, ob wir den Separatismus verstehen, sondern ob wir seine Erscheinungen noch einreihen können unter die Erscheinungen der sozialdemokratischen Politik. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe über das Verhältnis zu den Bruderparteien in Österreich zu sprechen. Ich werde mit allen Bruderparteien bald fertig werden, indem ich hier bloß erkläre — und ich glaube nicht, daß mir einer der Genossen widersprechen wird — daß unsere Beziehungen zu der polnischen, italienischen, slowenischen, ruthenischen Partei einfach musterhaft sind. (Beifall.) Das will durchaus nicht sagen, daß wir in jeder Einzelheit ihrer Taktik mit ihnen einverstanden sind, sowenig es sagen will, daß sie mit uns in allen Einzelheiten einer Meinung sind. Das hat aber das Bewußtsein unserer Solidarität, das Bewußtsein der Notwendigkeit der Einheit der Aktion und das Bewußtsein der Zugehörigkeit zur österreichischen Gesamtpartei weder bei ihnen noch bei uns jemals getrübt. Die Grundfrage, um die es sich dabei handelt, ist: Sind wir deutschen Sozialdemokraten eine deutsche Sektion in der sozialdemokratischen Internationale oder sind wir eine sozialdemo-

kratische Sektion innerhalb der deutschen Parteien in Österreich? Diese Frage gilt auch für die anderen Nationen. Sie ist für die tschechischen Genossen heute schon akut geworden und sie kann, wenn diese Tendenzen fortschreiten, für jedes andere nationale Proletariat akut werden. Die Frage ist: Fühlen sich die tschechischen Sozialdemokraten heute als die tschechische Gruppe der Internationalen oder sind sie die sozialdemokratische Gruppe innerhalb der tschechischen Parteien?

Parteigenossen! Indem ich diese Frage an die Spitze meiner Betrachtungen stelle, verhehle ich es mir nicht, wie schwer es ist, solche Unterscheidungen sozusagen am grünen Tisch zu machen, mit einer Formel solche Dinge abzutun. Das weiß ich schon, daß es eine Menge Übergänge gibt, und das reichgestaltete Leben, das leider Gottes nirgends so reich gestaltet ist wie in Österreich, läßt sich schwer in Formeln zwingen, nach Formeln entscheiden. Ich weiß, daß das Bewußtsein des nationalen Separatismus im tschechischen Proletariat nicht durch einen theoretischen Entschluß entstanden ist, ich weiß, wie es gewachsen ist, wie es bedingt ist. Aber, Parteigenossen, wir stehen heute vor einer Tatsache, über die wir uns ein Urteil bilden, der gegenüber wir unsere Entschlüsse fassen müssen, vor einer Tatsache, die nicht mehr eine Sache der Tschechen allein ist, sondern Sache des österreichischen Proletariats überhaupt.

Da gestatten Sie mir, daß ich hier mein Bedauern darüber ausspreche, daß wir nicht in der Lage sind, offizielle Vertreter der tschechoslawischen Partei hier zu sehen. Ich bedaure dies darum, weil es uns gewisse Rücksichten auferlegt, die ich nicht in dem Maße empfinden würde, wenn die Vertreter dieser Richtung anwesend wären. Aber das kann uns der Verpflichtung nicht entziehen, offen zu sprechen. Wir sprechen ja nicht für diese Gruppe, für diesen Tag allein, sondern wir sprechen für die gesamte Öffentlichkeit, auch zur tschechoslawischen Partei, die, ob sie nun hier vertreten ist oder nicht, in Kenntnis dessen zu kommen in der Lage ist, was wir hier gesprochen haben.

Wie sich von jener Gliederung der Sozialdemokratie aus die einzelnen Parteien gebildet haben, wissen Sie. Damals war ja die Gewerkschaftsbewegung ebenso in ihren Anfängen wie die Partei. Nun wird heute die Frage aufgeworfen und als das eigentliche Problem hingestellt: Wie konnte in der nationalen Gliederung der Partei eine zentrale Gewerkschaftsbewegung entsprechen? In Österreich, wo wir das Glück haben, daß Partei und Gewerkschaft so eng in Fühlung sind, sei es doppelt notwendig und natürlich, daß jede nationale Partei auch ihre Gewerkschaftsbewegung und Wirtschaftsorganisationen habe. Darauf muß die Antwort gegeben werden: Der national gegliederten Partei entspricht nicht und kann nicht entsprechen eine national gegliederte Gewerkschaft. Der vereinigten Gesamtpartei entspricht die vereinigte internationale Gewerkschaft.

Das ist die einzige Lösung, und wenn alle anderen Gründe, die für die internationale Zusammenfassung der Gewerkschaften

sprechen, nicht existierten, die einzige Notwendigkeit allein schon, daß der wirtschaftliche Kampf international und gemeinschaftlich geführt werden muß, zwingt zum Zusammenschluß in den Gewerkschaften.

Nun ist es ja hier gar nicht so schlimm gegangen in der ersten Zeit. Wir können nicht sagen, daß wir jemals ein so bequemes Leben hatten wie in anderen Ländern. Aber wir haben keine ernsteren Konflikte gehabt. Da sind, lange noch vor dem letzten Gesamtparteitag, die Forderungen der tschechischen Genossen auf gewerkschaftlichem Gebiet mehr präzisiert worden. Sie sind konkreter geworden und damit unerfüllbar. Auf gewerkschaftlichem Gebiet handelte es sich schon damals nicht nur um die Anerkennung der Prager Gewerkschaftskommission und um die Angliederung aller tschechische Arbeiter enthaltenden Gewerkschaften, sondern es handelte sich schon damals um die Preisgabe der einheitlichen Führung des gewerkschaftlichen Kampfes. Sie erinnern sich, daß im Jahre 1905, als wir unseren letzten Gesamtparteitag hatten, diese Frage so akut geworden war, daß die tschechische Delegation auf dem Parteitag, wie sie sich genannt hat — ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir uns nie die deutsche Delegation genannt haben (Sehr richtig!) — erklärte, daß sie nur darum auf die Erledigung ihrer gewerkschaftlichen Forderungen auf diesem Parteitag verzichte, weil wir mitten im Wahlrechtskampf stehen, der ja tatsächlich während des Parteitages selbst seinen Kulminationspunkt erreichte. Kurze Zeit darauf ist der Gewerkschaftskongreß zusammengetreten, der zum erstenmal das Kräfteverhältnis zwischen zentralistischer Gewerkschaft und jener Gruppe, die die tschechischen Anträge unterstützte, aufgezeigt hat. Die große Majorität stand auf dem zentralistischen Standpunkt.

Aber es wäre natürlich ganz falsch, wenn man meinte, daß die gewerkschaftlichen Fragen allein es waren, welche uns Schwierigkeiten gebracht haben. Wir müssen in Österreich an Probleme herantreten, die wir allein nicht lösen können. Wir haben ein Nationalitätenprogramm auf unserem Brünner Parteitag aufgestellt, welches die allgemeinen Grundlagen gibt, die wir uns für ein auf demokratische Grundlage gestelltes Österreich denken, für ein Österreich auf Grundlage der nationalen Autonomie. Sie wissen, daß dieses Programm, von allen nationalen Gruppen anerkannt, ein vortrefflicher Rahmen war für unsere politische Betätigung und es noch heute ist. Aber innerhalb dieses Programms gibt es selbstverständlich sehr verschiedene Auffassungen. Wir sind nicht dazugekommen, die einzelnen Punkte dieses Programms konkret auszuarbeiten. Dieser Mangel wurde ja in unserer Praxis empfunden und zuletzt noch auf dem Reichenberger Parteitag von uns Deutschen; auf dem Prager Parteitag wurde er von den tschechischen Genossen aufgezeigt, es wurden Aufträge gegeben, diese Mängel durch Verhandlungen zu beheben. Diese Verhandlungen haben begonnen, aber sie haben zu keinem Resultat geführt. Sie

konnten zu keinem Resultat führen, weil wir nicht mehr in der Verfassung waren, miteinander zu einem gemeinsamen Resultat zu kommen, das wir entschlossen waren, gegen alle zu verteidigen. Wir waren — und das ist eine der Hauptbeschwerden gegen die tschechoslawische Partei — eben damals nicht mehr in der Verfassung, unabhängig von den Stimmungen der bürgerlichen Parteien und unbeeinflußt von nationalen Strömungen außerhalb unserer Partei, miteinander zu einem gemeinsamen Programm zu kommen, das mehr als die allgemeinen Grundsätze feststellt.

Aber, Parteigenossen, damit ist nach meiner Überzeugung die Einheit der Partei nicht tangiert. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Differenzierung der Partei sich nicht auf Österreich beschränkt, sondern daß die Differenzierung der politischen Arbeiten der Sozialdemokratie ein selbstverständliches Ergebnis ihrer Entwicklung auch in national einheitlichen Ländern ist. Wir sehen sie, von Frankreich und England nicht zu sprechen, auch in dem Lande der stärksten einheitlichen Partei, in Deutschland, und die Meinungsverschiedenheiten, die über einzelne Fragen bestehen und die auch nicht der Willkür einzelner entspringen, sondern verschiedene Entwicklungsstadien der einzelnen Teile der Partei in den einzelnen Teilen Deutschlands darstellen, müssen durchaus nicht notwendig zu einer Entfremdung oder gar zu einer Spaltung der Partei führen. Es ist der Sozialdemokratie unter den schwierigsten Verhältnissen immer wieder gelungen, während wir im Parlament als Sozialdemokratischer Verband gewirkt haben, einheitlich in allen entscheidenden Fragen aufzutreten, und ich glaube, daß diese Einheit dadurch durchaus nicht gefährdet ist, daß wir bei Fragen untergeordneter Natur gegeneinander stimmen, bei Fragen, die nur der für prinzipiell halten wird, der eben jede nationale Querele und jede nationale Phrase so kolossal überschätzt. Mit Ausnahme der Sozialdemokratie in Deutschland gibt es kein Land, wo die Sozialdemokraten immer einheitlich gestimmt hätten. Es ist nur eine österreichische Krankheit, daß man die Aufschriften auf den Bahnhofen für eine prinzipielle Frage ersten Ranges hält. In den entscheidenden politischen und auch nationalen Fragen haben wir immer einheitlich stimmen können, so lange, bis unser Verhältnis und das gegenseitige Vertrauen untergraben und schwer gestört wurden durch den Separatismus.

Aber auf politischem Gebiet können wir immerhin sehr weit gehen in der selbständigen Bewegung, ohne die Einheit zu gefährden. In dem Moment aber, wo die Einheit der Gewerkschaften angetastet wird, gefährden wir den Lebensnerv des politischen Kampfes, und die Wirkung davon ist, daß auch zwischen den politischen Organisationen mit einem Schlag eine andere Stimmung, ein anderes Verhältnis sich herausgebildet hat. Um was handelt es sich in aller Politik? Wesentlich doch nur um Meinungen, für die man kämpft. Man kommt zu einem Kompromiß oder man kommt nicht dazu. Aber in allen wichtigen Dingen sind wir zu einem Kompromiß gekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Meinungsverschiedenheiten, wenn nicht

heute, so doch morgen zu einer Übereinstimmung führen. Um was handelt es sich aber in der Gewerkschaft? Da handelt es sich nicht allein um Meinungsverschiedenheiten, die nur in den Gehirnen einen Unterschied bilden, bei den Gewerkschaften drückt sich der separatistische Gedankengang nicht allein in Meinungen aus, sondern er greift sofort die Organisationen selbst an, er schafft Tatsachen im eigenen Leben des Proletariats.

Darum allein schon ist der Unterschied so kolossal... Es kommt aber noch etwas anderes dazu. Wenn es bei den nationalen Gegensätzen schon schwer ist — und je weiter die Entwicklung geht, um so schwerer wird — auf politischem Gebiet zu einer gemeinsamen Organisation zu kommen und sie zu bewahren, so ist das auf gewerkschaftlichem Gebiet einfach das Existenzminimum. Auch wenn wir politisch keine Gemeinsamkeit erhalten könnten, wäre sie gewerkschaftlich eine eiserne Notwendigkeit. Darum ist das Antasten dieses Grundsatzes, ich sage es ruhig, der Kriegsfall für alle jene, die es mit dem politischen Kampf in Österreich ernst meinen. Ich habe früher gesagt, daß es die Entwicklung der politischen Organisation in allen Ländern mit sich bringt, daß sich die Organisationen differenzieren. Je mehr sich die Sozialdemokratie des politischen Lebens bemächtigt, um so mehr Aufgaben erwachen ihr. Diese Aufgaben hängen von lokalen, nationalen, regionalen Bedingungen ab. Der natürliche Entwicklungsgang der politischen Partei ist bei allem Festhalten der Einheit eine fortschreitende Differenzierung und Individualisierung ihrer einzelnen Aufgaben und ihrer lokalen und regionalen Organisation. Das ist der natürliche Entwicklungsgang, der durch ihre Probleme gegeben ist. Der natürliche Entwicklungsgang der Gewerkschaften in allen Ländern ist genau der gegenteilige: überall ist die fortschreitende Zentralisierung, die fortschreitende Zusammenfassung die Notwendigkeit, die uns auferlegt wird, wieder nicht durch unseren Willen, sondern durch den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung und durch die Gestalt, die der Klassenkampf auf wirtschaftlichem Boden überall und in allen Ländern annimmt. Die tschechischen Separatisten erklären immer wieder: „Was wollt ihr? Es gibt doch in anderen Ländern gespaltene Partelen und verschiedene Gewerkschaftsorganisationen! Die Einheit der Partei und der gewerkschaftlichen Organisation, die ihr für Österreich verlangt, die besteht nicht in England, besteht nicht in Frankreich!“ Aber nicht, daß diese selbständigen Organisationen bestehen, ist es, was den Nerv unserer Bewegung trifft, sondern daß bestehende einheitliche Organisationen zerrissen werden. Während in allen Ländern der naturgemäße Gang der Entwicklung der ist, daß getrennte Gewerkschaftsorganisationen, die entstanden sind in Anpassung an lokale und staatliche Verschiedenheiten, zusammengefaßt werden, während selbst in England mit seinem fanatischen Hang für Differenzierung und Autonomie und Individualisierung die Entwicklung in steigendem Maße zur Zentralisation hingeht, stehen wir hier, die wir zentrale Organisationen haben, einer Bewegung

gegenüber, die rückläufig, im eigentlichsten Sinne reaktionär ist, die die Vereinigung aufgibt. (Stürmischer Beifall.) Das ist nicht mehr zu verstehen aus den Geboten der praktischen Notwendigkeit. Ich bin ja ein Krüppel, ich kann nicht tschechisch (Heiterkeit) und muß mich mit den Krücken der Übersetzungen fortretten, so gut ich kann. Aber wenn ich die einschlägige Literatur überblicke, so sind die Klagen der Tschechen gegen unsere zentralen Organisationen darauf zusammengeschrunpft, daß irgendein Redakteur eines tschechischen Fachblattes nicht ein richtiges Tschechisch schreibt. Das ist möglich; aber wir haben sehr gute Redakteure gewerkschaftlicher Blätter, die kein fehlerfreies Deutsch schreiben und — um nicht etwa eines Unrechts gegen unsere politischen Redakteure schuldig zu werden — ich muß sagen, es kommt auch auf dem Gebiet der Politik so etwas vor. (Heiterkeit.) Aus diesen Vorwürfen, die ja in den Anklagen in den höchsten Tönen gehalten sind, wofür ich aber unfähig bin, Ihnen irgendeinen sachlichen Grund vorzuführen, bestehen die Anklagen.

Als am Anfang des Jahres 1910 eine zentrale Organisation nach der anderen gesprengt wurde und als man noch meinte, daß die tschechische Parteiöffentlichkeit und die tschechoslawischen Vertrauensmänner das Bewußtsein der Verantwortlichkeit vor der Internationale insoweit haben, daß das Urteil dieser Internationale für sie noch ein Gewicht hat, versuchte man es, die Sache dem Internationalen sozialistischen Kongreß in Kopenhagen zu unterbreiten. Ich konstatiere, daß sowohl in der Beschwerdeschrift der Reichsgewerkschaftskommission an den Kongreß als auch insbesondere während der Verhandlungen des Kongresses von kompetenter Seite, also von jenen Genossen, die im Namen der Gewerkschaftskommission und der Zentralorganisationen sowie im Namen der deutschen sozialdemokratischen Partei dort zu sprechen hatten, nicht ein einziges verletzendes Wort gegen die tschechoslawische Partei und gegen den Separatismus gefallen ist. Es ist Kritik geübt worden, es ist die Behauptung, daß der Separatismus mit dem durch den internationalen Kongreß anerkannten Prinzip der Internationalität und Einheit der Gewerkschaften im Widerspruch stehe, begründet worden. Es ist aber nicht mit einem Wort, nicht mit einer Miene eine Verletzung der Ehre und des Ansehens der tschechoslawischen Partei erfolgt. Ich konstatiere noch mehr: In dem Antrage, der dem Kongreß vorgelegt wurde, ist der Name der tschechoslawischen Partei gar nicht genannt. Es wurde bloß festgestellt, daß Bestrebungen, die einheitlichen Zentralgewerkschaftsorganisationen in nationale Teile zu zerschlagen, im Widerspruch mit der Auffassung der Resolution stehen, die der Stuttgarter Kongreß zu der seinigen gemacht hat. Man kann nicht objektiver, ich möchte sagen: man kann nicht abstrakter sprechen. Wir haben geglaubt, durch diese Haltung den tschechischen Genossen die psychologische Möglichkeit geben zu können, ohne ihrer Ehre und ihrem Ansehen im geringsten etwas zu vergeben, nicht einem Machtgebot unserer österreichischen Partei, sondern der in brüderlicher Form ausgesprochenen Wohlmeinung der gesamten

Internationale willig Folge zu leisten, das Votum der Internationale zu achten, was man von jedem, der sich seiner internationalen Pflichten bewußt ist, erwarten kann. Wir haben uns darin geirrt.

Das Schlimmste aber, was uns passiert ist, das, was uns am meisten stutzig machen muß und was am wenigsten ermutigend für die Zukunft ist, das ist die Behandlung, die die Internationale nach dem Kopenhagener Kongreß nicht nur in der tschechoslawischen Presse, sondern auch in den offiziellen Bekundungen und Betätigungen der tschechoslawischen Partei erfahren hat. Man kann ja über die Autorität internationaler Kongresse verschiedener Meinung sein; man kann insbesondere verschiedener Meinung darüber sein, inwiefern es möglich ist, auf die internen Verhältnisse eines Landes einen maßgebenden und sofortigen Einfluß zu üben. Aber ich muß schon sagen, die Erfahrungen, die die sozialdemokratische Internationale in dieser Beziehung gemacht hat, sind in vielen Punkten geradezu überraschend erfreulich gewesen; und ich erinnere vor allem daran, daß es ein geradezu musterhaftes Vorgehen war, als nach dem Kongreß von Amsterdam die Franzosen zur Vereinheitlichung ihrer Partei geschritten sind, obwohl dort die Gegensätze vorher recht scharf gewesen waren. Aber selbst wenn man nicht glaubt, sein Urteil dem der Internationale unterordnen zu können, so scheint es mir doch von symptomatischer Bedeutung — ich führe keinen Ehrenbeleidigungsprozeß im Namen der Internationale —, daß man unmittelbar nach Kopenhagen gemeint hat, man müsse das Ansehen der Internationale und aller ihrer Mitglieder im tschechischen Proletariat systematisch herabsetzen. (Beifall.) Das sieht aus, als ob es eine Nebensächlichkeit wäre, es ist aber eine sehr ernste Sache und es hängt damit zusammen, daß wir mit den tschechoslawischen Genossen einen sehr ungleichen Kampf führen. Wir deutschen Sozialdemokraten — ich werde auch auf dieses Kapitel zurückkommen müssen, bevor die anderen auf dieses Kapitel kommen werden (Heiterkeit) —, wir deutschen Sozialdemokraten glauben, bei aller Klarheit unserer Überzeugung in unseren Ausdrücken und in der Form unserer Polemik mit der größten Vorsicht zu Werke gehen zu müssen, weil uns daran liegt, nicht nur das Ansehen der eigenen Partei, sondern auch das Ansehen jener Partei und jener Genossen, gegen die wir polemisieren, nicht zu erschüttern. Wir nehmen immer Rücksicht auf das Ganze — nach der Meinung mancher Genossen zu viel (Sehr richtig) —, gut, aber vielleicht könnte man auch meinen, lieber diesen Fehler, als den entgegengesetzten. Wir haben hier in Österreich, wo alles so explosiv ist, wo der Boden belegt ist mit Pulverfässern, wo wir jeden Tag auf die gefährlichsten, widerwärtigsten, jeder Vernunft widersprechenden Explosionen der nationalistischen Instinkte gefaßt sein müssen, uns gehütet, den Provokationen zu folgen, die von tschechoslawischer Seite schon vor Kopenhagen, aber verstärkt nach Kopenhagen fortwährend gegen uns ausgeübt wurden. Denn nicht an die internationale Überzeugung, nicht an die Klugheit hat man sich gewendet, sondern

man hat an die primitivsten nationalistischen Instinkte appelliert. (Stürmische Zustimmung.) Freilich ist es damit leichter, äußere Erfolge zu erzielen als mit dem Gegenteil. Wer den Nationalisten auch nur im Tone, wenn auch gar nicht in der Sache Konzessionen macht, der kann selbstverständlich eine ganze Menge Widerstände beseitigen, die sonst seiner politischen Betätigung im Wege stehen, und der Weg von einer vernünftigen, klaren Vertretung der Interessen des deutschen Proletariats in Österreich zu einer nationalistisch gefärbten Art der Agitation ist leicht gefunden. Die Übergänge sind bald gemacht. Sie alle empfinden das, vor allem in Wien, daß wir es gerade in Österreich sehr nötig haben, uns vor diesem Fehler zu bewahren. Ich bin der letzte, der es mit den Interessen des deutschen Proletariats als deutsches Proletariat irgendwie leicht nimmt, aber leichter können wir es tragen, wenn zu wenig geschieht, als wenn zu viel geschieht in der Konzession an nationale Strömungen, die gerade bei den heutigen Konflikten zu unserem Entsetzen — und ich fürchte auch, zu dem Entsetzen der tschechischen Arbeiter — umschlagen können in jene Psychologie des deutschen Proletariats und des tschechischen Proletariats, von der wir nur in langjähriger Tätigkeit das Proletariat freigemacht haben. (Stürmischer Beifall.) Das ist der Punkt, wo die gewerkschaftliche Technik umschlägt und ihre Wirkung auf ein viel größeres, ich will nicht einmal sagen: auf ein viel wichtigeres Gebiet sich erstreckt. (Sehr richtig!)

Es ist eine Torheit und eine Unbegreiflichkeit, wenn man glaubt, gewerkschaftliche Kämpfe führen zu können in zwei oder drei nationalen Organisationen in einem und demselben Betrieb oder in einem und demselben Industriezentrum. Das ist eine Torheit, und darüber auf diesem Parteitag zu reden, ist nicht notwendig. Wir sind alle gewerkschaftlich gebildet, gewerkschaftlich geschult, wie wir politisch geschult sind. Als ich von Prag nach zwei Tagen der Verständnisverhandlungen mit den tschechischen Genossen zurückgekommen bin, da dachte ich mir: Nicht daß die Tschechen vom Nationalismus so infiziert sind, ist das Entscheidende, sondern daß sie von den gewerkschaftlichen Dingen so wenig verstehen (Lebhafter Beifall); das wird sich ja gewiß ändern und darauf beruht ja meine Hoffnung. Aber es ist schwer, über gewerkschaftliche Dinge ernsthaft zu sprechen, wenn man nicht anerkennt, daß eine Gemeinsamkeit in der Führung, in der Entscheidung und Bereitstellung der Mittel im gewerkschaftlichen Kampf unbedingt notwendig ist. Wer das nicht anerkennt, wer meint, daß diese Gemeinsamkeit von Fall zu Fall hergestellt werden soll, nicht nur in jedem Industriebezirk, sondern in jedem Betrieb, wer das meint, der hat von der modernen Entwicklung der Industrie und von ihrer Wirkung auf die Gewerkschaftsorganisation keinen richtigen Begriff und dem kann man es auch nicht in Worten beibringen, sondern man muß warten, bis er es erkennt.

Was geschah nun nach Kopenhagen? Die erste Tat war, daß vierzehn Tage nach dem Kongreß eine Konferenz in Prag stattgefunden hat, die erklärte: Kopenhagen war eine Torheit. Und

weitere vierzehn Tage darauf, am 12. Oktober, kam die offizielle und gewaltsame Sprengung der Zentralorganisation der Bergarbeiter — unmittelbar als Antwort auf Kopenhagen. Und zwischen jener prinzipiellen Erklärung in Prag und der praktischen Zerreißung der Bergarbeiterorganisation liegt der Angriff auf die Reichskommission der Krankenkassen, welche auch separatistisch behandelt und gegliedert wurde. Gewerkschaft, Wirtschaftsgenossenschaft, Krankenkasse. Eines nach dem anderen. Bei den Krankenkassen ist das zum Glück nicht so gefährlich, aber es ist bezeichnend für den Geist und dafür, wie das ganze Gehirn der Separatisten von diesem taktischen Gedanken erfüllt ist.

Am längsten hat der Separatismus gezögert, auf unser größtes Industriegebiet in Österreich, auf Wien, überzugreifen. Hier hat er gezögert, und zwar aus guten Gründen. Nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil hier naturgemäß der stärkste Widerstand eingetreten wäre — nicht nur von den deutschen Genossen, die haben dabei gar nichts dreinzureden —, sondern von den eigenen tschechischen Sozialdemokraten. Weil sie wußten, daß Wien der gefährlichste Boden ist für jeden separatistischen Angriff: gefährlich für die Angreifer, gefährlich für die Angegriffenen, gefährlich für die Partei und verhängnisvoll in seinen Folgen auf Jahrzehnte. Die Leistungen der Separatisten sind ja alle betrübend genug; aber etwas ganz anderes noch ist die Einführung des Separatismus in Wien, etwas ganz anderes ist es noch, hier in die deutsche Arbeiterschaft in Wien den Gedanken gewaltsam hineinzupressen: „Das ist ein Tscheche!“ oder — wie sie sagen werden: „Das ist ein Böhme“, der mit dir nicht in der gewerkschaftlichen Organisation leben will, das ist einer, der einer Organisation angehört, welche deiner Organisation, von der deine ganze wirtschaftliche Existenz, deine Zukunft abhängt, nicht angehören will, und durch Feindseligkeit ihre Entwicklung hemmt!“ Wir haben die deutschen Arbeiter in Wien und Niederösterreich in musterhafter Weise zum Internationalismus erzogen; aber wenn die schlimmsten Instinkte, die durch die sozialistische Erziehung zurückgedrängt wurden, auf diese Weise, wie es hier geschieht, künstlich gereizt werden, dann, Parteigenossen, werden wir uns aber sehr zusammennehmen müssen, um das internationale Bewußtsein auch in den deutschen Arbeitern in Wien und Niederösterreich zu erhalten. (Stürmischer Beifall.) Es fällt mir nicht ein — wir werden trotzdem dessen beschuldigt werden — mit Repressalien zu drohen. Ich sage das ausdrücklich, denn unsere ganze Arbeit wird dem dienen müssen, eben den Hang zu Repressalien in den Arbeitern nicht aufkommen zu lassen, weil das ihre Seele auf Jahrzehnte nationalistisch vergiften würde. (Stürmischer Beifall.) Das ist es, was die tschechoslawischen Separatisten, wie mir scheint, absolut nicht mehr begreifen.

Sie sind so verwöhnt, möchte ich sagen, durch unsere Langmut, und ich sage das ohne alle Überhebung, durch das höhere internationale Niveau, das wir Deutschen besitzen. (Beifall.) Sie

sind verwöhnt dadurch, daß wir — das war die einzige Art von Hochmut, die wir hatten —, daß wir uns sehr häufig für die Gescheiterten gehalten haben, die darum nachgeben müssen. Der einzige Gebrauch, den wir von der stärkeren Entwicklung, die wir besitzen, gemacht haben, war der, nicht etwa die Tschechen „tributpflichtig“ zu machen (Heiterkeit), sie unter das „Joch zu beugen“ (Neuerliche Heiterkeit), sondern war der, jeder Nation nach Kräften beizustehen; den Tschechen gegenüber aber, weil wir auf sie am meisten angewiesen sind, so lange nachzugeben, als es irgendwie sachlich möglich und mit dem Ziel und der Entwicklung unserer Partei verträglich ist. Nun bin ich auf den Vorwurf gefaßt, daß man mir sagt: das war ja eben der Fehler; ich bin gefaßt auf den Vorwurf, der kommen wird, und ich will niemand abschrecken, ihn zu erheben: „Ja, die Parteivertretung ist doch an allem schuld!“ Die Parteivertretung, natürlich auch ihr Organ, die „Arbeiter-Zeitung“, und ein bißchen auch ich. (Heiterkeit.)

Man wirft uns vor, daß wir der Entwicklung des Separatismus nicht früher in scharfer, energischer Weise entgegengetreten sind, und der größte Vorwurf ist, daß wir den deutschen Parteigenossen den Genuß entzogen, die Dokumente des Separatismus schon früher zu lesen als heute*). Alles hängt da natürlich von der Gesamtaufassung ab, die man von den Verhältnissen hat und die man hat von der Funktion der Parteivertretung und des Zentralorgans — Zentralorgan natürlich der deutschen Sozialdemokratie, längst nicht mehr der gesamten österreichischen Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Wenn man die Auffassung hat, daß man, um die Widerstände zu ersticken, nur den Kampf zu entwickeln braucht, um die Strömung zu beseitigen, dann ist es natürlich gut, je früher, je besser das aufzudecken, je früher, je besser den Kampf auf die Spitze zu treiben. Aber diese Auffassung war die unsere nicht. Es war die unsere nicht, und ich sage es offen, sie ist es für meine Person noch heute nicht. Ich bin noch heute der Ansicht, daß es nicht gut ist, daß die deutschen Arbeiter so viel vom Separatismus erfahren; ich bin noch heute der Ansicht, daß man das Übel möglichst begrenzen muß. Ich weiß, viele von Ihnen sind nicht der Ansicht; aber ich bin der Ansicht noch heute, daß es nicht notwendig ist, daß jeder journalistische oder rhetorische Exzeß der Separatisten nicht nur die tschechischen Arbeiter reizen, sondern auch die deutschen Arbeiter reizen soll. Ich bin der Ansicht, daß es die Pflicht der Parteivertretung und die Pflicht ihres Blattes ist, möglichste Zurückhaltung zu üben, möglichst wenig Öl in das Feuer zu gießen und zu versuchen, ob wir nicht diese separatistische Welle übertauchen können, ohne daß sie größere Verwüstungen nicht nur bei den

*) Der „Österreichische Metallarbeiterverband“ hatte zu seinem zehnten ordentlichen Verbandstag eine Schrift „Dokumente des Separatismus“ herausgegeben, die auch den Delegierten des Parteitages vorgelegt wurde. Diese Schrift enthielt im wesentlichen, mit nur wenig verbindendem Text, der die Zusammenhänge aufzeigte, die Artikel der tschechoslawischen Parteiblätter über den Gewerkschaftskonflikt, über die deutsche Partei und die Internationale in deutscher Übersetzung.

Tschechen, sondern in dem Gedankenleben, in der Stimmung und in dem Intellekt der deutschen Arbeiterschaft anrichtet. Ich möchte, daß wir den Separatismus übertauchen, ohne daß es dazu kommt, daß die deutschen Arbeiter aufschreien: Jetzt haben wir genug! Hinaus mit den Böhmen! Das fürchte ich, das ist das Gespenst, das ich vor mir sehe, weil ich weiß, wie gefährlich es gerade in unserem Österreich ist, wo die Luft imprägniert ist mit nationalistischen Keimen, wo wir keinen Atemzug tun können, ohne diese Keime einzuatmen. Wenn einmal solche leidenschaftliche Instinkte geweckt sind, wie schwer ist es, sie wieder zu beruhigen und sie zu bändigen; wie schwer ist es, die internationale Ideologie wieder herzustellen in den Köpfen der Arbeiter, wenn man sie mit frevlen Untergrabungen zugrunde gerichtet hat. Mögen die tschechischen Genossen verantworten, daß sie das den tschechischen Arbeitern gegenüber getan haben, wir wollen unsere Hände rein behalten, so gut wir können, und wollen uns auch in der Abwehr auf das allernotwendigste beschränken. Nicht nur ich, sondern auch viele andere Genossen haben geglaubt, daß wir in der Lage sein werden, ein Einlenken der Separatisten abwarten zu können, ohne daß das Gebiet der politischen Aktion betreten würde. Lange haben wir das geglaubt; noch zu der Zeit, wo in Brünn die Leidenschaften aufgeflammt waren und wo man bereits mit der Ausschließung gedroht hat, hat die „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben, sie glaube dem Frieden am besten zu dienen, wenn sie auf die Einzelheiten des Zwistes nicht eingehe, der sich ausschließlich zwischen tschechischen Genossen und aus wirtschaftlichen Gründen abspielt.

Ich lese Ihnen das vor, um denjenigen, die die Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ und der Parteivertretung kritisieren wollen, alle Behelfe dazu zur Verfügung zu stellen. (Heiterkeit.) Sie können an diesem Beispiel sehen, wie zurückhaltend, wie vorsichtig, wie wenig aggressiv wir waren, wie wir alles darangesetzt haben, um den Kampf zu lokalisieren, um ihn vom politischen Gebiet abzuwenden, bis zu einem Moment, wo die tschechische Sozialdemokratie, entgegen ihrem wiederholt ausgesprochenen Prinzip, erklärt hat: Nein, der gewerkschaftliche Separatismus ist ein Gebot und eine Notwendigkeit für die politische Partei. Sie sind damals noch nicht so weit gegangen, jeden einzelnen, der der Zentralorganisation angehört, zu boykottieren, jeden aus der Partei hinauszuweisen. Sie haben wiederholt das Gegenteil erklärt. Praktisch aber waren diejenigen, die den Gedanken der zentralistischen Gewerkschaft vertreten haben, bereits als Auswürflinge in der Partei angesehen und wurden bald darauf — wenigstens ein großer Teil — auch praktisch ausgeschlossen. Ich muß hier, wenn ich vom Brünner Streit rede, auf eine Merkwürdigkeit zurückkommen, ohne deren Kenntnis man eigentlich die ganze Sache nicht recht versteht. Es ist bekannt, daß, nachdem Reibungen verschiedener Art stattgefunden haben, am 1. Jänner 1910 unter Intervention des Genossen Němec in Brünn eine Einigungsformel gefunden wurde. Die Reibungen haben sich trotzdem fortgesetzt und nun kam es zu dem bekannten Beschluß der Vertrauensmänner, die tschecho-

slawische Parteivertretung zu ersuchen, sie möge die beiden Parteibeamten, die von der Partei hingesetzt wurden, Van ěk und Tusar, zurückziehen und von Brünn weg versetzen*). Ich bin auch ein altes Mitglied der Parteivertretung und weiß ja, was da alles vorkommen kann. Wenn uns irgendeine Organisation schreiben würde, dieser oder jener Vertrauensmann taugt für sie nicht, man möge ihr einen anderen schicken, würden wir sagen: Wenn dort ein solcher Beschluß möglich war, so paßt der Mann dort nicht hin, und wenn er gar nichts angestellt und wenn er recht hat und die anderen unrecht, wir würden normalerweise einen solchen Fingerzeig als einen sehr deutlichen, sehr entschiedenen Wegweiser betrachten und den Mann, der dort seine Funktion aus irgendwelchen Gründen, die nicht von ihm abhängen, nicht ausführen kann, anderswohin versetzen, wo er brauchbar ist. Nach diesen Beschlüssen ging der mährische Krieg los. Die beiden Vertrauensmänner wurden aber von der Prager Zentrale nicht versetzt, sondern im Gegenteil, die, die darum ersucht hatten, wurden ausgeschlossen, und zwar ausgeschlossen zunächst von denen, deren Entfernung sie verlangt hatten. Ich habe mir das ganze Statut der tschechoslawischen Partei übersetzen lassen und habe es durchgesehen. Ich fand keine genauen Bestimmungen darüber, welche das Ausschließungsverfahren regeln; aber das weiß ich, daß in der ganzen Welt, wenn eine lokale Parteibehörde ein Dekret erläßt, ein Appell an eine höhere Parteibehörde und schließlich an den Parteitag möglich ist. Aber als die Brünnner Ausgeschlossenen nach Prag rekurierten, ist diese Appellation einfach in den Papierkorb gegangen. Das muß man wissen, um Milderungsgründe für den Akt zu finden, den die tschechischen Zentralisten in Mähren gesetzt haben: für die Loslösung von der tschechoslawischen Sozialdemokratie und die Gründung einer eigenen Partei. Ich sage ausdrücklich Milderungsgründe, Erklärungsgründe, und ich spreche in diesem Punkte, wie mir wohl bewußt ist, als Person zu einer großen Anzahl von Genossen, die in diesem Punkte nicht meiner Meinung sind; aber ich kann mich von meiner Geschichte nicht befreien, ich kann mich von meiner ganzen Parteixistenz nicht losmachen, für mich ist zuletzt derjenige, der der Einheit der Partei entgegentritt, ein Angeklagter, der sehr viele Gründe beibringen muß, bevor ich ihn freispreche. Ich bin heute noch der Meinung, daß es trotz den von mir mit voller Offenheit dargelegten Verhältnissen möglich gewesen wäre, daß die tschechischen Zentralisten innerhalb der Partei zur Geltung gekommen wären und daß sie den Krieg für den Zentralismus innerhalb der Partei hätten führen können. Aber ich gebe zu, wenn jemals eine Rebellion gegen die Einheit der Partei, wenn jemals eine Spaltung zu entschuldigen und zu begreifen war, so ist es diese. Und ich gebe weiter zu, daß

*) Siehe dazu die Artikel und Reden zur Frage des Separatismus, besonders die letzten Artikel.

Vlastimil Tusar, der nachmalige tschechische Ministerpräsident und Gesandte in Berlin.

wir in einer sehr eigentümlichen Lage vor dieser Erscheinung sind. Wir müssen — und jetzt spreche ich wohl wieder im Namen aller — wir müssen wohl alle für die Einheit der Partei sein, nicht allein, weil sie von dem internationalen sozialistischen Kongreß ebenso sanktioniert ist wie die Einheit der Gewerkschaft, wir müssen — und das ist das Entscheidende in diesem Konflikt, wo in das tschechische Proletariat Meinungen und Grundsätze hineingetragen werden, die mit der internationalen Überzeugung in direktem Widerspruch stehen — die Tatsache begrüßen, daß es einen Teil des tschechischen Proletariats gibt, sei er klein oder groß, der die Internationale nicht im Stich läßt, der den Kampf führt, und wir können nicht anders, als uns dessen freuen. (Lebhafter Beifall.)

So schlimm die Spaltung ist und so sehr ich sie noch heute nicht verwinden kann in meinem Parteigewissen, so muß ich doch sagen: Noch schlimmer wäre es, wenn die separatistische Bewegung im tschechischen Proletariat vor sich gegangen wäre und sich durchgesetzt hätte ohne jeden Widerstand. (Stürmischer Beifall.) Neben dem vielen, was ich in der tschechoslawischen Partei nicht begreife, begreife ich wohl, daß sie sich gegen die Gründung dieser neuen Partei wehren und ihr das Leben absprechen. Ich sehe ein, daß sie große Machtmittel in Händen haben gegenüber dieser Partei. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob es klug war von den mährischen Zentralisten, diese Gründung gerade vor den Wahlen vorzunehmen, wenn sie schon sein mußte, was ich immer wieder bestreite; ob es insbesondere zweckdienlich war, eigene Kandidaten aufzustellen und auf diese Weise einen großen Vorwurf gegen sich zu erwecken, und zugleich eine Zählung zu veranstalten, die, wie jeder vorhersehen konnte, absolut nicht zugunsten dieser neuen Partei ausfallen konnte. Ich lasse dies dahingestellt, ob das richtig oder nicht richtig gehandelt war, wie es überhaupt meine Aufgabe hier nicht ist, zwischen beiden zu entscheiden. Wir haben genug zu tun mit unseren eigenen Sachen. Eines aber ist sicher: die Tatsache, daß die neue Partei in den Wahlkampf eingeschritten ist, hat der tschechoslawischen Sozialdemokratie Gelegenheit und Anlaß gegeben, das Unglaublichste zu leisten im Kampfe gegen uns. So wie ich heute über die zentralistische Parteigründung und den zentralistischen Widerstand gegen die offizielle Partei spreche, so habe nicht nur ich, sondern haben auch andere Genossen — Hueber ist hier, er soll darüber reden, wenn er will — gesprochen, bevor sich das vollzogen hat. Wir haben abgeraten. Ich habe das in scharfer Weise öffentlich getan in Reden und Artikeln. Das hat nicht gehindert, daß die tschechoslawische Partei und ihre Organe die tschechische Sozialdemokratie als ein Produkt, als ein Werkzeug, als eine Schöpfung der Wiener hingestellt haben, und es ist sehr bezeichnend in dem ganzen Kampfe, daß es in der tschechischen Sprache keine größere Beschimpfung, keine wirksamere Brandmarkung gibt, als wenn man von jemand sagt, er sei ein Werkzeug von „Wien“. Das ist nicht das einzige Erbstück, das wir von der glorreichen öster-

reichischen Geschichte auf uns lasten haben. Wenn in Österreich Unrecht geschehen ist, ist es vollzogen worden von Werkzeugen, die sich der deutschen Sprache, freilich oft ziemlich ungeschickt und mitunter mit deutlichem slawischen Akzent bedient haben. (Heiterkeit.) Es war die Staatssprache, in der dies geschehen, und wir sind heute noch damit belastet. Uns, die wir für die Einheit der Gewerkschaftsorganisation, für die Geschlossenheit der Partei als Kampfmittel des Proletariats für seine Existenz und gegen diesen Staat wirken, uns stellt man hin als die Vertreter des österreichischen Staatsgedankens. (Gelächter.) So viel und so wenig das auch sagen mag, wir werden belastet mit allen Sünden der Vergangenheit unserer Gegner aus gar keinem anderen Grund — wenn man es auf die einfache Wahrheit reduziert, als daß wir Sozialdemokraten ein Interesse daran haben, daß auf diesem Boden, wo diese Völker zusammen leben, sie leben können, und daß auch der österreichische Staat ein Interesse daran hat, daß die Völker hier leben. Natürlich sind die Vorstellungen, wie sie hier leben sollen, beim österreichischen Staat und bei uns erheblich verschieden. Es sind auch die Mittel, die wir anwenden und die der österreichische Staat anwendet, erheblich verschieden; die Zwecke, denen wir dienen, sind auch verschieden, die Formen, deren wir uns bedienen, sind ganz andere, die Art, wie wir die Völker behandeln, mit denen wir leben, sind ganz andere. Aber trotzdem: sooft sie den Mund aufmachen, ist es Wien. Die tschechoslawischen Separatisten bringen es so weit, daß Wien und dem österreichischen Staatsgedanken das sehr unverdiente Kompliment gemacht wird, daß man sie identifiziert mit dem Internationalismus der Sozialdemokratie. (Heiterkeit.)

Man hat also alles getan, um diese mährischen Zentralisten unterzukriegen sowie alle Angestellten der Zentralorganisationen, gegen die man Krieg geführt hat, dem öffentlichen Haß und der Verachtung auszusetzen. Da gibt es ein einfaches Mittel: „Wien!“ Der ganze mährische Zentralismus ist eine Wiener Erfindung, die Zentralorganisationen sind eine Wiener Erfindung. Es tut mir leid, daß mein Freund Hueber dieses Avancement bekommen hat, daß er als der eigentliche Ausüßer aller dieser Schandtaten in der separatistischen Legende figuriert. Es ist eine Legende und es ist kein Wort davon wahr. Aber, Parteigenossen, soviel ist sicher, daß in der tschechischen Öffentlichkeit diese Legende geglaubt wird, und zwar nicht nur in der Parteiöffentlichkeit.

Die bürgerlichen Parteien und die bürgerliche Presse unter den Tschechen tun mit. Sie sind ganz anders disponiert als bei den Deutschen. Wenn wir etwas sagen, so ist die ganze gegnerische Meute der deutschen nationalistischen Presse über uns her. Sie liebt uns nicht, sie höhnt uns. Bei den Tschechen ist das etwas anderes. Sie sind eben zur Gänze unterdrücktes Volk in Österreich, ob sie Minister haben oder nicht. (Heiterkeit.) Da wird nationale Solidarität geübt, nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern beinahe ebenso stark von der bürgerlichen Presse. Und die hetzt und die verbreitet die Nachrichten auch in die Arbeiterschaft. Denn unsere tschechische Presse ist zwar sehr groß, aber es hat auch die

bürgerliche Presse großen Einfluß auf die Arbeiterschaft und diese bestätigt: Die internationale Sozialdemokratie ist Wien, das ist die Tyrannei des Hueber, gegen die der Kampf geführt wird. Die bürgerliche Presse hilft, sie verschärft, sie verdichtet noch alles, was von dieser Seite gesagt wurde. Und die Waffe dazu, daß in die tschechische Arbeiterschaft diese Meinung getragen wird, daß die Zentralisten als Hochverräter hingestellt werden, diese Waffe liefert unsere tschechoslawische separatistische Presse. So ist der Kampf dort geführt worden.

Man ist in die Wahlen gegangen. Die Zentralisten haben Gegenkandidaten aufgestellt und was war die Folge? Die Folge war, daß diese als Vorwand dazu benützt wurden, daß man in Böhmen in drei Bezirken gegen die deutschen sozialdemokratischen Kandidaten Gegenkandidaten aufgestellt hat. Ich sage, es war die „Folge“ davon, indem ich mich dabei der Argumentation der tschechoslawischen Parteipresse bediene. Denn daß es davon ganz unabhängig war, das wissen wir alle. Als wir uns nach Prag um Aufklärung über diese Gegenkandidaturen wendeten, bekamen wir als Antwort: Diese Gegenkandidaturen sind von der Partei unabhängig, werden von ihr nicht moralisch unterstützt, aber verantwortlich ist die deutsche Partei, weil sie die mährischen Gegenkandidaturen veranlaßt hat. Dieselbe tschechoslawische Parteivertretung, die erklärt, sie sei nicht in der Lage, ihre eigenen Leute und ihre eigenen Organisationen davon abzuhalten, daß sie Kandidaten aufstellen, die beschuldigt uns Deutsche, daß wir die tschechischen Arbeiter nicht abgehalten haben, Kandidaten aufzustellen! Also ein Widerspruch, den ich nur darum anführe, um Ihnen wieder an einem Beispiel zu zeigen, wie tief die Tschechen sich in diesen Streit verbohrt haben.

Nun haben wir die Wahlen gehabt, und wenn Wahlen nichts anderes bedeuten, so sind sie ein Mittel zu zählen. Wenn wir uns ein Bild machen wollen über das Verhältnis zwischen Zentralisten und Separatisten innerhalb der tschechischen Partei, so haben wir die Zahlen dieser Wahlen zur Verfügung. Ich muß gestehen, ich bedaure, daß sie existieren. Denn diese Zahlen müssen naturgemäß ein falsches Bild geben, aus hundert Gründen, und sie werden fortwährend mißbraucht. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die tschechoslawische Partei 350.000 Stimmen vereinigt hat. Die Zentralisten zwischen 10.000 und 20.000, je nachdem, ob man den halbpölnischen Bezirk des Genossen Cingr*) dazu rechnet oder nicht. Ich führe das darum an, um der Meinung zu widersprechen, daß darin das wirkliche Kräfteverhältnis innerhalb des tschechischen Proletariats ausgesprochen wäre. Jeder, der die Verhältnisse kennt,

*) Peter Cingr, ein Tscheche, einer der Begründer der Bergarbeiterorganisation, Organisator der Ostrauer Bergarbeiter, war seit 1897 der Abgeordnete des Wahlbezirkes Mährisch-Ostrau, wurde auch 1911 dort wieder gewählt. Der Bezirk ist zur Hälfte von Polen bewohnt. Cingr, der als Zentralist kandidierte, ist dann als Hospitant dem polnischen sozialdemokratischen Klub beigetreten.

wird zugeben, daß der separatistische Gedankengang auf dem Boden der tschechoslawischen Partei die große Majorität in seinem Banne hat, daß die zentralistisch denkenden Arbeiter eine Minorität darstellen. Aber ich warne also, und zwar nach beiden Richtungen. Die Zentralisten haben ihre Partei gegründet mitten im Wahlkampf. Wenn sie es für die Partei machen mußten — gut. Aber für die Wahlen konnte kein unglücklicheres Datum gewählt werden. Sie sind ausgezogen ohne Mittel und ohne Möglichkeit zu agitieren, und sie haben, was ich als sehr wichtig ansehe, nicht die Möglichkeit gehabt, dem persönlichen Einfluß und dem persönlichen Ansehen der separatistischen Kandidaten irgendwie einflußreiche Männer mit Erfolg entgegenzustellen. Was die 350.000 Stimmen der tschechoslawischen Partei anlangt, so sind sie ein erfreulicher Beweis dafür, wie sich die tschechoslawische Sozialdemokratie in den Massen entwickelt hat und welche Macht im Proletariat sie besitzt. Nach meiner Überzeugung wäre es aber falsch, diese Ziffer auch für die separatistischen Grundüberzeugungen in Anspruch zu nehmen. Während man sagen muß: Es muß einer schon sehr zentralistisch gesinnt gewesen sein, wenn er in Mähren für einen der Kandidaten der neuen Parteien stimmen sollte — es ist ihm sauer genug geworden —, und es hat dies keiner getan, der nicht dreimal seine Überzeugung gefestigt gehabt hat, so war es bei den Separatisten umgekehrt. Ich spreche nicht etwa von den Mitläufern, die gibt es bei jeder Wahl, und es fällt mir nicht ein, die statistischen Ziffern daraufhin zu untersuchen. Worum es sich mir handelt, ist etwas anderes. Ich behaupte, daß die Tatsache, daß 350.000 Stimmen für die tschechoslawische Partei abgegeben wurden, noch lange nicht sagen soll, daß sie für den gewerkschaftlichen Separatismus und gegen die internationale Auffassung, die wir haben, abgegeben wurden. (Beifall.) Dies ist mir die wichtigste Tatsache, an die jede Hoffnung auf Möglichkeit des Erfolges anknüpfen muß.

Ich kann natürlich dieses unerschöpfliche Thema nicht ausschöpfen und es wäre vielleicht besser gewesen, wenn ich mich mehr beschränkt hätte. Aber ich muß nun doch zu der Frage kommen: Was sollen wir nun eigentlich tun?

Was sollen wir nun eigentlich tun? Die deutsche Sozialdemokratie ist in der merkwürdigen Lage, daß sie heute eine Entscheidung treffen muß, die fortwirkend sein wird, daß sie ihren Rahmen neu formen und daß sie ihre Entscheidung treffen muß, unabhängig und auf sich selbst gestellt und ohne Möglichkeit, das Einverständnis der anderen Beteiligten herbeizuführen. Parteigenossen! Wir haben nun zu sorgen für das deutsche Proletariat in erster Linie, und diese Sorge verpflichtet mich mit der größten Deutlichkeit auszusprechen: Wir brauchen als deutsche Sozialdemokraten eine lebendige, gemeinsame Partei, wir als deutsche Sozialdemokraten brauchen eine wirksame Gesamtpartei, wir brauchen sie nicht nur für alle, wir brauchen sie auch für uns.

Mit dem Worte „Gesamtpartei“ ist allerdings in der letzten Zeit ein bißchen Unfug getrieben worden. Man hat sich bemüht, sie

totzusagen, oder sie wieder lebendig zu machen, man hat schon Sektionen vorgenommen; aber sie können Formeln aussprechen wie sie wollen, sie können hundertmal sagen, die Gesamtpartei ist tot und existiert nicht mehr; indem sie das aussprechen, sagen sie selbst schon, daß die Partei lebt. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und die Notwendigkeit gemeinsamer Funktion aller Proletarier in Österreich ist unausrottbar und ist nicht tot! Ich behaupte, es ist sogar in einem großen Teil des tschechischen Proletariats lebendig, vielleicht eingeschláfert, vielleicht in das Unterbewußtsein gesunken, es kommt zum Teil in Formen zum Ausdruck, die nicht nützlich sind für das Erhalten der Freundschaft, aber die Notwendigkeit und das Bewußtsein, daß wir alle eine proletarische Partei sind und zusammengehören, ist nicht gestorben. Wenn die tschechoslawische Partei ihre Taktik so eingerichtet hat, daß sie mehr und mehr die Funktion der Gesamtpartei unmöglich machte, wenn sie durch ihre Taktik die Gesamtpartei lahmlegte, so werden ihre Vertrauensmänner mit dem tschechischen Proletariat über kurz oder lang in Konflikt kommen. Dabei rechne ich nicht ausschließlich, ja nicht einmal in erster Linie auf die tschechische Sozialdemokratie, die sich jetzt begründet hat und neu entwickelt. Sie wird gewiß auf die größten Hindernisse ihrer Tätigkeit stoßen. In erster Linie rechne ich darauf, daß der Separatismus an den politischen und wirtschaftlichen Tatsachen bankerott werden muß und daß dieser Bankerott dem tschechischen Proletariat zum Bewußtsein kommen wird.

Was können nun wir dazu tun, um diesen Prozeß zu beschleunigen? Sehr wenig, und das wissen die Separatisten. Sie sind stolz darauf, sie höhnen uns und sagen: Kopenhagen hat uns beiden gut angeschlagen; beide können zufrieden sein, ihr habt die Resolution und wir die autonomen Gewerkschaften. Sie höhnen sich aber selbst, sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Wir wissen, eine Organisation zu stören, das ist nicht schwer; eine Organisation zu vernichten, an der blutige Arbeit von Tausenden klebt, ist sehr leicht; eine Ideologie, die in dem Seelenleben der Arbeiter festgelegt ist, zu zerreißen, zu entstellen, das kann gelingen. Aber ob sie mit ihren autonomen Organisationen wirklich so zufrieden sind, das erscheint mir denn doch sehr zweifelhaft. Und wenn die tschechoslawische Partei nicht allein fragt, ob das der Befriedigung ihres Ehrgeizes und ihrer Rechthaberei entspricht, sondern nach dem Erfolg des Separatismus und der Proletarier, auch der tschechischen allein, dann fällt die Bilanz anders aus; denn auf unserer Seite ist die Vernunft, die Arbeit, das Recht, das Interesse des Proletariats aller Nationen. Auf ihrer Seite die Zertrümmerung, die Beeinträchtigung der Möglichkeit des Kampfes des Proletariats.

Aber wir brauchen doch eine Gesamtpartei. Wie sollen wir zu ihr kommen? Wenn wir, wie es verlangt wird — es ist das der einfachste Plan und in einer ganzen Reihe von Artikeln niedergelegt —, wenn wir also, wie man sich kurz ausdrückt, die Konsequenz ziehen und sagen wollten: Die tschechischen Zentra-

listen stimmen mit uns überein in jeder Beziehung, im gewerkschaftlichen Kampfe, in der Auffassung der nationalen Dinge, sie werden als Partei anerkannt, die tschechoslawische Partei hat sich aber vom gemeinsamen internationalen Boden entfernt, die Beschlüsse von Kopenhagen nicht respektiert, darum, das wird in verschiedenen Variationen gesagt, werden die Beziehungen mit ihr abgebrochen, ihr die Anerkennung entzogen oder es wird der Vorschlag an die Weltinternationale gemacht, sie auszuschließen. Ja, wenn ich hoffen könnte, daß man durch Ausschließungen, Abbruch von Beziehungen, zur Gesamtpartei kommt, würde ich mich auch entschließen, diesen Weg zu betreten. Die allgemeine Erfahrung geht aber nicht dahin. Ich habe noch nicht gesehen, daß man zum Zusammenschluß kommt, indem man Beziehungen abbricht. Das ist etwas Neues. Es ist meines Erachtens eine ganz falsche Auffassung, wenn man meint, daß dem Bedürfnis nach dem lebendigen Zusammenhang mit dem tschechischen Proletariat dadurch genützt wird, daß man die große Mehrheit des tschechischen Proletariats vom Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung ausschließt.

Ich weiß, daß ich hier einen schweren Stand habe und daß es viele Genossen gibt, die anderer Meinung sind. Sie meinen es redlich, aber ich glaube, sie irren und verwechseln immer eines: sie verwechseln in zu hohem Grade das Interesse der Partei, den Körper der Partei, die Funktionen der Partei mit dem Interesse des Gesamtproletariats. Ich glaube, wir sollen es uns täglich sagen: auch die Partei und die Gewerkschaft sind nicht Selbstzwecke, sondern bloß Instrumente des proletarischen Kampfes und der proletarischen Organisation. Ich weiß, wieviel ich damit sage und einen wie weiten Kreis ich damit ziehe. Aber ich glaube, wir sind verpflichtet, in Österreich überall alles zu betonen, was geeignet ist, den Zusammenhang zwischen dem Proletariat aufrechtzuerhalten und nichts von unserer Seite zu tun, was dem entgegensteht. Wir können die separatistische Taktik, das separatistische Prinzip, die separatistische Aktion nicht billigen, wir müssen sie verurteilen. Wir können aber nicht ausschalten aus allen unseren Beziehungen das tschechische Proletariat, das zu seinem großen Teil heute als Mittler die tschechoslawische Sozialdemokratie hat, einen schlechten Mittler, aber den einzigen, den es gegenwärtig neben der kleinen zentralistischen Partei gibt. Ich bin von der Richtigkeit unserer Anschauung so durchdrungen, daß ich überzeugt bin, es bleibt nicht jeder Separatist, der es geworden. Ich halte diese Krankheit für schwer, verderblich, aber nicht für incurabel. Ich meine, daß schwere, eingreifende Reformen nötig sein werden; aber ich bin überzeugt, daß nicht wir Deutschen allein den Vorzug haben, den internationalen Gedanken in seiner ganzen Bedeutung und in seinen Konsequenzen aufzufassen, sondern die Entwicklung, die uns dazugeführt hat, wird auch für die anderen dienlich sein und die Tschechen sind nicht die letzten, für die das gilt — auch ihnen wird die Internationalität durch die wirtschaftliche Notwendigkeit eingepaukt werden.

Darum kann ich den Anträgen, die für die Ausschließung irgendeiner Art sind, meine Zustimmung nicht geben. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, das Abbrechen der Beziehungen hat keine so große Wichtigkeit, wie Sie sich vielleicht vorstellen. Beziehungen werden nicht vermittelt durch Ausschließung aus der Gesamtexekutive. Diese funktioniert selbstverständlich in diesen schweren Zeiten nicht sehr häufig. Die Beziehungen werden immer wieder hergestellt, sooft es nötig ist. Wir haben ferner die parlamentarischen Beziehungen, die dadurch gegeben sind, daß der deutsche Klub mit Polen und Italienern in engster Fühlung steht, aber auch mit den tschechischen Sozialdemokraten sich einigen muß, wenn ein Gegenstand, der das reine Arbeiterinteresse in Anspruch nimmt, auf der Tagesordnung steht. Es ist ja selbstverständlich, daß die Natur und Intensität dieser Beziehungen ganz abhängt von dem augenblicklichen Bedürfnis. Aber ich glaube, wir haben keinen Grund, den Faden zu zerschneiden, dessen Existenz immerhin eine Hoffnung und eine Möglichkeit für die Zukunft bietet. Abgeschnitten ist ja sehr bald, wiederhergestellt sehr schwer. Ich meine, wir sollen sehr sorgfältig darauf achten, daß kein Weg, der zum Frieden führt, verlegt werde. Wir sollen ihn nicht verlegen.

Allerdings, im heutigen Zustand kann die Gesamtpartei auf die Dauer nicht fortbestehen. Schon aus einem rein praktischen Grund. Als die Vertreter der tschechischen Sozialdemokratie im Begriff waren, die Partei zu konstituieren, und mir mitgeteilt haben, daß sie in die österreichische Gesamtpartei aufgenommen zu werden wünscht, habe ich gesagt, daß sie die Aufnahme in dem Moment fordert, wo sie die Gesamtpartei durch die Konstituierung auf das schwerste gefährdet hat. Es ist selbstverständlich, daß die Spaltung innerhalb des tschechischen Proletariats eine starke Schwierigkeit für die Gesamtpartei bildet. Nun schlägt man vor, es möge ein Gesamtparteitag einberufen werden. Ich brauche darüber heute nicht viel Worte zu verlieren. Es genügt, wenn ich daran erinnere, daß ein Gesamtparteitag nur einen Zweck hat, wenn er die Aussicht gibt, bestehende Gegensätze zu überbrücken. Daß wir aber zusammentreten sollen und sagen: Wir sind dieser Ansicht, die tschechoslawische Partei der anderen; darum gehen sie fort und wir gehen fort — dazu brauchen wir keinen Gesamtparteitag und wegen der anderen nationalen Organisation ist in dieser Frage ein Gesamtparteitag nicht nötig. Ja, er könnte mit Ausschaltung des größten Teiles des tschechischen Proletariats kaum funktionieren.

Wir schlagen Ihnen einen anderen Weg vor. Gegenwärtig ist der Gesamtparteitag nicht möglich, aber es müssen neue organisatorische Bestimmungen getroffen werden. Die österreichische Gesamtpartei ist nach meiner Überzeugung so wenig tot, daß sie vielmehr eine große Zukunft von sich hat. Ich weiß nur nicht, wann diese Zukunft anfangen wird. (Heiterkeit.) Das ist die Schwierigkeit. Wir meinen, daß wir alles tun sollten, Vorkehrungen zu treffen, um diese Neuaufrichtung zu beschleunigen und zu ermöglichen. Darum wollen wir die Parteivertretung beauftragen, die Exeku-

tiven aller Parteien einzuberufen in dem Moment, wo ein Einverständnis möglich ist.

Parteigenossen! Wenn ich nunmehr hier einiges über diesen Gegenstand gesagt habe — lange genug werden Sie denken —, so habe ich ihn natürlich in keiner Weise erschöpft. Aber ich möchte einen Punkt immer wieder hervorheben: Gehen wir nicht hinweg über die Tatsache, von der unsere ganze Politik, unsere Taktik beherrscht werden muß; glauben Sie nicht, mit der Festlegung allgemeiner Sätze irgend etwas in der Welt geändert zu haben. Machen Sie praktische Politik in dem Sinne, daß wir nichts beschließen, was nicht durchzusetzen, was wir werktätig zu unterstützen nicht die Kraft und Möglichkeit haben. Wir haben die Möglichkeit, gegen den Separatismus auf dem Boden der Gewerkschaften einen Widerstand nicht nur zu leisten, sondern durch die Partei zu unterstützen, heute mehr als früher. Das darum, weil jede Hoffnung abgeschnitten ist, durch Neutralität und Enthaltung den Streit zu beenden. Wir können unbesorgt sein, weil die Empfindung für die Notwendigkeit der internationalen Idee in der gewerkschaftlichen und in der politischen Organisation bei den deutschen Arbeitern so wach bleibt, wie es war, und wir können wünschen, daß der internationale Sinn bei dem tschechischen Arbeiter, der unter dem Einfluß des Separatisten steht, nicht ganz aussterbe. Wir können und wollen vor allem dafür sorgen, daß wir als deutsche Sozialdemokraten, deren Parteitag hier stattfindet und dessen Sorge unsere eigene Organisation ist — wir können und wollen gerade in diesen schweren Zeiten unsere Organisation kräftigen und stärken, ausbauen und funktionsfähig machen wie nur möglich und alles redlich tun, daß die Gesamtpartei, die nicht allein unser Bedürfnis ist — wenn es einen Grad gibt für die Erkenntnis der Notwendigkeit für die internationale Organisation, sind wir die ersten — diese Gesamtpartei wieder aufgebaut werde.

Dieser Teil unserer Arbeit wird allerdings der schwerste sein. Aber auf diesem Gebiet werden wir immer Geduld haben müssen, und die Geduld ist nebst der Tapferkeit die schönste sozialdemokratische Tugend. Wir werden Geduld haben müssen, aber ich bin überzeugt, wir werden dazukommen. Ich habe es schon zum Überdruß wiederholt, und noch einmal sage ich es, auch das tschechische Proletariat kann auf die Dauer den Separatismus nicht ertragen, es wird sich von ihm befreien müssen und wird bei uns offene Türen finden.

Ich lege nun eine Resolution vor, die zusammenfassen soll, wie der Parteitag sich zu dieser Frage zu stellen hat. Die Resolution lautet:

Die internationale Geschlossenheit der sozialdemokratischen Gesamtpartei Österreichs hat sich in den schwersten Kämpfen gegen den gemeinsamen Gegner der Arbeiterklasse glänzend bewährt und hat die Sozialdemokratie von Erfolg zu Erfolg geführt; sie war und ist die stärkste und unentbehrlichste Waffe gegen die Verlockungen sowohl wie gegen die Bedrohungen durch die bürgerliche nationalistische Demagogie;

sie ist der selbständigen Entwicklung der national gegliederten proletarischen Parteien niemals und nirgends ein Hemmnis gewesen, vielmehr hat sie immer und überall ihren Aktionen Kraft und Zusammenhang, Nachdruck und Würde gegeben.

Diese internationale Geschlossenheit der Sozialdemokratie in Österreich ist nun in beklagenswerter Weise schwer gefährdet. Indem die tschechoslowakische Sozialdemokratie den gewerkschaftlichen Separatismus im Gegensatz zu der deutlich ausgesprochenen Überzeugung der Vertrauensmänner der gesamten Weltinternationale als prinzipielle Richtschnur ihrer Parteipolitik und als Grundlage ihrer Parteiorganisation proklamierte, hat sie sich mit der schweren Verantwortung dafür belastet, daß die gewerkschaftliche Organisation und damit die wirtschaftliche Kampffähigkeit des Proletariats aller Nationen in Österreich, nicht zum mindesten die des tschechischen Proletariats selbst, empfindlich geschwächt wurden, daß das Bewußtsein der internationalen Interessengemeinschaft und Solidarität der Arbeiterschaft in Österreich getrübt und gestört, ja die Gefahr der Einschleppung nationalistischer Feindseligkeiten in proletarische Organisationen heraufbeschworen wurde, sowie daß schließlich vor allem das internationale Einvernehmen sowie die Geschlossenheit der Aktion der österreichischen Gesamtpartei in bedenklicher Weise beeinträchtigt wurden.

Ansichts dieser Tatsachen erklärt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Wir wissen uns eins mit der gesamten Internationale, deren einstimmigem Votum die tschechoslowakische Partei beklagenswerterweise demonstrative Mißachtung entgegengesetzt hat; wir wissen uns eins mit allen anderen der österreichischen Gesamtpartei angehörenden nationalen Parteien, die von diesen Ereignissen nicht minder schwer berührt werden als das deutsche Proletariat, wenn wir den Separatismus, als der internationalen Grundanschauung der Sozialdemokratie widersprechend, prinzipiell ablehnen.

Wir stützen uns auf traurigste Erfahrungen in letzter Zeit und am eigenen Leib des Proletariats aller Zungen in Österreich, wenn wir den gewerkschaftlichen Separatismus und die durch ihn bewirkte Zerschlagung der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen für praktisch verderblich erklären.

Wir sind der Überzeugung, daß der täglich deutlicher und mächtiger werdende internationale Zusammenschluß des Unternehmertums zwingender denn je die international geschlossene Zentralisation unserer Gewerkschaftsorganisation zur ersten Bedingung erfolgreichen gewerkschaftlichen Kampfes macht, deren Preisgabe die Lebenshaltung des organisierten Proletariats schwer gefährden muß.

Der Separatismus widerspricht also nicht nur dem Grundgedanken der sozialistischen Internationale, er ist auch eine ernste Gefährdung unseres politischen und gewerkschaftlichen Kampfes.

Die deutsche Sozialdemokratie muß die Verantwortung für diese Erscheinungen der tschechoslowakischen Sozialdemokratie überlassen; um so mehr hat sie die Pflicht, ihren eigenen Boden, ihre eigene politische Entwicklung und Aktion vor den Folgen des separatistischen Irrweges zu schützen.

Der Parteitag billigt es darum, daß sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament als selbständiger Klub konstituiert haben, und erwartet, daß sie nach wie vor in möglichst enger Fühlung mit den sozialdemokratischen Abgeordneten der anderen Nationen echt proletarische Politik im Parlament machen werden.

Der Parteitag billigt es, daß sich die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten niemals den demagogischen Bedürfnissen und dem Gebot der deutschbürgerlichen Nationalisten, aber ebensowenig der tschechisch-bürgerlichen Nationalisten gebeugt haben, und er erwartet, daß der deutsche sozialdemokratische Klub nach wie vor das Recht und die Interessen des deutschen Proletariats zu vertreten sowie dem Gebot der internationalen Vernunft zu folgen wissen werde.

Die deutsche Sozialdemokratie wird alles, was in ihrer Macht steht, tun, um den traurigen Zustand zu beseitigen, der durch den tschechoslawischen Separatismus herbeigeführt wurde, zunächst aber seine verhängnisvollen Folgen möglichst einzuschränken suchen. Die Partei wird darum die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen in dem ihnen aufgezungenen Abwehrkampf gegen die separatistische Zerschlagungstaktik mit ihrem ganzen Einfluß und aller Energie unterstützen.

Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteinheit die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen zu sein glaubten, sich zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen. So sehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale unbeirrt treu geblieben ist, und erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich“ als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß er ihren Anspruch, in die Gesamtpartei als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.

Der Parteitag wünscht dringend, die Hoffnung möge nicht vergebens sein, daß auch in der Masse der tschechoslawischen Partei das Bewußtsein wieder erwachen werde, daß die Rückkehr zu ihrer ruhmvollen internationalen Tradition das wichtigste Gebot der Selbsterhaltung für das tschechische Proletariat und eine Grundbedingung des Klassenkampfes für das Proletariat aller Zungen in Österreich ist.

Diese Entwicklung zu beschleunigen und den Weg zum Frieden in zäher Geduld offenzuhalten, ist die unverbrüchliche Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

Da gegenwärtig die Einberufung eines Gesamtparteitages kaum möglich und sicher nicht erfolgreich wäre, beschließt der Parteitag, die Parteivertretung zu beauftragen, zu der ihr geeignet erscheinenden Zeit die Initiative zur Einberufung einer außerordentlichen Reichskonferenz der Exekutiven aller sozialdemokratischen Parteien in Österreich zu ergreifen, der es obliegen soll, die internationale Organisation der sozialdemokratischen Gesamtpartei wieder aufzurichten und den gegenwärtig gegebenen politischen Bedingungen anzupassen.

Das ist die Resolution, von der ich glaube, daß sie ausspricht, was wir sagen können, sagen müssen über das, was im Interesse des deutschen Proletariats geschehen muß.

Der Gegenstand, den wir behandeln, ist gewiß nicht geeignet, uns zu erheben, uns stolz zu machen, es ist traurig, daß wir solche Schwierigkeiten zu beseitigen haben. Aber Genossen, noch einmal lassen Sie sich sagen: Mit diesen Schwierigkeiten müssen wir in

Österreich rechnen, und wer sich der schweren Arbeit nicht unterziehen wollte, der müßte auswandern. Wir täten es ja alle ganz gern. (Heiterkeit.) Lassen Sie mich noch einmal sagen: Beschließen Sie nur, was den Tatsachen entspricht, und glauben Sie nicht, daß sich die Entwicklung der Partei vollzieht durch Formeln und Schablonen. Nur das kann als wirkliches Resultat nach Hause gebracht werden, was aus der Wirklichkeit hervorgegangen ist. Die Wirklichkeit in Österreich ist aber der Bestand und der Gegensatz der Nationen, der bis in das Proletariat hinein fühlbar ist. Es sollte kein Gegensatz innerhalb dieses Proletariats sein; aber er besteht — und Tatsache ist das Bedürfnis der Partei, auf politischem Gebiet Selbstständigkeit der Organisation bis zu einem sehr hohen Grad zu besitzen. Je notwendiger der Zentralismus auf gewerkschaftlichem Gebiet ist, je zäher er da mit aller Schärfe festgehalten werden muß, um so mehr möglich und notwendig ist es, auf dem politischen Gebiet autonomistischer Gestaltung Platz zu lassen. Wer glaubt, heute in der Gestaltung unserer Parteiorganisation hinter das Jahr 1896 und den Wimberger-Parteitag gehen zu können, würde uns nichts anderes auferlegen, als denselben schweren Weg noch einmal von Anfang an durchzumachen. Nicht willkürlich sind die Gestaltungen unserer Partei geworden; sie sind erarbeitet in beständiger Anpassung an die Dinge. Nicht immer mit Erfolg. Wir haben auf den ersten Griff nicht immer das Richtige gefunden und nicht immer sofort die Hindernisse übertaucht. Sicher ist, daß der einzige Weg trotz allem der ist: Nationale Selbstständigkeit für alle, auch für uns! Internationale Geschlossenheit, internationale sozialdemokratische Überzeugung! (Stürmischer Beifall.)

Bericht der Kommission*).

Die Debatte, die wir über diesen Punkt gestern geführt haben, hat die Frage nach den verschiedenen Richtungen so ernst, so gründlich, ja, ich darf wohl sagen: so tiefgreifend behandelt, daß es mir ebenso schwer wie überflüssig erschiene, wenn ich noch einmal tief eingriffe und breit darlegte, um was es sich handelt, wenn ich noch einmal die ganze Frage vor Ihnen auseinandersetzte. Außerdem ist die Zeit des Parteitages heute schon sehr kostbar und darum habe ich den besten Vorsatz, mich so kurz als möglich zu fassen. (Heiterkeit.) Nachdem ich diese Sie hoffentlich beruhigende Erklärung abgegeben habe, gestatten Sie, daß ich vorgreife und das, was sonst am Schluß geschieht, jetzt schon sage: daß ich sofort erkläre, die Debatte hier im Plenum, die Auseinandersetzung in der Kommission haben dazu geführt, daß der Ihnen von der Parteivertretung vorgelegte Antrag von der Kommission im großen

*) Nach einer ausführlichen Debatte wurde eine Kommission zur Prüfung der zu diesem Punkt eingebrachten Anträge eingesetzt. In ihrem Namen erstattete Adler am nächsten Tag — am 2. November — den Bericht.

und ganzen angenommen und nur in einzelnen Punkten abgeändert wurde.

Selbstverständlich — und es war kaum anders zu erwarten — haben die Delegierten sowohl das Vorgehen der Parteivertretung als auch den vorgelegten Antrag mit größerer oder geringerer Heftigkeit von allen Seiten kritisiert und bekämpft. Zunächst will ich mich mit dem Vorgehen der Parteivertretung einige Momente beschäftigen. Es ist wahr, daß die Verbitterung — ich will von der Erbitterung gar nicht sprechen — in uns allen einen hohen Grad erreicht hat, und es ist auch begreiflich, wenn man sehen hat müssen, daß die schwierige, aufopfernde Arbeit von vielen Jahren, daß die besten Absichten auf unserer Seite schließlich nur dazu geführt haben, daß unsere Absichten verkannt und, ich darf wohl sagen, wahrheitswidrig entstellt und das Ergebnis unserer Arbeit schwer gefährdet wurde. Und so ist es durchaus begreiflich, wenn die Selbstbeherrschung, die Sie alle trotz Verbitterung und Erbitterung diesen ganzen Prozeß hindurch geübt haben und die ein Stolz der deutschen Sozialdemokratie ist, geschwunden ist, zu schwinden droht, und daß sich die Gefühle endlich hier Luft machen, wo zum erstenmal vor der Öffentlichkeit und unter uns selbst von der Sache gesprochen wird.

Es ist begreiflich und wäre gar nicht merkwürdig, wenn man hier zum Gegenstand der Erörterung nicht nur das Prinzip des Separatismus gemacht hätte, sondern auch die Taktik und die Methoden, die in einzelnen Punkten durchaus weit hinausgehen über eine prinzipielle Erörterung und die an einzelnen Stellen hart an das streifen, was man gewissenlose Demagogie und Rücksichtslosigkeit gegen die wichtigsten wirtschaftlichen Interessen des Proletariats und seine heiligsten Überzeugungen nennen muß, wenn auch hier eine Explosion auf diesem Gebiet erfolgt wäre.

Ich gestehe, daß es auch mir nicht immer leicht war, Zurückhaltung zu bewahren. Gegen persönliche Insulten sind wir wohl alle — und ich darf wohl sagen, auch ich — vollständig immun: die sind ganz gleichgültig. Aber was uns immer erregt hat und erregen muß, ist nicht, daß wir lesen müssen, wie die deutsche Sozialdemokratie verdächtigt und verleumdet wird, uns schadet es nicht, unser Selbstbewußtsein wird dadurch nicht gemindert und unsere Ehre wird durch Ausschreitungen anderer nicht tangiert. Was uns kränkt, erbittert und erregt, das ist, daß diese Dinge Zehntausende tschechischer Arbeiter lesen, denen keine andere Quelle der Erkenntnis zur Verfügung steht, und daß in ihnen ein ganz anderes Bild erzeugt wird über uns, über die deutschen Sozialdemokraten, über die Internationale. Ich will nur eines herausgreifen. Alle Dinge, die seit zwei Jahren geschrieben und verbreitet wurden, haben mich nicht so sehr getroffen, als was ich vor zwei Tagen im Wiener Separatistenblatt lesen mußte. Die Insulte — daß sie mich betroffen, spielt keine Rolle — daß wir deutschen Sozialdemokraten in Österreich und ich als der Redner auf dem Parteitag der reichsdeutschen Sozialdemo-

kratie in Jena, daß wir tschechische Schulforderungen ablehnen. Erste Unwahrheit; aber die lassen wir passieren. Aber zweitens, daß wir sie darum ablehnen, weil wir die geistige Entwicklung des tschechischen Proletariats und die geistige Entwicklung der einzelnen tschechischen Arbeiter nicht wünschen und wollen (Ausrufe des Erstaunens), weil wir ihre Konkurrenz fürchten. (Neuerliche Ausrufe der Entrüstung.) Ich hebe dieses Beispiel heraus, nicht um Sie jetzt zu erbittern und aufzuregen, sondern nur um zu zeigen, mit welcher Art von Diskussionen wir es zu tun haben. Wir haben es zu tun mit einer ausgebreiteten, auf das äußere Ansehen nicht bedachten, rücksichtslosen Brunnenvergiftung der Quellen, von denen wir alle leben müssen: des Vertrauens der Proletarier aller Nationen, des gegenseitigen guten Willens und des Bewußtseins ihrer Notwendigkeit, und der Liebe, die wir füreinander haben.

Nicht ein einzigesmal ist in der ganzen, ich möchte sagen, deutschen Abwehrliteratur eine Verdächtigung dieser Art laut geworden, nicht ein Wort der Beschimpfung ist hier auf diesem Parteitag gehört worden. Im Gegenteil: alle unsere Bestrebungen, das zeigt die Debatte, waren darauf gerichtet, zwischen dem falschen, irreführenden Weg, den die tschechische Sozialdemokratie eingeschlagen hat, der sie ebenso schädigt, wie uns, zwischen diesem Weg und dem tschechischen Proletariat selbst zu unterscheiden, mit dem wir heute wie je verknüpft sind durch die Gesamtheit der Interessen, durch das Bewußtsein der Solidarität, das unauslöschbar ist.

Unter diesen Umständen darf ich mir wohl erlauben, zu sagen, daß wir alle stolz sein können auf die Art, wie unsere Diskussion geführt wurde. Auch ich gestatte mir im Namen des ganzen Parteitages, Ihnen allen für das hohe Niveau der Diskussion zu danken. Unser Weg ist eben nicht der der Separatisten und das ist der Fluch des Separatismus, daß er fortzeugend immer nur Separatismus, Trennung gebären kann, und das ist gerade der Segen der internationalen Gesinnung, ihr Segen und ihre Kraft, daß sie immer zusammenfassen will, muß und wird und niemals verzweifelt, weil die Irrtümer und Sünden der einzelnen nicht so wichtig erscheinen als die Kräfte, die zu den Tatsachen führen und darum immer wieder zur Internationalität.

Die Debatte hat sich zunächst gegen die Parteivertretung, den Referenten und die Resolution gewendet. Die sind ja auch dazu da, daß sie angeschossen werden. (Heiterkeit.) Man hat aber mitunter — nicht etwa über das übliche Maß hinaus, wohl aber über das Maß, das den Tatsachen vielleicht nicht entspricht, hinaus — übertrieben. Von mehreren Seiten, eigentlich von allen, die auf dem Standpunkt der Resolution stehen und dafür stimmen werden, wurden aber Ausstellungen gemacht. Man hat gesagt, die Resolution ist nicht gekocht und nicht gebraten, anderen war sie zu kurz, wieder andere haben gefunden, daß sie zu lang ist, haben aber Zusatzanträge gestellt, wodurch sie an Kürze nicht wesentlich gewonnen hätte (Heiterkeit) und man hat sie natürlich diplomatisch

genannt. Diesen Größenvorwurf bin ich schon gewohnt. (Heiterkeit.) Wenn man irgendwo Vernunft entdeckt, der man sich nicht gern fügt, versucht man, sie herabzusetzen, indem man sie diplomatisch nennt. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube, es ist das ein ganz unberechtigtes Kompliment für die Diplomaten. (Erneuerte Heiterkeit.)

Man sagt, die Parteivertretung hat den Separatismus nicht abgewehrt, nicht einmal prinzipiell abgelehnt. Vergessen Sie aber nicht, daß zwischen dem Beginn des Separatismus und heute der Kopenhagener Kongreß liegt, daß wir, die offizielle Partei, vor, in und nach Kopenhagen und auch die Presse mit aller Deutlichkeit unsere internationalen Grundsätze und unsere zentralistische Gewerkschaftspraxis gegen die Separatisten vertreten haben. Daß wir damit auf die Tschechen nicht mit Erfolg eingewirkt haben, ist nicht unser Fehler, sondern der der Tschechen. Niemand kann von uns verlangen, daß wir die Psychologie der Separatisten ändern, die uns unverblümt in Wort und Schrift mitteilen, daß es eine falsche Taktik sei, zu sagen, der Separatismus sei verwerflich. Dadurch, so sagen sie, werden die Tschechen immer mehr hineingetrieben. Sie, Genossen, meinen, wir haben uns zu wenig gewehrt, die Separatisten sind anderer Meinung. Sie können zwar glauben, daß unsere Methode nicht genug scharf und nicht in jedem Punkte richtig ist. Wenn Sie sich aber jeder einzelne in die Lage der Männer versetzen, die die Verantwortung zu tragen übernommen haben, oder wenn Sie selbst unter dieser Verantwortung entscheiden müßten, bin ich überzeugt, daß Sie selbst, jeder einzelne von Ihnen, zu jener Zurückhaltung gekommen wären, die wir bewahrt haben. Ich finde also diese Kritik begreiflich, aber ich meine, sie ist nicht berechtigt in ihren Schlußfolgerungen. Freilich sind wir alle der Belehrung zugänglich. Wenn der Reichenberger Delegierte gesagt hat, daß diese Resolution nichts Neues enthält, daß sie aber ein Resultat von Erziehungsarbeit ist, so will ich es gern anerkennen. Wir sind der Belehrung nicht unzugänglich. Wenn nun auch gesagt wird, daß die Erleuchtung wesentlich von Reichenberg gekommen sei, bin ich auch sehr empfänglich dafür (Heiterkeit) und will mit Dank jeden Zuwachs meiner Erkenntnis quittieren. (Heiterkeit.) Mir scheint es aber nicht so. Denn die Resolution ist nicht eigentlich ein Erzeugnis Reichenberger Prinzipiengeistes. Die Resolution ist in allen ihren Teilen das Produkt einer sorgfältigen Abwägung erstens dessen, was unsere Überzeugung ist, zweitens dessen, wie jedes Wort, das wir sprechen, auf die eigene Partei und nach außen wirkt.

In den Anträgen sind einige Richtungen wahrzunehmen. Man kann die vielen Anträge in Gruppen zusammenfassen. Bevor ich das tue, muß ich mich ganz kurz mit den Tendenzen — das Wort ist heute sehr beliebt, auch eine internationale Errungenschaft — beschäftigen, die hier zum Ausdruck gekommen sind. Insbesondere eine Tendenz, eine Richtung ist es, die hier ein gewisses Aufsehen gemacht hat, weil sie in dieser Klarheit auf unseren Parteitag noch nicht zum Ausdruck gekommen ist. Genosse Leuthner hat das nationale Problem in der ihm eigentümlichen, höchst geistvollen

Weise und mit der ihm eigentümlichen Leidenschaft behandelt. Leuthner ist ein Realpolitiker, das heißt, er meint es zu sein. Leuthner ist fortwährend auf der Jagd nach Attrappen, wie er uns hier gesagt hat. Und — das ist eine sehr verdienstvolle Sache, die er, fast möchte ich sagen, zu seiner Spezialität gemacht hat — er prüft mit seiner Ideologie, die wir hochhalten, bis zu einem Grade der Kritik, die an Skeptizismus hart streift. Ich habe nichts gegen die Realpolitik, und wenn es mir sehr gut geht und ich einen Anfall von Größenwahn und Selbstüberschätzung habe, halte ich mich selbst für einen Realpolitiker. Aber das geschieht doch nur in dem Moment, wo ich mir bewußt bin, daß ich alle Realitäten, die in Betracht kommen, auch betrachte. Ein Realpolitiker, der nur eine Tatsache sieht, die andere aber nicht, ein Realpolitiker, der uns vor der Suggestion der Überschätzung der internationalen Solidarität warnen will, ihr selbst aber noch unterliegt, nicht etwa subjektiv, aber objektiv, ein Realpolitiker, der zwar das ganze Milieu des tschechischen Nationalismus, in dem die ganze Nation vom Anbeginn aufwächst, in den grellsten Farben darstellt — der aber keinen Blick hat für das andere, weil es ihn sonst auf der Bahn seiner Realitäten stören würde, wer nur diese Dinge sieht und gar nichts sieht vom Klassenkampf, der ist meines Erachtens ein mangelhafter Realpolitiker. Das ist aber das, was uns Genosse Leuthner im Wesen höchst geistreich hier vorgetragen hat. Nun haben wir auf der anderen Seite eine Auffassung vernommen, die wohl durch eine Welt davon getrennt ist, die Auffassung meines Freundes Ludo Hartmann, der Ihnen sagt: „Ja, ihr habt recht“, obwohl ihm die Resolution viel zu diplomatisch ist; er richtet das Augenmerk auf die Tatsache der Völkerverschiebung, in deren Mitte wir in Österreich stehen, und er meint, es wäre unsere Verpflichtung, in dieser Resolution gewissermaßen einen Protest auszusprechen gegen das, was er Eroberungstendenzen der tschechischen Nation nennt. Parteigenossen, ich hätte gar nichts dagegen, uns überhaupt auszusprechen gegen Eroberungstendenzen auf der einen Seite und gegen Herrschaftstendenzen auf der anderen Seite. Aber das ist nicht der Gegenstand unserer Erörterung, und wenn wir diesen Gegenstand hier überhaupt behandeln wollten, dann müßten wir den Tatsachen, die der Völkerverschiebung zugrunde liegen, näher treten, sie hier erörtern, ihre Ursachen prüfen und wir würden auch hier auf wirtschaftliche Ursachen stoßen, die sich nicht mit einfachen Protesten abtun lassen, nicht mit einfachen Charakteristiken, wie die ist: Eroberungstendenz. Im großen und ganzen sind ja die Ziele der Tschechen, Slowenen, Italiener, Polen und Mazedonier, die immer in unser Land gehen und aus deren Wanderbewegung sich dann politische Wirkungen ergeben, nicht gerade Eroberungszüge. Wir müßten also, wenn wir dieses Gebiet betreten, eine neue, sehr tiefgreifende Debatte führen und müßten sehr sorgfältig vorgehen. Denn sowenig wir dem separatistischen Glauben und Aberglauben und dem tschechischen Nationalismus zustimmen können, der in der Tatsache, daß ein von tschechischen

Eltern geborenes Kind im Verlauf seiner Entwicklung ein deutsches werden kann, nicht nur ein Unglück, sondern ein Unrecht sieht, gegen welches wir als Deutsche verpflichtet wären, mit der ganzen Macht unserer Partei und mit unserem ganzen Einfluß prinzipiell und praktisch einzutreten; so sehr wir das immer abgelehnt haben, sowenig aber wollen wir irgendwie das aufgeben, was wir stets als unser Prinzip anerkannt haben, daß, wo ein wirkliches Bedürfnis tschechischer Proletarier vorliegt, als Minorität den ihnen gebührenden Schutz zu bekommen, dieses Bedürfnis erfüllt werden muß. Wir sind nicht gewillt, es als deutsche Kulturforderung anzusehen, daß ihnen dieser Schutz und die Erfüllung ihrer Bedürfnisse abgeschlagen werde. Wir müssen hier also von beiden Seiten abgrenzen, und da wir hier sehr tief greifen müssen, um klar und unmißverständlich auch für unsere Genossen zu sprechen, haben wir es vorgezogen, die Anträge, die Genosse Hartmann*) eingebracht hat, nicht notdürftig zu ändern und zu appetieren, sondern sie zunächst zurückzustellen.

In diesem Zusammenhang muß ich mich mit dem Antrag des Genossen Hueber beschäftigen. Er hat hier eine äußerst bemerkenswerte Rede gehalten, deren wesentlicher Inhalt ist: „Die Frage ist in den Gewerkschaften etwas schwer zu lösen. Wir haben ja auch nationalpolitische Fragen, die zwischen uns liegen. Wie wäre es denn, wenn wir uns erst nationalpolitische Klarheit und Frieden schaffen, dann werden wir Gewerkschafter leichter arbeiten können.“ So stellt sich das nach außen dar. Ich muß schon sagen, ich bin nicht der Ansicht, daß von den Problemen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben, Separatismus auf der einen und Verarbeitung eines nationalpolitischen Gesamtprogramms auf der anderen Seite, das Problem, internationale Gewerkschaften herzustellen, das bedeutend einfachere wäre. Aber dieses Problem ist wenigstens vom Proletariat selbst zu bewältigen, während das

*) Dr. Ludo Hartmann beantragte unter anderem, nach dem dritten Absatz einzufügen:

Wir erkennen jedem Volksstamm das selbstverständliche Recht zu, für seine kulturellen Bedürfnisse zu kämpfen und haben es unsererseits von jeher für unsere Pflicht gehalten, die Kultur des deutschen Volkes zu vertiefen und zu erweitern.

Aber wir können Eroberungstendenzen, die sich gegen einen fremden Volksstamm richten, nur auf das energischste verurteilen.

Hueber beantragte, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Schutz der nationalen Minderheiten zu stellen.

Ludo Hartmann, der Sohn des Dichters und demokratischen Mitgliedes der deutschen Nationalversammlung im Jahre 1848 Moritz Hartmann, Privatdozent an der Wiener Universität (da er trotz einstimmigen Vorschlages der Fakultät wegen seiner Konfessionslosigkeit nicht zum Professor ernannt wurde), Verfasser unter anderem der „Geschichte Italiens im Mittelalter“, Herausgeber der bekannten „Weltgeschichte“, nach dem Krieg zum Professor ernannt, dann Bundesrat und Gesandter der Republik Österreich in Berlin, seither gestorben. Auf dem Parteitag vertrat er den Bezirk Wien VIII.

nationalpolitische Programm nach meiner Meinung vom Proletariat allein nicht bewältigt werden kann. Ich bin mit Genossen Hueber vollständig einverstanden, daß es unsere Pflicht, unser Interesse und unsere Notwendigkeit ist, daß wir unser nationalpolitisches Programm durcharbeiten und daß wir uns in einer oder der anderen Form auf dem nächsten Parteitag damit beschäftigen. Hueber hat beantragt, man soll den Schutz der Minoritäten auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages stellen. Die Kommission meint, daß, wenn dieser Gegenstand überhaupt erörtert wird, er sich wohl nicht auf die Frage vom Schutz der Minoritäten wird einschränken lassen, sondern daß auch die anderen nationalpolitischen Fragen im Zusammenhang damit werden erörtert werden müssen. Sie schlägt also vor, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen und ihr zu überlassen, in welchem Umfang die Frage auf dem nächsten Parteitag erörtert werden soll.

Sie dürfen nicht vergessen: diese nationalpolitischen Fragen können nicht dadurch allein gelöst werden, daß wir sie konsequent bis ans Ende durchdenken. Wenn wir dessen fähig wären, daß wir ein innerlich geschlossenes, systematisches Programm darüber aufstellen, und wenn es ein Wunder an Zweckmäßigkeit, ein Wunder überdies an Gerechtigkeit, was noch viel schwerer, wäre, wenn all das erfüllt wäre, so würden wir dann noch nicht unser Ziel erreichen. Denn in nationalpolitischen Fragen handelt es sich darum, daß auch die anderen damit einverstanden sind, und da meine ich nicht allein das tschechische Proletariat, sondern auch die tschechische Sozialdemokratie, obwohl auch das schon ein ganz schweres Stück Arbeit wäre. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten noch in dem Zustand der ungetrübten internationalen Vernunft wären, wie vor vier oder fünf Jahren, wovon man heute beim separatistischen Geisteszustand nicht sprechen kann, auch dann wäre es ungeheuer schwer, und zwar darum, weil diese Auseinandersetzung gar nicht anders zustande kommen kann als durch ein Kompromiß. Und da ist das Vernünftige das, was schließlich von beiden Seiten akzeptiert wird. Das ist die Probe auf die Vernunft, daß es akzeptiert werden kann und daß es akzeptiert wird. Das aber können die Vertreter des deutschen Proletariats nicht bewerkstelligen.

Ich kann an dieser Stelle aber nicht umhin, auf einen grundlegenden Unterschied zwischen unserer Auffassung dieser nationalpolitischen Fragen und der Auffassung der tschechischen Separatisten, der tschechischen Sozialdemokraten, und wenn auch nicht immer ganz bewußt auch einiger deutschen Genossen aufmerksam zu machen, einen Unterschied in der Auffassung, der zwar nicht prinzipiell, aber taktisch und praktisch für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit ungeheuer wesentlich ist. Es ist nicht neu, was ich sagen werde, es ist wiederholt und auch von Genossen Bauer gesagt worden, wie ja alles Gescheite in nationalpolitischen Dingen meist schon von Bauer gesagt wurde, womit ich aber nicht sagen will, daß alles, was er gesagt hat, vernünftig ist.

(Heiterkeit.) Wir deutschen Sozialdemokraten haben vor allem ein großes Interesse am Frieden, an der Ruhe für unsere ungestörte Parteitätigkeit, für unsere ungestörte Klassenarbeit, politisch und gewerkschaftlich. Diesem Interesse haben wir wiederholt Opfer, und nicht unbeträchtliche Opfer gebracht. Bei den Tschechen überhaupt, auch bei den tschechischen Genossen ist dieses Bedürfnis nach Ruhe auf nationalpolitischem Gebiet, sagen wir, nicht ganz so ausgebildet. Im Gegenteil. Jeder nationalpolitische Kampf und die Beteiligung an ihm bildet ein sehr wichtiges Element auch ihrer Parteibetätigung. Während wir auf dem Standpunkt stehen — und zugeben auch leichter stehen können als sie —, daß jedes Hereinbrechen nationalistischer Gefechte und nationalpolitischen Streites, auch wenn er mehr oder minder berechtigt und mehr oder minder erheblich ist, ein Unglück ist für uns und für unsere ganze Betätigung, erblicken unsere tschechischen Genossen — und das drückt sich bis zur Karikatur, bis zum durchaus nicht mehr sozialdemokratischen Exzeß in der separatistischen Literatur der letzten Zeit aus — darin eine wichtige Form der Betätigung und eine Gelegenheit zur Konkurrenz mit ihren Klassengegnern. Diese beiden ganz entgegengesetzten Standpunkte — und ich will zugeben, auch der Interessen, die wir haben — machen es sehr schwer, zu einem gemeinsamen, in allen Teilen bis ins einzelne gehenden Programm zu kommen. Aber das will ich dem Genossen Hueber und den anderen Genossen, die davon gesprochen haben, unbedingt zugeben, daß wir die Verpflichtung haben, an dem, was wir im Brünner Nationalitätenprogramm als einen Rahmen niedergelegt haben, weiterzubauen, daß wir uns damit zu beschäftigen haben, zur vollsten Klarheit zu kommen.

Da kommen wir freilich immer in die Gefahr, mit den Geschäften, die wir nicht nur von außen, sondern auch von innen gewöhnt werden, die Geschäfte des österreichischen Staates zu besorgen. Wir haben dieses gemeinsame Interesse mit dem österreichischen Staat, wir haben auch an diesem Staate ein Interesse. Es ist traurig, daß es so ist, aber es ist so. Ich weiß, daß ich da mit sehr vielen Genossen in sehr starkem Widerspruch stehe. Es ist traurig, daß es gerade dieser Staat ist, an dem wir ein nie befriedigtes Interesse haben. Den Jammer dieses Staates empfindet niemand mehr und, ich möchte sagen, niemand grimmiger als ich. Aber trotzdem muß ich wiederholen, da es unsere wohlbegründete Anschauung ist, daß das Proletariat sich entwickelt in der wirtschaftlichen Entwicklung, daß unser Zuwachs an Macht und Kraft des Proletariats abhängt von dieser wirtschaftlichen Entwicklung. Sie kann nie von uns vergessen werden, weil wir jeden Tag daran erinnert werden, daß eines der unentbehrlichsten Instrumente der wirtschaftlichen Entwicklung ein Staat ist, und daß wir darunter leiden, daß die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ein so elendes Instrument zur Verfügung hat, wie es leider der österreichische Staat ist. Nicht für diesen Staat rackern wir, wenn wir im Parlament, wenn wir draußen immer an diesem Staate zu bessern suchen.

Es ist auch heute nicht gleich, wenn wir sagen, wir haben das Wahlrecht gebraucht, wir brauchen das Parlament, weil es Österreich braucht. Nein, es ist eine bittere Wahrheit, dieses elende Instrument ist eben das einzige, das wir zur Verfügung haben. Wir leiden alle schmerzlich darunter, daß es so schlecht, so schwach, so unzweckmäßig ist und so feige. Wir können auch an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß wir eben zusammenleben, und wir werden darum immer den Tadel oder wenigstens das Kopfschütteln auswärtiger Parteigenossen erregen, die nur die großen Ziele unserer Existenz überblicken oder weniger die augenblicklichen sehen, wenn wir so viel konstruktive Politik machen müssen. Wir sind viel weniger destruktiv als unsere nationalistischen Parteien. Wir müssen, weil es ein Gebot unserer Lebenserhaltung, ein Gebot für das Proletariat ist, alles tun, um den Boden zu konstruieren, bis jene Katastrophen kommen, die uns schon so lange vorhergesagt werden, auf die aber, so erwünscht sie ja wären — ich weiß nicht, wie sie ausfallen, sie können auch gut ausfallen (Heiterkeit) — uns vorzubereiten keinen Zweck und Sinn hat als so, daß wir bis dahin auf der Welt sind, kräftig, unangegriffen und befreit von der österreichischen Fäulnis, kampffähig.

Wenn wir das wollen, dann müssen wir auch das Instrument dieses Aufstieges — wir haben kein anderes — stützen und verbessern. Glauben Sie nicht, daß das eigentlich eine Abschweifung war, wenn ich auch zugebe, daß es vielleicht mit meinem Versprechen am Anfang schwer zu vereinbaren ist (Heiterkeit); aber es hat mir notwendig geschienen, gegenüber gewissen Tendenzen, die eigentlich mehr bloß Empfindungen sind und die auch hier zum Ausdruck kamen. Kein Grad des Ekels an Österreich*) ist mir fremd. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben alle Momente gehabt und sie immer häufiger gehabt, wo uns als die einzige Möglichkeit des Lebens erschienen ist, auszuwandern. Nachdem wir aber nicht alle können, sondern nur die allerbesten Exemplare an das Ausland abliefern können — Österreich exportiert ja die besten Professoren, auch die besten Professoren der Internationale (Heiterkeit) —, nachdem wir hier bleiben müssen, müssen wir uns hier einrichten. Das werden auch die Separatisten verstehen, und wenn sie zur Besinnung kommen, wenn sie aufhören, Separatisten zu sein — ich muß gestehen, die Separatisten verstehe ich eigentlich am allerwenigsten — darüber werden sie sich doch klar sein: ihr Leben fängt an und endet innerhalb der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Welche Konsequenzen für sie daraus zu ziehen sind, das ist nicht meine Sache. Selbstverständlich ist, daß die tschechische Sozialdemokratie erkennen mußte, daß sie doch die Verpflichtung und die Notwendigkeit hat, mit dieser deutschen Arbeiterschaft zu rechnen, und daß es verfehlt ist, dem tschechischen Proletariat von dieser deutschen Arbeiterschaft, auf die sie angewiesen ist, ebenso wie wir auf sie, die Meinung beizubringen, daß das Feinde sind.

*) Siehe die Parteitage Rede vom Jahre 1903 unter dem Titel „Ekel am Staat“ im Abschnitt „Zerfall Österreichs“.

In diesem Zusammenhang möchte ich von der Gesamtpartei sprechen. Die Gesamtpartei ist für die deutsche Sozialdemokratie notwendig, aber es gibt keine Sozialdemokratie in Österreich, für die sie weniger notwendig wäre. Wir wollen das hier feststellen, und um ein Wort, das bereits gefallen ist und das sehr naheliegt, zu wiederholen: Die deutschen Sozialdemokraten haben stets und werden stets im eigenen Interesse für den möglichsten internationalen Zusammenschluß und eine möglichst kräftige Gesamtpartei wirken und arbeiten und sind bereit, für sie alle notwendigen Opfer zu bringen. Sie sind es immer gewesen und werden es auch in Zukunft sein. Aber wir laufen niemand nach (Stürmischer Beifall!) und haben niemand notwendig nachzulaufen. Dieses Wort will ich hier ausdrücklich als die Überzeugung der deutschen Sozialdemokratie aussprechen. (Neuerlicher stürmischer Beifall!) Wir haben keinen anderen Weg, als zu warten, bis die Erkenntnis allgemein ist, wie notwendig diese Gemeinschaft, diese Gesamtpartei ist. Internationalität und Gesamtpartei, das ist aber nichts, was einseitig gemacht werden kann. Zur Solidarität gehören immer zwei, und das Bedürfnis nach Solidarität, das Bedürfnis nach internationaler Betätigung kann auf der einen Seite noch so groß sein, praktisch wirksam wird es natürlich nur in dem Grade werden, als es auch auf der anderen Seite erkannt und betätigt wird. Das ist nicht etwa, wie ich gleich sagen will, eine neue Wahrheit, die ich da ausspreche. Ich möchte nur den Genossen, die uns hier vorwerfen und — gestatten Sie, daß ich von mir spreche — mir speziell den Vorwurf von Nachgiebigkeit, von Schwächlichkeit und so weiter machen, ich möchte ihnen ausdrücklich sagen, daß sie die Intentionen, die Taktik der Partei und auch meine eigene Auffassung durchaus falsch verstehen. Sosehr ich überzeugt bin, daß wir ohne vollständige Kenntnis und Erfassung und praktische Berücksichtigung der Tatsache der Verschiedenheit der Nationen in Österreich keine vernünftige Politik machen können, soehr ich und wir alle geneigt waren, diese sehr unbequeme schwierige Politik seit Jahren zu machen, soehr konnten wir aber diese Politik mit Erfolg nur zu jener Zeit machen, wo das Bedürfnis dafür und die Erkenntnis davon auch auf der anderen Seite zu finden war. Allein können wir es nicht und es nützt nichts, wenn es der Parteitag auch noch so scharf hier ausspräche und in dieser Beziehung Aufträge geben würde. Wir haben gesagt, wir wünschen den Versuch der Rekonstruktion der Gesamtpartei. Ich bemerke, daß die alte Gesamtpartei formell durchaus existiert, und es ist selbstverständlich, daß die bestehende Gesamtexekutive nicht aufgelöst wird. Sie wird in sehr kurzer Zeit vor ein sehr schwieriges Problem gestellt werden und wir werden sehen, ob sie fähig ist, dieses Problem zu bewältigen. Wir werden also durch die Resolution den Auftrag bekommen, eine neue Form der Gesamtpartei aufzurichten, und einzelne Genossen finden, daß der Auftrag nicht dringend genug ist. Sie wollen, es solle so bald als möglich geschehen. Wir haben in der Kommission gemeint, daß alle diese Zusätze nicht notwendig sind.

Sie können überzeugt sein, sobald die Bedingungen irgendwie vorhanden sind, eine Hoffnung an eine solche Aktion zu knüpfen, wird auch die Parteivertretung in Aktion treten. Da nützt kein Drängen, da handelt es sich nicht um unseren Willen und um unsere Einsicht, um unsere Psychologie, da handelt es sich nicht um die Deutschen, sondern um die anderen. Nicht einen Moment früher können wir die neue Form der Gesamtpartei aufrichten, als auch bei allen Beteiligten — und da können wir nicht die große Masse des tschechischen Proletariats davon ausschließen — das Bedürfnis dafür vorhanden ist. Allerdings nicht einen Moment später.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich auf die Anträge zurückkommen, die dahin zielen, wir sollen neben der selbstverständlichen Anerkennung der neuen internationalen tschechischen Sozialdemokratie hier aussprechen, daß wir sie als die einzige Vertretung des tschechischen Proletariats ansehen und darum mit der tschechoslawischen Partei die Beziehung abbrechen. Darauf nur kurz die Antwort: Es ist eine sehr bedauerliche, allerdings jetzt nicht noch einmal zu beweisende Tatsache, daß die große Majorität des tschechischen Proletariats unter separatistischem Einfluß steht. Aber welche die berechtigte Vertretung des tschechischen Proletariats ist, das kann der deutsche Parteitag nicht entscheiden, sondern das ist einzig und allein Sache des tschechischen Proletariats. Wir können nur konstatieren: es ist hier eine neue Partei entstanden, ein Teil des tschechischen Proletariats steht prinzipiell durchaus auf unserem Standpunkt, unterstützt diejenige Art unserer Organisation, die wir für die einzig vernünftige halten, ist getreu unseren Idealen und Überzeugungen, darum erkennen wir diese Partei als Bruderpartei an. Noch mehr. Wir begrüßen es ausdrücklich in der Resolution, daß ein Bruchteil des tschechischen Proletariats der Internationale treu geblieben ist. Das können wir. Aber wir können als deutscher Parteitag nicht entscheiden.

Es ist eine große Anzahl von Anträgen eingelaufen. Die Kommission ist zu einer Form der Resolution gekommen, die ihr ermöglicht, Ihnen vorzuschlagen, durch die Annahme dieser Resolution alle eingebrachten Anträge als erledigt anzusehen, mit Ausnahme allerdings des Antrages Hueber, von dem wir ausdrücklich wünschen, daß er der Parteivertretung zugewiesen werde. Es sind Anträge gestellt worden, unter anderen von Schneidmahl und Preußler*), die darauf hinausgehen, daß der Gesamtverband nicht zustande komme, daß wir eine Aktion unternehmen sollen, die Gesamtpartei aufzurichten, um, wie Preußler meint, die falsche Meinung zu zerstören, daß die Gesamtpartei nicht lebensfähig sei. Ich wünsche nicht, und Sie können es auch nicht wünschen, daß wir irgend etwas in die Resolution aufnehmen, was so aussieht, als hätten wir keine Courage,

*) Heinrich Schneidmahl (St. Pölten), nach dem Umsturz niederösterreichischer Landesrat; Robert Preußler (Salzburg), ehemals in Gablonz einer der Organisatoren der nordböhmisches Glasarbeiter, später in Salzburg Redakteur der „Salzburger Wacht“, nach dem Umsturz Landeshauptmannstellvertreter von Salzburg.

als würden wir meinen, nun seien wir in einer Lage, die für uns solche Schwierigkeiten schafft, daß sie nicht zu überwinden sind. Das ist nicht notwendig. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich als kräftig, als lebensfähig erwiesen, und sie wird in ganz kurzer Zeit vor solche Probleme ihrer Tatkraft und Aktion gestellt sein, daß wir gar nicht den leisesten Schatten einer Melancholie auf unsere Beschlüsse fallen lassen sollen. (Beifall.) Wir haben ein gutes Gewissen, wir sind auf dem rechten Weg, wir wissen, daß wir die Pflichten der Internationale nicht nur in der Sache, sondern auch in der Form bewahrt haben, nach allen Seiten, bis zum Äußersten. Damit ist es genug. Das andere haben die anderen zu besorgen. (Lebhafter Beifall.) Nun kommt der Punkt, bei dem der schärfste Einwand gemacht wurde, das ist die Ordnung unseres Verhältnisses zur neuen Partei. Da wurde eine ganze Reihe von Anträgen gestellt und man hat sich auch in Reden heftig dagegen gewendet, daß es in der Resolution heißt, die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats hätten gezwungen zu sein geglaubt, sich zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen, weil dadurch ausgedrückt sein soll, daß wir ihnen die Verantwortung überlassen und ich meinsten diesen Schritt nicht billigen kann. Aber die große Mehrzahl des Parteitages — es war kein Redner, der nicht dagegen Verwahrung eingelegt hätte — ist anderer Ansicht als ich und es wurden in dieser Beziehung sehr weitgehende Anträge gestellt. Die Kommission in ihrer großen Mehrheit — ich glaube, mit allen gegen eine Stimme (Heiterkeit und Zwischenruf: Wer war die eine Stimme? Neuerliche Heiterkeit) — hat den Antrag, der von Richter und Mrkwička*) eingebracht ist, sich angeeignet und die subjektive Färbung der Begründung ist weggefallen. In der Resolution wird es nun nicht mehr heißen, daß jene Gruppen gezwungen zu sein glaubten, sondern gezwungen waren, sich als Partei zu konstituieren. Zweitens ist von mehreren Seiten, unter anderem auch von den Genossen Arbeitel und Bauer, die auch den Antrag formuliert haben, verlangt worden, wir sollen nicht nur dafür eintreten, daß die tschechische Sozialdemokratie in die österreichische Gesamtpartei aufgenommen werde, sondern auch dafür, daß sie von der Weltinternationale anerkannt werde. Ich glaube nicht, daß es notwendig sei, dies besonders festzustellen. Als Mitglied des Internationalen Büros und anknüpfend an die Praxis dieses Büros erkläre ich, daß ich es für selbstverständlich halte, daß eine lebensfähige sozialistische Partei, die sich an das Büro wendet, wenn sie den Prinzipien entspricht, die von uns als Internationale verlangt werden, als Partei anerkannt wird und daß die jeder Nation zur Verfügung stehenden Stimmen in entsprechender Weise zwischen

*) Karl Richter und Thomas Mrkwička, die beiden Vertreter der Holzarbeiter; Richter wurde nach dem Umsturz amtsführender Stadtrat in Wien. Mrkwička ist nach dem Umsturz gestorben. Moriz Arbeitel, damals in Bielitz, später in Wien (Angestellter der Organisation der kaufmännischen Angestellten).

beiden — wir haben ja Beispiele, daß es mehr Parteien gibt als zwei — verteilt werden. Wir können hier als Parteitag nicht etwa darüber entscheiden, denn wir sind nicht die Internationale, wohl aber können wir hier beschließen, diesen Auftrag unseren Vertretern im Internationalen Büro zu geben. Es wird nunmehr dieser Absatz nach den entsprechend vorgenommenen stilistischen Änderungen lauten:

Der Separatismus hat schließlich auch zu einer Spaltung innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie geführt. Er trägt die Verantwortung dafür, wenn die dem Separatismus widerstrebenden Gruppen des klassenbewußten tschechischen Proletariats gezwungen waren, sich entgegen dem von allen internationalen Kongressen sanktionierten Prinzip der Parteieinheit zu einer eigenen Partei zusammenzuschließen. Sosehr der Parteitag diese Spaltung, die eine notwendige Konsequenz der separatistischen Methode ist, bedauert, so sehr muß er die Tatsache begrüßen, daß ein erheblicher Teil der tschechischen Arbeiter den Grundsätzen der Internationale unbeirrt treu geblieben ist. Der Parteitag erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die neugegründete Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich als proletarische Bruderpartei anerkennt und daß sie ihren Anspruch, in die Gesamtpartei und in die Internationale als gleichberechtigte politische Organisation aufgenommen zu werden, unterstützen wird.

Andere Änderungen sind nicht vorgenommen worden. Ich empfehle Ihnen nunmehr und bitte Sie darum, diese Resolution womöglich einstimmig anzunehmen*). Sowohl die Kraft, die darin ausgedrückt ist, als auch die Mäßigung und Selbstbeherrschung, die darin liegen, mögen bestimmend sein auch für unser künftiges Verhalten in diesem schweren Kampfe. Wir versprechen hier den Gewerkschaften, und nicht nur den Gewerkschaften, sondern uns selbst als Partei, und nicht nur im Interesse der Gewerkschaften, sondern auch in unserem Interesse, daß wir den Kampf gegen den Separatismus, wo er eindringt und wo wir ihn fassen können, mit aller Energie führen wollen. Wir wollen aber auch künftighin mit derselben Besonnenheit, mit derselben Selbstbeherrschung den Kampf weiterführen, und wollen Zügellosigkeit, Verleumdung und alle anderen politischen Laster denen überlassen, die zum Schaden der ganzen Partei, zum Schaden des Sozialismus überhaupt, zum Schaden insbesondere des österreichischen Proletariats uns in diese Lage versetzt haben. (Neuerlicher Beifall.)

Ich bitte Sie also, diese Resolution anzunehmen und zu bedenken, daß wir nicht nur diese Sorge, sondern sehr bald wesentlich andere Sorgen haben werden.

*) Die Resolution wurde in der neuen Fassung einstimmig angenommen, womit alle anderen Anträge, mit Ausnahme des Antrages Hueber, erledigt waren. Der Antrag Hueber, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages den Schutz der nationalen Minderheiten zu setzen, wurde der Parteivertretung zugewiesen.

Auf Gautsch folgt Stürgkh*), und was das für uns und unseren Kampf bedeutet, das läßt sich noch nicht absehen. Nicht wegen der nur höchst unerheblichen Persönlichkeit und der sehr mäßigen Kraft, die in diesem Grafen Stürgkh steckt. Aber wir wissen nicht, wieviel sich in ihm an Absichten verkörpert, an Plänen, dem Proletariat und seiner Organisation ans Leben zu gehen. Es könnte sein, daß in sehr kurzer Zeit die Feinheiten der separatistischen Rabulistik sehr zurücktreten werden hinter ganz anderen Erörterungen, und daß am Leib nicht nur des deutschen, sondern auch des tschechischen Proletariats demonstriert und uns eingepaukt und eingebleut werden wird, wie notwendig es ist, daß das ganze sozialdemokratische Proletariat gewerkschaftlich und politisch ein Körper ist und vor allem ein Geist. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Das Verhältnis zur Gesamtexekutive.

Referat. — Parteitag 1912**).

Parteigenossen und Genossinnen! Unseren letzten Parteitag in Innsbruck hat in der umfassendsten Weise das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie in Österreich zu der Gesamtpartei beschäftigt. Durch das Eindringen des Separatismus in die tschechische Arbeiterschaft, durch die dadurch herbeigeführte Spaltung der tschechischen Sozialdemokratie und durch die Aufrichtung einer neuen Partei, die sich als Tschechische Sozialdemokratie konstituiert hat, durch alle diese Dinge, die Ihnen wohl bekannt sind, ist eine Abschwächung des Bewußtseins der Gesamtpartei und auch eine Abschwächung ihrer Funktion zustande gekommen. Die Bemühungen des Innsbrucker Parteitages haben in erster Linie der Notwendigkeit gegolten, zu allen diesen Ereignissen klar und be-

*) Am 27. Oktober hatte Gautsch eine scharfmacherische Rede gegen die Staatsangestellten und gegen die Eisenbahner gehalten, deren Drohungen er entgegneten werde. Zugleich hatte er, um die Stellung der Regierung durch die Unterstützung der tschechischen Parteien zu stärken, angekündigt, daß er zwei tschechische Minister in die Regierung nehmen werde. Damit war aber wieder der Deutsche Nationalverband nicht einverstanden und Gautsch demissionierte. An seine Stelle trat Stürgkh, der aber auch die zwei Tschechen aufnahm. Am 2. November, am Tage dieser Rede, wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt. Am nächsten Tag wurde seine Ernennung offiziell verlautbart.

**) In der Resolution des Innsbrucker Parteitages war auch erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie den Anspruch der neugegründeten tschechischen Sozialdemokratie auf Aufnahme in die Gesamtpartei und in die Internationale unterstützen werde, aber die tschechoslawische Sozialdemokratie weigerte sich, an Sitzungen der Exekutive teilzunehmen, als diese die Aufnahme vollzog. Die Gesamtpartei hatte damit aufgehört. Deshalb wurde auf die Tagesordnung des am 31. Oktober 1912 in Wien zusammentretenden Parteitages der Punkt „Bericht über das Verhältnis zur Gesamtexekutive“ gestellt, worüber Adler referierte.

wußt Stellung zu nehmen, und in zweiter Linie dem Wunsche, die Gesamtpartei, die in ihrer Grundlage schwer erschüttert und im Bewußtsein der Massen abgeschwächt war, wieder zu festigen und zu stärken. Die Hauptschwierigkeit, der wir gegenüberstehen, war und ist noch immer dieselbe Tatsache, daß innerhalb eines so wichtigen und großen Teiles des österreichischen Proletariats, wie es das tschechische ist, sich im wachsenden Ausmaß Tendenzen bemerkbar machen und immer neue Tatsachen gebracht werden, die diese tschechoslawische Partei außerhalb des Rahmens der Gesamtpartei stellen, zum Teil bewußt, zum Teil indirekt durch die Tatsachen, die sie schaffen, und dementsprechend immer wachsende Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit mit dieser Partei. Das, was wir damals zunächst tun mußten, das war, unser Urteil und unseren Standpunkt zu erklären gegenüber dem Separatismus, war die klare, scharfe und unverhüllte Erklärung, daß wir die separatistischen Bestrebungen innerhalb der tschechoslawischen Partei, ihre Zerstörungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften, daß wir diese ganze Richtung nicht nur für falsch, sondern für sehr verderblich und die Partei zerstörend ansehen. Zweitens hatten wir dazu Stellung zu nehmen, daß sich eine neue Partei, die Tschechische Partei, gebildet hat, die sich konstituiert hat aus den zentralistisch gebliebenen Genossen der tschechoslawischen Partei, die von dieser Partei hinausgedrängt wurden und genötigt waren, sich auch politisch eine eigene Verfassung zu geben, sich als Partei zu konstituieren. Wir haben damals gesagt und wiederholen es heute: daß es weh tut und daß wir es als Unglück empfinden, daß durch all diese Vorgänge eine Spaltung eingetreten ist; aber wir mußten damals sagen und wir wiederholen es heute: Es wäre noch schlimmer als diese Spaltung gewesen, wenn ohne Widerspruch und ohne Ausnahme das gesamte tschechische Proletariat sich auf den Standpunkt der tschechischen Separatisten gestellt hätte.

Die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie hat in Innsbruck Aufträge bekommen nach verschiedenen Richtungen: zunächst einen ganz bestimmten Auftrag, dahin zu wirken, daß die Anerkennung der tschechischen Sozialdemokratie, die von dem Innsbrucker Parteitag ausgesprochen wurde, auch von den übrigen österreichischen Parteien, somit von der gesamten Exekutive ausgesprochen wird, und im weiteren Verlauf auch dahin zu wirken, daß auch in der Weltinternationale die tschechische Sozialdemokratie als Partei anerkannt und ihr angeschlossen werde. Ein zweiter Auftrag, für den das nur die Vorbedingung ist, war der, die Parteivertretung möge trachten, die österreichische Gesamtpartei neu zu beleben, sie wieder wirksamer zu gestalten, und zwar zunächst vielleicht auf dem Wege einer Einberufung aller Exekutiven, da ein Gesamtparteitag schwer möglich ist. Es ist selbstverständlich, Parteigenossen, daß dieser zweite Auftrag, die Gesamtpartei wieder lebendiger zu machen, sie von der Lähmung, die ihr durch den Separatismus beigebracht wurde, freizumachen, nur

schwer zu erfüllen war, weil wir uns diesem Problem nur nähern konnten, wenn wir erst organisatorisch das Verhältnis zu der neuen tschechischen Sozialdemokratie in Ordnung gebracht haben. Wir haben nun, nachdem der Innsbrucker Parteitag die tschechische Sozialdemokratie anerkannt hat, veranlaßt, daß diese Anerkennung auch durch die polnische, durch die slowenische und die italienische Partei erfolgte. Ausgeblieben ist natürlich die Anerkennung durch die tschechoslawische Partei. Darauf aber konnten wir selbstverständlich nicht warten. Es blieb uns nur übrig, angesichts der Aufforderung der Genossen von der tschechischen Sozialdemokratie, sie in die Gesamtpartei aufzunehmen und ihr eine Vertretung in der Gesamtvertretung zu geben, eine Sitzung der Gesamtexekutive einzuberufen und dazu selbstverständlich alle Parteien, auch die tschechoslawische, einzuladen. Wir haben das getan und für Ende Juni eine solche Sitzung anberaumt. Die tschechoslawische Sozialdemokratie ist aber zu dieser nicht erschienen und hat erklärt, daß sie bereits in einem früheren Stadium — was uns wohl bekannt war — durch den Mund des Abgeordneten N ě m e c uns zu wissen getan habe, daß sie die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie als eine Ausweisung der tschechoslawischen Partei — also der Separatisten — ansehen würde. Zweitens haben sie sich darauf berufen, daß sie der Gesamtexekutive nicht die Kompetenz anzusprechen können, eine Partei in die Gesamtheit aufzunehmen, sondern daß dazu ausschließlich und allein ein Gesamtparteitag autorisiert wäre. Wir haben nun unsere Sitzungen trotzdem abgehalten und mußten diese Argumente abweisen. Wir mußten uns ja sagen, daß es absolut nicht angehe, selbst wenn man sich zunächst einmal auf den Standpunkt der Tschechoslawen stellt, über den Wunsch einer Partei, deren Existenz eine Tatsache ist, bevor man sie gehört hat, von vornherein negativ zu entscheiden. Das ist das eine. Und wir mußten uns zweitens sagen, daß die Gesamtexekutive um so mehr kompetent ist, als der Gesamtparteitag, nach dem Rezept der Tschechoslawen, doch niemals zusammentreten könnte. Aber ein Gesamtparteitag würde ja selbstverständlich auch nur auf Grund des alten, von den Tschechoslawen nicht mehr anerkannten Statuts einberufen werden können. Auf Grund dieses Statuts hat wieder die neue Partei keine Basis der Einberufung. Die Argumentation, die für die Separatisten besteht, daß sie sich nicht mit den tschechischen Genossen an denselben Tisch setzen wollen, gilt in gleicher Weise für die Gesamtexekutive wie für die Gesamtpartei. Wir brauchen aber nicht zu warten, weil der Einwurf der Inkompetenz ein vollkommen falscher ist. Nicht allein darum, weil wir schon einmal einen derartigen Fall gehabt haben — es handelte sich um die Einreihung der jüdischen Separatisten —, wobei es eine Debatte gegeben hat und alle möglichen Argumente vorgebracht wurden, nur nicht das der mangelnden Kompetenz. Auch von den Tschechoslawen wurde dieses Argument damals nicht vorgebracht. Aber ganz abgesehen davon: die Gesamtexekutive

kann keine höhere Kompetenz haben oder beanspruchen, als ihr gegeben wird durch die Summe aller in ihr vertretenen Parteien. Und wenn nun die deutsche, die polnische, die italienische, die slowenische Partei, jede für sich erklärt hat, sie sei für die Aufnahme der neuen Partei, so hat damit die Gesamtexekutive von allen diesen Parteien den Auftrag, die Gesamtpartei herzustellen, und eine höhere Kompetenz kann es nicht geben.

Es ist also der Einwand der Separatisten ein formaler, ein advokatorischer; aber wir würden über diese Paragraphenreiterei auf gar keinem Wege hinwegkommen. Tatsache ist, daß alle in Österreich vertretenen Parteien und ihre Summe, jede einzelne und alle zusammen, die tschechische Sozialdemokratie als eine Partei anerkannt haben, mit Ausnahme der Separatisten. Daß diese sie nicht so bald anerkennen werden, das haben wir gewußt. Wir haben allerdings — und ich gestehe, daß ich trotz allem meinen alten Optimismus nicht ganz verloren habe —, wir haben geglaubt, wenn das einmal geschehen ist, werde sich die tschechoslawische Partei mit dem formalen Protest begnügen, der in so scharfen Worten wie immer hätte gehalten sein können — wir sind in dieser Beziehung vieles gewöhnt und sind nicht ängstlich und zimperlich —, daß sie aber erklären würden, sie stünden einmal vor dieser Tatsache, aber die Notwendigkeit der einheitlichen Partei sei doch so groß, daß sie, natürlich unter Protest, mitarbeiten. Das, so hätte ich geglaubt, wäre eine goldene Brücke für jemand, der den Frieden will. Wir hatten Gelegenheit, diese Brücke noch etwas zu vergolden. Die Gesamtexekutive hat es selbstverständlich für nötig gefunden, vor vier Wochen angesichts des drohenden Krieges zusammenzutreten und zu überlegen, was die Sozialdemokratie als Gesamtpartei in diesem Moment als ihre Pflicht ansieht. Es wurde also eine Sitzung der Gesamtexekutive einberufen, und der wichtigste Punkt der Tagesordnung war: Die Kriegsgefahr und eine Aktion der Partei. Ich bekenne aufrichtig: Sie sehen, ein wie schlechter Prognostiker und Diagnostiker ich bin, daß ich die stille Hoffnung gehabt habe, daß die Tschechoslawen sagen werden: Es ist eine Niederträchtigkeit und ein Verbrechen, daß die anderen aufgenommen wurden; aber angesichts des gegenwärtigen geschichtlichen Moments, in dem es nötig ist, daß alle Kraft des Proletariats in Österreich zusammengefaßt werde, überwinden wir uns und kommen unter Protest — selbstverständlich! — und beraten gemeinsam. Das wäre, glaube ich, eine ganz vernünftige Haltung gewesen. Die tschechoslawische Partei hätte sich nichts vergeben und manche Schwierigkeit für jetzt auch für die Zukunft beseitigen können. Leider war die tschechoslawische Partei auch diesmal anderer Ansicht als ich. Sie hat von dieser Gelegenheit keinen Gebrauch gemacht, sondern hat einen Brief geschickt, worin sie sagt, daß sie der Einladung nicht folgen könne aus den Gründen, die ihre Vertreter in der vorletzten Sitzung der Gesamtparteivertretung angegeben haben: nämlich wegen des Verhaltens der tschechischen

Sozialdemokraten. Sie hat allerdings hinzugefügt: „Da aber auf der Tagesordnung auch die Frage der Kriegsgefahr steht und mit Rücksicht darauf, daß die Exekutive unserer Partei bereits eine Reihe von Propositionen gemacht hat, bitten wir, uns das Ergebnis der Beratung mitzuteilen, damit wir im Falle der Notwendigkeit unsere Propositionen in die notwendige solidarische Übereinstimmung bringen können.“

Damit ist uns allerdings nicht gedient. Die Gesamtexekutive kann nicht einer Partei, die an ihren Beratungen keinen Anteil nimmt, die nicht ihre Beschlüsse für sich als bindend erklärt, einer außenstehenden Partei es überlassen, ob sie in dem, was wir tun, etwas Plausibles findet oder nicht. Ein solcher Zustand hätte sehr geringen Wert. Wir mußten endgültig feststellen: Betrachtet sich die tschechoslawische Partei noch als Glied der Gesamtpartei oder nicht, betrachtet sie ihre Beschlüsse noch als bindend oder nicht? Es geht nicht an, daß wir immer dieselbe Erklärung bekommen, daß sie mit Rücksicht auf die Anwesenheit der tschechischen Sozialdemokratie sich nicht beteiligen*).

Die Berufung auf den Brünner Parteitag soll besagen, daß die Beschlüsse, die ohne die tschechischen Sozialdemokraten gefaßt sind, bindend seien, diejenigen, bei denen die tschechischen Sozialdemokraten mitgewirkt haben, aber nicht. Die tschechoslawische Partei steht auf einem Standpunkt, der immer der gleiche formale ist: Wir haben kein Recht, die tschechische Sozialdemokratie anzuerkennen, das könne nur die tschechoslawische Partei; die tut es nicht, also sind die Leute von der tschechischen Sozialdemokratie lebenslänglich Rebellen und können niemals aufgenommen werden. Niemand mehr als ich begreift die Sorge und den Schmerz, den die tschechoslawischen Sozialdemokraten angesichts der Spaltung haben, und ich begreife, daß sie sich dagegen wehren. Aber es wäre gut gewesen, wenn sie diese Sorge früher gehabt hätten, zu einer Zeit, wo die Spaltung sich noch hätte vermeiden lassen. Heute können sie die Augen davor verschließen, daß eine zweite tschechische Partei besteht, sie können aber nicht verlangen, daß wir die Augen davor verschließen. Die zweite Partei ist da, wir haben keinen Anlaß, sie zu ignorieren, aber alle Gründe, mit ihr zu rechnen und sie anzuerkennen. Wenn die tschechoslawische Partei dagegen protestiert, müssen wir warten — leider gibt es keinen anderen Weg — bis die Einsicht in das Notwendige auch dorthin gekommen sein wird.

Zu meinem großen Bedauern muß ich allerdings bekennen, daß es nicht danach aussieht, als ob diese Entwicklung sich sehr schnell

*) Adler verlas hier ein Schreiben vom 9. Oktober 1912, das an die tschechoslawische Partei gerichtet wurde, und ihre Antwort vom 24. Oktober. Sie wurde gefragt, ob sie die Beschlüsse der Gesamtexekutive für sich als bindend ansehe, und sie antwortete, daß sie als verbindlich alle Beschlüsse ansehe, die von der Gesamtvertretung gefaßt wurden, wie sie auf Grund des Beschlusses des Brünner Gesamtparteitages vom Jahre 1899 zusammengesetzt war.

vollziehen sollte. Seit Innsbruck haben sich die Dinge nicht verbessert, sondern verschlechtert, insofern als der Gegensatz immer schärfer geworden ist und auch insofern als die tschechoslawische Partei leider die letzten Bedenken, die letzten inneren Hemmungen hat fallen lassen. Wir haben eine ganze Reihe von Tatsachen auf gewerkschaftlichem Gebiet, das Zerspalten ist so weit gegangen, als es überhaupt nur gehen konnte. Von den Tschechoslawen ist da kein Halt geschehen; wenn da eine rückläufige und günstigere Bewegung sich merkbar macht — und ich hoffe, daß dies keine Illusion, sondern eine Tatsache ist —, so ist dies nicht auf die erwachende Erkenntnis der Tschechoslawen zurückzuführen, sondern auf das erwachende Bewußtsein der tschechischen Gewerkschafter, daß der separatistische Weg ein Weg des Selbstmordes ist. Auf politischem Gebiet brauche ich Ihnen nicht zu sagen, wie schlecht es da steht. Wir haben auch im Parlament versucht, wenn auch der alte Verband aufgelöst war, in ein leidliches Verhältnis zu kommen, aber es hat sich als unmöglich erwiesen. Immer mehr hat sich der Klub der tschechoslawischen Sozialdemokraten, ich möchte so sagen, als Konkurrenz entwickelt und hat immer mehr die Neigung gezeigt, wie sich aus einzelnen, wenn auch nicht sehr auffälligen, so doch bezeichnenden Symptomen ergibt, zu einer gewissen Solidarität mit den Nationsgenossen, mit den tschechisch-bürgerlichen Parteien zu kommen. Ich will das gar nicht im Tone einer Anklage sagen, möge sich das die tschechoslawische Partei mit sich selbst ausmachen, die Folgen werden für sie keine günstigen sein. Es ist eben schwer, auf die Dauer im Gefolge und in einer wenn auch noch so entfernten Interessengemeinschaft mit bürgerlich-nationalen Parteien eine proletarische Politik zu machen. (Sehr richtig!) Es ist ein großer Unterschied, ob man nationale Politik treibt mit Berücksichtigung der proletarischen Forderungen, oder ob man proletarische Politik macht, allerdings in dem Bewußtsein, daß es in Österreich Nationen gibt, deren Interessen und deren Existenz man anerkennt, so daß man danach handeln muß. (So ist es!) Das ist heute der Unterschied, der uns von der tschechoslawischen Partei trennt. Die Gesamtexekutive hat beschlossen, die tschechische Partei (die Zentralisten) aufzunehmen. Sie sind nun ein Glied der Gesamtpartei und haben Vertreter in der Gesamtexekutive. Sie haben das an dem Manifest gesehen, das wir jüngst erst infolge der Kriegsgefahr herausgegeben haben und das die Unterschrift aller nationalen Organisationen trägt; im Namen des tschechischen Proletariats allerdings leider nur für eine Minorität, die tschechische Sozialdemokratie. Denn es ist eine Tatsache, daß die Mehrheit der tschechischen Arbeiter bei den Separatisten ist.

Wir haben dann die Aufgabe gehabt, die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie in die Internationale zu befürworten. Es war eine Sitzung des Internationalen Büros in Brüssel, und da ist das Ansuchen der tschechischen Sozialdemokratie, eingegliedert zu werden, zur Sprache gekommen. Ich muß zum nähe-

ren Verständnis hier sagen, daß unsere internationale Organisation in bezug auf Österreich ein bißchen kompliziert ist. Wir haben für ganz Österreich zwanzig Stimmen. Wir haben aber eine Abteilung Tschechisch-Böhmen. Die Tschechen haben sich bereits vor vielen Jahren, gleich wie diese Einteilung gemacht wurde, als besonderer Unterkörper mit besonderer Firma konstituiert und ihre Sektion trägt nunmehr den Titel Österreich-Böhmen. Die Tschechen wollten von der internationalen Landkarte sozusagen nicht verschwinden, sie wollten gesehen werden, ihre Firma sollte auch erwähnt sein. So haben wir also eine tschechische Sektion. Der Rest der Internationale ist nun Österreich. (Heiterkeit.) Die Polen haben damit ja schon längst angefangen, schon bei der Gründung der Internationale haben sie, weil sie in mehreren Staaten leben, auf mehrere Staatsgebiete aufgeteilt sind, eine eigene polnische Sektion gebildet. Das hängt mit der Geschichte der Demokratie in Europa zusammen. So gibt es eine polnische Sektion. Unsere polnischen Genossen sitzen da drüben bei den Polen. Da fällt mir nun eines auf. Bei den Polen ist die Sache begreiflich, die sitzen drüben. Pittoni ist bei uns, aber er könnte ganz gut bei den Italienern da drüben sitzen, wenn es nach dem nationalen Moment ginge. Wir Deutschen hätten einen guten Platz, wir würden zu guten alten Bekannten kommen. (Heiterkeit.) Wir würden in der deutschen Sektion nicht die Ersten sein, aber wir würden ganz gut gelitten sein. Sogar die Südslawen könnten ganz gut Platz finden; auch sie gehören einer Nation an, die auf mehrere Staaten verteilt ist. Das einzige Volk, das innerhalb Österreichs lebt und zu leben und zu sterben berufen ist, das im Ausland außerhalb Österreichs wirklich nichts suchen und nichts finden kann, das sind die Tschechen. (Heiterkeit.) Und gerade sie haben es für notwendig gehalten, sich von Österreich durch deutliche Unterscheidung zu trennen. Es gibt kein Volk, das identischer in seiner ganzen Entwicklung mit Österreich ist als die Tschechen. Ob ihnen das Vergnügen macht oder nicht, das ist eine andere Frage, aber es ist eine Tatsache. Wenn wir eine tschechische Sektion in Österreich haben, so widerspricht das allen historischen und ethnologischen Tatsachen und entspricht nur dem Wunsche der Tschechoslawen, als selbständige Partei da zu sein. Aber selbstverständlich, wenn es eine tschechische Sektion innerhalb der österreichischen Internationale gibt, dann gehört die tschechische Sozialdemokratie auch dazu. Das versteht sich von selbst. Es mußte also in der Internationale die Anmeldung beim Internationalen Büro in der Form geschehen und aufgefaßt werden, daß die tschechische Sozialdemokratie einzugliedern ist als Untersektion in die tschechische Sektion. Da fragte man natürlich auch die bisherige Sektion und die Antwort war ja nicht zweifelhaft. Wir haben sie in Kopenhagen deutlich gehört, wie wenig sie den Wunsch hatten, die Zentralisten aufzunehmen.

Trotzdem haben wir in Brüssel einige Schwierigkeiten gehabt, weil die Vertretung der tschechoslawischen Sozialdemokratie ge-

meint hat, die Sache sei noch nicht genügend erörtert und könnte vertagt werden. (Rufe: Aha! Heiterkeit.) Und sie haben weiter gemeint, es werde dem Frieden und dem Ausgleich in Österreich mehr gedient sein, wenn dieser Anspruch abgewiesen werde, und es würden die Bemühungen, die die tschechoslawische Partei in Österreich macht, um den Frieden herbeizuführen (Gelächter), gestört werden, wenn die neue Partei, die doch die Spaltung bewirkt habe, eine offizielle Anerkennung durch die Internationale erhalte. Ich will mich hier auf eine Kritik dieser Erörterungen nicht einlassen; wir sind übereingekommen, daß der Inhalt dieser Debatte als intern zu betrachten ist. (Rufe: Aber das „Právo Lidu“ hält sich nicht daran!) Es waren ja auch einige interne Fragen über England und andere Länder zu erledigen, Sie wissen ja, es gibt überall Schwierigkeiten. Wir haben gesagt, daß wir von den dortigen internen Verhandlungen kein Aufhebens machen werden, und wenn sich die tschechoslawische Presse daran halten wird, dann werden wir uns auch daran halten. Wenn aber nicht, dann werden wir die nötigen Berichtigungen in die Welt setzen, und wenn schon nicht im „Právo Lidu“, so in unserer Presse. Sicher ist, daß nach längerer Debatte mit allen Stimmen gegen die drei Stimmen der tschechoslawischen Vertreter die Aufnahme der tschechischen Sozialdemokratie als Untersektion im Internationalen Büro beschlossen wurde. (Beifall.)

Die zweite Frage, die Frage der Vertretung in dem Büro selbst, mußte aus Gründen vertagt werden, die Ihnen hier auseinanderzusetzen zu kompliziert wäre. Es gibt nämlich eine Reihe solcher Fragen auch in anderen Ländern und da hat man sich nicht getraut, sofort ein Präjudiz zu schaffen. Das heißt, ich hätte mich schon getraut (Heiterkeit), aber die Leute wollten sich das noch einmal überlegen. Doch das ist Nebensache; wichtig ist die Anerkennung der zentralistischen Tschechen und ihre Eingliederung in die Internationale. Ich muß noch erwähnen, daß bei der Sitzung der Internationale ein Vertreter der Zentralisten selbst das Wort geführt hat und daß auch ich als Beauftragter das Meinige zur Aufklärung beigetragen habe. Damit haben wir diese Seite unseres Auftrages erledigt.

Wie kommen wir nun weiter? Wir haben das große Bedürfnis, und ein Bedürfnis, das um so größer wird, je ernster die Zeiten werden, der Gesamtpartei in Österreich wieder Ausdruck und inneres Leben zu geben; darüber ist kein Zweifel. Wir haben aber sehr große Schwierigkeiten. Ich meine, daß schon seit Innsbruck ein großer Fortschritt gemacht wurde. Sie dürfen nicht allein die rein formalen Dinge als Ausdruck des Bedürfnisses ansehen. Nicht bei uns Deutschen allein ist dieses Bedürfnis lebendig. Ich verweise Sie auf die zutreffenden ausgezeichneten Ausführungen Daszynskis am ersten Abend, aus denen zu erkennen war, daß auch bei den polnischen Sozialdemokraten das Bedürfnis nach einer verstärkten Zusammenfassung immer lebendiger wird. Sie wissen, daß die italienischen Abgeordneten und der ruthenische Genosse bei uns im

Klub als Hospitanten sitzen. Wir stehen mit den Polen in engster Fühlung. Die allgemeine Disposition der Geister ist so, daß dieses Zusammenarbeiten mit den polnischen Genossen, das bisher schon war, in absehbarer und sehr naher Zeit wieder dazu führen wird, daß auch formell ein Verband in irgendeiner Form konstituiert werden wird. Ich will darüber nicht mehr sprechen, als heute von sicheren Tatsachen gesprochen werden kann; aber man kann nicht daran zweifeln, daß auf diesem Wege in absehbarer Zeit alle sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament mit Ausnahme der Separatisten einen parlamentarischen Verband bilden werden. (Bravo!) Parteigenossen! Das sind lauter Vorarbeiten für das, was wir wünschen, die Belebung der Gesamtpartei auch nach außen, die Beratungen auf einem Gesamtparteitag. Da will ich nun sagen, daß für den Auftrag von Innsbruck, eine gemeinsame Sitzung aller Exekutiven zu veranlassen, der Tag nähergerückt ist, wo diese Vorbedingung wird erfüllt werden können. Aber ich kann nicht umhin, ausdrücklich zu erklären, und diese Erklärung ist notwendig, um Klarheit für alle zu schaffen: Wenn einzelne unserer Genossen, welche die Geschichte unserer Partei nicht genügend kennen und sie nicht miterlebt haben, ein Ideal der Einheit der Partei im Herzen tragen — ein Ideal, das ich verehren würde, wenn ich nicht in einem Lande leben müßte, wo es verschiedene Nationen gibt —, das Ideal, wir könnten eine Verschmelzung in eine einheitliche, homogene, national nicht gegliederte Partei erreichen, so sage ich, diese Genossen sind im Irrtum und sie würden erschweren, ja unmöglich machen, was allein möglich ist, die Zusammenfassung autonomer, selbständiger nationaler Organisationen zu einer Partei. Es ist nicht Mutwille gewesen, nicht Hang, sich an der nationalen Demagogie zu berauschen, wenn wir die Form von nationalen Organisationen von Anfang an hatten und haben mußten. Und man versteht die Geschichte der Partei sehr schlecht — Bauer hat uns dies in einem sehr lesenswerten Artikel im „Kampf“ wieder ins Gedächtnis zurückgeführt*) —, wenn man glaubt, erst im Jahre 1897 sei die nationale Gliederung erfunden worden. Im Gegenteil — lesen Sie die Parteitagsprotokolle nach und die Reden, die dort gehalten wurden —, es war ein Zusammenfassen, ein Föderieren, nicht ein Auseinandernehmen. Jeder Versuch, darüber hinauszugehen, würde uns nur zurückwerfen (Sehr richtig!), und abgesehen davon, wenn das auch wäre, wir würden nichts anderes tun, als daß wir die mühsame und zum Teil schmerzliche Geschichte unserer Partei wieder von Anfang an durchmachen müßten, um dort hinzukommen, wohin wir heute, durch die Geschichte und die Tatsachen belehrt, hingekommen sind. Man kann theoretisch über das Verhältnis von Nation und Proletariat urteilen wie man will. Man kann dabei die Tatsachen sehen, ein offenes Auge für die Wirklichkeit haben, oder man kann theoretisch so tun, als ob es sich um eine Angelegenheit auf einem anderen Stern

*) Otto Bauer: „Die Gesamtpartei.“ („Kampf“, VI. Jahrgang, Nummer 1 vom 1. Oktober 1912, Seite 5.)

handelte, auf Distanz, als ob wir nur in unserem Hirn uns vorstellen könnten, daß es dort Menschen gibt, von denen wir uns abenteuerliche Vorstellungen machen dürfen; man kann auch so darüber philosophieren, darüber ist nichts zu sagen. Jeder soll philosophieren wie er will, und vor allem wie er kann. (Heiterkeit.) Aber für unsere Praxis, für die Erkenntnis dessen, was wir zu tun haben, ist nicht maßgebend die Abstraktion, das Wegsehen von Tatsachen, sondern das Einsehen in die Tatsachen, das Einsehen, das wir alle blutig genug bezahlt haben. Wir wünschen die Autonomie unserer Partei nicht aufzugeben, und wenn wir es wollten, würden es die anderen nicht wollen. Auch die tschechischen Sozialdemokraten, die jüngsten, die mit sehr zentralistischen Vorstellungen in das politische Leben treten, weil sie sich im Gegensatz zum Separatismus entwickelt haben, auch diese würden nach sehr kurzer Zeit aus dem Einheitstraum in die autonomistische und föderalistische Wirklichkeit erwachen. Ich möchte nicht, daß sich die deutschen Genossen darüber täuschen. Das sind Dinge, die sich von selbst verstehen und die aus der Natur der Sache hervorgehen. Sie sind nicht angenehm, aber wir müssen mit ihnen rechnen. Wir hoffen, daß wir die Empfindung für die Notwendigkeit einer Gesamtpartei stärker machen werden, und wir werden dazu alles tun, was in unserer Macht steht. Aber überstürzen dürfen wir auf diesem Gebiet nichts. Es darf bei niemand der Eindruck entstehen, als ob die deutsche Sozialdemokratie, so notwendig sie die Gesamtpartei empfindet, sie notwendiger empfindet als irgendein anderer. Es ist ein ganz gemeinsames Interesse, und nur insofern dieses gemeinsame Interesse überall als solches empfunden wird, nur insofern läßt es sich verwirklichen.

Damit ist das, was ich in diesem Moment zu sagen habe, wohl gesagt. Das, was wir dafür geleistet haben, es ist nicht viel, es ist gerade nicht begeisternd, aber wir sind zufrieden; ich würde wünschen, daß die Parteivertretung mit derselben Nachsicht, aber vor allem mit derselben Vorsicht den Gesundungsprozeß der Partei fördere wie bisher. (Stürmischer Beifall.)

Schl u ß w o r t *).

Ich werde ganz kurz sein. Dem Genossen H u e b e r möchte ich sagen, daß wir ihn ja alle ganz verstehen und die Sehnsucht, die er hat, ebenfalls haben. Er empfindet sie vielleicht darum noch mehr, weil der Traum einer nicht nach nationalen Parteien gegliederten einheitlichen Partei auch eine große Annehmlichkeit und ein Nutzen für die Gewerkschaften wäre. Aber ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn sich unsere Gewerkschaften klarmachen, daß das eigentliche Verbrechen des Separatismus — bevor es ein Verbrechen des Charakters wurde — ein Fehler des Intellekts, des

*) Die Debatte war kurz. Nach dem Schlußwort wurde ein Antrag J o k l (Troppau) angenommen, worin der Parteitag die Bemühungen der Parteivertretung um die Festigung der Gesamtpartei billigt und sie auffordert, ihre Bemühungen fortzusetzen.

Urteils war, der darin bestanden hat, daß Grundsätze und Methoden, die für die politische Partei notwendig sind, angewendet werden sollen auf die Gewerkschaftsorganisation, wo sie schädlich sind. Das Verbrechen hat seine Wurzel darin, daß man meint, daß ein und dieselbe Methode und ein und dasselbe Gesetz der Entwicklung auf politischem wie auf gewerkschaftlichem Gebiet bestehe. Nun ist während dieses ganzen Streites wiederholt festgestellt worden, daß, während die gewerkschaftliche Entwicklung mit Notwendigkeit aus den Bedingungen ihrer Existenz und ihrer Wirkungsmöglichkeit heraus immer mehr auf eine Zusammenfassung, eine Vereinigung drängt, erst von Fachvereinen, dann von Gruppen, es eine Tatsache ist, die sich auf allen Gebieten politischer Organisation zeigt, sogar dort, wo nicht nationale Verschiedenheiten sind, daß die politische Tätigkeit mit jedem Fortschritt, den die Partei macht, überall eine gewisse Differenzierung in der Organisation mit sich bringt, weil diese nötig und nützlich ist. Das sehen wir nicht nur in Österreich, wo es zu den größten Exzessen und Katastrophen führt, sondern auch in jenem Lande, dessen zentralistische Tendenz nichts zu wünschen übrig läßt, wo es nicht nationale Verschiedenheiten sind, sondern wo das Wesen und die Entwicklung der politischen Partei mit Notwendigkeit zur Differenzierung drängt.

Ich möchte auch in den Träumen des Genossen Hueber schwelgen, aber ich muß mir den Genuß versagen. Sowenig es möglich ist, die politischen Notwendigkeiten anzuwenden auf gewerkschaftliche Dinge, sosehr müssen wir uns hüten, gewerkschaftliche Notwendigkeiten unbesehen auf politische Organisationen anzuwenden. Sosehr wir es wünschen würden — wir würden bequemer leben und nicht so viel Zeit und Mühe verschwenden müssen —, aber leider ist die Welt nicht so gut eingerichtet und wir können nicht anders, als in der Gewerkschaft den gewerkschaftlichen, in der politischen Organisation den politischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Darum aber sagen wir eines: Wenn es nicht möglich ist und nicht sein kann, daß die gewerkschaftliche Einheitlichkeit der nationalen Organisation in der Politik entspricht, so hat die einheitliche gewerkschaftliche Organisation in ihrer Gesamtheit erst recht dazu zu führen, das Gegenteil zu sein der Gesamtpartei des Reiches. Wir können in den Gewerkschaften nicht verfahren wie in den nationalen Organisationen der Partei. Wir können hier nicht Architekturen aus Wolkenkuckucksheim ins Leben rufen, die Zukunftsträume einer dekretierten gemeinsamen Sprache sind für uns völlig wertlos. Das einzige aber, was wir können, das ist, trotz dieser nationalen autonomen Organisationen, die Empfindung der Zusammengehörigkeit in einer gemeinsamen Partei, die in ihrer Gemeinsamkeit und in ihrer Zusammenfassung dann allerdings der zusammengefaßten gewerkschaftlichen Organisation entspricht, die können wir lebendig machen und in das Bewußtsein aller Arbeiter versetzen. Nicht das Zurücktreten der autonomen Organisationen, sondern das Betonen und Verstärken

des Gesamtgedankens, das ist es, was möglich und was notwendig ist und was die Gewerkschaften brauchen.

Genosse Bauer hat mitgeteilt, daß die tschechoslawische Presse, insbesondere das „Právo Lidu“, einen etwas ausführlicheren Bericht über die Vorgänge in Brüssel gebracht hat. Ich fürchte, ich werde mir auch heute wieder einen großen Vorwurf zugezogen haben. In der Übersetzung wird hervorgehoben, bis zu welchem Exzeß ich es dort getrieben habe; ich sei sogar heiser geworden. (Schallende Heiterkeit.) Ich fürchte, daß mir das heute wieder passieren könnte; ich bin nicht heiser geworden durch die Schuld der Separatisten, sondern ich habe am Abend vorher in einem internationalen Meeting längere Zeit, wie es meine Gewohnheit ist, gesprochen. (Große Heiterkeit. Sehr gut!) Ich möchte aber sagen, daß es mir wirklich gleichgültig ist, daß sie mich als Karnickel nehmen, daß sie mich verantwortlich machen für alles, was geschieht. Ich bin sehr erfreut, aus dem „Právo Lidu“ zu hören, daß ich einmal bei den tschechoslawischen Arbeitern ein gutakkreditierter Mann war; daß es damit jetzt zu Ende ist, das muß ich mir gefallen lassen und werde es mit Fassung tragen, ich hoffe aber, es wird anders werden, denn sie können auch wieder gescheitert werden. (So ist es!)

Ich möchte Sie bitten, und nur darum spreche ich davon, daß Sie sich durch dieses Geschimpfe nicht zu sehr aufregen lassen. (Sehr richtig!) Die schimpfen immer. (Heiterkeit.) Lassen Sie sie doch ruhig schimpfen und glauben Sie nicht, Sie müßten es ihnen gleichtun. (Beifall.) Es zweifelt ja niemand an unserer Fähigkeit dazu (große Heiterkeit), wenn ich auch zugeben will, daß wir es in dieser Beziehung niemals so weit bringen werden wie die Herren in Prag. Einen solchen Ehrgeiz haben wir nicht. Ich bitte Sie, ein bißchen kaltes Blut zu bewahren, Sie tun damit das beste dafür, was doch einmal kommen muß. Wir können mit den Separatisten keinen Bund haben und können mit ihnen leider Politik nicht machen. Wir haben sie nicht ausgeschlossen, sie haben sich selbst ausgeschlossen. (Ganz richtig!) Ich möchte ein Wort des Genossen Bauer richtigstellen, das ihm entschlüpft ist und das mich in seiner Nuance geniert. Wir haben nicht einen Verband mit Ausschluß der Separatisten, sondern einen Verband ohne die Separatisten. Wir schließen nicht aus und wir wollen nicht ausschließen. Wenn sie ausgeschlossen sind, so darum, weil sie sich selber ausgeschlossen haben. Aber, Parteigenossen, vergessen Sie nicht, daß dieser Zustand ein sehr beklagenswerter ist und daß er verschwinden muß. Wir können heute nichts dazu tun, als daß wir uns maßvoll und vernünftig benehmen. Leider ist bei weitem der größere Teil des tschechischen Proletariats — und das tschechische Industrieproletariat wird von Tag zu Tag wichtiger für das Gesamtproletariat in Österreich —, leider ist die große Mehrheit heute noch bei den Separatisten und wenn ich sage heute noch, so meine ich damit nicht, daß es morgen anders sein wird, ich weiß sehr genau, eine wie schwere, sehr schwere Arbeit das ist. Wir

wünschen der tschechischen Sozialdemokratie allen möglichen Erfolg, aber wir können leider nicht erwarten, daß sie die anderen in sich aufnehmen. Wir müssen fürchten, daß das ein sehr langwieriger Prozeß sein müßte. Wir müssen hoffen und erwarten, daß dort drüben eine Umkehr, eine Einkehr zur politischen Vernunft und zu sozialdemokratischen Empfindungen kommen wird. Aber das ist nicht einmal mehr eine Hoffnung, sondern beinahe nur ein Wunsch; aber ich weiß, daß doch ein beträchtlicher Teil unserer Zukunft und insbesondere auch der Entwicklung der Arbeiterschaft auf allen Gebieten in Österreich davon abhängt, daß sich diese Armee wieder vereinigt. Darum werden wir das unsere tun, wie Genosse Bauer gesagt hat, ohne Übereilung, aber auch ohne überflüssige Ängstlichkeit. Wir werden das unsere tun, um die Internationale hier bei uns, um die Gesamtpartei zu festigen. Aber lassen Sie uns auch nach der negativen Seite alles tun, das heißt unterlassen, was uns ins Unrecht setzen könnte, und trachten Sie, jede geringste und entfernteste Möglichkeit zu stärken, denen, die drüben stehen, den Weg zur Vernunft trotz alledem offen zu lassen. (Sehr richtig!) Lassen Sie sie schimpfen, das schlechte Gedächtnis für solche Dinge ist eines der ersten Erfordernisse aller Politik. (Beifall und lebhaftes Heiterkeit.)

Die nationale Frage.

Die Nationalitätenfrage und der Brünner Parteitag.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 19. September 1899.

Nicht ohne dringendste Nötigung wird sich der sozialdemokratische Gesamtparteitag mit dem österreichischen Problem befassen*). Die Sozialdemokraten sind nicht verliebt in das interessante staatliche Gebilde, dessen territoriale Konfiguration so unlogisch aussieht wie seine politische Konstruktion. Das Proletariat ohne Unterschied der Nation hat keinen Grund, Dank oder Hoffnung daran zu knüpfen. Trotzdem kann die Sozialdemokratie dem Zugrundegehen Österreichs gegenüber nicht gleichgültig bleiben, denn nicht das Ende mit Schrecken ist in Sicht, sondern der Schrecken ohne Ende, ein Siechtum des Staates von unabsehbarer Dauer. Dadurch wird aber in der Tat der Lebensnerv des Proletariats getroffen. Man mag sich über das Schicksal des Staatsverbandes der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder**) nicht übermäßig erhitzen: solange er besteht, ist das Schicksal der Völker, die diesen Boden bewohnen, davon in sehr hohem Grade mitbedingt. Ein langer chronischer Zersetzungsprozeß lähmt notwendig alle Kräfte der Entwicklung, lähmt die ökonomische und kulturelle Entfaltung und schädigt von allen Klassen am allermeisten das Proletariat. Für die Arbeiterklasse ist der heutige Zustand Österreichs darum noch weit schädlicher und unerträglicher wie für alle anderen Klassen. Mag verfaulen was will: die österreichischen Proletarier haben nicht die geringste Lust mitzuverfaulen, und daher kommt das, was man als ihren „Patriotismus“ denunziert und den man erst weitschweifig erklären muß in diesem seltsamen Lande, wo der Staat fast keinen anderen Anwalt mehr findet als den Staatsanwalt. Das Elend Österreichs wirkt aber um so mehr hemmend auf die Arbeiterklasse, je weiter sie sich entwickelt hat, und wenn einst die Sozialdemokratie ihrer Agitation und Organisation nachgehen konnte, ihrer intimen

*) Dem Gesamtparteitag, der am 24. September 1899 in Brünn zusammentreten sollte, um vor allem ein Nationalitätenprogramm zu beraten, war eine rege Diskussion in der Parteipresse vorangegangen, in der auch Adler in der „Arbeiter-Zeitung“ das Wort ergriff.

**) So hießen die österreichischen Länder, manchmal auch Kronländer.

Arbeit innerhalb des Proletariats, fast ohne sich darum zu kümmern, was um sie herum vorgeht, so ist das anders geworden, weil sie nunmehr fähig und darum genötigt ist, in Gesetzgebung und Verwaltung aktiv einzugreifen. Die Arbeiterschaft hat ein Stück politische Macht erlangt, und da sie die Klinke der Gesetzgebung, die Hebel der Verwaltung ergreifen will, findet sie sie abgebrochen und verfault. Für den schadenfrohen Pessimismus, der die spezifisch österreichische Form der Opposition des malkontenten Philisters ist, gibt es keinen Platz bei den österreichischen Arbeitern. Sie wollen und können nicht mit tatenloser Ironie das Ende erwarten. Sie sind durch ihr Klasseninteresse gezwungen, ihr Äußerstes zu tun, daß diese Krise des gesamten politischen Bodens zum Abschluß komme, so oder anders.

Also nicht nur, weil das politische Elend Österreichs größer ist als je, sondern auch, weil die Arbeiterklasse mehr darunter leidet als je, ist die Sozialdemokratie genötigt, sich mit der österreichischen Frage zu beschäftigen. Daß das die nationale Frage ist, liegt auf der Hand. Nun wird es in Brünn nicht zum erstenmal sein, daß sich ein sozialdemokratischer Parteitag mit der nationalen Frage beschäftigt. Fast jeder unserer Parteitage, insbesondere die von 1891, 1896, 1897, hatte seine „nationale Debatte“. Aber immer beschäftigte uns ausschließlich die interne Frage der Arbeiterschaft, das Verhältnis von Proletariern verschiedener Nation zueinander, mit einem Worte, die Frage unserer Parteiorganisation, die im Sinne der nationalen Gliederung in fester internationaler Verknüpfung gelöst wurde. Und zwar so glänzend und erfolgreich gelöst wurde, daß diese letzten drei Jahre, wo an allen nationalen Nerven gezerrt wurde, wo alle chauvinistischen Instinkte aufgepeitscht wurden, wo in allen Formen und noch nicht dagewesener Energie versucht wurde, den nationalen Hader in die Arbeiterschaft zu tragen, an der Geschlossenheit der sozialdemokratischen Organisation spurlos vorübergegangen sind. Was man zuwege gebracht hat an „nationaler“ Arbeiterschaft jedweder Zunge ist qualitativ wie quantitativ, politisch, ökonomisch und kulturell gleich Null. Der chauvinistischen Demagogie, so politisch radikal sie sich gebärdete, ist es nicht gelungen, auch nur einen Splitter abzusprengen von dem festen Gefüge der in internationaler Solidarität verbundenen Arbeiterschaft. Die nationale Verschiedenheit innerhalb des österreichischen Proletariats hat uns organisationstechnische Aufgaben gestellt, die wir nicht ohne Schwierigkeit, nicht ohne mancherlei Reibung, aber ausnahmslos überwunden haben und überwinden werden. Innerhalb des Proletariats gibt es allerdings bewußte nationale Verschiedenheit, bewußte nationale Kulturgemeinschaft, aber keinen nationalen Gegensatz. Der Sozialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhaus, der Vertreter von vier Nationen umfaßt, deren herrschende Klassen sich in den Haaren liegen, er ist nicht eine künstlich aufrechtgehaltene Einheit, sondern er ist der Ausdruck, vielmehr die unmittelbare Wirkung des festen Bandes, das Arbeiterschaften aller Nationen umfaßt. Die Interessen-

gemeinschaft der Arbeiterklassen verschiedener Nation ist stärker als die Interessengemeinschaft verschiedener Klassen derselben Nation. Wenn es eine Probe gibt auf das Exempel, in Österreich ist sie gemacht worden.

Damit soll aber durchaus nicht gesagt sein, daß es nicht nationale Interessen gibt, die allen Klassen eines Volkes, die Arbeiterklasse inbegriffen, gemeinsam sind. Die unbehinderte Entwicklung einer nationalen Kultur, an der teilzunehmen seine heißeste Sehnsucht und sein opfermutigster Kampf ist, liegt mindestens so sehr im Interesse des Proletariats wie des Besitzenden. Das Proletariat hat ein nationales Freiheitsinteresse, und zwar ein größeres als alle anderen Klassen, weil es wehrloser ist als sie gegen jede Unterdrückung, auch gegen die nationale. Das Proletariat hat aber gar kein nationales Herrschaftsinteresse, schon aus dem sehr triftigen Grunde, weil es von dieser Herrschaft ausgeschlossen ist. Dieser höchst einfache und natürliche Sachverhalt gibt den Schlüssel für die politische Haltung der Sozialdemokraten aller Nationen in Österreich. Die bürgerlichen Nationalparteien haben das noch nicht verstehen gelernt, und darum, nicht nur aus bösem Willen, beschimpfen sie die Sozialdemokraten des eigenen Volkes stets als „Verräter an der Nation“ und bezeichnen die Sozialdemokraten der anderen Nation stets als Chauvinisten. In der Tat, der deutsche Arbeiter hat nicht das geringste Interesse an der „Herrschaft der Deutschen in Österreich“, das heißt am österreichischen Zentralismus, an der Beherrschung des Landes durch den zur Bürokratie organisierten deutschen Adel und das deutsche Bürgertum; der tschechische Arbeiter hat gar kein Interesse an dem staatsrechtlichen Zentralismus, an der Beherrschung von drei der vorgeschrittensten Länder durch den tschechischen Feudaladel und die Erstlinge der tschechischen Bourgeoisie. Die Sozialdemokraten stehen dem deutschen Jammer über die „Zerreißung Österreichs“ ebenso kühl gegenüber wie dem tschechischen Jammer über die „Zerreißung Böhmens“. Die Teilung Galiziens in national abgegrenzte Verwaltungsgebiete kann den polnischen Sozialdemokraten ebensowenig schrecken wie die nationale Teilung Tirols oder Steiermarks den deutschen. Wo die nationale Kampfstellung einen Besitzstand verteidigt oder ein „historisches Recht“ geltend machen will, stehen die Sozialdemokraten gleichgültig zur Seite. Der angebliche Beruf der Deutschen, Österreich zu regieren, ist ebensowenig wie das angeblich durch Pergamente verbürgte böhmische Staatsrecht eine nationale Angelegenheit des Proletariats. Hingegen hat gerade der Arbeiter ein gewaltiges Interesse daran, daß er bei Gericht verstanden wird und versteht, daß seinen Kindern der Schulunterricht gründlich und fruchtbringend, also in ihrer Muttersprache erteilt werde. Weil aber im großen und ganzen Deutsche und Polen (ebenso die Italiener in Triest) in Österreich eine Machtstellung verteidigen, Tschechen, Slowenen und Ruthenen die Gleichstellung erst zu erkämpfen haben, müssen die ersteren

sich über das, was sie die nationale Indifferenz der Sozialdemokraten nennen, weit mehr zu beklagen haben als die letzteren.

Wenn die Arbeiter aber unleugbar nationale Interessen haben, so haben sie mindestens ebenso unleugbar Interesse am nationalen Frieden. Die dem sozialdemokratischen Parteitag vorgelegte Resolution ist nichts anderes als die Feststellung der Bedingungen, unter denen dieser Friede möglich ist. Notwendig ist dazu vor allem, daß die Übermacht jener Klassen und Schichten gebrochen werde, denen der Streit entweder gleichgültig oder gar erwünscht ist, weil sie aus ihm Vorteil ziehen; daß im Gegenteil jene Klassen zu ihrem Rechte und zur Macht kommen, deren Lebensinteresse der Friede ist. Wenn kein moderner Staat sich ohne demokratische Einrichtungen entwickeln kann, so sind sie für Österreich geradezu Lebensbedürfnis. Ist man zu feig dazu, so bringt das Österreich um, was stärkere, national einheitliche Staaten vielleicht nur schädigt. Das gemeinsame Klasseninteresse ist die einzige Klammer für diesen Staat. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht würde nicht nur die internationale Solidarität der Arbeiterklassen zur politischen Geltung bringen, es würde auch die Klassensolidarität des deutschen und tschechischen Bürgertums, die sich schon heute einstellt, wo es proletarische Ansprüche abzuwehren gilt, wecken und befestigen. Von allen anderen Gründen für die Demokratie hier abgesehen, kann sie allein die Tendenzen freimachen, die die Nationen Österreichs zusammenführen.

Die zweite Forderung ist, was wir Autonomie der Völker nennen, Gewährung nationaler Selbstverwaltung auf dem nationalen Territorium. Mit dem Bestande Österreichs in seinen heutigen Grenzen haben wir als Tatsache zu rechnen, ob sie uns gefällt oder nicht. Hingegen spricht gar nichts dafür, sondern alles dagegen, als Verwaltungseinheiten die „Königreiche und Länder“ aufrechtzuhalten, so wie sie seinerzeit zusammengekauft oder als Heiratsgut erworben wurden. Wenn heute eine souveräne Volksvertretung, eine Konstituante, Österreich in Verwaltungsgebiete zu teilen hätte, würde sie gewiß weder ein Galizien noch ein Vorarlberg, weder ein Schlesien noch ein Tirol, gewiß auch kein Böhmen und kein Steiermark konstruieren. Das Bedürfnis von heute muß zur Geltung kommen, und dieses verlangt gebieterisch möglichst national abgegrenzte Verwaltungsgebiete. Dadurch wird nicht nur eine Bedingung nationalen Lebens erfüllt, sondern auch die Bedingung des internationalen Zusammenlebens im Staate gegeben sein, indem die nationalen Reibungsflächen verringert werden. Zugleich aber wird die Macht der Feudalen gebrochen werden, soweit sie nicht ökonomisch begründet, sondern durch politische Privilegien verankert ist. Weg mit den Königreichen und Ländern! Das wird man unhistorisch und revolutionär nennen. Aber wir meinen, auch andere Leute als Sozialdemokraten dürften allmählich zu der Einsicht kommen, daß die Völker Österreichs nur die Wahl haben. „historisch“ zum Teufel zu gehen oder sich „revolutionär“ eine Zukunft zu schaffen.

Allerdings, auch bei genauester Rücksicht auf die Sprachgrenzen wird es unvermeidlich sein, daß anderssprachige Minoritäten in das national abgegrenzte Verwaltungsgebiet einbezogen werden. Der Schutz dieser Minoritäten wird aber, weil er eine Notwendigkeit gleichmäßig für alle Nationen ist, von dem gemeinsamen Parlament ohne jede Schwierigkeit einheitlich festgesetzt werden können nach dem Grundsatz: Was mir recht ist, muß dir billig sein.

Bleibt noch das heikle Kapitel von der Verkehrs- oder Vermittlungssprache. Heikel ist diese Sache aber nur, weil der Verkehr selbst so heikel geworden ist, weil man mit der Festsetzung einer Verkehrssprache ein Herrschaftsprivilegium für die Deutschen anzuerkennen fürchtet. Wird das ausdrücklich ausgeschlossen, dann bleibt nichts übrig als die Anerkennung der Tatsache, daß Menschen verschiedener Zunge, die miteinander verkehren wollen, es naturgemäß in jener Sprache tun werden, die sie alle verstehen, und daß für Österreich heute und für die unabsehbare Zukunft diese Sprache keine andere sein kann als die deutsche*). Wie so viele andere höchst einfache Fragen der Zweckmäßigkeit, ist auch diese durch den chauvinistischen Fanatismus verwickelt und vergiftet worden. Wenn der Streit erst einmal ruht, wird die nächste Folge sein, daß die Deutschen mehr slawisch und die Slawen mehr deutsch lernen, und daß es in dem vielsprachigen Lande mehr vielsprachige Menschen geben wird als bisher.

Das sind die Grundgedanken der Resolution, die dem Parteitag vorliegen wird. Wir zweifeln nicht daran, daß sich an sie sehr lebhaft, vielleicht heftige Debatten knüpfen werden, und es ist durchaus nicht sicher, daß sie in allen Einzelheiten unverändert bleiben wird. Die Schwierigkeit liegt nicht allein in dem schwierigen Gegenstand, und hätten die sozialdemokratischen Delegierten bloß darauf Rücksicht zu nehmen, was sie sachlich für notwendig halten, dann wäre ihre Aufgabe wesentlich leichter. Sie sind aber genötigt, mitten in dem Tosen des nationalen Kampfes zu diskutieren, wissend, daß jedes ihrer Worte, im Munde des Gegners entstellt und verdreht,

*) Wenn ein Teil unserer tschechischen Genossen beantragen, daß die jeweilige Verständigungssprache durch das Parlament zu beschließen sei, so läßt sich dagegen nur sagen, daß es überflüssig ist, offenkundige Tatsachen erst beschließen zu lassen. Die Bedeutung des Punktes 5 der Resolution, der von der Verkehrssprache handelt, liegt in der Negation, indem sie ausspricht, daß die ernsthaft von niemand geleugnete praktische Notwendigkeit der deutschen Verkehrssprache nicht zu einem nationalen Vorrecht der Deutschen werden dürfe. Siehe übrigens den Artikel „Die Verkehrssprache“ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 14. September. Siehe auch zu dem Gegenstande die Artikel von Genossen F. A.: „Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage“, erschienen am 3. d., und „Der Nationalitätenstaat“, erschienen am 8. d. (Anmerkung von v. a.)

Die Diskussion über die nationale Frage, die auf dem Brünner Gesamtparteitag der wichtigste Punkt der Tagesordnung sein sollte, war durch den Artikel von F. A. (Friedrich Austerlitz) vom 3. September eingeleitet worden. Der zweite der oben zitierten Artikel war übrigens fast zur Gänze konfisziert worden.

zur Waffe gegen die Partei werden wird. Aber so wichtig diese augenblickliche taktische Rücksicht ist, entscheidend kann nur das dauernde Interesse des Proletariats sein, das verlangt, daß ein Weg gezeigt werde, der aus dem Sumpfe führt. Darum werden unsere Delegierten bei aller taktischen Vorsicht den Mut finden, rücksichtslos die Wahrheit zu sagen und anzuerkennen, und darum wird unsere Diskussion zu einem festen, klaren Ziele führen. Diese beiden Gedanken aber: Demokratie und Zerschlagung der feudalen Fesseln, nationale Autonomie und Zerschlagung der Kronländer, diese beiden Gedanken werden, das wagen wir auszusprechen, zum Gemeingut der österreichischen Sozialdemokraten aller Zungen werden. Die Selbständigkeit der nationalen Gebilde, ihre administrative Trennung im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen, das ist die Grundbedingung für den nationalen Frieden. Die Demokratie ist das Mittel, um alle Elemente freizumachen, die das Ganze wollen. Wir müssen trennen um zu vereinigen, wir müssen an Stelle der toten historisch-politischen Individualitäten lebendige nationale Individualitäten setzen und wir brauchen keine Sorge darum zu haben, daß das gemeinsame Interesse zu schwach sein könnte sie zu vereinigen. Im Gegenteil. Die Tendenz der ökonomischen Entwicklung, die Tendenz insbesondere auch des Klassenkampfes drängt zur einheitlichen Zusammenfassung und sie wird zur Geltung kommen, sobald sie nicht mehr künstlich erstickt wird durch den Kampf der Nationalitäten um die Herrschaft. Dann wird auch im Staate das Bewußtsein zur Geltung kommen, von dem die sozialdemokratische Arbeiterschaft längst erfüllt ist, daß die Kulturinteressen aller Völker solidarisch verknüpft sind und daß jede Nation sich nur entwickeln kann nicht auf Kosten, sondern in Gemeinsamkeit mit den anderen Nationen.

V. A.

Das Brüner Nationalitätenprogramm.

Parteitag in Brünn 1899.

Ich möchte vor allem konstatieren, daß es sich in dieser Diskussion nicht um etwas handelt, dem wir ausweichen konnten. Wir sind nicht leichtsinnig und nicht ohne langes Zögern an die Frage herangetreten. Aber die Dinge in Österreich liegen eben so, daß die Partei gezwungen ist, auf die nationale Frage eine deutliche Antwort zu geben*). (Bravo!) Hier kann es nicht dazu kommen, daß

*) Dem Gesamtparteitag, der am 24. September 1899 im Arbeiterheim in Brünn zusammentrat, legte die Gesamtexekutive zum Punkt „Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Österreich“ eine Resolution vor, die in der Fassung, in der sie dann beschlossen wurde, als „Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie“ bekannt geworden ist. Es verlangt die Umbildung Österreichs in einen „demokratischen Nationalitätenbundesstaat“. Das Referat darüber erstattete Josef Seliger, der Führer der deutschböhmisches Sozialdemokratie (er ist am 18. Oktober 1920 gestorben). Dazu waren von Anton Němec, dem

eine Gruppe die andere majorisiert, wir können hier nur feststellen, was das gemeinsame geistige Eigentum der Partei ist. Wir wollen es hier auf dem Parteitag so weit bringen, daß wir uns eine Überzeugung bilden, und nur wenn und insoweit wir dies erreichen, sind wir in der Lage, Beschlüsse zu fassen. Es kann sich daher nicht darum handeln, eigensinnig an einer Formulierung festzuhalten, und ich erkläre im vorhinein, daß wir ganz mit den tschechischen Genossen einverstanden sind, die die Einsetzung einer Kommission verlangen.

Die Gesamtexekutive hat die Frage lange Zeit erwogen und sie einer Kommission überwiesen, in der alle in Wien vertretenen Nationalitäten tätig waren. Das Ergebnis der eingehenden und langwierigen Debatten ist die Ihnen vorgelegte Resolution. Wir sind aber nicht so arrogant, uns zuzumuten, daß wir gleich auf den ersten Griff die größte politische Schwierigkeit, die es in Europa gibt, zu lösen imstande wären. Unsere Überzeugung ist es jedoch, daß wenigstens die hier ausgesprochenen Grundgedanken das Programm der Sozialdemokratie werden müssen, wenn diese auf die nationale Frage eine Antwort geben soll. Dieser Gedankengang ist folgender: Es ist notwendig, daß jene Bedingungen geschaffen werden, die die nationalen Schwierigkeiten möglichst mindern, und das geschieht durch die Demokratisierung des Staatswesens nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung. Zweitens müssen die Reibungen vermindert werden. Die tschechischen Genossen im Reichsrat haben eine historisch denkwürdige Tat getan, sie haben eine Erklärung gegen das böhmische Staats-

Führer der tschechischen Sozialdemokratie, Redakteur des „Právo Lidu“ in Prag, Abänderungen beantragt worden. Die Exekutive der südslawischen Sozialdemokratie beantragte eine Resolution, die die Lösung der nationalen Frage auf Grund des von Karl Renner (unter dem Pseudonym „Synopticus“) zuerst vorgeschlagenen nationalen Katasters (Personalitätsprinzip) forderte. Ethin Kristan (Triest) präziserte den Unterschied zwischen beiden Resolutionen dann so: „Die Exekutive verlangt national autonome Territorien, wir nationale Autonomie ohne Rücksicht auf das Territorium.“ Dieser Nationalkataster wurde im Jahre 1905 zum erstenmal für die Landtagswahlen in Mähren praktisch eingeführt, indem national getrennte Wahlkörper für Deutsche und Tschechen geschaffen wurden und jeder je nach der Nation, zu der er sich bekannte, in seinem nationalen Wahlkörper seine Abgeordneten wählte. Dieses Prinzip wurde im Jahre 1907 nach Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch für den Reichsrat für Mähren beibehalten.

Die nationale Verwirrung hatte um die Zeit, da der Parteitag zusammentrat, den Höhepunkt erreicht. Nationale Zusammenstöße waren auf der Tagesordnung. Zugleich demonstrierten die Massen gegen die mit dem § 14 ohne Parlament verfügte Erhöhung der Zuckersteuer, wobei am 20. August in Graslitz in Deutschböhmen vier Demonstranten von Gendarmerie erschossen wurden. Am 1. Oktober 1899 mußte die Regierung des Grafen Thun zurücktreten und wurde durch die Beamtenregierung des Grafen Clary-Aldringen ersetzt. Der Kaiser hatte die Regierung zuerst dem klerikalen Fürsten Alfred Liechtenstein angeboten.

recht, gegen den Prager Zentralismus abgegeben, und, Parteigenossen, wir fordern Sie, die Delegierten dieses Parteitages, auf, daß Sie eine Erklärung gegen das österreichische Staatsrecht, gegen den Wiener Zentralismus abgeben und damit die Bande zerschneiden, die die Arbeiterschaft heute noch immer indirekt mit den herrschenden Klassen in Österreich verbinden. Wir wollen aus diesen zusammengewürfelten und zusammeneroberten Provinzen selbständige Körper machen. Ich muß gestehen, daß es mich wundert, wenn man sich da den Kopf darüber zerbricht, wie das wirtschaftlich sein wird. Glauben Sie nicht, daß dieselben Befugnisse, die die heutigen sogenannten Kronländer haben, nicht mindestens im selben Ausmaß den nationalen Kantonen eingeräumt werden können? Ich kann darin keine Schwierigkeit erblicken, und insofern es eine ist, ist es nicht unsere Aufgabe, auf dem Parteitag die Details zu lösen. Wir haben nur die Richtungslinien anzugeben, in denen wir marschieren wollen, nicht etwa, wie aus diesem Österreich, sondern wie aus den Völkern, die Österreich bewohnen, etwas werden kann. (Beifall.) Man hat an unseren Vorschlägen herumkritisiert, und es hat sich auch ein Kritiker gefunden, der nicht mit dem Herzen bei der Sache ist, sondern nur ein Spiel des Geistes vorführen will. Ich meine damit die Artikel, die in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen sind. Mit einem Standpunkt, der davon ausgeht, daß die Demokratisierung Österreichs Österreich an die Slawen und Klerikalen ausliefert, und daß darum die deutsche Bourgeoisie einen Verzweiflungskampf gekämpft habe, indem sie die Taaffesche Wahlreform bekämpfte, brauchen wir uns nicht weiter zu beschäftigen. (Zustimmung.) Man kann für das böhmische Staatsrecht sein, und man kann für das österreichische Staatsrecht sein, aber für das böhmische und das österreichische Staatsrecht zugleich und außerdem ein Sozialdemokrat sein zu wollen, das ist unmöglich. (Heiterkeit und Beifall.)

Genosse Němec machte geltend, daß unsere Resolution in einem gewissen Gegensatz mit der südslawischen Exekutive stehe. Němec scheint da nicht in den genaueren Sinn der Sache eingedrungen zu sein. Der Antrag der südslawischen Exekutive ist eigentlich nichts anderes als der Ausdruck jener Idee, die „Synopticus“ in seiner Broschüre über die nationale Frage entwickelte, nämlich für eine Summe von Individuen eine nationale Selbstverwaltung zu bestimmen, ähnlich wie dies bei den Kirchengenossenschaften der Fall ist. Es ist zwar eine sehr geistreiche Idee, aber ich bezweifle, daß irgend jemand heute die Sache für praktisch ausführbar hält. Außerdem liegt in der Resolution auch ein Widerspruch. Es heißt hier „Nationalitätenbundesstaat“, und dann wird wieder gegen ein Territorium für eine bestimmte Nation ausdrücklich protestiert. Beides ist aber nicht möglich; denn wenn schon eine Nation ohne Territorium gedacht werden kann — ein Bundesstaat ohne abgesonderte Territorien ist nicht möglich.

Gegen die nationale Abgrenzung wird wohl keine Nation aus nationalem Interesse etwas einwenden können. Ich frage die

Tschechen, ob es nicht ein Hauptinteresse der tschechischen Nation wäre, daß diese fünf Millionen Tschechen unabhängig von allen zufälligen Ereignissen in diesem Österreich für alle Zukunft einen administrativen Verband unter sich haben. Wer dagegen Einspruch erheben könnte, sind einzig und allein die Deutschen. Täuschen wir uns nicht! Die Internationalität in Österreich wird bestritten überall auf Kosten der Deutschen, und das ist selbstverständlich, weil bisher im Namen der Deutschen eine deutsche Bürokratie die Vorherrschaft in Österreich gehabt hat. In Galizien sind es die Polen, die die Kosten zu bestreiten haben. Aber ich zweifle nicht, daß die Polen wie die Deutschen die angeblichen Vorteile dieser Vorherrschaft mit Freuden hergeben werden, wenn sie nicht nur Rechte für unterdrückte Nationen, sondern auch ihre eigenen Freiheiten erhalten, wenn die Deutschen in Österreich und die Polen in Galizien nicht mehr die Gendarmen für diesen sogenannten Staat spielen müssen.

Man stoßt sich schließlich am allermeisten am Punkt 5 unserer Resolution, der gegen eine Staatssprache spricht, der aber die Tatsache aussprechen will, daß eine Verkehrssprache*) notwendig ist und konstatiert, daß diese Verkehrssprache eben die deutsche ist. Ich für meine Person erkläre, wenn es Ihnen unbequem ist, diese Tatsache zu konstatieren: Wir können warten. Wir können den Antrag, den, wie ich glaube, Genosse Steiner in der tschechischen Konferenz gestellt hat, daß man das dem Parlament überlassen möge, ruhig akzeptieren. Denn diese Vermittlungssprache kann, wie Sie selbst alle wissen und wie der Parteitag hier zeigt, keine andere als die deutsche sein. (Zustimmung auf allen Bänken.) Aber ich erinnere Sie daran: Unsere Sache zu führen, verlangt Mut, und Sie, tschechische Genossen, haben gezeigt, daß Sie hundertmal mehr Mut gehabt haben, als man dazu braucht, unzweifelhafte Tatsachen anzuerkennen; Sie werden auch diese kleine Anstrengung noch leisten.

Es ist kein Zweifel, daß das, was wir Ihnen hier vorschlagen, eine revolutionäre Tat ist, insoweit man überhaupt von dem Beschluß einer Partei und eines Parteitages als von Taten sprechen kann. Das, was wir Ihnen hier vorschlagen, schlägt dem heutigen Österreich in allen seinen Teilen ins Gesicht. Dieser Vorschlag auf Trennung nach Nationen, diese Zerschlagung der Provinzen, dieser

*) Der Punkt 5 lautete im Antrag der Exekutive:

Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache, wogegen wir die schon jetzt bestehende Tatsache der deutschen Verkehrssprache, solange eine andere nicht gegeben ist, nur als praktische Notwendigkeit ansehen, ohne daraus ein die anderen Sprachen ausschließendes Privilegium erwachsen zu lassen.

In dem endgültigen Beschluß lautete dieser Punkt 5:

Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wieweit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen.

nationale Föderalismus trifft die alte Staatsform ins Herz und tötet den Wiener und tötet den Prager Zentralismus. Er allein kann die Völker frei machen, er allein ist die Zukunft, und das zu sagen, erfordert Mut. Haben wir ihn heute, wenn unsere Einsicht hoch genug gewachsen ist! Wenn wir ihn heute nicht haben werden, werden wir ihn auf dem nächsten Parteitag haben. Die Idee ist ausgesprochen und muß alle gewinnen, weil sie die innere Logik und geschichtliche Notwendigkeit für sich hat und nichts anderes ist als der Ausdruck der unüberwindlichen, sich immer mehr geltend machenden Tatsachen. Gehen wir ohne alle Voreingenommenheit in die Sache ein. Wir sind nicht empfindlich und zu jeder Verständigung bereit. Der Parteitag wird nichts anderes tun, als was dessen gemeinsame Überzeugung ist. (Beifall.)

Für die Nationen! Wider die nationalistischen Hetzer!

Rede im Abgeordnetenhaus am 3. Dezember 1908.

Meine Herren*)! (Lebhafte Unterbrechungen.) Ja, meine Herren, es nützt Ihnen alles nichts, wir werden uns durch niemand das Recht, in diesem Parlament zu diskutieren und zu verhandeln, ein-

*) Während sich am 1. Dezember 1908, am Vorabend des Regierungsjubiläums des Kaisers Franz Josef, auf der Wiener Ringstraße die schaulustige Menge drängte, um die festliche Beleuchtung zu begaffen — ein patriotisches Vergnügen, bei dem in dem Gedränge drei Menschen getötet, 22 schwer und 86 leicht verletzt wurden —, hatte die Regierung des Herrn Bienenroth beschlossen, über Prag das Standrecht zu verhängen. Und so verkündeten an dem Tag, da nach der offiziellen Legende alle Völker das sechzigjährige Regierungsjubiläum des geliebten Kaisers feierten, in den Straßen von Prag unter Trommelwirbel die Ausrufer, daß mit dem Tode durch das Blei jeder bestraft werde, der bei einer Zusammenrottung ertappt werde. Es ging schon seit dem Sommer sehr arg zu in Prag, wie in Österreich überhaupt. Der nationale Streit war zur Flamme entfacht. Während der Thronfolger Franz Ferdinand auf dem Balkan das Reich zu mehren sich anschickte, ging das Reich im Innern auseinander. Wohl war Beck seinerzeit als Günstling Franz Ferdinands emporgekommen, aber jetzt war man mit ihm im Belvedere unzufrieden, weil er nicht genug energisch gegen die Sozialdemokraten und die Antiklerikalen losgehen wollte. Im Jänner hatte der Professor des Kirchenrechtes an der Innsbrucker Universität Dr. Ludwig Wahrmund einen Vortrag über „Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft“ gehalten und sofort hatte eine Hetze gegen ihn eingesetzt. Die Feudalen im Herrenhaus, die Christlichsozialen im Abgeordnetenhaus drohten mit Verweigerung des Budgets, wenn Wahrmund nicht gemaßregelt werde. Das war zwar nicht möglich, aber die Universität stellte die Vorlesungen Wahrmonds ein. Schon deshalb war die Kamarilla des Thronfolgers sehr ungehalten über Beck, nicht weniger aber auch deshalb, weil er gegenüber den nationalen Parteien so oft die Hilfe der Sozialdemokraten in Anspruch nahm. Da konnte es Beck auch nicht wagen, durch ein Sprachengesetz einigermaßen Ordnung in die nationalen Verhältnisse zu bringen. So

schränken und nehmen lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Denn es ist in diesem Augenblicke des allgemeinen Wahnsinns der bürgerlichen **Parteien**, in diesem Augenblick der **Verblendung** und der **Schwäche der Regierung** (Beifall), in diesem Augenblick, wo man sich anschickt, die großen nationalen Fragen der Völker mit dem **Henker** zu entscheiden,

das Parlament der einzige Boden,

auf dem die Völker Österreichs sich selbst und ihre Zukunft retten können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Darum betrachten wir jeden, mag er drüben oder hüben, mag er auf der **Regierungsbank** sein oder möge er auf versteckten **Hinter-**

herrschte in nationalen Fragen ein völliges Chaos. Während die deutschen Reichsrat zu rächen. Der Streit griff bald auf die Straße über. Die tschechischen Beamten „via facti“ (im Wege der Tatsachen) die tschechische innere Amtssprache ein. Im Sommer kam es im deutschen wie im tschechischen Gebiet Böhmens zu Ausschreitungen und zum Boykott gegen die nationalen Minderheiten. Als die Deutschbürgerlichen im böhmischen Landtag wegen der Stelle eines untergeordneten Beamten, des „Aktuars“, obstruierten, drohten die tschechischen Bürgerlichen sich im Reichsrat zu rächen. Der Streit griff bald auf die Straße über. Die Tschechischradikalen mobilisierten ihre Anhänger gegen den „Bummel“, den die deutschen Burschenschaften auf dem Prager „Graben“ zu veranstalten pflegten. Sechs Wochen lang wurden die „Burschaki“ geprügelt, die deutschen Firmmentafeln zerschlagen, aber man wagte wegen des bevorstehenden Kaiserjubiläums nicht, den angedrohten Ausnahmezustand zu verhängen.

Als es kritisch zu werden anfang, wurde Beck durch eine Intrige der Thronfolger-Kamarilla gestürzt. In ihrem Auftrage erhoben die Christlichsozialen in den Delegationen gegen ihn die Anklage, in der Armeefrage die Interessen Österreichs nicht ausreichend gewahrt zu haben. Beck mußte zurücktreten und am 7. November wurde Richard Freiherr v. Bienerth Ministerpräsident, der nach Geßmanns Plan den Kampf gegen die Sozialdemokratie vor allem führen sollte. Geßmann hatte geglaubt, es werde Bienerth binnen 24 Stunden gelingen, die bürgerliche Koalition wieder zusammenzuleimen. Aber jetzt, wo die nationalen Leidenschaften so aufgepeitscht waren, wagten es die bürgerlichen Parteien nicht sich zusammenzusetzen. Statt eines parlamentarischen Kabinetts konnte er vor das Parlament, das am 26. November zusammentrat, nur mit einem Beamtenkabinett treten.

Als nun am 2. Dezember das Standrecht in Prag proklamiert wurde, kündigten die Tschechischradikalen lärmende Obstruktion im Parlament an. In dieser Stimmung sollte Adler als erster Redner zum Budgetprovisorium, das durch einen Dringlichkeitsantrag Liechtensteins auf die Tagesordnung gestellt worden war, sprechen. Als der Präsident verkündete, daß Dr. Adler das Wort habe, begannen die Tschechischradikalen mit ihrer Obstruktion. Die „Arbeiter-Zeitung“ schildert diese ersten Szenen folgendermaßen:

„Die Tschechischradikalen »protestieren« lärmend. Aber ihr Geschrei wird von dem lebhaften Applaus der Christlichsozialen und Deutschnationalen übertönt. Während des Lärms kann Adler anfangs nicht zum Worte kommen. Die Tschechischradikalen lärmten, es ist nur das heisere Gekreis der Abgeordneten Choc und Kalina vernehmbar. Abgeordneter

treppen, die bis zu den höchsten Stellen hinaufreichen (Beifall), **gegen das Parlament intrigieren, als einen Verräter an den Völkern und an der Zukunft Österreichs.** (Lebhafter Beifall.)

Die Krawalle und das Standrecht.

Vor allem gebührt es sich, wenn in diesem Hause am heutigen Tag gesprochen wird, gegen die **M a ß r e g e l**, die über **P r a g** verhängt wurde, Protest zu erheben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Standrecht

ist eine wirklich höchst einfache Lösung, es gehört nicht viel Verstand dazu, um den **Henker von Wien nach Prag zu be- rufen.** (Zustimmung.) Der einzige Ratschlag, die einzige Vernunft, die einzige Auskunft, die man in den Prager Wirren von Wien haben konnte, war, daß man den **Henker** hingeschickt hat! (Beifall.) Und, meine Herren, wir konstatieren, daß das nichts anderes ist als der vollständige **Bankerott der alten österreichischen Regierungsmethode.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir stellen fest, daß das der **Beweis** für die völlige **U n f ä h i g k e i t**

Lisy hat die abstoßende Geschmacklosigkeit, ein blutbeflecktes Taschentuch in die Luft zu halten, mit dem die Wunde gestillt wurde, die ein tschechisches Kind von der Prager Polizei erhalten hat!

In dem Lärm beginnt **Adler** zu sprechen. Sein erster Satz ist an die Radikalen gerichtet, die ihn überschreien wollen. »Es nützt nichts! Wir werden uns das Recht, zu sprechen, nicht nehmen lassen.« Schon dieser erste Satz findet den stürmischen Applaus der zahlreichen Zuhörer, die sich um den Redner ansammeln. Als er dann auf den allgemeinen Wahnsinn der bürgerlichen Parteien verwies, erneuert sich das Händeklatschen. Der Redner erhebt nun die Stimme und wird im ganzen Hause vernehmbar. Auch die Tschechischradikalen sehen, daß sie den Redner nicht zu stören imstande sind, und sie verstummen nun einer nach dem anderen. Später machen sie wiederholt den Versuch, die Aufmerksamkeit von dem Redner abzulenken und ihren geistlosen Zwischenrufen zuzuwenden. Einzelne von ihnen beginnen auch zu pfeifen. Aber an der geschlossenen Phalanx der Sozialdemokraten prallen ihre Rufe ab. Als die Minister, die bisher nicht im Saale gewesen waren, während **Adlers** Rede erscheinen, lärmten sie wieder. Aber die Aufregung ist zu unecht, als daß sie Eindruck machen könnte, und als **Lisy** wieder sein Taschentuch hervorzieht, wenden sich selbst seine Freunde mit Ekel über solche Komödie ab. Schließlich verlassen die Tschechischradikalen überhaupt den Saal und ziehen sich ins Gasthaus zurück.“

Die Wirkung der Rede **Adlers** war gewaltig, besonders da er in dieser Zeit des nationalen Wahnsinns im Namen der Arbeiterschaft aller Nationen sprechen konnte. Deutsche wie tschechische Sozialdemokraten hatten sich um ihn geschart und spendeten ihm immer dankend Beifall. Dann sprachen noch Sozialdemokraten der einzelnen Nationen: deutsche, tschechische, polnische, ruthenische Sozialdemokraten, um gegen die nationalistische Hetze aufzutreten. Auch die Bürgerlichen standen unter dem Banne dieser Rede und die paar Tschechischradikalen waren völlig isoliert. Das Parlament war gerettet.

Wir geben die Rede **Adlers** nach der Broschüre, die unter dem Titel „Für die Nationen! Wider die nationalistischen Hetzer!“ erschien, wieder.

der heute herrschenden Parteien, zu herrschen, ist. (Beifall.) Jetzt haben sie den Frieden, sie, die sich nicht vertragen und nicht einigen können, jetzt haben sie das alte österreichische **einigende Band**, die gemeinsame **Prügelbank**, den gemeinsamen **Galgen**, unter dem sie die Völker einigen wollen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Zwischenrufe.) Aber nicht allein die alte österreichische Unvernunft, nicht diejenigen allein, die heute gegen die Regierung schreien — mit Recht (Beifall) — sind schuld, nicht die Regierungsbank allein ist heute eine Anklagebank (Beifall), sondern

die Mitschuldigen

an diesen traurigen Ereignissen sind jene, die unfähig sind, sich selbst zu beherrschen. (Lebhafter Beifall. — Großer Lärm.)

Wir sind ja diese Szenen gewöhnt (Sehr richtig!) und wenn in Österreich etwas zu lösen wäre mit Geschrei, wenn etwas zu lösen und zu ordnen wäre mit Wildheit, wenn etwas zu machen wäre mit Unordnung in diesem Hause, wenn etwas durchzusetzen wäre mit Störung der Verhandlungen, dann müßten wir in Österreich wirklich an **der Spitze der Völker marschieren**. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die dienen ihrem Volke nicht, die unverantwortlich, demagogisch einen Brand angezündet haben, von der einen Seite wie von der anderen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir Sozialdemokraten verurteilen — und darin sind wir alle einig, Deutsche wie Tschechen, Polen, Italiener und Slowenen — die demagogischen Exzesse in **Prag**, wir verurteilen aber ebenso die Exzesse in **Deutschböhmen**. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! **Mit Rache** macht man keine Politik und noch keine Nation hat ihr Recht durchgesetzt, indem sie Rache geübt hat. Nicht die Verübung des Unrechtes an dem anderen ist das, was das Recht der Völker konstituiert, und eines wollen wir, Deutsche wie Tschechen, die in diesem Österreich, was Macht, Einfluß und Reichtum betrifft, an der Spitze der Völker marschieren, uns merken: **Das Unrecht der anderen gibt uns noch kein Recht** (Sehr richtig!), es setzt uns noch nicht ins Recht und **gibt uns keinen Freibrief, selbst Unrecht zu begehen**. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Welchen Zustand haben wir eigentlich in den Schichten, die in Österreich herrschen? Sehen Sie sich doch einmal am heutigen Tage die bürgerliche Presse an, von der äußersten Bürgerlichkeit, dem liberalsten an Liberalismus, von der „Neuen Freien Presse“, bis zum christlichsten, was man gegenwärtig hat, bis zur „Reichspost“: ein Geheul und ein Geschrei, in einem Segen sind sie einig: **sie segnen den Galgen** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen),

sie segnen die Wunderkraft des Henkers

und alles, was sie aus 60 Jahren traurigster Geschichte gelernt

haben, ist der **Appell an den Galgen, an den Scharfrichter, an die Gewalt!!**

Dabei ergibt sich das Merkwürdige, daß die Herren ausziehen und uns belehren: Nationale Fragen sind **Machtfragen** und können nur durch **Macht** gelöst werden. Jawohl, freilich **Machtfragen**! Aber ist **Macht** und **Gewalt** dasselbe? (Sehr gut!) **Die Gewalt** ist sehr häufig und häufiger als der **Ausdruck der Macht**

der Ausdruck der Ohnmacht

(Sehr richtig!); der Ausdruck der Ohnmacht und nicht der Macht ist die Gewalt gerade hier in diesen nationalen Kämpfen, sie ist es für jeden und am allermeisten für **diese Regierung** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen), die hergekommen ist und sich vermessen hat, Ordnung zu machen in Österreich, die sich vom ersten Tage an als ein Ministerium der starken Hand aufgespielt hat (Heiterkeit), die uns, noch bevor wir in diesem Hause zusammengekommen sind, gedroht hat, man werde das Parlament entfernen und wir werden dann auf die starke Hand und — das schwache Hirn der Herren angewiesen sein. (Beifall. — Zwischenrufe gegen den Minister Schreiner, der den Saal betritt.)

Meine Herren! Sie klagen den Minister Schreiner*) an — selbstverständlich, er ist mir auch nicht sympathisch, ich müßte lügen, wollte ich das Gegenteil behaupten. (Heiterkeit.) Aber sagen Sie mir, meine Herren, ist der Herr Záček ein angenehmerer Herr? (Lebhaftes Heiterkeit. — Zwischenrufe.) Schauen Sie diese zwei Herren an, die so charakteristisch sind für unsere ganze Situation in Österreich!

Was sollen denn Landsmannminister sein?

Sie sollen die Vertrauensmänner ihres Volkes bei der Regierung und zugleich die Bürgen für die Rechte ihrer Nationen in der Regierung sein. (Sehr richtig!) Sie sollen in der Regierung die Vereinigung der Rechte, Wünsche und Bestrebungen ihrer Nation darstellen. Und nun kommt ein schwerer Konflikt und die, die sich gar nicht getrauen, etwas zu sagen, sind gerade diejenigen, welche die **Vertrauensmänner ihrer Nation sein sollen**. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Es war wirklich kein sehr gescheiter Zug der Regierung, daß sie — mit dem Dekret über das Standrecht auf dem Tisch — einige Herren aus den Parteien einlud, nun sollen sie „beruhigen“. Ich finde, das war kein sehr geistreicher Einfall.

*) Dr. Gustav Schreiner, Führer der deutschböhmisches Agrarier, der durch deutschnationalen Radau durchgesetzt hatte, daß er von Bienenrth als deutscher „Landsmannminister“ in die Regierung genommen wurde. Der tschechische Abgeordnete Dr. Stransky machte darüber die witzige Bemerkung, man könne nicht mehr sagen, wie es offiziell immer heiße, Seine Majestät habe geruht, den Abgeordneten Schreiner zum Minister zu ernennen, sondern: Dr. Schreiner hat nicht geruht, bis er ernannt wurde.

(Zustimmung.) Dies wäre vielleicht zu einer anderen Zeit möglich gewesen, aber zu dieser Zeit und von diesen Personen lassen sich einmal die Prager nicht beruhigen. (Sehr richtig!) Aber, meine Herren, bemerken Sie in diesem **a l l g e m e i n e n** Unsinn auch noch den **b e s o n d e r e n** Unsinn! Da sind einige Herren, die den Opfermut haben, einen Versuch mit unzureichenden Mitteln zu machen und zu sagen, es wäre doch gut, wenn auf beiden Seiten Vernunft einkehren würde. Dieser Appell an die Vernunft wird den Herren, die so unvorsichtig waren, sich dazu herzugeben, als eine schwere Beleidigung ihrer Nation ausgelegt!! (Heiterkeit.) Es war eine Dummheit, das gebe ich zu, aber eine Beleidigung war es nicht. Ich muß sagen, wenn ich erregt bin und ein kleines Kind sagt mir: „Aber nimm dich doch zusammen und sei verständig“ — so werde ich dem Kind ruhig zuhören und mir überlegen, ob das Kind nicht doch vielleicht diesmal gescheiter war als ich. (So ist es! — Abgeordneter Doktor Michl: Aber es wurden doch Studenten geprügelt!) Aber, Herr Doktor Michl, Sie dürfen ja doch nicht glauben, daß ich nicht auch mitunter eine Zeitung lese. (Heiterkeit.) Sie sagen mir ja doch nichts Neues. Wenn Sie mich darauf aufmerksam machen, daß in Prag unerhörte Exzesse vorgekommen sind, so sage ich, **i c h b e d a n k e m i c h f ü r d i e B e l e h r u n g**. (Gelächter.) Gewiß, Studenten wurden geprügelt, sie haben auch mitunter selbst geprügelt, nicht gerade in Prag, aber anderswo. Es ist gar kein Zweifel, daß das, was gegen die deutschen Studenten in Prag verübt wurde, ein schweres Unrecht war. Darüber ist gar kein Zweifel. Aber, meine Herren, solches Unrecht und solche Kalamitäten sühnt man nicht mit dem **S t a n d r e c h t**! — Und wenn wir, meine Herren, von der Jugend reden wollen, so will ich Ihnen eines sagen:

Alle Achtung vor der Jugend

vor ihrem Mut, vor ihrer **F o r s c h e i t**; die Jugend soll mutig, soll forsch, soll tapfer sein und vor ihrer Tapferkeit werde ich jederzeit Respekt haben. Das sind **T u g e n d e n**, aber nicht jene Tugenden, welche **V e r a n t w o r t u n g** mit sich führen, und nicht jene Tugenden, **d i e z u r L e i t u n g d e r G e s c h i c k e d e r V ö l k e r g e e g n e t s i n d**. (Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Wir haben im Proletariat eine junge Garde, an deren **F o r s c h e i t**, an deren Tapferkeit, an deren Mut und Idealismus **w i r u n s a l l e e r f r e u e n**. Sie ist die Hoffnung unserer Zukunft; aber in der Gegenwart läßt die sozialdemokratische Partei und lassen sich ihre Vertrauensmänner ihre Politik und ihre Taktik von diesen jungen Leuten nicht **a u f o k t r o y i e r e n**. (Lebhafter, anhaltender Beifall. — Zwischenrufe.)

Ich sage das, meine Herren, ohne Unterschied der Nation. Es gibt hier kein Volk, das nicht **S t u d e n t e n** hat, die sich stellenweise und zeitweise zu den unverantwortlichen Führern des ganzen Volkes aufgerichtet haben. Aber, meine Herren, das ist nicht allein die Stärke der Jugend, sondern das ist

die Schwäche und die Feigheit des Alters.

Meine Herren, wenn die jungen Leute sehen, daß sie allein **Courage** haben, wenn die jungen Leute sehen, daß ganze Generationen derjenigen, vor deren Autorität sie Achtung haben sollen, sich immer gebeugt haben, dann ist die Verlockung sehr groß, die Sache **in ihre Hände** zu nehmen. Und was dabei herauskommt, das sehen Sie ja. Die jungen Leute — ich verüble es ihnen nicht, ich war ja auch jung und Gott sei Dank, ich war geradeso ein Wildling und vielleicht ein noch größerer, als wir zu unserer Zeit an der Universität Politik gemacht haben, wie alle die Herren, die sie heute machen — die jungen Leute machen Politik und sind mutig. Aber sie sind jung und es kommt ein Stadium, wo der Mut, der nicht eingeschränkt und geleitet ist durch die **Verantwortlichkeit, umschlägt in Verwilderung und Zügellosigkeit.** (Beifall.)

Wenn wir hier, wo wir alten Herren zumeist beisammen sind mit grauen Haaren oder ohne Haare (Heiterkeit), die wir alt geworden sind in Kämpfen, **uns selbst nicht beherrschen** können, wie wollen wir an diejenigen, die doch gewiß das Recht haben, sich noch gehen zu lassen, die wenigstens die eine Pflicht nicht haben, jedes Wort zu überlegen und zu erwägen, Anforderungen stellen und ihnen gegenüber **Autorität** sein?

Und dann kommt es dazu wie hier in Wien, wo jetzt bei einer ganzen Reihe von Anlässen das primitivste Gefühl des Studenten: **die Solidarität der Studentenschaft** nach außenhin geradezu in der brutalsten Weise durchbrochen wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen — Rufe: Mensa!) Ich werfe die Frage nicht auf, wer angefangen hat — sie ist auch vollständig gleichgültig (Sehr richtig!); ich frage nur,

wer nicht aufgehört hat

(So ist es!) — **und das sind alle miteinander.** (Zustimmung.) Meine Herren, wenn es so weit kommt wie in dieser kleinen, aber psychologisch charakteristischen Affäre der **Mensa academica**, wenn es so weit kommt, daß Studenten — mögen sie jeder einzelne die erleuchtetsten Geister sein — sagen: Wir können neben anderen Studenten nicht sitzen und essen; nicht allein das, wenn sie es so weit treiben, Hunderten, vielen Hunderten von armen Studenten die Möglichkeit eines bescheidenen Essens zu nehmen und einzuschränken, so sage ich: Das ist nicht mehr **Nationalität**, das ist (Abgeordneter Šilinger: Brutalität!) nicht mehr **jugendlicher Idealismus**, das ist, wie ein deutscher Dichter gesagt hat, jener Punkt, wo

die Humanität, die sich zur Nationalität entwickelt hat, bis zur Bestialität gediehen ist.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Sie werden gestatten, daß ich denn doch daran denke, daß wir in einer Budgetdebatte sind (Heiterkeit und Rufe:

Sehr richtig!) und daß ich neben den politischen Fragen, die draußen die Völker bewegen, auch jene politischen Fragen kurz streife, die hier das Parlament in erster Linie angehen. Meine Herren, sehen wir uns diese Regierung an. Wenn es jemand gibt, der nicht weiß, warum er auf der Welt ist (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!),

so ist es das Kabinett Bienenrth.

(Heiterkeit.) Es wird behauptet, durch den Unglücksfall, daß man die vorige Regierung weggeschickt hat, um eine Lücke auszufüllen, habe Herr Bienenrth die Mission bekommen, herzukommen und zu sagen: Ich werde gleich wieder verschwinden (Heiterkeit); ich werde nur eine Kleinigkeit machen: eine Konzentration der staaterhaltenden Parteien, damit sie miteinander regieren können! (Heiterkeit.) Kann er das? **Nein!** Er kann es **von Tag zu Tag weniger.** (Sehr richtig!) Seit jener Nacht, wo die Herren 18 Stunden beisammen waren und an Leib und Seele hoffentlich so mürbe geworden sind, daß vielleicht eine geschickte Hand sie hätte zu einem augenblicklichen Zusammenschluß bewegen können, seit jener Nacht, wo das mangels dieser geschickten Hand nicht zustande gekommen ist, haben sich die Chancen von Tag zu Tag verschlechtert.

Und glaubt der Herr Ministerpräsident Bienenrth, der die Völker mit dem Henker aus Wien beruhigt, daß der Galgen auch ein Instrument ist, um **ein Ministerium zu begründen**, insbesondere ein **Koalitionsministerium?** Meint er wirklich, daß dies ein Mittel ist, um zwischen Deutschen und Tschechen, auf die es vor allem ankommt, einen Zusammenhang zu finden, um eine Regierung zu bilden, glaubt er, daß diese Koalition am besten dadurch zustande kommt, daß man **über den beiden den Galgen aufrichtet?** (Heiterkeit.)

Meine Herren! So macht man das nicht! So bildet man keine Regierung und ich muß schon gestehen, ich bewundere die Ausdauer des Ministerpräsidenten. Ein anderer an seiner Stelle hätte längst gesagt: Ich kann das nicht, meine Mission ist beendet, ich muß gehen, bitte jemand Geschickteren auszuwählen. (Beifall und Händeklatschen.)

Aber, meine Herren, so redet der Mann nicht und seine Hintermänner nicht — man weiß ja nie, **wer** aus Herrn Bienenrth redet. **meistens ist es Dr. Geßmann** — so reden die Herren nicht. Der Herr Ministerpräsident sagt nicht: weil ich politisch unfähig bin, darum **muß ich gehen**, sondern er droht uns fortwährend, **weil ich politisch unfähig bin, muß das Parlament gehen!!**

Nein, meine Herren, das geht nicht! Die Zeiten sind abgelaufen, wo man das Parlament und die Völker für die Unfähigkeit irgend eines Bureaukraten **büßen ließ.** (Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Wir haben mit der verflochtenen Regierung **manchen Strauß** auszufechten gehabt. Wir haben gegen den Baron Beck und seine Regierung insbesondere in dem letzten Jahre seiner Regierung, wo er die Zügel verloren hatte, weil er

sich nicht mehr eine große Aufgabe gestellt und diese schwere Aufgabe auf den Rücken zu nehmen nicht den Mut hatte, um **gerade dadurch** zu siegen, in dieser letzten Zeit des Schwankens vieles einzuwenden gehabt. Aber, meine Herren, das müssen wir doch sagen: **durch die Beseitigung dieses Ministeriums ist in Österreich nichts besser geworden!** (Beifall. — Zwischenrufe und Lärm.) Ach, meine Herren, diese Episoden ändern an dem Zustande gar nichts. (Rufe: Abzug Schreiner!) Wenn Ihnen der Herr Schreiner nicht gefällt — durch Schreien werden Sie ihn nicht entfernen. (Lebhafter Beifall. — Lärm. — Pfeifen. — Präsident gibt das Glockenzeichen.) Aber, meine Herren, Sie verwechseln dieses Parlament mit dem alten Kurienparlament. (Beifall.) In dem alten Kurienparlament haben wir uns das gefallen lassen, **hier nicht!** (Lebhafter, allseitiger Beifall.) Meine Herren! Was ist in Österreich besser geworden durch Herrn Bienerth? (Lärm.) In diesem Geschrei spiegelt sich ja nichts anderes wider als die **völlige Ohnmacht der Herren!** (Laute Zustimmung und Händeklatschen.) **Es ist ihr schlechtes Gewissen!** (So ist es!) Denn ebenso wie die Leute, gegen die Sie losgehen, sind auch Sie selbst daran schuld, daß wir heute dort stehen, wo wir stehen. (Beifall.)

Meine Herren! Wir stehen in der Dringlichkeitsdebatte über ein Budget, in einer Dringlichkeit, die **alle drei Lesungen** auf einmal umfassen soll und, meine Herren, Sie müssen doch zugeben, daß dieser unleugbare Notstand des Parlaments **mit** durch die Unverantwortlichkeit **jener Parteien** geschaffen ist, die **jetzt schreien und sich beklagen.** (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren! Wir stehen in einer formalen Debatte und es wird uns zugemutet, wir sollen nicht nur das Budget, wir sollen auch die bosnische Vorlage, wir sollen die Handelsverträge — alle drei Lesungen auf einmal

in Bausch und Bogen erledigen!!

Merkwürdigerweise hat sich gegen diesen Anspruch, gegen diesen Versuch, das Recht des Parlaments einzuschränken, ein starker Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien **nicht** erhoben. (Hört! Hört!)

Sie waren bereit, dieses Attentat auf das Parlament mitzumachen, und es war die selbstverständliche Pflicht der sozialdemokratischen Partei, dagegen aufs schärfste **Protest zu erheben.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Lärm. — Pfiffe von den tschechischradikalen Bänken.)

Ich muß schon gestehen, daß die Herren eigentlich die Geduld des Parlaments auf eine harte Probe stellen. (Zustimmung.) Sie müssen schon glauben, daß uns das Schicksal des Parlaments so wenig am Herzen liegt, wie es Ihnen offenkundig gleichgültig ist. (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten des Hauses.)

Wir sollen nun das Budget in drei Lesungen schlucken. Warum? Weil ein Notstand des Parlaments vorliegt*). Gewiß! Aber wir können uns selbstverständlich auch in dieser Not des Parlaments

*) Siehe das Kapitel vom Kampf um das Parlament.

nicht dazu entschließen, das Recht des Parlaments **verringern zu lassen**; wir können uns nicht dazu entschließen, die Hand dazu zu geben (Bravo!) und so dem Zustand der Ohnmacht dieses Hauses geradezu einen dokumentarischen Ausdruck zu verleihen.

Wir werden also nicht nur **gegen** die drei Lesungen stimmen, sondern ich kündige heute schon an, daß die sozialdemokratische Partei geschlossen für die Dringlichkeit der ersten Lesung stimmen wird, aber **nur für diese**, und ich kündige Ihnen an, daß wir alles daransetzen werden, um die normale Perfektionierung der zweiten Lesung durchzusetzen. (Andauernder Beifall.) Meine Herren! Wenn Sie sich dem Terrorismus beugen wollen, wir werden die letzten sein, die sich beugen. Wir wissen sehr gut, daß wir damit **nur das Spiel jener Leute spielen** würden, die an unverantwortlichen Stellen **die Drähte lenken**. (Zustimmung.)

Und damit wir, meine Herren, klar sprechen, gestatten Sie, daß ich ein Wort darüber sage.

Wir Sozialdemokraten sind Republikaner

und haben das nie verhüllt und nie geleugnet. (Zustimmung.) Wir Sozialdemokraten wissen aber, daß der Boden dieses Staates und dieser Verfassung derjenige ist, auf dem das Proletariat hier zu kämpfen hat. Wir anerkennen die gegebene Tatsache, rechnen mit ihr.

Wir haben Forderungen, die weit näher der Verwirklichung stehen als unser Programm in bezug auf die Staatsform und wir haben einen weiten Weg zurückzulegen, bevor diese überhaupt in Frage kommt. Dessen sind wir uns vollständig bewußt und darum werden Sie von uns keinen Akt sehen, der dieser Erkenntnis widerspricht. (Bravo!)

Aber, meine Herren, mit Bezug auf Ihren Standpunkt, der der **monarchische** ist und den wir, wie jede Überzeugung, **wenn und insofern** sie eine **Überzeugung** ist (So ist es!), respektieren, möchte ich doch an Sie eine Frage stellen. Wenn ich ebenso Monarchist wäre, wie ich es nicht bin, so hätte ich, wie jeder von Ihnen, der der weitestgehende Monarchist ist, doch genug an **einem Monarchen**! (Lebhafter Beifall und Zustimmungsrufe.)

Ich verstehe einen Monarchismus nicht, der einen Kaiser hat, den man jubiliert, und einen helmlichen Kaiser, von dem man sich regieren läßt*).

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Ich verstehe das nicht und ich verstehe, offen gestanden, auch nicht die sogenannte „Loyalität“, die bei mir

*) Der Thronfolger Franz Ferdinand, der eine Nebenregierung ausübte, die man nach seinem Schloß das „Belvedere“ nannte. An anderer Stelle spricht Adler wieder von dem „Zarewitsch“, der in Österreich regiere.

immer mit Gänsefüßchen erscheint, und nicht den sogenannten „Patriotismus“, bei dem ich die Gänsefüßchen wahrhaft verdoppeln möchte. Ich verstehe die Aufrichtigkeit der beteuerten Gefühle nicht, wenn doch jedermann weiß und es offenkundig ist, daß man nicht mit dem **gegenwärtigen** Regime rechnet, sondern eine Zukunft eskomptiert, von der man offiziell wünscht, schwört, **daß sie nur recht lange fernbleiben möge!** (Lebhafter Beifall und große Heiterkeit.)

Meine Herren! Diese Zweideutigkeit verstehe ich nicht. Wenn ich der Ansicht wäre, jemand anderer versteht die Geschichte besser als der Kaiser Franz Josef — es kann ja solche Leute geben — dann würde ich es **sagen!** Diese Politik ist wenig schön und erfreulich von den Herren, die ihre Träger sind, aber sie ist vor allem — und das ist viel schlimmer — **eine Gefahr für das Reich.** Die politische Moral der Herren schert mich wenig, aber die **Verwüstungen, die in diesem Reich dadurch angerichtet werden, liegen offen zutage.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Wir haben

eine Regierung, die das Produkt all dieser Winkelzüge

ist, vor uns, die das Produkt des allgemeinen Wirrsals ist. Fragen wir uns: Was bringt uns Herr Bienerth? Was können wir von ihm erwarten? Was hat er denn bis jetzt getan? Das müssen wir dem Herrn Ministerpräsidenten Bienerth vorerst sagen: er verdankt es nur der Schwierigkeit, in der das Parlament heute sich befindet, daß wir nicht mit gutem Rechte und in der Erfüllung unserer Pflicht **eine schwere Anklage im Sinne des Gesetzes gegen ihn richten.** (Laute Zustimmung.)

Als Ministerpräsident ist er bisher der Mann der Verlegenheit, die er nicht bewältigen kann. Als Minister des Innern war er das Gefäß, in das alle jene, die die Macht ausübten, hineingelegt haben, was sie wollen.

Herr Bienerth, der die Politik des Herrn Geßmann bei den niederösterreichischen Landtagswahlen geduldet hat, der gewiß sie nicht gemacht hat, dazu ist er viel zu unschuldig (Heiterkeit), der sie aber geduldet hat, der sie gedeckt hat, der den

Schandtaten der niederösterreichischen Statthalterei

und des Wiener Magistrats die Mauer gemacht hat (Lebhafter Beifall), kann sich hier nicht ausreden: Ja, bitte, das Ministerium des Innern hat da nichts zu sagen gehabt, das hat Herr Geßmann mit dem Statthalter und im Magistrat ausgemacht. **Irgendwie muß sich doch der Herr Bienerth vom Herrn Pawelka*) unterscheiden!** (Lebhaftes Heiterkeit und Zustimmung.)

Es fällt mir nicht ein, hier die Einzelheiten dieser Geschichte aufzurollen, aber **wir werden darüber noch zu reden haben an**

*) Der Leiter der Magistratsabteilung, dem der Wahlkataster unterstand und der für den Schwindel mit den Wählerlisten zu sorgen hatte.

jenem Tage, wo wir amtlich und durch richterliches Erkenntnis des Obersten Gerichtes in Österreich belegt haben werden, daß in Hunderten und Tausenden von Fällen das Recht der Arbeiter hier in Wien unter der **tätigen Mithilfe des Statthalters** und unter der **Zulassung des pflichtvergessenen Ministers des Innern vergewaltigt wurde!** (Lebhaftes Entrüstungsrufe.)

Nun meine Herren! Der Ministerpräsident wird vor Sie hintreten — er hat es ja schon einmal getan — mit der Berufung auf das große Werk, das aus seinem Ressort hervorgegangen ist, mit der

Berufung auf das große Werk der Sozialversicherung.

Meine Herren! Wir Sozialdemokraten begrüßen diesen Schritt, den Österreich gemacht hat und den das Parlament vollenden wird und vollenden muß. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir begrüßen diesen Schritt; und allen jenen, die auch im Ministerium des Innern ihre Arbeitskraft und ihr Wissen in den Dienst dieses Werkes gestellt haben, sagen wir unseren **Dank**. (Beifall.) Der Minister des Innern, Herr Bienenrth, **gehört dazu nicht** (So ist es!), und zwar darum: Seine Aufgabe war es nicht, Versicherungsgesetze auszudenken; er ist kein Versicherungsfachmann; seine Aufgabe war es, als verantwortlicher Minister die Arbeit seiner Beamten, dieses große und für Millionen geradezu ersehnte Werk — so wenig es bietet, so ist doch dieser Bissen Brot für das Alter eine heilige Sache —

zu wahren gegen partelmäßige unberufene Einflüsse!

So wie die Vertreter der Arbeiterschaft im Arbeitsbeiräte ihre eigenen Parteiinteressen der großen Sache **untergeordnet** haben, so war es die Pflicht Bienenrths, die Arbeit seines Versicherungsdepartements **zu sichern gegen die demagogischen unverantwortlichen Eingriffe des Ministers Geßmann***. (Beifall.)

Meine Herren! Wenn wir gegen die Art sprechen, wie die Altersversicherung organisiert werden soll, so sprechen wir **nicht** im Interesse unserer **Partei**. Schlagen Sie sich, meine Herren, das Phantom des Herrn Geßmann aus dem Kopf, als ob die Organisation der Sozialdemokratie in den Krankenkassen gemacht würde. (Heiterkeit.) Das ist eine Torheit. Von allen bestehenden Krankenkassen ist **nur ein sehr kleiner Teil** überhaupt von Sozialdemokraten verwaltet. (Ruf: Ein Drittel!) Nicht mehr als ein Drittel. Und überall, wo Sozialdemokraten an der Verwaltung wirklich mit Anteil haben, gerade dort verfügen sie selbstverständlich vorher über eine solche gewerkschaftliche und vor allem politische Organisation, daß die Krankenkassen und ihre Verwaltung für sie nur eine **Belastung** sind (Zustimmung), eine **Pflicht** mehr, die sie zu erfüllen haben, nichts anderes. So steht es und ich rufe die Genossen aus allen Provinzen, die hier sind, an, ob das nicht wahr ist. (Zahlreiche Rufe: Es ist wahr!)

*) Geßmann verhinderte die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter, indem er sie mit der Versicherung der Selbständigen verbinden wollte.

Und nun stellt sich Herr Geßmann vor, er trifft uns tödlich, wenn er uns die Bezirksstellen hineinsetzt und die Krankenkassen auf den Hungeretat setzt! Uns trifft er nicht, aber die **Invalidenversicherung und noch mehr die Krankenversicherung trifft er!** (Lebhafte Zustimmung.)

Im Namen der Millionen von Versicherten protestieren wir

dagegen und nicht jetzt — das hat keinen Wert — sondern im Ausschusse und dann wieder im Hause werden wir unsere beste Kraft und unser bestes Wissen einsetzen, **damit die Vorlage verbessert werde** (Beifall), damit aus ihr etwas Brauchbares werde. Hiermit weise ich auch die albernen Vorwürfe ab, als ob wir, weil wir die Versicherungsvorlage nicht in Bausch und Bogen schlucken, wie es jene politischen Analphabeten und Ignoranten in Versicherungssachen in specie wollen, die natürlich nur den Titel lesen und denen es ganz gleichgültig ist, was im Gesetze steht (Zustimmung), **die Vorlage gefährden wollten!**

Meine Herren! Die Weisheit des Herrn Bienenrath als Minister des Innern hat sich unter anderem auch in der

großartigen schlesischen Wahlreform*) geäußert,

die er bis jetzt hat laufen lassen. (Hört! Hört!! — Rufe: Skandal!) Sie ist zum Glück ein solcher Exzeß des Widersinns, ein solcher Gipfel der politischen Unvernunft, der vereinigten Unvernunft der Bourgeoisie aller drei Völker — die privilegierten Vertreter aller drei Völker haben sich geeinigt und all ihren Unverstand in einer Sache konzentriert (Heiterkeit) —

*) In den Wahlreformplänen für die Landtage zeigte sich nicht nur die Volksfeindlichkeit, sondern auch die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien und der Regierungen. Überall suchten die Landtagscliquen eine Reform durchzusetzen, die das Volk um das allgemeine Wahlrecht betrog, aber doch den Schein des allgemeinen Wahlrechts schuf. So hatte es ja Lueger in Wien gemacht. Er ließ im Gemeinderat das allgemeine Wahlrecht allerdings mit fünfjähriger Seßhaftigkeit beschließen, fuhr dann weg und ließ dann von seinen Kreaturen den vierten Wahlkörper mit allgemeinem Wahlrecht und zwanzig Mandaten, der an die drei Steuerwahlkörper mit 132 Mandaten angefügt wurde, beschließen.

In Niederösterreich hatten in den Kämpfen um das Reichsratswahlrecht die Christlichsozialen ebenfalls das allgemeine Wahlrecht für den Landtag beantragt; der Wahlrechtsentwurf, den Geßmann im September 1907 vorlegte, brachte immerhin das gleiche Wahlrecht. Als aber die Regierung Beck dagegen Einwände erhob, ließ Geßmann schleunigst den Landtag beschließen, die Landesregierung solle eine Vorlage einbringen, die die „tunlichste Erweiterung“ des Wahlrechts enthalte.

Schließlich kam eine Wahlreform zustande, die in Wien (das damals noch kein eigenes Land war) das Wahlrecht an eine Erwerbsteuer von acht Kronen knüpfte, wie bisher. Dagegen wurde das Wahlrecht der Einkommensteuerzahler (also im wesentlichen der Lohnempfänger) an eine Steuer von 24 Kronen geknüpft; wer nur 7 K 20 h Einkommensteuer zahlte, mußte drei Jahre in Wien seßhaft sein; wer keine Steuer zahlte,

daß das Ministerium schon aus formellen Gründen — denn die Leute können nicht einmal ein Gesetz schreiben — diese Vorlage nicht sanktionieren kann!

Aber die großen Verwirrungen, die große Erregung, die heute im ganzen Reiche herrscht, das Unternehmen, in Österreich plötzlich einen neuen Kurs einzuführen, kommt in einem Momente, **wie er gefährlicher für Österreich und für uns alle gar nicht ausgewählt werden konnte.**

Man mutet uns zu, wir sollen hier die bosnische Vorlage schlucken, ohne sie zu prüfen! Man mutet uns zu, wir sollen eine politische Maßregel, welche über die Geschicke Österreichs entscheiden wird, **unbesehen hinnehmen!!** Die Leute, die uns das zumuten, und es sind leider nicht nur Minister, sondern es sind auch Parteien — sollten doch die Voraussicht haben, daß sie erst Leute finden, die ein Gesetz zu machen imstande sind, und zwar so, daß es **nicht in Ungarn anders lautet als in Österreich.** (Zustimmung.)

Wir werden uns das Gesetz **sehr genau anschauen** und ich erkläre Ihnen, daß, wenn wir im Oktober dieses Jahres in den Delegation durch den Mund unserer Delegierten Pittoni und Némec gegen die Annexion als eine Maßregel, die Österreich nicht stärker macht, sondern gefährdet, Einspruch erhoben haben, die Richtigkeit dieses Einspruches **heute schon erhärtet ist!** (Sehr richtig!) Wir können die Krone nicht hindern, ein Annexionsedikt zu erlassen; es hat gar keinen Wert, wenn wir protestieren gegen diese Annexion: **Die Völker**

drei Jahre seßhaft sein und die Gemeindegewalt besitzen. Eine raffiniert ausgeklügelte Wahlkreisgeometrie mußte den Wahlrechtsraub vollenden. Außerhalb Wiens sollte die Zensuskurie, in der die Einkommensteuerzahler ebenfalls enthalten waren, 41 Mandate haben, die allgemeine Kurie (mit dreijähriger Seßhaftigkeit und Zuständigkeit oder Steuerleistung) zehn Mandate. Immerhin haben in Niederösterreich allmählich die Sozialdemokraten sechs Mandate im Landtag erobert.

In Böhmen brachte die Regierung am 9. Oktober 1908 einen Entwurf ein, der die bisherigen Kurien (Steuerzahler in den Städten und auf dem Lande, Handelsbauern und Großgrundbesitzer) beließ und die bisher nicht Wahlberechtigten mit einer Kurie von 41 Mandaten abspesen wollte. Aus dem Entwurf wurde aber nichts.

Das schändlichste Stück war aber die schlesische Wahlreform. Der Wahlreformausschuß des Landtags verfaßte einen Entwurf, wonach die Zahl der Abgeordneten des Landtags von 31 auf 55 erhöht werden sollte. Von den 24 neuen Mandaten sollten die bisherigen Wähler 16 bekommen, die geplante allgemeine Kurie aber nur acht. In diese Kurie sollten aber nicht nur die bisherigen Nichtwähler wählen, sondern mit ihnen auch die privilegierten Wähler, die schon vorher ihre 47 Mandate vergeben hatten.

In Steiermark wurde eine Arbeiterkurie (der auch die Steuerzahler, die weniger als zehn Kronen zahlten, angehörten) mit zehn Mandaten geschaffen, in Oberösterreich eine allgemeine Kurie mit 14 Mandaten und Proporz.

Österreichs werden so wenig gefragt, wie die Völker Bosniens gefragt wurden*)!

Aber sosehr ich meine, daß die Völker Bosniens, wenn sie mit der Türkei oder selbst mit Serbien vereinigt würden, **kein** besseres Los hätten, als wenn sie mit Österreich vereinigt bleiben, so möchte ich denn doch bemerken, daß die Selbstbestimmung der Völker kein leeres Wort ist und daß diese Selbstbestimmung durch Huldigungsdeputationen nicht ersetzt werden kann. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn es vielleicht zweifelhaft ist, was die Annexion den Völkern in Bosnien bringen wird, so ist es unzweifelhaft, daß diese Annexion in diesem Augenblick Österreich die **schwerste Gefahr** gebracht hat. (Zustimmung.) Es ist unzweifelhaft, daß wir vor einer schweren **Bedrohung des Friedens** stehen. (Zustimmung.) Und wenn gesagt wird, die anderen, die den Krieg unternehmen, sind wahnsinnig — ich will es ja nicht leugnen, daß es eine Torheit von den Serben und von Montenegro ist, den Krieg zu wollen —, so erinnere ich erstens daran, daß in dem serbischen Parlament **ein einziger Mann** war, der gegen den Wahnsinn des Krieges Protest erhoben hat. In diesem Rausche der Kriegsfurie war einer, der aufgestanden ist und gesagt hat: Seid nicht wahnsinnig! Ihr betrügt das Volk, wir können nicht Krieg führen und wir wollen nicht Krieg führen!

Dieser eine war ein Sozialdemokrat).**

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Gewiß, meine Herren, die werden ihn dort einen „**Vaterlandslosen**“ genannt haben (Heiterkeit und Zustimmung), den Mann, der mit Gefahr seines Leibes und Lebens diese **Wahrheit gesagt** hat; sie werden ihn dort einen

„Verräter an seiner Nation“

genannt haben. Haben Sie, meine Herren, die Courage und sagen **Sie ihm das auch**, wie Sie es uns sagen, wenn wir Ihnen die Wahrheit sagen. (Beifall.)

Meine Herren! Es ist Wahnsinn, wenn die Serben und Montenegriner Krieg führen wollen. Aber zweitens: an einem Ausbruch des Wahnsinns ist nicht der Wahnsinnige allein schuld, sondern derjenige, **der den Riegel aufmacht, damit der Wahnsinnige loskommt** (Zustimmung), und das hat Österreich, **das hat Baron Aehrenthal getan**. Was ist seine Begründung dafür, daß er es in diesem Moment getan hat? Daß er eine Maßregel verfügt hat, von der wir selbst sagen, sie ändert auf dem Balkan gar nichts, sie bringt nur die bestehende Tatsache, daß Bosnien zu Österreich gehört, in eine den Balkanvölkern unangenehme Form — denn sonst geschieht gar nichts —, was ist dafür seine Begründung? Er

*) Zu allen Bemerkungen über die Annexion Bosniens muß auf den Abschnitt „Die Annexionskrise“ verwiesen werden. Die Annexion wurde am 5. Oktober 1908 proklamiert.

**) Kazlerowitsch.

sagte in den Delegationen: Diese Annexion war das „Diktat des kategorischen Imperativs“. (Lachen.) Armer Kant! (Lebhafte Heiterkeit.) Das hätte sich Kant nie eingebildet, daß der kategorische Imperativ, dieses eherne Sittengesetz, werde erhalten müssen, um die schwachen Schachzüge eines schwachen Diplomaten zu begründen, der einen Vertrag zerreißt und der dafür eine einzige Entschuldigung hat: nicht den kategorischen Imperativ, nicht die Ethik, sondern das Gegenteil davon: **die Gewalt, das Schwert, diese Hunderttausende von Bajonetten, die Kanonen, die hinter ihm stehen.** (Zustimmung.)

Das ist es, nicht der kategorische Imperativ. Leugnen wir es doch nicht! Sehen wir um uns: Die Maßregel hat uns international in eine sehr schiefe Lage gebracht, und wenn sie hätte vermieden werden können, so wäre das ein großer Vorteil gewesen, und es hätte ganz anders ausgesehen, wenn man den Völkern Bosniens **zuerst** das gegeben hätte, was man ihnen heute verspricht und noch immer nicht gegeben hat. (Sehr richtig!) Was hindert denn unsere Staatsmänner, den Bosniern die **Verfassung** zu geben, die man ihnen gewähren will? Fürchtet man vielleicht, daß sie, wenn sie erst die Verfassung sehen, welche doch angeblich das eigentliche Motiv der Annexion war, **etwas enttäuscht** sein werden über die Segnungen, die sie erfahren sollen?

Meine Herren! Österreich-Ungarn und Ungarn noch mehr wie Österreich ist in diesem Moment wirklich kein Ziel für die **Aspirationen** auswärtiger Völker. Wir wundern uns gar nicht, daß sich die Balkanvölker, auch die Bosnier nicht,

nicht sehnen, unter die Fuchtel eines Regimentes zu kommen, dessen höchste Blüte staatsmännischer Weisheit das Standrecht ist

(Sehr richtig!) und auf der anderen Seite gar unter die Fuchtel jener ungarischen Regierung, welche die Blutsverwandten dieser Balkanvölker, die Blutsverwandten aller Slawen, aber auch die Blutsverwandten von uns Deutschen **mit blutiger Geißel peitscht** (Sehr richtig!), sie in **Ketten** hält, **einer** Regierung, die heute der **Krone einen Wortbruch direkt erpreßt** hat! (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Es ist kein Wunder, daß die Völker sich nicht nach diesem Staat sehnen.

Meine Herren! Die Verantwortung für diese Dinge ist bei der Regierung. **Wir halten jeden Schritt für ein Verbrechen, der uns zum Kriege führt.** Und wir klagen heute die gemeinsame Regierung und die österreichische Regierung, die mit dabei war, der schweren Schädigung der Arbeit Österreichs an, die heute schon vollzogen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren! Wir führen

unsere Orientpolitik und Balkanpolitik,

um uns die Märkte zu erschließen, um Absatzgebiete für unsere Industrie zu finden. Das tägliche Brot unserer Handelspolitik ist aber nicht, daß wir uns Märkte erschließen, sondern daß wir

ängstlich jeden geschlachteten oder gar lebendigen Ochsen von unserer Grenze fernhalten und der Gipfel unserer erleuchteten Politik ist, daß nur ja kein **Schwein aus Serbien oder aus dem Balkan über unsere Grenzen** komme (Zustimmung und Heiterkeit), daß ja nicht unsere armen Leute hier billigeres Fleisch bekommen könnten. (So ist es!) Das ist das tägliche Brot unserer Handelspolitik!

Nun kommt aber die Extratour des Baron Aehrenthal, nun kommt etwas mehr. Es ist jetzt mit einem Schlag unser Export nach dem Orient auf das schwerste geschädigt! (So ist es!) Heute schon klagen Tausende und Tausende von Arbeitern in Mähren, in Böhmen, in Schlesien, in Niederösterreich über **eine furchtbare Arbeitslosigkeit** (So ist es! — Hör! Hör!), wie wir sie seit Jahren nicht gehabt haben! Und in solchem Moment unternimmt Baron Aehrenthal diesen Schritt, das Diktat des kategorischen Imperativs? (Heiterkeit.) Hätte der Mann nicht überlegen müssen, daß er diesen Schritt nicht

in dem Moment einer schweren Krise

unternehme (Zustimmung), einer Krise, wie sie uns, die wir im Kapitalismus leben, mit fataler Regelmäßigkeit heimsucht, während einer Krise, die Tausende, Zehntausende, ja Hunderttausende von Opfern fordert! Jeder solche Einbruch der äußeren Politik, jedes solche Diplomatenstück muß die Folgen dieser Krise auf das blutigste **verschärfen!!**

Meine Herren! Das sind die Gründe, warum wir die Politik des Herrn, der da meint, wir sollen sein Budget in allen drei Lesungen unbesehen hinnehmen und die bosnische Vorlage dazu, verurteilen. Wir wissen schon, Herr Bienerth hat nichts annektiert, er wird auch sein Lebtag nichts annektieren. (Schallende Heiterkeit.) Unsere Schuld ist es aber nicht, daß er jetzt dafür verantwortlich sein muß.

Und nun überlegen wir uns, in welcher Lage wir überhaupt sind. Sie sehen, die lärmenden Herren da drüben haben sich einen Moment zurückgezogen — wahrscheinlich um neue Kräfte zu sammeln. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber damit ist ja nichts geschehen. Und wenn sie noch so oft schreien, so werden wir um nichts weiter sein! Und wenn da drüben von deutscher Seite noch dazu geschrien wird, so bringt das die österreichische Kernfrage, die Schicksalsfrage, nicht um ein Stück weiter!

Meine Herren! Das Verbrechen der Regierung ist es, aber auch das Verbrechen **des Bürgertums aller Nationen** ist es, das sich heute rächt, und immer deutlicher wird es und am deutlichsten muß es in diesem Hause werden: nicht weil dieses Haus schlecht ist, sondern weil es gut, weil es ein Parlament der Wahrheit ist, weil es keine Verhüllung und keine Maskeraden zuläßt: Darum werden hier alle Schäden deutlicher, klarer.

Darum aber, meine Herren, ist dieses Haus und nur dieses Haus berufen, diese Schäden **gutzumachen**. (Zustimmung.)

Meine Herren! Die nationale Frage wird nicht durch Gewaltanwendung gelöst und wenn die Prager Jungen die Studenten prügeln und wenn in Teplitz die deutschen Jungen eine tschechische Beseda oder einen sozialdemokratischen Konsumverein demolieren — damit ist nichts getan. Wenn sich die Studenten noch so sehr herumprügeln, wir kommen nicht um einen Schritt weiter. Was ist notwendig, meine Herren? Es ist notwendig, das man erkenne,

daß Österreich von Grund auf umgestaltet werden muß.

(Lebhafte Zustimmung.) Meine Herren! Sehen Sie wohl zu: in diesem Hause, wo man eigentlich uns Sozialdemokraten am meisten haßt, nicht nur Herr Geßmann, wo auch der Minister des Innern glaubt, seinen besten Appell an das Haus zu leisten, wenn er zur Konzentration der „staatserhaltenden“ Parteien (Heiterkeit) aufruft, in diesem Hause, das sich so gern gegen die Sozialdemokraten koalieren, konzentrieren möchte, wird immer wieder an die Sozialdemokraten appelliert. (Beifall.) Es kommt ein Appell an die Vernunft, ein Appell an die Zukunft, ein Appell an die wirklich politische Arbeit. Und an wen soll sich dieser Appell richten? Meine Herren! Sie möchten ja arbeiten, Sie können aber nicht! Sie möchten herrschen, Sie haben es verlernt (Beifall); Sie haben es verlernt, sich beherrschen zu lassen, aber Sie haben das Herrschen noch nicht gelernt. (Zustimmung.) Und noch mehr. Was geschieht dann? Dann kriechen Sie wieder demütig unter die Fittiche jener alten Bürokratie, die auch nicht einmal die Aufgabe mehr erfüllen kann, weil Sie selber sie zersetzt und zermürbt haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das ist ja das Wesen der Unordnung dieses Staates. Wir hören die besten Liberalen — was sich so in Österreich liberal nennt — (Heiterkeit) schreien: solange kein parlamentarisches Ministerium möglich ist, soll ein Beamtenministerium regieren! Was heißt das? Das heißt: Wir sind alle ohnmächtig, wir sind bankrott, wir können politisch uns nicht regieren,

komm du, Regierung, mit dem Prügel,

komm du, Regierung, mit dem Galgen, wenn es sein muß, und regiere uns! So sieht Ihre Herrschaft aus, meine Herren!

Wir Sozialdemokraten verkennen den Ernst und die Schwere der nationalen Frage nicht und zwischen uns gibt es schwere Auseinandersetzungen, schwere und ernste Diskussionen über die wichtigsten Grundlagen der Lösung dieser Frage: Sie nennen uns nationale Verräter, das ist ein Ehrenname, den wir heute gern tragen. Meine Herren,

wir sind uns bewußt, daß wir gute Deutsche sind,

wie jene gute Tschechen; und weil wir gute Deutsche sind, so wollen wir für das deutsche Volk die Selbstregierung in diesem Lande erreichen. (Beifall.) Wir wollen für die Deutschen die Autonomie, die volle Selbstregierung von der Gemeinde hinauf bis zum Staate. Weil wir aber unser Volk hinaufführen wollen zu jener

Höhe der Demokratie und Selbstregierung, darum wissen wir auch, daß wir das **nicht** erreichen können, wenn wir nicht auch allen anderen Völkern dieselbe Selbstregierung gönnen. (Lebhafter Beifall.)

Darum, meine Herren, stehen wir jetzt in diesem wahnsinnigen Kampfe, mitten in dieser Orgie nationalistischer Bestialität **geschlossen da!** Wir, der sozialdemokratische Verband, der alle Nationen umfaßt, stehen geschlossen da und sagen: **Wir rühren uns nicht und weichen nicht, uns gehört die Zukunft!** Denn, meine Herren, wir sind einig darin, daß allen Völkern ihr Recht werden muß. Und wir werden den Gedanken der Autonomie auch zu wahren wissen nicht nur gegen seine Feinde, sondern auch gegen seine falschen Freunde. (Beifall.) Das Wort „nationale Autonomie“ ist **verfälscht** worden in der letzten Zeit, es ist zu einem leeren Schlagwort geworden.

Nationale Autonomie heißt nicht zuerst Zweitteilung, nationale Autonomie heißt überhaupt nicht vor allem Teilung, nationale Autonomie heißt vor allem Vereinigung des ganzen Volkes,

Vereinigung des ganzen deutschen Volkes und des ganzen tschechischen Volkes (Lebhafter Beifall). Vereinigung über die Barrieren jener feudalen, aus dem Mittelalter überkommenen Grenzen der Kronländer hinaus. **Wir wollen die Konstituierung der deutschen Nation als Nation**, darum wollen wir aber auch die Konstituierung der tschechischen Nation als Nation, weil wir sie sonst selbst nicht erreichen können. (Zustimmung.) Nicht nur als Sozialdemokraten, sondern als **Deutsche** wollen wir, daß **die Tschechen ihr Recht bekommen wie jedes andere Volk.** (Lebhafter Beifall.)

Glauben Sie nicht, meine Herren, daß nur etwa wir Deutschen dieser Ansicht sind. Wir sind **einig mit unseren tschechischen Genossen**, soviel wir auch im einzelnen unter uns abzumachen haben. Über die Grundsätze sind wir uns einig und wir haben es bewährt in den bittersten Stunden. Die Exzesse in Prag wie in Teplitz und in ganz Deutschböhmen verurteilen wir deutschen wie die tschechischen Sozialdemokraten.

Das Recht der Minorität wollen wir respektiert wissen

in Prag, aber auch in ganz Deutschböhmen (So ist es!) und die Vergewaltigung der Hochschüler der Prager Universität ist keine schlimmere Sache als die Vergewaltigung der Volksschüler, denen man keine Schulen errichtet. (Lebhafter Beifall.) Wir sind alle einig darin, daß das, was da in Prag geschehen ist, kein isoliertes Faktum ist, sondern daß es im Verfolg jener törichten und verhängnisvollen Politik des Ministeriums Beck geschehen ist, das nicht mehr den Mut hatte, die nationale Frage aufzurollen und neue Gesetzesvorlagen zu bringen, und vor allem nicht den Mut hatte, eine anständige

Wahlreform für den böhmischen Landtag

zu rechter Zeit zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Es hat eine schlechte Wahlreform gebracht in einer Stunde, wo es zu spät war. (So ist es!) Wäre die Wahlreform — und zwar eine vernünftige, ich wiederhole es — zurechtgekommen, dann hätten die Deutschen wahrhaftig den Prager Landtag nicht demolieren können! (Zustimmung.)

Denn, meine Herren, ich will Ihnen gestehen: Keiner von uns hat für diesen Kurienlandtag etwas übrig; aber so wie wir hier das Kurienparlament halten mußten, bis es seine Pflicht getan hatte, nämlich sich selbst umzubringen, so war der Prager Landtag so lange zu halten, bis er eine Wahlreform gemacht hat. Mehr kann er nicht machen. Hier liegt das Übel, hier liegt die Wurzel aller Dinge, die jetzt geschehen sind.

Und, meine Herren, wie unfähig die österreichische Regierung ist, wie unfähig die österreichischen Parteien sind, in nationalen Dingen auch nur das Einfachste zu lösen, das sehen Sie an dem Beispiel der

italienischen nationalen Frage*).

Gibt es etwas einfacheres als den Italienern ihre Universität in Triest zu geben? (Beifall.) Ein Standpunkt, den wir immer vertreten haben und mit uns alle vernünftigen Leute in Österreich; aber irgendwo oben besteht der Aberglaube, daß eine Universität in Triest eine Begünstigung der Irredenta wäre. (Gelächter.) Unser Parteigenosse Pittoni hat es vor kurzem in der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Der Irredenta kann kein schwererer Schlag versetzt werden (Ganz richtig!), als wenn man endlich diese Forderung der Italiener erfüllt. Diese einfache Sache — wer hindert sie? Gut, gegen eine Universität in Brünn

*) Im Jahre 1904 wurde eine italienische Rechtsfakultät in Wilten bei Innsbruck errichtet, um dem Wunsch der Italiener nach einer Universität in Triest zum Teil entgegenzukommen. Die italienischen Abgeordneten waren, obwohl die Italiener in Triest als Irredentisten galten, zugleich als Vertreter der italienischen Bourgeoisie, Stützer jeder Regierung. Aber dabei traute man ihnen so wenig, daß man die italienische Universität nicht nach Triest zu geben wagte, um den Irredentismus nicht zu stärken. Man fürchtete, daß so viele Studenten und Professoren in dem umstrittenen Gebiet die Bestrebungen die Vereinigung mit Italien („Irredenta“, die „Unerlöste“) stärken würden. Aber in Wilten wurden die italienischen Studenten von Deutschnationalen mit Revolverschüssen überfallen, so daß die Vorlesungen seither nicht mehr stattfinden. Die Sozialdemokraten, und zwar nicht nur Pittoni im Namen der italienischen, sondern auch Ellenbogen im Namen der deutschen Sozialdemokraten, traten für die Errichtung der Universität in Triest ein. Die Regierung wollte aber nur die Wiedererrichtung der Rechtsfakultät in Wilten bewilligen, was aber den Widerstand des Tiroler Deutschbürgerlichen fand. (Siehe auch bei der Rede vom 15. Dezember 1908 „Gegen das Standrecht in Prag“ die Bemerkungen zu der Triester Konferenz vom 21. Mai 1905.)

bestehen Hindernisse: die Deutschen wollen nicht, es kommt zu Keilereien — in Laibach, in Lemberg, in Prag, in Wien, in Innsbruck vertragen sie sich ja auch nicht — aber in Triest? Eine Sache, die so einfach liegt, die sofort zu machen wäre? Die deutschen Studenten hier prügeln sich mit den Italienern herum — warum? Die Deutschen wollen, die Italiener sollen weggehen, und die Italiener wollen auch weggehen (Heiterkeit); sie sind vollständig einig, es ist gar kein Grund, sich zu prügeln, nur die hohe Regierung zwingt sie, beisammen zu bleiben!

Meine Herren! **Das ist ein absurdes Regime!** Ich würde Herrn Bienerth zu viel Ehre antun, wenn ich ihn mit der Verantwortung für dieses Regime belasten würde (Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!): es ist älter als er, und ich fürchte, es wird ihn noch überleben und wir werden noch manche Arbeit haben.

Ein neues Österreich.

Wir sind der Überzeugung, daß dieses Parlament nicht bedroht wird durch die Ereignisse draußen, daß wir die Pflicht haben, die Regierung keinen Gedanken daran fassen zu lassen, dieses Parlament seiner Pflicht und seinem Recht zu entziehen. Wir lassen uns nicht einschüchtern, **das Parlament allein ist es, das diese Frage lösen kann!**

Wir aber, meine Herren, wir Sozialdemokraten, umfehdet von Ihnen allen, denen in allen Sprachen der Monarchie geflucht wird, wir Sozialdemokraten, die Landes- und Volksverräter geheißen werden in allen Sprachen der Monarchie (Heiterkeit), wir Sozialdemokraten, wir sagen Ihnen: **Wir stehen geschlossen trotz alledem und wir wissen: Österreich lebt in uns allein, wenn es leben kann! In unserem Lager allein ist heute Österreich, wenn es leben kann!** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Allein in unserem Lager lebt **nicht jenes Österreich der Vergangenheit**, das Österreich der **Ausnahmszustände** und der **Galgen** und der **Verordnungen**, nicht das Österreich des Herrn von der Regierungsbank, der dirigiert hat, wie er wollte, nicht das Österreich der alten, **verrotteten Bürokratie**, sondern

das neue Österreich, das Österreich der Zukunft, das Österreich, das sich die arbeitenden Klassen Österreichs bauen werden.

(Beifall und Händeklatschen.)

Wir stehen geschlossen trotz alledem. Mit uns die Zukunft, mit uns der Sieg.

(Lebhafter, langanhaltender Beifall und Händeklatschen. Der Redner wird vielseitig beglückwünscht.)

Abgeordneter Adler überreicht folgende

Resolution:

„Die Regierung wird aufgefordert, den Statthalter von Böhmen zu beauftragen, daß er die Aufhebung des in Prag und Umgebung verhängten Standrechtes sofort verfüge.“

Nationale Nomenklatur.

Parteitag in Reichenberg 1909.

Wenn die österreichische Fraktion über ihre Tätigkeit berichtet*) und diese einer Kritik unterzogen wird, muß es sich die Fraktion gefallen lassen, und es kann nicht anders sein, daß bei den Genossen im Verständnis für die Haltung der Fraktion und im Verständnis der einzelnen Phasen unserer Fraktion Schwierigkeiten Platz greifen. Sie muß es sich selbstverständlich auch gefallen lassen, daß in schwierigen Fragen, in denen eine Entscheidung so oder anders möglich war, die Genossen anderer Ansicht sind als die Fraktion. Was aber die Fraktion erwarten könnte, ist, daß die Genossen überall ein Verständnis haben für die Schwierigkeiten überhaupt. (So ist es!) Ich muß gestehen, ich habe nicht erwartet, Äußerungen zu hören, die vielleicht bei Ausländern begreiflich wären, die eben von Österreich auch nicht den blassesten Dunst haben. Ich will das ganz kurz erledigen, weil ich wenig Zeit und viel zu sagen habe. Was wir von den Genossen Petersilka und Rudolf Beer gehört haben, das deutet auf einen Mangel an Einsicht in die Grundbedingungen unseres politischen Lebens, daß es mir schwerfällt, darauf zu antworten. Gewiß ist es Stimmung und eine gute Stimmung: Revolutionär! Vorwärts! Gewiß. Wenn man aber kommt und sagt, wir hätten die Altersversicherung fördern und durchsetzen sollen, und zugleich sagt, wir hätten Obstruktion machen sollen, wir sollen also den Boden, wo das möglich ist, zerstören, dem Parlament die Gurgel abschneiden und trotzdem hier etwas durchsetzen, und man nicht weiß, daß die Hälfte unserer Tätigkeit darauf gerichtet sein muß, als einzige ernste Partei, die die Volksinteressen rücksichtslos und ohne Demagogie wahrnehmen muß, gegen die frivole Obstruktion, gegen das Lizitieren der Demagogie, die ins Blitzblaue geht, immer wieder die Möglichkeit der ferneren Arbeit sicherzustellen — wenn man dann so etwas hört, muß man sagen: Überlegen Sie sich doch die Sache zu Hause, folgen Sie mit mehr Aufmerksamkeit den Dingen, und wenn Sie dann sagen, Sie haben nicht verstanden, so hoffen wir, daß Sie auf dem nächsten Parteitag sagen werden, daß Sie schon verstanden haben. Auf diesen Teil lasse ich mich nur wenig ein. Ich möchte nur gegenüber Genossen Rudolf Beer, der gesagt hat, daß unser Antrag mit dem Programm nicht übereinstimme, bemerken, er möge die Tatsachen erst zur Kenntnis nehmen und er würde dann wissen, daß unsere Anträge über Arbeiterschutz nicht nur unserem Programm entsprechen, sondern — was auch so wichtig ist —, auch der praktischen Möglichkeit, sie durchzusetzen (Leb-

*) Auf dem Parteitag in Reichenberg, der vom 19. bis 24. September 1909 stattfand, erstattete Seitz den Bericht über die Parlamentstätigkeit, Resel den Bericht über die Tätigkeit in den Landtagen. In der Debatte sprach auch Adler. Der Titel seiner Rede wurde aus seiner Polemik gegen Straßer entnommen.

hafte Zustimmung), und daß wir uns gehütet haben, einen Schritt zu unternehmen, der erfolgreich sein könnte, ohne uns mit den berufenen Parteigenossen auch außerhalb der Fraktion, den Gewerkschaften also, ins Einvernehmen zu setzen. Wer die Aktion am ersten Mai angreift, weiß nicht, wovon die Rede ist.

Die eigentlich schwierige Frage ist die nationale. Aus dem Bericht des Genossen Seitz, der die allgemeine Lage geschildert hat, haben Sie schon die Schwierigkeiten ersehen. Aber die Empfindungen wiederzugeben, die das Parlament beherrschen, auf dessen Boden die Völker um ihre Existenz ringen, oft in sinnloser Form, die wir verurteilen bis auf das äußerste, ist hier nicht nötig, um einen Begriff davon zu haben, wie die nationalen Dinge das politische Leben beherrschen; das muß man nicht erst sagen, das wissen Sie selbst.

Genosse Straßer*) hat gesprochen vom alten internationalen Prinzip. Genossen! Es ist der Stolz der sozialdemokratischen Abgeordneten ohne Unterschied der Nation, daß wir es durchgesetzt haben mit schwerer Mühe, in harter Arbeit miteinander, in diesem Parlament eine einheitliche Fraktion aufrechtzuerhalten, die arbeitsfähig war und die die Hoffnung ist nicht nur des Parlaments, sondern ganz Österreichs. Sie draußen können ja meinen, man könnte das und jenes besser machen. Genosse Straßer hat uns erzählt, man habe zweimal nicht einheitlich gestimmt! Parteigenossen! Die internationale Geschlossenheit des österreichischen Proletariats hat zur Grundbedingung die nationale Selbständigkeit; das ist schon in unseren Grundlinien enthalten. Wenn Straßer uns Vorwürfe macht und meint, man hätte sich auch über diese kleinen Details, die wirklich nicht die wichtigsten sind, einigen können, dann sollte er fragen, wie schwer es war, die Einigkeit durchzusetzen in den großen Dingen, was eine ganz andere Leistung war. Wir Deutschen sind doch in der Praxis auch nicht über alles einig und haben über manches eine verschiedene Meinung. Diese kleinen Divergenzen spielen gar keine Rolle. Wenn Straßer aber sagt, wir sollen in der Haltung anders sein und nicht Ausdrücke gebrauchen, wie: „Wir sind gute Deutsche“, denn das führe zur Verwirrung, und er wolle Klarheit und sage deshalb, man solle nicht das Wort „gute Deutsche“ gebrauchen, weil das auch die anderen Nationen sagen könnten und auch Genosse Němec nicht sagen könne, er sei ein guter Tscheche, weil er auch für die deutschen Proletarier arbeite, und weil alle Leute das sagen, dann muß ich erwidern: Wenn wir die Nomenklaturen und die Terminologie der Bürgerlichen nicht anwenden sollen, müssen wir uns eine eigene Sprache anschaffen (Heiterkeit), wo wir sagen, daß wir Deutsche allerdings sind, aber nicht „gute“ Deutsche (Heiterkeit); ganz im Ernste gesprochen: wir sind bessere Deutsche als sie. (Sehr richtig!) Genosse Straßer, so schaffen Sie keine Klarheit. Niemand hat mehr Respekt vor den alten Traditionen der Partei als ich; aber wir in Österreich haben

*) Über Straßer siehe weiter unten.

die verdammte Pflicht, das Schwere zu leisten, zu unseren Traditionen auch Neues zu schaffen. Von den Aufgaben, die wir hier haben, wissen unsere alten Traditionen nichts, und wir kommen mit Grundlinien, mit großen allgemeinen Richtsätzen hier absolut nicht aus, weil Dinge und Tatsachen da sind, die in der Zeit, aus der Genosse Straßer seine Grundsätze bezieht, überhaupt nicht vorhanden waren. Straßer sagt zu uns: Ja, so geben wir unseren Gegnern Waffen in die Hand, wenn wir sagen, wir sind gute Deutsche. Er hat die Ausführungen in seinem Blatt auseinander-gesetzt, was er hier versucht hat kurz zu sagen: Es gibt im Proletariat keine Gegensätze, es gibt nur Klassengegensätze. Ja, hat Genosse Straßer nicht schon etwas davon gehört, daß es in der Welt viele Dinge gibt, wo sich Gegensätze kreuzen, daß es also nach der einen Richtung Gegensätze gibt innerhalb derselben Nation, um bei der Sache selbst zu bleiben, aber auch Gegensätze zwischen dem Ganzen jeder Nation? Das sind sich kreuzende Gegensätze. Wenn die Dinge so einfach lägen, wie Straßer sie sich vorstellt, dann wäre es leicht, die Solidarität, die den Klassenkampf allein zum Erfolg führen kann, nicht in einem Atom trüben zu lassen. Daß das aber schwer ist, sehen Sie an der ganzen Entwicklung in unserer eigenen Organisation. Gewiß haben wir nicht dieselben Interessengegensätze wie die Bürgerlichen, unsere sind gewiß anders; aber wir haben vor allem ein Interesse, das große und gemeinsame Interesse am Frieden, das uns aber trotzdem oft in Gegensätze bringt, wenn wir den Frieden aufrechterhalten wollen. Manches, was vielleicht theoretisch oder vom Standpunkt der abstrakten Gerechtigkeit einwandfrei wäre, ist eine Schwierigkeit, weil es den Boden gefährdet, auf dem allein unsere Arbeit gedeihen kann. Vor allem müssen wir hinstreben mit aller Kraft, daß der nationale Ausgleich in Österreich möglich werde. Das tun wir aber nicht, indem wir die Schwierigkeiten des nationalen Kampfes leugnen und die Augen schließen, indem wir sagen, für das Proletariat existiere das nicht, sondern indem wir das Problem erfassen, klarmachen, indem wir mit den tschechischen Genossen, die hier in erster Reihe in Betracht kommen, gemeinsam mit möglichster Klarheit alle Verhältnisse erfassen und in eine gemeinsame Linie zu leiten versuchen.

Da ist mir erwünscht und gewiß Ihnen allen, daß die tschechischen Genossen auf ihrem letzten Parteitag beschlossen haben, mit den andern Exekutiven in Verhandlungen zu treten, um das Nationalitätenprogramm abzuändern, in der richtigen Erkenntnis, daß unser im Jahre 1899 beschlossenes Programm nicht einer grundsätzlichen Abänderung, sondern der Weiterführung und Vertiefung bedarf und dementsprechend abgeändert werden soll. Das Brünner Programm war ein kolossaler Fortschritt, da es die nationale Autonomie als die allein mögliche Grundlage für den Frieden in Österreich feststellte, einen Grundsatz aufstellte, dessen sich die Bürgerlichen bemächtigt haben, allerdings um ihn zu verfälschen nach allen Richtungen.

Wir haben es sehr schwer und die österreichischen Arbeiter, so schwer die Leistung ist, die damit von ihnen verlangt wird, müssen sich gewöhnen, die Einzelheiten der Schwierigkeiten dieses Kampfes zu begreifen. Parteigenossen! An der Abwehr der nationalen Dinge haben es die deutschen Genossen nicht fehlen lassen. Woche für Woche haben wir mit den Nationalisten ein Scharmützel, wir haben mindestens mit ihnen so viel zu tun wie die tschechischen Genossen mit ihrem Klofac. Selbstverständlich war die Notwendigkeit gegeben, klar aufzuzeigen, daß wir gute Deutsche sind, um dieses angebliche Schlagwort zu benützen. Ja, wir hatten gerade darum die Notwendigkeit dazu, weil wir die Ausschreitungen, diese Vergiftung des nationalen Kampfes, auf das äußerste bekämpfen. Es kann diese positive Seite gar nicht stark genug betont werden, und es wird Ihnen in Nordböhmen gar nicht schaden, wenn Sie den Gegnern sagen: Ihr seid Deutsche? Wir sind vielleicht nicht „gute Deutsche“, aber wir sind bessere als ihr. (Lebhafter Beifall.)

Noch ein Detail. Genosse Straßer hat natürlich vom „Hofgang“**) gesprochen, vom sogenannten Hofgang in die Burg. Ich persönlich habe es für zweifelhaft gefunden, ob es nützlich ist, dieser einfachen Pflicht der Höflichkeit zu entsprechen; nicht darum, weil ich es für zweifelhaft gehalten habe, ob man höflich sein soll; — ich finde es für ganz selbstverständlich, denn wenn ich mit jemand in amtliche Beziehungen trete, werde ich mich einer höflichen Einladung nicht verschließen, was selbstverständlich ist — und ich halte es für sehr bedenklich, solche kleine Etikettefragen übermäßig aufzubauschen und zu überschätzen. Sie werden am einfachsten erledigt, wenn wir tun, was wir sonst tun müssen, wenn uns ein Gegner einlädt, er ist in einem Amte; warum nicht? Ich habe es aber darum für bedenklich gehalten, weil ich gewußt habe, wir haben nicht nur einige Leute wie Straßer und andere, weil ich wußte, wie die Dinge heute liegen und es — mit Recht oder Unrecht — dem Empfinden und der Tradition der Genossen widerspricht und Schwierigkeiten macht... (Hueber: Nicht die Tradition, es gibt auch andere wichtige Dinge, die uns nicht veranlassen können, etwas nicht Notwendiges zu machen.) Die Sache hat auch ihre zweite Seite. Politisch wäre es eine große Erschwerung gewesen, das anders zu machen. Das ist sicher. Und ich sage schon, wir wollen uns gewöhnen, einer jeden Sache ihr Gewicht zu geben (Austerlitz: Und zu belassen), es nicht zu erhöhen, nicht aufzubauschen und unerhebliche formelle Dinge nur

*) Siehe auch Adlers Bemerkungen in seiner Rede in der Debatte über die parlamentarische Tätigkeit auf dem Parteitag des Jahres 1907 zum „Besuch in der Hofburg“.

Josef Straßer, gegen den Adler hier polemisiert, war der Chefredakteur des Reichenberger Parteiorgans „Vorwärts“. Er hat auch in einer Broschüre „Der Arbeiter und die Nation“ (Reichenberg 1912) seine Ansichten über die nationale Frage darlegt. Er war nachher auch Redakteur der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ und ist später Kommunist und Chefredakteur der Wiener „Roten Fahne“ geworden.

so zu behandeln, wie sie sind. Es hat eine Meinungsverschiedenheit gegeben, die Fraktion hat sich aber dafür entschlossen, und sie hat ihre guten Gründe gehabt, wenn diese auch nicht von allen Genossen geteilt werden. Mögen Sie denken, wie Sie wollen: Es gibt nicht nur eine opportunistische Opportunität, es gibt auch eine prinzipielle Opportunität. Es ist viel leichter, so prinzipiell zu sein und auf der geraden Linie zu reiten, als es ist, der Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Es wäre das auch hier das weit Bequemere gewesen, soviel können Sie sicher sein, das sage ich gegen Straßer, der die Sache falsch gedeutet hat: vergeben hat sich etwas weder der Vizepräsident noch die Fraktion. Der Weg von der alten Habsburger Tradition bis zum Empfang des sozialistischen Vizepräsidenten ist auch ein Stück Weg, der gegangen werden mußte. (Lebhafte Zustimmung.) Von einer Verkleinerung unserer Würde kann nicht die Rede sein, ohne daß wir energisch dagegen protestieren. Es hat sich nicht darum gehandelt, daß sich jemand seine Untergebenen kommen läßt, wie Straßer die Sache in recht trivialer Weise geschildert hat, sondern daß ein Funktionär mit einem anderen Funktionär in amtliche Berührung getreten ist. Man muß das nicht wünschen, aber man darf nicht sagen, das sei eine Herabwürdigung oder Kränkung der Partei.

Nun, das Wichtigste: Das ist, daß wir in der schwierigen nationalen Frage wirklich einen Schritt weiter machen; ebenso wie die tschechischen Genossen ihre Parteivertretung beauftragt haben, mit uns und den andern nationalen Exekutiven in Verbindung zu treten, sind wir der Ansicht, daß unser Parteitag darauf zu sagen hat: Ja. Wir wissen es, es gibt Schwierigkeiten, aber wir begrüßen den Beschluß und schließen uns ihm vollständig an. Ich bitte, folgende Resolution anzunehmen:

Übereinstimmend mit dem Beschluß des Parteitages der tschechischen Sozialdemokraten von Prag hält der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei von Österreich die Ausgestaltung des vom Brünner Gesamtparteitag im Jahre 1899 beschlossenen Nationalitätenprogramms für notwendig und fordert die Parteivertretung auf, Verhandlungen mit den Parteivertretungen der nicht-deutschen sozialdemokratischen Parteien über den Ausbau des gemeinsamen Nationalitätenprogramms einzuleiten und das Ergebnis dieser Verhandlungen vorzulegen.

Die Fraktion und mich hat es gewundert, daß auch nicht beanstandet wurde, daß die Fraktion so wenig Obstruktion gemacht, daß sie sogar zweimal, wenn nicht öfter, die Obstruktion niedergetreten und das Parlament vor Obstruktion gerettet hat. Wir sind entschlossen, uns diesen kümmerlichen Boden wieder zu erobern und festzuhalten, mit den Zähnen, wenn es sein muß, gegen die demagogischen Phrasen der Nationalisten und gegen die Frivolität der Obstruktionisten aller Nationen. (Stürmischer Beifall.)

Polen und Ruthenen*).

Zur Mickiewicz-Feier.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Juli 1890.

v. a. Am 4. Juli gab es in Krakau eine große Feier. Die Polen hatten den Sarg, welcher die Gebeine des größten polnischen Dichters birgt, aus Paris geholt, wo er seit 1855 ruht, und ihn in heimatlicher Erde von neuem bestattet. Die nationale Trauerfeier nahm äußerlich den großartigsten Verlauf. Zehntausende von Menschen nahmen an ihr teil und die gesamte Aristokratie, die hohe Geistlichkeit, Grafen und Fürsten, Bischöfe und Fürstbischöfe wetteiferten darin, der Erinnerung an Mickiewicz ihre Huldigung darzubringen.

Wer war der, welchen die Herrschaften so feierten?

Mickiewicz war der größte polnische Dichter. Er war aber auch und vor allem ein großer polnischer Revolutionär. Geboren 1798 in Litauen, wächst er auf unter dem Eindruck der Zerreißung seines Vaterlandes, der Unterjochung seines Volkes. Mit 26 Jahren wird er wegen „politischer Umtriebe“ ins Gefängnis geworfen und ins Innere Rußlands verschickt. Hier schreibt er sein erstes größeres Werk, den „Konrad Wallenrod“, welches ihn sofort in die erste Reihe der polnischen Dichter stellt. Es gelingt ihm 1829 ins Ausland zu entkommen. Zar Nikolaus war noch lange wütend darüber, daß er „seinen und Rußlands Feind aus dem Käfig gelassen“. Als er vom polnischen Aufstand 1831 hört, eilt er heim, um seinen Platz unter den Kämpfern einzunehmen. Nachdem die Revolution im Blute ertränkt, geht er nach Paris, wo er von nun an in den ärmlichsten Verhältnissen kümmerlich lebt. Jeder Gedanke in ihm gehört seinem Volke. Seine großen Dichtungen „Herr Thaddäus“ und die „Totenfeier“ atmen tiefste Trauer über die Knechtung seines Volkes, und tatbereiten, heldenhaften Haß gegen seine Unterdrücker. Polentum und Katholizismus, welche die Ausgangspunkte seiner Entwicklung sind, wachsen in dem Emigranten zur echten revolutionären Energie. „Die Dichter“, so sagt er,

*) Da auch das Verhältnis zwischen Polen und Ruthenen ein Teil der nationalen Frage in Österreich war und für das Schicksal Österreichs nicht weniger bedeutungsvoll als das zwischen Deutschen und Tschechen, schien es geraten, einige von Adler geschriebene Artikel im Anschluß an die nationale Frage aufzunehmen.

„haben den Brüdern vorauszugehen, den Völkern den Weg zu weisen, aber heute genügt das nicht mehr... Die Begeisterung muß Tat werden. Von nun an werdet ihr mich überall dort sehen, wo ich euch führen werde, indem ich meine eigene Brust im Kampfe hinstelle. Die Zeit ist gekommen, da die Begeisterung Tat und die Tat Begeisterung sein muß; denn in Gottes Werk ist, wie im Wetterstrahl, nur ein Herniederfahren — es ist kein Abschnitt zwischen Blitz und Schlag.“ Wenn Mickiewicz vom Volke spricht, meint er stets das ganze Volk. Bis an sein Ende quält ihn der Gedanke, daß „seine Werke nicht zu den Bauern, zu den Arbeitern dringen, daß sie nur von Leuten gelesen werden, die vererbt seien“. Die Liebe zum Polentum erweitert sich in ihm zur Liebe zur Menschheit, sein eigenartiges Christentum zieht ihm die giftige Feindschaft der Pfaffen zu. Eine Professur, die er glänzend ausfüllt, wird ihm von der französischen Regierung entzogen. König Louis Philipp bietet ihm an, ihn glänzend zu versorgen, wenn er nur „vernünftig“ sein wolle; er lehnt ab und ist so unvernünftig, in Elend und Armut weiter zu arbeiten. In den dreißiger Jahren gab er eine Zeitschrift „Der polnische Pilgrim“ heraus; schon da steht er vollständig auf dem Boden der Demokratie, tritt er ein für die Allianz der Völker, den Kampf für die Freiheit und Gleichheit aller, erklärt er „den Krieg allen Monarchien Europas, allen Regierungen ohne Ausnahme“. Die Februarrevolution findet ihn als revolutionären Kämpfer in vorderster Reihe. Er gründet die „Tribune des peuples“ (Tribüne der Völker), welche sofort offen für die sozialistischen Ideen Partei nimmt. Ganz bestimmt war Mickiewicz nicht Sozialist im heutigen Sinne. Aber er war Sozialist, wie es eben eine Pole vor vierzig Jahren sein konnte. War er gewiß zur theoretischen Klarheit nicht durchgedrungen, so war sein revolutionäres Gefühl, seine Entschlossenheit, für die Befreiung der Völker zu kämpfen, darum nicht weniger energisch. Er schreibt: „Die alte Gesellschaft sieht sich von allen Seiten bedroht. Woran sie gewiß keinen Mangel hat, das sind Gendarmen und Staatsanwälte. Mehr rohe Kräfte stehen ihr zu Gebote, als sie das römische Reich jemals besaß und als der Zar aller Reußen zur Verfügung hat. Was ihr aber fehlt, ist: Sittlichkeit, Grundsätze, Überzeugungen...“ „Das Gefühl des Sozialismus ist eine Geistesrichtung, die ein besseres Dasein sucht, nicht in der individuellen, sondern in gemeinsamer und solidarischer Existenz...“ „Die letzten Revolutionen haben uns einige politische Wahrheiten gelehrt, welche von nun an als Axiome zu gelten haben: das Volk, welches für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, hat alle alten Mächte und ihre Helfershelfer als seine Feinde zu betrachten; das Volk darf den hohen Würdenträgern der Kirche nicht trauen, welche alle dem Absolutismus ihre Weihe geben, mag er katholisch, mohammedanisch, orthodox oder atheistisch maskiert sein; das Volk muß ebenso alle Aristokraten abschütteln, die es unterdrückt haben, die es unterdrücken werden...“ Noch 1849 bildete er in Italien eine polnische Legion, und während des Krimkrieges

war er tätig, um die Slawen gegen Rußland zu bewaffnen. Die Strapazen des Feldzuges rieben ihn auf; er starb 1855.

Wir machen nicht Anspruch darauf, von dem Revolutionär Mickiewicz hier ein Bild zu geben, noch weniger vermögen wir es von dem genialen Dichter. Einige Proben aus seinen Werken sollen unsern Lesern diesen großen Geist näher bringen.

Was wir mit der flüchtigen, unvollständigen Skizze allein erreichen wollten, ist, daß unsere Leser es verstehen, wenn wir Protest erheben gegen die Art, wie Mickiewicz gefeiert wurde, gegen die Leute, die ihn feierten. Die Herren aus Galizien, sie beherrschen heute Österreich, sie sitzen in allen Ämtern, sie bilden das, was man übereingekommen ist, den „Geist“ der Regierung zu nennen. Mit andern Worten, sie sind in allererster Reihe mitverantwortlich für den reaktionären Charakter der Regierung und Verwaltung Österreichs; sie stellen im Parlament das stets bereite Stimmvieh für jede Maßregel, welche die Volksfreiheit beschränkt, jeden Fortschritt hindert. Unter dem Vorwand der Liebe zum polnischen Volke, eines „berechtigten nationalen Egoismus“, wissen sie Profite und Profitchen zu ergattern, welche aber durchweg nur die Säcke jener handvoll reicher Grundherren füllen, welche sich als die „polnische Nation“ aufspielen. Und bei jedem Streiche, den sie gegen die andern Völker Österreichs führen, fügen sie zum Schaden noch den Spott und deuten darauf hin, daß sie sich nicht eingedrängt in Österreich, daß Gewalt sie in den Staatsverband gezwungen, und nehmen die Pose von Werkzeugen der „geschichtlichen Vergeltung“ an. Als ob die Völker Österreichs Schuld hätten an der Teilung Polens! Und als ob diese Herren nicht sehr gut verstünden, die Hand zu küssen, die einst das Schwert gegen ihr Land getragen! — Und haben sie als „Patrioten“ die Autonomie erkämpft, wozu benützen sie dieselbe? Um das Volk, das eigene polnische Volk, schamlos zu bedrücken, es rücksichtslos auszubeuten. Man erinnere sich daran, was galizische Justiz, galizische Verwaltung ist; man lese den letzten Bericht des Gewerbeinspektors für Galizien, diese lange, eintönige, ergreifende Anklage; man denke daran, wie jede Regung der Bauern, der Arbeiter, der Studenten erbarmungslos niedergetreten wird in Galizien; wie die Paragraphen, nach welchen das geschieht, bei den Haaren herbeigezerrt werden; man denke daran, daß es in Galizien noch ärger bestellt ist um die Freiheit der Meinungsäußerung, um die Wahrung der Rechte des ländlichen und städtischen Proletariats als im übrigen Österreich. Noch mehr! Diese Menschen, welche es heute wagen, Mickiewicz zu feiern, sind die beflissensten Lakaien Rußlands und seiner Knute. In blindem Gehorsam wird jeder Auslieferungsbefehl ausgeführt, der von Petersburg kommt. Noch vor wenigen Tagen wurden zwei russische Studenten Michael Szpunt und Florian Skarzynski „ausgewiesen“, das heißt, an Rußland ausgeliefert. Verhaftet aber die Warschauer Polizei einen österreichischen Untertan, einen „polnischen Landsmann“, wie jüngst den Studenten Wladimir Schleyen, da sind

die edlen Polen viel zu zartfühlend, etwa anzufragen, warum dies geschehen und ihrerseits die Auslieferung ihres „Landsmannes“ zu verlangen, trotzdem sie sehr genau wissen, daß es sich nur um den leeren Verdacht eines politischen „Vergehens“ nach russischen Begriffen handeln kann. Vielleicht sind diese alle auf dem Wege nach Sibirien zur nämlichen Stunde, wo man in Krakau Mickiewicz feiert — — —

Aber das ist nicht alles! Der Herzenswunsch von Mickiewicz hat sich erfüllt: der polnische Bauer weiß von ihm und der Arbeiter kennt ihn. Die Arbeiter wollen teilhaben an der Feier und Massendeputationen aus allen Landesteilen sollten in Krakau erscheinen. Da verbot diese Regierung, in welcher zwei Polen*) das große Wort führen, den Eisenbahnen irgendwelche Ermäßigungen für die Fahrt nach Krakau zu gewähren. Die Bauern glaubten mit Recht, den Vorkämpfer des polnischen Volkes am besten zu ehren, wenn sie unmittelbar nach der Feier, am 5. Juli, auf einem Bauerntag Zeugnis von dem geistigen Erwachen der breiten Masse des Volkes gäben. Man sollte glauben, eine fromme Scheu vor den Gebeinen des Dichters, die man mit großartigem Trauergepränge ins Land gebracht, würde wenigstens für den Augenblick den Herren Rücksicht und Respekt abzwängen. O nein, mitten in der tränenreichen Sentimentalität der Leichenfeier wahrte man sich Kaltblütigkeit genug, den Bauerntag kurzweg zu verbieten.

Mickiewicz ist tot, zum Überfluß zum zweitenmal begraben. Die Herren, die breit und satt auf ihren Stühlen sitzen, haben keine Lust, ihn wieder lebendig werden zu lassen. Tote Revolutionäre haben unter Umständen ihren Wert; es ist so hübsch, das längst abgelegte Mäntelchen alter Ideale wieder einmal um die Schultern zu werfen. Aber man muß doch sicher sein, daß es bei der Maskerade bleibt. Der hohe Adel und das verehrliche Bürgertum, das sind ganz sichere Leute, sie sind so „vernünftig“, wie der arme Mickiewicz es nie werden wollte. Bauern und Arbeiter aber können Ernst aus der Sache machen, könnten sagen, daß Mickiewicz und seine Gedanken gar nicht so tot seien, daß die Revolution noch lebe, und mehr als je..., das aber geht nicht an. Denn, tote Dichter, die begräbt man in allen Ehren, lebendige Revolutionäre aber, die sperrt man ein und liefert man aus!

Die Ruthenendeputation.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 17. Dezember 1895.

Die ruthenische Deputation ist abgereist**). Von den 250 Männern, die den weiten Weg gemacht, um sich über die Wahlmache des Statthalters Badeni zu beschweren, hat der Ministerpräsident

*) Dunajewski als Finanzminister und Zaleski als Minister für Galizien.

**) Am 5. August 1895 war der galizische Landtag aufgelöst worden. Am 18. August, an Kaisers Geburtstag, wurde Graf Kasimir Badeni mit

Badeni sechs zur Audienz beim Kaiser zugelassen und hat ihre Ansprache zensuriert. Man darf wohl annehmen, daß Graf Badeni auch den Kaiser vorbereitet hat auf den Besuch, den ihm die bittenden Männer machten. Der Kaiser versicherte den Abgesandten, daß den Beschwerden, die sie vorbrachten, werde auf den Grund gesehen und abgeholfen werden. Aber der Kaiser sprach auch aus, daß die Geistlichen, die eine wichtige Rolle in der Deputation spielten, besser getan hätten, in Lemberg zu bleiben und dem Einzug des neuen Kardinals, des Erzbischofs Sembratowicz, beizuwohnen. Auch „müsse mißfällig bemerkt werden,“ das ist der offizielle Text, „daß die übergroße Zahl der Teilnehmer eine ebenso kostspielige als ungehörige Demonstration sei, die sich keineswegs als geeignetes Mittel zur Förderung des angestrebten Zweckes darstelle“. Der

der Bildung einer neuen Regierung betraut, um das Beamtenministerium des Grafen Kielmansegg abzulösen, und mit seiner „eisernen Faust“, die er als Statthalter von Galizien bewiesen hatte, Ordnung zu machen. Schon seit Jahren galt er als der „kommende Mann“, namentlich seitdem der Kaiser beim Besuch der galizischen Landesausstellung im Sommer 1894 ihn besonders ausgezeichnet hatte. Am 14. Juni 1895, als die Koalitionsregierung Windischgrätz in den letzten Zügen lag, wurde er nach Wien berufen, aber am 19. Juni wurde Graf Erich Kielmansegg, der bisherige Statthalter von Niederösterreich, mit der Leitung der neuen Regierung betraut. Er sollte der Platzhalter für Badeni sein, der noch die Wahlen zum galizischen Landtag selbst durchführen sollte. Der Terror bei diesen Wahlen übertraf alles, was selbst in Galizien an „polnischen Wahlen“ üblich war. Endlich, als Graf Badeni die Wahlen durchgeführt hatte, konnte er am 30. September den Völkern als neuer Ministerpräsident präsentiert werden. In dem Handschreiben, das ihm Franz Josef vor seinem Scheiden als Statthalter schickte, legte er noch besonderen Nachdruck auf die von Badeni angebahnte Verständigung zwischen Polen und Ruthenen — die Verständigung, die in Wirklichkeit in der schamlosesten Unterdrückung des ukrainischen oder wie man es damals nannte, des ruthenischen Volkes bestand. Tatsächlich erhoben die Ruthenen sofort im Landtag wie im Reichsrat laute Klage über die Gewaltakte des polnischen Zentralwahlkomitees und der Bezirkshauptleute.

Außerdem aber schickten die Ruthenen eine große Abordnung nach Wien, um den Kaiser um Schutz anzuflehen. 250 Bauern und Geistliche trafen im November in Wien ein und erregten in den Straßen das größte Aufsehen. Aber der Kaiser weigerte sich, die ganze Deputation zu empfangen und nach langen Unterhandlungen mit der Kabinettskanzlei wurden am 16. Dezember sechs Führer der Deputation vom Kaiser in der Burg in Audienz empfangen. Die übrigen warteten im Burghof unter den Fenstern des Zeremoniensaals auf die Rückkehr ihrer Führer. Diese hatten dem Kaiser die Beschwerden und die Bitte um Auflösung des mit solchen Wahlmißbräuchen gewählten Landtages und um Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Wahlmißbräuche in Ostgalizien gebeten. Aber die Antwort des Kaisers war nicht sehr gnädig, wie ja in diesem Artikel erzählt wird.

Schon am 15. Dezember interpellierte Pernerstorfer wegen der Abweisung der ruthenischen Deputation.

Kaiser verabschiedete die sechs Leute dann mit den Worten: „Adieu, meine Herren!“ und die Audienz war zu Ende.

An einem Kaiserwort soll man nicht mäkeln und nicht deuteln, in Österreich noch weniger wie überall, und wir werden uns hüten, es zu tun. Mag die Antwort des Kaisers vielleicht auch im Einvernehmen mit dem Ministerrat festgestellt worden sein wie eine Thronrede — sie ist geschichtlich wichtiger vielleicht als so manche Thronrede —, wir haben kein Recht zu unterscheiden, wie weit Badenis Einwirkung gegangen. Wir müssen den scharfen Tadel, die Verurteilung der Deputation aus dem Munde des Kaisers auffassen, wie sie gesprochen wurde.

Aber Milderungsgründe dürfen wir für die mit strengen Worten gerügten Leute vorbringen. Der Kaiser bemerkte mißfällig, die Reise so vieler Menschen sei kostspielig. Ja es ist wahr, die Mehrzahl der Leute, die da gekommen, leben in drückendster Armut, und ein schweres Opfer ist es für jeden von ihnen, die wenigen Gulden aufzubringen, die die Reise kostet. Einzeln wären sie es auch nicht imstande gewesen, sondern sie haben es zusammengelegt, Kreuzer für Kreuzer in den armseligen Dörfern, ganze Bezirke haben sich zusammengetan, um nur einem Mann die Reise zu ermöglichen. Viele kamen nach Wien ohne Kreuzer Geld in der Tasche und hofften, „Gott werde ihnen schon wieder nach Hause helfen“. In der Tat, schwere Sorgen knüpfen sich für sie an diese Reise, sie ist kostspielig, viel zu kostspielig. Aber es ist wirklich nicht eitle Verschwendungssucht, die die vielen armen Bauern nach Wien getrieben hat. Man muß diese kindlichen, frommen, gläubigen Menschen nur kennen. Man muß nur wissen, wie Hunderte von einzelnen Bauern, wenn sie vergewaltigt, von Haus und Hof gejagt werden, vom harten Wucherer oder Grundherrs, sich in der Winterkälte auf der eisbedeckten Landstraße Hunderte von Meilen durchhungern und durchbetteln, um zu „des Kaisers weißem Hause“ zu kommen, wo sie den Quell aller Gerechtigkeit, aller Liebe suchen. Sie sind nicht Verschwender, sie sind Kinder. Aber das Wort des Kaisers wird sie aufklären.

Der Kaiser hat den Ruthenen gesagt, es sei un g e h ö r i g, daß sie so viele und so demonstrativ gekommen. Es ist wahr, es ist durchaus ungehörig, daß sie sich aufgemacht haben, um persönlich Beschwerde zu führen, jeder über die Unbill, die er selbst erfahren. Sie sind ja vollberechtigte Bürger und leben in einem Rechtsstaate. Wenn sie der Gendarm schlägt, so können sie zum Bezirkshauptmann gehen, und wenn sie der Bezirkshauptmann in Ketten wirft, so können sie an den Statthalter in Lemberg rekurrieren; und von da ans Ministerium nach Wien. Aber die armen Leute haben das alles hundertmal getan und immer dieselbe Erfahrung gemacht: sie sind überall auf Badeni gestoßen. Der Name verfolgte sie bei jedem Grade ihres Elends; aus jedem Unrecht, das ihnen widerfuhr, schrie es: Badeni! Badeni war die Luft, in der sie leben mußten, die sich wie ein Sticknebel unentwirrbar über sie legte. Ihn zu durchreißen, kamen sie nach Wien. Es war ungehörig.

gewiß, aber sie glaubten, nicht anders zu können, und sie sind gestraft genug. Sie wußten nicht, daß sie auch in Wien den Badeni finden werden, daß er sie empfangen, daß er ihnen die Tore des Kaiserpalastes öffnen werde. Es war ungehörig, daß so viele kamen. Aber sie hatten so viel des Jammers zu erzählen, so tausendfaches Unrecht anzuklagen, daß sie nicht glaubten, daß das wenige Leute vermögen. Am liebsten wäre ja jeder einzelne der Bauern gekommen und hätte dem Kaiser sein Herz ausgeschüttet und ihm geklagt, wie in seinem Namen und gegen seinen Willen mit den Bauern umgesprungen werde. Gewiß war es ungehörig, aber es war so kindlich. Und wenn sie erwachsen sein werden, wird es gewiß nicht mehr geschehen.

Der Kaiser sagte den Bauern, die Massendeputation sei „keineswegs ein geeignetes Mittel“, ihren Zweck zu erreichen. Nichts kann richtiger sein als dieses Urteil. Die Bauern wollen, daß die Vorgänge bei den Landtagswahlen in Galizien unparteiisch und streng untersucht, daß diese Wahlen annulliert werden und künftig nach dem Gesetz vorgegangen werde. Wie soll dazu die Massendeputation helfen? Die vielen fremden Menschen, die kommen, über Unglimpf zu klagen, haben in Wien Aufsehen gemacht. Je mehr die Bevölkerung ihnen die Aufmerksamkeit zugewendet hat, je gespannter die Öffentlichkeit darauf ist, zu erfahren, wer recht hat, die Bauern oder Badeni, um so weniger ist eine unbefangene Untersuchung wahrscheinlich, ja möglich. Ein erduldetes Unrecht, das auffällig ist, das demonstriert, war von jeher schwerer gutzumachen als ein still getragenes Leid, das sich duckt. Je lauter der Hilferuf ist, um so schwerer wird es, zuzugestehen, daß er berechtigt sei. Und wer soll untersuchen? Badeni, der Minister, etwa, was Badeni, der Statthalter, getan? Wirklich, die Demonstration war ein keineswegs geeignetes Mittel, ihren Zweck zu fördern. Aber auch da muß man die Bauern milde beurteilen. Sie sind Kinder und meinen noch, es müsse ja wirken, wenn sie recht laut klagen, wenn sie ihr Leid recht deutlich zeigen, wenn sie vor aller Augen demonstrieren, daß es nicht das Unrecht ist, das an einem einzelnen verübt wird, daß es vielmehr eine ganze Klasse ist, die unter dem Drucke seufzt. Sie wissen nicht, daß das ein keineswegs geeignetes Mittel ist; sie wissen nicht, daß der Bittende still kommen müsse, möglichst still und ganz demütig.

Die ruthenischen Bauern werden die Worte des Kaisers überlegen auf der Heimfahrt, und sie werden gewiß finden, daß sie gerecht und wohlerrwogen sind. Ihre Massendeputation war wirklich kostspielig, ungehörig und ungeeignet; sie werden daraus lernen und in Hinkunft danach handeln.

Aber vielleicht wird ihnen noch ein anderes aufgehen. Das Maß des Druckes, der auf einem Volk, einer Klasse lastet, hängt ab von der Gewalt der Herrschenden, von der Fähigkeit der Beherrschten, Widerstand zu leisten. Die Gewalt läßt sich nicht brechen, ihre Wucht nur selten verringern. Aber die Widerstandskraft des Volkes läßt sich vermehren; aus Kindern können Männer

werden. Wenn die Bauern mit den Badenis fertig werden wollen, müssen sie die ihrer Klassenlage entsprechenden, gehörigen und geeigneten Mittel anwenden. Sie müssen sich auf ihre eigene Kraft besinnen*)].

*) Dieser Artikel sollte am 17. Dezember erscheinen. Aber bloß die zwei ersten Absätze durften veröffentlicht werden, alles übrige wurde konfisziert. Dafür konnte er am nächsten Tag in seinem ganzen Umfang erscheinen. Pernerstorfer hatte ihn durch ein Interpellation „immunisiert“. Dem Artikel mußte also die Bemerkung vorgedruckt werden, daß Pernerstorfer eine Interpellation eingebracht hatte, des Inhalts, daß in der „Arbeiter-Zeitung“ „folgender Artikel“ erschienen sei. Die konfiszierten Stellen sind hier zwischen eckigen Klammern gedruckt. Zum Schluß der Interpellation hieß es dann:

„Dieser Artikel wurde mit Ausnahme der ersten zwei Absätze seinem ganzen Inhalt nach von der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. So unglaublich es ist, so scheint die löbliche Wiener Staatsanwaltschaft in ihrer bekannten Kurzsichtigkeit den Inhalt des Artikels als eine Majestätsbeleidigung aufgefaßt zu haben, obwohl die schuldige Ehrfurcht gegen den Kaiser mit keinem Worte verletzt ist, der Artikel vielmehr nur eine detaillierte Ausführung der Antwort des Kaisers an die ruthenische Deputation enthält. Die Interpellanten fragen daher den Justizminister, ob er gesonnen ist, diese flagrante Rechtsverletzung gutzumachen, nachdem die Erfahrung gezeigt hat, daß die Erkenntnisse des Wiener Landesgerichtes in Preßsachen nichts anderes sind als die ins Richterliche übersetzte Willkür der Staatsanwaltschaften. Sie fragen ferner den Justizminister, ob er, falls das Landesgericht auch diese unverständliche Konfiskation bestätigen sollte, die Staatsanwaltschaft anweisen wolle, gemäß dem Erlaß vom 17. Juni und im Sinne der Vorschriften der Strafprozeßordnung gegen den Autor des Artikels die subjektive Verfolgung einzuleiten.“

Der Zerfall Österreichs.

Die Obstruktion gegen Badeni*).

Referat über Parteitaktik — Parteitag in
Linz 1898.

Die Parteitaktik ist eine Angelegenheit der Gesamtpartei. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Sozialdemokratie in Österreich nicht eine besondere Parteitaktik hat, es versteht sich von

*) Zum näheren Verständnis seien einige Daten aus der Geschichte der Obstruktion gegen Badeni angeführt. Am 29. September 1895 war Graf Kasimir Badeni, der sich als Statthalter von Galizien den Ruf des starken Mannes, aber auch des tüchtigen Geschäftsmannes erworben hatte, zum Ministerpräsidenten ernannt worden. (Siehe die ersten Bemerkungen beim vorigen Artikel.)

Er mußte für den Ausgleich mit Ungarn, der demnächst erneuert werden mußte, eine Majorität zusammenkaufen. Um die Jungtschechen zu gewinnen, hob er schon am 20. Oktober 1895 den Prager Ausnahmezustand auf und ließ elf von den verurteilten Omladinisten begnadigen. Außerdem erließ er am 5. April 1897 Sprachenverordnungen, die den Gebrauch der beiden Sprachen bei den Behörden in Böhmen und Mähren regelten. Um die Christlichsozialen zu gewinnen, ließ er Dr. Lueger, dem der Kaiser trotz viermaliger Wahl zum Bürgermeister von Wien die Bestätigung versagt hatte, nach der am 8. April 1897 erfolgten fünften Wahl bestätigen.

Die Sprachenverordnungen fanden bei den Deutschbürgerlichen, die der tschechischen Sprache nicht die Gleichberechtigung zugestehen wollten, stürmische Entrüstung, und, als das neugewählte Parlament, dem infolge der fünften Kurie auch 15 Sozialdemokraten angehörten, zusammentrat, brachten die Deutschbürgerlichen eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen ein, die die Aufhebung der Sprachenverordnungen verlangten. Sie legten damals allerdings noch das Hauptgewicht darauf, daß die Regelung der Sprachenfrage nicht durch Verordnung, sondern durch Gesetz erfolgen müsse. Aber bald erhitzten sich die Gemüter in Deutschböhmen, und als das Haus nach den Osterferien wieder zusammentrat, lag schon ein deutscher nationaler Antrag auf Erhebung der Ministeranklage vor. Auch dieser berief sich noch darauf, daß die Ordnung der Sprachenfrage nur durch ein Gesetz erfolgen dürfe. In der Debatte, die am 6. Mai 1897 begann, hielt der damalige Führer der „Schönerianer“, Karl Hermann Wolf, eine heftige Rede, in der er unter anderm sagte, daß sich die Deutschen von Tschechen, Slowenen und andern minderwertigen Nationen nicht alles bieten lassen würden. Die Obstruktion der Deutschbürgerlichen begann Ende Mai und am 22. Juni erklärte die Regierung, die Session des Parlaments für geschlossen, während seit Jahrzehnten das Parlament immer nur vertagt worden war. Durch die Schließung sollte aber die

selbst, daß die einzelnen nationalen Gruppen, die sich auf dem letzten Parteitag eine eigene selbständige Organisation gegeben haben, so wie sie von demselben Programm ausgehen, so auch über die

Immunität der Abgeordneten aufhören und Graf Badeni erließ noch vorher einen geheimen Erlaß an die Behörden, daß die Polizeikommissäre bei radikalen Versammlungen nicht voreilig einschreiten, sondern die Redner aussprechen lassen sollten, da sie nur so in die Lage kämen, sich eines strafbaren Vergehens schuldig zu machen. Dieser Geheimerlaß wurde aber schon vorzeitig in der „Arbeiter-Zeitung“ und einigen bürgerlichen Blättern veröffentlicht. Immer mehr verschärfte sich die Stimmung, und die Regierung dachte schon daran, den § 14 zu mißbrauchen. Der polnische Finanzminister Dr. Bilinski kündigte im Budgetausschuß an, wenn das Parlament den Ausgleich nicht annehme, werde er mit dem § 14 durchgeführt werden.

Zugleich dachte man an eine gewaltsame Brechung der Obstruktion. Am 28. Oktober sollten gemäß einem Antrag des Polenklubobmannes R. von Jaworski zwei Sitzungen an einem Tag stattfinden. Die Sozialdemokraten, die sich bisher in den Streit nicht eingemischt hatten, legten nun gleich den andern oppositionellen Parteien, gegen diese Vergewaltigung der Geschäftsordnung Verwahrung ein. Um die Nachtsitzung zu vereiteln, hielt der Brünner deutschliberale Abgeordnete Dr. Lecher eine Obstruktionsrede, die volle dreizehn Stunden dauerte und dabei, was besonders hervorgehoben werden muß, eine durchaus sachliche Kritik des Ausgleichs enthielt. Am 4. November sollte die nächste Sitzung sein und da wurde L u e g e r, als Bundesgenosse Badenis, drei Stunden lang am Reden verhindert. Am 12. November wurde v. A b r a h a m o w i c z zum Präsidenten und K r a m a r s c h zum Vizepräsidenten gewählt und sofort geht die schärfere Tonart an. Am 25. November stellt der deutschklerikale Graf Falkenhayn den Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung, wonach der Präsident das Recht haben soll, Abgeordnete auszuschließen und durch „Exekutivorgane“ entfernen zu lassen. Im Lärm wurde der Antrag verlesen, im Lärm erklärte Abrahamowicz den Antrag als angenommen.

Während sich die Deutschbürgerlichen mit einem lahmen Protest gegen diese Vergewaltigung begnügen wollten, beschlossen die Sozialdemokraten die schärfste Abwehr des Gewaltstreichs.

Als am 26. November die Sitzung begann, hatten die Sozialdemokraten die Präsidententribüne besetzt. Nun läßt Abrahamowicz sechzig Polizisten kommen und nacheinander werden jetzt außer Wolf und Schönerer acht Sozialdemokraten aller Nationen aus dem Parlament geschleift.

Am 27. November wiederholten sich die Szenen, aber schon am 26. hatte die ganze Bevölkerung von Wien in den Kampf eingegriffen. In Wien und in Graz gab es stürmische Kundgebungen und am 28. November mußte Badeni zurücktreten.

Darauf wurde noch an demselben Tag, am 28. November 1897, Paul Gautsch Freiherr von Frankenthurn mit der Bildung der Regierung betraut. Der rasche Entschluß des Kaisers, Badeni fallen zu lassen, hatte seinen Grund darin, daß Franz Josef, der am Samstag unerwartet aus Wallsee, vom Besuch seiner Tochter, zurückgekehrt war, mitten unter die demonstrierenden Arbeiter geraten war und sich sofort an die Revolution des Jahres 1848 erinnerte. Noch am Samstag hatte der Kaiser Badeni und den Außenminister Goluchowski, der zugleich Minister des kaiserlichen Hofes war, empfangen, und am Sonntag wurden die Extra-

Richtung, die sie einhalten, vollständig einig sind. Es versteht sich daher, daß ich nicht in der Lage bin und sein kann, die Parteitaktik unserer speziellen Organisation von der Parteitaktik der

blätter der amtlichen „Wiener-Zeitung“ unter den Demonstranten verteilt, daß Badeni zurückgetreten sei. Der Rücktritt Badenis, der den Tschechen die Sprachenverordnungen gegeben hatte, wurde in Prag sofort mit nationalen Krawallen beantwortet. Schon am 1. Dezember kam es zu Plünderungen deutscher Geschäfte und zu Zusammenstößen mit dem Militär, wobei drei Personen erschossen und 38 schwer verletzt wurden, worauf am 2. Dezember das Standrecht verkündet wurde, das aber bald wieder aufgehoben wurde, um die Tschechen zu versöhnen. Aber im Jänner kam es zu fortwährenden Krawallen gegen die deutschen Burschenschaften. Um den „Bummel“ der Burschenschafter, wie der Aufmarsch auf dem Prager „Graben“ hieß, zu schützen, wurde Militär aufgeboten. Aber zugleich wurde den Burschenschafftern das Tragen von Abzeichen, farbigen Mützen und Bändern, verboten. Darauf stellte der Senat der Prager deutschen Universität zum Zeichen des Protestes die Vorlesungen ein. Die übrigen deutschen Hochschulen folgten. Am 26. Februar 1898 verließen die deutschen Abgeordneten den böhmischen Landtag.

Gautsch war am Ende angelangt, um so mehr, da nun auch noch die Schwierigkeiten mit dem ungarischen Ausgleich sich verschärften, für den weit und breit keine Majorität im Parlament aufzutreiben war. Gautsch glaubte seinem Nachfolger den Weg freizumachen, indem er das Odium der Regelung der Sprachenfrage auf sich nahm. Er hob das Verbot des Farbentragens für die Burschenschafter auf und erließ „vorbehaltlich gesetzlicher Regelung“ zwei Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, die ein deutsches, ein tschechisches und ein gemischtsprachiges Gebiet schufen.

Am 7. März 1898 überließ Gautsch dem Grafen Franz Thun den Platz. Die neue Regierung bestand aus Beamten und drei Politikern: für die Deutschen Dr. Franz Baernreither, ein moderner, sozialpolitisch gebildeter Mensch, Abgeordneter des liberal gesinnten sogenannten „verfassungstreuen“ Großgrundbesitzes, als Handelsminister; für die Tschechen der Prager Universitätsprofessor Dr. Josef Kaizl, ehemals Mitglied der sogenannten „Realistenpartei“ des Professors Masaryk, der in die Jungtschechenpartei eingetreten war, aber dort durch seine moderne Gesinnung glänzte, als Finanzminister; und für die Polen Ritter von Jendrzejewicz als polnischer „Landsmannminister“.

Aber die Deutschen waren nicht zufrieden und die „Deutsche Volkspartei“ und die „Deutsche Fortschrittspartei“, jenes die Nationalen, dieses die Liberalen, beschlossen die Obstruktion wegen der Sprachenverordnungen.

Bei den Demonstrationen gegen Badeni im November 1897 war in Graz ein Arbeiter von dem aus bosnischen Soldaten bestehenden Militär erschossen worden; es kam zu Demonstrationen gegen die „Bosniaken“ und die Militärkapelle wurde überall ausgezischt. Gegen 35 Studenten, die am Leichenbegängnis des erschossenen Arbeiters teilgenommen hatten, wurde, da sie „Reserveoffiziere“ waren, ein Militärehrenrat eingesetzt, und als der Grazer Gemeinderat am 25. Mai 1898 einen Protest beschloß, wurde er aufgelöst.

Mittlerweile hatte die Regierung am 20. April dem Abgeordnetenhaus 22 Gesetzentwürfe über den „wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn“ vorgelegt, die mit der ungarischen Regierung vereinbart worden waren.

sozialdemokratischen Partei in Österreich überhaupt irgendwie loszulösen und gesondert zu behandeln. Andererseits ist es aber doch notwendig, daß jede nationale Gruppe die Parteitaktik auch

Dieser „Ausgleich“ mußte nämlich alle zehn Jahre neu vereinbart werden und dadurch war das Reich alle zehn Jahre einer neuen Krise ausgesetzt. Da die Ungarn nach Unabhängigkeit strebten, mußte die Krone sie durch wirtschaftliche Begünstigungen zu gewinnen suchen und diese gingen natürlich auf Kosten Österreichs. Sooft der Ausgleich zur Verhandlung stand, mußte eine Partei durch parteimäßige oder persönliche Korrumplierung gewonnen werden, für den Ausgleich zu stimmen. Das war der Grund gewesen, warum Baden die Sprachenverordnungen erlassen hatte: um die Stimmen der Tschechen für den Ausgleich zu gewinnen; das war auch der Grund, warum zehn Jahre später Geßmann und Weiskirchner Minister wurden: um die Stimmen der Christlichsozialen für den Ausgleich zu kaufen. Im Zusammenhang mit dem „Ausgleich“, aber ohne ein Teil von ihm zu sein, stand die „Quote“, der Anteil der beiden Staaten an der Beitragsleistung zu den gemeinsamen Ausgaben. Österreich zahlte etwa 66 Prozent, Ungarn 34 Prozent.

Als nun am 26. September 1898 der Reichsrat zusammentrat, wollte die Regierung schnell den Ausgleich verhandeln, da der ungarische Handelsminister mit der Zolltrennung drohte. Daß bei den Ausgleichsverhandlungen geheime Abmachungen getroffen worden waren, ging schon daraus hervor, daß die Regierung auf eine Anfrage wegen der geheimen Abmachungen jede Auskunft verweigerte. Da die Deutschen ihre Obstruktion nicht absagen wollten, wurde der Reichsrat am 20. Dezember vertagt. Die ungarische Regierung hatte ihre Zustimmung gegeben, daß der Ausgleich noch verschoben werde. Indessen war Baernreither zurückgetreten und an seine Stelle war der Führer der „Katholischen Volkspartei“, der Tiroler Baron Dipauli Handelsminister geworden.

Als Mitte Jänner 1899 das Parlament zusammentrat, begann wieder die Obstruktion. Deshalb wurde es rasch nach Hause geschickt. Die deutschen Parteien protestierten gegen den Versuch, den Ausgleich mit dem § 14 ins Werk zu setzen.

Das Bestehen dieses § 14 hängt eng mit der dauernden Krise Österreichs zusammen, da er die Bildung eines starken Parlaments verhinderte und andererseits den Regierungen ermöglichte, die Krise des Staates zu vertuschen. Dieser § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung hatte folgenden Wortlaut:

Wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist, zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können dieselben unter Verantwortung des Gesamtministeriums durch kaiserliche Verordnung erlassen werden, insofern solche keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veräußerung von Staatsgut betreffen.

Dieser § 14, der eine Vorsorge für plötzliche dringende Verfügungen bezweckte, wurde nun so angewendet, daß jede Vorlage, die die Regierung im Parlament nicht durchsetzen konnte, von ihr mit dem § 14 verordnet wurde, nachdem man das Parlament weggeschickt hatte. An diesem Verfassungsbruch haben sich alle bürgerlichen Parteien und alle Nationen beteiligt. Am 29. September 1898 beantragten die Deutschnationalen und Deutschliberalen in einem Dringlichkeitsantrag die Aufhebung des § 14

auf ihrem eigenen Parteitag einer Erörterung unterziehe, und daß eine Kritik und Beurteilung möglich sei, ob die Taktik, die von der Partei im verflossenen Jahre eingeschlagen wurde, dem Gesamtinteresse und den Prinzipien der Partei entspricht.

Wir haben in Österreich ein Jahr hinter uns, das uns eine Fülle von politischen Ereignissen bot, wie nicht leicht ein gleicher Zeitraum der österreichischen Geschichte. Ich erinnere daran, daß genau zu der Zeit, wo wir im vorigen Jahre am Parteitag in Wien beisammen waren, jener Geheimerlaß des Badeni, welcher die Behörden informierte, in welcher Weise sie Versammlungen zu behandeln haben, in der „Arbeiter-Zeitung“ und in einigen bürgerlichen Blättern erschienen ist. Es ist also genau ein Jahr seit dem Höhepunkt des Regiments Badeni verflossen. Die Partei hat sich während dieser ganzen Zeit in ganz eigentümlichen Verhältnissen befunden. Seitdem es im Parlament sozialdemokratische Abgeordnete gibt, ist es selbstverständlich, daß alle Aktionen der Partei nicht allein von den Massen außerhalb des Parlaments und ihren Vertrauensmännern, sondern in weit ausdrucks- und nachdrucksvollerer Weise im Parlament zur Geltung kommen.

Ich möchte hier vor allem eines konstatieren: Was unsere Abgeordneten im Parlament gemacht haben, ist nicht nur entsprechend ihrer eigenen Überzeugung als Abgeordnete, sondern ist durchaus das Produkt der mit der Parteivertretung vereinbarten Taktik, ist durchaus das Produkt der Überzeugung der Gesamtvertretung der Partei selbst. Wir stehen zu unseren Abgeordneten in einem wesentlich andern Verhältnis als alle oder die meisten bürgerlichen Parteien. Wenn ich das von vornherein so fest ausspreche und unterstreiche, so geschieht dies darum, weil ich möchte, daß die Genossen wissen und sich einprägen, daß sie und jeder einzelne von ihnen auf die Haltung unserer Fraktion den Einfluß haben, den jeder Genosse überhaupt auf die Haltung der Partei zu üben hat. Es war in diesem Jahre nicht sehr leicht, in jedem Moment die Haltung der Partei zu bestimmen und insbesondere war es schwer, weil die Bilder, denen wir gegenübergestanden sind, so rasch und unvermittelt gewechselt haben. Als wir das letztmal beisammen waren, war ungefähr die erste Periode der Obstruktion zu Ende. Unsere Partei hat von vornherein gegen das Regime Badeni den heftigsten Kampf geführt, und zwar schon zu einer Zeit, wo die bürgerlichen Parteien, und zwar dieselben bürgerlichen Parteien, die seither eine

und zugleich beantragten sie die Erhebung der Ministeranklage gegen die Regierung Thun, weil sie den § 14 mißbräuchlich angewendet habe. In der Verhandlung des Antrages vom 5. bis 8. November 1898 überboten sich die deutschnationalen Abgeordneten in Drohungen gegen die „Verfassungsbrecher“, und der Abgeordnete Dr. Hochenburger riet, die Verfassungsbrecher am Laternenpfahl aufzuhängen. Derselbe Hochenburger hat allerdings, als er später Justizminister wurde, in schamloser Weise vom § 14 Gebrauch gemacht; es wurde ihm deshalb von den Sozialdemokraten immer seine Laternenrede vorgehalten. (Siehe Adlers Rede im Parlament am 5. Oktober 1911: „Teuerung und Klassenjustiz“.)

so heftige Opposition betreiben, sich gegenüber demselben noch in einer sehr liebenswürdigen Haltung befunden haben. Wir haben uns über den wahren Charakter des Regiments Badeni nicht einen Augenblick lang täuschen lassen. Die Sozialdemokraten haben den Badeni von Anfang an als einen wirklich feudalen mit allen Salben geschmierten polnischen Kavalier betrachtet und haben gewußt, daß sie von ihm alles zu erwarten haben, nur nicht etwas, was dem Volke förderlich ist. Dieses Erkenntnis ist den bürgerlichen Parteien erst erwachsen, als die Sprachenverordnungen herausgegeben wurden. Von diesem Moment an sehen wir das Bürgertum in einer Bewegung, die allerdings erfreulich sein könnte, wenn wir bloß die Energie dieser Bewegung ins Auge fassen, wenn wir nicht zugleich auch das Ziel dieser Bewegung betrachten.

In einem Lande wie Österreich, wo das Proletariat am meisten darunter zu leiden hat, daß das Bürgertum gelähmt ist, daß es sich niemals zu einer entschlossenen Handlung hat aufraffen können, in einem Lande, wo das Bürgertum das Werk, das vor fünfzig Jahren begonnen wurde, niemals zu Ende geführt hat und wo es nicht einmal jene Stufe der Entwicklung erklommen hat, die eine europäische ist, in einem solchen Lande müßte man es eigentlich mit Freude begrüßen, daß sich im Bürgertum endlich einmal etwas regt, was wie Mut, was wie Entschlossenheit und wie Unbeugsamkeit aussieht. Wir haben gar kein Interesse daran, daß unsere Gegner niedrige Menschen sind, daß die Leute, mit denen wir zu kämpfen haben, schwächliche, unbrauchbare, kulturwidrige Organismen sind, wir haben gar kein Interesse daran, daß das Bürgertum von seinen Vertretern selbst preisgegeben wird der rücksichtslosen Herrschaft des Feudaladels. Wir haben vielmehr ein sehr großes Interesse daran, daß dieses Österreich ein modernes Land werde und darum könnte man die Hoffnung haben, konnte sie haben, möchte ich sagen, daß aus der deutschnationalen Bewegung, aus der Erregung, die wir vor uns gesehen haben, sich etwas Vernünftiges — nicht vernünftig für uns, sondern vernünftig für das Bürgertum — entwickeln werde.

Aber noch ein anderer Gesichtspunkt müßte für uns maßgebend sein. Es ist selbstverständlich, daß die prinzipielle Haltung der Sozialdemokraten gegenüber einer jeden Regierung, mag sie heißen wie sie wolle, und mag sie welcher Partei immer angehören, nur diktiert werden kann von dem Interesse des arbeitenden Volkes, also den energischsten Widerstand gegen die Herrschaft der besitzenden Klassen, deren Geschäftsträger, deren Bediente, deren ausführendes Organ eine Regierung sein muß, in sich begreift. Die Haltung der Partei muß von diesem Gesichtspunkt aus immer dieselbe bleiben. Ich kann mir heute nicht eine Regierung vorstellen, mit der die Sozialdemokraten irgendwie zufrieden sein könnten, und ich sage es offen, ich mache den bürgerlichen Regierungen gar keinen Vorwurf, daß sie nicht sozialdemokratisch sind. Das ist gar nicht möglich, und wir begreifen ja das Wesen aller

geschichtlichen Entwicklung als Kampf zwischen den Klassen und wir begreifen sehr gut, daß die bürgerlichen Parteien nicht unsere Geschäfte besorgen können, auch nicht, wenn sie an der Regierung sind. Wir müssen aber trotzdem einen sehr scharfen Unterschied in unserer Haltung gegenüber den verschiedenen Regierungen machen. Es ist zwar in Österreich unwahrscheinlich, aber es wäre doch Phantasie, die realisierbar wäre, daß es auch in Österreich eine Regierung geben könnte, die, wenn auch nicht die speziellen Interessen der Arbeiterklasse, so doch das Gesamtinteresse aller Klassen in Österreich im Auge hat, die nämlich nach einem vernünftigen Fortschritt in der Kultur, nach einer vernünftigen Entwicklung Österreichs zu einem modernen europäischen Zustand strebt. Wenn aber eine Regierung das nicht nur nicht ist, sondern wenn sie auch noch in dem Sinne reaktionär ist, daß sie das Land auf Entwicklungsstufen zurückwirft, die bereits überwunden sind, wenn eine Regierung wegen augenblicklicher Interessen jenen alten nationalen Streit zu der Höhe entfacht, wie wir es gesehen haben und wie dies die Regierung des Badeni getan hat, wenn sie dazu nicht nur ungeschickte, sondern auch Mittel anwendet, die verwerflich sind, nicht nur vom politischen, sondern selbst vom moralischen Standpunkt, wenn wir sehen, daß eine Regierung das Volk und seine Vertretung direkt korrumpiert, und wie diese Regierung das Land in einen Zustand vollständiger Ohnmacht hineinführt, dann ist es gerechtfertigt, daß die Partei mehr tut, als sie gegenüber jeder andern Regierung tut, daß sie sagt, hier liegt nicht nur die Gesamtschuld der besitzenden und herrschenden Klassen vor, sondern hier liegt das spezielle Verbrechen einer Bande vor, welche in speziellen Handlungen volksfeindlich auftritt. Es war also notwendig — und ich brauche ja die Ereignisse nicht aufzuzählen — daß die Sozialdemokratie dem Regiment des Badeni mit weit größerer Energie sich entgegenstellte, als bisher jeder anderen Regierung.

Die Sache war durchaus nicht leicht. Wenn es sich bloß um Opposition handelt, wenn es sich bloß darum handelt, außerhalb des Parlaments, in den Provinzen und überall in der Öffentlichkeit unsere Abneigung gegen eine Regierung zum Ausdruck zu bringen, wenn es sich bloß darum handelt, das Urteil der Arbeiterschaft klarzumachen, kurzum, wenn es sich nur um Dinge handelt, wozu Mut und Opferwilligkeit gehört, so war die Sozialdemokratie zu allen Zeiten in der Lage, diesen Kampf sehr energisch und mit Erfolg zu führen. Diesmal hat es sich um etwas anderes und um eines mehr gehandelt. Dadurch, daß die nationale Frage den Ausgangspunkt der Kämpfe im Parlament gebildet hat, dadurch weiter, daß unser Verband im Parlament ein internationaler Verband ist, mußte die Schwierigkeit entstehen, daß nicht die große Masse der Genossen, daß nicht die Welt meine, daß die Sozialdemokratie die Geschäfte einer nationalen Partei in Österreich besorge. Es war naturgemäß, daß die Opposition, welche sich von Wolf und Schönerer über unsere lieben alten Liberalen hinweg bis zu den Christlich-

sozialen erstreckte, die Mithilfe der Sozialdemokraten im Parlament sehr gern in Anspruch genommen hat, ja daß sie wiederholt das Ansinnen gestellt hat, die Sozialdemokraten mögen, und haben die Verpflichtung dazu, ihren speziellen nationalen Parteizwecken dienen. Es möge Ihnen ein Beweis dafür, daß diese Wünsche niemals in Erfüllung gegangen sind, sein, daß wir im Parlament und außerhalb desselben internationale sozialdemokratische Politik getrieben haben, daß der internationale Verband im Parlament und die Exekutivkomitees aller sozialdemokratischen Parteien außerhalb des Parlaments, sowie die große Masse unserer Genossen von Eger bis Lemberg und von Aussig bis Triest in allen diesen Kämpfen vollständig geschlossen aufgetreten sind, daß es sich also nicht um eine nationale Frage gehandelt hat. Es hat sich uns wirklich um weit mehr gehandelt. Wenn wir Sozialdemokraten Ursache haben, uns etwas einzubilden, uns als die einzige Partei in Österreich zu bezeichnen, die wirklich eine Zukunft hat, so ist dies auf Grund der Tatsache, daß wir in diesen schweren nationalen Kämpfen, die auch für die Arbeiter sehr viel Verlockendes hatten, eine brüderlich geeinigte, in jedem einzelnen Schritt zusammengehörige und zusammen marschierende Partei geblieben sind. (Zustimmung.)

Ich muß hier auch über den Wendepunkt in dem Vorgehen der Partei einige Worte sprechen. Die Sozialdemokraten haben im Parlament und außerhalb desselben, solange es sich um eine Obstruktion wegen der Sprachenverordnung handelte, eine abwartende Haltung eingenommen. Wir können die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, die nationale Frage zu ordnen, nur als ein Unglück für unser Land und auch für die Arbeiterschaft ansehen, aber wir sind nicht in der Lage, hier zu vermitteln, wir sind nicht in der Lage, ihnen ihren Streit ausfechten zu helfen. Als es sich aber zeigte, daß man im Parlament über diese nationale Frage hinausgegangen ist, als Badeni den ungarischen Ausgleich, an dem die Arbeiterschaft in Österreich ein gewaltiges Interesse hat, im Parlament durchdrücken wollte, als man die Geschäftsordnung und die Verfassung mit Füßen getreten hat, da war die Rolle der Sozialdemokraten nicht mehr die eines Zuschauers, sondern da war es geboten, daß auch sie aktiv eintraten, und daß sie es mit Erfolg getan haben, darüber brauche ich wohl nicht viel Worte zu verlieren. Es hat sich im Herbst noch eine weitere Wendung begeben. Genosse Schuhmeier sagte, als im Parlament die Geschäftsordnung durch die Kramarsch und Abrahamowicz zerrissen war, als die Revolution von oben zur Tatsache geworden war, da erwarteten die Partei und die Massen überall, daß der parlamentarische Verband der Sozialdemokraten die Aktionen unterstützen werde. Ich glaube nun, es ist notwendig, daß wir hier einmal erklären, wie wir außerhalb des Parlaments jenen Sturm auf die Tribüne des Reichsrates aufgefaßt haben. Es ist notwendig, daß wir sagen, ja, die Sozialdemokraten haben in dieser Sache mehr geleistet, als alle bürgerlichen Parteien zusammen.

(Lebhafte Zustimmung.) Ich kann es Ihnen als Augenzeuge berichten, daß die ganze Opposition, sämtliche bürgerlichen Parteien dem Antrag Falkenhayn gegenüber zu einem mannhaften Auftreten entschlossen waren, nämlich — zur Erlassung von Protesterklärungen (lebhaftes Heiterkeit) und zum Verlassen des Hauses unter Protest. Das hätte uns nicht genügt, das hätte die Arbeiterschaft in Österreich nicht begriffen. Sie erwartete von ihren Vertretern, daß sie dem Lande und ganz Europa zeigen: Hier ist ein Verbrechen begangen worden (lebhaftes Zustimmung), hier gibt es kein Parlament mehr. Die Sozialdemokraten mußten zeigen, daß die Gesetzlichkeit dieses Parlaments nicht mehr existiert, daß der Rechtsboden dieses Parlaments durchbrochen ist und daß man es mit einer Horde von Übeltätern zu tun hat, nicht aber mit einer gesetzlichen und zur Gesetzgebung berufenen Vertretung. Und um dies aller Welt zu zeigen und darüber nicht den geringsten Zweifel aufkommen zu lassen, daß sich das Land in der offenen Revolution befinde, daß diese Revolution von jenen gemacht worden ist, welche die Hüter der Gesetze sein sollen, darum wurden diejenigen, welche das Parlament nach außen zu vertreten haben, das Präsidium des Parlaments, von den Sozialdemokraten zur Tür hinausgeworfen.

Unsere Gegner sind sehr geneigt und waren es immer, diese Politik als eine Radaupolitik anzusehen. Die Sozialdemokraten sind nichts weniger als Radaupolitiker; im Gegenteil, es gibt keine Partei, welche in ihren eigenen Reihen, wie auch nach außen hin so strenge auf die Erfüllung der Gesetze hält, wie die sozialdemokratische, und wir haben auch heute dazu alle Ursache. Wir haben alle Ursache dazu, wenn wir uns daran erinnern, daß die Verfolgungen und Bedrückungen der Arbeiterschaft nicht nur Gesetzen entspringen, die aus der Klassengesetzgebung hervorgegangen sind, sondern daß sie auch der Übertretung und Verletzung dieser Gesetze im Interesse der Besitzenden entspringen. Wir haben das Verdienst, sehr viel zur Herbeiführung eines gesetzlichen Zustandes in Österreich beigetragen zu haben. Sosehr wir wissen, wieviel Macht wir haben, so kennen wir doch die Grenzen unserer Macht sehr genau, und es fällt uns durchaus nicht ein, an einen rohen Kampf zu appellieren. Wenn die Sozialdemokraten einen Schritt getan haben, der in der Geschichte gerade unserer Partei vollständig unerhört ist, so war es nicht Radaupolitik, sondern war gerade umgekehrt, eine Politik zur Wahrung des Gesetzes, zur Wahrung jener Verfassung, die heute einmal besteht, die wir wohl nicht gemacht haben, die wir nicht aufrechtzuerhalten wünschen, von der wir vielmehr wünschen, daß sie so bald wie möglich verschwinde und einer volkstümlichen, demokratischen Verfassung Platz mache, von der wir aber, solange sie besteht, wünschen müssen, daß sie nicht zugunsten der Junker und Pfaffen verletzt und mit Füßen getreten werde. (Lebhafter Beifall.)

Mit dem Vorgehen der Sozialdemokraten im Parlament war aber noch nicht alles geschehen. Unsere Abgeordneten wurden da zusammen mit den Schönerianern mit Polizeiwache aus dem Parla-

ment geführt. Wer diese Dinge miterlebt hat, dem werden sie unvergeßlich bleiben, der wird nicht mehr dulden, daß uns unsere konservativen und reaktionären Gegner mit dem Angriff kommen, wir seien die Partei des Umsturzes, während sie die Stützen der Ordnung und des Gesetzes sind. (Gelächter.) Diese Leute sind die allerersten, welche jedes Gesetz, jede Ordnung, jedes Recht zu durchbrechen entschlossen sind, die bereit sind, wenn es ihr Vorteil ist, an die Stelle des Rechtes die Gewalt und die Faust zu setzen. Wir haben neben dem amtlichen Arbeitermord, welcher sich in die Formen des Gesetzes kleidet, der bei jedem ernsthaften Konflikt zwischen Arbeitern und Unternehmern verübt wird, wie er auch in Graz bei den Badenischen Unruhen ausgeführt wurde, auch die Entschlossenheit unserer konservativen Gegner, die Stützen der Krone, die Stützen des Staates am Werk gesehen. Wenn die Sozialdemokraten nach dem, was sich am 26. und 27. November 1897 abgespielt hat, am 28. November nicht nur in Wien, sondern in ganz Österreich auf die Straße gestiegen sind, so haben sie einfach die Tatsache ausgesprochen, daß, wenn nicht die Gewalt von oben eingedämmt wird, die Gewalt von unten, nicht weil sie will, sondern weil sie muß, zur Geltung kommen wird. (Stürmischer Beifall.) Wir sind — darüber ist kein Zweifel — am 28. November mitten in einer revolutionären Bewegung gestanden. Nun — Badeni ist verschwunden. (Ruf: Leider! — Heiterkeit.) Dem Genossen, der da sagt „Leider“, dem kann ich ja nachfühlen. Er meint offenbar, daß wir ein Interesse daran haben, daß unsere Feinde möglichst schlechte und möglichst blöde seien. Ich weiß nicht, ob die gegenwärtige Regierung allen Wünschen unserer Genossen in dieser Beziehung in vollem Umfang wird entsprechen können. (Heiterkeit.) Er scheint ziemlich weitgehende Anforderungen zu stellen, aber er kann darüber beruhigt sein. (Heiterkeit.) Ein besonders hohes Maß von Einsicht und von Empfindung dafür, was Österreich allein in einen vernünftigen Zustand bringen könnte, finden wir bisher auch bei dieser Regierung nicht. Dies auf den Zwischenruf.

Mit dem Sturze des Grafen Badeni wurden neue Verhältnisse geschaffen und unsere Haltung mußte wieder geändert werden. An Stelle der Badenischen Verordnungen sind die Gautschschen getreten und die Radikalnationalen haben erklärt, diese seien ebenso schlecht wie die früheren; auch deshalb müsse die Regierung angeklagt werden, auch deshalb müsse die Obstruktion fortgesetzt werden. Wir konnten uns auf diesen Standpunkt nicht stellen, wir konnten unmöglich verkennen, daß, weil eine Partei mit der derzeitigen Regelung der Sprachenfrage unzufrieden ist, insbesondere wenn diese Regelung als eine bloß provisorische hingestellt wird, wenn diese Regierung wenigstens ausspricht, daß sie eine gesetzliche Regelung will, wir konnten, sage ich, in diesem Moment gegenüber der neuen Regierung nicht mit derselben Wucht, mit derselben Verachtung vorgehen, wie sie der Badenischen Regierung gegenüber gebührt hatte.

Die Regierung des Grafen Thun ist wirklich in einer recht schweren Lage. Wenn dem Mann etwas einfiele, wie er Ordnung machen könnte, möchte er es recht gern tun, er möchte recht gern Frieden stiften, obwohl die Rolle des Feudaladels, welchem Graf Thun entstammt, in der Geschichte Österreichs nicht die des Friedensstifters war, und obwohl gerade jene Schichten, die heute so eifrig für den nationalen Frieden eintreten, politisch vom nationalen Hader gelebt haben. Was Thun heute will, ist, sein Unglück mit Anstand tragen. Er sucht sich hinüberzufretten über das Jubiläumsjahr*), denn es ist ja höchst unangenehm, wenn man gerade zum fünfzigsten Jahre des Jubiläums des heutigen Regierungssystems und der Regierung des Kaisers zeigen muß, daß Österreich heute noch nicht die Aufgaben beendet hat, die ihm im Jahre 1848 gestellt wurden, daß in Österreich heute noch die Verwirrung und der Kampf und die Aktionsunfähigkeit genau dieselben sind, wie vor fünfzig Jahren. Es ist sehr traurig, zu zeigen, daß die ganze Staatskunst der herrschenden Klasse in Österreich, vereinigt mit der Macht des Bürgertums, nicht imstande war, aus Österreich ein vernünftiges Staatengebilde zu machen, und es ist sehr traurig, daß gerade zu diesem Jubiläum der vollständige Bankrott der bisherigen österreichischen Politik eingetreten ist. Man möchte das gern verhüllen, und Graf Thun bemüht sich zu zeigen, daß nicht er das alles angerichtet hat. Die Regierung möchte, was bisher wenige Regierungen getan haben, zeigen, daß, wenn nur die Gesetzgebung in Gang kommen könnte, und wenn man nur eine geordnete Verwaltung in Österreich wieder herbeizuführen in der Lage wäre, die Regierung den besten Willen hätte, anständig zu regieren. Man sieht das an einer ganzen Reihe von kleinen Dingen, welche die Arbeiterschaft betreffen. Sie wissen, daß uns von den Regierungsblättern die Aufhebung des Zeitungsstempels**) in Aussicht gestellt wird, daß auf die Auszahlung erhöhter Beamtengehälter verwiesen wird, wenn nur halbwegs ein bißchen Ordnung eintreten würde. Die Regierung möchte die Arbeiter förmlich lüstern machen nach einem geordneten Gang der Gesetzgebung, aber bei der Arbeiterschaft können diese Verheißungen und Verlockungen nicht verfangen. Wir bedauern ganz gewiß das Gelähmtsein der Gesetzgebung, wir haben gewiß das Bedürfnis, eine ganze Reihe sehr wichtiger und für uns geradezu Lebensfragen betreffender Gesetze zur Beratung zu bringen, aber wir wissen auch genau, daß, wenn die parlamentarische Mühle wieder in Gang gekommen sein wird, ihre Produkte zunächst nicht nährendes Mehl für die arbeitenden Klassen des Volkes, sondern, daß ihre Frucht vielmehr sein wird eine ganze Reihe von Gesetzen, welche eine schärfere Ausbeutung des Volkes, ins-

*) Am 2. Dezember 1848 war von der Gegenrevolution der junge Erzherzog Franz Josef zum Kaiser gemacht worden und das wurde dann alle zehn Jahre gefeiert!

**) Der Zeitungsstempel, der bei jeder Nummer eines Blattes einen Kreuzer betrug, wurde erst unter der Regierung Wittek beseitigt. (Siehe unten.)

besondere durch die indirekten Steuern, zum Zweck haben. Graf Thun und seine Regierung wünschen Ordnung im Parlament, weil sie die Schraube an den Volkskörper ansetzen möchten, damit mit um so größerer Ergiebigkeit die Quellen fließen, aus denen der Militarismus gespeist werden soll. (Zustimmung.)

Wir haben vor ganz kurzer Zeit in den letzten Wochen ein Bild von den Delegationen gesehen und haben demselben entnehmen können, wie absolut ohnmächtig das gesamte österreichische Volk in allen seinen Schichten in bezug auf die äußere Politik des Staates ist, in allen seinen Schichten, mit Ausnahme einer Handvoll von Kavalieren, welche das Privilegium haben, die äußere Politik Österreichs in ihrem Interesse zu machen und daran das Privilegium knüpfen, die Schlachten zu verlieren, die sich infolge dieser Politik ergeben.

Wir haben weiter in Pest gesehen, daß die Vertretung des Volkes, soweit sie sich mit dem Militarismus zu beschäftigen hat, nicht nur absolut ohnmächtig, sondern auch absolut feig ist. Wenn an Stelle der alten Weiber, die da in Budapest in der Delegation waren, Männer gewesen wären, so hätte man dort ganz anders auftreten können, als es geschehen ist. In keinem Lande ist es bisher vorgekommen, daß man 30 Millionen Nachtragskredit, der einen Verfassungsbruch bedeutet, so gefressen — das heißt zur Kenntnis genommen — hat, wie es dort geschehen ist. Mögen die Wähler zu Hause sich imponieren lassen durch diese Reden, welche die Pergelts, Axmanns*) usw. gehalten haben — dem Kriegsminister und dem Reichsfinanzminister haben diese Reden durchaus nicht imponiert. Dem Zweck, die Mittel für den Militarismus in ausreichendem Maße herbeizuschaffen, dem gilt der Wunsch der Regierung, das Parlament wieder in Ordnung zu bringen. Wir Sozialdemokraten haben die Aufgabe, in Österreich als die Retter der gegenwärtigen Ordnung aufzutreten.

Vor kurzer Zeit haben uns die Deutschnationalen, die gern möchten, daß wir ihnen ihre separaten Kriege führen helfen, als die staaterhaltende k. k.***) österreichische Partei verhöhnt. Dieses

*) Pergelt, ein Deutschliberaler, Axmann, ein Christlichsozialer; die in den Delegationen schöne Reden hielten, aber dann für alle Forderungen des Kriegsministers stimmten.

**) Die Bezeichnung k. k. Sozialdemokraten (man sprach in der Monarchie das „k. k.“ bald mit den vollen Namen als kaiserlich-königlich, bald bloß „ka, ka“ aus), die abwechselnd mit der Bezeichnung als Hochverräter von den Christlichsozialen gegen die Sozialdemokraten verwendet wurde, ist eigentlich zweimal „erfunden“ worden. Zuerst hat sie Doktor Lueger in einer seiner Hanswurst-Launen erdacht. Am 26. Juni 1891 hatte Pernerstorfer im Parlament über die Verfolgungen der Arbeiter durch die Polizei gesprochen und dabei auch das sonderbare Verhalten des Prinzen Liechtenstein kritisiert, der sich geweigert hatte, einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes zu unterschreiben, weil man ihn „gegen Dynamitarden brauche“. Darauf suchte Lueger den Prinzen Liechtenstein und die Christlichsozialen zu verteidigen, indem er zuerst jammerte, daß ein oppositioneller Abgeordneter den andern angreife; dann

Kompliment erlaube ich mir den Deutschnationalen, und zwar vom Wolf bis zum Schönerer, zurückzugeben. Wir sind die Partei eines Landes, welche für alle Völker, die hier leben, Formen finden will und auch den Weg angeben kann zu einem Österreich, in dem die Völker einträchtig und friedlich demselben Ziele zustrebend arbeiten können. Der k. k. österreichische Staatsgedanke ist gerade jener Gedanke der alten Bürokratie von Metternich angefangen bis zurück auf Josef II., jener Gedanke der Beherrschung Österreichs durch die deutsche Bürokratie, jener Gedanke, der sich heute darin ausspricht, daß die Deutschnationalen sogar die deutsche Staatsprache übernommen haben. Das ist das spezifisch Österreichische; wir aber vertreten ein neues Österreich, ein neues Prinzip. Welche staatlichen Formen auch immer die Völker dieses Landes verbinden mögen, nebeneinander werden diese Völker leben müssen, sie werden sich nicht trennen können, sie werden nicht auseinander können; sie sind darauf angewiesen, auf diesem Boden zu leben.

sagte er, wenn Pernerstorfer den Liechtenstein als Puppe der Regierung hinstelle, so sei eher Pernerstorfer ein Regierungsabgeordneter. Und plötzlich erklärte er wieder, daß die Polizei nicht nur die Sozialdemokraten verfolge, sondern auch die Christlichsozialen. Wenn die Polizei die christlichsoziale Partei unterdrücke, so möge sich die Regierung nicht täuschen, daß die Massen dadurch nicht zu den Liberalen zurückkehren werden, sondern „sie werden durch ein solches Vorgehen in jenes Lager hineingetrieben werden, welches der Regierung nicht angenehm ist, nämlich in das sozialdemokratische Lager...“ Als ihm nun der Deutschnationale Foregger höhnend zurief: „Das ist ja die Regierungspartei!“ sattelte er wieder um: „Nicht vielleicht in jenes, welches derzeit existiert! Nicht in das Lager jener Sozialdemokraten, die man als k. k. privilegierte österreichische Sozialdemokratie bezeichnen kann, sondern jene, die es ernst meinen mit dem Grundsatz, daß jedwede Stellung in den jetzigen Staatszuständen zur Unmöglichkeit gehöre. Und damit schließe ich.“

Natürlich erregte diese Verlegenheitsphrase allgemeine Heiterkeit und Pernerstorfer konnte nur feststellen, daß sich Lueger lächerlich gemacht habe.

Einige Jahre später wurde diese Erfindung neuerlich erfunden. Sie wurde von der „Ostdeutschen Rundschau“, dem Organ der Schönererianer, zu denen damals der Abgeordnete Karl Hermann Wolf noch gehörte (nach der Spaltung ist das Blatt mit Wolf „freialldeutsch“ geworden; die Partei Wolfs hat sich dann zum Unterschied von den Alldeutschen, die bei Schönerer blieben, deutschradikal genannt), vor dem Parteitag am 26. Mai 1898 ganz von neuem ersonnen, wie das Blatt angab, wegen der „verbrecherischen Hochhaltung des österreichischen Staatsgedankens“ durch die Sozialdemokraten. Darauf erwiderte am 29. Mai die „Arbeiter-Zeitung“: Die Begründung dieses Vorwurfes, der für uns „Vaterlandslose“ einigermaßen ungewohnt ist, macht sich das Wolsche Blatt recht leicht. Wir haben in energischster Weise und wirklich, wie uns vorgeworfen wird, „mit sittlicher Entrüstung“ gegen die Orgien der nationalen Chauvinisten protestiert und dagegen das Gesamtinteresse aller in Österreich lebenden Völker vertreten. Das ist allerdings der Gedanke, der nach Meinung der Sozialdemokraten Österreich beherrschen müßte, aber der österreichische Gedanke ist das leider nicht.

Wir Sozialdemokraten vertreten die Politik und den Gedanken, daß diese Völker leben müssen als freie Völker, oder daß sie überhaupt lebensunfähig sind und nicht einen Schritt in der Kulturentwicklung vorwärts machen können, sondern versumpfen müssen, wie das gegenwärtige Österreich eben versumpft ist. Wenn unsere Politik in Österreich wirklich eine österreichische wäre, dann könnten wir alle froh sein, aber leider ist noch gar keine Aussicht vorhanden, daß sich die österreichischen Staatsmänner diese sozialdemokratische Auffassung zu eigen machen werden*).

Ich bin am Schlusse und danke Ihnen dafür, daß Sie mich länger reden ließen, als die Geschäftsordnung zu reden erlaubt. Ich bin aber überzeugt, daß ich noch eine Menge Punkte nicht berührt habe, von denen Sie erwartet und ich mir vorgenommen habe, sie zu besprechen.

Ich möchte nur noch folgendes bemerken. Gewiß hat das heiße Kampfgewühl, das wir unter Badeni hatten, aufgehört. Wir stehen Verhältnissen gegenüber, wo wir nicht unmittelbar dreinschlagen können. Aber, Genossen, trauen Sie dem Landfrieden nicht! Ich

Was historisch bis in unsere Tage herauf als „österreichischer Staatsgedanke“ sich gibt, ist die Hetze eines Volkes gegen das andere und die Beherrschung aller Völker durch diese Hetze....

Und von den alldutschen „Hochverrätern“ hat dann der schwarzgelbe Bielohlawek diese ursprünglich christlichsoziale Erfindung übernommen und sie dann zu Tod geschunden.

Auf dem Parteitag, der Ende Juni 1891 in Wien stattfand, hat Dr. Adler auf die Bemerkungen Luegers reagiert. Er sagte:

„Vorige Woche hat ein Abgeordneter im Parlament gesagt, daß wir »k. k. privilegierte Sozialdemokraten« geworden sind. Dr. Lueger hat die Infamie gehabt, das zu sagen. Dieselben Leute von derselben Partei, die für Ausnahmsgesetze immer eingetreten ist, wie die Feudalen, in deren Schwanz sie sich befinden, wissen, wenn sie uns infolge unserer Klugheit, durch Einsperren nicht beikommen können, nichts anderes als uns zu beschimpfen und zu verleumden. Wir brauchen jedoch diesen Menschen weiter keiner Antwort zu würdigen, aber ich wollte ein Beispiel dafür geben, wie schwer unsere Lage ist, wie ungeheuer ängstlich wir auf den Nachtrab sehen müssen, den wir haben...“

Daß sich die Christlichsozialen dieser Bemerkungen Luegers selbst schämten, geht daraus hervor, daß der Biograph Luegers, Dr. Richard Kralik, in seinem Buch über Lueger die Rede Luegers vom 26. Juni 1891 über die Verfolgung der Christlichsozialen besonders erwähnt, sich aber über jene Bemerkung ausschweigt.

Siehe übrigens auch die Bemerkungen Adlers über diese Bezeichnung in seinem Referat über politische Lage und Taktik auf dem Brünner Parteitag 1899 (unter dem Titel „Revolutionäre oder reaktionäre Staatskrise?“) sowie in seiner Rede im niederösterreichischen Landtag vom 11. Juli 1901 („Die Marodeure des Klerikalismus“).

*) Der folgende Teil der Rede befaßt sich mit den Anträgen, die den Kampf gegen die bürgerlichen Parteien betreffen. Diesen Teil bringen wir unter dem Titel „Luegerei und Wolfpartei“ im Abschnitt von den bürgerlichen Parteien. Der Schluß der Rede befaßt sich wieder mit der Obstruktion gegen Badeni.

möchte Sie weit weniger vor dem warnen, was Graf Thun will, denn ich glaube, er weiß nicht, was er will. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, daß dieser Graf Thun, weil er nicht weiß, was er will, in Lagen kommen kann, die gerade so zur Verwirrung führen, wie das bei Badeni der Fall gewesen ist, der sich auch nicht vorgenommen hatte, die Opposition mit Polizisten aus dem Parlament führen zu lassen. Wenn ich dieses Mißtrauen ausspreche, so tue ich es, weil ich heute gelesen habe, daß man damit angefangen hat, in Graz den Gemeinderat aufzulösen. Das ist eine Sache, die möglicherweise glatt verläuft, möglicherweise aber zu politischen Konsequenzen führt, die ebenso einschneidend sind, wie die des Geheimerlasses und des Verbotes des Volkstages von Eger. Wir sind auf alles gefaßt. Wir bleiben ruhig, wir bauen unsere Organisation aus, damit haben wir genug zu tun. Von uns gilt das Bibelwort, welches sagt: „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher.“ Wird es wieder heiß, dann werden wir wieder unseren Mann stellen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Revolutionäre oder reaktionäre Staatskrise?

Referat über politische Lage und Taktik. —
Parteitag in Brünn 1899.

Wenn die sozialdemokratische Partei eine Partei wäre, die ihre Taktik danach einrichtet, wie gerade der Wind weht, müßten wir mit dem Punkt „Taktik“ warten zumindest bis ans Ende der Woche, denn vorläufig weiß man in Österreich überhaupt nicht, woher der Wind weht: in diesem Moment vollständiger Ratlosigkeit der offiziellen politischen Kreise des Landes*), wo der Zusammenbruch der bisherigen Regierung, wo der Bankrott in einer Politik, unter die seit mehreren Jahren Österreich gebeugt wurde, offenkundig ist, wo die politische Zukunft dieses Landes ein Fragezeichen ist. Zum Glück ist die Sozialdemokratie nicht eine Partei, die ihre

*) Die Regierung Thun stand damals vor dem Rücktritt und wenige Tage nach dem Parteitag, am 2. Oktober, machte sie dem Geschäftsministerium des Grafen Clary-Aldringen Platz. Vorher hatte der Kaiser jedoch die Bildung der Regierung dem erklerikalen Fürsten Alfred Liechtenstein angeboten, der sich aber nicht recht traute, worauf der Kaiser dem als liberal geltenden Statthalter der Steiermark, dem Grafen Karl Clary, die Regierung übertrug, dessen Aufgabe es war, die Sprachenverordnungen aufzuheben.

Seit den Sprachenverordnungen des Grafen Badeni war die österreichische Politik ein Chaos. (Siehe die Bemerkungen bei der Rede vom Parteitag 1898 „Obstruktion gegen Badeni“.)

Am 21. September 1899, drei Tage vor Beginn des Parteitages, war der Ausgleich mit dem § 14 kundgemacht worden. Schon im Juli 1899 waren mit dem § 14 die indirekten Steuern und besonders die Zuckersteuer erhöht worden. In ganz Österreich demonstrierte die Arbeiter-

Losungen von dem Tage empfängt. Ja, sie ist nicht einmal eine Partei, die davon abhängt, ob wir in Österreich ein geordnetes politisches Leben haben oder nicht. In diesem Moment zerbrechen sich die Bürgerlichen wie die Feudalen die Köpfe darüber, wie man aus diesem Österreich noch etwas Vernünftiges machen kann, und wie die einzelnen Parteien dabei noch kleine Vorteile erringen könnten. Das Problem, um das es sich handelt, die lebendigen Kräfte des Landes so zu organisieren, daß sie das Land regieren können, wie die deutsche und tschechische Bourgeoisie zusammen das Land regieren können: dieses Problem wird auch in diesem schweren Moment nicht gelöst werden. Die tiefe Spaltung, die furchtbare Feindseligkeit, die aufgehäuft wurde zwischen den bürgerlichen Parteien der Deutschen und Tschechen, macht es unmöglich, daß wir zu einem geordneten parlamentarischen Wesen in Österreich kommen. Wenn die Offiziellen, denen von Gottes Gnaden anvertraut ist, Österreich zu regieren, einen Blick hätten für offenkundige Tatsachen, so müßten sie von der Ratlosigkeit, die heute in Wien herrscht, hieher sehen nach Brünn in das „Arbeiterheim“. Es gibt kein Heim für die Zukunft Österreichs, als dieses „Arbeiterheim“, wo alle arbeitenden Völker dieses Landes zu friedlicher, ersprießlicher Arbeit versammelt sind, und zwar, was das Wichtigste ist, in gegenseitigem festen Zutrauen zum guten Willen, zur guten Absicht, zur wirklichen Liebe, die wir einander entgegenbringen. Es gibt keine menschliche Gemeinschaft, wo es nicht Streit geben kann; auch wir werden hier streiten, aber der Streit bei uns verwüstet nicht, er baut auf. Der Streit bei uns wird geführt von der Grundlage, gemeinsam dasselbe zu wollen. Der Streit in Österreich ist aber darum unfruchtbar und ewig, weil in Österreich keine zwei Völker dasselbe wollen. Wenn die Völker einen gemeinsamen Gedanken haben in Österreich, wenn sogar die offiziellen Parteien, die ihren Patriotismus am meisten rühmen, eines gemeinsam haben, so ist es das, daß sie dieses Österreich nicht wollen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf das, was die Partei in den letzten Jahren zu tun hatte. Seit den letzten zweieinhalb Jahren

schaft gegen diesen Mißbrauch des § 14. In Graslitz wurden am 20. August vier Demonstranten von Gendarmen erschossen.

Zugleich gab es überall nationale Krawalle. Nun mußte Thun zurücktreten. Am 2. Oktober wurde Graf Clary ernannt.

Nun noch einige Worte über die spätere Entwicklung des Grafen Thun. Thun hatte seine politische Tätigkeit als Statthalter von Böhmen mit der Verfolgung der unbotmäßigen Tschechen begonnen, wobei seine Feldzüge gegen die Sozialdemokraten und gegen die „Omladina“ im Jahre 1893 besonders hervorzuheben wären; jetzt war er der Minister der Tschechen gewesen. Im Jahre 1905 trat er als Mitglied des Herrenhauses energisch für die Wahlreform ein. Auch Gautsch spielte später in der Geschichte der Wahlreform eine Rolle. Nachdem er sich ihr widersetzt und im Kronrat in Ischl gegen die ungarische Wahlreform protestiert hatte, wurde er dann ihr Förderer und hat namentlich im Herrenhaus eine sehr verschiedene Rede gegen die Rebellion der Herrenhäuser gehalten.

haben wir ein regelmäßiges politisches Leben wie die anderen Länder nicht gehabt. Wir sind mit der neuen Wahlordnung in eine Krise eingetreten, deren Charakter sich heute noch schwer bestimmen läßt. Sie ist gewollt und gemeint von den Herrschenden als reaktionäre Krise, sie ist von uns gewollt und gemeint und wird hoffentlich von uns zu diesem Ende geführt werden als revolutionäre Krise. Wenn wir sagen revolutionäre Krise, so meinen wir: Wir wünschen gar nicht und können nicht wünschen, daß ein fauler Friede mit der überlebten Form hergestellt werde, wir können nicht wünschen, daß zusammengeleimt werde, was sich nicht mehr leimen läßt; wir wollen, daß zugrunde gehe, was nicht mehr lebensfähig ist, wir wollen das, was da stürzt, auch noch stoßen, daß es falle. (Bravo!) Alle diese Versuche, die von den verschiedenen Ministerien gemacht wurden, sind in dem sogenannten konservativen Interesse gemacht worden. Konservativ heißt in diesem Lande nichts anderes als: Unhaltbares halten zu wollen. Die Sozialdemokratie hatte nun naturgemäß neben diesem politisch-revolutionären Interesse noch ein anderes Interesse, das einzige wirklich konservative Kulturinteresse, daß die Völker, die in diesem Lande und belastet mit der Geschichte dieses Landes zu leben verdammt sind, nicht mit zugrunde gehen. Die Tätigkeit der Partei während dieser kritischen Zeit war also naturgemäß nach diesen zwei Richtungen bestimmt.

Wenn ich von „konservativ“ rede, fällt mir jener famose Witz der Geschichte ein, daß man uns Sozialdemokraten zu verschiedenen Zeiten beschimpft hat als „k. k. Sozialdemokraten*“). Ein famoser Witz darum, weil es unerhört ist und in keinem Lande und zu keiner Zeit vorgekommen ist, daß man zu einem Schimpfwort macht, was man sonst Patriotismus nennt. Die deutschen Parteigenossen, das sind die Vaterlandslosen, die französischen, das sind die Vaterlandslosen, wir selbst wurden ja ebenfalls zu Zeiten als „Vaterlandslose“ gebrandmarkt. Überall gilt es als Schimpf, wenn man nicht die politische Organisation will, in der man lebt. In Österreich sind wir heute so weit, daß als größter Schimpf gilt, daß man ein guter Patriot ist! Wenn das eine Beschimpfung ist, wenn das ein Tadel sein soll, dann gestehen wir hier frank und frei: wir wissen uns frei von der Schuld, „k. k. Sozialdemokraten“ zu sein. Wir behaupten aber, es gibt in Österreich noch andere Interessen zu vertreten und die Buchstaben „k. k.“ decken nicht alle Interessen der Völker.

Die Partei hat das parlamentarische Leben durch die Obstruktion nicht gestört, solange halbwegs etwas von dem Wesen eines Parlaments vorhanden ist, sie hat aber in demselben Moment mit aller Wucht eingegriffen, wo wir nicht nur einen Scheinparlamentarismus — der war ja immer so —, aber wo man die Lüge des

*) Über die Bezeichnung „k. k. Sozialdemokraten“ siehe die Bemerkungen bei der Parteitagsrede von 1898. („Die Obstruktion gegen Baden.“)

Parlaments, ja der Technik des Parlaments, eine physikalische Lüge vor sich gehabt hat, nicht nur eine politische Lüge. Die Sozialdemokraten haben im Jahre 1897 während der ganzen Herbstzeit sich der parlamentarischen Obstruktion gegenüber höchst zurückhaltend benommen, sie haben gewiß kein Interesse an dem Bestande des Ministeriums Badeni gehabt, aber sie haben auch gar kein Interesse gehabt an der Obstruktion, die damals geübt wurde, nicht weil dem Parlament der Boden entzogen war, sondern weil man sich die Sprachenverordnungen nicht gefallen lassen wollte. Es sei mir gestattet, unsere Stellung zu den Sprachenverordnungen und zu ähnlichen Fragen, die sich daran knüpfen, darzulegen. Wir haben, als die Sprachenverordnungen erlassen wurden, in einem offiziellen Dokument durch unsere Abgeordneten niedergelegt, daß wir mit der Erlassung der Sprachenverordnungen nicht einverstanden sein können, weil sie etwas durch die Verordnungsgewalt der Regierung feststellen, was einzig und allein Sache des Parlaments sein kann. Die Sprachenverordnungen an sich sind bereits ein Verfassungsbruch gewesen; wir sind weiter der Ansicht, daß der Inhalt der Sprachenverordnungen zum guten Teil einfach festgestellt hat, was für die slawische Bevölkerung notwendig ist, daß aber durch die Art, wie diese an und für sich notwendige Maßregel der Bevölkerung, nicht als von ihr gewollt, dargeboten wurde, schon die Sozialdemokraten gezwungen waren, in der schärfsten Weise auch gegen diese Sprachenverordnungen Stellung zu nehmen. Unsere Fraktion hat gegen die Verhängung der Sprachenverordnungen protestiert. Heute stellt sich nun die merkwürdige Situation dar, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben werden sollen, daß es auch verlautet, die Jungtschechen würden mit sich reden lassen und sogar die Aufhebung der Sprachenverordnungen gutwillig schlucken. Das Resultat wird sein, daß die jungtschechische Partei, die sich eine demokratische, eine nationale Partei nennt, die Interessen aller Völker Österreichs, nicht nur ihre eigenen, auf das schmachlichste verraten hat, daß sie der Regierung unerhörte Knechtesdienste geleistet hat, daß sie dem alten zentralistischen Österreich ihre Ehre, ihre Reputation geopfert hat, unter dem Vorwand nationaler Errungenschaften, in Wahrheit aus Ehrgeiz, aus Streberei, aus Herrschsucht, aus Machtkitzel, und daß der letzte Vorwand, das schleißige, schäbige Feigenblatt, das ihren Verrat zudecken soll, jetzt zerrissen wird. Es wird sich herausstellen, daß die Jungtschechen sich umsonst prostituiert haben. (Sehr gut!) Werte Genossen! Die Stellung, die die Partei zur Frage der Sprachenverordnungen einnimmt, wurde im ersten Moment in gleicher Weise von den nationalen tschechischen und von den nationalen deutschen Parteien angegriffen. Die Deutschbürgerlichen behaupteten, daß die Sprachenverordnungen ihrem Inhalt nach für sie absolut unerträglich seien. Jetzt bestehen die Sprachenverordnungen eine geraume Zeit, und man zeige mir doch jene Punkte, wo diese Verwüstungen im Leben des deutschen Volkes zu sehen sind, die durch die Sprachenverordnungen herbeigeführt worden

sein sollen. Ich weiß wohl, die Sprachenverordnungen sind vielfach höchst ungerecht gegen die Deutschen, sie enthalten überflüssige Härten. Das ist sicher. Aber wenn wir harte und ungerechte Gesetze immer zum Anlaß nehmen würden, Obstruktion zu treiben, würde die Obstruktion nie aufgehört haben. Heute handelt es sich um eine Machtfrage: ob die Deutschen im Bunde mit den Klerikalen und Polen oder die Tschechen mit den Klerikalen und Polen Österreich beherrschen sollen.

Als das Ministerium Thun kam, stand es vor der Aufgabe, es solle den Ausgleich mit Ungarn im Parlament auf legale Weise durchsetzen. Unsere Industriearbeiter haben durchaus kein Interesse, daß Zolllinien zwischen Österreich und Ungarn aufgerichtet werden, ebensowenig wie die ungarischen Landarbeiter. Daraus folgt aber nicht, daß man Österreich gebunden an die ungarische Bourgeoisie und den ungarischen Grundadel ausliefern muß. Thun konnte nicht mehr den parlamentarischen Ausgleich machen. Wir hätten es allerdings gewünscht, daß der Ausgleich im Parlament zur Abstimmung käme, daß die klerikalen Bauern, daß die Jungtschechen, daß die Polen auftreten und Ja! sagen zu diesem Ausgleich. (Sehr richtig!) Wir haben sie zwingen wollen, Farbe zu bekennen, und darum haben wir die Obstruktion im vorigen Herbst für einen groben Fehler gehalten. Aber die bürgerliche Opposition ist der Regierung auf den Leim gegangen, sie hat die Obstruktion in dem Moment wieder aufgenommen, wo sie der Regierung am angenehmsten war.

Der Dr. Kaizl, der alte Demokrat, hat das zustande gebracht, was früher unmöglich schien. Man hätte den ganzen Ausgleich oktroyieren können, und außer den Sozialdemokraten hätte sich wenig in Österreich gerührt. Die Masse des Volkes aufzurühren, dazu bedurfte es der staatsmännischen Einsicht des Finanzministers Kaizl, der, offenbar aus demokratischer Überzeugung, der Volksmasse an ihrem eigenen Leibe zeigen wollte, was so eine Verfassungsauslegung bedeutet. Wenn die ganzen Verfassungswirren den breiten Massen fremd blieben, die Zuckersteuer ist verstanden worden. Dafür sind wir dem Demokraten Kaizl dankbar. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben den Kampf mit aller uns zu Gebote stehenden Schärfe geführt. Es gibt hier viele, denen die Partei das eine Mal zu schläfrig, das andere Mal zu aufgeregt war. Das Ministerium Thun existiert heute nicht mehr. Ich glaube, daß das selbst jene befriedigen wird, denen die Partei zu wenig Eifer bewiesen hat.

Ebenso scharf wie gegen die Regierung mußten wir uns auch gegen die oppositionellen Parteien wenden. Die augenblickliche Lage hat es mit sich gebracht, daß ein Teil der bürgerlichen Parteien mit uns in einer Front stand. Früher waren es die Jungtschechen, und sie sind bald verschwunden, später wurden es die Deutschbürgerlichen. Auch die werden verschwinden, wenn man sie nur zu kaufen weiß. Aber auch während der Zeit, da sie mit uns in einer Front standen, haben sie in der frechsten und dümmsten

Weise gegen uns gehandelt. Während wir im vordersten Treffen gegen die Regierung standen, wurden wir von den Deutschen in der schmachlichsten Weise angegriffen, und daß wir ihnen nach Gebühr heimgezahlt haben, versteht sich von selbst.

Welches Ministerium jetzt kommen wird, ist schwer zu sagen. Die Nationen Österreichs lassen sich schwer unter einen Hut bringen, aber unter den Jesuitenhut sind sie überhaupt nicht mehr zu bringen*). (Richtig!) Mögen die bürgerlichen Parteien jeder Nation an die Schwarzen ihre politischen Seelen verkaufen, die Arbeiter werden es nicht tun. (Beifall.)

Unsere Haltung in Zukunft wird sein, daß wir jedem Versuch, mit Scheinkonstitutionalismus zu regieren, entgentreten werden, nicht indem wir durch Obstruktion das Parlament mechanisch zum Stillstand bringen, sondern indem wir die lebende Kraft des Volkes aufrufen, indem wir an alles, was politisch fühlt, indem wir an die Arbeiter appellieren und so dieses alte Österreich ad absurdum führen. Die Taktik, die wir bisher verfolgten, werden wir auch in Zukunft befolgen. Wir haben keine anderen Interessen als die Interessen der Arbeiterklasse. Diese wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiter sind für alle Nationen dieselben, und weil wir dasselbe Interesse haben, darum können wir in diesem durch nationale Zwistigkeiten zerrissenen Lande einheitliche sozialdemokratische Politik machen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Schl u ß w o r t.

Die Angriffe auf die Parteivertretung und die Taktik der Partei sind reichhaltiger geworden, als ich gehofft hatte. Ich will aber aus der Debatte nur einiges herausgreifen. Zunächst wurde uns vorgeworfen, daß wir nicht um so vieles gescheiter sind als die Genossen in der Provinz. Wir möchten ja gern noch gescheiter sein. (Heiterkeit.) Prophezeien können wir aber auch nicht. Um die Taktik für eine unsichere Zukunft vorherzubestimmen, so klug oder unklug sind wir nicht.

Es wurde bedauert, daß das Flugblatt**) nicht konfisziert worden ist, und gesagt, daß es deshalb den Parteigenossen nicht entsprochen habe. Ich bitte, sich nur vor Augen zu halten, wieviel Zeit und Geld die Herstellung eines Flugblattes kostet, das in fünf oder sechs Sprachen übersetzt wird. Ich weiß nicht, ob, wenn wir ein konfisziertes Flugblatt gemacht hätten (Seliger: Es ist konfisziert worden!) — also etwas haben wir doch getan — und es uns gelungen wäre, es der Staatsanwaltschaft in Wien zu entziehen, die Genossen überall mit dem § 24***) umzugehen wissen, wie das allerdings bei einigen der Fall war. Ich gebe zu, daß unter dem unmittelbaren

*) Das bezieht sich darauf, daß dem klerikalen Fürsten Alfred Liechtenstein die Nachfolge Thuns angeboten wurde.

**) Das Flugblatt gegen die Erhöhung der Zuckersteuer.

***) Der § 24 des Preßgesetzes straft die Verbreitung konfiszierter Druckschriften als Vergehen.

Eindruck der Ereignisse das Blatt eine andere Sprache geführt hätte, aber unsere Flugblätter sind nicht da, um „aufzureizen“; sie sind und speziell dieses war dazu bestimmt, auch in die kleinste Hütte eine sachliche Darlegung dessen zu bringen, welche Bewandnis es mit den §-14-Verordnungen hat. Nicht nur die Massen, sondern auch mancher Referent wird aus diesem Flugblatt sehr viel gelernt haben, und es ist vielleicht eine kleine Undankbarkeit dabei, wenn man heute dieses Flugblatt schlecht behandelt, das man so gut benützt hat.

Es wurde auch getadelt, daß wir keine Zirkulare hinausgegeben haben, wie man sich wegen der §-14-Verordnungen benehmen solle. Hier haben Sie ein eklatantes Beispiel dafür, wie wenig mitunter die Genossen sich darüber klar sind, was eine Parteivertretung tun kann und muß. Die Aktion wegen des *Zeitungsstempels**) wurde vom Zaun gebrochen. Der Zeitungsstempel ist ja etwas, für das sich geringe Schichten der Bevölkerung interessieren. Wenn wir darüber zu einer gewissen Zeit reden wollen, dann müssen wir Zirkulare hinausgeben, weil ja die Genossen nicht von selbst daraufkommen werden, daß wir zu einer bestimmten Zeit Versammlungen über den Zeitungsstempel abhalten wollen. Solche Demonstrationen müssen arrangiert werden. Wenn aber Verfassungsbrüche begangen werden, die jeder versteht, dann hat die Parteivertretung keinen Anlaß, Zirkulare hinauszugeben und zu sagen: Ihr habt euch über die Zuckersteuer aufzuregen. (Heiterkeit. — *Resel*: Das ist ein billiger Witz!) Das ist weder billig noch ein Witz.

Genosse *Resel***) hat gemeint, wir hätten „Ministerpolitik“ gemacht, und er meinte damit allerdings nicht eine Politik zu Gefallen eines Ministers, sondern eine Politik von einem Ministerium auf das andere. Ich leugne nicht, daß es bei der Bestimmung unserer Politik ein wichtiger Faktor ist, welche Regierung am Ruder ist, und wenn Sie über eine Politik praktisch entscheiden wollen, so müssen Sie sich den Charakter einer Regierung vor Augen halten.

Genosse *Resel* hat sich auch darüber lustig gemacht, daß ich Ihnen gestern nichts anderes zu sagen wußte, als daß wir die sozialdemokratische Taktik weiter verfolgen müssen. Was hat er Ihnen aber heute gesagt? Wir müssen proletarische Taktik machen. Sind Sie nun klüger, als Sie es waren? (Heiterkeit.) Wenn ich gestern über die Indemnitätsfrage nicht gesprochen habe, so war das ein Versäumnis. Glaubt aber jemand, daß sich die sozialdemokratischen

*) Für jedes Exemplar einer Zeitung mußte 1 Kreuzer als Zeitungsstempel gezahlt werden. Der Zeitungsstempel wurde Ende des Jahres von der Regierung Wittek, die vom 21. Dezember 1899 bis 18. Jänner 1900 am Ruder war, infolge eines kurzen, aber energischen Feldzuges der Sozialdemokratie, der namentlich von der „Arbeiter-Zeitung“ schneidig geführt wurde, aufgehoben.

**) Hans *Resel*, Redakteur des Grazer „Arbeiterwillen“, der Abgeordnete der fünften Kurie von Graz, in der Republik Nationalrat und später Landesrat.

Abgeordneten und die Partei in dieser Richtung anders benehmen können, als daß sie gegen diese Ausgleichsverordnungen entschieden auftreten? Was hierüber vorgebracht wurde, sind aber auch nur Allgemeinheiten. Genosse R e s e l spricht nur so stürmisch, wenn er fordert; wenn man von ihm verlangen wollte, er solle prophezeien, so würde er sich auch nicht darauf einlassen, dazu ist er viel zu klug.

Ein ganz merkwürdiger Vorwurf liegt in der Behauptung, daß die Parteivertretung zu sehr durch die Wiener Verhältnisse beeinflusst werde und die Lage des Reiches zu wenig im Auge habe. Ich gebe zu, daß Ihnen draußen der Kampf gegen Lueger mitunter langweilig sein mag, obwohl ich weiß, daß viele Leute in der Provinz vernünftig genug sind, zu wissen, daß die Herrschaft in Wien ein politischer Faktor allerersten Ranges ist, und daß wir es verstanden haben, diese Alleinherrschaft Luegers in Wien in Schranken zu halten, das war eine politische Arbeit nicht nur für Wien, sondern für das ganze Reich. Wenn wir den Gemeindeangelegenheiten immer mehr Gewicht beilegen, so ist das eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Unser Programm ist nach der Richtung eines Gemeindeprogramms viel zu wenig ausgebaut. Wenn wir die Aufmerksamkeit dahin lenken, so tun wir eine gute Sache.

Es wurde auch von einer Seite gesagt, daß der politische Kampf nicht das Um und Auf sei. Das ist richtig; aber wenn wir unter dem Druck der politischen Krise den ökonomischen und den Klassenfragen nicht mehr Aufmerksamkeit zuwenden können, so bedauern wir dies, weil darunter die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft leiden. Die bürgerlichen Parteien können das leichter aushalten als die anderen. Das Geschäft geht verhältnismäßig gut. Der § 14 hat ja sogar den Ausgleich ermöglicht, und selbst die deutsch-nationalsten Fabrikanten sind darüber lange nicht so empört, als sie scheinen. Wenn wir die Aufmerksamkeit der Genossen darauf lenken, in der Gemeinde sozialistische Prinzipien geltend zu machen, so machen wir etwas, was für die Entwicklung der Partei ebenso notwendig als gerade jetzt zeitgemäß ist.

Gewöhnlich macht man einer Parteivertretung den Vorwurf, sie sei zu herrschsüchtig; uns wurde vorgeworfen, daß wir zu milde gewesen seien. Genosse Z e l l e r*) hat für uns Milderungsgründe geltend gemacht. Ich glaube, wenn die Parteivertretung in einer der schwersten Zeiten nichts verdorben und nicht geschadet hat, so hat sie schon ein sehr schweres Stück Arbeit verrichtet. Der letzte Teil der Diskussion gibt Ihnen ein Bild, wie schwer es ist, in dieser Zeit die Taktik zu bestimmen. Für uns ist das Verhalten zu den anderen oppositionellen Parteien theoretisch vollständig klar. Wir gehen den Weg, den das Programm vorzeichnet, und kümmern uns um die anderen nicht. In der Praxis haben wir es nicht mit einer Armee zu tun, die in Bataillone eingeteilt ist und sich durch

*) Eduard Zeller, der Abgeordnete der fünften Kurie von Teplitz-Saaz.

Uniformen kenntlich macht. Wir haben eine Masse vor uns, auf die jeder wirken kann, und wir können den anderen Leuten nicht verbieten, auf sie zu wirken. Wir können unseren Demonstrationen nicht immer das sozialistische Abzeichen aufdrücken. Wenn eine Demonstration auf der Straße stattfindet, kann wirklich niemand wissen, wo der Deutschnationale anfängt und der Sozialdemokrat aufhört. Auf die Gasse kommen die Leute nicht, weil sie auf ein bestimmtes Programm eingeschworen sind, sondern weil eine Bewegung im Gange ist. Seien Sie aber deshalb ganz ruhig. Wenn die Erregung vorbei ist, finden wir unsere Leute wieder heraus. Es ist gar nicht notwendig, daß die abgestempelt werden, damit keine Verwechslung stattfindet. (Heiterkeit.)

Die Sozialdemokraten sind überhaupt eine merkwürdige Partei. Jede andere Partei ist froh, wenn sie Leute findet, die mit ihr gehen; wir haben die größte Angst, daß uns jemand aushilft (Heiterkeit), und wir haben auch allen Grund dazu, weil die Gefahr besteht, daß das, was wir wollen, verfälscht wird. Zur Rechtfertigung unserer deutschen Genossen in Böhmen und Steiermark sei bemerkt, daß sie wiederholt die Deutschnationalen, die mit ihnen demonstriert haben, plötzlich auf der Straße stehen ließen, um ihnen zu zeigen, wie schwach sie sind.

Der Hauptvorwurf, der uns und auch der „Arbeiter-Zeitung“ gemacht wurde, war, wir hätten nicht von Wien aus eine große Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Szene gesetzt. Genosse Schrammel hat mir den journalistischen Rat gegeben, die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht als ein ständiges Inserat in die „Arbeiter-Zeitung“ aufzunehmen. (Heiterkeit.) Genossen! Eine Forderung erkämpft man nicht dadurch, daß man sie alle Tage mit denselben Worten bis zum Überdruß wiederholt. Unser Hauptziel ist eine tiefgehende Demokratisierung unseres Landes, und hiezu haben die letzten Bewegungen ungeheuer viel getan. Daß wir auf diese Weise auch dem allgemeinen Wahlrecht nähergerückt sind, sind wir auch unseren Gegnern schuldig, die gezeigt haben, daß man mit der heutigen Verfassung nicht weiterkommt. Man hat es früher tschechisch-klerikal versucht, man will es jetzt deutsch-klerikal versuchen, erst mit, jetzt ohne die Sprachenverordnungen, und so wird darauf die Probe gemacht werden, daß Österreich nur dann aus dem Sumpfe zu retten ist, wenn eine gründliche Umänderung des ganzen Baues vorgenommen wird. Ein wirklich großer Staatsmann könnte aus diesem Österreich vielleicht etwas machen, aber er müßte das sozialdemokratische Programm, wenigstens soweit es demokratisch ist, erfüllen. Es müßte eine Konstituante einberufen werden, und die Völker müßten zum Worte kommen, um zu sagen, wie sie diesen neuen Staat aufbauen wollen. Daß wir in unseren Versammlungen, in unserer Presse darauf hindeuten und beweisen, daß eine bloße Änderung der Personen und der Szenerie nicht der richtige Weg zur Wiederaufrichtung Österreichs ist, dieses Verdienst haben die sozialdemokratische Presse, die Parteivertretung und unsere Abgeordneten, und das ist uns auch von niemand abgestritten worden. Das ist unsere Taktik. Wir können aber nicht

sagen, beispielsweise welche Anträge wir einbringen werden, wenn das Parlament einberufen wird, ob wir die Delegationswahlen zulassen werden usw.; darüber kann ein ehrlicher und vernünftiger Mann keiner Partei heute Auskunft geben. Aber gewiß wären die anderen Parteien zu Tode froh, wenn sie so genau wüßten, was sie zu tun haben, wie die Sozialdemokraten, für die es kein Schwanken gibt. Daß wir eine Oppositionspartei bleiben, braucht hier nicht betont zu werden. Daß wir auch künftighin keinem der in Aussicht stehenden Minister Vertrauen entgegenbringen werden, versteht sich von selbst.

Eine Schwierigkeit beachten Sie wohl: Wir haben wohl ein Interesse daran, daß die heutige Politik ad absurdum geführt werde, aber wir haben auch ein Interesse daran, daß geordnete parlamentarische Zustände eintreten. Wir müssen jeden Moment entscheiden, ob man neben dem österreichischen Interesse einer gründlichen Umwälzung auch das praktische Interesse einer bestimmten Maßregel im Auge haben soll. Darüber können wir aber auf dem Parteitag nichts sagen, das muß der Moment, der Verstand, die Empfindung und die ehrliche Absicht geben, nicht Phrasen dreschen zu wollen, sondern im Dienste des österreichischen Proletariats und seiner proletarischen Interessen zu arbeiten. (Zustimmung.) Die Resolution Krejčí*) ist zwar nicht schädlich. Sie können sie dem Verband und der Parteivertretung zuweisen. Die Resolution Prachensky ist nicht etwa weniger scharf als die erste Resolution, sondern beschränkt sich darauf, jene Punkte festzustellen, die sich heute schon feststellen lassen. Diese Resolution empfehle ich zur Annahme. Ich bitte Sie, im bevorstehenden Kampf den Kampfesmut und das Vertrauen, daß die Arbeiterschaft aushalten werde, zu bewahren. Wenn wir in der Parteivertretung beisammensitzen, so überlegen wir nicht, was wir wollen, sondern worauf die Arbeiterschaft wartet, und was sie leisten kann. Wir werden mitunter gedrängt, mitunter aber müssen wir einsehen, daß sie nicht mit jenem Tempo und jener Schärfe vorgehen will, wie wir es wünschen. Im großen und ganzen müssen wir aber sagen, die österreichische Arbeiterschaft hat sich in den zwei Jahren des Kampfes politisch reif, zum Eingreifen schlagfertig und opfermutig gezeigt, wie sehr viele von uns es ihr nicht zugetraut hätten. Mögen die bürgerlichen Parteien trübe in die Zukunft schauen — wir wissen, der alte Bau ist morsch und brüchig, und haben das Zutrauen zu den Proletariern Österreichs, daß sie die Kraft haben werden, an Stelle dieser Ruine einen neuen, großen und mächtigen Bau zu setzen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

*) Krejčí (Pilsen) beantragte unter anderem, im Parlament die schärfsten Mittel zur Verhinderung einer weiteren Erhöhung der indirekten Steuern sowie zur Beseitigung aller §-14-Steuern anzuwenden, große Kundgebungen gegen den Ausgleich zu veranstalten und die Taktik den gegebenen Verhältnissen entsprechend zu verschärfen. Prachensky (Innsbruck) beantragte, die politische Taktik der Partei zu billigen und führte die Punkte an, für die der energischste Kampf geführt werden müsse.

Auf dem Schindanger der Weltgeschichte.

Referat über Parteitaktik. — Parteitag in Graz 1900.

Genossen und Genossinnen! Die wahrhaft vorzüglichen Ausführungen des Referenten Genossen Rieger*) über die Geschichte der letzten Jahre in Österreich haben uns den Eindruck, unter dem wir zum Parteitag gekommen sind, nur intensiver zum Bewußtsein bringen können, den Eindruck nämlich, daß wir in einem Lande wirken müssen, wo schon politisch zu leben eine große, schwere Arbeit ist. Rieger hat Ihnen den Todeskampf des heutigen altgewordenen Österreich und seines Parlaments geschildert. Er hat zum Schluß die Freundlichkeit gehabt, für die ich mich bei ihm sehr bedanke, mir die Aufgabe zuzuweisen, daß ich die Zukunft prophezeien soll. (Heiterkeit.) Er hat das Prophezeien als ein höchst undankbares Geschäft bezeichnet; ich halte das für ein so schlechtes Geschäft, daß ich entschlossen bin, nicht darauf einzugehen. Der Parteitag hat vor allem die Pflicht, eine andere Seite der Frage ins Auge zu fassen: er hat die noch schwerere Aufgabe, die Interessen der Arbeiterschaft innerhalb dieser schwierigen Situation zu vertreten. Die Sozialdemokratie kann mit Stolz darauf verweisen, daß während der Zeit der unglaublichsten Zerrüttung dieses Staates die Organisation und die politische Erziehung der Arbeiterschaft nicht stillgestanden, sondern ganz erhebliche Fort-

*) Abgeordneter Eduard Rieger hatte den parlamentarischen Bericht erstattet. Nun referierte Adler über Parteitaktik.

Die Zersetzung Österreichs hatte seit dem Brünnener Parteitag bis zum Grazer Parteitag, der am 2. September 1900 zusammentrat, wieder weitere Fortschritte gemacht.

Am 18. Jänner 1900 war Dr. Ernst v. Körber, der bereits den Kabinetten Gautsch und Clary als Handelsminister angehört hatte, nach dem Rücktritt Witteks an die Spitze der Regierung getreten. Er genoß den Ruf eines feinsinnigen Staatsmannes, der über einen blendenden Stil verfügte, mit den verzopften reaktionären Einrichtungen brechen und ein modernes Österreich begründen wollte. Für die Bedeutung eines mächtigen Parlaments hatte er kein Verständnis, er glaubte als ein aufgeklärter Bürokrat Österreich in Ordnung bringen zu können. Vor dem allgemeinen Wahlrecht schreckte er, sosehr er vielleicht mit dem Gedanken spielte, immer wieder zurück. Er befreite die Presse von der behördlichen Verfolgungswut. Als im Jänner 1900 der große Bergarbeiterstreik ausbrach, der bald die gesamten Bergreviere in Österreich umfaßte, bemühte er sich, indem er den Justizminister Spens-Booden nach Ostrau schickte, um die Beilegung und setzte auch im Abgeordnetenhaus im Jahre 1901 die den Bergarbeitern versprochene Herabsetzung der Schichtdauer von zwölf auf neun Stunden durch.

Obwohl die Tschechen ihm nicht freundlich gesinnt waren, schränkten sie doch die Obstruktion auf ein geringes Maß ein. Im Juni 1900 kam es aber zu großen Obstruktionsskandalen im Parlament. Körber verließ die sonstige Ruhe, er schloß die Session. Im September löste er dann das Parlament auf, das im Jänner 1901 neu gewählt wurde.

schritte gemacht hat. Wir haben gewiß die Aufgabe, das politische Gewicht der Arbeiterschaft in die Wagschale zu werfen, aber wie soll man das in Österreich machen, wenn uns der Feind, den wir fassen wollen, zwischen den Fingern zerrinnt, wo wir flehen, daß er doch lebensfähig wird. Politisch viel zu erreichen war uns in den letzten Jahren nicht vergönnt, aber wir hatten viel zu tun, um das Proletariat von der Ansteckung durch den österreichischen Marasmus, die österreichische Fäulnis, freizuhalten. Wir haben während dieser ganzen Zeit schwere Mühe gehabt, jene Stimmung der Verzweiflung und der absoluten Wurstigkeit, unter der alle Klassen Österreichs heute leiden, von der Arbeiterschaft fernzuhalten, und wenn die Arbeiterschaft hoffnungsvoll in die Zukunft sieht, so geschieht dies allerdings nicht, indem sie hinauf, sondern indem sie hinunter sieht. Wir können natürlich in diesem Reiche der allgemeinen Unvernunft nicht allein Vernünftiges machen, aber unsere Stimmung, die aussichtslos und verzweifelt ist, wenn wir an die Herrschenden denken, wird eine hoffnungsreiche, sobald wir uns den Boden ansehen, auf dem wir fußen, sobald wir sehen, was im Proletariat selbst geschieht. Wir halten den Herrschenden den Spiegel vor, wir sprechen aus, was ist, wir stellen ihnen unverhüllt die Schwierigkeiten vor Augen, unter denen wir leben, und suchen ihnen den Weg zu zeigen, der zu gehen ist. Wenn er nicht gegangen wird, so konzentrieren wir unsere Kraft darauf, die Arbeiterschaft zur Vernunft zu erziehen durch die gewerkschaftliche Organisation. Sie hat während der ganzen Zeit des politischen Krebsganges in Österreich sehr erhebliche Fortschritte gemacht. Wenn Sie an die Zeit vor 1897 denken und sich vor Augen führen, wie durch diese Wahlen für die arbeitende Klasse neuer jungfräulicher Boden aufgerissen wurde, welch enormer Zuwachs an politischem Terrain für die Sozialdemokratie aus diesen Wahlen hervorgegangen ist, so werden Sie zugeben, daß wir genug zu tun hatten, um den damals aufgepflügten Boden nun auch in Kultur zu nehmen. Wir haben auf diesem Gebiete große Erfolge aufzuweisen, trotz der Schmutzkonkurrenz verschiedener bürgerlicher Parteien, die unterstützt wurde durch unser verlogenes und blödsinniges Wahlrecht, das den bürgerlichen Parteien gestattet, neben der egoistischen Pflege ihrer eigenen Klasseninteressen noch nebenbei eine Karikatur von Arbeiterfreundlichkeit, eine arbeiterfreundliche Scheinpolitik zu pflegen*). Die Taktik der Partei spricht sich nicht nur im Parlament aus, sie hat sich auch bei jenen großen Unternehmungen der

*) Nach der Badenischen Wahlreform des Jahres 1897 war an die vier Kurien der Steuerzahler eine fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts angefügt, die aber nur 72 Mandate in ganz Österreich hatte, gegen die 353 Mandate der privilegierten Kurien. Die bürgerlichen Parteien hatten also in den privilegierten Kurien ihren Besitzstand gesichert und konnten also in der fünften Kurie Demagogie mit Arbeiterfreundlichkeit treiben. Dort wurden auch die Demagogen der bürgerlichen Parteien aufgestellt, die mit ihrer Schwindelpolitik indifferente Arbeiter einfingen. (Siehe auch den Punkt: „Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiter-

österreichischen Arbeiterschaft gezeigt, die nicht bloß gewerkschaftlicher Natur sind, sondern die ganze politische Organisation der Sozialdemokratie in Anspruch genommen haben: Ich meine den Kampf der Textilarbeiter und den Kampf der Bergarbeiter*).

Es ist schwer, unter den heutigen Umständen taktische Grundsätze für die Zukunft zu erörtern. Wir wissen im Moment nicht, was der nächste Tag bringen wird, und es ist ein eigentümliches Schicksal unserer Parteitage, daß sie gewöhnlich in so kritische Zeiten fallen. Genosse Rieger sagt, es kann uns nicht einfallen, den bürgerlichen Parteien in den Arm zu fallen, wenn sie ihr Parlament zerstören wollen. Gewiß, aber gleichgültig ist uns darum weder das Schicksal des Parlaments noch dieses Staates. Die österreichische Arbeiterschaft verträgt den Zerfall und das Aufhören Österreichs sehr gut, ich möchte sogar sagen, sie vertrage sogar den Fortbestand Österreichs! Was sie aber nicht verträgt, ist das ewige Schwanken zwischen Leben und Sterben, dieses Nichtsterbenwollen und Nichtlebenkönnen, diese Unmöglichkeit, auch nur den geringsten wirtschaftlichen und politischen Fortschritt zu machen. Die Geschichte der letzten drei Jahre hat uns gelehrt, daß Österreich mit diesem Parlament nicht leben kann. Wenn Sie nun die bürgerlichen Parteien um ihr Programm und ihre Taktik fragen, so erhalten Sie die Antwort: Österreich muß deutsch sein, die anderen sagen, Österreich muß slawisch sein, und es gibt auch Leute, die behaupten, Österreich muß österreichisch sein; aber die können sich darunter nichts vorstellen.

An der Schwierigkeit, daß Deutsche und Slawen in diesem Reiche nebeneinander existieren sollen, wird immer herumgeredet, sie wird mit Phrasen verkleidet und verhüllt, aber sie ernsthaft zu lösen, dazu machen die bürgerlichen Parteien auch nicht den geringsten Versuch. Wir sind weit davon entfernt, die Schwierigkeiten zu unterschätzen, mit denen wir in Österreich zu rechnen haben dadurch, daß Nationen in verschiedenen Stadien ihrer Entwicklung und eng ineinander geschoben ein Reich regieren und verwalten sollen. Aber diese Schwierigkeit wird dadurch nicht

bewegung“ auf dem Parteitag in Aussig 1902 und die dort von Adler gehaltene Rede.)

*) Von dem Streik der Bergarbeiter ist bereits oben die Rede. Der Streik der Textilarbeiter war bereits im Jahre 1899. Im März 1899 war in Nachod in Ostböhmen ein lokaler Streik ausgebrochen, der aber nur das Vorspiel zu den großen Kämpfen der Textilarbeiter um den Zehnstundentag war. Am 26. April 1899 brach der Streik in Brünn aus. Er konnte nach acht Wochen mit einem teilweisen Erfolg beendet werden, worauf sich der Zehnstundentag in der Textilindustrie immer mehr durchsetzte. In Zwickau kam es im November zu einer Machtprobe, wobei der Bezirkshauptmann gegen die Arbeiter auftrat. Die Unternehmer sperrten die Arbeiter aus. Schließlich verpflichteten sich die Fabrikanten, vom 1. April 1900 an den Zehnstundentag einzuführen. (Siehe Deutsch: „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“, Seite 242.)

gelöst, daß man sie vermehrt durch ein Übertreiben der Unterschiede, durch ein künstliches Zuspitzen der Gegensätze, durch Vergiftung der Feindseligkeit, durch eine chauvinistische Hetze, die zur Bestialität führt. Wir glauben im Gegenteil, daß man in diesem Österreich mit den alten Formen nicht mehr auskommt, sondern daß Österreich, wenn es leben will, zuerst sterben muß, das heißt, daß eine gründliche Umwälzung in diesem Österreich vorgenommen werden muß, und wenn es diese Kur nicht verträgt, dann wird es wenigstens schnell sterben, während es so einem Schicksal entgegengieht, gegen das das Schicksal der Türkei Leben und Blüte ist. (Zustimmung.) Wir haben in der sozialdemokratischen Presse aller Zungen die Erkenntnis zu festigen gesucht, daß Österreich nur existieren könne, wenn es erst in seine nationalen Elemente zerlegt wird, um als neue Einheit, wenn eine solche möglich ist und uns von der Geschichte aufgedrungen wird, zusammengefaßt zu werden. Es muß mit der alten Feudalität, mit den alten Formen der feudalen Monarchie, es muß mit dem verkappten und offenen Absolutismus endlich gebrochen werden, denn die neue Zusammenfassung autonomer nationaler Gebilde in diesem Österreich ist nur möglich auf einer ehrlichen, bis in die letzte Faser demokratischen Grundlage. Österreich braucht diese Revolution, um zu leben, und wenn es sie nicht verträgt, dann stirbt es, aber es stirbt nicht einen rühmlichen Tod, sondern verreckt elend auf dem Schindanger der Weltgeschichte. (Beifall.)

Das sind die Ziele, das ist das Programm, für das wir kämpfen, und darin unterscheiden wir uns mit vollem Bewußtsein und schroff von allen Parteien in Österreich, von jenen Chauvinisten, seien es Deutsche oder Tschechen, die sich gegenseitig unterkriegen zu können glauben. Wir haben vor einigen Tagen die Rede des Dr. Herold*) zu lesen bekommen, der auseinandersetzt, daß, was in Österreich vorgeht, ein Gefecht ist in dem jahrhundertealten Kampf zwischen Germanen und Slawen, und daß der Kampf bis zu Ende gekämpft und rücksichtslos ausgefochten werden muß. Dr. Herold sollte solche Dinge nicht an die Wand malen. Wenn es sich wirklich um einen solchen Kampf auf Leben und Tod zwischen den zwei Nationen handeln würde, so wäre das Schicksal seiner Nation wohl mehr gefährdet als das der Deutschen. Es ist nicht vernünftig, es ist aber auch nicht wahr, was er sagt: Es handelt sich lediglich um Herrschaftsbedürfnisse der Bürokratie und der Feudalität, es handelt sich um schwere materielle Interessen, die sich für das Volk in sehr wichtige Dinge umsetzen, die aber zu lösen sind, wenn man nicht gewaltsam zusammenhält, was einmal nicht beisammen bleiben kann, nicht beisammen bleiben will. Freilich, wenn man diesen Maßstab anlegt, muß man sagen, daß die Politik unserer Ministerien sehr kleinlich aussieht. Was will es sagen, wenn die Regierung wieder einmal mit den Tschechen unterhandelt — ich glaube, jetzt ist

*) Der Jungtschechenführer Dr. Josef Herold.

Dr. Stránský*) der Auskunft gebende Sekretär für Körber. Es mag unsere Minister interessieren, ob die Jungtschechen nach Zusammentritt des Parlaments wieder Obstruktion machen werden oder nicht, weil sie von der Hand in den Mund leben und schon zufrieden sind, wenn sie nur wissen, was morgen geschieht. Aber für die Entwicklung des Landes ist es vollständig gleichgültig, ob die tschechische Fraktion erlaubt, daß noch einige Tage Parlament gespielt wird. Es sind derartige Schwierigkeiten aufgehäuft, daß dieses Parlament unmöglich mehr leben kann. Man spricht jetzt wieder von einem klerikalen Ministerium Alfred Liechtenstein**), das gegen die tschechische und deutsche Bourgeoisie und gegen das tschechische und deutsche Proletariat regieren würde. Das wäre eine Koalition aller rückständigen Schichten Österreichs gegen die fortgeschrittenen, mit einem Klerikalen als kommandierenden General. Die Sache ist nicht so gefährlich, wie sie aussieht. Das sollte man einmal machen. Vielleicht wäre das die Roßkur, die notwendig ist, um endlich in diesem Österreich ein Exempel zu statuieren, um dieses blinde tschechische und deutsche Bürgertum zu einem gemeinsamen Kampf gegen ihren gemeinsamen Feind zusammen zu zwingen. Man erlebt ja merkwürdige Dinge. In Deutschland wird heute — dem Sedantage — keine Sedanfeier gehalten, weil Deutsche und Franzosen zusammen gegen die Chinesen kämpfen***). Sollte es ganz unmöglich sein, daß einmal Deutsche und Tschechen gegen unsere Chinesen gemeinsam zu Felde ziehen? Doch lassen wir diese Kombination. Das Ministerium Körber genießt noch immer das Vertrauen der Krone in unvermindertem Maße. Es ist Herrn Körber bisher nichts eingefallen, und es besteht auch nicht die Gefahr, daß ihm in nächster Zukunft etwas einfällt. Er ist also gerade der Mann, wie wir ihn in Österreich brauchen, und er verdient das Vertrauen. Ich glaube also nicht, daß er zunächst abgelöst werden wird. Wir hören aber jetzt, daß dieses Parlament nicht mehr zusammenberufen werden, sondern eine Auflösung desselben beliebt wird. Es ist merkwürdig, wie sich manchmal die bürgerlichen Politiker der alten konstitutionellen Schlagworte erinnern. Es erschallt der Ruf, daß es unter den gegenwärtigen Umständen nur ein Mittel gibt: Den Appell an das Volk, den Appell an die Wähler, also Auflösung! Ja, den Appell an das Volk, den wollen auch wir, aber der Appell an die heutigen privilegierten Wähler ist kein Appell an das Volk, das ist ein Appell an eine Anzahl von Cliques, die

*) Der mährische Jungtscheche Dr. Adolf Stránský, der immer radikale Reden hielt.

**) Von diesem hatte man schon vor Berufung des Ministeriums Clary nach dem Rücktritt Thuns gesprochen.

***). Beim Aufstand der sogenannten „Boxer“, bei dem die europäischen Truppen unter dem Kommando des preußischen Generals Waldersee gegen die Chinesen kämpften. Im Oktober 1900 wurde Mukden eingenommen. Im September 1901 wurde in Peking der Friede unterzeichnet.

zum größten Teil volksfeindlich und volksverderberisch sind. Will man einen Appell an das Volk, dann muß man auch Mut und Ehrlichkeit und den ernststen Willen haben, etwas zu tun, dann ist mit der einfachen Auflösung des Abgeordnetenhauses nichts getan, dann muß das geschehen, was wir auf mehreren Parteitagten immer lauter verlangt haben: Dann brauchen wir in Österreich eine Konstituante, das heißt ein Organ des Volkes, welches die von uns gewollte Umwälzung und Revolutionierung Österreichs in gesetzlicher Form durchführen wird.

Will man zweimal und dreimal und öfter auflösen, wie man sagt, wir sind bereit, zweimal und dreimal und öfter in den Kampf zu ziehen; wir werden auch bei wiederholten Neuwahlen unsere Pflicht tun, wir können im Wahlkampf nur ein paar Mandate profitieren. Zur Lösung der Schwierigkeiten aber kann eine solche Neuwahl nicht das geringste beitragen, denn es ist klar, daß dieselben Parteien mit noch verschärfterer Gegnerschaft, noch fanatischer und durch den Wahlkampf aufgeregter in denselben ziehen werden. Die Regierung hat aber in Österreich gar kein Programm, sie tritt in den Wahlkampf mit der Parole ein: „A Ruah will i' ham und Ordnung muß sein!“ Wie die Ordnung aussehen soll, darüber hat sie keine Vorstellung oder es ist die Anerkennung eines bestehenden Unrechtes und der bestehenden Unmöglichkeiten. So wenig solche Neuwahlen für die Geschichte Österreichs und dessen weitere Entwicklung Bedeutung hätten, so haben sie eine um so größere Bedeutung für unsere Partei als eine Gelegenheit zur Betätigung und Verbreitung unserer Grundsätze und zur Vermehrung unseres politischen Gewichtes. Aber wir geben uns darüber keiner Täuschung hin. Nehmen wir das Unmögliche an, es würden alle 72 Mandate der fünften Kurie, die auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes vergeben werden, nehmen wir an, es würde die große Majorität der gesamten österreichischen Wählerschaft sich nicht ausschließlich etwa für eine sozialdemokratische Parole, aber doch für die Parole des nationalen Friedens aussprechen, sich für eine nationale und politische Reformpolitik einsetzen, würde das in unserem Parlament auch nur die geringste Wirkung haben? Die chauvinistischen Parteien auf beiden Seiten des Hauses — verstärkt durch die Feudalen auf beiden Seiten — würden das Parlament nach wie vor in der Hand haben, und die Stimmen der großen Volksmassen würden durch die Privilegiertenvertreter wie bisher nullifiziert werden. Aber trotzdem hat ein Wahlkampf für uns eine sehr große Bedeutung, und es ist sehr ernstlich notwendig, daß unsere gesamte politische Organisation ihren Mechanismus prüfe und kontrolliere, ergänze, wo etwas fehlt und sich zum Kampfe bereithalte. Es ist dringend notwendig, daß das unverzüglich nach dem Parteitag geschehe.

Abgesehen von diesen politischen Umständen scheinen wir auch in wirtschaftlicher Beziehung sehr schweren Zeiten entgegenzugehen, die schon ihre Schatten vorauszuwerfen beginnen und in manchen Branchen bereits heute sehr deutlich fühlbar sind. Wir

stehen am Rande eines Stromes von industriellem Aufschwung, der unerhört ist in der Wirtschaftsgeschichte, von dem aber Österreich so gut wie gar nichts gehabt hat. Wir stehen am Vorabend einer Krise, die wir mitempfinden werden, obwohl wir nicht mitgenossen haben, was an dem Aufschwung gut war. Wenn Sie das zu unseren politischen Schwierigkeiten dazurechnen und sich vor Augen halten, welche Summe von Widerstand notwendig sein wird, um die schlimmsten Folgen dieser Wirtschaftskrise von unseren Organisationen abzuhalten, zu verhindern, daß die Lebenshaltung unserer Arbeiterschaft, die mit Mühe und Not durch organisatorische Arbeit einigermaßen gehoben wurde, wieder aufs neue tief herabsinke, dann werden Sie zugeben, daß wir eine Summe von schweren politischen und organisatorischen Arbeiten vor uns haben, die unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen werden. Man braucht in der Tat kein Prophet zu sein, um leider sagen zu müssen, daß es kaum in Aussicht stehe, daß in nächster Zeit auf dem Wege der Gesetzgebung ein erheblicher Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes im weitesten Sinne gemacht werden wird. Die Sozialdemokratie kann sich das Zeugnis geben, daß sie durch Anwendung ihrer Prinzipien zuwege gebracht hat, was niemand in Österreich noch geleistet: Ein ruhiges, friedliches und einträchtiges Zusammenleben der Arbeiter aller Zungen in ganz Österreich!

Genosse Rieger hat es unterlassen, in seinem Referat darauf hinzuweisen und Dank und Anerkennung des Parteitages dafür zu verlangen, daß eine parlamentarische Fraktion, die aus Deutschen, Tschechen, Polen und Ruthenen zusammengesetzt ist, zu einer Zeit der deutschen sowie auch der tschechischen Obstruktion, wo die größten Wirren in diesem Hause geherrscht haben und die Vertreter der verschiedenen Nationen wie die wilden Tiere aufeinander losgegangen sind, daß unsere internationale Fraktion Tag für Tag einheitlich und geschlossen vorgehen konnte. Das ist allein ein Stück politischer Arbeit, welche die volle Anerkennung und den Dank des Parteitages erheischt.

Wir werden als k. k. Sozialdemokraten hingestellt, weil wir die wirtschaftlichen Forderungen in den Vordergrund stellen. Wenn wir das tun und wenn die Regierung die wirtschaftlichen Notwendigkeiten betont, so sind das zwei ganz verschiedene Dinge. Wenn Herr v. Körber so viel Versprechungen machte, so sollte das ein Mittel sein, um die Parteien von ihrer nationalen Politik zu einer anderen volksfeindlichen Politik zu verleiten. Wenn unser Parlament anfängt, arbeitsfähig zu werden, so ist die erste Bedingung nicht etwa, die Bedürfnisse der Völker zu befriedigen, sondern den schädlichen, für Österreich geradezu tödlichen Ausgleich mit Ungarn anzunehmen; was uns in zwei bis drei Jahren in erster Linie beschäftigen wird, ist, daß die gesamte industrielle Bevölkerung mit gebundenen Händen den österreichischen und ungarischen Agrariern ausgeliefert werden soll. Mit dieser Verfälschung dieser Wirtschaftspolitik Österreichs, welche die Leiden-

schaften nicht durch Ordnung im Reiche, sondern durch Hypnotismus und Opium einschläfern will, mit einer solchen politischen Friedenspolitik können wir uns nicht befreunden. Im Gegenteil müssen wir sagen, daß wir den Jungtschechen dankbar zu sein haben, wenn sie ihren eigensinnigen blöden Schädel aufsetzen und darauf hinarbeiten, um dieses Parlament unmöglich zu machen. Wenn das Ding zertrümmert werden soll, soll gründliche Arbeit gemacht werden, wir pfeifen auf die Fortfretterei dieses alten Privilegienparlaments, wir hoffen nichts mehr von ihm, und wenn die Torheit der bürgerlichen Parteien es in Scherben schlägt, so haben wir nur dafür zu sorgen, daß auf diesen Ruinen etwas Vernünftiges aufgebaut werde. Gewiß ist unsere Leistungsmöglichkeit in dieser Beziehung beschränkt. Nirgends wird die Partei von den Parteigenossen so wie in Österreich nicht nur dafür verantwortlich gemacht, was die Partei tut, sondern auch für das, was überhaupt geschieht. Vor einer solchen Überschätzung müssen wir uns aber hüten, wir allein können aus Österreich nicht etwas Vernünftiges machen, dazu ist die österreichische Arbeiterklasse zu schwach, sie ist eine Minorität und hat noch lange nicht den ihrer Entwicklung gebührenden Einfluß. Wir können uns nur davor schützen, daß sie mitleide unter den Folgen einer blinden, reaktionären Politik. Wenn Österreich zugrunde geht, so geht es zugrunde an den Sünden seiner herrschenden Klassen, die Arbeiterschaft hat nicht mitgesündigt, sie hat an den Früchten der Ausbeutung nicht mitgenossen, sie hat nicht mitgewirkt an der Verdummung und Niederhaltung des Volkes, nicht mitgewirkt an dem Zurückhalten der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, und sie will deshalb auch nicht mit zugrunde gehen. Wir können unsere Taktik nur darauf einrichten, welche Anforderungen wir an uns stellen; daß die anderen vernünftig werden, oder gar, daß wir sie vernünftig machen, das ist von uns nicht zu verlangen. Wir zeigen den Weg, den man gehen soll: Wir brauchen die nationale Trennung und Föderalisierung Österreichs. Wir brauchen die Beseitigung des feudalen österreichischen und die Beseitigung des feudalen böhmischen Staatsrechtes. Wir brauchen demokratische Grundlagen, wir brauchen ein neues Parlament auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, wir brauchen eine vollständige Revolutionierung des alten Österreich. Und mit diesem Ruf werden wir in den Wahlkampf eintreten, sobald er uns aufgefordert werden wird. Wenn jemals, so hoffen wir, daß heute die Bevölkerung, vielleicht über die Arbeiterklasse hinaus, dafür Verständnis hat, daß es nicht mehr möglich ist, an dem alten Plunder herumzudoktern und herumzuschmieren, daß es nicht genügt, neuen Wein in die alten Schläuche zu gießen, sondern daß alles beseitigt werden muß, was an das alte Österreich erinnert, und daß, wenn es ein Österreich geben muß, es ein neues Österreich sein muß, ein Österreich, gegründet auf der Selbständigkeit der Nation und auf der Freiheit des Volkes. Das allein kann unsere Taktik sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schlußwort.

Die Debatte, die soeben abgeführt wurde, ist weit über das Maß unserer anfänglichen Erwartungen hinausgegangen. Die Frage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes wurde in breitester Weise erörtert. Auf der einen Seite wird verlangt, man müsse für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten; andererseits wird gesagt, es sei die Stimmung dafür nicht vorhanden, eine hochgehende Wahlrechtsbewegung zu veranstalten wie im Jahre 1897. Wie ist nun dieser anscheinende Widerspruch zu lösen? Es ist wahr, daß, seit Österreich besteht, zu keiner Zeit der Zusammenbruch, die Unmöglichkeit der heutigen politischen Verfassung des Reiches und die Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechtes nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für alle Volksschichten klarer war als heute. Wenn aber die Arbeiterschaft heute nicht so geneigt ist, sich für hochgehende Massendemonstrationen zu erklären, wie anno 1893 und 1897, so hat dies folgenden Zusammenhang. Heute ist es nicht allein und gar nicht vorzugsweise die Not der Arbeiterschaft, die das allgemeine Wahlrecht verlangt, sondern die Not des ganzen Reiches. Nun überschätzen wir unsere Kraft gewiß nicht so, daß wir wähnen würden, die Sozialdemokratie allein wäre imstande, dem Reiche die nötigen Grundlagen zu geben. Was uns hilft, ist die Tatsache des heute offenkundigen Zusammenbruches und der Bankrott des Alten. Aber es nützt nichts, wenn wir allein gescheit sind, die anderen müssen auch gescheit sein. Und wenn wir uns bemühen, ihnen den Verstand einzudrillen und so primitive Dinge beizubringen wie die, daß man so nicht weiter arbeiten kann, so wird man mitunter müde. Die Arbeiterschaft sagt sich: Wenn ihr uns nicht folgt, so werdet ihr sehen, wie recht wir haben; ihr werdet im Marasmus zugrunde gehen. Und das ist das Bild, das wir heute vor uns haben. Es wurde vermißt, daß ich als Referent nicht eine präzise Losung für die künftige Taktik der Partei ausgegeben habe. Einer der Genossen hat hier die innersten Falten meiner schwarzen Seele auseinandergebreitet und gezeigt, wie ich eigentlich bin. Genosse Bartel*) sagte, daß ich abwarte, wie die Stimmung hier ist, und mich darauf einrichten werde. Ich gestehe, er hat mich vollständig durchschaut. Ich wollte wirklich abwarten, welche Meinung Genosse Bartel äußern wird, um dann nach seinem Sinne zu reden. Zu meinem Bedauern sind aber meine Erwartungen getäuscht worden; ich habe aus den Worten Bartels trotz größter Mühe nicht entnehmen können, was er eigentlich will, und muß mich also wieder auf mich selbst verlassen. (Heiterkeit.) Losungen in diesem Österreich auszugeben, ist deshalb so schwer, weil sie so ganz auf der Hand liegen, weil man auch auf einem Parteitag darüber nichts Neues sagen kann. Seit Monaten, seit Jahren haben wir in bezug auf die nationale Frage gesagt: Die Verfassung des Reiches ist unmöglich geworden. Die alte feudale Kronländerverfassung muß beseitigt werden, durch eine Konstituante müssen neue Gliederungen im Reiche geschaffen,

*) Heinrich Bartel (Teplitz) ist später nach Amerika ausgewandert.

das Reich muß auf vollständiger Autonomie der Nationen und ihrer föderativen Zusammensetzung basiert werden. Wir sagen weiter, wenn aus Österreich etwas werden soll, muß ein demokratisches Wahlrecht in allen Vertretungskörpern Platz greifen. Und erwarten Sie etwa, daß der heutige Parteitag etwas anderes aussprechen soll? Die Parteigenossen machen uns vielfach für Dinge verantwortlich, die nicht von uns abhängig sind. Wir haben die Situation zu erfassen und im geeigneten Moment mit aller Wucht einzugreifen. Und wenn heute das Haus aufgelöst wird, so wird der Wahlkampf mit einer ganz anderen Energie geführt werden als im Jahre 1897, weil wir um die damals gemachten Erfahrungen reicher wurden, weil die Partei in diesen drei Jahren gewachsen ist, vor allem aber, weil heute in weiten Kreisen der Bevölkerung Klarheit darüber gewonnen wurde, daß wirklich das sozialdemokratische Programm nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für alle Schichten dieses Landes das einzige ist, das zu einem Ziele führen kann. Freilich, das Bedürfnis unserer Genossen nach Aktion ist sehr löblich, und es wäre noch löblicher, wenn über der Lust nach Aktionen nicht die Lust zur Organisation sosehr leiden würde. (Zustimmung.) Wenn Sie aus der Mitte des Parteitages Stimmen hören, die zum Angriff blasen, und man zugleich hört, es geht nicht so, wie es gehen sollte, dann muß man zu dem Gedanken kommen, daß diese Form der immerwährenden Aktionen nach außen vielleicht nicht die richtige ist. Sehr viel wurde auch über den Generalstreik gesprochen. Genosse Skaret wurde hier von den meisten mißverstanden. Er hat den Generalstreik nicht vorgeschlagen — so dumm ist er nicht —, er sagte vielmehr, es müßten die Vorbedingungen zu einem Generalstreik durch den Ausbau der Organisation getroffen werden. Meines Erachtens hat der Generalstreik mit irgendeinem Streik, und möge er noch so groß sein, wie er wolle, nichts gemeinsam als den Namen. Vielleicht würde man von einem Generalstreik vernünftiger und sachlicher reden, wenn er nicht Generalstreik hieße. Es fällt mir nicht ein, die Chancen und die Möglichkeit eines Generalstreiks hier zu erwägen; aber es fällt mir auch nicht ein, zu leugnen, daß es in jedem Lande möglich ist, daß Situationen kommen können, wo die ganze Arbeiterschaft einfach erklärt: Jetzt bleibt alles stehen, bis diese eine Frage erledigt ist! Ob man aber in einer solchen Lage ist, das ist schwer und am allerwenigsten im vorhinein zu entscheiden. Heute in Österreich einen solchen Streik zu beginnen, wäre schon deshalb unmöglich, weil wir ja gar nicht wissen, gegen wen wir den Generalstreik unternehmen sollten. Wir haben keine Regierung, kein Parlament, keine Herrschaft in diesem Reiche; wir haben nichts als Sumpf. Unser Herr v. Körber ist ja der netteste Mensch von der Welt. Er macht uns sogar, wenn es sein muß, das allgemeine Wahlrecht. Nach Pfingsten war Herr v. Körber beim Kaiser und schlug ihm vor: Ich bitte, wollen Sie das Parlament schließen? Mir ist es recht! Oder wollen Sie es auflösen? Ist mir auch recht! (Heiterkeit.) Heute sagt der Körber zum Kaiser: Ich kann ja gehen!

Wenn Sie wollen, gehe ich oder wenn nicht, ich kann auch bleiben! Ich kann das Haus zusammenberufen oder ich kann es nicht zusammenberufen und noch dunsten lassen! Ich kann es auflösen und Neuwahlen ausschreiben; ich kann aber auch keine ausschreiben! Und wenn ich Neuwahlen ausschreibe, kann ich sie auf Grund der alten Wahlordnung ausschreiben, aber auch auf Grund einer neuen Wahlordnung! Mir ist alles Wurst! (Lebhafte Heiterkeit.) Nun aber will ja unser Parlament gar nichts. Es hat überhaupt keinen Willen, und was sich da äußert, ist nur ein Krankheitssymptom. Wenn wir heute rufen: Heraus mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht!, so fehlt die Adresse, an welche dieser Ruf gerichtet ist. Es kommt mir das so vor wie die Demonstration für das Wahlrecht vor einer böhmischen Bezirkshauptmannschaft, wo der Bezirkshauptmann auf den Balkon hinaustrat und zu den Leuten sagte: Ja, meine Herren, ich bin ja für das allgemeine und gleiche Wahlrecht; ich kann es Ihnen aber mit dem besten Willen nicht geben, weil ich es nicht habe! (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn selbst hier auf dem Parteitag Stimmen laut werden, die ich nicht verstehe, die an dem Wert eines allgemeinen und gleichen Wahlrechtes in Österreich zweifeln, so muß ich gestehen, daß das auf eine Verwirrung hindeutet, die ich heute nicht mehr für möglich gehalten hätte. Wir glauben gewiß nicht, daß, wenn man heute unserem Österreich das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingibt, es morgen gesund sein wird. Aber wir glauben — und das hat uns auch die Erfahrung in Deutschland gezeigt —, daß das allgemeine Wahlrecht eine feste Klammer für das Reich wäre, und wenn die Völker rings um die Donau gemeinsame Interessen haben, so können sie nur durch ein solches allgemeines Wahlrecht zum Ausdruck gebracht werden. Dieses ist gewiß für sich allein nicht in der Lage, die nationalen Zerwürfnisse zu beseitigen; es ist aber das einzige Mittel, um neben den nationalen Interessen, die bestehen, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen und Bedürfnisse aller Völker, die hier wohnen, so scharf und präzise zum Ausdruck zu bringen, daß die nationalen Interessen daneben erstens zurückgedrängt und zweitens in Formen geäußert werden, die sie einer Lösung zugänglich machen. Wenn wir in Österreich einen einflußreichen Faktor hätten, der Courage hätte — von Verstand will ich gar nicht reden —, dann müßte er ein Reichsparlament auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes einberufen — wie das verfassungsmäßig einzurichten ist, darüber hat man sich in Österreich noch nie den Kopf zerbrochen —, nicht in der Hoffnung, daß dadurch sofort alle Schwierigkeiten beseitigt werden, wohl aber in der Hoffnung, daß es die Vorbedingung jeder Gesundung des Reiches ist, daß die Völker mit ihren lebendigen, wirtschaftlichen Interessen zu Worte kommen. Das geschieht aber nicht, weil man von diesem Parlament nicht etwas will, was das Volk braucht, sondern weil man von vornherein ein Parlament will, das nichts tut, als die Interessen der Krone und des Feudalismus zu den herrschenden zu machen. Seit Pfingsten war die ganze Bevölkerung,

auch wir, in einer gewissen Stimmung des Abwartens, ob die Regierung aus den offenkundigen Tatsachen die notwendigen Konsequenzen ziehen und sich zu einer entscheidenden Tat aufraffen wird. Hätte Herr v. Körber, statt seine offiziellen Blätter mit den Berichten über seine Hin- und Herreise zwischen Ischl*) und Wien zu strapazieren, verkünden lassen, die Regierung sehe ein, daß es so nicht weiter geht, sie werde im Herbst das Parlament einberufen und ihm einen Wahlreformenantrag auf Basis des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes vorlegen — glauben Sie aber nicht etwa, daß ich ihn einer so vernünftigen Handlung für fähig halte —, so hätte er damit nur einer allgemeinen Erwartung entsprochen, weil die Situation einen anderen Ausweg nicht zuläßt. Wenn Herr Körber heute das Parlament auflöst, ohne eine Wahlreform zu machen, dann hat er drei Monate gewonnen, aber die Völker haben wieder drei Monate verloren. Es ist ein Experiment, das von vornherein als mißglückt anzusehen ist. Ich will nicht prophezeien, aber das traue ich unseren Staatsweisen oder, besser gesagt, Staats-schlaucherln schon zu, daß ihnen das Gemunkel von Auflösen und Änderung der Verfassung etwa nur dazu dient, um die Jungtschechen zu beeinflussen, daß sie wieder ein paar Wochen Ruhe geben. Mag dem sein wie immer, für uns wird allerdings — und das ist aus der Debatte mit voller Klarheit hervorgegangen — die Zeit der Aktion sehr bald kommen. Ich wundere mich nur, daß die Genossen aus dem Referat, das ich gestern gegeben habe, zu ersehen glaubten, daß ich oder die Parteivertretung solche Aktionen nicht wünschen, und meinten, daß es nötig ist, daß die Parteivertretung vorwärts gepeitscht werde. Die Peitsche tut immer gut, und ich gestehe es, daß mir Äußerungen auf dem Parteitag, die sich beklagen, daß zu wenig geschehe, weit lieber sind als solche, die zur Klugheit und Besonnenheit raten. Die Besonnenheit besorgen schon wir, vielleicht in zu großem Maße. (Heiterkeit.) Zum Bremsen brauchen wir Sie nicht! Sehr erfreulich, außerordentlich belehrend und maßgebend für unsere Politik ist es, daß wir hier aus den verschiedensten Orten des Reiches Darstellungen gehört haben, die uns Mut und Sicherheit geben, daß wir in die Aktionen, die in baldiger Zukunft nötig sein werden, mit der vollen Begeisterung und Entschiedenheit eintreten können, die notwendig sind, um etwas zu erreichen; denn alles kann die Sozialdemokratie in Österreich nicht richten.

Wenn ein Gran von Hirn in den Köpfen unserer Staatsmänner steckte, so könnten sie nicht ein von vornherein gescheitertes und überflüssiges Experiment, die Wähler nochmals auf Grund dieses Wahlrechtes zur Urne zu rufen, machen. Das ist ein Wahnwitz, gegen den wir mit aller Kraft protestieren, und wir werden das möglichste tun, um diese unsere Überzeugung auch anderen einzuprägen. Wir stehen vor einem Kampfe, dessen Bedingungen nicht nur Mut und Begeisterung nach außen sind, sondern der auch Festigung der Organisation im Innern und die Herbeischaffung der

*) Der Sommersitz des Kaisers.

Kampfmittel, zu denen auch Geld gehört, erfordert. Die Demonstrationen können auch nicht immer gesteigert werden. Wenn man Demonstrationen länger macht, als die Ursachen dazu vorhanden sind, wenn man einen Ingrim und eine Kampfentschlossenheit vortäuschen will in Momenten, wo sie nach der Psychologie der Massen nicht vorhanden sind, dann kommt es vor, daß sie unten fad werden und man oben auch die Witterung dafür bekommt, daß das keine ernste Demonstration ist, sondern auf Kommando geschieht. Genossen! Der psychologische Moment steht nahe bevor, und es wird sehr lebendig werden in Österreich, darauf kann sich die verehrliche österreichische Regierung verlassen, und wir werden nicht aufzupeitschen, sondern vielleicht einzudämmen haben*). (Beifall.)

Hier am Parteitag ist die Selbstkritik unsere Aufgabe. Wenn manches nicht so ist, wie es sein sollte, so können und müssen wir anerkennen, daß es nicht leicht ist in diesem Österreich, eine so kräftige Partei hinzustellen, wie es die sozialdemokratische Partei trotz alledem ist; daß wir in den letzten Jahren der Partei eine Selbständigkeit, eine Sicherheit ihrer Existenz und ihres Fortschreitens und eine Kraft gegeben haben, wie sie keine andere Partei hat. Österreich kann zugrunde gehen, das österreichische Proletariat wird nicht mit zugrunde gehen! Wir haben alle die Empfindung, daß der Zeitpunkt nahe ist, wo die ganze Spannkraft der Partei eingesetzt werden muß. Sagen wir uns das eine, daß wir auch die Entschlossenheit haben, der Aufforderung, wenn sie an uns gestellt wird, zu entsprechen. Es wird der Moment kommen, wo sich die Arbeiterklasse erheben wird zu einem verzweifelten Kampfe. Ich halte aber einen solchen Ausbruch der Verzweiflung nicht für nützlich, weil daraus nie etwas Vernünftiges entstehen kann. Wenn aber jemand berufen ist, diesen Ausbruch der Verzweiflung zu verhindern, dann sind es wir Sozialdemokraten. Auf uns sieht wirklich die Bevölkerung Österreichs, auf uns ruht tatsächlich eine größere Verantwortung, als dem Umfang unserer Partei entspricht. Die Bevölkerung von Österreich erwartet von uns Vernunft, Mut und Entschlossenheit, und ich bin überzeugt, das werden Sie im entscheidenden Moment haben. (Lebhafter Beifall.)

Grenzen der parlamentarischen Macht).**

Parteitag in Wien 1901.

Wir haben jetzt eine Reihe von Anklagereden gehört, vermuten Sie aber darum nicht, daß ich als exoffo-Verteidiger der Fraktion auftreten werde. So viel ich aber auch auf dem Herzen hätte —

*) Dr. Adler bespricht nun die vorliegenden Anträge, die alle die Organisation des Kampfes für das allgemeine Wahlrecht verlangen.

**) Gleich nach dem Parteitag in Graz war das Abgeordnetenhaus aufgelöst worden und die Wahlen, die im Jänner 1901 stattfanden, brachten der Sozialdemokratie einen Mißerfolg. Sie verlor von den fünfzehn Mandaten, die sie bei den vorigen Wahlen in der fünften Kurie erhalten hatte, nicht weniger als sechs. Von den sieben Mandaten, die sie in Böhmen be-

die Anklagen, die hier vorgebracht wurden, erscheinen mir absolut unhaltbar, und sie werden dadurch nicht begründeter, wenn man sie auf jedem Parteitag wiederholt. Immer tritt da ein Mann, der gewöhnlich Winarsky heißt (Lebhafte Heiterkeit), aber auch anders heißen kann, auf und sucht uns mit den beredtesten Worten von den Vorzügen des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes zu

sessen hatte, behielt sie nur eines, das von Hannich in Reichenberg. Auch in Graz war Resel gegen einen sogenannten deutschnationalen Angestelltenvertreter Wilhelm unterlegen.

Die tschechischen Sozialdemokraten hatten bloß die Mandate von Hybesch in Brünn und von Cingr in Ostrau gerettet. Die Niederlage in Böhmen wurde aber durch den großen Sieg in Wien und Niederösterreich wesentlich gemildert. Hier hatten Dr. Wilhelm Ellenbogen und Franz Schuhmeier in Wien und Engelbert Pernerstorfer in Wiener-Neustadt die Mandate erobert, die sie bei den Wahlen im Jahre 1897 nicht erhalten hatten. Außerdem hatte Karl Seitz, der Führer der „jungen“ Lehrer, als Sozialdemokrat das Mandat in der Steuerkurie im Städtebezirk Korneuburg-Floridsdorf (Floridsdorf, das heute der 21. Wiener Bezirk ist, war damals noch eine selbständige Gemeinde) erobert. Viktor Adler war wieder im zweiten Wiener Wahlkreis (in dem der Arbeiterbezirk Favoriten mit bürgerlichen Bezirken zusammengeschlossen war) unterlegen. Dafür wurde er am 2. Juli 1901, trotz Steuerzensus, von Favoriten in den niederösterreichischen Landtag gewählt. (Siehe Näheres in der Rede über die „Marodeure des Klerikalismus“ in der Budgetdebatte des Landtages am 11. Juli 1901.) Im ganzen waren nun zehn Sozialdemokraten im Parlament.

Am 4. Februar wurde das Parlament eröffnet. Aber es war nicht arbeitsfähig. 58 §-14-Verordnungen lagen ihm zur Genehmigung vor. Da glaubte Körber mit der Wirtschaft den Nationalismus besiegen zu können und legte am 26. April dem Parlament ein Gesetz über den Bau von Wasserstraßen vor. Es sollte ein Donau-Oder-Kanal, eine Verbindung des Donau-Oder-Kanals mit der oberen Elbe und eine Verbindung der Oder mit der Weichsel hergestellt werden. Die Kosten waren mit 750 Millionen Goldkronen, die Dauer der Arbeiten mit zwanzig Jahren berechnet. Überdies sollten Eisenbahnen, besonders die zweite Bahnverbindung mit Triest, mit einem Aufwand von 117 Millionen und eine Vergrößerung des Wagenparks mit 110 Millionen gebaut werden.

Tatsächlich bewirkte diese Milliarde, daß das Parlament für kurze Zeit entlastet wurde. Die Jungtschechen konnten nicht in der alten Weise obstruieren, da die Slowenen wegen Triest am Bau der Alpenbahnen interessiert waren. Am 1. Juni 1901 wurde das Wasserstraßengesetz, die Eisenbahnvorlage und seit vier Jahren zum erstenmal auch das Budgetprovisorium im Abgeordnetenhaus angenommen. Aber zur Arbeit kam man damit doch nicht. Im Dezember ging die tschechische Obstruktion von neuem los.

Auf dem Gesamtparteitag, der vom 2. bis 6. November 1901 in Wien stattfand, erstattete Daszynski den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. In der Debatte sprachen Dr. Hugo Stark (Karlsbad), Leopold Winarsky (Wien), Dr. Morgenstern (Mährisch-Schönberg), Vinzenz Muchitsch (der nachmalige Bürgermeister von Graz), dann Adler, Skaret und Winarsky waren die Parteisekretäre.

überzeugen. Er schildert uns diese Institution so, daß, selbst wenn wir nicht schon einige Anlage hätten, das für richtig zu halten, er uns gewiß überzeugen würde. Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechtsbewegung, die uns da angepriesen werden, sind ja gewiß unter allen Umständen und jederzeit eine sehr gute Sache. Es ist ein Heilmittel sozusagen für alles, und wenn die Partei diese Punkte wirklich in den Vordergrund stellt, so weiß sie, was sie will. Aber die Fraktion kann nicht wie Winarsky herumgehen: „Ja, wir möchten das allgemeine, gleiche Wahlrecht haben!“ Sie kann auch nicht auf alle Vorlagen, die kommen, sagen: „Wir wollen das allgemeine Wahlrecht haben!“ Das hat sie nie gemacht, und das macht sie jetzt nicht, und — das sage ich den Grazer Genossen — das konnte sie auch im früheren Parlament nicht machen. (Heiterkeit.)

Eine Fraktion muß eben wissen, was sie will, und ich bin sehr froh, daß die Abgeordneten im Parlament sitzen, wie wir sie drin haben, und nicht die Meinungen vorherrschen, die wir hier gehört haben. Winarsky sagt: Dieser Körber hat einen teuflischen Plan, er spielt die Wirtschaft gegen die Politik aus. Ja, was hat die Sozialdemokratie demgegenüber zu tun? Die Fraktion hat das Verbrechen begangen, diese Politik durch Unterlassung und Zustimmung zu unterstützen. Genosse Winarsky sagt: Wir müssen da eine Haltung einnehmen. Obstruktion? Nein. Dafür ist er nicht. Aber eine Haltung muß sie einnehmen. (Heiterkeit.) Aber welche Haltung? Sollen wir hergehen und sagen: Wirtschaftliche Dinge sind unwichtig, wichtig sind nur politische und nationale Dinge. Ist das die Aufgabe unserer Partei? Ich glaube, das wäre die größte Torheit. (Beifall.) Gewiß kann man verschiedener Ansicht sein, ob es klug war, die erste Lesung der Wasserstraßenvorlage zuzulassen. Glaubt Winarsky, daß es eine sehr kluge Politik von unserer Fraktion gewesen wäre und im Interesse der Arbeiterklasse liege, wenn wir die Wasserstraßen vereitelt hätten? Ich bin nicht der Ansicht. Man kann wenigstens auch anderer Ansicht darüber sein. (Zustimmung.)

Genosse Winarsky vermißt an der Fraktion nur die Pose, der Opposition. (Beifall.) Diese Opposition kann man natürlich auf dem Parteitag und in Versammlungen viel leichter haben als im Parlament, wo man sachlich und mit der ganzen Verantwortlichkeit belastet arbeiten muß.

Nun kommt Genosse Stark aus Karlsbad und wirft der Fraktion vor, sie habe die Brantweinsteuer nicht verhindert. Ja, sie hat doch dagegen gestimmt, sie hat dagegen gesprochen. Was hätte sie noch tun sollen? Was hätte Stark getan, wenn er Abgeordneter gewesen wäre? Dann soll die Fahrkartensteuer nicht verhindert worden sein. Die ist aber doch noch gar nicht beschlossen. Das ganze Verbrechen der Fraktion war das, daß sie die erste Lesung nicht verlangt hat. Ich gebe zu, wenn ich und der Winarsky drin gewesen wären, wir zwei hätten die erste Lesung verlangt. (Heiterkeit.) Aber was hätten wir damit erzielt? Es wäre eine

schönere Pose für die Fraktion gewesen, das ist wahr. (Winarsky: Dann ist alles Pose!) Aber vierundzwanzig Stunden später wäre die Fahrkartensteuer doch in den Ausschuß gekommen.

Und solche Vorwürfe macht man unserer Fraktion im Ernst! In einem anderen Lande als in Österreich versteht man solche Kinkerritzchen gar nicht, versteht man nicht, daß man unseren Arbeitern einreden will, das sei der ernste parlamentarische Kampf. (Lebhafter Beifall.)

Aber Genosse Stark sieht die Arbeiter immer mehr verraten, weil er sieht, wie viele Belastungen des arbeitenden Volkes nicht verhindert wurden. Ich rate dem Genossen Stark, jene alten Broschüren, aus denen er diese Dinge genommen hat und die zur Wahl von 1897 geschrieben worden sind, doch endlich beiseite zu legen und sich neuere Broschüren zu kaufen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn einer jetzt mit der Biersteuer kommt, so muß man ihm doch sagen, daß das eine ganz alte Geschichte ist, die die neue Fraktion gar nichts angeht. Die alten Broschüren, lieber Genosse Stark! (Schallende Heiterkeit.) Genosse Stark meint weiter, wir hätten wegen des § 14 Abrechnung halten müssen. Um des Himmels willen: man soll doch außer alten Broschüren auch die Parlamentsberichte lesen... Ich bin der letzte, der verlangt, die Partei solle zur Fraktion ein unbedingtes Vertrauen haben und ihr blindlings nachlaufen. Aber ich sage Ihnen, wenn ich mich in die Gesellschaft solcher Kritiker begeben soll, dann schweige ich lieber, weil ich nicht die Meinung unterstützen will, als ob auch diese Kritik so berechtigt wäre wie meine.

Nun sagt man, gegenüber dieser Steuerbelastung müsse etwas geschehen. Nicht die Arbeitsfähigkeit sei zu unterstützen, sondern... Nun, was denn? Man würde glauben: Obstruktion! Das sagt Genosse Winarsky nicht. Aber wenn er halbwegs logisch denkt, muß er sagen: Das Parlament ist nichts nutz, also müssen wir alles unterstützen, was das Parlament ruinieren kann. Wenn am Montag die Jungtschechen Obstruktion machen — was nicht ausgeschlossen ist — muß man ihnen helfen, das Parlament zu ruinieren. Wenn Winarsky nicht radikal genug ist, diese Konsequenz selbst zu ziehen, dann hat er seinen Beruf verfehlt, und dann hätte er nicht anfangen sollen. Genosse Stark hat einen anderen Ausweg: Wir sollen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments erst untersuchen! Nun, untersuchen Sie sie. Es hindert Sie ja niemand. Aber was wir alle davon haben, verstehe ich nicht und das versteht niemand. Kritik ist gut, aber Nörgelei, die ist nicht gut! (Lebhafter Beifall.)

Genosse Muchitsch hat allerdings etwas vorgebracht, was auf den ersten Blick so aussieht, als ob es einen ersten Vorwurf begründen würde. Er hat davon gesprochen, daß die Zurückstellung des Dringlichkeitsantrages wegen der Altersversicherung bei unseren Parteigenossen einen Widerspruch nicht gefunden hätte, wenn sie notwendig gewesen wäre. Er hat also nicht behauptet, daß ein Ver-

brechen begangen wurde, sondern daß nur die Geneigtheit zum Verbrechen vorhanden war. Das Verbrechen wäre „beinahe“ begangen worden. Es hat sich da bekanntlich um das Budget gehandelt. Ich erkläre Ihnen auf die Gefahr hin, daß Sie mich für einen ganz — ich weiß nicht, was sind die Leute der Fraktion? — für einen Österreicher, für einen Ministeriellen halten (Heiterkeit), ich erkläre Ihnen, daß ich als Sozialdemokrat ein großes Interesse an der Durchführung einer Budgetdebatte habe. Ich glaube, daß die Durchführung einer Budgetdebatte für uns als Partei nicht nur agitatorisch, sondern reell für die Arbeiter wegen der Interessen, die da in Frage kommen, ganz ungeheuer wichtig ist, und daß wir alle darunter leiden, daß wir seit 1896 keine Budgetdebatte gehabt haben, wo die einzelnen Posten vor dem Parlament zur Sprache kommen konnten. Eine Budgetdebatte zu ermöglichen — ich erkläre es Ihnen auf die Gefahr hin, verketzert zu werden — halte ich für wichtiger, als daß die erste Lesung unseres Antrages auf die Altersversicherung am 25. Oktober anstatt erst am 10. November vorgenommen werde. Und ich war noch mehr dafür — und ich habe deshalb gemeint, daß unsere Abgeordneten der Zurückstellung des Dringlichkeitsantrages zustimmen sollen, wenn alle anderen zustimmen — aus dem Grunde, weil wir gestern erst den ganzen Tag des Parlaments ausgefüllt haben mit der Debatte über die Arbeitslosigkeit und weil es im Moment der Krise, wo hinter den Kulissen gearbeitet wird, wo es sich darum handelt, ob Parlament oder nicht, nicht möglich war, weder im Parlament noch in der Presse die nötige Aufmerksamkeit auf diese hochwichtige Frage zu sammeln. Fragen Sie den Genossen Eldersch*), unter welchen Bedingungen er sprechen mußte und wie die ganze Debatte verpufft ist. Ein paar Tage später hätte er unter ganz anderen Bedingungen und unter ganz anderer Aufmerksamkeit des Parlaments gesprochen.

So einfach, wie Sie sich die Dinge vorstellen, sind sie eben nicht. Ich sage nicht etwa, Genosse Muchitsch verstehe das nicht, der ist gerade so gescheit wie alle anderen; er würde, wenn er im Parlament wäre, gerade so gescheit handeln wie unsere Abgeordneten. Er kann nur von außen nicht alle Einzelheiten übersehen und überlegen.

Da wäre doch zu erwarten gewesen, daß von den vielen, die hier sitzen, einer aufsteht und das offen und ehrlich anerkennt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind überall, ganz besonders aber bei uns in Österreich, in einer schwierigen Situation, und ihnen ihre Tätigkeit durch unbegründete Angriffe und bloße Nörgeleien zu vereiteln, halte ich nicht für vernünftig. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

*) Matthias Eldersch, der in Schlesien als Abgeordneter gewählt war, hat den Dringlichkeitsantrag wegen der Altersversicherung am 25. Oktober 1901 begründet. Eldersch ist der nachmalige Staatssekretär des Innern im Kabinett Renner und nachher, nachdem Seitz zum Bürgermeister von Wien gewählt worden war, zweiter Präsident des Nationalrates.

Politik der Straße — Bedingungen der Obstruktion.

Referat über Parteitaktik — Parteitag
in Aussig 1902.

Pernerstorfer hat am Schlusse seiner Rede*) erzählt, wie da vor dem Parlament ein Standbild der Athene aufgerichtet wurde, eine schöne Göttergestalt, die ruhig dasteht, in der einen Hand den Speer, auf der anderen Hand die Göttin des Sieges tragend. Aber vor dem Parlament steht nicht nur diese Göttin so ruhig, sondern es geht dort sehr lebendig zu. Da sitzen eine Menge alter Herren herum, die Geschichte studieren, Reden halten, Rösser bändigen; oben auf dem First des Hauses fahren sie gar mit Wagen herum (Heiterkeit), kurz, es ist ein sehr lebhaftes Schauspiel dort, nur meine ich, wenn ein Fremder dort hinkommt, so wird er nicht ahnen, daß da hinter diesem Schauspiel ein Parlament stehen soll. So ist es einmal bei uns in Österreich. Wir dürfen uns nicht nur auf die Göttin der Weisheit einrichten, wir sind dazu verdammt, uns auch mit der Rösserzähmung zu beschäftigen. (Heiterkeit.) Das ist unser Unglück, daß wir so viel primitive Arbeit machen müssen. Das Schönste bei der Sache ist, daß diese Göttin auf einem Brunnen steht, dem nur eines fehlt: das Wasser, sonst ist alles in Ordnung. Es ist ein treffendes Bild unseres Parlaments. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wer über die österreichische Parlamentstätigkeit und die politische Tätigkeit in Österreich überhaupt sprechen will, der hat die Pflicht, die Schwierigkeit unserer Verhältnisse sehr genau in Betracht zu ziehen. Die Parteitage sind ja dazu bestimmt, daß die Genossen an ihren Vertrauensmännern Kritik üben. Ich bin gefaßt darauf, daß im Laufe der Debatte eine ganze Reihe von Vorwürfen kommen wird, was alles hätte geschehen können innerhalb des Parlaments und außerhalb, und es wird gewiß die Empfindung — die ich auch habe, wie jeder von ihnen — einen lebhaften Ausdruck finden, daß wir zwei Jahre der Parteitätigkeit hinter uns haben, die viel weniger lebhaft waren als viele andere. Diese Lebhaftigkeit wird vielfach mit Recht vermißt. Es ist gar kein Zweifel, daß

*) Pernerstorfer hatte in seinem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit mit einem Hinweis darauf geschlossen, daß sich seit einigen Tagen vor dem Parlament ein neues Standbild erhebe, Athene, die Göttin der Weisheit und Besonnenheit, ein schönes Standbild, das nur den großen Fehler habe, daß es — vor dem österreichischen Parlament stehe, in dem Weisheit, Besonnenheit und Intelligenz gerade nicht im Übermaß gefunden werden. An diese witzigen Bemerkungen knüpfte nun Adler in seiner Art an, indem er auf die übrigen Skulpturen und allegorischen Figuren hiiwies, die den Brunnen mit der Athene flankieren.

Körper hatte im Mai 1902 wieder den Erfolg errungen, daß das ordentliche Budget angenommen wurde, aber vorher hatte es arge Stürme gegeben.

auf die Periode des Sturmes, die von 1892 etwa bis 1901 gedauert hat, auf die Periode der Erregung nun eine Periode der Ruhe gefolgt ist, und es ist selbstverständlich, daß einer Generation von Genossen, die im Sturm aufgewachsen ist, diese Ruhe sehr wenig behagt. Aber vergessen wir nicht, daß wir gestürmt haben, um einen Platz zu erobern, von dem wir Besitz nehmen wollten, um dort Arbeit zu leisten. Wir haben den Vorstoß gemacht, nicht um immer weiter vorzustoßen, immer weiter zu stürmen, auch wenn es nicht mehr nötig ist, sondern — um ein anderes Bild zu gebrauchen — auf die Zeit der Aussaat mußte eine Zeit der Ernte kommen. Wenn ich von einer Zeit der Ernte spreche, spricht aus mir nicht etwa die Zufriedenheit und Behaglichkeit. Aber wir haben der Arbeiterschaft in jenen Kämpfen eine Stellung erobert, zu der wir nun Jahre brauchen, um ihren Inhalt vollständig auszuschöpfen.

Wir sind in das Parlament eingedrungen, man hat uns die Tür nicht aufgemacht, sondern wir haben sie aufgestoßen. Es ist uns aber nicht gelungen, die Tür weit aufzutun, sondern wir sind durch einen schmalen Spalt hineingekommen, aber wir haben in unserer Fraktion — in der des ersten wie in der des zweiten Parlaments — gezeigt, was in gleicher Weise, in Österreich wenigstens, noch nicht da war. Da ich nicht Abgeordneter bin, bin ich in der glücklichen Lage, das konstatieren zu können, was kein Abgeordneter vielleicht zu sagen die Offenheit haben wird. Es gibt keine Partei im österreichischen Parlament, die bei einer gleich beschränkten Anzahl auch nur den kleinsten Teil des Gewichtes, des Einflusses und Ansehens hat wie die sozialdemokratische Fraktion (Beifall), und es ist eine Sünde an uns selbst, eine Sünde an der Partei, wenn wir das nicht bei jeder Gelegenheit unumwunden anerkennen. (Lebhafter Beifall.) Das ist nun freilich nicht die Arbeit der zehn Männer allein, sondern die zehn Männer sind getragen von dem breiten Rücken der Arbeiterschaft, und sie verdanken ihre Bedeutung und ihren Einfluß der Tatsache, daß sie eine Million Arbeiter*) vertreten, wie auch, daß sie nach einem bestimmten, klar begründeten Programm ihre parlamentarische Tätigkeit verrichten. Aber nicht nur das müssen wir anerkennen, sondern auch, daß diese zehn Leute Arbeit leisten für hundert Leute. Wir haben sehr große Parteien im Parlament, die alle miteinander nicht das an parlamentarischer Arbeit leisten, was unsere kleine Fraktion geleistet hat. (Beifall.) Das sind wir schuldig, hier auf dem Parteitag zu bekennen, schuldig, unseren Parteigenossen als Ermutigung mitzugeben, daß sie sich nicht durch kleine Bedenken die Arbeit vergällen lassen. Jeder von uns hat ja trotzdem etwas auf dem

*) In dem Bericht zum Parteitag des Jahres 1901 war berechnet worden, daß die Sozialdemokraten — wenn man die 201.862 Stimmen in den Wahlkreisen mit direktem Wahlrecht und dazu für jeden der 3984 Wahlmänner mit 150 Stimmen berechnet, was nicht viel war, da gerade die industriereichsten Gebiete, vor allem die Bergreviere, indirektes Wahlrecht hatten — 799.462 von den 5.753.858 Stimmen erhalten hatten, daß sie also die stärkste Partei seien und bei Proporz von den 425 Abgeordneten nicht zehn, sondern 58 hätten.

Herzen gegen sie (Brod: Sehr viel!), der Brod natürlich sehr viel (Heiterkeit), aber glauben Sie nicht, daß unsere Abgeordneten selbst mit allem zufrieden sind. Es ist nicht ihre Rolle, sich auf dem Parteitag selbst anzuklagen, aber sie wissen ganz genau, trotz der großen Arbeit, die sie geleistet haben, wieviel sie eben nicht leisten konnten; weil die Aufgabe, die sie zu leisten hätten, eben zu groß ist und die Verhältnisse zu ungünstig.

In dem Maße, als wir eine Parlamentsfraktion haben, tritt nun die äußere Tätigkeit der Parteiorganisationen, die Tätigkeit in den Versammlungen, ich möchte sagen, die Massentätigkeit, naturgemäß in den Hintergrund, insofern sie ein politischer Hebel ist. Wir waren gewohnt, solange wir niemand im Parlament hatten, dem Willen der Arbeiterschaft in großen und demonstrativen Aktionen Ausdruck zu geben, in Aktionen, wie sie eigentlich kein anderes Land kennt. Wir haben in Deutschland eine weitaus größere, ältere und einflußreichere und eine weit höher entwickelte Partei, als die österreichische Sozialdemokratie es ist. Aber der deutschen Sozialdemokratie ist es niemals eingefallen, und es konnte ihr nicht einfallen, weil sie gewissermaßen schon als Kind in das Parlament eingetreten ist, ihre Evolutionen, ihre taktischen Bewegungen in Versammlungen zu vollziehen. Auch dort sind große Aktionen durch Versammlungen unterstützt worden, aber so, wie wir ein Jahrzehnt lang unsere Politik ausschließlich auf der Straße gemacht haben, war es in Deutschland niemals und würde dort wahrscheinlich auch gar nicht möglich gewesen sein. Einer der Gründe, warum es auch in Österreich immer schwerer wird, ist der, daß bereits ein anderer Ausdruck für den Willen der Arbeiterschaft durch das Parlament gegeben ist. Ich will damit die Wichtigkeit der außerparlamentarischen Tätigkeit nicht herabsetzen, ich meine aber, daß es ein wesentliches Gebot unserer Parteitaktik ist, die Kraft, die wir nach der einen Seite sparen können, weil wir ein anderes Organ für diese Arbeit gefunden haben, auf einen Punkt zu lenken, der während der Zeit der bisherigen Tätigkeit der Partei — sagen wir es offen — vernachlässigt wurde und vernachlässigt werden mußte.

Wir können zum Glück sagen: Es ist der großen Opferfähigkeit der österreichischen Arbeiterschaft gelungen, daß während der Zeit des Kampfes sich neben dem Kampf eine beträchtliche gewerkschaftliche Organisation mit großer Schnelligkeit aufbauen konnte. Aber unsere politische Organisation und das Erziehungswerk, das wir an den Arbeitern zu leisten haben, sind während dieser Zeit des Kampfes in bedauernswerter Weise zurückgeblieben. Die ganze Tätigkeit war nach außen gedrängt. Nun kann man auf der Straße sehr viel tun, man kann dem Gegner imponieren, man kann ihm etwas abzwängen, man kann Selbstbewußtsein und Rechtsgefühl in der Arbeiterschaft verbreiten, aber man kann die Arbeiter auf der Straße nicht erziehen, vor allem sie nicht zu wirklichem sozialdemokratischen Bewußtsein und zu sozialdemokratischer Einsicht

ausbilden. Ich sage hier offen, daß der Grundgedanke der Taktik heute ist, daß endgültig auf diese Formen des äußerlichen Kampfes verzichtet werde, die heute zunächst nicht notwendig und, weil sie nicht notwendig, nicht möglich sind, und daß wir mit Bewußtsein sagen: Zurück in das Haus, zurück in die Vereine, zurück zu einer erziehenden Arbeit im einzelnen! (Lebhafter Beifall.) Und wenn ich hier dreimal „Zurück“ gesagt habe, so verstehen Sie wohl, daß das nur heißt: zurück, um, wenn es notwendig ist, in verstärkter Zahl mit mehr und mit tüchtigeren Leuten hinauszuziehen und sagen zu können: Vorwärts, vorwärts, und erst recht vorwärts! (Neuerlicher, lebhafter Beifall.) Nun haben wir da immer die Schwierigkeiten, die entstehen dadurch, daß wir temperamentvolle Leute haben, die eine andere Arbeit gar nicht erlernt haben, die deshalb unzufrieden sind und sich unbeschäftigt fühlen. Da heißt es dann: Es ist kein Leben in der Bude! Parteigenossen! Es gibt Arbeit genug und es wäre sehr gut, wenn alle, die unzufrieden sind, recht anpacken würden. Aber ich fürchte, daß die Unzufriedenen es am notwendigsten hätten, diese Erziehung erst selbst zu genießen.

Wenn ich von hier aus eigentlich weniger die Politik des Parteivorstandes vertrete, als eine Predigt an die Masse der Genossen halte, so hoffe ich, daß Sie damit einverstanden sein werden. Diejenigen tun nicht gut, die meinen, es sei der Gipfel aller vernünftigen Politik, fortwährend ein Ziel — und wenn es auch ein so wichtiges ist wie das allgemeine Wahlrecht — zu „erstreben“, unsere Genossen nur auf diese Formel zu dresieren und sie zu einer maßlosen Überschätzung dieser Sache zu verleiten. Sie tun darum nicht gut damit, weil diese Überschätzung gar nicht zustande kommen kann, ohne daß zugleich eine Unterschätzung aller übrigen Dinge Platz greift; und ich gestehe Ihnen, daß ich sehr die Befürchtung habe, daß es heute verhältnismäßig weniger Genossen gibt, die sich in bezug auf die Details unserer Forderungen und Bedürfnisse so genau auskennen, wie das vor zwanzig Jahren gewesen ist in der kleinen Zahl, die wir damals waren. Diese Kenntnis ist aber dringend notwendig nicht nur im Interesse der Erziehung überhaupt, sondern darum, weil unsere Aktionen und unsere Vorstöße nicht nur von dem Mut und der Energie abhängen, mit der wir vorgehen, sondern vor allem von der Nachhaltigkeit und Zähigkeit, mit der unsere Leute an ihr festhalten, und von dem Grade ihrer Einsicht in das einzelne. Unsere Fortschritte hängen davon ab und vor allem hängt davon das Maß ab, in dem wir das, was wir erobert haben, für die Arbeiterschaft ausnützen können.

Mit diesen allgemeinen Bemerkungen ist die Frage der Taktik noch lange nicht erschöpft. Die parlamentarische Taktik hat Pernstorfer ja besprochen. Wir werden uns in Zukunft wohl damit abfinden müssen, daß bis auf weiteres dieses Parlament nicht umzubringen sein wird. Es scheint, daß es die Lust verloren hat,

sich selbst umzubringen; und daß wir es umbringen, dazu waren wir seit jeher zu schwach. (Ein Zwischenruf: Mut!) Ich weiß nicht, welchen Mut Sie meinen, den Mut des Parlaments zum Selbstmord oder unseren Mut? Wenn Sie meinen, daß es unseren zehn Abgeordneten an Mut gefehlt hat, das Parlament von 425 Mann zu sprengen, da kann ich Sie nur fragen, welche Sorte von Mut meinen Sie da? Ich weiß nicht, woher die Genossen diesen Mut beziehen sollen, um unmögliche Dinge zu machen. Es gibt einen Mut, der nicht beneidenswert ist, das ist der Mut, der sich vor der Lächerlichkeit nicht fürchtet. Das einzige, was die Genossen hätten versuchen können, wäre gewesen, mit dem Kopfe gegen eine offenbar sehr feste Mauer zu rennen. Das hätte dann den Vorteil für die anderen gehabt, daß die sozialdemokratische Partei sich unsterblich blamiert hätte. Wir fürchten nur einen Tod, das ist der Tod an der Lächerlichkeit, und den wäre die Fraktion gestorben; dann hätten allerdings diejenigen, die ihr heute den Mut absprechen, mit derselben lächelnden und überlegenen Miene ihr den Verstand abgesprochen, und da hätten sie allerdings recht gehabt. (Lebhafter Beifall.) Wenn schon das Parlament als Ganzes nicht alles kann, so kann eine Fraktion von zehn Mitgliedern schon gar nicht alles. Es ist also die Meinung aller, oder wenigstens der vernünftigen Leute, daß es heute nicht geht, das Parlament umzubringen. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß es einmal gehen wird, und ich habe den Wunsch, daß nächstens irgendeine Sache kommt, wo das Parlament hineinplumpst. Aber wir müssen warten. Wir sind in derselben Lage wie die Partei in anderen Ländern. Die müssen auch mit ihren Parlamenten vorliebnehmen, wie sie sind, es gibt noch mehr Länder, wo es kein allgemeines Wahlrecht gibt, und wo es eines gibt, wird noch lange nicht davon der vernünftige Gebrauch gemacht, den wir Österreicher mit unserem bißchen Wahlrecht machen. Wenn wir uns also darauf einrichten müssen, so müssen wir fragen: Was läßt sich aus dem Parlament, wie es einmal ist, herauskriegen?

Da können wir ruhig sagen: Wir sind auch an positiven Erfolgen durchaus nicht so arm, als es den Anschein hat. Aus der langen Reihe von Aktionen möchte ich nur einige hervorheben. Wenn wir den Neunstundentag für die Bergarbeiter haben, so verdanken wir das außer den Bergarbeitern selbst der Tätigkeit unserer Abgeordneten; wenn heute die Preßreform in eine greifbare Nähe gerückt ist — über ihre Gestalt werden wir noch zu sprechen haben —, wenn sogar die Frage der Altersversorgung etwas nähergerückt*) ist, so ist das ausdrücklich das Verdienst der Sozialdemokraten. Das sind Erfolge, die sich nicht hätten gewinnen lassen ohne eine parlamentarische Fraktion.

Ob das Parlament zu lebhaften Episoden kommen wird, weiß ich nicht, Pernerstorfer, der den Dingen doch etwas näher steht.

*) So schien es damals, weil die Altersversorgung in der Thronrede feierlich angekündigt war.

meint nicht, daß es beim Ausgleich zu einer Obstruktion kommen werde. Ich möchte mich nicht auf das Prophezeien einlassen, aber verschwören möchte ich die Obstruktion doch nicht. Sicher ist, daß wir die möglichen ernsthaften Mittel erschöpfen werden. Ob dazu die Obstruktion gehören wird, ist eine Frage, die sich heute gar nicht entscheiden läßt. Nach meiner Ansicht ist das parlamentarische Gesetz der Majorität für jedermann bindend, solange es von der Majorität eingehalten wird, und man wird immer mit dem Untergang bestraft, wenn man diesen Boden verläßt. Erst wenn das Recht von der Majorität gebrochen wird, wenn also anstatt des Gesetzes der Majorität die Gewalt proklamiert ist, hat man das Recht — aber auch nur dann — die Möglichkeit der Obstruktion, das ist der Gewalt. Aber daß man glaubt, jeden beliebigen Beschluß hindern zu können, die Majorität durch eine Minorität vergewaltigen zu können, auf die Dauer durch die fortgesetzt angewendete Methode der Obstruktion — das ist ein hirnrissiger Gedanke. Es hat ja Leute gegeben, die gemeint haben, man hätte gegen die Fahrkartensteuer Obstruktion machen können. Die Fahrkartensteuer ist eine sehr gehässige Steuer, gewiß, man hätte sie ablehnen können, wenn man in der Majorität gewesen wäre, aber die Obstruktion hätte das nie erzielt. Die Jungtschechen hätten, wenn sie nicht umgefallen wären, durch parlamentarische Mittel den Beschluß hinauschieben können, aber daß eine kleine Partei die Majorität hätte hindern können, gewaltsam, die Fahrkartensteuer zu machen, daß man wegen dieser Steuer das Parlament hätte zertrümmern können, das kann nur ein politisches Kind glauben, und wenn Pernerstorfer gesagt hat, daß die Geschäftsordnung sehr viele Handhaben für eine Obstruktion bietet, so hat er sehr richtig hinzugefügt, daß das nur theoretisch möglich ist. Die praktische Möglichkeit entsteht immer erst dann, wenn das Recht gebrochen ist. Es fällt mir, wie gesagt, nicht ein, über den Ausgleich zu prophezeien. Ich glaube, es wäre Torheit, uns heute zu binden, ob wir die Obstruktion machen oder unterlassen sollen. Man kann schwer prophezeien, was die anderen machen werden, aber fast noch schwerer, was man selbst machen wird*).

Das System Körber.

Schlußwort zur Parteitaktik. — Parteitag 1902**).

Es ist ja begreiflich, daß jede Stimmung eine Form annimmt, die sehr gern etwas Konkretes sein möchte, auch wenn es nicht ge-

*) Im zweiten Teil des Referats beschäftigt sich Adler mit der Taktik gegenüber den bürgerlichen Parteien. Man findet diese Ausführungen unter dem Titel „Nach zwei Fronten“.

**) Der Anfang dieser Rede ist unter dem Titel „Der Zusammenbruch der Schwindelparteien“ abgedruckt.

lingt. Deshalb muß ich auf einige Ausführungen zurückkommen. Die, wenn auch nicht bedeutendste, aber doch heftigste Rede war

Um das folgende zu verstehen, müssen zu den früheren noch einige Bemerkungen, vornehmlich über die Regierung Körber gemacht werden.

Trotz dem Protest der Arbeiterschaft hat Körber am 28. März 1900 die Luegersche Gemeindewahlordnung sanktionieren lassen, die statt des von Lueger versprochenen allgemeinen Wahlrechts bloß einen Wahlkörper des allgemeinen Wahlrechts mit dreijähriger Selbsthaftigkeit und mit zwanzig Mandaten (in jedem der damaligen zwanzig Bezirke ein einziges Mandat) schuf und der den drei privilegierten Steuerwahlkörpern mit 132 Mandaten angegliedert wurde; in diesem war überdies die Einkommensteuer entrechtet, da für die Einkommensteuer ein höherer Zensus bestimmt wurde als für die Erwerbsteuer, weshalb die Arbeiter diese Wahlordnung mit Recht als Wahlrechtsraub bezeichneten.

Am 1. Februar 1902 waren 648 Seeleute, darunter 200 Heizer, beim österreichischen Lloyd in Triest in Streik getreten, und als bekannt wurde, daß die Kriegsmarine dreißig Heizer als Streikbrecher gestellt hatte, wurde am 12. Februar der Generalstreik proklamiert. Am 14. kam es zu einem Zusammenstoß mit dem Militär. Sieben Arbeiter wurden getötet, fünfzehn schwer, viele leicht verletzt; am nächsten Tag wurden wieder drei Arbeiter getötet, mehrere verletzt. Von der erbitterten Menge wurde ein Sicherheitswachmann getötet und einige Wachleute und Soldaten verwundet. Die Folge der Entrüstung, die dieses Blutvergießen in ganz Österreich erregte, war, daß der Streik noch am 15. Februar zugunsten der Streikenden beendet wurde. Im Parlament interpellierten die Abgeordneten Ellenbogen und Pernerstorfer und beantragten, den Ausnahmezustand und das Standrecht, die über Triest verhängt worden waren, sofort aufzuheben und den schuldigen Statthalter Grafen Zeno Goßb abzusetzen. Körber verteidigte das Militär, indem er einen Bericht verlas, wonach das Militär angegriffen worden sei, erklärte aber, die Exzesse seien nicht von Streikenden, sondern von anderen Elementen verübt worden.

Der Dringlichkeitsantrag wurde zwar abgelehnt und die Ausnahmeverordnung gebilligt, aber am 6. April wurde der Ausnahmezustand aufgehoben.

Am 2. Juni 1902 kam es auch in Lemberg zu Schießereien. Streikende Bauarbeiter waren bei einer Demonstration in Konflikt mit einer zufällig vorübermarschierenden Militärabteilung gekommen. Husaren, die herbeigezogen wurden, richteten ein Blutbad unter der Menge an. 23 Personen wurden verletzt und drei von diesen starben an den Verletzungen. Daszynski und Pernerstorfer brachten Dringlichkeitsanträge ein, die verlangten, daß der Statthalter von Galizien Graf Pininski und die schuldigen Beamten zur Verantwortung gezogen werden. Körber versprach in berücksichtigungswerten Fällen Unterstützung für die Familien der Getöteten. (Siehe Deutsch, Seite 268 f.)

Die Partei leitete einen Petitionssturm für die Alters- und Invaliditätsversicherung ein, der von den Gewerkschaften mit größter Kraft unterstützt wurde. So konnte dann am 22. Oktober 1902 die sozialdemokratische Fraktion dem Parlament 1397 Petitionen mit 595.995 Unterschriften überreichen; außerdem wurden Petitionen von 1228 Gemeindevertretungen und 1145 Arbeitervereinen vorgelegt. Im Jahre 1904, kurz vor seinem Rücktritt, hat Körber ein „Programm für die Reform

die des Genossen Dr. Stark*). Wir sind ja von ihm manches gewöhnt und hoffen noch auf manchem Parteitag seine mahnende Prophetenstimme zu hören. Diesmal hat er sein eigenes Maß aber überschritten. Er sagte: Die Genossen in Westböhmen, merken Sie wohl, die Genossen in Westböhmen haben den Eindruck, daß der Parteivorstand von konnivtem Opportunismus geleitet werde. Ich bin überzeugt, daß eine Reihe von ebenso wertvollen Genossen, wie Dr. Stark, gar nicht wissen, was sie unter „konnivtem Opportunismus“ verstehen sollen. (Zustimmung.) Dieser konnivate Opportunismus entspringt aber, das ist Dr. Starks zweiter Vorwurf, gar nicht unserer Überzeugung. Wenn mir jemand sagt, daß ich gegen meine Überzeugung etwas tue, so rede ich nicht weiter mit ihm, vorausgesetzt, daß der betreffende weiß, was er redet. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß Genosse Stark nicht gewußt hat, was er redet. Wir sollen aus Gründen der niederösterreichischen Landtagspolitik so konnivent opportunistisch sein. Da ich der einzige Landtagspolitiker bin, so habe ich schon gemeint, daß ich allein mich der Konnivenz und des Opportunismus schuldig gemacht habe. (Heiterkeit.) Es zeigte sich dann, daß Dr. Stark niederösterreichische Landtagspolitik meinte. Ein Redner soll sich bei seinen Angriffen doch etwas vorstellen! Was sollen sich aber die angeblichen Genossen aus Westböhmen vorstellen, wenn von einer angeblichen Wahlpolitik die Rede ist? Was sollen wir denn von der Regierung wollen? Was denn? (Stark: Das habe ich ja gesagt!) Kein Mensch hat das entnehmen können. Wie Herr v. Körber mit den Christlichsozialen steht, das weiß jeder. Er hat beim Beginn seiner Tätigkeit dem Lueger einen Dienst erwiesen, der ihm nicht vergessen wird. Die Regierung bringt dieser Partei genau soviel Wohlwollen entgegen, als sie Einfluß und Macht hat. Wir haben allerdings dazu beigetragen, daß die Regierung es heute weniger notwendig hat, aufs Augenzwinkern des Lueger so großen Wert zu legen, wie das noch vor zwei Jahren der Fall war. Wenn der Stark meint, daß das niederösterreichische Landespolitik ist, so kennt er die Dinge nicht oder er ist ein sehr kurzsichtiger Mann. Ich will nicht davon reden, daß die Bevölkerung von Wien auf die Stimmung der hohen und Hofkreise einen größeren Einfluß hat als die Lokalorganisation von Karlsbad. Es wäre zum Beispiel nicht nur für Wien und Niederösterreich sehr fatal, wenn statt des

und den Ausbau der Arbeiterversicherung“ veröffentlicht, das die Invaliditäts- und Altersversicherung bezweckte.

Am 11. Juni 1902 hatte Körber den Entwurf des Preßgesetzes vorgelegt, den er schon in der Thronrede angekündigt hatte. Diesen Entwurf hatten die Sozialdemokraten urgiert. Ein Dringlichkeitsantrag Rieger, der der Regierung eine Frist von acht Tagen zur Vorlage des versprochenen Preßgesetzes stellen wollte, wurde am 28. Februar 1902 von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

*) Dr. Hugo Stark, Arzt in Karlsbad. Sein Hauptvorwurf ging dahin, daß die Partei, damit Körber eine bessere Wahlreform für den niederösterreichischen Landtag mache, ihm gegenüber so konnivent sei.

konniventen opportunistischen Herrn Hartel der sehr unkonnivente radikale Liechtenstein Unterrichtsminister wäre, und diese Aussicht war nicht gar so entfernt. Die Christlichsozialen unterscheiden sich in einigen Punkten doch noch von den nationalen Parteien. Die Deutschnationalen treiben wenigstens Antiklerikalismus, sie treiben auch politischen Radikalismus; mit welchem Ernst, wie widersprechend ihre Handlungen zu ihren Worten sind, das ist eine andere Frage. Aber es gibt doch kein in deutscher Sprache geschriebenes Blatt, das, wie das Wiener „Deutsche Volksblatt“*, Beifall geklatscht hat, als man in Triest auf Arbeiter geschossen hat. Die ganze reaktionäre Kanaille von Österreich hat dort in Wien ihren Kopf und Mittelpunkt! (Beifall und Händeklatschen.) Die alten Jellacic-Patrioten, das sind die Ahnen der Lueger und Konsorten! Das Schändlichste ist, daß sich dieses Volk offen mit seiner Niedertracht brüstet. (Beifall.) Vielleicht sind das alles doch noch andere Sachen, als man sich in Karlsbad träumen läßt.

Diese Sachen, die Stark vorbringt, sind viel zu „gebildet“ (Heiterkeit), viel zu gesucht, als daß es Gedanken wären, die wirklich von den Massen, auch in Westböhmen gedacht werden können. Die Proletarier sind viel gescheiter als Sie, Genosse Stark! (Lebhafter Beifall.) Stark sagte auch, wir sind nicht in der Lage, auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren, was wollen wir denn tun? Ich werde es Ihnen sagen, Genosse Stark: Sich auf die Hosen setzen und etwas lernen. (Heiterkeit und Beifall.) Ich würde ihn nicht auf den Tisch des Saales legen, wenn ich nicht wüßte, daß es sich hier um eine kleine Seuche handelt, um eine lokale Krankheit. Stark sagte auch: Die Genossen verlieren den Glauben an den Parlamentarismus. Ja, wenn Sie diesen Aberglauben haben, so soll er Ihnen untergraben werden! Wir haben diesen Aberglauben nicht, wir überschätzen den Parlamentarismus nicht, und nicht, was ein einzelner Abgeordneter, eine Gruppe, ja eine Majorität leisten kann. Selbst im besten Falle, was würde uns ein Parlament, das dem Kulturzustand Österreichs entspricht, sein? Glauben Sie, daß wir mit dieser photographischen Verkleinerung Österreichs zufrieden sein könnten? Ich bezweifle, daß uns das schmecken würde. Es ist freilich schwer: Erstens wünschen wir dieses Parlament beseitigt und ein Volkshaus auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, wir wünschen also den Ruin des Parlaments. Zweitens aber können wir es nicht entbehren, nicht nur die Partei im ganzen nicht, sondern jede Organisation nicht. So schlecht und elend es ist, so ist es doch der einzige Schutz, den wir haben. Hier kann die Arbeiterschaft ihren ganzen Einfluß am konzentriertesten zur Geltung bringen. Sie dürfen eben nicht nur fragen: Was geschieht heute in Österreich? sondern

*) Das „Deutsche Volksblatt“ war zwar Privateigentum von Ernst Vergani, der es 1889 noch als halb deutschnationales Blatt gegründet hatte, aber es war dann, obwohl schon seit 1894 die „Reichspost“ erschien, doch allgemein als das christlichsoziale Parteiorgan angesehen.

auch: Was geschieht nicht? Ich habe mir gestern nachts bei der Stromfahrt gedacht, wenn viele unserer Genossen, die in den letzten zwanzig Jahren gestorben sind, gesehen hätten, was für Dinge uns in der einst besonders strengen Bezirkshauptmannschaft Aussig gestattet werden: Fahrten zu Schiff, Bergfeuer, Lampions (Heiterkeit), die armen Genossen von damals hätten das gar nicht geglaubt. Ich hätte etwas darum gegeben, wenn sie es hätten sehen können. (Beifall und Händeklatschen.) Unsere modernen Minister, selbst wenn sie sezessionistische Krawatten tragen, sind noch reaktionär genug. Ja, hat denn, Genosse Stark, irgend jemand den Körper für einen Vertreter der besitzlosen Klassen gehalten? (Sehr richtig.) Frühere Minister haben bei Anlässen wie Triest einfach gesagt: „Es ist nicht genug geschossen worden.“ Körber sagt: „Zum Teufel, es ist schon wieder geschossen worden.“ Das ist alles, und zu diesem bißchen Erleuchtung haben wir redlich mitgeholfen. Wir beeinflussen heute die öffentliche Meinung — ich scheue mich nicht, es zu sagen — in weit höherem Grade noch, als es der Zahl der Sozialdemokraten entspricht. Wenn Sie glauben, daß unsere Aufgabe im Ministerstürzen besteht, dann sind wir allerdings schlechte Politiker. Im Ministerstürzen sehen wir nicht immer Erfolge, weil die Änderung von Namen sehr selten die Änderung von Systemen bedeutet, und nicht einmal amüsant ist diese Beschäftigung. Übrigens ist es auch ein schlechtes Geschäft, sich einer Sache zu rühmen, die man gar nicht zusammenbringt. Wir haben eine Regierung, die etwas weniger konfisziert, die etwas weniger einsperrt, etwas mehr freie Luft läßt als früher. Ich muß Ihnen sagen, ich wünsche das nicht zu ändern. Damit ist gar kein Vertrauensvotum für Körber ausgedrückt. Ich werde übrigens darüber noch sprechen.

Was sagte Brod? Sein Antrag ist leider verschwunden*), er sollte besagen, daß wir nicht vergessen dürfen, daß unsere Abgeordneten von Arbeitern gewählt sind, daß das soziale Elend noch nicht beseitigt ist und dergleichen. Wenn Brod das für unumgänglich notwendig hält, so brauchte er deshalb noch nicht zum Parteitag damit zu kommen, er kann sich beim Eingang des Parlaments aufstellen und den vorbeikommenden Abgeordneten wieder ins Gedächtnis rufen, woher sie kommen und was sie sollen. (Heiterkeit.) Wenn die Abgeordneten sich all das übrigens bis heute nicht gemerkt haben, so werden sie sich es wohl überhaupt nie merken.

*) Brod, der als Redakteur des „Arbeiterschutzes“, des Organs der Krankenkassen, auf dem Parteitag war, hatte beantragt:

Die Parteileitung wird aufgefordert, in ihrer Taktik immer dessen eingedenk zu sein, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann und daß alle bürgerlichen Parteien gegen uns Reaktionäre sind. Kompromisse mit bürgerlichen Parteien, durch die unsere Partei nur kompromittiert werden kann, sollen tunlichst vermieden werden.

Der Parteitag hatte beschlossen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

(Heiterkeit.) Auch den Parteivorstand hat Brod ermahnt. Aber da muß ich schon sagen: Entweder haben wir es bis jetzt gut getrieben, dann ist seine Einschärfung überflüssig; haben wir aber nicht so gehandelt, warum haben Sie uns dann wiedergewählt? Ein Parteivorstand, der dieses Rückgrat unserer Anschauungen, diesen Kernpunkt unseres Kampfes nicht vor Augen hätte, dem würde ich auf dem Parteitag nicht erst Instruktionen geben. Ich würde ihn einfach nicht wieder wählen lassen. Brod aber legt dem Vorstand nur eine überflüssige Resolution als Umschlag um, das soll uns kurieren. Sind wir im Parteivorstand schlechte Sozialdemokraten, dann fort mit uns, oder wir sind gute Sozialdemokraten, dann brauchen wir diese Schulmeisterei nicht. (Beifall. Schuchmeier: Das nützen nur die gegnerischen Blätter aus.) Nein, die haben noch schlechtere Mitarbeiter als den Brod. (Heiterkeit.) Am Parteitag brauchen wir auf gegnerische Blätter keine Rücksicht zu nehmen. Was die sagen, darf uns nicht kümmern. Sie werden morgen schreiben: „Selbst der Genosse Stark hat von Opportunismus gesprochen“, und „Sogar Genosse Brod hat erkannt, daß sich die Sozialdemokraten mit der Regierung gegen die Christlichsozialen verbünden“ usw. usw. Wäre das nicht gewesen, so hätten sie ein anderes Haar gefunden und von der Herde, die ein paar Hammel führen, geredet.

Ein Lichtpunkt war die Rede Huebers. Er hat uns unser nächstes Arbeitspensum vor Augen geführt: die Sicherung des Koalitionsrechtes, der Preßreform, der Alters- und Invaliditätsversicherung. Wir können überzeugt sein, daß wir in der Lage sein werden, positive Erfolge zu erzielen. Was die Preßreform betrifft, so sind wir so weit, einen Entwurf zu haben, der das objektive Verfahren verwirft und die Freigebung der Kolportage herstellt. Das ist denn doch der Beweis, daß wir in Österreich etwas durchsetzen können, denn die anderen Parteien haben für die Preßreform von jeher keinen Finger gerührt. Was das Koalitionsrecht betrifft, so ist unsere Aufgabe eine zweifache. Die Auslegung des Gesetzes ist eine solche, daß unsere Gewerkschaften aufs schwerste geschädigt würden. Deshalb müssen wir eine gesetzliche Änderung hervorrufen. Das ist aber nur die Hälfte der Sache. Das zweite ist von der Gewerkschaftsbewegung und der Parteipresse zu tun. Bei uns in Österreich haben sich die Unternehmer später organisiert als die Arbeiter. Sie haben natürlich nicht die Hindernisse der Arbeiter zu überwinden gehabt. Wir stehen einem einflußreichen Klüngel gegenüber, der sich gerade auf den Hintertreppen breitmacht, der auch seine eigene Presse hat. Die bürgerliche Tagespresse traut sich nicht direkt arbeiterfeindlich zu sein, wenigstens nicht in Wien, weniger in der Provinz. Wir Sozialdemokraten machen nämlich ein wenig die politische Mode. Starke Kämpfe in der Presse, Kämpfe an allen Gerichtsstellen stehen uns da bevor. Wir müssen eben auch die Anschauungen unserer Bürokraten so beeinflussen, daß eine gesetzliche Regelung den Boden schon vorbereitet findet. Zuweilen wird

in den Gerichten schon etwas vernünftiger geurteilt als früher. Wir haben nicht nur die Bezirkshauptleute erzogen, sondern auch manchen Richter in vielem aufgeklärt.

Mit der Alters- und Invaliditätsversicherung steht es vielleicht am schlimmsten, darum, weil die Sache eine Geldsache ist.

Das Ministerium Körber möchte gern populär, es möchte sogar recht gern modern sein, aber es hat in entscheidenden Punkten keinen Mut, vielleicht auch nicht die Macht. Das ist für mich ein sehr geringer Milderungsgrund; wenn ein Minister nicht die Macht hat, dann soll er eben gehen. (Zustimmung.) Das lassen wir als Entschuldigung nicht gelten. Es ist übrigens nicht richtig, daß die Macht des Ministeriums eine gar so geringe ist. Vielleicht war es nicht in der Lage, die Kanonenforderung*) abzulehnen, weil das gegenüber dem Kriegsminister der entscheidende Punkt ist. Das aber mußte möglich sein, daß nach diesen militärischen Forderungen die anderen Forderungen, die weniger Geld kosten, auch erfüllt werden. Vor allem die Alters- und Invaliditätsversicherung. Diese Macht mußte die Regierung haben. Die Regierung Körber ist zwar eine relativ vernünftige für Österreich, aber sie ist doch nicht einmal das, was sie auch in Österreich sein könnte! Körber kann nicht verhindern, daß das Parlament nur von heute auf morgen lebt. Ihm fehlt der Mut, die nationalen Fragen wirklich an der Wurzel anzupacken. Seine Kunst besteht nur im Hinausschieben und Vertrösten. Es liegt im Zuge unserer Gedankengänge, daß die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund stehen und die nationalen Fragen in den Hintergrund treten. Wir wünschen aber, daß diese Fragen endgültig durch eine vernünftige Regelung gelöst werden, weil sonst jede solide Arbeit fortwährend gefährdet ist. Das Bett des nationalen Wildbaches muß reguliert werden, damit wir nicht morgen wieder eine Überraschung erleben. Hinausschieben ist ein Zeichen von Geschicklichkeit, aber nicht das Zeichen eines Staatsmannes. Ein Staatsmann muß auch etwas wagen! Körber hat nur wenig staatsmännische Momente gehabt, und zwar damals, als er sagte, es sei nötig, die Grundlage des Parlaments zu ändern. Nicht, wenn ihm die Fortfrettereie gelingt,

*) In das gemeinsame Budget war im April 1902 ein Betrag von 38 Millionen Kronen für die Aufstellung von Haubitzen divisionen und zur Reorganisierung der Gebirgsartillerie als erste Rate für die Umgestaltung des gesamten Artilleriebestandes eingestellt, dessen Gesamtkosten vorläufig mit 200 Millionen präliminiert waren. Daszynski verlangte in einem Dringlichkeitsantrag, daß sich die Regierung wegen ihrer Zustimmung zu dieser Belastung der Bevölkerung rechtfertige, worauf der Finanzminister Böhm-Bawerk, allerdings erst nach Ablehnung des Antrages, am 15. Mai erklärte, die Regierung werde die auf Österreich entfallende Quote von 25 Millionen durch eine tilgbare Anleihe aufbringen.

Im Jahre 1903 wurden übrigens als zweite Rate 15 Millionen für neue Geschütze bewilligt, im Jahre 1904 kam dann das große Anschaffungsprogramm für Armee und Marine mit 391 Millionen.

Dr. Adler war, wie an anderer Stelle erwähnt wird, am 2. Juli 1901 zum niederösterreichischen Landtagsabgeordneten gewählt worden.

ist Körper ein Staatsmann, sondern wenn er an der Situation verzweifelt. Aber wir müssen fürchten, daß er das Gespenst nur an die Wand malt und nicht weiß, daß diese gründliche Änderung eine politische Notwendigkeit für Österreich ist.

Wir haben also keine Ursache, uns mit der Regierung auf einen anderen Fuß zu stellen als zu sagen: So gut wie die früheren ist sie mindestens auch noch. Wir haben aber nicht den geringsten Grund, sie als eine Regierung anzusehen, der gegenüber wir einen Moment lang die Waffen ruhen lassen sollen. Das ist ganz klar seit den Triester Vorgängen. Ich meine das nicht wegen der Flintenschüsse, die fielen. Selbstverständlich ist der Minister verantwortlich für seine Beamten. Er mußte zur Verantwortung gezogen werden. Wir haben die Überzeugung, daß in Triest nicht geschossen worden wäre, wenn es vom Ministerium abgehängt hätte. Aber daß er wie ein alter, echt österreichischer, verzopfter Bürokrat diese Leute in Schutz nahm und die Lügen seiner Beamten vorbrachte, damit hat er die Blutschuld auf sich genommen, von der er früher vielleicht frei war. Ein pflichtbewußter Minister hätte sofort einen vernünftigen Menschen mit ordentlichen Instruktionen hinuntergeschickt. Vielleicht hat er damals mit Deutschnationalen verhandelt oder die Klopäčianer beruhigen müssen. Wenn der Statthalter von Triest oder der Polizeidirektor am Tage, nachdem geschossen wurde, sofort abgesetzt worden wäre, so hätte das für Österreich mehr Bedeutung gehabt als die schönsten modernen Redensarten. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hätte man sagen können: Dieses Blut in Triest ist nicht umsonst geflossen, es hat einen Fortschritt bewirkt. Es ist der Vorwurf gemacht worden, wir hätten nicht genug gegen den Körper getan. Ich hätte den Genossen gewünscht zu sehen — im allgemeinen ist das Zuschauen im Parlament gewöhnlich eine sehr langweilige Sache —, wie einer unserer Abgeordneten nach dem anderen die Regierung mit Ruten gezüchtigt hat, so daß ihr die Schamröte ins Gesicht gestiegen ist. Was können wir mehr tun? Die Toten lebendig machen, das können wir nicht. Sie werden doch nicht glauben, daß der Körper durch seine Reden, während die Flinten noch rauchten, seine Stellung nach oben durch diese Tiraden verschlechtert hat? In der Bevölkerung hat er verloren, in den Hofkreisen, die ihn immer als verdächtigen Bürgerlichen hinstellen wollen, hat er dadurch gewonnen, daß er zeigte, daß er sich auf den Säbel stützen kann. Daß wir diese Demaskierung erzwungen haben, auch das ist unser Verdienst! Es ist gut, daß man jetzt weiß, wieweit man einem sogenannten modernen Minister trauen darf. Mehr hätte man nicht tun können. Der einzige Erfolg ist, daß man es sich immer mehr überlegen wird, gegen die Arbeiterschaft mit dem Säbel loszugehen. (Widholz*): Der Ausnahmezustand ist ja auch bald aufgehoben worden!) Er war auch bloß eine Formalität. Das war mit

*) Laurenz Widholz, der Organisator der Wiener Tischler, Obmann des Wiener Krankenkassenverbandes, später Abgeordneter und Nationalrat in Wien.

eine Folge der Tätigkeit der Fraktion. Wir sind jetzt weniger den Exzessen der Unvernunft und Brutalität ausgesetzt wie bisher. Daraus folgt für uns, daß wir der Regierung Körper gegenüber in schärfster Opposition stehen, daß wir aber sie doch für fähig halten, einige der Notwendigkeiten in Österreich zu erfüllen. Sie dahin zu treiben, das ist unsere Aufgabe. Wir haben keinen Anlaß, eine Regierung wegfegen zu wollen, die die Preßreform machen will. Wir müssen aber die drohendste Stellung gegen sie einnehmen, wenn sie diese Reform verschleppen oder gar begraben will. (Beifall.)

Eckel am Staat.

Debatte über die parlamentarische Tätigkeit. —
Parteitag 1903.

In der ganzen Diskussion wurde immer so gesprochen, als hätten wir eine Fraktion wie andere Länder, als hätten wir ein Parlament wie andere Länder, als wäre Österreich überhaupt ein Land wie andere Länder. Aber das ist nicht so. Man braucht sich ja nur zum Bewußtsein zu bringen, daß die Verhältnisse, in denen wir leben, durchaus abnormale sind, daß wir alle erdrückt werden durch die täglich an uns nagende Verzweiflung über den Staat oder das staatenähnliche Gebilde, in dem wir leben, daß wir auf Schritt und Tritt von der Unfähigkeit, zu arbeiten, bedroht werden, weil wir in einer Luft leben müssen, in der man nicht atmen kann, weil die Luft für die Entwicklung des Proletariats fehlt, und zwar in einem Maße fehlt, daß es geradezu bewundernswert ist, daß das österreichische Proletariat trotzdem vorwärtsschreitet. (Beifall.) Unsere Abgeordneten müssen ihre Arbeit in einem Parlament verrichten, dessen Boden jeden Moment in Frage steht, in einem Parlament, wo nichts sicher ist als die absolute Frivolität, der absolute Mangel an Gefühl für die Gesamtheit, die absolute Feindseligkeit aller Parteien gegen das gemeinsame Ganze. Und da muß ich mich mit wenigen Worten mit Genossen Austerlitz auseinandersetzen. Austerlitz hat diesen Punkt auch berührt und er hat gesagt: Man muß sich entscheiden, entweder wir erwarten von diesem Parlament etwas, dann wollen wir es halten, oder wir sehen — und das nennt er die grundlegende Änderung, die sich in uns vollzogen hat —, das Parlament ist nicht mehr zu halten, dann müssen wir jeden Schlag, der es trifft, mit unseren Wünschen begleiten. Ja, wenn man sich nur so entscheiden könnte, und Austerlitz kann es ja selbst nicht. Jeder von uns ist überzeugt, daß das Parlament nicht leben kann, und jeder von uns steht früh auf und sieht zu seinem größten Entsetzen: das Luder lebt noch immer. (Heiterkeit.) Und mit dieser Tatsache ist trotz unserer Erkenntnis die Notwendigkeit gegeben, daß wir auf diesem Boden, den wir selbst zerstören wollen und den wir für nicht existenzberechtigt ansehen, unsere tägliche Arbeit verrichten müssen.

Aus diesem Gegensatz entspringt eigentlich die Stimmung, die uns alle — nicht nur Winarsky — erfaßt hat. Es besteht eine weitgehende Unzufriedenheit mit dem Parlament und mit der parlamentarischen Arbeit unserer Genossen, das leugne ich gar nicht. Aber diese Unzufriedenheit tritt nirgends so klar zutage wie bei unseren Abgeordneten selbst, die das in der Nähe sehen, die ganz durchdrungen sind von diesem immanenten Widerspruch, vor dem sich jeder Österreicher, der in Österreich tätig sein will, befinden muß. Wir alle können nur mit Eckel unsere Arbeit verrichten. Aber wir sind verdammt dazu, sie trotzdem zu verrichten. Aber das ist noch nicht alles. Wenn man den Vorwurf erhebt, unsere Genossen haben das Parlament noch immer nicht demoliert und sie haben sich an irgendeiner Komödie nicht beteiligt, die einer Demolierung ähnlich sieht: vergessen Sie nicht, daß dieselben Parteien, die die Komödie der Demolierung aufführen, diejenigen sind, die am festesten an diesem Parlament und an seinen Privilegien halten. Für uns steht die Sache ganz anders. Wir werden Österreich in seinem Laufe zum Untergang nicht aufhalten. Aber während sich diese Entwicklung vollzieht, müssen wir für die Arbeiterschaft auf Schritt und Tritt das vollbringen, was sie täglich für sich braucht. Darum hat für uns neben den großen Zielen, dem Endziel unserer Partei, die weitaus größte Bedeutung das unmittelbar für den Tag Notwendige, das, was ich die allernächsten Ziele nennen möchte.

Winarsky selbst hat den Vorwurf, daß unsere Abgeordneten auf die Verwaltung keinen Einfluß nehmen, durch den Verkehr mit den Ministern abgewehrt. Man kann auch da verschiedener Meinung sein, ob das das einzig Mögliche ist, aber im großen ganzen steht die Sache so, daß in Österreich das Parlament auf die Verwaltung nur sehr wenig direkten Einfluß hat. Sollen wir allen anderen Parteien den Einfluß auf die Verwaltung, der im mündlichen Verkehr mit den Ministern besteht, erlauben, sollen wir ihnen erlauben, ihre Argumente den Ministern vorzubringen, nur unseren Abgeordneten nicht, so würden wir durchaus nicht im Interesse der Arbeiterklasse handeln. Es wäre falsch, eine trotzig gebaute Gebärde zur Schau zu tragen, mit den Ministern nicht zu sprechen und dafür zum Beispiel nicht zu erreichen, daß ein ungeschickter oder vielleicht ein allzu geschickter Ministerialerlaß, der unsere Gewerkschaften bedroht, auf kurzem Wege zurückgezogen wird. Gewiß wäre es nicht gut, wenn unsere Abgeordneten zu den Ministern kämen als Personen oder als Mitglieder einer zehngliedrigen Fraktion. Aber unsere Abgeordneten kommen, wie alle Welt weiß, als Sprecher von Hunderttausenden, die hinter ihnen stehen, und darum können sie auch an dem Orte, wo es notwendig ist, ihr Gewicht voll einsetzen. Ich bitte sie, das auch ferner zu tun, wo es notwendig ist, und ich bin überzeugt, man wird es ihnen nicht als falschen Opportunismus auslegen.

Es wäre noch wichtig, unseren Abgeordneten zu sagen, was wir in der nächsten Session von ihnen wünschen. Aber von dieser

Session, die in acht Tagen beginnen wird, wissen wir gar nichts, als daß auf der ersten Tagesordnung einige ganz unerhebliche Dinge stehen. Ob und wann es in diesem Hause zu einer sachlichen Arbeit kommen wird, das wissen nicht nur die Abgeordneten nicht, das wissen auch nicht wir Delegierten, die natürlich viel gescheiter sind als die Abgeordneten. (Heiterkeit.) Also für die Zukunft läßt sich keine Vorschrift machen. Wir erwarten, daß unsere Abgeordneten, wie bisher, nicht nur vom echten sozialdemokratischen Geist geleitet sein werden, sondern auch von der kühlen Erwägung der Tatsachen und von der genauen Kenntnis dieses Landes. Österreich will österreichisch behandelt werden, das haben unsere Abgeordneten bisher getan und werden es hoffentlich auch weiter tun. (Lebhafter Beifall.)

Wenn Österreich verfault.

Debatte über den Fraktionsbericht. — Parteitag in Salzburg 1904.

Genossin Schlesinger*) war so grausam, zu verlangen, daß wir ihr klar angeben, was wir tun sollen, und sie hat die Grausamkeit so weit getrieben, so verlangen, daß wir sofort angeben, was wir uns unter diesen so leidenschaftlich begehrten Aktionen vorstellen. Selbstverständlich hängt die Debatte zusammen mit jener Debatte, die wir beim vorigen Punkte hatten. Wir sollen zwar vom Parlament reden, da wir aber keines haben, ist es selbstverständlich, daß man von den Dingen außerhalb des Parlaments spricht. Deshalb bin ich der Debatte gefolgt und habe gewartet, ob

*) Fast das ganze Jahr 1903 war von der Obstruktion der Tschechen ausgefüllt. Nur die Rekrutenvorlage ließen sie durch. Das Parlament war immer nur kurze Zeit versammelt, aber es kam zu keiner Arbeit. Die Sitzungen waren mit der Verlesung des Einlaufes oder mit Krawallen ausgefüllt. Wenn dann die Komödie eine Zeitlang gedauert hatte, wurde das Parlament weggeschickt und Herr v. Körber bewilligte sich die Gesetze, die er brauchte, mit dem § 14. So war es auch in der Märzsession 1904 und in der zweiten Frühjahrssession, die vom 19. April bis 10. Mai 1904 dauerte. Als am 22. April die Delegationswahl in einer, wie Pernerstorfer feststellte, nicht geschäftsordnungsmäßigen Weise vorgenommen wurde — der Präsident verweigerte die Verlesung des Einlaufes —, machten die Tschechischradikalen einen Riesenkrawall. So wurde die Delegation gewählt, die dann der Bevölkerung die Militärlasten von nahezu 400 Millionen Kronen auferlegte.

Auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokraten, der vom 16. bis 29. September stattfand, erstattete Eldersch den parlamentarischen Bericht. Er faßte seine Ausführungen in die Worte zusammen, man könne den Zustand des Parlaments mit der Bezeichnung erschöpfend darstellen: es krepirt.

In der Debatte sprach Therese Schlesinger, die nachmalige Bundesrätin. Gleich nach ihr kam Adler zu Wort.

wir nicht endlich einen Fingerzeig für das haben könnten, was zu finden wir in der Parteileitung uns fortwährend den Kopf zerbrochen haben. Es liegt in der Bitterkeit der Situation, daß man etwas Humor bekommt, wenn es auch nur Galgenhumor wäre. Täuschen wir uns doch nicht. Wir können niemand anderen täuschen und uns selbst zu täuschen wäre ein Verbrechen an uns selbst. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Situation, in der heute Österreich ist, durch eine Aktion des Parlaments allein, mag sie noch so energisch sein, nicht geändert werden kann. Wir müssen uns doch endlich darüber klar werden und wir sind uns doch klar — wir haben nur oft nicht den Mut, es uns einzugestehen, weil wir von der verrückten Einbildung ausgehen, als ob wir gelähmt wären und uns selbst bankrott erklären würden — es ist wahr, die Geschicke Österreichs zu lenken und Österreich vernünftig zu machen, dazu sind wir Sozialdemokraten außerstande. Wir können es nicht und wenn wir uns zerreißten und Aktionen phantastischer Art mit dem größten Aufwand von Hingebung, Leidenschaft und Intelligenz ausführen würden, wir können aus diesem Staatengebilde nicht durch eine Aktion etwas Vernünftiges machen. Aus diesem Gefühl der Unmöglichkeit, diesen Staat auf normale Verhältnisse zu bringen, aus dem Gefühl des fruchtlosen Ankämpfens gegen ein Verhängnis, gegenüber dem wir augenblicklich machtlos sind, entspringt alle die Unzufriedenheit, die sich bald nach oben, bald nach unten richtet, die sich bald darin äußert. daß man sagt: „Die Leute, die an der Spitze stehen, tun nichts!“ bald darin, daß man sagt: „Die Masse ist stumpf und nicht in Bewegung zu setzen.“ Das ist in solchen Lagen immer so, wo man eben das, was man am sehnlichsten wünscht, nicht durchsetzen kann.

Es ist so, daß wir uns einrichten müssen, in unserem ganzen Gedankengang, in unserer Organisation, in unserer Politik, daß wir auf einige Zeit diesen Zustand der permanenten chronischen Krise mit allen Fäulniserscheinungen, die damit zusammenhängen, über uns ergehen lassen müssen, anstatt die vergeblichen Versuche zu machen, verzichten müssen, Österreich, das von Hirnlosen beherrscht wird, von Staatsmännern, die noch viel feiger sind, als sie borniert sind, dieses Österreich in Ordnung zu bringen, und unsere ganze Arbeit darauf hinlenken müssen, wo wir Macht und Einfluß haben, wo wir etwas leisten können: das ist das Proletariat selbst. Immer wieder sage ich Ihnen: Österreich gesund machen können wir nicht, aber das Proletariat lebendig erhalten, es aufklären, es weiterbringen, es erziehen, das können wir, das müssen wir.

Eldersch hat in seiner Antwort auf einen Zwischenruf den Generalstreik gestreift. Ich will darauf nicht eingehen. Aber welches Mittel der Aktion Ihre Phantasie ersinnen kann, gegen wen soll es denn gerichtet sein? Von wem verlangen Sie das alles dann? Wer soll die Forderung, die Sie stellen, gewähren? Was ist überhaupt diese Forderung? Eine Neukonstruierung Österreichs! Sie werden

mir zugeben, daß das keine Forderung ist, die von uns mittels einer Aktion durchgeführt werden kann. Wenn es einmal zu dem kritischen Punkte kommen soll, der das unabweisbar macht, wir können ihn nicht herbeiführen. Aber er wird uns bereit finden. Wenn der Augenblick kommt, wo ein sofortiges Eingreifen einen Erfolg herbeiführen kann, dann wird ein jedes derartige Eingreifen von Volksmassen in Österreich selbstverständlich die Sozialdemokraten an der Spitze finden. Aber die Bedingungen dafür herzustellen, das sind wir außerstande und es ist völlig müßig, solchen Träumereien nachzuhängen. Soviel an uns ist, wird die Agitation in den Massen immer dahin geführt werden müssen, daß wir ihnen sagen: Schaut nicht, was die anderen tun, sondern was ihr selbst tut. Geht auf euch selbst zurück! Das ist das einzige, was ihr da machen könnt.

Nun bin ich der letzte, der nicht empfinden würde, wie die allgemeine Stagnation auch für uns schädlich ist, und abgesehen davon, wenn die Stagnation gar nicht so wäre, wäre es gar kein Wunder, wenn eine gewisse Abflauung in unserer Agitation für einige Jahre empfunden werden würde. Alle psychologischen Dinge — auch die Politik ist ja in erster Linie eine Hirnleistung — vollziehen sich in Wellenlinien. Da gibt es Wellenberge; aber auf jeden Wellenberg, auf jeden Hochstand einer Bewegung folgt mit mechanischer Notwendigkeit ein Abflauen, ein Niedergang, der zugleich eine Zeit der Ruhe ist und wieder ein Aufwärtssteigen der Erregung ermöglicht. Eine psychologische Erregung, die fortwährend in die Höhe geht oder die jahrelang auf einem Höhepunkt zu erhalten wäre, gibt es nicht. Nun haben wir in dem Dezennium von 1891 bis 1900 eine fieberhafte, über den Rahmen des Normalen hinausgehende Bewegung, Kraftanstrengung und Erregung in den Massen gehabt, und es ist schon aus diesem Grunde kein Wunder, wenn es da etwas abflaut.

Aber es ist auch notwendig, daß wir nicht nur von der außerparlamentarischen Tätigkeit sprechen, sondern auch ein bißchen, was im Parlament vorgeht, mit ruhigem, objektivem, leidenschaftslosem Blicke beobachten. Das Parlament erregt keine Leidenschaften mehr, höchstens ein Gefühl des Ekels — und das ist kein leidenschaftliches Gefühl —, aber wir dürfen uns davon nicht hindern lassen und wir müssen sehen, was unsere Abgeordneten dort machen. Es ist sehr ungerecht, wie es vielfach geschehen ist, die traurige Situation unserer ganzen Politik, unseres ganzen Staates bewußt oder unbewußt die Abgeordneten entgelten lassen, die ebenso wie die Parteileitung lauter gescheite Leute sind (Heiterkeit), aber doch unfähig, daran etwas zu ändern, und die ihr Äußerstes tun, um in diesem furchtbaren Milieu das Ansehen der Partei und die Interessen des Proletariats zu wahren. Zu unserem parlamentarischen Bericht können wir nur sagen: Unsere Abgeordneten haben unter den schwierigsten, fürchterlichsten Bedingungen, wie sie niemals sozialdemokratischen Abgeordneten

auferlegt waren, reichlich ihre Pflicht mit einer bewundernswerten Ausdauer und Selbstverleugnung getan.

Ich resümiere also: Suchen wir nicht nach traumhaften Mitteln, nicht nach Eingebungen, die uns über Nacht kommen sollen oder von denen wir verlangen, daß sie den Abgeordneten oder der Parteivertretung über Nacht kommen, sondern richten wir uns darauf ein, daß wir einige Zeit in diesen trostlosen Verhältnissen leben müssen. Wir haben nicht nur in Steiermark, sondern auch in Wien und in gar vielen Orten Mährens und Böhmens durchaus Erfolge gerade in dem Sinne der fortschreitenden Organisation, auf die wir nicht nur stolz sein können, sondern die auch zu den besten Hoffnungen berechtigen. Wenn Österreich verfault, die österreichische Arbeiterschaft wird dabei nicht zugrunde gehen. (Lebhafter Beifall.)

*

Winarsky*) hat, wie es bei ihm zu einer Art Spezialität geworden ist, eine ungemein flammende, aufgeregte Rede für irgendeine nicht näher bestimmte Aktion gehalten und er hat gemeint, es müsse etwas geschehen, und er hat die Parteivertretung und damit auch bis zu einem gewissen Grade sich selbst, aber auch die Abgeordneten sehr gerügt, daß sie so tief empfundene und hochgehende Aktionen nicht veranlaßt haben. Nun freue ich mich immer, wenn ich sehe, daß die Masse der Partei nicht der Empfindung der Selbstzufriedenheit verfällt, und nichts würde mir als schlechteres Zeichen gelten, als wenn auch bei uns Zeichen der Versumpfung zu merken wären. Aber wenn man auf dem Parteitag im engsten Kreise von Verantwortlichen so spricht wie Winarsky, dann muß man doch auch wenigstens so entfernt und ungefähr wissen, was man will. Nun gibt es verschiedene Zeichen, durch die man seinen brennenden Wunsch, daß etwas geschehe, andeuten kann und zugleich eine Täuschung darüber erzielen kann, als wüßte man, was man will. Eines der harmlosesten Mittel, um solche Täuschungen zu erzeugen, sind Anträge. Eine Resolution ist noch lange keine Aktion, aber sie ist doch geeignet, manche Leute glauben zu machen, als wüßte man, was man will. Wenn aber Winarsky nicht einmal zu diesem Minimum von Feststellung dessen, was er etwa wollen könnte, kommt, ist das ein sehr bedenkliches Symptom, daß er sehr viel Stimme, aber sehr wenig Vorstellung von dem hat, was er etwa wollen könnte. Anfragen ist sehr hübsch, anklagen immer nützlich, aber für die Partei kommt dabei wenig heraus. Winarsky hat unter anderem selbstverständlich auch mir den schweren Vorwurf gemacht, daß ich den Genossen gesagt habe, sie müßten nicht verzweifeln, daß es heute etwas stiller zugeht. Ich habe auf die physiologische Tatsache, daß auf Erregung immer Beruhigung folgt, hingewiesen. Da hat er nun pathetisch gesagt: Ja, wir befinden uns immer im

*) Nachdem Winarsky und Freundlich gesprochen hatten, erhielt Adler das Schlußwort.

Wellental und wir sind doch eine aufwärtsstrebende Bewegung. Ja wer, wie Winarsky, Bewegung mit Erregung verwechselt, wer glaubt, daß die Partei nur fortschreitet, wenn sie sehr laut schreit, wenn sie aufgeregt ist, der beurteilt unsere Partei sehr schlecht. Von einer immer fortschreitenden Aufregung des Proletariats habe ich nie etwas gehört (Heiterkeit) und nur in den wirrsten Köpfen kann sich unsere Bewegung in dieser Weise malen. Wenn unsere Bewegung und ihr Fortschritt an eine wachsende Aufregung gebunden wären, so müßten unsere Hoffnungen sehr tief gesunken sein, und es ist ein mit dem Charakter und der Geschichte unserer Bewegung im letzten Jahrzehnt verknüpfter, aber durchaus nicht vorteilhafter Irrtum, daß unsere Bewegung nur dann gut geht, wenn sie sehr laut auf den Straßen sich geltend macht. Ich glaube, wir können die Aufregung Winarskys sich selbst überlassen. Sie wird sich beruhigen, sie wird abflauen wie die Erregung im ganzen, um bis zum nächsten Parteitag wieder jenen Höhepunkt in der Wellenlinie erreicht zu haben, die es ihm ermöglicht, auch hier wieder die gewohnte, von uns allen mit Befriedigung, daß er noch immer der Alte ist, entgegengenommene Rede zu halten. (Heiterkeit.)

Freundlich*) war so gütig, entgegen unserer Abmachung und unserem Beschluß uns plötzlich den Generalstreik zu präsentieren. Er hat zwar keinen Antrag gestellt, er hat das Wort nur so hinausgeschmettert. Er hat nur gemeint, wenn er für den Ausgang garantieren könnte, würde er ihn beantragen. Ich schätze Freundlich sehr, er ist ein eifriger, tüchtiger, verlässlicher Genosse, aber ich muß gestehen, ich würde mich, wenn ich einen Beschluß zu fassen hätte, mit seiner Bürgschaft allein nicht begnügen. Er müßte schon eine zweite Unterschrift haben. (Heiterkeit. — Freundlich: Das hat ja Seitz gesagt, nicht ich.) So, das macht nichts. Das ist dasselbe. (Heiterkeit.) Ich meine, alle sachlichen Gründe gelten da ebenso.

Lassen Sie doch dieses Spielen mit den großen Worten, das hier schon gar keinen Zweck hat und auch zu keinem praktischen Erfolg führen kann. Wenn Sie vom Parteitag weggehen mit dem Entschluß, die Sozialdemokratie aktionsfähiger zu machen, nicht nur wenn es um die Rettung Österreichs geht, wenn Sie Ihre ganze Energie in die Reihen des Proletariats hinein richten, haben Sie genug getan. Der Absolutismus ist ja eine Tatsache, aber wir dürfen uns doch nicht einbilden, daß durch uns allein Österreich vom Absolutismus zu retten ist, und müssen es uns versagen, die einzige und wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie darin zu sehen, uns mit dem Staate abzugeben, anstatt, was wichtiger und notwendiger ist und mehr in dem Bereich der Möglichkeit liegt, mit der Arbeiterschaft selbst. (Beifall.)

*) Leo Freundlich, Redakteur der „Volkswacht“ in Mährisch-Schönberg, Delegierter der dortigen Lokalorganisation, war von 1907 bis 1911 auch Abgeordneter; ist später aus der Partei ausgetreten.

Verfassungsrevision.

Referat. — Parteitag in Salzburg 1904.

Die Parteivertretung hat den Punkt „Verfassungsrevision“ auf die Tagesordnung gesetzt*) in der Überzeugung, daß ein Parteitag der Sozialdemokratie in Österreich nicht vorbeigehen kann, ohne daß die Gesamtheit der politischen Verhältnisse, unter denen wir zu leben verurteilt sind, ein Gegenstand seiner Besprechung wäre. Es ist nicht möglich, daß wir einen neuen Zug in dem alten entsetzlichen Bilde entdecken, oder daß wir ein neues Heilmittel, neue Forderungen fänden. Wir leben in Österreich nun seit Jahren nicht etwa in einer Krise der Verfassung wie andere Länder, die ein Durchgangspunkt wäre oder zu Reformen führt, sondern wir haben es hier mit dem völligen Zusammenbruch der Verfassung, mit dem Zusammenbruch des Staates selbst zu tun. Daß man sich über diese Tatsache hinwegzulügen sucht, daß die Regierungen und die bürgerlichen Parteien diese Tatsache des völligen und unwiderstehlichen Bankrotts des heutigen Staatsgebildes sich nicht einmal zum Bewußtsein kommen lassen wollen, das ist gewiß das größte und entscheidende Verbrechen, das sie an den Völkern Österreichs begehen. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich Ihnen die Leidensgeschichte dieses Staates, wenn man von Staat überhaupt noch reden kann, hier wieder aufrolle, daß ich Ihnen die Krankheitssymptome oder vielmehr die Leichenflecke des Kadavers aufzeige. Diese Tatsache ist in unser aller Bewußtsein so unauslöschlich eingebrannt und sie lebt als undeutlicher Instinkt auch in der ganzen Bevölkerung: die Tatsache, daß das alte Österreich fertig ist. Wir haben da eine zwiefache Stellung. Wenn unser erstes und wichtigstes Bedürfnis ist, daß an Stelle des Kadavers ein Lebendes trete, so ist selbstverständlich nebenher bei der augenblicklichen Hoffnungslosigkeit, daß sich diese neue Organisation vollziehe, das augenblickliche Interesse vorhanden, diesen Ruinen abzugewinnen.

*) Im fünften Jahre der Regierung Körber ging der Staat ganz aus dem Leim. In Ungarn rebellierte das Parlament gegen die Gemeinsamkeit, in Österreich konnte man nur noch mit dem § 14 Gesetze geben. Dabei verlangte die Heeresleitung von den Delegationen im Mai 1904 nicht weniger als 391 Millionen für außerordentliche Ausgaben. Und es war klar, daß das Geld mit dem § 14 beschafft werden sollte, der bisher schon für alles mögliche, nur nicht für Aufnahme neuer Schulden verwendet worden war.

Es war eine allgemeine Anschauung, daß nur eine Verfassungsrevision Österreich neues Leben geben könne. Auf dem Parteitag in Salzburg erstattete Adler das Referat über die Verfassungsrevision.

Körber ist bald danach gefallen. Allerdings nicht wegen seiner Unfähigkeit, die Staatskrise zu beseitigen, sondern weil die Hofkreise es ihm übel nahmen, daß er gegen die Los-von-Rom-Bewegung nicht mit Polizei vorgehen wollte. Am 1. Jänner 1905 wurde Körber durch Gautsch ersetzt, der vom Schicksal dazu ausersehen war, dem allgemeinen Wahlrecht den Weg zu bahnen.

was sich für den Moment abgewinnen läßt, und in diesem Sinne müssen wir uns selbst beschuldigen, daß auch wir mitunter der Selbsttäuschung unterliegen, als ob der alten Verfassung, dem alten Zustand Österreichs auch nur augenblicklich etwas für die Völker Vorteilhaftes herauszureißen wäre. Daß diese Selbsttäuschung noch besteht, sehen sie an den hunderten Anforderungen, die bei jeder Gelegenheit selbst von der Arbeiterschaft, von unseren eigenen berufsmäßigen Politikern — niemanden, auch mich nicht ausgeschlossen — erhoben werden, an den vielen Begehren, noch Dringlichkeitsanträge einzubringen und dringlich Dinge zu verlangen, die auch ein lebendiger Körper nur schwer leisten würde.

Aber die Lage, in der wir sind, entspringt nicht nur der Selbsttäuschung, sondern vor allem der Tatsache, daß wir einen Staat so notwendig brauchen, und ich wiederhole es mit allem Nachdruck, mit dem vollen Bewußtsein als Sozialdemokrat zu sprechen: wir, die wir den Kapitalismus beseitigen wollen, wir können ihn nicht beseitigen, ohne daß er existiert, wir können diesen Klassenstaat nicht bekämpfen und nicht die ganze Macht des Proletariats gegen ihn entwickeln, ohne daß er ein lebendiges Leben habe. Denn der Kapitalismus braucht zu seiner Entfaltung vor allem den Staat. Da das Proletariat aber das Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus ist, sind wir an die Entwicklung des Kapitalismus gebunden, und so ergibt sich für uns die merkwürdige Situation, daß wir zugleich den Staat aufrufen, einen lebendigen, modernen Staat, mit dem klaren Bewußtsein, daß es ein Staat ist, der nicht unser ist. Wir kämpfen hier zum Unterschied von allen europäischen Staaten um den Boden für unseren Kampf. Wir haben den Punkt nicht einmal, von dem man angreifen, den Punkt nicht, den man angreifen kann. Wir stehen allerdings Parteien gegenüber, die sich dieser Tatsache gegenüber die Augen verschließen. Wir stehen einer Regierung gegenüber, die sich bewußt der Selbsttäuschung ergibt, und ich habe sie, und darunter besonders den Minister Körber, stark im Verdacht, daß er weiß, was er tut, indem er die Zaghaftigkeit, die Unentschlossenheit, die Feigheit so weit treibt, daß seine Regierung eine Kette von kleinen Schwindeleien ist, die ihm von einem Tage zum anderen hinweghelfen sollen und mit denen er der öffentlichen Meinung vortäuschen kann, als würde in Österreich ein Verfassungsleben existieren. Oder soll man es anders nennen, wenn wir nun seit Jahren unser Parlament in folgender Lage sehen: Die wichtigste Grundfrage der Existenz des Staates muß nach unserem famosen dualistischen Zustand neuerdings erwogen und beschlossen werden, wir leben in einem Interim, das kaum mehr so zu nennen ist, und diejenigen, die den neuen Ausgleich beschließen sollen, erklären, jede Partei für sich, daß man den Ausgleich nicht beschließen kann, ohne die Interessen der österreichischen Völker auf das schwerste zu schädigen. Aber jede erklärt zugleich, und wo sie das auch nicht erklärt, weiß man es doch, daß sie diese bewußte Schädigung der Interessen der österreichischen Völker vorzunehmen bereit wäre für gewisse Konzessionen,

nicht an die nationalen Interessen, sondern an die Gruppen- und Cliqueninteressen, an die Herrschaftsbedürfnisse dieser Parteien. Darum und um nicht in die Lage zu kommen, eine Verantwortung zu übernehmen, im stillschweigenden Einvernehmen mit der Regierung treibt man es bewußt darauf hin, daß der Ausgleich in der Weise geschaffen werde, wie unsere Verfassung heute überhaupt lebt: mit dem Verfassungsbruch. Der einzige Paragraph unserer Verfassung, der lebendig ist, ist der § 14, und wenn wir mit Recht behaupten müssen, er sei schuld, daß die Verfassung nicht funktioniert, weil er den Abgeordneten die Verantwortung abnimmt, so kann man ebensogut und vielleicht mit noch größerer Sicherheit sagen: Die Verfassung lebt nur von diesem § 14 und sie wäre längst auch formal, auch offenkundig für jedes Kind unmöglich geworden, wenn die Hintertür des § 14 fehlen würde. Wir sind es nun allerdings gewohnt, daß das Parlament seit Jahren über das Budget nicht entscheidet; wir sind es von jeher gewohnt, denn das ist ein Stück unserer Verfassung, daß über die auswärtigen Fragen ohne das Parlament entschieden wird, wir sind es gewohnt, daß die entscheidenden Militärfragen ohne unser Parlament entschieden werden. Aber an einem Punkt war das Parlament bisher doch eine technische Notwendigkeit, das ist: der Staat kann keine Schulden machen ohne Parlament. Nun ruft man die Völker bei uns, entweder wenn Österreich eine Schlacht verloren hat oder wenn es finanziell bankrott ist. Hier haben wir doch einen dritten Fall, daß Österreich einige hundert Millionen für militärische Forderungen aufnehmen muß: Forderungen, die einige Herren in Budapest beschlossen haben, die sich Delegation nennen, die aber keinerlei Verantwortung irgend jemandem gegenüber haben und die sämtlich zufrieden sind mit dem Bewußtsein, daß der Kaiser mit ihnen zufrieden ist. Es gibt dort Parteien, die sich auch den Luxus gestatten haben, „nein“ zu sagen. Das wollen wir anerkennen und wir wollen auch anerkennen, daß sie es in der Weise getan haben, daß sie niemanden darüber täuschen konnten, daß sie es nur darum getan haben, weil sie dem Hofe zublinzeln konnten: du brauchst uns ja nicht und uns nützt es, wenn wir nein sagen.

Nun kommt aber das Parlament vor die Entscheidung, diese vierhundert Millionen zu bewilligen, und es wird sich darum handeln, ob die bürgerlichen Parteien den Ernst ihrer Obstruktion — Obstruktion auf der einen und Obstruktionsentschlossenheit auf der anderen Seite, denn ich habe nicht den tschechischen und deutschen nationalen Parteien gesonderte Vorwürfe zu machen; wir sind ja heute in der Lage, daß wir die tschechische Obstruktion so lange haben, bis die deutsche anfängt, und daß die deutsche in dem Moment beginnt, wo die tschechische aufhört, was ja eben die Form des Zusammenbruches unseres Parlamentarismus ist — den Ernst ihrer Kampfstellung zeigen werden. Und wenn auch in den offiziellen Reden des Ministers und in der offiziellen Presse darüber geschwiegen wird, es versteht sich von selbst, daß die

Sorge um dieses Anlehen im Vordergrund der Sorge der Regierung steht, ja, daß das ihre einzige Sorge ist, denn alles andere besorgt sie sich in eigener Regie, und es gibt kein Gebiet, auf dem sie nicht einfach den Staat in absolutistischer Weise, bürokratisch weiter führt ohne Parlament. Hier kann sie es nicht und hier muß es zum Klappen kommen. Nun werde ich mich gar nicht auf die Wahrscheinlichkeit einlassen, ob die Frage parlamentarisch entschieden werden wird, aber das glaube ich mit Sicherheit sagen zu können: Wenn die tschechische Obstruktion oder die deutsche, wenn diese darankommt, vor die Frage gestellt wird, ist hundert gegen eins zu wetten, daß sie diesen Punkt ausschalten wird, daß sie zurückweichen wird vor dem offenen Konflikt mit der Krone. Diese Meinung stützt sich auf die Erfahrung, daß sie immer vor diesem Punkte zurückgeschreckt sind, auf die Tatsache, daß unsere bürgerliche Opposition jeder nationalen Richtung sich immer in dem Dilemma der demagogischen Furcht nach unten und der byzantinischen Feigheit nach oben befindet. Aber das charakteristische, für uns wesentliche Moment ist nicht die Frage, ob die 400 Millionen bewilligt werden. Wir wollen nicht in den Fehler der bürgerlichen Parteien verfallen, die von einer Verfassungsverletzung zur anderen gehen, die zufrieden sind, wenn sie den morgigen Tag gesichert haben, die zufrieden sind, wenn der Karren des Parlaments wieder einen Schritt weitergeschoben werden kann; wir wissen ja, daß er beim nächsten Schritt wieder steckenbleiben muß. Es ist für uns klar, daß nicht in diesen Einzelheiten, sondern in den Grundübeln unserer Verfassung, in den Unmöglichkeiten, die zu ihrem Wesen gehören, die Ursachen unseres Zustandes liegen. Vor ein paar Wochen ist ein sehr interessantes französisches Werk erschienen: „Le compromis austro-hongrois“ (Der österreichisch-ungarische Ausgleich) von Louis Eisenmann. Herr Eisenmann, ein Franzose, hat sich bemüht, die österreichische Verfassung und ihre Geschichte und speziell die Geschichte des Dualismus zu studieren. Er hat sich längere Zeit in Wien und Budapest aufgehalten und hat einen sehr instruktiven Abriß dieser Geschichte gegeben. Es ist nun sehr interessant zu sehen, wie sich dieses Österreich in den Augen eines Fremden spiegelt. Dieser Fremde, der unbefangenen Auges die Sache betrachtet, kommt am Ende seines Buches zu folgender Konklusion: Daß die Verfassung, die 1867 verliehen wurde, heute bankrott ist, das ist kein Wunder. Ein Wunder ist nur, daß diese Verfassung und dieser Dualismus dreißig Jahre lang aufrechterhalten werden konnten. Denn diese Verfassung ist ein Unikum einer Verfassung. Österreich stellt einen Einheitsstaat dar und es ist ein Zweheitsstaat; im Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn ist die Parität ausgesprochen, aber das Wesen dieses Verhältnisses ist die wirtschaftliche und politische Ungleichheit, die Disparität; dieses Verhältnis und die Verfassung sind auf die Konstitution gegründet und diese Konstitution hat den Absolutismus zum Inhalt. Daß ein Zustand, der solche drei Lügen enthält, durch dreißig

Jahre aufrechterhalten werden konnte, das ist das Wunder; daß er seit 1897 in Ruinen liegt, darüber braucht niemand zu staunen.

Das sagt der Franzose und so ist es. Und dieser unwiderruflichen und unleugbaren Tatsache gegenüber nützt es nichts, mit künstlichen Mitteln, mit Illusionen sich darüber irgendwie hinwegtäuschen zu wollen. Wir haben schon auf dem Brünner Parteitag ausgesprochen — und wir sind die einzige Partei in Österreich, die ein klares Bild davon hat — wie wir uns ein neu organisiertes Österreich vorstellen. Wir haben es mit jener Präzision ausgesprochen, die möglich ist, wenn man nicht direkt an die Ausarbeitung einer Verfassung geht: kein notwendiger Grundzug dieses Bildes fehlt in den Forderungen, die wir aufgestellt haben. In der Praxis verwandelt sich diese Forderung der Neubildung Österreichs allerdings in eine Reihe von Einzelforderungen und es ist selbstverständlich, daß die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes nicht für das Parlament, sondern auch für die anderen Vertretungskörper im Vordergrund jeder politischen Aktion und als erste Forderung immer voransteht. An dieser Tatsache nun verfängt sich ein Gedankengang, der seit einiger Zeit nicht nur in den Köpfen der hohen Bürokratie, sondern auch in denen einzelner Parteigenossen spukt. Wenn wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht vom Parlament verlangen, und einen großen Teil auch der nicht proletarischen Bevölkerung dazu gebracht haben, einzusehen, daß das eine Wendung im politischen Zustand Österreichs bedeuten würde; wenn sogar „dem Vernehmen nach“ — ich gebrauche absichtlich das abendpostartige*) Wort — verschiedene Wahlreformentwürfe vom Minister bereits „in Erwägung gezogen“ worden sein sollen, so hat sich immer daran der Gedanke geknüpft, daß das ein Ausweg ist, um Österreich zu retten.

Daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht für unser österreichisches Abgeordnetenhaus Österreich „retten“ kann, das haben wir unser Lebtage nicht behauptet, wenigstens nicht in einer irgendwie programmatischen Weise an einem verantwortlichen Ort. Ich verhehle nicht, daß ich an einen Gedankengang anknüpfe, der mir durch einen sehr bemerkenswerten Artikel im Reichenberger „Freigeist“ nahegelegt wird. Es ist gar kein Zweifel, daß dieses allgemeine Wahlrecht ein Anfang einer Umgestaltung ist, aber daß derjenige es nicht anwenden kann, der es als das Ende ansieht. Einem Minister, der keine andere Sorge hat, als wie er das Parlament notdürftig zum Radeln bringe, und der glaubt, daß sofort das neue Parlament, wenn das Wahlrecht oktroyiert ist, besser funktionieren und ihm nun leisten wird, was er will, können wir allerdings auf dem Wege dieses bedenklichen Irrtums nicht folgen. Wenn der Minister auf dem Standpunkt steht, daß das österreichi-

*) Die „Abendpost“ war die von der amtlichen „Wiener Zeitung“ herausgegebene Abendausgabe, in der die offiziellen Verlautbarungen der Regierung erschienen.

Der „Freigeist“ war das sozialdemokratische Parteiblatt in Reichenberg, das später „Vorwärts“ hieß und dessen Leiter Josef Straßer war.

sche Parlament auch künftighin nur dazu sein soll, Budget, Rekruten, Zollerhöhungen zu liefern, meine ich allerdings, daß ein Volksparlament an Stelle eines Privilegienparlaments nicht viel geeigneter sein wird, diese Dienste für den, sagen wir es gerade heraus, für den Kaiser zu verrichten. Wenn wir Sozialdemokraten das allgemeine, gleiche Wahlrecht an die Spitze unserer Forderungen stellen, tun wir es nicht in der bornierten Auffassung, die sich andere Parteien in solchen Momenten mit hundert Vorsichten angeeignet haben, als das Ende einer Reform, als eine Panazee, die man im letzten Moment, wenn es nicht mehr anders geht, macht, sondern wir stellen es an den Anfang einer Reform, an den Anfang einer vollständigen Umgestaltung dieses Landes, dieses Konglomerats von Völkerschaften, die einzig und allein sich vollziehen kann auf demokratischer Grundlage. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht die Revolution, nicht die Umgestaltung des Staates, aber es enthält eine der Bedingungen der Umwälzung des Staates, eine Möglichkeiten, sie in Fluß zu bringen, und wenn wir es mit einer Regierung zu tun haben — ganz allgemein gesprochen, denn wie der Minister auch heiße, immer ist er ein österreichischer Bürokrat mit mehr oder weniger Ahnen — wenn wir dem Minister raten, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen, so raten wir ihm nicht dazu, etwas einzuführen, was ihm über eine augenblickliche Verlegenheit hinweghelfen kann; und ein Mann, der so borniert wäre, das Wahlrecht nur unter diesem Gesichtspunkt einzuführen, wäre unfähig oder vielleicht richtiger, gerade der wäre würdig, an der Spitze des österreichischen Staates zu stehen.

Wir verlangen es und halten es für unausbleiblich, wenn dieser Staat nicht verfaulen soll, daß die nationale Ordnung hergestellt werden muß, wie es Kulturnationen ziemt, wie es allein Kulturnationen möglich ist: auf Grundlage ihrer nationalen Selbstständigkeit, auf Grundlage der nationalen Abtrennung, der Loslösung nationaler Gebiete, um ihnen diese Selbstständigkeit zu ermöglichen, und auf der Zusammenfassung aller dieser national autonomen Gebiete zu einem einheitlichen, lebenskräftigen, aber darum notwendig demokratischen Staat. Das allgemeine Wahlrecht allein ist eine vereinzelte Tatsache, aber freilich gilt es erst diese Tatsache zu schaffen, von der dann die anderen Wirkungen ausgehen können. Es steht mit Österreich genau so, wie es mit dem Proletariat überhaupt steht. Wie wir in unserem zehnjährigen Wahlkampf hundertmal erklärt haben, daß das Wahlrecht das Proletariat nicht erlösen kann, aber daß es die Luft ist*), die notwendig ist, damit das Proletariat politisch leben kann, genau so ist es für den Staat. Das allgemeine Wahlrecht kann dem Staat nicht die Rettung bringen. Aber es ist die Bedingung, der Ausgangspunkt, der Anstoß und die einzige Möglichkeit, daß jene Umwälzung ins Werk gesetzt werde, die allein bewirken kann, daß

*) Siehe auch die Rede zum parlamentarischen Bericht auf dem Parteitag 1913 (unter dem Titel „§ 14 und Obstruktion“).

aus Österreich ein lebendiges Gebilde werde. Das ist unser Standpunkt, und es ist notwendig, daß man sich auch das bei uns einpräge; und je überzeugter, je genauer man den ganzen Umfang der Notwendigkeiten für die Völker Österreichs erkennt, je genauer man sich vor Augen hält, wie tief diese Umwälzung sein muß, um weiterzukommen, um so weniger wird man sich zu sanguinischen Hoffnungen von heute auf morgen hinreißen lassen und um so weniger — das sage ich mit einem Rückblick auf die Debatte von vorgestern*) — das Proletariat und die Aktion der Sozialdemokratie verantwortlich machen für die Dinge, die unsere Aktion einfach nicht leisten kann. Wie groß der Zusammenbruch geworden sein muß, um diese Notwendigkeit auch denen nahezubringen, an denen es schließlich liegt, die Hindernisse für diese Umwälzung aus dem Wege zu räumen, das kann ich Ihnen nicht sagen, aber das weiß ich, daß das Proletariat, wenn es sich nicht so sehr Mühe gibt, vielleicht eine Reform, eine Einzelheit in einem Moment durchsetzen kann, aber daß es auf Jahre hinaus auf einen Höhepunkt der Erregung und der Machtentfaltung gebracht werden könnte, um im Staate diese grundlegende Reform durchzusetzen, wie sie allein helfen kann, das ist ausgeschlossen, ist jedenfalls heute ausgeschlossen, wo noch immer da und dort ein Luftloch ist, wo noch immer der Zusammenbruch irgendwie überdeckt werden kann, wo man sich noch immer fretten kann. Es kann eine Zeit kommen — ich bin kein Prophet und halte das für das schlechteste Gewerbe — und sie kann so plötzlich kommen, daß wir alle davon überrascht sind, sie kann aber auch sehr lange ausbleiben — ein Moment, wo das Gerümpel ein so labiles Gleichgewicht hat, daß ein Fußtritt es entfernen kann. Wenn dieser Fußtritt notwendig ist, die Sozialdemokratie wird bereit sein, ihn zu vollführen, aber wenn man fortwährend den Fuß erhoben halten will, bis der Moment gekommen ist, da wird der Fuß leicht ermüden, und das ist keine vernünftig taktische und die Kraft des Proletariats schonende und stärkende Methode.

Gewiß ist, daß es mit einer Reform der inneren Zustände allein nicht abgetan sein kann. Ein Österreich gibt es nicht, und wenn Herr v. Körber gesagt hat: Österreich ist! so ist das nur eine jener offiziellen Lügen, deren er sich berufsmäßig schuldig machen muß. Österreich ist nicht, Österreich ist erst zu schaffen, Österreich ist erst loszutrennen von Ungarn, für den Staat ist erst die staatliche Selbständigkeit überhaupt zu erobern und zu kodifizieren, eine Selbständigkeit, die heute jeden Tag geopfert wird auf dem Altar der Dynastie, eine Selbständigkeit, mit deren Vernichtung die Anhänglichkeit der Ungarn an die habsburgische Dynastie bezahlt wird. Das ist ein Zustand, den sich kein Volk gefallen lassen würde. Ich spreche nicht von Klassen, ich spreche vom Volk. Kein Parlament, keine Bourgeoisie und kein Adel, kein Volk würde sich einen solchen Zustand der schmäh-

*) Die Debatte über die parlamentarische Tätigkeit. (Siehe Adlers Rede unter dem Titel „Wenn Österreich verfault.“)

lichsten Abhängigkeit von einem Nachbarstaat gefallen lassen, in dem es eine gemeinsames politisches Bewußtsein gibt und geben könnte. Daß sich dieses gemeinsame politische Bewußtsein in Österreich nicht entwickeln kann, daß diese nationalen, bis zum Wahnsinn aufgepeitschten Differenzen die Ausbildung eines jeden solchen gemeinsamen Bewußtseins hindern, davon lebt allerdings heute noch die Dynastie, davon lebt die österreichische Bürokratie, davon lebt der sogenannte Gesamtstaat Österreich-Ungarn. Aber wenn wir warten würden, und darin besteht das große Mißverständnis des „Freigeist“, bis die nicht mehr davon leben wollen, so würde das allzulange dauern. Die Sache steht aber so, daß sie davon nicht mehr weiter leben können. Wenn dieser gewiß hundertmal geschilderte Zustand des Ausspielens der Nationen untereinander, das „Teile und herrsche“, wenn sich dieses Balancieren auf den wichtigsten Interessen und Lebensnotwendigkeiten der Völker noch weiter fortspielen ließe, gewiß: die Dynastie wäre bereit dazu und Minister finden sie dazu immer gegen Bezahlung und Orden. Aber es geht eben nicht mehr. Die Nationen in Österreich sind heute denn doch zu sehr erwachsen, zu groß geworden, zu sehr kulturell entwickelt und zu sehr bewußt geworden, und das ist ja das ganze Unglück Österreichs, daß seine Völker gewachsen sind, daß sie erwachsen sind, daß sie sich dieses Spiel nicht mehr gefallen lassen. Auf keine Weise ist dieser Zustand auch für die Dynastie fürderhin mehr möglich, dafür bürgt die Geschichte seit 1897, denn das ist ja ihr Inhalt. Österreich hat ja keine Alternative, als zu verfaulen oder die Verfassung, die tot ist und nur in Ruinen daliegt, wegzuschaffen und ein neues Gebilde zu schaffen. Aber dann ist es mit dem Knechtsverhältnis gegenüber Ungarn aus.

Ich möchte, gerade weil ein ungarischer Genosse*) hier ist, erklären: Wir wissen ganz gut, daß von diesem Knechtsverhältnis, daß von dieser Ausbeutung, die Ungarn an Österreich verübt, das ungarische Proletariat nichts hat. Wir nehmen Ungarn diese Ausbeutung von seinem Standpunkt aus auch gewiß nicht übel. Wir verachten unsere Politiker, daß sie die wirtschaftlichen Interessen Österreichs an die Dynastie verkauft haben, daß die Magyaren von diesem Glücksfall Gebrauch machen und schröpfen, soviel sie schröpfen können: das ist ihr gutes Recht, da sind sie in ihrer Rolle. Gerechtigkeit von einem anderen Staate zu erwarten, fällt uns nicht ein, und wenn man die Rechnung aufmachen wollte, und wenn die Völker Österreichs etwa das Schuldkonto der Dynastie gegenüber Ungarn oder gegenüber irgendeinem anderen Volke bezahlen müßten, wissen wir ganz gut, daß wir viel zu zahlen hätten, wissen ganz gut, daß dieses Schuldkonto, das nach Jahrhunderten gerechnet werden muß, eine Entschuldigung für jeden Angriff darstellt, den die Ungarn unternehmen. Unser ganzer Kampf ist auch nicht gegen das Proletariat Ungarns gerichtet, wir wissen,

*) Als Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie war Max Grossmann (Budapest) anwesend.

daß dieses Proletariat an den Früchten der Ausbeutung Österreichs keinen Anteil hat, wir wissen andererseits ebenso, daß sie selbst in der schmachlichsten, gewalttätigsten, brutalsten Weise von denselben Leuten entrechtet werden, die mit den österreichischen Politikern und Diplomaten in dieser famosen Weise umspringen.

Das allgemeine Wahlrecht bedeutet also den Anfang einer Regeneration Österreichs, es bedeutet damit zugleich den Anfang einer Lösung des Verhältnisses zu Ungarn, und wenn wir diese ganze Fülle von Notwendigkeiten übersehen, wenn dieses Österreich am Scheideweg steht zwischen der Türkei und der Schweiz, wenn Österreich vor sich hat entweder die langsame Verwesung oder die Umbildung in einen Staat, der gewiß durch seine Größe eine andere Form haben muß als die Schweiz, der aber den Geist haben muß, den die Schweizer Republik hat, wenn wir diesen Scheideweg vor uns sehen, fragen wir uns allerdings vielleicht: Wo sind die Männer, die das machen sollen? Auf diese Frage wissen wir keine Antwort. Aber daß die Regierung, die heute an der Spitze steht und die sich besonders dadurch auszeichnet, daß sie sich mit großer Beflissenheit als gebildet, als modern, als aufgeklärt und intelligent hinstellen läßt, kaum die Dinge machen wird, die notwendig sind, scheint mir leider klar. Herr v. Körber scheint nicht der Mann, den Teufel festzuhalten. Herr v. Körber begnügt sich mit einer viel geringeren Rolle, er bescheidet sich damit, der letzte Bürokrat zu sein, der der Herrschaft der Bürokratie in Österreich einen anständigen Abgang gibt. Einen anständigen Abgang, das können wir nicht leugnen, weil tatsächlich einige Veränderungen in der Verwaltungspraxis eingetreten sind, die wir als notwendig längst gefordert haben, die er allerdings als längst fällige Reformen anerkennt: ich leugne nicht — und wir sollen es nicht leugnen, sondern sollen diese Tatsache konstatieren, damit man sie auch abwägen könne —, daß wir heute vor allem ein weit größeres Maß von Preßfreiheit besitzen, als wir es in Österreich vielleicht jemals gehabt haben; daß unsere Verwaltungsbehörden angewiesen sind, unser Vereins- und Versammlungsrecht mehr zu respektieren als früher. Gewiß machen sie nicht genug, aber wir sind in Österreich und man soll nicht sagen, daß wir von den Tatsachen nur die Hälfte in Betracht ziehen. Wir können diese Tatsachen ruhig konstatieren und zugeben, daß darin eine Besserung liegt; aber zugleich müssen wir feststellen, daß man gerade hier sehen kann, wie jede einzelne Reform, jede Besserung im Staate nichts nützt und unfruchtbar sein muß, wenn der natürliche Boden für den Staat nicht da ist, wenn die Lebensbedingungen für das Volk nicht gegeben sind, daß jede Reform dem nicht gedankt wird, der sie bringt, weil sie von dem nicht gebraucht werden kann, der sie bekommt, wenn die geschichtlichen Notwendigkeiten nicht erfüllt werden; und Herr v. Körber mag sich noch so rühmen mit den kleinen Verbesserungen, die er eingeführt hat, er ist nichtsdestoweniger genau so wie seine Vorgänger ein Mann der Rückständigkeit, ein

Mann der österreichischen Halbheit, ein Mann der verbrecherischen Schwäche, genau wie die anderen.

Wenn ich Ihnen so unsere Forderungen, die Lage des Staates und seine Notwendigkeiten vorgeführt habe, habe ich mit keinem Gedanken jenen Kreis überschritten, den die Partei sich schon vor Jahren gezogen hat. Ich konstatiere das ausdrücklich auch deshalb, weil Zweifel geltend gemacht worden sind, ob die deutsche Sozialdemokratie in Österreich die Befugnis habe, über das ganze Reich und die Gesamtpartei betreffende Angelegenheiten zu sprechen und zu entscheiden. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Befugnis haben, soweit wir im Rahmen unseres Programms bleiben. Das ist das Wesen unserer Parteikonstitution, die bereits die nationale Autonomie und bereits jene demokratische Grundlage hat, daß jede Organisation auf dem Boden des gemeinsamen Programms selbständig vorgeht. Ich kann aber, ohne Widerspruch erwarten zu müssen, hier feststellen, daß das, was wir hier ausgesprochen haben, die Empfindung nicht nur der deutschen Sozialdemokraten in Österreich, sondern die Empfindung und Überzeugung auch der slawischen, auch der italienischen Sozialdemokraten in Österreich ist. Wir alle sind der Ansicht, daß Demokratie und nationale Autonomie die Notwendigkeit ist und daß ohne die Erfüllung dieser Notwendigkeit alle kleinen Reformen nur Selbsttäuschung bleiben müssen.

Neues sagen wir in der Resolution nicht und können wir nicht sagen, aber wir werden diese Wahrheiten so lange sagen müssen, bis sie die endlich hören und begreifen, die es angeht, und bis sie die Entschlossenheit finden, aus ihnen zu lernen. Nicht nur für die anderen, auch für uns ist die österreichische Frage eine Lebensfrage. Ich wiederhole am Schlusse, was ich am Anfang gesagt habe: Wir brauchen einen Staat, wir brauchen diesen Rahmen der Entwicklung, wir brauchen diesen Boden für das Aufsteigen des Proletariats. Wir brauchen ihn, aber wenn wirklich die, die den österreichischen Staat lenken und regieren und die ihn zuschanden gelenkt und beherrscht haben, die die Völker Österreichs an den Rand dieses scheußlichen Abgrundes gebracht haben, in ihrer Verblendung verharren, wenn dieses Österreich wirklich als Misthaufen Europa behelligen will, bis sich jemand findet, der ihn wegschafft: auch dann werden wir unsere Pflicht tun und mit aller Hingebung das schwierige Werk leisten, unter den traurigsten, bittersten, entsetzlichsten Verhältnissen, die je einem Proletariat auferlegt waren, das Proletariat lebendig zu erhalten, so lange, bis die Zeit kommt, daß es seine wirklichen Lebensbedingungen findet. (Stürmischer Beifall.)

Schl u ß w o r t.

Wir müssen zunächst Pernerstorfer dankbar sein, daß er uns einige der Formen vorgeführt hat, die die Kleinlichkeit und Enge unserer österreichischen Politik kennzeichnen. Man braucht nicht gerade Abgeordneter zu sein, es genügt, wenn man Journalist

ist, um, sooft man ins Parlament kommt, einen dokumentarischen Beweis für die absolute Nichtigkeit jener Leute zu erhalten, die in Österreich Politik machen. Wenn Sie in den Parlamentscouloirs herumgehen, werden Sie immer dieselben Redensarten hören: Wird's auch gehen? Der Stürgkh redet wieder mit dem Vetter und der Vetter mit dem Körber*). Es hat eine Konferenz mit dem Kramarsch stattgefunden, ob es morgen gehen wird. Werden die Dringlichkeitsanträge zurückgestellt oder nicht? (Heiterkeit.) Und sämtliche Politiker Österreichs haben entweder eine heitere Stirn der Hoffnung oder die düstere Stirn der um die Zukunft des Parlaments besorgten Männer, je nachdem, ob irgendein Fresl einen Dringlichkeitsantrag zurückstellt, und das Schicksal Österreichs hängt immer an der Frage, ob wir heute bloß den Einlauf verlesen hören oder ob wir auch das Glück haben werden, irgendeinen Antrag erledigt zu sehen. Es ist wirklich das Grundübel, die Grundsinde dieser österreichischen Politiker, eingeschlossen die Männer der Regierung, daß man diese rein formellen kleinlichen Fragen, durch deren Lösung gar nichts entschieden wird, so in den Vordergrund stellt und das Verbrechen unserer ganzen bürgerlichen öffentlichen Meinung, die viel zu feige und viel zu gedankenlos ist, um jemals auch nur an den Kern der Frage heranzutreten, sondern immer nur die tiefsinnigé Erwägung hat, ob es morgen gehen oder nicht gehen wird. Das ist ein so klägliches, ein so hoffnungsloses Bild, daß Sie sich gar nicht wundern dürfen, wenn diejenigen, die fortwährend diesen Eindrücken ausgesetzt sind, wirklich nicht in der Stimmung sind, immer wieder mit großem Feuer anzutreten. Es ist ja in jedem Parlament eine schlechte Luft, aber die schlechteste, vergiftendste Luft ist in diesem Parlament.

*) Nach den Wahlen im Jahre 1901 hatten sich die großen Parteien nicht über die Person des Präsidenten des Abgeordnetenhauses einigen können. Auf Vorschlag des Polenklubs wurde deshalb beschlossen, den Präsidentenposten einem Mitglied der kleinsten Partei, der aus drei Männern bestehenden Mittelpartei des mährischen Großgrundbesitzes, anzubieten, und so wurde der Graf Moritz Vetter von der Lillie zum Präsidenten gewählt. Er war sehr gutmütig, aber ebenso unbeholfen als Präsident. Graf Karl Stürgkh, der nachmalige Ministerpräsident (vom 3. November 1911 an) war im Kurienparlament als Abgeordneter des Großgrundbesitzes eine sehr einflußreiche Persönlichkeit, zumal da er in einer Montagszeitung jede Woche einen politischen Artikel schrieb, dessen geschraubter Stil in der „Arbeiter-Zeitung“ unter dem Titel „Der dieswöchentliche Stürgkh“ verulkt wurde.

Der später genannte Wenzel Fresl wurde 1901 in der fünften Kurie als tschechischer Nationalsozialist gewählt und war einer der ausdauerndsten Krawallmacher bei den tschechischradikalen Obstruktionen. Diese Obstruktionen wurden entweder durch Lärm oder durch unzählige Dringlichkeitsanträge, die nach der Geschäftsordnung sofort, vor der Tagesordnung verhandelt werden mußten, also die Verhandlung der Tagesordnung verhinderten, oder durch Verlesung des Einlaufes geübt, in welchem Fall man einige Dutzend Artikel als Interpellation oder als Petition einzubringen brauchte, um die Tagesordnung zu verrammeln.

Nun haben wir eine Rede von Straßer*) gehört, der sich gegen mich verteidigt hat, die unkluge Rede eines klugen Mannes, unklug aus dem Grunde, weil er die falschen und ungerechten Auslegungen, die Bartel unmittelbar an diese Rede knüpfte, damit provoziert hat. Was Straßer sagte, ist nicht richtig, aber es ist nicht so, wie es in der mißverständlichen Auslegung Bartels aussieht. Was Straßer sagen will, ist: Ihr bemüht euch umsonst, der Regierung zuzureden, daß es auch im Interesse der Herrschenden in Österreich liege, das allgemeine, gleiche Wahlrecht zu schaffen. Ihr bemüht euch umsonst, nicht nur weil die Herrschenden das nötige Verständnis und den nötigen guten Willen nicht haben, sondern weil es auch wirklich nicht in ihrem Interesse liegt. Es kann also die Erringung des allgemeinen Wahlrechtes nicht von dem guten Willen und der Einsicht der Herrschenden abhängen und es ist darum ganz müßig sie aufzuklären. Ich halte das für falsch. Ich meine, daß es nur dann richtig wäre, wenn den Herrschenden irgendein Ausweg bliebe, wenn es möglich wäre, auf irgendeine andere Weise Österreich weiter zu fristen. Straßer meint dann, unsere Arbeiter würden abgehalten, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, wenn sie das von oben erwarten, man sage ihnen nicht mehr: Ihr seid es, die das Wahlrecht erkämpft, sondern es soll von oben kommen, und Bartel, der auch das wieder mißversteht... (Straßer: Für den Bartel bin ich nicht verantwortlich!) Das sage ich ja zu Ihrer Verteidigung gegen Bartel. Bartel meint, die Leute sind ohnehin vom österreichischen Parlamentarismus in die anarchistischen Gedankengänge hineingetrieben worden, und wenn man ihnen noch ausmalt, daß das allgemeine Wahlrecht nicht eine Panacee ist, werden sie noch weniger das Parlament wollen. Davon hat Straßer nichts gesagt. Er hat im Gegenteil gesagt: Wir brauchen das Parlament, wir müssen darum kämpfen, nur die andern brauchen es nicht. Damit hat er recht Bartel gegenüber, aber durchaus nicht uns gegenüber.

Wenn ich gesagt habe, daß Straßer ein unkluges Argument gebraucht habe, wollte ich damit durchaus nicht sagen, daß ich solche Äußerungen für bedenklich oder gar in ihrer Wirkung gefährlich halte. Diese Schwarzseherei mag den Koerber bedenklich machen, nicht uns, und insofern mag, wenn Koerber schon die Feder angelegt hat, um das Wahlrecht zu oktroyieren, Straßer beigetragen haben, daß er es sich noch einmal überlegt. (Heiterkeit.) Für unsere Agitation ist darüber gar nichts gesagt, für uns ist das allgemeine Wahlrecht auch dann notwendig, wenn es Österreich nicht helfen wird. Aber es ist auch durchaus falsch, was Straßer sagt. Gewiß wird ein Parlament, das auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes einberufen wird, kein ruhiges und kein bequemes Parlament sein, gewiß wird es eine Reihe technischer Schwierigkeiten bieten, die das heutige Parlament nicht in dem

*) Josef Straßer, Redakteur des „Freigeist“ in Reichenberg, Heinrich Bartel, Vertreter des Wahlkreises Falkenau in Böhmen. Siehe über beide die Bemerkungen oben.

Maße geboten hat, vor allem sprachliche Schwierigkeiten. Das ist kein Zweifel. Wenn aber Straßer meint, daß da die nationalen Dinge erst recht im Vordergrund stehen werden, sage ich: Das mag vielleicht sein, aber dann in einer Form, wo sie auch zur Lösung gebracht werden können. Dann wird zum erstenmal das Parlament eine kompetente Vertretung der einzelnen Nationen sein. Straßer hat das dunkle Bewußtsein davon, wenn er sagt, daß die kleinen Parteien möglicherweise verschwinden werden. Damit allein schon wäre ein Schritt zur möglichen Verständigung zwischen den Nationen gemacht. Freilich, daß ein solches Parlament ein der Regierung zuliebe mit beschränkter Lieferzeit arbeitendes Parlament sein würde, das glaube ich allerdings nicht. Das wollen wir aber auch nicht. Und das war ja der Sinn meiner Ausführungen, daß eine Regierung, die nur das will, überhaupt unfähig wäre, das allgemeine Wahlrecht zu geben, weil sie die Situation nicht begreift. Ich muß mich aber mit diesem Argument doch noch etwas befassen.

Straßer hat es die Politik Austerlitz*) genannt. Es ist die Politik der „Arbeiter-Zeitung“ — ich bin mitverantwortlich dafür und will mich der Verantwortung nicht entziehen. Das Blatt hat allerdings nicht nur das Bedürfnis und die Pflicht, zu den Arbeitern, sondern auch zur Regierung und zu den herrschenden Klassen zu sprechen, und wir haben diese Pflicht in sehr vielen Fällen mit nicht unerheblichem Erfolge erfüllt und wir müssen sie auch in diesem Punkt erfüllen. Eine Wahrheit, die einmal in einem Jahre oder in zwei Jahren auf einem Parteitag gesagt wird, die nur grundsätzlich festgelegt wird, eine solche Wahrheit setzt sich nicht in Überzeugungen und Wirkungen um. Eine politische Wahrheit — und dazu ist die Presse da — muß immer und immer wieder gesagt, durch Beispiele immer wieder illustriert werden, um endlich in die Gehirne einzudringen. Wir können nicht mehr tun, als den Ministern das sagen. Ob diese nicht leichter empfänglich und vernünftiger werden durch das, was wir ihnen sagen, als durch das, was Straßer ihnen zu sagen beliebt, muß ich Ihrem Urteil überlassen. Aber wenn die Minister nicht zu Verstand kommen, wenn das, was wir ihnen sagen, keine Wirkung übt, so haben wir doch unsere Pflicht getan, wir müssen sie tun und indem wir das den Ministern sagen, erfüllen wir zugleich dem Proletariat gegenüber die Pflicht, daß wir ihm sagen: „Sehet ihr, die Leute tun nicht das, was sie tun müßten, obwohl es nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse des Staates, im Interesse des Weiterlebens dieses Gemeinwesens überhaupt ist.“ Wir häufen dadurch eine Verantwortung auf sie, die um so schwerer ist, je stärker unser Argument ist, wir machen ihr Verbrechen, das ein Verbrechen an der Arbeiterklasse ist, zu einem Verbrechen am Staate, zu einem Verbrechen an ihren eidlich übernommenen Verpflichtungen. Darum halte ich diese Politik ebenso für notwendig als vernünftig.

*) Friedrich Austerlitz, der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“.

Gewiß, wenn man so argumentiert, wie wir es auch von anderer Seite hören, daß man die V. Kurie gewissermaßen als eine Kostprobe für das Ergebnis des allgemeinen Wahlrechtes ansieht, argumentiert man eben von der Wurzel aus falsch. Denen, die so denken, möchte ich sagen: Es ist nicht nur notwendig, daß der Koerber die „Arbeiter-Zeitung“ aufmerksam liest, sondern auch die Genossen sollten es tun, sie würden zu dem Ergebnis kommen, daß die Sünde der V. Kurie, die Sünde dieser Verfälschung des Wahlrechtes nicht allein die ist, daß sie der Arbeiterklasse ein unvollständiges Recht gibt: nicht allein die, daß sie eine Entrechtung der Arbeiterklasse in der Quantität*) bedeutet, sondern daß die große Sünde darin liegt, daß die notwendigen günstigen Folgen, die aus dem Wahlrecht fließen, in der V. Kurie gar nicht zum Durchbruch gelangen können, daß im Gegenteil der Klassenkampf sich durch Kombinationen der Privilegienkurien und der V. Kurie unter Masken vollzieht, daß die V. Kurie ermöglicht, daß die bürgerlichen Parteien Leute in der Maske von Arbeitervertretern ins Parlament schicken und daß das Ergebnis der V. Kurie darum durchaus kein Bild davon ist, was uns das allgemeine Wahlrecht bieten kann. Das allgemeine Wahlrecht wird uns nicht den nationalen Frieden an sich bringen, aber die Möglichkeit, ihn zu erreichen, und es wird auch den Furor und muß die Wut abschwächen, mit denen die nationalen Angelegenheiten erledigt werden, weil das allgemeine Wahlrecht die Form ist, in der die Klasseninteressen zum parlamentarischen Ausdruck kommen können, während die V. Kurie die Form ist, in der die Klasseninteressen zum parlamentarischen Ausdruck verfälscht werden. Das ist das Entscheidende.

Es ist wahr, wir sind in einer chronischen Krise und es ist irrig anzunehmen, daß irgendwelche Sprachenverordnungen oder das Unglück mit den Parallelklassen in Troppau oder morgen irgendein Bezirksgericht oder übermorgen irgendwelche Straßentafeln daran schuld sind. In jedem Moment seit 1867, wo über Österreich entschieden werden mußte, wo es sich um die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn handelt, wo die Frage wieder an Österreich gestellt wird, hat es sich gezeigt, daß die Verfassung eine Möglichkeit der Lösung nicht bieten konnte, und in jedem solchen Moment haben wir eine innere Krise gehabt, so beim ersten Ausgleich Ende der siebziger Jahre, beim zweiten und nun beim dritten Ausgleich**). Nun ist die Krise absolut nicht mehr zu überwinden. Österreich ist am Ende seines Lateins. Wir schämen uns gar nicht zu sagen: Aus unserem Interesse,

*) Das heißt, daß sie zu wenig Abgeordnete bekommen.

**) Der Ausgleich mit Ungarn mußte alle zehn Jahre neu vereinbart werden, da er nur auf zehn Jahre abgeschlossen wurde. Da der erste Ausgleich im Jahre 1867 vereinbart worden war, bei Schaffung der dualistischen Verfassung, war die erste Ausgleichskrise Ende der siebziger Jahre.

nicht aus Anhänglichkeit an irgendwelche patriotische Vorstellungen, aber im Interesse der Arbeiterschaft, die wir vertreten, brauchen wir ein Österreich, brauchen wir eine Neuordnung des Staates, und wer anders denkt, der kann nur von der Voraussetzung ausgehen, daß durch äußere Einflüsse dieser Staat aufhören wird zu existieren. Keiner, der in Österreich lebt, hat an Österreich viel zu verlieren, keiner als ein paar Leute, die gute fette Posten haben und meinen, daß ein anderer Staat nicht so dumm sein wird, ihnen ebenso gute Stellung zu geben, weil sie zu dumm sind. Ich wüßte also, wer ein Interesse daran hat, daß die Katastrophe nicht eintrete. Aber wir können uns doch nicht auf ein Erdbeben einrichten, nicht auf eine Katastrophe einrichten, die außerhalb jeder Wahrscheinlichkeit liegt und von der wir heute sagen müssen, daß, soweit das Auge reicht und soweit sich mit irgendwelcher Sicherheit politische Dinge voraussehen lassen, sie nicht in Sicht ist. Wir haben das auch bei der Grundlegung unseres Nationalitätenprogramms gesagt: Wir hängen nicht an Österreich, wir hängen aber an den Völkern, die hier wohnen, wir halten den Patriotismus in der heutigen Form für einen Verrat am Vaterlande jedes einzelnen Volkes; Wir meinen, daß der Patriotismus im Gegensatz zum Interesse jedes einzelnen in Österreich lebenden Volkes ist. Wir haben aber zugleich viel zu viel Empfindung für Verantwortung und wissen, was wir unserer Klasse und unserem Volke schuldig sind, als daß wir uns mit irgendwelchen katastrophalen Nebelbildern abfinden lassen würden. Wir wissen, Österreich ist keinem der Völker, die hier leben, recht; aber wir sind alle auf absehbare Zeit — und jeder Politiker kann nur für absehbare Zeit Politik machen — gebunden an diesen Boden, gebunden an diesen staatlichen Raum. Darum wollen wir allen diesen Völkern ein Vaterland erkämpfen und darum verfolgen wir die schwarzgelben Patrioten, die diese Notwendigkeit nicht sehen und in ihrer Borniertheit, in ihrem Egoismus, in ihrer Dummheit, wenn nicht schlechtere Motive sie treiben. diese Notwendigkeit verschleiern wollen. Darum erklären wir die österreichischen Patrioten für die eigentlichen Verräter an den Völkern Österreichs. Wir haben den österreichischen Völkern ein Vaterland zu erkämpfen und dieses Vaterland liegt noch voran, ist und kann nur sein das Ergebnis einer gründlichen Umwälzung Österreichs, einer Wegräumung der Ruinen und eines Neubaues, in dem neues Leben möglich ist.

Von der Rolle, die wir dabei zu spielen haben, brauchen wir nicht mehr zu sprechen und wir können nicht voraussehen, weder im großen noch im kleinen, wo ein Eingreifen möglich, wo es notwendig sein wird.

Das Proletariat ist nicht allmächtig, aber was seine Macht leisten kann, was seine Hingebung, seine Intelligenz und seine Energie leisten kann, das wird das österreichische Proletariat leisten. (Stürmischer Beifall.)

Ungarn.

Die verratenen Ungarn.

Reichskonferenz vom 22. September 1905*).

Erlauben Sie, daß ich namens der Exekutive der österreichischen Sozialdemokratie unserem ungarischen Genossen auf das wärmste danke für die Worte der Freundschaft und für das Vertrauen, das

*) Am 8. September 1905 hatte der ungarische Minister des Innern Kristoffy das allgemeine und gleiche Wahlrecht für Ungarn **angekündigt**. Die sozialen Ideen sollten die staatsrechtlichen Ideen verdrängen. Es schien, daß Kristoffy und der Ministerpräsident Baron Fejervary dem Habsburger die Überzeugung beigebracht hatten, daß er der feudalen Rebellion der Magnaten nur Herr werden könne, wenn er gegen sie die Volksmassen mobilisiere. So sollte also das allgemeine Wahlrecht für das ungarische Parlament eingeführt werden.

In seiner Rede hatte Kristoffy unter anderem gesagt:

Das allgemeine geheime Wahlrecht bildet ein sicheres Mittel, um eine endgültige Lösung der Krise und eine Regeneration der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage herbeizuführen... Die staatsrechtlichen Ideen verlieren überall an Bedeutung und sie werden **siegreich** durch die sozialen Ideen verdrängt...

Die Wahlrechtsbewegung der ungarischen Arbeiter erhielt dadurch einen neuen Impuls. Am 15. September ruhte in Budapest die Arbeit, hunderttausend Arbeiter marschierten vor dem Parlament auf.

Aber auch die österreichischen Arbeiter nahmen den Kampf auf. Die Erregung war noch durch die Nachrichten aus Rußland gesteigert und immer lauter kam die Entschlossenheit zum Ausdruck, **russisch** zu reden. Aber die österreichischen Reaktionäre fürchteten, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn auch das allgemeine Wahlrecht in Österreich zum **Siege** führen müsse, da der Kaiser von Österreich das, was er den ungarischen Arbeitern bewillige, den österreichischen Arbeitern, die schon so lange dafür kämpften und eben erst wieder in einer mächtigen Bewegung dafür kämpften, nicht werde verweigern können. In den Beratungen, die unter dem Vorsitz des Kaisers stattfanden, erhob nun der österreichische Ministerpräsident Baron **G a u t s c h** gegen die ungarische Wahlreform **Einspruch**.

Darauf berief die Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie eine Reichskonferenz ein; diese fand am 22. September in **Wien** statt und beschloß ein Manifest, das zum schärfsten Kampf für das **allgemeine Wahlrecht** aufforderte. Die Wahlrechtsbewegung hat durch diese

in seinen Worten liegt, aber noch viel mehr dafür, daß sich unsere ungarischen Parteigenossen in diesem kritischen Zeitpunkt als eine wohlorganisierte zielklare Truppe der internationalen Sozialdemokratie bewährt haben. (Beifall.) Unsere ungarischen Genossen waren ja in einer sehr schwierigen Situation und wir alle haben oft einige Beklemmung nicht los werden können. Wir sind es gewohnt, gegen die Feinde oben zu kämpfen, gegen diese schwarzgelben, rotweißgrünen, dabei in allen Farben schillernden Herren, die die Völker beherrschen; aber wir halten es für eine Gefahr, daß auch nur der Anschein einer Gemeinsamkeit irgendeiner Art mit diesen Leuten bestehe. Es war gewiß für die ungarische Bewegung, für das allgemeine Wahlrecht ein großer Erfolg, daß ein von der Krone eingesetztes Ministerium einen Moment lang die Wahrheit und die Vernunft bekennen mußte, darum also dasselbe sagen mußte, was die Sozialdemokratie immer gesagt hat. Ich getraue mich aber zu sagen, es ist jedem unserer Genossen eine wahrhafte Erlösung, daß sie befreit sind von einer Gesellschaft, in der es vielleicht ein paar wohlmeinende vernünftige Leute gibt, deren Verbindungen aber in die schwarzgelben Regionen reichen, wo von Vernunft niemals die Rede ist. (Beifall.) Unsere ungarischen Sozialdemokraten müssen es sich gefallen lassen, als Vaterlandsverräter zu gelten, weil sie das Recht des Volkes wollen. Wir wissen alle, daß wir alle darin einig sind — ungarische und öster-

Aktion neuen Schwung bekommen. So hat die Rede Kristoffys zwar der österreichischen Arbeiterschaft das Wahlrecht gebracht, während Habsburg dann mit den ungarischen Grafen seinen Frieden machte und auf das allgemeine Wahlrecht verzichtete.

An der Konferenz nahmen 64 Delegierte teil. Referent war Pernerstorfer. Unmittelbar vor Adler sprach Garami im Namen der ungarischen Arbeiter.

Aus den weiteren Reden auf der Konferenz sei die Bemerkung Daszynskis hervorgehoben, die auf die russische Revolution anspielte: „Es wackelt mancher Thron in Europa, der fester stand als der Thron von Habsburg.“ In der Debatte, die dann am 26. September im Abgeordnetenhaus über das Wahlrecht stattfand, kam die revolutionäre Entschlossenheit der Arbeiter zum Ausdruck. Pernerstorfer sagte: „Die Regierung und die Dynastie mögen sich hüten, durch die Verweigerung der Volksrechte es dahin zu bringen, daß der revolutionäre Brand, der jetzt in Rußland wütet, nach Österreich übergreife. Durch die Politik der Regierung kann es kommen, daß in der Bevölkerung der Ruf ertönen wird: »Fort mit der Dynastie Habsburg!«“ Und Schuhmeyer erklärte, daß Österreich kein Fideikommiß des Hauses Habsburg sei.

Bei der Abstimmung stimmten 155 Abgeordnete für die Dringlichkeit, 114 dagegen. Und am 29. Oktober trat dann der Parteitag zusammen, während dessen die Nachricht vom Siege der russischen Revolution kam, womit der Endkampf für das Wahlrecht eingeleitet ward.

Gautsch, der hier als Verhinderer des allgemeinen Wahlrechtes auftritt, ist wenige Monate später schon unter den eifrigen Verfechtern der

reichische Sozialdemokraten —, daß wir ein freies Ungarn, ein selbständiges Ungarn, ein freies Österreich, ein selbständiges Österreich wollen, und wir sind einig in dem Gedanken, uns von jener Kette des Dualismus, die zur Galeerenkette geworden ist im Interesse der Dynastie (lebhafter Beifall), befreien zu wollen. Wenn die ungarischen Genossen das allgemeine Wahlrecht in diesem Moment in den Vordergrund stellen, so haben sie es auch in dem Gedanken getan, daß nur ein Parlament, das wirklich eine Volksvertretung ist, die Selbständigkeit Ungarns erkämpfen wird, so wie wir hier wissen, daß nur ein Abgeordnetenhaus, das ein Volkshaus ist, den Dualismus wird zertrümmern können und einen Staat aus diesem Gemengsel von unvernünftigen Zuständen machen. Es ist eigentlich gar nicht überraschend, daß ein österreichischer, in der Wolle gefärbter Schwarz-Gelber es war, der den Ausschlag gegeben hat, daß das Experiment mit dem allgemeinen Wahlrecht — wie man das hier nennt — vorzeitig gestört wurde. Die Vernunft ist beim Wiener Hof stets nur ein Experiment (Heiterkeit und Beifall) und niemals hat sich der Hof auf den Weg

Wahlreform zu finden. Angesichts der Erregung der Arbeiterschaft, die zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei führt — nach der Versammlung im Sophiensaal wurden am 2. November 1905 gegen hundert Personen auf der Ringstraße verwundet —, läßt Gautsch in der „Wiener Abendpost“ erklären, daß die Regierung zwar allen Ausschreitungen entgegentreten, aber „das Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung des Wahlrechtes seiner Erfüllung zuführen“ wolle. Und er hat am 25. Februar 1906 die Wahlrechtsvorlage eingebracht und sie mit Energie gegen die Herrenhäuser verteidigt. In dem vom Armeeoberkommando anbefohlenen Hochverratsprozeß gegen den Jungtschechenführer Kramarsch hat Gautsch als Zeuge die Wandlung der Krone zur Wahlreformfreundschaft mit der Befürchtung begründet, daß die russische Revolution auf Österreich übergreifen könnte.

Im Kampf gegen die Wahlreformfeinde im Polenklub ist Gautsch Ende April gefallen und nach einem kurzen Intermezzo des „roten Prinzen“ Hohenlohe kam Beck zur Regierung, dem die Fertigstellung der Wahlreform gelang.

Wir werden Gautsch später wieder als Nachfolger Bienenrths — der infolge des großen Sieges der Sozialdemokraten im Juni 1911 gefallen war — finden, wo er nach der großen Rede Adlers zum sozialdemokratischen Teuerungsantrag am 5. Oktober 1911 (siehe „Teuerung und Klassenjustiz“) eine sonderbare Rolle spielt. Er war wirklich, wie Adler hier sagt, nichts als ein Schwarzgelber. Als Höfling aufgewachsen, wurde der wie es heißt durch ein Verschulden des jungen Kaisers Franz Josef am Auge verletzte Paul Gautsch v. Frankenthurn im Kabinett Taaffe Unterrichtsminister, als der bisherige Unterrichtsminister Conrad trotz allem Entgegenkommen von den Klerikalen gestürzt worden war, und blieb es bis zum Sturz Taaffes im Jahre 1893 und wird es wieder unter Badeni. Nach dessen Sturz wird er Ministerpräsident, muß aber bald dem Grafen Franz Thun Platz machen. Am 31. Dezember 1904 wird er nach Körbers Sturz wieder Ministerpräsident und wird so wider Willen der Träger der Wahlreform.

begeben, der ihn den Völkern einen Schritt entgegenbringt, ohne sich ängstlich der Gefahr, die darin für seine Existenz liegt, bewußt zu sein und hat er einen Schritt gemacht, hat er immer zwei Schritte zurückgemacht. Herr Gautsch ist nichts anderes als ein richtiger schwarzgelber Österreicher und darum die Verkörperung alles dessen, was wir hassen, was wir bekämpfen und was wir vernichten müssen, wenn die Völker Österreichs zu einer würdigen Existenz kommen sollen. Wenn Herr Gautsch heute verlauten läßt, wie es Pernerstorfer erzählt hat, daß es vielleicht gar nicht so ist (Heiterkeit), seien Sie überzeugt, irgendein altes Weib am Hofe, ob es Gautsch ist oder ein anderer, wird es schon gewesen sein (Heiterkeit und Beifall), und wenn einer beschuldigt wird, daß er gestohlen hat und er den Vorwurf durch Wochen unbeachtet läßt, so hat er gewiß gestohlen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir glauben es einfach Herrn Gautsch nicht. Die Funktion dieses Herrn Gautsch und seiner Clique ist es ja, die Entwicklung des Volkes in unserem Lande zu stören und darum können sie nicht dulden, daß neben uns etwas Vernünftiges geschehe.

Unsere ungarischen Genossen sind eine jüngere Partei als wir und sie können aus der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie lernen, daß solche Kämpfe nicht schnell entschieden werden. Sie müssen sich darauf gefaßt machen, einen langen, zähen Kampf zu führen, darauf gefaßt machen, zehnmal zu stürmen, bevor sie beim elftenmal ihr Ziel erreichen. Auf diesem Wege werden wir sie begleiten mit allen unseren Wünschen, und wir werden ihnen helfen, indem wir bei uns dasselbe durchzusetzen suchen, was das Ziel ihres Kampfes ist. (Lebhafter Beifall.) Das Verbrechen, das Gautsch und seine Leute an den ungarischen Arbeitern nicht aus Haß gegen die ungarischen, sondern aus Haß gegen die österreichischen Arbeiter volbracht haben, wird genügend gezüchtigt werden. (Stürmischer Beifall.) Liebe, Solidarität und Sympathie unseren ungarischen Genossen, Krieg den Feinden des Volkes, Krieg vor allem Herrn Gautsch! (Neuerlicher, stürmischer Beifall.)

In diesem Sinne beantrage ich folgende

Resolution:

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich erwidert die Grüße des Delegierten der ungarländischen Sozialdemokratie mit dem herzlichsten Ausdruck ihrer internationalen Solidarität;

sie spricht den ungarländischen Genossen, die den Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht mit soviel Energie führen, ihre brüderliche Anerkennung und Sympathie aus und versichert sie, daß die Sozialdemokraten Österreichs verstehen werden, dafür zu sorgen, daß die Regierung Gautsch, die sich vermessen hat, dem guten Recht der Arbeiterschaft Ungarns freventlich nahezutreten, der wohlverdienten Züchtigung nicht entgehe.

Das Ende des cäsaristischen Traums.

Reichskonferenz vom 27. September 1908.

Es ist jetzt beinahe auf die Stunde drei Jahre her, daß wir uns in Wien auf einer Reichskonferenz mit der ungarischen Wahlreform beschäftigt haben*). Als im Jahre 1905 ein ungarischer Minister intelligent genug war und den Mut hatte, um das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht auf seine Fahne zu schreiben, als deshalb in Österreich und in Ungarn überall alle Zöpfe und Perücken wackelten, da hat der damalige österreichische Ministerpräsident Baron Gautsch erklärt, die ungarische Wahlreform sei nicht angängig, denn sie bedeute eine Gefahr für Österreich. Das war für uns das Signal, daß wir zu einer Reichskonferenz zusammentraten, um in Österreich das Recht unserer ungarischen Genossen

*) Siehe Adlers Rede auf der Reichskonferenz vom 22. September 1905.

Kaiser Franz Josef hatte sich zwar im Jahre 1905 von Kristoffy und Fejervary verleiten lassen, den Ungarn das allgemeine Wahlrecht zu versprechen, und Fejervary hatte auch wirklich am 28. Oktober 1905 die Wahlreformvorlage eingebracht. Aber dieser cäsaristische Traum hielt nicht an. Bald kam zwischen Franz Josef und den magyarischen Magnaten wieder der Friede zustande. Die Parlamentsmehrheit war eingeschüchtert und zum Frieden geneigt. So kam schon im Jahre 1906 zwischen der Krone und der Koalition (der Parlamentsmehrheit, die aus der 1848er Unabhängigkeitspartei, der „Verfassungspartei“ des Grafen Andrássy und der klerikalen Volkspartei bestand) ein Pakt zustande, wonach der Kaiser auf die Wahlreform, die Parlamentsmehrheit auf ihre „militärischen Forderungen“ (die Forderung der selbständigen ungarischen Armee) verzichten sollte. Um den Verrat zu maskieren, verpflichtete sich die Koalition, binnen zwei Jahren das allgemeine Wahlrecht einzuführen, worauf erst das auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählte Parlament über die militärischen Fragen entscheiden sollte. Dafür erhielt die Koalition die Regierung: Wekerle wurde Ministerpräsident, Andrássy Minister des Innern und der Führer der Unabhängigkeitspartei, des Nationalhelden Ludwig (Lajos) Kossuth mißratener Sohn Franz Kossuth wurde Handelsminister.

Zwei Jahre waren nun bereits verstrichen. Die ungarischen Machthaber dachten nicht mehr an die Unabhängigkeit, nicht mehr an eine Lostrennung von Österreich, nicht einmal mehr an das selbständige Heer, Franz Josef dachte kaum mehr an das Wahlrecht. Um so mehr aber dachten die ungarischen Machthaber an das allgemeine Wahlrecht, das als Gespenst ihnen das Ende ihrer Herrschaft androhte. Habsburg wieder plante ja allerlei Abenteuer auf dem Balkan (angefangen von der Sandschakbahn, den unten genannten „zweifelhaften Trassierungen von sehr zweifelhaften Bahnen“, bis zu der Annexion Bosniens) und es brauchte also mehr Soldaten. Die Stimmung war also auf beiden Seiten reif für einen weiteren Verrat. Konnte man die Wahlreform nicht weiter verschleppen, so wollte man sie doch verfälschen. Obwohl es in dem Pakt geheißsen hatte, daß die Wahlreform mindestens so weit gehen müsse wie die von Kristoffy und Fejervary (die jedem 24 Jahre alten Staatsbürger das Wahlrecht gab), stützte sich Andrássy nun darauf, daß im Pakt von dem allgemeinen, nicht aber von dem gleichen Wahlrecht die Rede war, und legte eine Wahlreform vor, die zwar jedem das Wahlrecht gab, aber den Besitzenden

zu vertreten, vor allem aber auch das Recht der österreichischen Arbeiter zu erobern. Sie erinnern sich daran, daß von der Stunde der Konferenz am 23. September 1905 an unser Wahlrechtskampf mit immer sich steigender Heftigkeit begonnen und endlich dazu geführt hat, daß wir heute das allgemeine, gleiche Wahlrecht besitzen, daß wir heute ein Volksparlament haben, das zwar in manchem durchaus nicht unseren Idealen entspricht, das aber doch auf der breitesten demokratischen Grundlage beruht und das, wie immer man über seine Handlungen denken mag, unser Parlament ist, das wir uns mit eigener Kraft geschaffen haben und das als die Vertretung der Völker Österreichs respektiert wird.

Es ist eine Art Pflicht der Dankbarkeit, daß wir die Erinnerung des Jahres 1905 auffrischen, daß wir den ungarischen Brüdern, den Genossen, die in einem Barbarenstaat die einzigen sind, die die Ideen der Demokratie und die Forderungen des Proletariats, die

auf Grund eines komplizierten Systems von Pluralstimmen zwei bis drei Stimmen, den Analphabeten Zehntelstimmen, wobei den Behörden die Möglichkeit geboten war, nach Belieben die Kenntnis des Lesens und Schreibens zu bestreiten, dazu die öffentliche Abstimmung und eine schamlose Wahlkreisgeometrie. Für die Bewilligung dieses Zerrbildes einer Wahlreform war die Koalition bereit, nicht nur auf das selbständige ungarische Heer zu verzichten, sondern auch der Krone die Vermehrung der Soldatenzahl und die neuen Geschütze mit den dazu benötigten Steuern zu bewilligen.

Dieser Plan brachte die ungarische Arbeiterschaft in Aufregung und um ihren neu einsetzenden Wahlrechtskampf zu unterstützen, berief die Gesamtparteivertretung die Reichskonferenz ein, an der außer 144 österreichischen Delegierten auch Vertreter der magyarischen, deutschen, serbischen, slowakischen und kroatischen Sozialdemokraten Ungarns erschienen. In einer Resolution wurde gegen diese Pläne protestiert und den ungarischen Arbeitern brüderliche Unterstützung zugesagt.

Die ungarische Regierung ließ sich dadurch nicht bewegen, das allgemeine Wahlrecht durchzuführen. Aber bald zeigte sich, daß die Unabhängigkeitspartei den Verrat doch nicht mitmachen konnte. Den Kern der Partei, die den Namen Kossuths trug, bildete die „Gentry“, der ungarische Kleinadel, der der Träger der ungarischen Unabhängigkeitstradition war, und dazu die Intellektuellen in den Städten. Gegen die Preisgabe der nationalen Forderungen erhob sich der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, Julius J u s t h, und drängte Kossuth aus der Partei, dem nur 74 Mitglieder folgten, während 120 bei Justh blieben. Justh stellte nun zwei Forderungen auf: die selbständige ungarische Notenbank und das allgemeine gleiche Wahlrecht. Die Obstruktion der Justh-Partei stürzte die Koalitionsregierung und Graf K h u e n - H e d e r v a r y verschaffte sich mit dem üblichen ungarischen Wahlschwindel und Wahlterror einen großen Sieg bei den Wahlen. Aber auch dieser vermochte ihn vor der Obstruktion der Unabhängigkeitspartei nicht zu retten. Es kam dann der gerichtlich überwiesene „Panamist“ Lukacs und als dieser sich angesichts der öffentlichen Verachtung nicht halten konnte — weigerte sich doch der Unterrichtsminister Graf Zichy in der Regierung zu bleiben, als das Gericht die gegen Lukacs erhobene Beschuldigung, der „größte Panamist“ zu sein, als bewiesen erklärte —, kam im Juni 1913 Stephan T i s z a. Und ein Jahr darauf der Krieg.

Forderungen der Kultur aufrecht halten, beistehen. Heute sagen wir: Wie ihr damals zu uns gestanden seid, so stehen wir heute zu euch! (Lebhafter Beifall.) Die internationale Solidarität des Proletariats aller Länder ist kein leeres Wort. Wir sind uns dessen bewußt, daß überall, wo das Proletariat seinen Klassenkampf führt, es in engster Verbindung mit den Interessen des Proletariats aller Länder ist; aber weit über diese Erkenntnis hinaus, die alle Proletarier verknüpft, verknüpft uns kämpfende Sozialdemokraten in Österreich naturgemäß die Solidarität mit den Proletariern aller Zungen in Ungarn. Man spricht so viel von gemeinsamen Angelegenheiten. Aber wie die herrschenden Klassen als gemeinsame Angelegenheit die gemeinsame Ausbeutung, den gemeinsamen Militarismus ansehen, haben wir Sozialdemokraten eine gemeinsame Angelegenheit, und an dieser kann keine staatsrechtliche Doktrin etwas ändern. Unsere gemeinsame Angelegenheit ist: das Recht des Volkes auf breiteste Grundlage zu stellen. Nicht allein die Empfindung der Nachbarschaft, nicht allein die internationale Solidarität ist es, die bewirkt, daß wir den ungarischen Wahlrechtskampf als unsere eigene Sache ansehen. Wir haben dazu, wenn das Wort gestattet ist, einen sehr egoistischen Grund. Gewiß ist jeder Fortschritt des Proletariats in jedem Land ein Fortschritt für die Proletarier aller Länder; aber Sie wissen ganz besonders, wie wir in Österreich darunter leiden, daß unmittelbar an unserer Grenze ein Reich steht, mit dem wir durch tausendfältige Beziehungen und täglichen Wechselverkehr verknüpft sind, das sich im vollen feudalen Zustand befindet; ein Reich, in dem die Arbeiter rechtlos sind, ausgeliefert der Willkür einer feudalen Clique und einem Übermut, dessen Exzesse sich in ganz Europa keine Arbeiterschaft mehr gefallen lassen darf. (Lebhafter Beifall.) Das ist bedrückend für die ungarische Arbeiterschaft, es ist aber auch für uns hier in Österreich ein schweres Hemmnis. Wo in Österreich sich die Feinde der Arbeiterschaft erheben, wo man unserem sozialen Fortschritt einen Stein in den Weg legen will, überall sehen wir die Hände der Ungarn in unserem Land, überall spielt die Berufung auf Ungarn eine Rolle. Es ist bezeichnend, daß die ungarische Wahlreform in Österreich wenig Freunde hat, außer der Arbeiterschaft und einer kleinen Gruppe, die egoistische politische Vorteile aus einer Änderung des Systems in Ungarn zu ziehen trachtet. Die große bürgerliche Presse, die die eigentliche Vertretung des bürgerlichen Österreich ist, steht auf der Seite der Koalitionsregierung — ohne Unterschied der Nation. Ein wenig verschleiert vielleicht bei den Slawen, ganz offen und brutal bei der deutschen Presse. Da schweigt alle nationale Solidarität. Dieselben Deutschen, die in Österreich selbst um jeden Nachtwächterposten bis auf das Blut kämpfen, die die Ruhe und den Frieden des Staates in Gefahr bringen wegen Lappalien, die vernünftige Menschen mit zwei Worten ordnen, die alle Delikte gegen das Strafgesetz und gegen die Vernunft begehen aus angeblichem nationalen Interesse:

sie geben ohne weiteres zwei Millionen Deutsche jenseits der Grenze der magyarischen Clique hilflos preis. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese politische und nationale Solidarität ist selbstverständlich bei uns lebendig und wir wissen ganz genau, daß jede Reaktion in Österreich ihren festesten Hort in den Unterdrückern Ungarns hat, und wenn wir Österreicher, wenn wir Sozialdemokraten in Österreich uns mit der ungarischen Wahlreform beschäftigen, so beschäftigen wir uns vor allem mit unserer eigenen Angelegenheit.

Aber wir meinen, es sollten sich auch andere Leute in Österreich mit der ungarischen Wahlreform beschäftigen, weil sie auch ihre eigene Angelegenheit ist. Als sich vor drei Jahren Baron Gautsch gegen die ungarische Wahlreform aussprach, da erklärte er, er halte zwar an dem Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns fest. Aber das, sagt er, hindert nicht, daß es Situationen geben kann, in denen die Stimme des österreichischen Ministerpräsidenten gehört werden muß und gehört werden wird. Es gibt solche Situationen, wo es sich um große uns anvertraute Interessen handelt und wo der Ministerpräsident sich zu äußern berechtigt und verpflichtet ist und sich dieses Recht nicht wird nehmen lassen. Wenn Baron Gautsch, der sich ja sehr bald von uns hat überzeugen lassen, daß das allgemeine Wahlrecht für Österreich kein Nachteil, sondern ein großer Vorteil ist, und dann wirklich einer der ernstesten Vorkämpfer des Wahlrechtes hier in Österreich geworden ist, damals so sprach, so haben wir das Recht, von der österreichischen Regierung zu verlangen, daß sie sich um die ungarischen Angelegenheiten kümmere und an maßgebender Stelle darauf aufmerksam mache, daß ein Verrat an den Völkern Ungarns eine Gefahr ist nicht nur für den Frieden Ungarns, sondern auch für die ruhige und fortschreitende politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Österreichs. (Lebhafter Beifall.) Wir ziehen die ungarische Regierung nicht zur Verantwortung und überlassen die ungarischen Minister unseren ungarischen Genossen zur geeigneten Behandlung. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben nicht den Wunsch, ihnen diese Arbeit abzunehmen. Aber unsere Sache ist es, mit denen, die Österreich regieren, zu reden und wir erheben hier offen die Forderung, daß die österreichische Regierung erkläre, sie könne es nicht verantworten, sie könne nicht ohne ihren Widerspruch den Betrug an den Arbeitern Ungarns begehen lassen. Wir schätzen als Realpolitiker die wirkenden politischen Kräfte so ein, wie sie wirklich sind. Wir machen uns nicht vor, daß wir stark sind und die anderen schwach. Wir suchen uns nicht darüber zu täuschen, daß die Welt nicht so ist, wie wir sie wünschen. Und so wußten wir und wußte jeder, daß die Stellung der Krone in dieser Angelegenheit eine äußerst wichtige Sache ist. Wir sind nicht die berufenen

Vertreter dynastischer Interessen. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Dynastie über ihre Interessen aufzuklären, und wir können ganz offen gestehen, daß wir aus der Geschichte Habsburgs wenig Hoffnung schöpften, daß das Wort der Krone in die Wagschale gelegt würde für das Recht des Volkes. Monarchen haben es ja immer sehr schwer, einen klaren Blick in politischen Dingen zu bekommen und sie haben alle Milderungsgründe, die eine schlechte Umgebung dem Politiker verleiht. Aber es hat sich gezeigt, daß die Tatsachen so stark gesprochen haben, daß selbst die Krone, die fürwahr nicht in den Traditionen des allgemeinen Wahlrechtes aufgezogen ist, erkennen mußte: Gegenüber dem Übermut der herrschenden Junker, die das Reich an den Rand des Abgrundes bringen, gibt es nur eine Rettung: den Appell an die Völker. Der König von Ungarn war es zuerst, der zu dieser Erkenntnis kam, und was der König von Ungarn versprochen hat, das hat bis jetzt der Kaiser von Österreich treu gehalten. Die Ungarn warten noch auf die Erfüllung des Versprechens des Königs von Ungarn. Parteigenossen! Ich hege die Hoffnung, daß es in der Geschichte nicht einmal heißen wird: Die Krone hat in Ungarn einmal in einer entscheidenden Zeit einen lichten Moment gehabt, aber sobald die eigentliche Gefahr vorüber schien, ist die alte Verblendung wiedergekehrt. Wir müssen gestehen, wir begreifen es nicht, wie die Krone sich darüber täuschen könnte, daß, wenn sie nicht festhält an dem wirklichen, unverfälschten, allgemeinen, gleichen Wahlrecht, nicht nur die Völker, sondern auch der Staat und sie selbst einer verhängnisvollen Zukunft entgegengehen. Wenn man zu wählen hat zwischen der Unzufriedenheit einiger adeliger Familien, dem Ärger einiger privilegierter Ausbeuter der Volkskraft, und auf der anderen Seite der Enttäuschung, dem Groll und der steigenden Verbitterung jener Millionen von Menschen, die die Kraft des Volkes ausmachen: da glaube ich, dürfte die Wahl eigentlich nicht schwer sein. (Lebhafter Beifall.)

Die ungarische Regierung, die sich durch ihr Wort gebunden hat, den Pakt zu erfüllen, der sie verpflichtet, das Wahlrecht auf demokratischer Grundlage zu schaffen, so wie es das Ministerium Kristoffy proponiert hat, behandelt diesen Vertrag wie einen Wechsel, den man nicht honorieren will und gegen den sie ihre Einwendungen erhebt. Aber die Geschichte richtet sich nicht nach den Regeln des Wechselrechtes. Mag man an dem Pakt deuteln und mäkeln, für die Empfindung der Massen würde eines bleiben, falls sich die Krone beugte: Einmal in Österreich haben die Völker ihr Vertrauen gesetzt auf das Wort der Krone, und dieses eine Mal hat man sie im Stich gelassen! (Stürmischer Beifall.) Das würde die einzige historische Tatsache sein, die tief eingebrannt würde in das Bewußtsein der breiten Massen in Ungarn, und ich meine, daß diese Tatsache zu vermeiden ein klügere Politik wäre, als einzuhandeln von der Koalition den Verzicht auf allerlei militärischen Mumpitz.

Die Koalitionsregierung sagt, jedermann bekommt das Wahlrecht und also haben sie den Vertrag eingehalten. Aber in Wahrheit bringt Andrassy ein Wahlrecht, das verdorben, verfälscht, entwertet ist, erstens durch das Pluralvotum und zweitens durch die Öffentlichkeit der Wahl. Die Kritik im einzelnen ist Sache der ungarischen Genossen. Aber unsere Sache ist es, daß wir an unsern Grenzen nicht ein Wahlrecht dulden wollen, das durch Winkelzüge, durch Betrug die Herrschaft der Minorität verewigt und den politischen Einfluß der breiten Massen eskamotiert zugunsten der Minderheit. Sie erinnern sich ja, wie auch bei uns, als die Schlacht schon verloren war, die Reaktionäre sich noch einmal hinter das Pluralvotum verschanzten. Aber das Pluralvotum, das unsere Klerikalen und Deutschnationalen uns geben wollten, war ein Kinderspiel gegen das, was die ungarische Regierung den ungarischen Arbeitern bietet. In dem ungarischen Entwurf finden Sie alle Schönheiten des Pluralvotums wieder, die nur irgendwo auf der Welt sich finden, eine vollständige Sammlung aller Gemeinheiten dieses Systems. Und dazu die Öffentlichkeit der Wahl, deren Zweck es ist, daß diejenigen, die herrschen, durch ein System der Wahlbestechung die Wahlen korrumpieren, daß sie geradezu kontrollieren können, ob die gekauften Wähler die Stimmen, für die sie gezahlt wurden, auch richtig liefern! Dadurch soll die Wahlkorruption verewigt, sollen die Unabhängigkeit und Freiheit der politischen Meinungsäußerung vereitelt werden. Aber weil wir das wissen und weil wir befürchten müssen, daß diese Korruption ihre Rückwirkungen auch auf Österreich haben müßte, darum protestieren wir dagegen und machen unsere Regierung dafür verantwortlich, daß sie, so viel an ihr liegt, auch das österreichische Interesse geltend mache.

Wir haben vor ganz kurzer Zeit einen Ausgleich geschlossen. Ob er unsern ungarischen Genossen gefällt, weiß ich nicht; uns gefällt er nicht. Er war einfach eine Notmaßregel, es mußte irgendein Abkommen getroffen werden. Aber darüber gibt sich niemand einer Täuschung hin, daß es bloß ein Waffenstillstand war, nicht eine definitive Ordnung des Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn. Eine solche wird erst möglich sein, bis nicht die bevorrechteten Schichten allein zu entscheiden haben, sondern bis die Völker selbst das Verhältnis der beiden Staaten einrichten können. Nur ein demokratisches Österreich wird seine Selbständigkeit sichern können und nur ein demokratisches Ungarn wird seine Selbständigkeit sichern können und nur diese beiden demokratischen Staaten werden die wirklich gemeinsamen Interessen, die man nicht aus der Welt hinausphilosophieren kann, zum Ausdruck bringen können.

Wir haben also in jeder Beziehung das größte Interesse an der Demokratisierung Ungarns, und in diesem ernstesten Moment haben wir geglaubt, unsere Stimme erheben zu müssen, obwohl wir in Österreich wahrhaftig eigene Sorgen haben. Wenn etwa in Ungarn gesagt werden sollte: Seht doch hin auf Österreich! Hat das allge-

meine Wahlrecht Österreich vom nationalen Hader befreit? Dann mögen unsere ungarischen Genossen antworten: Sehet hin, wo die Exzesse des nationalen Chauvinismus ihre Wurzel, ihre Quelle und ihren Schauplatz haben! In jenen Körperschaften, wo das Wahlunrecht noch heute besteht! Das österreichische Abgeordnetenhaus ist wahrhaftig kein Paradies an Friedlichkeit, aber im österreichischen Abgeordnetenhaus verbindet alle Parteien, die auf dem wirklichen Boden des Volkes ihre Wurzel haben, alle ohne Unterschied der Gedanken, diese Vertretung aufrechtzuhalten, und keine Partei wird ungestraft das Parlament zu gefährden wagen. Eine neue Art der Solidarität, die bisher unbekannt war, ist durch das demokratische Parlament geschaffen worden. Die Wurzel unserer Kämpfe aber liegt nicht in der Demokratisierung unseres Parlaments, sondern darin, daß in Österreich die Demokratie zwar einen Beginn hat, daß aber noch viel fehlt und noch viel zu erkämpfen sein wird, bis sie eine Tatsache ist auf allen Gebieten unseres politischen Lebens. (Stürmischer Beifall.) Ich schließe, indem ich Sie weise auf die ungarische Sozialdemokratie, die heute die Vorkämpferin des Rechtes der Arbeiter ist in Ungarn, aber auch die Vorkämpferin der wichtigsten Interessen der Arbeiter in Österreich, und diesen unsern kämpfenden Brüdern wünschen wir Sieg, Heil und Erfolg! Hoch das gleiche Wahlrecht in Ungarn! Hoch die ungarische Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall und Hochrufe.)

Schl u ß w o r t.

Ich glaube, Sie stehen alle unter dem Eindruck, daß diese Konferenz eine Manifestation der lebendigen, wirkenden Kräfte Österreichs wie Ungarns ist, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Wir stehen alle unter dem Eindruck, daß die Redner, die hier gesprochen haben, die Zukunft Österreichs und Ungarns vertreten. Parteigenossen! Gestatten Sie noch ein Wort nach oben, an die Herren, die uns regieren. In einem Augenblick, wo der ganze Osten Europas in Bewegung kommt, wo auf dem Balkan und darüber hinaus alle Völker sich regen, wo die österreichische wie die ungarische Politik allen Anlaß hätte, ihr Prestige gegenüber diesen Völkern auf solide Grundlagen zu stellen: in diesem Augenblick schickt man sich an, zu zeigen, daß wir den Völkern des Ostens nichts anderes zu bieten haben als Uniformierung, Rechtsbruch und Unterdrückung. Aber wenn man Politik nach dem Osten machen will, so ist weit wichtiger als zweifelhafte Tracierungen von sehr zweifelhaften Bahnen zu zeigen, daß Österreich und Ungarn ein Kulturelement in der europäischen Politik sind. Aber hier zeigt sich wieder, daß das klassenbewußte Proletariat der einzige Kulturträger in diesem Staate ist, daß alle lebendigen Kräfte Österreichs, daß alles, was lebendig und zukunftsberechtigt in Ungarn ist, in unserem Lager ist. (Beifall.)

Und nun noch ein Wort an Sie, Genossen aus Ungarn! Sie haben durch Jahre und wieder in den letzten Wochen gezeigt, daß Sie auf

den Straßen Budapests und auf den Straßen in hunderten Orten Ungarns mit Verachtung jeder Gefahr sich den Säbeln und Bajonetten entgegenstellen, Sie haben uns gezeigt, daß die Gesetze, die Sie binden und brutalisieren, daß die Knebel für die Arbeiterschaft Ungarns nicht existieren, Sie haben es verstanden, dort, wo alle stumm, alle geknebelt sein sollen, das Wort zu sprechen, das Wort der Wahrheit, das Wort des Volkes. Wir brauchen Ihnen keine Ratschläge zu geben, Sie wissen, wie Sie Ihre Kämpfe führen sollen. Aber wenn Sie etwas erheben kann, wenn Sie etwas aneifern, wenn Ihnen etwas Mut geben kann, möge es das sein, was uns auch in unserem Kampfe geholfen hat, daß wir gewußt haben, daß die ganze Arbeiterschaft mit uns eines Sinnes ist, daß jeder Schritt, den wir tun, ein Schritt für alle ist, mögen Sie die Empfindung haben, daß Ihre Gegner mit ihren verlogenen und heuchlerischen Phrasen immer mehr isoliert werden, immer mehr entkleidet werden der Hüllen, die sie erborgt haben, der Hüllen einer Kultur, die sie expropriieren, aber von der in der Politik nichts zu spüren ist. Mögen Sie das Bewußtsein haben, daß Sie eine große Aufgabe vollführen für sich selbst, für die Völker Österreichs und für das Proletariat aller Länder. (Stürmischer Beifall.)

Gegen die Vergewaltigung Kroatiens.

Rede im Parlament am 19. April 1912*).

Der Herr Ministerpräsident hat sich bemüßt gefühlt, die Beantwortung der Interpellationen mit einer Rüge gegen unsere, von der deutschen Sozialdemokratie eingebrachte Interpellation einzuleiten. Er hat uns wieder vorgeworfen, daß diese Interpellation es an der nötigen Ehrfurcht habe gebrechen lassen. (Heiter-

*) Kroatien und Slawonien bildeten seit 1868 einen Teil der ungarischen Reichshälfte, hatten aber einen eigenen Landtag. Seit 1918 gehört das Land zum jugoslawischen Königreich. Im Jahre 1848 und 1849 hatten die Kroaten für Habsburg gegen Ungarn gekämpft und der kroatische Banus Jellachich war der Feldherr der Gegenrevolution. Zum Dank dafür wurden die Kroaten von Habsburg, als es seinen Frieden mit den Magyaren machte, dem magyarischen Staat einverleibt, hatten aber dann doch eine gewisse Autonomie errungen.

Am 3. April 1912 war die Verfassung Kroatiens aufgehoben und der Banus v. Cuvaj als königlicher Kommissär eingesetzt worden, ohne daß ein anderer Grund dafür bestanden hätte, als daß der kroatische Landtag eine oppositionelle Majorität hatte, die sich gegen die Magyarisierung des Landes zur Wehr setzte. Diese Aufhebung der kroatischen Verfassung ist einer der wesentlichsten Gründe für den Zerfall Österreichs, denn sie hat die bis dahin kaisertreuen Kroaten innerlich erschüttert und zu der Vereinigung der Kroaten und Serben beigetragen, die beide die gleiche Sprache sprechen, nur daß die katholischen Kroaten sie mit lateinischen, die orthodoxen Serben mit glagolitischen Lettern schreiben. Kaiser Franz Josef war für den kroatischen Staatsstreich gewonnen worden, weil der ungarische Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary ihm dafür ein Nachgeben der ungarischen Parlamentsmehrheit in der mili-

keit.) Ich will mit dem Ministerpräsidenten nicht allzu scharf ins Gericht gehen, denn ich kann mir wohl denken, daß diese Schulmeisterei zu den engeren Pflichten des Metiers gehört, das er ausüben muß. Aber ich möchte denn doch sagen: Wenn das Verlangen nach Ehrfurcht jemals nicht am Platze war, so in diesem Moment. (Sehr richtig!) Ehrfurcht habe ich vor dem Helden; Ehrfurcht habe ich vor dem Weisen; Ehrfurcht habe ich vor dem Guten, dem Heiligen; aber Ehrfurcht habe ich nicht vor Handlangern, die weder gut, noch weise, noch heldenhaft sind. (Lebhafter Beifall.) Der Verfassungsbruch ist nichts, was Ehrfurcht einflößen kann (Beifall) — und man mag über die Personen, die die Verantwortung dafür verfassungsmäßig nicht tragen (Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!), denken wie man will —, gerade diesen Moment des offenen Bruches der beschwornen Verfassung sich auszusuchen und von uns Ehrfurcht zu verlangen, ist wahrhaftig ein starkes Stück, das bringt nicht einmal der § 63 des österreichischen Strafgesetzes zustande. (Lebhafter Beifall.)

Denn meine Herren, um was es sich da handelt, das ist kein Heldenstück. Was ist das für eine Kunst, in das wehrlose Land einzubrechen, wenn man Soldaten hat, die noch immer gehorchen müssen, wenn man Bajonette und Kanonen hat, wenn man den Galgen hat und den Henker sich kommen lassen kann; was ist das für eine Kunst, was ist das für ein Heldenstück, über die Verfassung hinwegzugehen, über die Verfassung, die ein Stück Papier ist, wenn nicht die Treue dahintersteht? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Dazu gehört kein Mut. Und Güte ist es auch nicht. Güte ist es nicht, gegen ein armes

türkischen Frage (Verzicht auf die magyarischen Embleme und Fahnen bei den ungarischen Heeresteilen) zusagte.

Als am 18. April das österreichische Parlament zu seiner Sommertagung zusammentrat, brachten die Sozialdemokraten eine Interpellation über den kroatischen Ausnahmezustand ein. Über die Antwort des Ministerpräsidenten wurde die Debatte eröffnet, in der Dr. Adler auf den Zusammenhang der kroatischen Zustände mit der ganzen inneren und äußeren Politik Österreichs hinwies.

Der Ausnahmezustand in Kroatien, der statt der erwarteten „Pazifizierung“ die Revolutionierung der Kroaten brachte (was die zwei Attentate auf den Banus Cuvaj und seinen Nachfolger Skerlec bewiesen), mußte schließlich nach 20 Monaten, als sich die Verhältnisse auf dem Balkan unter dem Einfluß der beiden Balkankriege zuspitzten, aufgehoben werden.

Zu den Bemerkungen Adlers über die nötige Ehrfurcht siehe auch Adlers Rede vom 7. Dezember 1911, als Stürgkh sich dagegen verwahrte, daß eine Interpellation Adlers gegen die den Mitgliedern des Kaiserhauses geschuldete Ehrfurcht schwer verstoße. („Ehrfurcht vor der Kriegspartei“ im Abschnitt „Militarismus und Krieg“.)

Die „Personen, die die Verantwortung für den Verfassungsbruch verfassungsmäßig nicht tragen“, wie sich Adler später ausdrückt, sind der Kaiser und der Thronfolger, und der § 63 ist der Paragraph, der die Beleidigung des Kaisers als gemeines Verbrechen erklärte und mit schwerem Kerker bestraft.

Volk vorzugehen, das wesentlich auch durch die Schuld der Regierung vergewaltigt wird, dieser Regierung, die ganz Österreich zusammenregiert — denn wenn sie auch verschiedene Namen trägt und an verschiedenen Orten und in verschiedenen Büros sitzt, so sind sie doch alle miteinander solidarisch. Es ist ein Weichselzopf von

Vergewaltigungen durch die Jahrhunderte

(Beifall), von Vergewaltigung, die sich an allen Völkern gerächt hat, nicht zuletzt an diesen nach so vielen Richtungen rückständig gebliebenen, gewaltsam rückständig gehaltenen Südslawen. Das ist kein Beweis von Güte, von ehrfurchtfordernder Güte, daß man diese Ärmsten, Wehrlosesten, mit Gewalt und Wortbruch züchtigt.

Und ist es gut, daß das gerade an den Kroaten geschieht? Wir hier im österreichischen Parlament können wohl sagen, es ist eine historisch wichtige Sache, und es ist eine — ich will nicht sagen gerechte, denn es ist allzu hart —, aber es ist eine historische Sache, daß das österreichische Parlament hier in Wien ausrücken muß zum Schutze des kroatischen Volkes, das im Jahre 1848 mißbraucht wurde, als sich diese Völker mit dem Blute eine Verfassung erkämpfen wollten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Daszynski: Das zweitemal machen die Kroaten so etwas nicht.

Dr. Adler: Ich hoffe, sie sind belehrt, denn die Völker vermögen mitunter aus der Geschichte zu lernen, die Monarchen nie! (Lebhafter Beifall.) Und ist es die Weisheit dieser Maßregel, die unsere Ehrfurcht verlangt? Was wünscht denn die Dynastie eigentlich in Kroatien, mit wem sucht sie denn Fühlung, bei wem sucht sie Sympathie? Mitunter kommt mir diese ungarische, und sehr häufig auch die österreichische Herrschaft gerade mit Rücksicht auf die Kroaten und Serben da unten vor, wie wenn sie einmal mit dem rechten Fuß die Serben, dann mit dem linken Fuß die Kroaten treten würde — getreten wird immer. Sie hetzt die beiden Völker gegeneinander, und nun hat sie es glücklich zustande gebracht — früher ist sie wenigstens da unten noch auf einem Bein gestanden —, daß sie jetzt jede Stütze verloren hat, jetzt tritt sie auf beide. Ist das Weisheit?

Wir haben zwei Gattungen von Gewaltsystemen, das schwarzgelbe ist nicht sympathisch, das grün-weiß-rote*) ist auch nicht sehr sympathisch — in Kroatien spüren sie jetzt eine angenehme Melange dieser beiden Gewaltsysteme (lebhaftes Heiterkeit), und ich hoffe, sie kriegen jetzt alle genug. Das ist also die Weisheit, die uns Ehrfurcht einflößen soll? Nein! wir haben dafür nichts anderes übrig, als die Verurteilung eines Verbrechens an den Völkern da unten, aber zugleich eines Verbrechens an uns allen! (Beifall!) Wir protestieren dagegen im Namen der Solidarität aller

*) Die Farbe Ungarns.

Völker, die sich zur Freiheit entwickeln wollen (lebhafter Beifall), im Namen der Solidarität aller Völker, die in der Freiheit die erste Bedingung ihrer Kulturentwicklung haben.

Aber nicht nur Solidarität, nicht nur Gefühle sind es, die uns bestimmen. Wir haben das allergrößte praktische Interesse daran. Erstens ist es nicht gut, wenn sich die Regierungen Exzesse straflos erlauben. Jede Sünde erzeugt Gewohnheit zur Sünde und die österreichischen Regierungen und die ungarischen erst recht sind Gewohnheitsverbrecherinnen im Verfassungsbruch. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Was den Ausnahmezustand anlangt, so kennen wir ihn ja auch aus Erfahrung, und wir Sozialdemokraten empfinden ganz besondere Sympathie für jene, die durch den Ausnahmezustand getroffen werden. Das eine können wir aber sagen: So niederträchtig, so borniert der Ausnahmezustand ist, so irrsinnig und gegen alle Vernunft der Politik er speziell in diesem Falle ist, aushalten kann man ihn. Den Trost können wir den Südslawen geben: Auch unser Ausnahmezustand, unter dem die Arbeiterschaft Österreichs durch mehr als sechs Jahre gelebt, unter dem man alles vernichten wollte, was die Arbeiterschaft an freier Bewegung besitzt, hat dazu geführt, daß wir uns prachtvoll entwickelt und gelernt haben, besser mit dem Ausnahmezustand auszukommen als die Regierung mit dem Gesetz. (Lebhafter Beifall.)

Trotzdem ist jeder Ausnahmezustand — und ein Verfassungsbruch in diesem Umfang ist ein Ausnahmezustand ohne jedes Feigenblatt einer Motivierung — ein Verbrechen. Er ist aber ein doppeltes Verbrechen, weil es sich in Österreich nicht allein um die politische Freiheit der einzelnen Völker, sondern um das Zusammenleben aller Völker handelt. Wir in Österreich sind also auf das engste davon berührt und haben alle ein großes Interesse daran, daß die Schicksalsfrage — jetzt spreche ich nicht von Österreich allein —, daß die Schicksalsfrage von Südosteuropa, das ist die Lösung der Frage, wie die südslawischen Völker miteinander neben den Deutschen, die wir an sie grenzen, leben können, daß diese Schicksalsfrage, von der wir heute nicht wissen, ob Österreich sie zu lösen vermag, die vielleicht länger leben wird als Österreich, die aber sicher so geartet ist, daß, wenn Österreich sie nicht lösen kann, es an ihr zugrunde gehen muß (lebhaft Zustimmung), daß diese Schicksalsfrage aller dieser Völker im Südosten Europas nicht vergiftet, verdreht, verzerrt und unmöglich gemacht werde durch die Verhetzung der Völker untereinander und durch die Gewalttat, die die naturgemäße Entwicklung hindert.

Wir haben nun freilich in Österreich darauf unmittelbar nur einen beschränkten Einfluß, und da es sich heute nicht um österreichische Gewalttaten handelt, sondern um jenseitige, so will ich nur sagen, daß in Ungarn nicht weniger töricht, nicht weniger kurzsichtig regiert wird als in Österreich, ja daß dort eine dünne

Schicht von Besitzenden, von „Baronen“, das Land rücksichtslos ausbeutet und seine Bürger rücksichtslos knechtet. Ein Kapitel in diesem Kampfe ist auch der Kampf Kroatiens um sein Recht. Unser Protest heute kommt nun allerdings in einem Moment, wo eines der Kapitel dieser politischen Geschichte Ungarns zum Abschluß gekommen,

einmal wieder ein Bankrott eingetreten ist.

Wie die Politik des nächsten Ministeriums sein wird, wissen wir nicht. Das aber wissen wir, daß in Ungarn die Entwicklung und die Möglichkeit, zu geordneten Zuständen zu kommen, im Interesse Ungarns und in unserem eigenen von einer demokratischen Verfassung für Ungarn und für Kroatien abhängen. (Zustimmung.) Das eine wissen wir, daß wir in Österreich auch nicht leben können und die ungeheuer schwierige Frage unsere eigenen nationalen Angelegenheiten unrettbar verderben wird, solange da drüben so ein Regime herrscht, wie es die Herren Khuen und Cuvaj handhaben. Die Wirtschaft da drüben ist ein Verbrechen nicht nur gegen die Ungarn und die Kroaten, sondern ein Verbrechen gegen uns alle.

Wir Sozialdemokraten haben doppelt und dreifach Ursache, uns gegen diesen Ausnahmezustand zu wehren, denn so wie er alle Parteien in Kroatien trifft, so trifft er auch die kroatische organisierte Arbeiterschaft und die sozialdemokratische Partei in allererster Linie. Er trifft sie in allererster Linie, weil sie eine bewegliche, stramm aufstrebende und tätige Partei ist; er trifft sie, weil die Arbeiterschaft für ihre Organisation, für ihr wirtschaftliches Vorwärtskommen nichts notwendiger hat, als Presse, Vereine, kurz alle politischen Rechte. Es ist kein Zufall, daß eines der ersten Opfer dieses Ausnahmezustandes ein sozialdemokratisches Blatt war — das man eingestellt hat. Ich wiederhole: Die Arbeiterschaft wird in erster Linie getroffen; ich sage Ihnen aber und glaube, es sagen zu können, die Arbeiterschaft in Kroatien wird diesen Ausnahmezustand und diese Gewaltherrschaft überleben, ohne Schaden zu nehmen; sie wird sich entwickeln trotz alledem und alledem! (Beifall.)

Nun scheint es ja, meine Herren, daß der Herr Ministerpräsident einige Ahnung davon hat, daß diese Vorgänge in Kroatien vielleicht auch für eine österreichische Regierung ein Gegenstand der Betrachtung sein können und müßten. Er muß es ja verstehen, weil es klar zutage liegt, daß in einem Moment, wo Österreich geglaubt hat, auf dem Balkan aktiv vorgehen zu müssen, dort zu annektieren, das Banner Österreichs auf dem Balkan definitiv aufzupflanzen, daß es vielleicht nicht sehr empfehlend ist, daß Österreich dann seine Visitenkarte dort abgibt, auf der der Herr Cuvaj unterzeichnet ist. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Dafür dürfte der Herr Ministerpräsident eine Empfindung haben. Aber er sagt, er werde den „Moment“ erwarten, bis er sich dieser Pflicht unterziehen werde, er werde

den Zeitpunkt wahrnehmen, wann er gegen die abträglichen Rückwirkungen dieses Verfassungsbruches einschreiten werde. Ich fürchte, unsere österreichische Regierung überlegt zu lange und wartet zu lange. Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß die Tatsache, daß der Herr Ministerpräsident namens der österreichischen Regierung erklärt, daß sie überlegt, bereits ein politisches Faktum ist (Heiterkeit), das ist ein Wert, der Rarität hat. (Erneuerte Heiterkeit.) Wir wollen zugeben, daß es in Österreich schon eine seltene Sache ist, daß sich auch eine österreichische Regierung einmal überlegt, was in Ungarn vorgeht, während die Ungarn fortwährend sehr scharf herüberblicken und kontrollieren, was wir machen. Wir wollen auch zugeben, daß die Regierung sich wahrscheinlich vorstellt: Wenn der Herzog fällt, dann muß der Mantel nach — wenn Herr Khuen im Abgrund verschwindet, so wird der Herr Cuvaj ihm wohl folgen müssen. Das mag alles sein. Trotzdem, meinen wir, ist es höchste Zeit, daß die Regierung etwas Ernstliches, Ausdrückliches und Konstatierbares, protokollarisch Konstatierbares unternimmt. Es ist die höchste Zeit, weil wir in Österreich, wir, die Vertreter aller Völker Österreichs, dieses Eingreifen brauchen, nicht gegen die ungarische Regierung, die an ihren Sünden schon selbst kaput gehen wird, sondern für die Völker da unten, die begreifen müssen und denen deutlich vor Augen geführt werden soll, daß das österreichische Parlament die österreichische Regierung genötigt hat, ihre Pflicht zu tun, die Pflicht der Solidarität gegen die Völker, die Pflicht, einzuschreiten und Protest einzulegen gegen ein Verbrechen an diesen Völkern, gegen ein Verbrechen, das für uns die schwersten Folgen haben kann. Das österreichische Parlament, und unsere Partei mit, tut nur seine Pflicht, wenn es dem Volke, das gegenwärtig vom Verbrechen bedroht ist, zum Ausdruck bringt, daß es sich mit ihm solidarisch fühlt, daß es alles tun wird, um die Regierung zu verhalten, ihre Pflicht zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Die russische Revolution.

Der Ausbruch der russischen Revolution*).

Im Favoritner Arbeiterheim am 26. Jänner 1905.

Der Vorsitzende sagte, wir kommen zusammen wegen der grauenhaften Vorgänge in Rußland**). Es ist wahr, viel Grauenhaftes ist geschehen, aber wir sind gewöhnt, solange wir leben, aus Rußland Grauenhaftes zu vernehmen. Heute kommen wir nicht wegen des Grauenhaften zusammen, sondern wegen der Freudenbotschaft, die wir aus Rußland hörten. Wir kommen zusammen, weil jede Faser in uns hofft, daß das das Ende des Grauens ist oder wenigstens der Anfang vom Ende des Grauens. (Jubelnde Zustimmung.) Vor unsern Augen vollzieht sich etwas Gewaltiges, etwas, wonach wir uns gesehnt haben, daß endlich dieses Volk, das unter dem verabscheuungswürdigsten und fluchwürdigsten Drucke steht, die Kraft gewinne, sich zu erheben und seine Ketten abzuschütteln! Wir hoffen, daß wir am Beginn der russischen Revolution stehen. Ich sage, wir hoffen, wir glauben, wir wünschen, aber an welchem Abschnitt des Weges wir stehen, das weiß keiner von uns, aber auch keiner in Rußland, von dem ärmsten Proletarier, der sich vor die Flinte stellt, bis zu dem regierenden Blutmenschen. Keiner weiß genau, wo wir stehen, ob das wirklich der letzte Akt des

*) Da auch die russische Revolution am Zerfall der Habsburger Monarchie ihren wesentlichen Anteil hat, sei auch die Rede, die Adler beim Ausbruch der russischen Revolution gehalten hat, hier abgedruckt.

**) Die Nachrichten über die russische Revolution und über die Schüsse auf die friedlich mit einer Bittschrift an den Zaren heranziehende Menge hatten die Arbeiterschaft auch in Wien aufs äußerste erregt und von den Werkstätten kamen die Massen zum Favoritener Arbeiterheim. Als erster sprach der Vorsitzende Pölzer, der erklärte, daß die Arbeiter zur Besprechung der grauenhaften Vorgänge in Rußland zusammengekommen seien. Darauf beziehen sich diese einleitenden Worte Viktor Adlers. Wie gewaltig der Eindruck der russischen Vorgänge auf Wien war, zeigt die Tatsache, daß in die Versammlung auch ein Telegramm von Hermann Bahr kam, der damals allerdings noch nicht sein klerikales Herz entdeckt hatte. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut: „In der leidenschaftlichen Bewunderung für die russischen Helden fühlt sich mit unserem tapferen Proletariat wieder vereint Ihr alter Hermann Bahr.“

Dramas ist, oder ob dem russischen Volke noch neue Prüfungen, neue Rückschläge bevorstehen.

Ungeheures hat sich begeben. In einem Lande, wo jeder Gedanke verfolgt wird, der sich gegen die herrschende Gewalt richtet; in einem Lande, das Sibirien als Antwort hat auf jede Forderung, in dem jährlich Tausende der Edelsten und Besten, Männer und Frauen, verschickt werden, zugrunde gehen und sich dennoch abarbeiten an der gigantischen, dem einzelnen schier unlöslichen Aufgabe; in einem Lande, wo Schrecken ausgeht von der Macht: in diesem Lande sind am letzten Sonntag Hunderttausende ausgezogen, unbewaffnet, friedlich und nichts verlangend als dieses: Mit ihrem Vater zu sprechen. (Gelächter.) Lachen Sie nicht, Genossen, das ist eine ernste, tiefe und wichtige Sache. Die revolutionäre Bewegung in Rußland ist alt, sie datiert nicht vom letzten Sonntag und nicht von den russischen Niederlagen. Sie ist entstanden mit der Entwicklung des Kapitalismus. Revolutionäre Gesinnung, revolutionäre Propaganda sind in die russische Bevölkerung hineingetragen worden als die Produkte der ökonomischen Entwicklung Rußlands. Diese lange Arbeit bildet eine Heldengeschichte einziger Art. Wir österreichischen Sozialdemokraten sind nicht verwöhnt worden; aber alles, was wir an Opfern und Hingebung geleistet haben, verschwindet vor der anbetungswürdigen Hingebung der russischen Revolutionäre. Es verschwindet gegen dieses Ungeheure, was da einzelne Menschen geleistet haben, nicht gestützt, wie wir, durch den Anblick solcher Versammlungen, sondern einsam als Vereinzelte, die sich verstohlen sehen, die jeder für sich dem sicheren Tod entgegensetzen — es muß nicht der Galgen sein, die Bergwerke im Ural, die Eisfelder in Ostasien genügen auch — und doch nicht ermatten. (Brausender Beifall.) Aber so groß die Erfolge der Arbeiter und der Intelligenzler waren, eine scheinbar unübersteigbare Wand trennte sie vom endlichen Erfolg. Der Zarismus — der Zar selbst ist in diesem Moment eine höchst unwichtige und jämmerliche Figur — stützt sich auf eine Bürokratie, die gewalttätig, grausam, verlogen, korrupt, vom Landesverrat lebt — denn ihre Gewohnheitsdiebstähle sind schuld an den verlorenen Schlachten in der Mandschurei. Das schwerste Hindernis aber war die Verbindung von religiösen und politischen Vorstellungen, die *Vaterlandsfremdheit*, eine Art von Patriotismus, die uns völlig fremd ist und im Zaren nicht nur den Vater, sondern den Vermittler zwischen Himmel und Erde sieht, Kaiser und Papst in einer Person. Das Volk glaubte wirklich, daß alles Übel nur von schlechten Beamten herrührt; wenn Väterchen davon wüßte, würde es anders. Diese Gedankenwelt müssen Sie sich vorstellen, wenn Sie Rußland begreifen wollen. Dazu gesellt sich noch ein Proletariat, das nicht in städtischen Verhältnissen aufgewachsen ist, das eben erst zum Proletariat geworden ist, von der Bauernschaft verkannt und den ganzen Nebel von religiösem und politischem Glauben mit sich führt, blind für klare Einsichten. Diesen Menschen zu sagen: Der

Staat ist keine göttliche Einrichtung, der Zar ist nicht euer Vater, sondern der Staat ist nur eine Unterdrückungsmaschine, der Zar euer blutigster Feind, das ist eine Aufgabe, die Jahre, Jahre verlangt hat. Diese Massen in Fluß zu bringen, dazu brauchte es gewaltiger Dinge. Das erste und Wichtigste war der Krieg. Heute ist der Friedenszar (Gelächter) nicht mehr der Patriarch, der über seine Bauern herrscht, sondern er steht an der Spitze einer kapitalistischen Bande, die nicht weniger habgierig ist als der Kapitalismus in allen andern Ländern, nur braucht sie sich in Rußland gar nicht zu genieren. Der russische Kapitalismus brauchte die Naturreichtümer von Korea, insbesondere die Holz- und Eisenbahnspkulanten, es lag also ein nationales Interesse ersten Ranges vor, deshalb wurde der Krieg entfesselt. Die Tausende von Leichen in Port Arthur, am Yalu und Schaho, sie sind Rußlands kapitalistischer Politik dargebracht worden. Aber Rußland kann nicht kapitalistische Politik treiben, weil man nicht das Schöne ohne das Unangenehme haben kann, seine alte Bürokratie, die nicht viel mehr als stehlen kann (Heiterkeit), hat sich den Existenzbedingungen des Kapitalismus entgegengestemmt. Unterricht gilt noch als Verbrechen. Dieser Krieg hat das Seine zur Aufrüttelung beigetragen. Wenn der Befehl heute in die Dörfer kommt, daß immer neue Soldaten ausgehoben werden müssen — die Steuern werden ja in Rußland, wie ein im Vorjahr erschienener Ukas beweist, buchstäblich eingepeitscht —, da fragen sich die Leute doch: „Warum nach Japan?“ Der Wunsch nach Frieden ist allgemein und die Niederlagen haben gewiß den Glauben an die Allmacht des Zaren bei allen heruntergedrückt, aber viele glaubten doch noch an seine — Allgüte. (Bewegung und Heiterkeit.)

In ihrer teuflischen oder jesuitischen Art haben die russischen Behörden mit Hilfe der Polizei in Moskau, Odessa und in Petersburg Arbeiterorganisationen gegründet. Sie haben natürlich bequemer wie wir Mitglieder bekommen, aber die „Iskra“ sagt sehr richtig: „Du kannst die Natur auspeitschen mit der Rute, sie kehrt wieder zurück.“ Es wurden eben doch proletarische Organisationen und bald hatte die Polizei keine andere Sorge, als ihre eigenen Schöpfungen wieder los zu werden. Wer Gapon*) ist, wissen wir nicht. Ob er wirklich ehrlich begeistert und in gutem Glauben die Organisationen schuf, wir wissen es nicht, es ist auch gleichgültig. Ob Gapon ein Werkzeug des Zaren oder ob er sich als Werkzeug der Befreiung dachte, jedenfalls ist er ein Werkzeug der Geschichte geworden. In den großen Putilowschen Werken gibt es sicher auch sozialistische Elemente, aber sie konnten in dieser von bäuerischen Vorstellungen beherrschten Masse nicht entscheidend wirken. Gapon hat diese Masse nun zusammengefaßt und an ihren Traum, an ihren Aberglauben geführt: die Allgüte des Väterchens! Da fiel der Nebel und

*) Heute wissen wir es schon ganz genau, daß Gapon in den Diensten der politischen Polizei war. Aber damals — unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution — mußte man noch zweifeln.

es starrte den bisher Gläubigen entgegen nicht die gütige Hand des Vaters, sondern die Gewehrläufe der Soldaten und die Knuten der Kosaken. (Lebhafte Entrüstungsrufe.) Nun wissen sie, wie die Allgüte des Zaren aussieht. (Rufe: Die Mörder!) Wenn in der Mandschurei der Glaube an die Allmacht, so ist am Sonntag der Glaube an den Zaren überhaupt und auf ewig in Brüche gegangen. Das ist die historische Bedeutung dieses Tages. (Lebhafter Beifall.)

Demonstrationen haben wir viele erlebt in Rußland. Ich erinnere mich, daß wir schon 1891, bei der zweiten Maifeier, aus dem Innern Rußlands von geheimen Maifeiern erfuhren. Wir haben später von großen Demonstrationen in Industriebezirken, nicht nur in Warschau, Lodz, sondern auch im Süden des Reiches vernommen. Millionen von Flugschriften und Zeitungen sind mit Lebensgefahr hinübergeschmuggelt, andere Millionen sind in Rußland geheim gedruckt und verbreitet worden. Aber was ist das gegen die Propaganda, die der Zar selbst macht? Unsere Genossen können schreiben mit ihrem Herzblut, das wirkt gewiß, aber wie ganz anders ist die Wirkung, wenn die Schergen des Zaren mit dem Herzblut des Volkes schreiben. (Leidenschaftliche Unruhe.) Deshalb dürfen wir hoffen, daß die Mörder selbst in dem Blute, das sie vergossen haben, ersaufen werden. (Stürmische Zustimmung.) Der Träger dieser Revolution — und das gibt unserer Auffassung wieder einmal recht — ist das industrielle Proletariat. Die Sozialdemokratie hat immer gewußt: Solange das Proletariat fehlt, ist die Revolution vorzubereiten, aber nicht zu machen. Was hat man auf die Bauernschaft gehofft, wie viel hat man von den alten kommunistischen Einrichtungen in den Dörfern erwartet, von den Terroristen, von den Intelligenzlern allein! Nun, hier sind sie, die alten Bauern, aber umgebildet dadurch, daß sie aus dem Boden gerissen sind, dieselben unkräftigen Bauern, die nun hingesetzt sind als ausgebeutete Proletarier. Die Bodenbesitzer erniedrigt zu Sklaven und gerade dadurch erhöht zu Trägern einer geschichtlichen Wendung.

Heute las man in den Zeitungen, wie Trepow, der blutigste Polizist des Zaren, in Petersburg vollen Frieden stiften will. Er wird zweitausend Arbeiter der Putilowschen Werke ausweisen. Ich hoffe, daß Trepow diesen Gedanken nicht aufgibt. Denken Sie, wenn diese zweitausend Menschen hinausgeschickt werden über das Reich und in den Dörfern ihren Freunden, ihren Brüdern, ihren Vätern erzählen können, wie die Allgüte des Zaren eigentlich aussieht: eine bessere und wirksamere Botschaft kann nicht besorgt werden. Diese zweitausend Missionäre werden gute Arbeit leisten. (Brausender Beifall.)

Wir dürfen hoffen, daß wir am Beginn einer Umwälzung stehen, von deren Bedeutung wir alle noch keine Vorstellung haben. Der Zarismus lastet nicht nur bei sich zu Hause auf allen, er ist der Bundesgenosse, der Büttel aller Niedertracht in Europa. Wenn eine Körperschaft, ein Politiker zum Zaren hält, so ist's ein sicheres

Zeichen, daß Todfeinde aller Kultur dahinter stecken. (Rufe: Lueger!) Christlichsoziale Blätter sagen, die jüdischen Spekulanten und Kapitalisten stecken hinter der Revolution. Nun, wenn es irgendwelche Mitschuldige des Zarismus gibt, so ist es der internationale christliche, aber auch sehr jüdische Kapitalismus. Diese reichen Juden, die Herr Lueger angeblich bekämpft, füttern ja seinen geliebten Zaren mit Anleihen. Mit ihren Millionen kämpft er in der Mandschurei, mit ihrem Gelde besoldet er seine Spitzel. (Zustimmung.) Was aber das jüdische Proletariat in Rußland betrifft, so gehört es zu dem tätigsten, opferfähigsten, aber auch zu dem gedrücktesten Proletariat. (Lebhafter Beifall.) Genossen! 1848 dichtete Freiligrath, als Wien aufstand:

Wenn wir noch knien könnten, wir lägen auf den Knien.
Wenn wir noch beten könnten, wir beteten für Wien.

In dieser Stimmung gedenken wir der russischen Revolutionäre. Ihnen, die gefallen sind, ihnen, die noch fallen werden, sagen wir, daß wir sie verehren, daß wir an ihrem Werke hängen, daß wir ihnen Sieg und Heil wünschen (brausender Jubel) und daß wir so, wie wir diesen Zaren hassen und verachten, die russischen Revolutionäre lieben und als unsere Brüder begrüßen. (Endloser Beifall.) Wer nicht wüßte, daß die Internationalität des Proletariats kein Schemen, kein in der Luft hängender Gedanke ist, der wäre ergriffen von dem Gefühl der Teilnahme, das die ganze proletarische Welt den russischen Vorkämpfern entgegenbringt. Es lebe das internationale Proletariat! Es lebe die Revolution in Rußland! Hoch! Hoch! Hoch!

Gegen den Zarismus.

Parteitag in Reichenberg, 1909.

Wir können nicht unsere Arbeit in Angriff nehmen, ohne daß wir den Zusammenhang unserer Arbeit feststellen mit dem großen Fortschritt, mit dem großen Vormarsch des ganzen Proletariats, und wir können nichts tun, ohne vor allem jener Proletarier zu gedenken, jener Sozialdemokraten, die gegenwärtig auf dem schwersten Posten der ganzen Internationale kämpfen, ohne zu gedenken des heldenmütig kämpfenden revolutionären Proletariats in Rußland*). (Lebhafter Bei-

*) Das ganze Jahr 1908 waren Meldungen über Hinrichtungen auf der Tagesordnung. Am 2. Jänner 1909 brachte der Kadettenführer Miljukow in der Duma den Antrag ein, den Unwillen über die täglich zahlreicher werdenden Todesurteile und die unerhörte Zahl von Hinrichtungen auszusprechen. Der Antrag wurde aber von der Duma abgelehnt, worauf die ganze Opposition den Saal verließ. Am 16. Jänner wurde bekannt, daß Eugen Philippowitsch Asew, der Führer der terroristischen revolutionären Organisation als Polizeispitzel entlarvt wurde. Im Juni kam der Zar Nikolaus mit dem Kaiser Wilhelm in den finnischen Schären bei Fredrikshaven zusammen.

fall.) Die russische Revolution hat tatsächlich einen Wendepunkt für Europa, für die Welt bedeutet, einen Wendepunkt, der in seinen Folgen nicht weniger wichtig sein wird, als es die Französische Revolution des vorigen Jahrhunderts war. Jetzt wütet aber die Konterrevolution; jetzt wütet eine Reaktion der Grausamkeit, vor deren Brutalität wir, die wir doch auch etwas erlebt haben, erschauern müssen. Wir wissen alle, daß der Galgen auf der Tagesordnung ist, daß die einzige Methode, nach welcher Rußland regiert wird, der Mord ist, und Sie wissen alle, wie die Korruption der Lockspitzel aufgezeigt hat, daß das Regime des Zaren vor keiner Infamie zurückschreckt. Verantwortlich dafür ist vor allem der Zar. Solange es ein persönliches Regime und einen Absolutismus in der schärfsten Form in Rußland gibt, solange ist der Zar die verantwortliche Person für alle Verbrechen, die dort begangen werden. (Stürmischer Beifall.)

Nun, Parteigenossen, wir wollen nicht zurückhalten mit unserm Urteil darüber. Wenn die Geschäftsfreunde und Berufskollegen es nicht unter ihrer Würde finden, mit ihm in Berührung zu treten, wir sprechen es aus und sprechen nicht nur im Namen der Sozialdemokraten, wir sprechen im Namen aller ehrlichen, aller guten Menschen Europas, aller, die ein Herz haben für die Menschheit, wenn wir sagen: „Weg von unserm Boden, wenn er sich nahen sollte!“ (Stürmischer, andauernder Beifall.) Die Revolution in Rußland ist zurückgedrängt, aber sie ist nicht tot; die Revolution in Rußland geht weiter, und es wird eine Auferstehungsfeier kommen, die von neuem einen Wendepunkt, von neuem einen Vorstoß der Menschheit bedeuten wird. Unsere Genossen aller Zungen in Rußland führen einen schweren Kampf, und wenn wir hier sprechen von einem Kampfe bis zum Tode, so hat das fürwahr in Rußland noch eine ganz andere Bedeutung als bei uns. So grüßen wir denn die Kämpfer, so grüßen wir unsere Brüder aller Zungen in Rußland. Und ich schlage folgende Resolution zur Annahme vor:

Der russische Zarismus setzt sein grauenvolles Werk der Völkerverwüstung fort; seine Justiz ist der Galgen, seine Politik die Lockspitzelei. Der Parteitag spricht seinen Abscheu aus und brandmarkt dieses System von Blut und Infamien, dessen Duldung und Fortdauer die Schmach und Schande Europas ist. Der Parteitag erklärt, daß der persönlich verantwortliche Vertreter jener verbrecherischen Gewaltherrschaft von der Arbeiterschaft als Verbrecher an der Menschheit angesehen und daß jede Annäherung als eine entehrende Beschimpfung empfunden wird. Der Parteitag entbietet den heldenmütig kämpfenden Proletariern aller Zungen in Rußland seinen brüderlichen Gruß und sehnt mit ihnen ihren endlichen Sieg im Kampfe um die Befreiung herbei.

Der Kampf um das Parlament.

Neue Aufgaben.

„Kampf“ vom 1. Oktober 1907.

In Stuttgart*) wurden die Delegierten aus Österreich von allen Seiten mit Glückwünschen begrüßt: „Ihr seid die Sieger!“ In der Tat haben die siegreiche Durchführung des Wahlrechtskampfes und fast noch mehr unsere Wahlerfolge auf unsere Genossen im Ausland einen großen Eindruck gemacht, einen um so überraschenderen vielleicht, als man da draußen von uns bisher recht wenig gewußt hat, und zudem die internationale Einschätzung unserer Partei beeinflußt ist von dem negativen Prestige, dessen sich unser Staatswesen allgemein erfreut. Nun darf sich die Sozialdemokratie Österreichs mit gutem Gewissen der Anerkennung ihrer Leistung freuen und das Bewußtsein, daß sie entscheidenden Anteil genommen hat an der jähen Wendung in der Geschichte unseres Landes, muß ihr Kraftgefühl und ihr Selbstvertrauen erhöhen. Aber die Freude an der vollbrachten Arbeit tritt zurück vor der Erkenntnis, daß weit Schwereres nunmehr zu vollbringen ist.

Das ist die Empfindung, die alle denkenden Parteigenossen beherrscht: die österreichische Sozialdemokratie ist mit der Erringung des Wahlrechtes in einen neuen Abschnitt ihrer Entwick-

*) Bei den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts, die vom 14. bis 23. Mai 1907 stattfanden, hatten die Sozialdemokraten 1,040.000 Stimmen (von 4,676.000 abgegebenen) und 87 von 516 Mandaten erhalten, und zwar 50 deutsche, 24 tschechische, 6 polnische, 5 italienische und 2 ruthenische Mandate. Im Laufe des nächsten Jahres gewannen die deutschen Sozialdemokraten noch zwei Mandate dazu.

Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß, der vom 18. bis 24. August in Stuttgart stattfand, waren die österreichischen Delegierten, deren aus Deutschösterreich allein 75 anwesend waren, Gegenstand herzlicher Beglückwünschung. August Bebel erwähnte in seiner Begrüßungsrede: Unsere österreichischen Genossen, die jahrelang mit Heroismus und Begeisterung den Kampf um das Stimmrecht geführt hatten, sie zogen mit 87 Genossen als stärkste Fraktion der Welt in das österreichische Parlament ein. (Stürmischer Beifall.)

Der „Kampf“, die Monatsschrift der österreichischen Sozialdemokratie, hat nach den Wahlen unter der Leitung von Otto Bauer, Adolf Braun und Karl Renner zu erscheinen begonnen. Der Artikel Adlers war sozusagen der Einführungsartikel.

lung eingetreten, der noch weit größere Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit stellen wird als der soeben in zwei Jahren der höchsten Anspannung aller Kräfte überwundene. Die Wegräumung der Ruinen des Kurienparlaments hat den Ausblick eröffnet auf Probleme, die noch weit radikalere Lösungen erheischen, und hat erst die Bedingungen geschaffen, sie vorzubereiten. Das Klasseninteresse des Proletariats verlangt gebieterisch, daß die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Völker von den Hemmungen befreit werde, die der nationale Kampf ihr bereitet. Die Lähmung des Staates, unter der die Arbeiterschaft weit mehr leidet als alle andern Klassen, muß durch eine grundstürzende Umwälzung und eine grundlegende Neuordnung der Verfassung und Verwaltung überwunden werden. Wir erleben es in Österreich, daß das Proletariat unter der kläglichen Ohnmacht des Klassenstaates mehr leidet, als es unter seiner furchtbaren Übermacht je leiden könnte. Das nationale Problem ist nicht nur ein Problem des Staates, sondern vor allem die Schicksalsfrage des Proletariats aller Völker in Österreich. Es kann aber nur gelöst werden, den Völkern kann nur ungehemmte nationale und damit kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung werden durch die Sprengung des historischen Gefüges des Staates und durch die Beseitigung des bürokratischen Gerüstes, das nicht mehr stützt und trägt, sondern einengt und würgt.

Noch einmal sei es gesagt: ein proletarisches Klasseninteresse ist diese Neuordnung und darum erscheint die revolutionäre Sozialdemokratie in Österreich in ihrem Wesen mehr konservativ als destruktiv. „Staats er halten d“) sei die österreichische Sozialdemokratie, höhnen die Feinde und mitunter auch die Freunde. Fällt uns nicht ein: an diesem Staat ist verteuelt wenig zu erhalten, aber staatsbildend sind wir, wollen wir wenigstens, müssen wir sein, weil die besitzenden Klassen auch diese erste, primitivste Leistung schuldig geblieben sind. Daher der positive Charakter der sozialdemokratischen Politik in Österreich und darum gehört es zu ihrem größten Ruhme, was Genosse Austerlitz an positiver Leistung zur Lösung des Wahlrechtsproblems, was Genosse Renner an positiver Leistung zur Lösung des nationalen Problems beigetragen hat. Wir österreichische Sozialdemokraten haben ganz besondere politische und taktische Probleme und müssen ihre Lösungen selbst erarbeiten. Die Traditionen des proletarischen Kampfes in andern Ländern können uns in diesen entscheidenden und schwierigsten Fragen leider wenig helfen und die bittere Not zwingt uns, selbst unseren eigenen Weg zu suchen.

Den Weg suchen heißt aber mehr als nur das Ziel setzen, so schwierig das schon sein mag. Denn die Anerkennung der nationalen Autonomie und der Demokratie als Grundlage der zu erstrebenden Verfassung war eine ausreichende Formel, solange das Kurienparlament jede praktische Annäherung an die Sache aus-

*) Siehe die Bemerkungen über die „k. k. Sozialdemokratie“ bei der Rede auf dem Parteitag 1898 „Obstruktion gegen Baden“.

schloß. Nunmehr wird es gelten, den Rahmen des Prinzips mit deutlichen und konkreten Vorstellungen zu füllen und diese politische Leistung wird die gesammelte Kraft und die hingebendste gemeinsame Arbeit und den größten politischen Mut der Sozialdemokraten aller Nationen erfordern. Wir schwierig sie sein wird, davon gibt das soeben sehr rechtzeitig erschienene gedankenreiche Buch Otto Bauers*) einen überaus deutlichen Begriff. Die gemeinsam gewonnene Erkenntnis des Notwendigen zur bewußten, mit aller Energie gewollten Forderung des Proletariats zu machen, die Widerstände zu überwinden, die sich ihrer Verwirklichung in den Weg stellen werden, das wird der Hauptinhalt des schweren Kampfes sein, der der Sozialdemokratie bevorsteht.

Daß mit dem Kampfe um die nationale Autonomie die Gestaltung und die zukünftige Entwicklung der Organisation unserer Gesamtpartei aufs engste verknüpft ist, sei in diesem Zusammenhang nur flüchtig berührt. Auch hier liegt ein spezifisch österreichisches Problem, von dessen Bedeutung und dessen Schwierigkeiten unsere glücklicheren Bruderparteien keine Ahnung haben. Was sie allein beschäftigt, ist das Verhältnis des Proletariats zu den anderen Klassen. Für uns ist die schwierigste Frage das Verhältnis der Proletariate der verschiedenen Nationen zueinander und die sich daraus ergebenden organisatorischen Notwendigkeiten. Auch hier ist mit allgemeinen Grundsätzen noch lange nicht alles getan, vielmehr sorgfältigste Anpassung an das in jedem Augenblick Erforderliche geboten. Die internationale Solidarität des Proletariats der ganzen Welt zu bekunden, ist erheblich leichter, als diese internationale Solidarität innerhalb der engen schwarzgelben Grenzpfähle wirksam und widerspruchslos zu betätigen. Bisher können wir mit dem Funktionieren unserer Organisation im ganzen zufrieden sein und sie hat die schwere Probe bestanden, eine brauchbare Grundlage für unsere parlamentarische Organisation zu geben. Aber es ist eine immer wieder neu zu lösende Aufgabe, neben der naturgemäß sich immer schärfer ausprägenden Selbstständigkeit unserer nationalen Organisationen die internationale Geschlossenheit der Gesamtpartei zu wahren.

Stellt uns das allgemeine Wahlrecht so vor neue Aufgaben von ungeheurer Schwierigkeit, so sind die alten nicht leichter geworden. Gewiß haben wir in dem Wahlrecht agitatorisch und organisatorisch eine Waffe gewonnen, deren Segen wir schon heute, nach wenigen Monaten, empfinden. Wir haben so lange und so viel von den Vorteilen des Wahlrechtes gesprochen, daß darüber kein Wort weiter verloren werden soll. Aber wir müssen darauf gefaßt sein und wir spüren es da und dort schon heute, daß das Wahlrecht nicht nur uns Vorteile gebracht hat, sondern ebenso unseren Gegnern. Sie haben sich zwar weidlich gesträubt gegen die erzieherischen Wohltaten des gleichen Rechtes, aber da sie sie doch über sich ergehen lassen mußten, profitieren sie auch davon. Das Privileg hat das Bürgertum faul und politisch dumm gemacht bis

*) „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie.“

zur vollständigen Versumpfung und Kampfunfähigkeit, so daß schon eine vielfach recht primitive Organisation unserer Partei ihm weit überlegen war. Diese relative Überlegenheit wird aufhören, die freie Luft des gleichen Rechtes wirkt regenerierend auf das faule Fleisch unserer Gegner und wir werden stärkere Widerstände zu überwinden haben. Schon darum ist die intensivste Arbeit an dem Ausbau unserer Organisation eine dringende und drängende Notwendigkeit. Hier wird unser P a r t e i t a g, der demnächst zusammentritt, sein Bestes zu leisten haben. Die Aufgabe ist aber um so schwieriger, weil das Arbeitsfeld ungemein gewachsen ist. Die Wahlen haben uns neben gelegentlichen Enttäuschungen manche angenehme Überraschung gebracht, die wichtigsten davon waren nicht etwa die etlichen Mandate, auf die wir kaum zu rechnen gewagt hatten, sondern die ganz beträchtliche Stimmenzahl, die wir in Bezirken erreichten, wo unsere agitatorische Arbeit bisher wenig aussichtsreich erschienen war. Diese Erfolge legen uns große unabweisliche Pflichten auf. Es handelt sich dabei meist um Wahlbezirke, wo noch lange nicht an das Durchdringen eines sozialdemokratischen Abgeordneten gedacht werden kann, aber ein empfängliches, unserer Agitation zugängliches Proletariat ist da, und darum haben wir mit voller Kraft einzusetzen und alle Aufwendung an Menschen und Mitteln zu machen, die nötig sind, um diese Schichten zu erwecken.

Nun fehlt es uns, offen ausgesprochen, an beiden: an Menschen und an Mitteln. Die Partei ist in den letzten Jahren rasch gewachsen und sie hat unstreitig an Leistungsfähigkeit gewonnen. Aber das rapide Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung, das unser Stolz und unsere Stärke ist, die erfreuliche Entwicklung der Genossenschaftsorganisation, unser Fortschreiten auf allen Gebieten hat eine so bedeutende Zahl von agitatorisch und organisatorisch tüchtigen Genossen in Anspruch genommen, daß der Nachwuchs dem Bedarf nicht genügt, und zwar weder der Zahl nach noch der Durchbildung nach. Wir können unsere Leute nicht reif werden lassen, wir können ihnen nicht die Zeit gönnen zur methodischen Schulung. Wir haben eine erfreuliche Anzahl tüchtiger Praktiker, die ihre Arbeit klaglos, vielfach vorzüglich leisten, aber sie können der Aufgabe nicht genügen, einen Nachwuchs heranzuziehen, weil sie selbst zu wenig Schulung genießen konnten und weil sie so überbürdet sind mit täglich drängender Arbeit und Überarbeit, daß an geordnete irgendwie systematische Weiterbildung kaum zu denken ist. Diese Not ist die Folge der Kriegsjahre, die wir hinter uns haben. Wir haben wie im Feldlager gelebt, ohne Ruhe, ohne Muße, stets von der Hand in den Mund. Die Fähigkeit, die wir am meisten ausgebildet haben, ist die Schlagfertigkeit, die Kampfbereitschaft, aber die Gründlichkeit unserer Schulung konnte nicht Schritt halten. Dazu kommt, daß die Notwendigkeit, alle Kraft auf einen Punkt, den Wahlrechtskampf, zu konzentrieren, eine gewisse Einseitigkeit zur Folge haben mußte. Hier muß mit aller Energie eingegriffen werden. Soll die Partei nicht verflachen, so müssen wir

um jeden Preis, koste es, was es wolle, die Bildungsarbeit der Partei mit aller Kraft aufnehmen. Die Mittel dazu können und müssen beschafft werden. Die großen Volksversammlungen, so nötig sie sind, dürfen auf die Dauer nicht den Vorträgen die Kräfte entziehen. Die intensive Kleinarbeit der sozialdemokratischen Schulung muß wieder in den Vordergrund gestellt werden und die besten Kräfte der Partei müssen sich ihr widmen. Wähler gewinnen ist nützlich und notwendig; Sozialdemokraten erziehen ist nützlicher und notwendiger.

Freilich, auf ruhige Zeiten dürfen wir auch jetzt nicht rechnen. Ganz im Gegenteil. Nicht allein um die großen Ziele der Verfassungsreform, um jedes kleinste Stück sozialer Reform werden wir bitter zu kämpfen haben. Wenn man Herrn Beck gläubigen Gemütes zuhört, möchte man allerdings glauben, wir hätten eine Ära ausgiebigster sozialpolitischer Aktionen vor uns und die Regierung wie die bürgerlichen Parteien hätten gar kein dringenderes Anliegen an die Sozialdemokratie, als von ihr bei dieser Reformarbeit nicht gestört, sondern unterstützt zu werden. Es ist schwer zu sagen, wie viel Selbsttäuschung in dieser Täuschung steckt. Sicher ist, daß sich die bürgerlichen Parteien noch niemals in Österreich mit so klarem Bewußtsein zu gemeinsamem Kampf gegen die Sozialdemokratie vereinigt haben als in diesem Parlament, und daß der Inhalt dieses Kampfes sein wird und naturgemäß sein muß der äußerste und geschlossene Widerstand gegen jede Maßregel, die ihren Profit und ihr Herrschaftsinteresse zu beeinträchtigen geeignet ist. Die Lehre vom Klassengegensatz wird uns jetzt von unseren bürgerlichen Gegnern praktisch demonstriert. Nur der wohlerworbene Respekt, in den sich die Arbeiterschaft zu setzen wußte, hindert die vereinigte Reaktion daran, den so oft und so heiß ersehnten Vorstoß gegen das Koalitionsrecht zu machen. Von ernsthafter Sozialpolitik der Regierung ist aber vorläufig nichts zu sehen, so weit das Auge reicht. Sogar die Alters- und Invaliditätsversicherung ist noch immer nicht über ihre dekorative Verwertung in feierlichen Ansprachen hinausgekommen und es ist nicht abzusehen, wann endlich dem Parlament ein konkretes Gesetz vorliegen wird. Und doch wäre Eile dringend geboten. Denn heute ist jede sozialpolitische Arbeit im Parlament wie außerhalb desselben einigermaßen begünstigt durch die industrielle Hochkonjunktur. Nicht der Schrecken der Krise, nur ein leises Abflauen der Konjunktur wird genügen, um den Widerstand der Unternehmerschaft und ihrer parlamentarischen Vertretung aufs äußerste zu steigern und sie zu jedem reaktionären Anschlag zu ermutigen. Es wird also nötig sein, den sozialpolitischen Arbeitseifer der Regierung zu spornen, und der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten steht unmittelbar vor der schwierigen und verantwortungsvollen Aufgabe, in wirksamer Weise sein volles Gewicht geltend machen. Auch die parlamentarische Arbeit der Partei ist gerade durch ihren großen Erfolg in eine neue Phase eingetreten und auch hier müssen die

sachlichen Ziele und die taktischen Bedingungen des Kampfes in ernster Bemühung festgestellt werden.

Zu dieser reicheren, umfassenderen und vertiefteren Betätigung der Partei bedürfen wir vor allem der Ausgestaltung unseres kostbarsten politischen Werkzeuges, unserer Presse. Was sie dem Proletariat bisher geleistet, ist in seiner Eigenart einzig und wird ihr unvergessen bleiben. Aber auch ihre Aufgaben sind nunmehr größere geworden, und wir werden unser Äußerstes tun müssen, um sie den neu erstandenen Notwendigkeiten anzupassen.

Wie lebendig das Bewußtsein der neuen Pflichten und der erhöhten Verantwortung in der Partei ist, davon legt die Begründung dieser neuen Zeitschrift Zeugnis ab. Lange geplant und zögernd nach allen Seiten erwogen, wurde sie endlich gewagt, da wir es nicht länger entbehren können, einen Boden für Erörterungen zu haben, den unsere Presse, die der brennenden Not des Tages dienen muß, nicht bieten kann. Wenn der „Kampf“ leistet, was er soll, wird er die Stätte sein, wo die Kampfziele und Kampfmethoden der Partei in gemeinsamer Erörterung erarbeitet werden. Wir haben kein Bedürfnis, eine Arena für theoretische Turniere zu eröffnen, aber wir brauchen dringend ein Organ der Selbstverständigung, einen Boden für unbefangene und nicht verpflichtende Meinungsäußerung, für den Austausch von Gedanken, die noch lange nicht bindende Parolen sind, eine Werkstatt für die innere Arbeit der Partei an sich selbst. Hier sollen die ganz eigenartigen Probleme erörtert werden, die dem Proletariat in Österreich aufgebürdet sind. Was diese Zeitschrift uns leisten soll, ist schwierig zu erfüllen, aber es ist uns bitter notwendig, weil sie aus der Not geboren wurde, braucht uns um das Gelingen nicht bange zu sein.

Der Besuch in der Hofburg*).

Debatte über den Fraktionsbericht. —

Parteitag 1907.

Was Genosse Bernt hier ausgeführt hat, fasse ich nicht gar so böse auf. Er hat hier zum Ausdruck gebracht, was wir alle gefunden haben, daß es nämlich eine gewisse Selbstüberwindung gekostet hat, die Stellung, die wir seit Jahren allen diesen Zeremonien

*) Nach dem Wahlsieg sind die Sozialdemokraten zur Thronrede erschienen, die vom Kaiser Franz Josef in der Hofburg verlesen wurde. Auf dem Parteitag, der vom 30. September bis 4. Oktober 1907 in Wien abgehalten wurde, brachte in der Debatte über den Parteibericht der Wiener Delegierte Johann Bernt diesen „Besuch in der Hofburg“ zur Sprache. Er sei überzeugt, daß wir „denjenigen, die uns jahrzehntelang unser Recht vorenthalten haben, für die Verfolgungen, die wir seit 1848 zu leiden haben, keinen Dank schuldig sind“.

Siehe auch die Bemerkungen, die Adler in seiner Rede zum parlamentarischen Bericht auf dem Parteitag in Reichenberg 1909 außer zur „Nationalen Nomenklatur“ auch zu den Ausführungen Straßers über den „Hofgang“ gemacht hat: vielleicht auch die Ausführungen

gegenüber eingenommen haben, zu ändern. Niemand braucht den Mitgliedern der Fraktion etwa erst das Gefühl in Erinnerung zu rufen, daß wir durch Jahrzehnte unter erbitternden Verfolgungen zu leiden hatten. Das Gefühl verläßt uns nicht und hat uns nie verlassen, um so weniger, als es durchaus nicht so sicher ist, daß, wenn der Wind wieder anders weht, wir wieder dieselbe Haltung einnehmen werden. Aber die Frage stellt sich ja so, und sie wurde auch von Hillebrand so gestellt: Wenn ihr jetzt zur Thronrede gegangen seid, warum seid ihr nicht auch früher hingegangen? Hier liegt allerdings das Entscheidende. Wir konnten uns früher nicht an einer feierlichen Eröffnung des Reichsrates beteiligen, solange wir nicht Abgeordnete gleichen Rechtes waren, und wir hatten keine Veranlassung, diese Demonstration gegen die Vergewaltigung fortzusetzen, wo der Grund zu dieser Demonstration tatsächlich weggefallen ist. In der Teilnahme der Fraktion an der Thronrede liegt nicht eine Demonstration, sondern liegt bloß die Erklärung: Heute haben wir keinen Grund, zu demonstrieren. Und Sie werden uns zugeben müssen, daß, wer die österreichische Politik der letzten Jahre mit sehendem Blick verfolgt und auch die österreichische Politik der nächsten Zeit, die ja nicht nur eine österreichische, sondern eine österreichisch-ungarische Politik ist, betrachtet, der wird einsehen, daß wir keinen Anlaß haben, gegen einen Faktor im Reiche, der zufällig in diesem Moment dasselbe Interesse gehabt hat wie das österreichische Proletariat, der gezwungen war, sich auf den Standpunkt des gleichen Rechtes des Proletariats zu stellen — in Österreich wie in Ungarn — daß wir keinen Anlaß hatten, gerade gegen diesen Faktor bei der Eröffnung des ersten Volksparlaments zu demonstrieren. Ich will nicht sagen, daß wir einen guten Schachzug getan haben. Aber ich muß sagen, daß wir einen Fehler vermieden haben, der vielleicht von bösen Folgen hätte begleitet sein können. Daß unsere Gegner davon nicht erbaut sind, daß die Christlichsozialen uns bei jeder Gelegenheit darüber aufziehen, zeigt ja doch nur, wie recht wir gehabt haben. Das ist doch nur eine Quittung dafür, daß wir ihnen weh getan haben, und es war doch nicht unsere Absicht, ihnen wohlzutun.

Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament.

Referat*) — Parteitag 1907.

Die Sozialdemokratie ist in das neue Parlament eingezogen als eine Partei von 87 Abgeordneten; sie hat sich in den Wahlen als

Adlers zur Frage der „Hofgängerei“, der Vizepräsidentenfrage in Deutschland, etwa in dem Artikel „Fragen der deutschen Sozialdemokratie“ vom 2. August 1903.

*) Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts hatte die Partei, die im Kurienparlament nur eine kleine Fraktion von elf Mann gewesen war, vor

die Trägerin nicht nur des Willens des Proletariats erwiesen, sondern auch der Hoffnungen weiterer Volkskreise über unsere eigentliche organisierte Partei hinaus. An die sozialdemokratische Partei im Parlament knüpfen sich nicht nur Hoffnungen und Erwartungen, sondern — gestehen wir es uns — auch Befürchtungen. Hoffnungen vor allem; denn zum erstenmal hat das österreichische Proletariat eine parlamentarische Vertretung, die seiner würdig ist; zum erstenmal kommt einigermaßen angemessen die politische Macht des Proletariats zum parlamentarischen Ausdruck. Aber gewiß auch Befürchtungen, insofern nämlich, als jeder von uns — und je näher er dem Parlament steht, um so mehr — Bedenken gehabt hat, ob alle Erwartungen, alle Wünsche, die unsere proletarische Wählerschaft mit unserer Tätigkeit im Parlament verknüpft, in Erfüllung gehen werden, ob die innere Kraft der Fraktion stark genug sein wird, die großen Hindernisse zu überwinden, die einer wirksamen politischen Tätigkeit im Parlament heute noch entgegenstehen. Wir sind ja nicht allzu ängstliche Leute, nicht in Furcht aufgewachsen, sondern in Courage. Als so die Nachrichten über die vielen Mandate kamen, die wir bei den Wahlen errungen haben, da ist es uns mitunter vorgekommen, daß einer der Herren Gegner oder einer der Herren Minister uns gefragt hat: Ja, das ist doch eine Verlegenheit für Sie! Was werden Sie denn mit einer so großen Fraktion machen? Ich habe ihm dann ruhig geantwortet: Es ist uns schon schlechter gegangen. (Heiterkeit.) Wir werden es aushalten. Wir haben unsern Mann gestellt, als wir noch gar keine parlamentarische Vertretung hatten, wir haben das politische Gewicht der Arbeiterschaft geltend zu machen gewußt, als wir noch eine sehr kleine Fraktion waren, und wir werden es hoffentlich auch zustande bringen, uns den neuen Verhältnissen anzupassen und alle Kräfte wirksam zu machen, die im Proletariat heute entwickelt sind.

Parteienossen! Es ist selbstverständlich, daß wir uns heute ein ganz klares Bild über die Bedingungen, unter denen wir im Parlament zu kämpfen haben werden, nur annähernd machen können. Denn das Parlament ist zunächst selbst in einem Übergangsstadium.

Es haben sich die Kräfteverhältnisse der Nationen und Parteien noch nicht klar gruppiert und es läßt sich sehr vieles heute noch nicht übersehen, was da von Einfluß werden kann. Wir haben eine Regierung, die eine dringende Notwendigkeit nach der andern erledigen möchte, ohne daß sie allzu beschwert wäre mit Grundsätzen oder mit programmatischen Grundsätzen. Wir haben einen Ministerpräsidenten*), der von sich selbst sagt, daß er ein guter

neue Aufgaben gestellt und darüber referierte Victor Adler. Der Parteitag fand vom 30. September bis 4. Oktober 1907 in Wien statt.

*) Seit dem 2. Juni 1906 war Max Wladimir Freiherr v. Beck Ministerpräsident, der nach dem Scheitern der Regierung des Prinzen Hohenlohe ein Koalitionsministerium gebildet hat, dem es auch tatsächlich gelang, die Wahlreform durchzusetzen. Diesem Ministerium gehörten sechs

Makler ist, und der darin sein Haupttalent sieht. Aber weder der Ministerpräsident noch seine Regierung haben irgendwelche deutlich begrenzte Ziele, von denen sie nicht abweichen würden. Wir haben, einfach gesagt, eine Regierung, die fertig werden will mit einer Schwierigkeit nach der andern — vor allem mit dem Ausgleich. Ein anderes Charakteristikum dieser Regierung ist, daß sie höchst provisorisch ist, ein halb parlamentarisches Ministerium; aber die Minister, die als Vertreter der Parteien in die Regierung eingetreten sind, haben das Unglück gehabt, daß ihnen inzwischen ihre Parteien abhanden gekommen sind (Heiterkeit), so daß sie also nun in der Luft stehen und — als weitere Folge — abhängig sind nicht etwa von ihren eigenen Parteien, sondern von der Gnade der andern, und daß sie nur so lange Minister sein können — und daß sie das auch empfinden —, als es für die andern unbequem ist, es zu werden. Eine Regierung allerdings, die voll ist der schönsten Reden; wir haben eine so wohlstilisierte Regierungseloquenz lange nicht in Österreich gehabt, und wenn wir uns mit wohlwollenden, aufgeklärten, ja gelstreichen Reden begnügen wollten, könnten wir mit der Regierung ganz zufrieden sein. Auch der Sozialdemokratie gegenüber weiß die Regierung eine Haltung einzunehmen, die, wenn wir nicht unter die Oberfläche dieser glatten Reden sähen, uns zufriedenstellen könnte; man kann ja von einem Ministerpräsidenten nicht mehr erwarten, als daß das schärfste Wort, das

Beamte an (neben Beck der Landesverteidigungsminister Schönaich, der Justizminister Dr. Klein, der Finanzminister Dr. Korytowski, der Innenminister Dr. Bienert, der Ackerbauminister Graf Auersperg) — dann sechs Parlamentarier: Handelsminister der Jungtscheche Dr. Forscht, Unterrichtsminister der Fortschrittler Dr. Marchet, polnischer Landsmannminister Graf Dzieduszycki, tschechischer Landsmannminister der Jungtscheche Dr. Pacak, deutscher Landsmannminister der Volksparteiler Prade. Aber diese Parteien waren unter dem allgemeinen Wahlrecht zusammengeschrunpft: Die Jungtschechen hatten nur 18, die deutschen Fortschrittler 17, die Volksparteiler 31 Mandate; demgegenüber die deutschen Agrarier 21, die tschechischen Agrarier 28, die Christlichsozialen, die sich mit der „Katholischen Volkspartei“ vereinigt hatten, 96 Mandate.

Da nun für den Ausgleich mit Ungarn, den die Regierungen beider Staaten vereinbart hatten, die Regierung Beck eine sichere Mehrheit brauchte, die vor der Volksstimmung nicht zurückwich, war Beck schon vor dem Parteitag, der vom 30. September bis 4. Oktober dauerte, mit diesen führenden bürgerlichen Parteien in Verhandlung, um ihre Vertreter in die Regierung aufzunehmen. Anfang Oktober wurde die Rekonstruktion des Kabinetts vorgenommen. Die Christlichsozialen, die in früheren Zeiten den heftigsten Kampf gegen die „Judäomagyaren“ und gegen jeden Ausgleich mit Ungarn geführt hatten, erklärten sich bereit für den Ausgleich zu stimmen, und Geßmann und Ebenhoch traten in die Regierung: für Geßmann wurde ein eigenes Ministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten, geschaffen; Ebenhoch wurde Ackerbauminister; außerdem der Jungtscheche Fiedler Handelsminister, der tschechische Agrarier Praschek und der deutsche Agrarier Peschka sowie der polnische Schlachziz (so hießen die polnischen Adligen) Abrahamowicz wurden Landsmannminister.

er gegen die Sozialdemokratie zu sagen weiß, ist, daß ihn eine Kluft von uns trenne. Na, das haben wir auch nicht anders angenommen und es ließe sich auch schließlich ertragen (Heiterkeit), selbst das noch, daß er sagt, er werde bestrebt sein, das positive Programm der Sozialdemokratie durchzuführen, weil das bekanntlich sehr gut ist, und nur die grundstürzenden Ziele der Sozialdemokratie, die gehen der Regierung — so weit hat sie sich noch nicht entwickelt — doch zu weit. Wir wissen, was wir von dem allen zu halten haben. Diese Höflichkeit sind wir bereit, mit Höflichkeit zu erwidern; wir wissen, was die Münze wert ist, und wir sind bereit, mit derselben Münze zu zahlen. Aber die Sache steht doch anders. In Wirklichkeit ist es so, daß wir in diesem Moment einem Kartell aller nichtproletarischen Parteien gegen die proletarische Partei gegenüberstehen. Ich sage ausdrücklich, aller nichtproletarischen Parteien, weil ich einen andern Ausdruck für das, was sie eint, nicht finden kann. Eine Koalition von Abrahamowicz nicht nur bis zum Geßmann, sondern bis in die Kreise der wirklichen Kleinbauern — die Naturdemokraten sind, weit mehr, als sie es wissen, und die in diese Koalition gegen die Arbeiterschaft mitgeschleppt werden —, eine solche Koalition ist nicht etwa von klaren Grundsätzen, einem klaren Programm geleitet, sondern nur von dem Wunsche, jeden Fortschritt, jeden politischen Machtausdruck der Sozialdemokratie zu verhindern und erst recht jeden Machtzuwachs der Sozialdemokratie. Wenn ich von Macht der Sozialdemokratie spreche, so möchte ich gleich hier ein Wort der Erklärung hinzufügen. Die Sozialdemokratie ist der Ausdruck der Kraft des Proletariats und das Proletariat ist auch in Österreich — wenn auch langsamer als in andern Ländern — in den letzten zehn Jahren ganz kolossal gewachsen. Österreich hat sich in den zwei letzten Jahrzehnten, man möchte sagen, unter der Decke unseres politischen Elends, riesig entwickelt, seine Produktivkräfte sind gewachsen, obwohl alles geschehen ist, um diese Entwicklung zu hindern — die Triebkräfte der modernen Entwicklung sind eben so groß, daß sie sich nicht völlig ersticken lassen —, und damit ist auch das Proletariat gewachsen. Wenn auch das Proletariat in den letzten Jahren sogar vielfach eine entscheidende Rolle gespielt hat, wenn es verstanden hat, was andere Klassen nicht verstanden haben, nämlich alle seine Kraft auf einen entscheidenden Punkt zu konzentrieren und so seine Kraft zur ausschlaggebenden Geltung zu bringen, so wissen wir doch, daß die Macht des Proletariats begrenzt ist. Es wird so oft als unser Hauptprogrammpunkt zitiert: Die Aufgabe des Proletariats ist es, die politische Macht für das Proletariat zu erobern. Aber wir fassen das Wort nicht so auf, daß das Proletariat ohnmächtig ist und daß es an einem entscheidenden Punkte plötzlich allmächtig werden wird: sondern wir meinen damit, daß der Machtzuwachs des Proletariats Schritt für Schritt vor sich geht und daß die Kunst der Politik — denn die Politik ist ja weit mehr eine Kunst als eine Wissenschaft — die ist, in jedem Moment die Macht lebendig zu machen, die in diesem

Moment vorhanden ist, die Linie des geringsten Widerstandes zu finden und auf dieser Linie den Fortschritt durchzusetzen. Wir glauben also, daß wir unsere Macht, soweit wir sie eben haben, in jedem Moment zur Besetzung aller Positionen zu verwenden haben, parlamentarisch, in der Verwaltung, im gesamten öffentlichen Leben. (Beifall.) Wir sind der Überzeugung, daß wir dem Ziele nichts vergeben, wenn wir uns ihm Schritt um Schritt nähern. Und in diesem Zusammenhang sei mir eine kleine Abschweifung gestattet. Wenn man das Opportunismus nennt, so sagen wir: Ja, wenn es erlaubt und notwendig ist, Forderungen aufzustellen in der heutigen Gesellschaft, dann muß es auch erlaubt und erwünscht sein, darüber nachzudenken, wie man diese Forderungen durchsetzt. (Zustimmung.) Das scheint mir das Entscheidende zu sein. Aber hie und da wird diese unsere allgemeine taktische und politische Auffassung nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland — oder richtiger: nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland — ein wenig falsch verstanden und man möchte die österreichischen Sozialdemokraten gern als die Musterknaben des internationalen Opportunismus hinstellen. Für diese Ehre möchten wir uns — und ich persönlich zuerst — höflichst bedanken. Die österreichische Sozialdemokratie nimmt für sich nicht nur in Anspruch, daß sie immer so gescheite Politik gemacht, als sie eben konnte, sondern sie nimmt auch für sich in Anspruch, daß sie in dem entscheidenden, im prinzipiellen Punkt unserer Politik nicht ein Haar breit von ihren obersten Grundsätzen abgewichen ist. (Lebhafter Beifall.) Sie ist eine durchaus proletarische Partei mit proletarischen Zielen, in deren Fleisch und Blut der Grundsatz übergegangen ist, daß der alleinige Träger der Entwicklung, der alleinige Träger der Zukunft der Völker nur das Proletariat sein kann; sie macht Politik allerdings nicht in der blauen Luft, nicht jenseits von Zeit und Raum, aber sie macht in jedem Moment proletarische Politik und sie würde es sich als eine schwere Sünde anrechnen, wenn sie jemals um eines augenblicklichen und darum scheinbaren Vorteils willen ein Stück dieses Grundsatzes, auf dem sie fußt, preisgäbe. Wir könnten nicht nur bei den Wahlen, sondern in unserer ganzen Agitation durch einige Konzessionen an die malkontenten Bevölkerungsschichten manchen Augenblicksprofit erzielen. Wir könnten, um ein Beispiel anzuführen, durch einiges Entgegenkommen gegenüber dem Appetit der agrarischen Parteien, die es verstanden haben, zum Teil auch das Kleinbauerntum auf ihre Seite zu ziehen, durch eine etwas weniger gewissenhafte Agitation sehr leicht Eroberungen machen. Das wäre nicht Opportunismus, das wäre nicht nur Gewissenlosigkeit gegen das Proletariat, sondern das wäre auch eine Dummheit. Darin unterscheidet sich der falsche Opportunismus vom echten: der echte Opportunismus geht seinen Weg zum Ziele, der falsche Opportunismus opfert das Ziel wegen

augenblicklicher politischer Vorteile. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich diese kleine Abschweifung für nötig gehalten habe, so ist es darum geschehen, um gewissermaßen anzugeben, auf welchen Ton auch in Zukunft die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie gestimmt sein wird. Wir stehen, ich wiederhole es, einer Koalition aller nichtproletarischen Parteien gegenüber. Allerdings, wie lange diese Koalition dauern wird, das gehört auf ein anderes Blatt; wie lange sie einig bleiben können, hängt von anderen Erwägungen ab. Aber diese Koalition schreckt uns nicht, sondern wir betrachten sie als das beste Zeugnis dafür, daß die österreichische Sozialdemokratie ihre Pflicht reichlich getan hat, als ein Zeugnis, daß wir auf dem rechten Wege sind. Sie schreckt uns nicht, denn gar so fürchterlich sind die Herren nicht. Wenn sie so energisch wären, wie sie hungrig, wie sie gierig sind, dann wäre es vielleicht schlimm. Dann würden wir's bald spüren an dem Lebensnerv des Proletariats und wir müßten ernsthaft ihre Attentate abweisen. Wenn es nach ihren innersten Wünschen ginge, so wäre das nächste ein Kampf, der uns aufgedrängt würde, um unser Koalitionsrecht, dessen Vernichtung sie wünschen, zu verteidigen. Aber so schnell geht das nicht. Denn sie sind, wie soll ich sagen, nicht klug oder nicht unklug genug, um das zu wagen, und sie sind nicht einig genug, um das wagen zu können. Sie sind ja einig in dem Wunsche, aber sie können nicht einig sein in der Aktion. Sie sind nicht einig überhaupt, wo es sich um positive Dinge handelt, weder im Bösen noch im Guten.

Wir werden zunächst im Parlament nicht zu tun haben mit den Reformen, die uns in der Thronrede angekündigt wurden, noch weniger mit den Reformen, die uns als die unerläßlichsten und notwendigsten erscheinen; sondern wir werden uns zunächst wahrscheinlich mit dem beschäftigen müssen, was der Regierung auf den Nägeln brennt — mit dem Ausgleich, und alles Interesse konzentriert sich heute auf die Frage: Wird ein Ausgleich zustande kommen oder wird er nicht zustande kommen? Sie wissen, daß unsere Minister jetzt wieder in Pest sind und das letzte Bulletin am Krankenlager lautet ziemlich ungünstig. Es soll angeblich schon wieder nicht gehen. Nun, sehr ängstlich macht uns das nicht. Ich habe den Verdacht, daß der große Kampf, dessen Schauspiel wir schon seit Monaten genießen müssen, der Kampf zwischen den beiden Regierungen um den Ausgleich, nur ein Scheinkampf ist (Sehr richtig!); ich glaube, die Herren spielen wesentlich für die Galerie. Vielleicht irre ich mich; aber ich glaube, daß die beiden Regierungen schon im wesentlichen fertig sind, daß sie aber wünschen, aus den Kämpfen in ihre Parlamente zurückzukehren als schwer ermüdete Kämpfer, bedeckt von Wunden und vom Staub der Schlacht, und ich habe mitunter den Eindruck, als wären sie geneigt, sich diese Wunden, wenn es nicht anders geht, zu Hause mit dem Rasiermesser selbst beizubringen (Heiterkeit), damit sie dem Parlament doch ihre Tapferkeit be-

weisen, zu der sie in Wirklichkeit nicht Gelegenheit hatten. Ich sage das nicht, als ob ich die Frage des Verhältnisses zu Ungarn für gleichgültig oder nebensächlich hielte oder so behandelt wissen wollte. Die Ordnung unseres Verhältnisses zu Ungarn ist gewiß eine der wichtigsten, vielfach die Lebensfrage für Österreich, auch für die österreichische Arbeiterschaft. Aber in diesem Ausgleich, der da vor uns steht, wird die Neuordnung dieses Verhältnisses zu Ungarn nicht erledigt werden, und wenn ein Ausgleich zustande kommt, wird er wieder nichts sein als ein Provisorium, genau so, als wenn wir statt des Ausgleiches bloß die Reziprozität hätten. Gewiß hat das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes schon Festigkeit und politischen Einfluß gewonnen, so weit hat sich das ganze Gesicht Österreichs schon verändert, daß keine Regierung es wagen darf, mit einem Ausgleich zu kommen, der wirtschaftlich die Interessen Österreichs für die Herrscherinteressen der Dynastie opfern würde. Aber unsere Überzeugung ist, daß anstatt eines Ausgleiches ein ehrlicher Friede mit den Völkern, die Ungarn bewohnen, erst dann möglich sein wird, wenn auch in Ungarn die Völker zu Worte gekommen sein werden. (Beifall.) Darum liegt für uns der entscheidende Punkt in unserem ganzen Verhältnis zu Ungarn weniger in den einzelnen Bestimmungen des Ausgleiches als darin, daß Ungarn aus dem Zustand, in dem es heute ist, wo es beherrscht wird von einer kleinen Clique politischer Abenteurer, befreit, daß es von den wirklichen Interessen der Völker beherrscht werde, und wir würden recht gern dafür Opfer bringen, wenn wir für Ungarn das allgemeine, gleiche Wahlrecht durchsetzen könnten. (Lebhafter Beifall.) Nicht für die Herrscherinteressen der Dynastie, nicht für die Phantastereien einer Großmachtstellung Österreich-Ungarns, wohl aber für die Interessen der ungarischen Völker sind wir bereit, Opfer zu bringen. Aber wir werden im Parlament den Ausgleich zu prüfen haben, ohne uns in Feindseligkeiten hineinzudeklamieren, sachlich, ruhig, ohne aufgeregte Phrasen, wie unsere Politik überhaupt sich möglichst aller Aufgeregtheiten und demagogischen Mätzchen, die unsere bürgerlichen Parteien so lieben, zu enthalten sucht. Wir werden den Ausgleich nüchtern prüfen und ebenso nüchtern die wirtschaftlichen Interessen Österreichs rücksichtslos wahren. Den schönen Augen irgendeiner Regierung zuliebe werden wir auch nicht das geringste Opfer bringen, selbst wenn diese Regierung Gefahr liefe, einer Regierung weichen zu müssen, die uns vielleicht noch weniger nahesteht als diese.

Es fällt mir hier nicht ein, die Aussichten für die weitere Zukunft unserer inneren politischen Verhältnisse auf Monate oder Jahre hinaus zu entwickeln. Das Prophezeien ist ein schlechtes Geschäft und in Österreich das allerschlechteste. Aber darüber müssen wir uns klar sein: wir werden auf die Dauer dem nicht entgehen können, in Österreich eine Regierung der offenen, brutalen Reaktion zu haben. Der Klerikalismus hat heute eine große Partei und wartet

nur darauf, offen zu regieren, wie er heute versteckt regiert. Wir begreifen ja, daß die Christlichsozialen zögern, heute das Geschäft zu übernehmen, das zu sehr belastet ist mit Schwierigkeiten, von denen der Ausgleich einer der größten ist. Es ist für sie nicht angenehm, die sie in vollständig gewissenloser Weise demagogische Politik gegenüber Ungarn getrieben haben, eine Regierung zu übernehmen mit der Bedingung, daß sie den Ausgleich verantworten müssen. Sie möchten das gern vorher noch die anderen besorgen lassen. Und der Hofrat Geßmann steht wahre Tantalusqualen aus; er sieht die Macht, das Portefeuille zum Greifen vor sich, er kann es aber heute noch nicht fassen. Ob er und wann er und seine Leute zur Regierung kommen werden, das wissen wir nicht. Aber ich möchte hier wiederholen, was wir im Abgeordnetenhaus mit aller Deutlichkeit gesagt haben: dem Zustand der anonymen Herrschaft der Klerikalen und der Christlichsozialen müssen wir uns noch mit größerer Energie widersetzen als einer Regierung unter offener christlich-sozialer Firma. Wenn sie Österreich beherrschen zu können glauben, dann mögen sie es unter eigenem Namen, unter eigener Verantwortung tun und wir werden sehen, wie lange man sie wird herrschen lassen können.

Dieser unklare Zustand des Parlaments, dieses Provisorium, das wir überall haben, rührt wesentlich davon her, daß sich unser ganzes konstitutionelles Leben in einem Übergangsstadium befindet. Die Leute, die das Wahlrecht nicht länger versagen konnten, stehen heute ein wenig verzweifelt da und sagen: „Nun also, ist das das schöne Parlament, das man uns versprochen hat?“ Es ist kein Zweifel, daß das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes eine Reihe von ihm eigentümlichen Schwierigkeiten findet. Kein Sozialdemokrat aber hat jemals das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes als die Vollendung der Neukonstituierung Österreichs, als ein Heilmittel empfohlen, das Österreichs Schäden erledigen könnte, sondern immer wieder haben wir das allgemeine Wahlrecht nicht als Krönung empfohlen, sondern als den Beginn einer neuen Ära der Neubildung Österreichs. Erst nachdem gewissermaßen die Wand des alten Kurienparlaments, die uns ewig den Ausblick in die inneren Notwendigkeiten Österreichs versperrt hat, entfernt ist, zeigen sich überall die großen Probleme, die Stück für Stück besiegt werden müssen, und nun ist das Parlament in der Lage, noch nicht zu wissen, wo es anzufangen hat. Die Parteien sind national gegliedert, aber mit dem Bewußtsein, daß diese nationale Gliederung völlig unzureichend ist, das heißt, daß überall innerhalb der Kapsel der nationalen Klubs die schärfsten wirtschaftlichen und politischen Gegensätze bestehen und, um nur von uns Deutschen zu sprechen, jedermann weiß, daß eine Parteibildung, die die Christlichsozialen zugleich mit der Volkspartei, ja mit den Resten der liberalen Partei verbindet, dauernd nicht haltbar, vor allem aber nicht aktionsfähig ist. Die Macht der Christlichsozialen wächst unaufhörlich, sie verstehen es, die Schwächen der

bürgerlichen Parteien auszunützen, sie mißbrauchen ihre Begierden und wir haben es erst bei der niederösterreichischen Wahlreform gesehen, wie sie es verstehen, diese ohnehin recht schwachen und schwankenden Elemente sich anzugliedern — und sie aufzufressen. Für uns Sozialdemokraten wird aus diesem Prozeß auch mancher Vorteil erwachsen. Die Christlichsozialen haben bei den letzten Wahlen gesehen, daß bei allen Stichwahlen die Sozialdemokraten selbstverständlich überall gegen sie gestimmt und jedem Vertreter einer anderen bürgerlichen Partei geholfen haben. Nun sagen die Christlichsozialen diesen bürgerlichen Freisinnigen: „Was braucht ihr die Arbeiter? Wir machen selber das Geschäft mit euch!“ Und in der niederösterreichischen Wahlreform haben sie das Geschäft mit der Volkspartei gemacht. Sie wollen die Freisinnigen von dem Einfluß der Arbeiterschaft freimachen und lassen sie lieber selbst bis zu einem gewissen Grade an ihren Geschäften partizipieren. Sie werden sich natürlich betrügen und haben sich eigentlich schon bei diesem ersten Geschäft betrogen. Aber das hindert nicht, daß wir nun eine Zeitlang allein gegen eine ziemlich unterschiedslose Masse stehen werden.

Aber auch das ist nur ein Durchgangsstadium. Denn die politischen Bildungen beruhen schließlich auf wirtschaftlichen Gegensätzen und es wird den Christlichsozialen heute schon angst und bange, wie sie die städtischen Interessen Wiens mit der Pflege der blutigsten und rücksichtslosesten agrarischen Wünsche vereinigen können. Aber sicher ist, daß wir heute vor solchen politischen Gestaltungen stehen. Wir können dem Prozeß mit großer Ruhe zusehen. Nicht wir werden dabei verlieren, wenn sich unsere bürgerlichen freisinnigen Gegner durch den Bund mit den Klerikalen bis auf die Knochen kompromittieren. Man wandelt nicht ungestraft unter Geßmanns Palmen. (Heiterkeit.) Und die Herren Bürgerlichen werden anders aus diesem Freundschaftsverhältnis hervorgehen, als sie hineingekommen sind. Aber sicher ist, daß wir im Parlament nicht mehr so leicht darauf rechnen können, mit einzelnen Teilen dieser bürgerlichen Parteien operieren zu können und einzelne Forderungen durchzusetzen. Aber trotz aller dieser Schwierigkeiten, trotzdem wir in einem Übergang leben, trotzdem wir heute nicht sagen können, wie das wichtigste Verfassungsproblem in Österreich, wie die Reform der gesamten Verwaltung durchzuführen sein wird; trotzdem wir nicht wissen können, wie wir aus dem Abgeordnetenhaus das machen können, was das Parlament des gleichen Wahlrechtes sein soll, wenn es den Bedürfnissen Österreichs entspricht, nämlich eine K o n s t i t u a n t e, ein Parlament, das vollständig neue Grundlagen für unser politisches Leben schafft: trotzdem brauchen wir nicht zu befürchten, daß unsere Arbeit fruchtlos sein wird.

Auf dem Wege der parlamentarischen Taktik haben wir es ja nicht leicht. Wir suchen selbstverständlich soviel Machtposten zu besetzen, als uns möglich ist. Wir haben unseren Anspruch geltend gemacht auf die Stelle des Vizepräsidenten und wir sind nicht ge-

sonnen, diesen Anspruch aufzugeben. Wir haben zum Teil durchgesetzt, daß wir in den Ausschüssen vertreten sind. Wir sind also zu positiver Arbeit sehr bereit, ja wir wünschen nichts mehr, als positive Arbeit leisten zu können. Und wir folgen darin nur dem Beispiel aller sozialdemokratischen Fraktionen und ganz besonders dem Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, die in einem Umfang positive Arbeit geleistet hat, wie alle bürgerlichen Parteien zusammen sie nicht aufweisen können. Und ich möchte da einen kleinen Irrtum meines Freundes Bebel aufklären, der — es ist mir unverständlich auf welchem Wege — zu der Idee gekommen ist, zu meinen und es in Essen zu sagen, wir österreichischen Sozialdemokraten bedürften der Aufklärung darüber, was die deutsche Sozialdemokratie an positiver Arbeit geleistet hat. Wir brauchen diese Aufklärung nicht; wir haben diese Arbeit von allem Anfang an genau verfolgt und haben sehr viel daran gelernt. Ja wir sind gezwungen, diesen Unterrichtskurs sehr häufig zu repetieren, weil unsere Gegner immer mit dem alten Vorwurf kommen, und dann müssen wir es nachlesen, um unseren Gegnern schwarz auf weiß zu zeigen, wie verlogen ihr Vorwurf ist. Wir wissen also sehr genau, was die deutsche Sozialdemokratie an positiver Arbeit geleistet hat und wir werden stolz darauf sein, wenn wir das auch nur annähernd erreichen. (Beifall.)

Die positive Arbeit allerdings ist nicht so leicht und sie kann auch nicht annähernd in einem Referat spezialisiert werden. Vor allem werden wir das Stück politischer Freiheit, das wir in der Praxis erobert haben, auch in Gesetzen festlegen müssen. Die ganze politische Praxis gegenüber der Arbeiterschaft vor zwanzig, ja vor zehn Jahren war wesentlich anders als heute. Wir haben die Handhabung unseres Preßgesetzes, unseres Vereins- und Versammlungsgesetzes gründlich reformiert, ohne im Parlament die Gesetze auch nur mit einem Buchstaben ändern zu können. Auch waren wir dazu gar nicht in der Lage. Wir haben auch gar keinen Grund, etwa den Ministern, vor allem Körber, der jene Änderung in der Praxis eintreten ließ, irgendein Wort des Dankes zu sagen; wir schulden ihnen bloß die Anerkennung, daß sie das getan haben, was als notwendig einzusehen sie durch die politische Arbeit der Sozialdemokratie genötigt waren. Die Arbeiterschaft konnte nicht warten, bis die Gesetze geändert würden, sie hat sich die politischen Rechte auch ohne das erkämpft. Nun muß es unsere erste Aufgabe sein, diese bessere Praxis nun auch gesetzlich festzulegen, und wir werden schon hiebei sehen, wie weit es mit den demokratischen Neigungen des Parlaments bestellt ist, und dabei werden wir auch den wahren Charakter unserer Regierung erkennen. Wie unsere Regierung über demokratischen Fortschritt denkt, das kann man allerdings an einem Symptom sehr deutlich erkennen: an ihrer Haltung gegenüber der Wahlreform für die Landtage, und wenn Herr Baron Beck den Wunsch hat, den Ruhm, den er sich als Förderer der Reichsratswahlreform erworben hat, recht schnell verblassen zu lassen, dann möge er nur auf dem Wege weiter

gehen, den er jetzt betreten hat, dann möge er nur mit der allen österreichischen Regierungen gewohnten Unweisheit seine Minister solche Erklärungen wiederholen lassen, möge weiter, wie er es in Niederösterreich getan hat, den Machtgelüsten der Christlich-sozialen den weitesten Spielraum gönnen.

Diese politische Gesetzgebung steht aber im engsten Zusammenhang mit dem großen Gebiet der Sozialreform. Hier, hätte man glauben sollen, ist das ganze Haus einig. Wenn Sie sich an die Thronrede erinnern, an die Reden des Baron Beck und gar an die Budgetdebatte, wo das soziale Öl gleich stromweise von allen Bänken geflossen ist, müßte man doch glauben, daß sie alle begeistert für jede Sozialreform und vor allem für die Alters- und Invaliditätsversorgung sein werden. Und doch wissen wir, daß auch dieser entscheidende Schritt nur gemacht werden wird, wenn wir im Parlament mit größter Energie darauf drängen werden. Die Christlichsozialen, die am meisten davon reden, möchten sich mit dem billigen Jubiläumspräsent*) (Gelächter) abfinden und vielleicht noch mit einem Danaergeschenk, mit der allzu großen Ausdehnung dieser Reform auf Schichten, die gewiß der Altersversicherung ebenfalls dringend bedürfen, die aber sofort einzubeziehen die größten technischen Schwierigkeiten bietet. Nicht o b w o h l es schwer ist, die Kleinbürger und Kleinbauern in eine Altersversicherung einzubeziehen, schwärmen die Christlichsozialen dafür, sondern weil es so schwer ist. Die Altersversicherung der Arbeiter soll nicht zustande kommen, weil man warten muß, bis das größere Problem gelöst ist: die Versicherung noch weit umfassender zu gestalten. Das ist eine gefährliche Demagogie, von der ich sehr fürchte, daß sich ihr auch die Regierung unterwerfen wird, wenn wir nicht mit allem Nachdruck unseren Einfluß gegen alle Verschleppungsgelüste geltend machen.

Wir werden eine Zeit des Kampfes, wie wir sie unmittelbar hinter uns haben, vielleicht nicht so bald wieder erleben. Wir werden darum nicht leichtere Aufgaben zu lösen haben, aber ich hoffe, daß Sie überzeugt sind von unserem festen Entschluß, unser Äußerstes daranzusetzen. Unsere Gegner schwanken zwischen zwei Gefühlen. Einmal sind wir der Niemand, sind wir ja gar nicht

*) Da die Sozialdemokraten gleich beim Zusammentritt des Parlaments am 17. Juni 1907 den Kampf für die gesetzliche Schaffung der Alters- und Invaliditätsversicherung eingeleitet hatten, wollte sie Lueger mit einem demagogischen Trick übertrumpfen. Am 16. Juli erhob er sich plötzlich in der Sitzung und beantragte, zur Feler des Regierungsjubiläums des Kaisers 100 Millionen Kronen als Stammkapital für die ins Leben zu setzende Alters- und Invaliditätsversicherung zu bewilligen. Der Antrag wurde dem Ausschuß zugewiesen und ist dort eingeschlafen. Ein Antrag der Sozialdemokraten, da mit einem solchen Kapital, das ja nur vier Millionen Zinsen trägt, nichts erreicht sei, den Betrag für Tuberkulösenheilstätten zu verwenden, wurde allerdings abgelehnt. Die Christlichsozialen fanden damals noch ein zweites Mittel gegen die Altersversicherung der Arbeiter: die obligatorische Altersversicherung der Selbständigen. Das „Danaergeschenk“, wie es dann Adler nennt.

der Ausdruck der Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft gar nicht sozialdemokratisch. Wir sind dann nur so ein paar Macher. Einmal also unterschätzen sie unsere Macht und ein anderes Mal wieder überschätzen sie sie und möchten uns selbst verleiten sie zu überschätzen. Ein drittes Mal wieder — und das ist am häufigsten — stellen sie sich an, als ob sie sie überschätzen würden. Die Christlichsozialen bedienen sich vornehmlich der Ausmalung des roten Gespenstes und sie erschrecken fortwährend die Gegner mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie, wobei sie sich ihnen als die einzigen Retter empfehlen. Mitunter verfängt das ja auch. Bei uns aber verfängt es nicht. Wir werden uns zur Überschätzung unserer eigenen Kraft nicht verleiten lassen; wir wissen sehr genau, wieviel wir noch an Boden im Proletariat selbst zu gewinnen haben und gewinnen müssen, wir wissen, wie beschränkt unsere Macht heute ist. Aber wir wollen alles daransetzen, um die Macht, die wir haben, zum vollen Ausdruck zu bringen. Wir fürchten die Koalition der Gegner nicht. Wir sind bereit, denn wir wissen, daß wir die Kraft haben werden, das proletarische Interesse zu schützen, sowohl gegen eine neutral sein wollende Regierung, wie wir sie jetzt haben, als erst recht gegen ein Regime, das kommen kann, das offen gegen jeden Fortschritt, gegen die Sozialdemokratie und gegen den Kulturfortschritt gerichtet ist. Glaubt man, Österreich noch mit einer solchen offen reaktionären Regierung kommen zu können: w o h l l a n, wir sind bereit! Die Arbeiterschaft, die es verstanden hat, in den schwierigsten Zeiten Österreich um einen entscheidenden Schritt vorwärts zu treiben, wird auch stark genug sein, um zu verhindern, daß irgendein entscheidender Schritt nach rückwärts gemacht werde. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Das Standrecht in Prag.

Budgetdebatte vom 15. Dezember 1908.

Als ich vor zwölf Tagen hier gesprochen habe, war soeben das Standrecht in Prag verhängt worden. Damals konnte dieses Geschrei und diese musikalische Unterhaltung hier im Hause, zu der nicht einmal Lunge und schon gar nicht Gehirn gehört (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen; fortgesetztes Pfeifen und Lärmen bei den Tschechischradikalen), als eine ungeschickte, aber immerhin gut gemeinte Methode, gegen das Standrecht zu protestieren, aufgefaßt werden. Heute aber fehlt jeder Erklärungsgrund für dieses Benehmen*) (Lebhafter Bei-

*) Am 3. Dezember hatte Adler die Obstruktion durch seine mutige Rede entworfen (Siehe die Rede unter dem Titel „Für die Nationen! Wider die nationalistischen Hetzer!“ im Abschnitt von der nationalen Frage) und es konnte die Debatte über die dringliche Behandlung des Budgetprovisoriums nun ungestört fortgeführt werden. Aber die bürgerlichen Parteien verschleppten die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag Liechtensteins, der die Verhandlung des Budgetprovisoriums

fall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten), heute ist das Standrecht in Prag aufgehoben, es ist aber nicht aufgehoben dank den Bemühungen und der Taktik der Herren Tschechischradikalen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), die vielmehr daran schuld sind, daß es überhaupt dazu gekommen ist (Erneuerter, lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten; der Lärm bei den Tschechischradikalen dauert fort), sondern wenn

heute Prag vom Galgen befreit

ist, so ist dies dank den Bemühungen und dem politisch vernünftigen Eingreifen der vernünftigen Parteien dieses Hauses, vor allem der Sozialdemokraten, geschehen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die Unfähigkeit der Regierung einen Milderungsgrund hätte, wenn die Torheit der Regierung eine Begründung haben könnte, wäre sie auf den Bänken der Tschechischradikalen gegeben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Fresl reißt einen Pultdeckel los und schlägt damit auf das Pult.

Präsident: Ich rufe den Abgeordneten Fresl zur Ordnung und werde ihm die Rechnung über die zerbrochenen Pulte zuschicken. (Anhaltender Lärm.)

Dr. Adler: Ich bin der Ansicht, man muß die Herren austoben und sie an ihren eigenen Kindereien ermüden lassen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

ermöglichen sollte, und es bestand die Gefahr, daß die Regierung wieder zum § 14 greifen würde. Am 3. Dezember hatte Adler erklärt, die Sozialdemokraten würden für die Vornahme der ersten Lesung des Budgetprovisoriums stimmen, worauf die Vorlage an den Ausschuß gehen solle. Um die Intrigen der bürgerlichen Parteien zu vereiteln, die die Zwangslage des Parlaments für ihre persönlichen und Parteigeschäfte ausnützen wollten, erklärten sich die Sozialdemokraten bereit, für die sofortige Vornahme aller drei Lesungen zu stimmen, wenn aber vorher das Standrecht und das Verbot des Farbentragens in Prag aufgehoben würde. Diese Forderung wurde von der Regierung erfüllt und am 16. Dezember wurde Schluß der Debatte angenommen, worauf als Generalredner Adler und Pergelt sprachen. Dann wurde abgestimmt. In namentlicher Abstimmung wurde die sofortige Vornahme (die Dringlichkeit) der ersten Lesung und dann die sofortige Vornahme der zweiten und der dritten Lesung, jedesmal mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, beschlossen.

Für die Dringlichkeit (die sofortige Vornahme der Beratung) stimmten natürlich auch die Sozialdemokraten, bei der Abstimmung über das Budgetprovisorium selbst stimmten sie natürlich gegen die Annahme.

Schon als Schluß der Debatte beantragt wurde, machten die Tschechischradikalen einen ohrenbetäubenden Lärm, zunächst mit Pfeifen, dann mit Pultdeckeln. Als Adler seine Rede begann, dauerte der Lärm noch fort, hörte aber, da sich Adler dadurch nicht beirren ließ, bald auf und der Redner wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört. Zu den ärgsten Krawallmachern gehörte Wenzel Fresl, ein ehemaliger Gasarbeiter, ein fanatischer Nationalist, der in Pilsen gewählt worden war. Er ist im Krieg gestorben. Josef Lisy, ein Lehrer, war Abgeordneter von Semil, kein Naturbursch wie Fresl, sondern mehr berechnend auf Wirkung.

Lisy ergreift einen Pultdeckel und schlägt damit auf sein Pult.

Präsident: Herr Abgeordneter Lisy, ich rufe Sie zur Ordnung (fortgesetzter großer Lärm und Pfeifen) und mache Sie aufmerksam, daß Sie eine boshafte Sachbeschädigung und das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit begehen. (Die Tschechischradikalen lärmten weiter, pfeifen und schlugen mit den Pultdeckeln.)

Dr. Adler: Die großen Parteien des Hauses werden sich doch schließlich fragen müssen, ob man das ganze Parlament von einem halben Dutzend Leuten terrorisieren lassen wolle. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Herren haben durch ihre törichte Politik bereits schwere politische Schicksale über ihre eigenen Landsleute gebracht und nun wollen sie auch das Parlament unter die Fuchtel ihres Unverständes und ihrer Torheit bringen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind durchaus nicht gesonnen, uns diesem Terrorismus zu beugen, wir sind aber auch nicht gesonnen, für die Torheit und Unvernunft der Regierung und für die Unvernunft der hier koalitierten Parteien einen Deckmantel zu bilden. Wir haben in Prag zwei Wochen das Standrecht gehabt. Daß während dieser zwei Wochen der Galgen nicht in Funktion trat, können wir mit Freude konstatieren; aber es ist dies weder das Verdienst der Regierung noch der Herren Tschechischradikalen. Und ich frage Sie: Wer würde es verantworten können, wenn es unter dem Drucke der gewissenlosen Demagogie, unter dem Drucke der gewalttätigen Regierung wirklich dazu gekommen wäre, daß ein Unschuldiger sein Leben hätte einbüßen müssen? (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Darum lautete vor vierzehn Tagen

unser erstes Wort und unser erster Antrag: Weg mit dem Galgen!

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe vor zwölf Tagen eine Resolution im Namen der sozialdemokratischen Partei eingebracht, in welcher die Regierung aufgefordert wird, das Standrecht zu beseitigen. Es war möglich, das Standrecht aufzuheben, bevor es noch zur Abstimmung über das Budgetprovisorium gekommen ist. Wieviel die bürgerlichen Parteien dazu beigetragen haben, in Prag wieder Ordnung zu machen, lasse ich dahingestellt; Tatsache ist, daß auf der einen Seite während der ganzen Verhandlungen, die geführt wurden, erklärt wurde: Das Standrecht tut uns nichts, das Wichtigste ist, daß das Farbenverbot aufgehoben und der heilige Bummel nicht eingeschränkt wird, während auf der anderen Seite die nicht minder frivole Äußerung vertreten wurde: Nur den Bummel weg, die Studenten genießen uns weit mehr als der Galgen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) So ist es gekommen, daß das Unglaubliche geschehen ist und der Wahnsinn, der vor zwei Wochen die beiden nationalen Gruppen gegeneinander gehetzt hat, noch überboten wurde, daß in einer so ernsten Frage die kleinlichsten und läppischsten Argumente gegeneinander

geführt worden sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Heute hat sich die Lage gegenüber der Situation vor vierzehn Tagen wesentlich verschoben. Wir konnten vor vierzehn Tagen erklären: Wir sind selbstverständlich immer und werden auch diesmal gegen das Budget sein, das heißt **wir werden das Budget nicht bewilligen, wir sind aber heute wie immer für die Erledigung des Budgets.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Dem Budget zustimmen heißt, der Regierung und der jetzigen Verwaltung des Staates ein Vertrauensvotum geben; das können wir nicht! Die Beratung des Budgets ist aber nicht eine Sache der Regierung (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), sondern sie ist eine Sache des Parlaments, und wir stehen eben wie vor vierzehn Tagen auf dem Standpunkt, daß das Parlament sich sein Recht und seine Pflicht, das Budget zu beraten, nicht verkürzen lassen darf, weder durch die Demagogie des Herrn Kľofáč und seiner unverantwortlichen Gesellschaft noch durch die Demagogie auf der linken Seite dieses Hauses, die die ganze Wucht und die ganze Ehre der deutschen Nation auf die Frage gestellt hat, ob die Studenten

auf dem Graben oder auf dem Heuwagsplatz*)

in Prag spazieren gehen sollen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe sehr wohl, daß es sich bei diesen Dingen um Symbole handelt, daß es den Deutschen in concreto nicht darum zu tun ist, ob die Studenten da oder dort stehen, sondern, daß das für sie ein Symbol des Rechtes der Deutschen in Prag ist. Ich trage nie ein Abzeichen, wenn ich nicht muß. Wenn man mir es aber verbieten würde, würde ich es tragen! Das verstehe ich sehr wohl. Man darf aber eine symbolische Handlung nicht bis zu jenem Punkt übertreiben, wo sich eine Gefahr für viel wichtigere Dinge ergibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich erkläre Ihnen, daß ich persönlich und meine ganze Partei absolut gegen jedes Verbot sind, aber ebenso erkläre ich Ihnen, daß, wenn in meiner Partei ein ähnlicher Fall vorkommen würde und eine Krise im Parlament auf dem Spiele stünde, wenn eine Gefahr für Leib und Leben auf den Straßen vorhanden wäre, ich meine jungen Genossen bitten würde, nachdem sie ihr Recht festgestellt haben, einige Zeit, bis Beruhigung eintritt, von diesem Rechte keinen Gebrauch zu machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die jungen Leute können das nicht tun, aber ich als alter Herr, der ich die Verantwortung und die Folgen besser übersehe, würde es auf mich nehmen, ihnen diesen Rat zu geben, bei aller Anerkennung ihrer Tapferkeit, ihres Mutes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht ihretwegen, sondern weil es klug ist, die Leidenschaften und die Betätigung der Leidenschaften für einige Zeit einzuschränken. Aber nicht allein.

*) Ein Platz in der nächsten Nähe des Grabens.

daß Sie den Studenten diesen Rat nicht gegeben haben, Sie wollten — und das ist ein Zeichen, wie weit es hier bei den nationalistischen Parteien gekommen ist —, Sie wollten sogar, man solle das Bummelverbot aufheben und Sie möchten ein paar Stunden unter dem Standrecht in Prag spazieren gehen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Als wir das gehört haben, war es für uns klar, daß sich die politische Situation wesentlich geändert hat. Und als wir hörten, daß da drüben bei den bürgerlichen Tschechen mehr Angst vor der Demagogie des Herrn Klofáč besteht als Rücksicht und Pflichtgefühl für die wichtigsten Interessen ihrer Nation; als wir hörten, daß rechts und links, Deutsche und Tschechen, sich von unverantwortlichen Demagogen zu Schritten hinreißen lassen, die sie selbst nicht mehr wollen, da sagten wir uns: **Jetzt ist die Zeit eine andere geworden.**

Und ein Drittes! Wir haben in diesem Hause nicht nur nationalistische Schwärmer, sondern bekanntlich auch eine große Quantität von

Patrioten, deren Patriotismus bei jedem Anlaß überschäumt

und von denen wir armen vaterlandslosen Sozialdemokraten (Sehr gut! und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) als Verräter an unserem Volke, als Verräter am Staate gebrandmarkt werden. Diese Denunziationen der Patrioten gegen die sozialdemokratische Partei haben in den letzten Tagen eine ganz eigenartige Charakteristik erfahren. (Hört! Hört!) Unter diesen Patrioten sind solche, die den Feind Serbien dadurch züchtigen wollen, daß dem Österreicher der Fleischkorb höher gehängt werde*). (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) **Weil sie Serbien bekämpfen, sollen die österreichischen Arbeiter teureres Fleisch bekommen.** In diesem Moment, wo die unglückselige Politik des Herrn Aehrenthal Österreich in die schwierigste Verlegenheit gebracht hat, wo tatsächlich die Gefahr des Krieges durch einige Zeit auf das äußerste nahegerückt war und heute noch nicht völlig beseitigt ist, in diesem Augenblick denken die Herren an einen — da kann man nicht mehr sagen Kuhhandel: das ist ein Schweinehandel. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) In diesem Augenblick, wo auch wir Sozialdemokraten die Politik des Aehrenthal und erst recht die Politik der Herren, die wir hier vor uns haben, auf das stärkste verurteilen, die wir nicht im geringsten die Verantwortung für diese Politik der Herren übernehmen wollen, wo wir selbst sagen müssen, wenn der Krieg vermieden werden soll, wenn Herr Aehrenthal aus dem Abenteuer, in das er uns frivolerweise hineingeführt hat (Beifall bei den Sozialdemokraten), wieder herauskommen soll, dann muß die Regierung die Möglichkeit haben, alle Mittel aufzuwenden, um die Staaten auf dem Balkan minde-

*) Die „Patrioten“ wollten den Zollkrieg mit Serbien und die Verhinderung der Einfuhr serbischen Fleisches nach Österreich.

stens nicht weiter zu reizen, mindestens nicht neue Feindseligkeiten zu den alten zu bringen: In diesem Augenblick der Regierung zu verweigern, daß sie in der Handelspolitik auf dem Balkan freie Hand habe, **das ist eine Handlung, die ich nicht anders denn als einen Verrat bezeichnen muß**, an den Interessen des Staates nicht nur, sondern auch an den Interessen der Ernährung der Völker Österreichs (Beifall bei den Sozialdemokraten), einen Verrat an dem

Interesse, das die Völker Österreichs haben, daß Friede gehalten werde.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) In Berlin hat durch den Mund meiner Parteigenossen **Singer** und **Scheidemann** unsere Partei erklären lassen, sie sei gewiß damit einverstanden, daß das Deutsche Reich zu Österreich hält; aber sie mache darauf aufmerksam, daß der beste Dienst, den Deutschland Österreich erweisen kann, der Rat sei, Frieden zu halten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) In der italienischen Kammer hat unser Parteigenosse **Bissolati** im Namen der italienischen Fraktion erklärt, daß, wenn er für das Vertrauensvotum für **Tittoni** nicht stimme, dies nicht deshalb geschehe, weil **Tittoni** zu sehr friedlich gesinnt ist, sondern darum, weil er fürchte, daß seine Politik zu einem Konflikt zwischen Österreich und Italien führe. Auch in **Serbien** — ich wiederhole das heute — hat der einzige Sozialdemokrat in der serbischen Kammer den Mut gehabt, mit Gefahr von Leib und Leben als einziger gegen den Krieg zu sprechen*). (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In dieser Situation halte ich es für unsere Pflicht, alles zu tun und nichts zu unterlassen, was der Regierung klarmacht, **daß die Völker Österreichs nicht gesonnen sind, wegen Bosniens und der Herzegowina und wegen des Titels, unter dem diese Länder mit Österreich vereinigt sind, Blut zu vergießen.** Und ich weiß, daß ich da nicht nur im Namen der sozialdemokratischen Bevölkerung, sondern auch im Namen aller spreche, mit Ausnahme von ein paar Armeelieferanten und ein paar militärischen Strebern, welche Beförderung haben wollen, wenn ich sage: Wir würden es für ein todeswürdiges Verbrechen der österreichischen Politik halten, wenn sie wegen Bosniens oder besser gesagt wegen des Fehlers, den Herr **Aehrenthal** gemacht hat, daran den weiteren Fehler, das schwere Verbrechen knüpfen würde, es darum zum Blutvergießen kommen zu lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die gesamte Internationale

— von **Paris**, wo **Jaurès** ganz ähnlich gesprochen hat, bis **Berlin**, von **Rom** bis **Wien** und **Belgrad** —, wir alle sind einig darin und die Sozialdemokraten, welche die Freunde des Herrn **Aehrenthal** in **Petersburg** noch nicht haben hängen lassen, sind

*) Es war der Genosse **Kazlerowitsch**.

mit uns derselben Ansicht. Wir halten die Kriegsgefahr*) für ein internationales Verbrechen, dem gegenüber international alle Proletarier mit aller Wucht und mit allem Ernste protestieren. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Kriegsgefahr kann nicht geleugnet werden und wir wissen, daß, so wie auf der einen Seite zu ihrer Beseitigung die kluge Zurückhaltung unseres Auswärtigen Amtes notwendig ist, auf der anderen Seite die Stärke Österreichs dazu nötig ist. Nur ein starkes Österreich wird inmitten des feinen Arrangements, das uns Herr Aehrenthal in Europa besorgt hat, den Gelüsten der verschiedenen Diplomaten weniger ausgesetzt sein. Aber zur Stärke in der Politik gehören nicht allein Bajonette und Kanonen — deren haben wir reichlich genug —, sondern auch die innere Ordnung im Staate. Und von diesem Standpunkt aus war es, daß wir, als man uns mit den dreifachen und dringlichen Lesungen von Budget, Bosnien und Handelsverträgen gekommen ist, erklärt haben, das ist kein Beweis der Stärke Österreichs, sondern ein Beweis der Schwäche, ein Dokument nach außen dafür, daß nur durch Zwang und Überumpelung die Regierung hier für ihre Politik eine Majorität findet.

Wir haben

ein Parlament auf Kündigung,

hat das geheißen. Darum waren wir aus inneren und äußeren Gründen dafür, daß man dringlich die Beratung des Budgets in Angriff nehme, das Budget aber normalmäßig absolviere, daß man es in den Ausschuß schicke und die zweite Lesung trotz der Dringlichkeitsanträge herbeiführe. Und wiederholt, in der Obmännerkonferenz, in privaten Besprechungen, hier im offenen Hause haben wir die Parteien beschworen, sie mögen doch diese Anstrengung einmal auf sich nehmen. Wir haben gesagt: Wir sind dazu bereit, wir wollen alles tun, was in unseren Kräften steht, um trotz dieser Lage die zweite Lesung ordnungsgemäß herbeizuführen, und wir hätten siegen können, wenn auf jenen Bänken nur ein Zehntel von dem Opferwillen, nur ein Zehntel von dem politischen Ernst und — ich sage es ruhig — nur ein Zehntel von der echten Vaterlandsliebe und Liebe zu unserem Volke wäre, die auf diesen Bänken hier ist. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Aber Sie haben nicht wollen. Sie haben über unser Anerbieten gelächelt, daß, wenn die Herren in Privatgeschäften und Familienangelegenheiten abreisen müssen, wir hier ausharren wollen. Sie haben gelächelt: das kann man doch im Ernste nicht machen. Sie können nämlich im Ernste ernste Politik wirklich nicht machen (Heiterkeit und Sehr gut!), und wenn Sie sich wundern, warum das Haus preisgegeben ist der Allmacht der Dringlichkeitsanträge und dem Einbruch kleiner unverantwortlicher Minoritäten, so sagen

*) Siehe die Artikel und Reden zur „Annexionskrise“, besonders die auf der Internationalen Konferenz in Brüssel am 12. Oktober 1908.

wir Ihnen: Der Grund ist nicht in erster Linie die Mangelhaftigkeit der Geschäftsordnung, die sich ja verbessern läßt, sondern die

Verderbung und innerliche Verfaulung der Parteien

dieses Hauses, die zu einer soliden, anstrengenden, ernsten Arbeit gar nicht mehr zu haben sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie sind gewohnt, von Zwangslage zu Zwangslage zu schreiten, und Sie schaffen sich selbst diese Zwangslage, um nur der ehrlichen parlamentarischen Arbeit zu entinnen. Ja, ich habe sogar den Verdacht, und sehr viele gut Unterrichtete haben ihn mit mir, daß es in diesem Hause Parteienpartikel, einzelne, vielleicht ganz kleine Parteien gibt, denen es gar nicht unangenehm wäre, wenn sie durch den § 14 über die Verlegenheiten hinwegkommen würden, für oder gegen die Dringlichkeit zu stimmen und insbesondere zum Ermächtigungsgesetz Stellung zu nehmen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Diese gewissenlose Politik machen wir nicht mit, die nicht gewissenlos

ist aus Schlechtigkeit — das ist das geringere Übel —, sondern gewissenlos aus Faulheit, aus Feigheit, das ist das schlimmere. Freilich befinden wir uns in einer sehr merkwürdigen Situation in diesem Hause. Sooft einer der Herren Führer des Hauses, ob auf der Ministerbank, ob hüben oder drüben, den Mund aufmacht, erzählt er uns, das Haus müsse sich vereinigen, es müsse eine starke Koalition, eine starke Konzentration bilden gegen die einzige Gefahr, die den Staat und Österreich bedroht, als welche ich unsere Partei vorzustellen die Ehre habe. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es fehlt nicht an pathetischen Aufrufen, auch nicht an tiefgründigen wissenschaftlichen Erörterungen. Wir haben eine solche von Herrn Dr. Stölzel*) vernommen, der sich in den Zeitungen und auch sonst als einen Führer der Deutschen hat hinstellen lassen. Seine Rede war zum größten Teil der

theoretischen, prinzipiellen Bekämpfung der Sozialdemokratie

gewidmet (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und er hat sie damit eingeleitet, daß er an das klassische Wort erinnert hat, mit welchem ein bedeutender Staatsmann in Rom vor dem dritten punischen Kriege — nicht etwa vor dem ersten und zweiten (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) — alle seine Reden schloß: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam! Dieses „Karthago“ sind nämlich wir! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er meint, seine Parteigenossen und deutschen Stammesgenossen sollen ja nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie die einzige wirkliche Gefahr ist. Er ist dann so gütig, auf die Zerstörung der Sozialdemokratie schließlich zu verzichten. (Heiterkeit bei den Sozial-

*) Dr. Artur Stölzel, ein deutschnationaler Advokat, der in Salzburg in der Stichwahl mit christlichsozialer Hilfe knapp über den Sozialdemokraten gesiegt hatte und nun sehr pathetische Reden gegen die Sozialdemokraten hielt.

demokraten.) Aber ihr entgegenzuarbeiten, müsse Tag und Nacht der Gedanke sein. Und er sagt: Augenmerk, Richtung auf die Sozialdemokratie! (Heiterkeit.) Und wenn von verschiedenen Seiten gesagt werde, man möge doch die Sozialdemokraten gehen lassen, sie wursteln geradeso herum wie wir, ihre Redner quatschen genau so wie unsere (lebhaft Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), so sagt er: Das ist eine leichtsinnige Politik, weil von der Sozialdemokratie nur scheinbar so herumgequatscht (lebhaft Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), nur scheinbar herumgewurstelt wird. (Erneuerte lebhaft Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

„Jede Handlung, die von den Sozialdemokraten, sei es im Parlament, sei es außerhalb desselben, gesetzt wird, ist auf ihr Ziel gerichtet, das allerdings, wie sie sagen und was ich derzeit auch glauben will, in der friedlichen Revolution unserer Wirtschaftsform besteht.“ Der Mann hat eine Ahnung. (Lebhaft Heiterkeit.) Er zieht aber daraus nicht die richtigen Schlüsse; denn wenn er weiß, wie wir sind, sollte er doch auch ungefähr wissen, wie Sie sind, und daß er Sie auch mit Vernunftgründen zu keiner vernünftigen Politik bringen kann, ja daß er selbst im entscheidenden Moment gezwungen sein wird, in der Wahl zwischen seiner — mit aller Reserve sei es gesagt — politischen Vernunft (Heiterkeit) und der Vernunft der anderen sich für die Unvernunft zu entscheiden. (Sehr gut!) Dr. Geßmann, der das Ministerium Beck zerstört hat, weil es die Sozialdemokratie nicht genügend bekämpfte, unter dessen Auspizien dieser ganze Brei eingerührt wurde, den wir jetzt haben, der bei jeder Gelegenheit die grüne Fahne des Propheten im Kampfe gegen die Sozialdemokratie entrollte, hat nach sechswöchiger Tätigkeit im Weinberg des Herrn Bienerth (lebhaft Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) das Parlament und die parlamentarische Situation so heruntergebracht, daß die Herren gestern sagen mußten: „Mit dem Standrecht kriegen wir kein Budget, ohne Standrecht bekommen wir auch keines (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), mit dem Farbenverbot bekommen wir es nicht und ohne Farbenverbot auch nicht“, und auf die Frage, was die Herren wollen, mußte Dr. Geßmann sagen: „Das weiß ich nicht.“ (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Richtig ist, daß er nicht weiß und die Herren selbst nicht wissen, was sie als Vorwand für ihre Politik hinstellen sollen, während sie ganz genau wissen, was sie wollen.

Die Herren Agrarier — und ich klage diese Erzpatrioten hier noch einmal an — wollen, um den Preis des Rind- und Schweinefleisches zu halten, schon beim Budget die Handelsverträge werfen. (Lebhaft Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen lieber über Österreich die größten Verlegenheiten bringen, als daß sie den armen Proletariern, und nicht nur denen in der Stadt, sondern auch denen auf dem Lande, die Aussicht gönnen, es könnte das Fleisch billiger werden. Das wollen sie, die uns beschuldigen, daß wir Klassenpolitik machen, die wir auch in der Tat machen, eine proletarische Klassen-

politik, die die einzige Kulturpolitik der heutigen Menschheit ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Sie machen eine

Politik für den agrarischen Säckel, ja für ihren ganz persönlichen Säckel.

(Erneuerte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wenn man sieht, daß auf diesem Gebiet Konzessionen gemacht werden, daß man schon bereit ist, Rumänien aus dem Ermächtigungsgesetz auszuschalten, die Türkei auszuschalten, was möglicherweise sehr wichtig werden kann (Zustimmung), und daß man alles auf einen kurzen Termin einschränken will, damit die Herren Schweinezüchter ihren Schein noch einmal präsentieren können, dann sage ich mir: Wenn die Parteien da drüben so gewissenlos sind, daß sie diese Treibereien zulassen, wenn die Regierung so schwach ist, diesen Treibereien auch noch Konzessionen zu machen, wird bei mir der Zweifel rege, ob das Haus heute, wo es zwei weitere Wochen verloren hat, noch imstande sein wird, diese zweite Lesung des Budgetprovisoriums ordnungsgemäß durchzuführen. Wir wollen aber das Parlament nicht für das büßen lassen, was die Gewissenlosigkeit der bürgerlichen Parteien verschuldet hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Nicht der Regierung zuliebe — sie ist ja nur eine vorübergehende Erscheinung — tun wir das, aber dem Parlament zuliebe sind wir verpflichtet, alles zu tun. (Zustimmung.) Es stehen hier noch ganz andere Dinge auf dem Spiele. Sollen wir hier fortgehen und chaotische Zustände schaffen helfen, bei welchen die Regierung ein Feigenblatt hätte für die Anwendung des § 14? Sollen wir dazu mithelfen in dem Moment, wo hundert ungelöste Fragen bestehen und wir eine Regierung haben, die nicht einmal die einfachsten Fragen lösen kann, eine Regierung, die nicht imstande ist, diese kleine Frage der

Italienischen Universität*)

zu lösen?

Wenn es einen Moment gegeben hat, wo alle Gründe der inneren und äußeren Politik dafür sprechen, daß man dem Skandal, daß diese Frage noch nicht längst beseitigt ist, ein Ende macht, daß man der Regierung nicht ein Werkzeug ausliefert, mit dem sie ohne das Parlament wirtschaften kann, so ist es der gegenwärtige. Der Ministerpräsident hat hier über die italienische Universität Versprechungen gemacht, aber die wichtigste Frage hat er nicht entschieden: Wo werden die Italiener die Universität bekommen? Er hat nicht den Mut dazu, vernünftig zu sein. Man spricht von Wien. Wollen Sie ein zweites Innsbruck? Wollen Sie eine Verlängerung und Verewigung der Tumulte, die wir schon

*) Siehe am Schluß der Rede vom 3. Dezember 1908 „Für die Nationen“ die Bemerkungen über die italienische nationale Frage.

in Wien gehabt haben? Sie werden sagen, das ist die Unvernunft der Studenten. Gewiß, machen Sie die Studenten gescheiter, wenn Sie können! Sie müssen mit diesen Strömungen bei den Deutschen und mit dem verletzten nationalen Empfinden der Italiener rechnen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Haben Sie denn so wenig Verständnis für das nationale Empfinden anderer? Kennen Sie nicht den obersten Grundsatz jeder politischen Vernunft: Lasse dich nicht ins Unrecht setzen und den Gegner nicht ins Recht! Das Unglück Österreichs den italienischen und den irredentistischen Bestrebungen gegenüber ist, daß die Politik einer törichten Regierung sie durch Dezennien ins Recht gesetzt hat. Man wünscht eine slowenische Universität, eine ruthenische, eine zweite tschechische Universität, wir wünschen auch eine neue deutsche Universität in Salzburg; aber diese Fragen stehen in einer anderen Linie der Entwicklung als die Frage der italienischen Universität. Die Italiener haben bereits eine Fakultät gehabt, alle Vorbedingungen sind für die Lösung dieser Frage gegeben und nichts steht ihr entgegen als der Aberglaube. Werden sich denn diese Schwarzgelben nicht einmal trepanieren lassen, diese Geschwulst aus dem Gehirn herausbekommen, daß sie meinen, die Feindschaft gegen Österreich werde größer werden, wenn man seine Pflicht gegenüber dem italienischen Volke tut? Es ist geradezu wahnsinnig. Nicht in Triest und in Trient wird die Irredenta besiegt, sondern in Rom wird sie besiegt, in Rom werden die Tollhäusler besiegt, die dort ein feindseliges Verhältnis gegen Österreich immer wieder aufpeitschen wollen. Denn sie haben nur ein Argument: Seht, nicht einmal die Rechtsfakultät gibt man den Italienern in Österreich! Irredenta, das heißt die Unerlösten; erlösen wir sie doch selber und die Irredenta ist überflügelt. (Beifall und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere mit allem Nachdruck, daß in dieser Frage die Sozialdemokraten Österreichs aller Zungen und die Sozialdemokraten in Italien einer Meinung sind.

Als vor Jahren in Triest die Kanonen beim Stapellauf eines neuen Kriegsschiffes donnerten, was wahrscheinlich eine Liebeserklärung an Italien war (Heiterkeit), haben die italienischen Sozialdemokraten Österreichs und Italiens erklärt, daß sie den Irredentismus als eine reaktionäre Strömung annageln und daß sie nichts anderes verlangen, als daß der italienischen Nation in Österreich ihr Recht werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)*) Die italienische sozialistische Jugend in Rom

*) Am 21. Mai 1905 wurde im Hafen von Triest ein neues Kriegsschiff vom Stapel gelassen. Zugleich fand aber eine gemeinsame Beratung der italienischen und der österreichischen Sozialdemokratie statt, als deren Zweck angegeben war, in einer deutlichen Demonstration die Solidarität des Proletariats zu bekunden. In der Konferenz, an der auch Adler teilnahm, wurde folgende Resolution beschlossen:

„Im Einverständnis mit dem Referat des Genossen Pittoni erklärt die Konferenz, daß es nach wie vor die Aufgabe des Proletariats der

hat vor acht Tagen einen Appell an die sozialistische Jugend Österreichs gerichtet, sich mit ihr zu einem Protest gegen die irredentistischen Kriegsbestrebungen zu vereinigen. Begreifen Sie jetzt, welcher Wahnsinn es ist, den Italienern das zu verweigern, worauf sie ein Anrecht haben?

Man will die italienische Universität im dritten oder zehnten Bezirk in Wien errichten. Warum denn nicht gleich am Infektions-spital? (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Läßt sich denn das irgend eine Studentenschaft gefallen? Das sind

Ausgeburten eines bürokratischen Witzes,

hinter dem kein Tropfen von Menschenkenntnis steckt. Wenn Sie die italienische Universität in Wien errichten, werden Sie sie eben bald schließen müssen, mit oder ohne Revolverschüsse.

Bei diesem Stande der Dinge mußten wir uns sagen: Heute an dieses Haus zu appellieren, es möge die Vorlage des Budgetprovisoriums an den Ausschuß schicken, dann die Dringlichkeitsanträge

beiden Staaten Österreich-Ungarn und Italien ist, gegen alle Forderungen des Militarismus und gegen alle Formen der militärischen Expansionsbestrebungen einen unermüdlichen Kampf zu führen.

Da das Bestreben der österreichischen Sozialdemokratie darauf gerichtet ist, allen Völkern die volle Freiheit der Entwicklung zu sichern, so erkennt sie, konform dem Brünner Programm, das die nationale Autonomie als die Voraussetzung dieser Entwicklung ansieht, die auf die Herstellung der Autonomie des Trentino gerichteten Bestrebungen als berechtigt an.

Ebenso wird sie im Sinne dieses selben Programms wie bisher und wie insbesondere der Abgeordnete Ellenbogen in der parlamentarischen Debatte über die italienische Universität im Namen der Partei erklärt hat, die berechtigten und notwendigen Kulturforderungen der Italiener sowie aller anderen Nationen unterstützen.

Die sozialdemokratische Partei in beiden Staaten hält es für ihre Pflicht, dem Mißbrauch nationaler Interessen als Deckmantel für militärische Hetzereien und kriegerische Expansionspolitik im Parlament und in der Presse mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und wird ihm, ohne sich durch chauvinistische Augenblickspolitik irreführen zu lassen, die einzig wahre nationale Politik des Proletariats, die in der Förderung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung aller Nationen besteht, entgegensetzen.

Schließlich fordern die versammelten Exekutiven das italienische Proletariat diesseits und jenseits der Grenzen auf, seine organisatorische Arbeit, die es mit dem Proletariat aller Länder verknüpft, im Sinne des Klassenkampfes unbeirrt fortzusetzen.

Den diplomatischen Intriguen und dynastischen Ambitionen auf beiden Seiten setzt die Sozialdemokratie die Solidarität des Proletariats von Italien mit dem aller in Österreich-Ungarn lebenden Nationen entgegen."

überwinden und zur zweiten Lesung schreiten — wir wären bereit bis zum 31. Dezember, 12 Uhr nachts, hier zu sitzen, aber Sie sind nicht bereit und wir müssen leider mit Ihren Lastern rechnen —, ist nicht möglich. Deshalb beugen wir uns diesen Tatsachen. Wir sehen nach wie vor die Vereinigung aller drei Lesungen und die Ausschaltung der Ausschlußberatungen für einen Verstoß gegen die Geschäftsordnung an, billigen sie nicht und protestieren gegen diejenigen, die uns dazu gezwungen haben. Aber es handelt sich um eine Notlage des Parlaments, und wenn wir die Wahl haben, ob das Parlament und der Staat aus dieser Not und Zwangslage befreit werden soll durch eine Notverordnung der Regierung oder durch einen Schritt des Parlaments selbst, sagen wir: **Wir befreien uns selbst, wir liefern das Parlament nicht an den § 14 aus und werden für die Dringlichkeit aller drei Lesungen stimmen.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Schließung des Parlaments.

Versammlung in Favoriten am 8. Februar 1909.

Es ist ein schwerer Augenblick im Leben der Völker Österreichs und jeder von Ihnen, der mitlebt die schweren Kämpfe in Österreich, wird, wie so häufig, auch jetzt wieder einen Moment lang ein Gefühl der Verzweiflung gehabt haben, wenn er sah, daß ein solcher Aufwand von Arbeit, ein solches Resultat der Geschichte wie das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes gefährdet werden kann durch Zufälligkeiten, durch einzelne verantwortungslose Individuen und durch die Unfähigkeit einer Regierung*). Es gibt für einen, der Politik in

*) Als das Abgeordnetenhaus nach seinen Weihnachtsferien am 20. Jänner wieder zusammentrat, war es durch die nationalen Dringlichkeitsanträge verrammelt. Eine schwere Krise lastete auf der Volkswirtschaft, die Kriegsgefahr war aktueller als je. Aber während die Sozialdemokraten einsahen, daß das nationale Problem nur im Einvernehmen aller Völker gelöst werden könne, und deshalb die Einsetzung eines Ausschusses beantragten, der Gesetzentwürfe über die Regelung der nationalen Verhältnisse ausarbeiten sollte, hatten die Nationalisten beider Nationen ihre berühmten Anträge über die Inschriften auf den Lokalbahnen eingebracht.

Am 3. Februar legte nun die Regierung Bienenrth einen Gesetzentwurf über die Amtssprache in Böhmen und über die Errichtung von Kreisregierungen vor. Schon Beck hatte diesen Entwurf fertiggestellt, es aber nicht gewagt, ihn zur Beratung zu stellen. Jetzt, wo Bienenrth einen Vorwand suchte, sich des Parlaments zu entledigen, brachte er den Entwurf ein. Einige Tage vorher sollte im Budgetausschuß die Abstimmung über den geheimen Dispositionsfonds der Regierung stattfinden; es zeigte sich aber, daß Bienenrth keine Mehrheit aufreiben könnte, und deshalb suchte Bienenrth, um nicht selbst zurücktreten zu müssen, das Parlament wegzuschicken. Als die Debatte über die Regierungserklärung beginnen sollte, zogen die Tschechischradikalen aus ihren Aktentaschen Kindertrompeten,

Österreich macht, keinen anderen Trost als den Anblick der arbeitenden Masse. Längst müßte man verzweifeln, alles an den Nagel hängen und flüchten, wenn man nicht sähe, daß das arbeitende Volk aller Nationen kräftig zusammensteht, und nicht die Überzeugung hätte, daß hier

die Hoffnung und die Zukunft

für alle Völker ihr Zusammenleben ist. (Lebhafter Beifall.)

Was ist die Ursache des heutigen Zustandes? Ohne besonderen Anlaß hat ein halbes Dutzend Leute, die den geschichtlichen Namen Choc-Buben behalten werden (Sehr gut!), eine Störung hervorgerufen, die sich keine Versammlung gefallen lassen würde und könnte. Die Frage der Geschäftsordnung hat mit der Frage, wie diese Radaubröder zu behandeln sind, nicht das geringste zu tun. Wir wollen, daß die Geschäftsordnung reformiert werde, aber wir wollen durchaus nicht die Opposition wehrlos machen, wir wollen ihr nicht einmal die Möglichkeit der Obstruktion nehmen. Aber auch die Reform, die die Polen und die Christlichsozialen planen, würde gegen den brutalen Angriff von Leuten, die gar kein Empfinden für Anständigkeit und für Verantwortung haben, vollständig nutzlos sein. (Sehr richtig!) Sie, Genossen, können nun mit Recht fragen: Wie kommt es, daß man duldete, daß die Leute mit Ratschen und der großen Trommel das Parlament zerstören? Es wäre ja sehr nahegelegen, daß einige hingehen,

die Kerle packen, die Instrumente wegnehmen

und sie hinausbefördern. Wir glaubten aber, das nicht tun zu dürfen, um nicht die Verantwortung auf uns zu nehmen, daß das

Sirenen, Ratschen, Nebelhörner und andere Lärminstrumente und begannen damit ein Konzert.

Am 5. Februar machten auch die anderen bürgerlichen Tschechen Lärm. Darauf überreichte Bienenrth dem Präsidenten ein Schriftstück, durch das die Session für geschlossen erklärt wurde. Darauf begann eine wüste Rauferei zwischen Deutschen und Tschechen, während die Sozialdemokraten unter Absingung der „Roten Fahne“ und des „Liedes der Arbeit“ den Saal verließen.

Durch die Schließung der Session waren alle bisherigen Arbeiten des Hauses vernichtet, die Arbeiten der Ausschüsse mußten beim Wiederzusammentritt des Hauses von neuem angefangen werden.

Bienenrth, der Ministerpräsident geworden war, nachdem die Christlichsozialen im Auftrag des Thronfolgers Beck gestürzt hatten, ging auch jetzt nicht, sondern verschönerte sein Ministerium während der nun folgenden Parlamentspause, indem er u. a. Stürgkh als Unterrichtsminister, Hohenburger als Justizminister, Weiskirchner als Handelsminister aufnahm. Obwohl er sich als deutscher Minister feiern ließ, nahm er doch nicht nur den Polen Bilinski, sondern auch den Tschechen Braf, den Schwiegersohn des berühmten Tschechenführers Rieger, in sein Kabinett auf. Stürgkh, der seit der Wahlreform kein Mandat hatte, aber in das Herrenhaus berufen worden war, wurde jetzt zum Regieren berufen. Er empfahl Bienenrth den Hohenburger, der gleich ihm ein Steirer war.

Parlament zum Schauplatz einer Rauferei gemacht werde. Es werden

andere Mittel

gesucht werden müssen und gefunden werden, um solchen niederträchtigen Angriffen auf die Würde des Parlaments vorzubeugen. (Lebhafte Zustimmung.) Zehn Minuten vor Beginn der letzten Sitzung hat man mit großer Wahrscheinlichkeit gewußt, daß die Tschechischradikalen Spektakel machen werden. Man wußte auch, daß der Präsident Dr. Weiskirchner die Absicht hatte, wenn gelärmt wird, die Sitzung zu unterbrechen, damit dann über die weiteren Schritte beraten werden kann; etwas, was ich für sehr richtig halte. Aber es hat einen Faktor gegeben, der es nicht für wünschenswert gehalten hat, daß das Parlament mit seinem Präsidium versuche, selbst Ordnung zu schaffen. Der Lärm hat kaum einige Minuten gedauert und der Herr Bienert hat die Session geschlossen. Genau so wie die Tschechischradikalen, diese Radaubrüder, durch Tage sich kaltblütig vorbereitet haben, um gegen das Parlament diesen Schlag zu führen,

ebenso kaltblütig ist der Ministerpräsident

Bienert mit dem Schließungsdekret herumgegangen. (Hört! Hört!) Man darf nämlich nicht glauben, daß die drohende tschechische Obstruktion und insbesondere das Spektakel der Herren Choc-Buben, für den Ministerpräsidenten nur eine unangenehme Seite gehabt hat. Das hat für ihn auch angenehme Seiten gehabt. Man darf nicht vergessen: dieses Ministerium war überhaupt

lebensunfähig seit seiner Geburt,

und der Herr von Bienert ist unmittelbar davor gestanden, daß klar und öffentlich wird, daß er im Hause keine Majorität hat, überhaupt nicht weiterregieren kann. Wir haben deshalb am Donnerstag in der Obmännerkonferenz gefragt: Trägt denn die Regierung nicht in erster Linie Schuld an den Zuständen, die sie herbeigeführt oder mindestens nicht verhindert hat? (Sehr richtig!) Die Regierung hat sich doch vor der Abstimmung über den Dispositionsfonds, die im Budgetausschuß erfolgen sollte, flüchten müssen. Außer den Christlichsozialen war sie keiner Partei sicher, und mit denen allein kann man nicht regieren. (So ist es!) Dieses Moment dürfen Sie nicht vergessen! Die Regierung hat das Parlament nicht in erster Linie geschlossen, um es zu schützen gegen den Einbruch der Choc-Leute, sondern

die Regierung hat den Einbruch benützt,

um ihr eigenes Leben zu retten. (Laute Zustimmung.) Herr Bienert war längst reif, zu gehen; er hat im November die Mission bekommen, ein Ministerium zu bilden, in dem die parlamentarischen Parteien vertreten sind. Diese Aufgabe hat er nicht lösen können, er hat den Fortgang der parlamentarischen Arbeit nicht aus eigener Kraft sichern können. Daß das Budgetprovisorium

bewilligt wurde und das Ermächtigungsgesetz zustande kam, ist nicht das Verdienst der Regierung, sondern unser,

der Sozialdemokraten, Verdienst.

(Anhaltende Zustimmung.) Wir sind im entscheidenden Moment eingesprungen, weiß der Himmel, nicht um dieses Kabinett zu retten, sondern um nicht den Vorwand geben zu lassen für ein parlamentsloses Regime. (Sehr gut!) Wir haben es für unsere Pflicht gehalten, das Unsere zu tun, um das Parlament und die Ordnung aufrechtzuerhalten und nicht den Staat auszuliefern der Bürokratie. (Sehr richtig!) Glaubt aber Herr von Bienenrth, an jedem Wochenschluß zahlt Gott die Zeche? Nicht immer liegen die Dinge so, daß die Partei, die sich

ihrer Verantwortung mehr bewußt ist

als jede andere, die Entscheidungen herbeiführen kann! Was ist das für eine Regierung, die mit den Parteien auszieht, einen Ring zu bilden gegen die staatsfeindliche Sozialdemokratie, und nicht eine Woche leben kann, ohne an diese selbe staatsfeindliche Sozialdemokratie zu appellieren und von ihr die Ordnung herstellen zu lassen? Wenn also Herr von Bienenrth im Dezember einen Erfolg hatte, war es nicht seiner, war es nicht, weil, sondern trotzdem er Minister war, daß diese nötigen Gesetze gemacht wurden. (So ist es!) Niemals hat eine Regierung so eklatant ihre Unfähigkeit gezeigt wie Bienenrth.

Man wird nun sagen, er hat nicht viel Vertrauen im Hause, aber er hat das der entscheidenden Leute. Das ist

nicht etwa der Kaiser, sondern Geßmann.

(Sehr gut!) Die Tücke der Christlichsozialen hat seinerzeit Beck gestürzt. Aber die Laster Becks wären noch genügend, um Bienenrth mit großen politischen Vorzügen auszustatten. (Lebhaftes Heiterkeit.) Mag Beck falsche Ideen und ein falsches System gehabt haben: Bienenrth hat gar keine Ideen. (So ist es!) Mag er sich falscher Mittel bedient haben — wir haben bittere Kämpfe mit ihm geführt —; aber was ist ein Ministerium, das nicht weiß, was es will, außer zu leben, das die Hände in den Schoß legt und den großen Schwierigkeiten vollständig tat- und planlos gegenübersteht? Man wird sagen: Bienenrth hat das Parlament geschlossen und den böhmischen Landtag dazu. (Heiterkeit.) Dazu braucht es keinen Politiker, dazu genügt... (Ruf: Ein Hausknecht!) Ganz gut. Das sind keine politischen Gedanken. Es ist nicht so; aber wenn es nicht so absurd wäre, möchte man fast glauben, daß

die Choc-Buben*) und Bienenrth mitschuldig

an einer und derselben Aktion sind. (Sehr gut!) Sie haben ihm wirklich aus der Schlinge geholfen. (Sehr richtig!)

*) Wenzel Choc war der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete von Prag-Weinberge. Er war mit Kľofáč der Obmann seines Klubs und die Obstruktionisten wurden nach ihm Choc-Buben genannt, zumal er es war, der die meisten ihrer Kindereien kommandierte. Er war von Beruf Rechtsanwaltsanwärter.

Ist nun diese Episode der Frechheit und der Büherei bloß anzusehen als das Werk einzelner Leute oder ist sie das Symptom eines tiefer liegenden Vorkommnisses? Wir wissen sehr gut, daß sich Österreich in einer schweren Krise befindet, die durch das allgemeine Wahlrecht im Parlament allein nicht zu beseitigen war. Wenn die Menschen, die gedankenlos nachbeten, was ihnen vorgekauft wird von gedankenlosen Zeitungen, sagen: „Nun seht ihr ja, was das Volkshaus kann!“ so haben wir, die wir mit unserem Blute dieses Haus gebaut haben, zu erwidern: Wir haben nie gesagt und nie gemeint, daß es das Ende der Reform ist, sondern der Anfang, der erste Schritt zur Neugestaltung,

die erste Vorbedingung.

(Lebhafte Zustimmung.) Wir haben immer gesagt: Nötig ist eine Umwälzung des ganzen Staates, eine Umgestaltung an Haupt und Gliedern; nicht nur im Reiche, sondern auch in den Ländern muß vor sich gehen eine Demokratisierung des ganzen Staatswesens! (So ist es!) Wenn man aber mit Händen und Füßen gegen die Demokratisierung der Landtage sich sträubt, die nationalen Fragen, statt sie in den Vertretungskörpern in Diskussion zu ziehen, zaghaft und zitternd glaubt, mit kleinen bürokratischen Maßregeln darüber hinwegzukommen, nicht wagt, die Gesetze einzubringen, kann man nicht weiterkommen. Jetzt wurden zwei Gesetze vorgelegt, sie sind nicht der Weisheit letzter Schluß. Aber von beiden nationalen Parteien ist es anerkannt, daß sie eine Möglichkeit geben, der Ausgangspunkt für Verhandlungen zu sein. Ja, wenn Beck nicht diesen größten Fehler gemacht und nicht gezögert hätte, die Gesetze, die seit einem Jahre fertig sind, einzubringen, wenn er das, was Bienerth jetzt notgedrungen getan hat, schon vor einem Jahre getan hätte, er hätte es unter viel günstigeren Bedingungen getan und manches wäre erspart geblieben. (Zustimmung.) Es wäre nicht zur Obstruktion im böhmischen Landtag gekommen, die die

Wurzel und letzte Ursache

der Obstruktion im Reichsrat ist. (So ist es!) Nur fortgesetzte Arbeit an allen Einrichtungen, eine fortgesetzte Umwälzung — wenn Revolution zu kraß klingt; es ist eine, wenn auch eine friedliche — kann diesen Staat zu einem vernünftigen machen, in dem man leben kann. Darum waren wir auf die größten Schwierigkeiten gefaßt, waren gefaßt darauf, daß mit dem Sieg des allgemeinen Wahlrechtes der

Sieg Neuösterreichs noch lange nicht entschieden

ist, daß jahrelange Arbeit nötig ist. Aber nichts liegt uns ferner, als zu verzweifeln. „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Das muß allen Menschen gegenwärtig sein, die das ungeheuer schwere Problem des Zusammenlebens der Völker in diesem Staate lösen wollen. Wer aber die Flinte ins Korn wirft, weil ein paar Buben Spektakel machen, nur wartet, daß das

Parlament etwas nicht bewältigen kann, statt es zu unterstützen, ist nicht befähigt, in Österreich Politik zu machen. (Brausender Beifall.)

Das Problem ist schwer und peitscht die Leidenschaften auf, aber wir wissen auch, und haben dafür einen glänzenden Beweis geliefert, daß diese Leidenschaften überwunden werden können, wenigstens bis zu dem Grade, daß das gemeinsame Arbeiten möglich ist, auch in diesem Parlament, wo die nationalen Parteien mit dem Messer gegeneinanderstehen. In dem Moment der größten Aufregung, der bestialischesten Hetze sind die neunundachtzig Sozialdemokraten, Tschechen wie Deutsche, nebeneinandergestanden und wir haben

den gemeinsamen Feinden

die Stirn geboten. (Großer Applaus.) Warum konnten wir es? Weil wir das Bewußtsein haben, daß die nationalen Dinge, so ernst sie sind, doch nicht die einzigen sind, die das Volk angehen. (Lebhafter Beifall.) So ernst es auch jeder von uns mit seiner Nation meint, wir werden den Streit nie so weit gedeihen lassen, daß die Sozialpolitik zur Seite geschoben wird. (Brausende Zustimmung.) Ich habe im Parlament neulich gesagt, und man hat sich darüber gewundert: „In unserem Lager ist Österreich!“...

Wenn es überhaupt ein Österreich geben kann,

(Sehr gut!) wenn wir nicht zugrunde gehen wollen in diesem tierischen Kriege, gibt es nur den Weg, den die Sozialdemokraten gewiesen haben. (Starker Applaus.) Ich weiß nicht, welches Ministerium jetzt geboren werden wird. Man liest eine Masse Namen, und ich glaube fast, es gibt Blätter, die dafür eine Taxe festsetzen, daß einer als Minister, wenn schon nicht ernannt, so doch genannt wird. (Lebhafte Heiterkeit.) Was Bienerth will, kann man nicht wissen, weil keine Logik, kein Gedanke in seinem Tun erkennbar ist. Aber so viel ist sicher: das arbeitende Volk ohne Unterschied der Nation wird ihm es sehr deutlich in die Ohren sagen.

Wir verlangen die sofortige Einberufung des Parlaments.

Wir verlangen die Fortsetzung der sozialpolitischen und politischen Arbeit! (Brausende Zustimmung.) Wenn Bienerth unfähig ist, mag er gehen! (Bravo!) Wir machen sie alle verantwortlich für alle Schäden und werden nicht dulden, daß man die Unfähigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien

zu einer Ära des § 14 ausnützt!

(Stürmischer Beifall.) Es mag sein, daß das Parlament nicht alles kann, was es sollte; aber daß die Bürokratie nichts kann, als Österreich in Grund und Boden zu regieren: das hat sie durch Jahrzehnte gezeigt. Also auf mit dem Parlament, Wiederbeginn der Arbeit und vor allem eine Regierung, die mit dem Parlament arbeiten will! (Tosender, langanhaltender Applaus.)

Die Verschwörung gegen das Parlament.

Niederösterreichischer Landesparteitag
am 28. Februar 1909.

Wir stehen politisch in einer Phase der Entwicklung Österreichs, die es notwendig macht, daß wir alle unsere Kräfte zusammenhalten. Heute können Sie in der „Wiener Zeitung“ lesen, daß das Parlament für den 10. März einberufen wurde. Wenn Sie aber fragen, warum das Parlament geschlossen wurde, so gibt es darauf nur eine Antwort: Weil wir eine Regierung haben, an deren Spitze ein Mann steht, der zu allem möglichen fähig sein mag, der aber politisch absolut unfähig ist; weil wir einen Ministerpräsidenten haben, der alle Schwierigkeiten für seine Regierung dadurch zu beseitigen sucht, daß er das Parlament gefährdet oder ausschaltet. Als die Obstruktion der Tschechischradikalen einsetzte, die Obstruktion mit Musikinstrumenten, jenes wirklich frivole und nichtswürdige Attentat auf das Parlament, da hat die Regierung diese Gelegenheit benützt, um sich des Parlaments zu entledigen, in dem sie keine Majorität gehabt hat. Man könnte fast sagen, es war eine Verschwörung, wenn solche politische Gedanken Herrn von Bienerth zuzumuten wären, eine Verschwörung zwischen Bienerth und Choc um folgenden Pakt: Die Choc-Buben machen Lärm, Herr Bienerth schließt das Parlament und als Belohnung für den Dienst, den die Choc-Leute der Regierung erwiesen haben, macht ihnen die Regierung jenen lächerlichen Tendenzprozeß, der nur eine Reklame für die Herren ist. Das ist ein billiges Abkommen, könnte es scheinen, zwischen diesen beiden Politikern, die auf sehr verschiedenen Seiten stehen, aber beide das Parlament schädigen wollen. Nun wird das Parlament wieder zusammentreten und es wird notwendig sein, diese ganze Reihe von Vorlagen, die mit der größten Mühe und Arbeit, wir dürfen wohl sagen unter der lebhaften, fleißigen und fachkundigen Mitarbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten fast bis zur Vollendung gefördert wurden, von frischem aufzuarbeiten. Es wird vor allem die Vorlage über die Invalidenversicherung, auf die ja Millionen von Menschen in Österreich warten, von neuem eingebracht werden müssen.

Das Gewissen des Parlaments.

Die erste Regierung Bienerth, die provisorische Beamtenregierung der Sektionschefs, konnte für sich einen einzigen politischen Erfolg in Anspruch nehmen, den nämlich, daß sie die Sprachengesetze in das Parlament bringen konnte. Das persönliche Verdienst der Herren ist ja nicht sehr groß, denn die Vorlagen waren längst fertig. Aber immerhin war es ein Erfolg, daß es zur parlamentarischen Behandlung des schwierigsten Problems, das unsere Politik überhaupt beherrscht, kommen konnte. Diesen kleinen, aber wichtigen Fortschritt hat die Schließung des Parlaments in frivolster Weise vernichtet und die Regierung steht jetzt

neuerdings vor dem Zweifel, ob sie es wagen kann, diesen Entwurf in das Parlament zu bringen. Es versteht sich von selbst, daß wir einer solchen Regierung, in der kaum ein Mann ist, dem wir nicht das größte Mißtrauen entgegenbringen würden, in ihrer Gesamtheit auch nur mit dem größten Mißtrauen, mit der schärfsten Opposition gegenüberstehen. Und wir werden schwere Kämpfe im Parlament haben, schwere Kämpfe gegen die Regierung, aber immer wieder schwere Kämpfe um das Parlament selbst. Da möchte ich an Sie die Bitte richten, der Haltung der Sozialdemokraten im Parlament, die durchaus nicht einfach und nicht leicht, sondern bei jedem Schritt ungemein schwierig ist, mit dem nötigen Verständnis zu folgen und Ihre Kritik nur zu üben, wenn Sie alle Umstände erwogen haben. Sie sehen jetzt, wie die „arbeitswilligen“ Parteien sich vereinigen, und Sie können in den Zeitungen fortwährend Erörterungen über die Frage lesen, ob die Slawische Union Obstruktion machen wird oder nicht. Wir Sozialdemokraten werden natürlich von den arbeitswilligen Parteien als Bundesgenossen, ja Retter in der Not angesehen und stets freundlichst eingeladen. Denn wir haben die merkwürdige Stellung im österreichischen Parlament, daß auf der einen Seite eine Koalition, eine politische Einkreisung gegen die Sozialdemokraten proklamiert wird, daß alle Parteien sich am liebsten vereinigen würden, um uns gemeinsam zu erwürgen, daß aber in jeder Not, überall wo die Vernunft zu sprechen hat, überall wo die Verantwortung für die Geschicke der Völker zu sprechen hat, man an die Vernunft und an das Verantwortungsgefühl der Sozialdemokraten appellieren muß. Wir haben die merkwürdige Situation, daß wir nach wie vor nicht nur in unserem Bewußtsein, sondern im Bewußtsein aller Parteien das Gewissen dieses Parlaments sind, ja mehr noch, daß wir das Gewissen dieses Staates sind und die Interessen aller Völker vertreten. Wir werden uns keiner arbeitswilligen Majorität einfügen lassen oder uns mit ihr verbünden. Wir haben das nicht notwendig, wir arbeiten für das Parlament auf eigene Faust, allein für uns, ohne Zusammenhang nach rechts wie nach links. Wir halten diesen Ring der „Arbeitswilligen“, den die Herren da bilden wollen, außerdem für einen politischen Fehler, weil er die in der „Slawischen Union“ vereinigten Parteien geradezu auf eine obstruktionelle Haltung hindrängt, woran die vernünftigerweise gar nicht denken können. Denn vernünftigerweise wird man die „Slawische Union“ als nichts anderes ansehen können als das Bemühen aller Tschechen und Südslawen, mit den paar verbrecherischen Herren Radikalen fertig zu werden und sie zu hindern, das Parlament wieder zu stören. Vernünftigerweise muß man erwarten, daß die „Slawische Union“ nichts anderes bedeutet, als daß auch diese Parteien kein Interesse daran haben, daß das Parlament gestört oder gar zerstört werde. Aber es handelt sich um etwas anderes. Es handelt sich um die Regierung. Und wenn Sie in den Zeitungen lesen, es schaut trüb aus mit dem Parlament, so werden

Sie das richtig lesen: Es schaut trüb aus mit der Regierung des Herrn Bienenrth. So wenig wir geneigt sind, das Leben des Parlaments und seine Arbeitsfähigkeit antasten zu lassen, so wenig sind wir Sozialdemokraten geneigt, diesem Ministerium irgendeine Schwierigkeit zu ersparen, ja im Gegenteil, wir halten es für eine der wichtigsten politischen Aufgaben, Österreich von dieser Regierung zu befreien.

In welchen Zustand hat man uns gebracht! In einer Zeit, wo uns die Politik des Herrn Aehrenthal eine Kriegsgefahr heraufbeschworen hat, an die niemand von uns denken kann, ohne im Grimm die Faust zu ballen gegen die Verbrecher, die es gewagt haben, um eingebildeter Vorteile willen uns an den Rand eines Krieges zu bringen, in einer solchen Zeit hat Herr von Bienenrth keine andere Sorge gehabt, als das Parlament wegzuschicken, um sich die Kritik zu ersparen. Es kann bald wieder die Frage kommen, ob Herr von Bienenrth gehen soll oder das Parlament. Ich fürchte sehr, daß es dann aller unserer Kunst bedürfen wird, um den Herren klarzumachen, daß, wenn eine Regierung kein Vertrauen im Parlament hat, sie zu gehen hat und nicht das Parlament. Aber es ist bei dem Charakter der Politiker, die heute das Heft in den Händen haben, durchaus möglich, daß die Frage dann so beantwortet wird, daß man das Parlament nach Hause schickt.

Kriegsrüstungen und Neuwahlen.

Die Lösung, daß man an die Wähler appelliert, die wäre noch eine durchaus konstitutionelle Lösung. Denn wenn eine Regierung keine Majorität hat, dann muß sie entweder selbst gehen oder das Haus auflösen. Gegen eine solche Entscheidung können wir nicht nur nichts einwenden, sondern wir würden dies stets mit großer Genugtuung begrüßen. Aber ob die Herren dabei ihren Vorteil finden, das ist eine ganz andere Frage. Vom Standpunkt der Verfassung aus können wir nichts dagegen einwenden und vom Standpunkt der Partei aus müssen wir sagen, daß es uns stets erwünscht sein muß und ist, wenn die Masse unserer Partei wieder Gelegenheit hat, sich im Kampfe zu erproben. Ich sage es hier an dieser Stelle und es möge für Ihre Beratungen den richtigen Hintergrund abgeben und möge das Grundmotiv für Ihre Beratungen sein: Wir wissen nicht, ob es zu Neuwahlen kommt; sie können aber früher kommen, als wir alle glauben. Sorgen Sie dafür, daß wir in sie eintreten können mit voller Kraft und in voller Rüstung. Wir fürchten die Neuwahlen nicht, mögen jene sie fürchten, die Österreich in den Zustand gebracht haben, in dem es sich heute befindet. Wir fürchten die Rechenschaft vor den Wählern nicht, die haben unsere Gegner zu fürchten. Unsere Organisationen, die nicht nur Organisationen für den Wahlkampf sind, sondern Organisationen für die Sozialdemokratie und für den Kampf der Sozialdemokratie, unsere Organisationen sind bereit, jederzeit in den Kampf einzutreten. Vollenden Sie Ihre Rüstung und

denken Sie daran, daß, mag der Ruf an die Wähler kommen wann immer, wir Sozialdemokraten in der Lage seien, zu antworten: Man fragt uns um unser Urteil, da sind wir, wir sind gerüstet und wir sind bereit, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die, wenn es auch nicht dank dem Herrn Aehrenthal, sondern dank der Klugheit anderer Leute nicht zum Kriege kommt, verschuldet haben, daß Tausende und Tausende unserer Söhne im strengsten Winter unter den furchtbarsten Verhältnissen dort unten am Balkan stehen müssen. Wir werden die Leute zur Verantwortung ziehen, die es verschuldet haben, daß Hunderte von Millionen — über 300 Millionen sind es und es werden bald 400 Millionen sein — hinausgeworfen werden für Vorbereitungen zu einem Kriege, der zum Glück nicht geführt werden wird, während unsere Finanzen derartige sind, daß wir kämpfen müssen um jede einzelne Million, die für die Sozialversicherung notwendig ist, um jede tausend Kronen, die für einen Gewerbeinspektor notwendig sind. Die notwendigsten Dinge, die für die ganze Kulturentwicklung des Volkes wichtig sind, werden versäumt. Unsere Schulen werden vernachlässigt, die Volksschulen, die Mittelschulen, die Hochschulen, alle Kulturwerke anderer Art werden hintangesetzt, weil wir kein Geld haben. Alle sozialpolitischen Notwendigkeiten werden in den Hintergrund gestellt, weil wir kein Geld haben, und hier opfert man in frivolster Weise Hunderte von Millionen — mit der Aussicht dazu, daß man vielleicht auch Tausende von Menschenleben wird opfern müssen. Den Patrioten gegenüber, die diese Politik als die echt österreichische feiern und die gar keine bessere Parole finden, als: Los für das neue Österreich gegen den serbischen Feind, denen die Kriegslust wieder aus den Augen spricht, diesen „Patrioten“ möchten wir sehr gern, so bald als möglich, im Wahlkampf gegenüberstehen. Wir fürchten die neuen Wahlen nicht. Wenn sie uns nicht auferlegt sind, werden wir unsere Arbeit anderen Zwecken zuwenden. Wir haben Verwendung genug für unsere Kraft. Wenn sie aber kommen, dann werden sie uns gerüstet finden. Möge Ihr Parteitag dienen der Organisation überhaupt und der Rüstung für den Kampf, der uns bevorsteht. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Sprengung des Parlaments.

Protestversammlung in Favoriten am 14. Juli 1909*).

Wir haben einen Abschnitt unserer parlamentarischen Tätigkeit hinter uns, der voll von aufreibender Arbeit, insbesondere auch für

*) Die Regierung Bienenrath hatte in der Sommertagung des Jahres 1909 die Obstruktion, die diesmal zur Abwechslung wieder die tschechischen Agrarier und die slowenischen Klerikalen des Herrn Schusterschitz mit

die sozialdemokratischen Abgeordneten war; aber das Ergebnis ist ein sehr geringes und ein sehr beträchtlicher Teil unserer Arbeitsprodukte ist durch die Schließung des Reichsrates einfach vernichtet worden. Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, wie das gekommen ist, und müssen für unser Verhalten daraus die Konsequenzen ziehen. Wir haben — das möchte ich nebenbei bemerken — die Absicht gehabt, eine einzige große Demonstrationsversammlung im Rathause abzuhalten, und haben uns an den Herrn Bürgermeister gewendet, uns die Volkshalle für diesen Zweck zu überlassen. Er hat es aber für gut befunden, nach einigem Nachdenken und nachdem er sich mit seinen Parteigenossen ins Einvernehmen gesetzt hat, uns die Volkshalle zu verweigern. (Pfui!) Parteigenossen! Regen Sie sich nicht schon dabei auf, Sie werden noch viel aufregendere Dinge hören. Ich kann nicht sagen, daß ich sehr überrascht bin davon, daß wir die Volkshalle nicht bekommen haben; denn es ist nicht angenehm für jemanden, der ein Hausherr ist — und Hausherrn sind sie ja alle da drinnen —, im eigenen Hause unangenehme Dinge zu vernehmen und es ist ja selbstverständlich, daß es nicht anders möglich gewesen wäre, als daß im Urteil, das wir zu fällen haben über die politische Lage, auch für die Herren Christlichsozialen einiges abgefallen wäre. Aber

Hilfe der „Slawischen Union“ unternahmen, zur Ausschaltung des Parlaments benützt. Der sozialdemokratische Verband versuchte die 60 Dringlichkeitsanträge dieser Parteien zu überwinden, indem er die wichtigsten Vorlagen, deren Erledigung im Interesse der Arbeiter lag, am 4. Juli 1909 selbst in neun Dringlichkeitsanträge zusammenfaßte und verlangte, das Haus möge die Obstruktionsanträge der „slawischen Aktionsparteien“ aufarbeiten, um dann zur Erledigung der sozialdemokratischen „Arbeitsanträge“ zu kommen. Das wurde von den Regierungsparteien — Christlichsozialen und Deutschnationalen — abgelehnt. Endlich entschlossen sich die Führer der Christlichsozialen, Deutschnationalen und Polen, Lueger, Sylvestor und Glombinski, eine Obmännerkonferenz einzuberufen, um über das weitere Verhalten zu verhandeln. Dr. Adler appellierte nun in dieser Konferenz, die am 9. Juli stattfand, an die Parteien, da die Regierung sich unfähig erwiesen habe, das Parlament zu retten, möge das Haus sein Schicksal selbst in die Hand nehmen. Unter dem Eindruck dieser Rede traten die Obstruktionisten den Rückzug an. Sie erklärten sich bereit, ihre Dringlichkeitsanträge zurückzuziehen, nur solle die Regierung durch einen Beschluß des Hauses verpflichtet werden, ihren Einfluß einzusetzen, daß die bosnische Agrarbank (die dem ungarischen Kapital übergeben werden sollte) nicht ins Leben trete. Es war also wirklich ein Vorwand für einen bedingungslosen Rückzug, aber Bienerth lehnte auch dieses billige Kompromiß ab und die Regierungsparteien wichen vor ihm zurück. Am 11. Juli wurde die Session geschlossen. Der sozialdemokratische Verband erließ nun ein Manifest „An das arbeitende Volk aller Nationen Österreichs“, worin er die Schuld der Regierung und der bürgerlichen Parteien an der Sprengung des Parlaments feststellte.

Die Wiener sozialdemokratische Partei berief nun eine Massenversammlung in die „Volkshalle“ des Rathauses ein. Aber der Bürgermeister Dr. Lueger verweigerte den Saal, so daß die Versammlung im Favoritner Arbeiterheim stattfinden mußte.

wenn ich das begreiflich finde und wenn wir immer und immer wieder auf diesen blanken Hausherrenstandpunkt stoßen, so dürfen wir nicht aufhören, zu konstatieren: Wir betrachten uns im Rat-hause, in der Zentrale der Stadt Wien nicht als Gäste und betrachten die derzeit herrschende Partei nicht als Besitzer dieses Hauses, das der gesamten Bevölkerung Wiens gehört, von der die sozialdemokratischen Arbeiter gut die Hälfte ausmachen. (Sehr richtig!) Es ist also durchaus ein Übergriff und eine kleinliche Anschauung, die unsere Stadtherren dazu veranlaßt, in dieser Weise zu verfügen. Das Urteil wird ihnen nicht erspart bleiben und man wird es ihnen von wo anders auch ausrichten, wie die Arbeiterschaft über sie denkt.

Was ist geschehen?

Der Reichsrat ist am Samstag geschlossen worden, das heißt, es ist alle Arbeit, die noch nicht so fertig ist, daß sie der Sanktion unterbreitet werden kann, einfach ins Wasser gefallen und wenn der Reichsrat wieder zusammenkommt, muß ein neues Präsidium, müssen neue Ausschüsse gewählt werden, müssen alle Gesetzentwürfe, auch wenn sie im Herrenhaus etwa schon beschlossen waren, neu eingebracht werden, neue Ausschußberatungen durchmachen und neu beschlossen werden. Eine große Zahl von Gesetzentwürfen und ein großer Aufwand an Arbeit ist auf diese Weise vernichtet worden. Wäre der Reichsrat einfach vertagt worden, dann wäre dieser Verlust nicht eingetreten, sondern man hätte nach den Ferien die Arbeit dort aufnehmen können, wo sie heute stehen geblieben ist. Wenn wir also so außerordentlich erbittert sind über die Methode, wie man mit dem Parlament nun schon zum zweitenmal in einem Jahr umspringt, so haben wir dazu unsere guten Gründe. Sie erinnern sich, daß Anfang Februar der Reichsrat geschlossen wurde, weil damals die tschechische musikalische Obstruktion eingetreten war, und Sie erinnern sich, daß ich Gelegenheit hatte, hier an dieser Stelle auseinanderzusetzen, daß diese Schließung durchaus nicht eine politische Notwendigkeit war, sondern daß sie das Ministerium Bienerth geradezu provoziert hat, um die politischen Absichten, die dieses Ministerium hat, zu verdecken und seine Schwäche zu bemänteln. Heute stehen wir vor einer ganz ähnlichen Situation, die in mancher Beziehung noch eine schlimmere ist.

Im März ist das Parlament wieder zusammengetreten und mit aller Beschleunigung und — wie ich ausdrücklich hervorhebe — mit der Unterstützung und Tatkraft der sozialdemokratischen Fraktion ist in allen Ausschüssen

die Arbeit mit der größten Intensität aufgenommen

worden. Es ist das ganze parlamentarische Triebwerk in Gang gesetzt worden mit einer solchen Energie, daß es möglich war, was seit dem Jahre 1897 oder noch länger nicht möglich war, das Budget des laufenden Jahres noch im Sommer zu erledigen;

aber, wie ich Ihnen ausdrücklich sage, unter dem versteckten Widerstand der Regierung.

Weil aber heute alles abgeleugnet wird,

nicht nur solche schwer zu greifende Dinge, sondern selbst was zum Handgreifen ist, so will ich Ihnen sagen, warum. Die Regierung hat gefürchtet, daß sie bei der Abstimmung über einzelne Kapitel des Budgets in die Minorität kommen und daß sie darüber fallen werde. Darum hat sie gewünscht, diese Abstimmungen zu vermeiden und lieber durch eine Abstimmung über ein Budget-provisorium darüber hinwegzukommen. Wir Sozialdemokraten haben mit dem größten Eifer betrieben, daß das Budget im Ausschuß so gründlich, wie unter den Umständen möglich, aber auch so rasch als möglich beraten werde, und haben in erster Linie beigetragen, daß es rechtzeitig ins Haus kam. Natürlich haben wir für dieses Budget nicht gestimmt. Wir haben wohl gewünscht, daß das Budget beraten werde und das Parlament sein Urteil fälle, haben uns aber selbstverständlich gehütet, dieser Regierung durch ein Zustimmung zum Budget ein Vertrauensvotum zu geben. Dazu hatten wir nicht den geringsten Anlaß. Nun hat es sich gezeigt, daß bei der Budgetbeschlußfassung

die Regierung nur mit sehr knapper Majorität durchgerutscht

ist; es hat sich bei der Beratung der bosnischen Angelegenheit und bei der Beratung der Schatzscheine gezeigt, daß die Regierung nur über eine sehr knappe Majorität verfügt, die bei einer Abstimmung auf nur fünf Stimmen reduziert war, die von fünf Ministern abgegeben wurden, die Abgeordnete sind. Das hat offenbart, wie schwach die Grundlagen dieser Regierung sind.

Nebenbei will ich registrieren, daß eines der wichtigsten Dinge Österreichs erledigt wurde: das ist die Verstaatlichung der Bahnen. Eine ganze Reihe wirtschaftlicher Gesetze sind bis zu Ende geführt. Im Vordergrund stehen die handelspolitischen Gesetze. Ich brauche über die wirtschaftliche Krise, die von Amerika über England und Deutschland auch zu uns gekommen ist und uns mit einer kaum je erlebten Arbeitslosigkeit heimgesucht hat, bei Ihnen nicht viel zu sprechen. In einer solchen Zeit war es selbstverständlich die erste und wichtigste Aufgabe, die Möglichkeit der Erholung unserer Industrie wieder zu schaffen, und darum hatten die Handelsverträge mit den Balkanstaaten, die endlich die Schranke beseitigen wollten, die uns absperrt von unserem Absatzgebiet da unten, die allerwichtigsten Zielpunkte unserer Politik zu sein. Die Regierung brauchte, um mit Serbien, Rumänien und Bulgarien Verträge zu schließen, die Ermächtigung des Parlaments; speziell der Vertrag oder die Verhandlungen mit Serbien hatten noch eine ganz besondere Bedeutung, da wir mit Serbien in einem politisch schweren Konflikt standen, wo Krieg und Frieden bereits auf des Messers Schneide standen, und Sie begreifen, daß, wenn Österreich zeigen wollte, daß es den Frieden will, es sich vor allem bereit

erklären müßte, in ein mögliches Handelsvertragsverhältnis mit Serbien einzutreten.

Was heißt das nun: Verträge mit Balkanstaaten?

Das heißt, um es mit einem Worte zu sagen, die Möglichkeit zu schaffen, daß unsere Industrieprodukte in die Balkanstaaten hinabgehen, was nur möglich ist, wenn wir gestatten, daß die Produkte, die die dort erzeugen, das ist vor allem Vieh, nach Österreich hereingebracht werden. Nun hat unsere Industrie ein großes Interesse daran, daß unsere Waren hinausgehen; die Fleischfabrikanten in Österreich aber haben ein Interesse, daß wir kein Fleisch zu essen bekommen, außer jenes, das sie uns verkaufen, und zwar verkaufen zu Preisen, die sie uns diktieren. Die Einfuhr von Vieh, die die Regierung zulassen will, ist so beschränkt, daß sie das Fleisch kaum irgendwie verbilligen wird. In ihrem grenzenlosen Egoismus stehen aber die Agrarier auf dem Standpunkt, kein Stück Schwein und kein Stück Vieh dürfe die Grenze Österreichs überschreiten, weil ihr Monopol dadurch unterbunden würde. So beschränkte, eingeeengte Handelsverträge abschließen zu dürfen, wollte die Regierung die Erlaubnis haben. Im vorigen Dezember verlangte sie die Ermächtigung für ein halbes Jahr. Damals wurde auf Vorschlag des jetzigen Handelsministers und damaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Weiskirchner ein Kompromiß für ein Vierteljahr angenommen. Alle unsere Warnungen, die wir im offenen Hause und in der Obmännerkonferenz in der ernstesten Weise an Regierung und Parteien gerichtet haben, waren umsonst. Aber glauben Sie, daß die Agrarier dafür gestimmt hätten? In einer heißen Abstimmung nach einem Dringlichkeitsantrag aber war es möglich, die Ermächtigung durchzubringen, und es hat sich gezeigt, daß

die Agrarier im österreichischen Parlament nicht die Majorität haben,

wenn man nur die Courage hat, sich ihnen zu widersetzen. Im März war die Frage wieder auf der Tagesordnung und wir Sozialdemokraten haben am 23. März in der Obmännerkonferenz durch drei Stunden gekämpft gegen die Regierung und gegen alle Parteien des Hauses, um durchzusetzen, daß sie die Interessen der Konsumenten, das ist der breiten Massen der Bevölkerung nicht ausliefern an die Agrarier. Es hat nichts genützt. Am Morgen war noch um 10 Uhr im Volkswirtschaftlichen Ausschuß unter Zustimmung des Handelsministers Dr. Weiskirchner doch ein Antrag auf volle Ermächtigung angenommen worden, und um 1 Uhr mittags hat man in der Obmännerkonferenz bereits gesehen, daß

die Regierung Blenerth und Weiskirchner die Sache preisgibt

und sich bemüht mit einer Ermächtigung, die für Verhandlungen ungenügend ist. Ich erzähle das ausführlicher, weil ich überzeugt bin, daß das mit den Vorgängen von heute im allerinnigsten Zusammenhang steht. Und nun kommt

die neueste Phase.

Wir sind mit dem Budget fertig. Wir haben einen sehr langen Kampf mit der Regierung hinter uns wegen der bosnischen Frage. Es ist lang debattiert worden über die Kmetenablösung, die ungarische Agrarbank und die Schuld der Regierung. All dieses Hin und Her läßt sich klar beleuchten durch eine einzige Frage: War der Ministerpräsident Bienerth gezwungen, zur ungarischen Agrarbank ja zu sagen, mußte er die Kmeten ausliefern? Er war nicht gezwungen dazu und konnte

durch einfaches Nein

diesen Streich gegen unsere neuen Landsleute vermeiden. Nur aus Schwäche gegen Ungarn hat er diese neuen Österreicher preisgegeben und den Auftrag des österreichischen Parlaments nicht ausgeführt. Das alles war im Reichsrat bereits vorbei.

Die Ausschüsse

hatten eine ganze Reihe von Gesetzen fertig, unsere handelspolitischen Gesetze sind fertig zur Beschlußfassung, ein Gesetz in bezug auf die Erweiterung der Unfallversicherung von Bauarbeitern, die bisher noch nicht versicherungspflichtig waren, war fertig und konnte in einer Viertelstunde beschlossen werden; zwei Gesetze über die Handelsangestellten haben sogar schon das Herrenhaus passiert und das Abgeordnetenhaus braucht

keine Viertelstunde,

sie zu erledigen; in drei Minuten können sie beschlossen sein, denn alles ist darüber einig. Auch die sind ins Wasser gefallen. Schließlich ist noch eine Resolution — allerdings nur eine Resolution, eben heute, wo Getreide und Mehl so ungeheure und unerschwingliche Preise haben, eine sehr wichtige Resolution: die Resolution, die die zeitweise Aufhebung der Getreidezölle fordert. Alle diese Dinge sollten erledigt werden. Auf einmal kommt

die Obstruktion.

Es kamen die Slowenen unter Führung des Dr. Schusterschitz. es kamen die tschechischen Agrarier und bringen drei, vier Dutzend Dringlichkeitsanträge ein, von deren Wichtigkeit sie vielleicht überzeugt sind, aber von denen sie wissen, daß sie nicht durchgesetzt werden können. In der Obmännerkonferenz fragt man die Herren, was sie wünschen, und Herr Udrzal, der tschechische Agrarier, tritt auf im Namen der Obstruktionisten und erklärt, sie seien der Ansicht, daß die Tagesordnung des Hauses für diesmal erschöpft sei. Man fragt ihn, was das bedeute. Darauf sagt er, er habe dem nichts hinzuzufügen. Eine doppelte Erpressung. Daß die Regierung auf schwachen Beinen steht, weiß man. So unangenehm sie uns ist, so unangenehm ist sie auch anderen Parteien — wenn auch aus anderen Gründen. Die Slowenen wünschen einen slowenischen Landsmannminister und Herr Dr. Schuster-

s c h i t z w ü n s c h t i h n a u f s a l l e r d r i n g e n d s t e. (Lebhaftes Heiterkeit.) Herr Praschek, der tschechische Agrarier — nun, Herr Praschek war schon Minister und ist mit einer anständigen Pension gegangen (Zwischenruf: Wie der Geßmann!); aber er trifft es, daß er neben Pensionist auch Obstruktionist ist. Die Herren wollen etwas erpressen, aber sie wissen selber nicht, was sie erpressen wollen. Sie haben wohl geglaubt, vielleicht geschieht ein Wunder, so daß jetzt schon für sie etwas abfällt. Die Leute haben mit der Krise des Ministeriums spekuliert. Man begreift noch Herrn Dr. Schusterschitz; aber was will Herr Praschek? Er hat es ja ohnedies schon so weit gebracht, als es ein Mann in Österreich überhaupt bringen kann: er ist schon pensionierter Minister (Heiterkeit), ob pensionierter Landsmannminister oder pensionierter Ackerbauminister, ist ja gleich — wenigstens in der Höhe der Pension*). (Erneuerte Heiterkeit.)

Demgegenüber war — und das war die Meinung der Sozialdemokraten — nichts anderes zu tun, als dieser Obstruktion die Stirn zu bieten und diese Dringlichkeitsanträge aufzuarbeiten; Tag und Nacht zu sitzen und aufzuarbeiten, um ihnen zu zeigen, daß mit dieser Obstruktion nichts durchzusetzen ist, weil das Haus nicht will und sich in seiner Arbeit nicht stören läßt. (So ist es!) Aber man hat gesagt: Ja, wir können heute zehn Dringlichkeitsanträge aufarbeiten und die bringen morgen wieder zwanzig neue ein. Darum haben wir Sozialdemokraten selber Dringlichkeitsanträge eingebracht, um der Obstruktion damit eine Grenze zu setzen, wie man einen verheerenden Prairiebrand bekämpft, indem man freiwillig in einem Umkreis um ihn das Gras niederbrennt, um einen leeren Raum zu schaffen, in dem der Brand dann keine Nahrung mehr und seine Grenze findet. In unsere Dringlichkeitsanträge hatten wir alle sozialpolitischen und dringlichen Gesetze aufgenommen, die dann zur Verhandlung gekommen wären, wenn die Obstruktionsanträge aufgearbeitet gewesen wären.

Wir waren davon überzeugt, daß die Obstruktion nicht acht Tage hätte aushalten können, wenn sie wirklich hätte beginnen müssen. Wenn es wirklich dazu gekommen wäre, daß das Haus Abstimmung nach Abstimmung hätte vornehmen müssen und die

*) Die Geschichte dieser Pensionen ist so lustig, daß sie verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden. Nach dem Gesetz gebührte Ministern, allerdings auch wenn sie nur einen Tag in Amt waren, eine Pension von 8000 Kronen jährlich. Den beiden christlichsozialen Ministern Dr. Ebenhoch als Ackerbauminister und Geßmann als Arbeitsminister, aber auch dem tschechischen „Landsmannminister“ Praschek, die Beck in die Regierung aufgenommen hatte, um ihre Parteien für den Ausgleich mit Ungarn zu gewinnen, wurden aber, als sie nach einjähriger Ministerschaft zurücktraten, besondere Pensionen bewilligt, und zwar Geßmann 20.000 Kronen, den beiden andern 16.000 Kronen. Geßmann bezog, als er Minister wurde, die kleine Pension eines kleinen Bibliotheksbeamten. Nach seinem Rücktritt wurde ihm auf einmal eine volle Dienstzeit von 35 Dienstjahren angerechnet und ihm der volle Ministergehalt als Pension weiterbezahlt.

Bevölkerung gesehen hätte, daß die Mühle leergeht bei dieser nichtswürdigen Methode des Aufhaltens der Arbeit, dann wäre in der Bevölkerung eine Stimmung entstanden, die den Herren in wenigen Tagen die Obstruktion ausgetrieben hätte. Ja noch mehr; die Obstruktionisten waren ja schon jetzt isoliert und unter ihnen selbst waren Leute, die sich nicht wohl bei diesem Spiele fühlten. Hätte man sie nur gezwungen, die niederträchtige Komödie aufzuführen, so hätten sie bald aufhören müssen. Aber was ihnen zu Hilfe gekommen ist, das war

die Schwäche und Faulheit der bürgerlichen Parteien.

Sprechen wir darüber einmal offen. Wir Sozialdemokraten wollen uns nicht als die Tugendspiegel und Helden aufspielen; das können wir aber ruhig sagen: Wir arbeiten; wir sind zu arbeiten gewohnt. Wir sind gewohnt, politisch zu arbeiten, wir sind gewohnt, in der Organisation zu arbeiten, und in jedem Ausschuß und im Hause spürt man diese Arbeitsfähigkeit der Sozialdemokraten überall. Die anderen sind aber nicht gewohnt, die Politik als eine Arbeit zu betrachten, sondern das ist ihnen nur

eine angenehme Nebenbeschäftigung,

und sie verstehen es gar nicht, daß man an Abgeordnete die Forderung stellen kann, im Juli — aber, ich bitte, im Juli, wenn es da noch warm wird! — auch anwesend zu sein (Ja, so ist es!) und politisch einen Kampf zu führen, der Stunde um Stunde und Tag für Tag anstrengt. Sie möchten gern abstimmen und wegfahren. (So ist es!)

Sowohl die Deutschnationalen als auch insbesondere die Christlich-sozialen

— wie ich hervorhebe — haben bei jeder Gelegenheit uns gesagt: „Ja, das ist sehr schön; aber das geht nicht, unsere Leute sind nicht zu halten.“

Nun kann man mit einer Obstruktion auf zweifache Weise fertig werden; entweder man kämpft sie nieder oder aber man verhandelt mit ihr und sucht einen Ausweg. Zum Kampfe hat weder die Regierung Lust gehabt noch auch die Parteien. Blieb nur der andere,

der Weg des Kompromisses,

des Ausgleichs. Ich gestehe, daß das eine ziemlich schwierige Sache ist. Nicht etwa, weil die Position der Obstruktion eine so starke ist. Ganz im Gegenteil. Sie war eine sehr schwache, aber die Leute waren ja verrannt und es war für sie schwer, einen Rückweg zu finden; aber ein geschickter Ministerpräsident wäre schon in der Lage gewesen, eine Brücke zu schlagen. Herr v. Bienerth hat diese Geschicklichkeit nicht oder er will sie nicht haben. Die ganze Zeit ist er den Leuten gegenüber auf dem hohen Roß gesessen und hat nicht verhandelt. Als schon zwei Wochen kostbarer Zeit verloren waren, da hat er sie zu sich beschieden und hat nach zwei-stündigen Verhandlungen sie weggeschickt und gesagt, sie sollen ihm jetzt definitiv die Antwort sagen: Ja oder nein! Es wird be-

hauptet, daß in jener Konferenz von der Obstruktion Forderungen gestellt worden seien, denen sich die Parteien nicht fügen können: eine tschechische Universität in Brünn, eine slowenische Fakultät in Laibach und agrarisch-wirtschaftliche Forderungen. Man sage nicht, die Regierung, die immer auf den Baron Beck hingewiesen hat, der die Parteien mit Konzessionen gewonnen, wäre so hartherzig, daß die keine Konzessionen gäbe. Nur der Unterschied ist zwischen Bienenrth und Beck: Herr v. Bienenrth gibt auch sehr viel Geld aus, aber nur kriegt er nichts dafür. (Beifall.) Den Agrariern hat er doch gleich 54 Millionen geboten! Die Obstruktionisten sind aber diesmal von Herrn v. Bienenrth beleidigt fortgegangen und haben gesagt, es ist nichts zu machen, das Haus wird geschlossen. Da haben die Christlichsozialen und die Deutschnationalen einen lichten Moment gehabt und sie haben selber nochmals den Weg der Verhandlungen betreten. Bienenrth gab ihnen eine Frist von Donnerstag abends bis Samstag nachmittags. Freitag fand eine von den drei Parteiführern Lueger, Glombinski und Sylvester einberufene Konferenz der Obmänner statt, in der der Versuch gemacht werden sollte, die Obstruktion durch Verhandlungen zu beseitigen. In dieser denkwürdigen Verhandlung wurde vor allem festgestellt, daß die Obstruktion an den Forderungen, die sie gegenüber Bienenrth aufgestellt haben soll — ob sie es haben, wird man nie erfahren —, nicht festhält. Sie haben gesagt, sie haben sie gar nicht gestellt. Nun, Parteigenossen, appelliere ich an Ihre Erfahrungen bei den vielfachen Verhandlungen in Streiks. Wenn Sie da den Frieden schließen wollen und es hat der Unternehmer eine unannehmbare Forderung gestellt und er sagt nachträglich: „Ich habe eine Forderung gar nicht gestellt, habe nur gemeint, daß mir das angenehm wäre“, werden Sie ihn da bei den Forderungen festhalten und sagen: „Nein, nein, mein Lieber, das hast du gesagt und dabei bleibt's, das laß ich mir nicht abstreiten?“ (Stürmische Heiterkeit.) Wäre das der Weg zur Beendigung des Konflikts? Herr v. Bienenrth erklärt nun tatsächlich über die Forderungen des Herrn Schusterschitz: „Ich lasse dich nicht aus; du hast die Forderungen gestellt, darum verhandle ich nicht weiter!“ — und darum glaube ich nicht, daß Herr v. Bienenrth ernstlich nicht den ernstlichen Willen hatte, das Parlament weiterzuführen. (Lebhafte Zustimmung.) In der

Konferenz der Obmänner*)

erklärten die Obstruktionisten, sie könnten nicht weiter, sie stünden an einem Ehrenpunkt. Die Stimmung in der Konferenz war infolge-

*) In dieser Obmännerkonferenz führte Adler, wie in dem offiziellen Bericht mitgeteilt wurde, aus, die Sozialdemokraten hätten keine Veranlassung, die Motive der Obstruktion hier zu untersuchen; sie haben nie verhehlt, daß sie, welches immer diese Motive sind, die Obstruktion mißbilligen; aber wenn die Herren sagen, sie stellten keine konkreten Forderungen und sie hätten kein anderes Motiv gehabt, als die Unhaltbarkeit des heutigen Regierungssystems klarzustellen, so sieht doch jeder, daß diese Absicht vollständig schon heute erreicht ist, daß jedermann über-

dessen sehr gedrückt. Da haben wir Sozialdemokraten — und ich war der Wortführer — folgendes gesagt: „Es ist wahr, daß die Situation eine sehr schwere ist. Aber wenn die Herren Obstruktionsisten glauben, daß sie die Ehre verpflichte, so geht uns ihre politische Ehre in dem Streite mit der Regierung nichts an. Wir zweifeln darum nicht. Mögen sie mit der Regierung ihren Kampf ausfechten. Wir verlangen aber von ihnen — wir, die gesamten Volksvertreter —, daß sie sich von diesem Boden des Konflikts mit der Regierung begeben auf den Boden des Einvernehmens mit dem Parlament. Wir glauben, daß trotzdem ein Weg gefunden werden kann, wo sie, ohne ihre Ehre preiszugeben, doch dem Parlament geben können, was dem Parlament gebührt.“ Vergessen Sie nicht, es hat sich darum gehandelt,

zeugt ist von der inneren Hinfälligkeit der Regierung und daß die Lage der Regierung durch das Aufhören der Obstruktion um nichts besser werden wird.

Als dann Udrzal erklärte, ein Nichtnachgeben sei Ehrensache geworden, da sich leider durch die Schuld maßgebender Faktoren die kritische Situation in einem so vorgeschrittenen Stadium befinde, daß sie nicht in der Lage seien, den geäußerten Wünschen zu willfahren, sagte Dr. Adler, diese Erklärung gebe allerdings wenig Hoffnung auf Erfolg einer Vermittlung. Bei näherer Betrachtung der Sachlage aber ergebe sich, daß der Konflikt zwischen dem Ministerpräsidenten und den Aktionsparteien, der nun zu einer Art von Ehrenpunkt zugespitzt wird, doch auch wesentlich anders aufgefaßt werden kann. Wenn der Ministerpräsident gestern die Verhandlungen so führte, daß sie scheitern mußten, so folgt daraus noch lange nicht, daß die Parlamentsparteien sich ihm beugen und daß sie sich etwas vergeben, wenn sie eine andere Taktik einschlagen. Wo der Ministerpräsident gescheitert ist, dort kann das Parlament noch Erfolg haben, und die Unfähigkeit der Regierung wird in keinem milderen Lichte erscheinen, wenn dem Parlament gelingt, was durchzuführen der Ministerpräsident nicht imstande war. Mögen die Aktionsparteien ihren Kampf gegen das Ministerium führen wie sie wollen, die Sozialdemokraten wünschen ihnen gewiß den besten Erfolg; aber es wäre eine schwere Sünde, für den Mangel an Staatskunst des Barons Bienerth das Parlament und damit alle Völker Österreichs büßen zu lassen. Wollen die Herren mit uns zusammen — fußend auf jener Solidarität für das Leben und die Lebensfähigkeit des Parlaments, die über alle Parteigegensätze hinweg den gemeinsamen Boden aller bildet — das Parlament aus der Gefahr befreien, und zwar nicht für die Regierung, sondern gegen die Regierung, dann werden sie gewiß auch ihrer politischen Ehre in keiner Weise etwas vergeben haben.

Auch Dr. Lueger appellierte nochmals eindringlich an die Parteien und ersuchte sie nachdrücklich, die Not des Parlaments zu erwägen.

Es wurde nun eine kurze Pause gemacht, während der man sich über den weiteren Vorgang zu einigen versuchte.

Nach Wiederaufnahme der Konferenz erklärte zunächst Dr. Hruban im Namen der nichtobstruktionistischen Gruppen der Slawischen Union, daß sie nach der vernommenen Darstellung allerdings die Stellung der Obstruktionsparteien begreifen, daß sie sich aber durchaus dem Appell an sie anschließen, der Aufforderung Folge zu leisten, die aus der freien Initiative des Parlaments hervorgegangen ist.

dem fliehenden Feinde goldene Brücken

zu bauen. Es hat sich darum gehandelt, den Steg zu finden, über den sich die Obstruktionisten zurückziehen konnten. Ich habe nun den Herren gesagt: „Ein weiterer Kampf könnte nichts als die Schwäche der Regierung zeigen. Das ist schon bei der Abstimmung geschehen, und wenn Sie das Ziel gehabt haben, so ist das reichlich erreicht. Mehr ist nicht zu erreichen; vor dem Herbst geschieht nichts. Was sie aber können, ist, das Parlament zu retten —, wenn sie die Dringlichkeitsanträge zurückziehen.“ Das hat Eindruck gemacht. Ich erzähle Ihnen das so ausführlich, weil es die

unverschämten Lügen und Verleumdungen,

die die Christlichsozialen über unsere Partei verbreiten, nötig machen. Der Eindruck war so, daß

Dr. Lueger seine Rede damit begonnen

hat, daß er sich verpflichtet fühlt, **ausdrücklich anzuerkennen, daß der Weg, den Dr. Adler gezeigt hat, einer ist, von dem man hoffen kann, einen Erfolg zu haben.** Weiter hat er auch erklärt, daß der Umstand, daß die anderen slawischen Parteien sich der Obstruktion nicht anschließen, ein sehr wichtiges Moment ist. Damit war die Möglichkeit gegeben zu einem Rückzug der Obstruktion. Der Weg wurde gefunden, indem man einen Antrag, der schon einmal vom ganzen Hause angenommen worden war, nochmals beschließen lasse. Der Erfolg der Obstruktion wäre ein schmählicher gewesen, denn die Leute waren ausgezogen, die Regierung zu stürzen, nationale Forderungen durchzusetzen und schließlich hätten sie sich mit einer Resolution begnügen müssen! Die drei Einberuher hatten dann mit den Herren von der Obstruktion verhandelt — bei dieser Verhandlung war keiner von uns dabei, sehr zum Schaden der Sache; man wird auch nie erfahren, wie es dort zugegangen ist. Sicher ist, daß tatsächlich ein Antrag ausgearbeitet worden ist, den die Herren dann Herrn v. Bienerth vorlegten, der ihn für unannehmbar erklärte, weil er ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung enthalten sollte. Was hätte nun jemand getan, dem es ehrlich um den Frieden zu tun gewesen wäre? Er wäre vom Minister zurückgekommen und hätte gesagt: „So geht es nicht; setzen wir uns noch drei Stunden zusammen, vielleicht finden wir einen anderen Weg.“ — Aber die drei Herren haben das nicht getan; sie haben nicht einmal einer Obmännerkonferenz berichtet.

Zwischen Freitag und Samstag muß etwas geschehen sein, was wir nicht wissen, was wir aber mit Deutlichkeit ahnen können, nämlich das, daß die Regierung auf die Handelsverträge und das Ermächtigungsgesetz nicht mehr so viel Wert legte, und daß sie außerdem das Gefühl hat, daß ihre Stellung so erschüttert war, daß sie gerade keine glanzvolle Rollespielt, und bevor Herr v. Bienerth auf die glanzvolle Rolle verzichtet, **opfert er lieber das Parlament und die wichtigsten Gesetze für die Völker.** Man

hat im letzten Moment gespürt, daß den Ungarn das Ermächtigungsgesetz, respektive die Handelsverträge ein Dorn im Auge sind und daß man im Kampfe gegen Ungarn den Kürzeren zieht. Wenn Ungarn irgend etwas auf nationalem Gebiet verlangt, so werden die österreichischen Interessen Stück für Stück an Ungarn verraten aus Schwäche und in Ergebung in den Willen der Krone, wenn die das für notwendig findet. (Allgemeine Zustimmung.) Weil diese Zusammenhänge sichtbar, greifbar fast aus dem Verhalten der Regierung im letzten Jahre sind, darum glauben wir, daß hier mehr vorliegt als eine Ungeschicklichkeit des Baron Bienenrth, der sich überhaupt nur töricht stellt, daß hier eine bewußte Preisgabe der wichtigsten Interessen der Bevölkerung und des Bestandes des Parlaments vorliegt. (Allgemeiner Beifall.)

Das Haus ist nun geschlossen. Ich habe Ihnen unsere Rolle klargelegt und unsere Taktik im Kampfe um das Parlament gegen die parlamentsfeindliche Regierung. Ich habe nicht davon gesprochen, welche Zumutungen dieses Parlament von dieser Regierung noch zu erwarten hat; ich habe nicht erwähnt, daß wir davor stehen, mit 300 oder 400 Millionen die Kosten für das bosnische Abenteuer tragen zu sollen; ich habe nicht erwähnt, daß der neue imperialistische Kurs unserer Reichspolitik schon allerlei Belastungsproben für dieses Volksparlament in Aussicht hat. Man findet plötzlich, daß wir nicht genug Kanonen haben, daß die Armee nicht glänzend genug dasteht. Aber mehr noch. Österreich hat plötzlich auch ein Bedürfnis nach riesigen Schlachtschiffen, nach

Dreadnoughts.

Wir haben keinen Handel, keinen Seeverkehr, weil es unseren Agrariern gefällt, uns gegen alle Welt abzusperren, aber darum soll der Größenwahn unserer Imperialisten nicht weniger kosten als die Auslandspolitik jener Staaten, deren Handel und deren wirtschaftliche Beziehungen die ganze Welt umspannen. Man kann da schon begreifen, daß das Parlament für die Regierung eine Verlegenheit ist, und daß sie nicht weiß, wie sie es anfangen soll, ihm mit diesen Dingen zu kommen. Da wäre es um so mehr ihre Pflicht, es beisammenzuhalten und seine Meinung zu erforschen. Oder aber, wenn sie dem Parlament nicht glaubt, durch Neuwahlen die Meinung der Volksmassen zu erkunden. Wir hätten ja nichts dagegen, aber es gibt andere Leute, die Neuwahlen gar nicht mögen. Eine besondere Scheu davor legen die Christlichsozialen an den Tag und aus diesem Gefühl heraus finden sie, wie gewöhnlich, einen Anlaß, uns zu verleumden. Sie haben heute ein Manifest veröffentlicht und darin drucken sie es ausdrücklich als ihre Meinung, daß wir uns „mit der Obstruktion verbündet hätten“, wir, die wir die einzigen waren, die beide Wege des Überwindens der Obstruktion, sowohl den Weg des Kampfes als auch den Weg der Verhandlungen, mit Konsequenz eingeschlagen haben! Diese christlichsoziale Kundgebung wundert mich, der ich die Gebräuche dieser Partei doch zur Genüge kenne, nicht im mindesten. Mich wundert nur das eine, daß unter ihr der Name Dr. Karl Lueger steht. Lueger hat im ent-

scheidenden Augenblick ausdrücklich anerkannt, daß unser Weg der richtige ist, und seine Rede geschlossen: „Wenn dieser Weg zum Erfolg führt, werden wir uns morgen alle in dem Rufe vereinigen: „Hoch das Parlament!“ Und nun unterschreibt er eine Kundgebung, worin behauptet wird, daß wir die Obstruktion mit Lorbeer bekränzen wollten! Lueger hat aber einen Milderungsgrund. Er ist schwer krank. Es ist möglich, daß er mit seinen Augen nicht mehr lesen hat können, unter welche

infame Lüge

man seinen Namen gesetzt hat. Was soll man aber zum Geßmann sagen und gar zu dem Artikel, den er am Sonntag in der „Reichspost“ abgelagert hat? Herr Geßmann weiß da wieder natürlich alles ganz genau und haarklein. Schuld an der Auflösung seien die Sozialdemokraten. Sie haben die Obstruktion unterstützt, weil sie die Auflösung wollen, und diesen teuflischen Plan haben sie ausgeheckt, weil sie wissen, daß in der gegenwärtigen Periode die staats-erhaltenden Parteien bei Neuwahlen keine guten Geschäfte machen würden. Herr Geßmann will aber nicht wählen lassen, wenn es den Sozialdemokraten paßt, sondern wenn es ihm paßt. Da hat der überkluge Mann einmal gründlich aus der Schule geschwätzt. Gegen seinen Willen hat er es da deutlich ausgesprochen, daß die „staats-erhaltenden“ Parteien allen Grund haben, vor dem Urteil des Volkes zu zittern. Ja, es ist wahr: Wir sind die einzige Partei, die heute und immer mit gutem Gewissen vor die Wähler treten kann, die einzige Partei, die keine Geschäfte gemacht, keine Vorteile und Stellen für Personen und Klüngel zu ergattern gesucht hat, sondern einzig und allein das Wohl der arbeitenden Klassen vertrat. Wir können jederzeit vor unsere Wähler treten und unsere Gegner wissen das nur zu gut. Und unsere Bereitschaft zum Kampfe ist ihnen doppelt unangenehm in einer Zeit, wo der nationale Rausch einigermaßen der Ernüchterung gewichen und die wirtschaftliche Not die Massen zum Denken anregt. Und insbesondere die Christlichsozialen haben allen Grund, sich vor ihren Wählern verborgen zu halten, aber auch allen Grund, das Parlament zu fliehen, zu fliehen vor den peinlichen Situationen, in die man bei den Debatten um Ermächtigungsgesetze und ähnliche Dinge geraten muß, bei denen sich deutlich enthüllt, wie sie aus purer Machtgier alle Interessen der Städter an die Agrarier verraten. Sie reißen sich nicht um solche Abstimmungen, bei denen das Dilemma ihrer zwiespältigen, doppelzüngigen, durch und durch unehrlichen Politik zutage tritt. Sie sind es, die dem Parlament einen möglichst langen und ungestörten Sommerschlaf wünschen. Sie sind es, die da sagen: „Das beste ist, wir gehen fort und schimpfen auf die Sozi.“

Gönnen wir ihnen dieses Vergnügen. Wir sind aufgewachsen unter einer beständigen Schimpfkanonade, geschadet hat sie uns nicht. Wir werden ruhig und unbeirrt unsere Pflicht tun und zum energischsten Widerstand gegen die maßlosen Forderungen rüsten, die uns bevorstehen. Das Parlament ist geschlossen, aber die Politik hört darum nicht auf. Wir bereiten uns vor zu neuem.

erbittertem Kampf um und für das Parlament und gegen seine Widersacher, und wenn im Oktober die Session wieder beginnt, werden wir auf dem Posten sein und unsere Pflicht tun wie bisher. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

§ 14 und Obstruktion.

Parlamentarischer Bericht. — Parteitag 1913.

Sie haben wohl alle das Gefühl, das ich selber habe, daß ich nach der soeben gehörten Rede hätte unten bleiben können. In der Tat, was uns Genosse Bauer gesagt hat, ist das Wesentliche, das zu dieser ganzen Diskussion zu sagen ist. Wenn ich trotzdem einige Bemerkungen hinzufüge, so wesentlich deshalb, weil ich mich der Verantwortung nicht entziehen will, die mir ebenso obliegt wie den anderen Mitgliedern der Fraktion und der Parteivertretung. Daß die Massen, daß die Vertrauensmänner in Österreich in keiner angenehmen Stimmung sind, das begreift sich, wir sind keiner in gehobener Stimmung, und jeder, der einmal ein paar Wochen im Ausland gewesen ist, hat, wenn er das erste schwarzgelbe Brett sieht, das Gefühl, er schwanke, ob er in ein Gefängnis oder in ein Irrenhaus zurückkehrt. Wir sind in der denkbar ungünstigsten Situation. Die Geschichte hat Österreich und seine Völker gegenwärtig in ein Übergangsstadium, in einen krankhaften Zustand gebracht, von dem man nicht weiß, ob für dieses Staatsgebilde und mit ihm ein Weg möglich ist. Darunter leiden wir alle. Aber das muß ich schon sagen, wenn ich nach Österreich hereinkomme und mir zum Bewußtsein kommt, was uns hier fehlt, dann ist es mein letzter Gedanke, daß uns die Obstruktion noch fehle*). (Schallende Heiterkeit.) Die vermis-

*) Unter dem Druck der Abenteurergelüste der Kriegstreiber war während des Balkankrieges das Parlament lahmgelegt. Auf dem Parteitag, der am 31. Oktober 1913 in Wien zusammentrat, kam die Stimmung der Verdrossenheit zum Ausdruck. Seitz, der den parlamentarischen Bericht erstattete, sprach von der Stimmung: „Es stagniert alles!“ Dem Parteitag war auch eine lange Pressediskussion über das Parlament und den § 14 vorausgegangen. Auf dem Parteitag beantragte die Bezirksorganisation Wien-Meidling, die Fraktion solle die Militärvorlagen mit allen, auch mit den schärfsten Mitteln bekämpfen, und die Bezirksorganisation Graz beantragte, sie mit allen Mitteln, eventuell mit der Obstruktion zu bekämpfen, solange die Regierung und die bürgerlichen Parteien die Sozialversicherung obstruieren.

Das Ergebnis der Debatte war die Annahme eines Antrages C e r m a k (Teplitz) in folgender Fassung:

Der Parteitag lehnt die Obstruktion als ein normales Mittel der parlamentarischen Taktik ab.

Die Obstruktion ist nur unter besonderen Umständen, nur als äußerstes Mittel parlamentarischer Abwehr anwendbar. Der Parteitag vertraut dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, daß er die Waffe der Obstruktion gebrauchen wird, wenn die Umstände dies erfordern und einen Sieg des Obstruktionskampfes er-

ich am wenigsten. (Erneuerte Heiterkeit.) Davon haben wir schon recht viel und übergenug, und wenn ich frage, worunter wir, nach den äußeren Symptomen zu urteilen, so leiden, ist mir noch nie eingefallen, daß man die Schwächen des Parlaments am besten dadurch kuriert, daß man das Parlament erschlägt. Das ist nicht der richtige Weg, um aus der Volksvertretung, die schwach ist, eine starke Volksvertretung zu machen.

Trotzdem begreife ich die Stimmung; es ist die Stimmung, die ich kenne, solange ich in der Partei bin. Wir sind ja alle mit-schuldig an diesem Österreich, insofern wir ein Stück Öster-reichertum in uns tragen, das auszurotten freilich die wichtigste Aufgabe wäre. Wir haben die Stimmung: wenn es nicht weiter-geht, dann „hau'n m'r all's z'samm'!“ Programmatisch hat sich diese Stimmung in der österreichischen Partei in verschiedenen Schlagwörtern ausgesprochen. In den alten Zeiten — wir halten doch heute eine Art Jubiläumsparteitag — hat das ge-heißen: „Mit allen Mitteln“, das hat bedeutet: „Dynamit wo-möglich“. Die Zeiten sind ruhiger geworden, wir haben Leute, die die Literatur beherrschen, parlamentarische Geschichte studiert haben, Bücher schreiben. Die drücken sich nicht so aus, die sagen: „Mit den schärfsten Mitteln.“ Das ist nicht mehr Dynamit, sondern etwas viel Harmloseres, nämlich Obstruktion. Wir sind seinerzeit von den alten Mitteln abgekommen und haben das Amendement gemacht: „Mit allen zweckdienlichen Mitteln“, das war das erste, und zweitens hat es geheißen: „Mittel, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen.“ Also mit allen zweckdienlichen Mitteln. Da muß ich sagen: Ich halte die Obstruk-tion in Österreich für kein allgemein gesprochen zweckdienliches Mittel. Es ist etwas ganz anderes, ob wir Sozialdemokraten ob-struieren oder irgendwelche tschechische Nationalsoziale oder irgendwelche Ruthenen. Genosse Austerlitz hat nun ein ge-fährliches Wort in seinen vielfach so richtigen Auseinander-setzungen ausgesprochen. Er hat gesagt: „Wir sind die Wurzeln des Parlaments.“ Ja, die wollen wir auch sein, das heißt, wir sind so durchdrungen davon, daß wir auch in Österreich das Parlament als eines der Mittel der Entwicklung für unsere Völker brauchen, daß wir die Gewissenhaftigkeit haben, uns mit Selbst-verleugnung in den Dienst dieses Parlaments zu stellen. Wir

hoffen lassen. Der Parteitag vertraut der Arbeiterklasse, daß sie in diesem Falle dem Obstruktionskampf im Parlament Rückhalt und Schwung geben wird im organisierten Massenkampf außerhalb des Parlaments.

Der Parteitag warnt vor der Überschätzung der Möglichkeit, durch Kunstgriffe der parlamentarischen Taktik Erfolge zu erreichen. Die Macht unserer Abgeordneten ist immer nur bestimmt durch die Zahl, durch die Geschlossenheit, durch die Reife und Kampfbereitschaft der Masse, deren Beauftragte sie sind.

Die Organisation der Massen und ihre Erfüllung mit sozialistischer Erkenntnis ist daher der einzige Weg zu Siegen im Parlament, wie außerhalb des Parlaments.

hatten sie von allem Anfang an. Mit diesem Bewußtsein sind wir eingetreten und davon werde ich mich durch die Argumente, die ich bisher gehört habe, nicht abbringen lassen. Darum möchte ich noch eine Analogie zu dem alten theoretischen Streit anführen. Wenn wir damals sagten: „Wir wollen jene Mittel anwenden, die dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen“, so müssen wir heute vom Parlament sagen: Mit den Mitteln, die dem parlamentarischen Recht entsprechen. Ich weiß, daß viel von dem, was ich hier sage, Ihnen nicht angenehm klingt. Ich habe es aber niemals für meine Aufgabe gehalten, den Massen zu sagen, was sie schon wissen und darum gern hören, sondern ihnen das zu sagen, wovon ich überzeugt bin — ich kann mich ja irren —, daß ich eine vernünftigere und tiefere Einsicht in diesem Punkte habe als sie. Würde das nicht der Fall sein, dann würde ich nicht hinausgehen, um sie zu belehren, sondern würde mich von ihnen belehren lassen! Diese Pflicht ist mitunter sehr unangenehm. Ich gebe zu, daß man damit nicht Beifallsstürme hervorruft und sehr fest auf den Beinen stehen muß, um gegen die Stimmung der Masse aufklärend zu wirken und ihr seine Meinung zu sagen. Aber das halte ich für nötig. Ich meine, daß man darum mit sehr großer Vorsicht das verführerische Wort aussprechen sollte, das Austerlitz ausgesprochen hat: „Die Mehrheit imponiert mir nicht!“ Mir imponiert sie auch nicht in dem Sinne, daß ich mich ihr tatenlos unterwerfe, sondern ich habe so lange zu kämpfen, bis aus der Minderheit die Mehrheit geworden ist. Das ist unsere Aufgabe. Unsere Arbeiterschaft und die Massen zu der Meinung zu bringen, daß wir Effekt und Wirkung erzielen können über unsere wirkliche Kraft hinaus, heißt die Massen irreführen. Wir müssen abwägen und so viel Selbsterkenntnis haben — das ist eine der wichtigsten Arbeiten, die zu leisten ist —, daß wir in jedem Moment wissen, was wir können und was wir nicht können. Es ist ein Aberglaube, daß nur ein Sprung ist von der Ohnmacht zur Allmacht. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen unseren Parteigenossen sagen, daß Macht nur allmählich durch harte Arbeit gewonnen wird und daß sich Ohnmacht nicht sofort durchsetzt in Macht, die alles und jedes in jedem Moment erreichen kann.

Man hat hier mehrfach unseren Salzburger Parteitag vom Jahre 1904 erwähnt. Das war ein Parteitag, wo der Wahlrechtskampf für eine Zeit flau geworden war und wo die Parteivertretung die Vorwürfe dafür hören mußte, weil die Genossen angenommen haben, daß wir daran schuld seien. Gerade auf jenem Parteitag ist eine Resolution gefaßt worden, deren Tendenz und Richtung mir heute in deutlichste Erinnerung gekommen ist. Eine Resolution, die den Genossen ins Gedächtnis ruft, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, wenn es errungen ist, ist nicht das Ende, sondern ist der Anfang, nicht das Ende der Umwandlung Österreichs, sondern der Anfang, nicht das Ende unserer Arbeit, sondern der Anfang unserer Arbeit. Müssen wir denn wieder mit

den Anfangsgründen dessen, was wir gelernt haben, kommen, muß ich Sie wieder an den alten, trivial gewordenen Vergleich erinnern, den wir hunderte- und hundertmal den Leuten gesagt haben, um sie eben nicht zu täuschen über das Maß dessen, was der Parlamentarismus bringen kann, den alten Vergleich: Das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes ist die Luft für uns, die wir zum Atmen brauchen*). Man kann ohne Luft nicht leben, man kann freilich von der Luft allein auch nicht leben, sondern das ist erst die Bedingung, um weiterzukommen. Und nun, weil wir politisch Luft haben, weil wir politisch atmen können, verlangen die Genossen sofort, daß wir Erfolge haben, solche Erfolge, von denen das A b c der sozialistischen Erkenntnis Ihnen sagen muß, daß sie parlamentarisch nicht errungen werden können, ja daß sie innerhalb des Kapitalismus nicht in dem Maße durchzusetzen sind. Das muß man den Massen sagen. Ja freilich, wer seine Kandidatur damit angefangen hat, daß erstens der Gegner ein Halunke und ein Trottel ist (Heiterkeit), was, glaube ich, leider zu den Anfangsgründen jeder Wahlagitation gehört (Heiterkeit), und zweitens, daß, wenn ich gewählt werde und nicht andere, dann sofort die Milch billiger und das Fleisch billiger wird: wer so agitiert hat, der hat sich die Folgen seines Unverstandes und seiner Demagogie selbst zuzuschreiben. (Rufe: Sehr richtig!) Parteigenossen, der hat eben nicht sozialdemokratisch agitiert, der so agitiert haben sollte. (Lebhafter Beifall.) Nun ist es ja freilich nicht immer bequem, solche Kritik zu üben; man sagt das gewöhnlich nicht so in der großen Öffentlichkeit, aber jeder von uns, der gewissenhaft ist, sagt es sehr häufig und mit größerer Intensität und Deutlichkeit in den Kreisen unserer Vertrauensmänner. (Beifall.) Und wenn nun auf einmal auf dem Parteitag von da und dort Anträge gebracht werden, die noch immer mit der nötigen Vorsicht abgefaßt sind

*) In seinem Referat über Verfassungsrevision (siehe oben) hatte Adler auf dem Parteitag in Salzburg 1904 gesagt:

Es steht mit Österreich genau so wie es mit dem Proletariat überhaupt steht. Wie wir in unserem zehnjährigen Wahlkampf hundertmal erklärt haben, daß das Wahlrecht das Proletariat nicht erlösen kann, aber daß es die Luft ist, die notwendig ist, damit das Parlament politisch leben kann, genau so ist es für den Staat. Das allgemeine Wahlrecht kann dem Staat nicht die Rettung bringen. Aber es ist die Bedingung, der Ausgangspunkt, der Anstoß und die einzige Möglichkeit, daß jene Umwälzung ins Werk gesetzt werde, die allein bewirken kann, daß aus Österreich ein lebendiges Gebilde werde. Das ist unser Standpunkt, und es ist notwendig, daß man sich auch das bei uns einpräge; und je überzeugter, je genauer man den ganzen Umfang der Notwendigkeiten für die Völker Österreichs erkennt, je genauer man sich vor Augen hält, wie tief diese Umwälzung sein muß, um weiterzukommen, um so weniger wird man sich zu sanguinischen Hoffnungen von heute auf morgen hinreißen lassen und um so weniger — das sage ich mit einem Rückblick auf die Debatte von vorgestern — das Proletariat und die Aktion der Sozialdemokratie verantwortlich machen für die Dinge, die unsere Aktion einfach nicht leisten kann.

— mit so einem Rettungsboot, auf das dann der Dr. Deutsch*) steigt und davonfahren will (Heiterkeit), Anträge, die der Fraktion sagen: „Ihr seid nicht »ruppig« genug“, wie in Deutschland der klassische Ausdruck lautet (Heiterkeit), wenn uns also angedeutet wird, daß wir eventuell das Parlament in Stücke hauen müssen — denn wenn wir Obstruktion machen, dann haben wir es in Stücke gehaut; wenn die Ruthenen es tun, dann muß das nicht die Folge sein —, wenn solche Anträge kommen, dann muß man sich doch überlegen, ob das nicht eine allzu große Anpassung ist an die mangelhafte Einsicht von Genossen, deren mangelhafte Einsicht man selbst mitverschuldet hat. (Beifall.) Wenn man sagt, daß die Fraktion, wenn sie überstimmt wird im Parlament und nichts anderes tut, als sie tun kann, nämlich einen anderen Antrag stellt und nach neuen Mitteln sucht, denselben Zweck zu erreichen, wenn man dann sagt, das sei die „Taktik geprügelten Jungen“, wie uns hier auf dem Parteitag gesagt wurde, so verrät das nicht jene gewissenhafte Erfassung der Funktion unserer parlamentarischen Vertretung, wie sie von Genossen an hervorragenden Posten unbedingt zu verlangen wäre. Nun wird der Spieß umgedreht und man sagt: Man kann uns doch nicht zumuten, auf die Obstruktion zu „verzichten“! Das habe ich heute aus einem halben Dutzend Reden herausgehört, das „Verzichten“. Der Genosse Deutsch, der der Hauptredner dieser Richtung ist, wenn wir das Ding so bezeichnen wollen, hat auch davon gesprochen. Ich meinesteihs „verzichte“ aber auf gar nichts. Auf gar nichts! Es ist ja möglich, daß in irgendeinem Moment, in irgendeiner Situation die Obstruktion ein notwendiges, vernünftiges Mittel sein kann, und wenn mir da Gott den Verstand gibt, diesen Moment zu erkennen, dann werde ich obstruieren. Aber im allgemeinen zu sagen: Ihr müßt mehr „verschärfte“ Mittel anwenden, das heißt Obstruktion machen, das ist, wie wenn etwa ein unvernünftiger Arzt sagen würde: Es muß im allgemeinen mehr Strychnin angewendet werden. (Heiterkeit.) Nun, Genossen, das halte ich nicht für die richtige Methode, taktische Regeln aufzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Natürlich ergibt sich in alledem eine Reihe von Widersprüchen. Die Genossin Schlesinger hat uns, ich glaube sogar in sehr treffender Weise, auseinandergesetzt, daß man eigentlich mehr Fühlung mit den Massen herstellen muß. Hier bei dem Punkt, von dem wir jetzt reden, handelt es sich um eine ganz bestimmte Art von Fühlung, nämlich um die Erklärung und Darlegung der parlamentarischen Aufgaben, der Aufgaben der Fraktion und ihrer

*) Diese Anspielung wird verständlich durch die Angaben, die Seitz in seinem Referat über die Vorgeschichte des Antrages Wien-Meidling machte: In einem Bericht über die Bezirkskonferenz in Meidling ist eine Rede des Genossen Deutsch enthalten, die zu diesem Antrag sozusagen den Motivenbericht abgibt. Danach stelle sich der Antrag dar als eine Aufforderung an die Fraktion insoweit alle Finanzvorlagen zu obstruieren, als nicht die Sozialversicherung und unsere übrigen sozialpolitischen Anträge gescheitert sind.

Möglichkeiten und Wirkungen. Auf der anderen Seite erklärt uns Muchitsch, es werde viel zu viel in den Zeitungen vom Parlament geschrieben!

Ja, Parteigenossen, wie sollen denn die Leute dann verstehen, was im Parlament vorgeht, wenn man es ihnen in der Zeitung nicht erklärt? Der Fehler liegt wo anders. Wir schreiben nicht zu wenig in den Zeitungen, aber es wird zu wenig gelesen. Es scheint mir übrigens, daß die Genossin Schlesinger auch den Vorwurf macht, es sei irgendeine Diskussion irgendwo abgeschnitten worden. Ich bin mir eines solchen Fehlers nicht bewußt, im Gegenteil. Ich halte die Anträge, die da gekommen sind, zwar in der Sache für grundfalsch, aber sie haben ein erhebliches Verdienst, daß sie uns diese Debatte verschafft haben, daß sie uns die Möglichkeit geben, uns über gewisse Mißverständnisse mit den Vertrauensmännern auseinanderzusetzen. Für die Debatte bin ich, nur hoffe ich, daß sie einen anderen Effekt haben wird, als diese allgemeine Redensart von den „schärfsten Mitteln“ als Richtschnur für die Partei aufzustellen, denn das sagt gar nichts. Wichtig wäre allerdings eine Mahnung, und da ist jeder schuldig, der hier im Saale ist und darüber hinaus, und ich bin weit davon entfernt, mich etwa entlasten zu wollen. Wichtig ist allerdings, daß wir über der täglichen Arbeit nicht vergessen, daß wir Sozialdemokraten sind, daß wir Sozialdemokraten zu gewinnen haben, und ich wage es zu sagen, nicht allein Parteimitglieder. (Sehr richtig!) Daß wir in größerem Umfang als bisher — und mit Recht hat einer der Genossen auf die glänzenden Erfolge der Bildungsarbeit hingewiesen — sozialdemokratische Agitation betreiben. Allerdings laßt euch nicht allzusehr ins Bockshorn jagen durch die Raunzereien, wie Seitz es nennt. So schlimm ist es nicht. Ich hätte gern ein paar Versammlungen mehr vor der Eröffnung des Parlaments gehabt, um vor der Eröffnung des Parlaments in einer Versammlung dreimal auszuspucken (Heiterkeit), nicht vor der Versammlung, sondern vor dem Zustand des Parlaments, vor diesem Österreich. Diese Versammlungen sind diesmal aus technischen und anderen Gründen unterblieben; aber daraus, daß diese Versammlungen unterblieben sind, daraus dürfen Sie nicht entnehmen, daß die agitatorische und die Versammlungstätigkeit in Wien geruht hat. Das wäre ein großer Irrtum, und ich muß die Genossen aus der Provinz darauf nachdrücklich hinweisen: Wir haben ja hier Schwierigkeiten. Sie werden mir zugestehen, daß ich den Greuel des § 14 gewiß nicht unterschätze; aber wenn Sie das Sperrsechserl*) in Wien abschaffen, weiß ich

*) In Wien mußte derjenige, der nach 10 Uhr abends nach Hause kam, dem „Hausmeister“ (Hausbesorger) 20 Heller „Sperrgeld“ zahlen. Dieser Betrag, der im Geldwert den sechs Kreuzern Konventionsmünze entsprach, wo ein Gulden 60 Kreuzer hatte, hieß noch lange nach Einführung der Kronenwährung ein „Sechserl“. Da nur selten ein Mieter den Haustorschlüssel bekam, man überdies lange läuten mußte, ehe der Hausbesorger aufsperrte, liefen die Wiener vor 10 Uhr aus den Versammlungen weg.

nicht, ob das für die Entwicklung der Partei nicht ebenso wichtig wäre. (Heiterkeit.) Die großen Versammlungen waren prachtvoll besucht. Tausende Menschen waren an einem Abend beisammen. Aber diese Arbeit war wirksam nur nach außen. Sie ist nicht so tief gegangen wie die Hunderte und Hunderte von Sektionsversammlungen, die Woche für Woche abgehalten wurden (So ist es!), wo wirklich jene Aufklärung hineingetragen wurde, mit mehr Erfolg, als das in großen Versammlungen möglich ist. Wir sind also nicht so schlecht. Ich will nicht Zufriedenheit posieren. Ich halte es aber gerade für einen krankhaften Zustand, wenn die Partei von den „Erfolgen“ leben will. Als sozialdemokratische Partei leben wir mit Naturnotwendigkeit von der Einsicht in die Unmöglichkeit, ein wirklich menschenwürdiges Dasein innerhalb des Kapitalismus zu erreichen. (Beifall.) Ich bin kein Verächter der kleinen Dinge, ich halte jeden kleinsten Schritt, den wir im Arbeiterschutz machen, für etwas Wichtiges, und nichts ist für unsere Taktik so entscheidend und nichts widerspricht dem blödsinnigen Gerede von der negativen Natur des Marxismus und des geschichtlichen Materialismus so sehr wie der große Gedanke, den Marx in den Worten ausgesprochen hat, daß die Erringung des Zehnstundentages eine wirkliche revolutionäre Tat gewesen ist. Jedes Stück solcher Tagesarbeit, das die Lebenshaltung der Arbeiter hebt, hebt sie nicht nur leiblich, sondern auch geistig, hebt ihren Stolz, ihr Selbstbewußtsein, gibt ihnen die Möglichkeit, sich besser zu bilden. Jedes solche Stück hat genau soviele Wert, als es — wie es in unserem alten, aber nach 24 Jahren noch immer guten Hainfelder Programm steht — dazu beiträgt, das Proletariat kampffähiger zu machen. Nicht also um es zufrieden zu machen, nicht um es mit Erfolgen zu füttern, die in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu holen sind, sondern um es unzufrieden und zugleich kampffroh zu machen; um es vorwärts zu treiben, arbeiten wir! Überlassen Sie das Prunken mit solche Erfolgen und das Jagen nach ihnen der Demagogie unserer Gegner, und unsere Kritik muß es sein, daß wir ihnen zeigen, daß das, was sie als Erfolge ausgeben, nichts als Schwindel ist, nichts als Verkleisterung des traurigen Zustandes des Kapitalismus.

Wir brauchen gar nicht so betrübt zu sein, es ist eine schlechte Zeit und ich gebe zu, daß, wer sieht, wie durch die Komplikation von Krise und Lebensmittelverteuerung und Belastung mit neuen Steuern das Elend steigt, traurig werden kann. Aber der einzige, der nicht traurig werden kann und nicht traurig bleiben kann, das ist der Sozialdemokrat. Denn der weiß, daß das nicht so bleiben kann, daß das nicht so bleiben muß, weil er die Entwicklung kennt und darin die Entwicklung des Kapitalismus sieht, die selber zum Sturz des Kapitalismus treiben muß. Über unsere Taktik im Parlament ist das eine zu sagen: Wir werden im Parlament versuchen, nach wie vor vernünftige Politik zu machen (lebhafter Beifall), dem Parlament abzurufen, was wir

ihm nur abringen können, aber ohne es zu zerstören, weil wir wissen, daß wir dann nicht nur für uns, sondern für ganz andere Leute arbeiten würden. Wir werden nach wie vor im Parlament zu holen versuchen, was möglich ist, und manchmal gelingt ja auch ein Handstreich. Denn die Vertreter des Kapitalismus im Parlament sind zwar einig gegen uns, aber nicht unter sich und seine Vertreter schlafen manchmal. (Heiterkeit.) Es ist ja richtig, daß wir in diesem Parlament die „Wurzen“ sind, ja nicht allein die Wurzen des Parlaments, sondern jedes einzelnen Ausschusses, daß wir nämlich jene Partei sind, die die allerfleißigste ist. Bei jeder Arbeit sind unsere Leute die Unterrichtetsten, Fleißigsten und am besten Vorbereiteten; das spüren ja die Gegner und das schmerzt sie am allermeisten. Unsere Genossen freilich finden das für selbstverständlich, sie sagen, das wissen wir ja, daß ihr gescheite Leute seid, deshalb haben wir euch ja gewählt. (Heiterkeit.)

Und nun: Wir werden im Parlament unsere Pflicht tun, das übrige aber, Genossen, ist eure Sache, außerhalb des Parlaments an der Aufklärung der Massen zu arbeiten. Wir werden dabei nicht minder mittun: nicht als Fraktion, nicht als Abgeordnete, sondern als Sozialdemokraten, die ihre Pflicht zu tun haben in jedem Stücke, bei jeder Arbeit der Agitation und der Organisation. (Stürmischer Beifall.)

Die bürgerlichen Parteien.

Dr. Kronawetter und die Schwender- versammlung im Jahre 1880.

„Gleichheit“ vom 12. Februar 1887.

V. A. Vor wenigen Monaten nahm Dr. Kronawetter Gelegenheit, die Geschichte der Schwenderversammlung vom Jahre 1881*) im „Cri du Peuple“ ziemlich ausführlich zu erzählen; damals wurde

*) Der Artikel, der hier abgedruckt ist, trägt in seinem Titel schon einen Irrtum. Er sprach von der Schwenderversammlung im Jahre 1881. In Wirklichkeit war die Versammlung am 14. November 1880. Wir glaubten deshalb keine Fälschung zu begehen, wenn wir den kleinen Fehler im Titel korrigierten. Der Artikel behandelt eine Affäre, die in der Geschichte der Partei eine große Rolle spielte. Sie ist bei Brügel (Band III, Seite 254 ff.) ausführlich erzählt. Hier nur so viel davon, um den Artikel zu verstehen. Dr. Kronawetter, der bekannte demokratische Abgeordnete, der neben Pernerstorfer im Parlament der achtziger Jahre die Sache der verfolgten Arbeiter vertrat, hatte dem Genossen Andreas Grosse, einem der Führer der „Gemäßigten“, 500 Gulden übergeben, damit er für den 14. November 1880 eine große Versammlung veranstalte, und er soll dabei dem Redner die vollste Redefreiheit zugesichert haben, da der Regierung des Grafen Taaffe daranlag, der für denselben Tag angesagten deutschfortschrittlichen Versammlung im Sophiensaal, dem sogenannten deutschfortschrittlichen Parteitag, ein Gegengewicht zu bieten. Die Sache war im Parlament auch am 5. Februar 1887 von dem liberalen Führer Dr. Ernst Plener durch eine Anspielung, daß Dr. Kronawetter „die Zuwendung materieller Mittel an Arbeiterführer durch Zahlung von Geldern, um sie in eine bestimmte Richtung zu bringen, nicht so fremd sei“... Kronawetter hatte nämlich gegenüber einer Lobpreisung der englischen Gewerkschaftsführer durch Plener, der sie den österreichischen Arbeitern gegenüberstellte, erklärt, daß die konservativen englischen Arbeiterführer von den bürgerlichen Parteien besoldet seien, und darauf folgte die Bemerkung Pleners, daß Kronawetter „von der Regierungspartei einen Geldbetrag erhalten hat, um die Kosten einer Arbeiterversammlung im Jahre 1880 zu bestreiten, die eine Demonstration gegen den deutschösterreichischen Parteitag sein sollte“. Kronawetter antwortete darauf, es sei damals niemand bestochen worden. Er habe von der Regierungspartei nicht einen Kreuzer bekommen, sondern von dem Abgeordneten Schneid v. Treuenfels, der das Geld aus seiner eigenen Tasche gab, um den von auswärts kommenden Arbeitern die Spesen und den Veranstaltern die Kosten des Saales zu decken: „Das Geld sei von Schneid persönlich gegeben worden, bei dessen Vermögens-

diese Angelegenheit in unserem Parteiorgan*) ausführlich und durchaus sachgemäß besprochen, und wir würden darauf nicht mehr zurückkommen, wenn nicht in den letzten Tagen Dr. Kronawetter sich veranlaßt gesehen hätte, die alte Geschichte im Parlament wieder aufzuwärmen.

Die verschiedenen bürgerlichen Parteien in Österreich fühlen ab und zu das Bedürfnis, ihren eigenen Reden, besonders aber ihren Angriffen auf die feindliche Partei eine stärkere Resonanz zu geben. Weil sie wissen, daß die Arbeiter sie alle miteinander, also auch diesen jeweiligen Feind, nur für „eine reaktionäre Masse ansehen“, bedienen sie sich derselben gerne, wenn sie können, als augenblicklicher Bundesgenossen. Da aber die Arbeiter in Österreich für gewöhnlich sich des Schutzes der Staatsgrundgesetze erfreuen, das heißt sich nicht mucksen dürfen, so muß in jedem einzelnen Fall dieser Bann für dies eine Mal gebrochen werden. Man verwendet die Arbeiter etwa wie — Kettenhunde, die man auf einen Angreifer losläßt, um sie nach Gebrauch sofort wieder an die gewohnte Kette zu legen. Daraus folgt aber, daß nur die jeweilige Regierung oder Regierungspartei dieses Mittel anwenden kann; nur sie hat die Möglichkeit, für Augenblicke die Fesseln zu lösen.

Als unter dem Ministerium Lasser-Auersperg anlässlich der Einführung der direkten Wahlen O b e r w i n d e r die Arbeiter zu einem derartigen Manöver mißbrauchen wollte, wurde dies der Anlaß zu jener verhängnisvollen Spaltung der Partei, an welcher sie lange genug zu tragen hatte.

Die Schwenderversammlung hatte minder ernste Folgen; ja, es gibt Parteigenossen, welche noch heute der Ansicht sind, daß die Versammlung der Partei praktisch genützt habe. Lassen wir das dahingestellt**)! Im Grunde gehört eben sehr viel Selbstverleugnung dazu, eine Gelegenheit von der Hand zu weisen, wo man reden darf, wenn man jahrelang mundtot ist. Das alles aber ändert an der Tatsache nichts, daß sich die Partei, oder vielmehr einige ihrer damals einflußreichen Genossen, für die Zwecke einer anderen Partei miß-

verhältnissen 500 Gulden keine Rolle spielten und der glaubte, im Interesse seiner Partei etwas geleistet zu haben...“ Die Sache wurde nicht nur von den Gegnern sehr aufgebauscht, sondern wurde auch von den Radikalen immer wieder als Argument gegen die Gemäßigten verwendet. Es wurde sogar am 2. Juli 1881 eine eigene Konferenz von Angehörigen beider Fraktionen nach Wien einberufen, um die Sache zu klären. Kronawetter stellte übrigens in seiner Rede fest, daß über die Spesen „genaue Rechnung“ gelegt wurde.

*) Siehe „Volksfreund“, VI. J., Nr. 19. (Anmerkung in der „Gleichheit“.)

**) Der Schreiber dieser Zeilen hat darüber kein Urteil aus eigener Anschauung, denn er befand sich an jenem Sonntag im — Sophiensaal. Noch gab er sich damals der Täuschung hin, es sei möglich, als Bourgeois unter Bourgeois für die Arbeitersache zu wirken, und der jugendlichen Illusion, der nationale Gedanke vermöge eine nationale Bourgeoispartei über das Klasseninteresse hinwegzutragen zur Vertretung und Verfechtung der Interessen des ganzen Volkes! (Anmerkung von v. a.)

brauchen ließ. Und das ist immer und überall ein schwerer politischer Fehler. Die Partei hat die Pflicht, immer und überall ihr g a n z e s, v o l l e s P r o g r a m m auszusprechen und sich nicht unter Bedingungen zu setzen, die ihr nach irgendeiner Seite Rücksichten, und sei es auch nur für eine einzige Versammlung, auferlegen. Um ein der Zeit nach näher liegendes Beispiel anzuziehen, sie darf nie in dem Kampf gegen die Korruption sich mit den Antisemiten verbünden, sie darf aber mindestens ebenso wenig in der Stellungnahme gegen den Antisemitismus sich den Juden verpflichten. Es ist gut, derlei prinzipielle Punkte ab und zu in Erinnerung zu bringen.

Soviel über unsere Partei; was Dr. Kronawetter anlangt, so steht für ihn die Sache um vieles mißlicher, vor allem darum, weil er auf der Behauptung besteht, er habe nur als Mittelsmann zwischen „Privatpersonen“ fungiert. Wir haben Gelegenheit gehabt, die Naivität des Mannes bei so mancher Gelegenheit kennenzulernen. Aber so naiv ist auch Dr. Kronawetter nicht, daß er glauben konnte, daß Herr Schneid von Treuenfels als Privatmann imstande sei, erstens: die Gestattung der Versammlung durchzusetzen; zweitens: eine vollständige Immunität für die dort gehaltenen Reden zu gewähren; drittens: für die Abstattung des Dankes an Dr. Kronawetter, nämlich Erteilung des Wahlrechtes an die Fünfguldenmänner, Garantie zu leisten.

Wer die 500 Gulden gezahlt hat, ob Schneid oder die Partei, ist ganz gleichgültig; aber die drei Dinge konnte ein einzelner nicht durchsetzen. Das konnte nur die Regierungspartei gewähren — eine Regierung, der der deutsche Parteitag so unangenehm war, daß sie vor keinem Mittel zurückschreckte, um seinen Eindruck auf hohe Kreise abzuschwächen — vor keinem Mittel, selbst nicht vor der Gewährung der staatsgrundgesetzlich garantierten Redefreiheit für ein paar Stunden. Wenn Dr. Kronawetter das damals nicht erkannt hat, so hätte er in nun sechs Jahren Zeit genug finden können, sich darüber klar zu werden. Also wozu diese Fiktion aufrechterhalten wollen? Noch dazu braucht er sich vor den Liberalen dessen gar nicht zu schämen. Wenn sie nur könnten, von Herzen gerne nähmen sie die Stimme des Volkes für sich in Anspruch! Er hat als kleinbürgerlicher Demokrat für seine Partei, für die Kleinbürger, die Fünfguldenmänner, etwas zu erreichen geglaubt und hat dazu die Arbeiter benützt, so gut wie die Feudalen und die Regierung, so gut wie seinerzeit die Liberalen in den siebziger Jahren. Nur wir haben das Recht, mit ihm abzurechnen, die Liberalen nicht!

Die Arbeiter aber wissen, daß sie damals gebraucht wurden zu einer einseitigen Demonstration im Interesse einer Sache, die sie gar nichts anging. Sie mußten einen eigenen Passus in ihre Resolution aufnehmen, der ganz einseitig die liberale Partei als politisch und wirtschaftlich korrupt hinstellt, während die Arbeiter und sogar Dr. Kronawetter über die Parteien der Rechten nicht um ein Haar besser denken. Die Notlage der Arbeiter auf diese Weise ausgenützt zu haben, wird für ihn ein bleibender Vorwurf sein. Er hat es getan

zuungunsten der Minorität, was nicht gerade besonders mutig ist; er hat es getan für seine Partei, die nicht die der Arbeiter ist.

Was die 500 Gulden betrifft, so sind sie natürlich ganz ehrlich verrechnet worden und auf Saalmiete, Reisegeld usw. aufgegangen; das Geschrei der liberalen Blätter darüber ist bezeichnend; diese Leute meinen, wenn sie irgendwo von Geld hören, so müsse es auch schon gestohlen worden sein. Wir wünschen nur, daß es bei den Parteigeschäften der Liberalen immer so ehrlich hergegangen wäre wie bei diesem Anlaß. Wenn die Arbeiter die Versammlung wollten, so mußten sie das Geld dazu auch nehmen; der erste Schritt war ein Fehler, der zweite nur natürlich und eine ganz unwesentliche Folge des ersten.

Wie gesagt, die ganze Vertretung der Angelegenheit durch Dr. Kronawetter war eine möglichst unglückliche, wie überhaupt alle seine Reden in dieser Debatte ein getreues Bild der verzwickten und unklaren Lage darboten, in welcher sich dieser Mann äußerlich und innerlich befindet. Er ist aufgewachsen in den Begriffen und politischen Idealen der bürgerlichen Demokratie, deren Vertreter heute nur mehr der Kleinbürger ist; später lernte er den Sozialismus kennen, von dem in seinen älteren Reden noch keine Spur zu finden ist. Trotz seiner Begabung scheint es ihm aber unmöglich zu sein, sich zu einer klaren Durchdringung des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Geschichtsauffassung durchzuarbeiten. So bringt er jedesmal bürgerlich-revolutionäre Vorstellungen, „die Prinzipien von 1789“, mit sozialistischen Utopien in buntem Gemische vor. Man kann kaum schiefere Vergleiche ziehen, als die er anwendete, indem er den kommunistischen Volksstaat mit der kollektivistischen Wirtschaft im Kloster oder gar in der Kaserne in Verbindung brachte. Der einfachste Arbeiter hätte Herrn von Plener mit seinem „Jesuitenstaat von Paraguay“ ganz anders heimgeschickt.

Wir verlangen von Dr. Kronawetter nicht, daß er sich als Sozialdemokrat bekenne, um so weniger, da er das eben nicht ist. Seine äußere Situation seinen Wählern gegenüber, die den verschiedensten Parteien angehören und nur in dem einen Punkt einig sind, daß sie das Geldkapital hassen, erklärt manches*). Trotzdem und trotz seiner inneren Unklarheit hätte er sich wohl geschickter ausdrücken können, als indem er sagte: „Ich gestehe hier offen, daß ich dem sozialistischen Ideal, dem Kollektivismus, nicht abgeneigt bin, daß ich aber glaube, daß die Menschheit nicht auf stürmischem, sondern nur auf reformatorischem Wege nach und nach dieses Ziel zu erreichen suchen muß.“ Wie gesagt, dieses „offene Geständnis“ ist nichts weniger als radikal; wenn aber die „Deutsche

*) Merkwürdig ist, daß Dr. Kronawetter mehrfach als Vertreter der „radikalen Seite des hohen Hauses“ sprach und die Worte „wir“ und „uns“ anwendete. Wer sind denn seine Parteigenossen im Parlament? Der „Volks“festarrangeur Lueger oder der biedere Kreuzig oder gar seine prinzipiellen Gegner, die Antisemiten? Da darf er sich dann nicht wundern, wenn man ihm Unklarheit vorwirft! (Anmerkung in der „Gleichheit“.)

Zeitung“ meint, „daß damit auch nicht um ein Haar mehr behauptet ist, als Adolf Wagner oder Schäffle vertreten haben“, so beweist sie einfach, daß ihr Berichterstatte von Wagner und Schäffle „auch nicht um ein Haar“ mehr weiß als vom Sozialismus. Ob der Weg „reformatorisch oder stürmisch“ sein wird, hängt nicht von der Wohlmeinung irgendeines Menschen, nicht einmal von dem Willen des Trägers dieser Bewegung, vom Proletariat, ab. Dieser an sich nebensächliche Umstand hängt von der Schnelligkeit der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse und von der Art und der Methode des Widerstandes ab, den die besitzenden Klassen entgegensetzen werden. Daß die neuesten Tatsachen der Geschichte aller europäischen Völker nicht gerade die friedlichsten Aussichten bieten, ist am allerwenigsten die Schuld der Arbeiter; und so können wir Dr. Kronawetter um seinen Optimismus nur beneiden.

Wenn nun dieser Dr. Kronawetter mit aller seiner Verworrenheit, mit all seiner Rückständigkeit von den Arbeitern geachtet, ja vielfach verehrt wird, so hat dies keineswegs seinen Grund darin, weil sie ihn für einen Parteigenossen halten. Sie ehren und schätzen ihn, weil er ein ehrlicher Mann ist, der den Mut hat, die Wahrheit darüber zu sagen, wie es mit unseren „sogenannten staatsbürgerlichen Rechten“ eigentlich bestellt ist. Wer ihn von seinen Parlamentskollegen um seine Popularität beneidet, mag es ihm nachmachen. Die zahllosen Vergewaltigungen der Arbeiter, die unglaublichen Verfolgungen, denen sie in Österreich ausgesetzt waren und sind, hat er stets wahrheitsgetreu im Parlament geschildert und den Vergewaltigern und Unterdrückern die Schamröte zu entlocken wenigstens versucht. Umsonst, wir zweifeln nicht daran! Aber wir wissen sehr genau, daß manches unterblieb, weil man dieses einzigen Mannes offenes Zeugnis fürchtete, und wenn ein Minister einen Polizeibeamten offiziell noch so sehr in Schutz nahm, so hatte eine solche Rede doch stets eine sehr deutliche Nachwirkung. Darum ist Dr. Kronawetter, wenn auch nicht der Parteigenosse, so doch der Freund der Arbeiter und wird als solcher mit Recht von ihnen geschätzt*)!

Die Ethik und die „Neue Freie Presse“.

„Deutsche Worte“ vom 1. Mai 1881.

In letzter Zeit hat sich die „Neue Freie Presse“ wieder viel mit der Ethik beschäftigt. — Bekannterweise hat das „Weltblatt“ zwei Seiten, eine vordere glänzende, politische, und eine hintere, ökonomische, die man wohl auch die Kehrseite nennen darf. — Die vordere Seite vertritt die Ethik, die hintere belächelt sie. — Ja, die beiden Seiten sind von einander ganz unabhängig und es scheint manchmal, der Redakteur des ökonomischen Teiles stehe auf einer höheren Warte als „auf der Zinne der Partei“. — Siehe die nach

*) Siehe über Kronawetter unter anderm die Artikel „Ausnahmszustand“ in der „Gleichheit“ vom 14. Mai 1887, „Geheimbündelei“ in der „Gleichheit“ vom 25. Mai 1888.

und nach in offenes Wohlwollen umgewandelte Reserve gegenüber der Länderbank. — Während die „Neue Freie Presse“ gelegentlich der Entscheidung des Reichsgerichtes in Sachen der Wahlen aus dem oberösterreichischen Großgrundbesitz von der Regierung mit Recht die Erfüllung der „ethischen Forderung“, die verübte Ungesetzlichkeit gutzumachen verlangt, kann sie sich nicht entbrechern, einen Seitenblick auf die „Pharisäer“ zu werfen, welche ein „drakonisches Aktienstrafgesetz“ verlangen.

Ganz unbefangen aber wird dagegen in der „Wirtschaftlichen Osterbetrachtung“ vom 16. April unter dem Titel „Auferstanden!“ (wessen Auferstehung gemeint ist, läßt sich nicht entnehmen, aber im übrigen nimmt sich der Titel recht gut aus) der Ethik die Türe gewiesen, insofern sie als Waffe gegen die „Doktrinen der Ökonomie“ benützt wird. — Diese „Doktrinen“ sind, wie jeder weiß, die Dogmen der Manchesterschule, unter deren im Aussterben begriffenen Vertretern sich Herr Max Wirth befindet.

Der Verfasser der Osterbetrachtung ist so gütig einzuräumen: „Das Ziel der Gesamtwirtschaft ist ein ethisches, da es in nichts anderem besteht, als durch die Hebung des materiellen Wohlbefindens auch die Bildung, die Zivilisation zu steigern. Und dennoch wird die Wahrheit gefälscht und die Entfaltung der Kräfte gehemmt, ja die Sittlichkeit selbst untergraben, wenn unausgesetzt mit täppischer Hand eine Schranke gegen die Konkurrenz gezogen wird, wenn der Wettbewerb, die geheimnisvolle Naturkraft, welche alle Organismen zur höchsten Vervollkommenung drängt, beschränkt, verurteilt wird. Es ist, als ob man das Meer verschließen wollte, weil es Schiffbrüchige gibt, trotzdem unzählige Gefährte ruhig das Wasser kreuzen und dem sicheren Hafen zusteuern.“

Es wird uns nicht gesagt, wessen gehobenes, materielles Wohlbefinden das ethische Ziel der Gesamtwirtschaft darstelle, aber es wird uns doch zart angedeutet. — Es sind offenbar die Insassen der Gefährte gemeint, die, nachdem sie den sichern Hafen erreicht, wohl im Tempel der „geheimnisvollen Naturkraft“ Weihgeschenke aufhängen oder zum mindesten Hymnen auf die „Konkurrenz“ anstimmen. Wer sind die „Schiffbrüchigen“? Millionen und Millionen von im Taglohn ächzenden Menschen, „die Enterbten der Gesellschaft“, kurz neun Zehnteile der „zivilisierten“ Menschheit. Und wegen der „Schiffbrüchigen“ sollte man das Meer sperren, welches Verlangen!

Der „Betrachtende“ kann auch gar nicht glauben, daß es seinen Gegnern mit der Ethik ernst sei. — Er meint, es sei nur so eine Ethik für den eigenen Hausgebrauch, etwa wie die Ethik der „Neuen Freien Presse“, die sie ja Bismarck unterschiebt, von dem sie sagt: „er braucht die Ethik, weil er Geld braucht.“ —

Und welche Logik! Während auf der einen Seite der Wirtschaftsreform vorgeworfen wird, sie gewähre dem Fiskus eine neue Ernte, sie „ermögliche dem Staate die Fortdauer eines unproduktiven Verbrauches“, werden die Eisenbahnen, der Freihandel und

die Vermehrung des Geldumlaufes als die Ursachen gepriesen, welche den Staaten bis heute die Mittel für verheerende Kriege lieferten.

Wir behalten uns vor, diese liberale Ethik noch des öftern zu beleuchten. Um aber einen Vorgeschmack zu geben, welche Ethik speziell die „Neue Freie Presse“ auf wirtschaftlichem Gebiet ausschließlich anerkennt, wollen wir eine Stelle aus dem berüchtigten Leitartikel dieses Blattes nach der Freisprechung *O f e n h e i m s**) zitieren, als dessen Verfasser seinerzeit ein Abgeordneter genannt wurde, der sich außer mit der Vertretung von niederösterreichischen Landgemeinden auch mit Erlangung von Maklerbankkonzessionen befaßte: „Sie (die Geschwornen) haben durch ihren Spruch Österreich davor bewahrt, daß es zurückgeschleudert werde aus dem im großen Stile mit Mut, Energie, geistiger Kraft geführten schöpferischen Unternehmungen in die Epoche mutloser, stumpfer Resignation; sie haben dem Gewissen, der Wahrheit, der Rechtssicherheit eine breite Gasse eröffnet und dadurch für die Ethik, für die Gerechtigkeit, für den Rechtsstaat das Höchste geleistet.“ —

Das ist jene „breite Gasse“, auf der die „Ethik“ unserer liberalen Blätter unentwegt wandelt!
V. A.

Herr Kooperator Eichhorn.

„Gleichheit“ vom 5. Februar 1887.

V. A. Herr Kooperator *E i c h h o r n***) ist gewiß eine der interessantesten Persönlichkeiten des christlichsozialen Lagers. Wir kennen ihn nicht persönlich, aber er ist offenbar ein ebenso guter

*) Ritter von *O f e n h e i m*, der Erbauer und Generaldirektor der Lemberg-Czernowitzer Bahn, war wegen Betrug angeklagt, weil er den Bau auf die in jener Zeit des Gründertums übliche Weise finanziert hatte. Er verantwortete sich mit dem geflügelt gewordenen Worte: „Mit Sittensprüchlein baut man keine Eisenbahnen.“ Der Prozeß fand vom 4. Jänner bis zum 27. Februar 1875 vor den Wiener Geschwornen statt. Obwohl dem Angeklagten zahlreiche betrügerische Manipulationen nachgewiesen wurden, sprachen ihn die Geschwornen frei. Aber der liberale Führer, Dr. *G i s k r a*, der als Verwaltungsrat eine fette Sinekure bei der Gesellschaft bezogen hatte, war arg kompromittiert worden, so daß ihm für einige Zeit sogar der Zutritt zu Hof verboten wurde, und der Handelsminister *B a n h a n s* mußte zurücktreten.

Die Zeitschrift, in der dieser Artikel erschien, sind die von Engelbert Pernerstorfer herausgegebenen „Deutschen Worte“, in deren ersten Nummer Adler noch mit der Chiffre V. A. zeichnete. Seine sonstigen Arbeiten hat er unter dem Pseudonym Dr. Fritz Tischler erscheinen lassen.

**) Über den nachmaligen Pfarrer Rudolf Eichhorn siehe Näheres in den Bemerkungen zu der Rede Adlers in der Budgetdebatte des niederösterreichischen Landtages vom 11. Juli 1901 im Abschnitt über die bürgerlichen Parteien, abgedruckt unter dem Titel „Die Marodeure des Klerikalismus“, wo auch von den anderen „christlichen Sozialisten“ gesprochen wird.

und energischer als unwissender Mann. In Floridsdorf mußte seine Aufmerksamkeit auf das dort herrschende Arbeiterelend gelenkt werden, frisch und energisch greift er zu, zeichnet wahrheitsgetreu, wenn auch in ungeschlachten Zügen, eine Reihe von grauenhaften Bildern und hilft so gut er kann und so gut er es versteht. Den wirtschaftlichen Prozeß, der dem, was ihn umgibt, zugrunde liegt, begreift er nicht; von der Tätigkeit und der Entwicklung der Arbeiter selbst eine Änderung zu erwarten, kann ihm nach seinem Bildungsgang nicht einfallen, so klagt er eben die Hartherzigkeit einzelner an und ruft nach Hilfe dort, von wo sie nie und nimmer herkommen kann, von den Besitzenden selber, von der Regierung. Daß das verelendete Proletariat, das er um sich sieht, eine Macht ist, daß man das Machtbewußtsein desselben wecken muß, und daß der Riese, wenn er seine Kraft erst kennt, seine Fesseln wie Zwirnsfäden zerreißen wird — davon weiß er nichts. So macht sich der gute Mann denn auf den Weg und — wir sagen es ohne allen Spott — er bettelt nach alter Mönchssitte für die Armen. Dabei hat er einen heiligen Schrecken vor den Sozialdemokraten, von denen er sich offenbar die abenteuerlichsten Vorstellungen macht, wie er ja seine ganze ökonomische Bildung aus dem „Vaterland“ und in der „Österreichischen Monatsschrift für christliche Sozialreform“*) bezieht. Der geistliche Herr gibt seit einiger Zeit ein Blatt heraus: „Der Arbeiter“, das von Brünn hieher verpflanzt wurde. Dort konnte es sich nicht halten, trotzdem es vom Statthalter selber gefördert und von einem Jesuitenpater geschrieben wurde. Hier dürfte es auch nicht besonders gedeihen, denn für Arbeiter ist der unglaublich konfuse, wenn auch gutmütige Ton dieses Blattes doch zu unverdauliche Kost. Der „Gleichheit“ ist der Herr Kooperator nicht besonders grün; aber wir können ihm nicht ernstlich böse sein und sagen mit dem Bibelwort: „Herr, verzeihe ihnen, sie wissen nicht, was sie tun.“ Von seiner Naivität ein Beispiel; er bespricht die Arbeiterkammern und eifert dafür, daß in den Kammern Fabrikanten und Arbeiter beisammen sitzen sollen. Der Fabrikant sei auch „Arbeiter“, der Arbeiter nur sein Hilfsarbeiter; die zusammen arbeiten, sollen auch zusammen beraten; der Gesetzgeber dürfe die Kluft nicht erweitern, die sie scheidet und, so schließt er: „Was Gott verbunden hat, das soll der Mensch nicht scheiden.“ Der Herr Kooperator meint, die „Gleichheit“ sei für den „Salon“ geschrieben; mögen unsere Leser beurteilen, ob er recht hat. Die Sozialpolitik, die er betreibt, paßt aber entschieden nur für die Kinderstube.

Der Haupt- und Grundirrtum der Taktik (nicht der Theorie, da liegt der Irrtum tiefer) der Christlichsozialen ruht darin, daß sie den Klerus als einen Stand ansehen, der nach seinem Wesen dazu berufen und geeignet ist, die Änderung unserer sozialen Zustände in die Hand zu nehmen. Gewiß gibt es unter den Priestern wie unter allen Ständen Leute, die mit mehr oder minder Klarheit ehrlich für die Sache der Unterdrückten fühlen und wirken.

*) Das Blatt, das Vogelsang herausgab.

Wir rechnen, da wir keinen Anlaß zum Gegenteil haben, Pater Eichhorn ohne weiteres dazu. Der Klerus aller Konfessionen als Stand gehört aber ebenso zu den Beamten der besitzenden Klasse, wie die Bürokratie, ja er ist, vielleicht mehr noch wie diese, ein Grund- und Eckstein dieser selben Gesellschaftsordnung, die die Christlichsozialen bekämpfen, ohne den Mut zu haben, sie gründlich ändern zu wollen. Und die ungläubigen „Liberalen“ wissen das so gut, daß sie den Kampf gegen die Kirche mit sehr viel Vorsicht führen, damit dem Feind ja nicht wehe geschehe. Da nun die Christlichsozialen den Klerus als Organisation für die Rettung der Gesellschaft ansehen oder wenigstens ihn dafür ausgeben, passiert es ihnen natürlich oft, daß sie recht drastisch dementiert werden.

So muß Freiherr von V o g e l s a n g in dem Jänner-Heft seiner „Monatsschrift“ dem Erzbischof von Köln eine Rüge erteilen, der in einer Ansprache sagte:... „Der erste Markstein ist, daß der Arbeiter eingedenk ist, daß er seinen Lohn nicht hier, sondern jenseits sucht.“ Natürlich weiß der geistreiche Schriftsteller diese Rüge in der Form „einer bescheidenen Bitte“ „um gewissenhafte Sorgfalt in der Berichterstattung geistlicher Reden“ vorzubringen, denn, daß der Erzbischof das nicht so gesagt haben könne, sei ja sicher. Vielleicht möchte Baron V o g e l s a n g oder Kooperator Eichhorn, der ja in Neutitschein Beziehungen hat, auch an die dort fungierenden geistlichen Herren eine kleine Mahnung richten. Wie unser heutiges „Eingesendet“*), das wir sehr abschwächen mußten, um es druckfähig, will sagen „staatsanwaltschaftlich“ zu machen, zeigt, sucht der dortige Herr Kooperator die Ursache des sozialen Elends in der Gottlosigkeit der — Arbeiter und in dem Übermut und der Schlemmerei der — armen Lohnsklaven.

Pater Eichhorn war anfänglich sehr beliebt; neuerlich hat es den Anschein, als ob er seine Tätigkeit von für ihn wichtigen und maßgebenden Seiten nicht mehr so gern gesehen würde. Denn er nimmt die Dinge ganz ernst und das können die hohen weltlichen und geistlichen Würdenträger nicht brauchen. Zudem sind diese Herrschaften dem Einfluß der Nordbahn und anderer Gesellschaften nicht ganz so unzulänglich als Pater Eichhorn

*) In diesem Eingesendet wird erzählt, daß der Pfarrer von Neutitschein, als der Arbeiterverein einen Ausflug nach Fulnek unternahm, den Arbeitern vorwarf, daß sie bei dieser Gelegenheit den ganzen Wochenlohn vertrinken, während ihre Frauen und Kinder zu Hause Hunger leiden müssen. Weiter schien es dem Pfarrer ungerecht, daß die Arbeiter mehr Lohn verlangen können, indem sie doch schon mit dem heutigen Lohn alle Festlichkeiten mitmachen möchten. Und der Kooperator habe behauptet, daß die heutige schlechte wirtschaftliche Lage der Arbeiter deshalb so ist, weil die Arbeiter, und insbesondere die Sozialdemokraten, an keinen Gott glauben. In seiner weiteren Predigt führte er aus, daß die Arbeiter in Saus und Braus leben, empfahl ihnen zu sparen, und sagte, wenn die Arbeiter mehr sparen und nicht so in Saus und Braus leben möchten, so gäbe es nicht so viel Arme...

naiverweise glaubt. So wird denn gegen ihn eine wahre Hetze losgelassen. Die Fabrikanten haben verstanden, sich von den Behörden eine Aufforderung zu erwirken, über die „Umtriebe des Pater Eichhorn ein Gutachten abzugeben, damit dann hohenorts eine entsprechende Abhilfe beantragt werde“, das heißt der Störenfried von seinem Posten entfernt werde. Mit einem Wort, man will Pater Eichhorn „breitenfeldern“*). Wenn er nicht hohe, sehr hohe Protektion hat, ist es um ihn geschehen; denn wie er selbst im „Vaterland“ erzählt, „der Name der Polizei wird in dem Zirkular mißbraucht“, das heißt aus seiner Bildersprache ins Deutsche übersetzt, er ist der Polizei lästig. Was das bedeutet, wissen wir zur Genüge!**)

Wir teilen weder die Weltanschauung noch die sozialen Theorien des Pater Eichhorn und politisch sind wir seine offenen Gegner. Jedoch würden wir es für eine — leider nicht — unerhörte Vergewaltigung halten und für einen neuen Beweis dafür, daß nur Besitz Macht gibt und nur Macht das „Recht“ in Bewegung setzt, wenn es den Fabrikanten, denen Pater Eichhorn das Leben sauer macht, wirklich gelingen sollte, ihn von seinem Posten, den er ausfüllt so gut er kann, zu verdrängen. Wir sehen ihn sosehr er die Sozialdemokraten bekämpft, wahrhaftig lieber in Floridsdorf, als den — Pfarrer von Neutitschein oder den Erzbischof von Köln.

Der Antisemitismus.

„Gleichheit“ vom 7. Mai 1887.

V. A. Die Generaldebatte über das Budget hat, wie vorauszusehen war, nichts Neues gebracht. Dieselben Deklamationen von Links und Rechts, von der Regierungsbank dieselben Witze, wie alljährlich. Die einzige Rede, die wir in früheren Zeiten wenigstens im Parlament — noch nicht gehört hatten, war die des Abgeordneten R. v. Schönerer***). Er entwickelte unseres Wissens zum ersten-

*) Der Polizeirat Breitenfeld hatte bei dem Streik der Tramwaykutscher, bei dem Eichhorn sich der Streikenden angenommen hatte, alle nicht nach Wien zuständigen Streikenden aus Wien abgeschoben. (Siehe Heft 4 dieser Sammlung, Seite 53.)

**) Von der Ungeschicklichkeit, mit der P. Eichhorn schreibt, gibt der Artikel im „Vaterland“ Zeugnis, in welchem er einen Teil dieses Geschichtleins erzählt. Er nennt ihn „Anarchistische Umtriebe“ und bezeichnet das gegen ihn gerichtete Zirkular als von den „Anarchisten“ unterschoben. Mehreren Arbeitern, die, ganz entrüstet über die Denunziation, den Artikel brachten, mußte erst klargemacht werden, daß das eine Ironie sein solle, daß P. Eichhorn nur andeuten wollte, daß die gegen ihn agitierenden Fabrikanten nur für den Anarchismus und die Sozialdemokratie arbeiten. Freilich, das begreift er nicht, daß die Sozialdemokraten als Partei durch ihn nur gewinnen können; ob er gegangen wird —, wider seinen Willen muß er uns nützen. (Anmerkung von v. a.)

***) Durch die Wahlreform des Jahres 1882 war der Wahlzensus von zehn auf fünf Guldens herabgesetzt worden. Damit ging die Entscheidung von den großbürgerlichen auf die kleinbürgerlichen Schichten über. Als

mal in ausführlicher Weise das antisemitische, oder, wie er es nennt, daß „deutschnationale“ Programm. Dieses Ereignis mag den Anlaß zu einigen Bemerkungen über den Antisemitismus bieten.

Notwendig mußte der Sieg der Bourgeoisie über den Feudalismus auch die Emanzipation der Juden mit sich führen. Nicht allein die Konsequenz der Prinzipien des Liberalismus brachte das mit sich, sondern der die Welt umfassen wollende Freihandel konnte nicht im Innern vor den Mauern der Ghettos stehen bleiben, konnte es doppelt nicht, weil seine Träger enge Geschäftsbeziehungen mit sehr kreditfähigen Leuten innerhalb dieser Judengassen hatten. In die Welt der „freien Konkurrenz“, des freien Spieles wirtschaftlicher Kräfte, traten nun die Juden allerdings mit Eigenschaften ein, die ihnen Jahrhunderte lange Vererbung und Züchtung verschafft hatte. Vom Grundeigentum und den meisten Gewerben aus-

bei den Wahlen des Jahres 1885 die „Fünfguldenmänner“ zum erstenmal ihr Wahlrecht ausübten, verlor die altliberale Partei sofort fünfzehn Mandate. Die Kleinbürger wählten nationale oder klerikale Abgeordnete. Von den deutschen Abgeordneten hatte der deutschösterreichische Klub (die Liberalen) zwar noch immer 84 Mandate, aber der deutsche Klub bereits 28, der Verband der Deutschnationalen unter Führung Schönerers fünf. Dazu noch die verschiedenen klerikalen Gruppen mit etwa 55 Mandaten. Der „Judenpunkt“ beherrschte die Politik der deutschen Parteien. Am 14. Februar 1887 hatte der Antisemitismus einen großen Erfolg. Der deutsche Klub spaltete sich wegen der Judenfrage; die Mehrheit, unter Steinwenders Führung, gründete die deutschnationale Vereinigung und lud sogar die Deutschradiكالen im deutschnationalen Verband mit Schönerer zum Beitritt ein. Nun zählte die Vereinigung 16 Mitglieder, ohne die Radikalen, die gelegentlich als Hospitanten beitraten.

Georg R. von Schönerer, der der Führer aller radikalen und antisemitischen Politiker und namentlich der Studenten war, war ein reicher Großgrundbesitzer auf Rosenau bei Zwettl und wurde 1873 Abgeordneter. Im Jahre 1888 verlor er sein Mandat, und was ihn noch mehr schmerzte, seinen Adel, infolge einer Verurteilung wegen Hausfriedensbruch. Er war am 8. März 1888 mit einer Gruppe von Anhängern in die Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes“ eingedrungen, weil dieses durch ein Extrablatt die verfrühte Nachricht vom Tode des deutschen Kaisers Wilhelm, „unseres glorreichen Kaisers“, gebracht hatte. Deshalb wurde Schönerer zu vier Monaten Kerker verurteilt. Die Antisemiten, und zwar sowohl die radikalnationalen wie auch die christlichsozialen unter Führung Luegers veranstalteten Schönerer eine große Huldigung durch eine Auffahrt vor seiner Wohnung, wobei ihm Lueger feierlich einen Blumenstrauß überreichte.

Schönerer gab die „Unverfälschten deutschen Worte“ (so genannt zum Unterschied von Pernerstorfers „Deutschen Worten“) heraus. Im Jahre 1907 wurde er wieder gewählt, spielte aber im Hause des allgemeinen Wahlrechts keine Rolle mehr.

Schönerer hatte übrigens auch eine demokratische Vergangenheit. Er hat 1882 mit Adler, Pernerstorfer, Friedjung und Steinwender zusammen das Linzer Programm verfaßt (siehe die Bemerkung über Steinwender bei dem Artikel vom 17. November 1888 „Das Höferecht“) und auch einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Parlament eingebracht.

geschlossen, mußten sie Fähigkeiten für den Handel erwerben, die aus ihnen gefährliche Konkurrenten für die Händler aller andern Völker machten. Während sie Nichts waren zur Zeit des Faustrechtes, mußten sie in den Vordergrund treten zur Zeit des Wechselrechtes.

Die altgewohnte Übung des Berechnens der Konjunktur mußte ihnen eine große Überlegenheit verschaffen in einer Zeit, wo diese Berechnung den ökonomischen Sieg verleiht. Also im Kampf um die Beute sind sie gewiß geschickter. Wir werden dabei nicht vergessen, was diese Beute ist: der der Arbeiterklasse entfremdete Mehrwert. Das Geschäft der Enteignung selber, die Beutegewinnung verstehen sie nicht erheblich besser als die Ausbeuter anderer Völker; gegen die Beraubung sich zu wehren, sind sie noch weniger in der Lage als andere; der jüdische Proletarier ist womöglich noch wehrloser als der deutsche, ja selbst als der slawische. Aber bei der Verteilung des Raubes, da sind sie allerdings den andern über. Dadurch haben möglicherweise verhältnismäßig mehr Juden Reichtümer erlangt, als ihrer Volkszahl entspricht; jedenfalls sind die reichen Juden auffälliger geworden, weil fremdartig an Gestalt und an Gebaren.

Darüber aber braucht es kein Wort weiter: die Juden haben nicht den Kapitalismus gemacht; im Gegenteil, der Kapitalismus hat die Juden gemacht. Das Einzige mögen sie geleistet haben, daß sie durch ihre spezielle Befähigung die Entwicklung beschleunigt, vielleicht in ihren Erscheinungen verschärft und verhäßlicht haben, soweit das überhaupt möglich war. Dazu kommt, daß die jahrhundertelange Gewohnheit, von jedem gebraucht und dabei von jedem verachtet zu werden, es ihnen leicht machte, das Geschäft der Lohnschreiberei zu betreiben, ein Geschäft, worin ihnen aber bereits von „Ariern“ aller Völker erfolgreiche Konkurrenz geboten wird. Die Bourgeoispresse aller Länder zeigt, daß Macht, Einfluß und vor allem Geld gern für den Preis tiefster Verachtung gekauft wird. Aber die Juden haben die Korruption ebensowenig geschaffen, wie sie den Kapitalismus geschaffen haben.

Wenn die Juden „die Könige des Zeitalters“ sind, so ist das Zeitalter daran schuld und nicht die Juden.

Was bisher gesagt wurde, gilt aber selbstverständlich nur von einem kleinen Bruchteil der Juden, die sich in die Herrschaft teilen mit einem kleinen Bruchteil der Völker, in deren Mitte sie wohnen. Die große Masse der Juden, wie aller Völker, gehört dem Proletariat an; und das jüdische Proletariat ist geistig und körperlich vielleicht das verelendetste.

Es ist nun begreiflich, daß die in Auflösung begriffenen Mittelstände, unwissend und unklar über die ökonomischen Zusammenhänge, sich an die ihnen auffallenden Erscheinungen halten. Der Gang der Weltwirtschaft bleibt dem kleinen Handwerker unverständlich; er kann seinen Untergang nur zwei Urhebern zur Last legen: Dem jüdischen Konkurrenten oder dem „unersättlichen“ Arbeiter; beide haßt er. Der Bauer sieht nicht, daß ihn Vorgänge

zugrunde richten, die sich jenseits des Ozeans abspielen; aber gegen den jüdischen Hypothekengläubiger, der nur der Vollstrecker des Urteils ist, gegen den richtet sich sein Haß. Während die Arbeiterklasse die Bourgeoisie als Klasse bekämpft, den einzelnen Unternehmer aber als Produkt unserer Gesellschaftsordnung ansieht, richtet sich der Groll minder einsichtiger Gesellschaftsschichten gegen Personen; begreiflicherwise gegen solche zunächst, die ihm in Sitte und Gebaren fremd gegenüberstehen, gegen den fremden Emporkömmling, gegen den Juden.

Im Antisemitismus wird also die soziale Frage verdunkelt, sie wird einseitig und verschoben zum Bewußtsein des Volkes gebracht. Ein Kampf um die Beute wird dargestellt als Kampf gegen die Ausbeutung. Aber der Wahn kann nicht lange dauern. Die antisemitische Bewegung ist immerhin eine Bewegung, und zwar eine Bewegung von Volksschichten, die insbesondere bei uns die schwerfälligsten und dumpfsten sind. Ist die Bewegung dieser Klassen einmal im Flusse, dann werden sie auch nicht mehr stille stehen; das Mißverständnis wird ein Durchgangspunkt zum Verständnis sein. Mögen sich die Führer der Antisemiten nur mit dem Gedanken vertraut machen: sie besorgen die Geschäfte der Sozialdemokratie.

Bis dahin aber kann die Arbeiterklasse dem Kampf um die Beute ruhig zusehen. Der häusliche Streit der besitzenden Klassen interessiert sie sehr wenig. Die österreichische Sozialdemokratie hat nur die Aufgabe, auf ihrer Hut zu sein, daß sie weder von den Juden, noch von den Antisemiten dazu benützt wird, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Lust verspüren beide dazu; aber es hat keine Not. Die Arbeiterklasse ist sich über diese Dinge längst klar; sie will alle Ausbeutung beseitigen, nicht nur die jüdische Ausbeutung; sie will aller Korruption ein Ende machen, nicht nur der jüdischen Korruption; sie will alle Herrschaft vernichten, nicht nur die Judenherrschaft! Sie will einen Gesellschaftszustand herbeiführen, wo die Eigenschaften, die man mit Recht oder Unrecht „jüdische Eigenschaften“ nennt, weder zu Macht und Einfluß, noch zu Wohlergehen führen. Und sie weiß, daß dann diese Eigenschaften absterben werden, weil sie unnütz geworden, sowie sie heute wachsen und sich stärken, weil sie notwendig sind.

Die sozialistische Gesellschaft wird Ahasver, den ewigen Juden, zu Grabe geleiten!

Die eine reaktionäre Masse.

„Geichheit“ vom 7. Juli 1888*).

Ein deutsches Arbeiterblatt druckt das Flugblatt ab, in welchem die Redaktion des „Neuen Bauhandwerker“ ihren Lesern das gegen diesen von der Hamburger Polizeibehörde — Herrn H a c h m a n n!

*) Victor Adler hat hier einen Artikel, der im Züricher „Sozialdemokrat“, dem Organ der deutschen Sozialdemokratie, unter dem Titel „Handelt von einem Schlagwort“, erschienen war, wegen seiner Bedeutung

— erlassene Verbot mitteilt, und zwar, wie es hinzusetzt, „zum Beweis dessen, daß überall der Sozialdemokratie gegenüber Demokratie, Liberalismus und Krautjunktum eine reaktionäre Masse sind, und daß selbst das »freie« demokratische Hamburg alle seine Tradition vergessen hat, seit es sich in seinen Geldsackinteressen durch die Sozialdemokratie bedroht wähnt“ usw.

Wir haben schon öfters darauf hingewiesen, daß wir den Satz von der „einen reaktionären Masse“ für nicht richtig formuliert halten, daß er den nach unserer Ansicht unzweifelhaft zutreffenden Gedanken, der ihm zu Grunde liegt, in schiefer Weise zum Ausdruck bringt und dadurch irrigen Anschauungen über die politische Situation Vorschub leistet, und wollen das in nachfolgendem näher begründen.

Die Sozialdemokratie ist die modernste, die vorgeschrittenste aller kämpfenden Parteien der Jetztzeit, darüber kann gar kein Streit bestehen. Sie anerkennt alle Errungenschaften der bürgerlichen Epoche, bricht aber mit der Illusion, als seien die bürgerlichen Freiheiten das letzte Wort der Geschichte, sondern verlangt die Weiterentwicklung der Gesellschaft im Sinne der Beseitigung nicht nur der politischen Beherrschung, sondern auch der wirtschaftlichen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, und da dieselbe nur möglich ist vermöge der Monopolisierung der Produktionsmittel in der Hand der Besitzenden, verlangt die Sozialdemokratie die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit, die Vergesellschaftung der Produktion.

Diesem Programm, diesen Bestrebungen gegenüber sind nun allerdings alle auf dem Standpunkt des Privateigentums an Produktionsmitteln stehenden Parteien, wie radikal sie sich auch sonst geberden mögen, reaktionär, und es untersteht auch gar keinem Zweifel, daß wie bisher so auch in Zukunft überall da, wo sie dieses Eigentum von seiten des kämpfenden Proletariats ernsthaft bedroht sehen, oder auch nur, wie es oben heißt, ernsthaft bedroht w ä h n e n, diese Parteien ohne Unterschied des Programms sich zusammenscharen, dem kämpfenden Proletariat, das heißt der Sozialdemokratie gegenüber „eine reaktionäre Masse“ bilden werden.

Soweit ist also das Schlagwort richtig, aber auch nur soweit.

Worin es fehlt, ist, daß es diese, vorläufig noch eine Ausnahme bildende Erscheinung zu stark verallgemeinert, sie auf das gesamte politische Leben der Nation kurzer Hand überträgt, und damit gewissermaßen sagt, daß die politische Entwicklung auf ihrem

wörtlich abgedruckt und zum Schlusse seine Bemerkungen dazu gemacht. Da dieses Schlagwort auch heute noch oft gebraucht wird, glaubten wir am besten zu tun, auch den Artikel des „Sozialdemokrat“ mit abzu-
drucken, ohne den die Antwort Adlers nicht ganz verständlich wäre. Zu Adlers Anschauungen über dieses Schlagwort siehe auch sein Schlußwort über Parteitaktik auf dem Parteitag in Aussig 1902 (abgedruckt unter dem Titel „Der Zusammenbruch der Schwindelparteien“) in diesem Abschnitt.

Höhepunkt angelangt sei und nur noch die eine Frage die Parteien bewegt.

So weit sind wir aber noch nicht, und so weit sind wir namentlich in Deutschland, einzelne Distrikte ausgenommen, noch nicht.

In Deutschland bestehen noch eine Reihe von Einrichtungen aus der Feudalzeit und der Herrschaft des Absolutismus, deren Beseitigung von Rechts wegen nicht der Sozialdemokratie, sondern dem bürgerlichen Liberalismus zukommt, dessen historische Aufgabe bildet. Ob er dieselbe noch einmal erfüllen wird, bleibe angesichts der vorgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung dahingestellt, soviel ist aber sicher, daß diese reaktionären Einrichtungen ihm unbequem, verhaßt sind, und er sich immer wieder gegen sie auflehnt, sie aus der Welt zu schaffen sucht. Außerdem bildet aber das Bürgertum selbst durchaus keine einheitliche, von einem Gedanken erfüllte Masse, Interessenfragen mannigfaltigster Art spalten es, treiben die einen ins reaktionäre Lager und zwingen die andern, mit den vorgeschrittensten Elementen der Gesellschaft Fühlung zu suchen.

An diesen Kämpfen der besitzenden Klasse unter sich ist aber die Sozialdemokratie keineswegs uninteressiert. Einmal betreffen sie Gegenstände, welche für die geistige und materielle Lage der Arbeiterklasse von Bedeutung sind — wir erinnern nur an die Fragen der Schule, der Steuern, der politischen Rechte usw. — und die Sozialdemokratie hat keine von denen der Arbeiterklasse getrennten Interessen, muß also eine Behandlung dieser Fragen im Sinne der Arbeiterinteressen wünschen. Dann aber kann es der Sozialdemokratie nur angenehm sein, für ihre Mission möglichst reinen Tisch vorzufinden, statt selbst noch eines Tages gezwungen zu sein, sich mit Dingen befassen zu müssen, deren Erledigung Sache ihrer Vorgänger war, und dadurch in der Erfüllung ihrer Aufgaben aufgehalten zu werden.

Es ist mit dem Satz von der „einen reaktionären Masse“ wie mit dem sogenannten „ehernen Lohngesetz“. Wäre das letztere in seiner absoluten Fassung richtig, so ist gar nicht einzusehen, warum wir uns gegen indirekte Steuern wehren, warum die Arbeiter um Lohnsätze kämpfen usw., nach dem Wortlaut des Lohngesetzes ist das eigentlich ganz zwecklos, und es hat ja auch Sozialisten gegeben, die diesen Standpunkt mit starrem Orthodoxismus innehielten. Die große Masse der sozialistischen Arbeiterschaft ist darüber zur Tagesordnung hinweggegangen, und mit Recht. Das Lohngesetz ist nur richtig als Gesetz der Tendenz, es gibt die Richtung der Entwicklung an, sagt aber nicht, daß die Entwicklung abgeschlossen, die Lohnrate keiner Modifikation fähig. Ebenso auf politischem Gebiet. Die Arbeiter selbst stoßen den Satz von der einen reaktionären Masse immer wieder um, indem sie da, wo die Sozialdemokratie nicht in Frage kommt, für den Kandidaten der vorgeschrittensten bürgerlichen Partei eintreten. Das hat sich bei verschiedenen Stichwahlen und erst jüngst wieder in Iserlohn gezeigt, wo die Masse der sozialistischen Arbeiter

trotz des vorhergegangenen heftigen Kampfes zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie in der Stichwahl für den Fortschrittler Langerhans stimmten. Sie konnten in keinem Zweifel darüber sein, daß Herr Langerhans ihr Mann nicht war, daß er Gegner des Sozialismus, das heißt der Sozialdemokratie gegenüber reaktionär ist. Aber sie hielten es im Interesse der Arbeiterschaft für nützlicher, daß Herr Langerhans, als daß ein Kartellbruder in den Reichstag einrücke. Im gleichen Sinne hat die Partei als wiederholt Ganzes gehandelt, trotz des Satzes von der „einen reaktionären Masse“.

Es ist aber keineswegs ein wünschenswerter Zustand, wenn Theorie und Praxis sich so ins Gesicht schlagen. Das eine oder das andere muß dann falsch sein. Und das Schlimmere ist, wenn die Theorie, die die Grundlage des praktischen Wirkens sein soll, falsch ist. Sie führt dann notwendig zu fortgesetzten Widersprüchen. Je mehr aber die Theorie dem wirklichen Stand der Dinge entspricht, ein um so festeres, konsequenteres Auftreten hat sie zur Folge.

Machen wir uns also klar, was an dem so oft zitierten Schlagwort richtig ist und was nicht. Nicht dadurch zeigen wir unsere geistige Überlegenheit über unsere Gegner, daß wir sie alle mit der Phrase „reaktionäre Masse“ in einen Topf werfen, sondern daß wir feststellen, worin sie sich untereinander und jeder von ihnen von uns unterscheiden. Wir werden sie dann nur um so wirksamer, weil überzeugender, bekämpfen können.

„Sozialdemokrat.“

* * *

Wir glaubten uns verpflichtet, den vorstehenden, beachtenswerten Artikel unseres Bruderorgans unsern Lesern mitzuteilen, können aber nicht umhin es auszusprechen, daß wir nur zum Teile mit diesen Ausführungen übereinstimmen können. Richtig ist, daß das Programm des „bürgerlichen Liberalismus“ ihn zwingen sollte und müßte, eine ganze Reihe von Fragen, besonders „die Fragen der Schule, der Steuern, der politischen Rechte“ in einem Sinne zu lösen, der der Arbeiterklasse zugute käme. Aber der Liberalismus ist eben viel allgemeiner von der Solidarität der reaktionären Interessen überzeugt, als die Arbeiter und — verrät eben immer und überall sein Programm, läßt seine „historische Aufgabe“ im Stich, wo es mit seiner kläglichen Furcht vor der revolutionären Masse in Widerspruch kommt. Der Liberalismus macht dann Sozialistengesetze, Ausnahmsgesetze und „Staatsgrundgesetze“, fabriziert Schulgesetze, welche das Wissen für die Reichen monopolisieren, und bei den Steuern läßt er ruhig eine schmutzige Hand durch die andere waschen und nimmt Eisenbahnsubventionen für Schnaps- und Zuckersteuern. Auf die Spaltungen des Bürgertums zu rechnen, wäre töricht, regelmäßig bleibt Sieger im häuslichen Zwist der „besonnene“, das heißt reaktionärste Teil. Wenn es wahr ist, daß „die Arbeiter den Satz von der reaktionären Masse immer wieder umstoßen“ und für den Fortschrittler stimmen, so

wollen wir uns jedes Urteils darüber enthalten, da wir uns grundsätzlich in Verhältnisse, die uns fremd sind, nicht einmengen und überzeugt sind, daß unsere deutschen Genossen in jenen Bezirken gute Gründe für ihr Vorgehen haben. Aber ebenso wahr ist es, daß die bürgerlichen Parteien, auch die radikalsten, den Satz von der einen reaktionären Masse immer wieder aufstellen, sooft ihn die Arbeiter umgestoßen haben, und daß die Herren Fortschrittler bei den nächsten Wahlen das beweisen und in der Wahl zwischen einem Sozialdemokraten und Kartellbruder sich stets für den „Ordnungsmann“ entscheiden werden.

Nein, mögen sich die herrschenden Klassen noch so grimmig befehlen, mögen sie sich um die Früchte der Ausbeutung katzbalgen oder in Erinnerung an dahingeschwundene Ideale, akademische Redeturniere um politische Fragen aufführen, der Arbeiterklasse gegenüber schweißt sie die instinktive Ahnung von dem nahenden Ende und die bloße Furcht in eine reaktionäre Masse zusammen. Lieber wird sie sich ins eigene Fleisch schneiden, als dem gemeinsamen Feind einen Vorteil zu gönnen. Es mag ja heute noch hie und da möglich sein aus dem Streite zwischen den Parteien Nutzen zu ziehen, besonders wo die wirtschaftlichen Gegensätze noch weniger zugespitzt sind. Es mag sogar Splitter von Bourgeoisparteien geben, die es noch mit der „historischen Aufgabe des Bürgertums“ ernst nehmen. Aber sie verschwinden und sind zur Ohnmacht verdammt. Die Masse der liberalen Bourgeoisie ist fromm und loyal geworden, das heißt muckerisch und servil!

v. a.

Der Katholikentag.

„Gleichheit“ vom 10. Mai 1889.

v. a. Eine merkwürdige Versammlung hat in den ersten Tagen des Mai zu Wien in den Musikvereinssälen getagt. Möge die liberale Presse ihren faden Witz am „Katholikentag“ üben, möge sie durch einfältige, nichtssagende Schimpfereien sich das Gruseln zu vertreiben suchen — derlei Vogel-Strauß-Methoden sind nicht unsere Sache. Die sozialistische Partei ist in sich stark und selbstbewußt genug, um den Gegner nicht erst verkleinern zu müssen, um mit ihm fertig zu werden. Mit den Phrasen von „Finsternis“, „Mittelalter“ und derlei Zeug ist gar nichts getan; politische Ereignisse wollen vor allem verstanden werden. Der „Katholikentag“ ist unstreitig eine höchst bedeutungsvolle Erscheinung, die nach mehr als einer Seite hin volle Aufmerksamkeit verdient. Volle Würdigung wird sie erst nach Erscheinen des stenographischen Protokolls erfahren können, bis dahin muß man sich eben an die lückenhaften Berichte des „Vaterland“ halten. Aber schon diese zeigen, daß wir es mit einer ganz außergewöhnlichen Kraftanstrengung der klerikalen Partei zu tun haben. Es wird der Versuch gemacht, die Partei auf dem Boden eines neuen Programms von Grund auf neu zu organisieren. Das Programm umfaßt alle Fragen der sozialen

und der geistigen Entwicklung, von eigentlich politischen Fragen im engeren Sinne nur die Monarchie, wie selbstverständlich, und die weltliche Herrschaft des Papstes*).

Was die politische Organisation betrifft, so war von dem klerikalen Parteitag mehr zu lernen, als von einem ganzen Dutzend der liberalen Deklamierversammlungen, die sich „Parteitag“ nennen. Kein Mittel der Agitation und Propaganda war da übersehen, von einer umfassenden Presseorganisation, von einem systematischen Netz von Vereinen aller Art bis zur agitatorischen Verwertung der Kirchenmusik und der Heiligenbilder; alles wurde mit Sachkenntnis und Eifer erörtert. Zugleich konnte man die Wahrnehmung machen, daß es in Österreich noch Leute gibt, die sich im Besitz einer beneidenswerten politischen Bewegungsfreiheit und Rechtssicherheit fühlen — die Klerikalen.

*) Nebenbei; wie dumm die Furcht macht, erhellt daraus, daß die Liberalen sich nicht besser zu helfen wußten, als diese letzte Forderung zum Angelpunkt einer politischen Aktion zu machen und den Katholikentag in einer Interpellation als „unpatriotisch“ zu denunzieren, weil er durch die Forderung der Wiederherstellung des Kirchenstaats Österreich mit dem alliierten Italien verfeinde. Als ob irgendein Mensch oder gar der Katholikentag selber diese Forderung irgendwie ernst nähme. Als ob es sich nicht um eine obligate Zeremonie und Höflichkeitsbezeugung dabei handelte. Nicht die weltliche Herrschaft des Papstes in Rom, sondern die weltliche Herrschaft der Kirche und ihrer Gefolgschaft hier in Österreich, das ist es einzig, was die versammelten Bischöfe und Feudalherren ernstlich anstreben, darum war die Interpellation Carneris ein Fechterstreich ins Blaue. (Anmerkung von V. A.)

Der „zweite allgemeine österreichische Katholikentag“ hätte bereits zum vierzigjährigen Regierungsjubiläum des Kaisers stattfinden sollen. Aber damals bestand noch eine Spannung zwischen Christlichsozialen, die mit den Deutschnationalen zusammen die „Vereinigten Christen“ bildeten, und den Kirchenfürsten. Die Bischöfe verschoben deshalb den Katholikentag. Dafür wurden sie in einer „Festversammlung aller Freunde der christlichen Sache“, die mit einer Festversammlung des katholischen Schulvereines verbunden war, am 25. November sehr scharf angegriffen und der Lauheit der Vertretung der Kirche beschuldigt. Der Katholikentag wurde schließlich für den 2. Mai 1889 einberufen. Aber noch am 23. April erklärte der „politische Bezirksverein Mariahilf-Neubau“, daß sich die Vereinigten Christen nie zum Fußschemmel der Klerikalen hergeben werden. Das hinderte Lueger, der auf jener Festversammlung den Erzbischof Ganglbauer und den päpstlichen Nuntius Galimberti sehr gerügt hatte, daß sie der Versammlung ferngeblieben waren, nicht, auf dem Katholikentag zu erscheinen und ihn zu begrüßen. Er wurde dort mit stürmischen Hochrufen empfangen, wie überhaupt neben dem Aufgebot der Christlichsozialen die hohen kirchlichen Würdenträger verschwanden.

In der Sektion für Sozialpolitik präsiidierte Graf Egbert Belcredi und es sprachen unter andern Prinz Alois Liechtenstein, Pfarrer Latschka, Pater Kolb, Pfarrer Eichhorn. Lueger pries den Baron Vogelsang, der den Weg zur Befreiung aus dem sozialen Elend gewiesen habe und griff den Liberalismus an, der mit der Arbeitskraft einen wahren Raubbau getrieben habe... Wie weit ist die christlichsoziale Partei seither von diesen Anschauungen abgewichen!

Der Katholikentag ist ein Symptom dafür, mit welcher Energie und mit welchen Machtmitteln die Kirche den Versuch macht, nochmals die Herrschaft voll zu erlangen, welche zum Teil ihren Händen entglitten. Alle Interessengruppen, welche der heute herrschenden Klasse, dem Bürgertum, feindlich gegenüberstehen, weiß sie unter ihrem Banner zu vereinigen — außer einer, der Arbeiterklasse. Diese steht ungerührt und unbewegt von ihren Lockungen, wissend, daß nach vorwärts in der Freiheit ihr Ziel liegen muß, nicht nach rückwärts, in der Bindung. Aber auch die drohende Haltung der Arbeiterklasse weiß die klerikale Partei trefflich zu verwerten, ja sie bildet einen Hauptfaktor in ihrer ganzen Rechnung. Wen nicht Interesse und kirchliche Erziehung in ihre Arme treibt, den soll ihr die Furcht vor der drohenden Revolution dienstbar machen. Der Ruf „Hannibal ist vor den Toren!“ bildet ihr Hauptargument, und der ganze „christliche Sozialismus“ besäße nicht die geringste Überredungskraft, wenn nicht der „Hannibal“ wirklich da wäre, das rastlos sich organisierende, das unermüdlich kämpfende Proletariat.

Zu den wichtigsten Debatten und Beschlüssen des Kongresses gehörten natürlich diejenigen, welche die Schule betrafen, da sich um diesen Punkt der praktische, politische Kampf der klerikalen Partei heute konzentriert. Selbstverständlich wurde die Auslieferung nicht nur der Volksschule, sondern auch der Mittelschulen und der Universitäten verlangt. Allerdings erscheint den Herren vorläufig nur die Erlangung der Volksschule als möglich, darum wird darauf die größte Beredsamkeit und Energie verwendet.

Was die Mittelschulen anlangt (Gymnasien, Realschulen und Gewerbeschulen), so begnügt man sich jetzt mit kleinen Maßregeln, die ein gefälliger Unterrichtsminister, dem sein Seelenheil lieb ist, leicht auf dem Verordnungswege durchführen kann. Kirchliche Kontrolle und Zensur der Schulbücher, Vermehrung der religiösen Übungen und strenge Prüfung aus den kirchlichen Lehrgegenständen, das sind Dinge, die unter einem Gautsch, soweit sie nicht schon eingeführt sind, nicht schwer durchzusetzen sind. In bezug auf die Universität wird nur der Plan der Gründung einer „katholischen Universität“ ausführlich besprochen. Jedoch scheint es, daß der Gedanke nicht sehr populär ist, denn die Sammlungen gehen so langsam vorwärts, daß ein Redner berechnete, das Ziel werde erst nach 3000 Jahren erreicht werden, wenn sie so flau bleiben.

Die Absichten der Klerikalen auf die Schule sind so oft besprochen worden, daß wir uns hier einer eingehenden Würdigung überhoben glauben. Das eine wollen wir sagen, daß jede Antastung des armseligen bißchens Volksschule, das wir heute haben, einem Widerstand begegnen würde, von dessen rücksichtsloser Energie sich die Herren wohl selbst keine klare Vorstellung machen.

Interessant war die „Sektion für Wissenschaft, Kunst und Literatur“ durch den mit großem Eifer betriebenen Versuch, nach-

zuweisen, daß die Kirche vor den Naturwissenschaften gar keine Angst habe. Es wurde der Antrag gestellt, den Papst zu bitten, ein „päpstliches Institut der Naturwissenschaften“ zu gründen, um so aller Welt klar zu zeigen, daß die Kirche dem Fortschritt in der Erkenntnis durchaus nicht feindlich gegenüberstehe. Um diese Debatten einigermaßen — heiter zu finden, braucht man nicht auf die Behandlung Galileis, Giordano Brunos oder auf den Syllabus zurückgehen. Man lese die Rede, welche zu diesem Punkte der Universitätsdozent Dr. Pernter hielt, und wer nur einigen Sinn für den Humor von groben Sophismen hat, wird sich reichlich belohnt finden. Man kann sich einen Begriff von der Sorte von Naturwissenschaft machen, welche der Katholikentag protegieren will. Der gute Mann erklärt, daß Darwinismus und Geologie sich mit den alten jüdischen Mythen über die Welterschöpfung famos vertragen. Auch das „Wunder“ widerspricht nach der Ansicht dieses päpstlichen Naturforschers keineswegs dem Naturgesetz von der Erhaltung der Kraft. Denn „es ist nicht abzusehen, warum Gott, wenn er in seiner Allmacht ein Wunder wirkt, es nicht so einrichten könne, daß die Summe der Kräfte vor und nach dem Wunder gleich sei“. Gegen solche Gründe gibt es freilich keinen Widerspruch und es ist kein Zweifel, daß mittels der „göttlichen Allmacht“ auch das Einmaleins abgeschafft oder wenigstens zum Behufe eines „Wunders“ suspendiert werden kann. Kurz, mit diesem Versuch, Wasser mit Feuer zu versöhnen, haben die Herren wenig Glück gehabt.

Die bedeutendste Aufgabe des Katholikentages war unstreitig die Entwicklung des sozialen Programms. Dieser Teil war auch sorgfältig vorbereitet; die meisten der vorgetragenen Referate waren schon vor einem halben Jahr in Vogelsangs Monatschrift abgedruckt, wie ja überhaupt die ganze österreichische „christlichsoziale“ Schule einfach ein Vogelsangches Seminar ist und alle Vorzüge und Schwächen ihres Lehrers teilt. Ihr Vorzug ist vor allem eine mehr oder minder gründliche Kenntnis und Verwertung der sozialistischen Literatur. Besonders der formell glänzenden Schlußrede Liechtensteins, welche so scharf zugespitzt und abgeschlossen ist, als hätte Vogelsang selbst sie gemacht, merkt man die Schulung an sozialistischen Schriften deutlich an. Die scharfe Kritik des heutigen Gesellschaftszustandes, sogar die Ahnung einer Kenntnis der historischen Entwicklung der Produktion zeichnen diese Rede aus. Soweit ist sie eine sehr wirksame sozialistische Agitationsrede, und wenn sie einmal im Wortlaut vorliegt, wollen wir überlegen, ob sie sich nicht zum Abdruck eignet. Man muß Fürst Liechtenstein sein, um derlei unkonfisziert sagen zu dürfen.

Gegenüber diesen Vorzügen steht ein grobes Mißverständnis, ohne welches freilich der „christliche Sozialismus“ nicht möglich wäre. Die Produktionsformen, die Eigentumsverteilung und Eigentumsordnung werden angesehen als die Folgen von gesetzlichen Einrichtungen, von sittlichen und religiösen Anschauungen, von der

gesamten sozialen Verfassung, während sie ihre Ursachen sind. Daraus entsteht natürlich der Glaube an die Möglichkeit, durch Änderung der Anschauungen, durch kleinliche Änderung von bestehenden Gesetzen die Produktionsweise und ihre Wirkungen ändern zu können. Vogelsang wie Liechtenstein meinen im Grunde, die zunftmäßige Produktion des Mittelalters sei eine Wirkung der christlichen Denkweise des Mittelalters gewesen. Sie verkennen durchaus oder kommen wenigstens nicht zur Klarheit darüber, daß die Sache geradezu umgekehrt liegt. Das Durchdringen der kapitalistischen Produktionsweise und der politische Sieg ihrer Träger in der französischen Revolution ist ihnen eine Folge der „Irrlehren der Enzyklopädisten“, während in Wirklichkeit die Voltaire, Diderot, d'Alembert und Rousseau nur die Wortführer und Gesetzesfinder der neu entstandenen Klasseninteressen und Klassengegensätze waren.

Zu diesem Mißverständnis gesellt sich aber ein zweiter Umstand, die Unterschätzung und Nichtachtung des selbständigen Denkens und Handelns des Volkes. Für die feudalen Sozialpolitiker ist das Volk bloß passives Material für ihre Pläne. Wir wollen ihnen glauben, daß ihr Mitleid für die Leiden des darbenenden Volkes ein ehrliches ist. Jedenfalls ist es Mitleiden mit einer Masse, die tief unter ihnen lebt, und webt, deren eigene Regung, deren eigenen Willen sie höchstens fürchten, niemals achten.

Es ist charakteristisch, daß während der ganzen Verhandlungen des Katholikentages, der alle möglichen Fragen behandelte, bloß sehr viel von der angeblich beschränkten Freiheit des Papstes und der Kirche, kein Wort aber von der kläglich geknebelten Freiheit des Volkes, seine Meinung und seinen Willen zu äußern, die Rede war. So hat denn die ganze Behandlung der sozialen Frage durch die Klerikal-Feudalen, ihre ganze Auffassung davon, warum und wie den Arbeitern zu helfen sei, etwas von den Tiereschutzbestrebungen an sich. Das, worauf dabei am wenigsten gerechnet wird, ist die Mitwirkung der Geschützten selbst.

Im einzelnen sind die Forderungen in bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung sehr anerkennenswert und ziemlich weitgehend. Freilich stehen daneben Wünsche betreffs Ausdehnung des Befähigungsnachweises auf die Konfektionäre, Einführung von Meisterprüfungen und derlei Spielereien, die, wenn sie vielleicht nichts schaden, gewiß nichts nützen und den Zweck gewiß nicht erreichen, den man damit im Auge hat, den Untergang des Kleingewerbes aufzuhalten. Ein gefährlicher Punkt ist allerdings da, der aber zum Glück ganz utopisch ist und durch welchen die Hausindustrie konserviert werden soll. Nun halten wir jeden Schritt, der diese verrotteteste Form unserer Industrie dem Tode näher bringt, für einen wahren Segen. Gegen die Zustände der Hausindustrie ist in der Tat die schlechteste Fabrik noch ein wahres Paradies.

Soweit die nächsten positiven Ziele der „christlichen Sozialreform“ nicht dem sozialdemokratischen Programm entnommen sind, finden wir alte, halbvergessene kleinbürgerliche Bestrebungen

wieder. Da fehlt weder die Rohstoff- und Verkaufshallen-Assoziation des Schulze-Delitzsch, noch der „Arbeiter als Hausbesitzer“ der Mülhausener und anderer Philanthropen. Man sieht, der Methoden, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, gibt es doch nicht allzu viele und die Leutchen wiederholen sich.

In bezug auf den Bauernstand wird natürlich das Vogelsangsche Programm mit Schließung der Grundbücher und Schuldentlastung aufgestellt, dazu bauerliches Erbrecht usw.

Liechtenstein selbst ging weiter und skizzierte eine Art Regelung der Produktion nach dem Bedarf, wodurch unter Mitwirkung der Schutzzölle die Krisen unmöglich und ein Minimallohn durchführbar werden soll. Recht hübsch, aber wer soll das machen? Welche Kraft soll das durchsetzen? Die paar Fürsten und Bischöfe werden diese teilweise Expropriierung des Großkapitals kaum erkämpfen, und wenn es die Arbeiterklasse besorgen soll, so dürfte sie die Arbeit gründlicher verrichten, als der Fürst für gut hält. Merkwürdigerweise legt sein Programm allen besitzenden Klassen Opfer auf; die Industrie soll ihren Reingewinn beschränken, das Geldkapital soll die Hypotheken erleichtern — nur der Grundbesitz, der leistet gar nichts für die gute Sache. Fürst Liechtenstein begnügt sich damit, die Expropriierung der andern vorzuschlagen. Einverstanden, aber wir denken, auch für den Grundbesitz wird der Tag kommen, wo er seine Opferfähigkeit zu beweisen Gelegenheit hat.

Es kann uns nicht einfallen, in einem einzigen Artikel den reichen und vielseitigen Stoff genügend durchzusprechen, welchen der Katholikentag bot. Wir werden noch mehrfach auf ihn zurückkommen müssen. Denn die klerikale Partei ist rührig; sie benützt die ihr günstige Situation. Das Kleinbürgertum, hypnotisiert durch die Angst vor dem Untergang, wirft sich dem Antisemitismus, dem Klerikalismus, wem immer in die Arme. Es weiß, es hat kaum noch etwas zu verlieren. Am wenigsten freilich politische Überzeugungen. Aus dem bürgerlichen Interessenkreis durch den ökonomischen Prozeß herausgeworfen, hat es gleichwohl noch nicht die Klarheit der Auffassung gefunden, daß es auf das Proletariat, wie es in ihm wirtschaftlich aufgehen muß, auch politisch angewiesen ist. Inzwischen spielen allerlei Luegers eine Rolle, was die Klerikalen sehr klug auszunützen verstehen. Und die Liberalen sind so dumm, den Hanswurst für die wichtigste Person in dem aufgeführten Stück zu halten.

Daß die Klerikalen den Mut gefunden haben, ihr ganzes Programm offen zu entrollen, ist bezeichnend, weniger für ihre Stärke als für die Schwäche der bürgerlichen Parteien. Hätten es der hohe Adel und die Geistlichkeit nur mit den Liberalen zu tun, so wäre alles für sie gewonnen. Aber das Proletariat ist heute eine entscheidende Macht geworden und wird den Mut haben, sie zu gebrauchen*).

*) Vielleicht wird es interessieren, zu erfahren, wie die wirklichen Christlichsozialen damals diese Kritik aufgenommen haben. Baron Vogelsang hat

Eine Selbsttäuschung.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 14. November 1890.

v. a. Unsere Gegner sind komische Käuze. Es ist noch nicht lange her, so schilderten sie die Sozialdemokraten als leibhaftige Teufel, die Blut trinken und Feuer speien, und leichtgläubige Zeitungsleser versteckten die Kinder, wenn sie hörten, ein Sozialdemokrat sei in der Nähe. Noch unmittelbar vor dem 1. Oktober*) hatte die deutsche Bourgeoisie eine kindische Furcht und erwartete mit Zittern und Zagen den Tag, der der Geltung des Zwangsgesetzes ein Ende machte. Und nun, da die Leutchen sehen, daß sie vorläufig weder gespießt, noch gebraten wurden, da, so weit das Auge reicht, keine Guillotine zu bemerken ist — nun kriegen sie wieder Courage, suchen das Herz aus den Hosen wieder an die gewohnte Stelle hinaufzukriegen und sagen, verächtlich lächelnd,

in seiner „Österreichischen Zeitschrift für Sozialreform“ (XI. Jahrgang Seite 352 „Der österreichische Katholikentag in sozialdemokratischer Beleuchtung“) den größten Teil des Artikels „soweit er soziale Dinge betrifft, mit Hinweglassung einiger irriger, persönlicher Anspielungen“, abgedruckt, „da er richtig verstanden, sehr lehrreich für uns ist“. Dazu hat er einleitend bemerkt: „Dr. Victor Adler, der hier in Wien die Rolle des sozialdemokratischen Führers übernommen hat und sie, wenn auch nicht mit Glück, so doch mit so vielem Geschick führt, so lange bis die Arbeiter zu der Einsicht kommen werden, daß ihre Interessen mit denen eines reichen und gebildeten Juden doch nicht ganz identisch sein können, hat in der »Berliner Volks-Tribüne« einen Aufsatz über den österreichischen Katholikentag veröffentlicht, der — gut geschrieben — sehr präzise zum Ausdruck bringt, an welchem fundamentalen Gedankenirrtum die Sozialdemokratie leidet, und wie es zu erklären ist, daß dieselbe mehr und mehr in jüdische Gewalt gekommen“.

An den Abdruck knüpfte er eine längere Entgegnung, deren Schluß hier wiedergegeben sei, weil er zeigt, wie selbst ein Vogelsang polemisierte: „Wir Christlichsozialen haben ein Herz für unser leidendes Volk; da wir nicht mit einem Schlage helfen können, verschmähen wir auch die Linderungsmittel nicht. Wir verwerfen jenes Streben, welches das Volk zur Verzweiflung gebracht wissen will, damit es in seiner Leidenschaft den Kehraus mit allem beginne, was man beseitigt wünscht. Ein solches Streben machen wir den reichen jüdischen Arbeiter-Verführern unverhohlen zum Vorwurf. Uns sind die Arbeiter kein Kanonenfutter auf den Barrikaden! Deshalb spekulieren wir auch keineswegs auf die Leidenschaften der Proletarier, sondern auf ihre Vernunft, auf ihr Gewissen. Es mag sein, daß Dr. Adler glücklicher spekuliert — um so schlimmer für die Arbeiter, für das ganze christliche Volk. Wir werden nicht nachlassen für das zu kämpfen, was wir als unsere Pflicht gegen Gott, gegen das christliche Volk und gegen Österreich erkennen. *Vogelsang*.“

*) Am 1. Oktober 1890 endete das Sozialistengesetz in Deutschland. Siehe darüber den Artikel „Der 1. Oktober 1890 und die österreichische Sozialdemokratie“ im Abschnitt „Der Kampf gegen den Terror“.

sie, die Sozialdemokraten, seien gar nicht „revolutionär“, sondern höchst manierliche Leute, die nur ein bißchen unbequem sind — wegen der Gewerkschaften und der Lohnkämpfe.

So geschah es vor und nach dem 1. Mai in unserm österreichischen Froschteich, und so geschieht es heute auf dem weiteren Plan des Deutschen Reiches. Da kommen alle Sorten von Professoren und beweisen der Sozialdemokratie haarscharf, sie sei sehr brav, oder vielmehr, sie sei durch die weisen Maßnahmen und die glorreiche Sozialreform einer hohen Regierung so sehr gebessert, daß sich ja jetzt ganz gut mit ihr reden lasse. Früher war ihnen die Sozialdemokratie ein blutdürstiger Tiger, heute wollen sie in ihr die gute Hauskatze sehen, die ihnen Mäuse fängt.

Das Kurze und das Lange von der Sache ist aber, daß die guten Leute am wenigsten von dem verstehen, wovon sie am meisten reden, von der Sozialdemokratie und von der Revolution. Sie haben so lange den Sozialdemokraten allen möglichen Unsinn angedichtet und angelogen, bis sie selbst daran glaubten, und sind nun ganz verdutzt, da sich ihre Lügen — als Lügen erweisen. Sie können sich noch immer eine Revolution nicht anders vorstellen, als einen Höllenspektakel, bei dem „Heugabeln geschwungen werden“.

In Wirklichkeit aber war die Sozialdemokratie nie revolutionär im Sinne der Polizisten, Staatsanwälte und Universitätsprofessoren, ist aber noch heute und wird stets revolutionär sein und bleiben im geschichtlichen Sinne. Die Ziele des Sozialismus, die gesellschaftliche Produktion, das Eigentum des gesamten Volkes an den Produktionsmitteln, ist unvereinbar mit der heute bestehenden Gesellschaftsordnung. Das Gesellschaftsprinzip des Sozialismus an die Stelle des kapitalistischen Gesellschaftsprinzips zu setzen, ist das Wesen der revolutionären Entwicklung, in deren Mitte wir bereits mit beiden Füßen stehen. Daß wir bewußt, tätig, arbeitend, kämpfend und hoffend in dieser Entwicklung stehen, das macht uns zu Revolutionären.

Die Grundfesten der bürgerlichen Gesellschaft sind nicht wie die Mauern Jerichos, die durch vieles Geschrei und Posaunengehör zu Falle zu bringen sind. Es muß um sie gekämpft werden Schritt für Schritt, Laufgraben um Laufgraben. Und alle Mühe wäre Torheit, jedes Opfer Narretei, wenn — nicht die Mauern morsch wären und brüchig. Wer aber Augen im Kopfe hat, der sehe um sich. Er wird finden, daß die unheilbaren Spalte und Risse des Gesellschaftsbaues täglich weiter klaffen, daß täglich mehr Hunderttausende von Menschen mit allen ihren ersten Lebensinteressen, mit allen ihren höchsten Empfindungen in Gegensatz kommen zum unveränderten Fortbestand dieser Gesellschaft. Die Sozialdemokratie bringt diese Tatsache zum deutlichen Bewußtsein des Volkes, sie macht aus unzufriedenen Haufen eine für den Klassenkampf geschulte Armee.

Freilich, die Schulung ist nicht der Kampf, die Rüstung, nicht die Schlacht. Wollen wir die Zukunft vorbereiten, so müssen wir

die Gegenwart nützen. Und das tun wir redlich allerorts. Jawohl, wir stellen uns auf den Boden der heutigen Gesellschaft; jawohl, wir bekämpfen sie vom festen Boden der heutigen Verhältnisse und nicht von dem Wolkenkuckucksheim einer fernen Zukunft aus. Und nicht irgendwelche vereinzelte Sonderlinge und „Bürger einer künftigen Welt“ bilden unsere Armee, sondern die lebenden Proletarier von heute, mit ihrer heutigen Lage, ihren heutigen Bedürfnissen, ihren heutigen Wünschen und Fähigkeiten. Und wenn euch das nicht „revolutionär“ erscheint, so wollen wir mit Vergnügen auf die Ehre verzichten, auch künftig wie bisher eure Gefängnisse zu füllen.

Gewiß liegt in Österreich und Deutschland wie in allen andern Ländern das Hauptgewicht der Arbeiterbewegung auf der gewerkschaftlichen Organisation. Das ist notwendig, weil einzig und allein auf diesem Wege der völligen Verelendung der Arbeiterklasse vorgebeugt werden kann, weil nur so die Möglichkeit erhalten bleibt, daß die kommende Entwicklung Menschen und nicht miserable Krüppel befreit. Der staatliche Arbeiterschutz kann und wird nur ausgebaut werden, wenn sein Fortschritt von den breiten Massen der organisierten Arbeiterschaft bewußt gewollt wird; seine praktische Durchführung ist ohne kräftige Gewerkschaften ganz unmöglich. Aber die Hunderttausende, die heute in der gewerkschaftlichen Bewegung stehen, sind von einem ganz andern Geiste getragen, als das noch vor zwei Jahrzehnten der Fall war. Sie wissen genau, was die Gewerkschaft soll, was sie kann, sie wissen aber ebenso genau, was sie nicht kann. Sie wissen, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung unmöglich ist — es fällt ihnen darum nicht im geringsten ein, auf sie zu verzichten.

Dabei gewinnt der Klassenkampf Formen und Ausdehnung wie nie zuvor. Der Kapitalismus rast in unerhörtem Wirbeltanz einher. Die Anhäufung von Arbeitsmitteln in wenigen Händen, die Konzentration des Kapitalismus, wird täglich gewaltiger; gewaltiger und entsetzlicher aber wird auch täglich das Elend immer weiterer Volkskreise. Das Kleingewerbe geht hilferufend und fluchend zugrunde; breite Schichten des ehemals wohlhabenden Mittelstandes werden in den grundlosen Strudel gezogen. Immer deutlicher heben sich die kompakten Massen der eigentlichen Kämpfer vom Horizont ab: Besitzende und Proletarier. Und wie ihre Macht größer wird, wird auch ihr Zusammenhang, ihre Organisation fester, zweckbewußter.

Es gibt heute kein anderes Ding in der Welt mehr, um welches es den Menschen wirklicher, blutiger Ernst wäre, als der soziale Kampf.

Aber die Universitätsprofessoren behaupten, die Sozialdemokratie habe aufgehört revolutionär zu sein.

Die Unternehmer sind praktische Leute und haben eine andere Meinung. Nie hat das Ausbeutertum so wütend, verbissen und

rücksichtslos mit allen Mitteln auf die Arbeiterorganisationen losgeschlagen wie eben heute.

Wir aber sind ja ganz zufrieden. Wenn die Staatsweisen und Gelehrten erklären, die Sozialdemokratie verlange nur volle Freiheit der Bewegung, politische Freiheit, Koalitionsfreiheit, Arbeiterschutz — und alle diese Dinge seien nicht revolutionär, sondern im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung durchzusetzen und durchzuführen —, nun gut, wir halten die Herren beim Wort! Gewähre man uns doch diese harmlosen Kleinigkeiten, wir wünschen uns nichts Besseres!

Den „Umsturz“ besorgt sich die heutige Gesellschaft ganz ausgezeichnet selbst.

Die Schwenderversammlung.

„Arbeiter-Zeitung“, 21. November 1890.

Der Ausnahmezustand macht die Arbeiterschaft Wiens politisch mundtot. Der einzige politische Verein, welchen wir besessen, der Verein „Wahrheit“, ist seit 17 Monaten „sistiert“*), Volksversammlungen sind als „allgemein zugänglich“ „unzulässig“, Zusammenkünfte von persönlich geladenen Genossen werden trotz allen gegen teiligen richterlichen Entscheidungen strafrechtlich verfolgt — und trotzdem und alledem — die Organisation, die p o l i t i s c h e Organisation der sozialdemokratischen Arbeiter Wiens, geht vorwärts, und zwar mit Riesenschritten. Zeugnis dafür gab die Schwenderversammlung vom letzten Sonntag.

Der Demokratische Zentralverein, welcher die ärmlichen Reste der einst zahlreichen demokratischen Partei zusammenfaßt, beabsichtigte ursprünglich eine V o l l v e r s a m m l u n g mit der Tagesordnung: D a s a l l g e m e i n e, g l e i c h e u n d d i r e k t e W a h l -

*) Der Verein „Wahrheit“ war am 15. Mai 1889 eingestellt worden, weil er „insbesondere seit dem Hainfelder Parteitag die Versammlungen des Vereines dazu benützte, um in systematischer Weise und mit Umgehung der die Hintanhaltung der Ausschreitungen des Vereines bezweckenden behördlichen Anordnungen eine agitatorische Tätigkeit in sozialistischem Sinne zu entwickeln, welche geeignet ist, die öffentliche Sicherheit und die gesellschaftliche Ordnung zu gefährden“. So hieß es in dem dem Obmann des Vereines Ferdinand Leißner zugestellten Auflösungsbeehl des Polizeipräsidenten, und es war zum Schluß bemerkt, das treffe besonders auch bei der am 12. Mai in Schwenders Florasaal stattgefundenen Vereinsversammlung zu. An dieser Versammlung, die auf geladene Gäste beschränkt war, hatten viertausend Personen teilgenommen. Am 26. Juni 1889 wurde die „Gleichheit“ verboten, die Ende 1886 von Adler begründet worden war. Am 27. Juni wurde Adler vom Wiener Ausnahmsgericht wegen eines Artikels über den Streik der Tramwaybediensteten zu vier Monaten strengen Arrests verurteilt. Am 12. Juli 1889 erschien allerdings schon die erste Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ und am 7. Juli 1889 wurde der Verein „Apollo“ gegründet. Am 27. November der politische Verein „Gleichheit“.

recht, einzuberufen. Da sich aber das Verbot einer solchen sicher voraussetzen ließ, entschloß man sich zu einer „Vereinsversammlung“, zu welcher das „Volk“ geladen wurde. Die Einladung wurde angenommen, und so kam es, gelegentlich einer bescheidenen Plenarversammlung eines kleinen „demokratischen“ Vereines, zu einer großartigen Demonstration der sozialdemokratischen Arbeiter Wiens.

Die Zahl der Anwesenden wird von liberalen Blättern, die gewiß nicht den Wunsch haben zu übertreiben, auf fünftausend geschätzt; die Zahl derjenigen, die nicht in den überfüllten Saal gelangen konnten, fast ebenso hoch.

Der Verlauf der Versammlung war ein musterhafter, was um so mehr bedeutet, als die Situation eine schwierige war. Als Gäste des Vereines einer Partei, die nicht die unsere ist, mußte die Versammlung Ausführungen der Gegner, welche die eigentlichen Herren waren, mit Ruhe anhören und mit Mäßigung erwidern. Es mußte anderseits unser Standpunkt präzise zum Ausdruck gebracht und konstatiert werden, daß die Versammlung eine sozialdemokratische sei, ohne dabei die verschwindende Minorität, welche die „Demokraten“ bildeten, zu erdrücken und zu vergewaltigen. Der bewundernswerte Takt, welcher unsere Parteigenossen auszeichnet und der sie zuverlässig auch dort leitet, wo sie, zu Tausenden versammelt, nur ihrem natürlichen Gefühle folgen, hat diese Aufgaben leicht und sicher gelöst und die Manifestation ebenso würdig als großartig gestaltet.

Vielleicht war es nicht gerade am Platze, daß einer der Redner des Demokratischen Zentralvereines den aussichtslosen Versuch machte, die Versammlung von der Identität von Demokratie und Sozialdemokratie zu überzeugen. Wir schätzen von der demokratischen Partei sehr den Herrn Dr. Kronawetter, der Rest ist Schweigen — oder sollte es wenigstens sein. Was Kronawetter mit uns verbindet, ist, daß er die demokratischen Prinzipien ernst und ehrlich nimmt und daß er Mut hat. Was ihn von uns trennt, ist, daß er in ökonomischen Dingen doch ziemlich tief in kleinbürgerlichen Anschauungen steckt, und daß er nicht von der Einsicht durchdrungen ist, daß alles das, was ihm als Evolution seiner „Rechtsidee“ erscheint, einfach die Formen sind, in welchen der Klassenkampf sich abspielt. Die Masse seines Gefolges aber, soweit da von „Masse“ noch die Rede sein kann, steht allerdings auf einem erheblich tieferen Niveau. Die Besten von ihnen berauschen sich gerne an dem Wohlklang der demokratischen Rhetorik; andere besitzen die ganze Beschränktheit des Kleinbürgers, haben aber eine gewisse Abneigung gegen den absoluten Blödsinn bewahrt, sie sind Antisemiten, die ihren Beruf verfehlt haben; noch andere gehören eigentlich zur liberalen Partei, von der sie der Zufall oder irgendeine ästhetische oder moralische Feinfühligkeit fernhält. Zusammengehalten werden die diversen Elemente durch eine geradezu komische Angst vor den Antisemiten. Jedenfalls sind die Wiener

Demokraten im besten Falle „gute Leute, aber schlechte Musikanten“. Man mag vor ihnen Achtung haben, das geben wir allenfalls zu; aber mit ihnen zusammen Politik machen, das geht nicht an. Sie wissen weder genau, was ihr Ziel ist, noch mit welchem Mittel sie es erreichen wollen. Was an ihrem Programm klar und konkret ist, wird die Sozialdemokratie durchzusetzen haben, sie selbst sind unfähig dazu. Einer dieser Punkte ist eben das allgemeine Wahlrecht.

Immer mehr wird die Tatsache deutlich, daß die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht in den Vordergrund der politischen Wünsche des arbeitenden Volkes tritt. Immer mehr wird es klar, daß die Arbeiterpartei diese ausgezeichnete Waffe für die Agitation nicht mehr entbehren kann. Immer allgemeiner empfunden wird aber auch die Rückständigkeit unserer politischen Zustände, welche erst mit der Gewinnung des allgemeinen Wahlrechtes anfangen werden, europäisch genannt werden zu dürfen.

Die ganze Versumpfung des öffentlichen Lebens in Österreich, die ganze miserable und lächerliche Kleinlichkeit des politischen Kampfes hat darin ihren Grund, daß es sich in elenden Katzbalgereien einiger kleiner Cliquen erschöpft, daß die großen, weltbewegenden Fragen überhaupt nicht zur Diskussion kommen. Ernst wird der Kampf erst werden, wenn die Maskerade, welche eine Handvoll Privilegierten, die das Recht haben, sich als „Volk“ zu verkleiden, zu Ende ist, wenn das wirkliche Volk auf den Plan tritt.

Und daß es in nicht allzu langer Frist dazu kommen wird, daran zweifeln wir nicht. Nicht als ob diese Hoffnung durch die hübschen Redensarten der Liberalen genährt würde. Im Gegenteil; trotzdem die Liberalen heute für das Wahlrecht zu schwärmen heucheln, werden sie einst gezwungen sein, sich ihm nicht zu widersetzen. Es kommt unausweichlich zu einer politischen Situation, die keinen anderen Ausweg läßt; der Bankrott aller heute herrschenden Parteien, der liberalen wie der antiliberalen, wird bald offenbar werden. Kommt dazu der mit vollem Bewußtsein ausgeübte Druck der Arbeiterklasse, dann wird jeder Widerstand nutzlos. An uns ist es, diesen Druck, dieses klare politische Bewußtsein erzeugen zu helfen. Ihren eigenen Bankrott besorgen sich die Herrschaften schon selber.

Die Versammlung.

Genosse Dr. Adler, welcher hierauf das Wort erhielt*), erklärte namens der sozialdemokratischen Partei, daß die Arbeiter erschienen seien, weil ihnen und nur ihnen durch den Ausnahmezustand und seine Handhabung durch die Polizei jede Möglichkeit benommen sei, politische Versammlungen in Wien abzuhalten. Wir danken dem Demokratischen Zentralverein für seine Gastfreundschaft, die uns ermöglicht, zu Wort zu kommen, halten es aber zugleich für geboten, zu erklären, daß es sich durchaus nicht und in gar keinem Sinne um

*) In der Versammlung sprach zuerst Kronawetter, nach ihm Adler.

ein politisches Bündnis zwischen Demokraten und Sozialdemokraten handle. Wir haben gar keine Veranlassung, bei irgendeiner bürgerlichen Partei unterzukriechen und unsere eigene Fahne in den Sack zu stecken. Ganz im Gegenteil: niemals hat die Arbeiterpartei so rasche und entschiedene Fortschritte gemacht wie heute; niemals kam der proletarische Charakter der Bewegung deutlicher zum Ausdruck. Bei aller schuldigen Gastfreundschaft gegenüber den Demokraten wünschen wir aufs entschiedenste, daß die deutliche Scheidung zwischen ihnen und uns nicht im geringsten verwischt werde. (Zustimmung.)

Von der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes heute noch sprechen zu müssen, schäme ich mich einfach! Ein Staat ohne dasselbe kann nicht zu den Kulturstaaten gezählt werden. Das Wahlrecht ist in unseren Augen nicht sowohl politisches Ziel, sondern die natürliche, notwendige Voraussetzung jedes politischen Lebens. Ein Mann, der zwei Arme hat, ist noch lange nicht ein Held; dem aber der rechte Arm fehlt, ist eben ein bedauernswerter Krüppel. Wir bedürfen des Wahlrechtes in unserem Kampfe um die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Mit der Resolution ist Redner einverstanden. Wenn er und wohl alle Anwesenden aber auch für sie stimmen würden, so erklären wir doch, daß der letzte Satz, welcher von der „Erwartung“ spricht, daß das Parlament für die Erweiterung des Wahlrechtes eintreten werde, unserer Überzeugung nicht entspricht und daß wohl auch Herr Dr. Kronawetter diesen Satz nur für eine rhetorische Floskel halte. Die Liberalen, welche heute an die Wand gedrückt sind und sich darum an ihre demokratische Vergangenheit erinnern, haben selbst jenes schlechteste aller Wahlsysteme gemacht, unter dem wir heute leiden. Ihre Feigheit, ihre Furcht, dem Proletariat eine Waffe in die Hand zu geben, hat sie ihren eigenen Prinzipien gegenüber fahnenflüchtig gemacht. Der Geldsack und die Angst um ihn ist ihr erstes und letztes politisches Motiv. Die Antisemiten stehen an politischer Einsicht etwa so hoch wie die Liberalen an politischem Charakter. Das sterbende Kleinbürgertum vertraue eben jedem Quacksalber, der ihm das Blaue vom Himmel verspricht, und werde heute von den Klerikalen für ihre Zwecke mißbraucht. Von diesen Leuten ist also ebensowenig zu erwarten. Die „Demokraten“ seien eine kleine Partei von Ideologen, die ganz ohnmächtig und unvermögend seien, irgend etwas durchzusetzen. Das Wahlrecht wird, wie jeder andere Fortschritt, von der Arbeiterklasse selbst erzwungen werden müssen. Nicht an physische Gewalt und Barrikaden müsse man denken. Auch die Feier des 1. Mai wurde ohne Gewalt trotz allem Widerstand der Behörden und Unternehmer durchgesetzt und der nächste 1. Mai wird Arbeiterfeiertag bleiben! (Stürmischer Beifall.)

Wir erwarten nichts von den anderen, aber alles von uns selbst, von der denkenden, kämpfenden Sozialdemokratie! (Anhaltender Beifall.)

Genosse Dr. Adler*) erklärt, er müsse auf die letzten Ausführungen antworten. Die Geschichte vom „gesunden Menschenverstand“ könne ja sehr bald auf die Probe gestellt werden. Doktor Kronawetter werde seinen alten Antrag auf allgemeines Wahlrecht urgieren und dann werde man sehen, wieviel Anhänger der „gesunde Menschenverstand“ im Parlament habe. Daß die Demokraten wohlwollende Menschen seien, die gern ihre Privilegien auf den Altar der Freiheit niederlegen, sei Redner gutmütig genug, zu glauben. Aber der Vorredner solle einmal im Parlament, von dem er so viel „erwartet“, mit diesem Vorschlag kommen und die Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Bankiers usw. würden ihm einfach erklären, sie seien nicht da, um ihre Privilegien zu opfern, sondern um ihre Privilegien auszuheuten. Das ist eben der Unterschied zwischen uns und ihnen. Sie glauben, mit allerlei luftigen Theorien die Welt aus den Angeln heben zu können und bleiben ewig auf demselben Fleck. Wir vertreten bündig und klar das Klasseninteresse des Proletariats, dessen politische Organisation es zum Siege führen wird. Der Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter ist's, den wir bewußt führen. Die Scheidung zwischen Demokraten und Sozialdemokraten ist also nicht künstlich, sondern entspricht den Tatsachen; wir werden sie nicht verwischen lassen. Dabei wollen wir die bürgerliche Demokratie, soweit sie echt ist, nicht herabsetzen, ihr Verdienst ist es, daß sie einem Dr. Kronawetter den Weg ins Parlament gebahnt. Sollten die kleinbürgerlichen Klassen wirklich schon so korrupt und borniert geworden sein, um einem Kronawetter und Pernerstorfer den Weg ins Parlament zu versperren, so würde man hier empfinden, daß dort das Volk gar nicht mehr vertreten ist. Schließlich konstatiert Redner den glänzenden Verlauf der Versammlung und charakterisiert das Fortbestehen des Ausnahmezustandes in gebührender Weise. — — — (Langanhaltender Beifall.)

Zusammenarbeit mit Bürgerlichen.

Parteitag 1894**).

Es ist Ihnen nicht unbekannt, daß für den August dieses Jahres die Züricher Genossen im Einverständnis mit den übrigen Reform-

*) Nach Adler sprachen die Sozialdemokraten Hanser und Leibner, nach ihnen der Demokrat Kreuzig, dann der Sozialdemokrat Tobola, und dann wieder ein Demokrat, worauf wieder Adler zu Wort kam.

**) Auf dem Parteitag im Jahre 1894 sollte zum Schluß Adler noch über den Punkt „Der Arbeiterschutz und das Parlament“ referieren. Da die Zeit aber schon sehr vorgeschritten war, begnügte sich Adler damit, darauf zu verweisen, daß es nicht mehr möglich sei, diese Frage eingehend zu behandeln, daß es aber notwendig sei, über die Beschickung des internationalen Arbeiterschuttkongresses, der nach Zürich einberufen war, einen Beschluß zu fassen.

parteien in der Schweiz einen internationalen Kongreß nach Zürich einberufen haben, um über Arbeiterschutz zu sprechen. Es handelt sich darum, ob wir diesen Kongreß beschicken sollen oder nicht. Wir schlagen Ihnen vor, das nicht zu tun, und zwar aus folgenden Gründen. Die Schweizer Genossen leben unter Verhältnissen, die es ihnen möglich machen, mit den Angehörigen von andern Parteien, mit Christlichsozialen, Liberalen usw. an der Sozialreform des Arbeiterschutzes zu arbeiten. Sie haben für ihre Verhältnisse vollständig recht. Mit Männern wie Herr Doktor Decurtins zusammenzuarbeiten, ist stets möglich und stets eine Ehre. Für uns aber, die wir mit Leuten zu tun haben, die ich nicht näher charakterisieren will, die den Arbeiterschutz nur ausbeuten, um ihre Zwecke zu fördern, für uns ist ein Zusammenarbeiten mit andern nicht möglich. Es ist aber auch für die Sozialdemokratie nicht notwendig. Die internationale Sozialdemokratie hat auf dem internationalen Kongreß zu Paris, in Brüssel und in Zürich so unzweifelhaft und so prinzipiell ihre Stellung in bezug auf Arbeiterschutz festgelegt, daß wir es nicht notwendig haben, in dieser Beziehung nochmals eine Erklärung abzugeben. Im Gegenteil, wenn wir mit Vertretern anderer Parteien zu einer Einigung kommen wollten, müßten wir von unsern weitergehenden prinzipiellen Forderungen auf die schwächlichen Forderungen der andern Leute zurückgehen. Das können wir nicht, das wollen wir nicht, das brauchen wir nicht. Die Arbeit der Sozialdemokratie ist ohnehin dem Arbeiterschutz in allererster Linie gewidmet. Darum schlagen wir Ihnen vor, der Parteitag möge folgende Resolution beschließen: Der Parteitag erklärt:

„Der für August 1894 einberufene Arbeiterschutzkongreß in Zürich wird von der österreichischen Sozialdemokratie nicht beschickt, da sie in ihrem Programm und ihren Beschlüssen des Pariser Sozialistenkongresses ihre Forderungen in bezug auf Arbeiterschutz festgestellt hat und die gesamte Tätigkeit der Sozialdemokratie auf deren Durchsetzung gerichtet ist. Das gemeinsame Vorgehen mit bürgerlichen Parteien könnte nur auf Kosten unserer prinzipiellen Haltung durch Konzessionen an rückständige Parteien ermöglicht werden. Aus diesem Grunde wünscht der Parteitag dem Züricher Kongreß besten Erfolg, hat aber keine Veranlassung, ihn zu beschicken.“*)

*) Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. An dem nächsten Internationalen Arbeiterschutzkongreß, der im Jahre 1897 in Zürich stattfand, haben die Sozialdemokraten teilgenommen und Adler hat darüber in einer Versammlung am 27. September berichtet. (Siehe Heft 4 dieser Schrift, Seite 261 f.) Auf diesem Kongreß im Jahre 1897 sprach auch der oben genannte Dr. Decurtins, der unter anderm als die Russen sich darüber beklagten, daß man bei ihnen nicht von Recht und Gesetz sprechen könne, die Bemerkung machte: „Wo es kein Recht gibt, da nimmt man es sich vom Himmel!“ Dr. Rudolf Meyer trat dafür ein, daß der Kinderschutz auch für die Landwirtschaft eingeführt werde. Gleich nach ihm kam dann der Wiener „christlichsoziale Arbeitervertreter“, Hermann Bielowlawek, der seine Ausführungen zum allgemeinen Erstaunen mit den Worten schloß: „Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der Affentheorie, sondern der biblischen Schöpfungsgeschichte!“

Die Niederlage am 9. März 1897.

„Arbeiter-Zeitung“ am 10. März 1897.

Die Sozialdemokratie hat ihre erste Wahlschlacht in Wien verloren*). Nicht einen einzigen Wahlkreis konnten wir erobern. Wien wird im Parlament — vorläufig — durch fünf Christlichsoziale vertreten sein. Lueger und vier seiner Hampelmänner haben es durchgesetzt, als die Erwählten des allgemeinen Wahlrechtes zu figurieren.

Wir sind nicht geschlagen worden, weil wir schwach waren. Im ersten Anlauf, bei der ersten Wahl in Wien, haben wir fast neunzigtausend Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten vereinigt, und wenn man selbst annimmt, daß die 20.000 liberalen und demokratischen Stimmen, die bei der letzten Landtagswahl auf diese Parteien entfielen, diesmal zum größten Teil den Sozialdemokraten zugeführt wurden, so bleiben immer noch etwa 70.000 rein sozialdemokratische Stimmen in Wien übrig. Die Wiener Arbeiterschaft hat im Wahlkampf und an der Wahlurne gezeigt, daß sie sozialdemokratisch ist bis in die Knochen. Unsere Wiener Genossen haben eine Opferwilligkeit gezeigt, eine agitatorische Kraft aufgebracht, eine Organisationsarbeit geleistet, die wahrhaft bewundernswert ist und den Dank und die Anerkennung der gesamten Partei verdient.

Nicht der Kraft unserer Gegner sind wir unterlegen, sondern ihre Tücke und ihrer Gewalttat. Gewiß, Herr Dr. Lueger hat gewaltige Mächte an seiner Seite: den Baden i, die Pfafferei und das Wiener Protz entum. Aber es hätte ihm nichts genützt, daß die Hausherrn und die Hausmeister für ihn arbeiteten, daß Einschüchterung in allen Formen ausgeübt wurde, daß von den Kanzeln aller Kirchen jeden Sonntag gegen die Sozialdemokratie gepredigt wurde, nicht einmal die albernen Lügen gegen unsere Partei, die erbärmlichen Verdächtigungen und Verleumdungen jedes einzelnen unserer Kandidaten hätten genügt, um uns zu besiegen, um die stumpfe Masse der indifferenten Wählerschaft für die Antisemiten zur Urne zu jagen. Aber daß Lueger den Verwaltungsapparat in Wien in der Hand hatte, das hat uns geschlagen. Lueger ist der Herr von Wien, und darum ist er der Herr der Wahlurne geworden. Die Christlichsozialen haben nicht die Wähler, sondern die Legitimationen auf ihre Seite gebracht.

*) Bei den ersten Wahlen aus der fünften — allgemeinen — Kurie, die in der Badenischen Wahlreform in ganz Österreich 72 Mandate neben den 353 Mandaten der privilegierten Kurien hatte, erhielten die Sozialdemokraten von den fünf Mandaten in Wien nicht ein einziges: Reumann unterlag gegen Bielohlawek, Adler gegen Prochazka, Nemec gegen Lueger, Schuhmeier gegen Mittermeyer. Favoriten und Ottakring, die beiden großen Proletarierbezirke, waren durch Christlichsoziale vertreten, auch in Wiener-Neustadt, seinem alten Wahlbezirk, den er seit 1885 trotz Steuerzensus errungen hatte, unterlag Pernerstorfer in der allgemeinen Kurie gegen den christlichsozialen Kandidaten Wedral, der sich der Kruppschen Unterstützung erfreute.

Der würdige Freund und Schüler des Badeni hat seinem Herrn und Meister Ehre gemacht. Polnische Wahlen in Wien: das war die Losung. Lueger hätte es gern ganz polnisch gehabt, mit Soldaten auf den Straßen, und wenn nötig, mit Blutvergießen. Er war gezwungen, sich mit dem trockenen Wege zu behelfen, und er hat ihn mit Erfolg betreten. Niemals hat eine Gemeindeverwaltung so ihre Macht mißbraucht, wie bei diesen Wahlen. Sie haben ihre Gegner aus den Wahlkommissionen hinausgeworfen und nicht einmal den Schein der Unparteilichkeit zu wahren sich bemüht. In allen Wahlkreisen hat man ihre Stimmenfälscher und Stimmenkäufer an der Arbeit gesehen, und zum Teil wurden sie auf frischer Tat ertappt und dingfest gemacht. Ihre Wahlkommissionen besorgten die Agnoszierungen und Abweisungen mit bewundernswerter Promptheit, wie es nötig war. Die Ehrlichkeit und die Unerfahrenheit im Wahlschwindel, die unsere Genossen, die zum erstenmal im Feuer standen, bekundeten, wurde schamlos ausgenützt. Es gibt heute nicht eine einzige Wahl in Wien, deren Gültigkeit nicht angefochten werden wird. Und wir werden so eklatante Tatsachen vorbringen, daß vielleicht selbst der Mandatsprüfungsausschuß sich ihnen wird beugen müssen. Unterstützt oder eigentlich erst ermöglicht wurden alle diese Wahlmißbräuche durch die Überhetzung der Wahlen, die es den Behörden selbst bei gutem Willen schwer möglich gemacht hätten, auch nur ordentliche und kontrollierbare Wählerlisten herzustellen. Badeni hat dem Lueger sichtlich geholfen.

Aber über diesen Dingen, die mehr als ausreichen, um das äußere praktische Resultat der Wiener Wahlen zu erklären, wollen wir nicht die tieferliegenden Ursachen der traurigen Tatsache vergessen, daß die Lueger-Sippe trotz ihrer offenkundigen Lumpen und ihrer lächerlichen Nullen eine ungeheure Stimmenanzahl auf sich vereinigte. Diese Tatsache wäre nicht minder traurig, wenn sie um die paar tausend Stimmen weniger ergattert hätten, durch die die Mandate in ihre Hände kamen. Diese Tatsache beweist, daß breite Schichten der Wiener Bevölkerung noch weit fester in Banden der Knechtseligkeit und des Stumpfsinns liegen, als viele von uns in hoffnungsfreudigen Stunden dachten. Wien, das dem Lueger zu Füßen liegt, das ist für Wien eine Schmach, für die Wiener Sozialdemokraten aber ist es eine Aufgabe.

Wir sind auch mit der Arbeiterklasse in Wien nicht fertig. Nicht etwa der „christlichsoziale Arbeiter“, dieser widernatürliche Hanswurst, der nur in einzelnen ausgestopften Exemplaren zu sehen ist, hat irgendein Gewicht in die Wagschale geworfen, aber Tausende von geknechteten Arbeitern haben sich noch als Stimmvieh an die Urne führen lassen. Und weitere Tausende von Proletariern in den verschiedensten Uniformen hat man nicht einmal ins Wahllokal gebracht, man hat sich begnügt, ihnen ihre Legitimationen abzunehmen, deren Wert sie nicht zu begreifen vermögen. „Der Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen!“ Hier ist unser Feind, ihn gilt es, zu besiegen, und ihn wird die Sozialdemokratie besiegen. Hätten wir vor zehn Jahren

wählen können, wir hätten nicht so viele Hunderte von Stimmen gehabt als heute Tausende. Wir haben ein Stück unserer Aufgabe gelöst; den Rest zu vollbringen, das geloben wir uns heute, am Tage unserer schmerzlichen, aber ehrenvollen Niederlage.

Die Sozialdemokratie wird nicht ohne Vertreter im Parlament sein. In der Provinz, wo die Luegerei noch nicht vermochte, den Bodenschlamm des Indifferentismus in dem Grade aufzuwühlen wie in Wien, wurden heute drei Sozialdemokraten gewählt, und mindesten weitere fünf Mandate sind uns heute schon sicher. Die Tribüne des Parlaments haben wir erobert, und von ihr aus werden wir auch die Hochburg der kleinbürgerlichen Beschränktheit, werden wir Wien erobern.

Am nächsten Sonntag werden die Arbeiter Wiens wieder hinauswollen zum Grabe der Märzgefallenen. Es wird ein ernster Zug sein. Bitterkeit und Enttäuschung werden auf den Gesichtern so mancher unserer Genossen und Genossinnen lagern. Aber sie dürfen das Haupt hoch heben und stolz aufsehen zu dem Denkmal, das kündigt, wie Wiener Arbeiter vor fünfzig Jahren für die Freiheit zu kämpfen wußten. Die Sozialdemokraten Wiens dürfen sich rühmen, gekämpft zu haben wie Männer, die ihr Heiligstes verteidigen. Sie sind diesmal unterlegen, aber in ihrer Niederlage haben sie sich des Sieges würdig gezeigt. Die Niederlage von heute ist die Gewähr künftiger Siege.

Der Augenblick ist bitter. Aber wir haben keine Zeit zu schmerzlichem Erwägen: Vorwärts müssen wir! Wir sind geschlagen, aber nicht besiegt, und nicht einen einzigen Augenblick soll schwachmütige Verzagtheit unserer tapferen Schar den Fuß hemmen. Wir werden vorwärtsgehen, weil wir vorwärts müssen. Hoch die Herzen, die Fahnen hoch! Dreimal hoch! Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Straßenbahnerstreik*).

Parteitag beim Wimberger 1897.

Ich glaube, es ist durchaus wünschenswert, daß wir als Sozialdemokraten es offen aussprechen: Obwohl die Bediensteten der Tramway-Gesellschaft, einer der perfidesten und nieder-

*) Am Pfingstsonntag (6. Juni 1897, an dem der Parteitag zusammentrat) waren die Angestellten der Tramway, die damals noch einer privaten Gesellschaft gehörte (der „Wiener Tramway-Gesellschaft“, deren Hauptaktionär Reitzes war), in den Streik getreten. Die Angestellten waren Mitglieder der christlichsozialen Organisation. Auf dem Parteitag brachte sofort nach den Begrüßungsreden, noch vor der Tagesordnung, Alois Kohn (Hohenstadt) den Streik zur Sprache, indem er folgenden Antrag einbrachte:

Die Tramwaybediensteten sind heute in den Streik getreten. Der Parteitag spricht denselben seine vollste Sympathie aus und

trächtigsten Ausbeutergesellschaften, die wir in Österreich haben (Sehr richtig!), sich heute durchaus nicht im Lager der Sozialdemokratie befinden; obwohl sie in ihrer großen Mehrheit heute unter christlichsozialer Führung stehen und nur eine Minorität von braven alten Genossen unter ihnen ist; obwohl wir endlich an der ganzen Organisation dieser Arbeitseinstellung nicht den geringsten Anteil genommen haben, halte ich es für notwendig, daß wir bekennen, daß, wo immer eine Proletarierschichte, mag sie bereits auf sozialdemokratischem Standpunkt stehen oder mag sie noch nicht zur Erkenntnis gekommen sein — auch die werden einmal gescheitert werden —, kämpft, die Sozialdemokratie ihr mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Seite stehen wird. Wenn Genosse Müller einwendet, man möge keine Sammlung einleiten, weil bisher noch nie für Streiks gesammelt worden ist, so möchte ich doch dem lieben alten Genossen Müller das Gedächtnis auffrischen und ihn fragen, wieviel Streiks seine eigenen Fachgenossen, die Metallarbeiter, ohne die Partei hätten führen können? (Rufe: Gewerkschaftskommission!) Gewiß, aber es hat schon Streiks gegeben, bevor es noch eine Gewerkschaftskommission gegeben hat. Wie die Dinge heute stehen, kann die Gewerkschaftskommission als solche nicht eingreifen. Ich mache Sie nur auf folgendes aufmerksam: Es besteht ein großer Unterschied zwischen einem Werkstättenausstand und einem Tramwayausstand; dieser wird in einigen Tagen entschieden sein; wenn wir also überhaupt etwas machen wollen, so müssen wir es sofort tun. Ich bin überzeugt, daß es nicht möglich ist, von den Anwesenden einen sehr großen Beitrag zu erlangen, aber wir werden, wenn der Streik andauert, dafür sorgen, daß wenigstens unsere Parteigenossen unter den Streikenden genügend mit Mitteln versehen sind. (Beifall.)

Die Wahlen in der fünften Kurie.

Parteitag 1897.

Eigentlich habe ich erwartet, daß der Parteivertretung noch weit mehr Vorwürfe gemacht werden, als bisher geschehen ist*).

beauftragt die Parteivertretung, sofort einen Betrag, dessen Höhe ihr überlassen bleibt, dem Streikkomitee abzuführen.

Ein Zusatzantrag verlangte, daß für die Streikenden eine Sammlung unter den Delegierten und Gästen eingeleitet werde. August Müller (Graz), der Sekretär der Metallarbeiter, trat dafür ein, daß den Streikenden die Sympathien ausgesprochen werden, aber dagegen, daß ihnen sofort Geldmittel zur Verfügung gestellt werden; denn es sei Usus, daß Unterstützungen nicht gleich am ersten Tage gegeben werden. Nach ihm kam gleich Adler zu Wort. Bei der Abstimmung wurde der erste Antrag Kohn, der den Streikenden die Sympathien aussprach, einstimmig, der Zusatzantrag auf Einleitung einer Sammlung mit überwiegender Mehrheit angenommen.

*) Den Parteibericht hatte Schuhmeier erstattet. Der Bericht ebenso wie die Debatte befaßten sich natürlich vornehmlich mit den

Unsere Aufgabe war bei den Wahlen — und um die handelt es sich hier vor allem — eine schwere, ja, ich sage es direkt, eine vollständig unlösbare. Wir haben in Österreich bis nach den vollendeten Wahlen absolut nicht gewußt, wie stark wir sind, wir haben nicht gewußt, wie unsere Kräfte in den einzelnen Wahlbezirken beschaffen sind. Nun hat die Parteivertretung aber doch die Aufgabe, die Übersicht zu haben, zu wissen, was sie beim besten Willen nicht wissen konnte. Jeder der Parteigenossen wird begreifen, daß er für seinen Bezirk das nicht wissen kann. Aber zu der Parteivertretung hat er das Zutrauen, daß sie so gescheit sei, genau zu wissen, wo anzupacken ist. Daraus sind eine große Reihe von Vorwürfen entstanden. So wird uns bezüglich Wien ein Vorwurf gemacht. Wien ist ein so wichtiger Punkt, daß man wohl darüber ein paar Worte sprechen kann. Ich wäre in der Lage, Ihnen hier Zeugen aufzurufen, daß ich schon im Juli oder August bezüglich der Wahlen in Wien klarer gesehen habe als viele andere Genossen; ich habe gesagt: „Wir brauchen 100.000 Stimmen, um durchdringen zu können; aber diese 100.000 haben wir nach meiner Überzeugung nicht. Wir können sie nicht haben; es hängt einzig und allein davon ab, wie stark die Wahlbeteiligung in Wien sein wird. Wenn die indifferenten Massen, vor allem dieses ungeheure Heer von Bediensteten aller Kategorien, die in jeder Hauptstadt eine so große Rolle spielen, von den Antisemiten an die Wahlurne gebracht werden können, dann sind wir verloren.“ Die Genossen aus der Provinz haben es sehr leicht, uns Vorwürfe zu machen. Wir haben überall mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, sagen sie. Das gebe ich zu. Eines aber müssen sie zugeben: Sie haben verbohnte Gegner; wir wollen gar nicht den Ruhm haben, daß wir die allerdümmsten haben. Sie haben boshafte Gegner, das gebe ich alles zu, und mächtige Gegner, aber die Wiener Sozialdemokraten sind die einzigen gewesen, die einer für Wahlen organisiert und geschulten Partei gegenübergestanden sind. Nirgends in Österreich war das der Fall. Wir stehen einer Partei gegenüber, die nichts kann als wählen, aber das kann sie. Wir können, ohne unbescheiden zu sein, sagen: Wir können auch sehr viel, aber im Wählen haben wir bisher keine Übung gehabt und darum sind wir unterlegen.

ersten Wahlen in der fünften allgemeinen Kurie, die am 9. März 1897 nach der Badenischen Wahlreform stattgefunden hatten. Die Vorwürfe gegen die Parteileitung bestanden im wesentlichen darin, daß sie zu wenig Geldmittel zur Verfügung gestellt habe. D o b i a s c h (Aussig) meinte, nach der Wahl in der fünften Kurie hätten die deutschböhmisches Genossen sofort beschlossen, Pernerstorfer, der in Wiener-Neustadt unterlegen war, in der Städteturie aufzustellen. Wenn man hundert Gulden erhalten hätte, hätte man Pernerstorfer vielleicht durchbringen können: später erklärte er, Pernerstorfer sei durch den Wahlausgang in der Schluckenauer Gegend zu Falle gebracht worden. Tatsächlich hat Pernerstorfer in dem Landgemeindenbezirk Tetschen-Rumburg-Schluckenau 106 Wahlmännerstimmen erhalten und ist nicht einmal in die Stichwahl gekommen. Gewählt wurde der Deutschfortschrittliche mit 173 Stimmen.

Wenn gesagt wurde — und da bin ich verpflichtet, an dieser Stelle in meiner Eigenschaft als Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung“ zu sprechen —, daß die Presse zu wenig gemacht hat, um das Wahlgesetz den Genossen klarzumachen, muß ich schon sagen, daß ich die Höhe der Ansprüche, die die Genossen stellen, gar nicht mehr ermessen kann. Uns ist es vorgekommen, als ob wir unsern Lesern fast einen Nürnberger Trichter aufsetzten, so zum Überdruß wurde alles mögliche auseinandergesetzt, und ich glaube nicht, daß die Unkenntnis des Wahlgesetzes irgendwie schuld war, sondern etwas ganz anderes. Es sind bei dieser Wahlagitation in Niederösterreich von seiten der klerikalen Partei die Pfarrer mobilisiert worden und es ist der einzige, ursprüngliche, wirklich volkstümliche, wenn auch uns feindliche Instinkt in der Bevölkerung, der neben dem sozialdemokratischen existiert, nämlich der klerikale, wachgerufen worden, und dem sind wir unterlegen. Ich spreche hier von dieser Stelle auch aus, daß ich nicht die fünf Mandate in Niederösterreich in Anspruch nehmen würde, wenn sie mit diesem Berg von Niederträchtigkeiten erkaufte werden müßten, wie es unsere Gegner getan.

Es wird gesagt, daß die Mittel, welche die Partei zur Verfügung gestellt hat, an einzelnen Punkten zu gering waren, während wir jetzt einen Überschuß im Wahlfonds haben. Dieser Überschuß entspringt nicht unserer Sparsamkeit, sondern, daß hinterher noch ein guter Teil der Gelder eingelaufen sind. Wenn ein Genosse sagte, daß bei ihnen der Ausfall der Wahl von 100 Gulden abhängig war, so muß ich gestehen, daß der Genosse, der dies behauptet hat, da die Wahl Pernerstorfers in zwei bis drei Tagen effektiert werden sollte, so klug er sonst sein mag, doch den Wert von Geldmitteln erheblich überschätzt. Uns hat an einzelnen Punkten niemals so sehr Geld gefehlt als die Arbeitskräfte, und diese allerdings in sehr hohem Maße.

Ich wundere mich, daß nicht der Vorwurf erhoben wurde, daß die Parteivertretung sich hätte darauf beschränken sollen, in einigen aussichtsvollen Wahlkreisen die ganze Kraft an Geld und Agitation aufzuwenden und die übrigen mehr als nebensächlich zu behandeln. Dagegen mußten wir uns selbst einwenden, daß wir die aussichtsvollen Wahlkreise nicht kennen, und daß für uns nicht nur die Wahlkreise Wert haben, wo wir durchgedrungen sind, sondern auch diejenigen, in welchen wir unterlegen sind, aber für die Zukunft eine Aussaat machten, die uns nicht nur für die Wahl, sondern für die ganze Agitation zugute kommen wird. (Beifall.)

Klerikalismus und Nationalismus.

Referat über Parteitaktik — Parteitag 1897.

Parteigenossen! Die, wie Sie gewiß alle zugeben werden, ebenso klare und präzise wie vollständige Auseinandersetzung über die Aufgabe unserer parlamentarischen Vertretung, die wir soeben gehört haben, ist wohl die allerbeste Einleitung für das, was ich zu besprechen habe, nämlich die schwebenden Fragen der Partei-

taktik, die Fragen, welche Wege die Partei zunächst zu wandeln hat. Genossen! Daszynski*) hat gesagt, wir waren schon in schlimmeren Lagen als heute. Das ist wahr. Wir waren vor etwa zehn Jahren in kleiner Anzahl — einige davon sind heute hier — in Hainfeld beisammen, und unsere Beratung der Parteitaktik hat eigentlich damals nichts anderes zum Inhalt haben können, als wie diese Partei überhaupt leben, wie sie in der Arbeiterschaft erst Wurzel fassen sollte. Heute — und das ist die Grundlage unserer Taktik — heute ist es anerkannt in der ganzen Arbeiterschaft und anerkannt bei allen Klassen, die dieses Österreich zusammensetzen, daß die Sozialdemokratie die wirklich berufene Vertreterin der Arbeiterklasse in allen Zungen, in allen ihren Schichten ist (Beifall); das muß von vornherein als die Grundlage unserer Taktik hingestellt werden. So wichtig und unschätzbar groß der Fortschritt ist, daß wir heute ein neues Organ unserer Tätigkeit gewonnen haben — und wie wichtig uns das ist, haben wir gezeigt, indem die Arbeiterschaft durch viele Jahre mit den größten Opfern daran gearbeitet hat, sich diese Vertretung endlich zu erobern — so wichtig uns das auch ist, wir müssen uns dessen bewußt sein, daß der Verband doch nur ein Organ ist, mit welchem die Arbeiterschaft ihre politische Zukunft verfolgt. Wir müssen uns auch dessen bewußt sein, daß die politische Fraktion der Sozialdemokratie zu ihrer Partei in einem ganz andern Verhältnis steht als die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien; die Fraktionen der bürgerlichen Parteien müssen sich ihre Parteien im Volk erst schaffen oder wenigstens den Anschein davon, die Sozialdemokraten haben ihre Vertretung, ich möchte sagen, aus sich selbst geboren, sie haben sich sie selbst geschaffen, und was mehr ist, die parlamentarische Vertretung, auf die wir stolz sind ihrer Qualität nach, ist ihrer Quantität nach lange nicht entsprechend dem, was der Vertretung, nicht der Arbeiterschaft überhaupt, sondern der sozialdemokratischen klassenbewußten Arbeiterschaft in Österreich an Zahl genügen würde. Wenn wir — das soll endlich hier am Parteitag ausgesprochen werden — heute vierzehn Mann im Parlament als unsere Vertreter haben, und wenn man gestern hier ein wenig pessimistisch über die Wahlen gesprochen hat, so wollen Sie nicht vergessen, daß, wenn wir ein vernünftiges, ein anständiges, ein europäisches Wahlrecht in Österreich hätten, wir eine Vertretung von 85 Mann haben würden. (Zustimmung.) Sie dürfen nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie heute von 72 Volksvertretern 14 hat — die andern Herren, die da durch Cliques hineingewählt wurden, gehen uns

*) Auf dem Parteitag, der vom 6. bis 12. Juni 1897 im Hotel Wimmer stattfand, berichtete Ignaz Daszynski, der derzeitige Sejm-Marschall in Warschau, damals Abgeordneter der fünften Kurie von Krakau, über die parlamentarische Tätigkeit. Er besprach namentlich die durch die verfassungswidrigen Sprachenverordnungen Badenis herbeigeführte Obstruktion, an der auch die Sozialdemokraten teilnahmen. (Siehe „Die Obstruktion gegen Baden“ auf dem Parteitag von 1898 im Abschnitt über den Zerfall Österreichs.) Über Parteitaktik referierte dann Adler.

nichts an. Wir haben bisher die Aufmerksamkeit der Partei mit einer solchen Wucht auf die Erlangung des Wahlrechtes gerichtet, daß in dem Momente, wo dieser Kampf einen Augenblick in den Hintergrund tritt, gewissermaßen bei vielen Genossen eine Art Leere entsteht. Das augenblickliche Ziel, das zu erreichen war, hat die Energie der Genossen in hohem Maße in Anspruch genommen. Die ganze Tätigkeit war auf diesen Punkt so sehr konzentriert, daß heute, wo es nicht tunlich ist und unpraktisch wäre, ganz unmittelbar den Kampf in derselben Weise ausschließlich diesem weiteren Zwecke zu widmen, so viel wir auch noch für das Wahlrecht zu tun haben, die Frage auftaucht: was tun? Da müssen wir zurückgreifen auf die Gruppe von Aufgaben, die der arbeitenden Klasse in Österreich vorbehalten sind, da die andern Parteien ihr Werk unvollendet gelassen haben, teils weil sie dazu unfähig sind, teils weil sie sich dafür nicht interessieren. Eine der ersten, wichtigsten Tätigkeiten der Partei ist heute der Kampf gegen die wieder hereinbrechende Verdummung und Verpaffung in Österreich. (Beifall.)

Es ist notwendig, daß wir uns heute darüber ein wenig aussprechen. Als wir kurz vor dem Wahlkampf und während desselben gezwungen waren, die Tafel aufzupflanzen: „Nieder mit der Pfafferei“, da ist dies durchaus nicht zufällig, durchaus nicht leichtes Herzens und durchaus nicht ohne genaue Erwägung und Überlegung der Verhältnisse geschehen. Das war kein Wahlmanöver, wir haben vielmehr mit diesem Schlachtruf uns selbst die erbittertsten Gegner auf den Hals gehetzt. Wir haben damit den Fanatismus der bittersten Feinde des Volkes aufgerührt und bis zum Wahnsinn gesteigert. Wir sind nicht unserer Neigung, sondern der Notwendigkeit gefolgt. Wir kennen weder Pfaffenfurcht noch Pfaffenhaß, und überdies war die Gesellschaft, die den Krieg gegen das Pfaffentum geführt hat, selbst womöglich noch schlechter als die Pfaffen, das waren die liberalen Pfaffen, die in ihrer Weise ebenso orthodox, borniert, niederträchtig und verräterisch waren als die schwarzen Pfaffen. Daß es uns nicht gelüstet hat, in dieser Gesellschaft den Kampf zu führen, wird man begreiflich finden. Daß wir es doch getan haben, daran tragen die Verhältnisse die Schuld, die heute das Kleinbürgertum in die Hand der Agenten der Pfaffen getragen haben. Es ist traurig, aber wahr, daß wir heute durch die Verhältnisse, aber nicht durch die Schuld der Klerikalen, sondern insbesondere durch die Schuld ihrer Gegner, wirklich vor einer klerikalen Gefahr stehen, gegen die sich keine Abwehr im Bürgertum findet. Da mußten wir eingreifen. Heute freilich werden verschiedene Mahnungen gegen die Verpaffung der Schule, gegen den Ebenhochschen Schulantrag*) laut, heute sind sie alle wieder lebendig. Aber, Parteigenossen, wir haben doch kein so kurzes Gedächtnis, wir kennen doch die liberalen Verfechter der Schule,

*) Der eigentliche Ebenhochsche Schulantrag wurde zwar erst am 5. Oktober 1897 eingebracht, aber schon am 2. März hatte Dr. Ebenhoch als Führer der klerikalen Mehrheit des oberösterreichischen Landtages einen Beschluß durchgesetzt, der von der Regierung eine Änderung des

wir wissen, daß dieses selbe Bürgertum, das heute so entrüstet ist gegen die Klerikalen, das Einschleichen des Klerikalismus in unsere Schule, unter dem Minister Gautsch, jahrelang nicht nur geduldet, sondern gefördert hat (sehr richtig), solange es oben saß. Die Pfafferei ist ein Mittel der Unterdrückung und der Knechtung, das das Bürgertum nicht gegen sich ausgenützt haben will, sondern selbst auszunützen wünscht. Uns Sozialdemokraten fängt man mit solchen Schlagworten nicht, wir wissen, die christlichsoziale Partei ist tatsächlich nichts anderes als das wildgewordene Kleinbürgertum, das unter pfäffischer Führung steht. Gefördert wurde diese Strömung von den Fabrikanten, die damit gegen die sozialdemokratischen Arbeiter losgehen wollen. Schauen Sie die Leute heute an. Wenn Lueger, wenn die Antisemiten sich empfehlen wollen, sprechen sie da heute noch von Befreiung aus dem Joche des jüdischen Kapitals? Verdammt wenig. Heute sprechen sie davon, daß sie das einzige Rezept, um die vaterlandslose Sozialdemokratie umzubringen, besitzen, sie empfehlen sich, wie irgendein Quacksalber seine geheimen Mittelchen empfiehlt. Das ist für sie der Titel, aus dem sie das Recht ableiten, daß eigentlich ihnen die Herrschaft gebühre. Herr Dr. Lueger möchte gern die Arbeiterschaft Österreichs als Schulpferd vorreiten, er möchte zeigen, wie er es versteht, sie zu bändigen und sie in geordneten Trab zu bringen gegen den jüdischen Kapitalismus, aber für den christlichen, der auch so gut jüdisch ist wie der andere. (Heiterkeit und Zustimmung.) Weil es sich heute um die Aufrufung eines im Volke noch tiefliegenden und weitverbreiteten Instinktes von Leuten handelt, die das Produkt einer Erziehung sind, die zur Versklavung, zur Liebedienerei führt, weil man diese Stimmung dazu benützen will, um die aufstrebende Arbeiterbewegung in den Boden zu schaufeln, weil man unter dem Namen einer klerikalen und antisemitischen Volksbewegung gegen uns eine volksfeindliche, eine verräterische, eine an den wahren Interessen des arbeitenden Volkes Verrat übende Bewegung hervorruft, darum müssen wir uns jetzt mit aller Kraft dagegen stemmen.

Ich komme nun zu den Anträgen. Die Bezirksorganisation XI, Wien, beantragt:

In Erwägung, daß die Vertreter von staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften die Kirche zu parteipolitischen Zwecken benützen und die perfidesten Lügen und Entstellungen über unsere Partei unter dem Volke verbreiten, trotzdem nach den Grundsätzen jeder wahren Religion diese über jede Parteipolitik erhaben sein soll, erklärt der Parteitag:

„Die Sozialdemokratie bekämpft — unbeschadet ihres Prinzips ›Religion ist Privatsache‹ — die Vertreter aller Religionsgemeinschaften auf das entschiedenste mit allen zulässigen Mitteln, wann und wo immer die-

Reichsvolksschulgesetzes in dem Sinn verlangte, daß der Kirche wieder ein bestimmender Einfluß auf den gesamten Unterricht in der Volksschule eingeräumt werde, und am 4. Mai hatte die „Katholische Volkspartei“ einen ähnlichen Antrag im Abgeordnetenhaus eingebracht.

selben unsere Partei und deren Angehörige verleumden, sowie wenn ihre Lehren sich dem Befreiungskampf des Proletariats entgegenstellen.“

Dieser Antrag, Genossen, ist ein Stück von dem, was wir allerdings tun müssen. Wir kämpfen nicht gegen die Religion, wir kämpfen nicht gegen die Kirche, aber es muß einmal ausgesprochen werden, daß, wenn ein Priester lügt, ihn das Priestergewand nicht immun machen darf. (Lebhafte Zustimmung.) Erinnern Sie sich an den Wahlkampf, erinnern Sie sich daran, daß da auf allen Kanzeln in Österreich gegen uns ein Kampf geführt wurde, wie er verbitterter, verlogener, verdächtigender, unwürdiger eines Menschen, der von seiner Religion etwas hält, gar nicht geführt werden konnte. Da ist es natürlich, daß wir erklären: trotzdem der Mann Priester ist, werden wir ihn als Feind behandeln, wenn er sich uns als verleumderischer Feind gegenüberstellt, nicht deshalb, weil er das Priestergewand trägt. Wenn er als Priester den Lehren seiner Religion ins Gesicht schlägt, mag er das mit ihr ausmachen, wir verstehen davon nicht soviel und können darüber nicht zu Gericht sitzen, was sich mit dem Christentum, respektive mit der heutigen Kirche verträgt. Der Antrag selbst entspricht mir nicht vollständig, weil ich ihn für zu eng halte, man könnte darüber hinausgehen.

Ein Antrag der Organisation Roßbach lautet:

„In Erwägung, daß der von der Pfaffenpartei im Reichsrat eingebrachte Volksschulgesetzentwurf die Verklerikalisierung der Volksschule beabsichtigt; in Erwägung, daß dieser Antrag in jeder Beziehung kulturfeindlich ist; in Erwägung, daß vorzüglich die ländliche Bevölkerung sich über die Folgen dieses Schulantrages nicht klar ist; in Erwägung endlich, daß dieser Antrag uns weiteren Kreisen der Bevölkerung mehr sympathisch macht und uns das Eindringen in die Landbevölkerung erleichtert, wolle der Parteitag beschließen: Es sind in ganz Österreich in allernächster Zeit Versammlungen zu veranstalten mit der Tagesordnung: Der klerikale Schulantrag und die Folgen seiner Verwirklichung.“

Gegen diesen Antrag läßt sich eigentlich nichts einwenden, ich habe nur gegen den Ausdruck „in allernächster Zeit“ etwas. Wir haben keine Ursache, früher einzugreifen, als erst in jenen Momenten, wo wir mit dem größten Erfolg einschreiten könnten; es wäre heute ein Verschießen unseres Pulvers, wo der Feind nicht vorhanden ist. Wenn die Schlacht kommt, wird die Arbeiterschaft am Platze sein. Die Reste der Liberalen haben viel mehr Angst vor der Verpaffung der Schule als die Arbeiter. Diese fürchten deshalb nichts, weil sie zu ihrer Kraft Zutrauen haben und wissen, daß dieses Attentat auf die Schule auf einen ganz unerhörten Widerstand in der Arbeiterschaft stoßen würde, weil die Arbeiter damit nicht nur ihre Gegenwart, sondern vor allem die Zukunft des österreichischen Proletariats, die in seinen Kindern ruht, bedroht sehen. Für das Bürgertum ist die Schulfreiheit nebensächlich, es hat ja die klerikale und die christlichsoziale Partei unterstützt. Liberale

Fabrikanten bedenken christlichsoziale Arbeitervereine mit bedeutenden Geldunterstützungen, während sie sozialdemokratische und einfache Fachvereine auf jede Weise unterdrücken und maßregeln. Ein solcher christlichsozialer Verein hat zwei Schutzpatrone, auf der einen Seite den Pfarrer, auf der andern Seite den Fabrikanten; Weihwedel und Geldsack schützen solche Vereine. Diejenigen, die ihre eigenen Kinder an die Klerikalen nicht ausliefern wollen, sorgen durch den Privatunterricht, durch sorgfältige Erziehung dafür, daß ihre Kinder freie Menschen werden, daß sie herrschen können über eine Masse unfreier, nicht nur physisch und ökonomisch, sondern auch geistig gebundener Sklaven.

Darum können wir uns auf das Bürgertum nicht verlassen, und so stark ist dieses Österreich nicht, daß es den Sturm aushalten würde, der käme, wenn man ein solches Attentat wagen würde. (Lebhafter Beifall.)

In zweiter Reihe steht eine Aufgabe, die auch gar nicht eine spezifische Arbeit der Sozialdemokratie wäre, die längst von der bourgeois Gesellschaft hätte gelöst werden sollen. Es sind dies die nationalen Schwierigkeiten. Wollen wir einmal eine kurze Selbstprüfung vornehmen, wollen wir uns zugestehen, daß der Begriff des Internationalen in der Arbeiterschaft selbst, die international ist, eine gewisse Wandlung durchgemacht hat. Wenn Sie heute die alten Broschüren lesen, nicht jene aus den vierziger Jahren, sondern jene aus den sechziger und siebziger Jahren, dann werden Sie finden, daß die Begriffe international und nationslos gleichgestellt wurden. Es wurde so aufgefaßt, als ob ein Mensch sich seiner nationalen Individualität entkleiden, als ob er in einem rein abstrakten Menschlichkeitsbegriff aufgehen könnte. Er ist dem Bedürfnis entsprungen, aus den Produkten der einzelnen Nationen etwas allgemein Menschliches, etwas rein Abstraktes herauszudestillieren. Aus dieser Anschauung hat sich ein Begriff entwickelt, der übrigens nichts anderes ist als der alte bürgerliche Humanismus oder Kosmopolitismus und der eigentlich niemals lebendig geworden ist, sondern nur in einzelnen Köpfen vorhanden war, der Begriff des abstrakten Internationalismus. Wir in Österreich — und wir sind, was die Nationalitätenfrage und den Internationalismus anbelangt, wirklich die Experimentierkammer der Weltgeschichte, oder man könnte vielleicht mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse sagen, die Sudelküche für die Nationalitätenfrage — sind beinahe zuerst dazu gelangt, den Begriff der Internationalität weiterzuentwickeln, noch nirgends in Europa, mit Ausnahme eines Landes, auf das ich noch zu sprechen kommen werde, die Proletarier der verschiedenen Nationen so sehr aufeinander angewiesen sind, wie in Österreich. Das Programm des Internationalismus ist heute ein ganz anderes. Es lautet: Wie ist es bei vollständiger Anerkennung der bestehenden Tatsache der nationalen Individualität und unter Hinderung jedes Versuches einer Vergewaltigung der nationalen Individualität möglich, einheitlich zu wirken und zu kämpfen?

Das ist das Problem, und dieses Problem, an dem alle Staatsmänner Österreichs scheitern, an dem das Bürgertum in Österreich zugrunde geht und verblutet und, weil es das Problem nicht lösen kann, rettungslos eine Beute des Feudalismus wird, wird die Sozialdemokratie lösen, und sie ist im Begriff, es zu tun.

Der Genosse Daszynski weiß nicht alles, was in der Welt vorgeht (Heiterkeit), oder wenigstens erinnert er sich nicht an alles. Als er uns über die parlamentarische Tätigkeit referiert hat, hat er ein Moment nicht erwähnt, welches hier und im Ausland Aufsehen erregt hat. Als er nämlich im Parlament über die polnischen Wahlen sprach und in der Rede sagte, „ich als Pole“, und die Meute über ihn herfiel und rief: „Sie sind kein Pole! Sie sind ein internationaler, vaterlandsloser Sozialdemokrat!“, da wiederholte er erhobenen Hauptes: „Ich bin ein Pole und ich bin ein internationaler Sozialdemokrat.“ Das, Genossen, ist die Lösung. Wir in Österreich sind darauf angewiesen, innerhalb dieser Kämpfe das kulturbildende Element in den Nationalitäten unangetastet zu lassen und trotzdem die Vereinigung zum Internationalismus möglich zu machen. Es ist dies eine schwere Aufgabe, weil wir nicht ungestört arbeiten können. Heute müssen wir, wie die Dinge stehen, auch von den deutschen Parteigenossen sprechen; wir könnten unsere Sache viel leichter, ohne Mißverständnisse und unter weniger Reibungen abmachen, wenn wir unter uns wären, wenn nicht die bürgerliche Preßmeute uns umheulen würde, und wenn wir — man möge sagen, was man wolle — nicht doch unter dem Einfluß dieser bürgerlichen Anschauungen mehr stehen würden, als wir uns selbst gestehen wollen. Wir wissen ja ganz genau, daß das, was sich bei uns abspielt, in der bürgerlichen Presse als ein verzerrtes Spiegelbild wiedergegeben erscheint. Seitdem nun die Jungtschechen die Löwenhaut fallen gelassen haben und diese von den Deutschnationalen auf den Rücken genommen wurde, seitdem auch diese anfangen, den wilden Mann zu spielen, seitdem ist für die deutsche Arbeiterschaft die Gefahr vorhanden, daß die Opposition gegenüber der Regierung und der staatlichen Autorität, die dem Arbeiter immer gefällt, zusammengeworfen wird mit der nationalen Opposition und dadurch eine Verwechslung entsteht und auf unsere Leute ein gewisser Einfluß geübt wird. Durch diese Umstände entstehen für uns große Schwierigkeiten; wir verzweifeln aber nicht daran, diese Schwierigkeiten zu besiegen, um so weniger, als wir heute Waffen haben, welche denen der bürgerlichen Parteien wenigstens qualitativ ebenbürtig sind; wir verfügen über eine sozialdemokratische Presse, welche diese Unklarheiten aufzuklären vermag, und in ganz kurzer Zeit — wir begrüßen das hier auf dem Parteitag als einen wichtigen Fortschritt für die Gesamtpartei — werden wir auch ein tschechisches Tagblatt in Prag*) haben. (Lebhafter Beifall.)

*) Das „Právo Lidu“, das am 1. Oktober gegründet wurde. Siehe den Artikel „Glück auf!“ vom 1. Oktober 1907 zum zehnjährigen Jubiläum des Blattes im Abschnitt „Die Gesamtpartei“.

Ja freilich, wenn man mit den Nationalen spricht, so sagen die Deutschnationalen: ihr seid international, aber die Tschechen sind ihr Lebtage keine Nationalen, und den Tschechen sagen die Jungtschechen: ja, ihr seid ehrliche Internationale, darum werdet ihr aber auch in Wien gefoppt und von der Wiener Parteileitung über den Löffel balbiert. So sind wir, alle, wie wir da sitzen, eine Gesellschaft von Verrätern an der Nation, weil wir die Interessen der Nation, aller Nationen, nicht verraten wollen. (Lebhafter Beifall.) Wir gehen mit dem vollen Bewußtsein darauf los, ein festes Gefüge der ganzen österreichischen Arbeiterschaft, das zwar sprachlich nicht einheitlich, sondern verschieden ist, aber darum nicht minder fest herzustellen, und wir sind durch die Erfahrungen belehrt, daß wir dieses feste Gefüge nicht dadurch herstellen können, daß wir alles über einen Leisten schlagen, sondern nur dadurch, daß wir den praktischen Bedürfnissen in der ehrlichsten Weise Rechnung tragen.

Ich habe früher von einem anderen Lande gesprochen, wo ähnliche Schwierigkeiten, freilich nicht so komplizierter Natur wie bei uns, bestehen, es ist dies Belgien. Dort gibt es zwei Volksstämme: die Wallonen (Franzosen) und Vlamen (Germanen). Die Vlamen ringen heute in Belgien ebenso um die Anerkennung wie die Slawen heute in Österreich. Und der Anwalt dieses Kampfes um die nationale Gleichberechtigung ist die Sozialdemokratie. So ist es passiert — ich habe leider das Blatt nicht in die Hände bekommen können —, daß ein fanatisch deutschnationales Blatt die belgische Sozialdemokratie, diese vaterlandslose, nationalitätenfeindliche Sozialdemokratie, als das Urbild, als das Muster einer Partei anführt, die für die nationale Gleichberechtigung der Vlamen (weil das Germanen sind) eintritt.

Wenn wir dasselbe in Österreich für die Tschechen tun, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß man die faktischen Verhältnisse nicht übersehen darf, dann sind wir Verräter. Wenn dies aber zugunsten eines germanischen Sprachstammes gegenüber einem romanischen geschieht, dann sind das ausgezeichnete Leute.

Wir haben aber in Österreich noch eine andere Schwierigkeit. Genosse Daszynski hat bereits darauf hingewiesen, daß die Begriffe Autonomie, Föderalismus durch die herrschende Politik einfach gefälscht werden, um das Bürgertum zu Füßen des Feudaladels zu bringen. Was sich immer im Parlament vollzieht, ist nichts anderes als einmal ein Verrat der Klasseninteressen des Bürgertums seitens der deutschen Bourgeoisie, um die tschechische Bourgeoisie zu unterdrücken und mit dem Feudaladel einen Brocken von Gewalt zu teilen, und wenn diese Phase abgelaufen ist, vollzieht sich dieser Verrat wieder auf tschechischer Seite, während es doch im Interesse des Bürgertums gelegen wäre, ihre Macht zu vereinigen, um den eigentlichen Beherrscher Österreichs, den Feudalismus, endlich niederzukriegen. So hindert dieser Verrat, dieser Schacher, der getrieben wird, immer die naturgemäße Entwicklung. Da müssen wir denn doch sagen, wenn in der letzten Zeit im Parlament und in

der Presse so viel von höherer und tieferer Kulturentwicklung der einzelnen Nationen gesprochen wurde, es gibt gewiß tief einschneidende Kulturunterschiede und Unterschiede in der Entwicklung, aber sicher ist auch, daß alle diese Parteien auf einem sehr tiefen Stande der Kulturentwicklung sind, und daß die Kultur, welche bestimmt ist, Europa in Ordnung zu bringen, heute einzig und allein durch die organisierte Arbeiterschaft repräsentiert wird. (Beifall.) Wenn uns bewiesen wird, daß bei der Sozialdemokratie irgendeine Organisation weniger entwickelt ist als die andere, so ist es für uns naturgemäß, daß wir alle zusammenhelfen müssen, um diese zurückgebliebene Organisation in die Höhe zu bringen. Was für eine Folgerung ziehen aber diese Kulturträger aus einer solchen vermeintlichen Tatsache? Daß man diese zurückgebliebene jüngere Organisation niedertreten muß. Ich sage also, daß uns von dieser Weltanschauung ein ganzer Abgrund trennt.

Die zweite Hauptaufgabe in diesem Zeitpunkt, wo die nationalen Kämpfe eine solche Zuspitzung erfahren haben, muß eine scharfe Hervorkehrung unseres internationalen Standpunktes sein. Heute hängt die Entwicklung Österreichs weit mehr als je von dem Standpunkt ab, den die Arbeiterklasse einnimmt. Wir sind auf einem Schiff, wo der Wahnsinn epidemisch geworden ist, auf dem sich lauter Tobsüchtige befinden, die einzigen Vernünftigen, und darum sind wir verpflichtet, mit starker Hand die Richtung zu zeigen, in der das Schiff gesteuert werden soll. Wenn jemals die gemeinsame internationale Arbeit eine Grundbedingung nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern für die ganze Gesellschaft in Österreich ist, so ist dies heute, und ich hoffe, daß dieser Parteitag, der bei keiner anderen Klasse möglich wäre, neue Grundlagen für die gemeinsame Arbeit legen wird. Er wird nicht etwa mit den Banketten verwechselt werden, bei denen Leute Küsse tauschen (Heiterkeit), wo sie gegeneinander von Liebe triefen, dieselben Leute, die im nächsten Moment einander aus der Tasche stehen.

Ich sage, eine wirkliche Solidarität ist bei einer anderen Klasse als bei der Arbeiterschaft nicht möglich, weil die Leute vom Streite leben. Mit der Internationalität ist es ebenso wie mit der Volksaufklärung. Die Mitglieder jeder Klasse wünschen für sich eine Verbesserung des Unterrichts, eine größere Verbreitung der Volksbildung, aber ihre Klasseninteressen stehen dem entgegen, weil sie wünschen müssen, daß die Arbeiterschaft bis zu einem gewissen Grade in Abhängigkeit gehalten werde. Das Klasseninteresse der Arbeiter aber fordert eine größere Volksbildung, und darum sind wir ehrlich dafür. Das ist ein Lebensinteresse für uns, es liegt im Wesen der sozialdemokratischen Parteientwicklung, daß alles, was den Fortschritt der Menschheit fördern kann, ihr eigenes Interesse ist.

Wenn wir also in der nächsten Zeit hinausgehen werden und die Agitation wieder aufnehmen, die durch die Wahlen eigentlich nicht besonders unterbrochen wurde, dann wird trotz aller Schwierigkeiten, die sich bei den Wählerschaften ergeben werden, die Behandlung dieses internationalen Standpunktes in die erste

Linie zu stellen sein. Freilich finden wir da die Sprachenverordnungen auf unserm Wege. Ich bin da gezwungen, noch einige Worte über den Standpunkt zu sagen, den die Fraktion zu diesen Sprachenverordnungen eingenommen hat. Wir behaupten, wenn die Sprachenverordnungen ihrem ganzen Inhalt nach so vortrefflich, so gerecht und vollkommen wären, wie sie es zum großen Teil nicht sind, so hätte sich trotzdem ein Sturm gegen dieselben erheben müssen, weil selbst eine gerechte Maßregel ein politischer Fehler ist, wenn sie von oben aufoktroiyert wird. Der Graf Badeni hat sich als ein schlechter Händler gezeigt, und ich glaube, daß sein Ansehen, das er an der Lemberger Getreidebörse genossen hat, in der letzten Zeit sehr gesunken ist. (Heiterkeit.) Graf Badeni mußte den Streit und die Eifersucht unter den Nationalitäten aufrecht erhalten, denn das muß jede österreichische Regierung, oder glaubt es, tun zu müssen, weil sie davon lebt wie die Maden im Käse. (Heiterkeit.)

Was die Sprachenverordnungen*) anbelangt, haben wir in unzähligen Enunziationen im Parlament und in der Presse erklärt, daß wir sie soweit vollständig billigen, als sie bestimmen, daß jedem Staatsbürger in seiner Sprache der ganze Verwaltungsapparat des Staates in Amt, Schule und Gericht zur Verfügung stehen muß (Sehr richtig!), hingegen erklären wir, daß wir es als eine überflüssige Härte ansehen, wenn in tschechischen Bezirken alle tschechischen und in deutschen Bezirken alle deutschen Beamten zur Zweisprachigkeit amtlich gezwungen werden. Wir glauben, daß man in dieser Sache nicht weiter zu gehen hat, als es das praktische Bedürfnis erfordert. Die Ämter sollen so beschaffen sein, daß sie den Bedürfnissen des Publikums genügen, und damit ist die Grenze gegeben. Wir sagen aber — und da werden Sie uns wohl zustimmen —, daß die Vergewaltigung, die in diesem Weitergreifen liegt und die ich soeben gekennzeichnet habe, uns durchaus nicht zu besonderer Entrüstung veranlaßt hat. Wir sind ganz andere Vergewaltigungen von der österreichischen Regierung gewöhnt, und wir sahen, daß dieselben Parteien, die jetzt über die Sprachenverordnungen in Entrüstung geraten, geduldig zusehen, wenn die Arbeiterschaft aller Nationen aufs schamloseste vergewaltigt wird.

*) Am 5. April 1897 erließ Graf Kasimir Badeni die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren, die dann die Obstruktion und die Lähmung des Parlaments herbeiführten. Am 25. November beantragte der Klerikale Graf Falkenhayn eine Änderung der Geschäftsordnung, durch die der Präsident das Recht erhalten sollte, Abgeordnete auszuschließen und durch Polizei aus dem Saal führen zu lassen. Abrahamowicz ließ im Lärm abstimmen und verkündete die Annahme des Antrages. Darauf besetzten am 26. November die Sozialdemokraten die Präsidententribüne. Nach der Reihe wurden sie dann von Polizisten hinausgeschleppt. Am nächsten Tag auch andere Abgeordnete. Am 26., 27. und 28. November kam es zu den großen Kundgebungen auf der Ringstraße in Wien und am 28. mußte Badeni zurücktreten. Während die Christlichsozialen Badeni bisher die Mauer gemacht hatten, tat jetzt Lueger so, als ob er die Entlassung Badenis durchgesetzt hätte und verkündete den Demonstranten den Rücktritt des Ministerpräsidenten.

(Sehr richtig!) Wir glauben daher ihrer Entrüstung nicht, aber daraus folgt nicht, daß, wenn sie dem Badeni unangenehm werden, wir ihn schützen sollen, wenn auch nur, indem wir schweigen. Die Christlichsozialen, die heute nichts anderes sind, als die Leute, die dem Badeni die Mauer machen (Heiterkeit), haben es versucht, die Liberalen und überhaupt die Opposition gerade in dem Momente anzugreifen und ihnen zwischen die Waden zu springen, wo sie etwas Nützliches gemacht haben. Die deutsche Linke hat seit vielen Jahren Dummheiten, Schwachheiten und Feigheiten begangen. Zum ersten Male tun sie etwas Ordentliches und gehen auf den Badeni los, und gerade da packt sie Lueger. Die Parteivertretung war mit der Fraktion durchaus einig darin, daß die Fraktion alles zu vermeiden hat, was der Regierung nützen konnte und aussehen würde, als wollten wir die Opposition, die gegen ihn losstürmt, abschwächen. Halten Sie das nicht für unwichtig. Sie dürfen nicht glauben, daß es der Regierung ganz gleichgültig sein kann, was die vierzehn Sozialdemokraten, die „kleine Gruppe“, tut. Wenn die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Regierung nicht mitgemacht hätten, würde Badeni gesagt haben: „Die größte Partei Österreichs, die eigentliche Volkspartei, hat gegen mein Regime nichts einzuwenden. Sie beteiligt sich nicht, wenn gegen mich Sturm gelaufen wird, sondern das tun nur die Vertreter der Bourgeoisie“, von welchen Badeni nicht viel hält. (Heiterkeit.) Das hätte die Presse ausgebeutet, und das mußte um so eher vermieden werden als Lueger eine seiner gewöhnlichen Verrätereien begangen hat*).

Diese Anträge bringen mich wirklich in Verlegenheit. Ablehnen kann man sie nicht, weil sie ganz vernünftig sind, aber annehmen kann man sie auch nicht, weil alles, was darin steht, von jeher naturgemäß geschieht. Es versteht sich eben ganz von selbst, daß die sozialdemokratische Reichsratsfraktion mit der Parteivertretung in innigster Fühlung sein muß. Weder die Fraktion noch die Parteivertretung war darüber auch nur einen Augenblick im Zweifel; es hat bis jetzt keine Sitzung der Fraktion stattgefunden, bei der nicht mindestens ein Mitglied der Parteivertretung anwesend war. Würde der Parteitag den Antrag in der vorgeschlagenen Fassung annehmen, würde das bedeuten, daß man so eine Art von Regierungskommissär in die Fraktion hineinsetzt. Wenn aber auch zufällig in einer Fraktionssitzung ein Mitglied der Parteivertretung nicht anwesend sein sollte, so können Sie überzeugt sein, daß nichts geschehen wird, was unsern Prinzipien widersprechen würde. Damit es nicht aussehe, als wollten wir der Fraktion ein Mißtrauensvotum geben und sie unter Vormundschaft stellen, wäre es das gescheiteste, diesen Antrag abzulehnen.

Ich möchte mit dem Gesagten bei Ihnen den Gesamteindruck hervorgerufen haben, daß die sozialdemokratische Partei heute eine alle Probleme des öffentlichen und des gesellschaftlichen Lebens

*) Dr. Adler bespricht dann noch eine Reihe von Anträgen zur parlamentarischen Taktik (einzubringende parlamentarische Anträge und dergleichen).

umfassende ist, daß sie die wichtigste Partei in Österreich ist, daß es keine lebendigere, keine mehr an die faktischen Verhältnisse, nicht nur an Theorien sich anlehrende Partei gibt, als die Sozialdemokratie. Uns nennt man die Leute mit dem Zukunftsstaat, die in den Wolken wandeln. Die Gegner sind die Utopisten, weil sie glauben, daß man bei einer solchen Schweinewirtschaft — gestatten Sie mir den Ausdruck — die heutigen Verhältnisse aufrechterhalten kann. Wir sind Realisten im besten Sinne des Wortes. Daß unsere Partei dabei den Vorzug hat, daß sie auch wissenschaftlich auf festem Boden steht, das ist gewiß kein Nachteil, sondern ein Vorteil, und das führt dazu, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche ungescheut den Forschungen der Wissenschaft und der Wahrheit ins Auge zu sehen wagt. Die praktische Tätigkeit ist der Körper unserer Parteitätigkeit. Sie ist das, wodurch jeder Arbeiter die Empfindung bekommt, daß er mit dieser Partei die engste Lebensgemeinschaft hat, daß sie Fleisch von seinem Fleische, Blut von seinem Blute ist. Die andern Parteien möchten uns ja gern alles nachmachen. Schauen Sie sich einmal die Christlichsozialen an. Die sind nur die Affen der Sozialdemokraten in jeder Beziehung, aber sie bringen es eben nicht zustande. Und gewisse Dinge kann man nicht nachmachen. Man kann wohl arbeiterfreundliche Reden schmieden in Versammlungen und in der Presse, wenn es aber zu Maßregeln kommt, die den Arbeitern nützen sollen, hören die Phrasen auf, da muß man Farbe bekennen. Wenn es zur Frage des Arbeiterschutzes kommt, wenn die Arbeitszeit umfassend eingeschränkt werden soll, wenn es dazu kommt, für die Eisenbahner, welche die Herren so gern protegierten, einen ernsten Schutz einzuführen, wenn es gilt, mit den furchtbaren Zuständen aufzuräumen, die auf dem Gebiet der Hausindustrie bestehen, werden wir sehen, wie sich die Herren da benehmen werden, die fort und fort gegen den Juden schreien und gegen die Fleisch- und Mehlwucherer, weil sie ihre Wähler sind, keine Klauen und keine Zähne haben. Wir treiben keine Demagogie, wir spielen uns nicht auf, als ob wir Dinge machen könnten, die wir faktisch nicht machen können, weil sie auch andere nicht machen können, wir können auch nicht im Nu die Verhältnisse umkrempeln, aber wir können alles dazu tun, um die Arbeiterschaft stark und kräftig zu machen, damit sie endlich aufräume mit diesen kapitalistischen Verhältnissen, und wir können alles dazu tun, um die Arbeiterschaft zu kräftigen auf physischem, geistigem und ökonomischem Gebiet. Das ist unser eigentliches Programm und unsere eigentliche Taktik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Schl u ß w o r t.

Ich habe die Empfindung, daß unsere Diskussion über diesen wichtigsten Punkt, den wir auf der Tagesordnung haben, auf eine Höhe geraten ist, daß wir davon wohl befriedigt sein können. Wir haben in früheren Jahren Parteitage gehabt, wo unser Gebiet ein beschränktes war. Eine ganze Menge Fragen der Politik sind uns anfangs nichts angegangen. Heute gibt es keine einzige große poli-

tische und kulturelle Frage, die nicht auf diesem Parteitag besprochen wird, weil die Sozialdemokratie eine solche Ausdehnung und einen solchen Einfluß gewonnen hat, daß sie von jeder dieser Fragen in ihrem Lebensnerv berührt wird.

Ich muß hier noch auf die nationale Frage in einigen Punkten zurückkommen. Es wurde gesagt, es sei eine ganz neue Auslegung des Begriffes „international“ von mir hier vorgebracht worden, und diese Auslegung des Begriffes wurde von Freund und Feind diskutiert. Wenn allerdings der Begriff der internationalen Organisation sich vertieft, sich also geändert hat, so kommt das nicht daher, wie angenommen wird, daß das eine Erfindung von Leuten ist, in denen plötzlich alte Ideen aus der Studentenzeit aufgewacht sind — das wäre doch eine sehr kurzsichtige Auffassung des Prozesses —, sondern der Begriff des Internationalismus hat sich dadurch entwickelt, daß es früher tatsächlich mehr oder weniger nur eine deutsche Sozialdemokratie gegeben hat. Heute können wir mit Stolz sagen, daß wir auch eine tschechische und polnische Sozialdemokratie haben, und hoffentlich bekommen wir auch eine italienische und slowenische in dem Ausmaß wie die andern sind. Wenn jemand mit der materialistischen Geschichtsauffassung kommt, so muß er eben wissen, daß sich der Begriff „Internationalismus“ insoweit nicht lebendig entwickeln kann, als wesentlich nur Genossen einer Nationalität die Träger der Partei sind. (Sehr gut!) Die tschechische Sozialdemokratie hat sich neben der deutschen entwickelt, und nicht entwickelt, in dem sie uns Boden weggenommen hat, sondern indem sie die indifferenten Massen auf tschechischer Seite an sich gezogen hat.

Die Neuerungen, die dadurch notwendig wurden, vollziehen sich allerdings nicht ganz glatt. Wir sind ja nicht deshalb unsern Gegnern überlegen, weil wir keine nationalen Verschiedenheiten und keine Schwierigkeiten infolge dieser Verschiedenheiten haben. Auch wir haben sie, nur werden wir mit ihnen fertig, während die Gegner mit ihnen nicht fertig werden können. Es ist auch etwas Natürliches, daß sich bei den schwächeren Organisationen eine gewisse Empfindlichkeit und Gereiztheit zeigt, und daß sie von der bürgerlichen Presse weit mehr abhängig sind als die ausgewachsenen Organisationen. So weit sollten aber die tschechischen Genossen nicht gehen, daß man die offiziellen Erklärungen der Partei danach beurteilt, was die gegnerische Presse in dieselben hineinlegt oder aus ihnen herausnimmt.

Es sind eine Reihe von Anwürfen gegen das Wesen unserer Parteitaktik erhoben worden. Zunächst wurde der Vorwurf erhoben, wir hätten gegenüber der christlichsozialen Partei eine Änderung der Taktik, und zwar eine falsche Taktik eingeschlagen. Ein Genosse fragte, ob es denn wirklich christlichsoziale Arbeiter gibt, nachdem die „Arbeiter-Zeitung“ sagt, daß es keine solchen gebe. Es ist kein Zweifel, daß es Proletarierschichten gibt, welche den christlichsozialen Führern nachlaufen. Es sind dies zumeist jene Schichten, die gewissermaßen zu den Bedientenklassen gehören.

Wenn Sie nun fragen, ob das christlichsoziale Arbeiter sind, so sage ich Ihnen, insofern sie Arbeiter sind, sind sie nicht christlich-sozial, und insofern sie christlichsozial sind, sind sie keine Arbeiter, das heißt solange sie irgendeine Gnade von oben erwarten, sei es vom Herrgott im Himmel oder vom Herrgott im Rathaus, solange laufen sie den Christlichsozialen nach, wie jetzt die Tramwaybediensteten, soweit sie nicht Sozialdemokraten sind. Erinnern Sie sich, wie wir in früheren Parteitagen über diese Dinge gesprochen haben. Wir haben immer gesagt: Lassen wir die Christlichsozialen arbeiten, sie arbeiten schließlich für uns. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch heute noch, nur glaube ich nicht, und habe auch nie geglaubt, daß auf diese Pflügung so schnell unsere Ernte folgen kann, wie Sie erwarten. Sie können auch nicht erwarten, daß Sie gewisse Schichten für die Sozialdemokratie gewinnen, die in einer Großstadt wie Wien eine große Rolle spielen. Ich meine das Kleinbürgertum. Ich sage also, christlichsoziale Arbeiter als bewußt organisierte gibt es nicht, und sobald die Christlichsozialen sie als Partei organisieren wollten, würden sie ihnen unter den Händen entweichen. Unmöglich ist es nicht, daß aus diesen christlichsozialen Arbeitern sich eine wirklich proletarische Partei entwickelt, die nur katholisch ist. Wenn dies eintreten würde, dann, ich sage es offen heraus, wären wir verpflichtet, mit einer solchen wirklich proletarischen und ehrlichen, wenn auch katholischen Partei in dasselbe Verhältnis zu treten, wie unsere Genossen in der Schweiz es seit langem getan und auch die Genossen in Belgien es zu tun im Begriffe sind. (Sehr richtig!) Heute haben wir das nicht nötig, weil es eine solche Partei nicht gibt und weil wir mit den Verführern und Lügern, mit den Schwindlern, die sich an die Spitze der Partei stellen, und vor allem mit diesen gänzlich unwissenden Leuten uns überhaupt nicht einlassen können. Nun wird gesagt, diese Leute prügeln uns, wir müssen uns daher wehren. Schon Genosse Schuhmeier hat gesagt, eine Watschen ist Gemütssache. (Heiterkeit.) Darauf will ich nicht näher eingehen. Nicht jeder ist ein solcher Gemütsmensch wie der Schuhmeier. (Erneuerte Heiterkeit.) Ich glaube aber, daß man auch hier sagen muß, Watschen sind Privatsache. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich glaube aber nicht, daß es möglich oder auch wünschenswert ist, daß wir in dieser Beziehung unsere Taktik ändern, und ich gebe dem Genossen Daszynski vollständig recht, wenn er sagt, daß dies zu einer der Partei unwürdigen Verrohung führen würde. Ja, ich gehe noch weiter. Sind denn Prügel das Empfindlichste, was die Leute uns antun? Die unangenehmste Waffe sind Lüge und gemeine Verleumdungen. Wenn ein Genosse gesagt hat, die Parteivertretung spüre das nicht so, so möchte ich fragen, ob er es für so angenehm halten würde, jeden Tag in einem antisemitischen Blatt in Wort und Bild in der schmähhlichsten Weise verleumdet und verunglimpft zu werden. Wenn aber jene Recht hätten, welche sagen, wir müssen mit denselben Waffen kämpfen, so müßten ja auch wir lügen und verleumden. Nein, Genossen, das

hat unsere Partei nicht nötig, ebenso wenig wie wir diese lächerliche Reklame und den Personenkultus der Antisemiten brauchen, obwohl er ein gutes Mittel ist, die dumme, stumpfe Masse bei den Wahlen mitzuführen. Unsere andern Gegner haben Staatsanwälte, Kerker und Ketten, das sind auch keine angenehmen Mittel, das sind auch brutale Mittel, die beinahe nicht übertroffen werden können.

Wir müssen noch aus einem andern Grunde diesen Weg vermeiden. In dem Momente, wo wir uns auf den Weg der Roheit und Verleumdung begeben, werden wir von den Antisemiten und den andern Parteien weit übertroffen.

Es sind auch eine Reihe von kleineren Fragen aufgeworfen worden. Die Angriffe des Genossen Brod in bezug auf die Taktik der „Arbeiter-Zeitung“ und der Partei sind ganz unberechtigt, und zwar in seinem Munde um so weniger berechtigt, da er die Verhältnisse in Wien ganz genau kennt. Ich klage mich vor dem ganzen Parteitag allerdings des Verbrechens an, daß wir im Momente, wo wir auf die Christlichsozialen eingehauen haben, jedesmal sehr genau überlegt haben, ob nicht auch die Liberalen eine gleich schwere Ohrfeige bekommen müssen. Und wir werden diesen Weg auch nicht verlassen. Der Kampf nach zwei Seiten hin, das ist die Tradition, in der wir aufgewachsen sind, und aus unserer Haut können wir nicht mehr heraus. Der liberalen Bourgeoisie gehört unser ältester und durch nichts auszurottender Haß, und bei jeder Gelegenheit soll sie ihn fühlen. (Beifall.)

Dem Genossen Berstl*) hat es beliebt, der Parteivertretung einen Vorwurf aus ihrem Vorgehen bei den Wahlen zu machen. Ich möchte den Genossen Berstl daran erinnern, daß wir kurz vor den Wahlen noch die Zeit gefunden haben, ein Kommunalprogramm zu entwickeln und zu verfechten, in welchem alle wirtschaftlichen Fragen aufgerollt worden sind, was durchaus keine Schablonenarbeit war.

Wenn Genosse Berstl behauptet, daß speziell in seinem Wahlkreise radikale Genossen sich nicht getraut haben, im Interesse der Wahlen zu sprechen, und daß es sich nicht um eine politische Agitation gehandelt hat, sondern um die Agitation, gewählt zu werden, so möchte ich den Genossen aufmerksam machen, daß, wenn man solche Vorwürfe vorbringt, man verpflichtet ist, sie mit Tatsachen zu belegen.

Ich konstatiere, damit er sieht, wie niemand vor Vorwürfen sicher ist, daß auch seine, in seinen Augen gewiß echt proletarische Tätigkeit wiederholt dem Vorwurfe ausgesetzt war, daß sie einer bürgerlichen Partei zugute komme. Genosse Berstl weiß, daß ich selbst in der Lage war, ihn zu fragen, wie es sich damit verhält, und ich gestehe, daß ich darüber eine befriedigende Auskunft bekommen habe. Ich wiederhole also, derartige Angriffe bringt man entweder nicht vor oder man bringt sie konkret vor.

*) Dr. Emanuel Berstl, Rechtsanwalt, war der Vertreter des Bezirkes Wiener-Neustadt.

Es wurde auch der Vorwurf erhoben, daß die Frauenagitation vernachlässigt wurde, und daß hier überhaupt die Frauen nicht vertreten sind.

Die Wiener Genossinnen sind zusammengetreten und haben sich überlegt, ob sie jemand delegieren sollten. Aus irgendwelchen Gründen, die uns nichts angehen, haben sie darauf verzichtet. Sie sind aber von der Parteivertretung nicht verhindert worden, eigene Delegierte zu entsenden. Übrigens vertritt der Genosse aus Wigstadtl auch eine Frauenorganisation, welche wegen der Kosten keine eigene Delegierte hergesendet hat. Was die Frauenagitation betrifft, so halte ich die angeführten Argumente für ganz verfehlt. Die Frauenagitation bei den Antisemiten ist etwas ganz anderes als jene bei den Sozialdemokraten. Bei den Antisemiten werden die Frauen zur persönlichen Anbeterei abgerichtet. Bei uns gehen die Organisationen der Frauen aus den wirtschaftlichen Verhältnissen hervor. Weil die Frau Proletarierin ist, darum ist sie in der Organisation. Ich lege weniger Wert auf eine spezifische Frauenorganisation als auf die Einbeziehung der Frau in die Fachorganisation. (Beifall.)

Der Genosse Brod hat vom Internationalen Kongreß in Brüssel gesprochen. Es ist wahr, daß ich mit der Art, wie die Frage des Antisemitismus dort zur Sprache gebracht wurde, nicht einverstanden war. Aber auf die Gefahr hin, vom Genossen Brod für einen Antisemiten gehalten zu werden, muß ich mir das Recht zuerkennen, daß ich meine Ansicht darüber ausspreche, ob es opportun ist, eine Frage zur Erörterung zu bringen oder nicht*). Das muß ich dem Genossen Brod noch sagen: Ich stehe allerdings auf dem Standpunkt, daß die Judenfrage aufgebauscht wurde. Und es ist das größte Verbrechen der Antisemiten, daß sie dieser Frage eine solche Wendung gegeben haben, daß die reichen Juden als die armen Lazarus dastehen; aber ich möchte wissen, welcher jüdische Proletarier jemals von unserer Partei zurückgewiesen worden ist. Die Judenfrage hat ihre spezifische Gestalt davon, daß die kapitalistische Bourgeoisie hier in Wien eine jüdische Färbung hat. Daß die Juden das tragen müssen, ist traurig, aber daß wir bei dieser Gelegenheit immer wieder den Juden in der Suppenschüssel finden, ist mir und anderen auch zu langweilig. Es entsteht dadurch direkt eine Verschiebung. Jede Diskussion wird dadurch verdreht.

*) Auf dem Internationalen Kongreß in Brüssel im Jahre 1891 hatte man eine ausführliche Debatte über die Judenfrage abgelehnt, die als vierter Punkt auf der Tagesordnung stand. Aber es sprach doch der Vertreter des amerikanischen Verbandes der Arbeitervereinigungen jüdischer Zunge Cahan (Neuyork), worauf auf Antrag des Büros eine von Volders begründete Resolution beschlossen wurde, die „unter Verurteilung der antisemitischen und philosemitischen Hetzereien, welche nur ein Manöver der Kapitalistenklasse und der politischen Reaktion sind, zu dem Zwecke die Arbeiter zu spalten und die sozialistische Bewegung von ihrem Ziel abzulenken“ eine Erörterung der Frage für überflüssig erklärt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Wenn man sagt, daß keine christlichen Bourgeois zu uns überlaufen, aber dafür viele Juden, so erkläre ich offen, daß es ein schlechtes Zeichen für die arische Bourgeoisie, ja eine Schande für sie ist. Aber glauben Sie ja nicht, daß dieser „Massenzug“, der allerdings stattfinden würde, wenn wir sie nur herankommen ließen, auch wirklich von so idealen Motiven geleitet ist. Gerade so lächerlich und abgeschmackt wie die Judenfurcht ist die Antisemitenfurcht, und wir gedenken nicht unter der Maske und dem Schilde der Gleichberechtigung der Konfessionen oder, wie Genosse Brod sagt, der „Interkonfessionalität“ die uns bekannten und verdächtigen Elemente, die in der Bourgeoisie heute existieren, herankommen zu lassen. Wir gestatten keine Ablenkung der sozialdemokratischen Bewegung auf antisemitische Bahnen, aber ebensowenig eine Ablenkung auf philosemitische Bahnen. (Beifall.)

Was die Anträge anbelangt, erlaube ich mir an die Spitze meiner Erörterung über die Anträge selbst einen Antrag einzubringen. Diesen Antrag will ich damit motivieren, daß es gut wäre, wenn man über die große Masse der hier aufgeworfenen Fragen, insbesondere über das Vorgehen den Christlichsozialen gegenüber, klar wüßte, ob die Mehrheit des Parteitages uns und der Politik der Parteivertretung nach außen recht gibt oder denjenigen Genossen, die glauben, daß wir anders vorgehen müssen. Der Antrag lautet:

„Der Parteitag erklärt sich mit der bisher von den Genossen der Parteivertretung eingeschlagenen Taktik einverstanden und sieht keinen Anlaß, sie zu ändern.“

Ich bitte über diesen Antrag abzustimmen, damit die nächste Parteivertretung klar weiß, woran sie ist. Was die einzelnen Anträge betrifft, bin ich dafür, daß Sie alle jene Anträge, die der parlamentarischen Fraktion Aufträge geben, insgesamt der Fraktion zur Beachtung überweisen. Wir können alle zusammengenommen nicht beurteilen, was im Herbst zunächst notwendig und überhaupt möglich sein wird. Wir würden unsere Fraktion nur in die Lage bringen, daß sie entweder einen Beschluß des Parteitages außer acht läßt oder etwas tut, was nach ihrer Überzeugung nicht das Richtige ist. Diese Aufträge werden deswegen nicht weniger beachtet werden, als wenn sie hier feierlich beschlossen worden wären.

Und nun zum Schluß, Genossen! Ich habe mich bemüht, kurz zu sein und habe natürlich sehr vieles auslassen müssen. Ich bitte alle Genossen, die so freundlich waren, insbesondere mich mit ihren Vorwürfen zu beehren, um Entschuldigung, wenn ich nicht in der Lage bin, darauf zurückzukommen. Einem Genossen aber, der sich — wenn ich nicht irre — auch gegen mich speziell gewendet hat, muß ich eine Antwort geben. Das ist Genosse W u t s c h e l *).

*) Ludwig Wutschel vertrat den zwölften Wiener Bezirk, von dem er später auch in den Gemeinderat und in einer Session auch in den Reichsrat gewählt wurde. Er war Obmann des Freidenkervereins. Die sozialpolitischen Bourgeois, von denen Adler dann spricht, sind die Partei

Derselbe hat nämlich — nicht zum ersten Male — hier gesagt, wir seien eine zu exklusive Partei, wir betreiben eine zu exklusive Politik, wir hätten gefehlt, als wir in der Versammlung im Musikvereinssaal, die über Volksbildung einberufen war, die sozialpolitischen Bourgeois vor den Kopf gestoßen haben. Er hat gesagt, wir sind zu schroff gegen die Leute. Ich bin ein von Natur sehr höflicher Mensch (Heiterkeit), dem es die größte Überwindung kostet, schroff zu sein, aber ich glaube, die Partei muß schroff sein, am meisten dort, wo eine Verwechslung, eine Verwirrung oder gar eine Anbiederung am gefährlichsten und am naheliegendsten ist. Es mag ja mitunter zu unangenehmen Folgen führen, es mag mitunter persönlich hart sein, es mag manchem, der so schroff behandelt wurde, unangenehm sein, aber ein Mensch, aus dem überhaupt etwas wird und der für die Partei brauchbar ist, der wird sich durch diese Schroffheit nicht abhalten lassen. Jeder, der so schroff abgewiesen wird und sich dadurch abhalten läßt, an dem haben wir nichts verloren. Ich weiß nicht, ob es vielen Genossen so gegangen ist wie mir. Ich kann Ihnen sagen, ich bin nicht mit Glacéhandschuhen behandelt worden, als ich in die Partei kam. Hier handelt es sich aber nicht um Personen, sondern um ganze Strömungen, und diese Strömungen in der Bourgeoisie müssen wir mit dem größten Argwohn verfolgen. Wir können sie benützen, wir haben es aber gar nicht notwendig, Strömungen an uns herankommen zu lassen, um ihre Sünden auf uns nehmen zu müssen und unsere Rücken herzuhalten für andere politische Zwecke. Ich weiß, der Gang unserer Bewegung ist den Herren, die uns so sympathisch gegenüberstehen, einmal zu langsam, einmal zu schnell, einmal sind wir zu roh, einmal zu sanft, kurz und gut, es paßt ihnen immer etwas nicht. Derselbe Genosse Wutschel, dem wir da zu schroff sind, wäre aber sehr geneigt, unsere Schroffheit noch besonders zu erhöhen, wenn es sich um die Pfaffen handelt; da möchte er mit aller Gewalt losziehen. Soviel ist sicher, jedem können wir es nicht recht machen, auch nicht in der Partei; aber im großen und ganzen müssen wir sagen, daß auch diese Diskussion, so heftig und verzweigt sie war, gezeigt hat, daß wir in der Partei nicht nur einen großen gemeinschaftlichen Zug haben, sondern daß auch die Genossen so viel Selbständigkeit in der Partei haben, daß jeder, der dieser Debatte zugehört hat, durchaus nicht die Meinung haben wird, daß wir nur Marionetten sind, die von ein paar Drahtziehern gezogen werden.

Die Meinungsverschiedenheit, die in vielen Dingen aufgetreten ist, bringt der Partei keinen Schaden, sie bringt ihr Nutzen und ist die Ehre der Partei. Wenn wir einmal so wären wie die Blei-

der Sozialpolitiker, die ehemals nach Art der englischen Fabier-Gesellschaft sozialpolitische Diskussionen veranstaltet hatten, dann als Partei im Jahre 1896 bei den Landtagswahlen in der Inneren Stadt in Wien drei Kandidaten auf Kosten der Liberalen durchsetzten, unter ihnen den Professor Philippovich. Die Versammlung in Musikvereinssaal, von der dann die Rede ist, fand am 27. Oktober 1896 statt.

soldaten, wenn wir so wären wie die Marionetten, dann wären wir auch mit der Partei fertig. Ich schließe und meine, daß die Taktik, welche die Partei bisher eingeschlagen, ihr zum Wohle gereicht hat, daß sie sich immer nach den Verhältnissen wird einrichten müssen, und will meine Überzeugung aussprechen, daß auch für die neu gegebenen Verhältnisse die Partei die richtige Taktik zu finden wissen wird. (Lebhafter Beifall.)

Luegerei und Wolfpartei.

Aus dem Referat über Parteitaktik.
Parteitag 1898.

Wir haben uns weiter*) mit den Anträgen der Bezirksorganisation Karlsbad zu beschäftigen, welche direkt ein Tadelsvotum für die Parteivertretung sowohl als für die Haltung des Zentralorgans, der „Arbeiter-Zeitung“, enthalten. Es heißt hier:

„A. Der Parteitag hat die neue Parteileitung zu beauftragen, die Abwehr der deutschnationalen Aspirationen der Gruppe Schönerer-Wolf mit derselben Energie zu betreiben, wie die der Christlichsozialen.“

„B. Die Parteileitung hat in kürzester Frist eine Broschüre über »Die deutschnationalradikale Bewegung in Böhmen«, die ebenso wie jene Teifens**) über die »Christlichsozialen und ihr Programm« ihren Stoff behandelt, herauszugeben und massenhaft in Deutschböhmen zu verbreiten.“

„C. Das Zentralorgan der Partei, die »Arbeiter-Zeitung«, hat die den Schönerianern gegenüber bisher beobachtete Haltung dahin zu ändern, daß sofort in ausgiebiger Weise der Kampf gegen die Bewegung, die für die deutschböhmisches Sozialdemokratie dieselbe Bedeutung hat wie die christlichsoziale Bewegung für die niederösterreichischen Genossen, und zwar mit derselben Energie aufgenommen und fortgeführt wird, die auf die Bekämpfung der Lueger-Wirtschaft verwendet wird, da sonst die sogenannte nationalradikale Strömung der deutschböhmisches Sozialdemokratie ebenso über den Kopf zu wachsen droht, wie dies seitens der christlichsozialen den niederösterreichischen Genossen gegenüber leider zur Tatsache geworden ist.“

Wir haben hier eine vollständig formulierte Anklage gegen die Parteivertretung. Es wird der Parteivertretung zum Vorwurf gemacht, daß ihr Organ und sie selbst — denn sie ist für dieses Organ verantwortlich — daran schuld ist, daß die christlichsoziale Bewegung, die Luegerei, in Niederösterreich den Sozialdemokraten über den Kopf gewachsen ist. Es wird zweitens gesagt, daß die Parteivertretung ihre Pflicht gegenüber den nordböhmisches Ge-

*) Das Referat über Parteitaktik beschäftigte sich vornehmlich mit der Obstruktion gegen Badeni und ist daher zum größten Teil im Abschnitt vom Zerfall Österreichs eingereiht. Durch einige Anträge war aber auch das Verhalten der Partei zu den Christlichsozialen und Deutschnationalen zur Sprache gebracht worden und die Ausführungen Adlers hiezu bringen wir in diesem Kapitel.

**) Teifen war der Schönberger Professor Wolschak, der später Hakenkreuzler wurde.

nossen vernachlässigt, und sie wird beizeiten darauf aufmerksam gemacht, sie möge nicht wieder dasselbe Verbrechen begehen, das sie schon einmal begangen hat, und möge beizeiten das Überwuchern der deutschnationalen Bewegung in Nordböhmen verhindern. Es wird sogar gesagt, die Parteivertretung habe die Pflicht, die Deutschradikalen mit derselben Energie zu bekämpfen, mit der sie die Christlichsozialen bekämpft. Genossen! Ich behaupte, daß alle diese Behauptungen, mit Ausnahme des Antrages B, gegen den ich natürlich nichts einzuwenden habe, die in diesem Antrag niedergelegt sind, vom Anfang bis zum Ende falsch und irrtümlich sind. (Zustimmung.) Es ist unwahr, daß die christlichsoziale Bewegung in Niederösterreich den Sozialdemokraten über den Kopf gewachsen ist. Die Sozialdemokratie steht als eine junge Partei, welche in die Massen eindringt, einer alten Partei gegenüber. Denn Sie werden sich doch nicht einbilden — das könnte man höchstens in Karlsbad tun —, daß die Partei der Christlichsozialen eine jüngere Partei ist. Das sind doch die alten Klerikalen, welche in den Alpenländern überall festsitzen und hier nur neue Formen der Agitation angenommen haben. (Zustimmung.) Nicht die Christlichsozialen sind uns über den Kopf gewachsen, sondern die Sozialdemokraten fangen an, diesen vereinigten Christlichsozialen und Klerikalen über den Kopf zu wachsen. (Rufe: So ist es!) Die Bewegung ist nicht die, daß die Klerikalen Terrain gewonnen haben, sondern vielmehr, daß die Sozialdemokraten den Klerikalen Schritt für Schritt Terrain entreißen. Wer die Dinge nur so ansieht, wie sie von außen aussehen, daß die Christlichsozialen Antisemiten sind, und daß, wo nicht vom Judenerschlagen die Rede ist, auch eine christlichsoziale und klerikale Partei nicht vorhanden ist, für wen sich alles nur in diese Schlagworte auflöst, der kann freilich meinen, daß das, womit wir es im ganzen Süden des Reiches zu tun haben, etwas Neues ist. Das war aber schon, ist wieder gekommen und ist auf dem Wege, wieder zu verschwinden.

Der letzte Antisemit wird erst mit dem letzten Juden sterben. (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist sicher. Aber, Genossen, von Zeit zu Zeit braucht man ein so populäres und in die Ohren klingendes Schlagwort. Es wird ab und zu wieder auftauchen und wieder in den Sack gesteckt werden. Sie wissen ja, daß Lueger selbst heute im besten Begriff ist, von seinen Leuten als Judenknecht behandelt zu werden. Wir legen also auf diese Begleiterscheinungen der Bewegung verdammt wenig Gewicht. Nun wird aber hier ausgedrückt, daß wir die deutschnationale Bewegung ebenso zu behandeln hätten wie die christlichsoziale, und es wird dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß uns gegenüber alle bürgerlichen Parteien als gegnerische Parteien mit denselben taktischen Mitteln, mit derselben Energie und mit derselben Feindseligkeit bekämpft werden müßten. Da erkläre ich Ihnen für meine Person, und ich hoffe mir Ihre Zustimmung zu gewinnen, daß ich dieser Ansicht nicht sein kann. Ich habe dafür einen ganz festen Maßstab. Gewiß ist es, daß, wo wirtschaftliche Interessen in Frage kommen, alle

bürgerlichen Parteien uns solidarisch als eine reaktionäre Masse*) gegenüberstehen. Wir dürfen uns aber nicht die Augen verbinden und uns darüber selbst täuschen, daß innerhalb dieser reaktionären Masse sehr große Unterschiede bestehen, daß man zu unterscheiden hat — und darauf kommt es an —, welche Bedeutung jede Partei für die politische Entwicklung Österreichs hat. Die politische Entwicklung Österreichs ist nicht bloß eine Sache der Arbeiterschaft, im Gegenteil, die Arbeiterschaft hängt vielfach von der gesamten politischen Entwicklung Österreichs ab. Es ist nicht wahr, daß die Feudalen unter der Führung des Schwarzenberg und die radikalen Tschechen — die es einmal waren und wieder werden können — (Genosse K r a p k a**): Die nimmer!) — so werden andere kommen — aber es wird mir jeder zugeben, daß die Existenz einer radikalen bürgerlichen Partei unter den Tschechen für uns nicht gleichgültig ist, daß sie für uns nicht dieselbe Bedeutung hat, wie die feudale Klique. Ich habe absichtlich ein Beispiel gewählt, welches wir vollkommen objektiv betrachten können, denn auf unserem deutschen Parteitag geht uns das nichts an. Wenn wir nun einer Partei gegenüberstehen, welche die alten Klerikalen, die eigentlichen Volksfeinde, wieder ins Leben gerufen und ihnen zu einer politischen Aktionsfähigkeit verholfen hat, einer Partei, welche die Klerikalen mit einer neuen politischen Taktik bereichert hat, welche eine solche Heuchelei und Demagogie an den Tag legt, um unter radikaler Flagge die Volksmassen direkt zum Werkzeug der Reaktionäre zu machen, so müssen wir eine andere Taktik anwenden, als wenn wir einer Partei gegenüberstehen, welche allerdings — und da ist kein Ausdruck zu scharf — nichts anderes sind als die politischen Vertreter der Ausbeuter und ihrer Werkzeuge, welche nichts anderes sind, als die Nachfolger der alten Liberalen, nur mit neuen Phrasen aufgeputzt, die aber doch wenigstens in bezug auf die politische Entwicklung des Landes und in dem Kampf gegen die Klerikalen eine ganz andere Rolle spielen als die Christlichsozialen. Es nützt nichts, wir müssen solche Unterschiede machen, weil das Leben sie macht, wir können nicht Dinge, die verschieden sind, so behandeln als wenn sie gleich wären. Wenn wir aber diese Parteien und ihre Bedeutung verschieden einschätzen, so ist damit durchaus nicht gesagt, daß wir gegen die Deutschradikalen nicht etwa einen Kampf zu führen hätten, aber man wird sich den Zeitpunkt und die Art dieses Kampfes gehörig aussuchen. (Zustimmung.) Wer die Verantwortung auf sich zu nehmen und wer die Taktik der Partei nach außen zu beeinflussen hat, der wird es sich wohl überlegen, einer Partei, die gegenüber einer verhaßten und gefährlichen Regierung im

*) Siehe zu diesem Schlagwort unter anderm den Artikel „Die eine reaktionäre Masse“ vom 7. Juli 1888.

**) Auf dem Parteitag waren als Vertreter der tschechischen Partei Josef K r a p k a (damals Redakteur der „Dělnické Listy“ in Wien, später in Prag und Proßnitz) und Anton N ě m e c (damals Redakteur des „Právo Lidu“ in Prag) anwesend.

Kampf steht, mag es aus welchen Gründen immer sein, in den Rücken zu fallen. Das werden Sie wohl zugeben. Wir werden es uns sehr überlegen, die Rolle zu spielen, die Lueger im Parlament gespielt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir werden mit den Deutschradikalen schon fertig werden, und es ist einfach nicht wahr, was da im Karlsbader Antrag gesagt wird, daß die Sozialdemokratie befürchten muß, daß sie von denen dort oben verdrängt wird. Es ist auch nicht wahr, daß es die Partei oder die „Arbeiter-Zeitung“ jemals hat daran fehlen lassen, eine sehr scharfe Grenze zu ziehen, auch in jener Zeit nicht, wo wir gezwungen waren, Seite an Seite mit jenen Leuten zu kämpfen. Auch in der Zeit, wo unsere Abgeordneten und die deutschnationalen Abgeordneten zugleich aus dem Parlament entfernt worden sind, ist es nicht verabsäumt worden, eine sehr deutliche Grenze zu ziehen. Und noch mehr. Wir verfolgen den Kampf dort oben, soweit dies von Wien aus möglich ist, mit der größten Aufmerksamkeit und ich möchte behaupten, daß es nicht leicht sein wird, uns ein Versehen in dieser Beziehung nachzuweisen. Aber das ist nicht möglich, und das können Sie von der „Arbeiter-Zeitung“ und von der Parteivertretung nicht verlangen, daß sie den lokalen Kampf für euch führen. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist naturgemäß neben dem, daß sie ein Zentralblatt ist, ein Lokalblatt für Wien. Es ist jedoch eine ganz falsche Auffassung, wenn uns zugemutet wird, daß wir den Deutschradikalen gegenüber, wie dies zwischen den Zeilen zu lesen ist, konnivent und liebenswürdig waren. Das Gegenteil ist wahr. Ich möchte Sie auffordern, doch gefälligst die deutschradikale Presse zu lesen. Sie werden dort finden, daß diese Presse zwar vielfach journalistisch von der „Arbeiter-Zeitung“ lebt*), daß sie aber mit der größten Heftigkeit auf uns losgeht, und die Leute wissen sehr gut, warum. In dieser Beziehung haben wir die Möglichkeit, an einen Richter zu appellieren, der gewiß nicht nur das Verständnis, sondern auch das Feingefühl dafür besitzt. Ich appelliere an unsere tschechischen Genossen und frage sie, ob sie finden, daß die „Arbeiter-Zeitung“ — ich spreche hier nicht vom Blatt, sondern von der Haltung der Partei — es an der Bekämpfung der deutschradikalen Richtung hat fehlen lassen, soweit dies taktisch geboten und taktisch möglich war. Ich möchte aber den Genossen aus Karlsbad und Westböhmen eines sagen: Haben Sie doch ein bißchen Geduld. Gewiß, die radikale Phrase bildet einen starken Anziehungspunkt, und der Badeni hat es verstanden, durch raffinierte Mittel die politische Bedeutung des Abgeordneten Wolf ungemein hinaufzuschrauben und um ihn einen gewissen Märtyrerschein zu verbreiten, ja, unsere Regierungen haben es verstanden — und nicht diese allein, sondern es gehört auch die Waschlappigkeit der anderen Deutschen dazu — den Herrn Wolf in diesem Moment wirklich als den Führer des deutschen Bürgertums erscheinen zu lassen. Diese Tatsache können wir nicht leug-

*) Die ganze deutschnationale Provinzpresse pflegte die Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ abzudrucken, das Blatt dann aber zu beschimpfen.

nen und die radikale Vergangenheit des Herrn Wolf wie auch die Möglichkeit, heute eine stramme Opposition zu machen, bringen es mit sich, daß er Reden halten kann, die in der Negation einen sehr revolutionären Ton anschlagen, die es möglich machen, daß er das deutsche Volk zum Widerstand führt, als ob dieses deutsche Volk eine einheitliche Masse wäre. Ich begreife vollständig, daß ein so berühmter Mann, wie der Herr Wolf, auch in Westböhmen und auch bei den indifferenten Arbeitern gewisse Eroberungen zu machen in der Lage ist. Aber haben Sie Geduld, es kommt die Zeit, wo nicht vom deutschen Volk die Rede ist, sondern wo von den deutschen Unternehmern und den deutschen Arbeitern die Rede sein wird, es kommt die Zeit, wo die Klassengegensätze wieder schärfer zur Sprache kommen werden, als es heute der Fall ist. Dann werden wir sehen, wohin der Wolf mit seinen Versuchen, deutschnationale Arbeitervereine zu organisieren, gekommen sein wird. Es läßt sich derzeit dieser wirtschaftliche Kampf zwischen dem deutschnationalen Unternehmer und den Arbeitern durch die Regimentsmusik des nationalen Kampfes übertönen, aber heute schon behaupte ich, daß es mit den deutschnationalen Phrasen und mit dem allgemeinen radikalen Programm der Herren Wolf und Schönerer nicht möglich ist, solche Gruppen von Arbeitern, die zum Klassenbewußtsein erwacht sind, an sich zu ziehen. Wir haben keine Ursache, unsere Taktik zu ändern, wir müßten diese Anträge als einen direkten Tadel gegenüber unserer bisherigen Haltung ansehen und wir müßten die Annahme dieser Anträge als einen Auftrag betrachten, in der Zukunft anders vorzugehen, als wir bisher vorgegangen sind. Wir meinen aber, daß wir allen bürgerlichen Parteien gegenüber zu jeder Zeit in derselben Weise vorgehen müssen, wie wir bisher vorgegangen sind, das heißt, ihnen gegenüberzutreten, wo sie das Interesse der Arbeiterschaft direkt berühren, sie aber gewähren lassen, wo sie gegen den Feind der Arbeiterschaft infolge der augenblicklichen Konstellation der Politik losgehen. Wir können nicht eine Richtschnur für Jahre hinaus finden.

Ich bin überzeugt, der Masse der Proletarier in Österreich hätte es nicht entsprochen, wenn wir in dem Moment, wo die Badenische Hetze gegen die Deutschnationalen losgegangen ist, angefangen hätten, Auseinandersetzungen über die Klassengegensätze zu machen und sie so zu behandeln, wie wir den Lueger behandeln müssen, der der eigentliche Verräter ist, der das Kleinbürgertum ausnützt und mißbraucht, der es den Klerikalen zu Füßen legt, die wieder nur das Werkzeug des feudalen Adels sind, jener Leute, die Österreich zu seinem Unglück heute noch beherrschen. (Zustimmung.) Ich bin also überzeugt, daß die Parteigenossen der Meinung sind, daß die Hauptrichtung unserer Politik und Taktik richtig war, daß sie dem Parteiinteresse entsprochen hat. Dieses Zeugnis werden Sie mir geben, und ich beantrage somit, daß der Parteitag über alle diese Anträge zur Tagesordnung übergeht und erklärt, daß die bisherige Taktik des parlamentarischen Ver-

bandes und der Parteivertretung und ihres Organes die richtige gewesen ist*).

Die deutschradikale Bewegung.

Schlußwort über Parteitaktik**) — Parteitag 1898.

Es erübrigt mir noch, auf die Diskussion, die hier geführt wurde, mit einigen Worten zurückzukommen. Selbstverständlich haben die Karlsbader Anträge***) hier die erste Rolle gespielt. Genosse Lill

*) Bei der Abstimmung wurde ein Antrag angenommen, daß der Parteitag die politische Haltung und die Taktik der Partei gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien billigt und über die Anträge A und C zur Tagesordnung übergeht. Der Antrag B wurde der Parteivertretung zugewiesen.

**) Das Referat über Parteitaktik ist unter dem Titel „Die Obstruktion gegen Baden“ im Abschnitt „Der Zerfall Österreichs“ abgedruckt.

***) Im ersten Teil dieses Schlußwortes befaßte sich Adler zunächst mit der blutigen Unterdrückung der italienischen Hungerunruhen und mit der Hilfe, die die italienischen Flüchtlinge in Österreich gefunden haben. (Es waren am 7. Jänner in Ancona Unruhen gegen die Erhöhung der Brotpreise ausgebrochen und die Bewegung breitete sich über ganz Italien aus. Bei Ravenna wurden am 2. Mai mehrere Personen getötet. in Mailand kam es zum Bau von Barrikaden und zu Kämpfen mit dem Militär, ebenso in Messina, Novara, Florenz. Fast ganz Italien war unter dem Belagerungszustand. Aus der Schweiz brachen am 11. Mai etwa neunhundert italienische Sozialisten in Italien ein. Ein österreichischer Sozialist Harrich aus Zürich hatte sich daran beteiligt. Die Folge dieser Vorgänge war, daß die Regierung Rudini zurücktrat und General Pelloux die Regierung übernahm. Nun begann eine Ära der Verfolgungen.

Adler sprach den italienischen, wie auch den ungarischen Sozialisten die Sympathien des Parteitages aus und machte dann über die italienischen Vorgänge folgende Bemerkungen, die, da sie nicht zum Thema gehören, am besten hier ihren Platz finden:

Wenn die herrschenden Klassen Italiens gegenüber unsern italienischen Genossen, insbesondere im letzten Monat, mit seltener Grausamkeit und Barbarei vorgegangen sind, so sind wir in der Lage gewesen, denselben nicht nur durch Sympathieerklärungen, sondern auch tatsächliche Hilfe zu leisten. Hunderte von italienischen Genossen sind in die Schweiz hinübergedrängt worden. Diesen wird von unsern Schweizer Genossen sowie auch von den österreichischen Genossen, welche in der Schweiz eine eigene Organisation haben, eine Aufnahme bereitet, wie sie von der Bruderliebe, die das Proletariat beherrscht, gefordert wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß manche auch nach Österreich kommen werden, und es wird dann unsere Pflicht sein, sie zu empfangen, wie man kämpfende Brüder empfängt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß in Zürich von einem österreichischen Sozialdemokraten, von Harrich, geradezu ein taktischer Fehler begangen wurde, indem er — befangen in romantischen Ideen — die ganze internationale Schweiz zu einem

war der Einzige, der durch sein Mandat gezwungen war, diese Anträge hier aufzunehmen und vollinhaltlich zu vertreten. Ich bin ihm aber sehr dankbar dafür, daß er wenigstens zugegeben hat, daß die Fassung der Anträge eine unglückliche war. Es scheint mir denn doch, daß gerade diese Debatte ergeben hat, daß die Parteivertretung in diesem Punkte vollständig im Sinne der großen Mehr-

Zug nach Mailand aufgerufen hat. Ich erwähne dies hier, damit festgestellt wird, daß an diesem törichten Unternehmen die Partei weder in Österreich noch in der Schweiz irgendeinen Anteil gehabt hat. Ich erwähne dies hier, um es als warnendes Beispiel hinstellen, wenn einzelne Genossen, die gewiß sehr gutherzig sind und einen guten Willen haben, aber die Vernunft zu wenig sprechen lassen, aus eigener Initiative Dinge ausführen, für die sie die Verantwortung nicht übernehmen können. Wenn auch ein Unglück dabei nicht herausgekommen ist, so muß doch gesagt werden, daß das nicht die Art ist, wie man hilft, sondern, daß zielbewußten Arbeitern die Organisation helfen muß.

Die Aufnahme und Hilfe, die wir diesen italienischen Flüchtlingen zukommen lassen, hat aber noch eine Bedeutung, insbesondere für die gewerkschaftliche Organisation. Zum ersten Male sind wir in der Lage, italienischen Arbeitern zu zeigen, daß sie auch eine andere Rolle bei uns in Österreich spielen können, als nur Lohndrücker zu sein. Zum ersten Male sind wir in der Lage, den italienischen Arbeitern an einem lebendigen, sichtbaren Beispiel zu Gemüte zu führen, daß auch sie alle ein Interesse daran haben, sich den Reihen der organisierten Arbeiter anzuschließen. Sagen Sie nicht, diese Flüchtlinge da brauchen diese Belehrung nicht. Was sich da vollzieht, wird auch von den indifferenten Italienern verstanden werden, und wir versprechen uns gerade von dieser Tatsache einen Erfolg in der Organisation und Agitation unter den italienischen Arbeitern. Wo Willkür und Gemeinheit, wo Niedertracht der Regierungen einen Schlag gegen uns geführt hat, da haben wir immer den Spieß umdrehen können, und Schritt für Schritt ist alles gegen unsere Gegner ausgefallen. So wird es auch hier gehen. (Richtig!)

Dann kam Adler auf die Anträge zur Taktik zu sprechen und erörterte dabei ausführlich die Anträge der Bezirksorganisation Karlsbad, die oben in der vorigen Rede abgedruckt sind.

Franz Lill, der hier als Vertreter dieser Anträge genannt wird, war Redakteur des „Volkswillens“ in Falkenau, später kam er nach Wien als Redakteur des „Eisenbahners“. Zur deutschnationalen Bewegung wurde schließlich ein Antrag Seliger (Teplitz) angenommen, der nach eingehender Charakterisierung der deutschnationalen Parteien erklärt:

Die Parteigenossen werden aufgefordert, entsprechend der jeweiligen Situation und der jeweiligen Kampfesweise der deutschnationalen Parteien, diesen überall und jederzeit entgegenzutreten, die deutschen Arbeiter unablässig daran zu erinnern, daß ihre geistigen und materiellen Interessen von diesen nur zum Schein vertreten werden, daß in Wahrheit auch diese Parteien entgegen ihrem angeblichen Charakter als Volksparteien weder für die politische Gleichberechtigung noch für soziale Gerechtigkeit eintreten,

daß wir sie darum, unbeschadet der schärfsten Verurteilung jener Verfolgungen, die von der Regierung gegen die deutschradikalen Parteien gerichtet werden, als Gegner der Arbeiterschaft auf allen Gebieten bekämpfen müssen.

zahl — ja ich wage zu sagen — aller Genossen an diesem Parteitag gehandelt hat, und daß, wenn sie anders handeln würde, sie sich nur ganz bestimmten lokalen Einflüssen in Karlsbad — nicht im westböhmischem Wahlkreis — gefangen geben würde. Was Genosse Lill da erzählt hat, daß die Schönerianer unanständig gegen uns kämpfen, was Genosse Müller darüber erzählt hat — das wissen wir ja. Wenn die Genossen vermissen, daß über die Geschichte mit den 80 fl.*) kein fulminanter Artikel in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist — nun, es wird auch in Zukunft keiner kommen. Das ist eine jener Lügen, die den Stempel der Lüge und boshaften Erfindung an sich tragen und die so dumm sind, daß man sich mit ihnen gar nicht zu beschäftigen braucht.

Hier handelt es sich aber um etwas ganz anderes. Sie erinnern sich an den Volkstag von Eger**) und an die Konsequenzen, die sich daran knüpfen. Als der Volkstag von Eger etwa einen Monat vorher, angekündigt war, haben die Genossen in Eger, ihren lokalen Bedürfnissen entsprechend, die Absicht gehabt, eine Protestversammlung abzuhalten, um zu erklären, das ist kein Volkstag, sondern das Volk ist bei uns. Sie haben sich mit dieser Absicht an die Parteivertretung gewendet, und die Parteivertretung hat ihnen gesagt: Parteigenossen! Ihr habt ganz recht, das ist kein Volkstag, sondern dort ist höchstens nur eine dünne Schichte des Bürgertums vertreten; aber es wäre ein taktischer Fehler, wenn ihr euren an sich ganz gerechtfertigten Protest gerade zur Zeit dieses Volkstages loslassen würdet. Die Genossen haben das eingesehen und haben ihren Plan nicht ausgeführt. Wir hätten dem Badeni keinen größeren Gefallen tun können, als wenn wir damals in Eger, wo Soldaten und Gendarmen gegen das in Bewegung kommende Bürgertum ausgerückt sind, eine Protestversammlung abgehalten hätten. Mögen die Deutschnationalen noch so perfid gegen uns kämpfen, so kann uns das niemals veranlassen, der Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Wir müssen die Deutschnationalen bekämpfen als Vertreter des deutschen reaktionären Bürgertums und dies mit aller Energie. Daß wir sie aber gerade in dem Augenblick bekämpfen, wo sie sich anschicken, etwas halbwegs Anständiges zu tun, das wäre eine Dummheit, die wir nicht begehen wollen. Fürchten Sie nicht, Genossen, daß wir uns in die Deutschradikalen so verlieben werden, daß wir von ihnen nicht loskommen werden. Dafür sorgen diese Herren schon selbst. Genosse Behr sagte: Am letzten Parteitag habt ihr es selbst zugestanden, daß ihr die Christlichsozialen habt gewähren lassen, solange es gegen die Liberalen gegangen ist. Ja, Genossen, war unsere Taktik da viel-

*) Lill hatte erzählt, daß die Deutschnationalen mit den infamsten Verleumdungen kämpfen. So hätten sie erzählt, daß Dr. Adler für einen einzigen Vortrag im Erzgebirge achtzig Gulden Honorar verlangt habe. (Die Bezeichnung für Gulden war fl.)

**) Am 27. Februar 1898 fand in Eger ein „deutschnationaler Volkstag“ statt, der, von den alldutschen Abgeordneten Schönerer und Iro einberufen, eine ausgesprochene Parteiveranstaltung war.

leicht falsch? War es nicht klug, gerecht und unseren Grundsätzen entsprechend, daß wir gesagt haben, die Verweigerung der Bestätigung Luegers als Bürgermeister war eine Schandtat und Ungeschicklichkeit zugleich? Und stehen heute die Dinge nicht so, daß diese Partei abwirtschaftet und abwirtschaften muß, nicht durch uns, aber durch sich selbst? Lassen Sie doch die Nationalradikalen agieren mit ihren radikalen Gebärden und warten Sie, bis sie gezwungen sind, Stück für Stück die Fetzen ihrer Maske sich selbst herunterzureißen. Jede Partei wird durch sich selbst umgebracht. Wenn diese Leute gezwungen sind, in politischen Dingen einen radikalen Standpunkt einzunehmen, sollten wir gerade diesen Augenblick uns aussuchen, um die ganze Front der Partei gegen sie zu richten? Das wäre doch töricht.

Was wir aber tun müssen und was wir immer getan haben, das ist: protestieren gegen die Ausschreitungen der chauvinistischen Roheit dieser Deutschnationalen. Wir wären in der Lage, einen ganzen Haufen von deutschnationalen Flugschriften vorzulegen, die an Gemeinheit und Brutalität gegenüber den Tschechen und insbesondere gegenüber den tschechischen Arbeitern bis zur Bestialität gehen. Uns gegen diese Dinge zu wenden, dazu sind wir nicht nur bereit, sondern das tun wir alle in der entschiedensten Weise, und ich glaube nicht, daß man uns den Vorwurf machen kann, daß wir es je haben daran fehlen lassen.

Wenn ich mit einem Wort von der „Arbeiter-Zeitung“ reden soll, so bemerke ich nur eines: Wenn gesagt wurde, daß wir über Galizien mehr schreiben als über Böhmen, so ist mir das zwar nie aufgefallen, aber es ist richtig. Berichte bringen wir aus Galizien mehr als aus Böhmen; wenn aber gesagt wird „Artikel“, so ist das nicht richtig. Um Berichte über die Verhältnisse und Zustände in Böhmen zu bringen, dazu ist die Parteipresse in deutscher und tschechischer Sprache da, es ist außerdem die ganze bürgerliche Presse gezwungen, fortwährend darüber zu berichten. Was in Böhmen vorgeht, weiß alle Welt, was aber in Galizien, in jenem dunklen Erdteil geschieht, an dem drückt sich die ganze bürgerliche Presse herum, das wird auf das sorgsamste verschwiegen, auch wenn diese bürgerliche Presse in der Schlachtlinie gegen das politische Regiment steht. Auch dann wagt sie es nicht, gegen die Stanczykenwirtschaft ordentlich aufzutreten. Da ist es nun die Pflicht der „Arbeiter-Zeitung“, diese Verhältnisse ans Licht zu ziehen. Ich glaube also, daß daraus dem Blatte kein Vorwurf gemacht werden kann, wir haben nur unsere Pflicht getan. (Sehr richtig!)

Es wurde weiter der Parteivertretung ein Vorwurf daraus gemacht, daß sie in der Frage der Aufhebung der Getreidezölle und der Lebensmittelverteuerung nicht früher energisch eingegriffen habe. Das ist ja sehr schwer; Versammlungen wegen der Lebensmittelteuerung haben wir eine Menge gehabt. Wenn uns ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß wir die Debatte über die Lebensmittelverteuerung nicht genügend verbreitet haben, daß die Sache

ganz unbekannt geblieben ist, und daß wir nicht einmal eine Broschüre daraus gemacht haben, so scheinen die Genossen, die das sagen, zu vergessen, daß wir eine Arbeiterpresse haben, die gewiß in weit ausgiebigerer Weise diese Debatte in die Öffentlichkeit gebracht hat, als dies durch eine Broschüre möglich gewesen wäre. Hätten Sie noch eine Broschüre verlangt, so wäre dem kein Hindernis im Wege gestanden, wir haben geglaubt, daß das genügt. Es wird eben sehr häufig übersehen, daß auch eine Provinzpresse vorhanden ist, und es ist zu meiner großen Genugtuung von mehreren Seiten gesagt worden: Was ihr der Parteivertretung vorwerft als nicht getane Arbeit, verrichtet gefälligst selbst, denn einzelne können nicht alles besorgen.

Nun erlauben Sie, daß ich auf einen Vorwurf zu sprechen komme, den der Genosse Winarsky gegen uns und speziell gegen mein Referat gerichtet hat. Er hat gesagt: Ihr habt eines vergessen, und das ist doch der entscheidende Punkt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Ja, Genossen, das wissen wir ganz genau, daß das der entscheidende Punkt ist. Wir wissen ganz genau, daß Österreich heute daran krankt, daß es sich aus dem Sumpfe der heutigen Verfassungszustände, dieser halb feudalen Zustände, nicht herausretten kann. Ich könnte da auf die Presse hinweisen. Die „Arbeiter-Zeitung“ spricht auch manchmal vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. (Heiterkeit.) Ich könnte darauf hinweisen, daß in der Presse manches dafür geschieht, um dieses Mittel zu empfehlen, aber, Genossen, das würde nicht genügen, Sie verlangen, oder wenigstens Genosse Winarsky meint, man möge eine Wahlrechtsbewegung ins Werk setzen, und er denkt da offenbar an eine Bewegung, die mit derselben Entschiedenheit auftritt, wie die, die wir vor mehreren Jahren hatten. Demgegenüber erkläre ich Ihnen: Heute können wir das nicht tun, vielleicht müssen wir es morgen tun, ich weiß es nicht. (Rufe: Sehr richtig!) Daß wir es aber heute nicht tun können, das ist klar. Solche Bewegungen werden nicht ins Werk gesetzt, weil man sie machen will, solche Bewegungen müssen sich als innere Notwendigkeit aus den Verhältnissen ergeben. (Zustimmung.)

Mir ist es vollständig klar, daß von dem Wort, das Genosse Bretschneider in der Versammlung im Sofiensaal*) zuerst ausgesprochen hat, und das seitdem tausend und tausendmal in Österreich gesprochen wurde: „Keine Ruhe in Österreich, bis das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht durchgesetzt ist“, die ganze österreichische Politik beherrscht wird, das heißt, daß die Ursachen unserer Fäulnis, die Ursachen der ganzen Unfähigkeit, sich aus

*) Die Versammlung im Sofiensaal fand am 18. Oktober 1894 statt. Nach der Versammlung kam es auf der Ringstraße zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zahlreiche Arbeiter verwundet, viele verhaftet und verurteilt wurden.

Ludwig August Bretschneider ist einer der Mitarbeiter Adlers an der Elnigung, bei allen großen Demonstrationen der Wiener Arbeiter der Organisator, später Abgeordneter von St. Pölten.

diesen Verhältnissen herauszuarbeiten, denen Bürgertum, Adel und Regierung ganz ohnmächtig gegenüberstehen, nur zu beseitigen sind durch eine vollständige Umgestaltung unserer Verfassung auf dem Wege des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Zur Erfüllung dieser Forderung können wir heute nicht so viel als die anderen tun. Die Geschichte zeigt, daß man so in Österreich weder regieren noch politisch leben kann, und die bürgerlichen Parteien mitsamt der Regierung, die sich an den Unmöglichkeiten dieser österreichischen Verfassung abstrampeln, bis sie daliegen, sind es heute, die für die Einführung einer wirklich vernünftigen Verfassung das meiste tun. Haben Sie keine Sorge, wenn die Zeit da sein wird, wenn die Gelegenheit günstig sein wird, das heißt, wenn es nötig sein wird, wieder einmal hervorzutreten, den Ruf in die Massen hinauszutragen und sie stürmen zu lassen, dann wird es geschehen. Es wird aber dann geschehen, wenn die Massen instinktiv begreifen, wenn sie nur auf dieses Wort warten, wenn sie so weit sind, um zu stürmen. So weit sind sie heute nicht, vielleicht sind sie es morgen; dann werden wir morgen den Wunsch des Genossen Winarsky erfüllen. (Sehr richtig!)

Weil ich vom allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht spreche, möchte ich noch eines bemerken. Wir haben uns mit den radikalen Parteien beschäftigt. Vergessen Sie ja nicht, daß das, was Genosse Rieger hier angeführt hat, eines der wichtigsten Dinge ist. Vergessen Sie ja nicht, den bürgerlichen und gerade den deutsch-nationalen Parteien aller Schattierungen zu sagen, daß sie an den heutigen Zuständen in Österreich mitschuldig sind. Die Erbsünde der Verderbung der Wahlordnung haben sie auf dem Gewissen, ja, noch mehr, die Badenische Wahlordnung, unter der sie selbst zu seufzen beginnen, ist direkt ein deutschnationales Produkt. Professor Steinwender und Dr. Kraus sind zuerst damit gekommen. Wenn sie heute selbst darunter leiden und sehen, welchen Bock sie geschossen haben, so vergönnen wir ihnen das vom Herzen. Das mag uns aber noch ein anderes lehren, daß wir uns nämlich vor diesen Parteien nicht zu fürchten haben, daß wir aus lokalen Erscheinungen nicht voreilig Schlüsse zu ziehen brauchen, daß wir ja nichts tun dürfen, um den alten Liberalen Gefälligkeiten zu erweisen, noch weniger der heutigen Regierung oder irgendeiner Regierung. Das mag uns lehren, daß wir ruhig abwarten können, bis diese Parteien bei der nächsten Frage, die wirklich das arbeitende Volk betrifft, zeigen, daß sie eben keine Volksparteien sind. Solange sie Phrasen machen, können wir weiter nichts sagen als: Ihr macht Phrasen. Das braucht man uns nicht zu glauben. Wenn es aber zum Klappen kommt, dann führen sie selbst den Beweis, und darauf müssen wir warten.

Ich bin der Ansicht, Genossen, daß die Taktik der Partei ernsten Angriffen, ernstem Tadel nicht ausgesetzt gewesen ist. Ich glaube, daß Sie auch in Zukunft sicher sein können, daß die Vertrauensmänner, die Sie wählen werden, in den gegebenen Bahnen bleiben und in jedem einzelnen Moment wissen werden, wann wir zu

warten und wann wir zu handeln haben. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Partei von heute auf morgen, nichts wäre falscher, als eine Politik der Ungeduld. Ich meine damit nicht, daß wir nicht arbeiten, rastlos arbeiten sollen, das müssen wir, und wir sind ein gutes Stück vorwärts gekommen. Wenn Sie heute die Stellung der Arbeiterschaft in Österreich, nicht bloß der Sozialdemokratie, ihren Einfluß nicht nur in politischen, sondern im gesamten öffentlichen Leben vergleichen mit der Stellung derselben vor ein paar Jahren, so werden Sie alle zugeben, daß wir einen Fortschritt gemacht haben. Das haben aber nicht allein die großen Aktionen der Partei bewirkt. Daß die Partei heute eine so ganz andere Stellung hat, daß die Arbeiterschaft auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu einer gewissen Geltung kommt, daß wir einen Schritt weiter gemacht haben auf dem Wege, der das eigentliche Programm der Sozialdemokratie ist, die politische Macht in die Hände zu bekommen, das ist vielmehr das Verdienst der Arbeit im kleinen, als das der öffentlichen Arbeit, es ist das Verdienst jedes einzelnen Genossen, der mühsam die Organisation mitaufbaut und der im kleinen Kreise den Sozialdemokraten die Achtung der Bevölkerung erwirkt, weil jeder Sozialdemokrat, der in Aktion tritt, dafür bekannt ist, daß er versteht, um was es sich handelt, daß er hilfsbereit und opferwillig ist, kurz, daß er Mut und Verstand hat. Als das sind nicht nur die Leute, die in den Zeitungen genannt werden, bekannt, sondern alle Sozialdemokraten in Stadt und Land. Täuschen wir uns nicht. Diese breite Masse bildet unsere Kraft. Da zu bauen und die kleinsten Leute arbeitsfähig zu machen auf allen Gebieten, das ist die wichtigste und erfolgreichste Arbeit, die wir machen können. Das ist die Taktik, die wir mit allen Mitteln und mit den größten Opfern verfolgen sollen. Wenn es zum Handeln kommen wird, zweifeln Sie nicht: die sozialdemokratische Partei in Österreich wird immer wissen, wo und mit welchen Mitteln sie einzugreifen hat. Wir wären eine schwache Partei, wenn wir vom Lärm leben würden. Wenn die Deutschenationalen zwei Wochen keinen Radau machen, so fragt man: Wo sind sie? (Heiterkeit und Sehr gut!) Mit der Sozialdemokratie ist es so wie mit den Mühlen Gottes: Wir mahlen langsam, aber sicher. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich hoffe, Genossen, daß wir auf dem betretenen Wege bleiben werden. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Christlicher Sozialismus.

Parteitag in Linz 1898.

Wenn ich mir erlaube, dem Referat des Genossen Pernertorfer ein paar Worte anzufügen, so geschieht dies vor allem, um eine kleine Lücke auszufüllen, da ich nicht möchte, daß sie zuungunsten dieses Parteitages ausgenützt würde. Genosse Pernertorfer hat ein glänzendes Bild aller Schattierungen des protestan-

tischen Sozialismus entworfen, er hat aber den katholischen Sozialismus einigermaßen stiefmütterlich behandelt. Nun existiert allerdings auch in Deutschland — und hat existiert — eine Richtung des katholischen Sozialismus, die ziemlich alt ist und diejenigen Genossen, welche die Lassallesche Bewegung genauer kennen, werden wissen, daß zur selben Zeit, als Lassalle aufgetreten ist, der Erzbischof Ketteler von Mainz und mit ihm eine ganze Reihe von Agitatoren, anknüpfend an das Evangelium, mit Forderungen demokratischer Art aufgetreten sind. Die Kette von den Kettelerschen Forderungen bis zu dem, was heute in Österreich im Absterben begriffen ist, ist eine direkte und selbst Meyer steht mitten darin. Er hat sowohl das protestantische wie das katholische Element in sich vereinigt.

Ich möchte, an diese Tatsache anknüpfend und gerade mit Bezug darauf, was der Redner aus Bielitz gesagt hat, ein paar Worte sagen. Es wäre doch ein Wunder, und es wäre gerade von unserem materialistischen Standpunkt gar nicht zu erklären und zu verstehen, wenn nicht aus dem Klerus heraus, der der großen Masse nach ja ein proletarischer Klerus ist, sich gewisse Ansätze und Symptome von proletarischem Klassenbewußtsein entwickeln würden. Wir sehen diese Ansätze auch überall. Das, was sich jetzt in Schlesien vollzieht, haben wir auch in Niederösterreich gehabt. Ich erinnere Sie an den Pater Eichhorn in seiner ersten Gestalt. Ich will da die Personen nicht näher beleuchten, aber jeder von uns, der mit den Leuten etwas mehr Berührung hat, weiß, wie viele mündliche und schriftliche Zustimmungen wir aus den Reihen des Klerus bekommen, und es ist kein Zweifel, daß auch im Klerus vielfach solche proletarische Instinkte auch heute noch lebendig werden. Aber genau so, wie damals die von Ketteler in so hoffnungsreicher Weise, und man muß sagen, mit allen Waffen der Gelehrsamkeit und des Geistes geführte Bewegung erdrückt wurde, wie ihr die Spitze abgebrochen wurde, so sehen wir es überall, wo sich aus dem Klerus heraus solche Elemente entwickeln.

Diese armen proletarischen Geistlichen werden schließlich von dem kapitalistischen Katholizismus entweder gekauft — wie der Stojalowski*) — oder sie werden unterdrückt, gebrochen, mitunter geschieht auch beides, sie werden erst gebrochen und dann gekauft. Das ist in den katholischen Ländern die Übermacht Roms, und das ist die kolossale Macht, die die Organisation der Kirche hat, daß sie es hindert, daß sich aus der Kirche eine katholische, volkstüm-

*) Pfarrer Stanislaus Stojalowski hatte die polnischen Bauern in Galizien unter der Fahne eines „christlichen Sozialismus“ zum Kampf gegen die Ausbeutung durch die „Schlachta“, den polnischen Adel, zu sammeln versucht und dabei auch die Bischöfe nicht geschont. Er wurde von den Bischöfen und von den Behörden verfolgt und fand dabei eifrigste Förderung bei den polnischen Sozialisten, und als er schließlich nach Wien flüchten mußte, tatkräftigste Unterstützung bei der Wiener Sozialdemokratie. Bei den Wahlen im Jahre 1897 drang er mit dem Bauern Thomas Szajer durch: ließ sich aber schließlich vom Polenklub kaufen und damit verschwand auch seine ganze christlichsoziale Bewegung.

liche, sozialistische Bewegung überhaupt entwickelt. Wir können das, was in England geschah, nicht erwarten. Nun wird vielleicht Einer sagen, wir haben ja die große Enzyklika „de novarum rerum“. Diese Enzyklika ist tatsächlich nichts weiter als der Fortschritt der Kirche von den alten feudalen Anschauungen zu modernen, liberalen, wirtschaftlichen Anschauungen, nicht mehr und nicht weniger. Ein jeder liberale Professor steht ungefähr auf dem Standpunkt, auf dem diese Enzyklika steht.

Die Frage, die immer wieder aufgeworfen werden muß, muß für uns sein: Was haben wir als Arbeiterpartei, was haben wir als proletarische Partei von allen diesen Bewegungen zu erwarten? Ist es nicht denn doch möglich, daß sich einmal für uns eine geschichtliche Situation findet, wie sie in den vierziger Jahren in England war, wo die Tories, also der Feudaladel, für Arbeiterschutzgesetze eingetreten sind, ist nicht eine Konstellation in Österreich möglich, wie sie Anfang der achtziger Jahre war, wo Belcredi und Liechtenstein das VI. Hauptstück der Gewerbeordnung*) geschaffen haben, ist es nicht doch möglich, daß diese Kraft, wenn sie auch dem Haß gegen die Bourgeoisie und nicht der Liebe zum Proletariat entspringt, ein Faktor wird, der zum Vorteil der Arbeiterschaft ausgenützt werden kann? Darauf müssen wir eine Antwort finden, und diese kann — man kann das bedauern oder nicht — nicht anders lauten, als: Nein. Das ist nicht möglich, und zwar darum nicht mehr möglich, weil sich inzwischen eine große wirtschaftliche Umwälzung vollzogen hat. Die Scheidung zwischen Landwirtschaftlichem und Kapitalistischem, zwischen Industrie und Landwirtschaft ist vollständig verschwunden und im Verschwinden begriffen. Dem Fürsten Schwarzenberg konnte es noch vor zwanzig, dreißig Jahren gleichgültig sein, in der opulentesten Weise eine Arbeiterschutzgesetzgebung für die Industrie zu bewilligen, während er sich heute sehr hüten wird, mitzutun, wo er selbst Fabrikant und Großindustrieller ist, wo die Landwirtschaft ihren feudalen Charakter immer mehr abstreift, und heute nichts anderes mehr ist als eine Fabrikation im kapitalistischen Sinne. Hier war einmal ein Katholikentag, und zwar der bedeutendste. Der Referent über den Arbeiterschutz war auch der bedeutendste Katholik, den wir in Österreich haben, der Graf Sylva-Tarouca. (Heiterkeit.) Der Mann hat hier in Linz über den Arbeiterschutz und den Achtstundentag referiert. Es waren aber noch keine drei Jahre ins Land gegangen, und er hat gewiß nicht seinen Herrn, aber das Proletariat, als dessen Schützer er sich ausgegeben hat, dreimal verraten. Erinnern Sie sich an jene Parlamentssitzung, wo die Toten von Falkenau und Ostrau**) zitiert wurden und wo von Pernerstorfer die naturgemäße Konsequenz gezogen und gesagt

*) Dieses enthält die Bestimmungen über den Arbeiterschutz.

**) Am 4. Mai 1894 wurden in Falkenau in Westböhmen bei einem Streik drei Bergarbeiter von Gendarmen getötet und acht verwundet; in Polnisch-Ostrau in Schlesien, wohin sich inzwischen der Streik ausgedehnt hatte, schossen am 9. Mai die Gendarmen auf streikende Berg-

wurde: Jetzt sind für den Achtstundentag der Bergarbeiter Jahr für Jahr die größten Opfer gefallen, das Parlament möge doch endlich ein Ende machen und die Achtstundenschicht der Bergarbeiter einführen. Es hat sich nur um die Dringlichkeit gehandelt, aber nicht einmal die Dringlichkeit konnte Herr Graf Sylva-Tarouca, der Führer in der Bewegung des christlich-katholischen Arbeiterschutzes, bewilligen, er hat gegen die Dringlichkeit des Achtstundentages gestimmt. Angesichts solcher Dinge kann eine Täuschung nicht mehr entstehen.

Aber wie steht es denn mit den Christlichsozialen? Es wurde gesagt, sie haben kein Programm. Das Programm der christlich-sozialen Arbeiterpartei wurde in Anwesenheit des Dr. Lueger selbst beschlossen. Sie kennen es ja, übrigens ist es überall um zwei Kreuzer zu haben. Ich gehe ohne dieses Programm überhaupt nicht aus. (Heiterkeit.) Es ist natürlich typisch dafür, was diese Leute sind, in welcher Furcht sie sich befinden, nicht Gottesfurcht, sondern Herrenfurcht. Sie haben nicht ein Wort in diesem Programm, mit welchem sie es wagen, in klarer und präziser Weise für die Arbeiterschaft gegen die Unternehmerschaft einzutreten, ja sie getrauen sich nicht einmal in politischen Dingen. Das Programm wurde beschlossen, nachdem die Badenische Wahlreform schon angenommen war. Da heißt es: „Wir Christlich-soziale verlangen, daß alle männlichen Staatsbürger, die im Vollgenuß ihrer bürgerlichen Rechte sind, mit dem 24. Lebensjahr das aktive Wahlrecht haben.“ Ob auch das gleiche Wahlrecht, sagt das Programm nicht, gegen den Großgrundbesitz wagen sie nicht einmal aufzumucken. Und das heißt christlichsoziale „Arbeiter“partei!

Eines bemerken möchte ich noch. Wo immer die Interessen der Arbeiterschaft und des Proletariats mit der christlichsozialen Politik in Berührung gekommen sind, immer sind die Christlich-sozialen den Interessen der Arbeiterschaft auf das schroffste entgegengetreten. Das war der Fall bei den städtischen Arbeiten in Wien, wo wir ein Lohnminimum und ein Arbeitszeitmaximum verlangt haben, das war bei der bekannten Krüppelgeschichte, das war bei allen Forderungen, die die arbeitenden Klassen betreffen, und es war insbesondere im niederösterreichischen Landtag der Fall, wo diese Leute und besonders ein Geistlicher sich für die Wiedereinführung des Einlegerwesens eingesetzt haben. Eine solche Partei kann der Sozialdemokratie niemals gefährlich werden und sie kann auch nicht auf längere Zeit einen Teil der Arbeiterschaft in ihrem Gefolge haben. Ich habe am vorigen Parteitag gesagt, es ist nicht ausgeschlossen, daß sich eine wirklich katholische, sozialistische Arbeiterpartei entwickelt. Die müßte aber, wenn sie Proletarier in ihren Reihen hat, die einen halbwegs offenen Kopf haben, sich

arbeiter: vierzehn Bergarbeiter waren tot, mehr als zwanzig schwer verletzt. Pernerstorfer beantragte im Parlament dringlich die Untersuchung der Unfälle durch einen eigenen Ausschuß und die Unterstützung der Hinterbliebenen der getöteten Arbeiter. Beide Anträge wurden aber abgelehnt.

von diesen Leuten lostrennen, und diese wären dann die gefährlichsten Feinde jener Leute, die sich heute christlichsozial nennen. Wenn es jemals dazu käme, daß sich eine solche proletarische katholische Partei bildet, mit der müßten wir rechnen. Ich wiederhole aber, daß es in Österreich nicht dazu kommen wird, weil in Österreich jeder Proletarier, der Augen im Kopfe und ein Gefühl für seine Klassenlage hat, von vornherein Sozialdemokrat wird. (Beifall.)

Die Marodeure des Klerikalismus.

Budgetdebatte des Landtages vom 11. Juli 1901.

Wenn zum erstenmal in diesem Hause*) ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei bei der Budgetberatung zum Worte kommt, so hätte er eigentlich das Recht und sogar die Pflicht, eine große Reihe von politischen und sozialen Fragen zu erörtern, die einzelnen Posten des Budgets auf ihre politische und soziale Seite zu prüfen und den Standpunkt der Arbeiterschaft diesen Dingen gegenüber hier kundzutun. Ich will dies aber nur in bescheidenem Umfang tun. Ich bin in das Haus gekommen zu einer Zeit, wo die Verhandlungen des Landtages bereits weit vorgeschritten waren, ich komme aus dem Wahlkampf und bin auch nicht in der Lage, die Einzelheiten heute noch genau zu studieren und zu erörtern, und überdies ist mir die Einleitung

*) Am 2. Juli 1901 wurde Adler bei einer Ergänzungswahl trotz dem Zensus im zehnten Wiener Gemeindebezirk Favoriten, da die neue Einkommensteuer auch viele Arbeiter erfaßte und ihnen damit das Wahlrecht gab, in den niederösterreichischen Landtag gewählt. Von 8469 gültigen Stimmen erhielt er 4298, der Christlichsoziale 4125 und der tschechisch-nationale Zählkandidat 41 Stimmen. Er war der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete in Österreich.

Nachdem er schon am 6. Juli in die Schuldebatte und am 9. in die Debatte über die Spitäler eingegriffen hatte, kam es am 11. Juli in der Budgetdebatte zu dieser großen Rede, die Adler Gelegenheit gab, über die Christlichsozialen und ihre Politik Grundlegendes zu sagen. Vorher hatten einige Deutschnationale und der bekannte Professor Philippovich, der als Sozialpolitiker in den Landtag gekommen war, ziemlich energisch gegen die Christlichsozialen gesprochen. Sie waren aber trotz kleiner Plänkeleien ziemlich ruhig angehört worden. Die Wut der Christlichsozialen über ihre Wahlniederlage und über die bisherigen Reden Adlers kam zum Ausdruck, als Adler zu Wort kam. Zuerst schlug der bekannte Ritualmord-Antisemit Ernst Schneider, nachdem er sich im Wirtshaus in die nötige Stimmung versetzt hatte, wie es seine Gewohnheit war, los mit dem Rufe: „Hoch Hilsner!“ Der Erfolg war aber nicht der, den er erwartet hatte. Die ganze Linke lachte, während seine Parteigenossen sich verlegen wegwendeten. Schneider hielt es für das geratenste, sich wieder rasch in das Wirtshaus zurückzuziehen und Adler konnte beginnen. Bald aber kam wieder die Wut der Christlichsozialen zum Ausdruck, bis es dann zum Schluß zu dem Ausbruch kam. Die Rede ist nach der Broschüre, in der sie damals herausgegeben wurde, abgedruckt.

zu diesem Budget eine Beruhigung darüber, denn es ist nicht zu früh, aber gewiß schon zu spät, etwas darüber zu reden. Das Budget, wie es heute vorliegt und über das wir sprechen, ist eine abgetane Sache; wir können daran nichts ändern. Anders steht es aber mit seiner politischen Bedeutung, und da freilich, meine Herren, sehe ich schon in der Einleitung, mit welcher Sie das Budget einführen, das Bedauern, daß der Landtag so schwer dazu kommt, die Geschäfte ordentlich zu führen, und daß er die Möglichkeit hiezu nicht habe, weil die allgemeine politische Lage dies nicht zulasse. Fürchten Sie nicht, daß ich Sie mit großen politischen Erörterungen über die allgemeine politische Lage behelligen werde. Aber eines erscheint mir notwendig. Wenn ein Mitglied dieses Hauses, welches eine so hervorragende Rolle spielt, wie der Bürgermeister der Stadt Wien, in der Lage ist, bei einer verhältnismäßig recht feierlichen Gelegenheit zu erklären, daß er diese Regierung als eine ganz ausnahmsweise günstige Regierung begrüße, und wenn er mir den Vorwurf macht, daß ich ein k. k. Hofrat sei (Rufe links: Sehr gut!), zugleich aber erklärt, er scheue sich nicht, als ein reiner und purer Regierungsvertreter angesehen zu werden, dann muß ich sagen, daß ich nicht auf dem Standpunkt stehe, daß diese Regierung und das heutige System den Beweis geliefert haben, daß sie über die Schwierigkeiten, in denen sich Österreich befindet, hinauszukommen vermögen.

Meine Herren! Der Herr v. Körber ist gewiß ein ganz geschickter Politiker im Kleinen; als einen Staatsmann werden wir ihn erst dann ansehen können, wenn er die zwei größten Staatsfragen für Österreich zu lösen in der Lage war. Bevor eine Regierung nicht in der Lage ist, die nationale Frage nicht nur zu verkleistern und zu bemänteln, sondern sie zu lösen, und bevor sie zweitens nicht in der Lage ist, die Kräfte Österreichs alle zu sammeln und sie in den Kampf zu führen, nicht um einen schlechten Ausgleich mit Ungarn uns Österreichern abzupressen, sondern, wie es Pflicht jeder österreichischen Regierung wäre, mit Österreich gegen Ungarn das Recht Österreichs zu wahren, kann ich ihren Führer nicht als einen Staatsmann im wahren Sinn ansehen und kann ich ihm auch nicht das unbedingte Lob und die Verehrung, die dieser Regierung der Bürgermeister der Stadt Wien gewidmet hat, zollen. Sie werden vielleicht finden, daß auch das, was ich hier gesagt habe, für einen Sozialdemokraten höchst österreichisch klingt, und ich bin darauf gefaßt, daß man meine Partei, sowie ich unlängst Hofrat genannt wurde, im Verlaufe der Debatte wieder als k. k. Sozialdemokratie*) hinstellt. (Heiterkeit.)

K. k. oder Hochverräter.

Meine Herren! Unsere Partei hat das ganz eigentümliche Schicksal in Österreich und nur in Österreich, daß das, was in jedem

*) Siehe über diese Bezeichnung das Referat auf dem Linzer Parteitag 1898 über Parteitaktik oben unter dem Titel „Die Obstruktion gegen Badeni“ im Abschnitt über den Zerfall Österreichs.

anderen Lande ein Lob ist, bei uns für eine Schande gilt. In jedem Lande ist die Bezeichnung, daß man ein Patriot sei, ein Lob. In Österreich aber gibt es keine größere Beschimpfung — merken Sie das nicht? — als wenn Sie einen Menschen als „k. k.“ bezeichnen. Es ist das das Äußerste an Beschimpfung, was Sie leisten können, und merkwürdigerweise wird das als Beschimpfung gebraucht von derselben Partei, die sich mit Vorliebe als schwarz-gelb, als „k. k.“ bezeichnet. Nun ist es eine merkwürdige Erscheinung. Die Sozialdemokraten werden auf der einen Seite als „k. k.“ bezeichnet, auf der anderen Seite selbstverständlich als Hochverräter, Landesverräter, gefährliche Republikaner, Nihilisten, die Altar und Thron stürzen usw., bezeichnet. Sie sollten sich doch endlich entscheiden. Entweder wir sind schlechte Menschen, weil wir mit der Regierung gehen, oder wir sind schlechte Menschen, weil wir die Regierung zu stürzen und in Österreich das Oberste zu unterst zu kehren versuchen. (Schallende Heiterkeit links.) Aber beides zusammen, das ist zuviel des Vorwurfes, und einer hebt den anderen auf. Es ist aber ein Beleg dafür, wie der Kampf speziell seitens der in diesem Saale herrschenden Majorität gegen uns und gegen alle geführt wird, die ein klares Ziel haben. Der größte Feind dieser Partei, und dasjenige, was sie auf das äußerste bekämpft, ist die Zielklarheit. Reine Verhältnisse und ein klares Ziel verträgt diese Partei nicht. Denn sie ist eine Partei, die von allem Anfang an im Trüben gefischt hat und nur so lange leben wird, als man gestattet, daß etwas trüb, unklar und dunkel bleibt.

Christlichsoziale Arbeiterpolitik.

Was nun die Politik anlangt, die in diesem Hohen Hause getrieben wird, so will ich dieselbe nur in zwei Punkten kennzeichnen. Das Verhalten der Majorität gegenüber der Arbeiterschaft ist bereits gestreift worden, und Sie wissen, daß man eine ganze Reihe von Fällen anführen könnte, die den arbeiterfeindlichen Charakter dieser Majorität deutlich beweisen. Arbeiterfeindlich sage ich. Natürlich wird man sagen: Wir sind nicht Feinde der Arbeiter, wir sind nur Feinde der Sozialdemokratie. Aber, meine Herren, es gelingt Ihnen heute nicht mehr, irgend jemanden darüber zu täuschen und irrezuführen: Was in diesem Lande in der Arbeiterklasse klar denkt, was in diesem Land ein klares Ziel hat, gehört der Sozialdemokratie an. Die Versuche, die Arbeiterschaft unter die christlichsoziale Fahne zu bringen, sind in einer traurigen Weise mißglückt, und ich prophezeie Ihnen, daß es Ihnen in dieser Beziehung immer noch übler ergehen wird. Ich erinnere mich sehr gut, daß nicht nur hier, sondern auch im Ausland jeder katholische Mann, ja jeder Priester, der es mit dem sozialen Kampf ernst gemeint hat, in dem Moment, wo er gezeigt hat, daß es ihm ernst ist, von den Oberen zurückberufen und sogar unterdrückt wurde. Sie und jener Splitter der Arbeiterschaft, der Ihnen folgt,

wollen von dem Klassenkampf nichts wissen, Sie wollen einen Sozialismus ohne Klassenkampf, aber mit klerikaler Färbung. Aber hier wie überall ergeht es Ihnen so, daß sich die Leute, die von Ihnen aufgerufen werden, in dem Moment, wo sie zum Bewußtsein der Sachlage gelangen, von Ihnen abwenden und abwenden müssen.

Ich erinnere Sie an das Schicksal des Pfarrers Eichhorn*). Wo ist der Mann hingekommen? Er hat seine Fehler gehabt, das weiß ich. Er ist aber seinerzeit in recht kraftvoller Weise für die Interessen der Arbeiterschaft eingetreten. Wo haben Sie ihn hingetan? Er mußte schweigen. Ich verweise auf einen zweiten Herrn, der hier in diesem Saale sitzt, den Herrn Abgeordneten Dr. Scheicher. Dieser hat vor einigen Jahren noch sehr arbeiterfreundlich gesprochen. Er hat die sozialen Pflichten des Klerus in einer sehr hübschen und mitunter sehr zutreffenden Weise auseinandergesetzt.

*) Der Pfarrer Rudolf Eichhorn, von dem Adler hier spricht, war während des Streiks der Wiener Tramwaykutscher bekannt geworden (siehe diese Adler-Schriften, Band IV, Seite 39), wo er auch eine Interpellation gegen die Reitzes-Gesellschaft einbrachte. Er hatte bereits im Jahre 1885 eine Broschüre „Die weißen Sklaven der Wiener Tramwaygesellschaft“ eingebracht, von der Adler sagte, daß sie mit genauester Sachkenntnis die Verhältnisse schildert und daß sie durch die sozialpolitische Konfusion des Verfassers keineswegs entwertet wird. Siehe auch oben den Artikel „Herr Kooperator Eichhorn“ in der „Gleichheit“ vom 5. Februar 1887. Eichhorn war in das Parlament gelangt, als in Zwettl die für Schönerer abgegebenen Stimmen für ungültig erklärt wurden, weil Schönerer bekanntlich wegen eines Einbruchs in die Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes“ verurteilt und seines Mandats verlustig geworden war.

Der Abgeordnete Monsignore Josef Scheicher hatte auch als sozialgesinnter Geistlicher angefangen und hatte auch die Leitung der von Vogelsang begründeten „Monatsschrift für christliche Sozialreform“ geführt. Noch im Jahre 1895 schrieb er in dieser Monatsschrift (XVII. Jahrgang, Heft 10, Seite 437), woran Schuhmeier, als Scheicher sich wieder als Sozialistenfresser gebärdete, in einer Parlamentsrede im Februar 1903 erinnerte, folgende Sätze:

Die Reichen, die Fürsten, Grafen und Barone nennen sich katholisch, die Armen, wenn sie nicht daran glauben wollen, daß die gegenwärtig bestehende Fälschung der Gotteslehre das wahre Christentum ist, nennt man glaubenslose Sozialdemokraten; man nennt sie auch eine Rotte verkommener Menschen und Revolutionäre, die die von Gott gegebene Gesellschaftsordnung umstürzen wollen...

...Ja um Gottes willen, wie und mit was soll denn der Klerus den Sozialdemokraten entgegentreten? Die Sozialdemokraten bekämpfen das Kapital und den Reichtum überhaupt. Hat denn aber Christus der Herr in der ganzen Zeit seines Erdenlebens nicht dasselbe getan? Die Sozialdemokraten verlangen die Gleichheit aller Menschen, und man kann keinen Satz in den heiligen Evangelien finden, der nicht dasselbe verlangt. Die Sozialdemokraten

Abgeordneter Wohlmeyer*): Dafür ist er auch von den Sozialdemokraten in den Kot gezogen worden!

Abgeordneter Dr. Adler: Das weiß ich nicht, aber dafür, daß er heute schweigt, sitzt er auch mit an der Macht, und daß er schweigt, ist die Bedingung dafür, daß er mit jenen Herren die Macht teilt. Es ist aber hier nicht allein so. In Belgien haben Sie den berühmten Abbé Daens, einen wirklich mutigen Mann. Er ist mit der Exkommunikation bedroht oder sogar exkommuniziert worden und mußte seine sozialistische Tätigkeit einstellen. Und schauen Sie nach Deutschland, wo man lange geglaubt hat, daß der Katholizismus — oder besser gesagt, der Klerikalismus — eine Art Schutzmittel gegen die Sozialdemokratie sei, und wo man darauf hingewiesen hat, daß sich in den katholischen Provinzen, in den Rheinlanden und Westfalen, wo die Großindustriезentren sind, die Sozialdemokratie nicht so entwickelt hat wie in Preußen und in Sachsen. Heute aber sehen Sie, meine Herren, daß auch in den katholischen Rheinlanden die Sozialdemokratie stündlich anwächst, und jeder Versuch der Katholischsozialen, die Arbeiterschaft selbständig zu organisieren, endet mit einem Konflikt zwischen den katholischen Organisationen der Arbeiter und den Organisationen der herrschenden

verlangen, daß das Zinskapital, welches nur Faulenzer erzeugt, abgeschafft werde, und daß alle Menschen arbeiten sollen. Im Evangelium wird dasselbe mit den Worten verlangt: **Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.**

Aber, so sagt man wieder, die Sozialdemokratie verlangt Gütergemeinschaft und die Abschaffung des Privateigentums. Da braucht man aber wieder nur die Geschichte des Christentums von der Himmelfahrt Christi bis ins vierte Jahrhundert zur Hand zu nehmen, und **man findet diese Gütergemeinschaft bis ins letzte Glied in Wirksamkeit. Überhaupt decken sich die wirtschaftlichen Fundamente der Sozialdemokratie in allem und jedem mit den wirtschaftlichen Fundamenten des Christentums.**

Scheicher führte den Christlichsozialen den niederen Klerus zu und avancierte, als die Christlichsozialen mit den Kirchenfürsten ihren Frieden machten, auch auf der hierarchischen Stufenleiter. Aus seiner früheren Zeit blieb ihm nur ein gewisses Raunzen über die Kirchenfürsten zurück, das auch in seinen Memoiren („Erlebnisse und Erinnerungen“) zum Ausdruck kam.

Der Abbé Daens war der Führer der belgischen Christlichsozialen, solange sie noch sozial sein wollten. Im Jahre 1891 hatte sich in Belgien eine christliche Volks- und Arbeiterpartei unter den Namen „Ligne démocratique belge“ (belgische demokratische Liga) gebildet. Als die Partei es aber unter der Führung des Abbé Daens gegen die Bischöfe und die Arbeitgeber auftrat, wurde Daens aus dem geistlichen Stand hinausgedrängt. Nun konnten auch die belgischen Christlichsozialen ihren Frieden mit den Herrschenden machen.

*) Ein christlichsozialer Abgeordneter, der einige niederösterreichische Landgemeinden vertrat.

Klassen, besonders aber der Bischöfe. Wenn sich bisher in den Rheinlanden die Sozialdemokratie nicht entwickelt hat, so war daran nicht das katholische Zentrum schuld, sondern der unsinnige Kulturkampf, den Bismarck gegen den Klerikalismus geführt, und der dort Früchte gezeitigt hat, wie jede Verfolgung sie zeitigen muß. Heute ist dort das Zentrum zur herrschenden Partei avanciert, ungefähr so wie hier, und die Arbeiter mußten sich vom Zentrum trennen und sich selbständig proletarisch organisieren. Eine arbeiterfreundliche Haltung war von Ihnen, meine Herren, von vornherein nicht zu erwarten, sondern Sie haben nur den Versuch gemacht, die Arbeiter für Ihre Zwecke einzufangen und sie durch Phrasen und ölige Redensarten dazu zu verleiten, Sie — die größten Feinde der Arbeiterschaft — als ihren Schützer anzusehen.

Der Kampf gegen den Klerikalismus.

Dieser Versuch ist sehr bald gescheitert. In dem Moment, wo sich Ihre Partei als eine klerikale Partei gezeigt hat, in demselben Moment war all ihr Liebeswerben absolut umsonst. Sie haben es hier von einem bürgerlichen Abgeordneten gehört, und ich wiederhole es Ihnen als Vertreter der Arbeiterschaft, die ich in allen ihren Schichten in ganz Österreich seit Jahren genau kenne, ich erkläre Ihnen, daß diese weit mehr noch als das Bürgertum gegen die Bestrebungen der klerikalen Partei sich stemmt, und das wird die Arbeiterschaft immer und immer wieder tun. Natürlich, Sie, die Sie alles verdrehen und durcheinander bringen, die Sie glauben, mit einer Phrase, mit einem Witze sich über die ernstesten Dinge hinwegzuhelfen (Abgeordneter Noske: Sehr richtig!), Sie sagen und schreiben, das sind die Juden, die jüdischen Führer, die die Arbeiter in den Kampf gegen den Klerikalismus führen.

Abgeordneter **Schneider**: Sehr richtig!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Natürlich, da schreien Sie gleich: Sehr richtig! Wie könnte ich hier einen Widersinn aussprechen, wie könnte ich hier eine Verdrehung der Tatsachen aussprechen, wie könnte ich hier irgend etwas sagen, was der Wahrheit ins Gesicht schlägt, ohne Ihren Beifall sofort auf meiner Seite zu haben? (Heiterkeit links.) Ich will Ihnen etwas sagen. In Wahrheit steht die Sache umgekehrt. Wenn die Sozialdemokratie auf die Arbeitermassen in dieser Beziehung einen Einfluß ausübt, so ist es der, daß sie ihnen sagt: Der Feind ist nicht der Klerikalismus allein. Wenn wir einen Einfluß ausüben, so ist es der, daß wir den Arbeitern fortwährend sagen: Liebe Leute, nicht nur der Klerikale, der heute an der Spitze steht, der heute die Schule verdirbt und korrumpiert und im Marke umbringt, ist gefährlich, sondern gefährlich sind auch jene Liberalen — siehe die Namen Stremayr, Gautsch und jetzt Hartel — jene Liberalen, die diesem Spiele seit jeher zugeschaut und es begünstigt haben, daß die Klerikalen sich der Schule bemächtigen wollten. Das war ihr Amt seit jeher; aber daß das Bürgertum keine anderen Vertreter in der Regierung hat als solche,

aus Feigheit nach oben und Lust an der Macht diese klerikalischen Bestrebungen begünstigt haben und groß werden ließen, das müssen wir den Arbeitern fortwährend sagen, damit sie wissen, daß ihre Feinde nicht nur drüben, sondern auch hüten sind. Sie sind im Irrtum, wenn Sie meinen, daß wir, die „jüdischen Führer“, hetzen und daß wir die Urheber des Abscheus der Arbeiter gegen Ihre Partei sind.

Die Knechtung der Lehrer.

Aber warum sind die Arbeiter denn so sehr gegen die Klerikalen? Es wurde hier schon davon gesprochen, und ich will nicht, wie ich es mir vorgenommen habe, alle einzelnen Fälle von Maßregelungen der Lehrer erzählen, obwohl, wenn ich nicht irre, der Herr Landesschulreferent es abgeleugnet hat, daß überhaupt jemand gemäßregelt wurde; ich will diese Fälle vorläufig nicht erzählen. (Zwischenrufe rechts.) Ich könnte eine große Anzahl von Oberlehrern, Unterlehrern und Aushilfslehrern aufzählen, ich will aber nur auf eines hinweisen, was mir gefährlicher erscheint als alle Maßregelungen. Eine systematische Bedrohung der gesamten Lehrerschaft findet jetzt in dem Moment, wo neue Lehrer angestellt werden, Tag für Tag durch den Herrn Bürgermeister der Stadt Wien statt. (Gelächter rechts.) Jedesmal, so oft ein Lehrer ernannt wird oder ein Hilfslehrer definitiv werden soll, erhalten sie eine Einladung, im Rathaus zu erscheinen, Herren und Frauen, Lehrer und Lehrerinnen. Im Rathaus wird ihnen zuerst das Bekenntnis abgenommen, daß ihre Umgangssprache die deutsche ist.

Liebenswürdige Erpressungen.

Nun, das ist sehr harmlos; daß man in Wien nicht Lehrer anstellt, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, darüber ist nichts zu reden, und ich möchte die Herren Deutschnationalen bitten, sich auf dieses Zugeständnis des Herrn Bürgermeisters in ihrem Chauvinismus nicht allzuviel einzubilden. (Abgeordneter Hofer*): Das ist nur pro forma, das wissen wir!) Das ist ein sehr unschuldiges Vergnügen, das sich der Bürgermeister macht. Es ist eben eine der großen Blasen, die er so gern aufsteigen läßt, über die sich die Menschen freuen, solange sie kleine Kinder sind. (Abgeordneter Sturm: Sie sind auch so eine Blase!) Wenn diese Zeremonie vorbei ist, werden die Lehrer zum Herrn Bürgermeister selbst gerufen, und er hält ihnen dann folgende Rede: „Sie wissen, daß ich weder Sozialdemokraten noch Schönerianer anstelle. Sozialdemokraten deshalb nicht, weil sie Republikaner sind, Schönerianer nicht, weil sie Landesverräter sind. Sie werden mir jetzt das Wort geben, daß Sie weder Sozialdemokrat noch Schönerianer sind. Sie brauchen mir dieses Ehrenwort nicht zu geben“ — versäumt der Herr Bürgermeister nicht,

*) Der Abgeordnete Hans Hofer war damals noch ein sehr freisinniger Deutschnationaler, ist später zu den Christlichsozialen übergegangen.

beizufügen, denn er will auch in diesem Falle, wie auch in allen anderen, also selbst in dem Moment, wo er eine politische Erpressung ausübt (Abgeordneter Noske: Sehr richtig!), als gerechter, urbaner, lebenswürdiger Mann dastehen, als welcher er jener Welt bekannt ist, die ihn nicht kennt und durchschaut — „aber dann werden Sie halt nicht ernannt.“ (Abgeordneter Dötzt*): Liguori-Moral.) Dann fügt er bei: „Es werden schon ein paar unter Ihnen sein, die trotzdem Schönerianer oder Sozialdemokraten sind, aber ich werde die „Arbeiter-Zeitung“ und die „Ostdeutsche Rundschau“ genau lesen und schon darauf kommen.“ Dieser Vorgang, meine Herren, ist nach meiner Überzeugung eine der korrumpierendsten Maßregeln, eine der die Zukunft der Kinder am meisten gefährdenden Maßregeln, die es gibt. (Abgeordneter Noske: Sehr richtig!) Ich will Ihnen etwas sagen. Ich fürchte mich nicht vor einem klerikalen Lehrer; ich fürchte mich vor gar keiner Überzeugung, vor gar keinem Menschen, der eine Überzeugung hat, wenn sie ehrlich ist. Ich selbst habe meine Jugend da vis-à-vis im Schottengymnasium zugebracht, und ich bin den Herren zum größten Danke verpflichtet. Es waren ganz ausgezeichnete Professoren unter den Herren, die dort unterrichtet haben. Man wird nicht klerikal durch die Berührung mit Priestern. (Gelächter und Rufe rechts: Die werden bedauern, daß Sie dort in die Schule gegangen sind!) Ich weiß das nicht. Da aber schon davon die Sprache ist, will ich erwähnen, daß in demselben Jahrgang auch meine Freunde Pernerstorfer und Dr. Zemann**) waren, also drei Herren, die dem Herrn Dr. Lueger nicht sehr angenehm sind. Es war halt ein schlechter Jahrgang.

Abgeordneter Dr. Lueger: Wirklich die reine Reblaus. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. Adler: Ich habe das nur darum gestreift, weil ich sagen will, daß wir uns vor einer religiösen Überzeugung und einer politischen Überzeugung welcher Art immer nicht fürchten und nicht gefürchtet haben; wovor wir uns allerdings fürchten, ist die Verderbung des Charakters, wie sie Dr. Lueger durch diese und ähnliche Maßregeln herbeiführt. Die Lehrer, die gemäßregelt worden sind, die ein Opfer ihres Berufes und ihrer Überzeugung geworden sind, sind gewiß unserer Anteilnahme würdig, weil sie schwere Opfer an ihrer Existenz gebracht haben; aber soviel Sie auch maßregeln, so sind es immerhin nur einzelne Leute. Diejenigen aber, die Sie nicht maßregeln, die sich fügen, die vor die Wahl gestellt wurden, ob sie mit ihren Kindern morgen zu essen haben wollen oder nicht, ob sie das Verbrechen begehen

*) August Dötzt, einer der wenigen niederösterreichischen Schönerianer.

**) Einer der „Sozialpolitiker“, die in den Landtag gewählt worden waren. (Siehe die Schlußbemerkung bei dem Referat über Parteitaktik auf dem Parteitag 1897 „Klerikalismus und Nationalismus.“)

wollen, diese wahre Sünde gegen den heiligen Geist, ihre Überzeugung zu unterdrücken und die in diesem Kampf unterlegen sind, das sind die gefährlichsten Elemente für unsere Jugend. Ich würde meine Kinder ohne weiteres einem überzeugten klerikalen Lehrer in die Schule geben. Wenn ich die Überzeugung habe, daß der Mann glaubt, was er sagt, dann fürchte ich mich vor ihm nicht. Ich würde meine Kinder aber nur mit Zittern einem Mann in die Schule geben, der gezwungen ist, seine Überzeugung zu verleugnen.

Abgeordneter Sturm: Das ist eine Phrase!

Abgeordneter Dr. Adler: Sie sagen, das ist eine Phrase. Dann ist wohl für Sie jede Überzeugung eine Phrase und nur das eine echt: das Streben, vorwärts zu kommen und sich in der Sonne zu weiden, um zu Ämtern zu gelangen.

Abgeordneter Dr. Lueger: „Sich in der Sonne zu weiden!“ Sagen Sie doch, wo wir uns weiden? Was schlagen Sie denn die Hände zusammen, sagen Sie es doch! (Heiterkeit rechts.)

Abgeordneter Dr. Adler: Herr Bürgermeister! Sie sind ja bekannt als der Mann, der die besten Witze in Wien macht. (Heiterkeit.) Aber es ist nicht nett von Ihnen, daß Sie uns hier mit so schlechten Proben regalieren und abspeisen. (Heiterkeit links. — Landmarschall gibt das Glockenzeichen.) Ich sage Ihnen noch einmal, die Lehrer, die man gezwungen hat, ihre Überzeugung zu unterdrücken, sind eine Gefahr für unsere Kinder.

Orthographie oder Charakter?

Ich habe am ersten Tage, wo ich hier war, einer kurzen Debatte über Bürgerschulen beigewohnt. Man hat sich über das Lehrziel gestritten, und ich glaube, der Herr Schulreferent war es, der sagte, bei der Bürgerschule kommt nicht viel heraus. Bei einer Prüfung hätte ein größerer Prozentsatz der Schüler ein schweres Wort nicht richtig schreiben können. Ich habe die größte Achtung vor der Orthographie und Syntax. Ich halte das für sehr nützliche Dinge und bin überzeugt, daß jedermann seine Sprache richtig kennen soll. Wenn aber solche Dinge passieren, weiß ich mich darüber zu trösten. Vor einiger Zeit habe ich zufällig wieder nach einigen Jahren *Werthers Leiden* von Goethe in der Hand gehabt und war verwundert, wie viele orthographische und syntaktische Fehler dort vorkommen. Schauen Sie, der Mann hat es in der deutschen Sprache später doch recht weit gebracht, das hat seiner Entwicklung nicht geschadet. Es wurde damals aber auch gesagt: „Ja, Sprachlehre lernt man nicht in den Schulen, dafür lernt man zu viel Naturlehre.“ Ja, das glaube ich, das Ihnen das unangenehm ist. (Gelächter und Widerspruch rechts.) Sie sagen es ja fortwährend. Sie wollen ja immer die Naturlehre, den Realunterricht beschränken. Herr Dr. Geßmann hat das ja selbst gesagt.

Abgeordneter Sturm: Sie wollen den Kindern noch mehr einpfropfen, damit sie noch weniger lernen!

Abgeordneter Dr. Adler: Ja, das ist unser einziger Zweck; wir möchten noch mehr hineinfropfen, damit die Kinder noch weniger lernen. Das haben Sie ganz richtig erraten. (Heiterkeit links.) Die Realien, welche den Gesichtskreis des Kindes erweitern und ihm eine Weltanschauung eröffnen, sind viel wichtiger als die nach alter, scholastischer Manier getriebenen grammatikalischen und sonstigen Studien. So hoch ich aber vom Realunterricht und vom Schulunterricht überhaupt denke, für viel wichtiger halte ich noch die Erziehung, die die Schule dem Kinde zu geben hat. Ich sage Ihnen, auf diesem Gebiete kann leider, wie die Dinge liegen, der Lehrer nur mit größter Aufopferung dem Kinde nützen, er ist aber sehr leicht in der Lage, dem Kinde zu schaden. Ich sage Ihnen, alle Weisheit, die Sie dem Kind auf dem Gebiete der Orthographie und der Grammatik und der sonstigen für die Entwicklung Ihrer Herrschaft unschädlichen Fächer eintröpfen wollen, verschwindet total dagegen, daß die Kinder unter der Leitung eines Mannes stehen, der kein aufrechter Mann mehr ist, daß sie unter der Leitung eines gedrückten Menschen stehen, der nicht nur bedrückt ist, weil Sie ihm eine schlechte materielle Lage bereiten, eine sorgenvolle Lage, sondern vor allem deshalb, weil er sich als Ihr leibeigener Sklave fühlt, weil er sich als **Ihr Bedienter** fühlt und weil er sein Bestes zum Opfer gebracht hat um das armselige Stück Brot, das Sie ihm geben. Das sind die gefährlichen Lehrer, die dieses ganze Österreichertum in der Geschichte auf ihrem Gewissen haben, die diese Österreicher zur Knechtseligkeit erzogen haben. Das ist jene Erziehung, die es so schwer macht, daß dieses Österreich sich erhebt. Das wissen die Arbeiter. Das verstehen sie genau und darum stehen sie jederzeit mit voller Energie und Tatkraft auf Seite der Lehrer und werden ihr Äußerstes daransetzen, jedes Attentat, das von Ihrer Seite auf die Schule geplant werden sollte, abzuwehren. Sie wissen, daß schon einmal dieses Bündnis zwischen der Arbeiterschaft und dem vernünftigen Bürgertum bestanden hat. Leider war das bei weitem nicht das ganze Bürgertum. Den reichen plutokratischen Schichten des Bürgertums ist die Schule ganz Wurst. Diese Kreise haben sich mit Ihnen abgefunden, wie Fürst Liechtenstein seinerzeit ganz richtig prophezeit hat. Diese Leute gehen immer mit Ihnen und machen keine Opposition; sie fressen aus diesem Troge wie aus jedem anderen. (Unruhe und Zwischenrufe rechts. — Abgeordneter Schneider: Aber die Studentinnen aus der Novaragasse!) Aber jener Teil des Bürgertums, der der Intelligenz angehört und der seine Existenz aus der qualifizierten Arbeit schöpft, ist es, der eben darum dem Arbeiter nahesteht und ihn begreifen kann. Seine Inter-

essen sind wenigstens in diesem Punkt identisch mit denen der arbeitenden Klasse. Dieser Teil ist mit uns, und Sie können ruhig sein, die Arbeiterschaft wird auch zu ihm stehen. Dieses Kapitel ist eigentlich unerschöpflich; ich könnte Ihnen noch sehr viel erzählen (Abgeordneter Jax: Was aber alles nicht zum Budget gehört!), und wenn ich Ihnen alle Sünden vorhalten wollte, würden wir heute nicht fertig werden. (Gelächter rechts.)

Die Rettung des Kleingewerbes.

Ich wende mich jedoch zu einer zweiten Sache, die ebenso interessant ist. (Abgeordneter Jax: Aber wieder nicht zum Budget gehört!) Wo sind eigentlich die Quellen Ihrer Herrschaft? Was hat Sie denn unter anderem zur Macht gebracht? Niemand anderer hat Sie neben der Feigheit unseres Bürgertums zur Macht gebracht als die Illusionen, welche Sie verstanden haben in dem Kleinbürger zu erwecken, und insbesondere jene Täuschungen, welche Sie unter dem Schlagwort der „Rettung des Kleingewerbes“ vorgebracht haben. Das ist wieder ein Punkt, wo Sie für uns ein fertiges Klischee haben. Sie sagen, wir seien Feinde des Kleingewerbes, wir wollen es beseitigen und wir arbeiten an der Beseitigung desselben. Das ist wieder eine starke optische Täuschung.

Abgeordneter Dr. Lueger: O nein!

Abgeordneter Dr. Adler: Herr Bürgermeister, sagen Sie nicht: O nein! Entschuldigen Sie, aber in bezug auf Sie habe ich schon seit Jahren eine eigene Auffassung. Fast alle und die meisten Menschen, die ich kenne, sprechen, was sie glauben und für wahr halten. Sie, Herr Bürgermeister, Sie glauben, was Sie sprechen, und zwar glauben Sie es nur so lange, als Sie es sprechen, und glauben immer wieder etwas anderes, wenn Sie es gesprochen haben. (Heiterkeit links.) Wenn Sie, meine Herren, Ihrer Überzeugung noch so stark Ausdruck geben, daß wir wirkliche Feinde des Kleingewerbes sind, so berührt mich dies wirklich nicht. Das traue ich Ihnen schon zu, Herr Bürgermeister, daß Sie in absehbarer Zeit, wenn es Ihnen in den Kram paßt, das Gegenteil beweisen werden. Was es damit auf sich hat, werde ich kurz berühren. Wir sehen vor uns ein Zugrundegehen des Kleingewerbes: das ist eine Tatsache, worüber ich keine Einzelheiten vorzubringen habe. Über die Tatsache sind wir alle einig. Sie suchen nun dem Manne, der im Zugrundegehen begriffen ist, zu sagen: Schuld an deinem Zugrundegehen sind einzelne schlechte Einrichtungen und die Bosheit der Menschen, die dir nicht die nötige Hilfe bringen, um deinen Untergang aufzuhalten.

Wir sagen: Dieses Zugrundegehen des Kleingewerbes ist ein Kapitel in dem sich naturnotwendig vollziehenden Prozesse, den man nicht

aufhalten kann, es ist ein Kapitel in dem Prozesse, der mit den größten Schmerzen für die Individuen, die davon betroffen sind, verbunden ist, und den zu einem möglichst schmerzlosen zu gestalten eigentlich unsere Aufgabe wäre. Womit retten Sie das Kleingewerbe? Ich mache da auf eine Erscheinung aufmerksam, die ich immer wieder in Ihrer Partei finde. Sie haben in Ihrer ganzen Apotheke nicht ein einziges Medikament, welches Sie nicht aus der alten liberalen Küche beziehen. Sie haben lange die Liberalen verhöhnt mit ihrer Forderung nach Fachschulen, Sie haben immer die Liberalen mit ihren Klagen verhöhnt, daß das Kleingewerbe zu wenig ausgebildet und konkurrenzunfähig sei, und heute gründen Sie selbst Fachschulen, heute tun Sie dasselbe, was früher einmal die Liberalen getan haben. Sie haben die Liberalen verhöhnt mit den kleinen Kraftmaschinen, mit den Versuchen der Assoziation, insbesondere der Produktivassoziation, und heute müssen Sie selbst dieses alte liberale Rezept herausgreifen, und das einzige, was Sie Ernsthaftes tun, sind diese Dinge. Denn mit der Spielerei mit den §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung werden wir uns doch hier nicht abgeben; das haben Sie hier nicht notwendig. (Abgeordneter Noske: Sehr gut!) Wir Sozialdemokraten wünschen Ihnen wie jeder Verwaltung auf diesem Wege das allerbeste Gelingen und sagen: Wir unterstützen das unbedingt. Je mehr Maschinen Sie den Genossenschaften geben, desto lieber ist es uns; je mehr Produktivgenossenschaften Sie aufrichten und kleine Meister hineinstellen, desto lieber ist es uns; denn wir sehen darin, wenn auch nur ein sehr kleines, ein herzlich unbedeutendes, aber immerhin ein Stück des Fortschrittes von der alten rückständigen Produktionsweise zu einem Kollektivbetrieb; das übrige wird sich schon von selbst machen. Wenn Sie den Sinn für die Kollektivproduktion selbst in die schwer zu erobernden Elemente, wie es die Kleingewerbetreibenden sind, bringen, sind wir Ihnen für diese Unterstützung unserer Agitation sehr dankbar.

Aber auf eines muß ich Sie aufmerksam machen. Wir sagen: Das Kleingewerbe können wir nicht retten, es ist dem Untergang verfallen, weil der Untergang im Wege der geschichtlichen Entwicklung liegt. Was wir aber können, das ist, in dem Kleingewerbetreibenden den Menschen zu retten. Der Mann wird proletarisiert, davor können wir ihn nicht schützen. Sie versprechen ihm nun Hilfe, und wenn er unverständlich ist, so glaubt er Ihnen und fällt hinein und wählt Sie. Sie können aber auch nichts anderes tun, als ihn in eine Werkstätte hineinstellen; und was sind dann die Kleingewerbetreibenden, wenn Sie sie endlich darin haben werden, in jenen großen Gesellschaften, in jenen Produktivassoziationen, welche Sie vorhaben? Welche Rolle wird er dort spielen? Damit ist er ein selbstän-

diger Gewerbetreibender nicht mehr, damit ist er entweder ein Arbeiter (Abgeordneter Kick: Ganz gewiß!), oder ein Aufseher, oder ein Beamter; aber das, was man heute, wie zum Hohn, seine wirtschaftliche Selbständigkeit nennt, ist selbstverständlich aufgehoben. Sie können den Kleingewerbetreibenden auch mit Ihren Mitteln nicht als Kleingewerbetreibenden retten, Sie können nur auf Ihre Weise die Überleitung des kleinen Betriebes zum Fabrikbetrieb beschleunigen. Wenn man aber das tut, dann muß man es in vernünftiger und vorwurfsfreier Weise tun. Unter anderen ist bekanntlich eines der Hauptschlagwörter, mit welchen Sie gegenüber den Kleingewerbetreibenden arbeiten, die Zuwendung von Lieferungen an die Gemeinden, an das Land und den Staat an die Kleingewerbetreibenden. Ich habe nichts dagegen, daß dies geschieht, und es läßt sich nichts einwenden; wenn der Mann in der Qualität gut liefert, ist es ganz in der Ordnung. Diese Gelegenheit sollte aber doch nicht dazu benützt werden, um die Löhne zu drücken und die Preise direkt zu verderben. Wir werden noch einmal bei jener Vorlage darauf zu sprechen kommen, die der Herr Landesausschuß Steiner vorbereitet hat, in welcher es sich um die Aktion zur Förderung des Kleingewerbes handelt. Ich möchte schon jetzt sagen: Eine Förderung des Kleingewerbes — vielleicht in Ihrem, nicht in meinem Sinne — ist es nicht, wenn dem kleinen Meister Lieferungen von Schuhen übertragen werden, und dann triumphierend gesagt wird: Die Preise, die wir bezahlen mußten, waren „gegenüber der Strafhausearbeit nur unbedeutend höher“. Die Konkurrenz mit der Strafhausearbeit ist nicht das, was ich eine Förderung des Kleingewerbes nenne.

Die Wahl.

Aber, meine Herren, jetzt komme ich zum letzten Absatz. Was ist die eigentliche Ursache, daß Sie so unbedingt wirtschaften können im Lande? Was ist die Ursache, daß Sie sich alles erlauben dürfen in Wien und Niederösterreich? (Rufe links: Noch nicht!) Vorläufig ja. (Rufe links: Aber hoffentlich nicht mehr lange!) Sie meinen, es werde kommen, daß sich die Herren einmal nicht alles werden erlauben dürfen? Hoffen wir! Vorläufig ist ein ernster Widerstand in den Kreisen, die dazu verpflichtet wären, noch nicht da. Hoffen wir aber, es bei den nächsten Wahlen zu erleben. Was ermöglicht Ihnen also Ihre unbedingte Herrschaft? Sie wird ihnen ermöglicht durch die Wahlordnung, die gemacht wurde von der liberalen Partei! Es tut mir leid, meine Herren Liberalen (Heiterkeit. — Abgeordneter Schneider: Wie er sich entschuldigt bei den Liberalen!), ich würde Sie sehr gern schonen, weil der Schutz der Schwachen wirklich eine ethische Forderung ist; aber es tut mir leid, der kleine Überrest, welcher von dem alten Liberalismus hier ist, muß die Sünden büßen, die seine Vorgänger begangen haben. Daß Sie so schwach sind, ist ja eben die Schuld Ihrer Vorgänger. Wir haben eine Wahlordnung, die das Land an die liberale Plutokratie

ausliefern sollte*), und das Resultat ist heute, daß das Land ausgeliefert ist an die klerikale Plutokratie. (Zustimmung links. — So ist es!) Sie haben eine Wahlordnung, die der Kurie des Großgrundbesitzes (Abgeordneter Sturm: Die gehen ja mit Ihnen!) ein mächtiges Präzipuum gibt. 16 Mandate von 78 Mandaten — ich habe ausgerechnet, daß ungefähr 15 oder 16 Wähler auf einen Herrn kommen — das ist das Präzipuum, das wirklich ungeheuer ins Gewicht fällt und durch seine bloße Existenz eigentlich schon jeden Fortschritt im demokratischen Sinn in diesem Landtag unmöglich macht. Die Kurie der Großgrundbesitzer ist um so gefährlicher, weil sie stark genug ist, um durch ihre Abstinenz jeden ernstesten Fortschritt zu verhindern, und ich weiß nicht, ob sie auch einsichtig genug sein wird, ihre Macht zu benutzen, um Verschlechterungen zu verhindern. (Ruf: Sie werden es ja sehen!) Wir werden es abwarten. Wenn Sie zu prophezeien vermögen, ich vermag es nicht!

Der Wahlrechtsraub.

Aber um so schlechter ist die Begrenzung des Wahlrechtes. Ich muß wieder darauf zurückkommen, es tut mir leid, denn das, was ich sagen muß, richtet sich wieder gegen die Sünden der liberalen Partei. Hätten die Liberalen die Taaffesche Wahlordnung damals akzeptiert, hätten Sie damals nicht den Strick mitgedreht — zusammen mit den Klerikalen selbstverständlich...

Abgeordneter Dr. **Kronawetter**: Und mit der Schlachta!

Abgeordneter Dr. **Adler**: ...die ist bei allem dabei, wo es etwas zum Hängen gibt — wären Sie damals mit dieser unseligen Koalition, die aus den unglückseligen politischen Verhältnissen Österreichs entstanden ist, dem Plane des Grafen Taaffe nicht entgegengetreten, so würden wir heute auch im Landtag über eine andere Wahlordnung verfügen. Nun hat sich — sowohl gegen den Willen der liberalen als auch der heute herrschenden Partei — eine Änderung im Wahlrecht herausgestaltet, die durchaus nicht an die Taaffesche Wahlordnung heranragt, aber immerhin ihr um einige Schritte näher kommt. Durch die schlechte Gemeindewahlordnung haben wir immerhin in Wien — aber nur in Wien — eine Erweiterung des Wahlrechtes...

Abgeordneter **Steiner****): Also kein Wahlrechtsraub!

*) Die Kurienvorfassung stammt von Schmerling, der damit dem gemäßigten Bürgertum die Verwaltung geben wollte.

Über die neuen Wahlformen siehe die Bemerkungen bei der Rede vom 3. Dezember 1908 „Für die Nationen!“

**) Leopold Steiner, Abgeordneter des Wiener Bezirkes Landstraße, Oberkurator der niederösterreichischen Landeshypothekenanstalt, ist nach den Wahlen des Jahres 1911, wo er von Winarsky besiegt wurde, aus dem politischen Leben ausgeschieden; ebenso wie der später genannte Abgeordnete Josef Sturm, der in seinem Wahlbezirk Wien-Margareten von Domes besiegt wurde.

Abgeordneter Dr. Adler: ...o ja, warten Sie nur, dazu komme ich schon noch! Ich erlaube mir hier ein Wort für viele. Wenn ich den Anspruch habe auf den Lohn von 1000 Gulden, Sie aber geben mir nur einen Hunderter und ich nenne Sie Räuber, weil Sie mir 900 Gulden von meinem Lohne vorenthalten, und Sie werden mir immer diesen Hunderter unter die Nase reiben und sagen: „Wir sind keine Räuber“, so werden Sie sich vor der ganzen Welt lächerlich machen.

Abgeordneter Sturm: Sie sind ein Jude und haben nie genug!

Abgeordneter Dr. Adler: Herr Abgeordneter Sturm, Sie haben Recht. Jetzt haben Sie mich entlarvt. Genau so ist es. Meine ganze Stellung in der Wahlrechtsfrage ist darauf zurückzuführen, daß ich Jude bin und nie genug habe. Mich freut es, daß Sie mich nach einer so kurzen Bekanntschaft bereits durchschaut haben. (Schallende Heiterkeit links.) Also so steht die Sache. Sie haben, meine Herren, in der Gemeindewahlordnung den Arbeitern nur ein ganz kleines Stück Rechte eingeräumt, ihnen dafür aber große Rechte vorenthalten, und selbst dieses kleine elende Stück, das Sie ihnen gegeben haben — wir werden schon noch über den Wahlrechtsraub reden, lassen Sie mich daran nicht vergessen — wirkt heute schon auf unsere Landtagswahlordnung zurück. Die erste Wahl, die sich hier in Wien unter den neuen geänderten Bedingungen vollzogen hat, ist jene, durch die ich hier in das hohe Haus gekommen bin. Ich war schon dadurch genötigt, die Bedingung dieses Wahlrechtes genau zu erforschen und mich damit genau vertraut zu machen. Ich war in die Lage versetzt, den Wahlmodus kennenzulernen, unter dem sich diese Wahl vollzogen hat und unter dem sich vermutlich auch — ich weiß nicht, was die Herren beabsichtigen — die zukünftige Wahl für den nächsten Landtag vollziehen wird. (Zwischenrufe rechts: Sehr richtig!)

Meine Herren! Mir wäre es sehr lieb, wenn Sie eine anständige, klare und weitausgreifende Landtagswahlreform machen würden. Ich werde ganz bestimmt auch einen Antrag einbringen, der es ermöglicht, eine solche Reform vorzunehmen. Aber ich bezweifle, daß Sie mit den Intentionen, die ich habe, so vollständig einverstanden sein werden. Ich stehe nämlich auf dem Standpunkt, daß jedermann das gleiche Recht im Lande haben soll. Ich meine, daß hier „ein Mann eine Stimme“ gelten soll. Um es gleich zu sagen, damit ich späterhin keine Vorwürfe bekomme: ich werde ohne weiteres auch für die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen sein, obwohl ich weiß und offen bekennen muß, daß eine solche Ausdehnung des Wahlrechtes zunächst Ihrer Partei nützen wird.

Abgeordneter Dr. Lueger: Gewiß!

Abgeordneter Dr. Adler: Also tun Sie es doch nur. Diese Art der Wahlreform würden wir uns ruhig gefallen lassen und würden sehr gern in den Kauf nehmen, daß wir dadurch gezwungen wären, auch die Frauen mit den Eigentümlichkeiten Ihres Regierungs-

programms bekanntzumachen. Ich bin überzeugt, bei der ersten Wahl würden sie noch klerikal wählen, aber bei der zweiten sicher nicht mehr.

Die Wahlmache in Favoriten.

Ganz abgesehen davon aber haben wir, wie die Dinge heute stehen, ein Wahlrecht, welches sich auf den § 12 der Landtagswahlordnung stützt, und dieser § 12 verweist wieder das Landtagswahlrecht auf das Gemeindewahlrecht. Ursprünglich war selbstverständlich das Landtagswahlrecht einfach gegründet auf das Gemeindewahlrecht. Es wurde nur die Ausnahme gemacht, daß dort, wo das Gemeindewahlrecht etwa so engherzig sein sollte, daß es einen höheren Zensus bedingt als den von 5 Gulden, daß in solchen Fällen auch der Fünfguldenmann das Wahlrecht haben soll. Der § 12, Alinea a, hat also eine ausdehnende Wirkung und Meinung für das Wahlrecht. Wie haben Sie die Sache hier praktiziert? Vor allem hat der löbliche Magistrat und wahrscheinlich auch die nicht minder löbliche k. k. Statthalterei erklärt: „Nur jene Leute haben das Wahlrecht, welche Gemeindemitglieder sind“, das heißt: Diejenigen, welche entweder zuständig sind oder welche eine direkte Steuer zahlen. Dadurch sind sehr viele Wähler, die nicht nur in der fünften Kurie für den Reichsrat wählen, sondern auch im vierten Wahlkörper des Gemeinderates, einfach aus den Wählerlisten ausgeschaltet worden, und die Anzahl der Wähler hat sich durch diesen Akt in Favoriten allein um einige Tausende verringert. Wir haben geglaubt, das sei eine juristische Auffassung, die wir zwar nicht als berechtigt angesehen, haben aber gesagt: darüber wird das Reichsgericht entscheiden. Wir glauben, daß jeder Gemeindewähler auch für den Landtag das Wahlrecht hat, aber wir sind schwächer und mußten das akzeptieren.

Wir haben nunmehr gesagt: „Ihr Leute, ihr habt das Wahlrecht, wenn ihr das Gemeindewahlrecht habt, das heißt, wenn ihr irgendeine Steuer unter 5 Gulden zahlt und drei Jahre ansässig seid; habt ihr aber eine Einkommensteuer von 5 Gulden, dann braucht ihr die dreijährige Seßhaftigkeit, die für die fünfte Kurie vorgesehen ist, nicht mehr, dann habt ihr das Wahlrecht nicht mehr auf Grund der Gemeindewahlordnung, sondern auf Grund des § 12 der Landtagswahlordnung.“ Die Juristen sind nun nochmals zusammengetreten, es waren noch immer viel zu viel Arbeiter in der Wählerliste, und haben gesagt: „Nein, das ist nicht so. Es heißt: Diejenigen sind wahlberechtigt, die zur Wahl in die Gemeindevertretung berechtigt sind, oder wenigstens seit einem Jahre mindestens 5 Gulden landesfürstliche direkte Steuern entrichten und den sonstigen Bedingungen des Wahlrechtsgesetzes entsprechen.“

Meine Herren! Jeder, der das liest, weiß, was die letzten Worte bedeuten; sie bedeuten, daß der Wähler 24 Jahre alt und österreichischer Staatsbürger sein muß und nicht abgestraft sein darf.

Abgeordneter Dr. **Kronawetter**: Und männlichen Geschlechtes sein muß.

Abgeordneter Dr. Adler: Ja, männlichen Geschlechtes, und er darf seiner politischen Rechte nicht verlustig sein, kurz und gut, er muß allen Bedingungen entsprechen, welche sich in jedem Wahlgesetz vorfinden. Das sind die „sonstigen Bedingungen“ des Wahlrechtes. Ja, meine Herren, für Sie ist das keine Frage, für die Juristen des Magistrats und der Statthalterei ist das aber eine sehr schwere Frage. Sie haben sich gesagt: unter den sonstigen Bedingungen des Wahlrechtes haben wir doch die dreijährige *Seßhaftigkeit*, das berühmte Ei des Kolumbus des Dr. Lueger, auf das ich noch zu sprechen kommen werde, und nun haben Sie gesagt: auch für diese Leute, die 5 Gulden Einkommensteuer zahlen, ist die Bedingung der dreijährigen *Seßhaftigkeit* notwendig.

Meine Herren! Das ist ein juristisches *U*nding, und ich will es Ihnen beweisen. Ich bitte, nehmen Sie folgendes an. Nehmen Sie an, die neue Gemeindewahlordnung, die Sie, geehrte Herren, gemacht haben, würde sich nur auf die ersten drei Wahlkörper bezogen haben. Sie würden nichts getan haben, als was Sie so glänzend durchgeführt haben, nämlich die Wahlkörper ein bißchen durcheinanderzuwerfen und die Grenze für den dritten Wahlkörper in bezug auf den Zensus hinaufzuschrauben. Sie würden aber den vierten Wahlkörper mit der allgemeinen *Seßhaftigkeit* überhaupt nicht gemacht haben. In den ersten drei Wahlkörpern ist von einer *Seßhaftigkeit* überhaupt keine Rede, sondern erst im vierten Wahlkörper. Bei dem Manne, der 5 Gulden Einkommensteuer zahlt, wäre es, wenn er auch das Gemeindewahlrecht nicht hätte, gar keine Frage, daß er für den Landtag wahlberechtigt ist. Dadurch, daß er in der Gemeinde das Wahlrecht im vierten Wahlkörper hat, wird er des Landtagswahlrechtes nach der Ansicht der Juristen der Statthalterei verlustig. Das scheint mir der größte Widersinn zu sein, der überhaupt möglich ist. Ich glaube an den Fanatismus der Juristen, ich habe daran glauben gelernt, es ist wahr, sie beißen sich in eine Geschichte hinein und meinen es oft ganz ehrlich. Wenn aber in einer so auffälligen Weise der Fanatismus der Juristen mit dem Vorteil der herrschenden Partei zusammenfällt, dann muß man sich über die Aufrichtigkeit eines solchen Fanatismus einige Gedanken machen. Das ist noch lange nicht alles.

Abgeordneter Pichler*): Wie lange dauert das noch? (Unruhe.)

Abgeordneter Dr. Adler: Ich bitte nur um Geduld, seit Jahrzehnten haben wir Sozialdemokraten hier nichts reden können, das ist uns auch furchtbar langweilig gewesen, jetzt müssen Sie auch Geduld haben. Ich bin allein hier, wenn wir uns das einteilen könnten, würde es viel lustiger sein. Hätten sie uns früher in den Landtag hereingelassen, dann brauchte ich heute diese lange Rede nicht zu halten. Wir haben es also mit einer das Wahlrecht breiter Schichten einschränkenden Auffassung des Magistrats und der Statthalterei, die das Gesetz fälschlich auslegen, zu tun. Ich mache die Herren von der Opposition aufmerksam, daß sie beizeiten darauf

*) Ein sonst absolut unbekannter Christlichsozialer, dem die Rede schon zu lange dauerte.

schauen und diese Dinge studieren, denn ich habe die Beobachtung gemacht und sage es ausdrücklich: seitens der bürgerlichen Parteien werden diese Dinge sehr lax behandelt, und es ist sehr bezeichnend, daß bei dieser ersten Landtagswahl unter diesen neuen Bedingungen nicht ein einziges Blatt in Wien — von der christlichsozialen Presse spreche ich nicht, die hat Grund gehabt, zu schweigen —, daß also auch kein oppositionelles Blatt sich mit der Wahlrechtsfrage beschäftigt hat. Wir mußten ganz allein mit unserem bißchen gesunden Menschenverstand uns aus diesen verwickelten Fragen hinauswinden. Wenn wir im Kampf um das Wahlrecht von irgendeiner anderen Partei unterstützt worden wären, möge sie sich national oder liberal nennen — von der christlichsozialen Partei erwarte ich das nicht — so wäre dies für uns ein großer Vorteil gewesen; davon war gar keine Rede. Es ist jedoch noch etwas anderes geschehen. Es tut mir leid, ich muß die magistratische Wirtschaft in Sachen der Durchführung des Wahlrechtes mit einigen Worten beleuchten. Sie erinnern sich, was bei der ersten Wahl aus der fünften Kurie des Reichsrates vorgekommen ist, wie damals nicht Hunderten, sondern Zehntausenden von Leuten das Wahlrecht tatsächlich genommen wurde, und zwar durch die schlechten, mangelhaften Wählerlisten. (Rufe rechts: Das waren unsere Leute!) Sie sagen, daß es Ihre Leute waren? Haben Ihnen auch welche gefehlt? (Heiterkeit links.) Uns haben sehr viele gefehlt; wenn Ihnen auch welche gefehlt haben, so wäre das eigentlich für Sie ein Grund, mit mir zusammenzugehen und darauf zu dringen, daß wir endlich ordentliche Wählerlisten bekommen, und daß dieses Amt im Magistrat endlich so ausgestaltet wird, daß es seine Pflicht erfüllen kann, vorausgesetzt, daß sie es erfüllen will, worüber ich, wie ich offen gestehe, sehr ernste Zweifel habe, Zweifel, die ich gleich begründen will. Dasselbe Spiel mit den Wählerlisten hat sich schon bei der Wahl im vierten Wahlkörper des Gemeinderates ergeben, und diesesmal haben wir noch etwas Schlimmeres erlebt. Erstens ist das Gesetz schlecht ausgelegt worden, und dann hat man diese Auslegung des Gesetzes nicht publiziert. Ich glaube doch, die erste Rücksicht, die man den Wählern schuldig ist, wäre, zu sagen: diese und jene Wähler haben das Wahlrecht, und so und so legen wir das Gesetz aus. Wenn man dies nicht tut, macht man sich einer absichtlichen Irreführung schuldig, und man beraubt dadurch eine Menge Wähler der Zeit und Mühe, welche sie zu irrtümlichen Reklamationen verwenden. Zweitens nimmt man ihnen ihr Recht, weil sie vielfach nicht wissen, daß sie ein Wahlrecht haben und darum nicht in der Lage sind, zu reklamieren. Endlich schafft man dadurch eine grenzenlose Verwirrung. Ich bin überzeugt, daß unter den Beamten des Magistrats, die zur Feststellung dieser Listen verwendet werden, sich nicht die Hälfte in den Bestimmungen dieses komplizierten Wahlrechtes auskennt. Wenn ich aber sage: ich zweifle, daß der Magistrat es ernst nimmt mit seiner Pflicht, voll-

ständige Wählerlisten herzustellen, so habe ich dazu meine guten Gründe. Wie soll man es machen, eine Wählerliste zu vervollständigen? Man muß die Leute auffordern, zu reklamieren. Das ist von unserer Seite in großem Umfang geschehen. Die Leute sind hinaufgegangen und wollten die Listen einsehen, was ihnen natürlich verweigert wurde.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Oho! Wann wurde das verweigert?

Abgeordneter Dr. **Adler**: Gleich, Herr Bürgermeister, werde ich es sagen — die Einsicht ist allen verweigert worden, die Wähler selbst durften die Listen nicht anrühren.

Abgeordneter **Schneider**: Sonst wären sie gestohlen worden!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Sie sagen, sonst wären sie gestohlen worden? (Der Redner sieht auf die Uhr.) Nun, es ist schon halb 3 Uhr, es scheint also die Alkoholwirkung sich wieder etwas mehr geltend zu machen.

Abgeordneter **Müller**: Schlechter Witz!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Leider trauriger Ernst.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Sagen Sie nur, wem die Einsicht verweigert wurde!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Wem sie verweigert wurde? Sie durften nicht selbst die Listen kontrollieren, sondern die Beamten haben für sie nachgesehen.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Na, also!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Warten Sie nur; es war doch ein sehr berechtigter Wunsch, diese Listen abschreiben zu wollen, um kontrollieren zu können, ob der eine oder andere eingetragen ist. Dieser berechtigte Wunsch wurde uns aber abgeschlagen, obwohl wir die unwiderlegliche Überzeugung haben, daß genau wie bei der Reichsratswahl auch bei dieser Wahl in den Händen der christlich-sozialen Agitatoren eine vollständige Abschrift der Liste war.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Sie haben sie auch gehabt!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Sie kennen sich doch aus, Herr Bürgermeister; Sie sollten nicht so reden. Zu Reklamationszwecken haben wir die Listen nicht gehabt. Wir haben die richtiggestellte Liste erst zwei Tage vor der Wahl bekommen.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Also bekommen haben Sie sie, warum beschwerten Sie sich denn?

Abgeordneter Dr. **Adler**: Wir hätten sie halt gern ebenso wie Ihre Parteigenossen ein bißchen früher gehabt.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Sie haben sie zu gleicher Zeit bekommen!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Natürlich! Wir haben sie zur gleichen Zeit bekommen. Ich sage Ihnen: Dienstag war die Wahl, Samstag nachmittags haben wir die Listen bekommen, und

Freitag vor diesem Samstag haben die Wähler in Favoriten an der Hand dieser Listen Ihren Wahlauf Ruf durch die Post zugestellt bekommen mit einem beschriebenen Stimmzettel, auf dem Herr Rissa weg usw. verzeichnet war. Sie haben sie also etwas früher gehabt.

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Nicht wahr!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich bitte, die Wählerliste ist ja kein Geheimnis. Mache ich Ihnen denn einen Vorwurf, daß Sie sie Ihren Parteigenossen gegeben haben? Das ist ja ganz in der Ordnung. Was nicht in der Ordnung ist, ist, daß Sie uns die Listen nicht gegeben haben.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Aber Sie haben sie ja bekommen!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ja, drei Tage später! Das ist eben der Unterschied. Herr Bürgermeister, Sie sind ja ein alter Wahlmacher. Sie kennen doch die Sache und wissen genau, was das für ein Unterschied ist.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Das nächste Mal kriegen Sie sie halt gar nicht!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Dann kriegen wir sie gar nicht? Sie sind aber sehr nett. (Heiterkeit.) Nun, wissen Sie, das wird nicht geschehen. Ausschließlich auf Ihre persönliche Liebenswürdigkeit sind wir nicht angewiesen.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Wenn Sie sich beschweren, daß Sie die Listen gekriegt haben, kriegen Sie sie halt das nächste Mal nicht mehr!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Sehen Sie, Herr Bürgermeister, jetzt habe ich Sie wieder einmal so, wie Sie sind. Das ist Ihre Methode. Erlauben Sie mir als Arzt, diesen klinischen Fall festzustellen. (Heiterkeit.) Ich beschwere mich darüber, daß wir durch den Magistrat, respektive durch den Bürgermeister, der sich mit ihm solidarisch erklärt, die Listen später als die Bürgermeisterpartei bekommen haben, und nun steht der Herr Bürgermeister auf und sagt: Sie wollen also die Listen nicht? Sie beschweren sich, daß Sie sie gekriegt haben? Das nächste Mal kriegen Sie die Listen gar nicht! (Gelächter rechts.) Sehen Sie, das ist der ganze Dr. Lueger, wie er lebt und leidet, ungemein liebenswürdig, kulant und ungemein fesch (Abgeordneter Dr. Lueger: Na also! — Abgeordneter Steiner: Aber logisch!), aber nicht ein Faden von Wahrheit. (Beifall links.)

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Ärgern Sie sich nicht so darüber!

Ein Gegenstand des Abscheues.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich habe schon lange verlernt, mich über Sie zu ärgern, für mich sind Sie, Herr Bürgermeister, das sage ich Ihnen, nur ein Gegenstand des... (Gelächter. — Abgeordneter Kern: Des Hasses!) nein, des Abscheues, weil ich Sie heute für einen für diese Stadt und dieses Land höchst ge-

fährlichen Menschen halte; das sage ich Ihnen ehrlich und offen in das Gesicht.

Abgeordneter Schnabel: Weil er ein ehrlicher Mann ist, wird er von Ihnen gehaßt! (Zwischenrufe rechts.)

Landmarschall (unterbrechend): Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter Dr. Adler (fortfahrend): Schauen Sie, wenn Ihnen diese Leute nicht einmal mehr zujauchzen würden, müßte es doch schon traurig um Sie bestellt sein. So weit sind wir leider noch nicht, aber so weit kann es noch kommen, verlassen Sie sich darauf also nicht.

Abgeordneter Dr. Geßmann: Ihnen werden sie gewiß nicht zujauchzen!

Abgeordneter Dr. Adler: Das ist auch nicht notwendig.

Abgeordneter Wohlmeyer: Sprechen Sie zum Voranschlag, das ist besser!

Abgeordneter Dr. Adler: Sie werden mich nicht aus dem Kontext bringen.

Abgeordneter Wohlmeyer: Ich werde Ihnen schon antworten. (Lebhafte Heiterkeit. Rufe: Ujeh — der Wohlmeyer!)

Der Magistrat an der Arbeit.

Abgeordneter Dr. Adler: Nun haben wir die Listen gehabt, und da haben wir entdeckt, daß von den 510 Reklamationen, die wir eingebracht haben — eine noch größere Anzahl wurde selbständig eingebracht — 217 zurückgewiesen wurden.

Landmarschall (gibt das Glockenzeichen): Ich muß den Herrn Redner aufmerksam machen, daß er bisher kein Wort über das Budget gesprochen hat. Die allgemeinen Gesichtspunkte lasse ich gelten, aber mit den Wählerlisten des Magistrats hat unser Budget gar nichts zu tun. Ich ersuche also, zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter Dr. Adler (fortfahrend): Entschuldigen, Herr Landmarschall, ich habe geglaubt, die Art, wie dieses Haus zusammengesetzt wird, die Methode, wie es gewählt wird, sei denn doch ein Gegenstand, der dieses Haus interessieren und der bei der allgemeinen Landespolitik erörtert werden muß, und zwar sehr notwendig und dringend erörtert werden muß. Ich werde aber dem Wunsche des Herrn Landmarschalls so weit nachkommen, weil die Zeit schon vorgerückt ist, daß ich mich so knapp als möglich fassen werde. Ich erbitte nur für mich dieselbe Lizenz, wie sie dem Abgeordneten Schneider zuteil wurde, der ja auch gerügt wurde, aber — nachdem er geschlossen hatte. (Heiterkeit. — Abgeordneter Schneider: Nur hat der Schneider nicht so lange gesprochen!) Ich bitte, mich ähnlich zu behandeln.

Landmarschall (unterbrechend): Auf diese Bemerkung muß ich erwidern, daß ich eine Rüge eben nur erteilen kann, wenn etwas bereits ausgesprochen worden ist.

Abgeordneter Dr. Adler (fortfahrend): Selbstverständlich. Es sind also 217 Reklamationen unserer Partei zurückgewiesen worden. Wir haben das geprüft und haben Belege dafür, die wir zum Teil schon der Statthalterei vorgelegt haben und auch dem Reichsgericht vorlegen werden, daß von diesen Entscheidungen mindestens 150 falsch waren, ja noch mehr.

Diebe als Würdenträger.

Es hat den Herren nicht genügt, daß eine große Anzahl Arbeiter nicht in der Liste stand. Ihre Partei hat noch ein Drittes getan. Sie hat aus den Listen Leute hinausreklamiert, die bereits darin gestanden waren. Sie werden mir sagen, das ist Ihr gutes Recht. Jeder Wähler hat das Recht, ebenso gut zu sagen, ein anderer soll hinauskommen, als er soll hineinkommen. Das ist ganz schön; hübsch ist es aber nicht, wenn zwei Würdenträger der christlichsozialen Partei dies tun, und wenn sich dann herausstellt, daß diese Hinausreklamationen sämtlich falsch sind. Das gehört nun auf das Konto dieser Gemeinderäte und Bezirksausschüsse, auf das Konto des Magistrats gehört es aber, daß der Magistrat und die Statthalterei diese Leute — mir sind sechs Fälle bekannt geworden — die schon in den Listen gestanden sind, auf diese anonymen Anzeigen hin wieder aus der Liste gestrichen haben. Versetzen Sie sich in die Lage eines solchen Wählers. Er geht zur Zeit, wo die Listen aufliegen, hin, schaut nach und findet, daß sein Name in der Liste verzeichnet ist. Er geht also beruhigt nach Hause. Zwei oder drei Tage vor der Wahl, wo also normalerweise an den Listen nichts mehr geändert werden kann, bekommt er auf einmal vom Magistrat eine Zuschrift: Die Statthalterei hat über eine Reklamation entschieden, daß sein Name gestrichen wird. Weder der Magistrat, noch die Statthalterei haben diesen Mann, den sie seines Wahlrechtes beraubt haben, vorgeladen und gehört. Sie haben ihn einfach ausgestrichen. Wegen jeder Bagatelle muß man zum Magistrat laufen, aber seines Wahlrechtes kann man beraubt werden, ohne daß der Magistrat sich nur die Mühe nimmt, den Mann zu hören. Das Schlechteste an der Sache für Sie war aber, daß alle diese Hinausreklamationen vom Magistrat und der Statthalterei geprüft wurden. Ich muß da auf die Gefahr hin, wieder für einen Hofrat erklärt zu werden, die Statthalterei entlasten. Das Departement der Statthalterei, das mit den Wahlen zu tun hat, leidet hauptsächlich unter einem allerdings unverzeihlichen Übel, nämlich unter einer unglaublichen Gutmütigkeit und Leichtgläubigkeit, unter einem Zutrauen gegenüber dem, was ihm der Magistrat berichtet. Diese Statthalterei glaubt tatsächlich, was amtlich hinaufkommt, sei wirklich erhoben, und glaubt es als bare Münze nehmen zu können. Da haben Sie gleich einen Fall, daß sechs Leute, welche ursprünglich in den Wählerlisten eingetragen waren, durch eine Denunziation hinausgeworfen wurden, und daß, obwohl sie nicht

einmal vorgeladen wurden, die Statthalterei diese Streichung bestätigt hat. Diese Leute mußten im letzten Moment wieder eingetragene werden, weil sich herausstellte, daß sie widerrechtlich gestrichen wurden. Das waren Leute, die sich um ihr Recht angenommen haben; aber wer weiß, wie viele Leute da sind, welche nicht wissen, wohin sie gehen sollen, und auch keine Zeit dazu haben. Wenn man einem ein Stück Brot stiehlt, so kommt man in den Kerker; wenn man aber jemandem das Wahlrecht stiehlt, so (Abgeordneter Noske: Wird man Bürgermeister von Wien!) ist das eine noble Beschäftigung, der geben sich alle Würdenträger hin. Es ist also nicht nur eine Reform der Wahlordnung, sondern es ist auch für die nächsten Wahlen eine gründliche Reform der Durchführung der Wahlen selbst notwendig. Es muß im Kataster der Stadt Wien Ordnung gemacht werden.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Sehr richtig! Ich werde schon Ordnung machen*)!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Es muß in der Statthalterei oben endlich jenes gänzlich unberechtigte, hundertmal schmähschuldig getäuschte Zutrauen, das man zur prompten und anständigen Arbeit des Magistrats hat, aufhören. Die Sache steht so. Ihnen ist es unbequem, daß ein solcher Zufluß von Arbeitern in ihre Kurien, wo sie unbedingt zu herrschen gewohnt waren, kommt. Und Sie möchten ihn mit allen Mitteln eindämmen. Das wird Ihnen aber nichts nützen.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Wer sagt Ihnen das?

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich sage es Ihnen und werde es Ihnen beweisen.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Beweisen Sie es!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich sage nichts, was ich nicht beweisen kann.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Also beweisen Sie es!

Die Seßhaftigkeit.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Als es sich um die Gemeindewahlreform gehandelt hat, hat der Herr Dr. Lueger ganz prophetisch gesagt: „Das ist eine ganz einfache Sache, das ist das Ei des Kolumbus, das läßt sich schon machen.“ Und was hat er gemacht? Er hat die Aufhebung der Wahlkörper gemacht und dazu die fünfjährige Seßhaftigkeit, die Aufhebung der Wahlkörper, an die er selbst nicht geglaubt hat.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Wer sagt Ihnen das?

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich sage es Ihnen. (Ruf rechts: Das ist ein King-Fu, der weiß alles!) Wir haben das ganz gut gewußt. Wir haben Sie aber absichtlich ernst und beim Wort genommen. Sie sind dann weggefahren und haben die weitere Amtshandlung dem

*) Man darf nicht vergessen, daß Lueger als Bürgermeister von Wien auch Chef des Magistrats und damit des Wahlkatasters war.

Herrn Dr. Geßmann und Dr. Weiskirchner überlassen. Da ist nun folgendes geschehen. Die Aufhebung der Wahlkörper ist verschwunden, die Seßhaftigkeit ist aber auf drei Jahre herabgemindert worden.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Leider!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Leider, nicht wahr, nur drei Jahre, das ist ein Unglück. Das ist geblieben, tatsächlich sind dadurch weite Kreise der Arbeiterschaft von dem Wahlrecht ausgeschlossen, Leute, welche Sie bezeichnen als vagierende Elemente, als Leute, die nicht stationär sind. Ich werde Ihnen sagen, was das heißt. Schauen Sie hin auf die Schneider von Wien. Ein großer Teil von ihnen ist gezwungen, im Sommer nach Marienbad, Karlsbad, Franzensbad, Ischl, überhaupt in Kurorte zu gehen, wo es etwas zu tun gibt. Sie gehen dahin, bleiben einige Monate dort, und wenn sie nicht in der Lage sind, diese paar Monate ihre Wohnung zu behalten, so haben sie, wenn sie zurückkommen, ihr politisches Recht verloren. Oder nehmen Sie einen Metallarbeiter, der, wie dies häufig vorkommt, für einige Zeit nach Floridsdorf übersiedeln muß. Er kommt nach einiger Zeit wieder zurück und findet hier wieder Arbeit, er hat aber sein politisches Recht verloren. Diese Seßhaftigkeit ist also eine Maßregel, welche ausschließlich gegen die Arbeiter gerichtet ist und sie nur trifft, weil und insofern sie Arbeiter sind.

Der Gaukler von Wien*).

Das ist also wirklich das Ei des Kolumbus, das in den Mantel der Demokratie gehüllt ist.

Abgeordneter Dr. **Kronawetter**: Das ist nicht demokratisch, wir haben dagegen protestiert.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Entschuldigen Sie, Herr Dr. Kronawetter, der Mantel ist die Aufhebung der Wahlkörper und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Das ist der Mantel, den der Bürgermeister an den Nagel hängte, wie er mit Ihnen beisammen war. Er nimmt nun diesen Mantel herunter, hüllt sich in die Demokratie und zieht das Ei des Kolumbus, nämlich die Entrechtung der Arbeiterschaft, heraus.

Abgeordneter Dr. **Kronawetter**: Die Idee ist nicht neu, die hat man schon in den dreißiger Jahren gehabt!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Das ist schon möglich, Herr Doktor Kronawetter, daß das nicht neu ist, ich kann nicht alle Leute

*) Diese Bezeichnung für Dr. Lueger stammte von Karl Hermann Wolf; dieser hatte ihm, als Lueger sich in versteckter Weise für die Regierung Thun einsetzte, am 29. März 1898 zugerufen: „Ein wahres Gauklerstück! Der Gaukler von Wien!“ Darauf antwortete Lueger: „Es liegt absolut nichts daran, was hier Wolf gegen mich sagt. Dieser Mensch ist in den Augen jedes anständigen Menschen gerichtet. Es ist besser, man ist bloß „Gaukler von Wien“, als man ist Gaukler von ganz Österreich und ein Landesverräter!“

festnageln, die eine solche arbeiterfeindliche Politik betrieben haben; ich kann nur die annageln, die ich vor mir habe. Es ist Ihnen also sehr unangenehm, daß die Arbeiter wählen, Sie werden aber dem nicht entgehen. Sie werden entweder die Wahl nach diesem Wahlrecht, welches für Wien eine kleine und für Niederösterreich außer Wien infolge der Einführung der Personaleinkommensteuer ebenfalls eine gewisse Erweiterung des Wahlrechtes bedeutet, oder eine wirkliche ernste, demokratische Wahlreform machen müssen. Das hoffe ich, soweit sind wir, daß dieses Haus eine Wahlreform, welche nach dem speziellen Parteiinteresse der christlichsozialen Partei zugeschnitten ist, nicht mehr machen wird; diese Hoffnung erlaube ich mir auszusprechen.

Abgeordneter Dr. **Kronawetter**: Wir werden ja sehen.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Und wenn nicht — auch das kann ich Ihnen sagen. Ich weiß, was geben Sie auf die Leute da draußen! Das ist die Krapüle für Sie! Aber Sie werden Töne inner- und außerhalb Wiens hören, wie Sie sie schon gehört haben, und Sie werden sie noch etwas stärker hören, denn wir sind stärker geworden. (Stürmischer Widerspruch rechts. — Abgeordneter Dr. **Lueger**: Schauen Sie, daß Sie nicht andere Töne hören! — Landmarschall gibt das Glockenzeichen.)

Marodeure des Klerikalismus.

Ich komme zum Schluß.

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Na endlich!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Das glaube ich (Abgeordneter Doktor **Lueger**: Es ist ja schon 3 Uhr), daß Sie dem Steiner oder Geßmann lieber zuhören!

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Um 4 Uhr ist ja wieder Sitzung.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Ich komme zum Schluß und sage: Die klerikale Partei, die da herrscht, wird von der Arbeiterschaft bekämpft in jedem einzelnen Fall und in jeder einzelnen ihrer Tendenzen. Wir haben es — und das wissen die Arbeiter — nicht mit einer gewöhnlichen klerikalischen Partei zu tun. Wenn sie nichts anderes wären als klerikal — klerikal ist das preußische Zentrum auch — was Sie sind, ist aber viel schlimmer. (Große Unruhe rechts.) Ja gewiß. Sie sind die Marodeure, die politischen Marodeure des Klerikalismus. (Stürmischer Widerspruch rechts. — Abgeordneter **Noske**: Ausgezeichnet!) Sie haben die politische, sittliche und intellektuelle Verlotterung der Bevölkerung Wiens auf dem Gewissen. (Stürmische Unterbrechung und Zwischenrufe rechts. — Landmarschall gibt wiederholt das Glockenzeichen.)

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Das ist doch zu viel!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Wenn Ihnen das zu viel ist...

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Wir haben niemanden verlottert!

Abgeordneter Dr. Adler: Wenn Ihnen das auch zu viel ist...

Abgeordneter Dr. Geßmann: Wir werden uns von einem Doktor Adler nicht beschimpfen und beleidigen lassen, dazu sind Sie nicht hereingekommen, merken Sie sich das!

Abgeordneter Dr. Lueger: Lassen Sie doch den Vertreter der Novaragasse ruhig von Sittlichkeit sprechen*)!

Abgeordneter Dr. Adler: Sie kommen auch damit, Herr Bürgermeister? Das habe ich erwartet! (Zwischenruf rechts: Ruhig, alter Jud'!) Ich konstatiere...

Abgeordneter Sturm: Daß Sie ein alter Jude sind!

Abgeordneter Dr. Lueger: Konstatieren Sie, was Sie wollen, das ist gleichgültig!

Landmarschall gibt das Glockenzeichen.

*) In ihrer Wut über die Wahl Adlers hatten die Christlichsozialen nicht nur die sozialdemokratischen Agitatoren als förmliche Diebe und Straßenräuber hingestellt, die den armen Christlichsozialen außer den Wahllegitimationen auch gleich die Brieftaschen stahlen, sondern die christlichsozialen Blätter meldeten übereinstimmend, daß **Prostituierte aus der Novaragasse** für die Sozialdemokratie agitiert hätten. Das damalige offizielle Organ der christlichsozialen Partei, die „Deutsche Zeitung“, schrieb in einem Leitartikel unter anderm folgendes:

Dutzende von „Priesterinnen“ der freien Liebe, von denen ein Teil als Insassinnen eines in der Novaragasse unschwer aufzufindenden Hauses festgestellt wurde, wurden mit der bekannten Talmi-Eleganz aufgeputzt und in Fiaker gesetzt, um säumige Wähler für Dr. Adlers Wahl zu — interessieren. Mit was für Mitteln diese Dirnen es dahin gebracht haben, die Wahlberechtigten zu überzeugen, daß der Jude Adler der richtige Vertreter für den Bezirk Favoriten sei, das weiß außer den „Beteiligten“ nur noch die Polizei, welche mehrere dieser Hetären abfing und ihnen ihr sauberes Handwerk zumindest für die Dauer des heutigen Tages legte. Die Arbeiter aber, welche von ihrem sauer erworbenen Verdienst zu den verschiedenen sozialdemokratischen Fonds beizusteuern gezwungen sind, mögen es wissen, wohin ihre Arbeiterkreuzer gewandert sind. Billig sollen die „Pensionsvorsteherinnen“ aus der Novaragasse ihre lebende Ware nicht außerdienstlich weitergeben. Einem künftigen Sueton möge es vorbehalten sein, dieses Schandkapitel aus der Geschichte sozialdemokratischer Korruption festzuhalten! Für die Bundesgenossen der Sozialdemokraten muß es aber ein erhebendes Gefühl sein, Schulter an Schulter mit diesem weiblichen Abschaum der Menschheit gekämpft zu haben für den Juden Adler, in einer Reihe gestanden zu sein mit öffentlichen Schanddirnen, als es galt, den Antisemiten ein Mandat zu entreißen.

Obwohl es offenkundig war, daß diese Behauptung eine Lüge war, scheute sich Lueger nicht, sie hier im Landtag zu wiederholen. Er war nämlich, wie dann festgestellt wurde, der Urheber dieser schuftigen Lüge.

Die „Arbeiter-Zeitung“ nannte den Verfasser dieses Artikels, als welcher der Redakteur Lothar Schäffer festgestellt wurde, um ihn zur Klage

Abgeordneter Dr. Adler: Ich konstatiere, daß der Bürgermeister der Stadt Wien sich so weit herabgelassen hat zum Schmutz (Abgeordneter Sturm: Ihnen die Wahrheit ins Gesicht zu sagen!), daß er eine der niederträchtigsten Verleumdungen, die jemals gegen eine Partei gerichtet worden sind (Abgeordneter Dr. Ofner: Sehr richtig!), die von dem **gemeinsten Kerl** erhoben worden ist, in den Mund genommen hat. Ich konstatiere, daß der Bürgermeister von Wien sich mit dieser elenden Verleumdung befleckt hat (Stürmischer Widerspruch rechts), und diesen Schandfleck wird ihm niemand mehr herunterwaschen! (Neuerlicher stürmischer Widerspruch rechts. — Zahlreiche Zwischenrufe. — Große Unruhe. — Der Landmarschall gibt das Glockenzeichen.) Mich werden Sie nicht einschüchtern! Ich erkläre, daß die Arbeiterschaft diese Partei bekämpft...

zu zwingen einen „Zeitungsstrolch.“ Schäffer klagte den verantwortlichen Redakteur Kralik und den Verfasser Austerlitz, der sich selbst gemeldet hatte. Immer wieder suchten die Christlichsozialen den Prozeß zu verschieben, bis endlich am 29. Oktober 1902 die Verhandlung vor dem Schwurgericht stattfinden sollte. Am 18. Oktober aber ersuchte Schäffer um Vorladung von Zeugen, die beweisen sollten, daß er im guten Glauben gehandelt habe, so daß also die „Arbeiter-Zeitung“ ihn nicht so nennen durfte. Dann hieß es in seiner Eingabe weiter, er und andere christlich-soziale Journalisten seien am Wahltag telephonisch zum Bürgermeister Dr. Lueger berufen worden. Und nun heißt es weiter:

Herr Dr. Lueger informierte uns über den Ausgang der Wahlen, gab uns das statistische Ziffernmateriale, wie es sich in meinem und in den Artikeln der noch weiter unten angeführten christlichsozialen Zeitungen vorfindet. Er erzählte auch, daß von den Sozialdemokraten ein unerhörter Wahlterrorismus geübt worden sei, und erzählte insbesondere die Geschichte von der geraubten Brieftasche, von den überfallenen Agitatoren und von der Teilnahme von zwölf Prostituierten aus der Novaragasse. Der Leiter der christlichsozialen Agitation, Herr Julius Axmann, erzählte die Daten nochmals und verbürgte sich für deren Richtigkeit, worauf ich mich in meine Redaktion begab und dort meinem Chef, Herrn Dr. Wähner, berichtete. Ich bemerke noch ausdrücklich, daß ich mich damals noch weigerte, den Artikel zu schreiben, weil ich bis dahin nie parteipolitische Leitartikel geschrieben, sondern mich lediglich mit wirtschaftlichen und außenpolitischen Artikeln beschäftigt hatte. Da jedoch der betreffende Fachredakteur erkrankt war, bestand Herr Dr. Wähner darauf, ich möge den Artikel trotzdem schreiben. Als ich mich dazu anschickte, kam auch Herr Kollege Dr. Konrad Rumpf, dem die Berichterstattung oblag, bestätigte das, was ich von den obgenannten Herren erfahren hatte, als wahr und teilte als weiteres Detail mit, daß er eine von diesen Frauenzimmern, die sich an der Wahl-agitation beteiligten, selbst einmal geschlechtlich gebraucht habe. Daraufhin blieb mir nicht der geringste Zweifel an der Wahrheit des mir offiziös von dem Bürgermeister und von dem Vizebürgermeister der Stadt Wien Mitgeteilten, und ich schrieb den betreffenden Artikel.

Abgeordneter Wohlmeyer: Welche Arbeiterschaft? Die ehrliche Arbeiterschaft nicht! Sie dürfen nicht im Namen aller reden. Beschimpfen Sie doch die Arbeiter nicht!

Abgeordneter Kern: Die Arbeiter, welche Ihnen ihre blutigen Kreuzer hergeben, damit sie davon gut leben können, sollen Sie ansucken!

Abgeordneter Wohlmeyer: Die Bevölkerung aufhetzen, das ist Ihr Handwerk!

Abgeordneter Dr. Adler: Natürlich, gegen den Herrn Wohlmeyer die Arbeiter aufhetzen, das wäre der Mühe wert! — Jetzt kann ich ja schließen. Ich erkläre, daß die Arbeiterschaft diese Partei nicht nur bekämpft, weil sie klerikal ist, sondern weil sie dieselbe für eine sittliche und politische Gefahr für die Bevölkerung hält. (Abgeordneter Sturm: Das sagt ein Jude!) Sie sind es, die die Methode eingeführt haben,

Das Gericht lud nun Lueger, Axmann, Geßmann und Dr. Rumpf als Zeugen vor und diese hätten also unter Zeugeneid aussagen müssen. Nun war aber am 10. September der Landtag aufgelöst worden, und es wäre knapp vor den Wahlen unangenehm gewesen, der infamen Lüge überwiesen zu werden. Es traten verschiedene christlichsoziale Parteiführer an den Anwalt der „Arbeiter-Zeitung“ heran, ob kein Ausgleich möglich sei. Als die Angeklagten auf den Prozeß bestanden, wendeten sich die Führer an Schäffer, um dem Prozeß zu entgehen.

Am 22. Oktober, vier Tage nachdem er seine Zeugen angeboten hatte, zog Schäffer seine Klage zurück mit der Begründung, daß seit dem Artikel schon sehr lange Zeit verstrichen sei und ihm die Zeugen nicht mehr zur Verfügung stehen... Schäffer war auch noch lange nachher christlich-sozialer Journalist.

Über die Szene im Landtag berichtete die „Arbeiter-Zeitung“ am 12. Juli 1901:

Als Adler von den Marodeuren des Klerikalismus spricht, springt Abgeordneter Dr. Geßmann, der bisher auf der Tribüne saß, nun wütend auf und schreit, Galle spuckend: Das ist zu viel! Wir lassen uns von Ihnen nicht immer beschimpfen, dazu sind Sie nicht hereingekommen!

Diese Worte sind das Signal zu einem riesigen Sturm. Die Christlich-sozialen schreien und brüllen alle auf einmal. Dr. Lueger versucht anfangs die Wütenden zu besänftigen. Er ruft dem Geßmann zu: Aber Geßmann! Ruhig! So wie man etwa einen dummen Jungen beruhigt. Aber bald sieht er, daß er sich geirrt hat. Die Christlichsozialen sind wirklich durch die Ausführungen des Abgeordneten Adler in das Innerste getroffen. Ihr Aufschrei ist diesmal keine Komödie, sondern echte, wirkliche Wut.

Dr. Adler läßt sich durch das Geschrei natürlich nicht einschüchtern — er sieht anfangs den gestikulierenden und schreienden Menschen zu und versucht mit seiner lauten Stimme den Lärm zu überschreien. Es gelingt ihm zumeist. Als aber dann die Kerle zu frech sind und der Oberbonze sich erfrecht, die Erfindungen der Zeitungsstrolche der „Deutschen Zeitung“ zu wiederholen, da schlägt Dr. Adler mit der Faust auf den Tisch und schreit die Meute an, daß für Augenblicke Ruhe eintritt.

Der Landmarschall läutet während dieses Lärms mit der Glocke, es hört ihn aber niemand.

die Wien zum Abscheu gemacht hat. (Beifall links. — Widerspruch und große Unruhe rechts. — Der Landmarschall gibt das Glockenzeichen. — Abgeordneter Noske: Jetzt sind Sie auf einmal empfindlich, weil Sie in der Majorität sind!) Sie wissen ja selbst, daß ich Recht habe. Sie haben die Radaupolitik eingeführt, Sie haben die politische Beschimpfung eingeführt, Sie haben die bewußte, persönliche Verleumdung...

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Das sagt der Inhaber der „Arbeiter-Zeitung“, der jeden Tag alle Parteien ohne Unterschied in der gemeinsten Weise beschimpft und besudelt; das sagt der Mann, der die Frechheit und die eiserne Stirn hat, in jeder Zeile die gemeinsten Verleumdungen auszusprechen!

Landmarschall: Herr Abgeordneter Dr. Geßmann, Sie haben nicht das Wort. Ich bitte um Ruhe! (Große Unruhe. — Der Landmarschall gibt mehrmals das Glockenzeichen.)

Abgeordneter **Noske**: Das ist ja die alte Methode, wenn man den Herren die Wahrheit sagt!

Abgeordneter Dr. **Adler** (fortfahrend): Also, wenn Sie sich ausgetobt haben, erlauben Sie mir, wieder weiter zu sprechen. — Ich habe gesagt, was ich zu sagen hatte; Sie haben das anhören müssen; daß es Ihnen gefällt, habe ich nicht erwartet.

Meine Herren! An dem Tage, wo ich Ihnen gefalle, an dem Tage will ich mir einen Strick kaufen. Damit schließe ich. (Beifall links. — Zwischenrufe und ironischer Beifall rechts.)

Berichtigung Dr. Adlers*) am 12. Juli.

Es ist selbstverständlich nicht möglich, alle Unrichtigkeiten und alle Verdrehungen, die in der Rede Dr. Luegers enthalten waren, im Rahmen einer tatsächlichen Berichtigung zu widerlegen. Vor

*) Die Debatte über die Novaragasse hatte am nächsten Tag noch eine Fortsetzung. Dr. Lueger suchte seine Bemerkung in seiner frivolen Art abzuschwächen:

Dr. Lueger: Als ich sagte: „Lassen Sie doch den Vertreter von der Novaragasse von der Sittlichkeit ruhig sprechen“, ist Dr. Adler in unglaublicher Weise aufgefahren, hat mich einen Verleumder genannt und hat mich förmlich mit Kot beworfen. Erinnern Sie sich, Herr Dr. Adler, wie in Ihrem Blatt die Mitglieder des Frauenbundes, lauter ehrbare Frauen, „Mcgären“ genannt wurden, bloß weil sie Christinnen waren! Erinnern Sie sich an die Ansichtskarten von angeblichen Vorfällen auf dem Semmering, wo die christlichen Frauen auf das schmäzlichste beleidigt wurden. Ich habe nur von einem Vertreter von der Novaragasse gesprochen und habe über die betreffenden Damen kein Wort verloren, aber das werden Sie nicht in Abrede stellen, daß zwölf Frauen — ich war nicht dabei, es wurde mir mitgeteilt — in den auffallendsten Gewändern in Fiakern für Ihre Partei agitiert haben.

Abgeordneter Dr. Adler: Was hat das mit der Novaragasse zu tun?

allem eine Bemerkung über den Abgeordneten Scheicher. Es wurde behauptet, daß die „Arbeiter-Zeitung“ und die Sozialdemokratie den Abgeordneten Scheicher von jeher bekämpft haben. Ich konstatiere demgegenüber, daß ich und mein Blatt zu jener Zeit, wo Herr Monsignore Scheicher als ein wirklicher christlichsozialer Priester aufgetreten ist, als ein Mann, der Sinn und Herz für die Arbeiterschaft hatte, ihn in keiner Weise angegriffen haben. In dem Augenblick allerdings, wo dieser Herr sich der herrschenden Partei angeschlossen hat, wo er sich dieser Gesellschaft zur Eroberung der Macht angeschlossen und an seine alten Bücher vergessen hat, wurde er von uns bekämpft, wie jeder andere, den wir für einen Schädling der Gesellschaft halten.

Nun zum andern. Zu meinem großen Leidwesen bin ich genötigt, noch einmal einen der schmähdlichsten und betrübendsten, aber für den sittlichen Tiefstand bezeichnenden Vorwürfe zurückzuweisen. Die Sittlichkeit bezieht sich nicht nur auf geschlechtliche Dinge, wie Dr. Lueger und Sie alle drüben zu glauben scheinen. Man kann geschlechtlich ungeheuer sittlich sein — womit ich aber nicht sagen will, daß Sie das sind (Heiterkeit) — und dabei doch ein erbärmlicher, im Innersten korrupter Mensch sein. Ich konstatiere, daß Dr. Lueger jene **Infamie der „Deutschen Zeitung“**, die bewußt erlogen ist, reproduziert, und daß er heute nicht den

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Eine war bestimmt aus der Novaragasse!

Abgeordneter Dr. **Adler** (energisch zu Dr. Lueger): Was hat das mit der Novaragasse zu tun? (Lärm.) Ich verlange Antwort!

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Mir ist mitgeteilt worden...

Abgeordneter Dr. **Adler**: Von wem?

Abgeordneter Dr. **Lueger**: Ja, was ist denn an der Novaragasse? (Lärm.) Was ist denn an der Novaragasse so Schlechtes?

Abgeordneter Dr. **Adler**: **Dieser Rückzug ist ebenso feig als dumm!**

Die Szene geht unter größtem Lärm vor sich. Der Landmarschall läutet ununterbrochen. Die Christlichsozialen brüllen, da sie auf diese Weise den Abgeordneten Dr. Adler einzuschüchtern glauben. Doktor Adler ist in größter Erregung aufgesprungen und fordert den Doktor Lueger kategorisch auf, zu sagen, was er weiß. Nachdem der Lueger feige ausgekniffen ist, tritt der Geßmann vor:

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Unter Ihren Agitatorinnen war eine Prostituierte aus der Novaragasse.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Herr Landesausschuß, Sie lügen!

Abgeordneter **Schneider**: Ich habe sie selbst gesehen.

Abgeordneter Dr. **Lueger** (seine Rede fortsetzend): Ich schließe dieses Kapitel über die neueste Art des Wählerfanges. Sie brauchen sich kein Patent darauf zu nehmen, das Stückel macht Ihnen keiner nach.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Das ist eine **Gemeinheit**.

Abgeordneter Dr. **Lueger** schließt nun seine Rede mit der Erklärung, daß die christliche Weltanschauung über ihre Feinde siegen werde.

Es folgen nun tatsächliche Berichtigungen. Als erster spricht Abgeordneter Dr. **Adler**, dessen Ausführungen das größte Aufsehen erregen. Es kommt wiederholt zu stürmischen Auftritten.

Mut gefunden hat, sie vollständig zurückzuziehen und die Sache von sich abzuschütteln.

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Ich erkläre, daß Prostituierte für Sie agitiert haben!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Beweisen Sie das!

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Die ist mir von Leuten gezeigt worden, die die betreffende Person kennen!

Abgeordneter Dr. **Adler**: Also sind Sie so gut bekannt? Wir werden uns an Sie halten, Herr Dr. Geßmann, und an Ihre fachmännischen Kenntnisse. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Geßmann**: Ich habe ausdrücklich erklärt, daß mir von Leuten, die die betreffende Person kennen, diese als eine von dieser Gattung bezeichnet wurde.

Abgeordneter Dr. **Adler**: Also werden wir Ihre fachmännischen Quellen herbeiziehen. Dr. Lueger war zwar gezwungen, den Vorwurf, den er erhoben hat, diese elende, niedrige Anspielung, zurückzuziehen, ihn einzuschränken, aber ich vermisste die Ehrlichkeit...

Abgeordneter **Noske**: Das ist schon etwas Altes! (Lärm.)

Abgeordneter Dr. **Adler**: ...die in einem solchen Falle erklärt, was wahr ist. Herr Dr. Lueger, wenn es Ihnen passiert ist, daß Sie in der Aufregung **gestern in den Kot gegriffen** haben, um uns damit zu bewerfen, (anhaltende Unruhe; der Landmarschall läutet), so haben Sie heute Gelegenheit gehabt, sich reinzuwaschen. Sie haben das versäumt, weil Sie weniger Scheu und Ehrfurcht vor der Wahrheit haben, als Sie Scheu vor Ihrer Partei und Ihrer Clique haben (lebhaft Unruhe; Vorsitzender läutet), und weil Ihnen keine Gemeinheit zu schlecht ist, um Ihrem Zweck zu dienen. (Lebhafter Protest bei den Christlichsozialen; Lärm; der Landmarschall läutet.)

Nach zwei Fronten.

Referat über Parteitaktik—Parteitag in Aussig 1902.

Nun komme ich auf ein anderes Gebiet*). Unter Parteitaktik versteht man nicht nur die innere Entwicklung und Richtung der Parteitätigkeit, sondern auch das Verhältnis zu den anderen Parteien, und da haben wir in Österreich ganz ungeheure Schwierigkeiten — mehr als in anderen Ländern —, weil wir in Österreich keine einheitliche Politik haben. In jedem Lande sind die Parteiverhältnisse verschieden. Es ist keine leichte Sache, in

*) Im ersten Teil dieses Referats hatte sich Adler mit der Taktik im Parlament beschäftigt. Diese Ausführungen sind abgedruckt im Kapitel „Politik der Straße. — Bedingungen der Obstruktion“ im Abschnitt „Der Kampf um das Parlament“.

diesen Einzelkämpfen eine gewisse Gleichmäßigkeit und Konsequenz festzuhalten. Sie gestatten, daß ich in die Tätigkeit der Partei die Tätigkeit der „Arbeiter-Zeitung“ einbeziehe, des Zentralorgans der Partei, das aber durchaus nicht Organ der Parteivertretung in dem Sinne ist, daß für jedes Wort, das die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, etwa die Parteivertretung verantwortlich gemacht werden könnte. Es wird wohl niemand glauben, daß jedes Wort, das in der „Arbeiter-Zeitung“ steht, auf einem Beschluß der Parteivertretung beruht, und es wird wohl niemand die Fehler, die etwa die „Arbeiter-Zeitung“ gemacht hätte (Ein Zwischenruf: Hat!) — ich sage „hätte“, denn ich gebe es nicht zu —, der Parteivertretung zuschieben. Es ist schwer, eine einheitliche Politik festzuhalten, und wir haben schon ein klassisches Beispiel, wieviel uns diese Schwierigkeit zu schaffen macht.

Eine der wichtigsten Fragen, die wir heute haben, ist neben der nationalen Gefahr, das heißt neben den Schwierigkeiten durch die Ausschreitungen des Chauvinismus, die klerikale Gefahr. In bezug auf den Klerikalismus hat sich die Stellung der Sozialdemokratie im Laufe von dreißig Jahren wiederholt wesentlich geändert. Nicht etwa, als ob die österreichische Sozialdemokratie jemals etwas anderes gewesen wäre als die erbitterteste und konsequenteste Feindin des Klerikalismus, nicht etwa, als ob wir jemals aufgehört hätten, die Klerikalen als eine volksfeindliche Partei zu bekämpfen. Aber es hat große Schwankungen in dem Maße gegeben, in dem wir die klerikale Gefahr als die wichtigste angesehen haben. Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre war einer der bedeutendsten Punkte der Partei der Kampf gegen den Klerikalismus. Ich erinnere Sie nur daran, daß die Unfehlbarkeitsbulle in Wien in einer Volksversammlung feierlich verbrannt wurde. Es war eine große Bewegung, die dann ein bißchen zurückgedämmt ist. Es sind andere Momente mehr in den Vordergrund getreten. Der nächste Vorstoß des Klerikalismus war Mitte der achtziger Jahre: der Lichtensteinsche Schulantrag*) hat die Arbeiterschaft

*) Die achtziger Jahre waren von Angriffen der Klerikalen auf das Reichsvolksschulgesetz, das die weltliche Schule festgelegt hatte, ausgefüllt. Am 3. Februar 1880 richteten die böhmischen Bischöfe an das Unterrichtsministerium die Drohung, an der Ausführung der Schulgesetze nicht mitzuwirken, und am 5. Februar schon brachten die Klerikalen, Prinz Alois Lichtenstein, der nachmalige Führer der Wiener Christlichsozialen, damals noch Abgeordneter der Bauern von Hartberg in Steiermark und Führer der Extremklerikalen, und der Hofrat Georg Lienbacher, der Führer der Salzburger klerikalen Bauern, Schulanträge ein. Lichtenstein forderte die Regierung auf, das Reichsvolksschulgesetz zu revidieren, die Auslagen für die Volksschule zu vermindern, den Einfluß der Länder auf die Schule zu vermehren und dafür zu sorgen, daß den religiösen und sittlichen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werde; Lienbacher forderte, daß die Schulpflicht nur noch bis zum zwölften Jahre dauere, wobei es den Ländern vorbehalten sei, die achtjährige Schulpflicht einzuführen. Am 11. Februar 1881 wurde der An-

wieder auf dem Posten gefunden. Wieder hat die Partei eine Zeitlang — es war nicht auf lange notwendig — ihre ganze Front gegen die Klerikalen gerichtet. Es sind dann andere Dinge gekommen und wir haben lange Zeit nicht gegen die damals verhältnismäßig schwachen Klerikalen, sondern gegen die herrschenden Liberalen und ihren Anhang in erster Linie zu kämpfen gehabt.

Jetzt ist wieder eine Zeit gekommen, wo der Klerikalismus eine gefährliche Macht geworden ist und sich mit einer Wucht in den Kampf stürzt, der niemand gewachsen ist als die sozialdemokratische Arbeiterschaft, gegen die es kein anderes Bollwerk gibt als diese. Denn die bürgerlichen Parteien erliegen entweder den Verführungen des Klerikalismus und lassen sich von ihm mißleiten, wie das beim Wiener Bürgertum der Fall ist, oder sie sind feig dem Klerikalismus gegenüber, wie das von der großen liberalen Partei und ihren meisten Gruppen gilt. Aber diese Gefahr des Klerikalismus wird nicht im ganzen Reiche gleich stark empfunden. Die verschiedenen Verhältnisse bringen es mit sich, daß wir in den Alpenländern und in Wien im Klerikalismus einen viel gefährlicheren Feind sehen, daß er uns viel näher auf den Leib rückt, als das in den nördlichen Kronländern der Fall ist. Während sich bei uns der größte Teil des Kleinbürgertums mit den Klerikalen verbündet hat und die Minorität nur einen schwächlichen Widerstand leistet, so existiert in Böhmen, Mähren und Schlesien der Klerikalismus als politischer Machtfaktor überhaupt nicht.

Die Sozialdemokratie hat nun die Aufgabe, den Elementen, die in jedem Moment die gefährlichsten sind, am schärfsten entgegenzutreten, und sie hat ferner die

trag Lienbacher in der Form angenommen, daß die achtjährige Schulpflicht fortbestehen solle, doch könnten die Landtage nach dem sechsten Schuljahr statt des Alltagsunterrichtes einen Wiederholungs- oder Fortbildungsschulunterricht einführen. Das Herrenhaus wies aber das Gesetz an das Abgeordnetenhaus zurück. Darauf brachte die Regierung Taaffe am 23. Jänner 1882 eine Schulnovelle ein, die die „sittlich-religiöse“ Erziehung durch eine „religiös-sittliche“ ersetzen sollte. Die Schulleiter sollten jener Religion angehören, zu der sich die Mehrzahl der Schüler bekennt; die Gemeinden sollten nach dem sechsten Schuljahr den regelmäßigen, ganztägigen Unterricht durch einen Fortbildungsunterricht ersetzen dürfen. Ein Lehrer sollte bei halbtägigem Schulunterricht bis zu hundert Schüler unterrichten können. Die Vorlage wurde am 28. April 1883 mit 169 gegen 163 Stimmen im Abgeordnetenhaus angenommen.

Aber damit waren die Klerikalen nicht zufrieden. Am 25. Jänner 1888 brachte Prinz Liechtenstein seinen berühmten zweiten Schulantrag ein. Die Schulpflicht sollte auf sechs Jahre, bei fünf Unterrichtstagen in der Woche, herabgesetzt werden, die Lehrer sollten die Religion der Kinder haben, die Kirche die Mitaufsicht über den Schulunterricht. Am 30. Jänner verlangte der Gesamtepiskopat in einem Memorandum die „konfessionelle, katholische Schule“, und am 15. März brachte auch Lienbacher einen Schulantrag ein, der die grundsätzlichen Bestimmungen über das Verhältnis der Schule zur Kirche ändern sollte.

Aufgabe, jene Elemente, die diesen gefährlichsten Feinden selbst feindlich gegenüberstehen, wenigstens nicht allzusehr zu stören, wenn wir uns auch nicht darüber täuschen, wie kurzatmig diese Leute sind. Aus dieser einfachen Klugheitsregel entspringt nun eine ganze Reihe von Konsequenzen, die richtig zu ziehen freilich mitunter schwierig ist. Die Politik ist überhaupt keine besondere Kunst, es dreht sich da immer nur um ganz einfache Fragen, die mit der Klugheit zu entscheiden sind.

Wir sind in diesem Moment gezwungen, nach zwei Fronten zu kämpfen: in den Alpenländern gegen das klerikale Kleinbürgertum und im Norden gegen dasselbe Kleinbürgertum in seiner nationalen Gestalt. Wir in Niederösterreich sind genötigt, mit allen Kräften gegen den überwuchernden Einfluß des Klerikalismus zu kämpfen, und wir sind genötigt, jede Spur des Widerstandes gegen die Klerikalen nicht abzutöten und zu verhöhnen, sondern zu ermutigen und zu fördern. Dazu sind wir genötigt, weil wir allein noch nicht die Macht haben, diese Mächte zu besiegen. Selbstverständlich — das ist ein alter Konflikt mit den Nordböhmern oder eigentlich nur mit einigen Genossen in Nordböhmern — finden diese, daß wir die Nationalen in Niederösterreich nicht so scharf bekämpfen, wie man es hier braucht. Das geschieht aus demselben Grunde, aus dem Sie in Böhmen die Klerikalen nicht bekämpfen. Bei uns in Niederösterreich sind nämlich die Nationalen nicht vorhanden; wo sie vorhanden sind, dort sind sie eine schwache, ziemlich einflußlose Partei. Man darf eben in der Politik nur nicht glauben, daß der Ort, wo man gerade lebt, der Nabel der Welt ist. (Heiterkeit.) Ich habe diese Dinge gesagt, nicht, um der Debatte vorzugreifen, sondern, um zur Debatte aufzustacheln. Gebrauchen Sie Ihre kritischen Gaben nach Herzenslust*).

Eines möchte ich am Schlusse noch sagen: Wir können mit den Erfolgen der Partei im großen und ganzen zufrieden sein. Uns hat nicht nur die Zeit der größten parlamentarischen Verwirrung, der politischen Anarchie nichts anhaben können, sondern auch die Zeiten der Ruhe, der politischen Versumpfung, die die nationalen Parteien eine nach der anderen zugrunde richtet, hat unsere Partei siegreich bestanden. Die ehrliche Politik, die aus wirklichen Bedürfnissen hervorgeht und die mit schonungsloser Selbstkritik jede Phrase von sich entfernt, diese ehrliche proletarische Politik muß uns zum Siege führen. Wir machen vielleicht im einzelnen Fehler, aber sie haben uns nicht im geringsten geschadet. U n w a h r s i n d wir nie geworden und schwindelhafte Politik haben wir nie getrieben. Wir haben nur eine Aufgabe: immer aus der Arbeiterschaft, aus der psychologischen und tatsächlichen Möglichkeit heraus die Schritte der Partei zu lenken! In einer Zeit des Stillstehens ist es ebenso töricht und schwindelhaft, Sturm zu „machen“, wie in einer Zeit des Sturmes, Ruhe zu predigen. In die Verwaltungen eindringen, das ist jetzt unsere Aufgabe. Die geistige Grundlage

*) Dr. Adler beschäftigte sich dann mit der Reform des Landtagswahlrechtes.

unserer Partei, die Gehirne unserer Parteigenossen, vernünftig zu bearbeiten, das ist jetzt das Wichtigste. Benützen wir die Zeit redlich. (Lang anhaltender Beifall.)

Der Zusammenbruch der Schwindelparteien.

Schlußwort über Parteitaktik. — Parteitag 1902.

Am Ende einer eingehenden Diskussion über die Parteitaktik muß man sagen, daß der Einladung der beiden Referenten, Beschwerden vorzubringen, in reichlichem Maße Folge gegeben wurde. Aus der Debatte geht die erfreuliche Tatsache hervor, daß die Genossen unzufrieden sind, unzufrieden mit dem, was erreicht wurde, unzufrieden mit der Schnelligkeit und der Energie der Vertrauensmänner. Das ist darum erfreulich, weil daraus hervorgeht, daß, wenn die Vertrauensmänner mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Energie und nach allen Möglichkeiten, die die Lage gibt, zum Kampf übergehen, sie hinter sich Leute wissen, denen es noch immer zu langsam geht. Es ist das eine weit angenehmere Lage, als wenn wir das Bewußtsein haben müßten, daß wir zwar vorausmarschieren, daß aber niemand hinter uns kommt. Es ist uns lieber, daß wir uns sagen können: Wenn wir noch so energisch losgehen, erreicht das noch immer nicht den Ingrim, der im Lande ist, als daß wir uns von den bürgerlichen Parteien den Vorwurf gefallen lassen müßten, den sie oft erhoben: Ihr zerreißt euch das Maul, aber die Arbeiterschaft ist sehr zufrieden und weiß von nichts. Damit will ich aber nicht sagen, daß ich über jedes Wort, das hier gefallen ist, ein besonderes Vergnügen empfunden habe. Meine Phantasie ist so groß, daß ich mir vorstellen kann, daß die Beschwerden und Wünsche mitunter in einer etwas klügeren Form hätten vorgebracht werden können.

Ich muß sogar gestehen, daß, wenn ich mir die Sache recht überlegen würde, ich einige andere schwache Punkte entdecken würde, die der Aufmerksamkeit der Kritiker entgangen sind, während sie hingegen an Punkten angepackt haben, wo es vielleicht nicht ganz am Platze war. Sie haben nicht unsere schwächsten Punkte getroffen, sondern unsere stärksten. (Heiterkeit.)

Wir sind seit den Wahlen zum erstenmal beisammen, und es ist begreiflich, daß viele der Erinnerungen und Stimmungen, die bei den Wahlen und aus Anlaß ihrer Resultate bei den Genossen rege geworden sind, hier reproduziert werden. Nun freilich müßte man meinen, daß anderthalb Jahre eigentlich Zeit genug gewesen wären, um ein bißchen zur Besinnung zu kommen. Man müßte das um so mehr annehmen, als insbesondere hier in Böhmen diese Zeit ausgereicht hat, um die Verhältnisse hier so wesentlich zu ändern. Wenn die Genossen von Böhmen unmittelbar nach den Wahlen von 1901, die uns schmerzliche Niederlagen gebracht haben, in voller Entrüstung Himmel und Hölle verflucht und nicht nur die

niederträchtige Perfidie der Gegner angeklagt haben, wenn sie damals auch in ihrer Erregung die eigenen Genossen angeklagt haben, so war es zu begreifen.

Ich möchte hier einen Zug besonders hervorheben. Unsere Taktik im Parlament, in der Presse und in der Partei wird vielfach angegriffen, weil sie nicht so lebendig ist, als es gewünscht wird. Es wird aber dabei aus einem gewissen Schamgefühl ein Nachsatz in der Öffentlichkeit verschwiegen, den sich viele denken, manche auch hie und da aussprechen. Die Genossen denken nämlich: Wir bestehen schlecht in der Konkurrenz mit den bürgerlichen Parteien. Sehr häufig denken die Genossen: Wenn wir nur auch soviel Spektakel machen würden wie die Deutschnationalen! Jetzt haben die wieder etwas gemacht. Es ist ja einmal höchst naiv von einem Redner herausgekommen — es war der sehr naive Genosse Brod —, der der Fraktion vorgeworfen hat, daß sie einen Antrag nicht eingebracht hat, den die bürgerlichen Abgeordneten eingebracht haben. Sehr oft wird der Fraktion vorgeworfen, daß sie in den Wettrennen der bürgerlichen Demagogie nicht mittun. Und wenn Sie das Schamgefühl gehabt haben, das hier nicht zu sagen, so rechne ich Ihnen das zur Ehre an. Unser Parlamentarismus ist so heruntergekommen wie in gar keinem anderen Lande, und gerade das, wodurch diese jungen bürgerlichen Parteien, diese kleinbürgerlichen demagogischen Parteien in die Höhe gekommen sind, hat zur Verächtlichmachung der Methode unseres Parlamentarismus am meisten beigetragen. Wollen Sie von unseren Abgeordneten wirklich, daß sie sich auf diesen Schwindel miteinlassen, daß sie sich in den Wettbewerb begeben, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, die verächtlichste Demagogie zu treiben? Die Parteien bringen leere Demonstrationsanträge ein, Anträge, über die die Antragsteller selbst lachen müssen. Wenn Sie das wollen, so suchen Sie sich andere Leute aus als die zehn ehrlichen Männer, die wir im Parlament haben. Dann nehmen Sie sich die Herren Franko Stein*) und solche Individuen, die keinen Funken Gewissenhaftigkeit, keinen Funken Verantwortlichkeitsgefühl haben. Wir sind als Sozialdemokraten erzogen, und unser erstes Gebot ist, daß wir nichts sagen, als was wahr ist und was wir auch vertreten können, daß wir vor allem unsere eigenen Wähler nicht belügen. Das, was Sie sooft als Besonnenheit belächeln, sooft als Abwiegeln verabscheuen und kritisieren, das ist nichts anderes als

*) Franko Stein, ein getreuer Anhänger Schönerers, hatte bei den Wahlen des Jahres 1901 als alldeutscher Arbeiterkandidat in der allgemeinen Kurie Eger den Sozialdemokraten das Mandat abgenommen. Er war einer der ärgsten Schreier und ein skrupelloser Demagog, der richtige Typus der Kandidaten, die die bürgerlichen Parteien in der fünften Kurie aufstellten. Die Deutschnationalen, die in Böhmen den Sozialdemokraten die Mandate abnahmen, waren überall als die Kandidaten der deutschnationalen Fabrikanten den Arbeitern mit ärgstem Terror aufgezwungen worden.

Siehe auch die Rede beim Punkt „Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung“ auf demselben Parteitag.

ehrliche Wahrheitsliebe. Wenn Sie aber beschwindelt sein wollen, dann suchen Sie sich, ich wiederhole es, andere Leute. (Beifall.)

Aber der Schwindel hält nicht vor. Sie in Nordböhmen sehen denselben Prozeß, den wir in Niederösterreich sehen, daß die beiden demagogischen Parteien — Christlichsoziale und Deutsch-nationale — im völligen Abkrachen begriffen sind. Nicht wir können sie umbringen. Wir können unseren Feinden überhaupt nicht soviel antun, als manche von Ihnen glauben. Seien Sie aber deshalb unbesorgt, jeder Lump hängt sich zuletzt selbst auf. (Lebhafter Beifall.) Das ist ein wirkliches Gesetz der Notwendigkeit, so schwindelhafte politische Existenzen können nicht bestehen, sie müssen zugrunde gehen und sie gehen nicht an der Zufälligkeit einer angeblichen Unsittlichkeit irgendeines Führers zugrunde, auch nicht an einer Dummheit, die jemand gemacht hat. Menschen sind wir alle und Dummheiten machen wir alle. Nicht weil einzelne von ihnen Lumpereien machen, sondern weil das Wesen dieser Parteien ein unwahres ist, weil sie auf einer ganz unnatürlichen Grundlage beruhen, weil sie auf der Lüge begründet sind, auf der Lüge, daß sie, die sie Vertreter kleiner Schichten des Bürgertums sind, Vertreter aller möglichen Schichten, insbesondere auch der Arbeiterklasse seien. Diese Demagogie, diese Lüge muß sie dahin bringen, daß sie sich schließlich selbst an den Rand des Abgrundes bringen.

Weil diese Parteien kein klares Programm, kein klares Ziel und keine klare Taktik haben und haben können, darum sind sie einzig und allein überall auf eine Person gestellt. Mit der Person geht dann der Krempel kaput. Es sind eben Personen überall fehlbare Menschen. Es müssen zwar nicht alle so ausgemachte Lumpen sein, aber daß sie Fehler haben, ist sicher. Wenn aber eine Partei nicht auf die wirkliche wirtschaftliche und politische Notwendigkeit gestellt ist, sondern auf das Ansehen von Personen, dann muß mit den Personen auch die Partei kaput gehen. Das geschieht in Wien und auch hier in Nordböhmen.

Ich habe vorhin gesagt, daß heute noch, nach anderthalb Jahren, die Stimmung bei vielen von Ihnen vorherrscht, die unmittelbar nach dem Ausgang der Wahlen zu begreifen war. Heute sind wir aber in einer ganz anderen Situation wie vor anderthalb Jahren. Dieser Siegesrausch der Deutschnationalen, dieser Triumphzug des deutschen Hochgedankens (Heiterkeit), der auf der nichtswürdigsten Erpressung beruht hat und darauf, daß man als Mittel des Wahlkampfes zum erstenmal in einem Maße, wie das selbst den weit weniger deutschhochgedanklich entwickelten Liberalen bekannt war, die Hungerpeitsche eingeführt hat, ist längst verschwunden. Die Dinge sehen heute nach anderthalb Jahren etwas nüchterner aus als damals. Grau und bleischwer liegt auf diesen Leuten die Wirklichkeit, und das sieht durchaus nicht so aus, als ob diese deutschnationalen Kleinbürger, die sich vermessen haben, diesen sehr komplizierten und schwer zu führenden Staat zu führen, diese Fähigkeit besitzen. Eine Partei, die nicht einmal

ihre kleinen persönlichen Angelegenheiten in einer halbwegs anständigen, wenn auch noch so philliströsen Form zu ordnen vermag*), ist nicht befähigt, politisch zu führen oder auch nur ein entscheidender Faktor zu sein.

Also, Sie dürften heute ganz anders die österreichische Politik ansehen, und wenn Leute unter Ihnen sind, die niedergedrückt waren darüber, daß die viele Arbeit und Opfer und die Anstrengungen von Jahrzehnten schließlich zu nichts geführt haben als zu der Niederlage gegenüber Leuten, die Sie mit Recht verachten, so können Sie sich heute sagen: das ist eine vorübergehende Stimmung infolge einer vorübergehenden Situation gewesen. Heute ist

*) Karl Hermann Wolf, der eigentliche Führer der Alldeutschen, hatte sich mit Schönerer, dem Begründer der Partei, entzweit. Wolf hatte mit seinem Parteigenossen Professor Dr. Seidl ein Duell gehabt, dessen Anlaß eine Familienaffäre bildete, bei der er nicht sehr gut wegkam, zumal ihre Anfänge bis in eine Bismarck-Feier zurückreichten. Schönerer nahm gegen Wolf Partei, da er das Verhalten Wolfs als mit den deutschen Vorstellungen von Heiligkeit der Ehe nicht vereinbar erklärte, was wieder Wolf zu bissigen Reden über die „moralinsauren“ Herren veranlaßte. Wolf wurde gezwungen aus dem Alldeutschen Verband auszutreten und gründete mit denen, die Schönerers Intoleranz nicht ertrugen, eine eigene Partei, die sich zuerst frei-alldeutsch, später nach dem Deutschradikalen Verband, den sie als Gegenverband gegen den Alldeutschen Verband gründeten, deutschradikal nannte. Wolf hatte auch sein Mandat zurücklegen müssen, war aber am 15. Jänner 1902 in der Stadt Trautenua mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Die Affäre Wolf nahm dann noch weiteren Umfang an. Der alldeutsche Abgeordnete Dr. Schalk erklärte Wolf in offener Parlamentssitzung für satisfaktionsunfähig und weigerte sich, sich mit ihm zu duellieren. Er ließ auch eine Broschüre erscheinen: „Warum ich Herrn Wolf für ehrlos erklärt habe.“ Außerdem wiederholte er die Beschuldigungen in einer Versammlung in Linz. Wolf mußte klagen, aber er klagte nicht vor dem Bezirksgericht in Linz, sondern vor dem Schwurgericht in Brüx, weil er von diesen seinen Parteifreunden eher ein günstiges Ergebnis erwarten konnte. Der Prozeß endete am 6. Dezember 1902 mit einer Verurteilung Schalks zu 800 Kronen Geldstrafe. Aber der Prozeß ging trotzdem schlecht aus für Wolf. Er mußte vor allem die Vorkommnisse bei der Bismarck-Feier und seine Beziehungen zu der Frau zugeben — die der Vertreter Schalks, der alldeutsche Rechtsanwalt Dr. v. Berger, als ein „Verbrechen an deutscher Sitte und deutscher Treue“ bezeichnete —, erklärte sie aber als einen Fehler, „aus Leidenschaft und aus einer Verirrung, die aus seinem heißen Blut und aus seiner Sinnlichkeit hervorgegangen“ sei, überdies in einer Zeit politischer Aufregung... Der alldeutsche Abgeordnete Berger wieder erzählte als Zeuge, Wolf habe bei jener Bismarck-Feier eine begeisterte Rede für das deutsche Ideal gehalten, eine Stunde später aber in demselben Lokal eine unzünftige Handlung begangen.

Aber auch für die Partei Wolfs ging der Prozeß schlecht aus. Es wurde dort bewiesen, daß der Verwalter des Parteiblattes — der „Ost-deutschen Rundschau“, aus der später die hakenkreuzlerische „Deutsch-österreichische Tageszeitung“ hervorging — vom Zuckerkartell bestochen worden war; doch Wolf erklärte, davon nichts gewußt zu haben. Wolf hat dann noch längere Zeit eine Rolle gespielt und ist schließlich bei den Hakenkreuzlern gelandet.

die Bahn frei, die Gespenster sind verjagt, heute hat sich gezeigt, was Schwindel und was echt ist, und von Tag zu Tag mehr sieht auch der irreführte Teil der Bevölkerung ein, daß er irreführt wurde und daß er sich auf ein Phrasen- und Maulmachertum eingelassen habe, das zerplatzt wie eine Blase, wenn es mit dem wirklichen Leben in Berührung kommt*).

Es wurde uns vorgeworfen, daß wir Kompromisse mit anderen Parteien schließen. Leider sehe ich die Parteien nicht, mit denen wir Kompromisse schließen sollen. Wo sind die denn? Wenn es welche gäbe, so würde ich, das sage ich offen, für gewisse Zwecke gern gewisse Kompromisse eingehen. Die Phrase von der „**einheitlichen reaktionären Masse**“ ist längst von Engels und Kautsky totgeschlagen worden**). Es ist nicht gleichgültig, welche von den Parteien uns gegenüberstehen. Nicht alle sind gleich schädlich für die Entwicklung. Es gibt Parteien, die Überbleibsel feudaler Zustände sind, das sind die gefährlichsten Feinde, durchaus nicht gleichwertig mit den anderen. Man sagt auch, die Abgeordneten, wenn sie nicht nur von Arbeitern gewählt werden, kommen auf Abwege. Es gibt in Österreich keinen Abgeordneten und in Deutschland nur sehr wenige, die nur von Arbeitern gewählt werden. Es wäre traurig, wenn das nicht so wäre. Soll die treibende Kraft unserer Partei sich nicht auch darin äußern, daß wir auch andere Kreise mitreißen? Das Stück Gerechtigkeit, das in unserer Bewegung steckt, soll nicht andere Schichten mitreißen? Und was ist es denn für ein Unglück, wenn andere mitwählen? Wir haben noch selten mit anderen Parteien gewählt und es wird uns nicht so leicht passieren. Wenn aber die anderen mit uns wählen, wo ist das Unglück? Wenn diese Leute glauben, wir werden ihnen Gefälligkeiten erweisen, so werden sie sehr enttäuscht werden. Kein Bürgerlicher wählt heute einen Sozialdemokraten, weil er ihm nützen soll, sondern aus demselben Grund, wie wir lieber — es soll das vorkommen — einen Liberalen als einen Alldeutschen wählen, der uns für den Moment weniger Abscheu einflößt oder ungefährlicher erscheint.

Die österreichische Sozialdemokratie hat die schwersten Prüfungen bestanden: sie hat sich eine Organisation gegeben, in der die nationalen Schwierigkeiten besiegt wurden. Wir können gemeinsame Politik machen, ohne daß einer den anderen bedrücken muß, wir haben seinerzeit ohne regelrechten parlamentarischen Boden Politik gemacht, eine Partei, die aus Deutschen, Tschechen und Polen zusammengesetzt ist! Wir haben unser Ansehen dadurch gehoben, daß wir uns an der verlogenen Demagogie der bürgerlichen Parteien nicht beteiligt haben, dadurch, daß

*) Der zweite Teil der Rede befaßt sich nicht mehr mit den Schwindelparteien, sondern mit der Regierung Körber und ist unter dem Titel „Das System Körber“ im Abschnitt vom Zerfall Österreichs abgedruckt.

**) Siehe allerdings auch den Artikel in der „Gleichheit“ vom 7. Juli 1888 oben.

wir eine konsequente, zielbewußte und gewissenhafte Politik gemacht haben.

Es werden immer wieder Zeiten kommen, die so aussehen wie Stillstand. Nicht der allein ist ein Held, der sich vom Sturm fortreißen läßt, sondern der noch mehr, der in der festen Überzeugung des Sieges täglich und stündlich, auch in den Tagen der Faulheit die Begeisterung anzuhalten weiß und erkennt, daß die ruhige Arbeit mit derselben Zuversicht gemacht werden muß! Sie können, das sage ich auch zu den Arbeitern Nordböhmens, die heute als Gäste hier sind, zuversichtlicher in die Zukunft sehen als je! Es muß heute den Arbeitern klarer als je sein, daß sie nur einen Freund haben, der ihnen treu bleibt, einen Freund, der Sie selbst sind, die Arbeiter und Vertrauensmänner der Partei! Die Wendung bei den Nationalen ist kein Zufall! Sie ist eine geschichtliche Notwendigkeit! Schwindler müssen zugrunde gehen, die Weisheit, die Kraft, die aus Ihrem Blut entspringt, aus dem lebendigsten Bedürfnis der Arbeiterschaft, sie muß siegen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung.

Parteitag zu Aussig 1902.

In der Resolution*) ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die spezielle österreichische Entwicklung dieser Schwindelarbeiterbewegungen nur möglich geworden ist durch die fünfte Kurie. Darüber ist kein Zweifel. In Deutschland, wo das gleiche Wahlrecht besteht, ohne diese Form des Pluralvotums, wie wir es hier haben, sind die Bürgerlichen gezwungen, um ihre eigenen Mandate mit den Sozialdemokraten zu kämpfen. Durch die fünfte Kurie sind sie bei uns in der Lage, zuerst ihre eigenen Mandate für sich zu

*) Schon in seinem Schlußwort über Parteitaktik hatte Adler über die „Arbeiterparteien“ gesprochen, die sich die bürgerlichen Parteien für die Wahlen in der allgemeinen Kurie geschaffen hatten. Nach dem Beispiel der Christlichsozialen, die mit den „Arbeiterkandidaten“ Bielohlawek, Prochazka, Axmann, Mittermeier bei den ersten Wahlen der fünften Kurie in Wien die Sozialdemokraten besiegt hatten, schufen sich für die Wahlen im Jahre 1901 die Deutschnationalen nationale Arbeiterparteien, die mit dem Geld und dem Terror der deutschnationalen Unternehmer, aber auch mit plumpster Demagogie und gemeinen Verleumdungen — von denen ganz besonders beliebt die war, daß die Sozialdemokraten den großen Bergarbeiterstreik des Jahres 1900 angezettelt hätten, damit die Grubenbesitzer die Kohle teurer verkaufen könnten! — den Sozialdemokraten eine Niederlage beibrachten. Ähnlich war es ja auch bei den Tschechen gewesen, wo nach der Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten gegen das böhmische Staatsrecht die Jungtschechen sich eine „nationale Arbeiterpartei“ schufen, in deren Namen die Klobáč und Fresl das Parlament ruinierten. Diese Arbeiterparteien verfälschten nicht nur den nationalen Kampf durch eine skrupellose nationalistische Hetze, sondern auch den sozialen Kampf,

sichern, und hernach in der fünften Kurie irgendeinen falschen Arbeiter, eine Puppe von Arbeiter, einen Mann, dem man erst den Namen Arbeiter beigelegt hat, aufzustellen und hier — äußerlich — eine ganz andere Politik zu machen als in ihrer eigenen Kurie. Ich möchte noch einen Punkt in der Resolution hervorheben, der bisher noch wenig berührt wurde. Wir haben eine Bewegung vor uns, die mit den schlechtesten Mitteln, in der bewußten Absicht der Verführung von Arbeitern, eingeleitet ist, eine Bewegung, die auf die schwachen Elemente in der Arbeiterschaft eine gewisse Anziehungskraft hat, und zwar darum, weil sie direkte Belohnungen und Prämien auf die Charakterlosigkeit, auf die Schwächlichkeit und Knechtseligkeit der Arbeiter einführt. Wir wissen ganz gut, daß an der Spitze dieser Organisation überall die Antreiber in den Fabriken stehen, daß die die Leute hineinlocken, sie noch dafür belohnen, und dadurch, daß sie die äußerlichen Formen unserer Organisation annehmen, ihnen gewissermaßen einen Ersatz für die wirkliche Organisation bieten. Der Arbeiter sagt: „Ich bin ja auch organisiert, aber so, wie es mir in meinem Fortkommen nicht schadet.“ Unsere Leute werden gemäßregelt und drangsaliert, den anderen aber werden alle möglichen Vorteile versprochen, denen, die den Verrat an der Arbeiterklasse begehen. Nun bin ich weit entfernt, für diese schwächlichen Elemente der Arbeiterschaft hier ein Wort der Entschuldigung zu sprechen, aber ich meine doch, daß wir in der Praxis sehr wohl unterscheiden müssen zwischen denjenigen, die in bewußter Absicht die Arbeiter verführen, und denen, die sich aus Unkenntnis, Schwäche und Indifferentismus in diese Organisationen hineinlocken lassen. Jeder Arbeiter, der aus Unkenntnis und Indifferentismus hineingelockt wird, ist ein Vorwurf für uns, weil es uns ansagt, daß unsere eigene Organi-

indem sie mit demagogischen Schlagworten die Geschäfte der Unternehmer betreiben.

Deshalb wurde auf dem Parteitag in Aussig über „die bürgerlichen Verfälschungen der Arbeiterbewegung“ beraten. Das Referat erstattete Anton Schrammel, der ehemalige Abgeordnete von Aussig, der 1901 unterlegen war, aber 1907 wieder gewählt wurde. Er beantragte eine Resolution, die feststellt, daß diese bürgerlichen Arbeiterparteien unter falscher Flagge Ausbeuterinteressen dienen. Dann heißt es:

Diese Filialen der bürgerlichen Parteien mit proletarischer Firma sind eine Schule der Versimpelung und Korruption der irreführten Arbeiter, die ihren schlimmsten Feinden als Werkzeug und Marionette dienen müssen... Der Parteitag fordert die Genossen auf, die bürgerlichen Betrüger rücksichtslos zu brandmarken, er erwartet aber auch, daß sie den so betrogenen Proletariern mit aller jener zähen Aufklärungsarbeit zur Seite stehen, deren gerade diese so sehr bedürfen, und daß sie, stets bereit zur Versöhnung, jede Gelegenheit begünstigen werden, die den verblendeten Brüdern erleichtert auf den Boden zurückzukehren, der ihre Heimat ist, und den sie nur, der Versuchung folgend, verlassen haben, auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes.

In der Debatte sprach dann auch Adler.

sation noch nicht genügend in den breiten Massen der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt hat.

Daraus geht hervor, daß die Leute, die aus Unwissenheit in diese Organisationen hineinkommen, nicht so behandelt werden wie die bewußten Verräter an der Arbeiterschaft, sondern daß sie so behandelt werden, wie wir Indifferente überhaupt behandeln, daß wir ihnen nämlich mit allen Mitteln der Belehrung entgentreten, daß wir niemals vergessen, daß wir in ihnen verführte, mißleitete Arbeiter, aber doch Arbeiter vor uns haben; auch wir alle waren nicht von Geburt aus Sozialdemokraten, viele von uns haben Wandlungen verschiedener Art durchmachen müssen, um uns zu unserer heutigen Überzeugung durchzuringen. Wir wissen, daß der proletarische Charakter in jedem Arbeiter schließlich doch zum Durchbruch kommt, daß auf die Dauer dieser Betrug an den Arbeitern nicht möglich ist. Wir sind verpflichtet, ihnen die Augen zu öffnen, und wir sind verpflichtet, jeden, dem wir die Augen öffnen, mit offenen Armen bei uns aufzunehmen. Das heißt: Schärfste Bekämpfung und unversöhnlicher Haß den Verführern, aber brüderliche Liebe und Versöhnlichkeit gegenüber den verführten Arbeitern! (Beifall.)

Klassenregierung.

Parlament und Teuerung.

Versammlung in Favoriten am 4. Oktober 1911.

Es hat lange nicht einen so ernsten Moment gegeben wie den jetzigen, wo sich das Parlament wieder versammelt*). Ich sage, ein ernster Moment, weil die Stimmung in der Bevölkerung in Wien und in allen Ländern bei der Arbeiterschaft bis hoch hinauf ins

*) Für den 5. Oktober war das Parlament einberufen, dessen wichtigste Aufgabe es sein mußte, die Teuerung zu mildern. Deshalb hatte die Sozialdemokratie für den 4. Oktober Versammlungen einberufen, um dem Parlament die Erwartungen und Forderungen der Arbeiter zur Kenntnis zu bringen. In Favoriten sprach Viktor Adler, dessen Rede, wie später mitgeteilt wird, im Parlament den Anlaß zu groben Verleumdungen durch den Ministerpräsidenten Gautsch gab.

Die Teuerung war in den letzten Jahren unerträglich geworden. Infolge des Zollkrieges, der auf Kommando der ungarischen Großgrundbesitzer gegen Serbien geführt wurde, war namentlich das Fleisch unerschwinglich geworden. Schon im Herbst 1910 hatten die Sozialdemokraten deshalb den Kampf um die Einfuhr überseeischen Gefrierfleisches aufgenommen und unter dem Eindruck einiger großer Demonstrationen der Wiener Arbeiterschaft, an denen auch viele Bürgerliche teilnahmen, hatte die Regierung schließlich die Bewilligung zur Einfuhr einer beschränkten Menge gekühlten argentinischen Fleisches gegeben. Da aber die Christlichsozialen in dieser Frage geteilt waren, die Städter dafür sein mußten, die Agrarier aber dagegen waren, hatte der christlichsoziale Handelsminister Weiskirchner erklärt, daß die Ungarn ihre Zustimmung dazu gegeben hätten und er verfocht die Anschauung, daß Österreich infolge des „Ausgleichs“ (wie damals die alle zehn Jahre neu zu schließenden Vereinbarungen zwischen Österreich und Ungarn über gewisse nicht von vornherein geregelte gemeinsame Angelegenheiten genannt wurden) an die Zustimmung Ungarns für die Bewilligung der Einfuhr gebunden sei. In Wirklichkeit hatte diese Rechtsauffassung im „Ausgleich“ keine Begründung und sie beruhte nur auf einer künstlichen Auslegung einer ganz allgemein gehaltenen Bestimmung der Durchführungsverordnung zum österreichisch-ungarischen Ausgleich. Aber um seine Partei vor der Gefahr zu bewahren, in die die Frage der Fleischeinfuhr sie bringen mußte, hatte Weiskirchner gegen den Rat aller leitenden Beamten seines Ministeriums den Rechtsanspruch Ungarns in einem Geheimvertrag anerkannt. Und dann gab die ungarische Regierung gnädigst die Bewilligung zur Einfuhr von 2000 Tonnen argentinischen Fleisches. Als aber die argentinische Schiffahrtsgesellschaft, die den Transport besorgte, um

Kleinbürgertum und bei der Beamtenschaft eine so erregte ist und weil sich das Parlament einer Regierung gegenüber sieht, von der es sehr zweifelhaft ist, ob sie dem Wunsch und dem Bedürfnis, ja der Not der Bevölkerung Rechnung tragen kann, will und wird. Wir sind Sozialdemokraten und kennen die Not der arbeitenden Klasse, die mit dem Kapitalismus entsteht und mit dem Kapitalismus vergehen wird, und wir verlangen von der Regierung nicht, daß sie diese Not beseitige. Aber so wie wir genau wissen, was nicht von heute auf morgen geändert werden kann, sondern was das Werk der großen Umwälzung und Befreiungsarbeit sein muß, der wir alle dienen, ebenso sind wir uns klar bewußt, daß es auch unter dem heutigen kapitalistischen Zustand, ohne daß das Heiligtum der Ausbeuter angetastet wird, bei aller Aufrechterhaltung aller Privilegien des Kapitalismus, eine ganze Menge von Maßregeln gibt, die wenigstens das Äußerste verhindern können. Gewiß, der kapitalistische Staat kann nicht jeder Familie Brot zu essen geben, so viel als sie braucht, aber das ist nicht notwendig, daß, wenn Fleisch

eine neuerliche Bewilligung ansuchte, wurde sie abgewiesen und mußte das Fleisch, das bereits in Triest lagerte, zurückschicken. Ungarn begründete seinen Einspruch auch sachlich mit der Gefahr der Einschleppung von Viehseuchen, war aber bereit, auf diesen Einspruch sofort zu verzichten — ein Beweis, wie groß die Gefahr der Einschleppung von Seuchen durch totes Vieh war —, wenn es durch andere Zugeständnisse, namentlich auf dem Gebiete der Einfuhr österreichischer Industrieprodukte entschädigt werde.

Um die Frage des ungarischen Einspruchsrechtes ging nun auch nach den Wahlen vom Juni 1911, die den Christlichsozialen eine so schwere Niederlage beigebracht und damit das Ministerium Bienerth-Weiskirchner zum Rücktritt gezwungen hatten, der Kampf. Auch der neue Ministerpräsident Gautsch wollte nicht nachgeben. Ja, er glaubte durch Energie gegen die Sozialdemokratie seine Stellung zu festigen. Die Sozialdemokraten beantragten, die Regierung aufzufordern, ohne Rücksicht auf den Einspruch der ungarischen Regierung, die Einfuhr der Zeit und der Menge nach unbeschränkt zu gestatten. Das wurde am 28. Juli 1910 im Ausschuß auch angenommen, aber im Plenum wurde es wieder abgelehnt; um den Verrat zu maskieren, beschlossen sie auf Antrag des Salzburger deutsch-nationalen Abgeordneten Dr. Stölzel, die Zulassung der Einfuhr „nach Bedarf“ von der Regierung zu verlangen. Tatsächlich wurde die Einfuhr nicht bewilligt. Im Sommer, wo das Parlament nicht versammelt war, stieg nun die Teuerung wieder; die Staatsangestellten stellten Forderungen, da sie mit ihrem Gehalt nicht auskommen könnten, und die Eisenbahner drohten mit der passiven Resistenz, worauf die Regierung wieder drohte, die passive Resistenz mit Gewaltmaßnahmen niederzuwerfen.

Am 4. September 1911 verlangten die deutschen Sozialdemokraten die Einberufung des Parlaments, um Maßregeln gegen die Teuerung zu beschließen und es wurde auch für den 15. September eine Besprechung der Obmänner der Fraktionen einberufen. Bei dieser Obmännerkonferenz hielt Gautsch eine lange Rede, in der er zuerst davon sprach, daß die Teuerung keine lokalen Ursachen habe, sondern eine „Weltkalamität“ sei, doch seien auch „spezielle Momente“ da, die die Teuerung verschärfen

vorhanden ist, man dieses Fleisch vor dem Munde derjenigen, die es haben möchten, wegführt in andere Länder, damit der Profit nicht geschmälert wird. Das ist nicht kapitalistisch, das ist österreichischer agrarischer Wahnsinn. Die Not ist in einzelnen Schichten um so größer, weil sie getäuschte und betrogene Schichten sind. Ich meine da die große Zahl der nach Hunderttausenden zählenden Staatsarbeiter, vor allem der Eisenbahner. Man hat ihnen Verbesserungen in Aussicht gestellt, die längst fällig waren und nicht gehalten wurden. Sie und alle, die in fixem Lohn stehen, empfinden die Not um so schlimmer. Wir werden vom Staate verlangen, daß er seine Pflichten gegen seine Arbeiter und Beamten erfülle. Wir alle haben ein Interesse daran, daß die Staatsarbeiter entsprechend gezahlt werden und daß der Staat Musterbetriebe führt. Wir werden im Parlament Anträge mit praktischen Maßregeln gegen die Teuerung stellen, und wenn andere Parteien, wie sie sagen, dasselbe wollen, so soll es uns freuen. Wir werden ja sehen, was die Regierung bringt. Wenn die ungeheure

— wie zum Beispiel die Lohnerhöhungen der Arbeiter. Außerdem nannte er unter den Schuldigen aber auch die Kartelle und den Zwischenhandel — allerdings mußte er einen Monat später die Äußerung über den Zwischenhandel dahin einschränken, daß er den „legitimen“ Zwischenhandel nicht gemeint habe, die Äußerung über die Kartelle wieder dahin, daß die Kartelle „mannigfache Auswüchse erzeugen“. Aber abgesehen von diesen akademischen Ausführungen bestand seine Rede darin, vor „arrangierten Demonstrationen“ zu warnen und mit Unterdrückungsmaßnahmen zu drohen.

Am 17. September demonstrierten die Wiener Arbeiter auf der Ringstraße gegen die Teuerung. Die Regierung bot die bewaffnete Macht auf, und in den Straßen von Ottakring wurden fünf junge Proletarier erschossen, eine größere Anzahl verletzt, hunderte verhaftet.

Dann aber begann die Justiz ihr Amt. Bis etwa zum 20. Oktober waren vom Wiener Landesgericht und vom Bezirksgericht Josefstadt 173 Personen verurteilt, und zwar 82 wegen Verbrechens mit Kerker und schwerem Kerker zu insgesamt 51 Jahren, 3 Monaten und 23 Wochen, 91 Personen wegen Vergehen oder Übertretungen zu vier Jahren, 10 Monaten und 1 Woche Arrests. Dazu kamen noch etwa 100 Abstrafungen durch die Polizei, die zusammen auch etwa 2 Jahre ausmachten, und schließlich die Untersuchungshaft von 200 Personen im Gesamtausmaß von mindestens 6 Jahren — so daß außer den fünf Todesopfern und den vielen Verletzten der Hunger der Wiener Arbeiter mit **65 Jahren Freiheitsverlust** bestraft wurde. Es waren offenkundige Klassenurteile, und der Abgeordnete Seitz hat später im Abgeordnetenhaus in einem Zwischenruf festgestellt, daß der Justizminister den Richtern die Beförderung in Aussicht gestellt hatte.

Die Delikte, die die Angeklagten begangen hatten, waren meist Steinwürfe und das Einschlagen von Fensterscheiben und Gaslaternen. Obwohl der Schaden, der durch diese „boshaften Beschädigungen“ begangen wurde, meist nur sehr gering war, boshafte Beschädigungen aber erst bei einem Schaden von mehr als 200 K als Verbrechen galten, wurden die Steinwürfe als Verbrechen bestraft, weil sie unter „gefährlichen Umständen“ begangen wurden. Selbst die juristische Fachpresse — die „Juristischen Blätter“ und die „Gerichtshalle“ — hatte diese Art Justiz scharf kritisiert.

Bewegung der Notleidenden in ganz Österreich eine so große ist, ist nichts natürlicher, als daß sie auch zum Ausdruck kommt, auf der Straße und überall.

Wenn unsere Regierenden Verstand und Gewissen hätten (stürmische Rufe: Das haben sie nicht!), dann müßten sie auch aus dem 17. September und den Ereignissen in Wien die richtige Lehre ziehen. Was da am 17. September zur Explosion gekommen, das ist etwas, was sich in langen Wochen und Monaten angesammelt hat. Es fällt mir nicht ein, mit jeder Erscheinung des Tages zu Gericht zu gehen, alles zu billigen, noch weniger zu verurteilen. Es fällt mir nicht ein, eine solche Erscheinung mit dem kleinen Maßstab des Polizisten zu messen. Die Ereignisse des 17. September haben sich in den einzelnen Straßen gesteigert in einer lärmenden Weise; aber das Bezeichnende und das Wichtige ist, daß wir leider sehen, daß Tausende und Hunderttausende von Menschen in Gefahr sind, einfach von Verzweiflung ergriffen zu werden; daß Hunderttausende von Menschen anfangen, sich zu fragen: Was ist uns das Leben wert? Bevor wir verhungern, verrecken, wollen wir wenigstens Rache nehmen an unserem Feinde! (Tosender, sich immer wieder erneuernder Beifall.) Ich teile diese Gefühle nicht, und Sie sollten sie auch nicht teilen. Wir verstehen, was in den Herzen der Menschen vorgeht, und ich muß Ihnen sagen, daß ich, der ich gewiß nicht zu den Wildlingen gehöre und gewiß immer eher für die Ruhe bin, daß ich mich oft und oft wundere, welcher Selbstüberwindung die menschliche Natur fähig ist und wieviel Verstand doch noch neben der Verzweiflung wohnen kann. Denn der Verstand muß Ihnen sagen, daß nach jedem Tag der Explosion ein weiterer Tag kommt und daß mit solchen Explosionen nichts gewonnen ist (lebhafter Rufe: Leider!) und manches mitunter eingebüßt wird an Kraft, an Bereitschaft und vor allem an Erziehung, die wir am allernotwendigsten brauchen. Aber gewiß, darum können wir noch lange nicht verurteilen (Rufe: So ist es!), was am 17. September in Wien geschehen ist. In Wien war eine Explosion der größten Not, einer Not, an der mitschuldig sind die Herrschenden seit Jahren und insbesondere auch die vorige und die gegenwärtige Regierung (lebhafter Beifall und Rufe: So ist es!), und wenn Blut vergossen wurde, so sind nicht anzuklagen das einzelne Gewehr, der einzelne Soldat und der einzelne Offizier, sondern es sind diejenigen anzuklagen, die es so weit gebracht haben, daß eine Bevölkerung, die soviel Disziplin und Selbstbeherrschung wie die Wiener Bevölkerung hat, so gereizt wurde, daß es zu solchen Dingen gekommen ist. Das ist die Blutschuld. Aber die drei Opfer, die wir in Ottakring begraben haben, sind nicht die ärgsten und beklagenswertesten Opfer. Denken Sie an das Leben, das Tausende und Zehntausende führen in dieser Gesellschaft, mit aller Hoffnungslosigkeit, mit dem ganzen Jammer der Kinder und Weiber und mit der Peitsche der Ausbeuter im Hause, Agrarier über sich, dieses ganze Elend von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde, diese Opfer

sind weit größer und die Schuld, die da aufgeladen ist, eine weit schwerere. Wir richten nicht, aber wir werden gerichtet (stürmischer Beifall), und nun schauen Sie sich unsere Richter an, wie sie, was an jenem Tage geschehen, vor das Forum der sogenannten Justiz schleppen, die man wirklich nicht mehr mit dem Namen Rechtspflege bezeichnen kann, denn das hat mit Gerechtigkeit nichts mehr zu tun. Wenn verzweifelte Menschen so begreiflich aufgeregt und wild werden und in ihrer Verzweiflung die Torheit begehen, zu Steinen zu greifen und die geheiligten Fensterscheiben einzuschlagen, wenn die zu Steinen greifen, so ist das ein Akt der Empörung und der Verzweiflung, den wir nicht billigen, aber schließlich begreifen. Es sind Verzweifelte, die sich rächen. Nun kommen aber Menschen, die sich Richter nennen, Menschen, die bekleidet sind mit der größten Würde, die der Staat zu vergeben hat, und nun fangen die an, Rache zu nehmen, Rache nicht für Not, nicht für tausendfältiges Unglück, nicht für ein Leben von Elend und Not, nein, Rache zu nehmen für eingeschlagene Fensterscheiben! Der Richter, der nicht in einer Menschenmenge steht, der nicht in der Erregung des Moments handelt, der völlig Zeit hat zu überlegen und dem man nicht an die Seite den Säbel gegeben hat, damit er um so leichter das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit begehen könne, sondern den man beauftragt hat, nach bestem Wissen und Gewissen zu richten, und der nun hingeht und zerschlagene Fensterscheiben an jungen Leuten mit Monaten von Kerker rächt ... (Stürmische Entrüstung.) Diese Leute haben bis gestern drei Jahre, neun Monate und zwei Wochen Arrest und dreißig Jahre Kerker verhängt. (Leidenschaftliche Rufe.) Diese Richter, die so urteilen, tun das nicht mehr als Werkzeuge der Klassenjustiz — man würde sie überschätzen, wenn man ihnen irgendwelche Leidenschaft zuspräche —, nicht aus Leidenschaft tun sie es, sondern aus ganz ... (Die folgenden Worte gehen in dem tosenden Entrüstungsturm unter.)

Wir wissen, was wir von der Justiz in allen Ländern zu erwarten haben, der Justiz in den Händen der herrschenden Klasse und angewendet gegen das besitzlose Proletariat. Wir werden auch daraus wieder die Lehre ziehen. Wir wissen genau, daß Recht und Gerechtigkeit auch in die Gerichtssäle erst eintreten werden, wenn die Gegensätze des Klassenkampfes, wenn die Klassenherrschaft und wenn die Klassenausbeutung beseitigt sind. Solange es Unterdrückte gibt, gibt es kein Recht und keine Gerechtigkeit! (Allgemeiner, stürmischer Beifall.) Man kann schießen, man kann einsperren, aber die Not schafft man damit nicht weg und man nimmt uns auch nicht den Mut. Uns schüchtert man nicht ein! (Brausender, sich immer erneuernder Beifall.) Wir lassen uns nicht imponieren, weder durch bloße Worte noch durch noch so gewalttätige Handlungen. (Allgemeiner, stürmischer Beifall.)

Teuerung und Klassenjustiz.

Teuerungsantrag am 5. Oktober 1911.

Meine Herren! Das Abgeordnetenhaus ist heute unter ganz besonderen, höchst ungewöhnlichen Umständen zusammengetreten und an seine schwere Arbeit gegangen*). Wohin wir blicken, sehen wir schwere, verhängnisvolle Fragen, sehen wir drohende Gefahren. Die äußere Lage war schon lange keiner solch schweren Gefahr ausgesetzt, und Europa steht wieder einmal, leider in erster Linie auch Österreich,

vor der Gefahr eines brudermörderischen Krieges.

Geehrte Herren! Unsere Wirtschaftsordnung, unsere Gesellschaftsordnung bringen es mit sich und haben zur notwendigen Folge, daß diese Kriegsgefahr seit Jahren eine chronische ist, und daß es unabsehbar ist, wann sie aufhören wird. Immer aber wird sie wieder akut, wie in diesem Moment, durch die **R a u b g i e r**

*) Die Lage war in mehrfacher Hinsicht bedrohlich. Am 29. September 1911 hatte Italien der Türkei den Krieg wegen Tripolis erklärt, der erst mit der Abtretung von Tripolis durch den Frieden von Lausanne am 18. Oktober 1912 sein Ende nahm. Man weiß heute aus den Geständnissen Conrads von Hötendorf, daß der Thronfolger und seine Clique damals ernstlich mit dem Gedanken umgingen, diesen Augenblick, da Italien einen schweren Krieg in Afrika führte, zu benützen, um es zu überfallen. Aus den Ausführungen Adlers geht hervor, daß man diese Absicht Österreichs damals wohl kannte. Neben dieser drohenden Kriegsgefahr war das Volk auch durch die Lebensmittelteuerung und den Wohnungswucher bedrückt.

Als am 5. Oktober das Abgeordnetenhaus zusammentrat, brachten die Sozialdemokraten einen Dringlichkeitsantrag wegen der Teuerung ein und zugleich eine Interpellation wegen der Urteile gegen die Teuerungsdemonstranten. Der Dringlichkeitsantrag wurde nun von Dr. Adler begründet, der dabei natürlich auch über die Klassenjustiz und über die auswärtige Lage sprach.

Während das ganze Haus den Worten Adlers lauschte, krachten plötzlich einige Revolverschüsse von der Galerie. Ein 27jähriger dalmatinischer Arbeiter, der vor drei Tagen aus Dalmatien gekommen war und in einem Auswandererhotel wohnte, gab fünf Schüsse gegen die Ministerbank ab, von denen zwei knapp am Ministerpräsidenten Gautsch und dem Unterrichtsminister Stürgkh vorbeigingen. Der Mann — es war der Tischlergehilfe Nikolaus Njegusch aus Sebenico in Dalmatien — war darüber aufgeregt gewesen, daß der Justizminister Dr. Hochenburger während der ergreifenden Schilderungen der Not des Volkes gelacht hatte. Er hatte auf ihn gezielt. Der arme naive Attentäter wurde dann zu sieben Jahren Kerkers verurteilt, ist aber im Kerker noch vor dem Ende der Strafe gestorben.

Die bürgerlichen Parteien benützten die Gelegenheit, um statt von der Teuerung von dem Attentat zu sprechen und die Tat den Sozialdemokraten zur Last zu legen, weil der Attentäter gerufen hatte: „Es lebe der Sozialismus!“ Der Ministerpräsident Baron Gautsch erhob als der erste diese Beschuldigung — nicht etwa gegen die Sozialdemokratie im allgemeinen, sondern gegen Dr. Adler ganz persönlich, die Schuld an dem Attentat

herrschenden und profitwütenden und profit-einheimsenden Klassen. (So ist es!) Immer wieder wird sie akut und drohend, und die Länder Europas, die sich als Kulturländer bezeichnen, die Herrscher Europas, die sich als die Stützen des Friedens bezeichnen, sie stehen diesem Zustand ohnmächtig gegenüber, und der Zustand, in dem wir leben, ist ein fortwährender Bankrott unserer Kultur. In diesem Moment ist der Frieden Europas neuerdings bedroht, nachdem kaum das marokkanische Abenteuer halbwegs abgeschlossen ist, durch den frivolen Anschlag der herrschenden Klassen und der Regierung Italiens, durch den frivolen Beutezug, der nichts anderes ist, als ein ganz gemeines Raubattentat. (So ist es!)

Meine Herren! Ich und wir Sozialdemokraten alle wissen uns frei von jeder Sympathie und jeder perversen Zuneigung zum türkischen Regiment. Wir kennen dieses Regiment, das seit Jahrhunderten unausgesetzt Völker knechtet, das in Europa wie in Asien der Hort aller grausamen Unterdrückungen und das in Afrika noch heute der Hort des Sklavenhandels ist. Wir wissen uns frei

zu tragen, indem er die Tat mit der „aufreizenden“ Rede Adlers in Zusammenhang brachte! Zum Beweis zitierte er Stellen aus der Rede, die Adler am Tage vorher in Favoriten gehalten hatte. Mit schreiender Stimme verlas er folgende Sätze Adlers: „Das Bezeichnende und das Wichtige ist, daß wir leider sehen, daß Tausende und Hunderttausende von Menschen in Gefahr sind, einfach von Verzweiflung ergriffen zu werden; daß Hunderttausende von Menschen anfangen sich zu fragen: „Was ist uns das Leben wert? Bevor wir verhungern, verrecken, wollen wir wenigstens Rache nehmen an unserm Feinde!“ Obwohl Adler diese Sätze ausdrücklich als Ausdruck einer Stimmung weiter Kreise angeführt hatte — nicht als seine eigene Ansicht — und diese Stimmung als eine Gefahr bezeichnete, tat Gautsch so, als ob Adler zur Rache, also zu den Schüssen aufgefordert habe, und schrie jedes und namentlich die letzten Worte kreischend in den Saal. Und dann fügte er noch hinzu, daß er sich nicht fürchte und daß die Autorität des Staates nicht zurückweichen werde. Die Sozialdemokraten stellten sofort in Zwischenrufen fest, daß Gautsch nicht nur den von ihm zitierten Satz — durch Hinweggleiten über das Wort „leider“ und die „Gefahr“ — gefälscht, sondern auch den entscheidenden darauffolgenden Satz unterschlagen habe.

Während die Deutschnationalen und Christlichsozialen dem Ministerpräsidenten zu seiner Hetzrede gratulierten und ihm wie besessen applaudierten, schrien die Sozialdemokraten unaufhörlich: „Weiterlesen! Lesen Sie auch den nächsten Satz vor! Fälscher!“ Der nächste Satz lautete nämlich: „Ich teile diese Gefühle nicht, und Sie sollten sie auch nicht teilen!“ und dann weiter: „Denn der Verstand muß Ihnen sagen, daß nach jedem Tag der Explosion ein weiterer Tag kommt und daß manches mitunter eingeübt wird an Kraft, an Bereitschaft und vor allem an Erziehung, die wir am allernotwendigsten brauchen.“

Auch die bürgerlichen Parteien wollten die Schüsse gegen die Sozialdemokraten ausnützen. In einer Obmännerkonferenz verlangte Karl Hermann Wolf, die Obmänner mögen erklären, daß sie mit den Sozialdemokraten als „intellektuellen Urheber des Verbrechens“ nicht an einem Tisch sitzen wollen, und als die Obmänner darauf nicht antworteten, begann er und der Obmann des „Deutschen Nationalverbands“, Dr. Gustav

von jeder Sympathie und Solidarität mit der Türkei. Aber was Italien jetzt unternommen hat, ist nicht ein Zug im Interesse der Humanität und gegen die Unterdrückung, sondern ist ein

Raubzug.

dem unsere mächtigen Herren gegenüberstehen und den sie gewähren lassen. Ihre Friedensbetätigungen klingen darin aus, man möge nur erst den Raubzug vollziehen lassen, dann werde man sehen. Aber unter diesen Umständen muß unsere erste Sorge die Sorge für unseren Frieden in unserem Lande sein (Sehr richtig!) und unter diesen Umständen hat unsere Regierung eine dreifache schwere Verantwortung; unter diesen Umständen verlangen wir von der Regierung, daß sie dem Willen aller arbeitenden Schichten in diesem Lande klaren und bestimmten Ausdruck und Nachdruck gebe:

Wir wollen keinen Krieg,

auch nicht um eingebildeter Balkaninteressen halber! (Sehr richtig!)

Groß, eine Agitation, daß man Pernerstorfer nicht mehr zum Vizepräsidenten wählen solle. Da das der bereits vor Jahren abgeschlossenen Vereinbarung widersprach, lehnten das die Parteien ab, mit schwerem Herzen und erst nach langem Zögern die Christlichsozialen, mit noch schwererem die Deutschnationalen: im Deutschen Nationalverband stimmten 35 für den Antrag Wolf und nur 30 gegen ihn; mit Rücksicht auf die geringe Stimmendifferenz wurde aber die Abstimmung freigegeben. Trotzdem stimmten sowohl von den Deutschnationalen wie von den Christlichsozialen nur sehr wenige für Pernerstorfer. Dieser wurde aber doch gewählt. Eine noch ärgere Hetzrede als der Ministerpräsident Gautsch hielt dann der deutschnationale Justizminister Dr. H o c h e n b u r g e r, derselbe, der als Abgeordneter öffentlich aufgefördert hatte, die Minister, die den § 14 anwenden, an die Laternenpfähle zu hängen. Er beschuldigte die sozialdemokratischen „Führer und Blätter“, die Wiener Demonstration „mit Mitteln eingeleitet und vorbereitet und unter Begleitumständen ins Werk gesetzt zu haben, die die Gefahr von Ausschreitungen gewissermaßen als eine in der Luft liegende unschwer erkennen ließen“, und er wagte es, ihnen vorzuwerfen, daß „ein Teil der Hauptschuldigen sich auch diesmal wieder in gewohnter Tapferkeit zu drücken wußte“ — obwohl er wußte, daß bei den Demonstrationen am 17. September die sozialdemokratischen Abgeordneten mitten unter der Masse waren und sie zu beruhigen suchten.

Über die Motive, die Njegusch zu seinem Attentat veranlaßten, gab übrigens die Gerichtsverhandlung vom 29. und 30. November 1911, die mit seiner Verurteilung endete, ausreichend Aufschluß. Njegusch hatte sich als Tischler wohl als Sozialdemokrat gefühlt, aber er war ein erblich belasteter Mensch, der, wenn ihn die Erregung packte, den Einfall, den ihm die Leidenschaft eingab, nicht zu zähmen imstande war. Er war erst zwei Jahre vor der Tat nach Wien gekommen, hatte zwar etwas Deutsch erlernt, aber nie eine deutsche sozialdemokratische Zeitung gelesen, da er, wie die Verhandlung ergab, nicht deutsch lesen konnte. Aus Neugierde war er in das Parlament gekommen. Von Adlers Rede hatte er nur wenig gehört. Plötzlich sah er, wie der Justizminister lachte und scherzte, als Adler von der Not der Massen sprach. Da packte es ihn: „Du sollst nicht mehr lachen!“ Er zog den Revolver, den er immer bei sich trug, und feuerte.

Wir haben im Gegenteil gerade hier gutzumachen und zu sühnen, daß Österreich leider durch den Vorstoß, den es vor kurzem auf dem Balkan unternommen hat, sich zum Mitschuldigen aller künftigen Abenteuerzüge gemacht hat. (Zustimmung.) Wir verlangen von der Regierung, daß sie sich bewußt sei, daß in ganz Österreich kein Mensch zu finden ist, der Gewissen und Verantwortung hat und dem das Volk am Herzen liegt, der auch nur ein Menschenleben preisgeben würde, sei es für Tripolis oder sei es auch für Albanien. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Auch in unserem Lande fehlen die Kriegshetzer und die Kriegsinteressenten nicht, so wenig wie in Italien und wie in jedem anderen Lande. Auch wir haben die kartellierten eisenfressenden Bestien, die in letzter Linie nicht allein vom Blute der eigenen Landesgenossen, sondern vom Massenmord leben und deren Geschäft es ist, den Massenmord zu betreiben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir haben

eine Kriegspartei

hier und wenn sie sich nicht getraut, ihre Abenteuerlust zu zeigen, so wissen wir trotzdem, daß auf sehr einflußreichen Hintertreppen intrigiert wird. Und wir sagen es offen heraus: Mag die Armee ihren Ruhm anderswo suchen, möge sie sich vorläufig mit den Erfolgen begnügen, die sie in Ottakring und früher in Drohobycz*) gehabt hat und mögen die Verantwortlichen und diejenigen, die in unverantwortlicher Stellung, gedeckt durch hohe Titel und hohe Zugänge, möge insbesondere — ich sage es offen — die Gruppe, die man mit Recht oder Unrecht

die Thronfolgerpartei

nennt (lebhaftes Zustimmung), wissen, daß jedes Abenteuer, unter welchem Vorwand immer, in größtem Widerspruch zu den Bedürfnissen und dem Willen der ganzen Bevölkerung ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

So trüb es draußen ist, so trüb ist es auch im Innern in unserer nächsten Nähe. Wir treten heute hier zusammen und auf dem Wege hieher sehen wir einen Aufwand von Polizei; in den Kasernen, höre ich, soll Bereitschaft und ganze Gruppen von Polizisten in der Umgebung des Parlaments verborgen sein. Schön, berechtigte Vorsicht, aber vor allem schlechtes Gewissen (lebhaftes Zustimmung), das sich einer ganzen Kette von Taten und insbesondere Unterlassungen bewußt ist, für die das Volk berechtigt ist, Staat, Regierung und Herrschende zur Verantwortung zu ziehen.

*) Bei den Wahlen hatten am 19. Juni 1911 in Drohobycz in Galizien die Truppen auf die Menge, die gegen die Wahlschwindeleien demonstrierte, geschossen, und dabei waren 26 Menschen getötet, 76 verwundet worden.

Die Teuerung ist, wie uns der Herr Ministerpräsident in einem anregenden wissenschaftlichen Vortrag (Heiterkeit) in der Obmännerkonferenz auseinanderzusetzen hat,

eine Weltkalamität.

Gewiß, der Kapitalismus hat merkwürdige Weltkalamitäten: einmal ist alles zu billig, dann ist es eine allgemeine Weltkalamität, weil der Kapitalismus davon nicht leben kann, ein andermal ist alles zu teuer, auch eine Weltkalamität. Der Herr Ministerpräsident meint, wir sollen nicht die Kraft der Regierung und des Parlaments überschätzen und der Bevölkerung nicht Hoffnung machen, daß dieses Parlament und diese Regierung dieser Weltkalamität etwa abhelfen könnte. Wir Sozialdemokraten sind gewiß frei von solchen Illusionen und wir halten uns vor allem frei von solcher Demagogie und solchen Lügen. Wir machen aus den Männern der Regierung nicht die starken Leute, die weiß Gott was durchsetzen. Nein, wir hören nicht auf, dem Volk zu sagen: Gewiß, die Wurzeln all dieser Leiden liegen tiefer, hängen mit dem ganzen Zustand, in dem wir leben, mit

dem ganzen kapitalistischen Mechanismus

dieser Welt zusammen. Ja und wenn Sie einbekennen, Herr Ministerpräsident, daß die Weltkalamität eben dieser Zustand ist, dann ist nur die Frage, wie wir uns dazu verhalten. Sie und wir, wir sind darüber einig, daß die Leiden der Bevölkerung und die Leiden der Arbeitenden aller Länder mit diesem kapitalistischen System zusammenhängen. Und nun, was ist Ihre Funktion und was ist die unsere? Sie wenden alle ihre Machtmittel auf, sie wenden Gewalt, Mord und Totschlag, wenn es sein muß, auf, um dieses System zu halten, zu erhalten und es bleibend zu machen. Und wir? Wir geben den letzten Nerv in uns, den letzten Blutstropfen in uns her, um diese Weltkalamität aus der Welt zu schaffen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Der Herr Ministerpräsident wird uns, so wenig wie seine Vorgänger und Nachgänger, überzeugen können, daß es notwendig ist, daß wir mit gekreuzten Armen geduldig zusehen, wie das Volk zugrunde geht, daß es notwendig ist, sich in dieses Elend zu fügen und er wird uns niemals überzeugen, daß man den Hunger durch Kerker und durch Kugeln aus der Welt schaffen könne.

Wenn wir aber diesen allgemeinen Zustand konstatiert haben, so wollen wir nicht etwa daraus einen Fatalismus ableiten, der sich auf der Regierungsbank noch schlimmer ausnimmt als an jeder anderen Stelle. Es ist wahr, daß die Erscheinungen der Teuerung, die als solche eine internationale Erscheinung ist, zusammenhängen mit tiefen Ursachen des Weltmarktes und des Ganges der Weltproduktion. Das ist sicher. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß jede einzelne Erscheinung unserer Teuerung, hier in Österreich, unbedingt und unvermeidlich mit diesen Ursachen zusammen-

h ä n g e. Damit ist noch lange nicht gesagt, daß wir es hinnehmen müssen, daß unser **Wohnungselend** in Österreich, vor allem in Wien, aber eigentlich überall, auch in den kleinsten Städten, ein viel größeres ist als in allen Nachbarstaaten. Das ist nicht ein Verhängnis der kapitalistischen oder, wie Sie sagen, der gottgewollten Ordnung. Nein, das ist

ein Produkt unserer rückständigen Wirtschaft

und unserer wahnsinnigen Steuerpolitik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wenn es wahr ist, daß Nahrungsmittel teurer werden, wenn es wahr ist, daß die meteorologischen Verhältnisse auf die Teuerung der Nahrungsmittel Fleisch, Getreide und Kartoffel einwirken, so ist damit noch nicht gesagt, daß, weil wenig Fleisch, wenig Kartoffel, wenig Getreide bei uns ist, es uns verboten und unmöglich sei,

Getreide, Fleisch und Kartoffel dort herzunehmen, wo sie sind.

(Beifall und Händeklatschen.) Wir muten der Hohen Regierung nicht zu, daß sie den Himmel regiere und daß sie die Dürre beseitige oder daß sie auch nur die Weltmarktpreise entscheidend beeinflusse; aber wir verlangen von der Hohen Regierung, daß, wenn Fleisch und Kartoffel zu haben sind, sie die Bevölkerung auch zu essen bekomme. Nicht mehr verlangen wir. Bescheiden, aber es wäre genug.

Es ist wahr und der Herr Ministerpräsident hat in seinem ausgezeichnet wissenschaftlichen Vortrag auseinandergesetzt, daß auch die Kartelle und der Zwischenhandel schuld sind. Ja, gewiß! Meine Herren! Es hat mich sehr gefreut, einmal aus dem Munde der Hohen Regierung diese Erkenntnis zu vernehmen, es hat mich um so mehr gefreut, weil sie im eigenen Wirkungskreis so viel Gelegenheit hätte, dieser Erkenntnis einen praktischen Ausdruck zu geben (Zustimmung) und insbesondere im Zusammenhang mit dem weiteren Teil des Vortrages des Herrn Ministerpräsidenten, der uns gesagt hat, auf dem Wege der Gesetze werde sich nicht viel machen lassen, aber eher und um so mehr auf dem Wege der Verordnungen usw., hätte man erwarten müssen, daß auf dem Wege der Verwaltung, auf dem Wege der Verordnung, auf dem Wege des tätlichen und täglichen Eingreifens der Regierung die Regierung in der Lage wäre, Stück für Stück

gegen die Kartelle

in ihrer Verteuerungspolitik loszugehen und ihnen das Handwerk wenigstens zu erschweren. In einem Falle ist es geschehen (**Zwischenrufe**); in einem Falle, beim **P e t r o l e u m***) ist es geschehen und Sie haben sehen können, wie da unsere Opposition vollständig

*) Beim Petroleum hatte die Regierung, um das Eindringen des amerikanischen Öltrusts zu verhindern, wodurch den galizischen adeligen Petroleumindustriellen eine schwere Konkurrenz bereitet worden wäre, nicht nur ein Monopol in Aussicht genommen, sondern sogar die Betriebe der Amerikaner gewaltsam mit Beschlag belegt. Unter solchen Umständen gelang es den galizischen Sozialdemokraten Diamand und Wityk, mancherlei

ausgesetzt hat und wie wir alle der Regierung Beifall gezollt haben. (Zwischenrufe.)

Aber, meine Herren, es gibt auch noch andere Kartelle, wo die Regierung in der Lage wäre, einen sehr maßgebenden Einfluß zu nehmen, sowohl was die Maßnahmen als auch insbesondere was die an den Kartellen beteiligten,

der Regierung sehr nahe stehenden Personen

anbelangt. (Hört! Hört! — Ruf: Erzherzog Friedrich!) Meine Herren! Sie nennen den Erzherzog Friedrich. Ich habe für ihn kein Wort einzulegen; er ist, glaube ich, jetzt mehr Aktionär als Unternehmer geworden. Milch, Butter, Käse können wir nicht mehr essen, ohne in die Gefahr zu kommen, wenn diese Dinge uns nicht schmecken, dem Delikt des § 64*) in die Nähe zu kommen. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Aber es handelt sich gar nicht um diese allein. Gewiß sind die Erzherzoge sehr mächtige, einflußreiche Persönlichkeiten, gewiß sind sie Kartellisten allererster Gattung, aber es gibt ja auch andere, die nicht so unter dem ausdrücklichen Schutze des Strafgesetzes

Vernünftiges, wie zum Beispiel den Achtstundentag, für die Rohölproduktion durchzusetzen.

Der Ausdruck „eisenfressende Bestien“, den Adler später für die Eisenindustriellen verwendet, stammt von Daszynski, der ihn in einer Debatte über die Ausbeutung der Bevölkerung durch das Eisenkartell gebrauchte. Seitdem hat sich diese Bezeichnung in Österreich eingebürgert.

*) § 64 des Strafgesetzes: Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses. Erzherzog Friedrich, ein Enkel des Erzherzog Carl, des Siegers von Aspern, und Neffe des Erzherzogs Albrecht, des Siegers von Custozza, hatte von Albrecht unermeßliche Güter geerbt. Außer Eisenhütten im mährisch-schlesischen Eisenrevier und sonstigen Industrieunternehmungen, hatte er an der österreichisch-ungarischen Grenze eine große Milchwirtschaft. Deshalb mußte jeder, der gegen die Milchwucherer sprach, Gefahr laufen, wegen Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses — was ebenso wie die Majestätsbeleidigung nach österreichischem Strafgesetz als gemeines Delikt behandelt wurde und mit Ehrverlust verbunden war — zu schwerem Kerker verurteilt zu werden. Aber Friedrich Habsburg war nicht nur — wie es im Volksmund hieß — Milchmeier, sondern auch Soldat, und als der Weltkrieg ausbrach, wurde er zum Armeeoberkommandanten ernannt. Das hat selbst in monarchistischen Kreisen Verwunderung erregt und sie fragten, warum Franz Josef nicht dem Erzherzog Eugen, Friedrichs jüngstem Bruder, diese Stellung verliehen habe, der, wie General Margutti, der Biograph Franz Josefs, bemerkt, „unzweifelhaft besser am Platz gewesen wäre, als der dafür weniger geeignete Erzherzog Friedrich“. Aber weil Friedrich einen höheren Familienrang hatte, wurde er Oberbefehlshaber, obwohl Franz Josef selbst von Eugen eine bessere Meinung hatte. Der Milchmeier Friedrich erwarb sich im Kriege durch sein blutiges Regime den Beinamen des „Henkers“. Sein Sohn ist der Erzherzog Albrecht, der von der ungarischen Fraktion der „Königswähler“ als Thronprätendent in Aussicht genommen wurde, der ein „nationales“ Königtum begründen sollte und deshalb eine Zeitlang das Protektorat weißgardistischer Vereine übernahm.

stehen. Die Prager Eisenindustrie hat, glaube ich, jetzt eine Bilanz herausgegeben, und wenn ich mich recht erinnere, mit 32 Prozent abgeschlossen. Ein ganz hübsches Resultat. Meint denn die Hohe Regierung, daß ohne ihre tätige Mitwirkung ein solches Resultat möglich wäre? (Sehr gut!) Meint die Regierung, daß die Herren Rothschild und von den Rothschild herunter bis zu den kleineren eisenfressenden Bestien nicht nur solche Profite erzeugen, nicht nur sich jedem sozialpolitischen Fortschritt mit Klauen und Zähnen entgegensetzen könnten, sondern daß sie auch durch ihre ganze Politik dem Aufblühen unserer Maschinenindustrie und aller Industrien, die mit Eisen zu tun haben, diesen Widerstand entgegensetzen könnten und uns dadurch nicht nur berauben, sondern auch die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung hemmen könnten, wenn sie nicht fortgesetzter Protektion, der tätigen Unterstützung, die in Institutionen, in Gesetzen, in den Zollgesetzen, in Verordnungen, in öffentlichen und geheimen Verträgen niedergelegt sind, sicher wären, wenn die Regierung nicht mit dabei wäre?

Ich freue mich, daß der Herr Ministerpräsident endlich merkt, daß die Kartelle der Unterstützung der Regierung in diesem hohen Grade vielleicht nicht wert sind. Ja, meine Herren, Kartelle, Zwischenhandel! Der

Zwischenhandel

ist gewiß an vielem schuld, und da ist es nicht allein — darauf mache ich Sie aufmerksam — der große anonym bleibende Zwischenhändler, der so viel wegnimmt, sondern es ist auch die große Klasse der kleinen Zwischenhändler, die von diesem Zwischenhandel miternährt werden muß und die Sie jedesmal treffen, wenn Sie auf dem Zwischenhandel schlagen wollen, die Ihnen aber näher steht als uns. (Zustimmung.) Und dieser Zwischenhandel und diese ganze Schicht ist nichts anderes als der Ausdruck einer rückständigen, heute nicht mehr zeitgemäßen Organisation unserer Lebensmittelversorgung. Darüber herrscht kein Zweifel. Und wenn wir Ihnen sagen, diesen Leuten, diesen Zwischenhändlern, ist ebenso wie allen anderen durch die Hebung des Zwischenhandels nicht mehr zu helfen, sondern nur dadurch, daß erstens auch sie als Konsumenten gegen Raub geschützt werden — denn auch sie sind Konsumenten — und daß zweitens ihre Tätigkeit geordnet und organisiert wird, und wenn wir Ihnen daher empfehlen, mit uns und mit sehr vielen Organisationsbestrebungen auch bei anderen Parteien, die die

Konsumentenorganisation

im großen Umfang systematisch zu fördern die Absicht haben, dafür einzutreten, so ist das in dieser Beziehung wirklich der einzig praktische, nicht demagogische Vorschlag, der zu machen ist. (Zustimmung.)

Meine Herren! Wir haben zwei Übel, unter denen die Bevölkerung am allerschmerzlichsten, am allerempfindlichsten leidet. Das ist die Nahrungsmittelteuerung, vielleicht aber noch schmerzlicher ist die

Wohnungsteuerung.

Wer in Wien mit offenen Augen herumgeht — und da spreche ich jetzt nicht nur von jenen ungezählten Zehntausenden und Hunderttausenden des ärmsten Proletariats und der ärmsten Lohnarbeiter, sondern bis hinauf in die mittleren und besser bezahlten Schichten — muß sich sagen, dieser Zustand ist einfach unerträglich geworden. Das, was wir für die Wohnung zu leisten haben, nimmt uns allen einen derartigen Teil des Einkommens, daß es unerschwinglich ist und nur zwei Wege übrig bleiben: entweder, daß wir unsere Nahrung und unsere ganze andere Lebenshaltung bis auf das äußerste, unter das gewohnte Niveau einschränken. Und, meine Herren, Sie dürfen eines nicht vergessen: Elend, niedriges Lebensniveau ist gewiß eine schwer erträgliche Sache; aber schlimmer und empfindlicher ist jede Senkung, jede Herabminderung, jede sinkende Tendenz des Lebensniveaus. Das ist es ja, was wir heute so furchtbar zu beklagen haben. Elend haben wir immer gehabt. Wenn Sie die Verhältnisse mit den Ernährungszuständen vor 20 oder 15 Jahren vergleichen, so leben wir in diesem Moment vielleicht nicht schlechter als damals (Zwischenrufe) — in vielen Schichten, ich bitte, ich will die Möglichkeit zulassen — aber das Schlimme, dasjenige, was die Bevölkerung aufs äußerste aufregt, das ist die niedergehende Tendenz, daß nicht nur keine aufsteigende Lebenshaltung möglich ist, sondern daß jeder Tag die Notwendigkeit bringt, die bestehende kümmerliche Lebenshaltung noch weiter herabzusetzen. Das ist das Furchtbare. (Zustimmung.) Und da steht vor allem die Wohnung. Wir in Österreich wohnen alle mit Ausnahme derjenigen, für die die Wohnungsmiete keine Rolle spielt, wir alle wohnen schlechter, teurer, ungesünder als die gleichen Schichten im Ausland, insbesondere in Deutschland. (Zustimmung.) Wer von Ihnen Gelegenheit hat, nach Deutschland hinauszukommen und sich um die Wohnungsverhältnisse der deutschen Arbeiter zu kümmern — in allen ihren Schichten, in allen sage ich, nicht nur in Berlin, auch bei den ärmsten Schichten —, der wird finden, daß wir wie die Kannibalen leben. (Zustimmung.) Eine Zimmer- und Küchenwohnung für einen qualifizierten Arbeiter, wie es bei uns die Regel ist, ist in Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit, ist ein Zustand der Barbarei, den man längst überwunden hat.

Da kommen Sie mit kleinen Mitteln nicht aus. Da kommen Sie damit nicht aus, daß Sie bei dem Moloch dieses Grundeigentums, bei dem Moloch dieses zinsfressenden Geiers und bei dem Moloch des Staates, der daran partizipiert, zu seiner Schande und zu unserem und seinem Elend, so kleine Mittelchen anwenden. Da muß

ein energischer Schritt

geschehen! Da hilft es nichts, wenn Sie kleine Nachlässe bei der Mietsteuer machen, wenn Sie die Abgabe für das wichtigste Nahrungsmittel, die indirekte Steuer auf das wichtigste Nahrungsmittel, das wir haben, das ist die Luft, die wir in unseren Wohnungen atmen, um ein wenig einschränken. Durch kleinliche Maßregeln tun Sie nichts anderes, als den Hausherrn und Grundbesitzern ein Präsent machen (Zustimmung), das der Bevölkerung nichts nützt, dem Staat nimmt, aber alle Dinge beim Alten läßt.

Wenn wir Ihnen also vorschlagen, machen Sie einen energischen Schritt, befreien Sie uns endlich von der Wohnungsnot, von dem Wohnungsmangel, indem Sie einfach die Steuerfreiheit für Neubauten bleibend gestalten, so ist das nach unserer Überzeugung das einzige, was wirklich nützt. Ich freue mich, daß auch von anderer Seite, von seiten unserer Gegner, Anträge eingebracht worden sind, die in derselben Richtung liegen. Ich freue mich, daß auch die Regierung einen Antrag vorzubereiten scheint. Die Regierung ist sehr zurückhaltend und schweigsam. Ich weiß nicht, was diese Diplomatie bedeuten soll. Es wäre sehr nützlich gewesen, wenn wir beim Beginn dieser Debatte schon wüßten, was für Absichten die Regierung eigentlich hat. Also auch die Regierung scheint ähnliche Schritte in petto zu haben. Ich freue mich sehr, wenn das der Fall ist, ich mache Sie aber im vorhinein auf etwas aufmerksam. Wenn Sie die bescheidene, aber gewiß begrüßenswerte Aktion des Wohnungsfürsorgefonds in einer ausgiebigen Weise unterstützen wollen — ausgiebig, nicht die Augen auswischen, sondern wirklich etwas tun — werden wir die ersten sein, die Sie dabei unterstützen werden. Wenn Sie auf dem Gebiet der Steuern aber Schritte machen wollen, die der Bevölkerung nicht helfen, ihr aber die Meinung beibringen sollen, als wäre etwas geschehen, wenn Sie nicht weiter gehen wollen, als die Boden- und Häusermonopolisten Ihnen gestatten, dann, meine Herren, werden Sie es mit unserem energischen Widerstand zu tun haben und damit, daß wir der Bevölkerung über Ihre wahren Intentionen die Augen öffnen werden. (Beifall.)

Und nun ein Kapitel, das in der Not und unter den Erscheinungen der Not einen so großen Raum einnimmt, einen größeren eigentlich, als dem Kreis der Notleidenden speziell bei dieser Erscheinung entspricht. Ich spreche von der

Fleischnot.

Meine Herren! Es ist traurig, aber wahr: die Fleischnot ist ein Privileg des Bessergestellten. (Sehr richtig!) Es gibt breite Schichten der Bevölkerung, die von Fleischnot und Fleischteuerung nichts wissen, weil auch billiges Fleisch für sie vollständig unzugänglich ist. Wir haben breite Schichten, die jahraus, jahrein, mit wenigen Ausnahmen, ohne Fleisch leben müssen und, was vielleicht noch wichtiger ist als Fleisch, ohne das tierische Fett, das sie sehr notwendig

brauchen. (Zustimmung.) Der physiologische Zustand, der daraus resultiert, hat auf unsere ganze Wirtschaft und unsere ganze Entwicklung den schlechtesten, den ungünstigsten Einfluß.

Aber die Fleischnot betrifft eine Schicht, die uns nähersteht, sie betrifft trotz alledem noch breite Schichten städtischer Bevölkerung und sie ist vor allem darum der ganzen Bevölkerung so zum Bewußtsein gekommen, weil sich in der Fleischteuerung und in dem Verhalten der Regierung und der herrschenden Parteien zur Fleischteuerung deren ganze Tendenz ausdrückt: ihr Mangel an gutem Willen, ihr Mangel an Einsicht und an Kenntnis der wirklichen Verhältnisse, kurz und gut,

der ganze politische Bankrott der Regierung

in dieser Sache. (Beifall.) So ist die Fleischfrage und speziell die Frage der Einfuhr des argentinischen Fleisches weit hinaus über ihre sachliche Bedeutung — die Sie ja einengen wollen, ich werde schon davon sprechen — zu einem Symbol geworden (So ist es!), und zwar mit Recht zu einem Symbol für die Not und die Ohnmacht des Volkes, Nahrung zu nehmen, die vorhanden ist, und zu einem Symbol für die verbrecherische Schwäche der Regierung (lebhafter Beifall und Händeklatschen) — ich sage es rund heraus —, die zwar Kraft hat, dem Ansturm der Not zu widerstehen, die aber einknickt vor Redensarten von Loyalität, vor Paragraphen, die Sie sich selbst zu Gespenstern aufgebläht haben, und die einknickt vor Ungarn, vor demselben Ungarn, das uns in dieser Frage den Fuß auf den Nacken stellen will. (Lebhaftige Zustimmung.) Und je stärker drüben der Widerstand ist, um so schwächer werden Sie, wird die Regierung.

Ja, meine Herren, die „Rechtslage“! Was ist denn aber vor allem die Sachlage? Die Lage ist die, daß uns der Herr Minister im Juli erzählen konnte — und zwar mit einer gewissen ironischen Wendung —: Was wollt ihr denn vom argentinischen Fleisch, es wird ja überhaupt nicht gegessen; es liegen ja noch 140 Tonnen — oder wieviel Tonnen er genannt hat — irgendwo; das ist ja nicht das Wichtigste, wir haben andere Pläne. Ich werde schon auf diese anderen Pläne zu sprechen kommen. Meine Herren! Was ist seitdem geschehen? Jenes Fleisch ist aufgezehrt; seither war es möglich, weiteres Fleisch zu bekommen, aber der diplomatischen Kunst des Herrn Ministerpräsidenten und der neuen Regierung ist es nicht gelungen, die Ungarn zu bewegen, auch nur ein Kilo Fleisch hereinzulassen. Und so mußte die Bevölkerung sehen, daß das Fleisch, das in Triest bereit lag, um nach Wien und in die Städte gebracht zu werden, wieder in andere Länder weggeführt wurde, die gescheiter sind und stärkere und vernünftiger Regierungen haben als die, mit der wir gesegnet sind. (Zwischenrufe.)

Meine Herren! Wie steht denn das mit Ungarn? Wir sind da sehr neugierig und hätten uns gefreut, wenn uns der Herr Minister-

präsident mit dem Erfolg seiner Bemühungen hätte überraschen können. Aber so schweigsam er auch ist, so viel wissen wir aus den Zeitungen, daß er bisher nichts erreicht hat und daß seine Bittgänge, zu denen er sich selbst verurteilt hat, weil er die Bahn betreten hat, wegen deren Freilegung Herr Weiskirchner den verdienten Lohn im Urteil aller Österreicher hat, bisher erfolglos waren. Weil der Ministerpräsident diese Bahn betreten hat, muß er darauf verzichten, etwas für Österreich zu leisten.

Herr Weiskirchner hat eine für seine politische Stellung und für seinen ganzen politischen Habitus sehr klare Politik gemacht. Ich glaube nicht daran, was er jetzt durch offiziöse Blätter verkünden läßt, daß er das Abkommen mit Ungarn in nicht ganz nüchternem Zustand abgeschlossen hätte. (Heiterkeit.) Das sind Milderungsgründe, die ich Herrn Weiskirchner nicht zubilligen kann. Ich glaube, er hat ganz gut gewußt, was er gemacht hat. Herr Weiskirchner sah sich vor der Schwierigkeit, Fleisch hereinzulassen, weil es gebraucht wird, und zugleich Mitglied einer Partei zu sein, die ein doppeltes Gesicht hat, die zum Teil aus städtischer Bevölkerung besteht, die Fleisch will und der er das Fleisch nicht verweigern wollte, und zum Teil aus ländlicher Bevölkerung, die — ich wiederhole es — irregeleitet und ohne Kenntnis ihrer wahren Interessen sich gegen diese Fleischeinfuhr stemmt. In diesem Dilemma hat er beschlossen, keine Entscheidung zu fällen, sondern sich zu binden, sich mit gebundenen Händen freiwillig den Ungarn auszuliefern, ein Abkommen zu verlangen, wo kein Abkommen notwendig war, ausdrücklich an die Ungarn heranzutreten, wo er an sie nicht herantreten mußte. Er hat ihnen

die Fesseln in die Hand gegeben

und sie, die das mit Vergnügen gemacht haben, förmlich ersucht: Feßle mich, damit ich meinen städtischen Wählern sagen kann: Ich bin ja für das Fleisch, ich bringe euch ja Fleisch, aber die Ungarn lassen mich nicht. Was ich von ihnen erreichen kann, werde ich durchsetzen. Es sind 2000 Tonnen gewesen, vielleicht sind es 10.000 Tonnen, er hat das unklar gelassen, 10.000 hat er uns hier „in Aussicht“ gestellt, aber man kann von Fleisch, das nur „in Aussicht“ ist, leider nicht leben. Nun, das hat er den Städtern gesagt, da hat er sich als den Mann gegen die Ungarn hingestellt, der ihnen das schon herausreißen wird. Und den Agrariern, die er fürchtet wie das höllische Feuer, denen hat er gesagt: Gewiß, Fleisch wird eingeführt werden, aber verlaßt's euch auf die Ungarn! G'schieht euch nicht viel, seid's ganz ruhig; ich kann ja nicht anders, ich muß ja, ich bin ja Handelsminister, aber die Ungarn werden euch schon helfen, daß man euch nicht viel Fleisch hereinbringt. Dieses frivole Doppelspiel hat er gemacht, um seine persönliche Stellung als Parteimann zu erhalten, und zu diesem Zwecke hat er

den Landesverrat

begangen (Zustimmung), die Ernährungsinteressen

Österreichs ohne jede Nötigung an das Belieben der Ungarn ausgeliefert. (Beifall und Händeklatschen.)

Mußte ihm aber die heutige Regierung auf diesem Wege folgen? Der Herr Ministerpräsident hat uns in seiner Interpellationsbeantwortung in dieser Angelegenheit eine ganze Reihe von Bestimmungen vorgelesen, um den sogenannten Rechtszustand aufzuklären, und hat uns erzählt, was wir ja alle bis zum Überdruß gehört hatten, daß die Einführung von Vieh, Fleisch oder tierischen Produkten aus seuchenverdächtigen Ländern nach § 12 der Durchführungsordnung so erfolgen soll, daß gleichartig von Ungarn und Österreich vorgegangen werde. Er hat uns dann weiter erzählt, daß ein Abkommen von später besteht, wonach, falls Meinungsverschiedenheiten entstehen, die schärfere Auffassung gelten soll, und er hat gemeint, daß sich damit die Rechtslage vollkommen erschöpfe und er gebunden sei. Er ist nicht gebunden gewesen; die Regierung war nicht gebunden, diesen Weg zu betreten, denn die Rechtsauffassung, die der Herr Weiskirchner zugunsten und für den Vorteil seiner persönlichen Stellung und der Stellung der damaligen Regierung Bienerth gemacht hat, war eine willkürliche, fälschliche Auslegung der Paragraphen. Die Regierung wäre ohne weiteres in der Lage gewesen, Fleisch einzuführen, eben darum, weil darüber ein Abkommen und eine Vereinbarung im einzelnen mit der ungarischen Regierung nicht bestanden hat. Sie konnte es und sie konnte dann abwarten, ob sich die ungarische Regierung zu dem gleichartigen Vorgehen bequemen wird, auch Fleisch einzuführen. (Zustimmung.)

Meine Herren! Über das ist sehr viel gesprochen worden und wir haben hier im Juli wiederholt, nachdem wir unzähligmal unseren Standpunkt hier festgestellt haben und auch Mitglieder anderer Parteien mit der größten Schärfe diesen Standpunkt konstatiert haben, den Antrag gestellt, die Regierung sei aufzufordern und zu beauftragen, Fleisch ohne weiteres einzuführen,

unbekümmert um einen Einspruch von Ungarn,

weil dieser Einspruch ein ungerechtfertigter ist. Der Herr Ministerpräsident spricht von der Loyalität und Vertragstreue gegen Ungarn und wäre es auch hier nicht, aber wenn die Ungarn eine falsche Auslegung eines falschen Handelsministers (Zustimmung) dazu benützen, um Erpressungen an Österreich auszuüben (Zustimmung), dann, glaube ich, ist das Wort „Loyalität“ und „Vertragstreue“ überhaupt nicht mehr am Platze. (Beifall.)

Und da muß ich denn doch auch sagen: Ja, meine Herren, sind wir denn verurteilt, nicht nur unter den Ministern zu leiden, die wir besitzen, sondern auch unter denen, die wir Gott sei Dank losgeworden sind? (Heiterkeit und Sehr gut!) Wozu jagt man denn die Minister eigentlich fort, wenn dann dieselbe Politik gemacht wird und wenn man sich gebunden fühlt durch alle falschen Maßregeln und alle Niederträchtigkeiten, die sie begangen haben? Warum degradiert sich die Regierung Gautsch dazu — muß ich schon

sagen — ohne jede Not die Politik fortzusetzen, die Herr Weiskirchner gemacht hat? Es ist — höflich gesagt — eine merkwürdige Suggestion, unter der unsere gegenwärtige Regierung steht, und ich würde dringend wünschen, sie möchte sich davon befreien und nicht hypnotisch ausschließlich nur auf die Linie sehen, wie die Loyalität gegen Ungarn zu sichern sei, sondern auch in Betracht ziehen, daß die Loyalität gegenüber der ganzen Bevölkerung, die ehrliche, wirkliche, tatbereite, hilfsbereite und pflichtbewußte Loyalität, die sich nicht nur in großen Worten, sondern in Handlungen ausspricht, bewährt werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Und die Regierung, meine Herren, weiß es, was ich jetzt sagen werde, es ist der Regierung gar nichts Neues, sie hat sehr geschickte und sachkundige Berater, es fehlt ihr durchaus nicht an Kenntnissen, es fehlt ihr nur an Willen und an Kraft; die Regierung weiß sehr gut, daß sie auch heute noch trotz dieser falschen Auslegung diesen ganzen Schwindel mit der gegenüber Ungarn notwendigen Loyalität, nämlich daß wir

aus Loyalität kein Fleisch essen

dürfen, loswerden kann. Denn, meine Herren, die Grundlage aller dieser Bestimmungen, von denen hier die Rede ist, daß das Fleisch aus Argentinien nur eingeführt werden kann unter Seuchengefahr, unter der Voraussetzung, daß das betreffende Land ein seuchenverdächtiges, ein seuchengefährliches Land ist. Das ist die Grundlage, so heißt es in diesem vielgerühmten § 12 der Durchführungsmodalitäten und das ist der Sinn aller dieser Bestimmungen.

Nun, meine Herren, in den Verhandlungen, die der Handelsminister Dr. Weiskirchner und die das Ministerium Gautsch mit Ungarn geführt haben, ist man bisher zu keiner Übereinstimmung gekommen. Wir wissen nicht einmal genau, was die Regierung Gautsch verlangt hat; aber das wissen wir, daß die Ungarn es ihr nicht bewilligen.

Man spricht von Zusicherungen, man verfährt mit uns so, als ob wir ein wilder Staat wären, und wenn wir Fleisch essen wollen, müssen wir dafür Extraprämien an die Ungarn zahlen.

Aber lassen wir das alles dahingestellt; ich würde mich sehr freuen, wenn der Herr Ministerpräsident heute in der Lage wäre, uns etwas anderes zu sagen, aber nach allem, was wir wissen, besteht darüber kein Einvernehmen; nur in einem einzigen Punkt ist die österreichische Regierung mit der ungarischen Regierung vollständig und offiziell einig; in einem einzigen Punkt besteht vollständige Übereinstimmung, das ist der Punkt und die Tatsache, daß die Einfuhr von gefrorenem Fleisch aus Argentinien

keine Seuchengefahr

bedeutet (lebhafte Zustimmung), daß die Einfuhr von gefrorenem Fleisch mit der Seuchengefahr in keinem wie immer gearteten Zusammenhang steht. Darüber ist man in Ungarn mit der öster-

reichischen Regierung einig. Denn, meine Herren, die Seuchengefahr ist keine Frage der Quantität, sondern der Qualität und es besteht nicht eine Seuchengefahr von 2000 Tonnen aufwärts, die bis zu 2000 Tonnen etwa nicht bestehen würde. Das ist ausgeschlossen. In einem also, das ist klar, sind Österreich und Ungarn einig: Argentinisches Fleisch kann ohne Seuchengefahr eingeführt werden. Wenn das aber der Fall ist, verehrte Herren von der Regierung, dann können Sie doch ruhig ihre Verhandlungen mit den Ungarn abbrechen und können sagen: Dann brauchen wir mit dir selbst von der falschen Auffassung Weiskirchnerischen Andenkens auch gar nicht mehr zu verhandeln. Zugestanden ist, daß argentinisches Fleisch ohne Seuchengefahr eingeführt werden kann. Was wollen wir noch? Alle Bestimmungen und alle Hindernisse, die du machen kannst, beruhen auf der Voraussetzung, daß das Gegenteil der Fall ist; da das weggefallen ist, führen wir Fleisch ein und die sollen sich ihre Kompensationen holen, wo sie wollen. (Sehr gut!) Herr Ministerpräsident, das ist ein sehr einfaches klares Verfahren und ich bezweifle sehr, daß es Ihnen gelingen wird, irgend jemand in diesem Saale und noch weniger außerhalb dieses Saales davon zu überzeugen, daß die Loyalität gegen Ungarn verlangt, daß Sie vor diesen klaren Tatsachen die Augen verschließen und unsere Ernährung abhängig machen von dem Gebote einiger Bodenkavaliere drüben (Zustimmung), die allerdings gehalten, unterstützt und angestachelt werden von den Fleisch- und Viehwucherern hier im Lande. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir also auf unseren Antrag zurückkommen, den Sie uns im Juli so schmäählich abgelehnt haben, den Sie uns abgelehnt haben, nachdem der Herr Ministerpräsident eine so forschende, schneidige Rede für die Loyalität gehalten hat, die man den Ungarn schuldigt ist, wenn wir heute wieder mit dem Antrag kommen, so ist seitdem die Einsicht der Bevölkerung in weiten Kreisen, und nicht allein in unseren Wählerkreisen, sondern weit darüber hinaus eine größere geworden, und Zeugnis dessen sind die Anträge, die auch von Ihrer Seite da drüben kommen, die Sie sich vorher damit noch nicht gern bemengt hätten.

Daß wir heute Fleisch haben können, ohne uns um die Ungarn zu kümmern, das genügt nicht, und der Herr Ministerpräsident — ich kann nicht umhin, immer auf seine ökonomische Weisheit zurückzukommen — hat ja ganz recht, wenn er sagt, das genügt nicht, wir sollen das Fleisch nicht von so weit holen, wenn wir es näher haben können. Der Herr Ministerpräsident hat ganz recht und es wäre nur zu wünschen gewesen, daß zu der Zeit, wo der

Handelsvertrag mit Serbien

auf der Tagesordnung gestanden ist, der Herr Ministerpräsident in der Lage gewesen wäre, seinen Vorgängern, die ihm ja sonst auch nicht gerade absolut entrückt sind, mit dieser Weisheit zu dienen und ihnen mitzuteilen, daß es nicht gut ist, es nicht von

Serbien, wo Fleisch ist, zu holen und daß es noch weniger gut ist, hier den Betrug aufzuführen, daß man ein Fleischkontingent für Rumänien aufstellt, wo kein Fleisch ist. (Lebhafte Zustimmung.) Als wir für Serbien ein Fleischkontingent wollten, da hat man uns gesagt: Nein, das geht nicht. Der Herr Weiskirchner hat das Schlagwort — ich weiß nicht, wer es ihm eingegeben hat oder ob es seiner eigenen Intelligenz entsprungen ist — vom Balkankontingent gebraucht: man müsse doch wissen, wieviel Vieh überhaupt auf den Balkan entfallen wird, und das müsse man auf die verschiedenen Länder aufteilen, unbekümmert darum, ob das betreffende Land das Kontingent auch leisten kann. Wenn sie es nicht leisten können — um so besser für die Agrarier, die doch dazu lachen — nicht wahr? Wenn man zum Beispiel den Rumänen etwas zuweist, woran die Rumänen keine Freude haben, weil wir sie schon totgemacht haben (So ist es!), weil wir die Depekoration Rumäniens selbst auf dem Gewissen haben. Wir haben nicht nur unser eigenes Land verwüstet durch unsere Agrarpolitik, sondern auch die Nachbarländer, sowie überhaupt die österreichische Politik auf dem ganzen Balkan eine geradezu funeste Rolle gespielt hat. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich sage: Wenn Sie das Balkankontingent so eingeteilt haben und jetzt kommen Sie und sagen: Nein, aus Argentinien nicht! Das Schiff liegt da mit dem Fleisch — das muß weg, wir wollen es aus Serbien haben! Dann ist es wohl schwer, da mit den Ungarn zu rechnen. Das ist schwer, denn da handelt es sich um andere Dinge als um Auslegungen dieser Paragraphen — das ist viel schwerer und das haben die Herren auch gewußt. Nach unserer Meinung könnte man es auch dann machen. Aber, meine Herren, wenn wir von Serbien Fleisch wollen, weisen Sie uns auf Rumänien, wenn wir von Argentinien Fleisch wollen, weisen Sie uns auf Serbien, und wenn wir von Rumänien Fleisch wollen, ist keines da. Ja, meinen Sie denn, daß die Bevölkerung es aushält, nicht nur kein Fleisch zu haben, sondern auch noch

gefoppt und genarrt

zu werden? (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Lebhaftes Zwischenrufe.) Ich bitte, meine Herren, wollen Sie mich fortfahren lassen — das ist noch nicht das Schlimmste. Der Herr Ministerpräsident hat nicht aufgehört zu wiederholen — und seit er neuerdings an der Spitze der Regierung steht, war er genötigt, sich beinahe in jeder Äußerung mit dem allgemeinen Notstand zu beschäftigen —, daß es sich nicht um das Augenblickliche allein handelt; man müsse in die Zukunft sehen und müsse für Fleisch sorgen. Er hat das getan — ich tue ihm damit kein Unrecht, wenn ich behaupte — weniger, weil er geglaubt hat, daß durch diese Aussicht etwa ein wirklicher Weg gewiesen werde für die Behebung der Fleischnot auch in absehbarer Zukunft, als um die Agrarier zu beruhigen, die für ihn augenblicklich, wie ich begreife, politisch begreife, eine viel dringendere Not sind. Er hat darauf

verwiesen, daß es notwendig sei, die Viehzucht zu heben und alles dafür zu tun.

Nun, meine Herren, wenn es eine Partei gibt, die, seit sie in diesem Hause zu Worte gekommen ist, einer vernünftigen Viehzuchtpolitik,

einer vernünftigen, weltsehenden Nahrungsmittelpolitik

von seiten des Staates und der Gesetzgebung das Wort gesprochen hat, wenn es eine Partei gibt, die sogar schwächliche Versuche, reine Palliative, die dafür aufgeboten wurden, immer unterstützt hat, weil wir uns gesagt haben: Na also, wenn es nicht viel nützt, vielleicht nützt es etwas, so sind es wir Sozialdemokraten. Wir haben die Wege für eine solche weitgreifende Politik von jeher gewiesen; wir sind zwar keine Agrarier, aber wir sind Interessenten unseres Nahrungsmittelbaues, unseres Getreidebaues und unserer Viehzucht. Denn Interessenten an der Viehzucht und am Getreidebau sind nicht nur diejenigen, die das Getreide verkaufen, sondern auch diejenigen, die es essen sollen, und wir haben ein sehr lebhaftes Interesse daran. Es kann ja einzelne Viehverkäufer und Viehzüchter geben, die ein Interesse daran haben, augenblicklich die Fleisch- und Viehpreise exorbitant hoch zu halten, aber die österreichische Viehzucht hat daran gar kein Interesse (Sehr richtig!), sie kann geradezu, wenn man auf weiter hinausblickt, nicht wollen, daß da Anreiz geschaffen werde, bei diesen exorbitant hohen Wucherpreisen das letzte Vieh aus dem Stall zu holen und nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft zu vernichten. (Sehr richtig!) Das ist also ein Raubbau, der da getrieben und unterstützt wird und wenn wir ihm entgegentreten, indem wir sagen: schon von diesem Gesichtspunkt aus, nicht allein wegen unserer Gegenwart, sondern wegen der Zukunft der Volksernährung müssen wir für Fleisch sorgen und dürfen uns nicht in die Hände dieser einzelnen Wucherer liefern, dann, Herr Ministerpräsident, beabsichtigen wir nicht, Österreich in die dauernde Abhängigkeit von argentinischen Viehzüchtern zu bringen, wie Sie sehr unangebrachterweise angedeutet haben. Wenn also die Herren Agrarier vernünftig sind, wenn sie ihre weiteren Interessen und nicht nur die augenblicklichen einzelner Individuen in Betracht ziehen, dann müssen sie für unsere Anträge stimmen.

Es ist allerdings ein ganzer Komplex von Anträgen, die wir stellen, und ich beabsichtige nicht, mit gleicher Ausführlichkeit auf alles im einzelnen einzugehen, ich beabsichtige das schon darum nicht, weil wir ja am Eingang einer längeren Debatte stehen und Gelegenheit sein wird, das Einzelne hervorzuheben, insbesondere auch im Ausschuß. Aber was doch gesagt werden muß: Der Herr Ministerpräsident hat uns ein sehr schlechtes Prognostikon für unsere Beratungen gestellt. In jener Obmännerkonferenz hat er uns gesagt, er fürchte, daß diese Beratungen der Bevölkerung nichts nützen werden, er fürchte, daß wenn auch alles glücklich erwogen

werde, dabei nichts Nützliches herauskommen werde, sondern er weise auf seine eigenen Verfügungen zurück. Der Herr Ministerpräsident wird uns die Liste dieser Verfügungen mitteilen, das ist kein Geheimnis, sie sind alle in den Zeitungen gestanden. Aber, meine Herren, nicht berichtet wurde über irgendeine Wirkung dieser Verfügungen.

Alle diese Verfügungen sind

ein Schlag ins Wasser,

wie wir behaupten, dienen nur dazu, die Profite der Lieferanten zu erhöhen, ohne daß sie auf dem Markte einen wirklichen Ausdruck im Preise finden. Halbe Maßregeln, meine Herren, sind auf diesem Gebiet schlimmer als gar keine. Es ist Vergeudung von Einnahmen, ohne irgendeine Wirkung zu erzielen.

Meine Herren! Vor welcher Politik stehen wir denn jetzt wieder? Es wird uns angekündigt — und das ist gewiß notwendig —, daß den Fixbesoldeten, den Leuten, die im festen Lohn stehen, den Arbeitern des Staates im weitesten Umfange, den Angestellten, vor allen andern

den Eisenbahnern,

eine Erhöhung ihrer Bezüge zugestanden wird. Gewiß, schön, das muß sein, und wir werden ja sehen, ob die Regierung das Richtige und das Notwendige tut. Natürlich sprechen Sie auch von der Bedeckung. Was man bisher von der Bedeckung hört, das macht mich allerdings fürchten, daß diese Maßregel in einen Zusammenhang kommen wird, der das Übel, unter dem wir alle leiden, noch verschlimmert.

Wenn es sich darum handeln soll, wie in Aussicht gestellt wird, notwendige Investitionen für unsere Bahnen und unsere Volkswirtschaft einzuschränken, um daraus Gehalte zu bezahlen, dann ist das ein selbstmörderisches, wahnsinniges Vorgehen. Unsere Wirtschaft leidet gerade darunter, daß die großen Herren Hunderte an Jochen zusammenkaufen und dort kein Getreide und keine Futtermittel wachsen lassen, sondern dort Hirsche statt Vieh züchten, sie leidet auch darunter, daß wir nicht die Courage haben, für unsere Wirtschaft zu investieren, während wir den Leichtsin haben, für militärische Zwecke zu investieren. Für die Investitionen für unsere Kriegsschiffe darf unser Finanzminister nur die Zinsen aufrechnen und ins Budget stellen, die Investitionen aber, die gemacht werden sollen, um unsere Arbeitswerkzeuge, die zuletzt der Nahrungs- und Lebensmittelproduktion sowie der Produktion des Volkes und seinen Bedürfnissen dienen und diese ganze Maschinerie unserer Volkswirtschaft, die so rückständig ist, ergänzen sollen, will man einschränken, weil Sie den Leuten das Notwendigste zum Essen geben müssen. Ich will nicht abschließend urteilen, bevor nicht die Vor-

lage vor uns liegt, aber die Erfahrungen, die wir mit unseren Regierungen gemacht haben, lassen sehr pessimistische Erwartungen laut werden.

Es ist eine ungeheure Erregung in der Bevölkerung und Sie können natürlich mit allem, was Sie ihr — und ich hoffe mit bestem Willen — schaffen wollen, nicht von heute auf morgen Änderungen schaffen, mit Ausnahme von ganz bestimmten Dingen. Fleisch kann man haben, weil es Fleisch auf der Welt gibt, die Wohnungen kann man billiger machen, wenn man gestattet, Wohnungen zu bauen. Das kann man. Man kann zwar

die Milch

nicht billiger machen, aber man kann doch verhindern, daß sie teurer wird, wenn man die Milchkartelle nicht begünstigt, sondern die Milchzufuhr in die großen Städte ermöglicht. Und so weiter eine ganze Reihe.

Aber wenn Sie das alles tun, und wir uns noch so bemühen, wir werden über die Tatsache nicht hinwegkommen, daß wir es auch mit einer psychologischen Not zu tun haben, daß in der Bevölkerung wirklich begreiflicherweise, sehr motiviert und begründet eine Erregung angesammelt ist, die sich von Tag zu Tag steigert, wenn sie sich auch nicht täglich in Explosionen Luft macht.

Wir hören und haben von der Regierung und gewissen Parteien eine sehr kalte, sehr unverständige Auffassung dieser Dinge gehört und wir sind verpflichtet, auch dieses Kapitel hier zur Sprache zu bringen.

Meine Herren! Was sich

am 17. September

in Wien ereignet hat, war eine Reflexbewegung des ganzen gesellschaftlichen Organismus, eine Reflexbewegung, die lange hintangehalten, lange gebändigt war und wieder lange zurückgehalten wird, nicht nur in Wien, sondern überall von denjenigen, die die Verantwortung dafür fühlen, wie sich das Volk äußert. Das, was hier geschieht, ist, meine Herren, ein Einzelfall, der aber einer Regierung, die Verständnis hätte, zeigen müßte, wie es in der Seele des Volkes, im Bewußtsein des Volkes, in den Nerven des Volkes aussieht. So wie es hier in Wien gewesen ist, so hätte es auch anderwärts werden können und ist es ja zum Teil in einzelnen Orten Böhmens ganz ähnlich geworden und so liegen die Tatsachen und die Stimmungen im ganzen Reiche. Meine Herren! Heute bedarf es nicht etwa eines Aufrufes zur Empörung, heute bedarf es keines Signals (Rufe: Eines Arrangements!) oder gar eines Arrangements, wie der Herr Ministerpräsident meint, heute bedarf es keines Signals, um eine Explosion in ganz Österreich hervorzubringen, sondern heute bedarf es der täglichen und stündlichen Anstrengung von uns allen, um solche Explosionen zu ver-

meiden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Weil ich das sage und unsere Rolle hier fixiere, lassen Sie mich ein für allemal sagen, dieses Arrangement zur Ruhe, diese Mäßigung, diese Empfehlung von Selbstbeherrschung, diese Arbeit im Dienste des Friedenserhaltens geschieht nicht Ihnen zuliebe, geschieht nicht zuliebe dieser Ordnung, geschieht nicht zuliebe denen, die herrschen. Denn, meine Herren, das Elend, das wir, die wir mit dem Volke leben, täglich sehen, ist ein solches, daß wenn ich — und ich glaube wir können das von uns allen sagen — wenn ich glauben würde, daß ich durch irgendeinen Akt der Gewalt diese Ordnung beheben, daß ich diesen Jammer beheben, ich die Verbrechen verhindern könnte, die hundert- und tausendfältig an diesen Menschen von der Wiege, vom Mutterleib an, bis sie ins Grab steigen, geschehen, so würde ich mich schämen und mich für einen Verbrecher halten, wenn ich nicht der erste wäre, der diesen Gewaltakt begehen würde. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Nicht Ihnen zuliebe, aber dem Volke zuliebe geschieht es. Wir wissen ja, Sie sind ja mächtig, Sie haben ja Polizisten, Sie haben Gendarmen, Sie haben Infanterie, Kavallerie, Artillerie. Sie haben die ganze Bureaukratie zu Ihrer Verfügung, einen furchtbaren Mechanismus. Sie haben ja alle diese Macht. Aber Sie können damit wohl großes Unheil anrichten, Sie können Menschen töten, Sie können Menschen in die Kerker stecken, Sie können blind wüten, genau so blind, wie diese Reflexbewegungen sind, von denen ich Ihnen gesprochen habe. Sie können das und wir wissen, wir sind heute so schwach und das Volk ist darauf verwiesen, seinen Weg langsam, mit möglichster Vermeidung von Opfern zu gehen, aber ihn doch zu gehen, trotz Ihnen.

Wenn Sie aber, meine Herren von der Regierung, auf solche Dinge hinweisen, wie sie an jenem Sonntag in Wien passiert sind, wenn Sie in Ihren Blättern so hochmütig vom Mob, von Exzessen des Pöbels reden lassen, so möchte ich Sie doch über eines aufklären. Uns fällt nicht ein, uns mit jedem Steinwurf zu identifizieren, uns fällt nicht ein, uns mit jenen Leuten zu identifizieren, die in Schulen eingedrungen sind, Fenster eingeworfen haben, gewiß nicht, aber wir haben eines vor Ihnen voraus:

wir verstehen und darum richten wir nicht

(Sehr gut!). Sie, die Sie in Ihren Blättern, beinahe alle unsere gegnerischen Parteien, immer die Disziplin, die wir uns selbst geschaffen und eingehalten haben (Sehr richtig!), Sie, die Sie die Demonstrationen für das Wahlrecht durch Jahre lang in Ihren Polizeiblättern, ob sie jetzt christlichsoziale oder sonst Regierungsblätter heißen, haben verhöhnen lassen, Sie haben die Leute, die sich freiwillig dieser Disziplin unterworfen haben und nicht leicht unterworfen haben — das können wir sagen —, immer verhöhnt und am ersten Tage, wo sie einem Nachlassen dieser selbstauferlegten Disziplin gegenüberstehen, wo Ihnen die Ordner,

die wir stellen, fehlen, stellt sich Ihre Ordnung ein, die nichts kann als Schießen und Stechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Es wäre nicht notwendig gewesen, daß es am 17. September zum Schießen gekommen ist; es wäre zu vermeiden gewesen, wenn keine Soldaten da gewesen wären. Das ist das einfache Geheimnis der Sache.

Es ist in Wien nie geschossen worden, obwohl es sehr lebhaft Demonstrationen gegeben hat, einfach deshalb, weil niemand da war, der hätte schießen können, und darum ist es auch nicht notwendig geworden. Und ich freue mich, hier mich auf das Zeugnis eines Mannes, der mir im politischen Leben ziemlich fernsteht, auf die Äußerungen des Herrn Landesverteidigungsministers in der Drohobyczer Sache berufen zu können, der erklärt hat (liest):

„Es kann für die Zukunft nur von Vorteil sein, wenn allgemein darüber Klarheit herrscht, wie ernst die Situation wird, wenn einmal das Militär in Aktion zu treten berufen wird. Als Grundsatz bei Verwendung der Assistenzen hat zu gelten, daß sich die Truppe an den unmittelbaren Amtshandlungen derjenigen Organe, welchen sie beigegeben ist, niemals beteiligen darf, sondern lediglich dazu bestimmt ist, sie zu beschützen und ihren Verfügungen den nötigen Nachdruck zu geben.“

Hier ist mit aller Bestimmtheit — und in diesem Sinne fährt der Herr Landesverteidigungsminister fort — von der schweren Verantwortung die Rede, die nicht allein die Offiziere trifft, die in Aktion treten, sondern vor allem diejenigen, die sie hinstellen. (Zustimmung.) Da liegt die eigentliche Ursache dessen, was am 17. September geschehen ist. Meine Herren! Man ist für die Fensterscheiben, für Gaslaternen, die gewiß sehr künstlerisch ausgestaltet sind und die ich nicht zerschlagen zu sehen wünsche, mit den Waffen eingeschritten, man hat Menschen getötet, man hat

auf zerschlagene Fenster Menschenblut

folgen lassen. (Zustimmung.) Ich frage Sie, und da ist nicht von Billigkeit, nicht mehr von Recht, da ist von einfacher politischer Vernunft die Rede: Wo ist ein Funke von Vernunft darin, eine erregte Menschenmasse vor die Bajonette und vor Flintenkugeln zu stellen? Die Leichen, die wir auf den Ottakringer Friedhof hinausgetragen haben, bilden dauernd die schärfste Anklage gegen das Vorgehen der Sicherheitsbehörden und der Regierung an diesem Tage. (Beifall und Händeklatschen.) Es wäre nicht notwendig gewesen, daß Menschenblut vergossen wird, wenn sich die Polizeibehörde an ihre Erfahrungen gehalten hätte, die sie immer gemacht hat. Sie ist immer ohne Militär ausgekommen und nur diejenigen, die geglaubt haben, man müsse den rebellischen Wienern den Herrn zeigen, man müsse ihnen einmal die Bajonette zeigen, damit sie Respekt bekommen, die ihnen schon früh beim Aufmarsch der Husaren, die Ulanen und die Berittenen gezeigt haben,

sind schuld an dieser übermäßig gesteigerten Erregung. (Zustimmung.)

Meine Herren! Und das Nachspiel! Wollen Sie denn in diesem Staate alles devastieren? Ist Ihnen der Schein des Ansehens, das die staatliche Autorität noch genießt, so gar nichts wert? In Ihrer Ernährungs- und Fleischpolitik degradieren Sie Österreich in den Augen der Bevölkerung, erniedrigen sich selbst als eine Regierung in den Augen der Bevölkerung, als Werkzeuge der Feinde seiner notwendigsten Bedürfnisse. Das Militär, das mit schwerem Gelde der Bevölkerung, wirklich mit seinem Blute erhalten wird, das aus seinen eigenen Söhnen besteht, verwenden Sie überflüssigerweise dazu, um die hungernden Menschen in Banden zu halten und auf sie schießen zu lassen, dazu verwenden Sie dieses Militär, diese Mannschaft, der Sie selbst die Aufbesserung der Mannschaftskost nur so zögernd zuweisen und verweigern.

Und nun bleibt noch eines, Nun bleibt noch eine, wie soll ich sagen, Tradition... (Abgeordneter Dr. Renner: Eine Säule der Staatsautorität!)... nein, ein Märchen von einer Säule, eine Sage von einer Säule, da bleibt noch

das Recht, das Gericht.

Justitia fundamentum regnorum*)! (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche!) Armes Reich, dessen Fundament diese Justiz ist! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen — Zwischenrufe.) Die Leute, die sich am 17. September in Wien und an unzähligen Orten in Österreich von ihrer Erregung haben hinreißen lassen und auf das geheiligte, dreimal geheiligte Eigentum des Staates, die Glascheiben, die das Symbol und das Palladium des heiligen, dreimal heiligen Eigentums sind, losgegangen sind, diese Leute stehen unter dem stündlichen, täglichen Stachel der Not, der Erregung. Nun geraten sie in eine Erregung, weil sie einen Widerstand sehen, auf den sie nicht gefaßt sind. Wer da etwas tut, mag er tun, was er will, hat Milderungsgründe wie kein anderer im ganzen Zustand und in der Minute, in der er handelt. Auf der andern Seite aber sehen wir die Richter, die nicht in der Erregung stehen. (Zwischenrufe.) Ob sie schlecht bezahlt sind, das weiß ich nicht. Aber sie sind da, um Recht zu sprechen, nicht um ihren Gemütswallungen Ausdruck zu geben; abgeklärte Leute. Und wenn die es auf sich nehmen, daß sie arme Burschen von 17, 18 Jahren und jünger wegen eines Steinwurfes auf acht Monate, auf ein Jahr in den Kerker stecken (Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Zahlreiche Zwischen- und Pfui!-Rufe), dann haben diese Leute keinen Entschuldigungs- und keinen Milderungsgrund an ihrer Seite.

Diese Leute — sagt man mir — die vier Richter — sagt man mir — hätten gehandelt und handeln noch unter dem direkten Einfluß des Justizministers. (Hört! Hört! — Zwischenrufe.) Wir haben einen Justizminister — ich kann an dieser Stelle

*) Das ist die Inschrift, die auf dem äußeren Burgtor in Wien steht.

die Bemerkung nicht unterdrücken —, der selbst gewisse Beziehungen zu Laternenpfählen in seiner Vergangenheit hat*). (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir haben einen Justizminister, der sich einen Liberalen nennt und der nicht erst jetzt, sondern eine ganze Zeit lang eine Behandlung der Presse einreißen läßt, wie wir sie in den schlechtesten Zeiten bald nicht gehabt haben, einen Justizminister, der eingestandenermaßen dafür verantwortlich ist, was seine Staatsanwälte an Widersinn, an Unrecht, an Widersetzlichkeit tagtäglich verüben. Wir haben einen Justizminister (Zwischenrufe), der sehr hoch wird schwören müssen, bis wir ihm glauben, daß die vier Ausnahmssenate, die heute amtieren und

das kleine Standrecht

in Wien praktizieren (Sehr richtig!), nicht unter seiner tätigen Aneiferung arbeiten. (Zustimmung.)

Meine Herren! Man hat bisher einige Jahre Arrest und nicht weniger als

45 Jahre Kerker

verhängt (Hört! Hört!) wegen Delikten, die, wenn sie nicht von Proletariern begangen würden, nicht von Hungernden, sondern von Satten oder Übersatten, nicht von Arbeitern, sondern von Studenten, annähernd straflos geblieben wären. (Lebhafte Zustimmung.) Dafür sollten Sie doch auch eine Empfindung haben, meine Herren von der andern Seite da drüben, welche

*) Dr. v. Hohenburger hat in den Obstruktionskämpfen der Deutschnationalen gegen die Regierungen, die das Parlament davonjagten und sich dann mit dem Notparagraph 14 selbst Steuern und Militär bewilligten, am 29. September 1898 gesagt:

„Es ist notwendig, daß dieser Paragraph, wenn schon nicht beseitigt, so doch dergestalt abgeändert wird, daß er auch für ein Ministerium der Frivolität keine Handhabe mehr zu Staatsstreichen bieten kann, außer auf die Gefahr hin, an dem nächsten Laternenpfahl aufgeknüpft zu werden... Darum, Herr Ministerpräsident, hüten Sie sich und treiben Sie die Dinge nicht auf die Spitze, denn Sie könnten selbst leicht die Wahrnehmung und Erfahrung machen, daß ein gereiztes Volk sich sein Recht auch durch Selbsthilfe verschaffen kann, daß es auch heute noch ein Notrecht von Völkern gibt...“

Als Minister hat er aber nicht nur strenge Weisungen an die Staatsanwälte erlassen, die Zeitungen bei jeder Gelegenheit zu konfiszieren, sondern er hat bei den Prozessen gegen die Demonstranten vom 17. September es nicht verschmäht, die Gerichte zu beeinflussen. Er ist nicht nur in dem Sinne, wie Adler meint, verantwortlich für die Bluturteile, sondern seit Brügels Veröffentlichung der Ministerratsprotokolle und namentlich des Protokolls vom 19. September 1911 (Band V, Seite 111) ist kein Zweifel mehr darüber.

In der Verteidigung gegen die Anwürfe Adlers bestritt Hohenburger, irgendwelche Weisungen an die Richter hinausgegeben zu haben und bezeichnete das „als Ammenmärchen“; er fand es auch noch für notwendig, hinzuzufügen: „Das Schlagwort von der Klassenjustiz

Gefühle das im Proletariat auslösen muß, welcher Grimm da noch überdies entstehen muß, nicht allein durch den Hunger, sondern daß diese begleitenden Umstände das ganze Leben vergiften müssen — und das Leben welcher Menschen!

Wir sind auf den Ottakringer Friedhof hinausgegangen, um einen der Gefallenen zu begraben, und ich hätte gewünscht, die Herren der Regierung und einige den hier herrschenden Parteien angehörige Abgeordnete wären mit dabei gewesen. Die „Fürstenrät' und Hofmarschälle mit trübem Stern auf kalter Brust“, denen hätte ich gern das Bild gezeigt, denn, meine Herren, so erschütternd und ans Herz greifend es ist, hinter der Leiche eines Mannes zu gehen, der unschuldig in einem gerechten Kampfe gefallen, den er in diesem Moment gar nicht aktiv geführt hat, sondern der nur gefallen ist, weil unsere Säbel so scharf sind und unsere Gewehre so ausgezeichnet schießen — so herzbrechend das ist, es ist lange nicht das Schlimmste, was Sie da gesehen hätten. Sie wären da eineinviertel Stunden

durch die Straßen von Ottakring

gegangen, zu beiden Seiten des Leichenzuges hätten Sie die ganze Ottakringer Bevölkerung gesehen, die Männer im Zuge, die Alten, die Frauen und die Kinder zu beiden Seiten. Meine Herren! Ich kenne das Elend des Proletariats in Österreich, ich glaube das sagen zu dürfen, in den meisten Gegenden, wo es am schlimmsten

gehört einmal zum eisernen Bestand des sozialdemokratischen Sprachschatzes und muß immer aufmarschieren, sooft von Urteilen die Rede ist, die den Beifall der Herren Sozialdemokraten nicht finden können.“ Aber das Protokoll des Ministerrates vom 19. September 1911 beweist, daß das Schlagwort von der Klassenjustiz doch nicht so unbegründet ist. Dort berichtete Hohenburger „über die Ausschreitungen am 17. September“ und sagte dabei unter anderem:

„Im übrigen wird man die Schwurgerichte möglichst auszuschalten trachten, weil in schwurgerichtlichen Fällen die Durchführung des Strafverfahrens nicht so rasch als sonst geschehen könnte und weil nach Anschauung der Justizverwaltung in Straffällen der jetzt in Betracht kommenden Art eine größere Sicherheit für eine strenge Durchführung der Verhandlung und Erzielung eines entsprechenden Erfolges in der Verwendung rechtsgelehrter Richter zu erblicken ist...

Vom Wiener Landesgericht in Strafsachen kann berechtigterweise erwartet werden, daß es die verwerflichen Ausschreitungen vom 17. September mit entsprechender Strenge behandeln und bei der Ausmessung der Strafen für die schuldig Befundenen auch den Abschreckungszweck nicht aus dem Auge lassen wird.

Es wird übrigens Sache der Justizverwaltung sein, wenn sich wider Erwarten doch in einzelnen Fällen eine unangebrachte Milde geltend machen sollte, die Staatsanwaltschaften anzuweisen, von dem Rechtsmittel der Berufung ausgiebig Gebrauch zu machen.“

Mit Recht bemerkt Brügel dazu, das lasse sich kaum anders deuten, als daß der Justizminister die Weisung an die Gerichte ergehen ließ, mit besonderer Schärfe vorzugehen.

ist; mir sind auch Ottakring und sind die Wiener Proletarienvorstädte nicht fremd, ich lebe seit 25 oder 30 Jahren mitten darin. Mich kann auf diesem Gebiet nichts überraschen, ich kenne es aus dem Augenschein und aus den statistischen Ziffern. Aber ich gestehe Ihnen, ich habe schon lange keinen so schweren Gang gemacht wie damals, wo ich diese Reihen gesehen habe, diese Frauen mit den vergräzten Gesichtern, denen die Tränen heruntergelaufen sind, diese Kinder mit den alten, frühzeitig alten Köpfen, die zu groß sind, mit den mageren Gliedmaßen, diese ganze Bevölkerung, die unterernährt ist, nicht seit heute, sondern seit je, diese Bevölkerung, die in einem sträflich vernachlässigten Zustand ist und die das aushält. Nicht darüber wundern Sie sich, meine Herren, wenn einmal ein Ausbruch passiert, sondern das Wunder, das täglich sich wiederholende Wunder ist, daß diese Massen im ganzen Reiche sertragen und nicht losbrechen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Da habe ich mir gesagt...

In diesem Augenblick wurden von der zweiten Galerie mehrere Schüsse in den Sitzungssaal abgefeuert. Große Erregung im ganzen Hause. Die Sitzung wird unterbrochen. Nach einer Stunde wird die Sitzung wieder fortgesetzt. Dr. Adler schließt nun, durch laute Zwischenrufe der Deutschradikalen unterbrochen, seine Rede mit folgenden Worten:

Hohes Haus! Vor allem, meine Herren, habe ich hier für mich und meine Partei

das tiefe Bedauern

über die Szene und den Zwischenfall auszusprechen, deren Zeugen wir alle waren und durch die meine Rede unterbrochen wurde. (Laute Schluß-Rufe. — Andauernder Lärm.) Wem immer die Schüsse gegolten haben, so waren es Schüsse, die ihr Ziel nicht finden durften und die nicht eingegeben wurden durch Vernunft, sondern vom Wahnsinn. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Neuerlicher großer Lärm.) Ich beglückwünsche das Haus und ich beglückwünsche vor allem diejenigen, die einer Gefahr ausgesetzt waren (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Lärm), wer immer sie sein mögen (Zwischenrufe), ich beglückwünsche sie, daß diese Schüsse kein Unheil angerichtet haben. (Lebhafter Beifall.) Ich habe in meiner Rede Gelegenheit genommen, einen Protest auszusprechen gegen die Gewalt von oben und gegen die Gewalt von unten (Lebhafter Beifall und Händeklatschen) und wir, die wir

den Wahnsinn von oben

nicht billigen und an ihm nicht schuld sind, wir rechtfertigen auch nicht und sind nicht schuld an dem

Wahnsinn, der die Folge davon

ist. Wir sind es hier allein, die frei sind von Verantwortung für solche Verirrungen.

Wir wissen sehr wohl, daß dieser Wahnsinn gegen uns ausgebeutet werden wird; wir wissen sehr wohl, daß die Demagogie von oben Orgien feiern wird und daß man aus den Revolvergeschüssen eines Unzurechnungsfähigen wird Kapital schlagen wollen gegen die Partei, daß man wird Kapital schlagen wollen gegen die Massen und die Millionen der Unglücklichen, aus denen das hervorgeht.

Aber, meine Herren, mögen Sie von der Ministerbank agitieren und mögen Sie sich an die Spitze dieser Demagogie stellen,

wir fürchten Sie nicht.

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich würde wünschen, daß alle in diesem Saal in diesem Moment ein so gutes und reines Gewissen hätten wie wir.

Und nun, meine Herren, lassen Sie mich schließen. Lassen Sie diese Episode, diesen Zwischenfall doch wenigstens nicht die furchtbare Folge haben, daß das Haus abgelenkt wird von dem, was seine Pflicht ist. (Beifall.) Treiben Sie es nicht so weit, daß man die Meinung haben könnte, es sei jeder Vorwand willkommen, der das Haus und die Regierung in den Stand setzt, sich mit andern Dingen zu beschäftigen als mit der Not des Volkes! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) **Darum soll dieser traurige und beklagenswerte Zwischenfall die eine gute Wirkung haben, daß er unsere Verpflichtung, hier alles Notwendige zu tun, um der Not des Volkes Einhalt zu gebieten, in uns lebendig macht.** (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	5
Der Separatismus.	
Nationale Teilung der Gewerkschaftskommission (Gewerkschafts- kongreß 1896)	9
Der Separatismus vor der Internationale (Intern. Kongreß, Kopen- hagen 1910)	11
Kopenhagen und der Gewerkschaftskonflikt („A.-Z.“, 22. September 1910)	17
Der Gewerkschaftskonflikt in Kopenhagen (Versammlung, Favo- riten, 22. September 1910)	20
Ein offenes Wort an die tschechischen Genossen („A.-Z.“, 4. April 1911)	27
Die separatistische Krise („Kampf“, September 1911)	31
Die Gesamtpartei.	
Der Parteitag im Hotel Union („A.-Z.“, 3. Juli 1891)	40
Der Parteitag beim Schwender („A.-Z.“, 3. April 1894)	44
Nationale Organisation der Sozialdemokratie (Parteitag, Prag 1896)	46
Parteorganisation auf Grund der fünften Kurie (Parteitag 1897)	49
Zum ersten deutschösterreichischen Parteitag („A.-Z.“, 29. Mai 1898)	63
Für die Einigkeit (Intern. Kongreß, Paris 1900)	67
Die Partei und die Sprachenverordnungen (Parteitag, Wien 1901)	67
Der Gesamtparteitag in Wien („A.-Z.“, 8. November 1903)	69
Nach dem Gesamtparteitag („A.-Z.“, 14. November 1903)	71
Nationale Reibungsflächen (Parteitag 1905)	73
Der Gesamtverband im Parlament (Parteitag 1907)	76
Glück auf! („Právo Lidu“, 1. Oktober 1907)	78
Zusammenarbeit mit den Tschechen (Versammlung, 31. Jänner 1909)	81
Das Verhältnis zu den Bruderparteien in Österreich (Parteitag, Innsbruck 1911)	82
Das Verhältnis zur Gesamtexekutive (Parteitag 1912)	122
Die nationale Frage.	
Die Nationalitätenfrage und der Brünner Parteitag („A.-Z.“, 19. September 1899)	135
Das Brünner Nationalitätenprogramm (Parteitag, Brünn 1899)	140
Für die Nationen! Wider die nationalistischen Hetzer! (Abgeord- netenhaus, 3. Dezember 1908)	144
Nationale Nomenklatur (Parteitag, Reichenberg 1909)	165
Polen und Ruthenen.	
Zur Mickiewicz-Feier („A.-Z.“, 11. Juli 1890)	170
Die Ruthenendeputation („A.-Z.“, 17. Dezember 1895)	173

	Seite
Der Zerfall Österreichs.	
Die Obstruktion gegen Baden! (Parteitag, Linz 1898)	178
Revolutionäre oder reaktionäre Staatskrise? (Parteitag, Brünn 1899)	192
Auf dem Schindanger der Weltgeschichte (Parteitag, Graz 1900)	202
Grenzen der parlamentarischen Macht (Parteitag, Wien 1901)	214
Politik der Straße — Bedingungen der Obstruktion (Parteitag, Aussig 1902)	219
Das System Körber (Parteitag 1902)	224
Ekel am Staat (Parteitag 1903)	232
Wenn Österreich verfault (Parteitag, Salzburg 1904)	234
Verfassungsrevision (Parteitag, Salzburg 1904)	239
Ungarn.	
Die verratenen Ungarn (Reichskonferenz, 22. September 1905)	254
Das Ende des cäsaristischen Traums (Reichskonferenz, 27. September 1908)	258
Gegen die Vergewaltigung Kroatiens (Parlament, 19. April 1912)	265
Die russische Revolution.	
Der Ausbruch der russischen Revolution (Versammlung, 26. Jänner 1905)	271
Gegen den Zarismus (Parteitag, Reichenberg 1909)	275
Der Kampf um das Parlament.	
Neue Aufgaben („Kampf“, Oktober 1907)	277
Der Besuch in der Hofburg (Parteitag 1907)	282
Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Parlament (Parteitag 1907)	283
Das Standrecht in Prag (Parlament, 15. Dezember 1908)	294
Die Schließung des Parlaments (Versammlung in Favoriten, 8. Februar 1909)	306
Die Verschwörung gegen das Parlament (Niederösterreichischer Landesparteitag, 28. Februar 1909)	312
Die Sprengung des Parlaments (Protestversammlung in Favoriten, 14. Juli 1909)	315
§ 14 und Obstruktion (Parteitag 1913)	328
Die bürgerlichen Parteien.	
Dr. Kronawetter und die Schwenderversammlung im Jahre 1880 („Gl.“, 12. Februar 1887)	336
Die Ethik und die „Neue Freie Presse“ („Deutsche Worte“, 1. Mai 1881)	340
Herr Kooperator Eichhorn („Gl.“, 5. Februar 1887)	342
Der Antisemitismus („Gl.“, 7. Mai 1887)	345
Die eine reaktionäre Masse („Gl.“, 7. Juli 1888)	348
Der Katholikentag („Gl.“, 10. Mai 1889)	352
Eine Selbsttäuschung („A.-Z.“, 14. November 1890)	358
Die Schwenderversammlung („A.-Z.“, 21. November 1890)	361
Zusammenarbeit mit Bürgerlichen (Parteitag 1894)	365
Die Niederlage am 9. März 1897 („A.-Z.“, 10. März 1897)	367
Straßenbahnerstreik (Parteitag 1897)	369
Die Wahlen in der fünften Kurie (Parteitag 1897)	370

	Seite
Klerikalismus und Nationalismus (Parteitag 1897)	372
Luegerei und Wolfpartei (Parteitag 1898)	390
Die deutschradikale Bewegung (Parteitag 1898)	395
Christlicher Sozialismus (Parteitag, Linz 1898)	401
Die Marodeure des Klerikalismus (Budgetdebatte, Landtag, 11. Juli 1901)	405
Nach zwei Fronten (Parteitag, Aussig 1902)	435
Der Zusammenbruch der Schwindelparteien (Parteitag 1902) . . .	439
Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung (Parteitag 1902)	444
 Klassenregierung.	
Parlament und Teuerung (Versammlung, 4. Oktober 1911)	447
Teuerung und Klassenjustiz (Teuerungsantrag am 5. Oktober 1911)	452

Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe

Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozial-
demokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs

IX. Heft:

Victor Adler der Parteimann

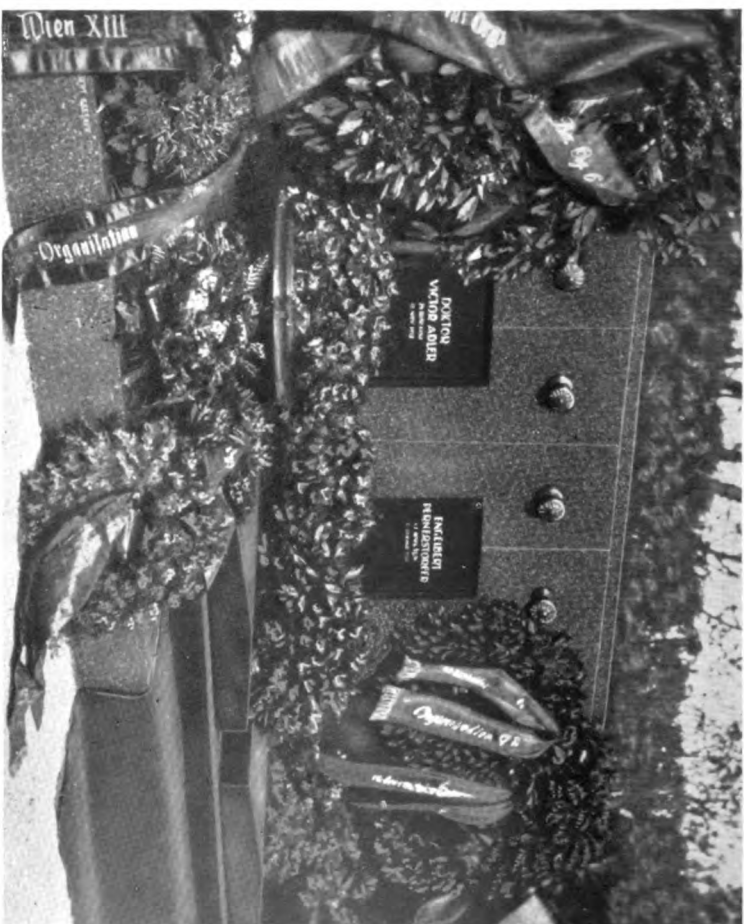
Reden und Aufsätze, gesammelt und in vier Heften
zusammengestellt von Dr. Gustav Pollatschek,
mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer

4. Um Krieg und Frieden

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI





Dr. Victor Adlers Grab im Wiener Zentralfriedhof

VICTOR ADLER DER PARTEIMANN

Reden und Aufsätze,
gesammelt und in vier Heften zusammengestellt
von Dr. Gustav Pollatschek,
mit einer Einleitung von Dr. Otto Bauer

Um Krieg und Frieden

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1929 by Wiener Volksbuchhandlung
F. Skaret-Dr. R. Danneberg
Wien VI, Gumpendorferstraße 18

Vorwort.

Dieser letzte Band der Serie der Adler-Schriften, in denen Adler der Parteimann zu uns spricht, enthält die Anschauungen Adlers über Militarismus und Krieg. Adler hat sich natürlich seine Anschauungen darüber nicht erst im Weltkrieg gebildet. Schon auf dem internationalen Kongreß in Zürich im Jahre 1893, wo die Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall zur Verhandlung stand, hat er das leere Gerede von einem Militärstreik, das von dem anarchistelnden Holländer Domela Nieuwenhuis vorgebracht wurde und auch von anderen als besonders radikal angesehen wurde, bekämpft und, wie er in einer Rede auf dem Parteitag des Jahres 1903 den revolutionären Gehalt, wie des Kapitalismus auch des Militarismus feststellte, der mit der allgemeinen Volksbewaffnung — gleich jenem — seinen eigenen Totengräber selbst erzeugt, so hat er dann auf dem internationalen Parteitag in Stuttgart im Jahre 1907 gegen die verlogenen Anträge eines Hervé, der dann im Weltkrieg zu den ärgsten Kriegshetzern wurde, aber damals die Insurrektion und den Generalstreik der Arbeiter für den Fall des Krieges verlangte, bekämpft.

Als dann Österreich-Ungarn im Jahre 1908 mit der *Annexion Bosniens* die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwor, da hat Adler auf der Konferenz des Internationalen sozialistischen Büros in Brüssel festgestellt, welch gefährliches Spiel Österreich spielte. Und er hat während der ganzen Annexionskrise und vier Jahre später wieder während des Balkankrieges immer wieder gegen die Politik Österreichs auf dem Balkan, die die Gefahr eines Krieges herbeiführt, und ganz besonders energisch gegen jede Intervention Österreichs wie gegen die anderen berühmten Schlagworte, die vom Ballhausplatz ausgegeben wurden, wie die Schlagworte vom „Status quo“, von den „Interessensphären“, von den „Lebensinteressen Österreichs in Albanien“ und gegen die patriotische Lügenkampagne des „Literarischen Büros“ protestiert. Das Kapitel vom *Balkankrieg* bringt nicht nur die Reden auf den Parteitagen, insbesondere auf dem internationalen Friedenskongreß in Basel, sondern ganz besonders auch Adlers flammende Rede „gegen den Krieg und die Kriegshetzer“, die Adler am 28. November 1912 im Parlament gehalten hat.

Von besonderem Interesse sind aber die Reden, die Adler im Weltkrieg gehalten hat, von denen die meisten nicht das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben. Dieser Band bringt uns nun nicht

nur die Reden und Artikel, die — wenn auch verstümmelt — veröffentlicht werden durften, und selbstverständlich auch die von der Kriegszensur gestrichenen Stellen, sondern auch die Reden, die Adler auf vertraulichen Konferenzen gehalten hat, über die entweder gar keine Berichte oder nur ganz kurze, oft von der Kriegszensur ganz verstümmelte Berichte erschienen sind. Es sind das namentlich die Reden, die er in den Besprechungen der Wiener Vertrauensmänner nach Kriegsbeginn im Wiener Parteihaus hielt und die hier unter dem Titel „Um den 4. August“ abgedruckt sind, weil sie sich vor allem um die Abstimmung der deutschen Fraktion für die Kriegskredite drehten; dann auch die Reden auf der Reichskonferenz vom März 1916.

Auf die Auseinandersetzungen über die Stellung der Partei zum Krieg in der ersten Hälfte des Krieges folgt dann der Kampf für den Frieden nach der russischen Revolution, als die Machthaber Deutschlands und auch Österreichs glaubten, ein leichtes Spiel zu haben und Rußland und der Ukraine, dann aber auch Rumänien einen Gewaltfrieden aufzwingen zu können: jene große Friedenskundgebung im Konzerthausaal, jene Antwort an den General Hoffmann im Budgetausschuß des Parlaments und dann jene Reden im Arbeiterrat und im Parlament über den Jännerstreik und über die Friedensziele des Proletariats. Als letzte Rede im alten Österreich ist hier die vom 3. Oktober 1918 wiedergegeben, die Adler in der Begründung des sozialdemokratischen Friedensantrages gehalten hat. Sie ist die Überleitung zu der Rede in der ersten Sitzung der Nationalversammlung vom 21. Oktober, in der er die Erklärung für die Republik verlas. Den Schluß dieses Bandes bildet die Rede, die Adler zwei Tage vor seinem Tod im Staatsrat gehalten hat. Es war seine letzte Rede, und sie galt dem Eintritt Deutschösterreichs in die Deutsche Republik.

Die Proklamation der Republik hat Adler, der mittlerweile vom Staatsrat zum Staatssekretär des Äußern gewählt worden war, nicht erlebt. Denn am 11. November 1918, am Tag vor dem Beschluß, der Österreich als Republik und als Teil des Deutschen Reiches erklärte, ist Adler gestorben.

Wie bei dem vorigen Band müssen wir auch bei diesem wieder auf die Anmerkungen verweisen, die das Verständnis der Reden erleichtern, weil sie nicht nur die Situation schildern, in der jede einzelne Rede gehalten wurde, sondern auch die vielen Anspielungen erklären, die wegen der Zensur ein unentbehrliches Requisit jeder Rede sein mußten.

Diesem Bande sind auch eine Reihe von Beilagen angehängt, die eigentlich zu allen vier Bänden gehören. Es ist das vor allem ein Verzeichnis der Parteitage sowohl der österreichischen und deutschen Sozialdemokratie als der Internationale, das eine Orientierung erleichtern soll, dann aber ganz besonders der Sachindex, der dem Theoretiker, aber nicht minder auch dem Praktiker es ermöglichen soll, sich über Adlers Stellungnahme in jeder

einzelnen Frage der Taktik zu informieren. Es war keine kleine Arbeit, in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit seit Weihnachten, wo mir der Auftrag des Parteivorstandes erteilt wurde, nicht nur das ganze Material zu sammeln und druckfähig zu machen, sondern auch noch einen allen Anforderungen entsprechenden Sachindex herzustellen. Ich muß gerade hier einigermaßen an die Nachsicht der Leser appellieren. Es wäre mir nicht möglich gewesen, diese vier Bände ohne Index hinausgehen zu lassen. Ich halte mich da an den viel zitierten Ausspruch des großen Historikers Thomas Carlyle: Ein Index ohne Buch habe ihm schon mitunter genützt, ein Buch ohne Index nie. Doch wird man sich bei der Benützung des Index an die alte Erfahrung halten müssen, daß den Index nur der mit Nutzen verwenden wird, der den Autor gründlich gelesen hat.

Wien, Mitte Oktober 1928.

Dr. Gustav Pollatschek.

Militarismus und Krieg.

Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall.

Internationaler Kongreß Zürich 1893.

Im Namen der österreichischen Delegation habe ich zu erklären, daß wir für den Antrag der Deutschen stimmen werden*). Wir sind Gegner des Militarismus ebenso gut wie die Holländer, wir sind Revolutionäre ebenso wie die Holländer, und ebenso wie die Holländer haben wir den Wunsch, daß die herrschenden Klassen und die Regierungen wissen, daß hier eine Armee versammelt ist zur Befreiung der Welt von der Herrschaft des Kapitalismus. Aber wir überschätzen nicht unsere Kraft und wir unterschätzen nicht die Intelligenz unserer Gegner. Domela Nieuwenhuis meinte, die Regierungen würden zittern, wenn wir den Antrag der Holländer annehmen. Nicht zittern würden sie, sondern uns auslachen. (Lebhafter Beifall.) Wie Greulich am Fest des Eröffnungstages sagte: Unsere Sache ist unüberwindlich, solange wir den festen Boden der Tatsachen nicht verlassen. Hebt uns auf in die Luft der Phantasie und wir sind verloren. Vernichten kann uns niemand, nur wir selber.

*) Der deutsche Antrag, der in der Kommission angenommen wurde, lautet:

Die Stellung der Arbeiter zum Kriege ist durch den Beschluß des Brüsseler Kongresses über den Militarismus scharf bezeichnet. Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie hat in allen Ländern mit Aufgebot aller Kräfte den chauvinistischen Gelüsten der herrschenden Klasse entgegenzutreten, das Band der Solidarität um die Arbeiter aller Länder immer fester zu schlingen und unablässig auf die Beseitigung des Kapitalismus hinzuwirken, der die Menschheit in zwei feindliche Heerlager teilt und die Völker gegeneinander hetzt. Mit der Aufhebung der Klassenherrschaft verschwindet auch der Krieg. Der Sturz des Kapitalismus ist der Weltfriede.

Dazu stellt für die Belgier Volders den Zusatzantrag:

Die Vertreter der Arbeiterklasse in allen gesetzgebenden Versammlungen sind verpflichtet, die Militärkredite abzulehnen, gegen den Militarismus zu protestieren und für Entwaffnung einzutreten.

(Den in der Resolution angeführten Brüsseler Beschluß siehe bei dem Artikel vom 28. August 1891 „Zum Brüsseler Kongreß“, Band VII, S. 64).

Dem hatten die Holländer eine Resolution gegenübergestellt, die in ihrer letzten Fassung nach einer längeren Begründung erklärt,

Die Meinung der herrschenden Klassen von uns kommt erst in zweiter Linie in Betracht, in erster Linie steht uns, was die Proletarier von uns halten. Fassen wir hier Beschlüsse, von denen wir selber wissen, daß sie undurchführbar sind, so teilen sich unsere Anhänger in zwei Teile. Die Wissenden unter ihnen sagen: Das war ein leichtsinniger Beschluß, er ist in unseren Militärstaaten unausführbar. Auf die Massen, auf die Enthusiasten, halb noch Unklaren, die in Not und Elend leben, aber noch nicht genau wissen, wie es aus der Welt zu schaffen ist, würde unser Beschluß wie eine Verleitung, wie eine falsche Vorspiegelung wirken. (Lebhafte Zustimmung.) Wir zeigen ihnen einen Weg, der nicht gangbar ist. Wir würden — Domela Nieuwenhuis möge es mir verzeihen — ein Verbrechen verüben an der Masse der Proletarier, weil wir sie glauben machen wollen, der Weg, den die Resolution der Holländer weist, lasse sich mit Erfolg betreten. Wenn wir, ein sozialistischer Kongreß, nur eine Gesellschaft von Leuten darstellten, die bloß fromme Wünsche aussprechen, dann wird man fernerhin weder in Europa, soweit es herrscht, noch in Europa, soweit es unterdrückt ist, irgendwelchen Wert auf unsere Beratungen legen. (Lebhafter Beifall.) Nicht Ratschläge wollen wir geben, die wir selber nicht befolgen würden. Es ist ja leicht, solche Vorschläge zu machen, wenn man in keinem Militärstaat lebt, wie die Holländer. Es würde mich auch nicht wundern, wenn die Schweizer für die holländische Resolution eintreten würden, aber das sind zu vernünftige Leute dazu. (Große Heiterkeit.) Domela Nieuwenhuis hat uns Chauvinismus vorgeworfen den Russen gegenüber. Nun, wenn wir Rußland nicht den Weg öffnen wollen, der über die Leiber der polnischen Märtyrer führt, wenn wir ihm nicht das halbe sozialistische Europa ausliefern wollen, so weiß ein jeder, daß wir nicht das russische Volk unter Rußland verstehen, das Volk, das dem internationalen Sozialismus

daß die sozialistischen Arbeiter der in Betracht kommenden Länder eine Kriegserklärung seitens der Regierungen mit der Dienstverweigerung der Militärpflichtigen der Reserve (Militärstreik), durch einen allgemeinen Streik, besonders in all den Industriezweigen, welche auf den Krieg Bezug haben, und durch einen Appell an die Frauen, ihre Männer und Söhne zurückzuhalten, beantworten sollen.

In der Abstimmung stimmten für den Antrag der Holländer, den Nieuwenhuis begründet hatte, nur Australien, Holland, Frankreich und Norwegen, alle andern vierzehn Nationen dagegen. Dieselben vierzehn Nationen nahmen dann, bei Stimmenenthaltung der andern, die deutsche Resolution mit dem belgischen Zusatz an.

Über Nieuwenhuis siehe Näheres in der Fußnote bei dem Artikel vom 1. August 1893 „Zum Züricher Kongreß II“. Caprivi, den Nieuwenhuis in seinem Zwischenruf erwähnt, war der deutsche Reichskanzler, der auf Bismarck folgte.

Siehe übrigens auch die beiden Artikel „Zum Züricher Kongreß“ im Abschnitt über „Internationale Taktik“.

Der Züricher Kongreß fand vom 6. bis 12. August 1893 statt.

manches zu danken hat, sondern den Zarismus. Und in jedem Lande — auch bei uns in Österreich — haben wir Zarismus genug. Wir wollen dem Zarismus die Wege nicht ebnen, und Holland wird mit seinem Standpunkt isoliert bleiben. Wenn wir, die wir im Mittelpunkt der europäischen Politik und auf dem Schlachtfeld, wo der Kampf zwischen Ausgebeuteten und Unterdrückern zur Entscheidung gelangen wird, stehen, wenn wir die russische Barbarei bekämpfen, so meinen wir damit den blutbefleckten Zarismus! (Lebhafter Beifall.) (Nieuwenhuis: Er spricht wie Caprivi!) Es freut mich, wenn Caprivi so spricht! (Stürmische Heiterkeit.) Mögen Sie (zu den Holländern gewendet) uns als die schlechteren Revolutionäre ansehen; wenn es Zeit ist, wenn die Entscheidung kommt, wird es sich finden, wo die sind, die zu handeln wissen und zu handeln stets gewußt haben, und wo die sind, die zu reden wissen und zu reden gewußt haben. (Langer, lebhafter Beifall.)

Militarismus und Demokratie.

Debatte über die parlamentarische Tätigkeit. —
Parteitag 1903.

Wir müssen dem Genossen Winarsky*) alle dankbar sein, daß er jetzt so versöhnlich und so vernünftig gesprochen und den Grad seiner Anklage von gestern gemäßigt hat. Es ist doch ein Unterschied zwischen den Akzenten, wie wir sie gestern gehört haben, und wie er heute gegen die Fraktion gesprochen hat. Gestern haben Winarsky und seine Freunde das Vorgehen der Fraktion als einen schweren prinzipiellen Verstoß dargestellt, heute haben sie sich begnügt, festzustellen, daß es denn doch zweifelhaft bleibe, ob das Vorgehen der Fraktion das einzig mögliche gewesen sei oder ob nicht außer dieser Methode vielleicht noch eine andere möglich gewesen wäre. Ich wünsche gar nicht, daß der Parteitag den Erfolg habe, Winarsky zu einer bedingungslosen Anerkennung der

*) Leopold Winarsky, der Vertreter des Bezirkes Wien III, der nachmalige Reichsratsabgeordnete und Wiener Gemeinderat (gestorben im Krieg) hatte in der Debatte über den parlamentarischen Bericht die Fraktion wegen ihres Verhaltens zu der Wehrvorlage angegriffen und gemeint, im Februar wäre sogar eine Obstruktion dagegen möglich gewesen, wie im ungarischen Parlament. In der Vorlage war eine Erhöhung des jährlichen Rekrutenkontingents von 103.000 auf 125.000 verlangt. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, diese Erhöhung in den zweiten Paragraphen zu verschieben, in § 1 aber die zweijährige Dienstzeit statt der damals geltenden dreijährigen festzulegen. Das hatte Winarsky als Paktieren erklärt. Später hatte er erklärt, er wolle der Fraktion das Vertrauen nicht versagen, sie habe aber einen Fehler begangen.

Nebenbei sei bemerkt, daß Adler damals dem Parlament noch nicht angehörte, in das er erst Ende 1905 nach dem Rücktritt von Josef Hannich von der Reichenberger fünften Kurie entsendet wurde. Den parlamentarischen Bericht erstattete Abgeordneter Josef Hannich.

Tätigkeit der Fraktion zu bekehren. Es würde ja unsern Parteitagen das allerbeste fehlen, wenn wir nicht immer Leute hätten, die eine Diskussion hervorrufen. Mit einer Fraktion, die vollständig einwandfrei wäre, wäre ja vielleicht dem Proletariat gedient, aber dem Parteitag gar nicht. (Heiterkeit.)

Auf die Sache selbst möchte ich nicht gerne eingehen, weil mir die zehn Minuten im Nacken sitzen und auch das Mittagessen. (Heiterkeit.) Aber ich muß doch einige Worte darüber sagen. Ich glaube, es wäre sehr nützlich, wenn einmal ein österreichischer Parteitag über den Militarismus eine prinzipielle Debatte führen würde. (Beifall.) Es scheint mir sowohl auf „prinzipieller“ als auf — opportunistisch möchte ich nicht sagen — sagen wir auf vernünftigerer Seite (Heiterkeit) eine gewisse Verwirrung in bezug auf die Grundauffassung unserer Programmpunkte, die den Militarismus zum Gegenstand haben, zu bestehen. Das hat sich gestern bei Winarsky gezeigt. Ich nehme Winarsky nicht zur Zielscheibe meiner Angriffe, sondern nur als Prototyp des Parteigenossen, der sich bemüht, nachzudenken, aber nichts findet als Prinzipien, während es sich in der Politik auch darum handelt, Tatsachen zu finden. (Heiterkeit und Beifall.) Winarsky hat nun gestern aus dem Programm einige Sätze über den Militarismus vorgelesen und gesagt: Das sind die nächsten Forderungen unseres Programms! Ganz richtig, es steht im aktuellen Teil des Programms. Aber Winarsky hat dabei vergessen, daß wir nicht nur nächste Forderungen haben, und zwar zu jedem Programmpunkt, sondern auch noch allernächste Forderungen. Bei jedem Punkt unseres Programms haben wir neben den nächsten Forderungen unseres Minimalprogramms noch allernächste Forderungen, die die Schritte, die Etappen darstellen zu diesen nächsten, in absehbarer Zeit erreichbaren Zielen. Das ist das eine.

Das zweite ist, daß man den Begriff der allgemeinen Volksbewaffnung im Gegensatz zum Militarismus, wie mir scheint, nicht überall grundsätzlich und den Tatsachen entsprechend versteht. Ich stelle mich als einen Ketzer vor gegenüber vielen Dingen, die hier gesagt worden sind. Ich würde unter Umständen sofort dafür stimmen, jeden Mann, der die Waffen tragen kann, auf ein Jahr zum Militär zu assentieren. Ich würde für die einjährige Dienstzeit ein volles Kontingent aller waffenfähigen Leute ohne weiteres eintauschen — bei einer Demokratisierung des Heeres. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen der proletarischen Auffassung über den Militarismus und der bürgerlichen Militärfeindschaft und Friedensmeierei gibt, daß wir nicht für die Abrüstung in diesem friedensmeierischen Sinne, sondern für die Bewaffnung des Volkes im proletarischen Sinne sind, und daß jeder Schritt, der sich dem nähert, für uns, in unserem revolutionären Sinne, ein Erfolg ist. Das sage ich nicht nur als Sozialdemokrat, sondern auch von einem andern Standpunkt aus.

Das sage ich aus dem hygienischen und aus dem erzieherischen Bedürfnis des Volkes heraus. Sie werden mir sagen — wir haben ja eine Menge Zugführer, Feldwebel bei uns — der hat leicht reden. Er hat nie gedient, weiß nicht, wie die Dinge sind. Ja, leider war ich untauglich, was soll ich da machen? (Heiterkeit.) Aber das weiß ich aus meiner Erfahrung, daß die Arbeiter, die gedient haben, bei uns und in Deutschland auch für unseren Kampf die tüchtigsten, besten und brauchbarsten sind. Das weiß ich, daß der Militarismus auch heute in seiner karikierten, niederträchtigen Form, wo er die Leute auf das äußerste drangsallert, noch immer, weil die ganze außermilitärische Erziehung eine noch schlechtere, noch mangelhaftere, ja vielfach gar nicht vorhanden ist, also selbst in dieser niederträchtigen Form ein gewisses Surrogat bietet, das für uns nützlich ist. Wenn im deutschen Reichstag einmal konstatiert wurde, ohne die Sozialdemokraten hätte die deutsche Armee keine Unteroffiziere, so können wir vielleicht sagen: Ohne Militärdienst in der deutschen Armee haben wir keine Unteroffiziere oder doch nicht so taugliche, wie wir sie haben. Das klingt sehr ketzerisch, ist es aber nicht, und um das im einzelnen zu begründen, würde ich viel mehr Zeit brauchen, als mir zur Verfügung steht.

Ich muß zunächst sagen, daß ich nicht die Absicht hatte, hier eine prinzipielle Debatte über den Militarismus zu eröffnen, sondern daß ich ausdrücklich sagte, es wäre wünschenswert, wenn auf dem nächsten Parteitag eine solche prinzipielle Debatte abgeführt würde. Nur um Ihnen das plausibel zu machen, habe ich jene Äußerung gemacht, die, wie ich vorausgewußt habe, vielen von Ihnen als eine Ketzerei erscheinen wird, während sie nach meiner Überzeugung durchaus keine Ketzerei ist, sondern im Gegenteil mit unsern Grundanschauungen und insbesondere mit der Marx-Engels'schen Anschauung identisch ist. Ich möchte Sie nur auf das eine aufmerksam machen. So wie wir im Kapitalismus die Tendenz sehen, nach dem Ausdruck des Kommunistischen Manifests, im Proletariat seine eigenen Totengräber zu erziehen, geradeso muß der Militarismus aus seiner eigenen Logik heraus seine eigenen Totengräber erziehen. Aus dieser seiner Logik und aus seinen eigenen Bedürfnissen heraus ist er geneigt, immer größere Volkskreise zu bewaffnen. Der Kapitalismus führt nicht nur zur Vertrustung und wirtschaftlichen Anarchie, sondern er organisiert auch in seinen Fabriken die Proletarier zu einer Armee. Auch der Militarismus nimmt die Volkskraft in Anspruch für die militärische Ausrüstung, für die kolossalen Kanonen, Kriegsschiffe. Aber es sind nicht nur die immer mehr wachsenden Kosten des Militarismus, an denen er zuletzt zugrunde geht, sondern er leistet uns in gewissem Sinne denselben Dienst wie der Kapitalismus. Sie werden mir sagen: Vergißt du denn die Greuel des Militarismus, vergißt du die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz, vergißt du den geisttötenden Drill, der heute in der Armee herrscht? Nein, das alles vergesse ich nicht. So wenig, wie ich, wenn ich an die Fortentwicklung des Kapitalismus denke, den stetig wachsenden Grad der wirtschaftlichen Aus-

beutung der Arbeiterklasse vergesse. Wenn ich aber sage: Jeder Schritt, der uns einer Volksbewaffnung näherbringt, zugleich mit einer Demokratisierung der Armee, liegt in unserem Interesse: dann bin ich mir bewußt, daß ich anknüpfe an die besten und ältesten Traditionen unserer Partei, direkt an Marx und Engels. Sie finden keine Stelle in Marx und Engels, wo der ewige Friede im bürgerlichen Sinne gepriesen wird. Sie finden keine Stelle, insbesondere gegen die Volksbewaffnung, wohl aber hunderte Stellen und ganze Plädoyers für die Ausbreitung der Volksbewaffnung. Sie finden gerade in Engels in jener Broschüre aus den sechziger Jahren, die schon dem Genossen Winarsky Unannehmlichkeiten bereitet hat, nicht nur ein taktisches Programm für die Partei, das durchaus nicht veraltet ist, weil wir uns noch heute danach richten können, sondern sie finden dort auch eine ausführliche Darlegung, wie es direkt im revolutionären Interesse liegt, die großen Massen mit Gewehren zu versehen — damit ich das ganz banal ausdrücke.

Aber ich glaube, ich könnte diesen Gegenstand verlassen und mich damit begnügen, daß ich einigen Genossen große Kopfschmerzen bereitet habe. Genosse Rudolf Beer*) — nicht zu verwechseln mit dem Genossen Heinrich Beer, der auch radikal, aber im allgemeinen vernünftiger ist (Heiterkeit) — Rudolf Beer, der wie immer auf einem furchtbar radikalen Standpunkt gestanden ist, wird gewiß finden, daß ich nicht nur ein arger Opportunist, sondern — man weiß es nicht — am Ende gar ein Revisionist bin. (Heiterkeit.) Aber das schadet nicht. Ich glaube, man sollte diese und ähnliche Fragen wirklich einmal von einem andern Standpunkt ansehen als von jenem der Militärfeindschaft, die gar nichts spezifisch Sozialdemokratisches ist, die wir gemein haben mit der ganzen bürgerlichen Demokratie. Das bloße Deklamieren gegen den Militarismus ist nicht sozialdemokratisch. Sozialdemokratisch ist, den Militarismus verstehen und im Militarismus den revolutionären Gehalt erkennen, so wie uns, wenn wir gemeinsam mit den Kleinbürgern gegen den Kapitalismus reden, von diesen das unterscheidet, daß wir den Kapitalismus nicht nur bekämpfen, sondern ihn auch verstehen und aus ihm seinen revolutionären Gehalt zu entnehmen wissen. Jeder Schritt, der dazu führt, die Dienstzeit abzukürzen, die Gamaschenknopfmethode, die Kavaliersherrschaft in unserer Armee und vor allem die Brutalitäten in unserer Armee zu untergraben, aus der Armee ein volkstümliches Institut zu machen, ist tatsächlich ein Schritt mehr nicht zur Miliz allein, sondern zur Erreichung aller unserer Forderungen.

Ob die Parteigenossen im Reichsrat diesen Antrag in der einzig richtigen Form gefaßt haben, wie einer meint, oder ob sie auch eine andere Form hätten finden können, wie Winarsky meint, ist darum gleichgültig. Sie sind auf dem richtigen Weg, wenn sie in

*) Heinrich Beer war Redakteur des „Metallarbeiters“, von 1897 bis 1901 Abgeordneter von Brüx, sein Bruder Rudolf Beer Vertreter des Wiener Bezirkes Brigittenau.

dem Moment, wo der Militarismus mit neuen Forderungen herantritt, unsere Forderungen geltend machen. Ich möchte mich entschieden dagegen verwahren, daß das irgend etwas mit der Kompensationspolitik zu tun hat, die Volksrechte für Kanonen nehmen will — denn ich habe in der Mittagspause auch davon reden hören. Nicht Volksrechte für Kanonen! sagen wir, sondern: Wenn du mehr Soldaten willst, dann auf kürzere Zeit und Reformen, die nützlich sind für die ganze Kulturentwicklung*).

Berichtigung.

Ich wäre berechtigt, in Form einer tatsächlichen Berichtigung eine zweistündige Rede zu halten, da ich als Revisionist und gar als Oberrevisionist**) bezeichnet wurde. Gegen eine solche Behauptung kann man in weniger als zwei Stunden schwer operieren. (Heiterkeit.) Es ist mir aber vollständig gleichgültig, wenn diejenigen, die im Revisionismus vernünftige Dinge finden, jede vernünftige Äußerung sich als revisionistisch aneignen möchten. Weniger gleichgültig ist mir, daß man mir sagte, ich hätte Konfusion gestiftet und nichts zur Klärung beigetragen. Ich gestehe, ich bin nicht hergekommen, um die Frage des Militarismus aufzuwerfen. Das ist meine tatsächliche Berichtigung. (Heiterkeit.) Ich hielt es nur für notwendig, zu zeigen, daß hier tiefere Probleme liegen, als man zu erörtern beliebt hat. Das soll auf dem nächsten Parteitag gründlich besprochen werden. Nur gegen Nießner und Czech möchte ich mich wehren, als hätte ich dem Militarismus besonders erzieherische Wirkungen beigemessen. Ich berichtige tatsächlich (Heiterkeit), daß mir das nicht eingefallen ist. Wohl aber habe ich nicht dem Militarismus, aber der Dienstpflicht, selbst in der heutigen verwerflichen und empörenden Gestalt, gewisse Vorteile nicht abgesprochen. Das halte ich allerdings aufrecht und das stimmt mit der Erfahrung der Genossen überein. Auch dagegen verwahre ich mich, daß man eine Ähnlichkeit mit den „Kanonen gegen Volksrechte“ herausfindet, wie ich in der Pause auch hören mußte. Ich trete dem entgegen, daß man aus meinen Ausführungen ableite, daß nicht mehr jeder Mann und jeder Groschen verweigert werden soll. Auch ich würde das in einer derartigen Stellung unbedingt tun und auch energisch wirken, daß überhaupt so wenig Männer und Groschen als möglich bewilligt werden. Das hat die Fraktion getan. (Beifall.)

*) Der zweite Teil der Rede behandelt die Unzufriedenheit mit dem Staat und ist daher in das Kapitel, das vom Zerfall Österreichs handelt, aufgenommen.

**) Hueber hatte mit Hinblick auf Adlers Ausführungen über den Militarismus gemeint: „Wir alle, die wir hier sitzen, sind vom Kopf bis zur Sohle Revisionisten“ und Pernerstorfer hatte darauf von Adler als einem Oberrevisionisten gesprochen. In dem Referat über den Amsterdamer Internationalen Kongreß kam dann Adler auf diese Episode zurück und meinte, man könne ihn mit demselben Recht einen Orthodoxen oder Oberorthodoxen nennen.

Militarismus und internationale Konflikte.

Internationaler Kongreß, Stuttgart 1907*).

Kommission.

Die österreichischen Genossen sind mit dem meisten einverstanden, was Vandervelde gesagt hat, sowohl in der Sache als im Rhythmus. Trotzdem muß ich mit einer Polemik gegen Vandervelde beginnen. Er hat behauptet, Hervés Agitation habe doch den Nutzen gehabt, daß sie ein Gegengewicht gegen den Chauvinismus geschaffen habe. Ich mische mich nicht gern in auswärtige Angelegenheiten; aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß Guesde und Vaillant schon in den achtziger und neunziger Jahren gegen die Revanchepolitik protestiert haben, wo das doch viel gefährlicher war als heute. Solche Exzesse, wie sie Hervé begeht, fehlen in keinem Lande. Wenn Vandervelde Gelüste nach solchen Leuten hat und Belgien welche braucht, wir sind gern bereit, einige davon nach Belgien zu exportieren. Wir brauchen sie nicht. Die Frage liegt auch gar nicht zwischen Hervé und uns andern, die Frage liegt zwischen der französischen Art, den antimilitaristischen Charakter des Sozialismus auszudrücken, und der deutschen Art, diesen Gedanken auszudrücken. Hervé ist für uns

*) Der Internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart fand vom 18. bis 28. August 1907 im großen Saal der „Liederhalle“ statt. Am Eröffnungstag fand nachmittags auch auf dem „Cannstätter Wasen“ ein Riesenmeeting statt, auf dem von sechs Tribünen zu sechzigtausend Menschen, die von weit und breit herbeigeströmt waren, die Führer der Internationale sprachen. Auch Adler sprach von einer dieser Tribünen.

Der Kongreß hatte als ersten Punkt auf der Tagesordnung den Punkt: „Der Militarismus und die internationalen Konflikte.“ Der Kommission, die diesen Punkt zu beraten hatte, lagen vier Resolutionen vor, über deren Inhalt Vandervelde sagte, daß Hervé den Aufstand und den Militärstreik gegen den Krieg fordere, Guesde jede besondere Aktion gegen den Militarismus verwerfe und ihn als bloße Teilerscheinung des Kapitalismus betrachte, zwischen welchen Extremen als mittlere Linie eine Resolution Vaillant-Bebel stehe.

In der Kommission wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der es zum Schlusse heißt:

„Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, so ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Mitteln dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

eine Art Baronin Suttner*). (Heiterkeit.) Der sozialistische Antimilitarismus geht hervor aus dem Verständnis des politischen und ökonomischen Prozesses überhaupt, und zweitens aus der internationalen Solidarität des Proletariats selbst. Er beschränkt sich nicht auf einen bestimmten Akt in einem bestimmten Moment, sondern er ist ein integrierender Bestandteil der großen proletarischen Bewegung. Wir brauchen nicht auf die Stunde der Kriegserklärung zu warten, um gegen den Krieg zu arbeiten. Alle unsere Handlungen, unsere Parteiarbeit dient dazu, den Krieg zu verhindern, und das ist wahre antimilitaristische Aktion. Wir brauchen dazu keine besonderen Worte. Vielleicht sind unsere Worte nicht so heftig. Da können wir die Konkurrenz nicht aufnehmen; aber das erklären wir Ihnen: daß unser Handeln in Österreich wie in Deutschland nicht nur international sozialistisch, sondern auch antimilitaristisch und gegen den Krieg gerichtet ist. Bebel hatte es nicht nötig, sich von Hervé oder irgendeinem andern eine Lektion gefallen zu lassen. Er ist so ziemlich der einzige hier, der in einem kritischen Moment für einen antimilitaristischen Protest hat büßen müssen**). Jaurès hat gesagt, wir sollten mehr tun als bisher, wir sollten zur parlamentarischen Aktion auch die außerparlamentarische fügen. Wir in Österreich sind in der umgekehrten Lage. Wir fangen da erst an, zur außerparlamentarischen die parlamentarische Aktion zu fügen, und so sehr ich die parlamentarische Tüchtigkeit der deutschen Genossen bewundere, so muß ich sagen: Wenn die Kraft der deutschen Sozialdemokratie allein auf die

Im Plenum wurde diese Resolution von Vandervelde begründet. Dessen französische Rede wurde von Adler übersetzt. In die Übersetzung fügte Adler seine eigene Rede ein. Dann wurde die Resolution, die in der Kommission einstimmig beschlossen worden war, vom Kongreß ohne Debatte — wobei nur Hervé in einer längeren Rede zur Geschäftsordnung protestierte — ebenfalls einstimmig angenommen. Hervé selbst ist auf den Tisch gestiegen und hat zum Zeichen seiner Zustimmung beide Hände hochgehoben.

Hervé, der auf dem Kongreß fanatisch für den Streik gegen den Krieg eintrat — wer am Kongreß teilgenommen hat, wird sich erinnern, wie er während seiner Rede auf der Tribüne hin- und herlief und dabei lebhaft gestikulierend, laut immer wieder sein „Insurrection! — grève generale!“ (Aufstand! — Generalstreik!) hinausschrie. Im Jahre 1906 hatte er in Paris zur Propagierung seiner Ansichten eine Zeitung „La guerre sociale“ (Der soziale Krieg) gegründet, die er im Kriege, wo er einer der ärgsten Kriegshetzer wurde, in „La Victoire“ (Der Sieg) umbtaufte.

Siehe übrigens auch den Artikel vom 25. August 1907 „Der Triumph der Internationale“ im Abschnitt vom Aufbau der Internationale.

*) Bertha v. Suttner, die Propagatorin der Friedensidee. Bekannt ist ihr Roman „Die Waffen nieder!“, der im Jahre 1889 erschienen ist. Sie bekam 1905 den Nobel-Friedenspreis. Kurz vor dem Weltkrieg, am 21. Juni 1914 ist sie in Wien gestorben.

**) August Bebel wurde mit Wilhelm Liebknecht zusammen am 26. März 1872 vom Leipziger Schwurgericht wegen Hochverrat zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, die sie auf Schloß Hubertusburg verbüßten. Der

Heldentaten der Fraktion gestellt wäre, so wären wir verdammt arme Teufel. Wir legen das größte Gewicht auf das, was wir heute tun, und sehr geringes Gewicht darauf, was wir in einem Falle tun werden, dessen Umstände wir noch nicht berechnen können. Das Wort „*si vis pacem, para bellum*“ hat heute eine andere Bedeutung gewonnen, als die herrschenden Klassen ahnen. Indem sie den Krieg vorbereiten, bereiten sie tatsächlich den Frieden vor. Denn der kapitalistische Militarismus hat seine eigene Dialektik in den Knochen. Und in dem Maße, in dem sich der Militarismus erweitert, in dem die Bewaffnung sich durch allerlei technische Hilfsmittel vervollkommenet, die man auch nicht mehr von der Leipziger- oder Wilhelmstraße lenken kann, sondern die durch Proletarierfäuste und Proletarierhirne gehandhabt werden in dem Maße, wie Proletarier in die Armee eindringen, entwickelt der Militarismus auf dialektischem Wege Dinge, von denen die Herren sich nichts träumen lassen, oder von denen sie sich vielleicht doch etwas träumen lassen. Denn Jaurès hat ganz richtig gesagt, daß die Herren im Haag*) in der Tat von einer gewissen Angst beherrscht zu sein scheinen. Wir können sie auch nicht für so verblendet halten, daß sie die große welthistorische Lektion schon vergessen hätten, die die russische Revolution ihnen gegeben hat. So blind sind sie doch nicht, daß sie nicht sehen, daß der russisch-japanische Krieg, wenn auch nicht die Ursache, so doch der Anlaß der Revolution war. Ich weiß nicht, daß die russischen Revolutionäre vorher auf einem Kongreß die Insurrektion beschlossen hatten. Wir tun jedenfalls gut, nicht zu sagen, was wir nicht wissen, dafür aber das auszusprechen, was wir wissen.

Wir wünschen mit der größten Bestimmtheit in der Resolution auszusprechen, daß der Kongreß die wichtigste Aufgabe darin sieht, die Proletarier mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß der Krieg ein Attentat auf ihre Existenz und daß er mit allen Mitteln abzuwehren

Hochverrat wurde in dem sogenannten **Braunschweiger Manifest** erblickt, in dem „Manifest an die deutschen Arbeiter“, das der sozialdemokratische Parteiausschuß in Braunschweig noch während des Krieges mit Frankreich, aber nach der Besiegung Napoleons, am 5. September 1870 herausgab, worin die deutschen Arbeiter aufgefordert wurden, dahin zu wirken, daß Frankreich ein ehrenvoller Friede gesichert werde.

Es ist notwendig, hieß es in dem Manifest, sogleich an allen Orten möglichst große Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik zu veranstalten. Mit Bebel und Liebknecht wurden übrigens auch die andern Ausschußmitglieder auf Grund des Belagerungszustandes verhaftet und in Lötzen in Ostpreußen interniert. Die andern wurden aber nur zu kleineren Strafen verurteilt. Nur Bebel, Liebknecht und Hepner wurden wegen Hochverrat geklagt, Hepner aber freigesprochen.

*) Vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907, also gerade während des Kongresses, tagte im Haag (in Holland) die zweite Friedenskonferenz, die ergebnislos über einen Weltschiedsvertrag verhandelte. Sie war von fast allen Regierungen beschickt. Die erste Friedenskonferenz im Jahre 1899 war auf Anregung des russischen Zaren Nikolaus II. zusammengetreten.

ist. Wir wünschen, daß die Waffen der Abwehr so stark wie möglich seien, und wenn die Deutschen sagen, daß diese Resolution eine Waffe für später ist, so werden wir es ihnen glauben. Aber ich stehe doch nicht uneingeschränkt auf dem Standpunkt Vollmars. Wir dürfen uns in der Resolution ebensowenig negativ wie positiv festlegen. So haben wir Österreicher es mit dem Generalstreik gehalten. Wir haben gesagt, wir sind keine Freunde des Generalstreiks. Aber wir haben anderseits gesagt, daß wir keinen Anlaß hätten, dieses Mittel auszuschließen. Wir haben die Pflicht, die gesamten Kräfte des Proletariats in einer Form zu konzentrieren, die in jedem Lande und in jedem Moment nötig ist. Wir neigen der Resolution Bebel zu, denn das steht in der Resolution Bebel für jeden, der lesen kann. Ich halte es nicht für nötig, daß wir sie so lesen, wie Vollmar sie gelesen hat. (Jaurès: Nein, mit einer andern Brille! Heiterkeit!) Ich habe auch gute Brillen zum Lesen. Ich begreife es, daß die französischen Genossen, die es wirklich nicht leicht haben, eine antimilitaristische Propaganda zu machen, wünschen, daß die deutschen Genossen hinter ihnen nicht zurückbleiben, weil das ihre Position erschweren würde. Aber ich muß als Freund der Deutschen erklären, daß man ihnen unrecht tut, wenn man annimmt, daß sie bei ihren Argumentationen gewisse Paragraphen des Strafgesetzbuches in den Vordergrund stellen. Die deutschen Genossen haben in einer Woche mehr politische Verfolgungen zu erdulden als die französischen, österreichischen und belgischen Genossen zusammen. Die Furcht ist es also nicht. Aber wir Deutschen haben eine Eigentümlichkeit. Wir wollen lieber nichts tun als reden. Das zu viel Reden und zu wenig Handeln ist uns eine unsympathische Methode. Wir Deutsche haben keinen Sinn für eine dekorative Politik. (Vaillant: Wir auch nicht!) Sie, Genosse Vaillant, sind in Ihrer Denkweise ein halber Deutscher, aber Sie sind doch vielfach gezwungen, in Ihrer Landessprache zu reden. (Heiterkeit.) Gestatten Sie also, daß wir auch in unserem nüchternen Deutsch reden.

Der Redner verweist dann auf die ständige Kriegsgefahr zwischen Österreich und Italien, den beiden Freunden, die sich durch Stacheldrähte und Kanonen ihre Liebe beweisen, und auf die Zusammenkunft der italienischen und österreichischen Genossen vor drei Jahren, als es galt, gegen den drohenden Krieg zu demonstrieren*). Ich kann nun nicht sagen, ob wir nächstens wieder so zusammenkommen, ob wir bei einem Kriege protestieren oder streiken werden. Das sind unbekannte Dinge, die ich nicht weiß. Ich weiß nur, daß wir und daß jedes Volk in einem solchen Moment alles tun wird, was es tun kann, um den Krieg zu verhindern. Das wichtigste ist das tägliche Erziehungswerk am Proletariat, das wichtigste, sein Bewußtsein so zu entwickeln, daß ein Krieg unmöglich wird. Die Resolution muß mit einem Wort sagen, was das Proletariat schon heute will und tun kann. (Lebhafter Beifall.)

*) Diese Konferenz hat vom 19. bis zum 23. Mai 1905 in Triest stattgefunden.

Im Plenum.

So sind wir denn zu der Ansicht gekommen, daß der Kampf des sozialistischen Proletariats gegen den Militarismus und den Krieg in Wahrheit unbegrenzte Möglichkeiten hat (Lebhafte Zustimmung) und daß keiner voraussehen kann, welche dieser Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden wird. Unsere Pflicht aber ist es, und das wird in dieser Resolution vorgeschrieben, durch die Erziehung des Proletariats diese Möglichkeiten immer mehr zur Wirklichkeit werden zu lassen. Dabei nimmt die allererste Stelle auch ein die Erziehung der Jugend zum Sozialismus und zur Empfindung der Solidarität aller Völker, der Klassensolidarität des Proletariats. Wenn die Jugend in diesem Geiste erfüllt wird, und in fast allen Ländern sind dafür in den verschiedensten Formen Ansätze vorhanden, wenn die sozialistische Erziehung so mit der Jugend das ganze Volk erfaßt, dann wird auch die Zeit kommen, wo dem kämpfenden Proletariat nicht mehr werden entgegengestellt werden können Proletarier, die selbst die Bajonette gegen ihre eigenen Brüder tragen. (Lebhafter Beifall.) Die Herrschenden sind nicht blind gegen diese Entwicklung. Sie spüren ganz gut, daß aus der Bewegung des Proletariats heraus ihnen ein mächtiger Feind entsteht. Sie fühlen ganz gut, daß die Kriege für die nicht gut ausschlagen, die sie führen. Sie wissen, daß der Krieg von 1870 für Frankreich nicht allein die bürgerliche Republik, sondern auch die Kommune, daß der Burenkrieg den Sturz der konservativen Regierung in England zur Folge gehabt hat und mit ein Hebel war für das Erwachen der Arbeiterklasse und für ihre selbständige politische Vertretung im Parlament. Und am schlimmsten ist der Krieg ausgeschlagen für den russischen Zarismus, der als Antwort auf den Krieg die Revolution bekommen hat, die seine Existenz gefährdet hat, ja, hoffentlich seine Beseitigung bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

Erlauben Sie mir, sagt Adler weiter, hinzuzufügen, daß die Regierungen im Haag, von denen man ja hier nur mit Ehrfurcht sprechen darf (Große Heiterkeit) — ich bin an Ehrfurcht aber ja gewöhnt*) (Erneute Heiterkeit) —, so schwach ihre Kräfte sind, um zu etwas Positivem zu gelangen, zweifellos als Triebfeder für diesen Versuch, den sie machen, nicht die Liebe zum Frieden haben, sondern die Furcht vor den Folgen des Krieges. Und zwar wissen die Leute im Haag, daß die eigentliche Friedenskonferenz, die den Frieden bereitet und auch die Macht darstellt, den Frieden auf Erden herzustellen, weil er das Lebensinteresse des Proletariats ist, daß diese eigentliche Friedenskonferenz nicht im Haag, sondern hier in Stuttgart tagt. Genau so viel Friedensbedürfnis, als wir den Herrschenden einzublauen vermögen, werden sie bekunden. (Lebhaftes Sehr richtig!)

*) Der § 63 des österreichischen Strafgesetzes bestraft Verletzung der schuldigen Ehrfurcht vor dem Kaiser als Verbrechen der Majestätsbeleidigung mit schwerem Kerker.

Siehe übrigens Adlers Rede vom 7. Dezember 1911 unter dem Titel „Ehrfurcht vor der Kriegspartei“.

Die Annexionskrise.

Das Verbrechen der Annexion.

Internationale Konferenz in Brüssel
am 12. Oktober 1908.

Adler (Österreich) findet die Situation im Gegensatz zu Rubanowitsch und den anderen Rednern durchaus klar: Das Büro ist sich darüber einig, daß die Labour Party zuzulassen ist. Der Streit geht nur darum, aus welchen Gründen das geschehen soll. Es mag uns genügen, daß die Labour Party sich allen bürgerlichen Parteien entgegenstellt und sich praktisch auf den Boden des Klassenkampfes stellt. Mag sie das nicht machen, wie wir es wollen, so haben wir doch allen Grund, diese längst ersehnte Entwicklung mit Genugtuung zu begrüßen. Adler erklärt sich schließlich für die Resolution Kautsky*).

Adler erklärt, daß die Vertreter Österreichs und der Tschechen für die Resolution Vaillant sind. Die von uns erwarteten Erklärungen und Proteste haben unsere Vertreter in den Delegationen abgegeben. Dasselbe wird im Reichsrat geschehen, wo wir

*) Die Konferenz des Internationalen sozialistischen Büros war einberufen worden, um zur Kriegsgefahr Stellung zu nehmen, die durch die am 5. Oktober 1908 erfolgte Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich-Ungarn, mit der zugleich Bulgarien als unabhängiges Königreich erklärt wurde, heraufbeschworen worden war. Zuerst mußte aber noch die Frage der Einverleibung der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) in die Internationale geregelt werden. Rubanowitsch, von dem hier die Rede ist, ist mit Lenin der Vertreter der beiden russischen Sektionen.

Kautsky beantragte, die englische Arbeiterpartei (Labour Party) zu den internationalen sozialistischen Kongressen zuzulassen, weil sie, ohne ausdrücklich den proletarischen Klassenkampf anzuerkennen, ihn doch tatsächlich führt...; während Rubanowitsch sich dagegen wendete, da die Arbeiterpartei den Klassenkampf nicht anerkenne und auch keine sozialistische Partei ist... Dieser Ansicht war auch Lenin, der vorschlug, zu erklären, daß die Arbeiterpartei „auf dem Wege zum Klassenkampf“ sei. Der Antrag Kautskys wurde unverändert angenommen.

Die Resolution Vaillant stellte die Komplote der Regierungen gegen den Frieden fest und forderte die sozialistischen Parteien auf, mit dem Internationalen Büro die Mittel und praktischen Maßregeln zu suchen, die je nach den jeweiligen besonderen Umständen am geeignetsten wären, den Frieden zu sichern.

die Regierung zur Verantwortung ziehen werden. Schwieriger ist unsere Aufgabe hier im Internationalen Büro; wir reden hier zu allen Regierungen. Wir Österreicher haben keinen Beruf, die Politik Franz Josefs zu machen; aber ebensowenig die Politik Abdul Hamids*), der englischen oder der serbischen Regierung. Alles, was wir tun können, ist, u n s e r e Regierung verantwortlich zu machen für die Situation, die sie heraufbeschworen hat. Was die serbische Bewegung betrifft, so sollten wir dahin wirken, daß sich die dortigen Genossen nicht von der Bewegung hinreißen lassen, was zu Verfehlungen und Mißverständnissen führen könnte. Belassen wir es bei der Resolution Vaillant, zumal eine spezielle Resolution falsch interpretiert werden würde. Adler beantragt dann das Amendement über den Balkankonflikt, das feststellt, „daß in den letzten Tagen durch die Unabhängigkeits-erklärung Bulgariens und insbesondere die Annexion Bosniens die Gefahr einer Störung des Friedens verschärft und nähergerückt ist“.

Adler: Wir können nicht die Aufgabe und den Ehrgeiz haben, die Zukunft zu prophezeien und Fragen zu lösen, die zu lösen wir nicht die Macht haben. Unsere Position ist gewiß eine völlig andere gegenüber Bulgarien und eine andere gegenüber der Annexion Bosniens. Adler beruft sich auf die Erklärung der österreichischen Genossen in den Delegationen, die ausdrücklich das Recht jedes Volkes auf seine politische und nationale Selbständigkeit anerkennt. Auf dem Balkan wird gekämpft nicht allein um die U n a b h ä n g i g k e i t, sondern um die V o r h e r r s c h a f t der einzelnen Völker. Es ist schwer, eine Formel für all die vielen Völkerstämme am Balkan zu finden. Wir können nur jeder in seinem Staate dafür eintreten, daß die wirtschaftliche und nationale Entwicklung jener Völker vor sich geht, ohne daß der Friede darunter leidet. Auf Hyndmans Anfrage können wir nur antworten: Wir werden in den Delegationen und im Parlament unsern Standpunkt klar feststellen. Im übrigen werden wir mindestens so viel zu tun versuchen, als unsere englischen Genossen anläßlich der Annexion von Ägypten oder Cypern getan haben. Die Engländer ihrerseits sollen dafür sorgen, daß die englische Regierung auf dem Balkan keine Intrigen spinnt. Was Bosnien betrifft, so ist heute schon klar, daß in Österreich kein Volk wirklichen Nutzen von der Annexion hat. Die Räumung des Sandschaks Novibazar beweist jedoch, daß Österreich nicht nach Salonich marschiert. Die Annexion Bosniens wird aber das Regime der Jungtürken schwächen und die Konterrevolution befördern und das ist zunächst die schlimmste Seite der Sache. Mehr noch freilich wird das jungtürkische Prestige durch die Unabhängigkeit Bulgariens bedroht, die wir an sich als durchaus berechtigt anerkennen. Mit der Annexion Bosniens werden Österreich-Ungarn sozialpolitische Pflichten erwachsen, auf deren Erfüllung wir, wie schon bisher, energisch dringen werden.

*) Der türkische Sultan.

Adler erklärt sich gegen den Vorschlag von Van Kol, in die Resolution einen Passus über die Zerreißung des Berliner Vertrages und deren Folgen aufzunehmen, weil die Erhaltung der Integrität des Berliner Vertrages keine Sorge des sozialistischen Büros sei.

Van Kol zog darauf seinen Vorschlag zurück. Die Resolution Vailant wurde dann mit dem Zusatz Adler angenommen.

Friedenskundgebung im Abgeordnetenhaus.

Der Friedensantrag vom 26. März 1909*).

Wenn wir zu so später Stunde, in einem Moment, wo das Haus seine Arbeiten beschließen will, Ihnen diesen Antrag noch vorlegen, so geschieht das, weil wir glauben, daß das Haus die Pflicht hat, nicht auseinanderzugehen, ohne eine

Kundgebung seines Willens

in der Lebensfrage zu beschließen, in der heute für uns, für die Völker und für den Staat alles auf dem Spiele steht. Wir glauben, es ist ausgeschlossen, daß das Parlament auseinandergehe, ohne daß die Vertreter des Volkes aussprechen, was das Volk selbst über die Gefahr des Krieges empfindet, was das Volk selbst

*) Knappe zwei Wochen — vom 10. bis zum 26. März — hatte das Parlament getagt und sollte wieder in die Osterferien gehen, gerade im Augenblick der größten Kriegsgefahr. Am 2. März hatten die Mächte einen gemeinsamen Schritt in Belgrad unternommen und am 10. März hatte die serbische Regierung ausweichend erklärt, auf jede kriegerische Maßnahme zu verzichten, aber am 13. März hatte sie das zweite und dritte Aufgebot zu den Waffen gerufen. Doch die Wiener Regierung war ungehalten, daß Serbien die ausdrückliche Anerkennung der Annexion vermieð, und verstärkte ihre militärischen Maßnahmen. Rußland verlangte eine Konferenz der Signatarmächte zur Entscheidung über die Zulässigkeit der Annexion, was Österreich ablehnte. Österreich plante ein Ultimatum, worauf der französische Botschafter in Wien Crozier erklärte, daß Frankreich das verbündete Rußland nicht im Stiche lassen werde. Darauf entschied der österreichische Kronrat, das Ultimatum fallen zu lassen. Franz Ferdinand begründete das im Kronrat damit, daß es zwar gelockt habe, die serbische Frage auf militärischem Weg ein für allemal oder wenigstens für fünfundzwanzig Jahre zu lösen, daß er aber den damit verbundenen endgültigen Bruch mit Rußland vermeiden wolle. Am 19. März übergab Aehrenthal auf Grund von Verhandlungen dem englischen Botschafter Cartwright den Entwurf einer Erklärung, mit deren Abgabe durch die serbische Regierung er befriedigt wäre. Eine Woche war seither vergangen, ohne daß England geantwortet hatte. Am 20. März hatte die deutsche Regierung — ähnlich wie Crozier in Wien — in Petersburg erklärt, daß der Ernstfall Deutschland mit allen Kräften an der Seite des Verbündeten sehen werde; sie gab Iswolski den dringenden Rat, auf die Konferenz zu verzichten, wenn Österreich seine Verhandlungen mit der Türkei beendet hätte und bei den Mächten auf die Anerkennung der

in dieser Sache will. Wir stehen nunmehr seit Monaten vor einer schweren Gefahr, und wenn wir jede Gelegenheit benützt haben, um die Stimme unserer Partei hier im Hause zu erheben und zu erklären, daß

das arbeitende Volk in Österreich den Frieden will,

so scheint uns das allein heute nicht mehr zu genügen, sondern wir wünschen — und ich glaube, es muß auch Ihr Wunsch sein — unseren Willen zum Frieden feierlich zu bekunden.

Die Kriegsgefahr scheint heute verringert; wir wollen nicht, in diesem Moment nicht, untersuchen, welches die Ursachen, welches die Urheber dieser Kriegsgefahr sind, die nicht nur über unseren Völkern, sondern über ganz Europa durch Monate schwebte und leider immer wieder auftauchen kann. Die Zeit wird kommen, wo sich die Verantwortlichen zu verantworten und Rede zu stehen haben werden. Heute wollen wir feststellen, daß das Volk, daß diejenigen, auf deren Rücken alle Kriege ausgetragen werden; daß diejenigen, deren Blut alles bezahlt, deren Blut das ganze Prestige der Dynastien, den ganzen Ruhm aller Staatsmänner bezahlt, daß die breiten Massen der Bevölkerung einig sind in dem Rufe:

Wir wollen keinen Krieg,

wir wollen Frieden, wir wollen weder einen großen Krieg, einen Weltkrieg, einen Krieg mit drei Fronten, wir wollen aber auch keinen kleinen Krieg (lebhafter Beifall und Händeklatschen), wir

Annexion ansuchen werde, und der deutsche Botschafter Graf P o u r t a l è s war beauftragt, ein klares Ja oder Nein zu fordern, da jede ausweichende, verklausulierte oder unklare Antwort als Ablehnung betrachtet würde, in welchem Falle sich Deutschland zurückziehen und den Dingen ihren Lauf lassen würde.

Unter dem Drucke dieses „Ultimatums“ erklärte Iswolski, ohne sich mit den Regierungen von Frankreich und England in Verbindung zu setzen, am 23. März, ohne Vorbehalte seine formelle Zustimmung erteilen zu wollen.

Aber, noch hatte England nicht geantwortet und am 26. März erbat Aehrenthal die Antwort bis zum 28. und tatsächlich erklärte Cartwright an diesem Tage, daß die Mächte Serbien seinem Schicksal überlassen würden, wenn es die verlangte Erklärung nicht abgebe. (Am 31. März hat Serbien endlich die Erklärung abgeben müssen, seine feindselige Haltung gegen Österreich-Ungarn aufzugeben und mit ihm auf dem Fuß guter Nachbarschaft zu leben.)

In dieser unheilschwangeren Situation wollte Bienenrath das Parlament nach Hause schicken. Es sollte nicht stören, wenn Österreich zu den Waffen griffe.

Deshalb brachten die Sozialdemokraten folgenden Dringlichkeitsantrag ein:

„Die Regierung wird aufgefordert, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung voll auszuüben, um sie zu veranlassen, ihre Bemühungen um die Erhaltung des Friedens auch weiterhin energisch und andauernd fortzusetzen.“

Diesen Antrag begründete Dr. Adler.

wollen aber auch keinen lokalisierten Krieg! Und gerade heute, wo wir zu unserer Freude konstatieren können, daß das Schlimmste überwunden zu sein scheint, daß die größte Gefahr vorbei ist; gerade heute, wo wir feststellen können, daß diejenigen, die für unsere äußere Politik verantwortlich sind, unsere Staatsmänner, die Kriegsgefahr für beseitigt erklären können, ohne dem etwas zu vergeben, was sie das Ansehen des Staates nennen; heute erheben wir mit doppelter Eindringlichkeit unsere warnende Stimme, darüber nicht hinauszugehen; erheben wir unsere Stimme, weil wir den Chor der andern hören, weil wir den Chor der mehr oder minder offiziellen Presse täglich hören (Sehr richtig!), deren kriegslüsterne Artikel in Widerspruch zu der Sprache stehen, die unser Auswärtiges Amt offiziell führt. (Zustimmung.)

Wir zweifeln nicht und wollen in diesem Moment nicht daran zweifeln, daß unser Auswärtiges Amt den Krieg nicht gewollt hat, was immer es auch sonst gewollt haben mag; wir wollen es in diesem Moment nicht anzweifeln; aber da wollen wir auch die Beruhigung haben und wollen es klar aussprechen, daß wir uns zu keinem Kriege verlocken lassen, daß wir in die Falle Rußlands nicht hinterher noch gehen werden (lebhafter Beifall und Händeklatschen), das zwar nicht imstande ist, einen Weltkrieg zu entzünden, aber sehr gern uns einen Aderlaß durch einen lokalisierten Krieg beibringen möchte. Wir wollen diesen Aderlaß nicht, weil das Blut, das dabei vergossen wird, das

edelste Blut der Jugend

ist, das Blut des Proletariats, des industriellen Proletariats, des landwirtschaftlichen Proletariats, des Bauern, des Bürgers, das Blut aller unserer Völker. (Beifall.) Wir wollen uns auch nicht verlocken lassen durch Polizeiberichte, wie sie unlängst zu lesen waren, die vielleicht geeignet sind, Staatsanwälten Anlaß zu mehr oder minder glücklichen Hochverratsprozessen zu geben (lebhafter Beifall), so wenig wie Spitzelberichte irgendeiner Art Anlaß geben können zum Brudermord und Blutvergießen. (Lebhafter Beifall.) Wir verlangen und wollen nicht, daß sich unser Reich, von dem wir wohl wissen, daß es stark genug ist gegenüber dem kleinen Serbien, einschüchtern lasse, denn es wäre töricht, sich durch ohnmächtige Drohungen einschüchtern zu lassen. Aber wenn wir stark genug sind, uns nicht einschüchtern zu lassen, so müssen wir auch stark genug sein, uns nicht provozieren zu lassen (Beifall), und wenn der Wahnsinn in Serbien, der Wahnsinn der Kriegspartei, dieser verantwortungslosen, dieser gewissenlosen Menschen, drüben noch tobt — Österreich-Ungarn ist stark genug, um ihn toben zu lassen. Und an dieser Stelle will ich es aussprechen, daß es in Serbien nicht bloß verantwortungslose, wahnsinnige Chauvinisten gibt, sondern daß es

jenseits der serbischen Grenze auch eine Friedenspartei gibt

(Sehr richtig!), eine Friedenspartei, die Opfer bringt für den Frieden: die Sozialdemokratie (lebhafter Beifall und Händeklatschen)

klatschen), die Vertreter des serbischen Proletariats, die serbischen Sozialdemokraten, die ihr Volk so lieben und darum für den Frieden sind, so wie wir hier Sozialdemokraten aller Nationen unser Volk lieben und darum für den Frieden sind! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Und gestatten Sie, daß ich hier aus dem Parlament, wo Vertreter des internationalen Proletariats in Österreich sitzen, einen Gruß hinübersende in die serbische Skupschtina an einen Mann (stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen), den einzigen, der den Mut hat, sich der ganzen Meute entgegenzustellen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir haben vor einigen Augenblicken eine Rede gehört, die, anstatt unserm Antrag nachzufolgen, unserm Antrag vorhergegangen ist: die Rede des Herrn Abgeordneten Drexel*), der die Debatte über den Handelsvertrag dazu benützt hat, um der Sozialdemokratie ausführliche Vorlesungen über äußere und innere Politik zu halten. (Heiterkeit.) Ich würde an diesen Lesefrüchten ruhig vorbeigehen, ich würde mich darauf gar nicht einlassen, wenn nicht darin ein Wort enthalten wäre, das geradezu eine Antwort erzwingt. Der Herr Abgeordnete Drexel hat — und das hat mich sehr gefreut — für den Frieden gesprochen. Wir sind ganz der Ansicht, daß er darin recht hat, und ich würde nur wünschen, daß die Presse seiner Partei denselben Standpunkt einnehmen würde. (Sehr richtig!) Heute früh haben wir in der „Reichspost“ lesen können — ich würde kein Wort daran wenden, wenn wir nicht die Rede des Herrn Drexel gehört hätten —, daß es sich empfehlen würde, wenn Österreich die Dynastie in Serbien, die verfault, korrupt und sonst noch etwas ist, beseitigen würde. Ich habe selbstverständlich nichts gegen die Beseitigung von verfaulten und korrupten Dynastien (lebhaftes Heiterkeit), aber ich bin nur der Ansicht, daß die Beseitigung verfallener und korrupter Dynastien von jedem Volke in eigener Regie erledigt werden sollte (lebhaftes Heiterkeit); ich bin der Ansicht, daß man solche Dinge nicht zum Ausgangspunkt internationaler Erwägungen und Verwicklungen machen darf (Beifall). Ich bin der Ansicht, daß diese Theorie eine sehr gefährliche ist, denn sie könnte uns vielleicht in manche Kriege verwickeln. Ich weiß es nicht, ich bin hier nicht berufen, die Aufmerksamkeit auf andere Länder zu richten (Heiterkeit); aber ich meine, wenn jemand gerade wünschte, einen Krieg mit Rußland zu empfehlen, so würde er aus dieser Argumentation einigen Nutzen ziehen können. (Beifall.) Aber das alles ist nicht wichtig; wichtig ist die Stimmung, aus der diese Dinge heraus geschehen, und es besteht heute tatsächlich die Gefahr, daß diese Stimmung,

man müsse mit Serbien aufräumen

und Ordnung machen, zu Verwicklungen führen kann. Wir sind der Ansicht, daß das Ministerium des Äußern bis jetzt, soviel man

*) Drexel, wie der später genannte Dr. Ebenhoch sind Christlichsoziale, Drexel aus Vorarlberg, Ebenhoch aus Oberösterreich.

davon sehen konnte, wenigstens seitdem es die Annexion vollzogen hat, für den Frieden tätig war, und es wäre auch sehr merkwürdig, wenn man, nachdem man annektiert hat, den Wunsch hätte, außerdem noch Krieg zu führen (Heiterkeit). Saturierte führen ja keinen Krieg; aber gerade jetzt, wo die Wendung eingetreten ist, gerade in diesem Moment, wo es scheint, daß sich Europa, England und Rußland mit eingeschlossen, endlich mit den Tatsachen befreundet, die es gegenwärtig nicht ändern kann, erheben sich Stimmen in Österreich, die unser Auswärtiges Amt, falls es diese Stimmen für Volksstimme nähme, verführen könnten, eine weniger friedliche, eine aggressive Haltung einzunehmen. Darum erklären wir hier: Wir sind überzeugt, wir wissen, daß wir im Namen des Volkes sprechen, daß wir nicht nur im Namen unserer Partei, nicht nur im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, sondern daß wir im Namen aller Parteien, aller Wähler sprechen, wenn wir sagen:

Wir wollen den Frieden!

Das Land und die Völker haben jetzt schon schwere Opfer gebracht. Man hat sie nicht gefragt, ob sie diese Opfer bringen wollen. Es sind schon jetzt Hunderte von Millionen ausgegeben, es stehen Hunderttausende an den Grenzen. Diese Opfer können nur eine Entschuldigung finden, wenn sie für den Frieden gebracht worden sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Aber die Völker würden den Gedanken nicht fassen können, daß diese Opfer für den Krieg gebracht werden sollen. Wir glauben hier im Namen aller Parteien zu sprechen; noch mehr, unsere Resolution ist gegen keine Partei gerichtet. Unserer Regierung sagen wir aber: Wenn sie auf dem Wege des Friedens bleiben will, so möge ihr der Beschluß des Hauses eine Kräftigung, eine Ermutigung sein. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn sie diesen Weg verläßt, dann allerdings würde er ihr eine ernste Mahnung, eine ernstliche Warnung sein. In diesem Sinne wünschen wir, daß das Haus in der letzten Minute seines Beisammenseins seinen Willen kundgibt und wir bitten Sie, unsern Antrag anzunehmen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Schlufrede*).

Die Regierung hat ebenso wie bei früheren Anlässen auch heute wieder ihre Friedensliebe hervorgehoben. Diese Betonung des

*) Nachdem Bienerth seine „aufrichtige Friedensliebe“ betont, aber erklärt hatte, daß die Langmut Österreichs doch ihre natürliche Grenze finden müsse, stellte Ebenhoch folgende Zusatzanträge zum Antrag Adler:

... unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß dadurch das Ansehen und die Interessen der Monarchie nicht beeinträchtigt werden,

... wobei wir unsern braven Soldaten, welche den schweren Dienst an der Grenze versehen, die wärmsten Sympathien zum Ausdruck bringen.

Standpunktes der Regierung würde uns noch mehr befriedigen, wenn nicht in jeder derartigen Regierungserklärung das Wörtchen Langmut vorkommen würde. Ich beziehtige weder das Auswärtige Amt noch die Regierung des Verbrechens der Friedensstörung, ich glaube jedoch, daß sich die Regierung mindestens im gegenwärtigen Moment

uneingeschränkter zur Friedensliebe

bekennen könnte. Den Sozialdemokraten handelt es sich nicht wie dem Abgeordneten Dr. Ebenhoch um eine akademische, poetisch verklärte Apotheose des Friedens im allgemeinen, sondern um die ganz nüchterne, prosaische, aber blutigernste Feststellung, daß wir nicht wünschen, daß unsere Soldaten zu Krüppeln geschossen werden (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten), und zwar nicht im allgemeinen und für alle Zukunft, sondern

heute, jetzt, in diesem Falle

wollen wir den Frieden. (Erneuter lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Der vom Abgeordneten Dr. Ebenhoch gestellte Zusatzantrag, der verlangt, daß die Regierung ihre Friedensbemühungen fortsetzen möge, soweit dies mit der Ehre und Würde des Staates vereinbar sei, enthält nur, wie dies auch Dr. Ebenhoch zugeben mußte, eine Selbstverständlichkeit; und weil diese Feststellung selbstverständlich ist, darum ist es schädlich, sie auszusprechen, denn die Worte: Ehre und Würde des Staates und der Völker haben in dem Munde verschiedener Menschen eine verschiedene Bedeutung. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Da die Sozialdemokraten befürchten müssen, daß gerade im konkreten Falle gewisse Abweichungen in der Ansicht über diese Worte bestehen könnten, werden sie gegen den ersten Teil des Zusatzantrages des Dr. Ebenhoch stimmen. Es hat noch keinen blutigen Krieg und noch keinen Eroberungskrieg gegeben, der nicht angeblich im Namen der Ehre und Würde irgendeines Vaterlandes geführt worden wäre. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Der Kroatte Bianchini erklärte, daß die Kroaten mit ganzem Herzen für den Dringlichkeitsantrag stimmen werden. Dann wurden Kunschak und Adler zu Generalrednern gewählt. Kunschak verzichtete auf das Wort.

Nach der Schlußrede Adlers wurde die Dringlichkeit des Antrages einstimmig beschlossen, ebenso auch der Antrag selbst. Den den Friedenswillen abschwächenden christlichsozialen Zusatzantrag lehnten die Sozialdemokraten natürlich ab. Er wurde nur mit Mehrheit beschlossen. Der weitere Zusatzantrag, den Soldaten die wärmsten Sympathien auszusprechen, wurde einstimmig beschlossen.

Die Sozialdemokraten werden jedoch für den zweiten Teil des Antrages Ebenhoch stimmen. Die Zehntausende von Proletarier- und Bauernsöhnen, die bereits draußen sind, sind Fleisch von unserem Fleische und Blut von unserem Blute; sie sind nicht für den Krieg verantwortlich, sondern in vielen Fällen heute schon die Opfer des Krieges. Wir wünschen diesen Soldaten, daß sie die ihnen auferlegten Opfer ertragen können, daß diese Opfer nach Möglichkeit abgekürzt werden und sind bereit, mit Ihnen, Herr Dr. Ebenhoch, diesen Soldaten unsern Gruß zu entbieten (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) und ihnen zu sagen: **Ja, ihr Brüder, heute müßt ihr noch für die Politik der Großen und Mächtigen euer Leben, eure Gesundheit zum Opfer bieten; aber die Zeit kommt, wo man nicht mehr opfern wird für eingebildete Ehre, für eingebildetes Prestige, für Eitelkeiten, für Profite; die Zeit wird kommen, wo wir alle nur Opfer bringen und brüderlich zusammenstehen werden für die Ehre des Volkes, für die wahre Ehre, für die wahre Zukunft und seine Entwicklung.** (Lebhafter anhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Äußere Politik und Rüstungen.

Referat, Parteitag Reichenberg 1909*).

Die Sozialdemokratie in Österreich hat bisher verhältnismäßig wenig Anlaß gehabt, sich mit der Frage der auswärtigen Politik zu beschäftigen; wenig Anlaß, weil sie mit den Fragen der inneren Politik genug zu tun hatte, und dann auch darum, weil Österreich eine Schonzeit gehabt hat. Unsere Diplomaten und Staatsmänner haben eine Zeitlang unser Land mit ihrer Politik verschont, und wir haben so gut wie keine auswärtige Politik gehabt. Diese ruhigen Zeiten sind nun jäh unterbrochen worden. Wir haben — und Sie erinnern sich gewiß alle daran — eine Zeit furchtbarster Aufregung

*) Als der Parteitag am 19. September 1909 in Reichenberg zusammentrat, war das Verhältnis zu Serbien wieder sehr unfreundlich geworden. Als Serbien seine Erklärung hatte abgeben müssen, mit Österreich Frieden zu halten, hatte sogar ein Teil der serbischen Intellektuellen sich darauf einzurichten versucht, in ein besseres Verhältnis zu Österreich zu kommen. Der serbische Außenminister Milovanovic hatte bei einem Besuch in Wien wegen der Möglichkeit einer Ausdehnung Serbiens nach Südwesten gegen das Zugeständnis einer Militärkonvention sondiert und Aehrenthal hatte ihm auch Versicherungen wegen eines neuen Handelsvertrages gegeben. Aber die magyarischen Großgrundbesitzer verhinderten nicht nur jede Annäherung, sondern sogar jedes wirtschaftliche Entgegenkommen. Um die Konkurrenz der serbischen Schweineeinfuhr zu verhindern, mußte Österreich-Ungarn schon im April einen neuen Zollkrieg gegen Serbien eröffnen. So vollzog sich innerhalb der Monarchie eine Annäherung zwischen Serben und Kroaten, die einander sonst feindlich gegenübergestanden hatten, und in Serbien wurde die nationalistisch-irredentistische Partei gestärkt. Serbien und Rußland näherten sich Italien.

und ernsthaftester Besorgnis hinter uns, jene Zeit, wo jeder Mensch in Österreich gezittert hat und zittern mußte vor dem Gedanken, daß unsere jungen Leute auf das Schlachtfeld geführt werden, um zu bluten für eine Sache, die sie wahrhaftig nichts angeht; die Zeit, wo man vor einer Ungeheuerlichkeit, die zu denken noch vor kurzem unmöglich war, zittern mußte, die Zeit größter Kriegsgefahr. Heute ist die äußere Politik in Österreich eine ernste und sehr aktuelle Sache geworden. Freilich ist es schwer, über auswärtige Politik in Österreich zu sprechen, weil sich für den Österreicher zuerst die Frage aufwirft: „Wo fängt sie an?“ Wir müssen uns eigentlich erst fragen: „Wo fängt für den Österreicher das Ausland an?“ Das Ausland fängt für uns eigentlich bei der Leitha*) an, und dieser Teil unserer auswärtigen Politik, unser Verhältnis zu Ungarn, ist der Gegenstand der schwersten Sorgen und Gegenstand einer Verwirrung, die ja bis heute noch nicht gelöst ist. Also, wenn wir von auswärtiger Politik sprechen, so müssen wir notgedrungen von jener Politik reden, die für Österreich-Ungarn gemacht wird, ohne daß die Völker Österreichs etwas dazu zu sagen haben, die gemacht wird ohne sie; ja man darf beinahe sagen: gegen sie. Wir haben seit Jahresfrist einen Aufschwung des österreichischen Patriotismus zu verzeichnen, einen Aufschwung des österreichischen Machtbewußtseins, einen Aufschwung des Wunsches nach „Prestige“. Wir erleben in allen Schichten mit Ausnahme der großen Massen eine Renaissance des Radetzkymarsches. Sie wissen, daß der Entschluß des Baron Aehrenthal (Zwischenruf: Graß Aehrenthal) — als er sich entschlossen hatte, war er noch Baron**) —, daß also der Entschluß, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren, der Ausgangspunkt jener furchtbaren Krise war, die uns vor die Kriegsgefahr gestellt hat, zugleich aber der Ausgangspunkt einer Stimmungsmacherei, herbeigeführt durch zahllose offiziöse Federn, einer Stimmungsmacherei, die den Österreicher hineintreiben sollte in eine Begeisterung für die Machtpolitik, für eine ausgreifende Weltpolitik Österreichs. Wir haben Bosnien annektiert und sind dadurch in einen Konflikt gekommen nicht nur mit dem kleinen Serbien, sondern auch mit halb Europa und sind hart vor dem Krieg gestanden. Wir haben unsere Position auf dem Balkan unten völlig unsicher gemacht, insofern unser wirtschaftlicher Verkehr in Betracht kommt. Wir haben praktisch eigentlich

*) Die Leitha war der Grenzfluß zwischen Österreich und Ungarn. Österreich-Ungarn war zwar ein staatsrechtliches Ganzes, aber Ungarn war nach der österreichischen Verfassung bereits Ausland. Österreich hatte bis gegen Ende des Krieges keinen eigenen Namen, es hieß: die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder.

Der „Radetzky-Marsch“ wurde von den Kriegshetzern gesungen. Er ist übrigens von Johann Strauß (Vater) komponiert.

**) Am 17. August 1909 wurde Freiherr Lexa v. Aehrenthal wegen seiner „der Monarchie geleisteten ausgezeichneten Dienste“ in den Grafenstand erhoben.

nichts getan, als den alten Besitz, der früher O k k u p a t i o n hieß, nunmehr A n n e x i o n zu nennen. Wir haben Hunderte von Millionen geopfert für die Mobilisierung, wir haben das Vielfache davon geopfert dadurch, daß unsere ganze Wirtschaft zerrüttet wurde Und nun fragen wir: W a s h a b e n w i r d a v o n ? Warum ist das alles geschehen? Darauf gibt es keine vernünftige Antwort. Denn die Tatsache, daß überall der Kapitalismus zum Imperialismus führt, überall der Imperialismus zu einer Kolonialpolitik in allen ihren Formen, diese Tatsache bewirkt nicht logisch, daß auch Österreich-Ungarn zu einer imperialistischen Politik übergehen mußte. Denn Österreich-Ungarn ist ein Staat ganz besonderer Art, und wenn der Imperialismus für andere Staaten ein Verbrechen des Kapitalismus ist, so ist er in Österreich nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine Absurdität, eine Lächerlichkeit. Ein Staat, der nicht imstande war, sich bis heute auch nur fest zu konstituieren; ein Staat, der bis heute nicht in der Lage war, eine feste Grundlage für das Zusammenleben seiner Völker zu finden, ein solcher Staat hat es wirklich nicht notwendig, nach außen zu greifen.

Was haben wir politisch von der Annexion? Politisch ist die Annexion nichts anderes als eine staatsrechtliche Verlegenheit mehr für Österreich-Ungarn. Man hat Bosnien genommen, aber man weiß noch nicht, in welche Tasche man es stecken kann und darf. Es ist sehr leicht, daß die Herrschergewalt des Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn erstreckt wird über Bosnien und die Herzegowina. Dazu gehört nur das Papier des Amtsblattes. Aber die Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina in das Reichsganze, das ist ein Akt, der sich nicht nur auf dem Papier vollziehen kann, sondern der die allergrößten Schwierigkeiten für unsere innere Politik heute schon macht und in Zukunft noch unendlich mehr machen wird. Wenn der Imperialismus für andere Länder eine Folgeerscheinung der Entwicklung des Kapitalismus ist, so ist dies für uns ein Raubzug, ein Raubzug einer Gewalt, die sich übermäßig entwickelt, deren Kraftfülle so groß ist, daß sie ausgreifen muß. Was aber haben wir Österreicher von diesem Aufstreben des Kapitalismus? Haben wir hier eine wirtschaftliche Entwicklung, die die Kraft hätte, wirklich imperialistische Politik zu treiben? Der Imperialismus ist in Österreich ein Verbrechen wie anderswo, aber in Österreich ein Verbrechen mit untauglichen Mitteln. Wo die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt wird auf Schritt und Tritt, wir, die wir nicht vorwärtskommen, die nicht einmal ihren Kapitalismus in die Höhe treiben können, der bei uns verkümmert und nur seine ausbeuterischen Kräfte zeigt, aber nicht diejenigen, die die Zukunft bereiten, wir sind auch wirtschaftlich nicht berufen, imperialistische und Kolonialpolitik zu treiben.

Und ein Drittes. Wenn man Imperialismus treibt und hinausgreift ins Ausland, so tut man es in allen andern Staaten, weil man einen Absatz für seine Industrie sucht. In Österreich aber wird in demselben Moment, in dem man den Balkan durch die Annexion besetzt und die Machtsphäre über den Balkan ausdehnen will, e i n e

Handelspolitik gemacht, die jede Erweiterung dieser Machtsphäre unterbindet, und die unmittelbare und weitere Folge unserer lächerlichen Nachäffung des Imperialismus war, daß wir den türkischen Boykott auf uns nehmen mußten, der unsere Industrie so schwer getroffen hat, daß sie dahinsiecht, schwer getroffen gerade durch diese auswärtige Politik. Und wenn man fragt: „Wozu war bei uns die Annexion?“ dann mögen die Tausende und Zehntausende von Textilarbeitern Antwort geben, die infolge der Annexion nicht nur für den Moment ihre Arbeit verloren haben, sondern denen die ganze Entwicklungsfähigkeit durch unsere Handelspolitik eingeschränkt wurde. Und fragen Sie die Glasarbeiter im Isergebirge, die werden Ihnen sagen, was die Annexionspolitik für uns bedeutet; die Glasarbeiter, die eine Krise über sich ergehen lassen müssen wesentlich infolge dieser Politik, wie sie ärger und schwerer niemals da war. Die Annexionspolitik hat trotzdem alle Instinkte des alten Österreichtums ausgelöst; denn wenn man schon lange nichts gehabt hat, wenn man schon lange keine Siege verzeichnen kann, so nimmt man mit einer Mobilisierung vorlieb, und es ist sehr bezeichnend, daß auch jene bürgerlichen Parteien, die sich Volksparteien nennen, es zuwege gebracht haben, sich diesem Schwindel anzuschließen, der mit dem wachsenden Prestige Österreichs und mit dem Wiederaufleben einer österreichischen Machtpolitik betrieben wurde. Es ist das ein sicheres Anzeichen dafür, wessen wir uns zu versehen haben von der Haltung dieser Parteien, wenn die schweren Fragen zur Entscheidung kommen, vor denen wir stehen; denn der Krieg wurde vermieden, wir können Bosnien und die Herzegowina nun endgültig behalten, aber nach dem Essen kommt das Zahlen*) —

*) Um diese Zeit hatte man bereits einige Ahnung von den Kosten des Annexionsabenteuers. Schon im Jänner hatte sich Österreich, um freie Hand gegen Serbien zu gewinnen, mit der Türkei ausgleichen müssen. Als Aehrenthal sich auf das Abenteuer einließ, hatte er die Kompensation, die er der Türkei für die Annexion Bosniens und der Herzegowina bieten wollte — die Rückgabe des Sandschaks Novibazar, hingegeben, ohne sich vorher zu erkundigen, ob sie damit zufrieden sein werde. In einer sehr selbstbewußten Erklärung des Auswärtigen Amtes wurde damals kategorisch erklärt, die Türkei müsse mit der Rückgabe des Sandschaks (Sandschak heißen in der Türkei die Provinzen, die die Unterabteilungen eines Wilajets waren) vorliebnehmen und von einer materiellen Abfindung in welcher Form immer, könne keine Rede sein. Darauf setzten die Jungtürken mit dem Boykott der österreichischen Waren ein und im Nu hörte der österreichische Export auf. Während im November 1907 Österreich-Ungarn noch 589.273 Stück Fez exportiert hatte, betrug der Export im November 1908 nur noch 216.863 Fez, und diese gingen nur zum allergeringsten Teil nach der Türkei. So mußte sich schon im Jänner Aehrenthal dazu bequemen, der Türkei unter dem Titel der Entschädigung für die Abtretung der Staatsgüter in Bosnien zweieinhalb Millionen türkische Pfund, das waren etwa 55 Millionen Kronen, anzubieten und der Erhöhung gewisser türkischer Zölle zuzustimmen.

Dazu kamen nun die Kosten der Rüstungen gegen Serbien. Eine Viertelmillion Soldaten wurden nach Bosnien geschafft, um einen förmlichen

die Franzosen nennen das die schmerzhafteste Viertelstunde. Die Rechnung muß nun bezahlt werden, politisch und vor allem finanziell.

Und wie stehen wir heute politisch da? Ist unser Verhältnis zu den andern Mächten, ist unsere Stellung in Europa eine sicherere, gefestigtere, als sie vor der Annexion war? Wir haben das feste Bündnis mit dem Deutschen Reich, und es wäre sehr zu wünschen, daß dieses Bündnis nicht nur dazu benützt würde, um auf Österreich einen Teil der Kosten zu überwälzen, die der deutsche Imperialismus für notwendig hält in seinem Wettkampf mit dem englischen Imperialismus. Der Vorteil, den wir davon haben, ist, daß wir die deutsche Reichspolitik unterstützen sollen, indem wir nun auch schwere Kriegsschiffe bauen. Auf dem Balkan ist sicher auch unsere Situation nur um so viel besser geworden, als die österreichischen Bajonette unsere Politik dort etwa mehr schützen als früher; beliebter sind wir auf dem Balkan nicht geworden, moralische Eroberungen haben wir durch die Annexion nicht gemacht, und wenn man sich vor Augen hält, daß der Anlaß zur Annexion eigentlich die türkische Revolution war, was mit andern Worten doch nichts anderes sagen will, als daß dort Österreich die Konkurrenz der neu erwachenden türkischen

Militärkordon gegen Serbien aufzurichten. Die Kosten wagte man nicht vom Parlament anzusprechen, so plünderte man die Kassenbestände. Ende 1908 waren in den Staatskassen noch 572 Millionen Kronen. Im Februar 1909 waren die Kassen leer und die Regierung ließ sich von den Banken auf Schatzscheine 220 Millionen Kronen geben, angeblich für Flußregulierungen, Eisenbahn- und Hafenbauten, in Wirklichkeit aber für die Kosten der Rüstungen; um diese Bauten doch zu machen, verlangte man im April 1910 einen Kredit von 181 Millionen und die Mehrheit bewilligte gleich 220 Millionen. Denn die Regierung hatte, wie man bei dieser Gelegenheit erfuhr, für das Heer 148, für die Landwehr 22 Millionen Kronen ohne parlamentarische Bewilligung ausgegeben. Von Mai 1908 bis April 1910 hatte das Parlament 729 Millionen neue Schulden bewilligt. Im September 1909 verlangte die Regierung für die Umbewaffnung des Heeres 95 Millionen Kronen, die in das nächste Budget eingestellt wurden, aber in Wirklichkeit nur die erste Rate waren. Von den Maschinengewehren, Rohrrücklaufgeschützen, drahtlosen Fernsprechern, Luftschiffen, die davon angeschafft werden sollten, war aber ein großer Teil bereits bei den großen Kaisermanövern in Großmeseritsch im September dem Deutschen Kaiser vorgeführt worden. Zugleich mit diesem Heeresbauprogramm wurde auch ein Flottenbauprogramm bekannt, das dann im Jahre 1910 durchgeführt wurde. Zu dem normalen Budget von 44 Millionen Kronen kamen noch 100 Millionen als Raten für frühere Schiffsbauten. Das neue Bauprogramm umfaßte vier Dreadnoughts (Dreadnought — sprich Drednaut — auf deutsch „Fürchtenichts“, hießen jene Riesenkriegsschiffe, deren erstes am 10. Februar 1906 in England vom Stapel ging) zu je 587 Millionen, zusammen also 235 Millionen, dann drei Rapidkreuzer, Type „Spann“, 25 Millionen, und zwölf Torpedoboote 6 Millionen — zusammen also 266 Millionen für neue Schiffe. Davon sollten allerdings zunächst nur zwei Dreadnoughts, ein Rapidkreuzer und vier Torpedoboote um 128 Millionen angeschafft werden, für die aber nur eine erste Rate von 38 Millionen verlangt werden

Demokratie nicht aushalten konnte; wenn man sich überlegt, daß der Vorwand für die Annexion eine Verfassung für Bosnien war und daß die Türken schon lange eine Verfassung haben und die Bosnier als Türken heute schon eine Verfassung hätten, während sie sie in Österreich noch nicht haben, dann kann man sich wohl vorstellen, daß die moralischen Eroberungen, die wir dort gemacht haben, recht bescheidener Natur sind. Und wenn man moralische Eroberungen vielleicht nicht auf dem Balkan, aber doch bei den Völkern, die Österreich schon einverleibt sind, voraussetzen sollte, so brauchen wir nur auf den frivolen wie lächerlichen Prozeß zu verweisen, den man in Prag geführt hat wegen der angeblich militaristischen Umtriebe, wo man mit Kanonen nach Spatzen geschossen hat, wobei die Spatzen genau so lächerlich waren wie die Polizeikanonen, die man dabei verwendet hat, und man braucht nur auf das schauerhafte Drama von einer grotesken Furchtbarkeit zu blicken, das sich da in A g r a m*) unten abspielt (lebhafter Beifall);

sollte. Das war aber nur zur Täuschung der Bevölkerung, denn in Wirklichkeit wurden die Dreadnoughts bereits gebaut, und zwar — wie man im Mai 1910 auf dem Umweg über die englische und deutsche Presse erfuhr — die Schiffskörper im Stabilimento Tecnico des österreichischen Lloyd in Triest, die Panzerung und die Kanonen in den Skoda-Werken in Pilsen. Aber vor der offiziellen Presse wurde das damit erklärt, daß die Regierung keinen Auftrag dazu gegeben habe, sondern daß es sich „offenbar bloß um Privatarbeiten der betreffenden Firmen“ handelt! Am 19. Mai 1910 brachte Dr. Renner im Finanzausschuß diese Meldungen zur Sprache und beantragte angesichts der Tatsache, daß ohne Befragung des Parlaments und ohne finanzielle Bedeckung Dreadnoughts gebaut werden, die Verhandlung der Steuervorlage so lange auszusetzen, bis die Regierung über die Marineerfordernisse authentische Aufklärungen gebe. Der Antrag wurde zwar mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt, aber der Finanzminister Billinski erklärte, der Regierung sei über die Inangriffnahme des Baues von Dreadnoughts „amtlich“ nichts bekannt; und der Christlichsoziale Geßmann bestätigte sofort, daß sich der Bau der Dreadnoughts als „rein geschäftliches Unternehmen der betreffenden Baufirmen darstelle“. Die Firmen riskieren dabei gar nichts; denn, wenn die österreichische Regierung ein solches Schiff nicht übernehme, hätten die Firmen sofort vier oder fünf andere Abnehmer... Seitz fragte dann, ob nicht wenigstens die Baubehörde von dem Bau der Dreadnoughts amtliche Kenntnis habe... Darauf erhielt er aber keine Antwort mehr... Mit diesen Schiffsbauten waren die Kosten der Annexion auf reichlich eine Milliarde Kronen angestiegen...

Zum näheren Verständnis dieser ganzen Finanzwirtschaft sei noch mitgeteilt, daß die Bewilligung der Militärausgaben in die Kompetenz der „Delegationen“ fiel, jenes konstitutionellen Monstrums, das aus 40 Vertretern des Abgeordnetenhauses und 20 Vertretern des Herrenhauses bestand. Das Parlament hatte dann nur für die Bedeckung vorzusorgen.

*) Dieser Agrar Hochverratsprozeß war eine der ärgsten Schandtaten der österreichischen Diplomatie, deren wichtigste Einzelheiten erst nach dieser Rede bekannt geworden sind, so daß sich ein näheres Eingehen darauf lohnt, um so mehr, da auch der bekannte Geschichtsschreiber Dr. Heinrich Friedjung, dessen beide Werke „Österreich von 1848 bis 1860“ und namentlich „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland“

grotesk, weil es ein Hohn und ein Spott auf jede Justiz ist, ein Tendenzprozeß, der die einfachsten Formen nicht mehr respektiert, und ein

durchaus verdienstvoll sind, mit seiner wissenschaftlichen Autorität den schwarzgelben Schwindel deckte.

Am 3. März 1909 begann die öffentliche Schlußverhandlung in dem großserbischen Hochverratsprozeß gegen 53 Angeklagte, und am Jahrestag der Annexion Bosniens, am 5. Oktober, wurde er beendet. 31 Angeklagte wurden zu fünf bis zwölf Jahren Kerker verurteilt; die beiden Hauptangeklagten, die Brüder Pribitschewitsch, zu je zwölf Jahren. Insgesamt wurden 184 Jahre Kerker verhängt und schon die Milde — daß nämlich, obwohl das kroatische Strafgesetz für Rädelsführer beim Hochverrat Todesstrafe vorschreibt, aber nur Kerker verhängt wurde — zeigte die politische Tendenz des Prozesses. Man wagte es doch nicht, die Sache aufs äußerste zu treiben.

Der Prozeß wurde von der ungarischen Regierung und ihrem Agramer Bevollmächtigten, dem Banus Rauch, angezettelt, die bei den Wahlen des kroatischen Landtags im Jahre 1907 eine Niederlage erlitten hatten, weil Kroaten und Serben sich in einer Koalition gegen die magyarische Gewaltherrschaft zusammenschlossen. Um die Koalition zu sprengen, wurde nun die Geschichte von den hochverräterischen Beziehungen der Serbenführer zum serbischen König Peter erdacht. Kurz vorher war in Montenegro ein Hochverratsprozeß wegen einer angeblichen Verschwörung zugunsten der Vereinigung mit Serbien durchgeführt worden und dabei war als Kronzeuge ein angeblicher Mitverschworener, Georg Nastic, aufgetreten, wofür er zugestandenermaßen von der montenegrinischen Regierung bezahlt worden war. Dieser Nastic lieferte der kroatischen Regierung, die seit den Wahlen ohne Parlament regierte, die gewünschten Beweise. In zwei Broschüren „Finale“ und „Wo ist die Wahrheit“, die er 1908 in Sarajevo erscheinen ließ, behauptet er, auch an einer großserbischen Verschwörung zugunsten der Vereinigung Kroatiens und Serbiens beteiligt gewesen zu sein. Auf Grund seiner Angaben wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und schließlich 53 Personen angeklagt. Vorher aber wurde die kroatische Öffentlichkeit entsprechend bearbeitet. Ein eigenes kroatisches Kreuzerblatt mit serbenfeindlicher Tendenz wurde gegründet und die serbische Presse verfolgt. Die Anklageschrift wurde als Flugblatt verbreitet und die kroatischen Zeugen bearbeitet. Die Anklage legte den 53 Angeklagten zur Last, durch Vermittlung des Vereines „Slovenski Jug“ (Slawischer Süden) mit dem serbischen Hof in Verbindung gewesen zu sein, um die südslawischen Provinzen mit Serbien zu vereinigen. Serbische Offiziere sollen die kroatischen Gegenden bereist und mit den Verschwörern nächtliche Besprechungen abgehalten haben. Von 824 Zeugen, die die Angeklagten führten, wurden nur 42 verhört; die Zeugen der Angeklagten wußten nur Geschwätz vorzubringen, so, daß der König Peter verkleidet in Bosnien gewesen sei.

Als der Prozeß begann, rückte der Historiker Dr. Friedjung der Anklage zu Hilfe aus. Am 25. März veröffentlichte er in der „Neuen Freien Presse“ einen Artikel, der den Nachweis erbringen sollte, daß die serbische Regierung eine große Verschwörung angezettelt habe, an der auch die Mehrheit des kroatischen Landtags beteiligt gewesen sei, die von Belgrad reiche Geldspenden erhalten habe. Ein ähnlicher Artikel war einige Monate vorher in der christlichsozialen „Reichspost“ erschienen. Die fünfzig Mit-

Tendenzprozeß für eine Tendenz, die an sich absurd ist. So weit sollte man in Österreich doch schon sein, zu wissen, daß sich die Liebe zu Österreich nicht einprügeln läßt und mit dem Galgen nicht

glieder der „kroatisch-serbischen Koalition“, der Mehrheit des kroatischen Landtages, erhoben nun sowohl gegen die „Reichspost“ wie gegen Doktor Friedjung Klage vor den Wiener Geschwornen. Diesen legten nun die beiden Angeklagten „Aktenstücke zur großserbischen Propaganda in Österreich-Ungarn“ vor, die jene Verschwörung beweisen sollten. Aber diese Aktenstücke waren nicht etwa Originale, sondern Abschriften, die als Broschüre gedruckt waren. Bloß bei zweien dieser Akten behauptete Dr. Friedjung, daß er sie im Original gesehen habe, bei zwei andern, daß sie ihm in einer Photographie vorgelegen hatten. Die andern habe er auf die Autorität „einer leitenden Stelle, wo man die Echtheit dieser Dokumente zu beurteilen vermag“, also offenbar des Auswärtigen Amtes, geglaubt. Auf die Einwendung, daß die Dokumente, Sitzungsprotokolle und Kassenausweise des „Slovenski Jug“ gefälscht seien, erklärte er, sein wissenschaftlicher Ruf und seine jahrzehntelange Beschäftigung mit archivarischen Studien seien genügende Bürgschaft, daß er auch diesmal mit dem eines Historikers würdigen Ernste und mit aller Gewissenhaftigkeit die Merkmale der Echtheit geprüft habe. Als aber die Dokumente immer mehr erschüttert wurden, machte er Anspielungen auf den Thronfolger, der die Dokumente gesehen, und auf den Generalstab, der ihnen vollen Glauben beigemessen habe.

Dr. Friedjung hatte diese Dokumente vom Auswärtigen Amt erhalten und der Generalstab hatte auf Grund eines dieser Dokumente kostspielige militärische Verschiebungen in Bosnien vorgenommen. Aber im Prozeß stellte sich heraus, daß die angeblichen Protokolle des „Slovenski Jug“ in einem geradezu schülerhaften Serbisch abgefaßt waren und auch mit den Tatsachen nach Belieben umsprangen. So wurden Personen genannt, die nie gelebt hatten, wurde das Datum der Wahl falsch angegeben, um eine Geldsendung mit den Wahlen in Verbindung bringen zu können. Die Beschuldigung brach aber vollkommen zusammen, als die angeblichen Leiter des Belgrader Verschwörungsvereines, obwohl der Verteidiger Dr. Friedjung ihnen drohte, sie könnten wegen Hochverrates verhaftet werden, nach Wien kamen und als Zeugen die Dokumente für gefälscht erklärten. Ja einer von ihnen, der Professor Markowitsch, konnte sogar sein Alibi für eine entscheidende Sitzung des Vereines nachweisen: er war damals in Berlin gewesen.

So brach der ganze Feldzug Friedjungs und Aehrenthal kläglich zusammen und durch die Vermittlung des Herrenhausmitgliedes Dr. Baernreither kam ein Vergleich zustande, der den kläglichsten Prozeß beendete. Am 22. Dezember erklärten die Angeklagten, daß sich zwei Dokumente als gefälscht herausgestellt hätten und daß sie auch die andern nicht mehr in Anspruch nehmen könnten. So endete die Kampagne — von der ein militärisches Blatt behauptet hatte, sie solle Europa den Beweis erbringen, daß Österreich zum Kriege gegen Serbien gezwungen sei — mit dem Beweis, daß Aehrenthal auf plumpe Fälschungen hineingefallen war.

In den Delegationen hat später Professor Masaryk nachgewiesen, daß die Fälschung zumindest unter Mithilfe der österreichischen Gesandtschaft in Serbien, wenn nicht gar auf ihren direkten Auftrag fabriziert wurden.

beigebracht werden kann; so weit sollte man doch schon sein, um zu wissen, daß, wenn das Furchtbare geschieht, daß bei diesem Agramer Prozeß ernste Verurteilungen, etwa sogar zur Todesstrafe, erfolgen würden, daß das nicht nur ein schändliches Verbrechen wäre an dem Volke da unten, sondern ein Verbrechen an Österreich selbst, ein Verbrechen, das wir alle zu büßen hätten. Ja, und wenn wir bei den Südslawen nicht viel gewonnen haben durch die Annexion, hat sie uns vielleicht sonst in der äußeren Politik Nutzen gebracht?

Unsere äußere Politik ist beherrscht worden von dem Dreibund so lange Zeit, das heißt im einzelnen eigentlich durch die feindselige Freundschaft oder durch die freundschaftliche Feindseligkeit zu Italien. Dieses Verhältnis zu Italien ist eigentlich der ganze Ursprung und Vorwand aller dieser furchtbaren Rüstungen sowohl in Österreich als in Italien selbst. Nun, ist in dem Verhältnis zu Italien etwas besser geworden seit der Annexion? Nein! Ich muß zwar sagen, daß ich von jeher, wenn ich die Feindseligkeiten in Italien gegen Österreich und die Aufregetheiten, die man hier gegenüber Italien zur Schau trägt, betrachte, immer den Verdacht gehabt habe, daß sie eine abgekartete Komödie der beiden Kriegsminister sind, die sie ausführen, um ihre Rüstungskredite zu bekommen. Es ist weniger die Feindseligkeit zwischen Österreich und Italien, die die Rüstungen notwendig macht, sondern die Appetite des Militarismus werden dadurch unterstützt, daß man gewaltsam und provokatorisch irredentistische Demonstrationen züchtet und ihre Verfolgung in Österreich ins Lächerliche und Absurde überreibt, um die nötige Begeisterung zu bekommen, mit der man Kanonen und Schiffe bewilligt. Aber unzweifelhaft ist, daß sich auch unser Verhältnis zu Italien durch diese neueste Politik nicht verbessert hat. Und was haben wir sonst von der Annexion gehabt? Wir haben davon eine Schwächung unserer Industrie in dem Moment, wo eine Weltkrise sich doppelt empfindlich gemacht hat; wir haben davon weiter eine augenblickliche Belastung unseres Budgets mit annähernd 400 Millionen Kronen, die zum Teil — bis weit über die Hälfte — ausgegeben sind für die Mobilisierung und die in Verbindung damit vorgenommene Reorganisation der Armee; wir haben davon, daß wir 54 Millionen an Tribut an die Türkei zahlen mußten, und wir haben davon, was das Schlimmste ist, eine dauernde Belastung unseres Budgets mit einer Ziffer von Millionen, die man heute noch gar nicht deutlich auszusprechen wagt; wir haben aber weiter nicht etwa eine Entbindung der Kräfte, die der Industrie förderlich wären, und eine Zurückdrängung der agrarischen Hungerpolitik, sondern im Gegenteil: Weil die Regierung diese Millionen dem Parlament abzwängen will, gibt sie sich blind und widerstandslos in die Hände der Agrarier, und in demselben Moment, wo man uns Hunderte von Millionen abzapfen will, in demselben Moment wird uns zur Ader gelassen, wird die ganze Ernährung des Volkes auf das schwerste geschädigt durch den

agrarischen Übermut, wie er in dieser krassen Form bisher noch nicht gesehen wurde.

Dieser ganze Zusammenhang führt nun weiter dazu, daß jeder Schritt auf dem Wege der äußeren Politik für die Zukunft erschwert wird. Österreich ist angewiesen auf den wirtschaftlichen Verkehr mit dem Balkan. Das ist eine Lebensbedingung für unsere Industrie, und diese Lebensbedingung wird doppelt eingeschränkt durch die Annexionspolitik: durch die Machtgelüste Österreichs auf dem Balkan und durch unsere Handelspolitik, die den Balkanvölkern ebenso schädlich ist wie den Völkern Österreichs. Wir sind nicht prinzipielle Freihändler, aber wenn irgendwo eine Politik des freien Verkehrs eine lebensnotwendige Sache ist, muß es der freie Verkehr zwischen Österreich und dem Balkan sein. Den Balkanstaaten, die uns Nahrungsmittel bringen, die Tür zu sperren und anderseits dadurch zu bewirken, daß uns die Tür gesperert wird für unsere Industrieprodukte, das ist eine selbstmörderische, eine absurde Politik, ist eine Politik, die wir im Parlament bei der Verhandlung der Handelsverträge als eine direkt vaterlandsverräterische gekennzeichnet haben. In demselben Moment, wo unsere Diplomatie sich bemühen mußte, den Balkan zu beruhigen, in demselben Moment hat man im österreichischen Parlament den Faden der Unterhandlungen über die Handelsverträge geradezu frivol durchgeschnitten, bloß um die Schweine von unsern Grenzen fernzuhalten, bloß um jenes Fleisch von uns fernzuhalten, das wir so notwendig hätten, zu derselben Zeit, wo die Fleishteuerung in Österreich geradezu zu einer Gefährdung der Ernährung weiter Schichten geworden ist.

Und all das ist schlimm genug, aber das Schlimmste ist, daß diese neue Politik Österreich-Ungarn zwingt, in einem weit höheren Maße als bisher militärische Lasten auf sich zu nehmen. Es handelt sich nicht nur um die einmalige Ausgabe, um diese angeblichen 400 Millionen Kronen — denn die genaue Ziffer weiß man noch nicht —, um diese angeblichen 175 Millionen für die Mobilisierung, 90 Millionen für dauernde Einrichtungen für das Heer und 54 Millionen für den türkischen Tribut. Viel schlimmer ist, daß man eine Reorganisation unseres ganzen Armeewesens und unserer Marine vorhat, die nicht etwa in der Abkürzung der Dienstzeit besteht, die dringend notwendig wäre, sondern in einer neuen Belastung der ganzen österreichischen Bevölkerung. Man hört ferner, daß man nicht nur die bereits bewilligten Schiffe in schnellerem Tempo bauen will, sondern daß man vier Dreadnoughts bauen will, von denen jeder 58 Millionen Kronen kostet. 58 Millionen Kronen für jedes dieser Schiffe in demselben Staate, wo man nicht nur die Witwen- und Waisenversicherung nicht machen kann, weil sie zu kostspielig ist, sondern wo man auch die Alters- und Invaliditätsversicherung, die eine alte Forderung und ein altes Ver-

sprechen ist, auszuführen zögert, weil man noch ein Jahr und noch ein Jahr gewinnen will, während die ganze Belastung für den Staat, der dieser Versicherung ausweicht, im Maximum so viel kosten wird wie ein solches Kriegsschiff. Diese Entwicklung, dieses dauernde Fortschreiten Österreichs zu einem Militärstaat, das ist das Schlimmste! Da müssen wir fragen: Mit welchem Recht ist die Regierung dazugekommen, diese Hunderte von Millionen auszugeben? Denn es handelt sich um bereits ausgegebene Millionen. Wie ist sie dazugekommen, ohne das Parlament zu befragen, ohne von der Volksvertretung die Genehmigung zu erwirken? Darauf müssen wir sagen: In Österreich fragt man die Bevölkerung nicht, in Österreich beschließt über die auswärtige Politik und das Militär und die Marine nicht das Parlament, sondern die Karikatur des Parlaments, die Delegationen. Aber diese Delegationen spielen heute eine ganz andere Rolle als früher. Man wird sich in Österreich sehr wundern, wenn man glaubt, daß neben dem Hause des allgemeinen Wahlrechts die Delegationen noch die alte Rolle spielen können, und es wird dafür gesorgt werden, daß auch im Parlament die Frage der Verantwortung für das, was schon ausgegeben wurde, zum Teil auch mit formellem Bruch der verfassungsmäßigen Bestimmungen ausgegeben wurde, besprochen und die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden. Vor allem aber werden wir in Österreich nun weit mehr als bisher den Kampf gegen den Militarismus und den Marinismus zu führen haben. Wir werden in Österreich diesen Kampf mit doppelter Wucht führen müssen, weil er in einem Moment kommt, wo die Regierung tatlos vor der Frage steht, wie auch nur die laufenden Ausgaben des Staates gedeckt werden sollen. In einem Moment, wo die einfachsten Forderungen für die Arbeiter des Staates, ein paar Kreuzer für die Eisenbahnangestellten, ein paar Kreuzer für die Postbediensteten, ein Bettel von ein paar tausend Gulden für den Ausbau der Gewerbeinspektion auf einen unüberwindlichen Widerstand stoßen, weil Österreich angeblich zu arm ist, in einem Moment, wo die Wirtschaft des Staates und der Länder sich in einer offenen Krise befindet, wo der Finanzminister nicht imstande ist, einen Finanzplan vorzulegen, der auch nur seinen Allergetreuesten akzeptabel wäre, in einem solchen Moment tritt man vor die Völker mit solchen Forderungen! Wir werden also einen schweren Kampf zu führen haben, die Sozialdemokratie wird im Parlament erweisen müssen, daß sie diesem Kampf gewachsen ist.

Wir müssen aber auch damit rechnen, wie sich die bürgerlichen Parteien verhalten werden. Da möchte ich Sie im vorhinein darauf aufmerksam machen, daß diese Fragen der äußeren Politik und der Rüstungen eine wichtige Rolle in unserer inneren Politik spielen. Unsere bürgerlichen Parteien haben das eifrige Bestreben, ihre Loyalität, ihren Byzantinismus nach oben zu verbinden mit der Demagogie nach unten. Sie möchten bewilligen, weil sie gute Österreicher sind und weil ihnen für den Kaiser und

die Soldaten des Kaisers nichts zu teuer ist; sie müssen aber verweigern, weil sie fürchten, nicht wiedergewählt zu werden. Unter solchen Umständen ist nichts unangenehmer, als ja oder nein sagen zu müssen; unter solchen Umständen ist es am besten, wenn derartige Rüstungskredite und derartige Belastungen des Volkes nicht vom Parlament bewilligt werden müssen, sondern wenn sie auferlegt werden von einer unüberwindlichen Gewalt, gegen die man nichts ausrichten kann. Wir haben begründeten Verdacht, daß den bürgerlichen Parteien nichts lieber wäre, als sich der Verantwortung zu entziehen und eine solche Abstimmung zu vermeiden; sie wollen dem Parlament eine Pause auferlegen, es durch Obstruktion lähmen, weil sie sich zu ihren Taten nicht bekennen wollen. (Lebhafter Beifall.) Sie wollen den Militarismus, sie wollen getreue Untertanen sein, sie wollen zeigen, daß sie auch mit dem Radetzkymarsch marschieren können, was heute so modern ist. Aber sie getrauen sich nicht, vor ihren Wählern die Rechnung zu bezahlen. Darum, Genossen, wenn Sie hören, daß aufgeregte Stimmung im Hause ist und daß das Haus wieder in Gefahr ist, dann seien Sie sicher, die Gefahr kommt nicht von den Himmelstürmern, die im Interesse des Volkes gegen die Autorität des Staates anstürmen, sie kommt wesentlich von den Feiglingen, von denen, die der Verantwortung ausweichen wollen. (Sehr richtig!) Die Obstruktion ist bei uns keine revolutionäre Methode, die Obstruktion ist bei uns im Gegenteil sehr häufig das Feigenblatt des Byzantinismus. (Lebhafter Beifall.)

Die Politik der Sozialdemokratie ist eine einfache. Die äußere Politik der Sozialdemokratie wünscht den Frieden vor allem. Die Arbeiterschaft hat keinen Grund zum Kampfe mit den Staaten und Nationen des Auslandes. Aber wir wissen, daß mit so frommen Wünschen allein sehr wenig getan ist. Wir wissen, daß die Bande und das Bewußtsein des Internationalismus, der Gemeinsamkeit der Interessen, die sich in unserer internationalen Organisation kundgeben, in das Bewußtsein der Arbeiter allmählich eindringen und ihre gute Wirkung tun. Aber dies allein genügt nicht, genügt vor allem nicht für Österreich; in Österreich ist die Politik des äußeren Friedens bedingt vor allem durch die Politik des inneren Friedens. Wenn wir in Österreich für den Frieden wirken wollen und zugleich eine wirkliche Politik für die österreichischen Völker machen wollen, eine Politik, die diesen Staat, der die Völker mit oder gegen ihren Willen umfaßt, stärker und lebensfähiger macht, dann müssen wir vor allem diesen Völkern in Österreich Freiheit und Selbständigkeit und Lebensmöglichkeit verschaffen. (Lebhafter Beifall.) Dann müssen wir aus Österreich und aus der Wohlfahrt der Völker einen Anziehungspunkt machen für jene Völker draußen, mit denen wir in Österreich in ganz anderer Weise verknüpft sind, als die Völker in jedem andern Staate. Bei uns ist nicht so wie in andern Ländern die eigene Wohlfahrt und die eigene Freiheit unser Gut allein, sondern jede Nation in Österreich hat ihr auswärtiges

Departement. Ihre Wohlfahrt ist verknüpft mit der Wohlfahrt desselben Volkes jenseits der Grenzen und der Friede kann nur aufrechterhalten werden, wenn Österreich selbst endlich seinen Völkern gibt, was die Völker brauchen.

Den Balkan hätten wir billiger zu einer Einflußsphäre Österreichs machen können als mit Hunderten von Millionen, Bosnien und Herzegowina hätten wir nicht mit den Bajonetten spicken müssen, um uns die Herzen dort zu gewinnen; wenn wir nur so viele Millionen in die Hand genommen hätten, als wir heute Hunderte von Millionen brauchen, wenn wir damit den armen bosnischen Bauern die Grundentlastung gebracht hätten, die die armen Serben draußen ihm schon gegeben haben: dann würde das eine friedlichere, eine nützlichere und eine bleibendere Annexion von Bosnien gewesen sein. Wir haben nach Bosnien angeblich westliche Kultur importiert, aber außer den paar kapitalistischen Unternehmungen, die wir dort angesiedelt haben, und den paar Straßen, die wir dort gebaut haben, leider — das müssen wir zu unserer Schande gestehen — viel weniger Schullehrer, dafür um so mehr Pfaffen und noch viel mehr Polizisten. Wir haben eine Kultur importiert, aber die österreichische, altösterreichische Spielart der Polizeikultur; die Arbeiter Bosniens können davon erzählen, daß dort die österreichischen Polizisten gewissermaßen von der Pike auf dienen müssen und nur langsam zur Vernunft erzogen werden. Denn sie machen dieselben Lumpereien und dieselben Dummheiten, die wir ihnen in Österreich schon längst abgewöhnt haben. So macht man weder wirtschaftliche noch politische und noch weniger kulturelle Kolonialpolitik. So zeigt man nur wieder, daß Österreich zwar eine Lackierung bekommen hat, aber der alte Polizeistaat geblieben ist.

Was Italien anlangt, da brauchen wir auch weniger Kanonen und weniger Schiffe. Eine Rechtsfakultät in Triest, wohin sie gehört und wofür die Sozialdemokratie immer eingetreten ist, eine Befriedigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten für die ganze Bevölkerung an der Adria, das würde genügen, um die ganze Irredenta, die lächerlich genug heute schon ist und am meisten von unsern italienischen Parteigenossen in ihrer Nichtigkeit aufgezeigt wird, völlig verschwinden zu machen. Man mache doch eine Politik, die bewirkt, daß die Völker in Österreich sich wohl fühlen. Freilich, wenn man eine gute Friedenspolitik nach außen machen will, dann müssen wir nationale Friedenspolitik im Innern machen wollen und vor allem eine demokratische Politik. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen und sind bereits dafür eingetreten und werden selbstverständlich auch fernerhin dafür eintreten, daß auch in den neuen Teilen, die uns zugewachsen sind, das Mindestmaß von sozialpolitischer Gesetzgebung, das wir in Österreich haben, und vor allem demokratische und freiheitliche Einrichtungen geschaffen werden. Wir haben dort unten — und ich muß das hier feststellen — eine kleine sozialdemokratische Partei, die aber bereits eine Geschichte hinter sich hat, und wir können sagen: Wie sich die

Herrschergewalt des Kaisers von Österreich im Gehirn der Bevölkerung von Bosnien ausnimmt, das wissen wir nicht, das wird sich erst zeigen; die Solidarität der Sozialdemokratie, die brüderliche Sympathie und der feste Zusammenhang zwischen uns und unsern Brüdern in Bosnien ist heute schon hergestellt und wird so bleiben. (Großer Beifall.) Wir wissen, daß die Politik, die wir nun zu machen haben, im wesentlichen beherrscht sein wird von den militärischen Forderungen, und wir wissen, daß wir einen langen schwierigen Kampf zu führen haben werden. Der Kampf kann aber nicht allein im Parlament geführt werden. Wir werden das unsere tun. Wir werden gleich unsern Genossen in Deutschland, die einen wirklich bewundernswerten Kampf führen, jede militärische Forderung bekämpfen und werden alles tun, was in unsern Kräften steht. Aber gerade in diesem Punkt ist wichtig, daß nicht nur die parlamentarische Aktion, sondern auch die außerparlamentarische in ihr Recht trete, auch die breite Masse muß sagen, was sie über diese Politik denkt. Es muß endlich klar werden, daß es eine Lüge und Verleumdung ist, daß die Völker Österreichs ganz entzückt sind von dieser neuen Politik Aehrenthals; es muß endlich klar werden, daß die Völker Österreichs nicht so blöde sind, sich die Augen verschmieren zu lassen und das Hirn verkleben zu lassen mit diesen albernen Phrasen von einem Großösterreich, das nicht leben kann, das lahm ist an allen seinen Extremitäten, das sich nicht rühren kann, das in der europäischen Welt sich aufspielt, aber innerlich krank ist in jedem Gliede; es muß klar werden, daß die Völker Österreichs nicht gesonnen sind, ihre ganze Lebenshaltung, ihre physische Entwicklung, ihren geistigen und kulturellen Fortschritt preiszugeben, damit unsere Diplomatie und unsere Generale mit einer schönen Armee prunken können und mit Kriegsschiffen, die sie in gleichen Rang setzen mit andern Staaten; es muß klar werden, daß, wenn man militärische Forderungen durchsetzen will, das nur geschieht gegen den Willen und gegen den Widerstand der großen Masse des Volkes, und man soll sich auch in den Parteien unserer Gegner darüber klar werden. Wenn sie jetzt diese wichtigste Lebensfrage des Volkes übertönen durch ihren lächerlichen Streit um ernste Dinge, für die sie in den lächerlichsten Formen einen Kampf führen, der die lächerlichste Zuspitzung bekommen hat, während das nationale Problem dadurch nicht um einen Schritt weiter gekommen ist, sondern immer mehr verwirrt wird; es muß klar werden, daß unsere Gegner die wichtigste Frage durch nationalistischen Lärm übertönen wollen. Mögen unsere Gegner Rechenschaft geben den Völkern, wie sie ihre Mandate gebraucht haben, wenn sie diese Hungerpolitik, diese Rüstungspolitik, die in Österreich mehr als ein Verbrechen, direkt ein Wahnsinn ist, über unsere Köpfe verhängen wollen. (Stürmischer Beifall.)

Ehrfurcht vor der Kriegspartei.

Anfrage in der Parlamentssitzung vom
7. Dezember 1911*).

Herr Präsident! Ich bin beauftragt, mich mit einer Anfrage an Sie zu wenden, die eine höchst eigentümliche Erklärung des Ministerpräsidenten am heutigen Vormittag anlangt. Das Präsidium des Klubs der deutschen Sozialdemokraten hat gestern eine Interpellation überreicht, welche die wichtigsten Interessen der Völker dieses Reiches betrifft, die des Friedens bedürftig sind

*) Am 6. Dezember 1911 hatten Adler, Pernerstorfer und Seitz eine Interpellation wegen der Entlassung des Generalstabschefs Conrad von Hötzenberg eingebracht, worin sie auf die demonstrative Art verwiesen, mit der der Erzherzog Franz Ferdinand sein Bedauern über die Entlassung des Generalstabschefs der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, die Erklärung, daß er sich als Soldat der Entscheidung des Kaisers füge, aber nur schweren Herzens füge, habe öffentlich bestätigt, was lange schon vermutet wurde: daß an der Spitze dieser Kriegspartei der Thronfolger selbst stehe. Dann wurde gesagt: Es ist nicht unser Amt, die Rechte des Kaisers von Österreich gegen seinen Neffen und gegen die Leute, die den Thronwechsel nicht erwarten können, zu verteidigen; aber mit allem Nachdruck müssen wir feststellen, daß die Völker Österreichs an einem Kaiser reichlich genug haben. Von zwei Kaisern gleichzeitig beherrscht zu werden, haben wir kein Bedürfnis

Gegen die Interpellation verwahrte sich den nächsten Tag, offenbar auf Befehl, der Ministerpräsident Graf Stürgkh, da „einzelne Ausführungen nicht nur, abweichend von dem parlamentarischen Brauch, Mitglieder des allerhöchsten Herrscherhauses in die Diskussion ziehen, sondern auch gegen die ihnen geschuldete Ehrfurcht schwer verstoßen und zweifellos geeignet sind, monarchische und dynastische Gefühle empfindlich zu verletzen“.

Die Entlassung Conrads hing mit der Spannung zwischen Österreich und Italien zusammen. Der Krieg zwischen Italien und der Türkei schien dem Generalstabschef und der Kriegspartei, die im Thronfolger Franz Ferdinand ihr Haupt hatte, ein passender Anlaß, über Italien herzufallen. Conrad wollte an der italienischen Grenze militärische Vorkehrungen treffen, die die öffentliche Meinung in Italien als Vorbereitungen für einen Überfall ansehen konnte. Diesen Plänen widersetzte sich Achrenthal und der Kaiser trat auf dessen Seite. Conrad mußte seinen Abschied nehmen. Darauf brachten die bürgerlichen Blätter „von autoritativer Seite“ die „Information“, daß der Thronfolger den Baron Conrad „nur mit Schmerz von seinem Amte scheiden sieht“; der Erzherzog füge sich „als Soldat“ der Entscheidung des Kaisers, aber er tue es mit tiefem Schmerz.

Am 15. Dezember beantwortete der Ministerpräsident die Interpellation Adlers. Die bürgerlichen Parteien lehnten aber den sozialdemokratischen Antrag, über diese Antwort die Debatte zu eröffnen, ab.

Conrad wurde übrigens im Dezember 1912 wieder Chef des Generalstabes.

Über die Entlassung des Generalstabschefs siehe auch die Fußnote beim Artikel „Gegen eine Intervention Österreichs“, der den Bericht über die Rede Adlers bei der Protestversammlung vom 14. Oktober 1912 enthält.

und den Frieden erhalten wollen, und die darum das größte Interesse haben, alle Zünfeleien, alle Intrigen von welcher Seite immer, die den Frieden gefährden könnten, von vornherein abzuweisen, die vor allem aber das Interesse haben, über den Gang der auswärtigen Politik, über die Haltung der Regierung zu dieser Politik und über den Einfluß, den unberufene Personen (lebhafter Beifall und Händeklatschen) auf diese Politik nehmen könnten, zur Klarheit zu gelangen. Es war natürlich ganz unmöglich, in dieser Interpellation die Namen dieser ungerufenen Personen nicht zu nennen. Wenn auch Mitglieder des kaiserlichen Hauses, wie es überall in den Parlamenten üblich ist, sonst in die Debatte nicht gezogen werden, wenn ein Bedürfnis dazu nicht vorliegt — obwohl sich dieses schützende Privileg im besten Fall auf den Monarchen, nicht aber auf seine Angehörigen bezieht —, so war es hier selbstverständlich, daß auch diese Namen genannt werden mußten. Nun hat der Ministerpräsident heute der Erwartung, daß diese wichtige Interpellation beantwortet wird, nicht entsprochen. Ich begreife, daß der Ministerpräsident erst die Aufträge anderer Herren entgegennehmen muß, bevor er sich erlauben darf, sich ein Urteil in bezug auf die äußere Politik zu bilden oder es zu äußern.

Dr. Korosec*): Das ist selbstverständlich bei der äußeren Politik!

Dr. Adler: Aber wenn das selbstverständlich ist, dann ist es ebenso selbstverständlich, daß der Ministerpräsident nicht den Beruf hat, uns im Parlament Vorlesungen über die Form und Art zu halten, in der Parlamentarier und Abgeordnete ihre Anfragen vorzubringen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir würden uns eine solche Kritik auch vom Präsidenten nicht gefallen zu lassen brauchen, weil es sich um eine Interpellation handelt; durchaus unangänglich ist es aber, daß der Ministerpräsident, der nicht einmal Mitglied dieses Hauses ist, uns höchst unberufene Ratschläge darüber gibt, in welchem Tone wir im Parlament über wichtige Angelegenheiten sprechen sollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Ministerpräsident uns gesagt hat, daß es vom parlamentarischen Gebrauch abweiche, Mitglieder des Herrscherhauses in die Diskussion zu ziehen, so antworten wir ihm, daß es von der Verfassung abweicht, wenn sich Leute, die eine Verantwortung nicht tragen, in die wichtigsten Angelegenheiten des Staates und der Völkermischen. (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Ministerpräsident uns mitteilt, daß der Ton, in dem wir über den Erzherzog Franz Ferdinand sprechen, gegen die

*) Sprich: Koroschez. Dr. Anton Korosec, Doktor der Theologie, Kaplan, slowenisch-klerikaler Abgeordneter aus Südsteiermark, im jugoslawischen Staat nach dem Attentat auf Radic (Juli 1928) Ministerpräsident.

Pflicht der ihm „geschuldeten Ehrfurcht“ schwer verstoße, so weise ich eine solche Belehrung auf das allerenergischste zurück. (Lebhafter Beifall.)

Präsident: Ich bitte den Herrn Redner, ein Mitglied des Kaiserhauses nicht in die Debatte zu ziehen.

Dr. Adler: Ehrfurcht bin ich Menschen überhaupt nicht schuldig*). (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und wir Abgeordneten lassen sie uns von niemandem, auch vom Grafen Stürgkh nicht diktieren. Ich frage den Präsidenten, ob er geneigt ist, dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, daß wir die von ihm beliebte Zensur auf das entschiedenste ablehnen, daß wir hingegen erwarten, daß er seine Pflicht erfüllen werde, über die auswärtige Lage und die Haltung der Regierung dazu und drittens über das Verhalten jener Faktoren, die bei uns den meisten Einfluß haben, insbesondere also des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand Aufschluß zu geben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

*) Siehe auch Adlers Rede vom 19. April 1912 „Gegen die Vergewaltigung Kroatiens“.

Der Balkankrieg.

Gegen eine Intervention Österreichs.

Protestversammlung beim Wimberger am
14. Oktober 1912.

Es ist lange her, daß wir eine Versammlung unter so ernsten Umständen*) abgehalten haben. Wir sind heute am Vorabend von Dingen, deren Verlauf und deren Folgen sich für Europa, für die Kultur und vor allem für die Arbeiterklasse noch nicht absehen lassen. Unten auf dem Balkan ist der Krieg bereits erklärt. In einem Winkel hat er begonnen. Montenegro ist zuerst losgegangen. Noch ist nicht eine halbe Woche verflossen und schon gibt es einige hundert Tote und achthundert Verwundete bloß auf einer Seite. Heute hat die Türkei die Grenze Serbiens überschritten und wir müssen darauf gefaßt sein, morgen vielleicht schon von Blut und Schlachten zu hören. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß dort unten auf dem Balkan ein Schlachten beginnt, das endlos ist, daß man im Blute waten wird. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die furchtbarsten Greuel, die der Krieg bringen kann, jetzt hundertmal potenziert durch die glänzenden Errungenschaften der modernen

*) Der erste Balkankrieg hatte begonnen und es bestand die Gefahr, daß Österreich sich einmischen werde. Ende September und anfangs Oktober hatte Graf Berchtold erklärt, daß Österreich-Ungarn eine Besetzung des Sandschaks Novibazar durch Serbien nicht zulasse und die bürgerliche Presse, die dem Auswärtigen Amt bei dieser Kriegshetze zur Verfügung stand, begann einen Feldzug für den „Status quo“, die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes. Österreich habe auf dem Balkan Lebensinteressen zu verteidigen, die mit einer Vergrößerung der Balkanstaaten auf Kosten der Türkei nicht vereinbar seien und es müsse diese Lebensinteressen, wenn nötig, auch mit Waffengewalt verteidigen. Ein Versuch der Sozialdemokraten, die Delegationen zu einer Kundgebung gegen diese Politik zu veranlassen, scheiterte.

Am 11. Oktober brachte die Regierung in den Delegationen die Vorlage ein, durch die für die Ausgestaltung von Heer und Flotte 82 Millionen Kronen gefordert wurden, obwohl bei den Bewilligungen im Jahre 1911 die Kriegsverwaltung sich verpflichtet hatte, damit bis Ende 1915 auszukommen. Allerdings redete sich die Regierung jetzt darauf aus, daß sie schon damals mehr verlangt habe, es aber nicht durchsetzen konnte. Im Jänner 1911 hatte die Regierung für den Bau von Kriegsschiffen, Dreadnoughts (sprich: Drednaughts), unter anderm 312 Millionen Kronen, und zwar, damit die Bevölkerung nicht erschrecke, in Raten, davon die erste Rate von 55 Millionen sofort,

Waffentechnik, sich wieder abspielen werden. Aber was dort auf dem Balkan eingetreten ist und was sich nicht mehr verhindern läßt, weil es bereits Tatsache geworden, das ist leider nur ein Anfang, und wie die Dinge heute liegen, müssen wir, so schrecklich das ist, was sich vollzieht, sagen: Es wäre ein Glück, wenn es dabei bleibt. Es wäre ein Glück, wenn es dabei bliebe, daß nur die Völker des Balkans um ihre Unabhängigkeit mit den Türken ringen und die Türkei um ihre Existenz als europäischer Staat. Es wäre ein Glück, wenn der Krieg dort unten begrenzt bliebe, weil die Gefahr besteht, daß noch viel Schlimmeres geschieht, weil die Gefahr besteht, daß die großen europäischen Staaten sich einmischen, weil die Gefahr besteht, daß ganz Europa in Brand gerät und wir in Österreich

als die ersten zum Handkuß kommen.

Wir brauchen nicht zu sagen, daß wir jeden Krieg verabscheuen, daß wir Gegner sind des Völkermordes, daß wir immer und zu jeder Zeit für den Frieden eingetreten sind. Das ist selbstverständlich und kein Verdienst. Denn die Arbeiter, die Völker, die Massen sind es ja, auf deren Rücken allein der Krieg ausgetragen wird, die Arbeiter sind es, deren Blut und Leben dabei eingesetzt wird. Wie sollten sie den Krieg wollen? Aber es handelt sich heute um mehr. Es handelt sich darum, daß die ganze Arbeiterschaft in allen Ländern, daß überall, wo die Demokratie eine Stimme hat, daß überall, wo die Interessen des Volkes wirklich zu Worte kommen, daß überall dort ein kräftiger Protest gesprochen wird. Sie haben in den letzten Wochen viel gelesen von den Bemühungen der europäischen Mächte, den Krieg zu verhindern. Sie haben viel gelesen von diplomatischen Beratungen, von diplomatischen Schritten, von Vorstellungen, die man sowohl bei den kleinen

gefordert und auch erhalten. Im Februar hatte man aber erfahren, daß das alles zu wenig sei. Der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf hatte im Auftrag des Thronfolgers Franz Ferdinand ein „Operat“ ausgearbeitet, das für die „Ausgestaltung des Heeres“ nicht weniger als 475 Millionen in Aussicht nahm. Der Kriegsminister von Schönaich wagte es aber nicht, so viel zu verlangen und sprach „nur 200“ Millionen Kronen für das Heer aus — einen Betrag, den Franz Ferdinand einen „elenden Brocken“ nannte.

Der auch über die zum Krieg gegen Italien treibenden Machinationen Conrads erregten Bevölkerung wurde bald darauf Conrad als Opfer hingeworfen, indem er seiner Stelle enthoben und zum Generalinspektor der Armee ernannt wurde. Um aber den Thronfolger und die Generalstabskamarilla zu versöhnen, wurde bald danach auch Schönaich durch Auffenberg ersetzt. (Siehe den vorigen Artikel.)

Daß aber im Jahre 1911 Erzherzog Franz Ferdinand in Wirklichkeit über die „alten Mächte“ gesiegt hatte, zeigte die aggressive Politik in der Balkankrise, aber auch die neue Forderung der Rüstungskredite, die Auffenberg damit begründete, daß es nach der Bewilligung möglich sein werde, den Krieg so vorzubereiten, daß es nicht notwendig ist, ihn zu führen. Siehe übrigens auch den Artikel „Ehrfurcht vor der Kriegspartei“ mit der Rede vom 7. Dezember 1911.

Balkanfürsten als auch in Konstantinopel gemacht hat, angeblich — vielleicht im guten Glauben — den Krieg noch zu hindern. Diese ganze diplomatische Bemühung macht den kläglichsten Eindruck, wenn man betrachtet, von wem sie ausgeht und wann sie kommt. Das Streben der südslawischen Völker, der Bulgaren, Serben, Montenegriner, Mazedonier, nach Selbständigkeit, die Abwehr der Türkei ist keine Sache von heute und von gestern. Der Ehrgeiz dieser kleinen Fürsten, der dort unten nationale Formen annimmt, ist eine altbekannte Sache, und seit Jahrzehnten, um nicht zu sagen seit Generationen, wird dort unten ein blutiges Schachspiel gespielt, gespielt von den Großmächten auf dem Rücken der dortigen Völker. Sie wissen, wie Rußland Zug um Zug dort seine Macht festzusetzen und zu erweitern trachtet. Sie wissen, wie Österreich vor vier Jahren, nicht zufrieden damit, die zwei Provinzen zu okkupieren, mit denen es nichts anzufangen wußte, sie annektiert hat, um ebensowenig zu wissen, was es mit ihnen jetzt beginnt.

Die Diplomaten, die die Sprecher dieser Großstaaten sind, die können wahrhaftig nicht verlangen und nicht erwarten, daß ihren Versicherungen allzuviel Glauben geschenkt wird, daß ihren Vorstellungen und Ermahnungen allzuviel Wert beigelegt wird. Sie konnten nicht erwarten, daß die Balkanstaaten um des europäischen Friedens willen ihre Rüstungen einstellen werden, wo diese selben Großstaaten und ihre Staatsmänner die Interessen dieser Balkanvölker durch Jahrzehnte für nichts erachtet und sie nur benützt haben, um gegeneinander zu intrigieren. Nun ist das diplomatische Spiel zu Ende und die Kanonen haben das Wort. Das Vorspiel zu diesem Kriege sollte ein Friedensschluß sein: der Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei, der Schlußakt der räuberischen Attacke, die Italien auf die Türkei gemacht hat. Und nicht einmal dieser Friedensschluß, der eine Notwendigkeit für alle Teile ist, ist bis jetzt zu erzielen. Auch hier sehen wir — denn auch hieran sind alle europäischen Mächte beteiligt — ein vollständiges Versagen der Diplomatie, einen vollständigen Bankrott jener, die verantwortlich sind für den Frieden in Europa. Unsere Haltung, die Haltung Österreichs, war vor vier Jahren die Ursache der Unruhe Europas. Als damals Österreich den Berliner Vertrag zerrissen, die zwei Provinzen annektiert hat, die es ohnehin besessen, da drohte ein Krieg auszubrechen. Damals hat

Österreich das böseste Beispiel gegeben;

es kann heute wirklich nicht mit gutem Gewissen zum Frieden mahnen. Oder sollte Rußland es können? Dieses Rußland, von dem man sehr gut weiß, daß neben der offiziellen Friedenspolitik unterirdische Mächte im Spiele sind, oder besser gesagt, überirdische Mächte in der Nähe des Hofes in Petersburg, die die friedlichen Worte des Ministers am liebsten umkehren möchten in den Krieg. Österreich, Rußland, Frankreich, das in Marokko Eroberungen macht, England, das in der ganzen Welt als Eroberer

auftritt, alle diese Staaten treten auf als Raubstaaten. Der Raub, das ist der politische Ausdruck der kapitalistischen Gesellschaft. Es ist schwer zu erwarten, daß es einen moralischen Eindruck machen kann auf die kleinen Raubstaaten, wenn die großen Räuber sie zur Mäßigung und zum Frieden mahnen. Von allen, die beteiligt sind, von allen am wenigsten ist Österreich berechtigt, sich einzumischen. Heute wartet man ab, wie sich die Dinge auf dem Balkan gestalten werden, ob die Türkei siegen wird, ob die Kleinstaaten oder ob vielleicht durch lange Zeit das Schlachten geht, ohne deutlichen Ausgang. Alles wartet mit angehaltenem Atem und alle fürchten, daß es über den Balkan hinausgeht. Für die Völker dort unten haben wir alle möglichen Sympathien. Wir wünschen den Bulgaren, den Serben und den andern Völkern volle Entwicklung ihres nationalen Lebens. Wir wollen ihnen nicht in den Weg treten. Aber wir wünschen auch nicht, daß wegen dieser Dinge auf dem Balkan ein europäischer Krieg entsteht. Wir wünschen den Balkan den Balkanvölkern, aber sie dürfen nicht erwarten, daß wir den Frieden Europas opfern für den Balkan.

Nun ist allerdings davon nicht die Rede. Denn wenn der Friede Europas in Gefahr kommt, so kommt er nicht in Gefahr aus dem großen historischen Interesse der südslawischen Völker, wie man in Rußland lügt. Das Interesse des Volkes hat Rußland niemals in Bewegung gesetzt. Wo Rußland gewirkt hat, war es nicht um Völker zu befreien, sondern um Völker zu würgen. Und was Österreich betrifft, so ist sein Beruf zur Völkerbefreiung höchst zweifelhaft. Ein Staat, der in Ungarn regiert mit dem Tisza, der in Agram regiert mit dem Cuvaj und der überall noch regiert hat mit Ausnahmeständen, mit Gewalttaten, mit Gewalttaten aller Art, ein solcher Staat kann Völker nicht befreien. Alle, die Deutschen, die Tschechen, Polen und Ruthenen, Italiener und Slowenen haben empfunden, was österreichische Herrschaft ist. Allein Österreich hat sich leider auch unfähig erwiesen, ein Anwalt, ein Schutzpatron zu sein für die südslawischen Völker. Vielleicht wäre es eine vernünftige, eine große Politik gewesen, die die Existenzberechtigung Österreichs hätte erweisen können, die Berechtigung Österreichs, die südslawischen Völker auf dem Balkan zu befreien, wenn es imstande gewesen wäre, den Völkern, die es bereits seinem Staat einverleibt hat, eine moderne, vernünftige, eine menschliche Entwicklung zu bereiten. Da wir aber den Völkern auf dem Balkan nichts hinbringen als Polizisten, Gendarmen und Zollwächter, da wir nicht einmal imstande sind, mit den Balkanvölkern vernünftige Verträge über den Handel mit Getreide und Vieh zu schließen, weil wir in Österreich regiert werden von engherzigen, kurzsichtigen Profitcliquen, so hat Österreich keinen Beruf auf dem Balkan, und wir müssen verlangen, daß sich Österreich fernhalte, daß es keinen einzigen Mann mobilisiere und nicht den Vorwand gebe für den Krieg und daß es vor allem

selbst nicht Krieg führe. (Stürmischer Beifall.) Unser Minister des Äußern, Graf Berchtold, hat beruhigende Versicherungen in den Delegationen gegeben. Ich gestehe ganz offen, ich glaube ihm, daß er keinen Krieg führen will. Aber wenn der Mann, der die Verantwortung trägt, für das Leben von Hunderttausenden, für die ganze Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten, wenn der Mann sich Bedenken macht und zittern mag bei dem Gedanken, das Schwert zu ziehen oder nur einen Schritt zu machen, der den Krieg herbeiführt, so wissen wir nicht, ob derselbe Mann auch die Festigkeit hat, die Ruhe, die Steifnackigkeit, beim Worte des Friedens zu bleiben, wenn andere Kreise kriegslüstern sind.

Wir müssen damit rechnen, daß es in jedem Staate und nicht zuletzt auch in Österreich — und wir fühlen das auf Schritt und Tritt — Kreise gibt,

deren Geschäft eben der Krieg ist.

Die militärischen Kreise — ich will niemand im einzelnen beschuldigen, aber es ist etwas ganz Menschliches, daß der, dessen Handwerk der Krieg ist, den Krieg in einem ganz andern Lichte sieht und daß die militärischen Kreise im Kriege nur eine gute Geschäftskonjunktur sehen. Aber noch gefährlicher sind jene, die beim Krieg ihre Geschäfte machen. Wir haben ein merkwürdiges Bild in Österreich. Wir rüsten wie wahnsinnig, Hunderte von Millionen werden seit einigen Jahren dem Militarismus in den Rachen geworfen. Was hat uns die Annexion gekostet? Was die neuen Kanonen, die neuen Kriegsschiffe, diese Dreadnoughts und was wird uns erst das neue Wehrgesetz kosten? Alle diese Hunderte von Millionen sind verschwunden in den unersättlichen Rachen des Moloch und nach jedem Bissen sagt Moloch: Ein erbärmlicher Brocken. Nun kommt der Kriegsminister und braucht wieder einen Brocken. 150 Millionen, die sich bei näherer Betrachtung auf 250 Millionen erhöhen. Eine Kleinigkeit gegenüber dem großen Kriegsbudget! Gewiß eine Kleinigkeit; aber bedenken Sie wohl, in welcher Zeit diese Forderung kommt. Hier handelt es sich nicht allein um die Belastung des Volkes, hier handelt es sich um die politische Frage, ob es nicht ein Akt der größten Frivolität war, in diesem Moment diese Forderung aufzustellen.

Was man aber nicht begreift, das ist: daß in einem Moment, wo die ganze offizielle österreichische Politik erklärt, wir wollen den Frieden, das ist kein Rüstungskredit, warum müssen wir heute, gerade heute, neue Kredite für das Militär bewilligen? Wenn Österreich heute Kredite bewilligt und nicht für heutige Rüstungen, dann wird Österreich dadurch im Felde nicht kräftiger, aber es reizt, es verschärft, es macht sich verdächtig, es erleichtert den andern die Rüstung. Wir klagen die Russen an, daß sie in Polen mobilisieren. Was sollen wir ihnen antworten, wenn sie sagen: Wir mobilisieren nicht, aber wenn dem so wäre, ihr habt euch ja gerade jetzt neue Rüstungen angeschafft? Wenn es wahr ist, daß diese hundertfünfzig Millionen nicht für den Krieg bestimmt sind.

wie es ja sicherlich wahr ist, dann fragt man sich: Warum wurden sie gerade jetzt gefordert und nicht vor Monaten? Darauf wird man uns antworten: Wir haben sie ja verlangt, aber haben sie damals nicht bekommen, weder vom ungarischen Ministerium, dem es um sein Leben ging, noch vom österreichischen Ministerium. Man verlangt jene hundertfünfzig Millionen heute, nicht weil sie faktisch notwendig sind, sondern weil man sie jetzt einstecken kann unter

Benützung der kriegerischen Stimmung.

So spielt man ein höchst gefährliches Spiel. Und wenn wir immer prinzipiell jede militärische Forderung bekämpfen, weil wir die Kraft der Arbeiter für ganz andere Dinge brauchen, so müssen wir diese Forderung außerdem noch aus politischen Gründen durchaus verwerfen. Man zündelt nicht in einem Moment, wo in ganz Europa offene Pulverfässer herumliegen! Darum protestieren wir auf das schärfste gegen diese Forderung!

Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Wenn man sich unsere Lage vergegenwärtigt und sich vor Augen führt, wie das Volk heute schon lebt, wie die wachsende Lebensmittelteuerung auf den breiten Massen lastet, wie schon die bloße Kriegsgefahr Arbeitslosigkeit heraufbeschwört; wenn man sich vor Augen führt, wie das Leben des österreichischen Proletariats in den letzten Jahren immer schwerer geworden ist; wenn man sich vergegenwärtigt, wie unser Staat aussieht, wie er unfähig ist, Spitäler, Schulen, kurz die primitivsten Forderungen der Kultur zu erfüllen, und wie er dann noch durch eine verdammenswerte Agrarpolitik das Volk auswuchern läßt; wenn man sich vorstellt, daß zu diesen allen Qualen noch die Qual eines Krieges kommen soll, dann muß man sagen: Wir beneiden die Menschen nicht, die dort im Glanze leben, ruhig schlafen und glauben, es handle sich nur darum, ob der Ruhm eines Monarchen oder eines Anwärters auf diesen Posten gefährdet ist. Die Herren sollen doch auch andere Dinge erwägen. Wir Sozialdemokraten prophezeien nicht und wir sind viel zu gewissenhaft, um zu drohen und anzukünden, wovon wir nicht überzeugt sind, daß wir es leisten können. Wir prophezeien nicht und wir drohen nicht. Aber die Mächtigen mögen die Geschichte betrachten, und wenn wir nicht an die Zukunft appellieren dürfen, so appellieren wir an die Vergangenheit. Sie mögen sich erinnern, daß der Deutsch-Französische Krieg geendet hat mit der Kommune und der Russisch-Japanische Krieg mit der russischen Revolution. (Großer Beifall.) Die Kommune ist zu Boden geschlagen worden und die russische Revolution ist vorläufig im Blut erstickt. Noch arbeiten Hunderte von Galgen und Zehntausende von Kerkermeistern, um sie zu würgen; aber die Kommune lebt und die russische Revolution lebt. (Stürmischer andauernder Beifall.) Wir drohen nicht und wir prophezeien nicht; aber mögen die andern aus der Geschichte lernen, was wir aus der Geschichte gelernt haben: daß es im Leben der Völker Momente gibt, wo automatisch -- Revolutionen werden

nicht angekündigt und Revolutionen werden nicht gemacht — an den Ketten gerüttelt und so lange gerüttelt wird, bis sie endlich brechen.

Parteigenossen, wir gehen vielleicht der schwersten Zeit entgegen, die dem sozialistischen Proletariat Europas, seitdem es erwacht ist, als bewußter Körper beschieden ist. Wir stehen heute davor, daß der Krieg auf dem Balkan nicht isoliert bleibt. Da müssen wir den Herrschenden zurufen: Mögen sie es vor ihrem Gewissen verantworten. Das sozialistische Proletariat wird überall seine Pflicht tun. In England, Frankreich, Deutschland, überall werden die Proteste der Arbeiter gegen den Krieg kund. Und auch in Italien, wo es angesichts des Krieges weit schwerer ist, sind unsere Genossen so tapfer gewesen, sich gegen den Krieg zu wenden. (Rufe: Generalstreik!)

Mit Freude und großem Stolz haben wir vernommen, daß so wie im Jahre 1908 unser Genosse K a z l e r o w i t s c h der einzige in Serbien war, der den Mut gehabt hat, gegen die Kriegsfurie seine Stimme zu erheben, auch diesmal unsere Genossen sowohl in der serbischen Skupschtina als auch in der bulgarischen Sobranje den Mut gehabt haben, gegen den Krieg zu protestieren. Es ist nichts Leichtes, sich als ein einzelner, als verschwindende Minorität, ohne Macht, allein, dem wütenden Sturm des Fanatismus,

der Kriegsfurie mit ihrem Wald von Bajonetten entgegenzustellen.

Dazu gehört Mannesmut, dazu gehört Überzeugung, gehört mehr Mut, als jene Herren zeigen, die heute in den Vertretungskörpern erklären, daß sie in den Krieg zu ziehen bereit sind. (Gelächter.) Den Krieg treffen die Herren höchstens anzuschaffen, aber das Zugrundegehen im Kriege, das überlassen sie den andern. Ich habe hier das Wort Generalstreik gehört und ich will darauf antworten, damit es nicht heiße, ich sei darüber hinweggegangen. Geben wir uns keiner Täuschung hin. Wir sind nicht da, um die Arbeiter zu belügen; wir sind da, um ihnen die Wahrheit zu sagen. Wir dürfen sie nicht darüber täuschen, was möglich und was unmöglich ist. Ich weiß es nicht, vielleicht kommt ein Moment, wo der Generalstreik, das ist die Revolution, von selbst da ist. Das weiß ich nicht, das weiß niemand von uns. Ich habe früher gesagt: Wir haben nicht zu prophezeien und nicht zu drohen. Wie leicht ist es, Leute mit entflammter Phantasie in eine Richtung zu jagen, wo sie Opfer würden, ohne dem Frieden, ohne dem Proletariat im geringsten zu nützen! Jetzt haben wir nicht zu reden vom Generalstreik, jetzt haben wir zu reden von Arbeit an uns, in uns, in jedem Lande. Die ganze Internationale ist einig und wird in den verschiedensten Formen, wie sie jedem Land eigentümlich und möglich sind, den Druck ausüben für den Frieden. Sie wird zum Ausdruck bringen, daß die arbeitenden Massen den Frieden wollen und jeden Krieg verabscheuen und keinen Vorwand für den Krieg gelten lassen. Das wird die Internationale als Gesamtheit tun, das werden wir

Sozialdemokraten in unserm Land, in jedem Bezirk, in jeder Organisation tun! Fester denn je müssen wir zusammenhalten, klüger, kälter denn je müssen wir die Dinge beobachten, dürfen uns nicht fortreißen lassen von Phantasien, um den Kopf klar zu behalten, wenn andere Zeiten kommen. Wir jagen nicht Phantomen nach, wir wissen auch das Maß der proletarischen Kraft abzuschätzen; wir wissen, was wir können und was wir nicht können. Aber wenn wir diesen Staat auch nicht in der Hand haben und andere die Verantwortung tragen für alles, was geschieht, das eine können wir bewirken: daß man weiß, daß diejenigen, die um des Sandschaks oder des Balkans willen die österreichischen Arbeiter in Bewegung setzen und ihnen die Gewehre in die Hand geben, daß diejenigen, die unsere Weiber zu Witwen und unsere Kinder zu Waisen machen wollen, die Hunderttausende hinschlachten lassen wollen um des Balkans willen, daß diese im Vorhinein wissen, daß das Urteil aller Völker gegen sie ist und daß auf ihnen der Fluch aller denkenden Menschen lastet. (Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall.)

Krieg dem Kriege!

Sitzung des Internationalen Büros
am 28. Oktober 1912.

Wir sind uns darüber einig, daß wir uns in der schwierigsten Lage befinden, worin sich das internationale Proletariat, soweit wir zurückdenken, gesehen hat. Die Gefahr eines europäischen Krieges zeigt sich nahe und es fragt sich nun, welches die Kraft des Proletariats ist, sich diesem entgegenzustellen*). Ich spreche zunächst als Österreicher, das heißt als ein leider sehr nahe Beteiligter. Der Balkankrieg ist ein Ereignis, das man seit langem erwarten mußte, dessen Ausbruch indessen doch überrascht hat. Die Ursachen aufzurollen hat hier keinen Zweck. Es ist zweifellos, daß das Erwachen der Balkanvölker kommen und zu einem Kampfe gegen die Türkei führen mußte. Sosehr das gegen unsere Interessen

*) Am 28. und 29. Oktober 1912 fand in Brüssel eine Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros statt, um der drohenden Kriegsgefahr zu begegnen. Hier erstattete Adler das erste Referat über die internationale Situation.

Nach einer längeren Debatte wurde ein Manifest beschlossen, das mit den Worten schloß: **Krieg dem Kriege!** Diese Sitzung beschloß, den ordentlichen internationalen Kongreß auf 1914 zu vertagen und dafür in möglichst naher Zeit einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen mit der einzigen Tagesordnung: „Die internationale Lage und eine Verständigung über unser Verhalten gegen den Krieg“. Dieser Friedenskongreß wurde dann am 24. und 25. November in Basel abgehalten. Der ordentliche internationale Kongreß sollte dann in Wien sein, wurde aber durch den Ausbruch des Weltkrieges verhindert. Siehe unter anderem die Kapitel über den Baseler Friedenskongreß.

gehen mag, dieser Tatsache können wir uns nicht verschließen. Der Status quo hatte nicht nur für die Diplomatie, sondern auch für uns seine Bequemlichkeit. Wir hatten das Interesse, den Konflikt möglichst weit hinauszuschieben, bis zu dem Augenblick, wo das Proletariat ein entscheidendes Wort sprechen konnte. Dieses Interesse kam auch in dem Wunsche vieler Sozialisten — bewußt oder unbewußt haben ihn alle gehabt —, einen raschen Sieg der Türken zu sehen, damit Ruhe werde, zum Ausdruck. Aber diese Tendenz, worin der gesunde Menschenverstand sprach, ist wie dieser etwas eng. Und die Tatsachen werfen sie über den Haufen. Wir sehen, daß die Türkei — ich sage anscheinend — weniger widerstandsfähig ist, als man angenommen hat, die Balkanstaaten aber stärker, als man glaubte. Die Tatsachen sprechen dafür, daß der Status quo überholt, die Fäulnis der Türkei zu weit vorgeschritten ist. Zu dieser Erkenntnis sind nicht nur wir gekommen, sondern seit dreimal vierundzwanzig Stunden sogar der rückständigste, beschränkteste Faktor, den wir haben — die österreichische Diplomatie. Wir haben eine unumschränkte Bewunderung für unsere Genossen auf dem Balkan, die uns in ihrem heldenmütigen Verhalten ein außerordentliches Beispiel geben. Aber auch die nationale Entwicklung auf dem Balkan ist im Interesse von uns allen. Wir wünschen den Balkanvölkern die volle Unabhängigkeit und Autonomie, aber — wir wollen sie nicht mit unserm Blute bezahlen. Was wir tun können und müssen, ist, daß wir alle — jeder in seinem Lande — unsere Kraft daransetzen, daß keine Intervention stattfindet. Dies tun wir in Österreich, indem wir unsern Einfluß im Parlament, in der öffentlichen Meinung und im Proletariat geltend machen und erklären: Österreich hat auf dem Balkan nichts zu suchen. Es ist unfähig, seinen eigenen Südslawen eine erträgliche Existenz zu sichern, auf dem Balkan hat es stets eine reaktionäre Politik gemacht. Die Bekämpfung der Intervention ist wohl eine negative Politik, ist aber alles, was wir in dieser Situation machen können.

Ich komme jetzt zu den Interessengegensätzen, die hinter dem jetzigen Konflikt wirken; vor allem der zwischen Rußland und Österreich. Es besteht kein Zweifel darüber, daß russische Intrigen im Spiel sind. Wir haben alles Interesse daran, diese aufzuzeigen. Und wenn man uns sagt, daß die Auflösung der Türkei eine Verstärkung des russischen Einflusses in Südosteuropa bedeuten könnte, so sind wir entschlossen, alles zu tun, um dies zu verhindern. Aber vielleicht stehe ich unter der Suggestion der allerjüngsten Ereignisse, wenn ich zu einem andern Urteil über die Bedeutung der Entscheidungen, die sich da unten vollziehen, komme. Ich meine, eine schwache Türkei ist kein Schutz vor Rußland, aber eine starke Balkanföderation wird sich nicht zum Werkzeug Rußlands hergeben. Vielleicht verliert Rußland sein Spiel nicht durch den türkischen, sondern gerade durch den bulgarischen Sieg. Vielleicht — ich sage vielleicht — ist die Be-

siegung des Zarats bei den freien Serben und Bulgaren in besseren Händen als bei einer den Intrigen der Diplomatie preisgegebenen Türkei. Wir müssen dieses hoffen.

Was wir jetzt zu tun haben, ist nicht, gegenüber dem jetzigen Kriege Stellung zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß wir alle gegen den Krieg überhaupt sind. Aber unsere Sache ist nicht, gegen Dinge zu protestieren, die sind, sondern gegen Dinge, die kommen können — also vor allem gegen eine österreichische, russische und — was sehr leicht kommen kann — englische Intervention. Ich möchte da nur hinzufügen, daß die Zwangsvorstellung, die in Österreich geherrscht hat, als ob der Sandschak für Österreich absolut notwendig sei, zu weichen beginnt. Wir haben in Österreich, wie wohl überall, in den offiziellen Kreisen zwei Strömungen. Die für die auswärtige Politik verantwortliche Persönlichkeit spricht und ist wohl nur für den Frieden. Zweifellos aber gibt es auch oben eine Strömung für den Krieg und in ihr treiben natürlich auch Leute, die aus dem Kriege ihr Metier machen. Aber in den letzten vierzehn Tagen haben wir ein Stück Geschichte erlebt, das wohl nicht nur unser Denken verändert hat. Ich glaube sagen zu können, daß, wofern Rußland keinen Vorstoß macht, Österreich seine Neutralität bewahren wird. Aber wir haben trotzdem unsere Bemühungen zu steigern, um den Krieg unpopulär zu machen und zu verhindern, daß er populär gemacht werden kann; denn einen Krieg, der nicht populär gemacht worden ist, führt keine Regierung mehr. Ich glaube, daß die Einigkeit des Proletariats auf die Regierungen nicht ohne Einfluß bleiben kann. Unser Standpunkt muß sein: Der Balkan den Balkanvölkern und — für Österreich und Rußland — Hände weg!

Der Krieg und die Internationale.

Referat*). — Parteitag 1912.

In dem Moment, wo wir in die Verhandlung der Sache eingehen, die nicht nur uns, die wir die Vertretung des deutschen Proletariats Österreichs sind, sondern alle verantwortlichen Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in allen Ländern aufs ernsteste beschäftigt, müssen wir uns vor allem einen guten und erhebenden Gedanken vor Augen halten. Was auch geschehen möge, was auch

*) Auf dem Parteitag, der am 31. Oktober 1912 in Wien zusammentrat, stand als siebenter Punkt der Tagesordnung der Internationale Kongreß in Wien. Bei Beginn des Parteitages stellte nun Dr. Adler den Antrag, da die allgemeine Weltlage und der Krieg die Situation völlig verschoben haben, und es dringend notwendig sei, vor allem von der Frage zu sprechen, die alles andere in den Hintergrund drängte, von der drohenden Kriegsgefahr und von dem, was die Sozialdemokraten in Österreich und was die Internationale dazu zu sagen habe, einen neuen Punkt einzufügen: „Der Krieg und die Internationale.“ Das wurde beschlossen und Adler erstattete das Referat.

geschehen ist: die unverbrüchliche Solidarität, die unzerreißbare Entschlossenheit der gesamten sozialistischen Internationale aller Länder, gleichgültig, ob sie bereits unter den Greueln des Krieges stehen oder erst von ihm bedroht werden, ist heute schon eine Tatsache. Als vor wenigen Wochen die Gefahr des Krieges sich klar zeigte, als in den Tagen, als man auf dem Balkan nur schwankte, ob die Kriegserklärung heute oder morgen erfolgen soll, aber als wir hier wenigstens noch nicht wußten, ob es sich um eine bloße Demonstration handle, oder ob es diesmal Ernst werde, in dieser Zeit des Schwankens, als die bürgerliche Presse in allen Staaten Europas und nicht zumindest in Österreich noch glaubte, durch Säbelrasseln, durch Geltendmachen ihrer spezifischen hergebrachten traditionellen Interessen den kommenden Sturm beschwichtigen zu können oder, wenn nicht, ihren Anteil am Raub zu erlangen — in dieser Zeit schon ist, soweit auf irgendeiner Seite der Sozialismus die Möglichkeit hat, sich zu äußern und in der öffentlichen Meinung sich geltend zu machen, das Wort des Friedens zu hören gewesen.

Wir Österreicher sind in einer zweifach und mehr als doppelt schwierigen Lage gegenüber allen anderen sozialistischen Parteien. Wir sind in der Nähe des Kriegsschauplatzes und jede Erweiterung des Krieges trifft uns zu allernächst. Wir sind zweitens auch aus dem Grunde mehr interessiert als alle anderen Länder, weil die nationale Entwicklung, die auf dem Balkan vor sich geht, die Entwicklung der Nationen, die in das Licht der Geschichte hinaustreten, ihr Vorspiel, analoge Vorgänge, Freundschaften und Feindschaften innerhalb Österreichs findet. Die Gefahr war für uns die allergrößte, und es war nichts als natürlich, daß wir auch die ersten waren und sein mußten, die dieser Gefahr, soweit es in unsern Kräften steht, entgegengetreten sind.

In solchen Zeiten fragt man sich, wenn man da verantwortlich ist und das Gefühl für seine Verantwortlichkeit hat: Was kann denn die Internationale, was kann die Sozialdemokratie, was kann die organisierte Arbeiterschaft leisten? Wir stehen vor der Gefahr, daß auch die Greuel, die sich im Kriege des Balkans zutragen, nach Europa herübergeschleppt werden, daß wir in einen Krieg hineingetrieben werden, der verwüstet, was das Resultat jahrhundertelanger Arbeit ist. Wir stehen vor der furchtbarsten aller Gefahren: daß die Sozialdemokratie als die Vertreterin der Arbeiterschaft die Arbeit von Jahrzehnten in einem Moment vernichtet sieht. Wir stehen davor, daß der jahrelange mühselige Aufbau aller Vorkehrungen, aller Maßregeln, aller Einrichtungen zur Hebung der Lebenshaltung der Arbeiter in einem Moment hinweggeblasen wird von der Barbarei des Krieges. Wir stehen vor der Gefahr, daß Zehntausende und Hunderttausende bluten müssen für eine Sache, die sie nichts angeht. Ja wir stehen vor der Gefahr, daß in einer Zeit, wo die arbeitenden Schichten ohnehin durch Lebensmittelteuerung und alles, was damit zusammenhängt, Wohnungsteuerung, das ganze Massenelend, das sich in der letzten Zeit mit geradezu

gesteigerter Brutalität in jeder einzelnen Familie geltend macht, daß zu ihm noch der Krieg kommt, die Arbeitslosigkeit, deren Grenzen sich gar nicht übersehen lassen, und daß unser ganzer kultureller und politischer Zustand, er möge so hoch oder so niedrig eingeschätzt werden, wie man will, zurückgeworfen wird auf unabsehbare Zeit, auf einen Standpunkt, von dem aus neue Arbeit erst in Jahrzehnten einen Wiederaufbau ermöglicht. Nun sollte man glauben, daß auch die Mächte, das, was man Europa nennt, ein Interesse an der Erhaltung des Friedens haben. Und wenn man ihre Worte hört, so ist daran kein Zweifel, Worte für den Frieden haben sie genug. Aber erinnern Sie sich, daß noch vor wenigen Wochen von allen Seiten und insbesondere von Österreich immer das Wort gesprochen wurde: Wir können auf dem Balkan keine Veränderung dulden, die unsere Interessen schädigt. Das Säbelrasseln hier war deutlich zu vernehmen. Hinter den friedlichen Worten der Diplomaten auf dem Balkan sehen wir die Erhebung der Slawenvölker gegen die türkische Herrschaft.

Das ist nichts Neues, das mußte kommen, das ist der organische Fortschritt einer Entwicklung. Demgegenüber haben wir zwei Interessen geltend zu machen, die anscheinend einander widersprechen. So wie wir jedem Volk freie Entwicklung, Autonomie und Selbstbestimmung wünschen und vergönnen, so bringen wir auch den Bulgaren, den Serben und Montenegrinern auf dem Balkan alle Sympathien entgegen; wir wünschen ihnen, sie mögen nach ihren Kräften in die Reihen der Kulturvölker auch politisch einrücken können; wir wünschen, sie mögen wirtschaftlich und politisch autonom werden und sich ausleben können. Wir haben jedes Bestreben, ihnen entgegenzutreten, von jeher verurteilt. Wir wünschen ihnen Erfolg in ihrer nationalen autonomen Entwicklung. Allein, Parteigenossen, das andere Interesse, das wir haben, ist nicht minder wichtig. Nicht nur die Völker des Balkans sind ein Teil der Internationale, auch wir sind ein Teil der Internationale. Und so wenig wir wünschen, die Völker des Balkans in ihrer Entwicklung zu hindern, so sehr müssen wir darauf bedacht sein, daß das, was die Entwicklung bereits geschaffen hat in den westlichen Ländern, vor allem aber in unserem Lande nicht geschädigt wird durch den Krieg, der zu nichts anderem führen kann als wieder zum Kriege. Nun begreifen Sie, daß uns vor allem daran gelegen sein mußte, die österreichische Diplomatie, das österreichische Auswärtige Amt zu klaren Äußerungen zu bewegen, und gestatten Sie an dieser Stelle, daß ich jenen Genossen, die in der Lage waren, an dem Orte, wo das am wirksamsten geschehen konnte, nämlich in der österreichischen Delegation, den Standpunkt der österreichischen und der internationalen Sozialdemokratie geltend zu machen, daß wir unseren Genossen Ellenbogen und Schuhmeier hier den wärmsten Dank des Parteitages aussprechen. (Bravo!) Sie haben mit einer Klarheit und Bestimmtheit, die kein Ausweichen eines noch so geriebenen Diplomaten möglich machte, gleich in der ersten Phase dieses Konfliktes den Grafen

Berchtold gezwungen, wenigstens eine deutliche Antwort zu geben, sich zu bekennen und sich zu binden, daß mindestens die offizielle Politik Österreichs allen Bestrebungen zur Störung des Friedens fernsteht.

Aber, Parteigenossen, wir haben nicht nur eine offizielle Politik in Österreich. So wie jedes Land neben der offiziellen Politik auch eine hat, die vielleicht mächtiger und einflußreicher als die offizielle ist, so haben das insbesondere auch wir, denn dieser Gegensatz tritt um so schärfer auf, je mehr wir uns von der Demokratie entfernen und je mehr wir uns dem Despotismus und Absolutismus nähern. In Frankreich und England vermag die auswärtige Politik immerhin kontrolliert zu werden. Bis zu einem hohen Grade kann die wirkliche Politik von der französischen Kammer und vom englischen Unterhaus kontrolliert und bis zu einem gewissen Grade wenigstens die Konkordanz zwischen offizieller und wirklicher Politik durch die Kritik unserer Genossen hergestellt werden. Ich verweise insbesondere auf die Arbeit, die in dieser Beziehung unsere französischen Genossen der geeinigten sozialistischen Partei geleistet haben. In der gesamten Affäre von Marokko*) sind sie mit einer unwidersprechbaren Logik, mit einem Mute, der in seiner Art ganz gleichzustellen ist mit dem Mute, den unsere Genossen auf dem Balkan entwickelt haben, einem Orkan von Chauvinismus, der sich zu entfalten drohte, entgegengetreten. Dort waren sie in der Lage, die wirkliche Politik Frankreichs zu enthüllen und zum Gegenstand der öffentlichen Erörterung zu machen. Wenn ich sage, auch in Frankreich, in England und in den vorgeschrittenen Ländern überhaupt ist das schwer, so wissen Sie ja sehr wohl: nicht nur auf dem Balkan gibt es die Barbarei des Chauvinismus und die Besinnungslosigkeit und die Demagogie der

*) Es sei besonders auf die Rede von Jaurès in der Marokko-Debatte der französischen Kammer am 19. Dezember 1911 hingewiesen, wo er unter anderem sagte, es sei der größte Fehler der französischen Politik gewesen, Deutschland ausschalten zu wollen. Das tragische Geschick Deutschlands sei, daß es immer zu spät gekommen sei, als der Seehandel und der Kolonialerwerb der anderen aufblühte. Seit vierzig Jahren habe es in Europa keinen Krieg gegeben, und da müsse er sagen, daß die deutsche Diplomatie im Grunde genommen wesentliche Mäßigung gewahrt habe. Keiner der großen Lenker Deutschlands, weder Bismarck noch die drei großen Kaiser, hätten geflissentlich Krieg gewollt. Durch die 1904 und 1905 unterzeichneten Marokkoverträge habe die französische Diplomatie die deutsche Empfindlichkeit verletzt und erkenne durch das Abkommen vom 4. November die Notwendigkeit an, Deutschland zu entschädigen. (Lärm.) Er beklage, daß Frankreich seinen Anteil an der Verletzung beschworener Verträge habe, da es sich 1900 mit Italien verständigte, daß Frankreich Marokko und Italien Tripolis nehmen dürfe. (Großer Lärm. Jaurès wird zur Ordnung gerufen. Er fährt fort:) Die patriotische Entrüstung hat immer diejenige Partei ausgezeichnet, die das Vaterland in das Verderben gestürzt hat. (Größter Tumult.) Jaurès wiederholt unter andauerndem Lärm, daß er die gegen die Nation begangenen Attentate tief beklage. Unter großer Erregung wird die Sitzung geschlossen.

Kriegshetze. Denn das ist eine Eigentümlichkeit aller Länder, und leider haben die Interessentcliquen, die Finanz- und die Industrieclique, haben die Regierungscliquen sehr viel Möglichkeit, ihre interessierten Wünsche in das Gewand patriotischer Begeisterung zu kleiden. Und die Organe der chauvinistischen Demagogie und ihre Exzesse sind in Frankreich nicht geringer als auf dem Balkan. Schwieriger ist es schon in Deutschland, wo der Deutsche Reichstag leider keine solche Tribüne für die wirkliche Politik des Deutschen Reiches ist. Mit der größten Mühe nur gelingt es den Sozialdemokraten Deutschlands, im Reichstag den Kanzler Rede und Antwort stehen zu lassen. Und während wir in Frankreich und in England wirklich, wenigstens der Möglichkeit nach, eine fortgesetzte kritische Erörterung der auswärtigen Politik sehen, ist das in Deutschland in viel geringerem Ausmaß möglich. Darum ist es doppelt notwendig und doppelt erfreulich, daß die deutsche Sozialdemokratie, die das Parlament als Organ zur Kontrolle, zur Überwachung der Regierung und zum Ausdruck des Volkswillens, nicht in dem Maße ausnützen kann, wie das in jenen demokratischen Ländern gelungen ist, in mächtigen Demonstrationen auf der Straße ihren Willen kundgegeben hat, auf allen Straßen der großen Städte des Deutschen Reiches.

Wir in Österreich sind noch ärmer als alle. Wir haben ein Parlament, wir haben sogar zwei Parlamente, eines in Österreich, eines in Ungarn. Das ungarische wird gegenwärtig verwaltet von einem Polizeikommissär (Sehr richtig!) und ist kein geeigneter Boden für politische Erörterungen. Das österreichische Parlament hat offiziell keine Berührung mit dem Minister des Auswärtigen. Wir haben den Minister des Äußern niemals gesehen. Für uns existiert er gar nicht, und es ist ungeheuer schwer für uns, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Nun haben wir ja die Verdünnung des Parlaments oder, wie man den Extrakt des Parlaments nennt, die Delegation. Was dort möglich ist, das ist geschehen. Aber auch wir sind angewiesen darauf — was wir in der Delegation nicht leisten können, vermöge der Rückständigkeit in unserem Lande, was wir im Abgeordnetenhaus nur unvollkommen leisten — den Willen des Volkes, die Kritik an den Machthabern auszusprechen und zum Ausdruck zu bringen außerhalb des Parlaments, hier in unmißverständlichen, klaren Manifestationen zu sagen, was wir wollen. Wir haben selbstverständlich die parlamentarischen Mittel, so unzureichend sie sind, ausgenützt. Wir haben in der Form einer Interpellation an die Regierung beim Ausbruch des Krieges sofort versucht, das Ministerium des Äußern durch den Mund des österreichischen Ministerpräsidenten zum Sprechen zu bringen. In dieser Interpellation haben wir mit klaren Worten und unverblümt und sehr nüchtern auseinandergesetzt, daß Österreich auf dem Balkan nach unserer Überzeugung nichts zu suchen hat, daß wir wünschen müssen die absolute Abstinenz jedes Eingreifens auf dem Balkan, daß wir vor allem anderen die nicht offizielle Politik, die sich aber sehr deutlich machte, auf das schärfste bekämpfen müssen, jene

Politik, die zwar äußerlich vom Frieden sprach, aber sehr deutlich zu jener Zeit hat merken lassen — sie sieht heute schon sehr vergangen aus —, als ob, wenn das erste serbische Regiment den Sandschak betritt, die österreichische Regierung die heiligsten und wichtigsten Interessen bedroht sieht und sich in Bewegung setzen muß. Beim Beginn des Krieges hat die österreichische Sozialdemokratie — und damals war sie es allein — gesagt: H ä n d e w e g v o m S a n d s c h a k ! H ä n d e w e g v o m B a l k a n ! Was da unten geschieht, ist Sache der Balkanvölker; wir haben kein Recht, hineinzureden! (Lebhafte Zustimmung.)

Damit haben wir ein Doppeltes getan. Wir haben nur die Pflicht gegen uns erfüllt; wir haben nicht nur das Interesse, daß wir keine Mobilisierung, daß wir einen Krieg nicht wollen, sondern wir haben darauf hingewirkt, soweit es in unseren Kräften steht, und wir werden es weiter tun, ein Übergreifen des Krieges zu verhindern. Wir haben aber damit noch eine zweite internationale Pflicht erfüllt. Eine unserer Pflichten ist es, der Selbständigmachung und Entwicklung der Balkanvölker nicht in den Weg zu treten. Wenn wir ohnmächtig sind, wie wir gestehen, den Balkanvölkern zu ihrer Autonomie zu verhelfen, ist es mindestens unsere Pflicht, nichts zu tun und nichts geschehen zu lassen, was sie an ihrer Entwicklung und an ihrer Zukunft hindern kann. Wir haben also durch diese Haltung nicht nur für die Interessen des Friedens, sondern auch für die der Entwicklung und Autonomie der Balkanvölker, für die wir in Österreich ein feineres, ein blutig erworbenes Verständnis haben als in anderen Ländern Europas, unsere Pflicht getan. Wir haben bei Beginn des Krieges ein Manifest herausgegeben und waren so glücklich, trotz der Schwierigkeiten, die immerhin in einem solchen Moment die Einheit einer politischen Orientierung der verschiedenen Nationen bietet, die in Österreich wohnen, volle Einmütigkeit zu erzielen. Die Sozialdemokraten aller Nationen, die Polen, Slowenen, Italiener, Ruthenen und Tschechen, alle stehen unter dem Manifest, das wir herausgegeben haben.

Nun war es natürlich, daß die Internationale ihre Verwaltung, das Internationale sozialistische Büro in Brüssel, ebenfalls in Bewegung setzen mußte. Wir haben Montag und Dienstag eine Sitzung des Büros gehalten, um gemeinsam zu überlegen, was unsere Pflicht und zunächst, was unsere Einsicht über die Dinge ist. Sie begreifen und es wäre recht unsinnig, es zu verhüllen, weil es ein Tatbestand ist, der ganz naturgemäß ist: — daß, wenn man auch dieselben Dinge nach denselben Prinzipien beurteilt, es nicht ganz gleichgültig ist, von welcher Seite, von wo aus man sie beurteilt. Dasselbe Prinzip, dieselbe Überzeugung: aber das Auge sieht von Wien aus ein ganz anderes Bild als das Auge von Paris, London, Bukarest oder gar Petersburg. Es entstehen also selbstverständlich bei denselben Ansichten verschiedene Bilder, und es war notwendig, höchst notwendig, und ich kann es zu meiner Freude ausdrücken, es ist vollständig gelungen, die verschiedenen Ansichten über die Lage, die wir nun zur Quelle haben, die Ver-

schiedenheit der Information, die Verschiedenheit des Standpunktes, von dem aus man sie sieht, zur völligen Übereinstimmung zu bringen, und wir dürfen sagen, daß die Aussprache von Brüssel nicht nur die Einheit des Willens bezeugt hat, sondern auch die Übereinstimmung der Anschauung und der Interpretation der Tatsachen, vor denen wir stehen.

Ganz leicht ist die Sache nicht. Ich bin der Ansicht, daß wir in solchen Momenten ohne Umschweife, ohne etwas zu verhüllen, reden sollen. Es ist begreiflich, daß bei aller internationalen Solidarität man zuerst an sich denkt, denn auch wir sind ein Glied der Internationale. Es ist begreiflich, daß, wenn ein Krieg beginnt, der nächste Gedanke ist: Wie hört er am schnellsten auf und wie wird er am sichersten von unseren Grenzen ferngehalten? Das ist ein naheliegender und präziser Gedanke, vor allem aber ein Gedanke des berechtigten Egoismus. Wenn dazu noch die Vorstellung kommt, daß man es auf dem Balkan mit einer völlig vorzeitigen Erhebung von Völkern und Staaten unter der Führung ehrgeiziger Fürsten zu tun hat, die gewiß aufgestachelt sind von russischen Intrigen — nichts ist natürlicher, als daß unter der Voraussetzung, daß die Türken dem ein rasches Ende machen werden, auch damit der Wunsch verknüpft ist: Wir wollen rasch Ruhe haben. Wir wissen ja alle, wie unsere Anschauungen von unseren Wünschen beeinflußt werden. So hat es nicht nur bei uns, sondern überall in der Welt viele Leute gegeben, die sich dann bei Ausbruch des Krieges gedacht und es geschrieben haben: Ein rascher Schlag auf den Kopf der Balkanvölker und wir werden wieder Ruhe haben. Das war keine Sympathie mit der türkischen Herrschaft, aber eine sehr starke Antipathie gegen den Krieg, weil man meinte, daß das uns am schnellsten von der Sorge befreit. Es gibt nun nicht nur turkophile Strömungen, in Österreich am wenigsten, aber wie es sich ergibt, sind sie weniger türken- als friedensfreundlich, und bei der hundert Jahre langen Gewohnheit, zu glauben, die Existenz der Türkei sei eine Bedingung des Friedens, hat man gemeint, diese Anschauung werde auch weiter gültig bleiben. Dazu kommt, daß sich auf dem Balkan noch andere Interessen kreuzen, daß dort eine weitaus größere Gefahr als die türkische die russische war und wir gewohnt sind, soweit wir zurückdenken, daß der Zarismus, der bedeckt ist von oben bis unten mit dem Blute aller Völker, mit denen er in Berührung gekommen ist, daß der Zarismus, der sich offiziell als Anwalt der Völkerfreiheit ausgibt, tatsächlich der Anstifter des Völkermordes ist zum Zwecke russischer Interessen. Selbstverständlich ist es, daß gegen diese bleibende, dauernde, schwerste Gefahr für alles, was uns mit der europäischen Zivilisation und Kultur verbindet, für alles, was europäische Demokratie und Errungenschaft der Demokratie ist, für alles, was unsere physische, kulturelle und geistige Existenz ist, ich sage, daß gegen diesen Feind sich all unser Denken richten mußte. Und weil die Tradition es mit sich bringt, daß die türkische Herrschaft ein Vorposten gegen Rußland

sei, darum hat man vor wenigen Wochen noch die Empfindung gehabt bis in unsere Reihen hinein, daß ein schnelles Ende mit der Abwehr der slawischen Angriffe als das Beste zur Erhaltung des europäischen Friedens gelte.

Aber es hat sich bald gezeigt, daß die Geschichte im Begriff ist, eine starke Wendung zu machen, und wir dürfen wohl sagen, seit acht Tagen sieht Europa anders aus. Was immer der Anlaß war, was den momentanen Anstoß gegeben hat zum Kriege, ob der Bund der Balkanstaaten angestiftet wurde von Rußland, oder ob er auf eigenem Boden gewachsen ist und nur das Protektorat Rußlands ausgenützt hat, und man sogar Äußerungen hört — an die ich nicht glaube, weil sie zu weit hergeholt sind —, daß sogar Österreich durch unseren guten Freund Ferdinand*) an dieser Balkanföderation eine intellektuelle Urheberschaft hat — ich glaube nicht an die intellektuelle Urheberschaft der österreichischen Diplomatie (Heiterkeit): möge dem sein wie immer, sicher ist, daß sich eine Tatsache vollzogen hat, deren Kommen jeder sehen mußte, aber von der wir nicht gewußt haben, daß sie so nahe ist. Diese Föderation der Balkanstaaten ist der diplomatisch verkleinerte, verstümmelte, verfälschte, aber immerhin der Ausdruck doch dafür, was wir internationalen Sozialisten von jeher als die Notwendigkeit für den Balkan angesehen haben, für den Bund der Balkanvölker. Wir stellen uns ihn anders vor, als eine freie Föderativrepublik der Balkanländer, wie das die Genossen der Balkanstaaten erst jüngst wieder als ihr Ziel ausgesprochen haben. Aber die Weltgeschichte geht nicht so einfach vor, daß sie unsere Wünsche auf einmal erfüllt. Wir wünschen rasch, aber die Weltgeschichte arbeitet langsamer als wir mit unserem Denken. Doch ist kein Zweifel, so verfälscht er ist und soweit und so sehr auch ein Wichtiges fehlt: die Aufnahme des türkischen Volkes in den Bund, so müssen wir doch sagen, er ist eine Notwendigkeit der historischen Entwicklung, verstümmelt, verfälscht, aber es ist doch der Balkanbund, den wir heute sehen.

Unter diesen Umständen zeigt sich die Lage in ganz anderem Lichte. Wenn der Gedanke schon schwer zu denken ist, daß wir in unserem eigenen Interesse, um die Gegnerschaft gegen Rußland zu bilden, die berechtigten Ansprüche von Bulgaren, Serben und Montenegrinern hätten abweisen dürfen, wenn es schon schwer-

*) Die österreichisch-ungarische Diplomatie hat sich zwar sehr viel von dem Koburger einreden lassen, sie hat ihn auch immer wieder als Bundesgenossen gefeiert; aber am Balkanbund hat sie doch keinen Anteil gehabt. Dieser war im Gegenteil geradezu gegen Österreich gerichtet. Schon damals wußte man, daß Ferdinand in seinem Bündnisvertrag mit Serbien vom 12. März 1912 den Protektor des Balkanbundes, den Zaren, zum Schiedsrichter in allen Streitigkeiten eingesetzt hat. Später wurde übrigens bekannt, daß in diesem Geheimvertrag sich Serbien und Bulgarien verpflichteten, einander mit allen Streitkräften zu helfen, „falls irgendeine Großmacht versuchen sollte, ein beliebiges Stück des Balkans zu annektieren, zu okkupieren oder mit ihren Truppen zu erfassen“.

fallen würde, das Interesse unserer Kultur entgegenzusetzen diesen Interessen, so ist das heute anders geworden. Wir dürfen seit der letzten Woche einem anderen Gedanken Raum geben. Wir brauchen den Widerstand gegen russische Übergriffe, den Schutz gegen den russischen Zarismus und dessen Forderungen auf dem Balkan nicht mehr zu suchen in einer zusammenstürzenden osmanischen Herrschaft, sondern müssen ihn suchen und werden ihn hoffentlich finden in einem selbständigen Verband der slawischen Völker des Balkans. Was ich da sage, geht selbstverständlich über die Stunde hinaus, und ich möchte Sie bitten, mir da alle Nachsicht zu gewähren, schon angesichts der Schwierigkeit, die darin liegt, in einem Moment, wo der Fluß der Ereignisse von Tag zu Tag neue Tatsachen schafft, Erwägungen auszusprechen, die für die Zukunft Geltung haben sollen. Unser Interesse ist also gewiß: der russische Einfluß darf nicht mächtig werden. Wir wollen weder im Norden die Gefahr, von der Daszynski gestern gesprochen hat und die wir alle verstehen, wir wollen sie aber auch nicht für den Süden: das Prestige des Zarismus in Europa, besonders aber auch in Rußland selbst darf nicht vermehrt werden. Aber wir können meines Erachtens unsere Hoffnung nicht mehr setzen auf die zermorschte Macht des türkischen Reiches, sondern wir müssen unsere Hoffnungen setzen nicht auf das Vergehende und Verfallende, sondern auf das kommende, werdende und hoffentlich kräftig werdende Volk Bulgariens und Serbiens, nicht auf Ferdinand und Peter, aber auf Bulgarien und Serbien, und wir hoffen — wenigstens ich hoffe es, und was ich hier sage, bindet niemand als den Sprecher —, daß die Gefahr überwunden ist, die in einem zweifelhaften Ausgang des Krieges liegen würde. Ein schlechter Sieg der Türken, ein schlechter Sieg der Bulgaren, ein Schwanken des Bildes wäre gleich gefährlich, das würde das Eingreifen Rußlands, das Eingreifen immer wieder herbeiführen. Da aber die Hoffnung besteht, daß der Krieg rasch zu Ende geht, entsteht schon heute eine andere Hoffnung: daß endlich mit der ganzen orientalischen Frage, mit der ganzen Balkanfrage ein für allemal reiner Tisch gemacht wird! Es scheint, daß man den Balkanvölkern, die in der Stille gewachsen sind, diese Arbeit mit großem Vertrauen überlassen kann. Es scheint, daß, wenn Rußland wirklich gemeint hat, durch das Anstiften dieses Krieges feste Wurzeln auf dem Balkan zu finden und seine Macht zu vergrößern: ich hoffe und erwarte, daß Rußland auch diesmal wieder sein Spiel verlieren wird, weil die Völker da unten sagen werden: „Jetzt sind wir für den Status quo, um den ihr euch einst so bemüht habt!“ Der Status quo von heute, werden sie sagen, ist nicht das fortwährende Eingreifen von russischen und österreichischen Diplomaten, ist nicht die Abzirkelung von Interessensphären dieser Staaten, der Status quo ist: Der Balkan für die Völker, die ihn bewohnen.

Wir sind Österreicher und daher Spezialisten in balkanähnlichen Zuständen. (Heiterkeit.) Wir wissen also ganz genau, daß, wenn Friede sein wird und diese Staaten sich entwickelt haben, dann keine Periode der Annehmlichkeit für sie beginnt. Wir wissen ganz gut, daß das Völkergemeinde in Mazedonien, Albanien usw. den Leuten auf dem Balkan einige harte Nüsse zu knacken geben wird. Wir wissen das, da wir Spezialisten sind, weil wir es nicht zustande bringen, die Frage zu lösen, ob in Wien tschechische Privatschulen möglich sind, weil wir um jeden Kirchturm, um jeden Gemeindegewächter streiten, obwohl wir schon so lange das Glück haben, vereinigt zu sein. Wir wissen also, was den Balkanvölkern bevorsteht. Aber das ist zunächst unsere Sorge nicht. Der Balkan den Balkanvölkern! Alle Vorteile, alle Herrschaft, aber auch alle Sorgen! Mögen sie das ordnen, so gut sie können. Neben diesen wirklichen Dingen stehen auch Fiktionen, stehen eingebildete Dinge, steht die Gefahr, daß Österreich eingreift, daß Österreich versucht, auf dem Balkan heute zu suchen, was es in seiner günstigsten Zeit nicht hat finden können. Neben der offiziellen Politik geht natürlich eine inoffizielle. In Rußland geht neben der Friedenspolitik von Sasanow, dem offiziellen Vertreter und Minister, die inoffizielle Politik der schwarzen Hundert, der schwarzen Bande, die am Hofe ihre Vertreter hat, und man sagt, daß die Umgebung des Zaren und vielleicht der Zar selbst Einflüssen ausgesetzt sind, die nicht friedlicher, sondern kriegerischer Natur sind. Auch wir haben unsere schwarzen Hundert. (Sehr richtig!) Auch wir in Österreich haben eine inoffizielle Politik, auch wir haben zu derselben Zeit, wo unser Minister des Auswärtigen höchst friedliche Erklärungen gab, ganz deutlich aus der Presse und aus Äußerungen aller Art gehört: Der S a n d s c h a k, das ist ein österreichischer Ehrenpunkt und Österreich muß marschieren lassen, wenn man auf den Sandschak greift. Neben der offiziellen Politik war — wie heißt das alte Wort — eine kleine, aber mächtige Partei, der man mit Recht oder mit Unrecht nachsagt, daß sie vom Belvedere aus befehligt wird. Eine Partei, die den politischen point d'honneur, den militärischen Ehrenpunkt geltend machte und immer wieder darauf verwies, wir müssen bereit sein, einzumarschieren, wenn die Serben sich ausdehnen, zur Erhaltung des Status quo. Als ob es etwas Lächerlicheres gäbe als diesen Status quo. Das ist ja heute nicht die Macht Österreichs auf dem Balkan, das ist die Ohnmacht, die wirtschaftliche, die politische, die kulturelle Ohnmacht, das ist der politische Bankrott auf dem Balkan, das ist in der Wahrheit der Status quo, und für den zu marschieren, für den das Blut unserer Kinder hinzugeben, das kann nur die wahnsinnige Phantasie, die cäsarenwahnsinnige Phantasie, muß man sagen — es gibt auch Cäsarewitsche*), die wahnsinnig sein können. (Bravo!) Dem haben wir uns also entgegensustellen.

Und was wir vor vierzehn Tagen in unserem Manifest gesagt haben, was unsere Abgeordneten in der Delegation und im Abgeord-

*) Gemeint ist der Thronfolger, das Haupt der Kriegshetzer.

netenhouse gesagt haben, das ist seit acht Tagen merkwürdigerweise beinahe Gemeingut geworden der einst sehr kriegerischen und säbelrasselnden Presse. Ich habe mit dem größten Vergnügen von dem Umschwung, der so rasch gekommen, während ich von Brüssel nach Wien gefahren bin, gehört. In Wien hatte ich noch Leitartikel gelesen, die den Sandschak reklamierten, und als ich in Brüssel ankam, habe ich die Depeschen gelesen über die Artikel der österreichischen Presse, die den Status quo zu den Toten legten und mit den Serben womöglich gute Handelsverträge schließen möchten — eine rasche Bekehrung. Ich bin nicht so töricht, diese Bekehrung unseren Argumenten zuzuschreiben. Unser Verdienst ist nur, daß wir früher erkannt haben, was notwendig und vernünftig ist. Die Umkehr ist besorgt worden durch die bulgarischen Kanonen.

Aber wenn auch heute alle mehr oder weniger offiziösen Stimmen sehr friedlich lauten, trauen Sie, Parteigenossen, dem Landfrieden nicht! Wenn Europa erst zum Sprechen kommt, dann kann es zu Verwicklungen kommen, die noch immer höchst gefährlich werden können. Man spricht jetzt davon, daß Europa eine Mediation, eine Vermittlung machen wird, um den Frieden zu schließen und allzu großen Ansprüchen entgegenzutreten. Man hat sich ja gefaßt gemacht auf eine Mediation zugunsten des Status quo, dessen, daß der Türkei kein Land genommen wird. Die Vertretungen der Großstaaten sind sehr tugendhaft, sind sehr gegen den Landraub und können nicht dulden, daß etwas genommen werde. Der moralische Einfluß Europas soll in die Wagschale geworfen werden: die moralische Autorität Frankreichs, das eben Marokko verzehrt und lange noch nicht verdaut hat; die moralische Autorität des anderen Räubers, Italien, das ein weiteres Stück Tripolis eingesteckt hat und noch daran zu kauen haben wird; die moralische Autorität Rußlands, dieses Rußland, das nimmt und nimmt, das bedeckt ist mit dem Blute aller Völker Finnlands, Polens, der Letten und Armenier, die moralische Autorität eines Staates, der jetzt im Begriff ist, seinem engen Verbündeten England Persien streitig zu machen, und den Raub mit der Felonie gegen den Verbündeten verbindet. Oder sollen wir von der moralischen Autorität Österreichs reden? Österreich für den Status quo und gegen den Raub und für den Frieden? Österreich möchte natürlich die Frage lösen, die vor vier Jahren zu lösen war: erstens die Beute und zweitens den Frieden, aber ohne Risiko, Österreich, das vor vier Jahren nach zweifacher Beziehung das Vorbild gegeben hat zu dem, was sich heute ereignet, das Bosnien und die Herzegowina, die ihm als Depot anvertraut waren, man könnte sagen defraudiert hat, und auf der anderen Seite ein Präjudiz geschaffen hat zu seinen Ungunsten, indem es den Sandschak verlassen als etwas, worauf man nicht zu bestehen braucht. Dieses Europa, diese Räuber aller Grade und aller Formen, mit welcher Autorität des Friedens, mit welcher moralischen Autorität wollen sie für den Frieden und gegen den Landraub auftreten? Nein, ich zweifle nicht, daß nicht nur wir einen Abscheu vor dem Kriege haben, sondern daß auch die Herrschaften oben, wo immer

sie sitzen, eine gewisse Abneigung dagegen haben. Ich zweifle nicht daran, daß man auch in England, das ich in der Reihe der moralischen Friedensautoritäten zu nennen vergessen habe, und mit Unrecht — denn England, das Ägypten, Zypern, von Indien gar nicht zu sprechen, im Leibe hat und das nach Kreta schießt — eine sehr wenig geeignete moralische Autorität für den Frieden besitzt. Ich zweifle aber gar nicht, daß es sich alle diese Staaten und die Staatsmänner, die dahinter stehen, und insbesondere die finanziellen Cliques — für die ist das doch ein Geschäft — überlegen, ob sie beim Kriege auf ihre Kosten kommen. Wir sehen ja heute auf dem Balkan merkwürdige Zustände. Wir sehen, daß mit französischem Gelde — Frankreich ist so reich, daß es sich den Luxus gestatten kann — von beiden Seiten der Krieg geführt wird. Die Türken, Bulgaren und Serben haben Kanonen angeschafft für französisches Geld und in Paris unterstützt man beide Parteien mit Geld, so lange man glaubt, daß das Geld gut angelegt ist. Glauben Sie ja nicht, daß diese bewunderungswürdige Unparteilichkeit und Gerechtigkeit, die sich da ausspricht, eine Eigentümlichkeit der französischen Finanzpolitik ist. Wir sind gegen Frankreich sehr zurück, gegen Frankreich, was die Gerechtigkeit und die Kultur betrifft. Aber auf diesem Gebiet sind wir ihm gleich. Wir haben zwar kein Geld zu borgen, weil wir froh wären, wenn wir Geld geborgt bekämen. Aber wir liefern wenigstens, was wir haben, wir liefern Kanonen. Sie wissen von dem europäischen Interessengegensatz, dem größten, von dem man spricht, dem aktuellsten, dem Gegensatz zwischen Österreich und Rußland, aus dem ein Krieg entstehen kann, und in dieser Zeit lesen wir die finanzielle und industrielle, mit einem Worte die kapitalistische Idylle, daß sich die Skoda-Werke in Pilsen mit einer Firma in Rußland vereinigt*) haben, daß sie eine russische Kanongießerei finanziert haben, eine Fabrik für Anfertigung von Mordinstrumenten und Schiffsbestandteilen, daß also die Objektivität unserer Aktionäre und der Industriellen so weit geht, Rußland zu alimentieren mit Geschützen, mit denen man auf Österreich schießen wird. (So ist es!)

Aber ich glaube schon, daß man den Krieg nicht so leichtsinnig anfangen wird. Denn man ahnt schon, daß der Krieg hier im Westen etwas anderes wäre als der Krieg auf dem Balkan. Es gibt ja keinen Menschen, dessen Phantasie ausreicht, um sich einen Krieg vorzustellen, der geführt wird unter dem Einfluß des berauschenden Fortschritts der Technik. Man kann sich doch keinen Krieg vorstellen, der zu Lande, zu Wasser und in der Luft geführt wird. Man kann sich doch nicht vorstellen, daß ein Krieg geführt wird in Europa, wo kein Quadratmeter Boden der Schauplatz eines Krieges sein kann, ohne zugleich ein Stück Kultur zu vernichten,

*) Am Tage vor dieser Rede wurde gemeldet, daß die Skoda-Werke in Pilsen ihr Aktienkapital um fünf Millionen vermehren, um für die Putilow-Werke in Petersburg eine Gußstahlhütte zu bauen. Sie sollen nicht nur die Werkseinrichtung für diese Hütte liefern, sondern auch einen Teil des Aktienkapitals dieser Werke übernehmen. Die Putilow-Werke waren die bekannte Kanonenfabrik der russischen Regierung.

wo es kein Schlachtfeld gibt, das nicht schon mit dem Schweiß und Blute von verschiedenen Generationen getränkt wäre. Ich glaube schon, daß man sich oben bedenkt, und wenn man sich nicht bedenkt, so wollen wir sie daran erinnern. Man könnte doch daran denken, daß die Geduld der Völker, daß die Schafsgeduld der Völker denn doch auch eine Grenze hat. (Bravo!) Vielleicht macht man sich doch eine Vorstellung davon, daß es eine Grenze geben muß für das, was kultivierte Hirne aushalten. Wir können uns einen Krieg vorstellen, weil wir ihn sehen, den um die nationale Selbständigkeit. Wir können uns einen Krieg vorstellen zur Verteidigung der politischen Existenz eines Staates. Wir können uns einen Krieg vorstellen, weil wir ihn sehen, für vermeintliche kulturelle Ererbschaften unter einer nationalen Suggestion; was wir uns aber nicht vorstellen können, das ist, daß sich Hunderttausende gegen ihr Interesse, gegen ihren Willen, für fremden Willen, für fremde kapitalistische, für Geldsackinteressen, die noch dazu eingebildet sind, für die Phantome cäsaristischer Phantasie eines der diversen Höfe in Europa zur Schlachtbank führen lassen; wir können uns nicht vorstellen, daß die Völker und die Menschen auch das noch aushalten. Wir können uns nicht vorstellen, daß sich so ein Krieg entwickeln könnte.

Parteigenossen! Keiner von uns will die Verantwortung übernehmen, zu drohen mit den Ereignissen, die im Verlauf eines Krieges kommen könnten. Aber jeder von uns weiß, daß es ein ehernes Gesetz der Psychologie der Völker gibt, ein Gesetz, erhärtet durch die Geschichte; ein Gesetz, das nicht proklamiert wird, aber das automatisch wirkt. Wir haben erlebt, daß jedes Verbrechen der Regierungen sich gerächt hat durch die Rebellion der Völker, an denen dieses Verbrechen begangen wurde. (Stürmischer Beifall.) Ein Krieg, was immer sich die Herren darunter und von seinen Folgen vorstellen mögen — wir wissen nicht, was kommt; aber das können wir ihnen versichern, es ist ein Sprung ins Dunkle und Düstere, ein Sprung in das Unabsehbare. (Sehr richtig!) Es ist nicht unsere Art, daß wir sagen: Wir werden nun losgehen und die Revolution entzünden. So töricht sind wir nicht. Soviel Mangel an Verantwortung haben wir nicht. Wir proklamieren nicht. Aber eines sagen wir: Wir weisen die Mächte auf die Vergangenheit, aus der sie für die Zukunft lernen können.

Parteigenossen! Aber wir dürfen auf die Ahnungen und auf die Erleuchtung unserer Mächte doch nicht allzusehr bauen. Man spricht heute nicht mehr vom Status quo. Man spricht heute nicht mehr davon, daß der Sandschak ein Heiligtum Österreichs bilde, das unberührbar ist und dessen Betretung sofort die Mobilisierung nach sich ziehen würde. Aber man spricht heute schon von *Interessensphären*, ein Wort, das heute noch gar keine Bedeutung hat, aber demnächst eine sehr harmlose, aber auch sehr verhängnisvolle bekommen kann. Und lassen Sie an dieser Stelle eines einschalten: Wir haben die österreichischen Staatsmänner verantwortlich zu machen, nicht nur für das, was sie selber tun und was in

Österreich geschieht, sondern auch für das, was in Rumänien geschieht. Vergessen wir das nicht, das einzige, was die österreichische Politik erreicht hat, das ist, daß Rumänien nicht mit der Balkanföderation marschiert. Ob die Rumänen Österreich dafür sehr dankbar sind, daß sie nicht mit Bulgarien im Bunde marschieren, das zu entscheiden ist nicht meine Sache. Schwieriger ist, daß auch die speisen wollen, die nicht beim Kochen waren. Die Gefahr ist, daß Österreich für Rumänien die Kastanien aus dem Feuer ziehen soll, was aber sagen würde, daß auch wir in Österreich uns die Finger verbrennen würden. Wenn Herr Carol in Rumänien kriegerische Reden hält, so müssen wir dafür Herrn Berchtold verantwortlich machen und Herrn Bethmann-Hollweg. Denn der Herr dort unten hat aus eigenem nichts zu reden. Für uns ist, daß dort unten gezündelt wird, ein sehr ernstes Symptom dafür, daß auch bei uns, trotzdem wir nicht mobilisieren und nicht einmal Friedensstände verstärken, daß auch für uns noch nicht volle Überzeugung eingetreten ist, daß nichts geschieht.

Unter diesen Umständen muß es unsere Aufgabe sein, daß wir die öffentliche Meinung, das sind vor allem die Massen des Proletariats, das ist jener Klasse, die den Krieg in seinen Folgen am ersten, am meisten und am tiefsten spürt, daß wir das Volk aufwecken, daß wir die öffentliche Meinung stark und laut machen, daß wir hier und in allen Ländern die Masse des Proletariats als wirklich einzigen moralischen Friedensfaktor in Europa lebendig machen und ihr eine deutliche Stimme geben. Wie es mit dem diplomatischen Europa aussieht und seiner moralischen Autorität, habe ich schon gesagt. Wir haben noch eine moralische Autorität, die bürgerlichen Friedensfreunde. Wir wünschen ihnen alles Gute, aber ich fürchte, es wird ihnen nicht gelingen, dem Krieg auf dem Balkan beim Gerichtshof im Haag den Prozeß anzuhängen, wenn sie auch durch den Fürsten von Monaco, den Freund der Baronin Suttner*), auf die Monarchen einwirken werden. Eine Autorität, eine wirksame moralische Autorität haben die Pazifisten in Europa nicht. Neben dem Staate, neben der Diplomatie gibt es nur eine wirklich geltend zu machende Macht, das ist die des internationalen Proletariats, das ist der Wille aller Sozialisten, der in Brüssel zum Ausdruck kam; wir wollen, daß der Wille des internationalen Proletariats nach Frieden klar, verständlich, machtvoll, so schnell als möglich zum Ausdruck komme.

Und nun zum Geschäftlichen. Auf dem Kopenhagener internationalen Kongreß wurde entschieden, daß wir hier in Wien die Ehre haben sollen, den nächsten Internationalen Kongreß im Jahre 1913 zu empfangen. Wir haben alle Vorbereitungen getroffen, soweit es möglich war, und waren im Begriff, über das nähere Datum zu

*) Berta v. Suttner, geborene Gräfin Kinsky, die im Jahre 1891 die österreichische Friedensgesellschaft begründete, der dann ein Jahr später die deutsche folgte (siehe oben), hatte auch den Fürsten von Monaco für ihre Ideen gewonnen.

beraten. Nun kam der Krieg, und ich gestehe offen und Sie selbst werden mir recht geben, daß ich nicht anders konnte als in Brüssel zu erklären: Erstens wissen wir nicht wie die Lage im August oder September 1913 sein wird, ob die Möglichkeit eines internationalen Kongresses überhaupt besteht. Zweitens aber, wenn ich schon in Kopenhagen namens der österreichischen Genossen den österreichischen Behörden das vielleicht nicht ganz verdiente Kompliment machen wollte, daß Wien und Österreich schon reif, schon so weit vorgeschritten seien, einen internationalen Kongreß hier empfangen zu können, so muß ich doch gestehen, es geht über die Verantwortung hinaus, die wir tragen können, hier in Österreich, unmittelbar an der Grenze des Kriegsschauplatzes, einen Kongreß abzuhalten, zur Zeit eines Krieges. Das ist eine Verantwortung, die wir der Internationale gegenüber zunächst nicht tragen können. Es ist also nicht, wie in einem gegnerischen Blatt gesagt wurde — ich erwähne das nur, damit auch die auswärtigen Genossen sehen, mit was für einer Seuche von Presse wir zu rechnen haben —, daß in Brüssel den Österreichern die Ehre entzogen wurde, den Kongreß in Wien zu machen. Es ist dem nicht so. Das Büro hat sich dahin geeinigt, daß erstens ein Kongreß jetzt unmittelbar notwendig ist und nicht erst für August oder September 1913 verschoben werden kann, wo man nicht weiß, wie die Dinge stehen, daß es aber notwendig ist, daß eine starke Initiative von seiten der Internationale soweit als möglich und so bald als möglich stattfindet. Und so hat es sich entschlossen, daß dieser Kongreß also nicht verschoben, sondern nähergerückt wird, und daß er, wie die Dinge liegen, nicht in Wien stattfindet, sondern in der Schweiz.

Es wird somit zu Weihnachten oder Neujahr in der Schweiz, wahrscheinlich in Zürich oder in Basel, ein außerordentlicher Kongreß der Internationale stattfinden*). Ausdrücklich und ausschließlich mit dem einzigen Zweck, sich mit der Kriegsgefahr und mit der Lage in Europa innerhalb dieser Kriegsgefahr und dem Verhalten der Internationale dazu zu befassen. Er kann zu spät kommen, liegt auf Ihren Lippen; zu spät gewiß nicht, denn wenn auch Entscheidungen, so werden dann noch nicht alle Entscheidungen erledigt sein. Es wird dann wieder eine Lage sein, die unser Einschreiten auch noch nötig machen kann. Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß es am besten wäre, sofort zusammenzutreten. Nun wissen Sie ja sehr wohl, daß ein internationaler Kongreß eine sehr komplizierte umfangreiche Maschinerie ist. Wir sind ja heute keine kleine Partei mehr, die die Vertrauensmänner binnen 24 Stunden an einem Ort zusammenberufen kann. Die Internationale erstreckt sich heute über alle Erdteile, umfaßt insbesondere alle Länder in Europa. Ein derartiger Körper kann nicht Beratungen und Delegierungen machen, die, wenn sie mit irgendeiner Autorität ausgestattet sein sollen, nicht von heute auf morgen geschehen können.

*) Der Kongreß wurde bereits am 24. und 25. November 1912 in Basel abgehalten, worüber weiter unten berichtet wird.

Aber trotzdem sind wir überzeugt, daß, mag geschehen, was will, auch noch zu Weihnachten große Arbeit da sein wird für eine Manifestation des internationalen Proletariats, und ich bitte Sie heute schon, daß Sie — das gilt von Österreich — die Organisationen bereitstellen für eine Beschickung dieses Kongresses. Aber wichtiger noch als das, was in mehreren Wochen geschehen soll, ist das, was heute geschieht. So wichtig die gemeinsame Demonstration in Zürich sein wird, so eindrucksvoll, so sprechend sie sein wird, wichtiger noch ist das, was wir alle zusammen tun, was jede Partei für sich zu Hause, auf ihrem Boden, mit ihren Gegnern und der ihr eigentümlichen Kraft zu tun hat. Wenn die Internationale also auch uns auffordert, und das ist in dem bereits veröffentlichten Manifest geschehen, zu Weihnachten zu einem Kongreß zusammenzutreten, so fordert sie zugleich auf und richtet den Appell an Sie, dafür Sorge zu tragen, daß eine mächtige Manifestation des Proletariats stattfinde, die hörbar ist überall: daß wir den Krieg nicht wollen, sei es um des Sandschaks willen oder sei es wegen irgendwelcher nebulösen und mysteriösen Interessensphären. Die wirtschaftlichen Interessen, mit denen das Proletariat allerdings sehr eng verknüpft ist, alle wirtschaftlichen Interessen, die wir haben, können auf dem Balkan nicht gefördert werden durch den Krieg, sondern nur durch den Frieden.

Nicht als Feinde, sondern als Freunde des Balkans müssen wir auftreten. Österreich muß endlich die niederträchtige Rolle aufgeben, die es so lange auf dem Balkan gespielt, das zweideutige Spiel mit der Maske als Freund, was eine Auswucherung von Serbien war, oder als Feind und Eroberer ohne Energie und ohne Nachdruck, immer zweideutig und zwieschlächtig, einmal Eroberung durch die Bajonette, dann wieder Eroberung durch die Wirtschaft, was zu nichts geführt hat, als daß uns unsere Agrarier abgesperrt und ausgehungert haben, indem sie die serbischen Grenzen schlossen und die Serben erst nicht nur ausgehungert, sondern direkt zu unseren Feinden gemacht haben. Und wenn es einen Anstifter des Krieges gibt, der ebenso verantwortlich ist, der ebenso mit dem Verbrechen belastet ist, den Krieg herbeigeführt zu haben, wie der russische Zar und seine Politik, so sind es neben den Intrigen Rußlands der Egoismus, die Brutalität unserer Agrarier, die eher den Krieg heraufbeschwören, eher die Balkanvölker zur Verzweiflung kommen ließen, bevor sie uns einen Bissen Fleisch vergönnt hätten, der drüben erzeugt worden ist. Die Interessensphärenpolitik kann so gefährlich werden wie die Sandschakpolitik, von der wir hoffen, daß sie abgelaufen ist. Darum muß unmittelbar und sofort von unseren Genossen eingegriffen werden. Wir wissen sehr wohl, sie haben Bajonette und Kanonen und können mobilisieren, wir haben nichts, wir sind unbewehrt. Gewiß, wir sind wehrlos; aber man vergesse nicht, man führt heutzutage keinen Krieg, wenn man fühlt, daß das ganze Volk in seinen Tiefen auch in einem so wenig demo-

kratischen Lande, wie es Österreich ist, den Krieg nicht will. Man führt auch nicht mehr österreichische Völker, auch nicht mehr uns Arme, Ausgesaugte, Unterdrückte, gegenseitig Verhetzte, in ihrer Kultur zurückgedrängte Unentwickelte, wie wir sind, wie Lämmer zur Schlachtbank. (Bravo!) Das soll den Männern klar sein. Wir brauchen nicht zu prophezeien, aber vor dem Kriege wollen wir reden. Bevor die Kanonen das Wort haben, wollen wir das Wort nehmen. Wir haben das Wort und ganz Österreich soll unser Wort hören. Überall, in ganz Österreich. (Großer Beifall.) Parteigenossen! Das ist es, was wir von Ihnen begehren. Ich will Ihnen nun eine Resolution vorlesen, um eine konkrete Grundlage für die Diskussion zu bieten. Sie lautet:

Der Parteitag weist mit Abscheu und Entrüstung jeden Gedanken an eine Einmischung Österreichs in den Balkankrieg zurück. Er betrachtet jeden, der eine solche Einmischung unter welchem Vorwand immer fordert, als einen Todfeind der Völker Österreichs. Er fordert die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis.

Den Beschlüssen der Internationale entsprechend, fordert der Parteitag alle Organisationen auf, die Agitation gegen die Kriegsrüstung und Kriegshetze in die breitesten Volksmassen zu tragen. In der allernächsten Zeit, insbesondere aber am 10. November, sind in allen größeren Städten und Industriezentren, wo die örtlichen Verhältnisse dies gestatten, große Massenkundgebungen gegen die Einmischung Österreichs in den Balkankrieg zu veranstalten.

Österreich hat weder im Sandschak noch in Albanien etwas zu suchen. Wir haben auf dem Balkan keine anderen Interessen als die, in freundschaftlichem Verhältnis mit den Balkanvölkern zu leben und unsere Waren mit ihnen friedlich auszutauschen. Keine Einmischung in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern! Erhaltung des Friedens! (Stürmischer Beifall.)

Wir fordern also die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis. Ich will hier den Grafen Stürgkh und Berchtold einige Worte der Antwort widmen. Wir haben in unserer Interpellation an den Minister gefragt, ob er den Frieden erhalten wolle. Unter allen Umständen und um jeden Preis. Es war eine Interpellation, die eine große Wirkung gemacht hat, nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland, und überall durchaus verstanden wurde. Alle haben sie verstanden, nur die beiden Herren Grafen nicht. Der Berchtold läßt den Stürgkh sagen: „Ja freilich, wir sind für den Frieden, wir wünschen keinen Krieg; aber kein großer Staat kann sagen, unter allen Umständen und um jeden Preis wolle er Frieden halten.“ Das hat natürlich auf die Leser da draußen einen sehr ernsten Eindruck gemacht (Sehr richtig!) — denn so dumm ist man jenseits der Grenzen nicht, wie der Graf Stürgkh meint, daß man wäre. So dumm ist man nicht, daß man meint, die Sozialdemokratie habe hier ein theoretisch-akademisches Frage- und Antwortspiel ausführen wollen und habe den Grafen

Berchtold gefragt, wie er prinzipiell über den Krieg im allgemeinen denkt, vielleicht für Jahrhunderte vorwärts oder zurück, vielleicht hier und drüben. Im Ausland hat man sehr gut verstanden, was auch wir verstehen, wie die Frage gemeint war. Um jeden Preis, das heißt mit Aufgeben jedes Gedankens an die Sandschaksache, „unter allen Umständen“, das heißt, wenn die südslawischen Völker siegen, wie auch wenn die Türken Erfolg haben. Man hat sehr wohl gewußt, um welchen Preis und um welche Umstände es sich handelt, und es ist eine Kinderei und die läppische Methode unserer Herren Diplomaten, wenn sie glauben, mit solchen dummen Redensarten das Parlament und die Öffentlichkeit abspesen zu können. (Bravo!) Es wird den Grafen Stürgkh blutigen Schweiß gekostet haben, bis er seine Phrasen so gedrechselt hat, daß man sie lesen kann, ohne Bestimmtes herauszulesen. Wir müssen mit dem Erfolg zufrieden sein, daß sich die Regierung zumindest dahin gebunden hat, daß augenblicklich von einer feindseligen Handlung, von irgendeiner Mobilisierung oder Verstärkung der Friedensstände keine Rede ist. Aber diese allgemeine Redensart, daß eine europäische Großmacht sich nicht verpflichten könne, soll wahrscheinlich — auf die Gefahr hin, Europa zu beunruhigen — im Belvedere beruhigen, eine Konzession an diejenigen sein, die noch immer glauben: vielleicht ließe sich doch noch ein militärisches Geschäft machen. Wir fahren fort, zu verlangen, trotz dieser theoretischen Antwort des Grafen Stürgkh, die Erhaltung des Friedens unter allen Umständen und um jeden Preis. Es gibt keine denkbare Möglichkeit, unter der wir den Krieg dem Frieden vorziehen können. (Bravo!)

Parteigenossen! Ich selbst schlage Ihnen die Resolution vor. Dazu kam es infolge der Kürze der Zeit. Sie wissen, daß ich erst gestern aus Brüssel zurückgekommen bin. Bei der Kürze der Zeit war es nicht möglich, mit allen Genossen von der Parteivertretung, insbesondere der weiteren Parteivertretung, in dieser Sache Fühlung zu nehmen. Ich bin aber überzeugt, daß Sie einverstanden sind, daß wir in dieser Weise vorgehen und ich glaube, das ist das, was uns zunächst obliegt. Was später kommen wird, das weiß niemand von uns. Wie sehr wir im Parlament Gelegenheit dazu haben werden, unseren Einfluß geltend zu machen, das wird sich zeigen. Sicher ist eines: die österreichische Sozialdemokratie und nach dem, was wir gestern und heute hier gehört haben, nicht nur die deutsche Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie aller Nationen in Österreich steht in diesem Punkte geschlossen wie ein Mann. Wir werden den Kampf gegen den Krieg führen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. An jedem Tag in der Weise, wie der Tag es von uns verlangt. (Beifall.) Wir verlangen von Ihnen, Parteigenossen, wir verlangen von uns selber nichts anderes und nicht mehr, als die Möglichkeit es uns bietet, als uns die internationale Pflicht und die Pflicht gegen uns selbst auferlegt. Diese Pflicht wollen wir erfüllen. (Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Schlußwort.

Auch die Debatte hat ergeben, daß eine Meinungsdivergenz zwischen uns über das, was wir wollen, nicht bestehen kann, vielleicht eine Meinungsdivergenz nur darüber, wie groß die Gefahr des Krieges ist, den wir nicht wollen, und es ist kein Zweifel, daß, wenn wir alle davon überzeugt sind, daß Österreich unfähig ist zum Frieden der Nationen nach innen, es noch viel unfähiger ist zum Kriege, wie uns jetzt dargelegt wurde; es ist kein Zweifel, daß trotz dieser inneren Unfähigkeit jeder von uns weiß und empfindet, daß es nicht nur ein Verbrechen, sondern auch eine Torheit wäre, für die Interessen der Hausmacht in den Krieg zu gehen. Aber wir wissen leider alle, daß Torheit und Verbrechen nicht ausgeschlossen sind, und insofern haben diejenigen, die hier pessimistischer gesprochen haben, leider eine blutig häufige Erfahrung hinter sich. Was wir zu tun haben, ist durch die Argumente, die wir nunmehr in der Debatte gehört haben, nur noch in deutlicheres Licht gesetzt. Wahr ist, daß wir nicht nur zum Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen haben das Interesse des Proletariats an sich, sondern daß wir zum Bewußtsein der Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit zu bringen haben, daß es kein berechtigtes Interesse in ganz Österreich gibt, für das der Krieg nicht eine Katastrophe wäre. Es ist ja wahr, Österreich kann keinen Krieg führen, so viele Grenzen als wir haben, es kann keinen Krieg geben, der nicht, wenn er schon die Sympathien eines Volkes für sich hätte, wenn er bei einem Volke populär wäre, bei allen ebenso unpopulär sein und den größten Widerstand auslösen müßte.

Also einen populären Krieg für Österreich gibt es nicht. In diesem Moment dürfen wir wohl sagen, es gibt kein Volk, kein einziges, das diesen Krieg führen möchte. Aber, Parteigenossen, weil die Vernunft gegen den Krieg ist, weil wir die Hoffnung haben müssen, daß die Vernunft siegen wird, weil alles menschliche Denken sagt, daß dieser Krieg ein Wahnsinn wäre, das entbindet uns noch nicht der Verpflichtung, diese Wahrheit auf allen Straßen und Gassen Österreichs mit aller Macht zu verkünden. Denn diejenigen von uns — auch ich gehöre dazu —, die sagen: Der Krieg ist eine innere Unmöglichkeit, die sagen deshalb noch nicht: Wir haben deshalb nichts zu tun. Im Gegenteil. Der Krieg ist für Österreich eine Unmöglichkeit aus politischen Gründen, aus wirtschaftlichen Gründen, aus Gründen aller Art, nicht zuletzt aber auch deshalb, weil es in Österreich eine internationale Sozialdemokratie gibt, die das öffentliche Bewußtsein der Massen des Proletariats ausspricht und die das Gewissen der Massen ist. (Sehr richtig!)

Parteigenossen! Einer der Redner hat uns auseinandergesetzt, welche Gefahren dem Frieden drohen, wenn der Krieg auf dem Balkan zu Ende ist. Ja, daran zweifle ich gar nicht, daß nach der Lösung der Orientfrage dort unten durch die Gewalt der Waffen, wenn die Herrschenden nicht Vernunft annehmen, die zweite Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird, daß nach der orientalischen

Frage die österreichische Frage darankommt. (Zustimmung.) Das ist die Erwägung, welche die Herren haben müßten. Sie müßten begreifen, daß, wenn sie nicht Ruhe halten und ausnahmsweise die Vernunft und das Recht der Völker respektieren, es sich dann nicht mehr um das Schicksal der Türkei, sondern um das Schicksal Österreichs handeln wird. Diese Erwägung ist, Parteigenossen, klar, und wird hoffentlich auch den anderen, die heute zu entscheiden haben, ein Hemmschuh gegen Verbrechen und frivoles Eingreifen sein. Aber ich glaube, die Erwägungen der großen Politik können jetzt einen Moment zurücktreten. Für uns ist es das wichtigste, daß wir an das denken, was wir zu tun haben. Jedes Wort, das Sie hier gehört haben, muß Sie in dem Entschluß bekräftigen, daß wir die ganze Kraft, die in allen Formen unserer Organisation und in jedem einzelnen von uns steckt, entfesseln und lebendig machen müssen zu einem gewaltigen Protest gegen die Verbrechen der Diplomaten und zu einer Zeit die Stimme zu erheben, in der es noch möglich ist, durch einen gewaltigen Strom der öffentlichen Meinung die Gefahr zu beschwören. Alle Redner haben im Sinne der Resolution, die ich Ihnen vorgelegt habe, gesprochen. Es wurde kein Gegenantrag gestellt, so daß ich wohl annehmen darf, Sie sind mit uns der Meinung, den geplanten Kongreß zu Weihnachten so stark als möglich zu beschicken, so daß wir jetzt sofort eintreten in eine möglichst umfassende energische Agitation, in eine Periode der Manifestationen und Demonstrationen gegen den Krieg und die Kriegsgefahr, daß wir uns mit aller Wucht entgegenstellen gegen diejenigen, die heute oder in 14 Tagen oder in vier Wochen oder in drei Monaten — wir wissen es nicht — den Vorwand des Sandschaks oder irgendeinen andern Vorwand benützen wollen, daß wir um jeden Preis unter allen Umständen für den Frieden eintreten. Das bedeutet unsere Resolution. Zu dieser energischen Zusammenfassung unseres Willens und unserer Kraft fordert der Parteitag die Sozialdemokratie in Österreich auf*). (Stürmischer Beifall.)

Keinen Krieg!

Schlußrede. — Parteitag 1912.

Wir haben den Parteitag begonnen unter dem Eindruck der Notwendigkeit, alles, was in den Kräften der Partei ist, zu tun, um die Kriegsgefahr abzuwehren. Wir sind vor wenigen Tagen, am Freitag, denn doch unter dem Eindruck gestanden, daß die Herrschenden, daß unser Auswärtiges Amt und die von ihm beeinflusste Meinung sich ungefähr auch auf der Linie bewegen wie wir, und wir konnten, wenn wir auch den Herren nicht trauen, doch immerhin annehmen, daß die Vernunft die Oberhand behalten werde. Leider müssen wir heute konstatieren, und das ist es,

*) Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

worauf ich Sie aufmerksam machen wollte, daß sich in den oberen Regionen, die leider entscheidend sind für das Schicksal von Millionen und für das Leben von Hunderttausenden, in den letzten achtundvierzig Stunden ein Wechsel vollzogen hat. Die ganze offiziöse Preßmeute ist seit Sonntag früh und in um so intensiverer Weise heute wieder sehr frech, provoziert und betont mit sehr durchsichtiger Absicht die „ungeheuer wichtigen Interessen“, die Österreich auf dem Balkan in den verschiedensten Richtungen hätte. Sie lehnt mit der größten Leidenschaft jede Möglichkeit ab, daß Österreich erklären könnte, daß es auf dem Balkan nicht ein besonderes spezifisches und eventuell mit allen Mitteln durchzusetzendes Interesse zu vertreten hätte. Parteigenossen! Solche Wendungen der offiziösen Presse sind sehr zu beachten und müssen von uns verfolgt werden. Ich will da nicht so weit gehen, daß der eine oder der andere offiziöse Baschibozuk jeden als Vaterlandsverräter bedroht, der nicht entschlossen ist, das ganze Gewicht der Militärmacht Österreichs auf dem Balkan in die Wagschale zu werfen, ich glaube, daß dieser Schreibknecht des Ballplatzes seinen Auftrag überschritten hat. Wir werden ja sehen, wie Graf Berchtold in den Delegationen sprechen wird. Aber für uns ist es eine ernste Mahnung, daß wir uns auf die Vernunft, auf die Verantwortlichkeitspflicht der bei uns Herrschenden nicht verlassen können, daß wir nicht ruhen und nicht rasten dürfen, daß wir die öffentliche Meinung aufzurütteln haben, die die Meinung jedes vernünftigen und für unsere Völker und unser Land besorgten Menschen ist, die Meinung, daß Österreich Frieden zu halten hat und daß wir auf dem Balkan niemals solche Interessen haben könnten, die wert wären, bezahlt zu werden mit einem Kriege und dem Leben unserer Söhne und der Wohlfahrt unserer Völker. (Lebhafter Beifall.) Gerade weil diese Wendung eingetreten ist, haben wir es für nützlich gehalten, jetzt am Schluß des Parteitages wieder anzuknüpfen an das, womit wir angefangen haben. Unsere nächste Aufgabe — die mit aller Energie aufgenommen werden muß, nicht nur in Wien allein, sondern überall — ist, daß es den Herren da oben klar werde: das Volk in Österreich, das arbeitende Volk will keinen Krieg, unter gar keinem Vorwand, mager lauten wie immer. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Die Friedensversammlung im Basler Münster.

Beim Internationalen Kongreß am 24. November 1912*).

Geehrte Versammlung! Es ist ein seltenes, tiefes Gefühl, in dem ich hier das Wort ergreife, ein tiefes Gefühl von jenen merk-

*) Nachdem am Vormittag die Eröffnungssitzung des Internationalen Kongresses stattgefunden hatte, wurde am Nachmittag ein großer Demon-

würdigen Gegensätzen, in denen wir leben, von jener weltgeschichtlichen Antithese, die darin liegt, daß wir hier in einer Kirche versammelt sind, die uns geöffnet wurde von Männern, die ich nicht kenne, für die aber doch wohl das Wort Christentum noch bedeutet Menschenliebe, Frieden auf Erden, ein Wohlgefallen an den Menschen. Hier tagen wir, die Feinde aller Ordnung, die Feinde aller Religion — unter dieser Anklage stehen wir immer — und demonstrieren für den Frieden, für ein menschliches Erbarmen in der Welt, während die Kirchen und Kirchenpatrone der ganzen Welt, die bei jeder Prozession dem Kreuz am nächsten stehen, Menschenfeinde sind, einen unerhörten Massenmord planen, wie er mit gleich teuflischer Kälte in der Geschichte noch nicht vollbracht worden ist. Wir gelten als die Feinde der Familie, die alle Heiligtümer der Menschheit untergraben wollen. Die Heiligtümer der Familie! Sehet hin, heute stehen wir da für unsere Kinder, die man morden will, für die Möglichkeit des Fortbestandes von Hunderttausenden von Familien in ganz Europa. (Sehr wahr!) Wir sind Feinde des Eigentums, das heißt des Privateigentums, das Raub ist. Aber wir erheben die Anklage gegen diejenigen, die das Eigentum der ganzen Menschheit, die angehäuften Kulturarbeiten von Jahrhunderten aller Länder frivol, gewalttätig, verbrecherisch, sinn- und ziellos zerstören wollen.

Parteigenossen und -genossinnen! Wir Österreicher — ich kann auch hier nicht vergessen, daß ich aus Österreich komme (Heiterkeit) — tragen jetzt die schwerste Verantwortung. Wir kommen aus dem Lande, dessen Herrschende zu dieser Stunde die Entscheidung fällen, und der Gedanke, daß, während wir hier für den Frieden beraten, nicht nur in Petersburg, sondern auch in Berlin und Wien die Entscheidung schwankt, ob wir marschieren sollen, bedrückt uns. Da wollen wir wenigstens das eine sagen: Wir in Österreich und Ungarn sind aus zwölf Völkern zusammengekoppelt, aber keines dieser Völker hat von einem solchen Krieg, wie er jetzt losbrechen will, etwas zu erwarten, keines dieser Völker will ihn. Alle diese Völker brauchen Kultur, Bildung, Spitäler, Schulen. Alles

strationszug veranstaltet, an dem auch große Scharen von Gästen aus der ganzen Schweiz und den angrenzenden Ländern Baden und Elsaß teilnahmen. An den Zug schloß sich dann eine große Versammlung in der Baseler Münsterkirche. Sie wurde vom Regierungspräsidenten Blocher als Vertreter des Organisationskomitees des Kongresses eröffnet. Dann sprachen Haase (Berlin), Keir Hardie (London), Greulich (Zürich), Sakasoff (Sophia), Adler (Wien), Jaurès (Paris) und Daszynski (Krakau). Weit über zehntausend Menschen hatten im Münster selbst nicht Platz gefunden. Zu ihnen sprachen von Tribünen aus ebenfalls Vertreter aller Nationen.

Am Vormittag hatte an derselben Stelle wie diese internationale Friedenskundgebung der strenggläubige Pfarrer Täschler zu dem Gottesdienst eine Predigt gehalten, die ebenfalls ein eindrucksvoller Protest gegen den Krieg war. Er teilte dabei mit, daß die Kirchenvorsteherschaft einstimmig beschlossen habe, dem Internationalen Arbeiterkongreß die Räume des Münsters zu seiner Friedenskundgebung zur Verfügung zu stellen.

das haben wir bisher nur im kümmerlichsten Maße. Wir brauchen Bildung, ein wenig Freiheit und ein ganz klein wenig Verstand bei den Obersten unseres Landes. (Heiterkeit.) Tapferkeit im Felde, Ehrgeiz in der Politik können uns nichts einbringen. Alle unsere armen Völker brauchen keinen Krieg, sondern wir brauchen Ideen. Wir haben keinen Feind, dem wir etwas nehmen wollten, und niemand will uns etwas wegnehmen. Wir haben unseren Staatsmännern keine Ratschläge zu geben, und wenn wir sie auch geben, würden jene sie nicht hören. (Heiterkeit.) Aber sicher ist, daß selbst ein siegreicher Krieg neben dem Massenelend, das er sicher mit sich bringt, für das Staatsgefüge Österreichs den Anfang vom Ende bedeuten würde. Österreich hat in der Welt nichts mehr zu erobern, nichts mehr zu gewinnen, ohne daß es zersprengt wird, eine Gefahr, der es jetzt schon bedenklich nahe ist.

Von uns Sozialdemokraten hängt es leider nicht ab, ob Krieg wird oder nicht. Daß die Arbeiterklasse aller Länder täglich an Macht gewinnt, das sehen wir, das ist unsere Arbeit, unser Leben. Aber überschätzen wir uns nicht, und überschätzen wir vor allem nicht die Einsicht unserer Regierungen. Was wir können, das ist, zu verhindern, daß es einen Krieg gibt. Es darf keinen Krieg geben, der der Fluch aller Völker werden würde. (Stürmischer Beifall.) Überall, wohin unsere Stimme dringt, wo wir Proletarier aufrütteln können, wollen wir das Bewußtsein erwecken, welch ein Verbrechen der Krieg ist, der geführt werden soll. Das können wir, das werden wir. Die Völker werden wissen, daß die Verantwortung auf die Herrschenden fällt, daß sie die Verantwortung für alle Folgen zu tragen haben.

Wir haben die Hoffnung, die aus der Kenntnis der Weltgeschichte erwächst, die Hoffnung, daß trotz alledem der Fortschritt der Weltgeschichte nicht aufgehalten werden kann von diesen Kreisen, sondern, daß dem geschichtlichen Verbrechen die geschichtliche Strafe folgen muß. Wir haben die Hoffnung, daß sich an dieses Verbrechen, wenn es begangen werden sollte, automatisch — automatisch, sage ich! — schließen wird der Anfang vom Ende der Herrschaft der Verbrecher.

Parteigenossen und -genossinnen! Wir sind hier in Basel beisammen, um in der Stunde der größten Gefahr miteinander zu sprechen. Es gibt wohl nichts Erhebenderes, es gibt nichts, was uns mehr Kraft gibt, jedem für seinen Kampf, als daß er weiß, daß Tausende und Tausende, daß Millionen es sind, die in einer Linie mit uns gehen, trotz allem, was nationalistische Hetzer sagen. Es gibt nichts Erhebenderes, als dieser eine große Strom des internationalen Menschheitsgedankens, der sich verkörpert in dieser Versammlung unseres Kongresses; nichts Erhebenderes, als zu sehen, wie nicht nur die internationale Gesinnung und Überzeugung, sondern auch die Aktion aller Parteien des Proletariats immer mehr in geordneter Weise sich einander nähert.

Aber, Genossen, das Wichtigste ist das, daß wir hier an dem gemeinsamen Quell unserer Kraft sind, daß wir von hier die Kraft

mitnehmen, ein jeder in seinem Lande zu tun, was er kann, durch die Formen und Mittel, die wir haben, mit der ganzen Macht, die wir besitzen, uns entgegenzustemmen dem Verbrechen des Krieges. Und wenn es vollbracht werden sollte, wenn es wirklich vollbracht werden sollte, dann müssen wir dafür sorgen, daß es ein Stein sei, ein Stein vom Ende.

Das ist die Gesinnung, die die ganze Internationale beseelt. Vielleicht ist es zu spät, auf die Vernunft der Herrschenden zu rechnen. Hoffen wir, daß sie im letzten Moment davor zurückschrecken, das schlimmste Verbrechen zu begehen.

Genossen und Genossinnen! Was unser Freund Sakasoff uns hier erzählte von dem, was er persönlich auf dem Balkan gesehen hat, ist nur ein Kinderspiel im Vergleich zu dem, was uns bevorsteht, wenn sich dieser Krieg zu einem Weltkrieg auswachsen würde. Denn eine Idylle ist dieser Balkankrieg, wenn ein allgemeiner Krieg entfesselt und mit allen Mitteln des mechanischen Raffinements geführt würde, mit den Mitteln, wie sie noch nie ins Spiel gekommen sind. Und wenn Mord und Brand und Pestilenz durch das zivilisierte Europa ziehen — wir können nur mit Schauern daran denken und Empörung und Entrüstung ringt sich aus unserer Brust. Und wir fragen uns: Sind denn die Menschen, sind die Proletarier wirklich heute noch Schafe, daß sie stumm zur Schlachtbank geführt werden können? Eine Antwort auf diese Frage können wir nicht geben. Das aber wissen wir: Die Stunde kommt, wo das Proletariat seine Sprache benutzen wird, um anzuklagen, und die Stunde kommt, wo das Proletariat auch das Schwert haben wird, um den Richtspruch zu vollziehen. (Stürmischer Beifall.)

Die internationale Aktion gegen die Kriegsgefahr.

Begründung des Friedensmanifestes auf dem
Kongreß in Basel am 24. November 1912.

Das Internationale Sozialistische Büro*) hat eine Kommission mit der Vorbereitung unseres Kongresses und seiner Beschlüsse beauftragt. Das Wichtigste, was wir Ihnen zu sagen haben, ist, daß die Internationale einig ist, einig in den Erwägungen, die wir Ihnen vorlegen. Wir schicken unsere Beschlüsse — dessen sind wir eingedenk — in einer Schicksalsstunde in die Welt hinaus. So will ich Ihnen denn das Manifest verlesen, das wir Ihnen vorschlagen. (Redner verliest unter steigendem Beifall den Wortlaut der Kund-

*) Das Internationale Sozialistische Büro hatte am 28. und 29. Oktober 1912 getagt und dort hatte Adler ein Exposé über die Lage erstattet. Die Diskussion darüber ergab die völlige Übereinstimmung über eine internationale Aktion gegen die Kriegsgefahr. Es wurde beschlossen bis spätestens Mitte Jänner 1913 einen außerordentlichen internationalen Kongreß einzuberufen und den ordentlichen Kongreß, der 1913 in Wien stattfinden sollte, auf 1914 zu vertagen. Zugleich wurde eine Kommission ein-

gebung und setzt hinzu:) Lassen Sie mich nur noch sehr wenige Worte hinzufügen.

Sie haben gesehen, daß das Manifest neben dem, was der Inhalt der proletarischen Seele in diesem Moment ist, dem Schrei nach Frieden und dem Abscheu gegen Völkermord, noch ein neues Element enthält, das vom heutigen Tag an die Aktion der Internationale mit eintritt. Mit dem heutigen Tage geht die Internationale einen Schritt hinaus über das, was sie bis jetzt getan hat. Wir haben bisher Prinzipien erörtert und uns über Programme, Grundsätze und allgemeine Regeln der Taktik zu einigen gesucht. Darüber gehen wir heute hinaus, und zwar in dem entscheidenden Moment, wo die Ratlosigkeit der Diplomaten, wo der Wahnsinn der Fürsten und Mächtigen der Erde die Völker gegeneinander treibt und unerhörtes Elend heraufzubeschwören droht. Wir fragen uns alle in diesem Augenblick: Was will denn eigentlich dieses Österreich-Ungarn? Es will — es will — es mobilisiert — aber was will es, was will Deutschland, was will Rußland? In diesem Moment der größten Verwirrung, die zugleich die größte Gefahr für den Frieden bedeutet, haben wir eine kraftvolle Zusammenfassung der proletarischen äußeren Politik vor Sie gelegt. (Lebhafte Zustimmung.) Zum ersten Male, und das wird die geschichtliche Bedeutung dieses Kongresses sein, zum ersten Male geben wir nicht nur einen Ausdruck der Verdammung, nicht nur einen Aufruf zur Energie, sondern sagen mit klaren Worten in bestimmten Sätzen, welche Richtungslinie die proletarische Politik aller Länder einzuschlagen hat, und, was das Wichtigste ist, wir sind darüber einig. (Stürmischer Beifall.)

Parteigenossen und Genossinnen!

Wir empfinden alle, in welch schwerer Stunde wir hier beisammen sind. Wir wissen nicht und können nicht ermessen, wie weit wir bereits in das kommende Unheil hineingeschritten sind. Ich fürchte, so wenig wir wissen, wie weit schon das Ungeheuerliche uns nahe gekommen ist, ebensowenig wissen es die Herrschenden, deren verbrecherischer Leichtsinn und gewissenlose Kaltherzigkeit die Menschheit in ein wahnsinniges Verbrechen hineintreiben. (Sehr wahr!) Wir stehen gegenüber einer Lage, die automatisch herbeigeführt worden ist durch den Mechanismus der kapitalistischen Gewalten und durch die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, die in diesem Moment, wie in allen entscheidenden Momenten und auf allen entscheidenden Gebieten, ihre vollkommene Unfähigkeit beweisen, die Kräfte zu beherrschen, die ihre Wirtschaftsweise entwickelt hat. Wir können nicht den Prole-

gesetzt, die den Kongreß vorbereiten solle. — Die Rede Adlers im internationalen Büro siehe oben unter dem Titel „Krieg dem Kriege!“

Der Kongreß fand am 24. und 25. November 1912 im Saale der „Burgvogtei“ statt. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautete: „Die internationale Aktion und die gemeinsame Aktion gegen den Krieg.“ Jaurès, Adler und Keir Hardie erstatteten den Bericht und trugen in den drei Sprachen das Manifest vor, das die Kommission ausgearbeitet hatte.

tariern aller Länder in unserem Manifest eine bestimmte Aktion vorschreiben, mit der sie in einem bestimmten Moment einzusetzen hätten; dazu sind die Verhältnisse überall zu verschieden, aber wenn wir auch keine Vorschriften geben können, so können wir ihnen doch zurufen: Das Proletariat hat in diesem Augenblick überall seine ganze Kraft gegen den Krieg zu konzentrieren und ihn mit allen Mitteln, die in jedem Lande zur Verfügung stehen, zu bekämpfen. (Stürmischer Beifall.)

Wir erheben uns stolz in dem Bewußtsein, daß in dieser Stunde das Proletariat nicht nur, wie es in dem Manifest heißt, der Träger der Zukunft ist, sondern daß wir die Stimme des Gewissens der Menschheit sind, daß wir der Hort sind für alle Kulturgüter, die in der unendlichen Arbeit ungezählter Generationen aufgehäuft wurden und unser ganzes Leben ausmachen, und die alle gefährdet sind durch das Verbrechen, das im Begriffe ist, sich zu vollziehen. (Sehr wahr!) Ein Weltkrieg müßte Verwüstung und Verheerung in ungeheuerlichen, unsagbaren Dimensionen anrichten, aber es sind nicht die Toten allein, nicht die Zerschossenen, nicht die zerstörten Familien, nicht die Erschütterung unseres ganzen Wirtschaftslebens — unsere ganze geistige und kulturelle Welt droht gewaltsam, roh, barbarisch, verbrecherisch zerstört zu werden. Nehmen Sie darum dieses Manifest einstimmig an! Es ist ja gewiß schwer, für jeden Wunsch und jeden Gedanken einen Ausdruck zu finden, es gibt in solchen Dingen weder eine Vollständigkeit noch eine Unfehlbarkeit des einzelnen. Haben Sie deshalb Nachsicht und das Verständnis, das einem solchen Werke gebührt, haben Sie aber zugleich die Leidenschaft sagen zu können: Ja, das ist es, was wir wollen, und dem werden wir alle unsere Arbeit widmen! (Stürmischer Beifall.)

Bevor ich diesen Platz verlasse, muß ich mich noch einer Pflicht entledigen. Unsere Beratungen müssen leider kurz sein, trotzdem wir alle das Herz voll haben und sprechen möchten. Jede Nation, die hier vertreten ist, hat das selbstverständliche Recht und das Bedürfnis, ihre Stimme gegen den Krieg zu erheben, aber unser Kongreß ist in einer Stunde zusammenberufen worden, wo uns allen der Boden unter den Füßen brennt, denn wir haben nicht nur hier zu tun, sondern vor allem zu Hause. (Stürmische Zustimmung.) Ich kann Ihnen deshalb im Namen der deutschösterreichischen Genossen erklären, daß sie durch mich ihre Zustimmung zu diesem Manifest aussprechen. Zu der gleichen Erklärung haben mich die tschechischen Zentralisten, die österreichischen Italiener, Ruthenen und Rumänen ermächtigt, desgleichen bin ich beauftragt, im Namen der ungarländischen sozialdemokratischen Partei, in Namen der sozialdemokratischen Partei von Kroatien, von Bosnien und der Herzegowina, ihre vollkommene Übereinstimmung mit der Tendenz, dem Inhalt und den Worten des Manifestes zu erklären. (Lebhafter Beifall.) Und nun stimmen Sie der Resolution zu, dann aber seien Sie wachsam und gehen Sie an die Arbeit. Sorgenschwerere und arbeitsreichere Tage haben wir noch nie erlebt als die, die jetzt

kommen werden. Stimmen Sie alle für das Manifest, es ist gute Arbeit für die Internationale, für das Proletariat aller Länder. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Kriegsgefahr und Preßfreiheit.

Protestversammlung in Favoriten am 28. November 1912.

Vor allem eine Bemerkung. Sie haben wohl alle die Empfindung, daß wir uns heute unter außergewöhnlichen Umständen versammeln*). Sie merken das an den nicht mehr gewohnten Besuchen der hohen Behörde. Ich möchte Sie bitten, daß Sie die Versammlung zu einer würdigen machen und Ihre Empfindungen nicht lauter als nötig sprechen lassen. Wir werden versuchen, was Sie empfinden, zu sagen, und auch, wenn Sie nicht laut rufen, werden wir wissen, was Sie denken. Gestatten Sie, daß ich auch gleich am Anfang die Bitte ausspreche, Sie möchten sich beim Nachhausegehen durch die ungewohnten Vorbereitungen, die von anderer Seite wieder einmal gemacht worden sind, nicht aufregen lassen. Wir haben solche mitgemacht, wir bedauern die armen Leute, die da bei dem schlechten Wetter ganz überflüssig mobilisiert werden. Sie haben mich hoffentlich verstanden. (Heiterkeit.)

Und nun zur Sache. Vor wenigen Tagen sind Ihre Delegierten vom sozialistischen Kongreß in Basel gekommen. Wir sind von einer Zusammenkunft wiedergekehrt, die in ihrer Art einzig und in ihrem Eindruck unbeschreiblich war. Einzig in ihrer Art, weil sie, obwohl nur wenige Tage vorbereitet, die Vertrauensmänner des sozialistischen Proletariats aus ganz Europa zusammengeführt und weil es gelungen ist, einen einheitlichen Ausdruck zu finden für das,

*) Das Friedensmanifest, das die Internationale in Basel beschlossen hatte, wurde in Österreich konfisziert. Die sozialdemokratischen Abgeordneten suchten es nun auf die übliche Art zu „immunisieren“, indem sie die konfiszierten Stellen in einer Interpellation zitierten, sie wie Parlamentsreden dem Staatsanwalt zu entziehen. Aber der deutschnationale Präsident Dr. Sylvester nahm die Interpellation wohl entgegen, aber nach einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh suchte er sie zu verschleppen. Als die Sozialdemokraten die Verlesung verlangten, erklärte er, die Verlesung der Interpellation, die strafbare, hochverräterische Äußerungen enthalte, in öffentlicher Sitzung nicht zuzulassen. In einer geheimen Sitzung lehnte die Hurrmajorität die Verlesung in öffentlicher Sitzung ab. Das Landesgericht hat nachher erkannt, daß das Manifest nicht Hochverrat war, sondern nur „Aufreizung zu feindseligen Parteiungen“ gemäß dem bekannten Kautschukparagraphen 302 des Straigesetzes enthalte, und als am 20. Dezember die Sozialdemokraten neuerlich die Immunisierung unternahmen, ließ sie der Präsident ohne Widerstand zu und so konnten die österreichischen Arbeiter schließlich doch erfahren, was man in Basel beschlossen hatte.

Dem Protest gegen die organisierte Kriegshetze und gegen die Konfiskation des Manifestes diene die Versammlung im Favoritner Arbeiterheim, in der Adler sprach.

was alle fühlen und wollen. In derselben Zeit, wo die Herrschenden ratlos und verworren dastehen, haben sich in Basel die Vertrauensmänner jener Masse versammelt, die nicht befragt wird, wenn es Krieg gibt. Jener Masse, die ein Opfer des Krieges ist. Wir sind zusammengekommen, und was selbstverständlich ist, das ist geschehen: ein Schrei des Protestes gegen den Versuch, die Völker aufeinander zu hetzen und ein Blutvergießen in Europa zu entfesseln, das unerhört, unsagbar, ja undenkbar ist. Da unten auf dem Balkan führen verhältnismäßig kleine Völker einen verhältnismäßig kleinen Krieg. Und doch sind Hunderttausende gestorben und verdorben und werden noch verderben. Und die nicht gefallen sind, auf die wartet die Cholera, die Cholera, die — eine grausame Ironie der Geschichte — heute auf den Höhen von Tschataldscha sich als Friedensmacht gezeigt hat. Und nun soll das Undenkbare geschehen, daß bei uns, in diesem dichtbevölkerten Land, ein Krieg entfesselt wird? Ich glaube noch heute nicht an den Krieg. Es ist nicht ein Vertrauen zu der Weisheit der Lenker unseres Schicksals, aber es ist mir undenkbar, daß ein Krieg entfesselt wird wegen Dingen, an denen kein Volk in Österreich auch nur das geringste Interesse hat. Aber ich glaube allerdings, daß diese Kriegsgefahr zum Anlaß genommen wird, von Leuten, die keine Verantwortung tragen, von unseren Herren Gegnern, um, weil sie nicht auf die Serben losdreschen können, sich damit zu begnügen, die Polizei auf die Sozialdemokratie zu hetzen. (So ist es!) Sie möchten das große Hurrageschrei draußen entfesseln, mit keinem anderen Zweck, als gegen uns Sozialdemokraten die Hurakanaille loszulassen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie wollen uns als Verräter des Vaterlandes brandmarken (Gelächter), sie, die „Patrioten“! Wenn Patriotismus überhaupt etwas heißt, dann heißt es Liebe zum Volke. (Stürmische Zustimmung.) Diejenigen, die dafür arbeiten, daß das Volk nicht hineingehetzt wird in einen ungeheuerlichen Krieg, sind Patrioten, und nicht etwa jene, die leichtfertig und frivol mit dem Säbel scheppern, den sie niemals führen werden. (Rufe: Pfui „Reichspost“!) Ja, die „Reichspost“, ja natürlich, die Herren haben Courage, aber mit der Tinte. (Schallendes Gelächter.) Aber sie sollen einmal unter jene gehen, an die der Ruf kommen wird, wenn mobilisiert werden sollte. Das sind nicht feige Menschen, das sind Menschen, die den Kampf mit dem Leben gewohnt sind; das sind Menschen, die den größten Mut und die größte Ausdauer aufbringen müssen, um ihr Leben mit ihrer Familie durchzuschlagen; das sind Menschen, die gewohnt sind, für ihre Überzeugungen einzutreten, und die bereit sind, ihr Leben einzusetzen, wenn es um die Sache des Volkes geht. (Brausender Beifall.) Sie tun, als ob wir die Friedenswinsler wären, wie sie uns nennen, als ob wir feig wären und sie hätten die Courage (Lachen), die Courage, euch Arbeiter ins Feuer zu schicken! (So ist es!) Wenn die Herren durchaus Blut sehen wollen, dann mögen sie sich zur

Aber lassen, es wird den wohlbeliebten Herren ganz nützlich sein. (Heiterkeit.) Wir wollen keinen Krieg! Darum sind wir aber nicht gleichgültig gegen das Schicksal unserer Völker und nicht einmal gleichgültig gegen die Ehre dieses Landes. Aber unterscheiden wir genau. Da soll der Konsul Prochaska*) angegriffen worden sein. Es ist viel darüber gelogen worden und wird vielleicht in der nächsten Zeit noch mehr gelogen werden. Wenn es aber wahr ist, daß ihm an den Leib gegangen wurde, dann sind wir durchaus dafür, die Serben zur Rechenschaft zu ziehen. (Zustimmung.) Aber wegen einer Ehrenbeleidigung muß nicht das Blut von Hunderttausenden fließen. (Großer Beifall.) Und wenn man für den Herrn Prochaska eintritt, dann trete man auch ein für jene Staatsbürger Österreichs, die in Amerika niedergeschossen werden wie tolle Hunde, die in Preußen herumgehetzt werden, ohne daß unser Auswärtiges Amt den Finger rührt. Aber freilich, das sind nur „Untertanen“, während so ein Konsul ein Stück Staat ist. Jedes Haar auf seinem Haupte bedeutet schon die Ehre des Staates. Über Proletarier, da macht man keine Vorstellungen. Wenn's geht, gut; wenn's nicht geht, auch gut. Von Proletariern hat man ja genug. Wir sind sehr empfindlich für die Ehre unseres Landes in diesem Punkte, und unzähligemal haben wir dafür unsere Stimme erhoben, aber man hat uns nicht gehört.

*) Um in der österreichischen Bevölkerung die nötige Begeisterung für den geplanten Krieg gegen Serbien zu erzeugen, ließ das sogenannte „Literarische Büro“ im Ministerium des Äußern, dessen Leiter der Hofrat Kania war, durch die bürgerliche Presse, namentlich durch die „Reichspost“ und das „Neue Wiener Journal“ die Meldung verbreiten, der österreichische Konsul Prochaska in Prizrend sei von den Serben ermordet, die österreichische Fahne besudelt worden, wobei zugleich angedeutet wurde, die Wahrheit sei noch ärger. Bald wurde herumerzählt, Prochaska sei entmannt worden. Auch die deutsche bürgerliche Presse wurde mit solchen Lügen versorgt. So hatte Kania das Gerücht, daß der österreichische Gesandte in Belgrad ermordet worden sei, 36 Stunden in Wien wuchern lassen, ehe er es dementierte und Maximilian Harden hatte in einem Vortrag in Wien, in dem er die österreichische Balkanpolitik verherrlichte, die Nachricht als wahr hingestellt. Die Gerüchte über Prochaska fanden um so eher Glauben, als man wußte, daß Graf Berchtold, der Minister des Äußern, schon seit Tagen im Besitz einer eingehenden Darstellung des Konsuls Edl sei, den er zur Untersuchung nach Prizrend geschickt hatte, und nichts verlautbarte. Mitte Dezember mußte aber offiziell erklärt werden, daß alle Gerüchte jeder Grundlage entbehren.

Im März 1913 verbreitete Kania durch seine Presse wieder die erlogene Nachricht, daß die Montenegriner den österreichischen Dampfer „Skodra“ angegriffen und daß sie Skutari in Brand gesteckt hätten, und im April wieder die Lüge, daß sie den Franziskanerpater Palic grausam verstümmelt hätten.

Die Sozialdemokraten, die diese infame Kriegshetze an den Pranger stellten, wurden dafür als Vaterlandsverräter beschimpft. Kania wurde zur Belohnung von seinem Chef, dem Grafen Berchtold, mit Titel und Charakter eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers ausgezeichnet.

Über das, was in Basel geschehen ist, hat man so viel zusammengelogen, daß es natürlich sehr unbequem war, ein Dokument zu sehen, das aller Welt zeigt, daß die Männer, die in Basel gewesen, beherrscht waren von der Verantwortlichkeit dafür, was sie tun. Das Manifest des internationalen Kongresses wurde konfisziert. (Stürmische Pfuirufe.) Parteigenossen, warum Pfui? Wenn wir jedesmal, wo wir konfisziert werden, Pfui! schreien würden, da kämen wir nie zu Ende. Aber was schlimmer ist: das Parlament hat sich diesem Akte der Staatsanwaltschaft angeschlossen. Das ist traurig. (Rufe: Mehr als traurig!) Es wird schon kommen, daß trotzdem unsere Genossen erfahren werden, was darin steht. (Rufe: Wir wissen es eh! Großer Beifall.) In ganz Europa, in Deutschland, England, Frankreich, Italien ist nichts konfisziert worden. Gerade in Österreich ist es geschehen. Parteigenossen, bei diesem Zustande der Nervosität und Verworrenheit sind solche Mißgriffe erklärlich! Ich glaube, daß die Herren nicht gewußt haben, was sie tun. Ich glaube sogar, daß sie sich auch hiebei haben mißbrauchen lassen von unseren Parteigegnern, die auf eine Gelegenheit warten, auf uns loszuschlagen. Sie haben es ja sehr, sehr notwendig, die Herrschaften. Das Haus hat nichts geleistet als das Wehrgesetz und damit allein können sie nicht viel aufstecken in ihren Wählerkreisen. Und so möchten sie gern uns verdammten Sozialdemokraten an den Leib und schreien: Los auf die Vaterlandsverräter mit allen Schikanen! Sie möchten gern einen großen patriotischen Wirbel erzeugen, aber das Wetter ist zu schlecht. (Stürmische Heiterkeit.) Denn solche Patrioten — Patrioten im Unterschied von jenen, die das Volk lieben —, die gehen nur bei gutem Wetter aus. Und so wird nicht viel aus ihren Manifestationen. Sie haben nicht einmal die Wirkung, die sie doch haben sollten, sich nämlich nach oben schön zu machen. Allein, Parteigenossen, wir wollen uns nichts verhehlen. Wir wissen, es gibt Indifferente und Gedankenlose genug, die immer marschieren mit dem Radetzky marsch (So ist es!); mag er ausgehen von wem immer und mag er gespielt werden wann immer. Der Rausch, das ist eine Sache, dem die unbelehrte Masse leicht unterliegt. Und wir Wiener haben eine besondere Begabung dafür. Wir haben leider noch einen starken Zusatz von unbelehrten und schwer belehrbaren Elementen. Darum, Parteigenossen, fordere ich Sie auf, kaltes Blut zu bewahren auch in dieser schweren Zeit, sich nicht provozieren, aber auch nicht niederdrücken zu lassen. (Stürmischer Beifall.) Lassen Sie sie schimpfen, lassen Sie sie diese Kübel von Verleumdungen ausgießen, beschmutzt wird ja niemand als jene Herren selbst, die schon schmutzig genug sind. (So ist es!) Lassen Sie sie drohen, wir fürchten sie nicht. (Tosende Zustimmung.) Wir haben sie nie gefürchtet. Wir stehen auf dem Boden, auf dem die Blüte der Menschheit heute steht; wir vertreten die Zu-

kunft, das Recht und die Hoffnung der Menschen. Wir sind stolz darauf, gegen eine Welt von Feinden, gegen eine Welt von Gedankenlosen und Verführten, gegen eine Welt von Mißbrauchten hochzuhalten die Fahne der Menschheit, die Fahne der Befreiung, die Fahne jener Zukunft, die einmal kommen wird, wo man die Aufforderung an Menschen, auf andere Menschen zu schießen, nicht mehr Patriotismus nennen wird. (Großer Beifall.) Mit diesem stolzen Gefühl, Parteigenossen, gehen Sie in den nächsten Wochen an die Arbeit. Verfolgen Sie die Ereignisse genau, aber lassen Sie sich nicht reizen oder einschüchtern, lassen Sie sich nicht hinreißen von dem Rausch, auf den eine furchtbare Ernüchterung folgen würde. Zeigen Sie sich, Parteigenossen, als zielbewußte Sozialdemokraten, zeigen Sie sich würdig der schweren Stunde und der großen Aufgabe, die vor Ihnen steht. (Großer, langanhaltender Beifall.)

Gegen den Krieg und die Kriegshetzer.

Rede im Parlament am 28. November 1912*).

Sehr geehrte Herren! Ich kann mich meinem unmittelbaren Herrn Vorredner in der Richtung anschließen, daß ich bedaure, daß wir hier mit der Debatte über ein Budgetprovisorium befaßt sind. Bei einigem guten Willen der wichtigsten Faktoren wäre es möglich gewesen, daß wir es schon in dieser Zeit mit dem wirklichen Budget, und zwar mit der zweiten Lesung desselben zu

*) Diese Rede wurde in der ersten Lesung des Budgetprovisoriums gehalten. Als erster Redner hatte der Kroat Luginja eine vierstündige Obstruktionsrede gehalten. Dann gab Dr. Groß im Namen des Deutschen Nationalverbandes eine kurze Erklärung ab. Adler hatte natürlich nicht auf diese Reden zu antworten, sondern auf die Treiberelen der Kriegshetzer. Das ganze Haus stand im Banne dieser Rede. Die „Arbeiter-Zeitung“ schilderte den Eindruck der Rede folgendermaßen: Wie wuchtige Schläge sausten die Worte nieder, so sehr sie ernster Sorge voll waren, und zwangen eben darum alle Zuhörer in den Bann des Redners. Nur ab und zu donnerten die Beifallssalven der Genossen durch den Saal — aber dann war es wieder still und manchmal mäuschenstill. Auch das Pianissimo der Rede verhallte nicht ungehört. Es war nicht das Bild wie sonst: Keine Zwischenrufe, obgleich ringsum die Gegner saßen und standen, keine Wortgefechte, keine Wechselreden, keine Unterhaltungsgruppen im Hause, der Redner allein beherrschte das Haus: so war es am Anfang der fünfviertelstündigen Rede, so war es auch während ihres Verlaufes. Alles lauschte atemlos und gespannt hinhorchend den Worten Adlers. Wie das Haus, so auch die gut besetzte Galerie, die den ganzen Tag die Langweile der Luginjaschen Obstruktionsrede zu ertragen gehabt hatte. Als Adler geendet hatte, da durchtobte ein minutenlanger Beifallssturm das Haus, die Genossen umdrängten Adler und drückten ihm die Hand, so daß er sich ihrer kaum erwehren konnte. Unter dem unmittelbaren Eindruck dieser Rede hat der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten be-

tun hätten. Hätte die Regierung das Budget nicht zu spät eingebracht — gegen den Willen des Hauses — wäre im Budgetausschuß die Beratung nicht gehindert, nicht verschleppt worden — man kann wohl sagen, unter dem wohlwollenden Zusehen der Regierung — von Parteien, deren Gründe unerforschlich sind,

schlossen, diese Rede in Form einer Broschüre sofort herauszugeben. Nach dieser Broschüre ist die Rede hier abgedruckt.

Zum vollen Verständnis der Situation, in der diese Rede gehalten wurde, muß noch ein Wort über die damalige Geschäftsordnung und über die Obstruktion gesagt werden.

Der Staatsvoranschlag für 1913 war dem Budgetausschuß am 31. Oktober zugewiesen worden, konnte dort aber infolge der Obstruktion der klerikalen Slowenen — die sich angeblich gegen die Diktatur des magyarischen Banus Cuvaj in Kroatien richtete — nicht erledigt werden. Die Regierung legte also ein Budgetprovisorium vor und die Kroaten und Ruthenen erzwangen dessen erste Lesung, die sonst nicht üblich war. Allerdings war im Herbst bereits eine Geschäftsordnung zwischen den großen Parteien vereinbart worden, die dem Haus die Möglichkeit der Arbeit geboten hätte. Aber die Regierung wollte kein arbeitsfähiges Haus, das dadurch gegenüber der Regierung stärker geworden wäre, zumal jetzt nicht, wo sie sich rüstete, in den Balkankrieg einzugreifen und wo sie also wie im Jahre 1914 kein Parlament brauchen konnte. Vergebens verlangte Seitz immer wieder die Fertigstellung der Geschäftsordnung. Die Regierungsparteien waren dazu nicht zu haben. So blieb es also bei der provisorischen Geschäftsordnung vom Jahre 1909, die am 20. Dezember um ein halbes Jahr verlängert und dann am 20. Juni 1913 bis 15. Mai 1914 verlängert wurde.

Es ist das die Geschäftsordnung, die weiter unten als die Notreform Kramarsch-Krek bezeichnet wird. Auch diese hat ihre interessante Geschichte. Am 15. Dezember 1909 hatten die tschechischen Agrarier unter der liebevollen Bewunderung der deutschen Agrarier mit der Obstruktion gegen das Ermächtigungsgesetz eingesetzt, das die Handelsverträge mit den Balkanstaaten und damit die Möglichkeit der Fleischeinfuhr bringen sollte. Natürlich gaben sie ihre Obstruktion zu Hause als eine nationale Obstruktion gegen das „deutsche“ Kabinett Bienerth aus und sie fanden die Hilfe der Tschechischradikalen, mit denen zusammen sie 57 Dringlichkeitsanträge einbrachten. Auf Vorschlag der Sozialdemokraten beschlossen die andern Parteien die frivole Obstruktion niederzuringen. Während die Wiener Arbeiter am 16. und 17. Dezember vor dem Parlament demonstrierten, wurde im Parlament ein Permanenzdienst eingerichtet, um die Obstruktionisten niederzuringen. Die Obstruktionisten konnten es nicht auf den Kampf ankommen lassen und sie erklärten sich plötzlich bereit, durch einen Dringlichkeitsantrag das Geschäftsordnungsgesetz zu reformieren. So kam die provisorische Geschäftsordnung zustande, die auf Grund eines Antrages des slowenischen Klerikalen Krek mit den Verbesserungen der Slawischen Union als Antrag Kramarsch-Krek beschlossen wurde. Sie ermächtigt den Präsidenten den „Einlauf“ (Interpellationen und Anträge) erst am Schluß der Sitzung verlesen und Dringlichkeitsanträge auch erst später verhandeln zu lassen. Aber diese Reform war nur provisorisch und mußte immer wieder erneuert werden, da die Regierungen kein starkes Parlament wünschten.

Adlers Rede hat sich nicht damit begnügt, mit den Kriegshetzern abzurechnen, sie hat auch die innere Politik dieser Regierung in den Kreis ihrer Betrachtungen gezogen und uns so ein Bild der Regierung erhalten, die Österreich dann in den Weltkrieg trieb.

ebenso wie die Ratschlüsse der Regierung, wäre das nicht geschehen, so könnten wir heute schon bei der normalen Erledigung des wirklichen Budgets stehen.

Sicher ist, daß auch die Erledigung des Budgetprovisoriums in bedauerlicher Weise durch eine Parteigruppe behindert wird, deren Ratschlüsse und Motive — ich wiederhole es — unerforscht und, wie es scheint, unerforschlich sind. Unser beschränkter Verstand vermag nicht einzusehen, wem zum Nutzen es sein soll, der Regierung die Motive zu bieten und in die Hand zu geben, damit sie dieses Haus in dem Moment, wo es ihr unbequem ist, um so leichter entfernen könne. Es ist nicht einzusehen, wem zum Nutzen es sein soll, daß wir in der Gefahr stehen, in dem für die Völker Österreichs vielleicht seit Jahrzehnten wichtigsten Moment

die einzige Tribüne, die wir haben,

um unsere Lebensinteressen zu erörtern, entweder uns entzogen oder okkupiert von Reden zu sehen, die mit diesen Lebensinteressen nichts zu tun haben. Wir vermögen das nicht einzusehen. Aber wenn wir es insbesondere nicht verstehen, warum gerade **Südslawen** und — wie die Gerüchte gehen, ich weiß nicht, ob es wahr ist — die **Ruthenen** sich in diesen politischen Tendenzen bewegen, wenn wir es nicht verstehen, warum die Obstruktion, die wir von unserem Standpunkt für ein gefährliches und zweischneidiges Instrument in jeder Lage, aber in diesem Moment **geradezu für selbstmörderisch** halten — **gefährlich nicht für die Regierung, sondern für die Völker** — angewendet wird, so verstehen wir um so mehr die hohe Regierung, die so gar nichts tut, um diesen Hemmschuh für das Parlament zu entfernen, die vielmehr alles tut, um die normale Arbeit des Parlaments nicht herbeizuführen. Wenn Sie meinen, daß das ein starkes Wort ist, so erinnere ich Sie an die Haltung, die die hohe Regierung gegenüber einer der wichtigsten Fragen des Parlaments, der **Geschäftsordnungsreform**, einnimmt. (Sehr richtig!)

Meine Herren! Der Ausschuß hat eine Geschäftsordnungsreform gemacht, bei der alle Parteien ein großes Maß von Opfern haben bringen und sich ein großes Maß an Selbstbeschränkung haben auferlegen müssen, um sie zuwege zu bringen. Sie haben sie gemacht im Interesse des Parlaments. Ich sage durchaus nicht, daß jedes Wort, das jetzt in der Vorlage steht, unfehlbar ist. Es ist weder das letzte Wort für die Verhandlung dieses Stückes, noch ist es ja das letzte Wort überhaupt; es kann ja wieder eine Reform kommen, wenn man sieht, daß dieser Weg unwegsam ist. Aber mit redlichem Bemühen, das darf man sagen, waren die wirklich verantwortlichen Leute aus allen Parteien bestrebt, ein Werk zuwege zu bringen, das das Parlament von der ewigen Gefahr, zu versumpfen, endlich befreien soll. Man sollte meinen, daß die Regierung die erste wäre, die daran ein Interesse hat. Aber genau so wie es seinerzeit bei der Notreform **Kramarsch-Krek** war, wo wir die Regierung beinahe mit Gewalt dazu zwingen mußten,

diesen lebensrettenden Akt mitzumachen, genau so leistet sie heute, wenn nicht offenen Widerstand, so doch eine

passive Resistenz,

die in allen Punkten zu spüren ist. Und da kommt Graf Stürgkh und deklamiert fortwährend von seinen parlamentarischen Neigungen und seiner Liebe für das Parlament. Nein, weil die österreichische Regierung spürt, daß diese **Geschäftsordnung ein Werk ist, das Parlament zu stärken, darum will sie es nicht.** (So ist es!)

Meine Herren! Ich bin nicht der Ansicht, wie mein unmittelbarer Herr Vorredner, der im Namen des Deutschen Nationalverbandes gesprochen hat, daß wir heute, in dieser ernsten Stunde, keinen Grund haben, über die innere wie über die äußere Politik zu reden. Wir sind durchaus nicht der Ansicht, daß das Recht, das jeder Zeitungsmann und jeder Mensch hat, das Recht, seine Meinung zu sagen, dem Parlament versagt werden müsse. Ich brauche nicht davon zu reden, daß selbstverständlich jede selbstbewußte Partei, die im Volk wurzelt, auch für das Volk und seine Vertretung in Anspruch nehmen wird und muß, über das Schicksal der Völker selbst mitzureden und zu entscheiden. (Lebhafte Zustimmung.) Aber davon ganz abgesehen, begreife ich es sehr wohl, daß einzelne Parteien des Hauses, die der Regierung sehr nahe stehen und die allerdings in einem etwas unklaren Verhältnis zur Regierung stehen — wie ja heute alles in Österreich unklar ist, wo man nicht mehr weiß, wer Koch und wer Kellner ist, was die Regierung und was die Opposition ist, wo man die Stellung der Parteien untereinander nicht mehr kennt, und auch die Verhältnisse innerhalb der Parteien nicht ganz klar sind — ich begreife es sehr wohl, daß diese Parteien über die innere Politik nicht zu reden wünschen, und ich nehme an, daß dabei außer ihrer Unruhe, außer der Unbehaglichkeit, die sie bei der Untersuchung dieser Verhältnisse empfinden müssen, auch eine gewisse Ungeduld mitspielt, weil sie den Kopf mit akuten, großen Schwierigkeiten voll haben. Aber trotz dieser Ungeduld, die uns gewiß ebenso eigen ist, wie irgend jemand im Hause, und trotzdem wir wissen, wie geschichtlich schwer und entscheidend der Moment ist, in dem wir stehen, glaube ich, es wäre unrecht, es wäre unmännlich, es wäre des Parlaments unwürdig, wenn nicht wenigstens mit ein paar Worten auch die innere Situation gekennzeichnet würde; denn, meine Herren, auch diese innere Situation ist maßgebend und entscheidend für unsere äußere Situation, und **würden wir eine bessere innere Politik haben, so könnten wir auch hoffen, eine bessere äußere Politik zu haben.** (Beifall.) Aber, meine Herren, was sollen wir zu einer Regierung sagen, was sollen wir zu einem Staate sagen, der — hoffen wir, daß er weiß, was er in der äußeren Politik will, hoffen wir es! — bestimmt nicht weiß, was er auf dem Gebiet der inneren Politik will. Die wichtigsten Fragen, die noch vor Monaten, noch vor Wochen, möchte ich sagen, alles bewegt haben, sind wie versunken. Wo ist

der deutsch-böhmische Ausgleich, der die Nerven bis zum äußersten gespannt hat, an den die größten Hoffnungen geknüpft worden sind, der eigentlich die Lebensbegründung, das Lebensmotiv für dieses Ministerium sein sollte? Es scheint, daß er nur

die Lebenslüge dieses Ministeriums

für einige Monate war. (Sehr richtig!) Nehmen Sie, meine Herren, alle anderen Dinge. Ja, gewiß, das Ministerium hat erfüllt, was man von ihm verlangt hat. Es hatte den Auftrag, die Wehrreform zu machen; die Wehrreform hat es durchgesetzt, mit Ihrer Hilfe, und damit ist es fertig. Jetzt ist dieses Ministerium seines ganzen politischen Inhaltes entleert, es hat weiter kein Programm und **keine Existenzberechtigung.**

Meine Herren! Wir, die sozialdemokratische Partei, die mit in allererster Linie die großen **sozialpolitischen Aufgaben** dieses Hauses, der Gesetzgebung und der Verwaltung stellen muß, die mit in erste Linie die großen Fragen der Freiheit in Gesetzgebung und Verwaltung stellen muß, wir müssen sagen: Eine feindseligere, eine leerere, eine inhaltslosere Regierung haben wir schon lange nicht vor uns gesehen. Ich will nicht mit vielen einzelnen Tatsachen Ihre Geduld in Anspruch nehmen, aber es ist kein Zufall, daß es dieser Regierung beschieden war, auf dem Gebiet des Koalitionsrechtes durch Verwaltungsakte Zustände zu schaffen, wie sie seit Jahrzehnten nicht da waren (lebhafter Beifall), die Drangsaliierungen, die die Arbeiterschaft in ihrem schweren Kampf um ihre materielle Existenz, um die Hebung ihrer Lebenslage bedrohen; es ist kein Zufall, daß die ganze sozialpolitische Gesetzgebung, die sich in diesem Hause vollziehen soll, durch die Regierung auf jedem Schritt, selbstverständlich mit Unterstützung der Majoritätsparteien, aufgehalten wird in jedem einzelnen Akt, und ich könnte Ihnen eine ganze Liste von Gesetzentwürfen anführen, welche nicht weiter gefördert werden und liegen bleiben. Aber abgesehen von ihrer hemmenden Wirkung hier im Hause hat es die Regierung so weit gebracht, daß sie die alten Einrichtungen für die Sozialpolitik, die frühere Ministerien geschaffen haben, heruntergebracht hat, daß sie heute zum Spott und zum Hohn dienen. (Zustimmung.) Ich bitte, meine Herren, sehen Sie sich die sozialpolitische Sektion im Handelsministerium an, die hilflos ist, deren jeder Schritt nach vorwärts behindert wird durch die anderen Herren Sektionschefs, die natürlich mit den großen Unternehmerkreisen, die im Industrierat vertreten sind, engste Fühlung halten und Schritt für Schritt den kleinsten sozialpolitischen Fortschritt hindern. Aber noch mehr, der Arbeitsbeirat, ohnehin ein ziemlich umständlicher und schwer beweglicher Körper, dieser Arbeitsbeirat und die sozialpolitische Sektion werden ihrer primitivsten Mittel beraubt und der Herr Sektionschef, Seine Exzellenz Mataja, mußte unlängst — ich hoffe errötend — gestehen, daß man ihm im Budget nicht die Mittel läßt, um eine Enquete zu veran-

stalten über die Arbeit in den kontinuierlichen Betrieben der Groß-industrie. (Hört! Hört!) Ich hoffe, er schämt sich selbst und der Herr Handelsminister, der noch neu im Geschäft ist, aber der sich sagen lassen soll, was das bedeutet, muß auch erröten, wenn er hört, daß die Sozialpolitische Sektion nicht die Mittel hat, um die „Soziale Rundschau“, jene wirklich höchst verdienstliche Publikation, welche ein Quellenwerk ersten Ranges für die ganze sozialpolitische Gesetzgebung im In- und Ausland ist, um dieses Quellenwerk weiterzuführen, denn **der Herr Sektionschef Engel hat kein Geld dafür*).** (Rufe: Hört! Hört!) So geht man um mit uns, so geht man um mit Österreich, so fördert man den Kredit Österreichs in einem Moment, wo man ihn notwendig braucht. (Sehr richtig!) Denn, meine Herren, glauben Sie nicht, daß auch das Ausland unter seinen Politikern lauter Analphabeten hat. (Sehr gut! – Heiterkeit.) Dort gibt es Leute, die lesen, dort gibt es Leute, die beobachten, dort gibt es Leute, die sich mit diesen großen Fragen beschäftigen, auch unter den ersten Staatsmännern; und wenn ein Mann — um nur einen Namen zu nennen, der mir gerade einfällt — ein Mann, wie Leon Bourgeois in Frankreich oder Posadowsky in Deutschland, auf einem Kongreß, wie er jetzt in Zürich abgehalten wurde, mit unseren Sozialpolitikern zusammenkommt und dort hört, Österreich ist nicht reich genug, um diese Publikation, die er natürlich jeden Moment mit dem größten Interesse erwartet und verfolgt, um diese Informationsquelle weiter zu erhalten, was soll er sich da denken?

Meine Herren! Das ist wichtiger, glauben Sie mir, als manche Ente, die da an der Börse oder in deren Umgebung ausgebrütet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist eine Politik, die nicht nur

für die Arbeiterklasse mörderisch schädlich

ist, sondern auch eine Politik, die den Staat **direkt untergräbt, blamiert und komprimittiert im Inland und im Ausland.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Aber, meine Herren, was soll man von einer Regierung sagen, die im Innern uns so heruntergebracht hat wie diese? Morgen, glaube ich, findet wieder einmal eine Sitzung des **Preßausschusses** statt. Die Herren werden mit Vergnügen davon hören. Zeitgemäß ist die Sitzung. Ich gestehe: ich bin Mitglied dieses

*) Dieser Sektionschef Engel hatte im Parlament den Beinamen Würg-Engel, weil er alle Ausgaben zu würgen hatte, mit Ausnahme der militärischen. Sektionschef Mataja ist nicht etwa der nachmalige christlichsoziale Minister, sondern der bekannte Nationalökonom Dr. Viktor Mataja, der unter Gautsch Leiter des Handelsministeriums, unter Seidler im Krieg Minister für soziale Fürsorge war. Stürgkh war am 3. November 1911 Ministerpräsident geworden, weil die Deutschbürgerlichen Gautsch nicht erlaubten, Tschechen in die Regierung zu nehmen, was bei Stürgkh geduldet wurde. Justizminister war in dieser wie auch in der früheren der Dr. Hohenburger, der im Jahre 1898 geraten hatte, verfassungsbrecherische Minister auf dem Laternenpfahl aufzuknüpfen, als Minister aber zu jedem Verfassungsbruch bereit war.

Preßausschusses, aber ich habe den Obmann niemals gebeten, eine Sitzung einzuberufen. Ich habe nicht urgiert und ich gehe pflichtgemäß zur Sitzung, pflichtgemäß, aber ohne Hoffnungen an die Erfolge dieser Sitzung zu knüpfen, denn, meine Herren, ich habe Herrn H o c h e n b u r g e r gehört im Ausschuß, ich habe Herrn H o c h e n b u r g e r beobachtet bei seinen Taten, ich weiß, was er will, und **darum weiß ich, was der deutsche Nationalverband kann, kann und darf.** Die Behandlung der Presse ist, das wissen Sie ja so gut wie ich, der untrügliche Barometer für den Hochstand der politischen Freiheit. Besonders in einem Lande, wo die Presse so in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwaltung und der Regierung steht, deutet die Behandlung der Presse am deutlichsten und klarsten an, wo wir stehen. Nun, meine Herren, wir stehen unter der glorreichen Regierung des Herrn H o c h e n b u r g e r dort, daß wir seit Schönborn -- und das will etwas sagen -- **keine Zeit gehabt haben, wo derartige Preßverfolgungen, so wahnsinnige, dumme, unbesonnene,**

verrückte, sinnwidrige Konfiskationen

erfolgt sind, wie wir sie jetzt haben. (Beifall.) Und wir stehen sogar vor dem Versuch, den alten, toten, von uns längst zu Tode gestrampelten § 23, an den doch kein anständiger und vernünftiger Mensch in Österreich mehr gedacht hat, wieder lebendig zu machen. Er ruhe sanft! **Wir behandeln ihn als tot und er bleibt tot für uns, da können Sie machen, was Sie wollen.**

Aber nicht allein, daß Sie ihn nicht beseitigen wollen, lebendig machen wollen Sie ihn und knüpfen seine Einscharrung an Bedingungen, wie sie uns Herr H o c h e n b u r g e r gesagt hat, die für das österreichische Parlament unannehmbar sind, unannehmbar für jedes, solange es im Besitz seiner Vernunft und seiner Ehre ist, oder wenigstens schien das so bis vorgestern. Denn, meine Herren, die Bedingungen, an welche die Regierung ausdrücklich eine Reform des Preßgesetzes, die Aufhebung des objektiven Verfahrens und die Aufhebung des Kolportageverfahrens knüpfen will, ist einerseits eine **Einschränkung der Geschwornengerichte** für Preßdelikte, was schlimm genug ist, aber das trifft nur die Menschen, anderseits die

Aufhebung der Immunsierungsmöglichkeit

im Parlament für die Presse. Das ist schlimmer, denn es **vernichtet in Österreich die Preßfreiheit.** (Zustimmung.)

Meine Herren! Und da bin ich bei dem, was Sie vorgestern angerichtet haben. Es ist doch unverständlich. Wenn der Herr Justizminister einen Ukas an seine Staatsanwälte hinausgibt, man muß das Manifest konfiszieren, na, so ist das begreiflich, er hat es früher nicht gelesen, er weiß doch nichts von der Welt, die sich nicht nur zwischen Graz und Wien abspielt, sondern etwas größer ist. Und da denkt er sich, was die Sozialdemokraten in Basel gemacht haben, das ist fürchterlich. Na, das wird halt konfisziert, gut! Daß die Staatsanwälte kreuz und quer konfisizieren, begreife

ich. Die einen konfiszieren die erste Hälfte und lassen die zweite stehen, die andern konfiszieren die zweite Hälfte und lassen die erste stehen (Heiterkeit), die dritten sind die Erleuchteten, sie denken, sie kennen ihren H o c h e n b u r g e r, sicher ist sicher, wir konfiszieren alles. (Heiterkeit.) Nun sollte man doch glauben, daß ein vernünftiger Mensch sich überlegt, wenn er davon Kenntnis hat, was eigentlich vorgegangen ist. Sie können ja über die sozialdemokratische Bewegung, über die sozialistische Weltbewegung denken wie Sie wollen, und daß Sie Gegner sind, ist erlaubt. Was aber eigentlich unter vernünftigen europäischen Menschen nicht erlaubt sein sollte, das ist, zu verkennen, daß es sich doch um eine ziemlich ernste und wichtige Sache handelt, zu verkennen, daß in Basel

die Vertrauensmänner von vielen Millionen Menschen

zusammengekommen sind, wenn Sie wollen, irregeführten Menschen — bezeichnen Sie sie, wie Sie wollen — aber vielen Millionen Menschen aus allen Ländern und Nationen, die durch ihre ersten Vertrauensmänner — irreführende Vertrauensmänner, törichte Leute (Heiterkeit), beschränkte Leute — nehmen wir an, es wäre so, aber doch die Vertrauensmänner von vielen Millionen Menschen — es zuwege bringen, über eine so schwierige Sache, wie die europäischen Fragen, ein einheitliches Votum und nicht eine Phrase, sondern ein detailliertes, in Einzelheiten eingehendes Votum zustande zu bringen. Und wenn Sie auch dieses Votum in seinen Einzelheiten gering schätzen, wenn Sie aber nur die Willensäußerung, nur die Äußerung der Empfindung von Millionen Menschen in allen Ländern nehmen, die auf einen bestimmten Punkt konzentriert ist, wenn Sie dazunehmen, daß das in allen Sprachen hinausgegeben wird, was da beschlossen wurde, in Millionen von Exemplaren, und daß man in allen Ländern das lesen wird, so ist es merkwürdig, daß dann der kleine österreichische Staatsanwalt dasteht und die Hand vor den Ursprung der Donau hält und sagt, das Wasser läßt er nicht heraus. (Lebhafter Beifall.) Das ist der Staatsanwalt, gut, der ist dazu da, daß er beschränkt ist, sonst könnte er ja sein Amt nicht ausführen. (Lebhafte Heiterkeit.) Aber, meine Herren, Sie sind doch keine Staatsanwälte, Sie müssen doch sagen, wir haben nicht die Verpflichtung, so beschränkt zu sein, wir müssen es nicht sein, wir können uns von Herrn H o c h e n b u r g e r emanzipieren, müssen nicht so töricht sein wie der Graf S t ü r g k h. Warum sollten wir das? Wenn dem Grafen S t ü r g k h dieses Manifest in griechischer Sprache vorliegen würde, würde er es als ein wichtiges Dokument betrachten (lebhafter Beifall), aber weil es ein aktuelles ist, etwas, was heute aus dem Leben, aus dem Blute von Millionen hervorgegangen ist und auf das Herz und Hirn von zehnfachen Millionen wirken wird,

trotz Ihrer Staatsanwälte und trotz Ihrer Büttel

(lebhafter Beifall), darum müssen Sie sich so blamieren, so kom-

promittieren, so bis auf die Knochen bloßstellen, meine Herren, und **ich bedaure Sie vom Herzen wegen dieser Blamage, daß Sie sich dem dümmsten unserer Staatsanwälte gleichsetzen.** Sie sind alle Monarchisten, leben in einer Monarchie und denken natürlich schlecht von Republiken und Republikanern. Das ist Ihr Metier oder vielmehr Ihre Fassung, selig zu werden; ich lasse Sie dabei und rechte mit Ihnen nicht. Aber das wird Ihnen vielleicht doch aus einem flüchtigen Einblick in die Verhältnisse unserer Nachbarstaaten bekannt sein, daß die schweizerischen Kantone durchaus nicht in roter Verwaltung, sondern im Gegenteil in recht konservativer Verwaltung sind und speziell ist das von Basel bekannt. Das führende Organ — will ich sagen — der Kriegshetzerherren hat heute angekündigt, daß ich das Manifest von Basel vorlesen würde. Nein, meine Herren! Die Publizität, die wir brauchen, werden wir uns aussuchen, die lassen wir uns nicht von Ihnen ankündigen und vorschreiben (Beifall); fällt mir gar nicht ein. Aber ich will Ihnen ein anderes Dokument mitteilen, nämlich die Sätze, mit welchen den Baseler Kongreß

die Kantonregierung von Basel

begrüßt hat, eine Adresse an den Kongreß, die begonnen hat: **„Unermessliches Unheil zu verhüten, die Nationen vor den gewaltigen Opfern zu bewahren, die ein Krieg ihnen auferlegen würde, ist Ihr hohes Ziel. Sie wollen durch Ihre Kundgebung die Gewissen schärfen, damit nicht Machtgier und Leidenschaft das Schicksal der Völker zu bestimmen vermögen.“**

Das ist die Auffassung, die diese recht konservativen Staatshäupter des Kantons Basel von dem Kongreß gehabt haben. Und Sie, Sie konfisizieren! Sie lassen in Ihrer Presse schimpfen und glauben, daß Sie damit fertig sind, Sie glauben, daß Sie damit etwas geleistet haben, wenn in Ihren Blättern die abenteuerlichsten Berichte über das, was in Basel gesprochen wurde, stehen, wenn uns allen, die wir dort waren, alle möglichen Delikte und Abgeschmacktheiten in den Mund gelegt werden. Ich versichere Sie: in Basel war kein Mann, der nicht die Wichtigkeit und den Ernst des Moments und die Verantwortung, die ihm obliegt, so gefühlt hätte, daß solch niedrige Angriffe auf einzelne Personen tief unter dem Niveau der Diskussion, die dort geführt worden ist, gestanden wären. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Den Ernst der Männer, die dort waren, den Ernst und auch nur einen Teil davon, wünschte ich dieser Versammlung, wünschte ich diesem Hause (lebhafter Beifall), wünschte ich hier den Abgeordneten; denn auch Sie sollten die Empfindung haben, die wir dort gehabt haben: **wir stehen da für Menschen, die mit ihrem Blut und ihren Leibern und ihrer Zukunft, ihrer Familie und ihrer ganzen Existenz für das eintreten müssen, was wir hier sind und verhandeln, für das, was wir tun.** Wir hier, wir sollten das auch im Kopf und im Herzen tragen und nicht wie Sie es, meine Herren, in dieser ganzen Kriegshetzerei gegen uns

tun, an dem großen drohenden Weltbrand Ihre elende Parteisuppe kochen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Was wollen Sie denn? Was bilden Sie sich denn ein? Bilden Sie sich ein, uns Sozialdemokraten einzuschüchtern, wenn Sie draußen erzählen und hier erzählen und offizielle Kundgebungen im Rathaus veranstalten, wo Sie in einemfort von Verrat, Schwäche, Landesverräter und solchem dummen Zeug reden? Uns wollen Sie damit einschüchtern? **Meine Herren! Wir wissen ganz genau: erstens, daß Sie im Namen jener reden, die absolut nicht marschieren werden.** (Sehr richtig! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Zweitens ist es sehr bezeichnend, daß die Hurra Stimmung in dem Maße zugenommen hat (Zwischenrufe), als sich zum Glück die Kriegsaussichten v e r m i n d e r t haben. (Heiterkeit und sehr gut!) Meine Herren! Es wird wieder, so hoffen wir, zu keinem Krieg kommen, weder mit Serbien noch mit Rußland — so hoffen wir — der äußere Feind wird hoffentlich außer Spiel bleiben, aber das Spiel muß doch ein Objekt haben: so ist es halt der innere Feind und **wenn man nicht die Militärs loslassen kann auf die Serben, so schickt man wenigstens die Polzisten auf die Sozialdemokraten.** Das ist doch Geschäft, Geschäft! Sie glauben, Sie werden uns der Bevölkerung als Verräter hinstellen? Wenn Sie solches beabsichtigen, dann müssen Sie erstens über das, was wir sagen und predigen, lügen und zweitens müssen Sie verhindern, daß die Bevölkerung die Wahrheit erfährt. (So ist es!) Sie müssen also zum Beispiel erklären, daß der Kongreß in Basel eine große Demonstration, eine feindliche Demonstration nicht nur gegen Österreich, sondern insbesondere auch gegen den Monarchen war. **Sie müssen solche Dinge erfinden und lügen,** und dann müssen Sie unterschlagen und müssen verhindern, daß unser Beschluß unter die Leute kommt, weil dann die Leute erkennen würden, daß das nicht wahr ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Meine Herren! Es ist durchaus nützlich, daß wir mit ein paar Worten auch von unserer äußeren Politik sprechen. Ich weiß sehr wohl, bin mir vollständig bewußt — und mit mir jeder meiner Parteigenossen — mit welcher Reserve und Zurückhaltung das geschehen muß. Ich bin mir vollständig bewußt der Pflicht, in diesem Moment

nur einem zu nützen, und das ist dem Frieden

und kein Wort auszusprechen, das dem Frieden schaden könnte. Aber, meine Herren, so gut wie die Delegation, so gut sind wir auch noch und was die Herren Grafen reden können, das bringen wir auch noch zuwege. Und wenn die „Neue Freie Presse“ und die „Reichspost“ alle Tage über die äußere Lage reden darf, so muß uns Abgeordneten das auch erlaubt sein; denn so geschieht — ich bin selbst Journalist — so geschieht wie die Journalisten, sind wir wenigstens amtlich zu sein verpflichtet. (Lebhafte Heiterkeit.) Meine Herren! Es ist kein Zweifel, daß seit ein paar Tagen zu unserer großen Freude, zu unserer großen Beruhigung sich die

Situation als weniger gefährlich darstellt. Freilich steht es für uns Österreicher sehr schwer zu wissen, welchen Inhalt denn eigentlich die große Energie und der große Kraftaufwand hat, mit dem unser Ministerium des Auswärtigen und alle Faktoren, die damit irgendwie zusammenhängen, diese Frage angepackt haben. Meine Herren! Vergessen Sie doch nicht, welche Wandlung, welche große Wandlungen sich in den letzten Wochen bei den Schlagworten — denn als etwas anderes kann man sie ja nicht bezeichnen — ergeben haben, unter denen sich anscheinend unsere äußere Politik vollzogen hat. Als der Balkankrieg begann, da war im Anfang der Status quo. Jeder, der irgend etwas wußte, der irgend etwas war, erklärte feierlich: Status quo! Es bleibt beim alten. Sehr bald hat es sich gezeigt, daß man allerdings beim Status quo bleiben muß, aber bei dem anderen Status quo (Heiterkeit), dem Status quo, der durch die geschichtlichen Ereignisse auf dem Balkan geschaffen worden war. Das war ein neuer Status quo, der sich allerdings nicht der gleichen Beliebtheit erfreute wie der alte, der seit langer Zeit als unhaltbar erwiesen war und der neben anderen Ursachen auch durch die Unfähigkeit der Großmächte, bei der Türkei die notwendigen Reformen zu erzielen, unhaltbar gemacht wurde.

Nach dem Status quo kam dann der Sandschak. Erinnern Sie, meine Herren, sich noch an den Sandschak? (Heiterkeit.) Das fällt in eine Zeit, von der man gar nichts mehr weiß. Damals hat es geheißen: Alles kann Österreich preisgeben, aber den Sandschak müssen wir haben. Das hat nicht das Ministerium des Auswärtigen gesagt. Ich polemisiere gar nicht gegen das Ministerium, ich polemisiere gar nicht gegen die Politik des Auswärtigen Amtes, denn die kenne ich nicht — wollte Gott, es würde sie selber kennen (Heiterkeit) — ich sage Ihnen nur, es hat geheißen: den Sandschak müssen wir haben. Die Sache mit dem Sandschak hat aber nicht lange gedauert. Sie war erledigt — ich glaube — durch die Schlacht bei Kumanowo*).

Und nun hat es geheißen: Also Saloniki müssen wir haben. Das ist ein alter Traum von anno dazumal, ein Traum, der vor drei Jahren, als wir den Sandschak doch weggegeben

*) Hier einige wichtige Etappen des Balkankrieges: Am 8. Oktober 1912 erklären die Großmächte, daß auch etwaige Siege der Balkanstaaten am bestehenden Zustand nichts ändern würden. Am demselben Tag erklärt Montenegro den Krieg an die Türkei, am 17. und 18. die anderen Balkanstaaten. Am 19. Oktober nehmen die Griechen Ellassona, am 23. und 24. Oktober schlagen die Serben die Türken bei Kumanowo, an dem gleichen Tag siegen die Bulgaren bei Kirkkilissi und am 29. und 30. bei Lüle Burgas, umzingeln Adrianopel und stoßen Anfang November gegen Konstantinopel vor, das nur der verzweifelte Widerstand der Türken an der Tschataldschalinie noch rettet. Am 9. November erobern die Griechen Saloniki. Der Status quo war gefallen. Während die Großmächte noch unschlüssig berieten, trat die Türkei am 4. November an sie mit der Bitte um Vermittlung eines Waffenstillstandes heran und wendete sich dann am 19. November direkt an die Sieger durch einen Schritt in Sophia.

haben, aufgegeben schien, der aber jetzt ein bißchen lebendig wurde.

Es hat lange gedauert, dann hat es wieder geheißt: Wir wollen nichts als ein Bündnis mit den Balkanvölkern, insbesondere mit Serbien, und zwar womöglich ein ewiges Bündnis, womöglich ein Bündnis für immerwährende Zeiten, womöglich eine Militärkonvention oder so etwas Ähnliches — ganz genau hat man es ja nie erfahren (Heiterkeit) — kurz und gut — lieben sollen sie uns. (Lebhafte Heiterkeit.) Und wenn sie uns nicht lieben, so machen wir es so wie Friedrich II., der mit dem Krückstock den Kindern nachgelaufen ist und gesagt hat: Nicht fürchten sollt ihr mich, sondern lieben. Man hat in diesem Moment vergessen, daß das Zärtlichkeitsverhältnis zwischen Österreich und Serbien von Anbeginn durch einen mächtigen Faktor getrübt wurde, durch das serbische Schwein (lebhaftes Heiterkeit), man hat vergessen, daß das serbische Schwein so lange Zeit zwischen uns gestanden ist, man hat vergessen, daß diese Liebe nicht zu erzielen war und daß es schwer ist, auf einmal daran zu glauben, daß unsere Politik eine so plötzliche Umkehr macht. Gut! Es scheint, daß das auch nicht gleich möglich war. Es kann ja sein, daß die österreichischen Agrarier gesagt haben: Also Liebe, das nicht! (Heiterkeit.) Darauf ist Albanien gekommen. Waren wir für die Autonomie Albaniens? Gut! Man darf über eine gewisse Grenze nicht gehen. Ja, so hat nicht das Ministerium, ich wiederhole es, so hat nicht unser Auswärtiges Amt gesprochen, nicht die Verantwortlichen, sondern die Unverantwortlichen haben so gesprochen, die sich anmaßen dürfen, im Namen der Regierung zu sprechen, so auszusehen, als ob sie im Namen der Regierung sprächen, ohne die Verantwortung dafür zu tragen. Und diese sind es, die Österreich in der öffentlichen Meinung Europas

einen Rückzug nach dem andern

(Beifall und Händeklatschen) durch ein ganz leichtsinniges Gebaren in allen diesen Dingen zugezogen haben. Schließlich ist man auf den Prochaska gekommen. (Heiterkeit.)

Ich bitte, meine Herren, das ist nicht lächerlich, sondern ein trauriges Kapitel nach zwei Seiten hin. Eine ernste Sache, wenn wirklich ein Vertreter von Österreich dort gekränkt oder geschädigt und die österreichische Fahne nicht respektiert worden wäre, gewiß eine ernste Sache, die geregelt werden müßte, eine Sache, die wie geschaffen ist — das sagen sogar die Gelehrten der Friedensliga — für das **Haager Schiedsgericht**, wie nicht leicht eine andere, eine ganz ernste Sache. Ich bin der letzte, der es leicht nimmt, wenn österreichische Bürger im Ausland gekränkt werden (Beifall), und ich möchte nur wünschen, daß so wie der **Konsul Prochaska auch die österreichischen Arbeiter in Amerika und die österreichischen Arbeiter bei unserem Freunde und Bundesgenossen in Deutschland und insbesondere in Preußen geschützt werden.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich würde nur

wünschen, daß ein Teil der Energie, die bei den Herren aufgärte, schier unbezähmbar ist, dann zu sehen wäre, wenn wirklich Österreichs Ehre als Staat für Hunderte von österreichischen Staatsbürgern in Gefahr kommt. (Sehr richtig! — Beifall.)

Ja, meine Herren, Sie sagen — das ist so ein Schlagwort — „wir können uns nicht alles gefallen lassen“. Ich bin nicht dafür, daß wir uns alles gefallen lassen. Gar nicht. Aber sagen Sie zunächst einmal, was haben Sie sich denn bisher gefallen lassen? Daß die Serben gesiegt haben? (Heiterkeit.) Das konnte niemand hindern, auch Sie nicht. Ich habe einen Artikel des heutigen „Fremdenblattes“ vor mir, also eine sehr authentische Quelle — Sie sehen, wir Sozialdemokraten machen ernste geschichtliche Forschungen (lebhaft Heiterkeit), wir lassen es uns nicht verdrießen, in die Tiefen einzudringen. Der Artikel ist folgendermaßen entstanden. Ich habe Ihnen gesagt, daß, solange die Kriegsgefahr sehr drohend war, man wenig von Hurrastimmung in der Bevölkerung gespürt hat, und da haben die Herren von oben durch gewisse Kanäle — mehrere solche Leiter, sagen wir, sehe ich da und wenn sie nicht da sind, so könnten sie da sein — etwas Kriegsstimmung, so

etwas Hurrastimmung in die Bevölkerung

zu bringen gesucht. Man hat gesucht aufzupulvern, wie man sagt, und da hat es geheißen: „Wir können uns nicht alles gefallen lassen!“ Da hat man die falschen Depeschen gebracht von dem umgebrachten Konsul, der, wenn ich mich recht erinnere, **dreimal umgebracht** wurde (Heiterkeit), zu verschiedenen Zeiten, und **noch als tot erklärt** wurde zu derselben Zeit, **wo man hier seine Depeschen schon gehabt und amtlich gewußt hat, daß er lebt**. Also man hat aufpulvern müssen, und da hat man aufgepulvert. Aber sehr bald sind die Folgen dieser Aufpulverei ein bißchen zu weit gegangen, denn die Gesellschaft, die da aufgepulvert worden ist, ist sich ja keiner Verantwortung bewußt, da gibt es doch kein Maß, da können Sie nicht sagen, innerhalb vernünftiger Grenzen, sondern wenn es da losgeht, ist ein Gefühl für Verantwortung oder sonst etwas Derartiges da nicht vorhanden und die Geister — wenn man das „Geister“ nennen kann (Heiterkeit); erinnern wir uns, daß es ursprünglich Besen waren (lebhaft Heiterkeit) —, die Geister, die Sie riefen, die werden Sie nun nicht los und da muß das alte „Fremdenblatt“ ausrücken und muß sie beruhigen und ihnen sagen, daß es so ja nicht geht, daß das Auswärtige Amt nicht so losgehen kann nach den Impulsen der „öffentlichen Meinung“ (Heiterkeit) — das ist nämlich die „Reichspost“ und die „Neue Zeitung“ (Heiterkeit) —, daß es doch eine Verantwortung trägt, die eben die Volksmassen natürlich nicht mit ihm teilen, es muß den Umstand im Auge behalten, daß es auch den großen europäischen Interessen bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen muß. Sie sehen, Sie müssen schon wieder eindämmen, und ich weiß nicht, ob Sie sich das nicht auch heute im Rathaus bei Ihrer großen Demonstration ein bißchen hinter die

Ohren schreiben sollten. Nun, in diesem Artikel fühlt natürlich das Auswärtige Amt das Bedürfnis, sich gegen die angeblichen Vorwürfe zu verteidigen, die ihm von jener Seite gemacht werden, als ob Österreich zurückgewichen wäre, und da wird gesagt, diese ungeduldige Stimmung werde durch die „fortdauernden Provokationen von serbischer Seite“ hervorgerufen. Nun bitte ich, vor allem folgendes festzuhalten: Daß der Übermut der Sieger in Serbien nicht gerade angenehme Formen annimmt, wird jeder zugeben müssen; aber, meine Herren, Hand aufs Herz: Es ist schon etwas lange, daß wir in Wien den Genuß und die Möglichkeit gehabt haben, die Probe darauf zu machen, wie die Stimmung in Wien wäre, wie sich der Übermut der Sieger in Wien austoben würde. Es ist schon etwas lange her (Heiterkeit), aber, meine Herren, wenn es käme — ich glaube gar so maßvoll, gar so ihrer Würde bewußt wären die Herren, die heute schon toben, wo noch nicht von Siegen, ja nicht einmal von Kriegen die Rede ist, am allerwenigsten. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun wirft der Offiziosus ihnen drei Dinge vor; vor allem die intransigenten Erklärungen des serbischen Ministerpräsidenten. Na, das sind noch nicht offizielle Erklärungen gewesen und darauf wird ja die offizielle Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten antworten können: „die an aufregenden Zwischenfällen reiche Angelegenheit des Konsuls Prochaska“ — die Zwischenfälle sind ja nicht in Serbien hervorgerufen worden, sondern durch **die Lügen unserer Sensationspresse** (lebhafter Beifall und Händeklatschen), und drittens „durch die aufreizende und gehässige Sprache der nationalen Presse gegen Österreich-Ungarn“. Ja, meine Herren, die Serben haben am Ende gar kein solches Preßgesetz gehabt wie wir (Heiterkeit), ich fürchte, sie sind so unzivilisiert, daß sie nicht einmal ein objektives Verfahren haben, vielleicht auch sind ihre Staatsanwälte eingerückt und können nicht konfiszieren. (Lebhafte Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, das sind doch keine Gründe! Ich gebe zu, das sind Dinge, über die man geärgert sein kann, man kann gegen einen frechen Artikel auch einen frechen Artikel schreiben (Heiterkeit), aber **Tinte mit Blut abzuwaschen, das hat es in der ganzen Welt nicht gegeben.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ich muß schon sagen, ich begreife nicht, wie Männer, die doch schließlich etwas Empfinden für ihre Verantwortlichkeit haben müssen, Männer, die doch fühlen müssen, daß jedes Wort, das in dieser Richtung gesprochen wird, mit dem Blut unserer Kinder bezahlt werden muß, wie die solches Zeug reden und so Anlaß geben können zu solchen Dingen, wo sie doch begreifen müssen, daß in Österreich heute nichts gefährlicher ist als die kriegshetzerische Stimmung, die absichtlich gemacht wird. Ich erkläre Ihnen, ich glaube nicht, daß die Stelle, die zu meinem Bedauern in Österreich das Recht hat, allein das Recht hat, den Krieg zu erklären, den Krieg will. Ich glaube es nicht. Aber so sehr ich für uns in Anspruch nehme, daß wir über unsere Zukunft ent-

scheiden, wenn mir das Gesetz das nicht bietet, dann habe ich wenigstens die Pflicht — und jeder einzelne von uns hat sie — meinen ganzen Einfluß in der Öffentlichkeit dazu zu benützen, um dafür zu sorgen, daß die Vernunft und das Recht siegt. Wir können über Krieg und Frieden nicht bestimmen, aber

wir dürfen doch nicht den Blutrausch vermehren,

der sich in der Bevölkerung so leicht ergibt und aus dem eine Ernüchterung, die Ihnen allen übel bekommen wird, sich sehr bald einstellen würde, wenn es ernst würde! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ich will Ihnen die Folgen eines Krieges, in den Österreich verwickelt wäre und der **unbedingt einen Weltkrieg** herbeiführen müßte, der unbedingt nicht ein Krieg mit einer Front bleiben könnte, hier nicht ausmalen. Es wäre **eine Katastrophe, wie sie seit einem Jahrhundert und seit länger nicht über die Welt gekommen ist.** Wir wissen nicht, was da zugrunde gehen kann an Kulturgütern, die vielleicht noch größer sind als die Menschenleben allein, um die es sich da handelt. Ich will davon nicht sprechen. Aber von der Verantwortung will ich doch sprechen, die wir alle haben. Und nun frage ich Sie: Wie können Sie dieser Verantwortung gegenüber so sprechen, wie Sie sprechen? **Wie können Sie uns, die wir im festen Bewußtsein einfachster Pflichterfüllung für den Frieden wirken, beschimpfen und wie können Sie uns als Vaterlandsverräter hinstellen — uns Sozialdemokraten aller Länder, da spreche ich nicht von den Österreichern allein —, wie können Sie das tun, wenn Sie wissen, was in Basel geschehen ist, wie können Sie es speziell als Österreicher tun?** Sie sprechen von der Autonomie Albaniens und dem Rechte des albanischen Volkes auf Selbstständigkeit, und auf dem ganzen Balkan gibt es außer den Albanern selbst keinen Menschen, der für diese Forderung eintritt, die mit Recht erhoben wird, als die Sozialdemokraten der Balkanvölker selbst. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Die Sozialdemokraten von Serbien und Bulgarien, die sozialdemokratische Organisation der Türken — auch die gibt es unten in Saloniki — sind mit uns bei dieser Forderung. Irrsinn ist, wenn irgendein Blatt, wahrscheinlich die „Reichspost“, in einem Anfall von Irrwahn davon spricht, daß die Sozialdemokraten den Russen irgendwie helfen. Wir für Rußland! Wir, die Sozialdemokraten aller Länder, die **in dem russischen Zarismus** vor allem und in erster Linie

den größten, giftigsten und gefährlichsten Feind der Menschheit und des Fortschrittes sehen (lebhaft Zustimmung), wir Sozialdemokraten, die in Basel wieder **eine feierliche Erklärung gegen den russischen Zarismus** erlassen haben und damit selbstverständlich ausgesprochen haben, was unser Innerstes bewegt! Sie, die Herren Spießer, die sich da aufregen, werden dem russischen Zarismus nicht wehe tun. Aber **die revolutionären Proletarier Rußlands und Polens, die heute schon den Kampf gegen den**

Zarismus führen, sind bessere Bundesgenossen für die Menschheit und den Frieden. Und daß wir sie angerufen haben, daß wir **das Friedenswerk, das diese russischen und polnischen Proletarier verrichten, anerkennen** konnten, das ist wirklich mehr als Ihre leeren Deklamationen, die nichts als Phrasen sind. (Lebhaftes Zustimmung.)

Meine Herren! Sie wissen nicht, was Sie tun, das ist der einzige Milderungsgrund für Ihre Torheit. Sie glauben, es handelt sich heute um den Kampf zwischen (im Dialekt) einer Partei und einer andern Partei und vielleicht kann man bei dieser Gelegenheit den verdammten Sozialdemokraten irgend ein Mandat wegnehmen. (Schallende Heiterkeit.) Als ob ich den seligen Geßmann hinter den Kulissen reden hörte! (Erneute lebhaftes Heiterkeit.) Das ist

eine echt geßmannitische Politik,

die Sie da machen, meine Herren! Nein, wir fürchten uns nicht vor Ihnen! Betrachten Sie uns, wie Sie wollen! Gehen Sie einmal hinaus zu Ihren Wählern, die Herren aus Deutschböhmen, die das Maul so voll nehmen, die Herren vom Nationalverband! Gehen Sie einmal hinaus in jene Bezirke, wo — Gott behüte, nicht mobilisiert wird, davon ist ja natürlich gar keine Rede —, aber wo von den notwendigsten Vorbereitungen, die immerhin denn doch in einer gefährlichen Lage getroffen werden müssen (Heiterkeit), schon einzelne Menschen etwas spüren, und versuchen Sie dort, die Leute in Hurrastimmung zu bringen! Probieren Sie es! (Lebhaftes Zustimmung.) Mögen Sie, meine Herren, heute in der Erregung des Blutauschusses einige zweifelhafte Schichten dieser Stadt mit sich reißen können, mögen ein paar Studenten — was heute aus den Studenten geworden ist! (lebhaftes Heiterkeit) — deutsche und italienische Studenten mitten in der Nacht beim Deutschmeisterdenkmal — daß es mitten in der Nacht war, ist ja ein Milderungsgrund (Heiterkeit) — patriotische Demonstrationen veranstalten, ja, meine Herren, mögen Sie solche einzelne Erfolge in einzelnen Schichten haben, uns werden Sie damit nichts antun. Daß wir einen Feind haben, der heute noch stärker ist als wir, das wissen wir: **„Der Feind, den wir am tiefsten hassen, der uns umlagert stark und dicht, das ist der Unverstand der Massen.“** Das wissen wir. Den haben Sie auf Ihrer Seite und den suchen Sie zu mobilisieren, da es doch hoffentlich zu keiner andern Mobilisierung kommen wird. Aber, meine Herren, wenn wir auch wissen, daß dieser Unverstand der Massen gegen uns ist, **so wissen wir doch auch, daß es täglich lichter und lichter wird, daß unsere Aufgabe, trotzdem wir in der Minorität sind, der Verbreitung von Licht und Wahrheit gewidmet ist und daß diese Arbeit nicht ohne Erfolg ist.**

Ja, meine Herren, die österreichische Politik hat merkwürdige Gestalten. Wir haben ja natürlich keinen der Herren Minister, die das etwas angeht, vor uns, nicht wahr? Denn die einen gehören dem Auswärtigen Amt an und kommen nicht und der Herr Ministerpräsident hat offenbar wichtigere Dinge zu tun. Ich be-

werbe mich nicht um seine Gegenwart, es würde auch nichts nützen, wenn er hören würde, was ich sage. (Heiterkeit.)

Wir hätten in Österreich eine sehr gute Politik machen können. Wir hätten sie lange machen können und von langer Hand. **Wie anders würde dieser Balkan aussehen, wenn Österreich verstanden hätte, die östliche Vormacht zu sein**, und wenn es verstanden hätte — verzeihen Sie, daß ich mich selbst zitiere —, was ich seit Jahren wiederholt, auf die Gefahr hin, langweilig zu werden, als

die Schicksalsfrage von Österreich

bezeichnet habe, die Lage und die Verhältnisse der Südslawen im Südosten der Monarchie hüben und drüben in vernünftiger Weise zu ordnen; wenn Österreich verstanden hätte, auch nur Bosnien und die Herzegowina, die es seit 1878 bearbeitet, so zu entwickeln, daß die Bauern heute, wenn nicht besser, so doch nicht schlechter daran sind als in Serbien (Zustimmung); wenn es verstanden hätte, daß in Bosnien und der Herzegowina die Bauern doch nicht weniger Schulen, sondern womöglich mehr Schulen haben müßten als in Serbien; und wenn es verstanden hätte, daß man zwar selbst mit dem Tisza leben kann, daß er ein Wehrgesetz apportieren kann, aber daß man keine Völkerpolitik damit machen kann und **daß der Herr Cuvaj*) kein Mittel großzügiger und vernünftiger Balkanpolitik ist**. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Man sagt sich doch manchmal: **Ist es denn ein Schicksal, ist es ein verdientes Schicksal, daß die Mächtigen und die Entscheidenden hier so verlassen sind von jeder Spur von Vernunft, von jeder Spur von Einsicht in das, was notwendig ist? Ist es wirklich das Schicksal, daß sie ins Verderben rennen müssen, daß sie nicht einmal das Minimum von Verstand haben, in dem Moment, wo sich auf dem Balkan eine Gefahr zeigt,**

diesen Cuvaj mit Kolbenstößen davonzujagen?

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Sind sie denn wahnsinnig? Jetzt möchten sie die Bulgaren und die Serben ein bißchen durcheinanderjagen und bringen, nachdem sie die Föderation geschaffen haben, nachdem ihnen doch das gelungen ist, was schier unmöglich schien; das einzige Werk nationaler Einigkeit und Vereinigung, das Österreich je zustande gebracht hat, den Frieden zwischen Kroaten und Serben zu schaffen, den einzigen nationalen Frieden, gerade den, den Österreich nicht wollte, den hat lassen von jeder Vernunft, daß sie dieses Spiel mit diesem Reich es zuwege gebracht. (Beifall und Heiterkeit.) Sind sie denn so verspielen?

Man wird uns, meine Herren, nicht nachsagen können, daß wir Österreichs Position in diesem Augenblick zu schwächen wünschen. Nein, ich bin weit entfernt davon. Ich kann Österreich nur ein sehr gutes Zeugnis ausstellen: Wir haben vortreffliche

*) Siehe die unter dem Titel „Gegen die Vergewaltigung Kroatiens“ abgedruckte Rede vom 9. April 1912.

Kanonen, wir haben vortreffliche Gewehre, wir haben wahrscheinlich vorzügliche Pferde, wir haben ganz gewiß Blut, Blut in den Adern unserer jungen Leute, unserer mittleren Leute, unserer alten Leute, die wir hinschicken können; Blut, Gut, das alles haben wir, kräftige, gesunde Menschen, Kanonenfutter haben wir, daß sie satt werden können. Nein, meine Herren, ich werde Österreichs Stellung und Österreichs Macht nicht heruntersetzen in diesem verantwortlichen Moment, durchaus nicht. **Österreich ist mächtig, Österreich kann ein furchtbares, großes Unglück anrichten**, es hat die Macht dazu, es hat die Macht, ein Unglück anzurichten, in das nicht nur unsere Völker hineingerissen werden, sondern in das die Deutschen, die ganze Welt hineingerissen wird. Österreich hat die Macht dazu. Aber, meine Herren, wenn Österreich die Macht dazu hat, muß es das auch tun? Und müssen nicht, wenn schon keine andern sprechen, müssen nicht diejenigen, die das Kanonenfutter abgeben sollen dafür, müssen die nicht das Recht haben, zu sagen: Nein, wir wünschen nicht zur Schlachtbank geführt zu werden, wir halten den Krieg nicht für eine gute Sache, wir verabscheuen den Krieg, wir alle, nicht wir Österreicher allein, wir kompensieren das, wir schwächen nicht Österreich, nicht Deutschland, nicht Italien, nicht die Serben, nicht die Russen, nicht die Franzosen, sondern wir alle,

das ganze vereinigte internationale Kanonenfutter

sagt das. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Das ist es, was wir in Basel gesagt haben: **Wir wollen keinen Krieg!** Das ist die Bedeutung dessen, was wir beschlossen haben. Und, meine Herren, wer denn soll es sagen? Wir müssen es sagen, und seien Sie überzeugt, **mag nun geschehen, was wolle, der Ruf wird nicht umsonst bleiben**. Ich hoffe — ich wiederhole es —, daß es nicht zum Kriege kommt, ich hoffe es, weil alles in mir sich empört gegen den bloßen Gedanken, daß das Ungeheuerliche möglich wäre, und weil ich mir kein Interesse des Staates, seiner Macht und seiner Ehre vorstellen kann, das wir an den Küsten Albaniens suchen könnten und das rechtfertigen würde **das Hinschlachten von einer halben Million österreichischer junger Leute aller Völker**, weil ich mir kein mögliches wirtschaftliches Interesse vorstellen kann, das rechtfertigen würde **die Zerstörung unserer ganzen Kulturreichthümer**, die mager genug sind, die aber **aufgebaut sind mit den Nerven, mit dem Blute von Generationen**, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß die Zerstörung von all dem aufgewogen werden könnte durch irgendwelche wirtschaftliche Interessen, die wir auf dem Balkan haben könnten. Ich glaube darum nicht an den Krieg.

Aber, meine Herren, man müßte doch, wenn man den Frieden will, sich auch danach benehmen. Wenn unser Auswärtiges Amt und jeder, der offiziell spricht, sagt, sie wollen den Frieden, gut; was wollen sie dann von uns? **Wir wollen ihn auch! Warum bekämpfen sie uns?** Sind wir Leute, die sie in der Friedensarbeit

stören? Davon ist gar keine Rede, weder in der Stimmung in der Bevölkerung noch auch politisch. Aber Sie selbst sollten es doch wissen. Aber einen Tag abwiegeln und alle Feuerspritzen loslassen, um das Feuer zu löschen und zu dämpfen und den nächsten Tag wieder mit dem Säbel rasseln und mit Maßregeln kommen, die Aufregung verbreiten müssen, das ist töricht. Ich bin überzeugt, daß unser Auswärtiges Amt und unsere Verantwortlichen mit der Börse nichts zu tun haben. Davon bin ich fest überzeugt. Aber, meine Herren, **Profit haben von diesem Auf und Ab, von diesem Auf- und Abwiegeln nur die Herren von der Börse, die ein unverantwortliches Spiel in der ganzen europäischen Presse mit den Nerven der Bevölkerung treiben. Das ist Wahnsinn und auch dagegen protestieren wir.**

Darum protestieren wir nicht nur gegen den Krieg, sondern wir protestieren auch gegen die Kriegshetzer, mögen sie sein, wo sie wollen, mögen sie gegen uns anstellen, was sie wollen. Wir Sozialdemokraten aller Länder stehen fest auf dem Boden: was heute die Völker beschäftigt, kann geordnet und muß geordnet werden ohne Krieg.

Den Krieg anzetteln, ist ein Verbrechen.

Hoffen wir, daß es nicht dazu kommt. Wir österreichischen Sozialdemokraten, wir sind für den Frieden, gegen die Kriegshetzer und verachten die Verleumdungen, die Sie gegen uns schleudern mögen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Hochrufe. — Der Redner wird vielseitig beglückwünscht.)

Der Weltkrieg.

Um den 4. August.

Diskussion der Wiener Vertrauensmänner nach
Kriegsbeginn.

Der Ausbruch des Weltkrieges und namentlich die Abstimmung der deutschen sozialdemokratischen Fraktion für die Kriegskredite am 4. August 1914 hatten eine tiefe Spaltung in den Reihen der sozialdemokratischen Partei hervorgerufen. Auch in Österreich gab es in den Kreisen der Sozialdemokraten in den Betrieben, wie in den Konferenzen der Vertrauensmänner lebhaft Differenzen. Um zu einem Meinungsaustausch und dadurch, wenn auch nicht zu einer Klärung, so doch zu einem gegenseitigen Verstehen zu gelangen, wurden im Vortragsaal des Parteihauses in Wien Diskussionen der Vertrauensmänner abgeführt, in denen die Meinungen sehr lebhaft aneinander gerieten.

Das einleitende Referat erstattete am 8. Oktober Viktor Adler. An den weiteren Abenden sprachen unter anderem Seitz, Fritz Adler, Ellenbogen, Proft, Pernerstorfer, Austerlitz, Renner, Leuthner, Danneberg, Max Adler. Das Schlußwort hatte am 4. Dezember wieder Viktor Adler.

Eine Berichterstattung über diese Diskussion war natürlich von vornherein nicht beabsichtigt, da es sich ja nur um den Versuch einer Selbstverständigung innerhalb der führenden Vertrauensmänner der Partei handelte. Die Berichte wären wohl auch alle dem Rotstift des Staatsanwaltes zum Opfer gefallen. Immerhin wurden die Reden von einem Teilnehmer aufgenommen. Diesem Bericht sind das einleitende Referat und das Schlußwort Viktor Adlers entnommen.

In den jetzigen Zeiten ist es das Schwerste, sich mit sich selbst zu verständigen; die Dinge, die wir erlebt haben, sind so unerhört, so völlig neu, so wenig mit unseren Vorstellungen zu beherrschen, daß jeder von uns eine schwere Arbeit verrichten muß, um mit sich und den Dingen fertig zu werden. Am 29. Juli war das Internationale Büro in Brüssel einberufen. Das war Mittwoch. Vorangegangen war die Note an Serbien, die eigentlich schon der

absolute Wille zum Krieg, allerdings — wie man behauptet — nur mit Serbien, war. Aber die höchste Gefahr war schon da. Die Abhaltung des Wiener Kongresses war unmöglich. Wir konnten die Veränderung der Lage von Stunde zu Stunde beobachten. Es war klar, wenn nicht von Deutschland und Frankreich entschieden im Sinne des Friedens eingegriffen wird, daß der Weltkrieg unvermeidlich ist. Jaurès setzte in längerer Rede auseinander, daß in Frankreich den Krieg niemand will; die Wahlen haben deutlich gesagt, daß außer dem sozialistischen Proletariat weit hinein in die bürgerliche Linke eine Stimmung gegen den Krieg in Frankreich vorhanden ist. Auch die Nationalisten fürchteten den Krieg. Jaurès rechnete damit, auf die Regierung einen Druck ausüben zu können. Auch wir waren der Meinung, daß Deutschland den Krieg nicht will und in dem Moment, da ein Telegramm einlangte, daß sich Österreich verpflichtet habe, keine territorialen Eroberungen gegenüber Serbien vorzunehmen, war die Hoffnung auf Begrenzung der Gefahr nicht abzuweisen. Kurze Zeit darauf kam das Telegramm, daß Rußland mobilisiert. Noch immer meinten wir, es wäre möglich, das Schlimmste, den Weltkrieg, zu verhindern. Donnerstag beschloß man einen außerordentlichen Kongreß nach Paris einzuberufen. Schon auf dem Wege von Brüssel sahen wir Dinge, die weit ernster waren als das Papier der Telegramme: in ganz Belgien die Fingerückten, Brückenwachen; Freitag wurde der Kriegszustand, Samstag die allgemeine Mobilisierung in Deutschland kundgemacht. Jaurès hat, so lange er lebte, mit jeder Faser für den Frieden gearbeitet. Er war so optimistisch und hatte so den Glauben, seine Meinung durchzusetzen, daß mich der Gedanke nicht verläßt, daß, wenn der Mann am Freitag nicht ermordet worden wäre, es ihm gelungen wäre, das Äußerste zu verhindern.

Die Entscheidung lag damals in Frankreich. Ich sage nicht, daß Frankreich den Krieg provozierte: wer ihn begonnen, wer der Urheber ist, darüber wird die Geschichte einmal ihr Urteil sprechen; für uns ist es klar, daß der materielle Beginn in Österreich war. Hier hat man angefangen, hier hat man die Lunte an das Pulverfaß gelegt. Man sagt, der Krieg wäre auch sonst gekommen: das sind Dinge, die man jetzt nicht untersuchen kann. Ich gestehe, daß alle Betrachtungen, was hätte geschehen müssen, mir nicht darüber hinweghelfen können, zu sagen, daß das Gehirn des Mannes, der in einem gewissen Moment diesen Entschluß fassen konnte, ein ganz merkwürdiges sein muß. Geschichtliche Notwendigkeiten müssen sich vollziehen, aber einer muß doch endlich die Bombe werfen, und der sie entzündet, ist immer ein Verbrecher. Für uns gab es nur eine Aufgabe: zu trachten, daß das Proletariat nicht hineingezogen werde in den Kriegsfuror und zu sehen, daß die Organisation erhalten bleibt. Nun kommt die Entscheidung für die Arbeiterschaft wie sie sich zum Krieg stellen soll. Uns hat man nicht gefragt. Unser Staat hat kein Parlament, die Presse ist geknebelt. Bis zum letzten

Moment, wo die Presse reden konnte, haben wir unsere Pflicht getan: ich erinnere nur an das letzte Manifest. Seit dieser Zeit ist uns jede Möglichkeit genommen, unsere Meinung auszusprechen. Anders war es in anderen Ländern. Überall mußten und konnten sie in den Parlamenten entscheiden. Es war für die deutschen Genossen, die in Brüssel durch Haase und Kautsky vertreten waren, eine ungemein schwere Entscheidung. Es wurden Versuche gemacht, Fühlung zu gewinnen mit den anderen Nationen, insbesondere mit den Franzosen, um gemeinsam vorgehen zu können. Genosse Müller fuhr nach Paris; der hat dort gefunden, was jeder voraussagen konnte, der tiefer blickt und die Geschichte kennt. Die Franzosen erklärten: Ja, wenn Krieg ist, können wir die Mittel zum Krieg nicht verweigern. Nach Berlin zurückgekommen, fand er genau dasselbe. Am 4. August stimmten die Sozialdemokraten im deutschen Reichstag für die Kriegserfordernisse. Es ist nicht leichtfertig geschehen: eine sehr eingehende, heftige Debatte ist in der Fraktion vorausgegangen, vierzehn Mann haben gemeint, man müsse dagegen stimmen, eine andere Gruppe war für Stimmenenthaltung. Durchgeschlagen hat die Empfindung, wir können in dem Moment, wo eine halbe Million sozialdemokratischer Arbeiter im Felde steht, wo Millionen von Proletariern im Kriege stehen, die Mittel nicht verweigern, sich zu wehren und wir können dem Land, wenn schon Krieg sein muß, nichts verweigern, was dazu dienen kann, daß nicht auf unseres Landes Boden der Krieg geführt wird. Gewiß, alle Vorstellungen, in denen wir aufgewachsen sind, alle unsere Empfindungen sträuben sich dagegen, und die ganzen Tage her haben wir ja diesen inneren Kampf mitgemacht.

Meine Meinung ist: ich weiß, man muß dafür stimmen. Ich weiß nur nicht, wie ich es über die Lippen bringe, aber es muß sein. Es ist ein furchtbarer Entschluß, ein furchtbarer Konflikt, der nicht allein uns Deutschen auferlegt ist, sondern allen Proletariern, die beteiligt sind, in gleicher Weise. Es bleibt nichts anders übrig, so furchtbar es ist, weil das Gegenteil noch schlimmer ist. Ich spreche in diesem Moment gar nicht von Erwägungen, um welchen Krieg es sich handelt; ich scheide aus, daß Rußland beteiligt ist; ich glaube, daß wahrscheinlich in dem Moment, wo unsere Leute draußen stehen — und es gibt keinen von uns, der nicht seine besten Freunde dabei hätte — keiner anders kann, als wünschen, wir wollen doch keine Niederlage. Es gibt nur eines, was noch schlimmer ist als der Krieg, das ist die Niederlage. Der Mensch kann nicht anders, wenn auch unser Sieg die Niederlage des anderen bedeutet. Dazu kommt das Ungeheure, daß Deutschland um seine Existenz kämpft und in seinem Gefolge erst um Österreich, denn es geht um Deutschland — Österreich hat nicht viel zu verlieren und nicht viel zu gewinnen —, für diesen Staat haben wir nicht viel übrig, aber für die Menschen, die in diesem Staate leben, die Menschen bleiben, wenn auch der Staat zum Teufel geht, und wir können nicht wollen, daß Rußland so

mächtig wird und — abgesehen von dem, was der Krieg bringt — hart an uns herankommt. Österreich ist ja schlimm, aber gegen ein definitives Rußland wollen wir es nicht austauschen. Wir müssen mit jeder Faser wünschen: nur keine Niederlage, nur nicht die Verwüstungen, die damit zusammenhängen.

Trotzdem war die Abstimmung in Deutschland schwer und die alten Vorstellungen, die uns in Fleisch und Blut übergegangen sind, gegen den Militarismus, gegen die Militärforderungen, die uns ehrlich erfüllen — gegen diese Vorstellungen hat sich eine ganze Welt erhoben. Es wäre eine Unwahrheit gewesen, wenn die deutschen oder die französischen Sozialdemokraten gegen die Kredite gestimmt hätten, eine Unwahrheit, der einer der ältesten deutschen Genossen Ausdruck gegeben hat, indem er sagte: „Ich bin so alt, ich will nicht mit einer Lüge sterben.“ Das Lebendige in ihm sagte ihm: jetzt geht es dem ganzen Volk an den Leib. Vom Staat Österreich sprach ich nur als von der uns gegenwärtig aufgedrängten oder existierenden unabweislichen Form, in der wir eben leben müssen; aber das, was unsere wirkliche Empfindung ist, das ist das Schicksal des deutschen Volkes. Stellen Sie sich vor: Frankreich, Rußland, England, ja selbst Portugal, der weiteste Osten wird lebendig gemacht, die Indier, die schwarzen Afrikaner: alles gegen uns und da sollte einer von uns zweifeln, daß er das Letzte einzusetzen hat, daß man die Begründungen später finden wird für unser Handeln? Es gibt Entschlüsse, die nicht aus Argumenten geschöpft werden, sondern die automatisch mit Notwendigkeit aus dem Sein kommen und nicht aus dem Überlegen. Die Existenz entscheidet. Und wenn so ein Moment kommt, wo es an das Sein eines Menschen oder eines Volkes geht, da hört jeder Rückblick auf Früheres auf, wir erleben Unerhörtes, noch Nieerlebtes, und es wäre ungeheuerlich, wenn wir jetzt nichts anderes zu tun hätten, als Konsequenzen zu ziehen und nachzusehen, ob das mit dem, was früher war, in jedem Punkt übereinstimmt. Wenn man mich vor drei, fünf Jahren gefragt hätte, wie wirst du stimmen, wenn so etwas vorkommt? — Ich hätte vor allem gesagt: eine so blödsinnige Frage beantworte ich nicht. Wenn ja, so selbstverständlich gegen. Ganz anders ist es, wenn wirklich die Frage auf das Sein gestellt ist. Das Interesse des deutschen Proletariats in Österreich und Deutschland ist sicherlich kein anderes als das des deutschen Volkes. Kann es dann anders sein? Hätte das deutsche Proletariat ein anderes Interesse als das deutsche Volk, dann wären wir gerichtet, dann müßten wir sagen, wir urteilen schlecht, unser Gedankengebäude müßte in sich zusammenbrechen. Das Interesse des Proletariats ist so sehr identisch mit dem des deutschen Volkes, daß unsere proletarischen Ziele gar nicht erreicht oder verfolgt werden können ohne die Kräftigung des ganzen deutschen Volkskörpers. Es ist keine gesunde Grundlage für die proletarische Entwicklung, wenn ein Volk geschlagen wird, weder wirtschaftlich, noch politisch. Was die Niederlage wirtschaftlich für Deutschland und uns be-

deuten würde, das ist klar, ebenso, was der Niedergang der Industrie, das Aufhalten der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung.

Aber was es politisch bedeuten würde, das versteht jeder, der weiß, daß 1870/71 die Möglichkeit der Gründung des Deutschen Reiches auch die Möglichkeit der Sozialdemokratie war. Es gibt Leute, die darüber nachdenken, was für ein Volk besser ist: ein Sieg oder eine Niederlage. Diese Betrachtungen sind unsinnig, weil man für jedes das Gegenteil beweisen kann. Für mich ist es klar, daß ich aus der Seele unserer Genossen heraus spreche, wenn ich sage: Wir verurteilen den Krieg, wir fluchen denen, die ihn begonnen haben; da er aber nun da ist, wollen wir ihn für unser Volk durchfechten und wollen uns nicht niederringen lassen. Man hat soviel darüber nachgedacht und Bände sind geschrieben worden, wie das Proletariat auf den Militarismus einwirken soll; aber uns allen ist nicht eingefallen, darüber nachzudenken, wie denn diese Armee auf die Arbeiterschaft wirkt. Da zeigt sich jetzt — und das fühlt jeder von uns — die Wirkung der Tatsache, daß sie alle draußen stehen, vom letzten Metallarbeiter bis zu seinem Leutnant Otto Bauer, daß diese Tatsache zurückwirkt auf die Arbeiterschaft, auf die Gehirne und Vorstellungen und daß eine ganz andere Welt entsteht, mit der ich bisher nicht fertig geworden bin. Ich bekenne ganz offen: ich habe nicht eine Meinung über dieses Ungeheure, was sich vollzieht; in meinem Kopfe drängen sich die Dinge. Wir lesen, wie man Antwerpen zusammenschießt und dabei ertappen wir uns bei dem Wunsch: ja, wenn es nur schon fertig wäre! Dann sagen wir wieder: es ist doch ein schändliches Verbrechen! Das tobt in uns, man kann nicht so schnell mit den Dingen fertig werden und es ist kein Wunder, wenn in dieser Zeit auch die Meinungen gegeneinander gehen und da Vorwürfe und Diskussionen wenig freundschaftlicher Natur aufkommen. Das schadet nichts; da draußen geht es noch viel schlimmer zu. Die Dinge sind zu ungeheuerlich, wir kennen nicht die Voraussetzungen und niemand hat eine Vorstellung, was dabei herauskommt. Man spricht vom Ende des Krieges, aber wer weiß, in welchem Zustande Europa dann sein wird. Verwüstungen an Menschenleben, an materiellem Gut. Das Menschenleben hat keinen Wert. Vielleicht das Allerschlimmste ist die entsetzliche Verwüstung in den Gehirnen der Menschen. Was wir, was bedeutende, denkende, gute Menschen in Jahrzehnten angehäuft an gegenseitigem Verständnis, Gefühlen der Solidarität, an Einheitsgefühl der Menschheit, alles das wird besudelt, vernichtet. Abgründe werden aufgerissen, die längst schon zugedeckt waren und die bedeutendsten Menschen sind von einer Art Krankheit ergriffen und beteiligen sich daran. Und seien wir ganz aufrichtig gegen uns selber: vielleicht gar keiner von uns ist ganz frei. Mitunter erscheint es als das Gegenteil. Aus lauter Angst, dem Serben oder Franzosen nicht weh zu tun, kann es passieren, daß man das eigene Volk gering schätzt und gegen dieses ungerecht ist.

Dieser pathologische Drang, dieser Zustand der Gehirne ist das Schlimmste. Was sollen wir dagegen tun? Unsere Mittel sind außerordentlich beschränkt. In Versammlungen dürfen wir nicht reden; trotzdem sollen wir das Kraftbewußtsein unserer Genossen wacherhalten, daß die politische und gewerkschaftliche Organisation nicht erschüttert ist. Im ersten Augenblick waren wir alle etwas irritiert. Ein besonderes Kapitel ist die Presse. Wir unterliegen einer Zensur, die man mitmachen muß, um an ihre Charakteristik zu glauben: Kriegsministerium und Staatsanwalt sind auf der Wacht. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir unseren Lesern erzählen müssen und wollen, was der Krieg ist, daß wir aber das selbstverständlich nur soweit tun können, als man es uns erlaubt. Jede Möglichkeit der Kritik ist uns absolut entzogen.

Was ist es mit der Internationale? Die letzte Sitzung, die stattgefunden hat, die allerletzte Resolution richtet sich gegen den Zarismus. Wir werden uns nicht sobald wiedersehen. Das Büro im Volkshause in Brüssel ist jetzt ein Verwundetenspital. Vandervelde ist in Amerika und die anderen werden wohl in Antwerpen oder Ostende sein; Jaurès tot, Sembat, Guesde Minister! Die „Minister“ haben nichts anderes getan, als was die Deutschen, die Franzosen und Belgier getan haben, indem sie für die Kriegskredite stimmten. Sie haben eine Funktion übernommen; es war eine Maßregel der Verteidigung. Wir leiden unter dem Unrecht, daß man uns antut und das wir selber tun. Wir müssen es tun. Die Internationale ist nicht die Erfindung des einen Marx, sondern sie geht aus den eisernen Notwendigkeiten des Proletariats hervor, und da es nach dem Kriege noch ein Proletariat geben wird, überall die Notwendigkeit auftreten wird, mit den Proletariern anderer Länder Solidarität zu pflegen, so wird die Internationale sein, vielleicht in anderer und in besserer Form. Die Internationale kann nicht sterben. Laßt euch nicht niederdrücken! Man hat ja nicht geglaubt, daß man das erleben wird und daß man es überleben kann. Was sich in uns auch ansammelt an Gram und Schmerz: Ihr braucht nicht zu verzweifeln. So lange einer noch da ist, wird er die Fahne des Proletariats in die Hand nehmen und wird sie wieder tragen. Das Proletariat wird es überleben und im neuen Zustande wieder die Fahne der Menschheit tragen. Haben Sie Mut, kämpfen Sie jeder in Ihrem Kreis: die Menschheit wird auch dieses Unmenschliche übertauchen. (Lebhafter Beifall.)

Schl u ß w o r t:

Die Diskussion ist nicht ohne Erfolg geblieben und sie ist weit über meine Hoffnungen hinausgegangen. Nicht als ob wir zu einem einstimmigen Beschluß gelangen könnten; das ist nicht möglich in einer Zeit, die fortwährend solche Ereignisse bringt, die es schwer machen, schon jetzt den Punkt zu fixieren und eine feste Ansicht auszusprechen. Die einander widersprechenden Anschauungen werden wohl nicht einer einheitlichen Meinung Platz gemacht haben, aber ich habe den Eindruck, daß hinter der Heftigkeit der

Diskussion ein größeres Verständnis der einen für die anderen sich herausgestaltet hat, daß auch bei jenen, die am leidenschaftlichsten, entschiedensten ihre Meinung äußerten, der Gedanke entstanden ist: die Sache hat denn doch eine andere Seite. Das Schlimmste wäre, wenn eine Verknöcherung dieser Urteile über die gegenwärtige Lage stattfinden würde, wenn sich Gruppen bilden würden, die gewisse Schlagworte als für sich bezeichnend wählen und sich durch sie gebunden fühlen würden. Wir müssen alle zusammen und gemeinschaftlich arbeiten, eine gemeinsame Grundlage unserer Auffassung und unserer Handlungen auch inmitten dieser unerhört schwierigen Situation zu schaffen trachten.

Man hat mir vorgeworfen, daß ich mich mit den nur wenig geordneten Bemerkungen, mit denen ich die Diskussion einleitete, einer gewissen Respektlosigkeit gegenüber der Theorie und Wissenschaft schuldig gemacht haben soll. Das ist so weit gegangen, daß ein Redner meinte, ich könnte doch solche Sachen gar nicht ernst gemeint haben. Dieser Gegensatz zwischen Theoretikern und Praktikern ist in der Diskussion mehrfach aufgetreten. Ich bin nun kein Theoretiker, aber ich habe das sehr tiefe Bewußtsein von der Notwendigkeit der Theorie für unsere Bewegung, das den Sozialdemokraten von dem Gefühls-, dem Wald- und Wiesensozialisten unterscheidet. Allerdings glaube ich, daß nicht jede Meinung, die mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit auftritt, darum auch schon wissenschaftlich gedeckt ist. Sie hat erst zu erweisen, ob das, was sie als Wissenschaft ausgibt, auch wirklich das Resultat der Wissenschaft ist, und sie hat sich allen jenen Prüfungen zu unterwerfen, die die Tatsachen notwendig machen. So steht es auch mit der Berufung auf wissenschaftliche Autoritäten und Zitate. Ich werde mich nicht damit beschäftigen, wie Engels und Marx in bestimmten Momenten über eine Sache gedacht haben. Nicht als ob ich das nicht für ungemein wichtig halten würde, zu wissen, wie solche Männer in einer bestimmten Situation dachten, aber Autorität kann mir ein Urteil nicht sein, das in einer anderen Lage viele Jahre früher abgegeben wurde. Weder für, noch gegen mich. Warum ist es aber doch von ungeheurem Wert, sich mit den verschiedenen Stimmungen der Männer, von denen wir wissen, daß sie gute Sozialdemokraten waren und denen wir ein gutes Urteil zutrauen können, bekannt zu machen? Nicht weil ihr Urteil autoritär wäre, sondern für mich ist es wertvoll, zu wissen, welche Meinungen auf dem Gesamtboden unserer Überzeugungen und unseres Programms da noch Platz haben. Es stimmt mich zur größten Milde und Vorsicht im Urteil, wenn ich sehe, wie unsere ersten Männer in bestimmten Lagen ganz voneinander abweichende Meinungen geäußert haben. Für mich ist es nicht ein Ausspruch, vor dem ich mich unterwerfe. Schon in den siebziger Jahren hat Engels wiederholt geäußert: „Deutschland kämpfte für seine nationale Existenz.“ Das ist nicht für mich entscheidend, um

diesen Nationalismus von Engels als für mich maßgebend anzusehen, aber ich sage mir: wenn der Mann so sprechen und empfinden konnte, dann kann es kein Heraustreten aus unserer Gesamtanschauung sein, wenn man ebenso empfindet, und umgekehrt: wenn Äußerungen gegen Deutschland erfolgt sind von Leuten, die gut deutsch waren, so sage ich: das kann nicht so schlimm sein, das ist bedingt durch die Zeit und ich bin durch mein internationales und nationales Programm zugleich nicht verpflichtet, den einen oder den anderen zu exkommunizieren. Man soll Zitate verwenden nicht um zu exkommunizieren, sondern um einzusehen, daß es nicht am Platze ist, zu exkommunizieren.

Ich komme zu dem Gegensatz zwischen „jung“ und „alt“. Unserer internationalen Scharfmachergilde (Lebhafte Heiterkeit!) ist hier mehrfach angehängt worden, daß sie „jung“ ist. Ich empfinde den Vorwurf, „die Alten“ viel schwerer. Wie eigentümlich das ist! Unsere „Jungen“ vertreten das Alter und wollen absolut uns Alte, die wir sagen: „Das ist etwas Neues, was man sich erst überlegen muß!“ damit niederschlagen, daß sie sagen: da sollen wir ganz neue Sachen lernen!

Wir haben von verschiedenen Seiten, so von Fritz Adler, von Renner, Danneberg, der noch von dem Vorrecht der Jungen Gebrauch macht, Gegenüberstellungen gehört: aber ich füge mich der Tradition nicht. Ich erkläre, daß ich mich für berechtigt halte, immer wieder zu prüfen, ob das Alte noch zu Recht besteht, mit den Tatsachen übereinstimmt, womit ich gar nicht sagen will, daß wir etwa leichtsinnig einen theoretischen, in schwerer Gedankenarbeit erkämpften Boden verlassen sollen. Im Gegenteil. Wir brauchen die Richtschnur der durch bereits getane Gedankenarbeit erworbenen Leitsätze für unser Denken und Handeln, aber es darf nicht zur konservativen Richtschnur werden. Es ist merkwürdig, daß sich gerade bei den Jungen ein gewisser Misoneismus, die Abneigung gegen das Neue, eine eigentliche konservative Eigenschaft zeigt, und zwar am deutlichsten bei den radikalsten und jungen Elementen. (Renner: Weil sie es eben gerade gelernt haben.) So naheliegend dies ist, so wenig richtig ist es. Es ist die Neigung der Jugend zum Generalisieren. Sie läßt sich weniger von Tatsachen als von allgemeinen Zusammenfassungen beeinflussen, was natürlich eine gewisse Bequemlichkeit für die Anwendung bietet. Ich schätze die Theorie wie vor allem auch die Jugend ungeheuer hoch, ich bin nicht erschüttert über die Tatsache, daß da ein paar junge Leute in großer Leidenschaft gegen die heute offiziell eingenommene Haltung losstürzen — wenn nur der Gesamtboden, die Gesamtverantwortlichkeit in der Partei nach innen und außen bewußt festgehalten wird, wenn man nicht Rechtshaberei treibt, wenn man bereit ist, seinen Standpunkt zu ändern, seinen Irrtum einzusehen, sich leiten läßt von Argumenten. Vor allem stelle ich die Bitte, nun — und da spreche ich von Liebknecht — daß die Haltung frei sein muß von jeder persönlichen Pose. Wenn der Mann eine von der Partei abweichende Meinung

hat, so muß er, will er in der Partei verbleiben, sich fügen, sich der Abstimmung enthalten — oder er mußte seine abweichende Meinung außerhalb der Partei und Fraktion abgeben. Ein Drittes gibt es für mich nicht. ... Und nun zu unserer Debatte!

Wer ordentlich zuhörte, mußte erkennen, daß es mindestens ein halbes Dutzend von Meinungen gibt. Einige bekämpften die Haltung der deutschen Partei, einige wünschten nicht, daß die „Arbeiter-Zeitung“ diese Haltung in so fanatischer Weise lobt, einige billigten wieder das Votum. Einmal sagte Bismarck: Die Deutschen, wenn sie einmal über eine Sache einig sind, dann streiten sie über die *Motive*. Auch Max Adler hat uns dies als Ideal vorgestellt; er sagt: Wir sollen doch nicht glauben, daß wir einig sind, wenn wir zusammen gehen und handeln. Wir haben nicht zwei Lager, die einander gegenüberstehen, sondern eine ganze Stufenleiter von Anschauungen in bezug auf verschiedene Dinge. Es wäre für die Partei und für die Parteiarbeit nur schädlich und gar nicht begründet, wenn sich feste Gruppen bilden würden — die Gruppen müßten sich auch sofort wieder spalten.

Es scheint mir, daß in der Anwendung einzelner Worte Unklarheiten vorgekommen sind, die zu schweren Mißverständnissen führten. Man sprach von einer Entscheidung für oder gegen den Krieg. Fritz Adler hat diese mißverständliche Fragestellung auf die Spitze getrieben, indem er fortwährend davon redete, ob wir den Krieg rechtfertigen wollen oder nicht. Diese Frage beantwortet niemand anders, niemand von uns war jemals für den Krieg, auch nicht die Allerextremsten, die Verfasser jener zwei berüchtigten Artikel, die vielleicht einmal in der Literaturgeschichte als Musterbeispiele deutscher Prosa oder in der Parteigeschichte — ich weiß nicht auf welcher Seite — ihren Platz finden könnten. Die Artikel waren gewiß verfehlt, das sieht man an ihrer Wirkung, das sehen auch diese Leute wenigstens zur Hälfte ein. Jeder, der schreibt, will ja eine bestimmte Wirkung erzielen; diese Artikel haben tatsächlich irreführend auf eine ganze Reihe von Genossen gewirkt. Es kommt dabei nicht auf Intentionen, sondern auf die Wirkung an. Es ist eine nützliche Eigenschaft, daß ein Zeitungsartikel binnen 24 Stunden Makulatur ist; wenn es bei diesen Artikeln anders ist, so ist es nicht das Verdienst der beiden Schriftsteller, sondern die Schuld anderer Leute. Wenn man heute den Artikel „Nach Paris“ vorlesen würde, so wäre außer dem Titel gar nichts einzuwenden, dem Titel, der heute eher für die „A.-Z. am Abend“*) passen würde. Es hat sich der Artikel nicht bewahrheitet: das darf man auch der „Arbeiter-Zeitung“ nicht gar zu tragisch nehmen (Heiterkeit); sonst ist in dem Artikel nichts darin als die *Prophezeiung*, daß das deutsche Heer bald nach Paris gelangen wird. Nun wird der Artikel nicht nur durch unsere Diskussion geschleppt, sondern auch durch die Auslandspresse —

*) Das populäre billige Abendblatt, das die Partei als selbständige Abendausgabe der „Arbeiter-Zeitung“, die vornehmlich als Nachrichtenblatt gedacht war, herausgab.

wir haben Freunde draußen, die unsere Tugend auch draußen bewachen, auch solche, die selbst notwendig hätten, überwacht zu werden. Ich erwähne dieses Beispiel, weil ich dem vorbeugen will, daß sich in diese Diskussion Legenden hinein verweben. Nach ein paar Monaten ist es schon eine international bekannte Tatsache, das wird ins Französische, Russische, Italienische übersetzt und alles wird geglaubt.

Auch diejenigen, die diesen Krieg mit der größten Leidenschaft verfolgen als eine besondere Notlage des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches, haben also mit keinem Worte eine Rechtfertigung des Krieges auch nur in Gedanken versucht. Man hat nur ausgesprochen, daß uns etwas Unerhörtes über den Hals gekommen ist; wir stehen vor einer unerhörten Gefahr. Ob der Krieg als ein Verteidigungskrieg diplomatisch entstanden ist: das ist eine ganz besondere Frage. Hätten wir ein Gericht, vor das wir Wilhelm und Poincaré vorladen und das ein Urteil schöpfen könnte, wäre die Sache anders. In dem Moment, wo der Krieg da ist, handelt es sich um die Verteidigung deutschen Grund und Bodens. Ostgalizien steht uns, bei aller Solidarität, die wir mit unseren Parteigenossen empfinden, und aller menschlichen Sympathie für das Volk, unserem ganzen kulturellen Zusammenhang nach nicht so nah wie die Deutschen. Stellen Sie sich vor, daß deutscher Boden das Schicksal von Belgien erfahren hätte, die Leute betroffen worden wären, die halt „w i r“ sind, oder daß uns die Russen nach Schlesien und Mähren kämen; da würden Sie schon sagen, das ist ein Verteidigungskrieg, wir müssen diesen Krieg mit aller Energie führen, womit wir ihn gar nicht rechtfertigen.

Ein anderes Mißverständnis. Wie ist das Verhältnis dieses Krieges zu unseren Anschauungen vom Zarismus, zur russischen Revolution? Es ist selbstverständlich, daß in dem Moment, wo ein Krieg ausbricht, die betreffenden Regierungen alle möglichen Mittel der Demagogie anwenden, um die Sache schmackhaft zu machen. Es ist daher selbstverständlich, daß die deutsche und österreichische Regierung den Krieg gegen Rußland als einen Krieg gegen den Zarismus behandelt. Viele Genossen mögen vielfach den Krieg gegen den Zarismus als eine Unterstützung der russischen Revolution angesehen haben. Ich behaupte, daß kein verantwortlicher Sozialdemokrat, der sich öffentlich äußern kann, jemals gesagt hat: Wir führen den Krieg gegen Rußland, um Rußland zu befreien; darum rennt diese mit großer Leidenschaft aufgewendete Beweisführung offene Türen ein. Wir führen den Krieg gegen Rußland mit um so größerer Leidenschaft, weil wir eine Annäherung Rußlands an uns oder gar einen Sieg über uns als eine große Gefahr für unsere wirtschaftliche und kulturelle Existenz empfinden. Es wäre ein großes Unglück, wenn Italiener oder Franzosen Österreich besetzt hielten, wenigstens dort, wo es nicht italienisch ist; trotzdem hält diese Fremdherrschaft keinen Vergleich aus mit einer russischen. Heute handelt es sich nicht um die russische Revolution, sondern darum, ob die russische Armee nach Brünn, Budapest oder

Wien kommen soll. Da kann ich nicht fragen, ob ein Sieg der Russen dem russischen Proletariat in seinem Befreiungskampf nützlich wäre, weil ich unter der Guillotine liege und vor allem das Messer von meinem Hals weghaben muß. Alle die Theoretiker, die da oft im luftleeren Raum leben, sollen sich einmal die Frage ernstlich vorlegen: Da steht die russische Armee, die einmarschieren will — da die österreichische und deutsche, die sie schlagen könnte; nun soll einer kommen und sagen: es wäre für die russische Revolution nützlicher, wenn ihr euch schlagen laßt oder euch zurückziehen würdet. Hätte einer von diesen Leuten mit der blitzblauen Politik den Mut, zu sagen: Wir lassen die Russen nach Wien, damit die Arbeiter in Rußland für ihre Politik mehr Chancen haben? Ich weiß von denjenigen, die das besser verstehen als ich, daß drei Russen immer sechs Meinungen haben. Diese Gedankengänge sind nur möglich, solange man generalisiert, abstrakt denkt und nicht Menschen von Fleisch und Blut, wirkliche Tatsachen vor sich hat. Es ist etwas anderes, wenn es sich darum handeln würde, ob wir Leute hinausschicken wollen, um bei einer russischen Revolution mitzuhelfen. Im Frieden ist es eine selbstverständliche Verpflichtung der Internationale, daß jedes Land eine gewisse Rücksicht nimmt auf die politischen Interessen der Parteien in den anderen Ländern. Diese Rücksicht wird allerdings nicht immer gleichmäßig ausgeübt, aber sie ist schließlich im Frieden eine Selbstverständlichkeit. Aber so weit kann das nicht gehen, daß wir uns in Nachteil setzen, bloß damit die Taktik der russischen oder französischen Sozialdemokraten erleichtert würde. Ja, wir kämpfen gegen die Russen auch darum, weil es eine Herrschaft ist, die uns schlimmer erscheint als unsere eigene. Ein Sieg der Serben ist kulturell nicht so gefährlich wie ein Sieg der Russen. Ich habe in den letzten Jahren viele russische Literatur zu mir genommen; es gibt gewiß kein Werk, das so wie die Dichtungen Dostojewskis eine Wertsache bedeutet. Wer die Dinge liest, steht unter dem Eindruck, daß er Ungeheures vor sich hat. Aber wenn man die ganze Wucht, diese ungeheure Welt hat auf sich wirken lassen, so kommt doch ein Moment, wo man sagt: Nein, ich will das nicht, das ist etwas Fremdes, was ich nicht aushalte. Es ist etwas Überwältigendes, Grandioses, aber es ist etwas anderes, vielleicht weniger im Denken, aber doch etwas Fremdartiges; ich würde mich gegen das Eindringen dieses Wesens verteidigen bei aller ungeheuren Bewunderung. Ich erinnere an die indische Weltanschauung; sie ist etwas Staunenswertes, vielleicht Höherstehendes als das Christentum, aber es ist etwas anderes. Bewundern? Ja! Mitdenken, mitleiden? Eine Zeitlang, aber dann weg damit! Es bleibt etwas Fremdes.

Ich weiß nicht, ob ich recht tue, das hier in diesem Zusammenhang zu erwähnen, aber ich tue es, um zu dem Begriff der Nation zu gelangen. Wir deutschen Sozialdemokraten haben in bezug auf Nation eine ganz andere Empfindung als alle Sozialdemokraten in den anderen Ländern. In allen Ländern gibt es eine gewisse Zahl, vielleicht sogar eine Schicht, die so losgelöst ist von

dem Empfinden der Masse, daß sie so ähnlich empfindet, wie die deutschen Sozialdemokraten. Ich will ein Beispiel anführen: Sie erinnern sich, daß vor etwa einem Jahr Genosse Wendel im Deutschen Reichstag mit dem Ruf: „Vive la France!“ schloß. Es war der gesteigerte Ausdruck des internationalen Bewußtseins. Ich habe gefunden, daß die Gelegenheit nicht gut gewählt war, aber das ist schließlich gleichgültig. Genosse Thomas in der französischen Kammer schloß einige Zeit darauf eine Rede mit dem Ruf: „Es lebe Deutschland!“. So weit, so gut! Hat schon jemals ein deutscher Sozialdemokrat, ohne Aufsehen zu erregen, „Es lebe Deutschland!“ gerufen? Meinen Sie, daß der Ruf: „Vive la France!“ von einem französischen Sozialdemokraten ausgestoßen, in Frankreich Aufsehen erregen würde? Das ist dort eine Selbstverständlichkeit. „Es lebe Deutschland!“ ist beinahe Parteiverrat. (Heiterkeit.) Jaurès' Werk: „Die neue Armee“ ist ein Vive la France in 600 Seiten; die ganze Tätigkeit ist selbstverständlich Vive la France! Von der Kommune angefangen bis heute: Vive la France! Ich bin nicht dafür, daß die nationalen Empfindungen, die in Frankreich so lebhaft sind, bei uns ähnlich lebhaft sein sollen; aber ich muß schon sagen: ich kann es nicht als eine Verirrung, als einen Sündenfall ansehen, wenn sich einmal ein Deutscher bewußt ist, daß er auch einem großen Volke angehört und sagt: „Es lebe das deutsche Volk!“ Das hat mit den Pflichten gegen die Internationale schon gar nichts zu tun, das ist ein Vorurteil, das aus der Zeit herkommt, wo es eben kein Reich gegeben hat, sondern wo der Staat identisch war mit verächtlicher Ohnmacht, mit dem Polizeistock.

Dieser Unterschied ist aber nicht nur ein Mangel, sondern auch ein V o r z u g. Diese Diskussion, die wir hier führen, wird auch in anderen Ländern geführt, aber auf ganz anderer Grundlage. Wenn ich in der „Humanité“ lese, wie unser alter Vaillant, der über 70 Jahre alt ist, der Kommunard, jetzt, nachdem Jaurès tot ist, gegen uns spricht, mit welcher Leidenschaft gegen jede Idee, daß man Frieden machen soll, wie er sagt: „Es muß zur endgültigen Besiegung Deutschlands kommen!“ da sage ich: Ich begreife das. Wenn Franzosen auf deutschem Boden stünden, so würden wir vielleicht auch andere Stimmungen und Leidenschaften haben. Ich verstehe Vaillant; Vaillant versteht mich nicht. Warum ist das so? Das ist unsere Tugend und unser Laster: weil wir Deutsche sind, Tugend und Schwäche. Es ist für das Handeln oft eine Schwäche, zu viel zu verstehen. Es wird gesagt: Das brauchen wir alles nicht, uns genügen wirtschaftliche Gründe. Das sagt der eine, der andere ist darüber böse. Es ist richtig, daß die wirtschaftlichen Gründe sehr wichtig sind. Gewiß, auch ich weiß es: Als Grundlage von allem müssen die wirtschaftlichen Gründe Geltung haben, aber der Mensch lebt nicht allein von Brot. Der ärmste Arbeiter hat eine Kulturzone in sich. Er hat Beziehungen, die nicht ausschließlich Brot verlangen. Ich habe die österreichischen Arbeiter in verschiedenen Orten kennengelernt. Die armen Weber in Nordmähren, die chronisch an Hunger zugrunde gehen; aber auch

die sind nicht ohne diese geistigen, staatlichen und politischen Beziehungen, ohne diese Kulturzone, auch die haben noch etwas anderes zu verlieren als ihr Brot, und sie empfinden es auch so. Gewiß ist das Brot das erste, die Hauptbedingung von allem, es ist aber nicht das letzte. Der Erfolg der Arbeit der Sozialdemokratie und unserer Gewerkschaften in den letzten 25 Jahren ist vor allem der, daß wir die Arbeiterschaft nicht nur materiell, sondern auch geistig gehoben haben, daß sie auch geistig nicht mehr vom trockenen Brot lebt. Es ist nicht wahr, daß wir zu diesem Österreich keine anderen Beziehungen haben als jene zu einem gegebenen Wirtschaftlichen. Es ist der Fluch derjenigen, die den historischen Materialismus falsch verstanden oder nicht recht durchgedacht haben, die dabei steckengeblieben sind, daß sie zu jeder Sache irgendeine ökonomische Ursache suchen. Davon war bei Marx und Engels keine Spur, da würde Marx wieder sagen: Ich weiß nicht, was Marxismus ist, ich weiß nur, daß ich kein Marxist bin.

Die Grundtatsache, daß jede ökonomische Tatsache durch das menschliche Gehirn geht, daß dort ein Umwandlungs-, ein Verarbeitungsprozeß mit dieser ökonomischen Tatsache geschieht, wodurch diese neue, jetzt psychologische Tatsache wieder eine Ursache, und zwar von ökonomischen Dingen wird, sagt uns, daß es sich in allen diesen Fragen nicht allein um den Futtertrog handelt. (Zwischenruf: Heimatliche Scholle!) Es ist ja wahr, der Kapitalismus läßt es zu einer bleibenden Heimstätte bei den großen Massen des Proletariats nicht kommen und wirft sie von einem Kontinent auf den andern; aber ist es nicht ebenso wahr, daß das Proletariat dies als schweres Unrecht empfindet? Ist es ihm gleichgültig, daß dies geschieht? Hat es deshalb, weil es keine Heimat hat, auch kein Heimatsgefühl? Will es keine Heimat?

Nur zwei oder drei Leute haben in der Debatte gefunden, daß die Abstimmung am 4. August hätte anders sein sollen. Vielleicht geben diese Genossen heute schon zu, daß damals und gestern die Abstimmung nicht anders sein konnte. Ich finde im Gegenteil: Am 4. August konnte man darüber vielleicht überhaupt noch reden — heute, wo man sieht, wie groß die Gefahr ist, in der wir stehen, heute, wo man sieht, daß dieser anfängliche Vormarsch der Deutschen zum Stillstand gebracht ist, Deutschland und Österreich von einer ungeheuren Übermacht bedroht sind, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß man Mittel bewilligt, für deren Verwendung wir nicht die Verantwortung tragen müssen. Die Verantwortung tragen Leute, die das besser verstehen wie wir. Hätte man am 4. August oder gestern eine Erklärung abgeben können, so recht aus dem Herzen heraus, so hätte gesagt werden müssen: Hier handelt es sich nicht wie in den langen Friedensjahren um ein Vertrauensvotum für die Regierung, nicht um die Frage, ob ich mit dem Militärsystem einverstanden bin, ob ich mit Kaiser Wilhelm übereinstimme oder die deutsche Republik will, hier handelt es sich darum, daß wir von einem übermächtigen Feinde bedroht sind, und daß ich die Mittel dazu geben muß, um gegen diesen Feind anzu-

kämpfen, und daß ich die Verantwortung dafür, diesen Krieg zu führen, jenen überlassen muß, die das gelernt haben. Man sagt, wir müßten uns erst überlegen, ob der Ausgang dieses Krieges, wenn wir uns wehren, zum Nutzen des Proletariats ist oder nicht. Diese Fragestellung wurde hier in der schärfsten Weise vorgebracht, aber auch von Kautsky in der heutigen „Arbeiter-Zeitung“ beantwortet. Darüber kann keine Frage sein: Ein Ausgang des Krieges, der das deutsche Proletariat — und in aller Bescheidenheit wage ich zu sagen: auch das österreichische Proletariat — in seiner Kampfsmöglichkeit schwächt, ein solcher Ausgang kann nicht im Interesse des proletarischen Kampfes sein. Es ist einfach etwas Animalisches, daß ich sage: Ich will siegen und nicht besiegt werden. Wer sich besiegen lassen will, steht tiefer als das Tier. Wir können zweitens mit gutem Gewissen sagen: Die deutsche Sozialdemokratie, die jetzt so angefeindet wird, hat nur das getan, was alle ihre Genossen in allen Ländern gemacht haben bis auf eine kleine Gruppe in England, die nicht viel zu verantworten hat. Diese deutsche Sozialdemokratie ist das wichtigste Korps des proletarischen Kampfes für die Befreiung des internationalen Proletariats.

Es gibt freilich Einwendungen. Man kann sagen, es hätte viel mehr protestiert werden sollen. Ich bin auch dieser Ansicht. Ich hätte es sehr gewünscht, daß am 4. August und auch gestern ein entschiedenes Wort gegen die Neutralitätsverletzung gesagt worden wäre. Ich weiß, daß ich da auf viele abweichende Meinungen stoße, daß es vielleicht eine Sache politischer Erwägungen ist, ob man recht getan hätte, die Situation der deutschen Regierung in diesem Moment durch einen solchen Protest zu schwächen; trotzdem hätte es geschehen sollen. Möglicherweise hätte jeder diesen Bruch des Völkerrechtes begehen müssen: das weiß ich nicht. Das hindert aber nicht, daß die deutschen Sozialdemokraten ein gutes Werk getan hätten, politisch für sich und die Internationale, wenn sie gesagt hätten, daß sie mit diesem Bruch des Völkerrechtes nichts zu tun haben wollen und die Verantwortung dafür ablehnen und damit hätten sie verbinden können die Abweisung der Gedankengänge, die auf eine Annexion von Belgien ausgehen. Die Ideenverwirrung in dieser Beziehung hat einen recht erheblichen Grad in unserem eigenen Lager gefunden. Grünwald will die Annexion abhängig machen von der Wirkung dieser Maßregel auf das Proletariat des betreffenden Landes. Wozu zu sagen ist, daß man das Volk, das man beglücken will, doch erst fragen müßte, ob es so beglückt werden mag. In gewerkschaftlichen Blättern findet man ja noch viel weitergreifende Dinge; dort wird den Belgiern förmlich gratuliert, daß sie jetzt unter deutsche Oberhoheit kommen und eine Krankenversicherung bekommen. Die Genossen, die solches schreiben, sind vielleicht verwundert darüber, daß sich die Kommission, die sich aus belgischen Bürokraten und deutschen Versicherungstechnikern zusammensetzte, und über die Einführung der deutschen Arbeiterschutzgesetze in Belgien zu beraten hat, von den belgischen Sozialdemokraten ein sehr starkes Refüs geholt

hat. Krieg mit Sozialpolitik, das fressen wir nicht, sagten die Belgier. (Heiterkeit.) Es wäre der belgischen Sozialdemokratie unwürdig gewesen, sich eine Krankenversicherung auf den Spitzen der Bajonette präsentieren zu lassen. Die Genossen, die solches schreiben, sind sicherlich nicht annexionswütig, aber ein ordentlicher Krankenkassler ist der Meinung: Despotismus mit einem ordentlichen Krankenkassengesetz, das kann man aushalten. (Heiterkeit.) Wir können überzeugt sein, die belgischen Arbeiter haben sehr viel Verständnis für sozialpolitischen Fortschritt, um so mehr, da sie so elend wenig von Arbeiterschutz dort verspüren — aber sie haben nicht weniger Empfindung für ihre nationale Würde.

Von dieser engen Auffassung des proletarischen Interesses weit entfernt ist die hohe Grundauffassung, wie sie uns Genosse Max Adler vorgetragen hat. Er ist einer unserer überlegensten Köpfe. Ich bin in vielen Dingen mit ihm nicht einverstanden und in dem Punkt werde ich ein erbitterter Gegner, wenn er die augenblicklichen, die Gegenwartsinteressen des Proletariats in Gegensatz bringt zu dessen Zukunftsinteressen. Er will unterscheiden zwischen dem, was augenblicklich nützt und dem, was der Befreiung des Proletariats näher bringt. Ich bin überzeugt, daß es einen solchen Gegensatz nicht gibt, weil unsere ganze Arbeit darin besteht, ja unser eigentliches Programm ist es, daß mit der Hebung der Lebenslage mitverknüpft ist die Hebung der Kampffähigkeit des Proletariats, ja, daß die eine ohne die andere gar nicht zu erwerben ist. Es ist eine philosophische, aber auch eine anarchistische Utopie, daß das Proletariat etwa einen Sprung machen kann aus dem Elend in die Befreiung. Dieselben Wurzeln hat der Gedankengang: Je schlechter, desto besser! Ich weiß sehr gut, daß es Max Adler so nicht meint, aber es ist doch derselbe Gedanke. Er meint nur wir sollen überlegen, heute vielleicht einmal einen Rückgang auf uns zu nehmen, wenn irgendwo an einem anderen Punkt der Welt eine solche Niederlage nützlich ist; wir würden der Geschichte zu Hilfe kommen, eventuell der geschichtlichen Entwicklung ein nützliches Opfer bringen. Darauf aber kann ich mich nicht einlassen; so weise ist kein Weiser, so wissenschaftlich genau rechnen kann kein Wissenschaftler, daß er berechnen kann, was der erwirbt, während wir klar sehen, was wir verlieren. Man soll mit der Weltgeschichte nicht listen. Die Formen und Methoden der Philosophie sind ohne Gefahr nicht anwendbar auf die praktische Politik, mit der wir es zu tun haben. Damit meine ich nicht: Was in der Theorie richtig ist, ist in der Praxis falsch, sondern, daß ich in der Praxis nur mit Tatsachen rechnen muß und aus Tatsachen Schlüsse ziehen kann und nur jene Schlüsse ziehen darf, die meine Verantwortung noch ertragen, die innerhalb meiner Sehweite gelegen sind und je kurzsichtiger ich in solchen Dingen bin, desto besser ist es wahrscheinlich, wenigstens gefahrloser. Diese Politik wird vielleicht nicht so schön aussehen und dekorativ wirken, aber sie wird sicher sein, und wer Verantwortung zu tragen hat für das Schicksal und Leben von großen Massen, auf dessen

Wort sie hören, der soll, glaube ich, lieber kurzsichtig sein, als zu fern hinausschauen und generalisieren und zu Schlüssen kommen, für die er nicht alle Prämissen hat. Vielleicht ist es für den proletarischen Emanzipationskampf wichtiger, daß die deutsche und meinerwegen auch die österreichische Arbeiterschaft ihre wirtschaftliche und vor allem ihre Rechtslage behalten kann und nicht preisgibt als sonst ein beträchtlicher Fortschritt irgendeines anderen Proletariats. Ich sitze hier auf meinem Platz und ich sage: Wir sorgen für unser Proletariat, bereit auch, mit unseren Leuten zusammen jedes Opfer zu bringen, aber innerhalb eines Raumes, der für uns berechenbar ist. Ich kann mich auf jene, wie mir scheint, einigermaßen gefährliche Doktrin nicht einlassen, sie ist sehr verlockend und in der blendenden Darstellung Max Adlers sieht sie ungeheuer idealistisch aus, sie ist aber nur ideologisch.

Unsere Lage in Österreich! Das ist das Schwierigste und Schmerzhafteste. Im Laufe der Debatte gab es merkwürdig optimistische Bekenntnisse, die ich nicht teilen kann. Eine Gruppe verweist darauf, daß wir eben in diesem Wirtschaftsgebiet seien, daß wir eine Schicksalsgenossenschaft haben mit einer Reihe anderer Völker und uns daher durchfressen müssen, so gut es geht, und eine andere Gruppe, die sogar diesem Österreich den Beruf gab, der Schutzherr zu sein der Autonomie der kleinen Nationen; ja, wenn wir hoffen könnten, wenn eine wirkende Kraft da wäre, die das machen könnte, das wäre allerdings auch der größte Schutz gegen Rußland. Man darf nur eines nicht vergessen: Abgesehen davon, daß diese Monarchie schon etwas ausgelebt ist, behaftet ist mit einer Reihe von Gliedern, die sich einmal nicht halten lassen, hat sie gegenwärtig ein in meinen Augen für absehbare Zeit nicht zu beseitigendes Übel: den Dualismus. Mit Ungarn zusammen Weltpolitik zu machen, was heißt das? Was werden wir machen, wenn wir Serbien erobert haben werden? Die gegen Österreich sind, werden gehenkt und mit den anderen wissen wir nichts anzufangen. Leider kann ich nicht finden, daß Österreich die Kraft hätte, diesen Beruf wirklich zu übernehmen. Natürlich, für uns ändert sich dadurch gar nichts. Weil wir pessimistisch sind in bezug auf die politischen Fähigkeiten Österreichs, darum können wir nicht die Waffen strecken und Rußland den Sieg wünschen, wünschen, daß Rußland diese Aufgabe übernehme. Das Entsetzliche ist, daß dann, wenn diese furchtbaren Opfer gebracht worden sind — das Elend wieder beginnt, wenn der Friede da sein wird. Wir können den Einfluß von Rußland nicht wünschen. Die „englische Krankheit“ habe ich nicht: Weder die Liebe für England, noch die schreckliche Furcht.

Man hat hier darüber disputiert, ob Deutschland eine imperialistische Politik macht oder nicht; zum Schluß wird es ein Wortstreit. Ist Imperialismus Kolonialpolitik, dann ist der Imperialismus Deutschlands gleich Null. Wird aber unter Imperialismus die Expansion des Kapitals über die ganze Welt verstanden, dann ist Deutschland obenauf. Dieser Umstand hat mit zum Kriege geführt. Sicher ist die größte Gefahr der Umstand, daß

bei diesem Kriege England dabei ist, weil dadurch der Krieg sehr schwer zu beenden ist. Frankreich wird, Rußland kann müde werden, England braucht nie müde zu werden. Von diesem Standpunkt aus begreift man psychologisch wohl, daß gerade der Engländerhaß so populär wird. Es wäre aber töricht, zu glauben, daß nur der Imperialismus die Schuld an dem Kriege trägt. Man darf Dinge nicht so simplifizieren; eine solche Tatsache hat nicht nur eine Ursache, sondern viele. Wirtschaftliche Kämpfe, Gegensätze zwischen Ländern, Ländergier, aber auch nationale Gegensätze spielen eine Rolle. Man kann das Vordringen Rußlands auf dem Balkan und in Ostgalizien auch Imperialismus nennen; aber es ist nicht notwendig, daß man jeden Wunsch, irgendein Gebiet zu erwerben, Imperialismus nennt. Es hat doch auch schon früher Expansionskriege gegeben. Von dieser einseitigen Auffassung muß man sich befreien. Was um uns vorgeht, ist eine solch komplizierte Sache, daß es mit einem Schlagwort nicht abzutun ist.

Was kommt bei dem allen für uns heraus? Trotz der Ungeheuerlichkeiten, die wir auf dem Schlachtfeld sehen, bin ich heute ruhiger als ich es vor sechs bis sieben Wochen war. Ich finde, daß wir anfangen, als Partei zu all diesen Dingen ein richtiges Verhältnis zu finden. Man sieht das auch in unserer Presse: die „Arbeiter-Zeitung“ ist unermüdlich, das individuelle Erlebnis den Lesern klarzumachen. Wenn man in einer Nummer all die Leiden und das Elend der Menschen liest, so fragt man sich unwillkürlich: Wie lange halten das die Menschen noch aus? Das Friedensbedürfnis, das nicht ein theoretisches, nicht ein programmatisches, sondern ein lebendiges ist, das kommt jetzt in der Parteipresse deutlicher und einheitlicher zum Ausdruck. Man muß alles tun, was in unseren Kräften steht, um nicht besiegt zu werden. Die Sorge für die Internationale soll Sie nicht bekümmern: Sie wird schon kommen. Kautsky hat sehr richtig ausgeführt: Die Internationale ist ja nicht für den Krieg geschaffen, sondern für den Frieden; sie kann nicht für den Krieg funktionsfähig gemacht werden. Wenn sie könnte, gäbe es ja keinen Krieg. Was ist die Internationale? Sie ist die Zusammenfassung der im Klassenkampf stehenden proletarischen Organisationen aller Länder. Wie soll sie funktionieren in dem Moment, wo der Klassenkampf, selbstverständlich in allen Ländern, zurücktritt gegenüber einem anderen Kampfe. Nicht die Klassengegensätze treten zurück — die sind da, werden vielleicht durch den Krieg verschärft —, aber während des Krieges kann sich dieser Gegensatz nicht in Kämpfen auf breiter Basis äußern; darum steht er auch nicht im Vordergrund unseres Bewußtseins. Der Klassenkampf, der in Friedenszeiten das tägliche Brot ist, ist jetzt naturgemäß ausgeschaltet. Es ist uns ja nicht alles international gemeinsam, das Proletariat ist ja nicht eine unterschiedslose Masse, sondern gemeinsam sind gewisse Beziehungen des Klassenkampfes, den wir gemeinsam, international führen.

Wenn wir diese schwierige Zeit hier überstehen, wenn unsere Organisationen aushalten — gegen das Elend Österreichs sind wir

schließlich abgehärtet —, dann können wir dort die Arbeit aufnehmen, wo wir sie unterbrechen mußten. Der Krieg ist ein solches Erlebnis, daß er an keinem von uns ohne Wirkung vorbeigehen wird. Wir werden erst nach dem Kriege beurteilen können, wie wir dann geistig aussehen werden. Schwächer, mutloser werden wir nicht sein. Wir haben eine harte Schule hinter uns, wir werden auch diese härteste Prüfung überstehen und in diesem Österreich, mag aus ihm geworden sein, was will, eine echt proletarische und darum vernünftige, des Ziels bewußte, aber auch der momentanen Notwendigkeit bewußte Politik machen. (Lebhafter Beifall.)

Das Märchen von den Formeln und dem Typus.

Von Dr. Victor Adler.

„Volkstribüne“ vom 5. Mai 1915.

Der Redakteur der „Volkstribüne“)“, Genosse Rieger, mag sehen, was dabei herauskommt, wenn man in einer Diskussion Leute mitreden läßt, bloß weil ihr Name genannt wurde, die, wie sie offen eingestehen, zur Sache nichts zu sagen haben oder nichts sagen wollen. Ich habe augenblicklich nicht die Zeit, die ganze „kritische“ Artikelserie Dannebergs noch einmal durchzusehen, aber mir schwant, auch mein Name sei genannt worden, und das genügt vorläufig, um mir die Erlaubnis zu erwirken, ein paar Worte zu sagen, die zwar ebensowenig zur Sache gehören wie die Ausführungen

*) In der „Volkstribüne“, dem ehemals von Schuhmeier, im Kriege von Rieger geleiteten Wochenblatt der Wiener Sozialdemokratie, hatte am 17. März 1915 Robert Danneberg eine Artikelserie, „Kritische Betrachtungen“, begonnen, deren einzelne Artikel sich betitelten: 1. Kritik der anderen oder Selbstkritik? 2. Die Vaterlandsverteidigung und ihre Konsequenzen für die Partei. 3. Wer soll vom Frieden reden? 4. Der Kampf gegen den Zarismus und „Kaiserismus“. 5. Die Internationale. An diese Artikelserie Dannebergs knüpfte sich dann eine lange Diskussion, die bis in den August hinein dauerte. Die einzelnen Artikel erschienen unter dem Titel „Zur Artikelserie: Kritische Betrachtungen“. Als erster schrieb Friedrich Austerlitz: „Schweigen in Wonnegedanken.“ Dann kam gleich Engelbert Pernerstorfer mit seinem Artikel: „Der Typus Danneberg.“ In der nächsten Nummer antwortete dann Victor Adler auf den Artikel Pernerstorfers. Am 23. Juni kam Pernerstorfer in einem Artikel „Noch ein Wort“ auf Adlers Antwort zurück. Er verwies darauf, daß man ihm oft vorgeworfen habe, er trage die Eierschalen seiner bürgerlichen Vergangenheit an sich und sei ein Nationalist. Er habe solche Vorwürfe als ungerecht empfunden, aber nicht als ungebührig. Überhaupt lehne er für seinen Teil jede persönliche Empfindlichkeit ab... Später kam noch ein Artikel von Pernerstorfer und dann ein Artikel von Danneberg: „Um was es geht. Ein Wort zum Schluß.“ Der zweite Teil dieses Schlußartikels wurde vom Staatsanwalt vollständig beschlagnahmt.

Pernerstorfers in der letzten Nummer, wohl aber zu diesem. Ich halte das für um so notwendiger, weil ich die „Betrachtungen“ des Genossen Danneberg vielfach für verfehlt halte und sehr unangenehm überrascht bin, daß ihm Pernerstorfer so wirksam beispringt, indem er nicht nur seine eigene, sondern jede andere Kritik der „kritischen Betrachtungen“ ins Unrecht setzt, schon weil er eine ganz unangemessene, geradezu verkehrte Methode anwendet. Diesen Vorteil will ich dem Genossen Danneberg nicht gönnen, der nur davon profitieren kann, wenn das Diskussionsgebiet völlig verschoben wird, verschoben auf das persönliche Gebiet, das unerlaubteste von allen in der Parteidiskussion.

Nun freilich soll Genosse Danneberg mehr sein als eine Person, nämlich ein „Typus“. Was immer man sich unter diesem Fremdwort vorstellen mag, etwas Angenehmes wird es kaum sein, das geht aus der wenig freundlichen Absicht hervor. Ich vermute, Pernerstorfer meint, Danneberg sei ein besonders deutlicher, ausgeprägter Vertreter einer bestimmten Gattung von Parteigenossen. Wohlgemerkt, einer Gattung, nicht etwa nur einer Richtung. Denn dieser „Typus“ wird als mit folgenden Haupteigenschaften ausgestattet geschildert: er vertritt angeblich existierende „gewisse veraltete Formeln“ über den Internationalismus. Besondere Kennzeichen: Jude, Akademiker, der in den Achtzigerjahren oder später studiert hat, überdies „kalt-schnäuzig“ oder, wie erklärend hinzugefügt wird, „reiner Rationalist“. Der „Typus“ ist außerdem sehr gefährlich, denn er „schickt sich an, im entscheidenden Moment die Zügel der Parteiregierung an sich zu reißen“, und zudem einen „obersten Gerichtshof“ zu bilden, der entscheidet, was „waschechter Sozialismus“ ist. Wenn sich die Parteigenossen durch dieses genaue Signalement nicht warnen lassen, ist ihnen nicht zu helfen, sollte man meinen.

Zunächst ein Wort über die persönliche Methode der Polemik Pernerstorfers und die Heftigkeit seines Angriffs. Ich gehöre nicht zu den Wehleidigen in der Diskussion, vertrage schon einen tüchtigen Hieb, weiß ihn sogar fachmännisch zu schätzen und bin auch meinerseits nicht allzu sparsam mit Gegenhieben. Vielleicht hat jeder von uns in der Hitze des Gefechtes schon einmal über die Schnur gehaut und hat verletzt, wo er nur widerlegen wollte. Aber immer hat er es, so hoffe ich, dann bedauert, und niemals hat er seiner eigenen Sache damit genützt, am wenigsten bei den Parteigenossen. Denn Sozialdemokraten und insbesondere Arbeiter haben gerade in diesem Punkt ein bemerkenswertes Feingefühl und vertragen schlecht die Ausnützung formaler Überlegenheit oder Gewandtheit in der Polemik. Aber unserem alten Freund Pernerstorfer ist diesmal das Malheur eines ganz besonders starken Exzesses zugestoßen. Wenn man sich über eines Genossen irrige oder meinetwegen grundfalsche Meinung ärgert, muß man ihn ja nicht gleich einen „Typus“ nennen und ihn, weil durch Geburt und Erziehung schwer und unheilbar belastet, als unverbesserlichen Sünder unter die Böcke stoßen. Was wir in diesen schweren Tagen erlebt haben,

hat uns allen innere Kämpfe gebracht, die sich naturgemäß in äußere Erregungen umsetzten. Aber so stark sollte doch kein Genosse, der an verantwortlicher Stelle steht und sich seiner Verantwortlichkeit bewußt ist, seiner Leidenschaft die Zügel schießen lassen, daß er offenbar ungerechtfertigte Anklagen gegen Genossen schleudert, deren Leben seit Jahren mit dem Leben der Partei verwachsen ist und denen, mag man auch einzelne ihrer Meinungen für grundfalsch halten, mag man ihr Gehaben nicht immer sympathisch empfinden, niemand das Zeugnis versagen kann, daß sie täglich und stündlich in treuer Pflichterfüllung nach ihrem besten Wissen dem Proletariat ernsthaft und ersprießlich dienen. Wenn man aber andere der Unduldsamkeit beschuldigt und der Anmaßung, oberstrichterlich entscheiden zu wollen, was „waschechter Sozialismus“ sei, dann sollte man sich selbst vor unbeherrschten Ausbrüchen der Unduldsamkeit hüten.

Nun ist Genosse Pernerstorfer das Pech passiert, daß ihn seine schöne Leidenschaft, deren helles Auflodern oft ästhetischen Genuß bereitet, diesmal zu ganz unbegreiflich falschen Behauptungen und falschen Schlüssen verführt hat. Er sagt, der „Typus“ stütze sich auf eine „veraltete Formel des Internationalismus“, von dem er vermeint, daß er „die Nation, ihre Tatsächlichkeit und ihren Rechtsbestand mit Hartnäckigkeit verleugnen möchte“. Nun muß eine „Formel“, veraltet oder nicht, doch einmal formuliert worden sein. Aber, so sehr ich mich nun schon recht viele Jahre um die Kenntnis der sozialistischen „Formeln“ bemüht habe, solchen Stumpfsinn habe ich niemals und nirgends gelesen oder gehört. Und daß eine so absurde „Formel“ je einmal in der sozialistischen Welt Geltung gehabt habe, das zu beweisen wird Genossen Pernerstorfer nicht gerade leicht werden. Ja, es mag ihm zu denken geben, daß gerade diejenigen Genossen in Deutschland, die seinem Herzen am nächsten stehen, in den großen Debatten, die jetzt draußen geführt werden, sich unausgesetzt auf Marx, Engels, Lassalle und am häufigsten auf Bebel berufen, um zu beweisen, daß Sozialismus sehr wohl mit nationalem Empfinden und mit Liebe zum Vaterland vereinbar sei. Oder sollten die „Formeln des Altinternationalismus“ noch älter sein als diese Urväter der Partei? Oder sind sie schon „veraltet“ vom Typus gezeugt und direkt aus dem Fieber des durch den Antisemitismus bewirkten Verfolgungswahnes junger jüdischer Akademiker geboren? Es wäre ein seltsames Naturspiel. Aber zum Glück hilft mir ein hingeworfenes Wort Pernerstorfers aus der Verlegenheit. Er bemerkt nämlich, daß noch viele Arbeiter „in dem Gedanken dieses Altinternationalismus aufgewachsen sind“. Nun ist es klar, diese veraltete Formel ist gar keine Formel, wurde nie formuliert, sondern Pernerstorfer spricht von der Auffassung nationaler Dinge, die sich bei den deutschen Arbeitern Österreichs in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts entwickelt hatte und die Otto Bauer (in seinem Buche „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“) als naiven Kosmopolitismus bezeichnet. Er führt dort aus, wie „die nationale Politik bei den

herrschenden, gesättigten Nationen die Politik der Klassen war, die das Proletariat als seine Ausbeuter und Unterdrücker hatte, und wie dadurch in den Arbeitern, die ihre ersten Schritte im Klassenkampf machen, der uralte Gedanke wieder auflebt, der einst dem Bürgertum im Kampfe gegen die Feudalherren gedient, der Gedanke der Humanität, die Forderung nach Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. Nun wird die Nation dem Arbeiter zu einem bürgerlichen Vorurteil. Die nationalen Unterschiede verblassen vor seinem Auge... Wenn der revolutionäre Instinkt die Arbeiter der unterdrückten Nationen zum naiven Nationalismus führt, so erzeugt er in der Arbeiterschaft der national gesättigten Völker einen naiven Kosmopolitismus.“ Bauer schildert dann sehr gründlich, wie sowohl der naive Nationalismus, als auch der naive Kosmopolitismus überwunden wird und sich daraus „langsam die ihrer Sonderart klar bewußte internationale Politik des Proletariats aller Nationen entwickelt“, als deren höchstes Ziel er bezeichnet: „Alle Nationen zu gemeinsamer Beherrschung der Natur vereinigt, die Gesamtheit aber in nationale Gemeinschaften gegliedert, die zu selbständiger Entwicklung und freiem Genuß ihrer nationalen Kultur berufen sind — das ist das Nationalitätenprinzip des Sozialismus.“

Da haben wir nun auch das Wort Kosmopolitismus, das Pernerstorfer im Munde Dannebergs so geärgert hat. Ich weiß nicht, welcher Teufel Danneberg geritten hat, daß er auf die Frage, zu welcher Nation er sich zähle, geantwortet hat, er sei „Kosmopolit“. Er hätte ebenso schnoddrig und nicht weniger passend sagen können, er sei Alkoholgegner, oder auch echt österreichisch, er sei von keiner Nation, sondern habe nur eine „Umgangssprache“. Er wollte wohl sagen, er sei kein Deutscher, sondern „Mensch“, wie jene Eiche, die durchaus keine Eiche, sondern nur ein „Baum“ sein wollte. Aber so unzutreffend die Antwort ist, unverständlich bleibt nur, warum das Wort Kosmopolit gerade Pernerstorfer, den gelehrten Kenner deutscher Geistesgeschichte, so erregt, ihn, der so genau weiß, mit welch hohen und edlen Gedankengängen der größten Deutschen dieses Wort zusammenhängt. Allerdings auch, mit welchem politischen Elend des deutschen Volkes! Und in diesen Zusammenhängen liegt die Erklärung für viele Erscheinungen dieser so leidenschaftlich bewegten Zeit.

Nicht um das Gespenst einer abgeschmackten „Formel“ handelt es sich, und nicht um die phantastische Vorstellung ihrer Verbreitung durch irgendwelchen eingebildeten „Typus“. Sondern, was uns im Innersten bewegt und was Pernerstorfer zu der Ungehörigkeit seines leidenschaftlichen Ausbruches verleitet hat, ist die Meinungsverschiedenheit, die sich in unserem Urteil über jene Abstimmung der deutschen Sozialdemokratie am 4. August am deutlichsten ausdrückt. Wir, die übergroße Mehrheit der Partei, diesseits und jenseits der an jenem Tage versunkenen Grenzpfähle, empfanden die ungeheure Gefahr des deutschen Volkes, das sich von einer fast erdrückenden Übermacht von Feinden bedroht sah.

In jedem deutschen Menschen schrie jeder Blutstropfen auf: Wir müssen uns wehren, wir müssen dem Reiche die Waffen zur Verteidigung geben. Wir müssen... sagten auch die Sozialdemokraten, aber k ö n n e n wir auch, wir, die wir nicht nur den Feind auf der anderen Seite sehen, sondern auch die Hunderttausende unserer proletarischen Brüder, mit denen wir uns eins fühlten bis heute und eins fühlen werden in alle Zukunft?! Aber die schmerzlichste Stunde verlangte unerbittlich, was notwendig war, und Genosse Haase verkündete: „So machen wir denn wahr, was wir immer gelobt haben, wir lassen in der Stunde der Gefahr unser Vaterland nicht im Stich.“ Ein unbegreiflicher Deutscher, der anders gehandelt hätte; ein unbegreiflicher Sozialdemokrat, der es getan hätte ohne schneidenden Schmerz, ohne schweren Kampf mit sich selbst, mit seinem ganzen Fühlen! Dieser tragische Konflikt wirkt nun fort in der Partei, und es gibt eine Anzahl Genossen, die jene Abstimmung als den Sündenfall der Sozialdemokratie betrachtet wissen wollen. Die Leidenschaft, die der Krieg erzeugt hat, mischt sich hinein, die Angriffe der Parteigenossen in den feindlichen Ländern, die ihrerseits nicht anders gehandelt als wir, das erzeugt Verbitterung, die durch eine Unsumme von Tendenzlügen gesteigert wird. Dazu kommt, daß viele Genossen die Not zur Tugend werden lassen, sich in überhitzte Kriegsstimmung und optimistische Zukunftshoffnungen hineinreden, und eine Diskussion entsteht, die um so bitterer wird, weil sie vielfach durch die Zensur behindert ist.

Nun gehört Danneberg zu den Genossen, die jene symbolische Abstimmung der deutschen Sozialdemokraten nicht billigen, und darum kann ihn der Vorwurf treffen, daß er für die Not des Volkes und des Landes kein richtiges Empfinden habe. Man muß nun in der Tat sagen, daß es ein schweres Unglück gewesen wäre, wenn die deutsche Arbeiterschaft vom „naiven Kosmopolitismus“ bis zu dem Grade beherrscht gewesen wäre, daß sie „das Vaterland in der Stunde der Gefahr im Stich gelassen“ hätte, ein Unglück für das ganze Volk und nicht zumindest für die Arbeiterschaft selbst, und man begreift Ausbrüche der Erregung über solche Äußerungen. Aber Pernerstorfer ist auf dem Holzwege, wenn er den „Typus“ anklagt. Die Gruppe, die der Haltung der deutschen Sozialdemokratie opponiert, besteht nicht aus jungen, jüdischen Akademikern: Franz Mehring ist kein Jude, ebensowenig Karl Liebknecht oder Klara Zetkin oder Ströbel und so fort. Und die ganze Redaktion des „Vorwärts“, die gegen diese Abstimmung ist, zählt zur Stunde nur einen einzigen Juden, der ist allerdings Akademiker, der Jurist Stadthagen, gerade er hat aber immer mit der Fraktion gestimmt. Und auf der anderen Seite, der Seite, die Pernerstorfer für richtig hält, da wimmelt es von Juden, alten und jungen, akademischen und nicht akademischen, von Bloch und Cohen angefangen das ganze Alphabet durch. Also auch da stimmt seine Theorie nicht. Er nennt freilich nur Radek und Grumbach, von denen aber, zu Pernerstorfers Pech, keiner ein Deutscher ist, der eine ein Pole, der andere ein Elsässer. Was jedoch die „Berner Tagwacht“ angeht, die

Pernerstorfer mit Recht mißbilligt, so hat er sie, wie ich vermute, während der kritischen Zeit nie in der Hand gehabt. Denn er verfehlt durchaus das Delikt, dessen er sie anklagt: Das Blatt hat nie das deutsche Volk „besudelt“, sondern ausschließlich seine eigenen Parteigenossen, die deutschen Sozialdemokraten, die es während einiger Zeit allerdings schmachvoll verschimpfte.

Was hat denn nun aber Genosse Danneberg wirklich angestellt? Er wollte, wie er behauptet, in seiner Artikelserie die Sozialdemokraten des Auslandes gegen einseitige und ungerechte Vorwürfe verteidigen, um entstehende Mißverständnisse und Gehässigkeiten auszurotten und den Wiederaufbau der Internationale zu erleichtern. Wollte er das wirklich, so hat er es wahrhaftig recht ungeschickt angepackt. Er hat nicht nur die kriegerische, sondern geradezu deutschfeindliche Leidenschaft — insbesondere der ersten Monate: jetzt ist das viel besser geworden — der Franzosen mit echt christlicher Nächstenliebe sanft getadelt und möglichst zu erklären gesucht. Uns Deutschen und Österreichern aber hat er seinen ganzen Zitatenkübel über den Kopf gegossen und uns keine kleinste journalistische Entgleisung, oder was er dafür ausgibt, geschenkt, bis zur Theaternotiz herab. Dazu ist er insbesondere der „Arbeiter-Zeitung“ höchst überflüssig mit seinem Richterschwert nachgelaufen, worüber Genosse Austerlitz schon alles Nötige gesagt hat. Danneberg ist überzeugt, daß unsere Blätter nicht ins Ausland kommen und sündigt offenbar darauf. Daß seine Artikel nicht in Frankreich gelesen werden, wünsche ich selbst; die französischen Genossen würden schöne Begriffe von uns bekommen. Sie würden ihn sofort zur Autorität in internationaler Taktik ausrufen, schon zum Dank dafür, daß er ihr schwerstes, und wie ich bekennen muß, mir unverzeihlich scheinendes Unrecht, verschwiegen hat, daß sie nämlich versuchten, die sozialistischen Parteien neutraler Länder, insbesondere die so bewundernswert tapferen italienischen Sozialisten, zum Eintreten für den Krieg aufzurufen. Daß sie es unternahmen, die Beziehungen und die Autorität, die sie in der Internationale gewonnen, dazu mißbrauchen wollten, das europäische Schlachtfeld zu erweitern, freilich, wie sie meinen, um den Krieg abzukürzen, das scheint mir allerdings als das Schlimmste, was in dieser schrecklichen Zeit auf diesem Gebiete geschehen ist. Wenn die diabolische Suggestion des Krieges auf unsere besten Männer so wirken kann, wer wagt dann noch anzuklagen, vor allem die deutschen Sozialdemokraten anzuklagen!

— Also, Dannebergs „Kritische Betrachtungen“ muß man sehr kritisch lesen; aber ein „Typus“ ist er darum noch lange nicht.

Auf dem Wege zur Internationale.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 14. November 1915.

Die Versuche, trotz aller Hindernisse die Internationale aktionsfähig zu machen, sind während der ganzen Dauer des Krieges immer wieder aufgenommen worden. Seitdem das Internationale

Büro von Brüssel nach Holland verlegt und seine Exekutive durch holländische Genossen verstärkt worden ist, hat das Büro selbst wiederholt und in verschiedenen Formen versucht, die Bedingungen mindestens für eine Zusammenkunft seiner Mitglieder herbeizuführen, wovon der Beginn eines Meinungsaustausches und eines gegenseitigen Verstehens zu erhoffen wäre, das bis zur Verständigung heranreifen könnte. Formell sind bisher alle diese Versuche an der Weigerung der französischen Sozialisten gescheitert, an irgendeiner solchen Zusammenkunft teilzunehmen. Zudem ist leider für die Tätigkeit des Exekutivkomitees wohl auch die schwere Erkrankung des Genossen Troelstra ein ernstes Hemmnis geworden.

Nun ist es allerdings schon im Frühjahr und im Sommer dieses Jahres zu Konferenzen einzelner Teile der Internationale gekommen: in Kopenhagen, London und Wien; aber alle Versuche, die Vertreter der Parteien aller kriegführenden Ländergruppen um einen Tisch zu versammeln, sind bisher gescheitert. Das wesentlichste Hindernis war die Weigerung der Franzosen — und wohl auch der Belgier — zu einer Konferenz zu kommen, an der auch die Deutschen und Österreicher beteiligt wären. Das ist nun sehr zu bedauern, aber man kann es verstehen. Franzosen und Belgier glauben, in einer besonderen Lage zu sein, weil Teile ihres Landes besetzt sind; dann aber — und das fällt bei einer Zusammenkunft der Internationale wohl noch mehr ins Gewicht — haben sich die sozialistischen Parteien Frankreichs und Belgiens aus Gründen, die man begreifen kann, die wir aber jedenfalls hier nicht zu beurteilen haben, mit ihren kriegführenden Regierungen nicht nur solidarisiert, sondern in hohem Grade identifiziert, was ihre Bewegungsfreiheit in noch weit höherem Grade einengt, als die unsere — das können und müssen wir uns offen eingestehen — eingeengt ist. Dazu kommt noch, daß die französischen Genossen es an einem ruhigen Bemühen fehlen ließen, die Haltung der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten zu verstehen, und daß sie die Erfüllung der uns naturgemäß und selbstverständlich obliegenden Pflicht der Landesverteidigung als einen Verrat an der Internationale in schroffster Weise verurteilten. Sicherlich ist auch ein Teil unserer eigenen Presse in ähnliche Fehler verfallen und hat die nötige Ruhe und den brüderlichen Eifer, den anderen zu begreifen, vermissen lassen. So sahen wir in den ersten Kriegsmonaten Gereiztheiten und Bitterkeiten entstehen, die schwache Gemüter an der Zukunft der Internationale verzweifeln ließen. Dazu kam die Absperrung der Länder voneinander, die Schwierigkeit, von der auswärtigen Presse anders als nur gelegentlich oder gar durch höchst zweifelhafte, wenn nicht geradezu böswillige Vermittlung Kenntnis zu erhalten, und schließlich die Zwischenträgerei gewisser Journalisten, die sich aus einseitiger und darum verhetzender Berichterstattung, die Schritt um Schritt zu kontrollieren und richtigzustellen bei dem heutigen Stande der Dinge technisch unmöglich ist, ein Geschäft machen. Man braucht nur die Namen

Grumbach-Homo auf der einen, Baumeister auf der anderen Seite zu nennen, und man wird uns verstehen. Da es nun außerdem nicht an mündlichen und schriftlichen Äußerungen unserer besten Genossen in fast allen Ländern fehlte, die, in einer Zeit unerhörter Nervenspannung jedes einzelnen zustande gekommen, über jedes Ziel schossen und der gewohnten Selbstbeherrschung völlig ermangelten, war reichlicher Stoff für die Verschärfung gegenseitiger Verbitterung vorhanden, die an sich schon ein Erschwernis für die Tätigkeit der Internationale hätte sein müssen. Dazu kam aber noch, daß die sozialistischen Parteien der Ententestaaten für sich in Anspruch nahmen, daß ihr Kampf nicht nur, wie selbstverständlich, ein berechtigter Kampf für ihr Volk und ihr Land, sondern der einzig berechtigte Kampf, der Kampf für die Freiheit überhaupt sei, dem sich zu widersetzen, wozu das Proletariat Deutschlands und Österreichs sich genötigt sah, ein Verbrechen an der Menschheit überhaupt und am Sozialismus insbesondere wäre. Dieser Gedankengang, der durch den Eindruck, den die Besetzung Belgiens in der ganzen Welt machte, noch seine besondere Färbung und Zuspitzung erhielt, führte dazu, daß die französischen Sozialisten jedes Zusammentreten der Internationale ablehnten. Ruhiger und kühler urteilten wir Deutschen und Österreicher von vornherein. Wir regten wiederholt die Einberufung des internationalen Büros an und haben in der Wiener Konferenz ausdrücklich erklärt, daß der Krieg für dessen Tätigkeit kein Hindernis sein dürfe. Allerdings haben wir es selbstverständlich unterlassen, die Franzosen in unangemessener Aufdringlichkeit vorzeitig zu einem Entgegenkommen zu nötigen, das damals nun einmal ihrer Stimmung nicht entsprach; wie wir aber auch andererseits nicht vermeinten, bei einer internationalen Konferenz etwa als Angeklagte, die sich zu verteidigen haben, zu erscheinen, vielmehr erhobenen Hauptes kommen werden im ruhigen Bewußtsein, unsere Pflicht wie gegen unser Volk, so auch gegen die Arbeiterklasse nicht weniger erfüllt zu haben als irgendwelche Genossen anderer Länder. Vielleicht rückt die Zeit allmählich näher, wo trotz alledem eine Zusammenkunft möglich und ein gemeinsames Wort der Internationale gesprochen werden kann*).

Manche Anzeichen sprechen für eine solche Wendung. Diese furchtbaren sechzehn Monate internationalen Tötens sind nicht ohne tiefgehende Wirkungen auf das Seelenleben des Proletariats gewesen. Man muß sich den schweren Konflikt, in dem wir alle bei Kriegsbeginn standen, deutlich machen. Der sozialdemokratische Arbeiter ist im Bewußtsein der Solidarität der Klasse aufgewachsen. Aber, wenn er sich mit Stolz klassenbewußt nennt, so ist er nicht minder volksbewußt, das will sagen, solidarisch mit seinem Volke verknüpft. Nationale Volkssolidarität und internationale Klassen-

*) Siehe auch das Referat über den Punkt „Stockholm, die Internationale und der Friede“ auf dem Parteitag von 1917; für das folgende auch die Reden in den vertraulichen Diskussionen nach Kriegsanfang, oben im Kapitel „Um den 4. August“.

solidarität sind dem Sozialisten nicht Gegensätze, vielmehr bedingen sie einander. Aber wenn, gleichgültig aus welchen Gründen, der Krieg die Völker gegeneinander wirft, dann entsteht der tragischste aller Konflikte. Wenn die Arbeiterklasse nicht stark genug ist, den Krieg zu hindern, dann muß sie ihn ausfechten. Die Volkssolidarität tritt zwingend in ihr Recht, der Klassensolidarität werden wehevolle, blutige Wunden geschlagen. Der eiserne Zwang, der nicht etwa nur äußere Gewalt, sondern schmerzlich selbstempfundene Notwendigkeit der Selbstbehauptung ist, hat in allen kriegführenden Ländern das Proletariat zur getreuen Pflichterfüllung durch alles Entsetzen des Krieges hindurchgeführt. Noch mehr: die Notwendigkeit, die Volkssolidarität bis in den Tod walten zu lassen, der Kriegszustand mit seinen unmittelbaren Folgen, hebt zwar keineswegs die Klassengegensätze im eigenen Volke auf, so wenig wie die internationale Klassensolidarität, aber er läßt beide zurücktreten, und die Erscheinungen des Klassenkampfes werden zunächst durch eine Art Waffenstillstand verdrängt, was man Burgfrieden hüben und heilige Einigkeit drüben nennt. Und da die allgemeine Wehrpflicht den Tod auf dem Schlachtfeld zu einer sehr demokratischen Einrichtung gemacht hat, kann die Schicksalsgemeinschaft im Schützengraben den Willen zum Burgfrieden stärken. Nun sind aber längst Hunger und Aushungerung Kriegsmittel geworden wie alle anderen Methoden, Menschen zu töten. Und wenn die Aushungerung zuerst ein Schlagwort war, nur gegen eine der Parteien gerichtet, so ist das längst anders geworden: die Aushungerer haben selber Hunger und täglich mehr. Damit aber tritt in allen kriegführenden Ländern eine neue Erscheinung auf. Die Klassengegensätze, die im Schützengraben etwa weniger fühlbar werden konnten, werden weit und schreiend aufgerissen auf den Märkten der Vorstädte. Mag im Kriege Gleichheit der Klassen vor dem Tode bestehen, die Teuerung, der Hunger und alles Elend, das damit zusammenhängt, trifft die besitzlosen Volksklassen, vor allem das Proletariat mit voller Wucht. Der Klassengegensatz wird so deutlich, daß der beste Wille zum Burgfrieden in Scherben geht. Der Staat ist willig, zu helfen; unter dem Drucke der Kriegsnötigkeit tut er, was er im Frieden nie geträumt hätte, zu tun. Er greift zur Bedarfs- und Vorratsfeststellung; er versucht, die Bedarfsbefriedigung durch Zwangsorganisation zu ordnen: er leiht seine Methoden von uns, den Sozialisten.

(Aber wenn der Staat stark genug ist, mit eiserner Hand Hunderttausende von Menschen auf die Schlachtfelder zu schicken, so wird seine Hand weich und zagend, wenn er es unternimmt, ihren Weibern Brot zu geben. Er kann eben trotz besten Willens aus seiner Haut nicht heraus, der Klassenstaat bleibt Dilettant bei seinen notgedrungenen Versuchen auf dem Gebiete der Gemeinwirtschaft. Man mag diese Versuche noch so hoch einschätzen, man wird die Unzulänglichkeit ihrer Erfolge leider nicht leugnen können, deren Eindruck nicht anmutiger wird durch die Tatsache, daß der Staat so wenig wie die Not der Massen die schier schran-

kenlose Bereicherung einer kleinen Zahl von findigen Menschen durch Kriegsgewinne in allen Formen zu hindern vermag*.)

Die Not aber wächst täglich und in allen Ländern. Überall wird sie als die Not der Besitzlosen empfunden. Die Schicksalsgemeinschaft der Arbeiterklasse tritt grell und deutlich hervor. Ein Ende des ungeheuerlichen Krieges aber ist nicht abzusehen, ja wir sind so verzagt und bescheiden in unserem Hoffen geworden, daß uns ein leidlich vernünftiges Wort, das in einem der Parlamente, die noch reden können, dazu mahnt, dem uferlosen Töten eine Grenze zu setzen, bereits als rettende Tat erscheint.

Da ist es denn begreiflich, daß der Wunsch immer dringender wird, die Internationale möge sich aufraffen, möge dem Sehnen des Proletariats aller Völker die Zunge lösen, möge aussprechen, daß, wenn uns, jedem einzelnen Gliede der Internationale, die Pflicht der Abwehr auferlegt war, nun wie stets allen gemeinsam ist der Wille zum Frieden. Die Bemühungen, ein Eingreifen der Internationale herbeizuführen, haben nie geruht, ja sie sind mit großer und gewiß begreiflicher Ungeduld auch zu Zeiten und in Formen versucht worden, die trotz besten Willens nicht zum Ziele führen konnten. Unsere italienischen Genossen vor allem suchten mit allen Mitteln eine internationale Konferenz herbeizuführen. Sie haben den Ruhm, von der ihnen durch das späte Eingreifen Italiens in den Krieg gebotenen Möglichkeit, für den Frieden zu kämpfen, mit unbezwingbarem Mute Gebrauch gemacht zu haben; ja auch jetzt noch, da der Krieg schon wütet, nützen sie den freilich arg geschmälernten, aber im Kerne nicht zu verwüstenden Rest von Demokratie zum Protest gegen den Krieg aus, den Italien führt und der trotz aller diplomatischen Schminkmittel sein Wesen als brutaler Eroberungskrieg nicht verhüllen kann. Die Sozialisten Italiens würden aber ihre Absicht, eine wirksame internationale Aktion herbeizuführen, mit größerer Sicherheit erreichen, wenn sie es vermöchten, sich in die Lage ihrer Bruderparteien sowohl in Frankreich wie in Deutschland und Österreich zu versetzen, und wenn sie vor allem die Dinge reifen ließen. Ein Symptom ihrer Ungeduld ist eine internationale Konferenz, die, mit durch die Initiative der italienischen Partei veranlaßt, vor einigen Wochen in Zimmerwald in der Schweiz stattfand. Da nun in der „Neuen Zeit“ ein Bericht darüber vorliegt, der die Hindernisse des Grenzverkehrs und der Zensur überwunden hat, erfahren wir, „daß alle Parteien und Gruppen eingeladen waren, die auf dem Boden der alten Grundsätze und Beschlüsse der Internationale verblieben seien, bei denen vorausgesetzt werden konnte, daß sie bereit wären, gegen die Burgfriedenspolitik aufzutreten und auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes für eine gegen den Krieg gerichtete gemeinsame, gleichzeitige Aktion der Sozialisten in den verschiedenen Ländern einzustehen“. An der Konferenz haben offiziell teilgenommen die Parteien Italiens und Rumäniens sowie Partei-

*) Dieser durch Klammern angezeigte Absatz ist vom Zensor gestrichen worden.

gruppen Rußlands, Polens und Bulgariens, schließlich einzelne Genossen aus Deutschland und Frankreich, aus Holland und Skandinavien. Die Vertreter der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands waren verhindert, zu kommen, weil man ihnen die Pässe verweigert hatte, haben aber später ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Konferenz ausgesprochen. Beschlossen wurde ein Friedensmanifest und die Einsetzung eines „Internationalen Sozialistischen Komitees“, bestehend aus zwei Italienern (Morgari und Angelika Balabanow) und zwei Schweizern (Grimm und Naine). Dieses Komitee soll nun „keineswegs der Bildung einer neuen Internationale dienen“, auch kein Konkurrenzunternehmen des Internationalen Sozialistischen Bureaus sein, „sondern nur ein Zentrum bilden für gemeinsame Friedensaktionen während des Krieges und solange das Haager Bureau nicht in Funktion tritt“. Das Friedensmanifest, dessen Wortlaut natürlich nicht abgedruckt werden kann, „schildert nach einer Kennzeichnung der imperialistischen Ursachen kurz die kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Wirkungen des Weltkrieges und ruft unter Erinnerung an die Beschlüsse der internationalen Kongresse und mit einem Protest gegen die kriegs- und regierungsfreundliche Politik einzelner sozialistischen Parteien die Arbeiterschaft aller Länder Europas zum Eintreten für den Frieden auf“. Das Manifest wurde von je zwei Genossen jedes Landes mit ihrem Namen unterzeichnet; es trägt die Namen der bekannten deutschen Genossen Ledebour und Adolf Hofmann und der französischen Genossen Bourdon und Merrheim, die beide Syndikalisten sind und sowohl in der französischen Partei als auch in der Gewerkschaft zur Opposition gehören, die die Politik der offiziellen Partei ablehnt.

Wenn man von der Vertretung der Parteien Italiens, Rußlands und einzelner Balkanstaaten absieht, war also die Zimmerwalder Konferenz die Zusammenkunft einzelner Sozialisten der verschiedenen Länder und konnte darum, wie immer man die Persönlichkeit der einzelnen beteiligten Genossen einschätzen mag, nichts vertreten als sich selber. Noch haben die Parteien in ihrer Gesamtorganisation Mandat und Verantwortung für die Politik der Sozialdemokratie ihres Landes, und keine Versammlung einzelner Genossen, keine Konferenz, deren Beschickung eingestandenermaßen recht „zufällig“ war, kann ihr Amt übernehmen, ja sie kann sie nicht einmal in ihrer Funktion ersetzen, falls sie unglücklicherweise versagen sollte. Das haben offenbar die Parteien der neutralen Länder gemeint, die eingeladen waren und die offizielle Beteiligung ablehnten, wie die Schweiz, oder sogar nachträglich Protest erhoben, wie Dänemark. Das scheinen selbst die in Zimmerwald Versammelten empfunden zu haben, da sie sich verpflichtet fühlten, den provisorischen Charakter ihres Komitees mit Nachdruck festzustellen. Bezeichnend aber für diesen Versuch, die internationalen Fäden wieder anzuknüpfen, ist es, daß er, die offiziellen Parteien Deutschlands, Frankreichs, Österreichs übergehend, sich nur an einzelne Genossen der „Minderheiten“ in diesen Ländern wendete

und sie zu vereinigen suchte. Was in dem Manifest über den Krieg, seine Ursachen und Folgen gesagt ist, unterscheidet sich vielleicht in der Heftigkeit des Ausdrucks, die durch keine Rücksicht auf die Möglichkeit der Verbreitung des Schriftstückes behindert ist, aber kaum im Wesen von den Kundgebungen der offiziellen Parteien. Hingegen richtet das Manifest die ganze Schärfe seiner Kritik gegen die sozialistischen Parteien, die angeblich ihre internationalen Verpflichtungen mißachtet haben. Nun wird kein Vernünftiger jenen Genossen das Recht zu solcher Kritik, möge sie noch so scharf sein, bestreiten; und es wäre ein unerhörtes Wunder, wenn in der Partei, die sich den Weg ihrer Taktik schon in ruhigen Zeiten nur in beständiger Diskussion bahnt, in der schwierigsten, überdies plötzlich hereingebrochenen Frage, die mit dem Kriegsbeginn zur peinvollen Entscheidung stand, volle Einstimmigkeit geherrscht hätte. Die Zeit des ruhigen Urteils wird kommen und niemand wird sich seiner Verantwortung entziehen wollen. Diese Minderheiten, die in Deutschland gegen die Abstimmung vom 4. August, in Frankreich gegen den Eintritt in die Regierung sind und die überall verneinen, die Parteien seien in Erfüllung der Pflichten, die ihnen die Volkssolidarität auferlegt, zu weit gegangen, üben also nur ihr gutes Recht aus, wenn sie ihre Meinung aussprechen, und es wäre nur zu wünschen, es geschehe mit etwas weniger Überhebung und würde auf der andern Seite mit etwas mehr brüderlicher Rücksicht und dem Parteigenossen geziemender Selbstbeherrschung erwidert. Aber eine andere Frage ist, ob es nützlich ist, diese Minderheiten international zu sammeln und zu versuchen, sie als solche zu organisieren. Es ist zu befürchten, daß damit unserem gemeinsamen Ziele, die Internationale wieder aktionsfähig zu machen, nicht gedient, wohl aber der gemeinsamen, dringendsten Notwendigkeit, der Erhaltung der Einigkeit der Partei, Schaden zugefügt wird. Diese Einigkeit aber brauchen wir vor allem und werden sie sehr bald ganz bitter notwendig haben. Darum ist es zweifelhaft, ob die Zimmerwalder Konferenz, sosehr jeder Schritt internationaler Annäherung zu begrüßen ist, als ein geeignetes Mittel dazu angesehen werden kann. Wir möchten die Bedeutung der Sache nicht überschätzen, aber meinen, sie sei ebenso ein Zeichen wachsenden Bedürfnisses, die internationale Einheit wiederherzustellen, als eine Mahnung, Wege zu vermeiden, die dem Werke, das wir alle wünschen, hinderlich sein könnten. Aber die Wiederherstellung der Internationale hängt zum Glück nicht von mehr oder minder glücklichen Versuchen der Ungeduldigen ab. Sie ist auf dem Wege, sie kündigt sich in allen Ländern an, und die tapferen Worte des Genossen Renaudel in der französischen Kammer*) sind ein Zeichen dafür, daß sich selbst auf diesem schwierigsten Boden eine Wendung ankündigt. Sie wird mit Notwendigkeit zur Erscheinung kommen, und diese Notwendigkeit wird täglich tiefer gefühlt trotz des Krieges auf beiden Seiten aller Schützengräben in dem ganzen

*) Renaudel hatte sich am 5. November in der Kammer gegen Annexionen ausgesprochen.

blutgetränkten Europa. Die Gegenwart wird immer mehr als unerträglich empfunden, der „Ausweg aus der Sackgasse“ wird überall ersehnt und muß gefunden werden. Für das Proletariat aber gilt es, auszuhalten, durchzuhalten, um Kraft zum Neubau seiner Zukunft zu haben. Heute wehrlos und passives Material der Weltgeschichte, wird das Proletariat dann Träger und Wirker der Menschheitsschicksale werden.

Politische Tagesfragen im Kriege.

Vollversammlung des sozialdemokratischen Klubs am 15. und 16. Dezember 1915.

Niemals war es lebensnotwendiger als heute, zu reden, und niemals war es unmöglicher... Die Presse steht unter Zensur in allen Formen und in allen Graden. Hier wenigstens ist ein schmaler Raum frei zur Abwehr, die freilich unerschöpfliche Geduld, unermüdliche Zähigkeit und eine gewisse Fähigkeit der Anpassung zur Voraussetzung leider nur sehr kleiner und ungenügender Erfolge hat... Über Österreich nach dem Kriege wird man erst dann zu begründeten Auffassungen kommen können, wenn die Grundlinien dieses künftigen Österreich mit einiger Sicherheit erkennbar sein werden. Erst dann wird auch für unsere Partei ein Aktionsprogramm möglich sein. Heute lassen sich nur die von der Sozialdemokratie längst verfochtenen Grundsätze mit allem Nachdruck feststellen, die ganz allgemein die Lebensbedingungen des Staates und der Völker sind, die in diesem Staate zu dauernder Schicksalsgemeinschaft verknüpft sind: Besiegung des nationalen Streites durch ernsthafte Demokratie in Staat, Land und Gemeinde sowie durch ernsthafte Organisation der nationalen Autonomie und zum dritten gründliche Reform der Verwaltung an Haupt und Gliedern.

Zu den Fragen, die nach Beendigung des Krieges gelöst werden müssen, gehören jene, die unter dem Schlagwort der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland oder Konstituierung eines „Mitteleuropa“ erörtert werden. Es ist selbstverständlich überhaupt nicht erst weitwendig zu beweisen notwendig, daß uns prinzipiell die Abtragung aller, die Völker trennenden Grenzen durchaus erwünscht erscheine, wie ja auch die „Annäherung“ von Deutschland und Österreich geistig, politisch und sogar bis zu einem gewissen Grade organisatorisch bei keiner Gruppe der Bevölkerung so sehr zur lebendigen Tatsache geworden ist als bei der Arbeiterklasse Deutschlands und Österreichs. Auch die Bestrebungen zur möglichst innigen Verbindung der beiden Wirtschaftsgebiete finden bei uns Verständnis. Aber allerdings fassen wir die zu bewirkende Gemeinsamkeit anders auf als jene Leute, denen nur eine Gemeinsamkeit der Schützengräben und der Zollschranken vorschwebt. Kurz, wir wollen die möglichste Annäherung, aber sie darf erstens keinen

offensiven und provokatorischen Charakter gegen die übrige europäische Welt haben und sie darf zweitens nicht der Vorwand und das Werkzeug der Hochschutzzöllnerei für Agrarier und Industriemagnaten sein. Alles andere zu seiner Zeit, wenn erst die jetzt noch nebelhaften Pläne festere Gestalt gewonnen haben: Wir haben mehrfach Gelegenheit gehabt, uns mit dem Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie darüber auszusprechen, und hoffen, uns in wiederholter gemeinsamer Beratung über die Grundlinien einigen zu können.

Aber all diese Fragen treten an Wichtigkeit und Dringlichkeit zurück hinter der einen: der endlichen Herbeiführung des Friedens. Was alle Völker unter dem Kriege leiden, unter welchen Opfern das Unerträgliche getragen wird, das wissen wir und das haben uns die Berichte aus allen Gegenden des Reiches wieder mit brennender Deutlichkeit vorgeführt. Die nächsten Einberufungen der älteren Jahrgänge werden die Opfer noch fühlbarer machen. Dazu kommt, daß alle Menschen immer klarer sehen, daß das Werk der Verteidigung geschehen ist und der Krieg nur fort dauert, weil man nicht vermag, zu Verhandlungen zu gelangen. Die Fraktion hat es darum für ihre selbstverständliche Absicht erachtet, in wiederholten eindringlichen Vorstellungen der Regierung vor Augen zu führen, daß die arbeitenden Massen, auf denen die Last der Kriegsoffer am schwersten liegt, mit täglich sich steigernder Lebhaftigkeit den Frieden herbeisehen. Wir haben auch unermüdlich die Versuche erneuert, die durch den Krieg gelockerten und abgerissenen Verbindungen der Internationale wieder anzuknüpfen, und wir glauben, hoffen zu können, daß sich auch in jenen Ländern, wo es am schwersten war, die psychologischen Bedingungen dazu allmählich bessern. Da wir Österreicher nicht sprechen können, haben in unserem Namen die deutschen Genossen im Deutschen Reichstag durch den Mund des Genossen Scheidemann unsern Friedenswillen zum Ausdruck gebracht, und wir danken ihnen dafür. Die sozialdemokratischen Arbeiter Österreichs haben, Männer und Frauen, bereitwillig alle Pflichten auf sich genommen, die ihnen die Verteidigung des Landes auferlegte, die Opfer getragen, die die Notwendigkeiten des Krieges heischten und heischen. Aber sie schließen sich nun dem millionenstimmigen Chor an, der in allen Ländern, in allen Sprachen laut und feierlich für das Ende des Furchtbaren, für den Frieden ertönt.

*

In einem kurzen Schlußwort faßt Adler den Eindruck der Konferenz in die Worte zusammen: „Die sozialdemokratischen Abgeordneten suchen auch ohne Parlament nach Kräften ihre Pflicht als Volksvertreter und Vertrauensmänner der Arbeiterklasse zu tun, im Großen wie im Kleinen und Kleinsten. Wir sind erfüllt von der ganzen furchtbaren Tragik der Gegenwart, aber wir sehen in die Zukunft ungebrochenen Mutes und sind gewillt, unbeugsam den Weg zu gehen, den uns unsere sozialistische Überzeugung weist.“

Die polnische Sozialdemokratie und der Polenklub.

Von Victor Adler.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 20. Jänner 1916.

Die Nachricht vom Eintritt unserer polnischen Genossen in den Polenklub hat auf jeden von uns wie ein Donnerschlag gewirkt. Diese anderthalb Jahre Weltkrieg haben uns gegen Überraschungen abgehärtet und uns gelehrt, daß sich so mancher Satz, den wir nach unserer bisherigen Erfahrung für unverbrüchliche Regel unserer Parteitaktik halten durften, angesichts völlig neuer, unvorhersehbarer und überwältigender Tatsachen als gegenwärtig nicht haltbar oder wenigstens nicht einzuhalten erwies. Wir haben die Sozialdemokraten Deutschlands und Frankreichs für Kriegskredite stimmen gesehen, würden selbst, wenn man uns nicht jeder Möglichkeit der Willensäußerung beraubt hätte, die Mittel bewilligt haben, den Staat gegen Rußland zu verteidigen; wir sahen nicht nur Vandervelde und Sembat, sondern sogar Guesde Minister werden, wir erlebten in uns selbst Gedankengänge und daraus mit Notwendigkeit entspringende Handlungen, die wir uns nie als Möglichkeiten vorgestellt, die wir nie erwogen hatten, solange das nie Erlebte eben nicht Erlebnis geworden war: die Bedrohung des Bodens für unsere Lebensbedingungen, für alle unsere Arbeit als Volk und als Klasse. Und was unsere polnischen Genossen angeht, so wußten wir von jeher, daß sie, die mit uns in innigster Gemeinschaft den gemeinsamen Kampf als Sozialdemokraten geführt, die, auf dem Boden desselben Programms und organisatorisch mit uns aufs engste verknüpft, das Stück Kulturarbeit geleistet, das aus der Arbeiterklasse Österreichs ohne Unterschied der Sprache, ja aus Österreich selbst ein ganz anderes gemacht als es vordem gewesen; wir wußten von jeher, daß in ihnen neben dem sozialistischen Gedanken des Klassenkampfes der polnische Gedanke der Nation lebendig war, daß sie immer nicht nur revolutionäre Sozialdemokraten, sondern ebenso revolutionäre Polen waren. Die Wiederherstellung des polnischen Nationalstaates, der polnischen, nationalen Kulturgemeinschaft war ihr von ihnen niemals verleugnetes oder auch nur verhülltes Ziel. Damit setzten sich die Polen durchaus nicht in Widerspruch weder mit der sozialistischen Internationale noch mit der internationalen demokratischen Tradition, die immer die Befreiung Polens nicht nur um ihrer selbst willen, sondern zugleich als Bedingung und Hebel der Befreiung Europas vom russischen Drucke gewollt hat. Und als mit der Niederlage Rußlands im Japanischen Kriege, als mit der russischen Revolution, zu der das revolutionäre Proletariat Russisch-Polens ein heroisches und bedeutungsvolles Kapitel lieferte, ein neuer Abschnitt der Geschichte, neue Aussichten und Hoffnungen zu erwecken schien, da sahen wir unsere polnischen Freunde in Galizien mehr und mehr

den Kampf für die Wiedererweckung Polens in den Vordergrund ihrer politischen Arbeit stellen. Das geschah nicht — wir haben heute nichts zu verbergen und nichts zu verschweigen —, das geschah nicht, ohne daß wir unsere Zweifel und unsere Warnungen ausgesprochen hätten. Wir zweifelten nicht nur am Erfolg, sondern wir hielten es für bedenklich, gewisse Interessengemeinschaften, wenn auch nur vorübergehend und zu ganz bestimmten Zwecken, einzugehen, die ungesucht, aber notwendig entstehen mußten. Aber unsere polnischen Genossen, die unsere Warnungen mit freundschaftlicher Achtung vernahmen, gingen unbeirrt den Weg, den sie sich als von ihrer geschichtlichen revolutionären Mission vorgeschrieben erachteten. Es entstanden die wesentlich proletarischen Schützenvereine in Galizien. Der Weltkrieg warf seine drohenden Schatten voraus. Den Polen erschien er als die Weltrevolution, die ihnen ihr Vaterland lebendig machen könnte, sollte und mußte, die ihnen den ihnen gebührenden und hart entbehrten Boden für die Führung des Klassenkampfes in nationalem Rahmen bringen werde. Was der Weltkrieg sonst war, um welche Ziele hüben und drüben gerungen wurde, das fragten sie nicht, sahen sie nicht, konnten, ja wollten sie nicht sehen. Für sie war es der Weltbrand, aus dessen Asche sich als ein Phönix das polnische Volk zu neuer Lebensfähigkeit und Kulturmöglichkeit erheben, der ihr heißestes Sehnen verwirklichen konnte. Und der Brand wütete vor allem auf polnischem Boden, verwüstete ihr Heimatland wie kein anderes. Sie konnten nicht tatenlos und kritisch betrachtend zusehen, da über das Schicksal ihres Volkes entschieden wurde. Sie warfen sich in den Kampf, stellten nach guter revolutionärer Tradition die polnischen Legionen auf und zu Zehntausenden gingen Bauern, Bürger und vor allem Arbeiter in den Kampf gegen den russischen Erb- und Erzfeind, als Nachfahren der berühmten polnischen Sensenmänner, die diesmal mit neuen österreichischen Gewehren und Geschützen bewaffnet waren. Als ein selbständiges Glied der österreichischen Armee verrichteten sie ungezählte Taten von verwegener Kühnheit, die den ältesten Berufsgeneralen bewundernde Anerkennung abzwangen. Sie führten und führen als Polen ihren Krieg gegen Rußland als Bundesgenossen der Zentralmächte; sie wissen, daß sie zu schwach sind, um den Ausschlag geben zu können, aber sie wollen ihr Blut einsetzen in dem Kampfe, als dessen Siegespreis sie das Wiedererstehen Polens ersehen.

Ganz anders standen zur polnischen Frage die herrschenden Klassen Polens und insbesondere Galiziens. Die Stanczyken, deren Organ der alte feudale Polenklub war, hatten ihren Frieden gemacht nicht nur mit der österreichischen Regierung, sondern auch ganz im stillen mit der russischen Gewaltherrschaft. Sie begnügten sich mit der Erlaubnis, als Helfershelfer aller reaktionären Elemente Österreichs Galizien als ihre ihnen von Gott zugeteilte Krondomäne zu knechten und auszubeuten; das Streben nach der nationalen Wiedergeburt hatte für sie einen je länger um so unerwünschteren Beigeschmack bekommen. In gewissen

Schichten der Aristokratie und Intelligenz diesseits und jenseits der Grenzen kamen sogar bei einzelnen und nicht ganz unbeträchtlichen Gruppen Meinungen auf, die aus wirtschaftlichen und sonstigen geschäftlichen Gründen eine Wiederherstellung der Einheit Polens unter dem milden Szepter des russischen Zaren für möglich und gar nicht so unerwünscht ansahen. Diese Strömungen sah man im Verlauf des Krieges immer deutlicher werden und mit dem Umschlag, mit der Befreiung Galiziens und der Eroberung Russisch-Polens, natürlich verschwinden. Aber von diesen Nebenerscheinungen sei abgesehen. Der Polenklub jedoch hatte, vielleicht zögernd, aber unzweideutig an der Seite der Sieger Stellung genommen, verband sich mit allen Parteien zur Ausrüstung und Aufstellung der Legionen, und da es nun gilt, die Zukunft Galiziens und Polens zu bestimmen, fühlt er sich als das einzige dazu berufene nationale Organ. Er ist ja längst auch parlamentarisch nicht mehr der alte Polenklub, wo die feudalen Herren unumschränkt kommandierten und der der harte Beherrscher und keineswegs unbestechliche Schiedsrichter des österreichischen Parlaments war. Das allgemeine Wahlrecht hat dem ein Ende gemacht und der Polenklub ist seit langem die Vertretung aller besitzenden Klassen Galiziens, auf deren Boden sie ihre Kämpfe ausfechten. Seitdem aber das österreichische Parlament zum Kriegsspital gewandelt wurde und seitdem der Krieg die Zukunft Polens auf die Tagesordnung gestellt hat, fühlt sich der Polenklub überhaupt nicht mehr als österreichische parlamentarische Körperschaft, sondern er funktioniert als die einzig vorhandene Vertretung Galiziens, die mit den Regierungen der Zentralstaaten über die Interessen und das Schicksal des polnischen Volkes in Gegenwart und Zukunft zu verhandeln hat. Als solches Organ ist der Polenklub ein Glied des obersten polnischen Nationalkomitees, ist ihm aber nicht gleichwertig. Denn wenn er als provisorisches galizisches Parlament fungieren will, ist er ein Rumpfparlament, solange die Sozialdemokraten ihm ferne bleiben. Man kann heute ohne die Sozialdemokraten in Galizien keine Politik machen. Darum werden unsere Genossen von dem demokratischen Teile des Polenklubs dringendst gerufen, von den reaktionären Elementen vielleicht mit sauersüßem Lächeln, aber doch bewillkommt. Über die Zukunft des polnischen Volkes soll und muß in nächster Zeit entschieden werden; soll, kann und darf das ohne die polnische Sozialdemokratie geschehen?

Alles das und noch vieles andere, was wir aus mehrfachen Gründen heute und hier nicht erörtern können, muß man sich vor Augen halten, um das Verhalten unserer polnischen Genossen wenn nicht zu billigen, wozu wir uns, wie wir gleich begründen werden, nicht entschließen können, doch mindestens zu verstehen. Daszynski im „Naprzod“, Diamand in diesem Blatte haben ihre Gründe dargelegt und nicht verhehlt, wie schwer ihnen die Entscheidung geworden. Aber sie hielten schließlich den Entschluß für notwendig, weil sie nicht die Verantwortung auf sich nehmen

wollten, irgend etwas zu unterlassen, was das Gewicht der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der Geschicke des polnischen Volkes vermehren könnte. Wir sind nun in aller Bescheidenheit der Meinung, daß der Einfluß der polnischen Sozialdemokratie, wenn er außerhalb des Polenklubs ausgeübt würde, nicht geringer wäre, als wenn er in seinem Schoße geltend gemacht würde. Der Polenklub erachtet sich als eine Art galizischer Landtag und unsere Genossen wollen nicht Abstinenzpolitik treiben. Aber unseres Erachtens besteht die Gefahr, daß sie als Glieder und Minorität des Polenklubs mindestens in den Schein größerer Mitverantwortung für seine Handlungen kommen, als wenn sie die Opposition in einer wirklichen parlamentarischen Körperschaft wären. Denn ihre Opposition wird nicht zur Erscheinung kommen, ja es werden ihnen wichtige Mittel, ihre Meinung geltend zu machen, versagt bleiben und sie werden bei jeder Meinungsverschiedenheit vor dem Dilemma stehen, sich zu fügen, was schlimm, oder auszutreten, was unter Umständen noch schlimmer wäre. Dann aber, man wandelt nicht ungestraft unter Palmen, und das Erlebnis, im Polenklub zu sein, geht nicht spurlos vorüber. Wir wissen es und empfinden es sehr deutlich, welche schwierigen und bedenklichen Seiten jener Burgfriede hat, den der eiserne Zwang des Krieges uns auferlegt. Und was ist das gegen die Verschmelzung, wenn auch zeitlich begrenzt, die unsere Freunde für nötig halten? Die Sozialistische Partei Polens, die mit ruhmvollen Narben bedeckte P. P. S., wird ihr selbständiges Leben als Partei nicht aufgeben, wird, so hofft sie und wir mit ihr, als galizische Partei nur verschwinden, um als Partei des endlich zu gemeinsamem Leben vereinigten polnischen Proletariats wieder aufzuerstehen. Aber kann eine Partei, deren Kampf durch ein Vierteljahrhundert unter der Losung gestanden ist: Nieder mit dem Polenklub!, auf das Verständnis und die Zustimmung der Massen rechnen, wenn sie sich mit diesem Polenklub vereinigt, dessen Bekämpfung der Inhalt ihres von der Begeisterung der Massen getragenen, erfolgreichen Kampfes war? Stehen unsere Freunde nicht in Gefahr, das polnische Proletariat seiner tüchtigsten und erprobtesten Vorkämpfer zu berauben, indem sie das Vertrauen, das die Massen zu ihnen haben, erschüttern? Das ist die Frage. Und weil wir nicht wagen, diese Frage mit Sicherheit zu verneinen, und weil wir glauben, daß die polnischen Sozialdemokraten auch ohne diesen Schritt den ihnen gebührenden und von uns mit aller Inbrunst gewollten Einfluß auf Polens Schicksal nehmen könnten, darum fürchten wir, daß sie einen politischen Fehler machen.

Wir wissen sehr gut, daß es ihnen schwer genug geworden, und es wird auch uns schwer genug. Daß die dadurch notwendig eingetretene Lösung der organisatorischen Verbindung mit der österreichischen Gesamtpartei, insbesondere mit der deutschen Sozialdemokratie Österreichs und ihrer parlamentarischen Vertretung an den Empfindungen unserer engsten Freundschaft mit den polnischen Genossen nichts ändern kann, ist selbstverständlich. Man

liegt nicht umsonst fünfundzwanzig Jahre miteinander im Schützengraben, man mischt nicht durch ein Menschenalter sein Blut in dem gemeinsamen Kampfe gegen übermächtige Gegner, man leidet und siegt nicht miteinander, ohne daß Bandé entstehen, die nicht zerrissen werden, auch wenn der eine Bruder Wege gehen zu müssen glaubt, auf denen ihm der andere nicht folgen kann. Er fühlt den Schmerz, aber er wirft ihm keine Steine nach*).

Wir wünschen vom Herzen, daß wir uns irren, daß der über-raschende Schritt unserer polnischen Freunde gegen unsere Erwartung zu ihrem und zu Polens Glücke ausschlage. Wir wünschen das nicht nur ihretwegen, sondern auch um unseretwillen. Die Zukunft Polens wirft Probleme auf, die alle Völker Österreichs, die ganz Europa entscheidend berühren. Der Fall Warschaus bedeutete uns nicht nur die Befreiung Polens vom russischen Joche, sondern die Befreiung Europas, von der Vorherrschaft des Zaren, das lang ersehnte Ziel von ganzen Generationen der europäischen Demokratie. Mögen sich unsere Väter die Befreiung und die Befreier auch anders vorgestellt haben, die Weltgeschichte geht ihre eigenen Wege und sucht sich oft seltsame Werkzeuge. Und mag die Wiederherstellung Polens auch in anderer Weise und in anderen Formen geschehen, als die Demokratie es wünschte, so darf man nicht vergessen, daß sich auch die Einigung Deutschlands und Italiens in anderem Umfang und mit anderen Mitteln vollzog, als die Revolutionäre der Vierziger- und Fünfzigerjahre es gewünscht haben oder vorhersehen konnten. Jedenfalls liegt die Auferstehung Polens und seine endgültige Gewinnung für den Westen auf dem Wege der demokratischen Entwicklung Europas und wir begreifen schon, daß gewisse ebenso reaktionäre als patriotische Kreise in Deutschland und Österreich die Eroberung Warschaus nur als Sieg der Zentralmächte feierten, aber als Niederlage Rußlands fast schmerzlich empfanden.

Für uns in Österreich aber gilt es, die schwere Aufgabe zu lösen, die Vereinigung Polens zu bewerkstelligen, ohne uns selbst Lasten aufzubürden, die zu tragen wir weder gewillt noch imstande sind. Jedes andere Verhältnis zu Polen als das durch seine volle Selbständigkeit gegebene, wirft, wie schon Graf Andrassy ausgeführt hat, das Problem auf, eine staatliche Form zu finden, die ebenso dem polnischen Volke seine Selbständigkeit gibt, als die anderen Völker Österreichs davor schützt, von seiner Masse erdrückt zu werden. Wir gönnen den Polen jeden Grad von Selbständigkeit, wir wollen aber auch selbständig sein in unserm Hause. Das an dem polnischen Volke vor mehr als hundert Jahren begangene Unrecht hat der Polenklub bitter an uns gerächt. Die Schuld ist gesühnt; nunmehr sollen die Polen von uns und wir von ihnen befreit sein durch Einrichtungen der Demokratie und der nationalen Autonomie.

*) Siehe auch die Bemerkungen, die Adler auf der Reichskonferenz im März 1916 über die polnischen Sozialdemokraten gemacht hat, sowie auch den Artikel über Mickiewicz vom 11. Juli 1890.

Mitteleuropa.

Konferenz der deutschen und österreichischen Parteivorstände in Berlin am 9. Jänner 1916*).

Genosse Ebert hat schon am Vormittag mitgeteilt, daß es unser Wunsch insbesondere war, daß solche Fühlungnahme zwischen Deutschen und Österreichern stattfindet, um die Frage, die wir

*) Im Jahr 1915 gab der ehemalige Pastor Friedrich Naumann, der Gründer des christlichen oder nationalen Sozialismus, der vor dem Krieg als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung dem Reichstag und nach dem Krieg als Mitglied der demokratischen Partei der deutschen Nationalversammlung angehörte, ein Buch „Mitteleuropa“ heraus, das, unter dem Eindruck der Siege der Mittelmächte geschrieben, als Frucht des Krieges die Schaffung einer „Zoll- und Schützengrabengemeinschaft“ zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn im Sinne hatte; diesem neuen Wirtschaftsgebilde „Mitteleuropa“ sollten sich dann allmählich auch die angrenzenden kleinen Staaten anschließen können wie Polen, Rumänien, Bulgarien, die Türkei. Das mit hinreißender Beredsamkeit geschriebene Buch schloß mit folgenden Worten: „Mitteleuropa ist Kriegserfrucht. Zusammen haben wir im Kriegswirtschaftsgefängnis gesessen, zusammen haben wir gekämpft, zusammen wollen wir leben!“ Der Gedanke eines engeren Zusammenschlusses, der von den Bürgerlichen einerseits im politischen Sinne einer imperialistischen Ausdehnung der deutschen Herrschaft über andere Nationen, im Sinne einer Militärkonvention, andererseits im wirtschaftlichen Sinne hoher Zollmauern gegenüber dem übrigen Europa aufgefaßt wurde, wurde von den sozialdemokratischen Parteien beider Länder politisch im Sinn der Annäherung beider Staaten, wirtschaftlich im Sinne der Schaffung eines größeren Wirtschaftsgebietes aufgefaßt. Man darf hier nicht übersehen, daß in jener Zeit kein Mensch — auch in der Entente kaum — am Sieg der Mittelmächte zweifelte, und daß die russische Revolution erst im Jahre 1917 kam, die erst den Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes in den Vordergrund drängte. In den ersten Jahren des Krieges schien es, daß der Sieg der Mittelmächte sicher sei, und daß die neue Welt von den mächtig erstarkten Bourgeoisien beider Länder gestaltet werden würde. So trat denn am 9. Jänner 1916 in Berlin eine Konferenz zusammen, die den Zweck haben sollte, die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dieser Frage festzulegen. Alle Redner betonten in der Beratung, daß es sich darum handle, zu verhindern, daß diese Idee, wenn sie von der Bourgeoisie verwirklicht werde, einseitig nach ihren Interessen verwirklicht werde, und daß die Arbeiterschaft ihren Einfluß dabei geltend machen müsse.

Die Konferenz war auf Anregung der österreichischen Sozialdemokratie einberufen worden. Es nahmen daran teil: die Reichstagsfraktion, der Parteivorstand und der Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie, die Generalkommission und die Vorstände der deutschen Gewerkschaften, eine Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sowie eine Vertretung der sozialdemokratischen Partei Österreichs und der österreichischen Gewerkschaften. Aus Österreich waren Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Dr. Renner, Seitz, dann Domes, Grünwald und Hanusch anwesend.

Als Tagesordnung war die Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns bestimmt. Das Protokoll über die Verhandlungen ist unter dem Titel „Die Bestrebungen für eine

jetzt erörtern, einmal miteinander durchzusprechen. Ich will nur allgemein einleitend sagen, daß es notwendig ist, in einem Moment, wo die Bourgeoisien der beiden Länder oder Landgruppen wirtschaftliche Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns“ im Verlag des „Vorwärts“ erschienen, aber derzeit vergriffen.

Als Referenten waren Dr. Renner und Cunow bestellt, den Vorsitz führte Ebert, der ausdrücklich feststellte, daß es sich um eine äußerst schwierige Frage handle, die durchaus noch nicht spruchreif und noch nicht genügend geklärt sei. Der Zweck der Konferenz sei nur die Einleitung der Diskussion über diese wichtige Frage. Deshalb sollte auch kein Beschluß gefaßt werden. Nach den beiden Referenten sprach zunächst Robert Schmidt (Berlin), der im wesentlichen den Referenten zustimmte, und dann Ledebour (Berlin), der alte Oppositionelle, der auch nach der Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien außerhalb der geeinigten Partei geblieben ist. Auch er trat übrigens für Annäherung an Österreich auf allen Gebieten soviel wie möglich, als einzige Möglichkeit der Zollvereinigung für den Zollverein ein. Gleich nach ihm kam Adler zu Worte, diesem wieder folgten Hoch, Ellenbogen, Cohen (Reuß), Ernst Meyer, Seitz, Molkenbuhr, Dr. David und dann hatte Renner das Schlußwort.

Über die Konferenz wurde folgender Bericht in den Parteiblättern veröffentlicht:

Mit der Frage der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Österreich-Ungarns beschäftigte sich am Sonntag den 9. Jänner eine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses. Zu dieser Besprechung hatte der Vorstand unserer deutsch-österreichischen Bruderpartei die dankenswerte Anregung gegeben. An der Sitzung nahmen als Vertreter des Parteivorstandes der deutsch-österreichischen Partei die Genossen Dr. Adler, Ellenbogen, Renner und Seitz und als Vertreter der österreichischen Gewerkschaftskommission die Genossen Domes, Grünwald und Hanusch teil; ferner hatten die Zentralvorstände der deutschen Gewerkschaften je einen Vertreter delegiert, die Generalkommission der Gewerkschaften war anwesend und es war weiter eine Vertretung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine geladen und erschienen.

Genosse Dr. Renner hielt das einleitende Referat, in dem er die Frage der deutsch-österreichischen Annäherung, die zurzeit in Deutschland und in Österreich in der Presse und in Interessentenkreisen vielfach erörtert wird, zunächst theoretisch behandelte, um dann darzulegen, daß auch das Proletariat ein großes Interesse daran hat, mit Aufmerksamkeit den Bestrebungen zu folgen, die sich bei den Bourgeoisien beider Reiche zwecks einer wirtschaftlichen Annäherung bemerkbar machen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Interessen des Proletariats bei den Verhandlungen zur Geltung kommen, damit die an und für sich berechtigten Bestrebungen auf eine Annäherung nicht in einer Weise vollzogen werden, die für das Proletariat eine Erschwerung seiner Existenzbedingungen mit sich bringt. Genosse Cunow behandelte als zweiter Referent ergänzend das besondere Interesse, das das deutsche Proletariat an diesen Fragen hat. Auf die Referate folgte eine sehr interessante Diskussion, an der sich auch die österreichischen Vertreter lebhaft beteiligten. Die Verhandlungen hatten zunächst den Zweck, die Einleitung zu bilden für die Diskussion, die in den Parteien beider Reiche über diese Frage einsetzen wird.

einander zu umarmen scheinen und sich annähern wollen, daß es geradezu notwendig von jedem Standpunkt aus ist, daß wir deutschen und österreichischen Sozialdemokraten, die einer noch größeren Annäherung wahrhaftig nicht bedürfen, denn sie war immer da, daß wir nicht gegensätzlich oder mit einer Front gegen diese Annäherung in die Öffentlichkeit und in die Diskussion über diese Frage hinaustreten. Was wir also wünschen, und Ihr Parteivorstand teilt den Wunsch, das ist, daß wir wo möglich in dieser Frage eine einheitliche Linie wenigstens in den allgemeinsten und wichtigsten Dingen einnehmen können. Dazu ist natürlich nötig eine ruhige und sachlich eingehende Diskussion, für die unsere heutige Besprechung eine Einleitung ist, wie ich noch schärfer betonen will, als bisher geschehen ist. Es ist nicht richtig, Ledebour ist im Irrtum, daß etwa unser Referent hier Stimmung gemacht hat, wie er gemeint hat, für Schutzzölle. Das liegt dem Renner gar nicht, das ist nicht sein Auftrag, das ist nicht seine Meinung, das muß ich als eine falsche Auffassung von vornherein entschieden zurückweisen. Davon ist gar keine Rede. Aber was notwendig ist, das ist, daß wir über die allgemeine Richtung uns einigen. Nun wird ja, solange man im allgemeinen spricht, über die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Annäherung kein Streit sein. Es liegt in dem Zug unserer ganzen wirtschaftlichen Anschauungen, sogar im Zug unserer Grundsätze. Etwas anderes ist es, wie weit ist das im einzelnen möglich? Und da hat Renner, und ich möchte es noch einmal aus seinem Vortrag unterstreichen, darauf aufmerksam gemacht, daß sich ja leider die Formen dieser Annäherung nicht vollziehen werden nach unseren Wünschen, sondern daß die Annäherung sich nur vollziehen wird nach den Wünschen der Mächtigen, das heißt der Wirtschaftsgruppen, die bei euch herrschen und bei uns herrschen. Worum es sich für uns handeln kann, ist nur, daß wir das Stückchen, ich möchte nicht sagen politische Macht, aber das Stückchen Einfluß, den wir in unserem Lande und Ihr in eurem habt, daß wir den gemeinsam dafür einsetzen, daß bei diesem Vertrag etwas herauskommt, was dem Proletariat nützt und ihm nicht schadet. Natürlich, jeder Redner ist Sanguiniker, und ich habe mich gefreut, daß der sanguinischste bis jetzt unser Genosse Cunow war. Als unser Ideal, wenn wir schon von solchen Zukunftsdingen reden, möchten wir ja nicht diese Zollunion mit Deutschland allein, sondern wir würden alles dazunehmen, die Welt, mindestens Europa. Aber daß das gegenwärtig nicht geschehen wird, das wissen wir, und wir wissen, daß sehr intensive Gegenströmungen heute schon da sind, und natürlich, je näher die Sache kommt, um so intensiver werden sie hüben und drüben. Es ist nicht der Tisza allein. (Ledebour: Den habt Ihr genannt, nicht ich.) Ich habe nichts dagegen, daß er genannt wird. Aber ich sage nur, es ist durchaus nicht einer allein, sondern es sind hüben und drüben agrarische Tendenzen, die sehr machtvoll sind. Hier möchte ich aufmerksam machen auf eines, was uns zustatten kommt. Sie wirken hier nicht gemeinsam,

sondern gegeneinander (Sehr richtig!), und es ist möglich, daß daraus für uns ein Vorteil herausspringt. Die Ungleichheiten, von denen gesprochen wurde, beziehen sich nicht bloß auf Zölle, Transportwesen usw., sondern auf eine Reihe von Rückständigkeits, die, wenn ein Druck durch eine solche Verbindung ausgeübt wird, vielleicht durch eine für manche Industrie schmerzhaft, aber doch wirksame Kur beseitigt werden könnten. Das ist mit ein Grund für uns. Nun sagt Ledebour: Er ist für den Zollverein. Schön. Aber er ist gegen jede Halbheit. Also gegen die Zwischenzolllinie. Nun muß ich sagen, ich bin auch lieber für den Zollverein. Wenn Ledebour es durchsetzt, hat er meinen Beifall. Ich bin sonst nicht sehr für rein logische Dinge, aber hier muß ich doch die Logik zu Hilfe nehmen. Ich verstehe folgendes nicht: Ledebour sagt: die vollständige Beseitigung der Zölle zwischen Deutschland und Österreich würde nützlich sein, die Herabsetzung auf die Hälfte würde zur Verknöcherung führen. (Heiterkeit und Zuruf: Wegen der Meistbegünstigung.) Ich komme gleich darauf. Das kann ich nun nicht verstehen. Wenn die Herabsetzung auf die Hälfte abschließend wirkt gegen die andere wirtschaftliche Außenwelt, so ist es ja ganz klar, daß die Herabsetzung auf Null doch mindestens eine ähnliche Wirkung haben würde. Nun hat Ledebour den ganz richtigen und immer wiederkehrenden Gedanken bei allen Diskussionen dieser Art. Eine der Schwierigkeiten bei der Sache ist die: Wenn in dem Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, wenn da Linderung, Herabsetzung einiger Zölle oder aller stattfinden würde, daß das als eine Provokation für die übrigen Wirtschaftsgebiete angesehen werden könnte und hier die Meistbegünstigung und das Verhältnis zu den anderen Staaten überhaupt in Gefahr käme. Das läßt sich gar nicht leugnen. Die besten Dinge kann man da nicht anführen. Ich meine aber, daß diese Schwierigkeit beseitigt werden kann und wird, weil es eine Reihe von Beispielen gibt — sie sind schon angedeutet in den Referaten —, wo genau solche Bestimmungen oder ähnliche wie wir sie anstreben, zwischen Wirtschaftskomplexen oder innerhalb von Wirtschaftskomplexen bestehen, ohne der Meistbegünstigung ein Haar zu krümmen. Nun meinen wir, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig und sollte bei vernünftiger Politik durchgesetzt werden können. Nun haben wir bei der ganzen Diskussion ein großes Hindernis, das ist, daß wir von einem Zustand Europas sprechen, der uns ganz unbekannt ist. (Sehr richtig!) Wie Europa, wie Deutschland und insbesondere Österreich-Ungarn nach dem Krieg aussehen wird, wie groß es sein wird, welche Länderkomplexe in Betracht kommen, ist von sehr großem Einfluß auf die ganze Frage; ich brauche bloß Polen oder den Balkan zu nennen. Es ist ganz etwas anderes, ob Polen zu Westeuropa gehört, ob der Balkan zu Mitteleuropa gehört oder nicht, davon hängt ungeheuer viel ab, und wir reden heute schon aus diesem Grunde mehr theoretisch, als wir es sonst gewohnt sind. (Sehr richtig!) Was wir aber wollen, ist doch, die allgemeine Tendenz

feststellen. Wir wollen es vermeiden zu zeigen, daß selbst über ein so bestimmtes, abgegrenztes Gebiet, wie es die wirtschaftliche Gestaltung zwischen zwei Staatskomplexen ist, daß da eine Einigung zwischen Sozialdemokraten unmöglich wäre, während sie am grünen Tisch der Diplomaten erzwungen werden wird. Das ist ein Schauspiel, das wir der Welt nicht bieten wollen. Zweitens aber wollen wir, soweit die Tatsachen, die in Betracht kommen, sichtbar und konkret geworden sind, mit einem bestimmten Programm, mit einer bestimmten Ansicht hervortreten. Lediglich Zuschauer können wir nicht bleiben. Die Dinge greifen viel zu sehr in das innerste Leben und die Entwicklung der Lebenshaltung des Proletariats beider Staaten ein, als daß wir dabei sagen dürften, das geht uns nichts an, oder als daß wir uns nur dürften mit einer mürrischen Miene negative Abstinenz üübend von der Sache wegschleichen. (Sehr richtig!) Das geht nicht. Wir müssen uns möglichst klar werden über die Tendenz. Nun ist natürlich, hinter den Dingen da steht eine große Gefahr, die vielleicht überschätzt wird, aber sie besteht, eine Gefahr, die von vornherein, insbesondere in der deutschen Parteipresse aufgegriffen und meiner Meinung nach ein bißchen überschätzt worden ist, nämlich, daß dieses ganze Streben von Hochschutzzöllnern, und zwar den industriellen, ebenso wie den agrarischen benutzt werden wird, um ihre Interessen dabei zu fördern, daß es benutzt werden wird, um die Zölle zu erhöhen. Die Annäherung kann auf zwei Arten erfolgen. Eine gegenseitige Bevorzugung — ich vermeide das Wort Vorzugszölle —, eine Annäherung, eine Bevorzugung kann erfolgen, entweder indem man gegen das übrige Ausland die Mauern erhöht oder indem man sie bestehen läßt, aber die eigenen Mauern abträgt. Der eine wie der andere Weg ist möglich. Der Weg, den die Hochschutzzöllner wollen, daß die Mauern gegen das übrige Ausland erhöht werden und schon dadurch eine Bevorzugung zwischen den Mitteleuropa angehörigen Staaten erzielt wird, dagegen hätten wir uns natürlich mit aller Kraft zu wehren. (Sehr richtig!) Das, scheint mir, können wir heute schon aussprechen. Mag es sein wie es will, wir sind für die Annäherung; wenn die vollständige Umfassung nicht möglich ist, werden wir uns mit solcher Erweiterung wohl oder übel und unter Protest — daran fehlt es bei uns nie (Heiterkeit) — begnügen müssen. Dafür sind wir, aber mit Klauen und Zähnen wehren wir uns gegen jede Ausnutzung dieser Tendenz zur Erhöhung der Zölle nach außen.

Daß wir uns schützen müssen, wenn es notwendig ist, darüber sind wir einig — wir sitzen jetzt in denselben Schützengraben, und wenn es notwendig ist, werden wir wieder darin sitzen. Daß wir unsere Welt aber einrichten wollen als eine Schützengrabengemeinsamkeit, daß Grenzen nicht nur Zollschranken, sondern auch Schützengraben sein sollen, diesen Gedanken wollen wir ausschließen und bekämpfen. Diesen Gedanken wollen wir nicht, weil wir doch wünschen, daß die Schützengraben beseitigt und

zugedeckt werden. (Beifall.) Das ist das eine. Wir wünschen also nichts, was die Tendenz hat einer Offensive nach außen, weder militärisch, noch politisch, noch wirtschaftlich, und lassen Sie mich wenigstens sagen, wir können auch nicht wünschen, daß das politische Moment sehr in Betracht kommt, wir können nicht wünschen, daß nachher eine staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Organisation herauskommt, die das Maß der Demokratie und des Einflusses eures Volkes und unserer Völker auf die Gestaltung der Dinge noch mehr einschränkt, als es bisher der Fall ist. Das wünschen wir nicht, was wir aber wünschen ist: Annäherung und Herabsetzung der Zölle zum Zwecke der Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, aber mit allen Vorkehrungen und mit allen Mitteln, die die Lebenshaltung der beiden Völker nicht erschweren, sondern erleichtern. Bis jetzt haben ja lauter Fachleute im Zollwesen gesprochen. (Heiterkeit.) Ich gehöre ja nicht zu der Gilde, und darum mögen Sie verzeihen, wenn ich auf die politische Seite der Sache hinübergegriffen habe. Da muß ich schon sagen in dieser politischen Frage: Union, ja. Aber so ein System, wo wir alles fertig vorgesetzt kriegen wie im Reichstag und im Reichsrat, und dann ist es zu fressen, das, nein. Ich glaube, Sie verstehen mich. (Lebhafte Zustimmung.) Und zum Schluß möchte ich Ihnen sagen, es werden ja nachher und im Laufe der späteren Diskussion werden sich ja die einzelnen Arbeitergruppen melden und werden die Sache pflichtmäßig zu erwägen haben von dem Standpunkt der Interessen ihrer Branchen, ebenso wie die Unternehmer das machen; zum mindesten ebenso haben wir das Recht, auch abgesehen davon, wie für Tausende und Zehntausende von Proletariern diese Dinge wirken. Schließlich wissen wir, daß eine Erweiterung des Gebietes für die Freizügigkeit, eine Erweiterung in der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung nicht allzu ängstlich und nicht allzu engherzig abhängig gemacht werden sollte von augenblicklichen Schwierigkeiten, die allerdings da sind. Wir wollen die Frage gewissenhaft erwägen, und ich darf als Österreicher sagen, denn in dieser Beziehung werden wir der leidende Teil sein, weit mehr als die Deutschen, wir sollen ganz gewissenhaft die Folgen für jede einzelne Arbeitergruppe erwägen, aber ausschlaggebend kann nicht der augenblickliche Vorteil oder Nachteil für eine bestimmte Arbeitergruppe sein, sondern ausschlaggebend für das Ganze soll sein, daß wir uns annähern wollen, ein wirklich großes Wirtschaftsgebiet, das offen steht für alle Welt, und je größer es ist — für uns ist es eine Bedingung, daß der Balkan dazu gehört, sonst können wir es überhaupt nicht machen von unserem Standpunkt aus —, je größer es ist, je kräftiger es ist, um so geringer ist die Gefahr, daß es sich gegen das übrige Europa wendet. Gar zu ängstlich braucht aber ein Wirtschaftsgebiet von 120 Millionen dann nicht mehr zu sein. Wir haben jetzt bittere Monate hinter uns, und wer weiß, wieviel noch bitterere noch vor uns; wir haben in der Zeit viel lernen müssen,

es muß nicht immer ein Umlernen sein (Zuruf: Zulernen); zugelernt haben wir sehr viel, vor allem haben wir alle dabei gelernt, daß wir mit offenen Augen, unbehindert durch Vorurteile und recht-haberisches Festhalten an Vorurteilen, die entstanden sind im Laufe der Zeit, hauptsächlich auf Gebieten, die wenig in Frage gekommen sind, wo man die Grundsätze hergeholt hat und her-holen muß, weil sie nicht mehr in Gebrauch waren (Heiterkeit), hauptsächlich haben wir gelernt, daß wir mit offenen Augen die Tatsachen, die Tatsachen von heute ansehen. (Sehr richtig!) Es sind hier auch die Geister unserer großen Lehrer als Ratgeber beschworen worden. Ich liebe im allgemeinen solche Geisterbeschwörungen nicht, wo es notwendig ist, die Tatsachen der Gegenwart mit eigenen Augen zu sehen und sich unter eigener Verantwortung zu entscheiden. Wir können unsere Verantwortung in keiner Weise auf unsere Ahnen abwälzen. Vergessen wir nicht, daß wir selbst Ahnen sind, daß wir selbst die uns heute umgebenden Tatsachen ohne vorgefaßte Meinung zu sehen, danach zu entscheiden und zu handeln haben, und sorgen wir dafür, daß die Geschlechter, die nach uns kommen, von uns sagen können, daß wir würdig waren, diese schweren Verantwortungen in entscheidungsvoller Zeit zu tragen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Kriegskonferenzen.

Reichskonferenz vom 25. bis 27. März 1916.

Ein Protokoll über diese, wie auch über die andern Reichskonferenzen, die im Krieg die Parteitage ersetzten, wurde nie veröffentlicht. Die „Arbeiter-Zeitung“ konnte nur einen kurzen, von der Zensur überdies verstümmelten Bericht bringen. Das Protokoll über diese Reichskonferenz befindet sich aber in handschriftlicher Übertragung im Archiv des sozialdemokratischen Parteisekretariats. Diesem Protokoll sind die zwei Referate und die zwei Schlußreden Victor Adlers über „Österreich nach dem Kriege“ und über die „Partei und die Internationale“ entnommen.

Im Krieg haben insgesamt drei Reichskonferenzen stattgefunden, und zwar am 15. und 16. Mai 1915, 25. bis 27. März 1916, 2. bis 4. November 1916. Im Jahre 1917 hat dann bereits wieder ein Parteitag stattgefunden. Leider sind die Debatten auf den andern Reichskonferenzen nicht erhalten. Die Beschlüsse sind als Anhang zum Bericht der Parteivertretung im offiziellen Protokoll des Parteitages vom 19. bis 24. Oktober 1917 abgedruckt.

Österreich nach dem Kriege.

Referat.

Politisch von der Zukunft Österreichs zu reden, ist nicht leicht. Sicher ist, daß wir vor neuen Dingen stehen. So beherrschend war diese Empfindung von der ersten Stunde des Krieges an, daß ich Sie erinnern darf an die Kundgebung, die der Parteivorstand am 28. Juli 1914 erlassen hat. Er hat darin den ersten Gruß hinausgeschickt an die vielen tausende Proletarier, die den Schlachtfeldern zueilten, und sich an die Genossen daheim gewendet. Damals hat er gesagt: „Die Geschichte lehrt, daß kriegerischen Ereignissen immer große Veränderungen im inneren Leben der Staaten und Völker folgen. Der Krieg wird ein neues Österreich schaffen. Er wird unsere Kampfbedingungen wesentlich verändern. Gerüstet zu sein und gerüstet zu bleiben, für die Zeit nach dem Kriege, ist unsere wichtigste Aufgabe.“ Die Kundgebung schloß: „Arbeiter und Arbeiterinnen! Laßt euch nicht entmutigen! Bleibt treu eurer Sache.“

treu der Sache des arbeitenden Volkes! Dann werden wir nach dem Kriege stark genug sein, dafür zu sorgen, daß das neue Österreich, das aus den weltgeschichtlichen Ereignissen des Augenblicks erwachsen soll, werde, was es werden soll: eine Heimstätte freier Völker, ein fruchtbarer Boden für die befreiende Arbeit des Proletariats!“ Es war also schon im ersten Augenblick die Vorstellung lebendig: Mit dem Ausbruch des Krieges schließt eine alte Periode und es muß eine neue beginnen.

Freilich, wenn wir nun fragen sollen, wie soll das neue Österreich aussehen und wie wird es aussehen, so fehlen uns zu dieser Überlegung eine ganze Menge von Bedingungen. Wir wissen nicht, wo das neue Österreich anfangen und wo es aufhören wird. Wir wissen nicht, ob die bisherigen Resultate des Krieges in staatsrechtliche Wirklichkeiten umgesetzt werden, ob wir ein Österreich bekommen in Verbindung mit Polen, in Verbindung mit dem Balkan, ein Österreich — was ich für unmöglich halte und nicht wünsche, aber wie es eine Zeitlang aussah — nicht nur ohne Polen, sondern auch ohne Galizien. Wir kennen den Rahmen des künftigen Österreich vorläufig gar nicht. Uns hier in Erwägungen, Voraussagungen und Erörterungen einzulassen, das würde uns nicht ziemen, das ist eine Beschäftigung für müßige Stunden am Biertisch. Wir wollen uns darauf beschränken, den Zustand des heute bestehenden Österreich zu erwägen und die Schlüsse daran zu knüpfen, die wir für richtig, und die Forderungen zu stellen, die wir für notwendig halten. In diesem Zusammenhang lassen Sie mich zuerst ein Wort sprechen über den Teil des künftigen Österreich, der uns am nächsten steht, der sind wir selbst und unsere Partei.

Wir sind hier die Vertrauensmänner der deutschen Sozialdemokratie in Österreich und ich spreche meine Freude aus, daß wir uns in einem so großen Kreise hier zusammenfinden können, und das kann man ja schon nach dem bisherigen Verlauf sagen, trotz des Entsetzlichen, das an uns vorbeigegangen ist, und das wir noch heute erleben — nicht als Verzweifelnde, sondern als Entschlossene und Arbeitenwollende. Wir sind als deutsche Sozialdemokraten beisammen, aber wie sieht es mit der österreichischen Sozialdemokratie aus, mit dem gesamten Proletariat Österreichs und seiner Vertretung in der ehemaligen Gesamtpartei?

Nicht erst der Krieg, sondern schon die ganze Lage vor dem Krieg hat unsere polnischen Genossen in eine von der unsern wesentlich verschiedene Lage gebracht. Wir haben hier nicht zu richten, nicht zu verurteilen. Wir sehen die geschichtliche Tatsache, daß ein Volk, das nicht etwa zu den geschichtslosen Nationen gehört, sondern das zur vollen Geschichtlichkeit, zur vollen Kultur erwachsen ist, ein Volk, das niemals den Kampf um seine Einheit und Staatlichkeit aufgegeben hat, schon vor dem Kriege und erst recht im Weltkrieg seine ganze Kraft darangesetzt hat, diese Staatlichkeit und Unabhängigkeit für sich zu erobern. Und wenn es nichts anderes wäre als daß unsere polnischen Genossen für die Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen bereit sind und waren, dann würde

vielleicht ein Widerspruch zwischen ihrer und unserer Haltung kaum bestehen, aber die polnischen Sozialdemokraten haben es für notwendig gehalten, auch organisatorisch einzutreten in die parlamentarische Vertretung von Galizien, in den von ihnen seit Jahrzehnten und, seitdem sie leben, auf das schärfste bekämpften Polenklub. Darüber kann für uns kein Zweifel sein, daß unsere Genossen diesen Schritt nicht etwa leichtfertig getan haben. Sie glauben damit eine Pflicht zu erfüllen, nicht nur gegen das gesamte polnische Volk, sondern insbesondere auch gegen die polnischen Arbeiter und Bauern. Sie glauben, daß, wenn sie in jener Körperschaft nicht vertreten wären, die nun für die Zukunft Polens nicht nur Galiziens kämpft und mit den Regierungen zu verhandeln hat, das Interesse der arbeitenden Massen unvertreten bleibt. Wir werden vielleicht anderer Ansicht sein. Ich meine, daß es vielleicht besser gewesen wäre, sie wären draußen geblieben, ich meine, daß es nützlich auch für ihren besonderen Kampf gewesen wäre, wenn sie unabhängig von den bürgerlichen und feudalen Vertretern der Polen ihren Kampf von außen kritisch gegen den Polenklub geführt hätten, und daß sie mehr hätten ausrichten können. Wir meinen auch weiter, daß ein solcher Schritt trotz allem, was sie sagen, im Bewußtsein des polnischen Proletariats und der polnischen Bauernschaft den Gegensatz zwischen den polnischen Sozialdemokraten und diese herrschenden Klassen abschwächen muß, und daß sie das Vertrauen der Massen wahrscheinlich bis zu einem hohen Grad verlieren werden. Ich halte darum — und wahrscheinlich Sie mit mir — diesen Schritt bei aller Anerkennung der geradezu tragischen Lage, in der die Polen sind, für einen schweren politischen Fehler.

Es hat Daszynski beim Eintritt in den Polenklub eine Erklärung zu Protokoll gegeben, die die „Arbeiter-Zeitung“ abzu- drucken versucht hat, aber sie hat der Zensur nicht gepaßt. Unsere Polen glauben also, daß sie ihre Fahne bewahren können innerhalb des Polenklubs, und es ist nicht ausgesprochen, aber gewissermaßen zwischen den Zeilen zu lesen, daß sie glauben, wenn die gegenwärtige Zeit vorbei ist, wieder zurückzukehren und ihre volle Unabhängigkeit zu gewinnen. Da ich diesen Schritt für einen verhängnisvollen politischen Fehler halte, wünsche ich nicht, daß hier ein Urteil offizieller Art von uns darüber abgegeben werde, denn das kommt eigentlich uns allein nicht zu. Das ist Sache des Restes der Gesamtheit, die noch vorhanden ist. Ich darf aber wohl feststellen, daß sich die Polen damit selbst aus jedem organisatorischen Zusammenhang mit der österreichischen Sozialdemokratie ausgeschlossen haben. Das ist die einfache Konsequenz der Tatsache.

Die tschechischen Sozialdemokraten sind nach wie vor gespalten in zwei der Größe nach höchst ungleiche Teile und den Separatisten ist wohl, wie man aus gewissen Symptomen erkennen kann, schon ein wenig klar geworden, daß der heutige Zustand vielleicht nicht in letzter Linie als der bleibende angesehen

werden soll. Aber hier ist zunächst weder eine Brücke zu schlagen noch ein Urteil zu sprechen. Den Tschechen — nicht nur den tschechischen Arbeitern — geht es überhaupt recht schlecht. Sie waren erst die Gefangenen der nationalen Demagogie und nun sind sie die schwergestraften Opfer dieser nationalen Demagogie geworden. Ich will darüber nicht mehr sagen. Sicher ist, daß wir zunächst unsere österreichische Gesamtpartei, die innere österreichische Internationale, sehr zusammengeschrumpft sehen. Von den Italienern ist uns eigentlich nur Genosse Pittoni (Heiterkeit) und die Triester geblieben. Was auf dem Kriegsgebiet, in Welschtirol, vorgeht, wissen wir nicht. Die südslawischen Genossen sind sozusagen mitten im Schlachtgewühl und man weiß nicht, wie viel von ihren Organisationen übriggeblieben ist. Von den Ruthenen will ich nicht sprechen, denn dort sind die Verhältnisse zu verwickelt, als daß uns heute ein klarer Einblick möglich wäre.

Die Sache steht also so, daß, wenn wir nicht schönfärben wollen, tatsächlich die deutsche Sozialdemokratie in Österreich der einzige einheitlich organisierte Körper ist, der im Namen des österreichischen Proletariats sprechen kann. Er muß mit um so stärkerer Betonung sprechen als er auch den größten Teil der Verantwortung für die Zukunft und die Gestaltung der Zukunft der übrigen trägt.

Österreich und sein politischer Zustand ist in wenigen Sätzen der Resolution zusammengefaßt. Von unseren parlamentarischen Einrichtungen, von Vertretung irgend welcher Art im Parlament, in den Ländern, ja bis zu einem hohen Grad in den Gemeinden, ist keine Rede. Man wollte mit dem Beginn des Krieges nicht, daß irgendein Wort gesprochen werden kann, das die Öffentlichkeit erreicht. Man hat sehr gut gewußt, daß, sosehr in dem Augenblick, wo es sich nicht bloß um den serbischen Krieg handelte, sondern auch den russischen, die Entschlossenheit bestand, den russischen Einfall abzuwehren — eine Einmütigkeit in bezug auf die Kriegspolitik bei den Völkern Österreichs nicht vorhanden war. Die Kritik haben Österreich und seine Politik niemals getragen. Wir haben einen Zustand, wie er in keinem der kriegführenden Länder besteht. Es ist keine Phrase, sondern die reine Wahrheit, daß selbst in Rußland und der Türkei politische Äußerungen, Äußerungen des Willens der Parteien, viel klarer, häufiger und unbeschränkter gemacht werden können als in Österreich. Das Parlament hat man uns genommen, eigentlich schon präventiv. Eine der Kriegsvorbereitungen war, das Parlament zu sabotieren, zu demolieren und wegzuräumen. Es ist demoliert worden durch eine Kooperation, durch eine direkte Verschwörung des Ministeriums Stürgkh mit jenen Leuten, die sie heute vor die Militärgerichte stellen*). (Rufe: So ist es!) In ganz bewußter Weise hat man das Parlament aus dem Weg geräumt, weil

*) Die Obstruktionen, die das Parlament zugrunde richteten, wurden vornehmlich von den Tschechischradikalen gemacht, deren Führer Klofač gleich bei Kriegsbeginn in kriegsgerichtliche Untersuchungshaft genommen wurde und deren Anhänger vor das Kriegsgericht gestellt wurden.

man sich vor einem sprechenden Parlament fürchtete. Ich will dabei in keiner Weise die Schuld der bürgerlichen Parteien abschwächen, in keiner Weise die Obstruktion entschuldigen oder die Zügellosigkeit in Schutz nehmen, die diesem Parlament seit seinem Bestand angehaftet haben. Aber, daß man das Parlament wegschaffen konnte, ist eine planmäßige, bewußte Arbeit besonders dieses letzten Ministeriums. Wie sehr feindselig auch schon frühere Regierungen gegen den österreichischen Parlamentarismus waren, das zeigt eine kleine Tatsache aus dem Kramarsch-Prozeß. Stellen Sie sich vor, daß der ehemalige Minister Bienerth als Zeuge jenen schweren Kampf um die Reform der Geschäftsordnung — die mit der Herstellung der Lebensfähigkeit des Parlaments geendet hat, und die möglich gemacht hat, daß man einen großen Zeitraum parlamentarisch arbeiten konnte — als eine Aktion dargestellt hat, die gegen das Ministerium gerichtet war, um ihm das Leben schwer zu machen! Diejenigen, die damals unmittelbar mit den Parteiführern und den Ministern zu tun hatten, erinnern sich sehr genau, daß schon damals die Reform der Geschäftsordnung keinen größeren Gegner hatte als das Ministerium. Wir haben also ke i n P a r l a m e n t, wir haben schon lange keinen böhmischen Landtag, der der bedeutendste ist. Die Regierung hat ferner das Glück gehabt, daß die Mandate zum niederösterreichischen Landtag gerade abgelaufen waren und Neuwahlen nicht gut möglich waren. Die übrigen Landtage sind zu unerheblich oder das Land liegt im engeren oder weiteren Kriegsgelände. Man braucht sie also nicht zu berücksichtigen und besonders kommt die Immunität nicht in Betracht. Was wichtig war, weil die Kriegsvorbereitungen damit begonnen haben, eine Anzahl sonst immuner Abgeordneter einzusperrern.

Darüber hinaus sehen wir eine Ungeniertheit im Hinweggehen über die Verfassung, wie sie in Österreich noch nicht erlebt wurde. Jeden Tag muß man darauf gefaßt sein, ein neues Gesetz verhängt zu sehen, ohne Rücksicht auf die Beschränkungen des § 14, der zu allen Dingen gut ist, der sogar zu guten Dingen benützt wird. Es scheint, daß man den § 14 nicht nur unangenehme, sondern auch ein paar gute Sachen ausführen lassen will, um den Mißbrauch des § 14 den Völkern als sehr empfehlenswerte Methode der Staatsführung erscheinen zu lassen. Aber was nützt das alles? Die innere Zersetzung schreitet vor, und man kann die Ursachen unserer Schwäche und diese selbst nicht aus der Welt schaffen durch Kriegsgerichte und Zensur. Wenn man noch so viele Galgen aufstellt und Todesurteile erläßt — wenn man auch nicht alle ausführt — so wird dadurch die Ursache dieser Dinge nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil. Daß man neben dem vollständigen Wegräumen aller verfassungsmäßigen Schranken einen Terrorismus aufgerichtet hat, der nicht nur ein militärischer ist — wenn er auch vielleicht von militärischer Seite kommandiert wird — das birgt nicht nur für heute, sondern für alle Zukunft schwere Hindernisse unserer Entwicklung. Wenn man als die nach den Deutschen zahlreichsten — gegen die Tschechen, die Methode an-

wendet, ihre politischen Führer einzukerkern, sie mit unerhörten Hochverratsprozessen zu verfolgen, und auf der andern Seite die durch diesen Terrorismus Eingeschüchterten einer Art patriotischer Zwangsimpfung unterwirft, daß man sie künstlich zwingt, patriotische Demonstrationen mitzumachen, wenn man ihre Zeitungen zum Teil unter Bedingungen setzt, die sie zwingen, Anschauungen zu äußern, Gebärden zu machen, die ihnen sonst nicht liegen — so kann die Folge nur sein: Da man nicht ewig mit delegierten Gerichten regieren kann, so wird, wenn das beseitigt ist, eine tiefgehende Verbitterung und Vergiftung der politischen Verhältnisse übrigbleiben. Die Folgen dieser Politik werden vor allem wir Deutsche zu tragen haben. Es ist ein sehr kurzsichtiger Standpunkt unserer Bürgerlichen — die jetzt triumphierend herumstolzieren, weil sie glauben, die Aussicht zu haben, daß man in Časlau beim Gericht deutsche Satzschriften einreichen kann, wenn sie meinen, daß man dort fortsetzen kann, wo man früher aufgehört hat und daß keine andern Folgen eintreten werden als die Demütigung der Tschechen und die Rangerhöhung der Dr. Groß und wie sie alle heißen. Wir werden die Folgen dieser Sünden schwer büßen müssen, wenn sich nicht der Gedanke durchsetzt, daß nach dem Kriege ein ganz neues Österreich beginnen muß, das vor allem Buße zu tun hat für die Sünden der Vergangenheit, indem es die Spuren wegwischt, die Ursachen dessen erforscht, was war, und die politischen Bedingungen vollständig verändert.

Man kann gewiß mit Recht sagen: wir stehen in einem geschichtlichen Augenblick. Man kann sagen: die Dinge sind im Fluß und darum muß ein neuer Bau beginnen. Aber wir haben heute keine neuen Vorschläge zu machen, wir haben nur unsere alten Grundsätze anzuwenden. Man spricht heute so viel vom Umlernen, im guten und im schlechten, mit und ohne Gänsefüßchen, man nennt es Parteiverrat, und man hält es für eine Befruchtung und Durchdringung mit neuen Erkenntnissen. Wenn in diesem Krieg jemand umzulernen hat, so sind wir Sozialdemokraten es am wenigsten. Der Krieg hat die Richtigkeit unserer Grundsätze bestätigt. Es ist eingetreten, wovor wir gewarnt haben. Wenn man uns sagt: wo wären wir heute, wenn wir nach eurem Rat keine Kanonen gegossen hätten, so können wir erwidern: Dann hätte es keine serbische Note gegeben und dann wäre auch verschiedenes andere nicht geschehen! Wenn man sagt, wir hätten umzulernen in Beziehung auf die Handelspolitik, so haben wir auch auf diese Zumutung eine schlagende Antwort. Und wenn man schließlich meint, daß der heutige Kapitalismus eine unerwartete Stärke bewiesen und die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft sich bewährt hat, so ist darauf vor allem zu sagen: umlernen müssen wir nicht, deren Organisation sich im ganzen und im einzelnen als ein Notanker bewährt hat, ohne den sich das Elend im Hinterland verdoppelt und verdreifacht hätte.

Ich weiß nicht, in welcher Stimmung unsere Brüder und Genossen und auch die andern aus dem Feld heimkommen werden,

und alle Vermutungen wären in die Luft geredet. Aber eines weiß ich: Respekt, Liebe und Verehrung für den heutigen Weltzustand haben die heutigen Erfahrungen des Weltkrieges niemand gebracht. Mit Bewunderung und mit dem Wunsche, diese Ordnung zu erhalten, die heute schon Millionen Menschen das Leben gekostet, die die Welt verarmt, sie um die Frucht einer langen Arbeit gebracht hat, und die nicht am wenigsten eine Verwüstung in den Gehirnen angerichtet hat, deren Spuren auf lange nicht zu tilgen sein werden, Liebe zur heutigen Gesellschaftsordnung wird aus diesem Krieg nicht entspringen. Umzulernen haben die andern. Unsere Anschauungen sind Punkt für Punkt, leider, möchte ich sagen, in höherem Maße bestätigt worden als wir das je erwartet haben. Geirrt haben wir nur in einem, allerdings sehr wichtigen Punkt, nur darin, daß wir gemeint haben, die heutige Ordnung sei schon zu schwach geworden, um einen Weltkrieg überhaupt noch zu ertragen, aber auch hierin lassen Sie uns vorsichtig sein. Ich bin weit entfernt davon, auch nur in Andeutungen irgend etwas, was wie Prophezeiung aussieht, hier auszusprechen, aber das muß ich schon sagen: der Krieg ist noch nicht zu Ende! Und oftmals will es scheinen, als ob wir am Ende noch Dinge erleben würden, von denen sich diejenigen, die so siegessicher sind, nichts träumen lassen. Ich will gar nicht von großen Volksbewegungen sprechen, aber wie es wirtschaftlich aussehen wird in den Staaten und was das für Folgen haben wird, kann niemand absehen. Dann wird erst die Probe kommen auf das Gefüge der heutigen Wirtschaftsordnung. Da wir aber nicht wissen, was die Zukunft bringt, da wir die Grenzen nicht kennen, innerhalb deren wir Politik zu machen haben, müssen wir uns an einfache konkrete Dinge halten, die auf jeden Fall das Ziel unseres Kampfes sein müssen.

Da steht natürlich an oberster Stelle, daß wir ein lebenskräftiges Parlament haben müssen. Natürlich vor allem überhaupt ein Parlament. Es ist natürlich heute höchst unpopulär und erweckt beinahe ein Lächeln, wenn man von Einberufung des Parlaments spricht. Aber es hat immer Leute gegeben, und ich habe immer dazu gehört, die gemeint haben, man könnte das Parlament auch einberufen, ohne daß das auf den Kriegsschauplätzen irgendwelche gefährliche Wirkung hätte. Das, was in den Parlamenten in Frankreich, England, Rußland vorgeht, ist ja geeignet, große Gegensätze politischer Art auch in bezug auf Krieg und Frieden und in bezug auf die Art der Kriegführung nach außen darzustellen, aber nicht ein Schützengraben weniger ist darum verloren oder gehalten worden, weil diese Gegensätze da sind. Das ist leeres Gerede. Man fürchtet sich nicht vor den äußeren, man fürchtet sich vor den inneren Wirkungen.

Ich bin auch überzeugt, daß, wie die Dinge heute liegen, selbst wenn das Parlament zusammenkäme, gewisse Empfindungen, die nicht gerade schwarzgelber Art sind, sich mit sehr viel Zurückhaltung äußern würden. Aber davon abgesehen, wir wollen nicht

nur die Einberufung des Parlaments zur Arbeit, wir wollen auch ein lebensfähiges Parlament und an die Neugründung des Parlaments, an die Herstellung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts, von dem wir immer gesagt haben, daß es nur ein Anfang sein kann und nicht das Ende einer Verfassungsreform, wollen wir den nächsten Schritt anknüpfen, daß es gegründet werde auf das Proportionalssystem. Es hat gerade in der letzten Zeit Austerlitz das Verdienst, diese alte Forderung noch einmal im „Kampf“ zum Gegenstand einer Darstellung und Begründung gemacht zu haben. Wenn es irgendwo notwendig ist, die Wildheiten des politischen Kampfes in den Wahlbezirken einzuschränken, ist es gerade in Österreich, und es scheint, daß sich der Gedanke allmählich durchringt und es ist nicht ausgeschlossen, daß das in absehbarer Zeit durchgesetzt sein wird.

Von andern Dingen, die mit der Parlamentsreform zusammenhängen, von der Abschaffung des Herrenhauses, ja selbst von den Einzelheiten der Geschäftsordnungsreform, von den Änderungen der Wahlordnung, wollen wir heute nicht sprechen. Aber das ist selbstverständlich mit der Parlamentsreform mitverbunden. Halten Sie diese neue Wahlreform nicht etwa für eine nicht einschneidende Sache! Im Gegenteil, es würde das Wesen unserer ganzen parlamentarischen Tätigkeit und Arbeit bis in den Grund ändern. Es würde das Verhältnis der Parteien zueinander sehr bessern. Es würde vor allem bis zu einem hohen Grad die persönliche Giftigkeit ausschalten, in die jeder politische Streit bei uns ausartet, die es einem gesitteten Menschen wirklich nur unter größten Opfern gestattet, sich aktiv mit der österreichischen Politik zu beschäftigen.

Neben der Parlamentsreform und vielleicht wichtiger noch als sie, aber ohne sie nicht zu machen, ist die Umwandlung Österreichs zu einem Staat, in dem die Nationalitäten nebeneinander friedlich wohnen können: also nationale Autonomie, das heißt, nicht nur nationale Abgrenzung, sondern auch den Rechtsboden zu schaffen für jede Nation. Das heißt, nicht nur nationale Abgrenzung, sondern auch Autonomie, Selbstverwaltung. Und die Kreisverfassung, die wir vorschlagen und die ein politischer Gedanke ist, der seit 1848 immer wieder ausgesprochen worden ist, und dessen Weiterentwicklung vor allem ein Verdienst unserer Genossen Bauer und Renner ist, die Herstellung dieser Kreisverfassung ist eine Grundbedingung in zweifacher Beziehung: Erstens gibt sie jeder Nation die Möglichkeit der Selbständigkeit und zweitens bedeutet sie die Möglichkeit, die Ungeheuerlichkeiten unserer Verwaltung zu beseitigen. Wir können hier kein großes Programm machen für den Osten Europas. Ich würde am liebsten vorschlagen eine Erneuerung Österreichs, die beginnen müßte mit der Zerschlagung Österreich-Ungarns in Unterstaaten, an die sich die Polen und die Balkanstaaten angliedern könnten, müßten und würden. Ich würde das um so lieber tun, als ich weiß, daß für die Polen die geschichtliche Stunde gekommen ist, in der es sich entscheiden muß, ob sie den Anschluß an West-

europa finden oder eine Beute Rußlands werden. Ich würde diesen Vorschlag um so lieber machen, als ich weiß, was für absurde Ideen in bezug auf die Südslawen in den Köpfen spuken. Aber wir wollen uns bescheidener begnügen mit dem alten Österreich. Wir wollen eine Kreisverfassung haben und ich begrüße es, daß unsere Genossen in Böhmen, Mähren und Schlesien diese Forderung programmatisch den Bemühungen der bürgerlichen Politiker entgegengestellt haben. Diese Vorgänge sind ungeheuer wichtig.

Es ist verlockend, zu meinen, auch die deutschen Sozialdemokraten müßten sich mit den bürgerlichen deutschen Parteien vereinigen zur Lösung der nationalen Fragen. Davon ist nun absolut nicht die Rede. Wenn aber im Kreis der Vertreter Böhmens gesprochen werden wird, dann werden unsere Genossen als die Vertreter der größten deutschen Partei das erste Wort zu sagen haben.

Das einfachste wäre, programmatisch festzustellen: Aufhebung der Kronländer. Hoffen wir, daß wir diesem Ziel näher kommen. Heute ist die Vorbedingung jedes weiteren Schrittes die Zusammenfassung in Kreisen. Erst wenn diese Organe geschaffen sind, werden die veralteten unbrauchbaren Organe absterben und wegfallen. Aber eines muß ich noch sagen. Was wir die Abgrenzung in nationalen Kreisen und die Gewährung der Selbstverwaltung an die Kreise nennen, das ist nicht etwa nur für Böhmen und Mähren gemeint, wo es noch verwechselt wird, von den Leuten, die davon nichts verstehen, mit den Zweiteilungswünschen der Deutschbürgerlichen, sondern das bezieht sich durchaus auf ganz Österreich, also auch auf den Süden. Von der Zweideutigkeit der Deutschbürgerlichen, die zwar Böhmen zweiteilen, aber in Steiermark mit aller Kraft die Einheit des Landes aufrechterhalten wollen, sind wir frei. Es ist merkwürdig, daß die Veröffentlichung dieses Teiles unseres Programms nach den Beratungen in Teplitz von den tschechischen Sozialdemokraten entweder mißverständlich oder absichtlich sehr ungünstig aufgenommen wurde. Das ist merkwürdig, denn eine der Hauptunterscheidungen zwischen unserem nationalen Programm der Autonomie und dem, was die Deutschbürgerlichen darunter verstehen, ist, daß wir die Autonomie, die Berechtigung zu freier Entwicklung, nicht nur für das deutsche Volk wollen, sondern für alle Völker, insbesondere auch für das tschechische Volk, und daß wir uns bei jedem Schritt bewußt sind, daß, wenn wir nicht für die Tschechen die volle Entwicklungsmöglichkeit schaffen, genau so wie für uns Deutsche, ein nationaler Friede und die Bedingungen dieser Entwicklung weder für die Tschechen noch für uns gegeben sind. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten also den Willen und das Verständnis hätten, das sie sich in der langen Zeit schon erworben haben könnten, so dürften sie uns nicht so feindselig gegenüberreten, wie es ihre Presse tut, dürften sie nicht die kleinbürgerliche Politik der tschechischen wie der deutschen Politiker mitmachen, wie sie es tun.

Aber die Aufstellung der Kreise als Verwaltungskörper ist nicht alles. Es muß auch jeder Nation eine nationale Gesamtvertretung gewährleistet werden, und da haben wir den Gedanken aufgegriffen, den schon seit Jahr und Tag Genosse Austerlitz vertreten hat, daß die Abgeordneten, die in den auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes national abgegrenzten Kreisen gewählt sind, eine Vertretung ihrer Nation sein können, daß, wenn man heute einen Nationalrat für jede Nation schaffen wollte, welche Nationalräte dann über das Verhältnis der Nationen zu verhandeln hätten, man sich keine bessere Vertretung wünschen könnte; es wäre dann auch die Nationalsrechtssubjekt konstituiert. So wenig sind wir geneigt, die Verschiedenheiten der Nationen zu leugnen oder zu glauben, daß sie verschwinden zu machen sind, daß wir im Gegenteil im Ausleben der nationalen Persönlichkeit erst recht die Bedingung für die Ausrottung aller Schäden des Nationalismus, der nationalistischen Vergiftung und des nationalen, den Staat und die Völker ruinierenden Kampfes sehen. Weil wir international sind, und je mehr wir es sind, um so mehr verlangen wir für jedes Volk die Möglichkeit seiner Selbständigkeit, seiner nationalen Entwicklung.

Diese zwei Hauptforderungen, deren Erfüllung allein schon Österreich ein ganz anderes Gesicht geben würde, haben wir an die Spitze unseres aktuellen Gegenwartsprogramms gestellt. Wir haben aber daran noch eine Reihe von Forderungen angeknüpft, die für den Tag und seine Bedürfnisse berechnet sind. Ich will darüber gar nicht viel reden... Einschränkung der Zensur! Es ist ein Zustand, der nicht auszuhalten ist, der lächerlich und erstickend ist, lähmend für alle, daß wir alle mit dem Knebel im Mund herumgehen, daß wir von einem Kerl abhängen, dem man den Rotstift in die Hand gegeben hat. Wir haben keine Absicht, militärische Geheimnisse zu enthüllen, und sie mögen in Gottes Namen, wenn in einem Feldpostbrief der Name eines Ortes enthalten ist, den Namen auskratzen, damit die Russen nicht etwa erfahren, wo wir vor drei Monaten gestanden sind. Da möge die militärische Zensur fortwursteln. Aber daß wir die Politik, die Fragen der äußeren Politik heute nicht einmal in dem Maße besprechen können wie in Deutschland, ist ein ganz unwürdiger Zustand. Dann wünschen wir, daß die Vergiftung unserer Zukunft durch Prozesse eingestellt werde. Wenn Sie wüßten, wie bei uns Prozesse geführt werden, wie sie sich monatelang schleppen, wie Nichtigkeiten aufgebauscht werden zu großen Dingen, wie da künstlich Märtyrer geschaffen werden, womit man sich in das eigene Fleisch schneidet, wenn Sie das wüßten, würden Sie begreifen, daß das eine der wichtigsten Sachen ist. Die Todesurteile, die schon geschehen sind — es ist, soviel uns bekannt ist, ein einziger Genosse in Schlesien*) dabei, aber eine große Zahl Leute anderer Parteien

*) Im Februar 1915 hatte die „Neue Freie Presse“ ein Gedicht, „Das Lied der Mütter gegen den Krieg“, veröffentlicht, das angeblich in Newyork gesungen wurde. Das Gedicht wurde vom Brünner „Volksfreund“

und anderer Nationen, die zum Tode verurteilt wurden —, das ist ja das Gewöhnliche, dann kommt die Revision zu zwanzig Jahren oder in dem Falle des Genossen, der wegen Abdruckes eines Gedichtes aus der „Neuen Freien Presse“ verurteilt wurde, zu fünf Jahren. Wir wünschen, daß die A m n e s t i e gleich eintrete und wir glauben, daß die Erfüllung dieser Forderung eines der wichtigsten Erfordernisse für den inneren Frieden ist.

Und nun kommen zwei Forderungen, die miteinander im Zusammenhang stehen, die zum Teil der Zukunft angehören, aber wir wollen beizeiten die Stimme erheben. Wir wollen, wie schon gesagt wurde, die auskömmliche und würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten und etwa der hinterbliebenen Opfer des Krieges. Wir wollen aber auch, daß die Mittel für die Wiederherstellung der Kriegsschäden im weitesten Umfang und die Kosten für die Bezahlung der Schulden nicht den Massen aufgebürdet werden, die die Opfer dieser Scheußlichkeiten waren und sind, sondern denen, die sie zum Teil verursacht und angezettelt, zum Teil daraus Nutzen gezogen haben und die sie am leichtesten tragen können. Wir wünschen also nicht, daß wir dann mit indirekten Steuern zu tun haben, sondern daß V e r m ö g e n s s t e u e r und E r b s t e u e r die Mittel sind, wodurch unsere Finanzwirtschaft hergestellt werde, soweit sie eben hergestellt werden kann. Wir wünschen schließlich, daß dieses unser Programm der Regierung vorgelegt werde und wir stellen an die Spitze das, was uns alle in dieser Stunde, wie in den zwanzig Monaten am meisten bewegt:

Wir wollen ein Ende des Krieges! Wir wollen auch bei dieser Gelegenheit wieder zum Ausdruck bringen, was täglich bitterer empfunden wird, das Unerträgliche des Krieges für die draußen, von deren Zustand wir uns nur unzulängliche Vorstellungen machen, aber es genügt, daß wir an den Zustand denken von uns allen, von jeder Bevölkerungsschicht. Wir werden davon noch sprechen. Lassen Sie mich jetzt nur schließen mit dem Wunsch: Alle Arbeit für die Zukunft, vor allem aber ein Ende des Krieges! (Lebhafter Beifall.)

Schl u ß w o r t.

Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich einige Anträge, über die ich nicht viel zu sagen habe, zuerst behandle. Da ist zu-

abgedruckt, worauf es der Genosse Karl L a n g e r, Beamter der Bezirkskrankenkasse in Freiwaldau in Schlesien, auf der Schreibmaschine in fünf Exemplaren abschreiben ließ und diese an fünf Frauen verteilte. Das Gedicht beginnt mit den Worten:

„Ich habe meinen Sohn zum Krieger nicht erzogen,
Ich zog ihn auf als Stolz und Freude meiner alten Tage.“

Genosse Langer wurde vom Landwehrdivisionsgericht Krakau wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zum Tode durch den Strang verurteilt, die Strafe dann allerdings vom Militärkommandanten „im Gnadenwege“ auf fünf Jahre schweren Kerkers herabgesetzt.

nächst die Resolution für das Frauenwahlrecht, die ich Sie bitte, einfach anzunehmen. Ähnlich verhält es sich mit dem Antrag Hartmann, der dagegen protestiert, daß etwa die Schäden, die der Krieg verursacht hat, auf Kosten unseres Schulwesens, auf Kosten unserer Zukunft und der Möglichkeit einer Entwicklung hereingetrieben werden, eine Absicht, die man unsern Herrschenden schon zutrauen kann. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß, wie es scheint, auch im Bürgertum, zumindest in den Zwischenschichten zwischen Bürgertum und Proletariat, das Interesse dafür zu erwachen scheint, wie die Versammlung der „Freien Schule“ bewiesen hat. Und ich möchte nur hoffen, daß es nicht etwa nur unsere Genossen waren, die den Saal füllten, denn die haben es nicht notwendig, für die Schule erst zu demonstrieren.

- Dann sind aber einige Anträge, die die Vorstandsresolution entweder abändern oder ergänzen wollen. Da ist zunächst der Antrag Resel, der sagt: „Weg mit dem ganzen Krempel, weg mit den Landtagen!“ Gewiß, wenn wir einmal etwas Ähnliches erleben könnten, wie die französische Revolution, würden wir auch Departements einführen. Nur fragt es sich, ob es nützlich ist, diese letzte Forderung in so scharfer Form jetzt schon aufzustellen und ob es den Gedanken der nationalen Autonomie, der bereits in die Vorstellungswelt der bürgerlichen Politik und sogar der Bürokratie einzudringen beginnt, nicht schädigt. Da scheint es mir, daß es politisch taktisch klüger wäre, den Weg zu gehen, den unsere Resolution geht. Ich vermute, daß die entscheidende Schlacht nicht so schnell geschlagen wird, sondern daß wahrscheinlich erst die Ersatzorganisationen für die Länder da sein werden, jene Lokalverwaltung, die eine unbedingte Notwendigkeit ist, und daß erst nach Durchsetzung der Kreisverfassung sich die Länder als abgestorbene Organe werden abstoßen lassen. Aber selbst vom Standpunkt des Genossen Resel ist mir seine Formulierung nicht ganz sympathisch; denn Resel wäre doch nicht zufrieden damit, wenn man abgrenzte. Er will doch die Länder beseitigen. Wozu also erst verschönern und dann auf den Mist werfen? Deshalb möchte ich den Genossen Resel bitten, auf seinen Antrag zugunsten des Rennerschen Kompromißantrages zu verzichten. Genosse Renner will nämlich im dritten Absatz der Verfassungsforderung, wo von den Kronländern die Rede ist, die Worte „solange sie bestehen“ aufnehmen. Es wird also nicht die Forderung aufgestellt, aber es wird ihr Ende pro phezeit.

Wenn wir den nächsten Satz so anfangen lassen: „Bis zur Einrichtung dieser Zweckverbände sind die auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes gewählten Landtage als ihre gesetzlichen Vertreter anzuerkennen“, ist auch hier das Provisorium zum Ausdruck gekommen. Durch die Annahme dieser Anträge würde dieser Teil in allgemeiner Übereinstimmung erledigt werden können.

Nun komme ich zu einer zweiten Gruppe von Anträgen, deren Befürworter Genosse Fritz Adler*) war und denen dann durch ein Amendement von Austerlitz in gewissem Maße Rechnung getragen werden soll. Zunächst hat Genosse Friedrich Adler zwei Anträge anscheinend bloß stilistischer Natur gestellt: bei der Erwähnung der politischen Tendenzprozesse soll das Wort „etwa“ beseitigt werden. Niemand kann so erfüllt sein von einem beständigen Ingrim gegen die täglich verübten Justizverbrechen, die von der Zensur totgeschwiegen werden, wie ich selbst. Ich empfinde sie als ein Attentat auf die Rechtssicherheit, aber auch als schwersten politischen Fehler und wir werden diese Justizverbrechen am eigenen Leib büßen müssen. Dem Klofac schadet es wenig, daß er seit Kriegsbeginn sitzt, aber das politische Leben in Österreich wird darunter sehr leiden. Wenn ich trotzdem das Wort „etwa“ dort eingefügt habe, so erstens deshalb, um der Zensur leichter die Möglichkeit zu geben, den Passus durchzulassen, wenn ich ihn etwas unbestimmter mache. Dann wollte ich damit auch andeuten, daß die Öffentlichkeit von diesen Verurteilungen bisher nichts erfuhr. Ich werde mich nicht sehr

*) Diese Ausführungen wie überhaupt der hier zum Ausdruck kommende Konflikt bedürfen für den, der bloß die von der Kriegszensur zugelassenen Veröffentlichungen über diese Reichskonferenz kennt, einiger Ergänzungen. Hat doch die Zensur in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. April 1916, die über die Reichskonferenz berichtet — so lange hat das Überwachungsamt den Bericht zurückgehalten —, nicht nur aus den Reden, sondern sogar aus den Beschlüssen die entscheidenden Stellen gestrichen.

In der Resolution zu diesem Punkt wurden gleich von der Einleitung die ersten 52 Zeilen gestrichen, in denen gesagt wurde, daß „der Krieg, der die Welt verwüstet“, für Österreich besondere Wirkungen gehabt habe, da er das Parlament ausgeschaltet und auch alle andern Vertretungskörper außer Tätigkeit gesetzt habe. Dann wird dagegen protestiert, daß diese „Sistierung der Verfassung“ — ob man sie Absolutismus oder Anarchie nennt — auf die dem § 14 unantastbaren Staatsgrundgesetze übergegriffen hat. Gestrichen hat die Zensur dann auch die Stellen, die davon sprechen, daß „Ausnahmszustand und Zensur wohl die Folgen des Krieges eine Zeitlang verhüllen, aber nicht heilen können“, dann daß die schleunige Einberufung des Reichsrates gefordert wird. Dagegen wurde die Forderung nach Erneuerung des Parlaments und Einführung des Proporzgesetze gnädigst durchgelassen.

Bei den weiteren Forderungen, die in dieser Resolution aufgestellt waren, wurde wohl die nach Autonomie der Kronländer stehengelassen, aber die Kennzeichnung der Kronländer als der „gefährlichsten Brutstätte des nationalen Haders, die durch die Kurienprivilegien der Landtage dem Volke längst entfremdet ist“, gestrichen. Gestrichen wurde auch die Forderung: „Einstellung der politischen Tendenzprozesse, die nur die dauernde Verbitterung und Vergiftung des nationalen Zusammenlebens bewirken; weiter Amnestie für die infolge solcher Prozesse etwa bereits Verurteilten“; schließlich auch der Schluß dieser Resolution, der den Parteivorstand beauftragt, die Forderungen der Resolution der Regierung zu übermitteln und bei diesem Anlaß „neuerlich mit dem größten Nachdruck zu begehren, daß die Regierung

kränken, wenn das Wort „etwa“ beseitigt wird. Aber ich glaube, es ist besser, wenn es bestehen bleibt.

Anders steht es schon mit dem Wort „notwendig“, das Genosse Fritz Adler dort, wo von der Lösung der polnischen Frage die Rede ist, gestrichen haben will. Aber es liegt da bei ihm ein Mißbrauch des Wortes „geschichtliche Notwendigkeit“ vor. Erstens heißt es hier „ob uns der Weltkrieg dieser Notwendigkeit näher bringt“. Es könnte also eine Notwendigkeit sein, die erst später herbeigeführt wird. Zweitens aber gibt es Dinge, die notwendig gewesen wären und die gegen die Notwendigkeit nicht eingetreten sind. Daß etwas nicht eintritt, beweist nichts gegen die Notwendigkeit. Aber hier handelt es sich um den Zusammenhang mit seinem Hauptantrag, der sich gegen Eroberungen und sogar gegen Kriegsentschädigungen richtet. Wenn wir hier von einem unabhängigen Polen und einem Bund freier Balkanstaaten sprechen, haben wir uns in einer viel präziseren Weise gegen Eroberungen ausgesprochen,

die Möglichkeiten zu Friedensverhandlungen suche und ergreife“.

In der vom Referenten vorgeschlagenen Resolution hieß es hier ursprünglich: „... zu begehren, daß die Regierung jede Möglichkeit zu Friedensverhandlungen suche und ergreife.“

Dazu hat Fritz Adler den Abänderungsantrag gestellt — und das ist der Antrag, den der Referent später den Hauptantrag von Fritz Adler nennt —, es solle der Parteivorstand beauftragt werden, diese Forderungen der Regierung zu übermitteln „und von ihr mit dem größten Nachdruck zu begehren, sie solle nach Vereinbarung mit den ihr verbündeten Regierungen in einer öffentlichen Kundgebung erklären, die Mittelmächte seien jederzeit bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten unter der einzigen Vorbedingung, daß alle Mächte von vornherein auf Eroberungen fremder Gebiete und auf Kriegsentschädigungen verzichten“.

Austerlitz hat dann den Vermittlungsantrag gestellt, es möge die vorgeschlagene Resolution dahin geändert werden, daß der Parteivorstand mit dem größten Nachdruck begehre, daß die Regierung „die unzweifelhaft vorhandenen Möglichkeiten zu Friedensverhandlungen suche und ergreife“. In dieser von Victor Adler angenommenen Fassung wurde die Resolution dann beschlossen.

Zum Verständnis des folgenden ist auch notwendig zu erwähnen, daß in einem ebenfalls gestrichenen Passus von 24 Zeilen, der von der Neuordnung Österreich-Ungarns und seiner Umgestaltung zu einem demokratischen Bundesstaat handelte, und in dem auch von einem freien und unabhängigen Polen und einem unabhängigen Bund freier Balkanvölker die Rede war, es dann hieß: es sei ungewiß, „ob der Abschluß des Weltkrieges uns dieser **notwendigen** Lösung näher bringen oder von ihr entfernen wird“, sicher sei nur, „daß sich der Dualismus und die kurzsichtige und engherzige Klassenpolitik der Beherrscher Ungarns als das größte Hindernis für jede Ordnung im Sinne europäischer Vernunft erweisen werden“.

Die Streichung der Worte „etwa“ (im Passus über die Amnestie) und „notwendigen“ (im Passus über Polen) hat Fritz Adler beantragt, wovon gleich die Rede sein wird. Sein Antrag wurde aber abgelehnt.

als durch eine allgemeine Verwahrung gegen Annexionen. Gegen das Schlagwort „ein Friede ohne Annexionen“ haben ich und andere uns schon vor Monaten gewendet, und zwar gerade mit Rücksicht auf Polen. Wir sagten uns, die Lostrennung Polens von Rußland ist eine Notwendigkeit, ein Bedürfnis, nicht nur für Polen, sondern auch für Europa und die demokratische Entwicklung Europas. Sie soll keine Annexion sein, kann aber leicht unter dem allgemeinen Wort „Annexion“ verstanden werden. Das Wort „Eroberungen“ ist ein noch schwächeres ganz nichts-sagendes Wort. Heute ist Belgien erobert und es wird, wenn es herausgegeben wird, nicht mehr erobert sein. Das Wort „Eroberung“ ist ein falsches Wort, gemeint ist Annexion. Aber es zwingt uns niemand zu diesem allgemeinen Wort.

Ich will Sie da darauf aufmerksam machen, daß es Leute gibt, die wegen der Verlegenheiten, die die Befreiung Polens macht, am liebsten Polen wieder an Rußland zurückgeben möchten, wenn sie dafür eine fette Kriegsentschädigung oder günstige Handelsverträge eintauschen. Das mag für Leute, die im Wirtschaftsgebiet plötzlich das Wichtigste sehen, eine verlockende Aussicht sein, für mich, der ich noch als Altmarxist in den Traditionen der sozialistischen Demokratie aufgewachsen bin, die immer die Befreiung Polens als eines der wichtigsten Ziele ansah, fällt es schwer, mich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ein wirklicher Sozialdemokrat die Idee eines Zurückgebens von Polen an Rußland befürworten könnte. Nun sagt man, daß es in Galizien polnische Sozialdemokraten gibt, die wegen der Textilindustrie die Vereinigung mit Rußland wünschen und daß diese wirklichen internationalen Sozialdemokraten dort so verfolgt werden. Mir ist von solchen Verfolgungen von solchen Sozialdemokraten nichts bekannt, und wenn ich sie kennen würde, würde ich sie auf dieselbe Stufe stellen, wie die Podolier und Altpolen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen lieber eine solche Einigung mit Rußland hätten. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten der polnischen Frage. Mit dem selbständigen Polen wäre nur die Hälfte der Aufgabe gelöst. Zur Einheit Polens und zum völligen Ausleben der Nation und ihrer Kultur gehört nicht nur Warschau, sondern auch Krakau. Mein Vorschlag wäre nun nicht die Angliederung Polens an Galizien, sondern die Galiziens an Polen. Nun ist es aber ziemlich aussichtslos, einer Dynastie, die eben einen Sieg errungen hat, zuzumuten, daß das Resultat die Abtretung Galiziens an Polen sein soll. Das ist also wenig wahrscheinlich. Aber möglich ist die Selbständigkeit des ehemaligen Russisch-Polen und eine derartige Autonomie für Galizien, daß wir vor den nachteiligen Folgen geschützt würden, die eintreten müßten, wenn wir plötzlich mit siebzehn Millionen Polen in unserem Staatswesen zu rechnen hätten. Wir wünschen die Polen nicht zu beherrschen. Aber mindestens ebensowenig können wir wünschen, von den Polen beherrscht zu werden, wie es wäre, wenn eine national festgegliederte Vertretung von siebzehn Millionen Polen einer national und sozial zerklüfteten Vertretung der

anderen gegenüberstände. Es ist ein schwieriges Problem. Die schlechteste Lösung aber wäre, den geschichtlichen Augenblick zu versäumen. Ich glaube, es ist am besten, wenn wir uns nicht weiter festlegen als es in der Resolution geschehen ist. Lassen wir uns nicht einschüchtern und behalten wir auch das Wort „notwendig“ als das notwendige Ziel — ob es in fünf Jahren eintritt oder in fünfzig Jahren, darüber kann ich keine Auskunft geben, aber das weiß ich, daß das die notwendige Entwicklung ist, der Europa entgegengeht.

Was den Hauptantrag des Genossen Fritz Adler betrifft, möchte ich vor allem auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, in die Ihre Sendboten kommen, wenn wir diese Resolution etwa dem Burian überbrächten und er würde uns sagen: „Ich wäre ja bereit, aber ich fürchte, Bulgarien wird nicht zustimmen.“ Wir wünschen keine Eroberung, das sagen ja auch wir in unserer Resolution sehr deutlich, aber begeben wir uns nicht auf das gleitende Gebiet und machen wir nicht Politik für die ganze Welt. Ich glaube nicht, daß es den Eindruck wirklichen politischen Ernstes machen würde, wenn wir diese Form wählen. Daß wir den Frieden wollen, haben wir den Ministern schon oft und sehr eindringlich gesagt, oft gesagt, daß die Massen es nicht aushalten und daß die Gefahr eines Ausbruchs besteht. Wir haben uns auch vor einem aktiven Eingreifen in die äußere Politik nicht gescheut. Als die Gefahr des italienischen Krieges immer näher kam, gingen wir zum Minister des Äußern und sagten ihm, daß wir dafür seien, daß, soweit die nationalen Forderungen Italiens erfüllt werden können, sie erfüllt werden. Und zum zweitenmal, als die rumänische Frage sich zuspitzte, gingen wir hin, um ihm zu sagen, die Massen wünschen nicht, daß die Rumänen in den Krieg gezerzt werden, und es seien die längst fälligen Forderungen der Rumänen in Ungarn zu erfüllen.

Aber daß wir nun hingehen und verlangen sollen, es möge sich die österreichische Regierung mit Deutschland, Bulgarien und der Türkei auseinandersetzen, daß sie erklären, daß sie sofort in Friedensverhandlungen eintreten wollen ohne Eroberung und Kriegsentschädigung, das möchte ich nicht gern auf mich nehmen, schon deshalb, weil ich mich ein bißchen für unaufrichtig hielte. Lassen wir das Beispiel unserer deutschen Genossen uns eine Warnung sein, künstlich jene Punkte in den Vordergrund zu ziehen, wo wir nicht einer Meinung sind oder wo eine Gruppe, deren Zahl ich nicht kenne, einer andern Meinung ist. Schließlich sind auf unserer Seite mindestens so viele Gründe wie auf der andern. Das klassischste Beispiel, daß man solche Meinungsverschiedenheiten gewaltsam hereinschleppt, ist das Wort von den Kriegsentschädigungen. Ich glaube ja nicht, daß bei dem Krieg eine Kriegsentschädigung herauskommen wird. Es wird niemand etwas haben. Alle Rücksicht auf die andere Seite! Aber ich werde es aushalten, wenn England, das es hat, einige Entschädigung zahlen würde und nicht einmal die proletarische Solidarität würde mich abhalten, wenn England, was höchst unwahrscheinlich ist,

etwa eine Entschädigung zahlen müßte. Es ist eine Trivialität, aber auf die Gefahr als schlechter Internationaler bezeichnet zu werden, sage ich: das Hemd ist mir näher als der Rock! Wie will Fritz Adler, wenn er so gegen Kriegsentschädigungen ist, mit den Ungarn über die Quote verhandeln, wenn er sagt: mir tut es ebenso weh, wenn der andere zahlt, als wenn ich zahle. Da müssen wir noch einige Zeit warten, bis wir diese Prinzipien in die Politik einführen können.

Der „Vorwärts“ hat heute einen Artikel von Bernstein über die Spaltung der Fraktion gebracht, wo Haase gegen den Vorwurf in Schutz genommen wird, er habe für das Ausland gesprochen. Eduard Bernstein sagt aber: Diese Rede wird gewiß übel aufgenommen und von den Ententeregierungen als Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden. Sie wird aber sicher begrüßt werden von jenen Minoritäten, die dem Krieg ein Ende machen wollen. Aber handelt es sich denn darum, daß wir agitieren und aufklärend wirken, oder handelt es sich nicht vielmehr darum, dem Frieden näher zu kommen? Wenn ich auf dem Standpunkt wäre: Je länger der Krieg dauert, desto besser für die Sozialdemokratie — dann würde ich auch so spekulieren. Aber ich stehe nicht auf diesem Standpunkt und darum handelt es sich mir darum, wie wir dem Frieden näher kommen. Erst in zweiter Linie interessiert mich, wie ich dabei ausschaue.

Die Zumutung, vom Frieden nicht zu reden, weil das ein Moment der Schwäche ist, haben wir immer zurückgewiesen, und wenn Genosse Fritz Adler darauf verweist, daß wir schon soundso viele Monate kein Manifest erlassen haben, so möge er bedenken, daß Manifeste nicht gewinnen, wenn sie sich wiederholen.

Ich habe kein ganz gutes Gewissen, wenn ich die Regierung zu Verhandlungen einladen will, bei denen sie auf gewisse Forderungen Verzicht leisten soll. Vergessen wir nicht, daß es einen Gedankengang gibt, der sagt: Entschieden ist noch gar nichts. Es besteht in den Ententeländern die Hoffnung, daß Hungersnot und Revolten in Deutschland ihnen zu Hilfe kommen. Gerade diese Erwartung ist von unseren Genossen in Frankreich wiederholt ausgesprochen worden. Ich bin überzeugt, daß man oben mehr für den weiteren Verlauf des Krieges zittert, als wir, und daß wir die Gefahren, die wirklich drohen, nicht so genau kennen, wie die.

Es liegt offen zutage, daß Deutschland in einer vertraulichen Form wiederholt angeklopft hat bei verschiedenen Regierungen und daß die Antwort ein schroffes Nein war.

Ich bin fest überzeugt, daß die deutsche Regierung lieber heute als morgen Frieden schließen würde, und zwar ohne Gebiets-erwerbung im Westen. So sehr sind die Zentralmächte nicht Sieger, daß ihnen schon unter jeder Bedingung und unter allen Verhältnissen die Rolle des Großmütigen aufgezwungen werden kann. Ich bin also nicht dafür, den Regierungen bestimmte Aufträge zu geben. Immerhin könnte man, wie Genosse Austerlitz in seiner schon zur Manie gewordenen Tugend, ausgleichen zu wollen, vorschlägt, was

auch in der Resolution zum Punkt „Internationale“ steht, auch hier noch einmal sagen, daß die Regierung die unzweifelhaft vorhandenen Möglichkeiten zu Friedensverhandlungen ausnütze. Wir sind nicht nur selbst erfüllt von dem Bewußtsein, daß es für die Massen nicht mehr auszuhalten ist, daß die Blutopfer fast schon zurücktreten hinter der wirtschaftlichen Not, die in jede Familie eingekehrt ist, und wir möchten alles tun, nicht nur, um dem Wunsch nach Frieden leidenschaftlichen Ausdruck zu geben, sondern um wirklich etwas dazu zu leisten. Aber ich bin überzeugt, daß wir am meisten leisten, wenn wir zeigen, daß wir einheitlich und geschlossen, ohne rechtshaberische Streitigkeit auf dem Boden stehen: wir wünschen und wollen den sofortigen Frieden! — daß wir uns aber nicht einlassen in Wünsche und Forderungen, über deren Zweckmäßigkeit verschiedene Anschauungen obwalten können. Ich möchte nicht, daß wir durch ein zweifelhaftes Votum unsere Geschlossenheit stören. Ich wäre sehr froh, wenn Genosse Fritz Adler seinen Antrag zugunsten des Amendements von Austerlitz zurückzöge. (Lebhafter Beifall.)

Die Partei und die Internationale.

Referat.

Der Parteivorstand hat mit Absicht diesen Punkt an letzte Stelle gestellt, um allen Genossen die Möglichkeit zu eröffnen, alles, was sie am Herzen haben, auszusprechen. Für alle, die sich mit dem Schicksal der Partei beschäftigen, die ihr Leben mit dem Schicksal der Partei identifizieren, ist das Verhältnis der Partei zur Internationale zur schwersten inneren Sorge geworden. Als der Krieg hereinbrach, war die Internationale in ihrem Bewußtsein und in der Tat ein noch völlig einheitlicher Körper. Das Büro ward in diesen Tagen schnell zusammengerufen, es trennte uns nicht der leiseste Mißton und von einer Möglichkeit, daß wir verschiedene Wege wandeln könnten, war keine Rede.

Ich will, um entgegengesetzten Behauptungen entgegenzutreten, feststellen, daß die Vertreter der russischen Partei versicherten, daß eine russische Revolution im Falle des Krieges nicht ausbrechen werde. Mit der Kriegserklärung ändert sich das Bild. „Wir müssen uns zur Wehr setzen für unser Land, nachdem wir den Krieg nicht abzuwehren vermochten!“ Das ist der Prozeß in Deutschland und Frankreich. In Österreich war derselbe Gedankengang maßgebend. Nicht nur die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, das Land zu verteidigen, bestand, sondern der Wunsch und Wille, uns nicht von Rußland über den Haufen rennen zu lassen. So sehr ist dieser Gedankengang ein Gemeingut der Internationale, daß im hitzigsten Krieg in den ersten Monaten Vandervelde, der fürwahr durchaus die Fähigkeit verloren hat, seinen Gefühlen Zügel anzulegen, anerkennen mußte, daß man die Handlungsweise der Deutschen begreifen müsse, da die Deutschen unter der Gefahr der russi-

schen Überflutung standen. Ich erwähne, weil es der Gegenstand von allerlei rückgreifenden Betrachtungen, insbesondere in den angeblich linksstehenden Blättern war, daß ich als Vertreter der österreichischen Partei dort feststellte: „Wir haben den Krieg schon, wir haben bis jetzt gegen den Krieg gekämpft, so gut wir konnten. Die Arbeiterschaft Österreichs hat gegen die Kriegstreiberien das Äußerste getan. Aber erwartet von uns jetzt keine Aktion mehr! Wir sind im Kriegszustand, unsere Presse ist unterdrückt. Wir haben den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht im Hintergrund. Ich bin nicht da, um Reden in einer Volksversammlung zu halten, sondern um euch die Wahrheit zu berichten, daß eine Aktion hier, wo Hunderttausende bereits auf dem Wege zur Grenze sind, und zu Hause das Kriegsrecht waltet, unmöglich ist.“

Es ist begreiflich, daß diese offene, wahrheitsgetreue Darlegung nicht den Beifall aller gefunden hat, die von mir eine etwas mehr feurige und dekorative Rede erwartet haben. Aber die Meinung damals war, der Krieg werde sich noch vielleicht verhindern lassen. Noch war nicht bekannt, daß Rußland vollständig mobilisierte, und man wußte bloß von elf oder siebzehn Armeekorps. Man beschloß — es war unser letzter Beschluß — es habe acht Tage darauf in Paris eine Konferenz stattzufinden, und es werden die Franzosen beauftragt, auf ihre Regierung einen Druck auszuüben, damit sie Rußland im Zaume hält, und die Deutschen, auf ihre Regierung, damit sie Österreich im Zaume hält. Und zu jener Zeit haben wir, wie wahrscheinlich alle Welt gemeint, daß England und Lord Grey ein Element des Friedens sein werde, so zwar, daß wir allerdings in unserer großen Mehrheit der Meinung waren, daß Kaiser Wilhelm wünscht, Frieden zu halten, und daß eigentlich niemand gezweifelt hat, am wenigsten die Franzosen, er und Lord Grey zusammen werden vielleicht noch im letzten Moment den Frieden erhalten. Es wurde weiter ein Beschluß gefaßt, daß die Vertreter der Neutrals ersucht werden, bei ihren Regierungen einzuwirken, um von dieser Seite ein Einschreiten im Sinne des Friedens zu ermöglichen.

Der 4. August war der Ausdruck nicht nur der Meinung von hundert Abgeordneten, sondern der überwiegenden Masse des deutschen Proletariats selbst. Das ist es, woran, glaube ich, alle Betrachtungen über die Internationale und ihr Verhältnis zu den Parteien vorübergehen. In jedem von uns ist in jenen Tagen etwas zerbrochen, ein Glaube, eine Meinung über unsere Kraft, aber die Tatsachen haben gezeigt, daß der Glaube vielleicht Berge versetzen kann, aber über geschichtliche Tatsachen, wie dieser Krieg, eben nicht hinweg kann. Es ist die plötzliche Erkenntnis, daß die sozialistischen Proletariate in ihrem Denken verknüpft waren, daß es aber Dinge gibt, die sie zwingen, gegeneinander zu stehen. Dieser Konflikt ist tragisch, aber wir sind ihm in allen Ländern erlegen. Von jenen Leuten, die diesen Konflikt leugnen, spreche ich nicht. Nicht als ob ich ihre Meinung nicht respektierte.

aber ich halte solche Meinungen für das Produkt einer *Abstraktion*, eines künstlichen Denkens, das niemals Sache der Masse werden kann. Je mehr sich die Greuel des Krieges auch im Hinterland verbreiten, desto fester wird die Überzeugung von der Notwendigkeit der Abwehr. Diese Meinungen, die man uns suggerieren und als die eigentlichen internationalen darstellen will, als ob der Zusammenhang mit unserm Volk gleichzuschätzen wäre oder geringer als der Zusammenhang mit allen Völkern, dieser Gedanke ist ein künstlich herbeigeführter und er ist niemals Eigentum und Wesen der Internationale gewesen. Die Internationale war immer und konnte nichts anderes sein als der Bund von national organisierten — das Kommunistische Manifest hat übrigens darunter nichts verstanden als die staatlich organisierten — Parteien, die in ihrem Lande wirken und die Interessen ihres Proletariats in die erste Linie stellen und aus dem Interesse ihres Proletariats den Bund aller Proletariate wollen. Daß dieser Bund notwendig ist, daß er allein uns dem Ziele näher bringen kann, daß er die Grundlage, die Existenzberechtigung, das Wesen der sozialistischen Bewegung ist, darüber ist gar kein Zweifel. Es ist gewiß auch heute heilig wahr, nachdem jetzt der Weltkrieg die Proletariate gegeneinander geworfen hat, wie wir es uns nie vorstellen konnten, weil wir uns dies auch nicht vorstellen wollten: daß unsere Ziele nicht anders erreicht werden können als im Bunde von politischen Parteien, die nach Staaten und Nationen organisiert sind. Man kann nicht erwarten, daß uns die Internationale etwas bringt, was die Parteien vorher nicht geschaffen haben. Der Krieg ist eine so gewaltige und entsetzliche Sache, daß es ein Wunder wäre, wenn irgendeine Institution dagegen standgehalten hätte. Alles was wir über die Folgen der Rüstungen vorhergesagt haben, in bezug auf Gestalt, auf Ausdehnung und Inhalt des Krieges, wurde durch die Tatsachen weit übertroffen. Diesen Erscheinungen gegenüber war das Zusammenbrechen der Internationale in dem Sinne, daß sich ihre Organisation nicht erhalten ließ, während die Proletariate gezwungen sind, in den Reihen ihrer Landesgenossen zu kämpfen, erklärlich — wenn auch noch so schmerzlich.

Wir hätten wahrscheinlich vorgezogen, wenn das Exekutivkomitee der Internationale, das seit Jahren aus Belgien bestand, in dem Moment, wo Belgien überfallen und in die Notwendigkeit eines Verteidigungskrieges gezogen wurde und alle unsere Parteigenossen in den Krieg mit einbezogen waren, wo sie es für notwendig hielten, sich mit der Regierung ihres Landes nicht nur solidarisch zu erklären, sondern in die Regierung einzutreten — wir hätten es alle für nützlich gehalten, wenn die belgischen Genossen in diesem Zeitpunkt ihr Amt den Vertretern eines neutralen Staates abgetreten hätten. Es war kein gesundes Verhältnis, daß *Vandervelde* belgischer Minister und Redner in allen Ländern für die Fortsetzung des Krieges war und zugleich Vorsitzender des Exekutivkomitees des Internationalen Büros geblieben ist. Ich

will ihm aus der politischen Tätigkeit, die er für notwendig hält im Interesse seines Landes, in diesem Moment keinen Vorwurf machen, weil ich überhaupt nicht gern Vorwürfe erhebe, wo Leute unter ihrer Verantwortung unter Umständen, die nur sie allein vollständig übersehen können, handeln; aber das weiß ich, es wäre für uns alle, für den weiteren Zusammenhang der Internationale nützlicher gewesen, wenn er gesagt hätte: „Jetzt brauchen wir eine Geschäftsführung, die nicht unmittelbar am Kriege teilnimmt.“ Nun war unsere Hoffnung, daß, wenn die erste Erschütterung durch den Krieg vorbei ist, es möglich sein wird, eine Anzahl von Sozialisten aus allen Ländern zusammenzurufen, um eine internationale Konferenz zu ermöglichen, die die Mittel erwägt, um der Fortsetzung des Krieges entgegenzutreten.

In dieser Erwartung haben wir uns getäuscht. Ich sage Ihnen ganz offen, ich teile die überschwenglichen Hoffnungen auf eine solche internationale Kundgebung nicht. Auf dem internationalen Kongreß in Wien hätte das Amendement Vaillant-Keir Hardie zur Verhandlung kommen sollen, nach welchem bei Ausbruch eines Krieges ein Generalstreik in den Munitionsfabriken und auf den Eisenbahnen hätte proklamiert werden sollen. Wir haben auf dieses Amendement eine Antwort vorbereitet. Diese hat gelautet: „Wir sind für jedes Mittel, das dem Krieg entgegenwirken kann. Aber wir halten das Mittel eines solchen Generalstreiks für unanwendbar. Denn: möglich wäre es nur im Falle einer Insurrektion und dann könnte sich ein Generalstreik nicht auf die genannten Branchen beschränken. Kommt es aber nicht zur Insurrektion, dann ist gerade der von Vaillant und Keir Hardie vorgeschlagene Streik am unmöglichsten.“ Wir haben uns also in dieser Beziehung keiner Täuschung hingegeben. Aber darauf waren wir nicht gefaßt, daß eine solche absolute Unmöglichkeit eines agitatorischen Eingreifens auch in den Köpfen der Arbeiter eintreten würde. Denn wir dürfen die Abneigung der sozialistischen Arbeiter gegen den Krieg nicht verwechseln mit dem Wunsch, dem Krieg entgegenzutreten, selbst wenn dieses Entgegentreten zum Sieg unserer Gegner führte. Es hat sich gezeigt, daß wir agitatorisch während des Krieges nur wenig einwirken können, ja, in einzelnen Ländern überhaupt gar nicht. Das Zusammentreten der Internationale, um im Namen der Proletariate den Willen und Wunsch zum Frieden zu gelangen, kundzutun, hat nicht nur technische, sondern auch sachliche Schwierigkeiten. Die deutschen und österreichischen Genossen können ohne weiteres sagen: Wir wünschen das Ende des Krieges sofort und wir wollen, daß unsere Machthaber alle Möglichkeiten dazu eröffnen. Anders steht es mit einem Teil der Sozialdemokraten des Auslandes. In einer besseren Lage als wir sind unsere italienischen Genossen. Sie sahen jahrelang den Weltkrieg neben sich und nach einer kleinen Periode des Schwankens haben sie entschlossen den Kampf für die Neutralität und gegen die

Kriegserklärung geführt. In Italien war es klar, daß es zu einem Angriffskrieg gegen Österreich kommen sollte, der als um so willkürlicher gelten mußte, weil Österreich zu einer ganzen Reihe von Konzessionen bereit war. In Österreich kann man im Zweifel sein; gewiß wurde Österreich provoziert, man kann auch den Krieg als unausweichlich betrachten, darüber ist kein Zweifel. Aber sicher ist, wenn noch so viel Brennstoff angehäuft war, derjenige, der die Lunte angelegt, den Brand entzündet hat, das waren die Verfasser der serbischen Note. Ich erinnere mich immer an den so tiefen und so wahren Bibelsatz: Ärgernis muß sein in der Welt. Aber wehe dem, der das Ärgernis hervorruft! Daß der Krieg in der Luft lag, ist wahr. Aber unglaublich ist es, daß es einen Menschen gegeben hat, dem es möglich war, seine Unterschrift unter diese Note zu setzen und der, wenn sein Gehirnzustand noch ausreicht, wissen mußte, was er mit dieser Unterschrift herbeiführt und der doch unterschrieben hat*). Also, unsere italienischen Genossen waren in einer besseren Lage. Ja, bis zu einem hohen Grade auch unsere englischen Genossen, die, insoweit sie wirklich als Sozialisten angesprochen werden können, zum größten Teil auch heute noch auf dem Standpunkt der Bekämpfung des Krieges stehen. Allerdings ist das nur eine Minorität der englischen Arbeiter selbst. Aber wir ändern haben keine Möglichkeit gehabt, jemals — nicht nur wir in Österreich, sondern auch in Deutschland und Frankreich nicht — zu sagen: Wir wollen den Krieg oder wir wollen ihn nicht! — sondern der Krieg ist als fertige Sache über uns gekommen wie eine Erdbebenkatastrophe, gegen die man sich auch durch eine Abstimmung nicht wehren kann. Insofern waren bloß die italienischen Genossen, deren Mut und Opferfähigkeit ich dadurch in nichts herabsetzen will — sondern ich will nur aussprechen, daß ich sie um die Möglichkeit beneide, ihrer Überzeugung in der Weise Ausdruck zu geben, wie wir alle es nicht konnten — in einer besseren Lage. Aber bei uns und in Deutschland mußten wir uns damit bescheiden, zu sagen: Der Krieg ist da. Das einzige, was schlimmer ist als der Krieg, ist die Niederlage. Wir haben nun die Aufgabe, die Partei über diese Zeit hinaus zu erhalten, dafür zu sorgen, daß dieses Erdbeben nicht alles verschüttet, was wir aufgewendet haben an proletarischer Organisationsarbeit, und wir haben zweitens die Aufgabe, was an uns ist, dafür zu sorgen, daß die Folgen des Krieges dem Proletariat nicht empfindlicher werden als es notwendig ist. Wir müssen darum alle unsere organisatorische Kraft und Fähigkeit, die wir uns auf andern Gebieten erworben haben, in den Dienst dieser Sache stellen. Darüber hinaus können wir nicht. Wir übernehmen keine Verantwortung für den Krieg, am allerwenigsten für seine Fortführung. Das Gegenteil ist die Rolle gewesen, insbesondere der französischen Sozialisten. Von den Belgiern will ich absehen, denn sie waren in einer Ausnahmstellung durch den

*) Der Kaiser Franz Josef.

Überfall und das Wegrasieren des ganzen Staates. Aber die Franzosen haben nicht nur die Verantwortung für die Kriegführung übernommen, sondern bis heute auch für die Fortführung des Krieges, das heißt gegen jede Friedensbestrebung. Ob sie das müssen oder nicht, ob sich das noch verträgt mit ihren Grundanschauungen oder nicht: die Sozialisten, die in diesen Ministerien sitzen, sind so erfahrene, alte Genossen, zum Teil wie Guesde Theoretiker allerersten Ranges; sicher aber ist die Folge davon, daß es ihnen auf das äußerste schwer fallen muß, mit uns in irgendeine Berührung und Verhandlung zu treten, denn in dem Moment, wo sie es tun, machen sie nicht nur sich verantwortlich, sondern auch die kriegführende Regierung ihres Landes, und wenn die Sozialisten verantwortlich sind für die Regierung, so wird nicht minder die Regierung verantwortlich gemacht für die Sozialisten. Da ist es selbstverständlich, daß, wenn schon wir uns sehr hüten müssen und werden, etwas zu tun oder zu sagen, was schädlich wirken könnte in bezug auf die Verteidigung des Landes — in einem Lande, wo die Sozialisten sich mit der Regierung identifiziert haben, die noch mehr Bedenken tragen werden, sich an denselben Tisch mit uns zu setzen.

Das ist eine Schwierigkeit und sie ist nur zu überwinden dadurch, daß eine deutliche Scheidung zwischen uns und den französischen Delegierten ausgesprochen wird. Aber auch das hätte nur dann einen Wert und einen Sinn, wenn es wirklich gesagt und beschlossen wird von der Partei selbst. Wir haben in allen Formen Bemühungen gemacht, eine solche Konferenz des Internationalen Büros zustande zu bringen. Wir haben nicht geglaubt, daß dadurch dem Krieg eine entscheidende Wendung gegeben werden kann. Mir wenigstens hat es sich nur gehandelt um die Erhaltung der internationalen Solidarität. Streitende Brüder sind noch immer Brüder. Ihr Kampf ist nur eine Episode. So weit sind wir leider noch nicht, daß wir auf den Schlachtfeldern uns begegnen, die Kanonen gegen unsere Gegner richten und uns dort die Hände reichen können. Das ist zunächst ein Traum und zum Träumen ist diese Zeit der blutigen Tatsachen wahrhaftig nicht die richtige Zeit. Eine Einwirkung auf den Verlauf des Krieges halte ich für ausgeschlossen.

Die Wiederherstellung der Internationale nach dem Kriege wird kein leichtes Werk sein. Nicht jeder wird sich sofort befreien können von der Hitze des Kampfes. Es gibt französische Genossen, die die Meinung haben, es wäre von den deutschen und österreichischen Genossen abhängig, den Frieden zu erzwingen. In diesen Ländern ist der Gedanke an die volksbefreiende Mission Frankreichs mit dem Kriege verknüpft. Dabei ergibt sich allerdings die Verlegenheit, daß Frankreich mit Rußland verbunden ist. Es wird nach dem Kriege, vielleicht noch während des Krieges, eine Annäherung der Gesamtparteien hoffentlich möglich sein. Es wird eine Zeit der Schwierigkeiten der Verhandlung kommen, aber wir werden uns wieder finden müssen. Einzelne Genossen in verschiedenen Ländern hängen dem Gedanken nach, erstens, daß eine Internationale er-

richtet werden muß, die eine ganz andere ist, als sie bisher war, und zweitens, daß diese Internationale vorbereitet und ein Einfluß auf die Beendigung des Krieges genommen werden kann, wenn man nicht die Masse der Parteien, sondern diejenigen, die außerhalb der Masse der Parteien stehen, vereinigt. Sie kommen zusammen, um gegen den Krieg und vor allem gegen die eigene Partei zu protestieren und Stellung zu nehmen. Ich halte dies für eine begreifliche aber für keine nützliche Erscheinung, weil sie die Gegensätze herauszutreiben geeignet ist und in jedem einzelnen Lande Übertreibungen nach rechts direkt herausfordert, weil sie sich als Opposition gegen die Gesamtpartei hinstellt und den Krieg gegen die eigene Partei mit größerem Eifer und Erfolg führt als gegen die Herrschenden und gegen den Krieg.

Ich halte sie aber auch in bezug auf das Ziel, das erreicht werden soll, für zweifelhaft. Insofern als nichts erreicht werden soll, als angesichts der kämpfenden Armeen das Gefühl der internationalen Solidarität zu bekunden, ist es gut und nützlich. Aber wenn man die Aufgabe dieser Minoritäten darin erblickt, die andern zu verleumden und so zersetzend auf die Partei zu wirken, so scheint mir die neue Richtung höchst bedenklich und gefährlich zu sein. Wenn je die Parteieinheit notwendig war, so heute. Und wenn es je ungeheuer schwer war, diese Einheit aufrechtzuerhalten, so wieder heute. Es ist ganz begreiflich, daß unsere Organisation nur mit den größten Anstrengungen standhält. Man könnte sagen: wann sollen wir den Verstand verlieren, wenn nicht heute? Und doch dürfen wir ihn nicht verlieren. Wir müssen zusammenhalten, weil sonst die Partei nicht standhalten wird, nicht standhalten im Krieg und erst recht nicht nach dem Krieg, wenn ihre eigentliche Aufgabe erst beginnt. Weil die Zimmerwäldler nicht die Solidarität in den Vordergrund schieben, sondern die Gegensätze in jedem einzelnen Land, darum sind sie bekämpfenswert. Was sich heute in Deutschland abspielt, das ist — wenn auch die Spaltung der Fraktion noch nicht die Parteispaltung bedeutet — etwas ganz Furchtbares und sollte für alle Parteien ein warnendes Beispiel sein. Ich bin geneigt zum äußersten Entgegenkommen nach rechts und nach links. Ich bin es um so mehr, als ich bedenke, was ich selbst durchgemacht habe, seit wir vor zwanzig Monaten in Brüssel beisammen waren. Was ich aber nicht begreife, ist, daß man einen solchen Unfehlbarkeitsdünkel hat und so gar keine Rücksicht und Einsicht. Man redet von der Überzeugung und bedenkt nicht, daß die andern auch einer Überzeugung folgen. Kautsky hat dem Recht der Überzeugung einen ganzen Aufsatz gewidmet und bei jeder Spaltung waren beide Teile fest überzeugt, daß ihre Überzeugung die richtige sei. Aber müssen wir nicht unsere persönlichen Überzeugungen unterordnen der Überzeugung der Mehrheit? Wenn man von reinlicher Scheidung redet, dann muß ich sagen: die Scheidung kann sein, aber die Reinheit wird damit nicht gewonnen sein.

Sie sehen da die rechte Seite, die ein volles Maß von Sünden hat und in erster Linie mitschuldig ist durch ihr zügelloses bedenkenloses Aussprechen der unglaublichsten optimistischen Anschauungen bezüglich dessen, was nach dem Krieg sein wird, hervorgerufen zum größten Teil durch die Ungewohntheit, mit den hohen Herrschaften zu verkehren. (Heiterkeit und Beifall. S k a r e t: Das hat ihren Charakter verdorben!) Das hat mit dem Charakter nichts zu tun, die besten Menschen machen einmal Dummheiten. Man ist darum nicht charakterlos, weil man sich einmal weicher zeigt, aber wir sehen einen Optimismus in bezug auf den K l a s s e n g e g e n s a t z bei den Leuten, die den deutschen Gewerkschaften nahestehen, eine Erscheinung, die bei uns zum Glück nicht besteht. Bei uns ist auch nicht jedes Wort, das geschrieben wird, Gold, rechts nicht und noch weniger links. Aber abgesehen von dem, was man früher milde Entgleisungen genannt hat, halten sich im großen und ganzen auch unsere Gewerkschaften frei von jenem Optimismus, der wirklich meint, daß nach dem Krieg eine Milderung des Klassenkampfes eintreten wird, auch frei von jenem Optimismus, der meint, daß eine solche Milderung eintreten könnte durch ihr Entgegenkommen oder durch das politische Entgegenkommen der Partei. Drüben aber hat das eine große Rolle gespielt und ein zügelloses Vertrauen zu den Herrschenden ist ausgebrochen und wird bekundet. Es wird der Entschluß bekundet, nun müsse auch alles in der Partei anders werden, unsere Methoden müßten geändert werden. Ich zweifle gar nicht daran, daß manches geändert wird, wir haben auch vieles geändert. Es kann aber auch sein, daß sich im Laufe der Begebenheiten als notwendig erweisen wird, zu den alten Methoden zurückzukehren, aber dieses systematische Heraustreiben des Gegensatzes gegen die Traditionen der Partei, dieser Hohn, der von der rechten Seite systematisch ausgeschüttet wurde über die alte Parteitaktik und insbesondere über die Internationale, hat natürlich vieles verschuldet. Es wurde auch vieles darin gesündigt, daß wirklich herzlos mit kaltem giftigen Hohn jede Erscheinung verzeichnet, vergrößert, vergrößert, womöglich zur Karikatur entstellt wurde, die zeigt, daß auch in andern Ländern die Proletariate demselben äußeren und inneren Zwang unterliegen, und eine Sammlung aller dieser Versündigungen an der Partei, das sind die „Sozialistischen Monatshefte“. Sie wollen ja eine immer größere Partei, weil sie alle möglichen Schichten dazu haben möchten, anstatt eine Klassenpartei zu haben, aber das Bewußtsein des Klassencharakters der Partei, das Bewußtsein der Solidarität mit den Arbeitern der andern Länder wird systematisch demoliert und verhöhnt, und das ist es, was uns alle, die wir international denken und empfinden, trotz alledem e m p ö r e n muß. Demgegenüber sehen wir einen Rückschlag auf der andern Seite. Da sehen wir nun eine Verhöhnung der Einheit der Partei, den Wunsch, die angeblich einzig Gesinnungstüchtigen zu sammeln gegenüber den andern, einen Wunsch, der, wenn er glücken könnte, zu nichts

andern führen könnte, als zur Bildung einer Sekte innerhalb des großen organisierten Proletariats.

Wir sehen dann, wie das bei dem Krieg innerhalb der Partei eben geht: wenn sie das auch in der gebildetsten Weise und ausgerüstet mit allen Behelfen der Gelehrsamkeit links und rechts und natürlich in ein verlockendes sozialistisches Gewand gekleidet, tun, so geht es nicht anders zu, als auch bei uns beim Streit mit Hanser und Heimann. Und so treibt man auseinander. Davon sehen wir im Reichstag den Anfang. Ich freue mich, im „Vorwärts“ zu lesen, daß die Minorität den erzwungenen Austritt nicht als Spaltung der Partei auffaßt. Das sagen die einen, die andern sagen, es ist eine reinliche Scheidung. Heine gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Fraktion befreit ist von störenden Elementen. Wenn die Sache bald zu einem Abschluß kommt, dann geht es ohne Gefahr vorbei. Wird das deutsche Proletariat vor bestimmten Fragen des Handelns stehen, so wird sich trotz allen Streites die Einigkeit finden. Nichts ist törichter und unökonomischer als diese Trennung, die zur Spaltung führen kann. Was wollt ihr euch denn spalten, da ihr euch doch wieder gezwungen sehen werdet, euch zu vereinen! Wir begrüßen jede Bemühung, das Proletariat zusammenzuknüpfen. Wir verurteilen aber aufs schärfste jedes Bestreben, das die einzelnen nationalen Parteien auseinanderzureißen geeignet ist. Die Internationale kann nichts anderes sein als das Produkt der einzelnen Parteien. Sie hat keine Kraft, die nicht gezogen wäre aus der Kraft der Parteien, der einzelnen Proletariate. Die Internationale ist keine Kraftquelle, sondern ein Kraftprodukt. Sie kann niemals werden eine Internationale, die gewissermaßen eine Diktatur über das Proletariat ausübt. Wir sind gegen jede Bestrebung, die geeignet ist, die Einigkeit, Kraft und Macht der Partei und ihre Bereitschaft für den Moment, wo sie wieder zu Aktionen fähig und verpflichtet sein wird, zu stören. (Lebhafter Beifall.)

Schl u ß w o r t:

Wenn ich Ihnen nicht versprechen kann, mich kurz zu fassen, so habe ich dazu meine Gründe. Ich weiß nicht, wie oft ich noch zu einem Parteitag werde sprechen können*), und ich möchte alles heraus sagen, was mir als das Wichtigste und Heiligste erscheint und was den Inhalt meines Lebens ausmacht. Wir haben eine Debatte geführt, die wirklich den Kern unserer ganzen Tätigkeit im Innersten berührt, eine Debatte, die nicht durch ihre Abstimmung, sondern durch die Direktive, die sie gibt für unser aller Tätigkeit, von den größten Folgen für die nächste Zeit für uns alle sein wird und sein muß. Daß dieses Ereignis des Krieges in unsere normale Tätigkeit hereingebrochen ist und daß alles sich verschoben hat, daß wir heute nach zwanzig Monaten noch immer über jenen

*) Dr. Adler hat dann noch den Parteitag des Jahres 1917 und den Parteitag von 1918, auf dem die Freilassung Fritz Adlers verkündet wurde, erlebt. Am Tage der Verkündung der Republik, am 12. November 1918, ist er gestorben.

Beschluß des 4. August sprechen, vielleicht mehr noch nach zwanzig Jahren davon sprechen werden, ist eine weltgeschichtliche Tatsache. Ich bin am 4. August der begeisterten Überzeugung gewesen, man konnte nicht anders handeln, aber ich gestehe, daß ich am 2. und 3. August, wo wir im Kreise von Genossen gesprochen haben, was die Fraktion tun werde, nichts anderes als sagen konnte: Ich müßte dafür sprechen, aber ich weiß nicht, wie ich es über die Lippen bringen würde. Ich war mir schon damals des Konflikts, des Entsetzlichen der Lage vollständig bewußt, ich halte es darum — nehmen Sie es mir nicht übel, die anderer Meinung sind — für einen gewissen Grad von Lieblosigkeit, ich möchte nicht sagen von Frivolität, nicht zu verstehen, daß alle Genossen, die sich damals entscheiden mußten, in dieser selben Gewissensqual gestanden sind. Haase war damals gegen die Erklärung der Fraktion und er wollte sie nicht vorbringen, aber man sagte: Du mußt es tun, weil sonst die Einheit und Geschlossenheit der Partei nach außen hin in Frage gestellt wird. Er hat damals ein großes Opfer gebracht. Ich bedaure sehr, daß er, nicht ohne Eingriffe von andern Genossen, heute sehr weit abgekommen ist von jener Selbstbeherrschung, die er damals hatte.

Da ich seinen Namen genannt habe, verzeihen Sie, daß ich gegenüber dem Genossen Fritz Adler eine kleine Bemerkung mache. Er sagte, die Disziplinwidrigkeit erklärt sich daraus, daß die Fraktion Haase nicht wollte zu Worte kommen lassen. Da muß ich schon sagen, das ist ein sehr merkwürdiger Grund für ein solches Eingreifen. Das kommt schon vor, daß irgendein Genosse glaubt, mit Recht oder Unrecht glaubt, daß man ihn nicht zu Worte kommen lassen will, daß aber der dann hingeht und ohne die Majorität zu verständigen, dann gegen den Beschluß spricht, wenn das einreißen würde, würden wir zu merkwürdigen Zuständen kommen. Das scheint mir eine mangelhafte Erklärung dieser ganzen Episode zu sein. Die Wahrheit ist, daß alle diese kleinlichen Gründe hier keine Geltung haben und daß die Minorität in Deutschland — ich hoffe, daß es hier nicht in dem Maße der Fall ist, und daß hier der Mund mehr spricht als das Herz meint — daß die Minorität in Deutschland der Ansicht ist, man muß die Partei trennen, in die, die auf dem alten — wie sagt man? — glorreichen Standpunkt stehen, und die, die abgewichen sind von unseren erprobten Grundsätzen. Die Wahrheit ist, daß diese Minorität diese Roßkur an der Partei vornehmen will und dem Patienten sagen: Entweder die Operation gelingt oder er stirbt. Aber sie muß gemacht werden. Das ist die Wahrheit und es ist ein Verhüllen der Wahrheit, wenn man das leugnet, was klar ausgesprochen wird in allen den Diskussionen. Ich leugne aber nicht, sondern hebe es hervor, daß solches Streben auch von der rechten Seite waltet, es sind nicht nur Gewerkschafter, sondern auch politische Redakteure, die sagen: Wir müssen uns abtrennen von denen, die die Partei auf den alten Wegen führen wollen, wir müssen diese Umhüllung endlich los werden. Zur Zeit des Dresdner Parteitages hat man ein

Wort kolportiert, das ein Mann von der heutigen Rechten gesprochen haben soll: Wenn die Alten einmal tot sind, dann schmeißen wir die ganze Rasselbande mal raus. Solche Meinungen waren auch auf der rechten Seite da und ich konstatiere jetzt schon, daß die von mir vorgeschlagene Resolution gegen den Versuch solcher Zerreißen nicht nur nach links, sondern auch nach rechts geht und in diesem Moment, nach dem Dazwischentreten der Vorgänge in Berlin erst mit vollem Verständnis so aufgefaßt werden muß.

Der Gefahr, die die Partei in Deutschland läuft, unterliegen wir hier auch. Wenn da eine Genossin erzählt hat, wie in Deutschland die Massen denken: der Genossin sind nur Zeitungen der einen Seite zugänglich, ich kann ihr die von der andern Seite zustellen, es werden da und dort Resolutionen gefaßt gegen die einen wie gegen die andern. Der Fall Scheidemann, von dem sie mir erzählt hat, hat noch ein Nachspiel, wo das wieder anders geworden ist. Uns in diese Kleinigkeiten einzulassen, werden wir uns wohl hüten müssen. Tatsache aber ist, daß wir in Deutschland zwei Strömungen haben, beide gefährlich und beide geeignet, die Partei auseinanderzureißen, und dagegen wenden wir uns. In Österreich haben wir solche Bestrebungen von dem, was man rechts nennt, noch nicht bemerkt. Sollten wir sie aber bemerken, können Sie überzeugt sein, daß der Parteivorstand nach rechts noch ganz anders seine Pflicht zu tun wissen wird, als er bis jetzt in seiner unendlichen Milde und Geduld vorgegangen ist.

Genosse Fritz Adler hat den Vergleich von Tigern und Lämmern angeführt, uns die Lämmer genannt und sich zu den Tigern gerechnet. Da möchte ich doch sagen, in zivilisierter Gesellschaft sind Tiger nur hinter einem Gitter möglich, im Freien läßt man sie nicht herumlaufen und ich möchte schon aufmerksam machen, daß, wenn das, was sich hier als Minorität gibt, etwa die Organisation einer Gruppe in der Partei vorhätte — wir haben Respekt vor jeder Meinung, aber die Partei lassen wir uns aus lauter Respekt vor den Personen nicht zertrümmern und nicht zerwühlen, absolut nicht, da hat es eine Grenze, und ich glaube den Genossen schon sagen zu dürfen, ich fürchte, daß sie die erlaubte Grenze sehr bald erreicht haben werden, wenn sie sie nicht schon erreicht haben.

Es ist etwas ganz anderes, wenn so ein alter Genosse, wie unser Freund K i e s e w e t t e r herkommt und sagt: „Ich verstehe die Welt nicht mehr, wir haben es ja ganz anders gelernt, ganz anders aufgefaßt, haben es ganz anders gedacht.“ Das ist wahr, keiner von uns hat die Eventualität eines Weltkrieges, dieser ungeheuerlichen Sache, vor Augen gehabt, aber wieder etwas anderes ist es, wenn nun Theoretiker und Wissenschaftler — es ist nicht alles Wissenschaft, was als Wissenschaft und nicht alles Theorie, was als Theorie bezeichnet wird — uns so den Weltkrieg als etwas bezeichnen, was nicht hineinpaßt in das Schema, und darüber so verzweifelt sind, daß sie nicht begreifen wollen, daß die Tatsachen, die der Krieg selbst schafft — ich meine die Tatsachen auf den Schlachtfeldern —, für unser aller Zukunft und unser aller Ent-

wicklung entscheidend sein werden, ob wir wollen oder nicht, und wichtiger sind als alles, was wir meinen. Ob das richtig ist, was wir meinen, das wird sich später zeigen, heute ist leider das Wichtigste, was geschieht. Da habe ich mir oft gedacht, wie Nestroy recht gehabt hat, der gejammert hat: es ist keine Ordnung mehr in die Sterne, die Kometen müssen abgeschafft werden! Ich möchte das ganz gern, daß wieder alles seinen ruhigen, ordnungsmäßigen Weg geht, den ruhigen Aufbau der Gesellschaft, das allmähliche Wachsen des politischen Einflusses, den geordneten Klassenkampf. Aber es nutzt alles nichts, es ist eben durch ein Elementarereignis eine furchtbare Unterbrechung eingetreten in dieser unserer Tätigkeit und wir werden erst, wenn die Katastrophe, deren Ende und deren Wirkung wir noch gar nicht absehen können, vorbei ist, hoffentlich alle miteinander den Weg finden, der dann zu betreten sein wird. Jetzt bleibt uns nichts anderes übrig, als dafür zu sorgen, daß es überhaupt noch ein organisiertes Proletariat gibt nach dem Kriege, das befähigt ist, seine eigene Politik und seine eigene Organisation zu machen.

Wenn man meint, daß das Band zwischen dem Proletariat damit auch abgerissen ist, weil die Funktion des Internationalen Büros sistiert ist, da ist man nach meiner Überzeugung in einen schweren Irrtum verfallen. Das Proletariat ist gezwungen, gegeneinander am Kriege teilzunehmen und in den Krieg geworfen zu werden, aber Haß zwischen den Proletariern gibt es tatsächlich nicht. Nicht einmal die am meisten Verblendeten und Verrannten und von Schlagworten Beherrschten — damit meine ich die Franzosen, die leider unter dem Einfluß ihrer Phantasie, unter dem Einfluß ihrer Geschichte, der Heftigkeit ihrer Bewegungen und ihres Ausdruckes von jeher stehen und die sich daher am meisten hinreißen ließen, daß selbst solche Leute wie Vaillant, der leider das Ende des Krieges nicht mehr erlebt hat, mitgerissen wurden —, selbst bei denen ist nicht etwa ein Haß gegen das deutsche Proletariat vorhanden, sondern nur eine Enttäuschung darüber, daß sie gemeint haben, beflügelt von ihrer Phantasie, es werde sofort die Revolution ausbrechen und das verhaßte deutsche Kaisertum werde von den empörten Volksmassen entfernt werden — eine Meinung, die wir wahrlich ihnen niemals beigebracht haben. Lesen Sie die Geschichte der internationalen Kongresse, wie auf jedem dieser Kongresse wir Deutsche es waren — gestatten Sie, daß ich als Österreicher mich vorläufig zu den Deutschen rechne, weil ich da mitgetan habe —, die vom ersten Kongreß in Zürich im Jahre 1893 angefangen, bemüht waren, die Leute zur Vernunft, das heißt zum nüchternen Ansehen der Tatsachen zu bringen und vor allem dazu zu bringen, dem Proletariat nicht eine Macht zuzusprechen und Möglichkeiten vorzutäuschen, die es tatsächlich nicht gibt.

Nun hat mir Genosse Fritz Adler heute im Tone des Vorwurfes und als Gegenüberstellung ins Gedächtnis zurückgerufen, daß ich es war, der in Stuttgart von unbegrenzten Möglich-

keiten während eines Krieges gesprochen habe. Ja, in Stuttgart, in Kopenhagen und in Basel, ich gestehe, auch heute noch, sehe ich unbegrenzte Möglichkeiten, ich weiß noch nicht — wir haben nie gewußt, wie der Krieg anfangen wird — und ich wiederhole heute, wir wissen nicht, wie er enden wird, aber diese Möglichkeiten als Wirklichkeiten, als Sicherheiten hinstellen und etwa gar das Proletariat darauf einzuschwören, sie zu verwirklichen. davor werde ich mich hüten, weil ich verantwortlich bin nicht nur für mich, sondern mich verantwortlich fühle und jeder von unseren Vertrauensleuten sich verantwortlich fühlt für die Sache und für die Menschen, die in unserer Partei stehen. Es kann sein, daß am Schluß des Krieges sich ganz merkwürdige Dinge begeben und wir wissen noch gar nichts — ich rede ganz frei von der Leber weg —, was angesichts der wirtschaftlichen Not, wenn der Krieg noch lange dauert, sich begeben wird. Wir wissen nicht, wozu wir als Vertrauensmänner der organisierten Arbeiter noch kommen werden, und es kann für jeden von uns kommen, daß wir die Wahl haben, zwischen Galgen und Laterne, daß wir eingeklemmt werden zwischen den Kriegsgesetzen der Mächtigen und Übermächtigen und dem Wutgeheul einer ausgehungerten, undisziplinierten, unorganisierten, wilden Masse. Das kann noch kommen, aber wir rechnen nicht damit als mit einer Hoffnung, sondern ich meines Teiles rechne damit als mit einer schweren Gefahr, weil ich wohl weiß, daß ein solches Ende des Krieges die ganze Arbeit, an die wir alle ein Leben gewendet haben, auf Jahrzehnte zurückwerfen würde. Nicht auf unser Leben und unsere Gefährdung kommt es an, sondern auf die Organisation, auf die ganze Grundlage unserer Arbeit, die dann auf lange Zeit zerstört wird. Die stolzeste Erinnerung knüpft sich an die Pariser Kommune, gewiß — es ist beinahe ein halbes Jahrhundert her, wo alles noch jung und im Werden war und weniger zugrunde gehen konnte, weil weniger vorhanden war, weil das Proletariat noch nicht viel zu verlieren hatte an Errungenschaften, ich meine nicht politische Errungenschaften, sondern an eigener Kraft. Trotzdem hat das französische Proletariat an den Folgen der Kommune zwanzig Jahre schwer zu tragen gehabt. Wie würde es uns gehen? Darum bin ich nicht so erfreut davon, wenn man sich so des Wachstums der Unzufriedenheit in den unorganisierten Massen freut. Ich bin nicht sehr erfreut, wenn jemand Zeichen der wachsenden Unbehaglichkeit unter den Frauen sieht, die auf den Märkten zu wenig finden. Das sind zunächst nicht unsere Genossinnen. Zu wenig Fleisch und zu wenig Mehl finden auch andere, so wenig haben wir mit ihnen gemein, wie wir gemein haben mit jenen Schichten, die sich als die verkürzten Verbraucher — weil wir schließlich alle essen und verbrauchen — nunmehr mit uns halb und halb auf eine Linie zu stellen schelten, und daß da eine Macht hergestellt wird, wo alle Kühe schwarz sind, weil alle unter dem teuren Mehl, unter dem nichtvorhandenen Fleisch leiden. Das sind Dinge, die viel wichtiger sind für unsere Zukunft.

für die Bewahrung der Reinheit und Einheit unserer Partei, der Zielbewußtheit unserer Parteitätigkeit als gewisse Vorgänge, die in unserer Partei, besonders in Deutschland, so viel Lärm machen.

Es wird hier der Vorwurf erhoben, daß wir in unserer Presse zu wenig erzählen von dem, was draußen vorgeht, daß man euch nicht jeden Streitfall, der außerordentlich pikant und interessant ist, mitteilt. Ich war immer der Ansicht, und Genosse Austerlitz ist es auch, es ist gar nicht so nützlich und notwendig, daß wir jeden Gestank, der draußen los ist, hier aufwiehen, daß jeder Streit, der heute besteht und morgen vorbei ist, hier auch in die Öffentlichkeit gebracht werde und daß die Genossen, die nicht Anteil haben an der Größe, der Wirksamkeit, an dem Fortschreiten der Partei in Deutschland, dafür Anteil haben sollen an den mitunter so kleinlichen und unangenehmen Zänkereien, die draußen die Genossen weit über Gebühr beschäftigen. Man hat uns hier vorgeführt, daß wir unduldsam sind gegen die Genossen, die sich als Linke darstellen und durch Einbringung von Resolutionen auszeichnen, die uns eigentlich — ich habe das Gefühl — so hingehalten werden: über den Stock mußst du jetzt springen! Wir sind nicht unduldsam, wir lassen sie reden, hören ihnen mit der gebührenden Andacht und Aufmerksamkeit zu, ja wir versichern sie bei jeder Gelegenheit unserer persönlichen Hochschätzung, was natürlich nicht macht, daß wir deshalb ihrer Ansicht sein können; wenn uns aber gesagt wird: wir können nicht anders, denn wir haben den Weg zum Seelenheil, ihr aber seid die Verdammten, ihr wollt uns in die ewige Verderbnis führen: so dogmatisch reden wir allerdings nicht, aber, wenn schon ein Dogma, muß ich schon sagen, dann meines, nicht das der Genossin Schlesinger. Ich bin gar nicht rechthaberisch, ich bin bereit, mit jedem zu diskutieren, aber das kann man doch von mir nicht verlangen. Eine ganze Reihe von Ansichten haben in der Partei Platz, die zum Teil auf die praktische Arbeit keinen Einfluß haben, jeder hat sein Steckenpferd, aber darum kann er ein tüchtiger Genosse sein, der mir ganz willkommen ist, wenn er mich auch manchmal ein paar Abende kostet. Aber mir bei jeder Gelegenheit sagen zu lassen, und zwar ziemlich entschieden: der bessere Mensch bin eigentlich ich und du gehörst doch zu den verdammten Seelen! das geht doch über den Grad von Genußsucht hinaus, den ich habe.

Nun haben Sie einen Antrag*) eingebracht, wo Sie uns nach allerlei Einleitungen das Wort Zimmerwald hinhalten, wir

*) Wir drucken zum besseren Verständnis dieser Ausführungen beide Resolutionen ab.

Die Resolution des Parteivorstandes lautet in der von der Konferenz beschlossenen Fassung:

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Österreich (vereint ihre Stimme mit dem Ruf der leidenden Massen in allen Ländern nach Beendigung des Krieges, dessen Fortsetzung nur zwecklose Häufung unsagbarer Opfer und dauernde Verwüstung der schwer erarbeiteten Kulturgüter herbeiführen kann). Sie begrüßt [die

sollen uns für oder gegen Zimmerwald erklären. Ich halte diese Taktik für nicht gut, ich habe auch in der Presse die Zimmerwalder als Leute bezeichnet, die es ja gut meinen, aber die kaum zu dem Zwecke, den sie erreichen wollen, etwas Ernstes und Nützliches beitragen werden, aber nichts ist mir ferner gelegen, als sie anzugreifen und es ist in Österreich auch meines Wissens kein Wort geschrieben worden gegen Zimmerwald. Zimmerwald ist in der ganzen Parteiliteratur eigentlich nur einmal erwähnt worden. — in einem „Kampf“-Artikel von Hilferding, wo ganz herbeigeholt, ganz ohne Zweck und ohne Not plötzlich ein Bekenntnis zu Zimmerwald vorgebracht wurde. Nun wird uns hier Zimmerwald vorgehalten. Das können wir nicht annehmen, aus soundso

sozialistischen Arbeiter in allen Ländern (und in allen Schützengräben) und ist der unerschütterlichen Überzeugung, daß sie sich wieder zur solidarischen Führung des internationalen Klassenkampfes zusammenfinden werden, wenn (das Ungeheuerliche) dieses Krieges vorbei ist. Sie begrüßt darum] jede Bemühung zum Zwecke der Wiederanknüpfung der durch den Krieg gestörten Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationale und der Solidarität der Arbeiterschaft im Klassenkampf führen kann, verurteilt aber auf das schärfste Bestrebungen — mögen sie von rechts oder links kommen —, die vermeinen, die internationale Einigung des Proletariats dadurch herbeiführen zu können, daß sie die proletarischen Parteien in den einzelnen Ländern zersetzen und spalten. Die Solidarität der erneuerten Internationale kann nur auf der festen Grundlage starker und geeinigter Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten verschärften Klassenkampfes, die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen.

In dieser Resolution sind die mit gewöhnlichen Klammern versehenen Stellen von der Zensur gestrichen worden. In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. April 1916 waren an ihrer Stelle weiße Flecken. Die Stelle in eckigen Klammern ist der vom Referenten Victor Adler selbst eingebrachte Zusatzantrag, von dem weiter unten die Rede ist. Die Worte „mögen sie von rechts oder links kommen“, wurden auf Grund eines Vorschlages von Dr. Ellenbogen aufgenommen.

Der Antrag der Minderheit lautet:

Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie in Österreich vereinigt ihre Stimme mit dem Rufe der leidenden Massen in allen Ländern nach Beendigung des Krieges, dessen Fortsetzung nur zwecklose Häufung unsagbarer Opfer und dauernde Verwüstung der schwer erarbeiteten Kulturgüter herbeiführen kann.

Die Friedenssehnsucht der Arbeiterklasse kann jedoch nur soweit wirksam sein, als sie von einem klaren politischen Willen getragen ist. Es ist in diesem Kriege offenbar geworden, daß die großen Probleme, vor die Europa gestellt ist, die Sicherung der nationalen Autonomie der Völker und die Ordnung der Weltwirtschaft durch Begründung der Handels- und Verkehrsfreiheit für alle Staaten der Welt nicht im Wege der Waffen gelöst werden können. Daß im Gegenteil der Friede nur kommen und die Rückkehr zu den Kulturaufgaben nur erfolgen kann, wenn in allen kriegführenden Staaten die Erkenntnis sich durchsetzt, daß die Weiterführung des Krieges zwecklos ist und ihm

viel Gründen, die hier schon erörtert wurden, wir können es aber auch nicht annehmen, weil heute kein Mensch weiß, was eigentlich Zimmerwald ist. Zimmerwald ist ein Sammelbegriff für alle Malkontenten in den verschiedenen Parteien. Unter sich sind sie ja nicht einig, im Gegenteil, sie teilen sich in eine ganze Reihe von Fraktionen und Fraktionchen und befehlen sich jetzt schon mit der ihnen eigentümlichen Schärfe, die lange nicht so mild ist wie unsere Methoden. Genosse Fritz Adler würde hier sehr stark Protest erheben — oder gar Danneberg, der sehr empfindlich ist —, wenn ich ihn etwa so behandelt hätte, wie die „faule Mitte“, die „Kautskyaner“, von den Genossen in Zimmerwald behandelt

nur eine Vereinbarung auf demokratischer Grundlage ein Ende zu setzen vermag. Die nachdrücklichste Vertretung dieser Forderung und die schroffste Gegnerschaft gegen jede Regierung, die nicht öffentlich erklärt, jederzeit zu Friedensverhandlungen auf Grund dieser Prinzipien bereit zu sein, ist die oberste Pflicht der Sozialdemokratie.

Als Erfüllung dieser Pflicht begrüßen wir die Ablehnung aller Kriegskredite, begrüßen wir die mutigen Reden der Genossen der Mehrheit der preußischen Landtagsfraktion und der Minderheit der deutschen Reichstagsfraktion, insbesondere auch die letzte Rede des Genossen Haase, begrüßen wir die Kundgebungen sozialistischen Friedenswillens der Minderheiten in allen Ländern, begrüßen wir den opfervollen Kampf der russischen Dumafraktion, vor allem aber das vorbildliche Verhalten der Sozialdemokratie in Italien.

Von der Erfüllung dieser Pflicht darf sich keine sozialistische Partei abhalten lassen, wenn auch das wirksamste Instrument dieser Politik, die sozialistische Internationale, zerstört ist. Wir gaben uns keiner Täuschung darüber hin, daß diese Zerreißung und Spaltung der Einheit der Arbeiterbewegung die notwendige Folge der bisherigen Stellungnahme der Mehrheiten der sozialistischen Parteien zum Kriege gewesen ist. Eine internationale Aktion von Proletariern, die einander besiegen wollen, ist außer dem Bereiche der Möglichkeit.

Wir begrüßen jede Bemühung zum Zwecke der Wiederanknüpfung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Arbeitern aller Länder, die zur Wiederaufrichtung der Internationale und der Solidarität der Arbeiter im Klassenkampf führen soll. Einen Ausdruck dieser Bemühungen und zugleich einen Beweis, daß auf den altbewährten Grundsätzen der Demokratie und des Sozialismus auch im Kriege die internationale Solidarität Ausdruck finden kann, sehen wir in der Zimmerwalder Konferenz.

Die Solidarität der erneuten Internationale kann nur auf der festen Grundlage starker und einiger Parteien in allen Ländern aufgebaut werden. Diese Einigkeit der sozialistischen Organisationen war niemals notwendiger als in den Zeiten verschärften Klassenkampfes, die dem Proletariat aller Länder zweifellos nach dem Kriege bevorstehen. Diese Einigkeit kann nur erlangt werden, wenn die Sozialisten aller Länder sich entschließen, die Beschlüsse der internationalen Kongresse in allen internationalen Fragen als bindend anzuerkennen.

Die Resolution Fritz Adlers wurde mit allen gegen fünfzehn Stimmen abgelehnt. Sodann wurde die Resolution Victor Adlers einstimmig angenommen.

werden, da würden sie erst schreien, denn die gehen gar nicht glimpflich miteinander um. Das ist das eine, aber wir können Zimmerwald nicht begrüßen, weil damit verknüpft sind alle Bemühungen, die einzelnen Parteien zu trennen in jene, die angeblich dem alleinrichtigen — alleinseligmachenden hätte ich beinahe gesagt — taktischen Programm angehören, und die andern, die nicht auf diesem Standpunkt stehen. Wir lehnen jede solche Tätigkeit ab, weil ich aber meine Freunde auf der linken Seite gut kenne, weil ich weiß, welche Rolle die Erörterungen auf dieser Konferenz möglicherweise in ihren weiteren Erörterungen spielen werden, auch in der Parteiöffentlichkeit und weil wir darauf gefaßt sein müssen, daß uns gesagt wird, wir haben jede Begrüßung der Proletarier in den andern Ländern der Internationale nicht nur unterlassen, sondern abgelehnt, weil ich dieser Unterstellung schon im vorhinein den Boden abschneiden will, darum habe ich einen Zusatzantrag eingebracht, den ich, wenn diese Gefahr der Entstellung unseres Standpunktes nicht bestünde, wirklich nicht für notwendig halten würde. Keine Erscheinung in unserer Presse, kein Wort, das wir gesprochen haben, läßt den Zweifel daran aufkommen, daß wir in voller Liebe und Solidarität stehen zu allen Proletariern, auch zu dem gegen uns zum Kämpfen gezwungenen Proletariat. Kein verletzendes Wort ist von unserer Seite gesagt worden und es ist nichts unterlassen worden, um diese gefühlsmäßige Verbindung der Solidarität immer wieder zu erwecken und zu befestigen. Trotzdem meine ich, ist es klug, wenn wir dieser Gefahr ausweichen und darum habe ich meinen Zusatzantrag eingebracht, der aber nicht diejenigen begrüßt, die nach Zimmerwald angeblich delegiert haben, nicht einzelne, die glauben, daß sie die Internationale gepachtet haben und sich international mit Gänsefüßchen zu nennen erlauben. Wir sind so international in Österreich, wir Internationalen, daß wir diese neue Firma neben uns einfach nicht zu dulden brauchen, aber wir wollen ausdrücken, daß wir nicht diese Eingänger begrüßen, sondern daß wir begrüßen diejenigen, mit denen wir im Herzen verbunden sind trotz des Krieges und mit denen wir wieder eine internationale organisatorische Einheit aufbauen wollen nach dem Kriege. Genosse Fritz Adler hat geglaubt, diesem Versuch, Entstellungen vorzubeugen, die Spitze abzubreaken, indem er so gütig war, diesen Zusatz auch als Zusatz zu seiner Resolution aufzunehmen; er vergißt aber, daß er in seiner Resolution eine ganz andere Rolle spielt als in unserer Resolution. Unsere Resolution ist gerichtet gegen die Parteizerstörer rechts und links und dabei soll es bleiben; neben den Zimmerwaldern würde dieser Zusatz nichts bedeuten als eine Phrase.

Genosse Ellenbogen meint, wir sollen hier einfügen „wir verurteilen aber auf das schärfste alle Bestrebungen, mögen sie von rechts oder von links kommen...“

Auch in Deutschland wäre natürlich der Sache der Einheit und der Partei sehr gedient worden, wenn es möglich wäre, wenn ein

Genosse die Kraft hätte, dem Reichstag und der Parteiöffentlichkeit beide Seiten des Widerspruchs, in dem wir leben, in einem auszudrücken. Das meiste von dem, was Haase und vor ihm eigentlich nicht minder deutlich Hoch, der nicht aus der Fraktion ausgetreten ist, ausgesprochen hat, hat ja Scheidemann eigentlich schon in einer früheren Rede gesagt, es hat nur gefehlt —, das ist ja nicht jedem gegeben und soll kein Vorwurf sein, sondern Feststellung einer Tatsache — daß neben der Notwendigkeit das Land zu verteidigen, in der größten Gefahr, die noch nicht vorbei ist, wie man immer wiederholt, denn ob Deutschland verteidigt wird daheim oder an der Marne ist ja dasselbe, nur mit dem Vorteil, daß nicht deutsche Städte dabei zerstört werden, aber es ist noch immer eine Verteidigung, und zwar eine, von der wir noch immer nicht wissen, wie sie schließlich ausfallen wird —, daß er verstanden hätte, neben dem Ausdruck des Entschlusses, diese Pflicht zu tun, auch zum Ausdruck zu bringen die Bitterkeit, das Leid, die verzweifelte Empörung, die im Proletariat selbstverständlich herrschen müssen gegen jene, die das herbeigeführt haben... Wir wissen ja, was wir von unseren verschiedenen Berchtolden zu halten haben, das kann aber nicht hindern, daß, wenn ein Brandleger ein Haus angezündet hat, wir uns nicht begnügen, den Brandleger zu beschimpfen oder einzusperren oder aufzuhängen, sondern vor allem müssen wir löschen, wenn der Brand einmal da ist, und zwar löschen nicht aus verdammt Pflicht und Schuldigkeit, sondern mit aller Hingabe, deren wir fähig sind, mit dem vollen Einsatz der Persönlichkeit, sonst nützt es nicht. Man kann eine solche Pflicht nicht abdienen, man muß sie erfüllen bis zum Letzten; aber dieses Bekenntnis sollte, um der Ausdruck der Stimmung des Proletariats zu sein, immer verknüpft sein mit dem Ausdruck der Bitterkeit der Masse gegen diejenigen und gegen die Zustände, die uns in diese Lage gebracht haben. Das ist es, was ich so sehr in Deutschland vermisste. Ich habe immer wieder das Gefühl, sosehr ich auch unseren Bebel beneidet habe, daß er das nicht erlebt hat — er hat wahrhaftig nichts Gutes versäumt, daß er diesen Krieg nicht erlebt hat — so oft habe ich mir aber auch gesagt: Wenn er noch hätte sprechen können, er, der gesagt hat, er würde die Flinte auf den Rücken nehmen, um gegen Rußland zu ziehen, er hätte auch das wahr gemacht, sein Volk nicht im Stich zu lassen, er hätte aber auch den richtigen Ton gefunden für die anderen Empfindungen, die zugleich in den Massen leben, und ich meine, es würde vielleicht manches Mißverständnis und mancher Versuch, solche Mißverständnisse in den Massen agitatorisch auszunützen, verhindert worden sein.

Es wurde auch so viel über die Rolle der Theoretiker, der Akademiker, der Doktoren gesprochen. Ich bin kein Theoretiker, aber ich bin immerhin ein Doktor und ich kann sogar etwas dafür, aber das weiß ich, daß die Sozialdemokratie ohne die ernste Arbeit der Theorie nicht entstehen, nicht den Einfluß hätte gewinnen können, den sie erreicht hat, niemals die Höhe der geistigen Ent-

wicklung haben könnte, die sie zu unserem Stolz hat. Darüber kann ja gar kein Zweifel entstehen, aber wenn nun die Leute hergehen und gleich an so einer Erscheinung, wie der Weltkrieg ist, mit ihren Zentimeterstäben herummessen und diese Erscheinung sofort in die Theorie hineinpressen wollen, und gegenüber einer Erscheinung, wie die ist, daß das Proletariat überall mitgerissen wurde in den Krieg, was eine historische Erscheinung ist, nun theoretisch herfallen und dazu angeblich wissenschaftliche Auseinandersetzungen machen, habe ich immer das Gefühl, daß das ebenso möglich ist, wie wenn einer herginge und das Weltmeer theoretisch auszulöffeln versuchte. Das geht nicht. Wir sind mitten darin in dem größten Ereignis, und wenn jemand gar nicht weiß, sich nützlich zu machen, soll es ihm unbenommen sein, es zu versuchen — aber ich glaube nicht, daß es einen Erfolg haben kann — diesen ungeheuren Fluß ungeheurer Ereignisse heute schon theoretisch erfassen, zergliedern, in alte Systeme, ich sage das etwa nicht ironisch, in alte theoretische Gedankengänge hineinpressen zu wollen: dazu müssen wir, so unangenehm das etwa den Theoretikern ist, die manchmal ebenso ungeduldig sind wie die jüngsten Praktiker unter unseren Genossen, dazu müssen wir uns schon Zeit gönnen und ihnen Zeit gönnen, zur Überlegung zu kommen. Ich meine nicht, daß diese Auseinandersetzungen darum etwa unterbleiben oder gar unterdrückt werden sollen, wer schreiben kann, soll in Gottes Namen schreiben, das Papier ist geduldig und Tinte gibt es viel und es gibt kaum einen Artikel, der, wenn er noch so unangenehm meiner Anschauung oder der eines anderen Lesers widerspricht, aus dem man nicht eine oder die andere Anregung herausfinden kann, aber daß nun jeder kommt und das, was er sich zusammengedacht hat, uns dann als Heilige Schrift, als unumstößliche Wissenschaft, als das definitive Ergebnis der Wissenschaft vorstellt, das brauchen wir nicht ernst zu nehmen.

Allen Respekt vor der Wissenschaft, aber doch nur eingeschränkter Respekt und kritisches Verhalten gegenüber denjenigen, die sich uns immer als Wissenschaft vorstellen. Wenn in diesem Punkt etwas mehr Enthaltbarkeit, etwas mehr Zurückhaltung und Selbstbeherrschung wäre, würden wir nicht vor der ganz eigentümlichen und in Österreich bis jetzt nicht dagewesenen Erscheinung und Gefahr stehen, die mich aus manchen Reden hier oder draußen schon sehr unangenehm berührt hat, vor der Gefahr, daß uns die Arbeiter sagen: Wenn ihr Theoretiker nichts Besseres wißt, als euch zu streiten, dann streitet euch und laßt uns allein! Worauf natürlich der Theoretiker sagt: Wenn ich bei der Leiche meine blaue Weste nicht tragen kann, freut mich die ganze Leiche nicht; das heißt, wenn die Partei nicht die Wege geht, die ich mir vorgestellt habe, habe ich auch keinen Anlaß, mein Leben in dieser Partei und für die Partei zuzubringen. Das müssen wir dann dem einzelnen überlassen. Für uns aber besteht eine wirkliche Gefahr, daß nämlich die Wissenschaft und die Theorie im Bewußtsein der Arbeiter unheilbar kompromittiert wird, und da möchten wir schon

bitten, daß die Theoretiker sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, dieselbe Zurückhaltung, die wir Nichttheoretiker uns auferlegen müssen, wenn wir über praktische Dinge in eine Meinungsverschiedenheit geraten.

Da wird noch ein großer Streit nunmehr geführt und ein ebenso wichtiger, über den ich auch einige Worte sprechen will. Genosse K i e s e w e t t e r hat sich beschwert, daß das Wort „national“ nun auf einmal zu großen Ehren kommen soll, und die Arbeiter sind gewöhnt, unter „national“ ihre schlimmsten Ausbeuter, ihre ärgsten und gefährlichsten Klassengegner zu verstehen, diejenigen, mit denen sie ständig im Kampfe liegen, und nun bringt ihr dieses Wort zu Ehren. In dieser Anschauung Kiesewetters liegt, obwohl ich sie nicht teile, eine ganz richtige Beobachtung, weil das Wort bei uns einen bestimmten Sinn gewonnen hat. In Deutschland hat es einen ganz andern Klang, ganz abgesehen von andern Ländern, wo „national“ nur heißt „eine Nation, ein Land umfassend“. Es ist eine richtige Beobachtung, daß der Gebrauch eines solchen Wortes naturgemäß von ungeschulten Arbeitern ganz anders aufgefaßt werden muß, und es ist auch richtig, daß in bezug auf die große Frage, ob national und international ein Gegensatz ist, worüber heute leider so viel Überflüssiges geschrieben wird, unsere besten Leute von beiden Seiten sich bemühen, offene Türen einzurennen. Ich war immer ein Internationaler, habe aber nie aufgehört, ein ganz guter Deutscher zu sein. Nun hat ein Wort des Genossen Pernerstorfer eine gewisse Verwirrung in den Köpfen angerichtet, weil es am Ende eines Artikels steht und es gibt Leute, die nur den Anfang und das Ende lesen, das Wort: „Die künftige Internationale wird national sein oder sie wird nicht sein.“ Pernerstorfer hat gemeint, damit eine große neue Wahrheit auszusprechen und die Genossen haben geglaubt, daß das eine ganz neue Ketzerei ist, aber die ganze Auseinandersetzung leidet an einem kleinen Fehler. In dem Sinne, wie Pernerstorfer von „national“ oder „international“ spricht, war die bisherige Internationale immer national, ja vielleicht zu sehr national, nämlich in dem Sinne, daß sie aus nationalem Verständnis und Anerkennung für die Selbständigkeit der Nationen schon bei ihrem Entstehen einer nationalen und nichts als nationalen Gruppe die selbständige nationale Vertretung eingeräumt hat, nämlich den Polen. Die Folge war, daß später die Tschechen gekommen sind, und wenn der Wiener Kongreß zustande gekommen wäre, auch die Slowenen, ja sogar die Nationaljuden für sich eine nationale Vertretung gefordert hätten. Die Internationale war niemals eine Leugnung der Verschiedenheit der Nationen, sondern sie war aufgebaut auf den nationalen Organisationen, ja sie hat, wie ich heute überzeugt bin, zu ihrem eigenen Schaden — damals habe ich ja dafür gestimmt — diesen nationalen Organisationen zu viel Entgegenkommen gezeigt. Es ist so weit gekommen, daß ich gesagt habe: Wenn ihr es so weiter macht, wir Deutschen hier werden uns nicht allein als die Vertretung der Habsburger hinstellen lassen und wenn Polen und

Tschechen und Italiener Nationen sind, so gehe ich zu den Deutschen, wo ich mich auch ganz gut fühlen werde, mindestens so gut, wie in der Gesellschaft, in der ich jetzt bin. Ich erwähne das nur, um Ihnen klarzumachen, daß das, was Pernerstorfer da gesagt hat, so paradox und herausfordernd und provozierend es klingt, eigentlich keinen provozierenden neuen Inhalt hat. Die Internationale war immer so und konnte nicht anders sein und sie wird auch in Zukunft, wenn wir das Glück haben sollen, sie wieder aufbauen zu können, nichts anderes sein, als die Zusammenfassung der sprachlichen respektive nationalen Parteien. Genosse Kiese Wetter möge sich beruhigen, es sind nur Literaturblüten, es steckt aber weder etwas Neues noch, und am allerwenigsten, etwas Gefährliches darin.

Und nun zum Schluß eine Bitte: Setzen Sie Ihre ganze Kraft, Ihre ganze Liebe zu der Sache, unsere ganze Hoffnung und Siegesgewißheit, daß selbst nach dem, was wir heute erleben, auch unser Tag wieder kommen wird, setzen Sie alles das ein, damit unsere Partei nach dem Krieg aktionsfähig ist und sehen Sie die Meinungsverschiedenheiten, die uns heute aufregen, als vorübergehende Erscheinungen an, als Krankheitssymptome dieser ungeheuren Zeit, wo alle Menschen vom Fieber geschüttelt werden durch die äußeren Vorgänge, und vertrauen Sie auf unsere Zukunft, die nicht gestört werden wird und gestört werden darf durch einzelne Leute, die durchaus nach ihrer eigenen Fassung selig werden wollen. Bleiben wir einig! Und zum Zeichen des Entschlusses dieser Einigkeit nehmen Sie unsere Resolution mit den beiden Zusätzen, die wir vorgeschlagen haben, an. Die Resolution aber, die Sie auffordert, die Minoritäten zu begrüßen und Versuche zu begrüßen, proletarische Parteien zu spalten, lehnen Sie ab. Wir stimmen für die Sozialdemokratie, für eine starke und einige Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall.)

Das Proletariat und der Friede.

Referat auf der Reichskonferenz vom
4. November 1916.

Wie immer wir auch über die Ursachen und die Vorgeschichte des Krieges, über das Verhalten des Proletariats angesichts der Tatsache des Krieges, über das, was man merkwürdigerweise auch bei uns „die Politik des 4. August“ nennt, denken mögen, darüber kann kein Zweifel bestehen: unsere höchste Pflicht ist, durchzuhalten trotz alledem, das Proletariat selbst sein physisches und geistiges Leben, seine Kampffähigkeit in Gegenwart und Zukunft. Dieser Aufgabe, die zusammenfällt mit der Pflicht gegen das Volksganze, haben unsere in der Organisation geschulten Genossen mit Erfolg, mit auch von den Gegnern anerkanntem Erfolg, gedient. Unsere weitere Pflicht im Kriege, die uns auch durch die Beschlüsse aller internationalen Kongresse

zur Richtschnur gemacht wird, ist, alles zu tun und zu unterstützen, was das Ende des Krieges näher bringen kann. Unsere Partei hat zusammen mit der Sozialdemokratie Deutschlands und Ungarns schon im ersten Kriegsjahr ausgesprochen, was nach unserer Überzeugung notwendig ist, um den Frieden herbeizuführen. In unserer letzten Reichskonferenz haben wir von neuem diese Forderungen erhoben und wir wiederholen sie in der dieser Konferenz vorliegenden Resolution.

Wir wollen in unserer Resolution die Regierung auffordern, so deutlich als nur möglich das Ihrige zu tun, um dem Krieg ein Ende zu machen. Die Resolution kleidet das, was wir verlangen müssen, in wenige Worte. Sie zeigt, was man vernünftigerweise von der Regierung, von jeder Regierung, verlangen kann: die Bereitschaft zum Frieden auszusprechen, das ist die Bereitschaft zu eingehenden Friedensverhandlungen, und sie spricht ferner, was schärfer betont ist als bisher, von dem eigentlich politischen, im Augenblick wichtigsten Punkt. Wir wollen Friedensverhandlungen, wir wollen, daß die Regierungen offen erklären, daß sie, die den Krieg feierlich als Verteidigungskrieg proklamiert haben, ihn auch als Verteidigungskrieg abschließen, weil jede andere Haltung den nächsten Krieg mit Sicherheit provozieren würde.

Was wir wollen, haben wir ausgedrückt auf unserer letzten Konferenz und haben es dem Internationalen Büro berichtet, damit dieses es der Neutralekonferenz mitteile, die im Sommer stattgefunden hat. Wir haben in diesem Schreiben gesagt, daß nach unserer Überzeugung eine Zusammenkunft der Internationale, so wünschenswert sie wäre, kaum zu erzielen sein dürfte, bevor der Krieg zu Ende ist. Was uns anlangt, sind wir für den Frieden ohne Eroberungen, wir wünschen, was Österreich betrifft, ein freies Polen, freie Balkanländer und in Zukunft womöglich den freien und freiwilligen Zusammenschluß dieser Länder mit Österreich, das ein demokratischer Bundesstaat werden müsse, wenn es leben wolle. Wir haben weiter gesagt, daß die Bedingung für den künftigen Frieden und die Andauer des Friedens die Wiederaufrichtung eines europäischen Völkerrechtes ist, das aber umfassender und vor allem zwingender sein müsse als das frühere. Es heißt in diesem Schreiben:

Alle von uns verlangten Maßregeln laufen darauf hinaus, den Aufbau eines europäischen Völkerrechtes zu sichern. Ein solches neues Völkerrecht wird nicht und kann nicht durch Gewalt und Oktroyierung geschaffen werden, aber es wird und muß nach unserer Überzeugung in dem Sinne das Ergebnis des Krieges sein, daß alle Völker und ihre Regierungen nach dem Kriege das unüberwindliche Bedürfnis nach Sicherung vor einer neuen Katastrophe haben werden, so daß die freiwillige Einordnung und Unterordnung unter eine neue zwischenstaatliche Gemeinsamkeit, ein neues europäisches Völkerrecht möglich sein wird. Was schon unsere internationalen Kongresse

gefordert haben, die Abschaffung des Seebeuterechtes und damit im Zusammenhang die Einschränkung der maritimen Rüstungen, die Neutralisierung der interozeanischen Kanäle, also ein System von Maßregeln, die zusammen dem Begriff „Freiheit der Meere“ Inhalt geben, wenn dieses Wort überhaupt einen Inhalt haben soll, wird zu den dringendsten Bestimmungen dieses Völkerrechtes gehören müssen.

Dieser Gedankengang spielt auch in der heute von uns vorgelegten Resolution eine besonders wichtige Rolle. Sie wissen, daß die Vertreter der Mittelmächte, Bethmann-Hollweg und — verzeihen Sie das harte Wort — auch Tisza, in ihren Reichstagsreden immer wieder von ihrer „Bereitschaft zum Frieden“ gesprochen und immer die Schuld an der Fortsetzung des Krieges auf die andern gewälzt haben. Keiner von ihnen hat aber je mit völliger Klarheit und Bestimmtheit gesagt, auf welcher Grundlage im einzelnen sie Frieden machen wollen. Nun, sosehr ich dieses Versäumnis tadle und dazu drängen will, deutlicher und konkreter zu reden, verstehe ich, daß man nicht seinen letzten Gedanken ausspricht, bevor man sich an den Verhandlungstisch setzt. Das ist etwas, was uns aus andern Verhandlungen bekannt ist, aber dies darf vernünftigerweise nicht die Möglichkeit von Verhandlungen überhaupt hindern.

Auf der andern Seite haben die Staatsmänner der Entente immer behauptet, sie führen den Krieg „im Interesse der Demokratie, im Interesse der kleinen Völker“, für ein „zukünftiges Europa“, für das der preußische Militarismus ein Hindernis sei.

(Ich will mich nicht auf eine Zeitungsrede einlassen, soviel ist aber sicher: in den diplomatisch gewundenen Äußerungen von Grey, ja sogar andeutungsweise mitunter in denen von Briand, liegt ein ganz kleines Körnchen von Wahrheit, nämlich der Ausbau des internationalen Völkerrechtes, die Weiterführung dessen, was im Haag in sehr kümmerlicher Weise begonnen wurde, ist in der Tat lange vor dem Kriege in schwerster eingreifendster Weise gehemmt und gehindert worden durch die Vertreter Deutschlands als Führer und selbstverständlich Österreichs, als in ihrem Gefolge weniger selbstverständlich, aber doch tatsächlich auch von den Vertretern Belgiens und der Schweiz. Wie diese eigentümliche Gruppierung der Parteien zustande gekommen ist, will ich nicht untersuchen, aber*)...

... sicher ist, daß das Bewußtsein, daß eine andere Gestaltung Europas nötig ist, immer weitere Kreise — von den proletarischen und sozialistischen ganz abgesehen — ergreift, und

*) Die eingeklammerten Stellen waren von der Zensur gestrichen und es stand in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 16. November 1916, die die Rede abdruckt, hier die Bemerkung:

es ist mir sicher, daß, wenn die Regierungen der Mittelstaaten die Erklärung abgeben würden, daß sie sich einer Ausgestaltung des europäischen Völkerrechtes in Zukunft nicht widersetzen, sondern sich einordnen wollen in ein solches Europa — sie können ja sagen, daß sie das immer wollten; was kann ein Staatsmann nicht alles sagen! —, so würde man das schwerste Hindernis für die Friedensgestaltung aus dem Wege räumen und würde dadurch sogar in den uns feindlichen Staaten den führenden Männern eine schwere Waffe aus der Hand schlagen. Ich halte diesen Punkt für den allerwichtigsten, und wir wollen ihn mit aller Schärfe, die uns möglich ist, in den Vordergrund stellen.

Es findet demnächst wieder eine Konferenz der Sozialisten der Ententestaaten statt, die von den französischen Genossen veranlaßt ist, und auf dieser ist eine Tagesordnung vorgesehen — und es ist sehr bezeichnend, daß man keine andere zulassen will —, die zwar nicht alles Wünschenswerte sagt, aber immerhin sagt, es möge dort festgestellt werden, daß das feindliche Verhalten, wirtschaftlich oder politisch, nach dem Kriege für alle Sozialisten ausgeschlossen ist und daß sie alle dafür eintreten wollen, daß nach dem Kriege wirklicher Friede eintrete. Es ist ja nicht viel, aber es ist doch schon etwas. Zur Zeit dieser Erweckung des Empfindens der öffentlichen Meinung, insbesondere auch im Proletariat in England und in Frankreich, würde schon eine solche Erklärung der Regierungen den größten Eindruck machen und es würde durchaus nicht heißen, daß sich die Mittelstaaten als die Schwachen fühlen, wenn sie sagen würden: Ja, meine Herren von der Entente, wenn Sie nichts weiter wollen, wie Sie behaupten, als eine Neuordnung in Europa, in der man leben kann als Gleiche unter Gleichen, auf Grund eines gemeinsamen Völkerrechtes, das hätten Sie billiger haben können, dazu sind wir natürlich bereit. Das könnte doch nicht als Zeichen von Schwäche ausgelegt werden. Das auszusprechen ist mit einer der Absichten der Resolution.

(Sicher ist eines! Das Bewußtsein zu verbreiten, daß der Krieg unerträglich geworden ist, dazu brauchen wir uns keine besondere Mühe zu geben. Alle Verfluchungen und Verdammungen des Krieges, die wir aussprechen könnten, können das nicht erreichen, was jeder einzelne und nicht nur im Proletariat, sondern bis hoch und höchst hinauf alle Tage, wenn nicht ausspricht, so doch empfindet. Aber sie sprechen genug aus, mehr als sie verantworten könnten, wenn sie vor das Divisionsgericht gestellt würden. Dazu braucht man uns nicht. Wir wollen unsere Überzeugung auch aussprechen, daß im Kriege nichts mehr zu holen ist, weder für die einen, noch für die andern. Durchhalten ist recht, aber das Durchhalten darf nicht zur Selbstvernichtung werden und wir sind auf dem Punkte, nicht nur in unserm Lande, sondern in allen Ländern, daß es dahin kommt. Der Schaden, der angerichtet ist in allen Ländern ist unübersehbar und wir werden erst sehen,

wer uns fehlt, wenn die zurückkommen, die draußen noch lebendig sind; dann werden wir die Lücken erst spüren. Wir sind dezimiert worden, aber gerade darum heißt es für uns, feststehen, das Letzte ertragen. Wir wollen uns durchhalten. Dazu gehört aber, daß wir keine Kraft verschwenden, uns an das halten, was wir können, und nicht Kraft an das verschwenden, was wir nicht können.)*)

Mir ist um die Internationale, mir ist um die Sozialdemokratie und ihre Zukunft nicht bange. Wer da meint, daß der Krieg ihr ein Ende gemacht hat, der muß vernagelt sein. Glaubt man denn, daß die kapitalistische Ordnung an Ansehen und Liebe in diesem Kriege gewonnen hat? Glaubt man, daß auch nur der Völkerhaß vertieft worden ist? Sehen Sie nicht als paradox an, was ich sage; ich habe die Überzeugung, daß die Völker einander sogar näher gekommen sind. Nicht umsonst sind Deutsche in Rußland und Russen in Deutschland gefangen. Die Menschen werden anders zurückkommen und nicht schlechter. Wie und wann das Ende sein wird, weiß ich nicht; aber ich weiß, daß unsere Überzeugung durch den Krieg nicht geändert und nicht widerlegt wurde. Und weiter weiß ich, daß der internationale Zusammenhalt des Proletariats nach dem Kriege stärker, fester und klarer sein wird als bisher. Fürchten Sie nicht, Sie, die sich von „links“ nennen, daß uns der Klassenkampf abhanden kommen wird. Im Gegenteil, unser ganzes Bestreben muß sein, daß wir die Kämpfer für den Klassenkampf durchhalten, bis er wieder entbrennen wird und bis der Kampf auch von unserer Seite in den alten Formen und in neuen Formen mit verstärkter Kraft möglich und geboten sein wird. Wir verlassen nicht unsere alten Überzeugungen, aber diejenigen, die das Umlernen so sehr preisen, sowie diejenigen, die das Umlernen so sehr verachten mögen wissen: wir werden das, was wir früher gelernt haben, ebenso brauchen wie das, was wir heute — nicht umgelernt, sondern zugelernt haben, und wir werden gewiß nach dem Kriege all unser altes Wissen und unsere neuen Erfahrungen verwerten können. Möge jeder einzelne seine Pflicht tun, im kleinsten Kreise jeden Rest von Organisation erhalten und keine Gehässigkeit aufkommen lassen und vor allem aber nicht die Verzweiflung! Mögen wir verzweifeln an was immer, nur am Proletariat nicht, an seiner Sendung nicht und an seinem Siege nicht. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner unterbreitet nun folgende

Resolution:

Die heutige Konferenz der deutschen Sozialdemokratie in Österreich erneuert ihren Ruf nach dem Frieden. Der Krieg, welches auch seine Ur-

*) Der eingeklammerte Absatz wurde von der Zensur gestrichen und in der Zeitung stand hier nur

sachen und welche Faktoren auch seine Entzündung sein mögen, hat den Staaten und den Völkern das harte Gebot der Selbstbehauptung aufgezwungen; aber die Selbstbehauptung bedingt nicht nur die Notwendigkeit der Landesverteidigung, sondern auch die Beendigung des Krieges, soll nicht Selbstbehauptung zur Selbstvernichtung werden, zur Ertötung aller Wurzeln der Zukunft der Völker.

Hängt auch das Einstellen des Mordens, der Beginn von Friedensverhandlungen, nicht von einer einzelnen Regierung allein ab, so hat doch jede die Pflicht und die Macht, die Herbeiführung des Friedens, dieses gegenwärtig dringendsten Kriegszieles, anzubahnen und näher zu bringen. Sie zur Erfüllung dieser Pflicht zu veranlassen ist das oberste Gebot für alle Glieder der proletarischen Internationale in allen Ländern, die nur so die Träger des mit jedem Tage vernehmlicher werdenden Rufes der allüberall unsagbar leidenden Massen des arbeitenden Volkes sind.

Die heutige Konferenz verlangt darum, daß endlich klar ausgesprochen werde:

daß Österreich bereit ist zum Frieden, daß sein Ziel auch heute, wie anfangs verkündet, nur die Verteidigung und keineswegs Eroberungen sind, die nicht nur für die Zukunft neue Kriegsgefahren heraufbeschwören, sondern für den eigenen Staat die Quelle des Verderbens werden müßten;

schließlich, daß Österreich-Ungarn bereit ist, mitzuwirken an der Aufrichtung eines neuen europäischen Völkerrechtes und gewillt, sich einer neuen europäischen Gemeinsamkeit einzuordnen.

Die Fortsetzung des Krieges ist ebenso unerträglich für alle Völker wie zwecklos für alle Staaten. Das Bewußtsein dieser Tatsache heller, mächtiger, ja zwingend zu machen, wird stündlich mehr der einzig notwendige Inhalt der Politik des internationalen Proletariats. Die heutige Konferenz weiß sich eins mit allen den Millionen, die in allen Sprachen Europas, in allen Schützengräben und in allen Hinterländern nach dem Ende des Entsetzens rufen, und sie weiß sich mit ihnen allen brüderlich verbunden. Sie grüßt wehmutsvoll die Millionen der Opfer der Leidenden in allen Ländern, und sie begrüßt voll Hoffnung die Schar der für den Frieden immer kräftiger Wirkenden.

Die deutschen Sozialdemokraten in Österreich haben den Glauben an die Internationale nicht verloren. Vielmehr ist es ihnen felsenfeste Gewißheit, daß die durch den Krieg an Tiefe und Umfang ungeheuer gesteigerte und beschleunigte Umwälzung aller proletarischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen sowie die unausbleibliche Verschärfung des Klassenkampfes den Proletariaten aller Länder den Zusammenschluß in der aus allen Trübungen und Wirren wiedererstandenen Internationale mit eiserner Notwendigkeit aufzwingen wird, ja die Internationale fester, zielbewußter und kampffähiger als je machen muß.

Die heutige Konferenz erklärt, daß die Vertrauensmänner des Proletariats ihre internationale Pflicht am besten erfüllen und den Wiederaufbau der Internationale am sichersten vorbereiten, wenn sie die Geschlossenheit, Einheit und Kraft der proletarischen Bewegung im eigenen Lande, in nimmermüder, aufklärender und organisatorischer Arbeit zu erhalten und zu steigern bemüht sind.

Die Arbeiter im Kriege.

Arbeitertag*) vom 5. November 1916.

Wir haben nun eine Reihe von Fällen gehört, die zeigen, wie man uns behandelt. Es sind nur Stichproben gegeben worden, man hat nur eine flüchtige Skizze entworfen, aber sie zeigt deutlich, wie die Dinge stehen. Ich möchte nur von einer Tatsache reden, die nicht einzelne Individuen betrifft, sondern die Masse der Frauen, die Kriegsarbeit leisten. Diese Frauen sind ganz schutzlos. Das kommt selbst im Bericht der Gewerbeinspektoren zum Ausdruck. Sie haben eine Arbeitszeit, die weit über alles hinausgeht, was das Gesetz auch bei der weitherzigsten Auslegung erlaubt. Das Verbot der Nacharbeit der Frau ist aufgehoben. Wir haben jetzt eine ganze Bewegung zum Schutze gegen die Tuberkulose und andere Volksseuchen, aber auf der andern Seite versetzt man die Frauen in einen Zustand, der sie unfähig macht, für die nächste Generation das zu leisten, was sie zu leisten hätten. Wir sind alle halb verhungert, aber am furchtbarsten wird sich der Raubbau rächen, der mit der Kraft der Frauen getrieben wird.

Ein Wort ist hier immer wiederholt worden: „Der Betrieb ist unter Schutz gestellt.“ Das bedeutet: Der Unternehmer ist unter Schutz gestellt. Unsere Männer können sich dagegen noch wehren; aber was sollen die Frauen machen, die in sich selbst den Antrieb haben, sich ausbeuten zu lassen? Sie sind ganz wehrlos, denn ihnen fehlt, es muß ausgesprochen werden, auch die Einsicht in die Verhältnisse, unter denen sie leben und arbeiten. Ich appelliere nun an die von mir sehr verehrten Vertreter des Handelsministeriums, besonders an die Herren von der sozialpolitischen Sektion: Stellen Sie Frauen in den Dienst der Gewerbeinspektion! Die weiblichen Gewerbeinspektoren haben sich überall glänzend bewährt, wo sie die Möglichkeit hatten, sich sachgemäß zu betätigen. Benützen Sie den Augenblick, den Arbeiterinnen den Schutz zu verschaffen, den sie brauchen. Auf die paar tausend

*) Die Verhältnisse waren immer unerträglicher geworden. Die Arbeiter in den Fabriken standen unter Kriegsrecht und lebten ständig in Gefahr, nicht nur bei jeder Lohnforderung wegen Meuterei geklagt, sondern auch „einrückend gemacht“ zu werden. Da wurde für den 5. November 1916 der „Arbeitertag“ einberufen. Vertrauensmänner der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Krankenkassen und der sozialdemokratischen Partei brachten da in Gegenwart von Vertretern aller Ministerien Klagen über die unerträglichen Zustände und die Stimmung in den Arbeitermassen vor. Am 21. Oktober hatte Friedrich Adler den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh erschossen und die Stimmung in der Arbeiterschaft wurde zusehends erregt. Dem ist wohl zuzuschreiben, daß der Arbeitertag als Wendepunkt in der Sozialpolitik des Krieges anzusehen ist. Von da an wurden, nach langen Verhandlungen allerdings, die Beschwerdekommisionen eingerichtet, die wenigstens einige Zeit den Arbeitern einen Schutz boten.

Auf dem Arbeitertag sprach auch Adler.

Kronen, die das kosten würde, kann es nicht ankommen in einer Zeit, in der Milliarden keine Rolle spielen. Machen Sie es Deutschland nach! Die dortigen Zustände sind noch lange nicht unser Ideal, aber doch sind dort fünfzig bis sechzig Inspektorinnen im Amte und sie bewähren sich ausgezeichnet. Die Frauen werden sich auch bei uns im Gewerbeinspektorat genau so bewähren wie als Arbeiterinnen. Vergessen Sie nicht, daß wir nicht nur durchhalten, sondern auch erhalten müssen. Ich richte an die Minister den Appell, sofort eine genügende Anzahl von Inspektorinnen zu ernennen, mit dem besonderen Auftrag, dorthin zu gehen, wo in Massen ungelernete Arbeiter sind, damit auch für diese Ärmsten das Wort vom staatlichen Schutz einen Inhalt bekommt. Wir dürfen heute mit der Volkskraft nicht verschwenderisch umgehen und darum dürfen wir vor allem nicht zulassen, daß die Frauen die Fähigkeit der Mutterschaft verlieren. Ernennen Sie Inspektorinnen und statten Sie sie mit der nötigen Machtvollkommenheit aus! Handeln Sie rücksichtslos für die Zukunft des Volkes und des Staates!

Die Entscheidung eines Kriegsgerichtes spricht aus, daß auch die Frauen, die in militarisierten Betrieben arbeiten, soweit die Befolgung der Anordnungen, die der militärische Leiter über die Durchführung der Arbeit gibt, in Betracht kommt, dem Kriegsdienstleistungsgesetz unterstehen. Dem Wortlaut des Gesetzes entspricht dies aber nicht und man kann sich auch gar nicht vorstellen, daß Frauen die Eignung hätten, eine Behandlung zu erdulden, wie sie den Männern unter dem Kriegsdienstleistungsgesetz zuteil wird. Mißstände krasser Art gibt es aber auch heute schon genug für die Arbeiterinnen in der Kriegsindustrie. Es gereicht dem Staate nicht zur Ehre, daß eine der ersten Handlungen, die mit dem Kriege einhergingen, die Außerkraftsetzung fast aller Arbeiterschutzgesetze, die in jahrzehntelangem Kampf erobert wurden, war. Die Kinderarbeit ist in den Munitionsfabriken keine Seltenheit. Während der Ferien kam es vor, daß zwölf- bis dreizehnjährige Knaben und Mädchen nicht nur während des Tages, sondern auch während der Nacht arbeiteten.

Vom Frauenreichskomitee wurde dem Kriegsministerium eine Reihe von Forderungen überreicht. Bis jetzt haben wir kein Wort erfahren, welches Schicksal unsere Eingabe gefunden hat. Neben weiblichen Gewerbeinspektoren verlangten wir Kommissionen, aus Ärzten, Sachverständigen aus Arbeiterkreisen und Gewerbeinspektoren zusammengesetzt, die der Überwachung der Frauenarbeit, insbesondere der Nachtarbeit ihre Sorge zuwenden sollen. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Österreich trotz steigender Frauenarbeit noch immer nur vier Gewerbeinspektorinnen hat, während Deutschland fast fünfzig, davon in Preußen allein zw e i u n d d r e i ß i g, aufweist, so kann man ermessen, wie berechtigt unsere Forderung ist. Das heutige Arbeitssystem fordert viele Opfer; man sollte in den Tagen, da Hunderttausende im Felde zugrunde gehen, über Menschenleben nicht so leicht hinweggehen. Die Bestrebung

mancher Frauen, auch die Frauen einem Arbeitszwang zu unterwerfen, müssen von uns entschieden bekämpft werden. Es ist unmöglich, daß die Opfer, die das Proletariat zu tragen hat, noch eine Vermehrung erfahren.

Während des Krieges wurden in Wien von der Gemeinde neunundzwanzig Nähstuben eingerichtet, in denen bis zu achtausend Näherinnen beschäftigt wurden. Erst anstrengenden Bemühungen gelang es durchzusetzen, daß die Lohnsätze affiziert wurden. Es ist ein großer Übelstand, daß die Kriegsverwaltung andere Löhne zahlt, als das Gewerbeförderungsamt. Auch werden die Gemeindefürsorgestellen von der Militärverwaltung viel zu wenig unterstützt. Die Fürsorgeaktionen leiden unter der mangelhaften Zuweisung an Rohmaterial. Während der langwierigen Verhandlung der Gemeinde mit den Unternehmern steigt der Preis des Rohmaterials, so daß die Gemeinde gezwungen ist, um ihr Auslangen zu finden, an den Arbeiterinnen Löhne zu ersparen. Gleiche Löhne für alle Arbeiterinnen ist eine selbstverständliche Forderung. Wiederholt kommt es vor, daß private Unternehmer Lieferungen an sich reißen und dann die Arbeiterinnen in rücksichtslosester Weise ausbeuten. Es gelang erst nach langen Bemühungen, den Arbeiterinnen, die irgendwo eine kärglich bezahlte Heimarbeit übernommen hatten, den Unterhaltsbeitrag zu erhalten. Ein Übelstand ist es auch, daß verschiedene vornehme Damen Nähstuben gründeten, die sich unserer Kontrolle entziehen. Die Deckenaktion wurde ursprünglich mit unbezahlten Hilfskräften durchgeführt. Erst nach unserm Protest entschloß man sich, Löhne zu zahlen, die aber jeder Beschreibung spotteten. Wir betrachten es als unsere Pflicht, auch ferner mit allem Nachdruck die Interessen der Arbeiterinnen zu vertreten.

Die Friedensresolution der deutschen Sozialdemokratie.

Rede im deutschen Parteiausschuß am 14. April
1917.

Wir sind hieher gekommen, um uns zunächst zu informieren, ob man etwas für den Frieden machen kann*). Ein glücklicher Zufall hat uns Gelegenheit gegeben, mit einem größeren Kreis von deutschen Genossen hier wieder in Fühlung zu treten und wir

*) Die Friedensresolution des deutschen Parteiausschusses ist in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 21. April 1917 abgedruckt. Die „Arbeiter-Zeitung“ teilt dazu einleitend mit: Sofort nach dem Siege der russischen Revolution hat der Arbeiterdelegiertenrat zu Petersburg seinen Friedenswillen bekundet, und sofort sind von der Sozialdemokratie des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns Vorbereitungen getroffen worden, um einerseits eine Fühlung mit den Vorkämpfern des Friedens in Rußland herzustellen und andererseits das Internationale Büro im Haag zur Vermittlung aufzurufen. Bei der Unterbindung oder Erschwerung des internationalen Ver-

danken Ihnen allen für Ihren freundlichen Empfang. Überaus erfreut sind wir, daß Sie die Resolution einstimmig gefaßt haben. Wir mischen uns nicht in Ihre häuslichen Angelegenheiten — und jetzt meine ich nicht die Richtungen, sondern die Demokratisierung. Das ist eure Sache. Der zweite Teil aber ist eine gemeinsame Sache, und ist die Sache, die uns allen jetzt fast ausschließlich am Herzen liegt. Wir alle empfinden die Pflicht, das Äußerste zu tun, um auch nur das Kleinste dazu beizutragen, und daß wir nicht das Risiko scheuen, daß wir etwa etwas tun, was nicht zum Ziele führt, aber daß wir selbst auf die Gefahr hin etwas zu tun, was die Anstrengungen vielleicht nicht lohnt, doch nicht versäumen, was wir tun können. Dieser Gedanke ist in uns allen lebendig.

Die Welt hat sich sehr geändert. Was hat man früher von unserem angeblichen Größenwahn gesprochen — heute hat man zu uns Zutrauen und setzt auf uns Hoffnungen, die größer sind als wir als vernünftige und unsere Lage ruhig überlegende, unsere Kraft abmessende Menschen vielleicht zu leisten imstande sind. Trotz der bekannten Schwierigkeiten, auch in unserer kleinen österreichischen Internationale, spreche ich gewiß im Namen aller österreichischen und ungarischen Genossen, wenn ich sage, daß wir jetzt alles daransetzen müssen, um den Frieden vorzubereiten. Ich erkläre feierlich, daß wir mit jedem Wort in dieser Resolution einverstanden sind, daß wir uns ihr voll anschließen und daß wir wünschen, daß sie als ein gemeinsamer Ausdruck aller deutschen und österreichischen und ungarischen Sozialdemokraten erscheint. Was wir am ehesten jetzt noch für den Frieden leisten können, ist natürlich, Fühlung zu suchen mit den Freunden unter den Feinden. Außerdem aber haben wir es mit unsern Regierungen zu tun, von denen wir fordern, daß sie einen klaren Verzicht auf jegliche Eroberungspolitik aussprechen.

kehrs läßt sich ein Gedankenaustausch nur äußerst schwierig bewerkstelligen. Um eine raschere Verbindung zu schaffen, hat die deutsche Sozialdemokratie Österreichs Adler, Renner und Seitz, die ungarische die Genossen Garami und Weltner nach Berlin entsendet, wo sich diese Abordnungen zunächst mit der deutschen Sozialdemokratie beider Richtungen ins Einvernehmen setzten und mit diesen gemeinsam mit den ausländischen Parteien über die Einberufung einer internationalen Konferenz in Verhandlung traten. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hielt Dienstag und Mittwoch eine Vollversammlung des Parteiausschusses ab; diese Vollversammlung, an der die österreichische und die ungarische Abordnung teilnahmen, beriet die Kriegs- und Friedensfrage und ergriff sofort die Gelegenheit, den Sieg des russischen Volkes über den Zarismus mit begeisterter Teilnahme zu begrüßen und auf den letzten Beschluß des Arbeiterdelegiertenrates über den Frieden zu antworten. Die Versammlungsredner und der Berichterstatter Scheidemann stellten fest, daß sich die Auffassungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands über die Möglichkeit und den Inhalt des Friedens und die Notwendigkeit eines raschen Friedensschlusses mit dem Beschluß des Delegiertenrates so vollständig decken, daß sich die wörtliche Übernahme des Beschlusses empfehle. Stimmeneinhellig und unter großem Beifall beschloß der Parteiausschuß die Resolution.

Sie kennen die letzten Erklärungen Bethmanns und Czernins, mit dem wir vor unserer Abreise gesprochen haben. Ich kann erklären, daß bei uns bis zum Kaiser die eiserne Notwendigkeit erkannt wird, zum Frieden bereit zu sein.

Der Redner spricht dann unter gespanntester Aufmerksamkeit über die russische Revolution und gibt seinem Schmerz über die Parteispaltung in Deutschland Ausdruck, aber auch seiner festen Überzeugung, daß die Zukunft und ihre Notwendigkeiten sie überwinden werden. Er warnt auch davor, Meldungen zu glauben, die den Anschein erwecken wollten, als ob nicht auch in den andern Völkern, und insbesondere auch unter den Sozialisten der Entente-länder, der Friedenswille wüchse; sie sind ja auch Menschen und empfinden menschlich genau so wie wir, sie sind nicht lauter Narren in Frankreich und in England. Auch sie wollen den Frieden und werden ihn täglich mehr wollen, je mehr wir unsere Pflicht tun. Um so eher wird auch die deutsche Sozialdemokratie wieder den Platz einnehmen, der ihr gebührt, den Platz an der Spitze der Internationale. Noch einmal: Namens der österreichischen — insbesondere der deutschösterreichischen und der ungarischen Sozialdemokraten: wir halten diese Resolution auch für uns verbindlich. Sie haben uns aus der Seele gesprochen! (Bewegung und anhaltender Beifall.)

Kriegsparteitag.

Eröffnungsrede auf dem Parteitag 1917.

Es ist jetzt vier Jahre her, daß wir beisammen waren, vier Jahre*) die jedem von uns unvergeßlich bleiben würden und wenn wir Hunderte von Jahren alt würden, vier Jahre, die uns als einzelne wie als Gesamtheit die ganze Leiter der Empfindungen haben durchleben lassen, welche Menschen erschüttern können. Wir waren vor vier Jahren in Wien beisammen und der Parteitag hatte sich damals wesentlich zu beschäftigen mit den Vorzeichen des Krieges, mit den endlosen Mobilisierungen, mit dem Wetterleuchten am Balkan, mit der wahnsinnigen und, wie sich immer mehr an den blutenden Leibern unserer Völker gezeigt hat, wahnwitzigen Politik unserer Regierungen auf dem Balkan. Wir haben damals schon diese furchtbaren Leiden und Lasten, die die unkriegerische Form des Krieges, die bloße Mobilisierung, über das Proletariat gebracht hat, gesehen; seither aber haben wir die Folgen jener Politik erlebt, die Folgen davon, daß man anstatt einer vernünftigen Politik für Österreich und einer vernünftigen Politik für die andern Völker da unten eine

*) Im Krieg hatten keine Parteitage abgehalten werden können, sondern es wurden nur Reichskonferenzen abgehalten. Der erste Parteitag im Kriege fand vom 19. bis 24. Oktober 1917 statt, nachdem der Kriegsabsolutismus unter dem Druck der russischen Revolution den Zusammentritt des Parlaments am 30. Mai 1917 hatte zulassen müssen. Der letzte Parteitag vor dem Kriege hatte vom 31. Oktober bis 4. November 1913 in Wien getagt.

Politik gemacht hat, die Österreichs Völker ausgehungert und jene Völker im Süden zu unsern geschworenen Feinden gemacht hat.

Und nun kam der Krieg und wir standen alle vor dem furchtbaren Unbekannten, vor der äußeren und inneren Notwendigkeit, uns gegen eine Niederlage zu wehren, andererseits vor der Aussicht, daß alles zusammenbricht, die Partei, die Organisation, die ganze Wirtschaft; und es ist wohl nicht zu viel, wenn ich sage, daß diese ersten Zeiten des Krieges für jeden einzelnen und für die Partei im ganzen Zeiten der größten Unsicherheit waren in der Beurteilung der Dinge wie in bezug auf den Weg, den wir einzuschlagen haben. Aber eines dürfen wir trotz der großen Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben und die Möglichkeiten des Wirkens der Arbeiterschaft im Kriege, die naturgemäß bei uns wie in allen Ländern entstanden sind, trotz der großen Schwierigkeit, den Kreis unserer Pflichten zu begrenzen, eines dürfen wir wohl sagen: wir haben uns bald gefunden, vor allem in dem Gedanken, daß wir, was immer der Krieg bringen mag und wie wir die Pflichten, die er uns auferlegt, begrenzen, vor allem durchzuhalten haben unsere Organisation, unsere Partei, unsere Gewerkschaft, unsere Genossenschaften und den festen Zusammenhalt des Proletariats in Österreich, der allein unsere Zukunft verbürgt. Was kommen mag und kommen wird, darüber wird noch zu reden sein, eines aber will ich heute schon zur Begrüßung sagen: Es ist uns bitter gegangen, aber wir wissen heute nach vier Jahren, die Partei lebt, die Partei wirkt; die Partei hat die Zuversicht, daß sie leben wird und schließlich siegen wird, nicht verloren, sondern sie in allen diesen Bitternissen vielleicht noch verstärkt erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Es ist uns schlecht gegangen, sie haben sie zu Tausenden und Zehntausenden töten lassen, unsere Brüder, unsere Kinder, ja die Jüngeren können sagen: unsere Väter; jeder von uns hat unaussprechlich persönlich gelitten, jede Familie nicht nur durch den Tod, sondern auch durch die Aushungerung. Und so ist auch unsere Zukunft und die Zukunft des Proletariats in ihrer physischen Entwicklung getroffen durch die Kriegsfolgen. Das Proletariat hat eine Anzahl seiner besten Vertrauensmänner verloren. Blicken wir zunächst ins Ausland, in die Internationale, so sehen wir die Reihen gelichtet. Der erste Tag des Krieges ist gekennzeichnet durch die Ermordung von Jaurès, dem Sinnbild, dem leuchtendsten Vertreter des internationalen Gedankens, dem genialsten von seinen Trägern zu jener Zeit. So sind Freunde, Mitkämpfer dahingegangen, so auch Vaillant. Stoßen wir uns nicht daran, daß in den letzten Monaten seines Lebens seine Haltung innerhalb der Internationale uns unbegreiflich war, und lassen wir das Andenken an ihn nicht trüben. Es hat es der Krieg mit sich gebracht, daß es die schwerste Sache war, einander zu begreifen und zu verstehen und die Hoffnung nicht zu verlieren, daß der Weg zueinander noch gefunden werden würde und müsse; und die haben es nicht mehr erlebt. Der tapfere Vaillant, ein begeisterter Freund nicht nur der Internationale, sondern ganz besonders der deutschen Sozialdemokratie, und ich

kann wohl sagen, auch der österreichischen, er hätte zu uns zurückgefunden, wenn sich jenes düstere Schicksal endlich gewendet und er das Kriegsende erlebt hätte. Da haben wir Keir Hardie, den serbischen Genossen Tutzowitsch, einen der tüchtigsten, gescheitesten und einsichtigsten Leute in der internationalen Sozialdemokratie, der gefallen ist. Und wie viele sind gestorben und verdorben mittelbar oder unmittelbar an den Folgen des Krieges! Sie werden es begreifen, wenn so ein alter Mann, der das alles mitgemacht hat, das Gefühl hat, daß es um ihn einsam wird von denen, mit denen man alt geworden ist. Es sind aber nicht nur draußen Brüder und Mitkämpfer gestorben; ich werde nur wenige Namen nennen von denen, die wir hier auf dem Parteitag als Delegierte und Wortführer so oft sahen: Weiguny, Winarsky, Brand, Gehrke, Schrammel, Eckstein, dieser eine der besten Federn und tüchtigsten Theoretiker der Partei. Ich nenne nur die. Sie sind vor der Zeit dahingegangen und ich nenne sie nur als Vertreter der Hunderte und Tausende, die wir verloren. Es gibt keine Organisation, die nicht ärmer geworden ist an den Besten, und von denen, die der Tod auf dem Schlachtfeld verschont hat, sind viele in ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit herabgesetzt und wir werden lange brauchen, um wieder ihre Kraft zu gewinnen zu neuer Arbeit. Wenn wir auf die Not schauen, in der wir leben, wenn wir durch die Straßen gehen und die Leute ansehen, die Frauen, wie sie abgehärmt sind und gebeugt unter ihrer Last, obwohl sie so wenig nach Hause zu tragen haben, wenn wir die Kinder anschauen, dann müssen wir sagen, es braucht ein gutes Stück Vertrauen zu der Kraft der Menschen und des Proletariats, um die Hoffnung an die Zukunft nicht zu verlieren, es braucht ein gutes Stück Entschlossenheit, um sich zu sagen, daß wir wieder aufbauen müssen, was uns der Wahnsinn und das Verbrechen des Kapitalismus zerstört hat.

Was unsere Partei angeht, haben wir keine Sorge. Die Toren, die gemeint haben, die Sozialdemokratie gehe im Weltkrieg zugrunde, werden sich überzeugen, daß der Kapitalismus an verlockendem Zauber nichts gewonnen hat für die Menschheit dadurch, daß dieses Gemetzel seine unmittelbare Folge war. Die Menschen wenden sich nicht wieder zu der alten Grundlage ihrer Existenz. Die alten Heiligtümer unseres Staates, unserer Gesellschaftsordnung, haben nichts gewonnen an Verehrungswürdigkeit in diesem Kriege, und diejenigen, die die unversöhnlichen Feinde dieser Gesellschaftsordnung sind, waren und sein werden, die Sozialdemokraten, haben gewiß nichts verloren, sondern nur gewonnen, denn der Krieg mit allen seinen Greueln ist der Beweis, daß unsere Überzeugung und Lehre die wahre, unser Weg der richtige, unser Ziel das für die Menschheit notwendige ist; er ist der Beweis, daß die Welt nicht gesund kann, wenn sie nicht vorwärtsgeht auf dem Weg, den der Sozialismus ihr weist.

Genossen! Sie haben während dieser Zeit nicht nur gelitten, Sie haben auch gearbeitet. Wir haben uns nicht in Verbitterung zurückgezogen, uns nicht begnügt, dem Geschick zu fluchen und die

Mächtigen zu verurteilen, ansonsten aber die Hände in den Schoß zu legen. Wir haben überall eingegriffen und das Unsere geleistet, das beigebracht an organisatorischer Fähigkeit und organisatorischer Kraft, was wir beistellen konnten, und wir dürfen, ohne unbescheiden zu sein, nur der Wahrheit die Ehre gebend, aussprechen, daß der Beitrag von organisatorischer Fähigkeit, den die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, die Genossen gebracht haben, bei uns und in allen Ländern, sehr viel mitgewirkt hat, erstens den andern die Anfangsgründe davon beizubringen, ihnen ein Beispiel zu geben und wenigstens halbwegs zu verhindern, daß die äußerste Not hereinbreche. Wir haben alles getan, damit wenigstens die vorhandenen Mittel, so knapp zugemessen sie auch sind und so elend unfähig sich die Regierung und die Verwaltung des Staates erwiesen hat, das Richtige zur rechten Zeit zu tun, nach Kräften der Allgemeinheit zugute kommen. Unsere Wirksamkeit hat sich darin gezeigt, worin man uns gefolgt und worin man unserm Rate nicht gefolgt hat. Es hat sich gezeigt, wie richtig wir die Dinge beurteilten und daß wir die einzigen waren, die den Kopf nicht verloren haben. Unsere Wirksamkeit zeigt sich auch in Einzelheiten. Heute ist alles voll vom Rufe der Fähigkeit der Frau in der Organisation. Denken Sie aber an die Zeit vor dem Kriege, wie wir mit unserer Forderung der Heranziehung der Frauen zur politischen und Verwaltungstätigkeit verhöhnt wurden! Heute fängt man an, darüber anders zu sprechen, auch unsere Gegner denken anders.

Parteigenossen! Ich spreche aus Ihrer aller Herzen, wenn ich sage, unser erster Gruß gilt den Siegern der russischen Revolution! (Lebhafter Beifall.) Welch furchtbare Krisen ihr noch bevorstehen, kann niemand sagen. Wir sind zu sehr geschichtlich geschult, als daß wir erwartet hätten, daß sich die Revolution in Rußland abspielen werde wie ein Kulissenwechsel im Theater, daß einfach die Romanows gehen und die Sozialdemokraten die Zügel ergreifen. So einfach ist das nicht. Die Macht der Reaktion ist nicht so leicht zu beseitigen und die Übernahme der ganzen Regierung und Verwaltung, der ganzen Macht durch die Revolutionäre ist kein einfaches Werk. Aber das wissen wir: Was immer geschehen möge, der alte Zarismus, die alte Gewalt, die über ganz Europa drohte, ist endgültig, was immer kommen mag, gebrochen. Mit ihr hat man gründlich aufgeräumt. Damit ist auch für immer ausgeschlossen das drohende Gespenst der Heiligen Allianz, jenes Bündnis, das darum heilig geheißen hat, weil es alles Unheilige, Verdammenswerte erhalten und jedes Verbrechen an der Menschheit gefördert hat. Die Heilige Allianz der konservativen und reaktionären Mächte ist von nun an ausgeschlossen. Im Dreikaiserbündnis fehlt — abgesehen von dem Willen der drei Kaiser — der dritte und wichtigste für immer. Damit ist eine Periode der Geschichte Europas abgeschlossen, eine neue beginnt und für die Träger der Zukunft, für das sozialdemokratische Proletariat in allen Ländern beginnt damit die Pflicht, die Forderungen der Zukunft zu erkennen, danach zu handeln, daß nunmehr der Demokratie und damit der Beseitigung

der Herrschaft des Kapitalismus in neuen Formen, mit noch größerer Entschlossenheit, mit größerem Mute, mit größerer Hoffnung unsere Kräfte geweiht sein müssen.

Wir in Österreich haben es wahrhaftig nicht leicht, wir deutschen Sozialdemokraten am allerwenigsten. Wir leben in einem Lande und gehören einem Volksstamm an, mit dessen Bürgertum und Bauernschaft wir absolut nichts anfangen können. Wenn die Arbeiter anderer Völker darüber Illusionen haben, daß sie mit den Klassengegnern vereint Politik machen können — uns sind solche Illusionen in bezug auf deutsches Bürgertum und deutschen Bauernstand vollständig fern! Für uns hat der Klassengegensatz, der Klassenkampf nicht in einem einzigen Augenblick jenes Burgfriedens geruht, der nur bedeutet, daß man davon nicht spricht, weil man gerade etwas anderes zu tun hat. Niemand hat bei uns an eine Ausgleichung der Gegensätze, an die Möglichkeit des Zusammengehens oder der Überbrückung der Gegensätze nur einen Augenblick gedacht. Wir haben immer gewußt, woran wir mit den Herren der bürgerlichen Klassen und vom hohen Adel sind. Und wer sich etwa noch solche Illusionen gemacht hat, der müßte erkannt haben, daß er blind gewesen ist, da er vor kurzer Zeit gelesen hat, daß sich die Blüte des deutschen Bürgertums gegen den Verständigungsfrieden erklärt, daß sie die größte Scharfmacherei in bezug auf den Frieden treibt, daß sie entweder aus Gedankenlosigkeit oder aus Gewissenlosigkeit vermocht hat, auszusprechen, daß die Fortsetzung des Krieges um Eroberungen willen das Ziel des deutschen Volkes sein muß, daß sie gewagt hat, im Namen der Millionen blutenden Glieder des deutschen Volkes, die nur den Wunsch haben, des Mordens Ende zu sehen und zu den Kindern nach Hause zu kommen, die Fortsetzung des Krieges gutzuheißen und als Programm zu erklären. Wen überrascht das? Aber es ist gut in gewissem Sinne — so sehr wir wünschen würden, daß sich auch diese Kräfte für den Frieden einsetzen —, daß auch diese Karten offen auf den Tisch gelegt würden, und wir wissen, wer Freund und wer Feind ist.

Indem ich Sie hier auf dem Parteitag begrüße und Sie auffordere, im alten Geiste mit neuer Kraft weiterzuarbeiten, bitte ich Sie, nicht etwa voneinander abweichende Meinungen zu unterdrücken oder nicht zu äußern oder etwa eine falsche Einheitlichkeit darzustellen. Ich bitte Sie im Gegenteil, Ihre Meinungen frei auszusprechen. Klarheit kann uns nur werden durch Aussprache und Diskussion: Meinungsverschiedenheiten in der Partei brauchen noch nicht eine Feindseligkeit zu sein. Das darf uns nicht lähmen und die Beispiele, die wir leider im Ausland sehen, sollen uns nicht zu einer bitteren Kritik und Verurteilung führen, sie sollen uns warnen, denselben Weg zu betreten. (Sehr richtig.) Wir wollen bleiben, was wir waren, eine Genossenschaft von kämpfenden Brüdern, und die Disziplin, die jetzt erzwungen wird durch drakonische Gesetze, durch drakonische Reservate und durch die Instrumente der Gewalt, die jeden einzelnen bedrohen, die Disziplin wollen wir hier herbeiführen

als eine menschliche, als ein Zusammenwirken von Menschen, die sich bewußt sind, daß wir auf demselben Felde gemeinsam arbeiten und kämpfen müssen, weil wir nur gemeinsam siegen können. Recht haben ist ja schön, aber kämpfen, arbeiten kann man nur, wenn man Schulter an Schulter kämpft und dem Freunde zubilligt, daß auch er eine Meinung haben kann. So wie er sich irren kann, kann ich mich ja auch geirrt haben. Dieses Bewußtsein ist das Wichtigste. Wir waren nervöser und heftiger zu Beginn des Krieges, als die furchtbarsten Fragen an uns gestellt wurden und jedes einzelne Gehirn nur die abweichendsten Antworten geben konnte. Wir sind ruhiger geworden. Tragen wir die Erregung jener Zeit nicht herein in die heutige Diskussion und am wenigsten in die heutige gemeinsame Arbeit. Seien wir uns der Not der Zeit bewußt! (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Ich habe über die politische Lage in Österreich wenig zu reden. Ich weiß nicht, wo Österreich anfängt, ich weiß nicht, wo es aufhört, ich weiß nicht, wie es aussehen wird am Ende des Krieges, ich weiß nicht, was die Regierenden wollen werden, die nicht einmal heute wissen, was sie heute wollen. Ich weiß nur, daß alle den guten Willen zu haben behaupten, und wenn ihr guter Wille so weit geht, daß uns der Ministerpräsident sogar das Paradies versprochen*) hat, so will ich ja an seinem guten Willen nicht zweifeln, dieses gute Los den Völkern zu bereiten. Wenn es leicht gehen wird, wird er es ja schon machen. (Heiterkeit.) Aber ich fürchte, daß wir nicht dazu kommen. Jedenfalls weiß ich, daß wir unser Vertrauen zu einer Regierung nicht bauen könnten bloß auf ihre Gutwilligkeit. So stehen wir vorsichtig den Parteien, noch vorsichtiger der wohlmeinenden Regierung gegenüber. Allen Verlockungen gegenüber, die an uns gerichtet waren, widerstehen wir in dem Bewußtsein, daß wir uns nur auf eines verlassen können: auf uns selber, auf die politische Einsicht, den Gemeinsinn und den Willen der Arbeiterklasse, der nicht nur ein guter Wille ist. Wir stehen geschlossen und gestützt auf unsere Kraft, auf unsere Einsicht und Geschlossenheit, allem, was kommen mag, die einheitliche Phalanx des deutschen klassenbewußten Proletariats entgegenzusetzen. Möge diese Kampfbereitschaft dem heutigen Parteitag dienen, dessen Arbeiten Sie nun beginnen mögen! (Stürmischer Beifall.)

*) Als nach den Sommerferien das Abgeordnetenhaus am 25. September 1917 wieder zusammentrat, war das Parlament zwar in voller Auflösung, aber der Ministerpräsident Dr. Seidler war voll Optimismus. Nach seinem mißglückten Versuch der Bildung einer Konzentrationsregierung, zu der er im Juli auch die Sozialdemokraten, natürlich vergeblich, geladen hatte (einen Monat vorher hatte Graf C l a m - M a r t i n i c diesen Versuch unternommen) war die Regierung Seidler, die im Juni bloß „provisorisch“ eingesetzt worden war, definitiv ernannt worden. Ihr gehörten auch vier Minister ohne Portefeuille, sozusagen als „Landsmannminister“ der einzelnen Nationen an. In seiner Programmrede und seiner ersten Sitzung versprach Seidler, nachdem er politisch ganz inhaltslos gesprochen hatte, eine ganze Menge Reformen: Elektrizitätswesen, wirtschaftliche Produktion, Währungsfragen, Kreiseinteilung.

Die Erklärung der Linken.

Parteitag 1917.

Ich habe gestern den Wunsch ausgesprochen, es mögen auf diesem Parteitag abweichende Meinungen gegenseitig klar und deutlich Ausdruck finden. Dieser Wunsch wird, wie es scheint, reichlich erfüllt*). Es könnte dies sogar in etwas ruhigerer und weniger aggressiver Weise geschehen. Aber, Parteigenossen, das ist kein Unglück. Wenn man vier Jahre nicht beisammen war und sich nicht gegenseitig seine Meinung sagen konnte, ist es begreiflich, daß, wenn man das erstemal wieder zusammenkommt und sich viel zusammengedrängt hat in jedes einzelnen Brust, alles stürmisch nach außenhin drängt und daß die Debatte heftiger ausfällt, um so mehr, wenn sie das Höchste und Wichtigste betrifft, das uns alle erfüllt. Wenn die Führung der Partei hier so heftig angegriffen wird, so sage ich Ihnen eines: an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen. Mein Gewissen ist rein, daß wir mit den bescheidenen Mitteln — bescheidener als je seit meiner politischen Tätigkeit — die uns zur Verfügung standen, so viel geleistet haben. Wir haben die Partei erhalten, haben sie als Einheit erhalten und haben diesen Parteitag möglich gemacht. Das war kein leichtes Stück, und vielleicht wären diejenigen, die heute so klug, so überlegen über alles das reden, was man vor drei oder vier Jahren hätte machen sollen oder nicht, in Verlegenheit, wenn sie sagen sollten, auf welchem andern Wege man die Einheit der Partei hätte zustande bringen sollen, ja noch mehr: wo es galt, die Existenz der Partei, die Existenz unserer politischen und — was ich nicht zu vergessen bitte — unserer gewerkschaftlichen Organisation zu erhalten! Wir hätten nicht durchhalten können, was von Anfang an unser Bestreben war, wenn wir uns nicht den jeweiligen Verhältnissen, Möglichkeiten und Mitteln angepaßt hätten, die uns zur Verfügung standen. Glauben Sie nicht, daß ich den Sturm gegen die alten erbesessenen Führer im Vorstand, diese heftigen Anklagen, daß ich — der ich doch auch einigermaßen daran beteiligt bin — das bedauere oder als schlechtes Zeichen ansehe. Im Gegenteil, es freut mich, daß aus jenen Stimmen, die so grell klingen und nicht so

*) In der Debatte über den Parteibericht hatte Dr. Schacherl unmittelbar nach den Berichten der Referenten beantragt, einer Gruppe von Delegierten, die mit der Tätigkeit der Partei, namentlich in bezug auf Krieg und Frieden, nicht einverstanden sind, zu gestatten, ihre Meinung, die in einer längeren Erklärung festgelegt war, bekanntzugeben. Diese Erklärung der „Linken“ wurde dann von Gabriele Proft verlesen, die einleitend bemerkte, es handle sich dieser Gruppe darum, ihre Meinung zu den Problemen, die der Krieg gebracht hat, darzulegen, und sie fügte hinzu: „Die Erklärung, die gedruckt vorliegt, sagt alles, was unsere Meinung ist. Sie enthält auch das Bekenntnis unserer Zugehörigkeit zu den Gruppen in den verschiedenen Ländern, die in der Minderheit sind. In dieser Erklärung ist auch niedergelegt, was wir von der Partei in bezug auf den Frieden verlangen.“

liebenswürdig sind, wie wir es um unsere Genossen verdient hätten, daß auch aus den — nach meiner Anschauung irrtümlichen — Anschauungen zu sehen ist, daß wir die Alten geblieben sind. Voll von Temperament, voll von Entschlossenheit zu handeln, voll auch von dem Bestreben, jeden, der anderer Ansicht ist, niederzuschreien. (Heiterkeit.) Wir haben vor uns ein Dokument — eine Erklärung wie es sich nennt, kurz, ein Dokument von Malkontenten. Ein Schriftstück, das ungleich ist in seinem Inhalt, das sich vor allem dadurch auszeichnet, daß es die Geschichte dieser drei und vier Jahre nur sehr lückenhaft berücksichtigt und mitunter den Eindruck macht, als ob die Vorbringer dieser Erklärung nicht alles miterlebt hätten, was wir Tag für Tag erleben mußten. Parteigenossen! Es ist heute leicht, anders zu reden, als man 1914 geredet hätte. (Max Adler: Man sollte auch heute anders reden!) Ich rede auch anders als im Jahre 1914. Es ist heute leicht, einen großen Teil unserer Erlebnisse einfach beiseite zu lassen und Dinge zu sagen, die heute so selbstverständlich klingen, die aber im Jahre 1914 sozusagen nicht möglich waren für Leute, die sich ihrer Verantwortung, der Lage der Partei und der ganzen Verhältnisse bewußt waren, unter denen sie arbeiten mußten. Die Erklärung teilt sich nicht paragrafenmäßig, aber immerhin in Gruppen von Argumenten. Ein Teil, und das ist wohl der größte, beschäftigt sich damit, offene Türen einzurennen. Es gibt eine große Menge Dinge darin, bei denen keiner sagen wird, das sei etwas, was man uns erst zu sagen braucht oder wozu man erst eine Linke eigens zu etablieren braucht. Sind es doch Dinge, mit denen wir aufgewachsen sind. Aber dadurch, daß man diese Dinge mit Leidenschaft und in einem anklägerischen Tone sagt, wird der Schein erzeugt, als ob wir anderer Anschauung wären. Diese Erklärung macht uns den Vorwurf, daß wir die Diskussion nicht genügend gepflegt hätten, daß wir die Partei nicht genügend demokratisiert, daß wir ein Monopol einiger Führer auf das politische Denken eingeführt hätten, das endlich zu brechen wäre. Parteigenossen! Nichts wird mich mehr freuen, als wenn Sie der Diskussion in unserer Organisation neue Anstöße bringen und sie heben, dazu hätte es aber nicht des Krieges, nicht all dieser Nöte bedurft, das wäre schon vor vier Jahren nötig gewesen; denn schon damals haben wir unter diesem Mangel schwer gelitten — zu meinem großen Bedauern. Wenn wir die Gründe untersuchen, was freilich eine weitschichtige Sache wäre, sehen wir vor allem eines: Wir sind eine überbürdete Partei, die alles, was sie unternimmt, gewissermaßen über ihre Kraft unternimmt, von allem Anfang an. Nicht die Partei allein ist überbürdet, auch jeder einzelne ist es, weil wir arm sind, arm an Menschen, die zerstreut unter sehr verschiedenen Verhältnissen leben und das in einem Staate, der schon allein ein Problem ist in seiner Gänze, in jedem seiner Teile und in allen seinen Erscheinungsformen, und uns deshalb so viel Aufgaben stellt, daß wir ihnen kaum gewachsen sein können. Aber das eine kann ich sagen, und das wird nicht einmal Genosse Max Adler leugnen können, der uns ja über die Anfangs-

gründe des Sozialismus sehr maßgebend (Heiterkeit) belehrt hat, daß wir irgendwie die Diskussionsmöglichkeit eingeschränkt haben. Es war im Gegenteil. Wir haben gerade während des Krieges gezeigt, daß wir abweichende Ansichten, abweichend von der Ansicht des Parteivorstandes haben aussprechen lassen auf dem Papier des offiziellen Organes der Partei, auf das wir Einfluß haben. Wir haben sogar — nicht gerade nach dem Wunsche der Führer der Linken — uns Schranken auferlegt und haben alle reden lassen. Es ist niemand gedrosselt worden, wir haben niemand den Mund verbunden. Jeder konnte in seinem Kreise, in seiner Organisation aussprechen, was er wollte, und kann es auch heute.

Wenn also der Vorwurf eines Mangels an Diskussion, der Anwurf eines Monopols auf politische Meinung gegen irgend jemand gerichtet wird, dann ist es ungerecht. Es müssen andere Gründe und Ursachen sein, und Sie wissen es ja selbst, womit Sie es zu tun haben. Was aber unsere Verhältnisse im Krieg anbelangt, so würde ich, wenn Genosse Seliger nicht so drastisch wahrheitsvoll und der Wirklichkeit entsprechend alles gesagt hätte und ich mich daher darüber nicht weiter zu verbreiten hätte, sagen müssen, daß die Meinung, als ob wir aus der Sozialdemokratie einen Wohltätigkeitsverein gemacht hätten, nur bei Leuten bestehen kann, die — ich will niemand nahetreten — von dem eigentlichen Leben des Proletariats, von dem, was den Menschen bewegt, und von dem, was jeden Augenblick notwendig war, nicht die geringste Ahnung haben. Parteigenossen, Sie wissen es und ich rufe jene, die den engeren Beratungen zugezogen waren, zu Zeugen. Für uns hat es sich darum gehandelt, in erster Linie durchzuhalten. Heute können Sie ganz anders reden als im Jahre 1914. Nach der russischen Revolution und nach allem, was vorgegangen ist, jetzt sind Sie weise und wissen retrospektiv, was Sie früher hätten machen sollen. Sie haben uns aber auch damals die russische Revolution nicht vorhersagen können. Aber damals hat es sich nur darum gehandelt, die Partei durchzuhalten, und wenn sie geistig durchgehalten werden sollte, mußte sie vor allem materiell durchgehalten werden, und das nach zwei Seiten: Erstens mußte nach Kräften dafür gesorgt werden, daß die Leute, aus denen sie besteht, nicht mehr hungern, als unbedingt notwendig ist. Zweitens aber, und das rechne ich schon zu der geistigen Seite — ich weiß nicht, ob auch Sie; ich habe nicht so ätherische und übermenschliche Meinungen über das Geistige der Partei — mußten wir auch den Beweis erbringen, daß die Partei der Anwalt, der Vertreter, der Helfer der Arbeiterschaft ist — im Krieg ebenso wie im Frieden. Wir mußten das Vertrauen der Arbeiter auch durchhalten im Kriege. Und gestatten Sie, daß ich an dieser Stelle den Genossen, die da sind, und denen, die nicht da sind, den Männern und Frauen dafür danke, daß sie gearbeitet haben im Sinne des Sozialismus und der sozialistischen Solidarität (Beifall); daß sie sich nicht nur um das einzelne verdient gemacht haben, sondern um das Leben und die Zukunft der Partei, und wenn sie nicht an jedes Wort, an jede Handlung, bei den Unterhalts-

beitragen, bei der Zufuhr von Brot usw., programmatische Erklärungen geknüpft haben, nehme ich, der ich darin viel mitgemacht habe, es ihnen gar nicht übel. Der Arbeiter versteht es schon, aus welchem Geist unsere Organisationstätigkeit geboren und von welchem Geiste sie getragen ist, ohne daß man ihm bei jedem Schritt an die Nase binden muß, daß es gegen den Kapitalismus geht. Wir lassen uns die Arbeit, die da geleistet worden ist, nicht herabsetzen und nicht vereckeln, nicht für die Gegenwart und nicht für die Zukunft, denn wir sind noch lange nicht am Ende und wir wissen nicht, was uns bevorsteht. Ich erkläre hier, daß ich überzeugt bin, im Geist unseres Hainfelder Parteiprogramms gehandelt zu haben, im Geiste der alten Satzungen, daß das Wesen unserer Partei darin besteht, die Arbeiterklasse geistig und physisch kampffähig zu erhalten zur Erreichung ihres Zieles. Was Sie als Interventionen ansehen und herabsetzen, waren zum Teil übermenschliche Leistungen, es waren nicht Interventionen um Gnade, sondern Interventionen zur Ausübung des Einflusses, zur Ausübung von Macht, die wir schon erreicht haben und die nur durchzusetzen war auf Grund schon getaner Arbeit. Vergessen Sie ein zweites nicht. Wir haben nicht nur interveniert, wir haben auch in bezug auf die praktische und gegebene Lage in jedem Moment der Regierung — nicht als Bitte, sondern als Forderung des Proletariats — Vorschläge unterbreitet, die, wenn man uns gefolgt hätte, vieles von dem Elend verhindert hätten, das heute über die Völker gekommen ist. Unterschätzen Sie das nicht und lassen Sie sich durch den etwas überlegenen Ton dieser Erklärung nicht verleiten, es geringzuschätzen, daß von allem Anfang an die Sozialdemokratie die einzige war, die gewußt hat, was sie zu fordern hat, welches die Mittel und welches die Notwendigkeiten im Kriege sind.

Wenn wir dann noch gewarnt werden, den Scheinparlamentarismus in Österreich zu überschätzen, so hat das für mich einen eigentümlichen Beigeschmack, denn ich und die meisten von uns haben die Ära Stürgkh ohne Parlament und den Kampf um das Parlament am eigenen Leibe miterlebt. Wir wünschen nicht, den Leuten, die das Parlament nicht wollen, soweit es Schein und soweit es Wirklichkeit ist — es ist auch ein gutes Stück Wirklichkeit — Wind in die Segel zu geben. Ich glaube auch nicht, daß es den Genossen, die sich da als Linke aufgetan haben, vor zwei Jahren möglich gewesen wäre, diese Sätze zu schreiben oder zu sprechen. Aber der Hauptvorwurf, der hier gemacht wird, ist, daß die Partei nicht im Jahre 1914/15 die Politik gemacht hat, die sie im Jahre 1917 machen kann. Daß die russische Revolution und alles, was damit zusammenhängt, daß die Zustände, die der Krieg mit sich gebracht hat, im Lichte der russischen Revolution gesehen — Möglichkeiten, Umwälzungen im Denken, Umwälzungen in den Anschauungen mit sich gebracht hat, die eben damals nicht vorhanden waren, das wird niemand leugnen. Aber ich glaube, es ist ungerecht und unbillig — unbillig, aber sehr billig — heute Vorwürfe zu erheben, daß man nicht schon im Jahre 1914 gemacht hat, was heute vielleicht möglich ist.

Genossen! Sie haben allenthalben offene Türen ingerannt; ich kann nicht alles anführen, aber eines liegt mir am Herzen zu sagen: Sie haben in Ihrer Erklärung die Forderung ausgesprochen, man möge die Parteien draußen in Deutschland, Majorität und Minorität, auf gleichem Fuße behandeln. Sie werden schon verzeihen, man kann eine Partei nicht behandeln, bevor sie existiert. Es ist kein gerechter Vorwurf, daß wir die Minorität in Deutschland, die sich erst in den letzten paar Monaten als Partei erklärt hat, ob wir den Schritt nun billigen oder nicht, nicht auch von uns als Partei anerkannt und zu diesem Parteitag eingeladen haben. Sie können nicht von uns verlangen, daß wir prophetisch schon in früherer Zeit diese Gruppe, die damals eine Minorität war, eingeladen hätten.

Sie erzählen in Ihrer Erklärung, daß ein großer internationaler Zusammenhang besteht mit den Minoritäten in den andern Ländern. Ich will nicht untersuchen, ob die prinzipiellen und taktischen Grundlagen dieselben sind hier in der Linken, in der unabhängigen Arbeiterpartei in England, in der Minorität in Frankreich usw. und in der einen Gruppe der russischen Sozialdemokratie, die Sie herausheben... (Therese Schlesinger: Nein, es heißt „internationale Parteien in Rußland“!) Ja, ja, Sie wissen schon, daß ich recht habe, wenn auch dort die Mehrzahl steht. (Therese Schlesinger: Nein, Sie haben nicht recht! Das ist ein Irrtum.) Dann fragen Sie den, der es weiß.

(Der Redner wird unterbrochen, weil die Redezeit abgelaufen ist. Es wird ihm die Fortsetzung seiner Rede gewährt.)

Es ist ja nicht leicht, gegenüber diesem Schriftstück kurz zu sein. Es wird gesagt — morgen oder übermorgen werde ich ja darüber noch sprechen —, daß diese gedankliche Übereinstimmung in Zimmerwald ihren internationalen Ausdruck fand. Ich weiß, in welchem Teile von Zimmerwald. Es gibt auch dort die große Kirche, auch Zimmerwald hat Unterkirchen. Also nur mit Bedacht, und nur nicht Dinge sagen, die den Tatsachen nicht vollständig entsprechen. Wir deutschen Sozialdemokraten in Österreich haben — und der ist unwahr, der es zu leugnen versucht — im Maße der Möglichkeit für den Frieden und gegen den Krieg gekämpft nicht nur vor dem Kriege, was ja selbstverständlich ist, sondern von der ersten Stunde des Krieges an. Wir haben uns nicht identifiziert mit dem Kriege, sondern wir haben die Notwendigkeit anerkannt, eine Niederlage von uns abzurücken. Und, Parteigenossen, der Krieg war im Jahre 1915 und 1916 der Krieg gegen den Zarismus, er hatte ein ganz anderes Gesicht als der Krieg gegen die siegreiche russische Revolution. Es ist billig, heute den Vorwurf zu erheben, daß wir uns damals hätten benehmen sollen, als ob die russische Revolution vollzogen gewesen wäre, als ob an unsern Grenzen damals nicht die Heere des Zaren gestanden wären. Ich sage, es ist billig, heute so klug zu sein. Wir waren es nicht und, verzeihen Sie, wir hoffen, daß wir uns bessern werden. Aber eines sage ich Ihnen: ich nehme, für meine Person wenigstens, das, was in diesem Schriftstück an Anklagen ist, daß wir den Reformismus wollen, daß wir

uns dem Ministerialismus nähern, nicht tragisch. Das erstemal, als wir eine Verlockung zum Ministerialismus hatten, ist das halblächelnd zurückgewiesen worden. Man hat uns aufgefordert, in ein Ministerium zu treten, und wir haben das ohne viel Aufhebens abgelehnt. Wir hätten ja daraus eine revolutionäre Tat machen können, aber wir haben das nicht getan, wir haben das als selbstverständlich betrachtet. Wenn Dr. Schacherl Vergleiche mit Antonius aus Julius Cäsar stellen will, so soll er ruhig abwarten, vielleicht ist sein literarisches Zitat ganz falsch, und man kann doch nicht auf solche Vorstellungen Anklagen gegen Männer richten, die in ihrem ganzen Leben voll von Tätigkeit für die Partei waren, die gezeigt haben, daß sie keine Antoniusrollen präbendieren und nach Kronen nicht geizen. Ich muß schon sagen, es kommt mir ein bißchen übertrieben vor, wenn man uns hier mit solchen Argumenten angreift. Es kommt mir sehr unangebracht vor, wenn man literarische Kontroversen gegen Artikel und Bücher in Erklärungen auf dem Parteitag abgibt. Wem das Buch von Dr. Renner nicht gefällt — ich erkläre, daß mir daraus auch manches nicht gefällt, manches aber ja — der soll ganz einfach ein anderes Buch schreiben. Das steht ihm frei. (Heiterkeit.) Aber die Parteivertretung dafür verantwortlich zu machen, geht denn doch nicht an. Dafür ist Doktor Renner verantwortlich. Die Artikel des Genossen Pernerstorfer, die er da und dort geschrieben hat, haben zum Beispiel auch mir sehr wenig behagt. Pernerstorfer liegt heute, was mir sehr schmerzlich ist, ernstlich erkrankt im Bette. Es tut mir leid, daß er seine Sache hier nicht selbst vertreten kann. Er hätte das mit der ihm eigenen Energie und dem ihm eigenen Temperament getan. Aber wie können Sie aus vereinzelt Anschauungen Vorwürfe schmieden gegen die Meinung der Partei? Halten Sie die für so gefährlich?

Ich anerkenne die Loyalität der Erklärung, daß die Linke im Innern der Partei wirken will. Aber ich sehe keinen Grund zu dem verurteilenden Verdikt, das über unsere ganze Tätigkeit gesprochen wird. Wenn zuletzt noch vorgebracht wurde, daß wir die Maifeier anfangs anders machen wollten, da wird die Kleinigkeit übersehen, daß zwischen den ersten Beschlüssen und der schließlichen Form nichts Geringeres als die russische Revolution (Zwischenrufe) und mit ihrem Wirken liegt. (S k a r e t: Die Erklärung der Russen vom 22. April, daß sie die Maifeier begehen wollen.) Sie wissen so gut wie ich, daß die Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht entstanden ist durch das erste Telegramm über die russische Revolution, sondern sich erst hat bilden müssen. Außerdem vergessen Sie nicht, daß wir auch auf die Gewerkschaftsorganisationen Rücksicht nehmen und erkunden mußten, wieweit es möglich ist, das zu tun, was dann zu unserer Freude sich als möglich ergeben hat. Für den Frieden sind wir vom Anfang an eingetreten, und es ist ungerecht, von uns zu verlangen, daß wir anfangs 1915, als wir das erstemal mit der deutschen Partei zusammentrafen, so hätten reden können wie heute. Es ist Genossen Schacherl bekannt, daß wir eine parlamentarische Aktion, die weitergeht, im heutigen Moment für

möglich und geboten halten. Aber es war damals nicht möglich, was wir heute planen. Die etwas schwarzseherische Auffassung des Genossen Schacherl über die österreichische Regierung teile ich nicht. Das nur nebenbei. Parteigenossen! Erfüllen Sie sich nur recht mit revolutionärem Geiste! Je mehr Sie es tun, desto besser. Dann tun Sie aber mit dem revolutionären Geist in jeder Stunde, was diese Stunde möglich macht, und glauben Sie nicht, daß man mit allgemeinen, noch so hinreißenden Reden Bäume ausreißen kann und die Dinge, die uns vielleicht noch bevorstehen, wird überwinden können. Paul Richter hat sehr beweglich gefragt: Wenn heute nicht, wann denn? Brav, ich stimme ihm zu, aber er hat nicht gesagt: was denn? Das ist eine schwere Sache. Die Genossen, die leicht rufen können, weil auf ihren Ruf niemand kommt, haben viel leichtere Aufgaben und sind weniger verantwortlich als die, die wissen, daß, wenn sie rufen, die Genossen auch kommen, weil die breiten Schichten der Arbeiter das Vertrauen zur Führung der Partei haben, weil sie wissen, die Partei werde nicht rufen, wenn kein Ergebnis in Aussicht steht, als Opfer. Wir sind entfernt davon. Opfer zu scheuen, aber wir sind auch davon entfernt, uns durch Temperament hinreißen zu lassen zu Demonstrationen, ohne einen andern Erfolg als unsere Ohnmacht zu zeigen.

Tun wir, was in unserer Macht steht, nicht weniger, aber auch nicht mehr! Das heißt: gehen wir über die gegebenen Möglichkeiten nicht hinaus. Welche Möglichkeiten und welche Pflichten das Ende des Krieges noch bringen wird, weiß ich so wenig wie irgend jemand, und auch die Genossen der Linken wissen es nicht, wenn sie auch so tun, als wüßten sie alles — etwas, was geradezu aufreizend ist, weil es immer so scheint, als wären nur sie geschickt. Aber halten wir einig fest: bleiben wir beisammen, bleiben wir eins, halten wir das Bewußtsein unserer Einheit und Geschlossenheit aufrecht! Daß wir das tun konnten, daß dieser Parteitag trotz aller Meinungsverschiedenheiten die Partei als einiges Ganzes darstellt, ist der beste Beweis, daß die Parteivertretung ihre Pflicht getan und ihre wichtigsten Aufgaben erfüllt hat. (Lebhafter Beifall.)

Als Generalredner.

Ich hoffe Sie nicht allzulange aufhalten zu müssen. Ich bin hier als Redner der Rechten, die angeblich existiert, aufgerufen worden. Ich bitte, diese Unterscheidung von links und rechts als einen Mißbrauch unserer Freunde von da und drüben (Heiterkeit) anzusehen. Wenn man genau zusieht, so ist — abgesehen von einigen Exzessen, von denen die Leute, die Sie die Rechte nennen, gewiß nicht frei sind, genau so wie auch Sie von dem Rechte, Exzesse zu begehen, ganz ausgiebigen Gebrauch gemacht haben — eigentlich nicht viel, worin wir uns unterscheiden. Es fällt mir nicht ein, nach einer so ernsten und für mich, ehrlich gesagt, erfreulichen, auffrischenden und erhebenden Debatte Meinungsverschiedenheiten, die faktisch bestehen, etwa verwischen oder verhüllen zu wollen. Meinungsverschiedenheiten hat es immer gegeben und wird es immer geben, nur ist es nicht nützlich, die Meinungsverschiedenheit

gewissermaßen zu fixieren, zu stereotypieren. Ich erinnere mich, im Anfang des Krieges, wo die Meinungen vielfach vielfältiger, auch heftiger waren als heute und wo jeder einzelne — so bekenne ich es wenigstens für mich — vielfältige Meinungen gehabt hat und arge Arbeit an sich selbst tun mußte, um sich zu klären, damals habe ich gesagt oder geschrieben, der größte Fehler wäre im gegebenen Moment, den andern auf Worte festzunageln.

Täuschen wir uns nicht! Sehr vieles von dem, was Sie heute sagen — mit Recht oder mit Unrecht — entspringt nur der Tatsache, daß wir eben vier Jahre keinen Parteitag hatten. Und wenn Sie so hören, was die Leute da vorwerfen, so sind das zum Teile die aufgetauten Trompeten des Münchhausen, das sind Vorwürfe und Eindrücke, die in alte Zeiten zurückreichen — Zeiten mit ganz andern Bedingungen, Zeiten mit ganz andern Möglichkeiten, als sie heute bestehen. Den Hauptfehler dieser Erklärung — und das sage ich nicht als Mann von rechts, aber als einer, der nicht links ist und sich dieser Erklärung nicht anschließen kann — sehe ich darin, daß sie abweichende Meinungen festlegt und mit Titeln, mit Namen bezeichnet, die, so schön sie vielleicht klingen mögen, für uns nur Schimpfnamen bedeuten. Warum jemand, der anderer Meinung ist, immer einen Sozialpatrioten nennen? Warum nicht gleich einen gelben Hund (Heiterkeit. — Ruf: Schwarzgelb!) oder gar schwarzgelb? Das ist falsch. Es kann einer in gewissen Zeiten und Perioden, die vorbei sind, sich haben zu Stimmungen hinreißen lassen, die er längst nicht mehr hat, und Sie klopfen eigentlich vielfach alte Kleider, die der Mann längst nicht mehr anhat. (Heiterkeit.) Sie dürfen doch in der Zeit, in der wir leben und die wir miteinander durchlebt haben, nicht vergessen, daß wir doch in einer fortwährend stark strömenden Entwicklung waren. Ja freilich, wessen Hirn so einfach und so solid konstruiert ist, daß es automatisch sofort in jeder Lebenslage weiß, wie sich der Betreffende zu entscheiden und was er zu meinen hat, den kann ich vielleicht beneiden; aber ich muß bekennen, daß ich und viele andere so solid konstruierte, automatisch urteilende Gehirne nicht haben. Das ist es, was ich dieser Erklärung der Linken hauptsächlich vorwerfe, daß sie abstempelt, abstempelt in einer wenig erfreulichen, wenig angenehmen Weise, daß aber die Genossen, die herüberschießen, außerordentlich empfindlich sind in bezug auf das Hinüberschießen.

Wir haben hier Äußerungen gehört, die so klingen, daß man geglaubt hätte, daß die Drangsalierungen der Genossen und Genossinnen, die sich die Linke nennen, furchtbar gewesen sind, daß etwa ein Ketzerrichtertum geübt worden ist. Was ist nun herausgekommen? Daß die Genossen der Parteivertretung, die natürlich die schlechtesten Kerle sind, und auch andere nicht angenehm berührt waren oder gezeigt haben, daß es ihnen nicht recht ist, wenn man Meinungen, die ihre nicht sind, äußert. Ich gestehe ohne weiteres — das weiß ich besser als Sie alle — daß diese Empfindlichkeit, diese Furcht vor der Diskussion lange nicht nur auf der einen Seite, sondern daß sie sehr verbreitet ist. Aber Parteigenossen von der Linken — wenn Sie durchaus als Linke

bezeichnet werden wollen — verzeihen Sie: Sie haben ein wenig Mangel an Selbstvertrauen in bezug auf die Partei! Es fehlt Ihnen ein wenig an der Zuversicht, daß unserer Partei, was unsere Grundanschauung und die ganze Richtung unseres Handelns anbelangt, nichts geschehen kann. Diese gewisse Ängstlichkeit, es könnte uns der Klassenkampf abhanden kommen, weil wir eine Zeitlang gerade nicht viel Streiks haben und sie aus guten Gründen nicht für nützlich halten, diese Ängstlichkeit, daß wir den Kampf mit den bürgerlichen Parteien, den wir recht lebhaft zu führen gewohnt sind, aus guten Gründen für eine gewisse Zeit zurückstellen müssen, weil wir anderes zu tun haben, diese Ängstlichkeit teile ich nicht. Der Klassenkampf wird uns nicht abhanden kommen. Seien Sie überzeugt: die Zeiten, denen wir entgegengehen, werden nicht nur jede Gefahr einer Spaltung des Proletariats verhindern, sondern sie werden vor allem bewirken, daß mit einer Schärfe, wie wir sie vielleicht überhaupt noch nicht erlebt haben, die Klassengegensätze hervortreten und durchgekämpft werden müssen. Ich freue mich, daß doch auch von den Unterzeichnern der Erklärung das gesagt wird, was Sie vom Anfang an, wenn auch nicht scharf zum Ausdruck gebracht haben, daß Sie die anderen zwar für Menschen zweiter Klasse, aber nicht letzter Klasse, daß Sie uns doch noch für besserungsfähig halten. Aber seien Sie überzeugt, daß wir alle unsere geistigen und organisatorischen Kräfte werden zusammennehmen müssen. Die Probleme, vor denen wir in kurzer Zeit bis zum Frieden und erst recht und doppelt nach dem Friedensschlusse stehen werden, werden unsere ganze Kraft in Anspruch nehmen, unsere geistige Kraft als Sozialdemokraten, als Politiker des Proletariats, und dreimal unsere volle Energie als Organisation in allen ihren Formen, als politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation. Darum haben mich die Nadelstiche, die im Laufe der letzten Zeit ab und zu auch von Leuten erfolgt sind, die noch nicht reif genug waren, mit Nadeln gut umgehen zu können (Heiterkeit), nie sehr erschüttert, sondern ich habe mir gesagt: Wir werden jetzt schnell reif werden, die Zeit ist danach angetan, daß sie schnell zum Denken zwingt. Und wenn jemand ein bißchen vorzeitig und bevor er zur Reife gekommen ist, losschlägt, so sage ich mir: Brav, mein Junge, es wird schon etwas werden. Die Vorwürfe, die auch der Jugend gemacht wurden, bitte ich nicht allzu tragisch zu nehmen. Wenn wir Alten mitunter gesagt haben, die Jugend möge sich ein bißchen zurückhalten und man möge sie nicht verleiten, sich auf Gebiete einzulassen und Aufgaben zu übernehmen, denen sie nicht gewachsen ist, so ist das nicht zu unserem Schutze, sondern zum Nutzen und zum Schutze gerade dieser Jugend selbst geschehen. Ich hoffe, Sie verstehen mich!

Es ist eine Reihe von Vorwürfen erhoben worden, daß wir die Massen nicht gerufen haben, und es ist auf die Versuche anderer hingewiesen worden, die das unternommen haben. Zwischen uns, die wir die Verantwortung übernommen haben, und Ihnen ist aber ein großer Unterschied. Wenn Sie rufen, dann kommen wenige und

nicht immer diejenigen, die die verlässlichsten sind. Wenn wir rufen, kommen die Massen und wir sind verantwortlich für das, was herauskommt. Das sage ich nicht nur als politischer Mann, sondern auch für die Gewerkschaften, die hier ihr Wollen nicht zum Ausdruck gebracht haben, deren Interessen und deren Zukunft zu wahren aber auch unser aller erste Pflicht ist. Es ist auch nicht richtig, daß dieser Ruf „Hinaus!“ so etwas Linkes, nach links Schmeckendes ist. Ich komme ja nicht nur mit Parteigenossen zusammen, sondern auch mit anderen Leuten, und schon seit einem Jahr und länger ist die Stimmung so, daß die ältesten Hofräte nach Revolution schreien. Sie möchten gerne, daß sich etwas ereignet, und sie begreifen nicht, daß die Arbeiterschaft nicht auf die Straße geht, um ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. (Lebhafter Beifall.) Ich sage solchen alten Hofräten, Generaldirektoren, auch Generalen — auch einen solchen Fall habe ich in meinem Album —, ich sage ihnen: „Sie haben ganz recht, aber wenn Sie Blut sehen wollen, probieren Sie es selber, oder lassen Sie sich zur Ader.“ (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.) Das werden wir nicht machen. Bevor wir zum Handeln auffordern, überlegen wir die Grenzen unseres Könnens. Vielleicht irren wir. Niemand ist besessen vom Dünkel der Unfehlbarkeit. Da wir es nicht mit weißem Papier zu tun haben, sondern unser Material die Menschen sind, sind wir nicht leichtfertig und wir halten uns auch nicht für unfehlbar. Die Genossen, die hauptsächlich Kritik üben und so fest überzeugt sind, daß nur sie recht haben, und denen nie der Gedanke kommt: vielleicht steckt auch in dem, was der von rechts sagt, etwas Vernünftiges, sollten das ebenfalls für sich gelten lassen. Ich würde sehr wünschen, daß, wenn die Kritik ihr Recht bekommt, die Empfindsamkeit und Ängstlichkeit — weit weniger beim Parteivorstand als bei anderen in der Bürokratie tiefer stehenden Instanzen, nicht nur in Wien — geringer werde. Aber ich möchte die Vorsicht verteidigen. Ja, heute leben wir in einer anderen Luft, als wir in den Jahren 1914, 1915 und 1916 gelebt haben. Daß wir uns den Verhältnissen anpassen müssen, das wird wohl jeder zugeben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einen Vorwurf, der gegen meine Person gerichtet wurde, kurz abtun. Es wurde hier erzählt, daß ich gesagt hätte: „Das Maß ist voll, ja schon überschritten.“ Wie ich mich kenne, sieht es mir nicht gleich, als ob mir irgendein Maß der Diskussion zu groß wäre. Ich weiß wohl, daß meine Methode, zu debattieren, nicht allen angenehm ist. (Zwischenrufe von der Linken.) Es gibt eben Leute, die gerne schießen, wenn man aber zurückschießt, dann weinen sie gleich. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß sich der Fritz darüber beklagen würde, denn der hat am wenigsten unter einem Mangel an Freiheit zu leiden gehabt.

Es bleibt mir ja nach der ausgezeichneten und beinahe in allen Dingen meinen Beifall findenden Rede, die Genosse Austerlitz heute vormittag hier abgehalten hat, wirklich wenig zu sagen übrig. Ich möchte ihm nur gleich sagen, womit ich nicht einverstanden bin. Ich bin nicht damit einverstanden, daß sich der natürliche Vor-

gang, wie sich die Dinge in Deutschland entwickeln, bei uns getreulich abspiele, und daß wir den Streit auch hier noch ausfechten, auch noch auf unserem Parteitage. Es ist genug, daß wir das privat machen. Ich bin nicht damit einverstanden, weniger mit Austerlitz, als mit der Linken, daß sie hier eigentlich die Schlagworte von außen importieren und uns an den Kopf werfen. Ich bin nicht einverstanden damit, daß man den von mir ebenso wie von Ihnen tiefbeklagten Streit in der deutschen Partei zum Anlasse nimmt, die Mehrheit der deutschen Partei, mit der auch ich in vielen Dingen nicht einverstanden bin, hier einseitig, wie ich den Eindruck habe, einer Kritik zu unterziehen. Es klingt sehr hübsch, zu sagen, daß die Entstehung der Linken immer ein Erfolg der Rechten ist. In Deutschland ist es zum großen Teil anders und umgekehrt. Meine Überzeugung ist, daß die Fehler der Rechten zum großen Teil auch provoziert werden vom Vorgehen der Linken. Ich lasse mich auf mehr nicht ein, ich erkläre das als meine Überzeugung. Fehler sind hüben und drüben geschehen. Niemand beklagt es mehr als ich, daß ich meine besten, ältesten Freunde heute zum Teile von der Partei losgetrennt sehe, daß ich gestehen muß, daß sie in einer Weise behandelt werden, die ich nicht für klug und nicht für angemessen finde. Niemand beklagt es mehr, sagen zu müssen: ganz ohne Schuld sind sie selbst nicht, daß das geschehen ist. Ich möchte es darum schon vermieden wissen, daß wir allzusehr für rechts und links draußen in Deutschland Partei nehmen. Wir haben mit unseren Dingen genug zu tun. Es würde uns das auch veranlassen, Partei zu nehmen in den Streitigkeiten auch der anderen Länder. Und uns als ein oberster Gerichtshof zu fühlen über die Genossen und ihre Streitigkeiten in den verschiedenen Ländern, halte ich nicht für klug, vor allem nicht im Interesse unserer eigenen Partei gelegen. Warten wir die Entwicklung draußen ab! Nach meiner Überzeugung werden die Fehler, die nach rechts gemacht werden, sehr bald von der Geschichte und von der Entwicklung repariert. Wir werden ja sehen, wie lange es möglich ist, den Optimismus aufrechtzuerhalten, mit dem die sogenannte Majorität draußen heute zu handeln scheint. Ich fürchte, es werden bittere Enttäuschungen kommen. Aber es ist nicht meine Sache, zu richten. Genug, wenn es uns gelingt und gelungen ist und von heute an erst recht gelingen wird — wovon ich die volle Gewißheit habe —, zu vermeiden, daß der Streit zu uns herüberschlägt.

Ein Wort muß ich hier doch auch in politischen Dingen sagen! Sie haben uns — ich weiß nicht wer — in diversen Reden vorgehalten, daß wir keine eigene Politik gemacht, daß wir die Politik der herrschenden Parteien unterstützt haben. Das ist schon ein bißchen übertrieben. Da muß man schon sehr weit von den politischen Schauplätzen entfernt sein, um solche übertriebene Behauptungen aufzustellen. Sie sind aber weiter gegangen und haben gesagt, wir hätten das Angebot, Minister beizustellen, nicht mit der nötigen Entschiedenheit abgelehnt. Das Angebot ist zweimal an uns gestellt worden. Das erstemal an Renner persönlich, und da hat er

nicht erst die Meinung der anderen eingeholt, sondern rundweg nein gesagt. Das zweitemal, als ein Koalitionsministerium gebildet werden sollte, wurde das Angebot vom Ministerpräsidenten an mich persönlich gestellt. Sie können sich denken, ich habe es an der nötigen Erklärung nicht fehlen lassen. (Heiterkeit.) Ich habe nicht auf irgendeinen Punkt unseres Parteiprogramms hingewiesen, sondern dem Ministerpräsidenten auf eine ihm verständliche Weise (Heiterkeit) und mit ausreichender Klarheit und Entschiedenheit gesagt, daß wir nicht in der Lage sind, auf diesen ehrenvollen Antrag einzugehen, und ich glaube nicht, daß der Ministerpräsident wieder kommen wird. (Heiterkeit.) Seien wir also da völlig beruhigt. Dann gibt es noch einen Vorwurf. Gegenüber den Leuten, die in diese gemischte Gesellschaft, die man als Koalitionsministerium versammeln wollte, gehen, haben wir gar kein Wesen daraus gemacht, und haben mit gar keinem Aplomb von den Empfängen usw. gesprochen. Dafür sind wir eben nicht. Auf uns kam man, weil man in der Not war, und da sucht man die gescheitesten Leute. Weil aber die Sozialdemokraten die gescheitesten Leute sind, haben sie es vorgezogen, darauf zu pfeifen. Ich kann Ihnen nur noch sagen, wenn wir uns bereit gezeigt hätten, der Berufung Folge zu leisten, daß dann dieses Koalitionsministerium zustandegekommen wäre. Aber so gutmütig sind wir nicht und nicht so dumm. Ich mußte das sagen, weil sonst eine Legende über die ganze Sache entsteht.

Nun lassen Sie mich kurz darauf zurückkommen, was in der Resolution steht. Trotz alldem, was hier vorgebracht wurde, habe ich die feste, nicht nur tröstende, sondern erhebende Überzeugung, daß dieser Parteitag und das Aussprechen der Gegensätze gezeigt haben, daß wir auf einem gemeinsamen Boden fest und geschlossen stehen. Wir sind streitende Brüder — und Schwestern —, aber Brüder und Schwestern, die sich solidarisch fühlen trotz aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen, von demselben Boden ausgehend und demselben Ziele zustrebend. Wir sind mitunter ungeschickt und wollen nicht anerkennen, was geleistet wird. Wir sind das aber uns selbst schuldig. Selbst viele Mitglieder der „Linken“ — ich sage das immer unter Gänsefüßchen — haben auch in der täglich notwendig gewesen und noch immer notwendigen Arbeit mit Aufopferung und Klugheit sehr viel geleistet. Sie haben an sich selbst Kritik geübt, die sie gar nicht verdienen. Verkleinern wir nicht das wirklich Große unserer Partei, daß vom ersten Augenblick an bis hinaus ins kleinste Dorf unsere Vertrauensmänner, unsere Frauen mit Klugheit, Aufopferung und Erfahrung in der Organisation Tüchtiges geleistet haben. Haben Sie andererseits die Sicherheit, daß wir das große Ziel nicht vergessen. Ich bin Ihnen nicht böse. Es ist gut, daß einem das Gewissen geschärft wird. Ich tue das zu Hause auch manchmal und — wie ich das nenne — ich sehe sehr oft in die Bücher, stärke mich im Glauben, versuche mich zu erheben über den Augenblick, suche hinaufzublicken zu den großen Richtlinien unserer Partei und unserer Bewegung. Ich sage Ihnen: das Elend unserer Tage, das Elend für alle zusammen wie

für den einzelnen, wäre nicht auszuhalten, unerträglich wäre das elende Detail, das niederdrückt und erwürgt, wenn wir nicht das Große empfinden, das in der Geschichte, in der Aufgabe des Proletariats liegt, der wir dienen — wenn wir es auch nicht in jeder Stunde ausdrücklich sagen, und wenn es uns auch nicht zu jeder Stunde ins Bewußtsein kommt. Wir sind aber immer bewegt davon, denn wir wissen: jede Tagesarbeit ist so viel wert, als sie die Richtung unserer großen Ziele vorbereitet. (Lebhafter Beifall.) Unter diesem Gesichtspunkte betrachten wir unsere Arbeit. Wenn wir das Proletariat kampffähig erhalten wollen, müssen wir jedem einzelnen Proletarier ein Helfer sein.

Genossen, in diesem Sinne glaube ich, hat der Parteitag mit seiner Diskussion ein gutes Stück Arbeit geleistet. Kämpfen Sie für die Linke, wenn Sie diesen Namen behalten wollen, so gut Sie können. Wir lehnen es ab, die Rechte zu sein. Wir kämpfen für die Sozialdemokratie und wir hoffen, Sie auf diesem Weg als Kampfgenossen begrüßen zu können. Das scheint mir das Resultat der Debatte zu sein, und ich bitte Sie, diese kurze Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Stockholm, die Internationale und der Friede.

Referat auf dem Parteitag 1917.

Wir haben wohl gehofft, daß wir jetzt Ende des Jahres 1917, wenn wir wieder zusammenkommen, im Frieden zusammenkommen werden. Wenn Sie sich einen Moment zurückdenken in den Beginn des Jahres 1914, in die Stimmung, die in unserer Partei, wie in den Parteien aller Länder, nach dem Kongreß von Basel und in der Erwartung des Internationalen Kongresses von Wien herrschte, in diese Stimmung von Kampfesmut, aber auch von den ernstesten Befürchtungen, eine Stimmung, die aber erhöht war von dem Bewußtsein der Sicherheit und der Solidarität zwischen uns allen, und wenn Sie sehen, wie wir heute stehen, heute im vierten Kriegsjahr, mit der Hoffnung auf ein baldiges Ende, aber noch immer ohne die Möglichkeit, die Internationale zusammenzuführen, dann überblicken Sie eine Periode des proletarischen Lebens, wie wir sie nie durchgemacht und sie, wie wir hoffen, nie mehr erleben werden. Man spricht heute noch so viel davon, wer die Schuld gehabt habe am Kriege — die äußere Schuldfrage, und wer die Schuld gehabt habe an dem Versagen der Internationale — die innere Schuldfrage. Ich werde die Schuldfrage nicht aufrollen. Ich halte es auch nicht für nützlich, daß sie bei einem Kongreß des Proletariats diskutiert wird, denn es kann dabei nicht viel herauskommen. Heute liegt nicht die Frage zur Diskussion, wer ist schuld am Kriege, sondern wer ist schuld, daß der Krieg nicht zu Ende geht? (Sehr richtig!) Aber wie tiefgehend auch die Ursachen dieses Weltkrieges, und wie

verknüpft sie auch mit unserem ganzen politischen Wirtschaftssystem sind, wie sehr auch Kapitalismus und Imperialismus zu diesem Kriege führen mußten, und wir auch immer gesagt haben, was sich leider glänzend bewahrheitet hat, daß der Kapitalismus in der letzten Erscheinungsform und im Wettrüsten, das eine Folge davon ist, zu diesem Kriege führen mußte, so sage ich doch: Wer einen vielleicht ausweichlichen Brand angezündet hat, der trägt die größte Schuld! Wir werden es niemals vergessen und nie vergessen lassen und nicht in den Hintergrund stellen und nicht verhüllen lassen, daß die Fackel, die in den leider bestehenden Scheiterhaufen geworfen wurde, die die Explosion bewirkt hat, die serbische Note war. (Sehr richtig!)

Wir konnten niemals zum Ausdruck bringen, was als brennendes Bewußtsein und was als Verdammungsurteil in uns lebt, und obwohl viel gemildert wird dadurch, daß die schuldtragenden Personen auf die eine oder die andere Weise verschwunden sind aus dem politischen Leben und aus dem Leben überhaupt, so muß es doch gesagt werden, und wenn wir es so hätten sagen können, wie wir es heute sagen können und zu geeigneter Zeit noch deutlicher sagen werden, dann wäre manches Mißverständnis vermieden worden, das zwischen uns und den Sozialisten anderer Länder entstanden ist.

Ich erinnere mich an die letzte Sitzung des Internationalen Büros unmittelbar vor Ausbruch des Krieges. Als die Nachricht, daß der Krieg mit Serbien erklärt sei, kam, bin ich aufgestanden und habe gegenüber den Reden, die dort geführt wurden, gesagt: „Der Krieg ist da, wir wissen nicht, was wir später einmal werden tun können. Wenn ihr gegenwärtig von uns Auflehnungen, Bekämpfungen des Krieges erwartet, so wäre das eine Täuschung. Die Gewalt herrscht in Österreich und wir sind zu schwach, als daß wir dagegen aufkommen könnten. Alles, was wir tun können, ist, die Partei und ihre Organisationen zu erhalten; das werden wir mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte tun.“ Man hat mir das damals im Büro von verschiedenen Seiten übelgenommen. Man hat gesagt, ich hätte weniger nüchtern sprechen sollen, sondern mehr aufreizend.

Ich erwähne das hier, weil Sie auch gelesen haben, daß man meine damalige Haltung eigentlich „kläglich“ gefunden hat. Ich habe es in meinem ganzen politischen Leben für meine Pflicht gehalten, blankweg nüchtern und mit so viel Selbstkritik, als irgend möglich ist, mir und meinen Genossen die Wahrheit zu sagen. Ich habe es niemals für meine Aufgabe gehalten, mehr zu versprechen, als ich halten kann. Wenn ich auch nicht das ganze Ausmaß von Gewalttaten im Innern — ich spreche nicht von den glorreichen Waffentaten nach außen, sondern von der Aufrichtung der Gewalt im Innern, nicht vom Krieg gegen das feindliche Ausland, sondern gegen das befreundete Inland — voraus ermessen konnte, so habe ich gewußt, weil ich mein Österreich kenne, welchem Ausmaß von Gewalt und welcher rücksichtslosen Ausübung der

Gewalt wir gegenüberstehen, und ich hätte es als ein Verbrechen gehalten, meine Freunde im Ausland darüber zu täuschen, daß wir unfähig sind, dieser Gewalt unsere bescheidene Macht entgegenzustellen. Dann kam ein Neues. Die Züchtigung Serbiens, die anfangs nicht so ausgefallen ist, wie sie sich die Züchtiger vorgestellt haben, war kaum im Beginn, da stand vor uns Rußland. Nun wird gesagt, wir hätten uns dem Schlagwort des Kampfes gegen den Zarismus, dem Schlagwort, das von den Regierungen geschickt ausgegeben wurde, allzu leichtgläubig angeschlossen. Das ist nicht wahr; wahr ist, daß die Gefahr des Krieges des Zarismus für uns und für die Deutschen eine furchtbare, von uns begriffene war und daß wir nicht anders konnten, als darauf antworten, daß wir entschlossen sind, sie abzuwehren. Daß die Regierungen das benützt haben, das war kein Zweifel, das ist der geringste Vorwurf, den ich ihnen mache; daß wir aber diese Gefahr hätten unterschätzen sollen, darum, weil wir die Schuld unserer Regierung genau kannten, das ist ein Fehlschluß. Wenn ein Haus angezündet wird, dann gilt es vor allem zu löschen. Den Brandstifter, wenn man ihn dingfest machen kann, dingfest zu machen ist erwünscht, aber vor allem muß man löschen. Sie begreifen, daß damals eine andere Stimmung war, als die Armeen des Zaren gegen Krakau und Brünn vorgerückt sind, als heute, wo wir es mit den Bauern und Arbeitern zu tun haben, die unter den Fahnen der russischen Revolution stehen. Die Dinge haben sich sehr geändert, damals haben die Arbeiter eines jeden Landes in gutem Glauben gehandelt. Ob sie sich geirrt haben und wer sich geirrt hat, das wird einmal die Geschichte entscheiden, aber sie haben in gutem Glauben gehandelt, daß sie vor allem sich und ihre Zukunft, ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung schützen müssen vor den Folgen eines Einbruchs, einer Niederlage. Darum sollen wir gerecht gegen alle sein und suchen, auch die anderen zu verstehen, zu verstehen auch die gröblichsten Exzesse, die in der Leidenschaft der Verteidigung des Landes geübt worden sind. Ich billige nicht, daß Vandervelde, der Vorsitzende des Internationalen Büros, Minister geworden und dabei Präsident der Internationale geblieben ist, was gewiß ein Fehler war, ich billige es nicht, aber ich begreife, daß in dem Moment, wo sein Land überfallen war, und für Belgien gilt dieser Ausdruck (Sehr richtig!), überfallen und überschwemmt von der deutschen Armee, jede andere Rücksicht, als sein Land zu verteidigen, für ihn aufgehört hat. Vielleicht hätte er, und ich bin heute ebenso dieser Ansicht wie damals, in Rücksicht auf sein Amt erkennen sollen, daß es inkompatibel, unvereinbar war, an der Spitze der Internationale und zugleich Minister zu sein; wenn er aber Minister werden mußte, dann mußte er das Amt der Internationale niederlegen. Aber unseren deutschen Genossen, uns selbst heute ein Verbrechen daraus machen, daß wir die Pflicht, eine Niederlage mit allen ihren Folgen von unserem Boden abzuwenden, erfüllt haben, ist falsch, und wenn ich bereit bin, die Meinung der sozialistischen Parteien in Frankreich, England und Belgien über

ihre Lage mit aller möglichen Einsicht zu beurteilen und gelten zu lassen, dann sage ich, was ich den anderen zubillige, das werde ich auch unseren nächsten Freunden nicht verweigern. Und wenn die Franzosen und Engländer insbesondere uns nicht verstehen, dann wollen wir als die älteren Internationalisten uns dadurch von ihnen unterscheiden, daß wir sie verstehen.

Die Internationale, sagt man, sei zusammengebrochen und das wäre eine Schuld. Das war keine Schuld, sondern das war ein Schicksal. Die Internationale konnte nicht mehr Kraft haben als die einzelnen Proletariate, die ihr angehört haben. Mehr als die einzelnen hatte sie nicht. Sie konnte nicht mehr haben, als wir ihr gegeben haben, und welche Macht und welches Ausmaß von Kraft wir ihr geben konnten, das wissen Sie alle sehr gut. Die Internationale war auch keine Organisation, die für den Weltkrieg gedacht war. So phantastisch-optimistisch war man vor dem Kriege nicht. Beim Ausbruch des Krieges hat man sich gewundert, daß die Internationale eine Macht nicht ausüben kann, die sie sich nie zugetraut hat. Lesen Sie alle die Resolutionen durch von Stuttgart, von Kopenhagen, selbst von Basel. Überall ist gesagt, wir wollen alle Anstrengungen machen, um den Krieg zu verhindern. Das haben wir überall redlich getan. Die Franzosen haben einen erbitterten Kampf gegen den Krieg geführt, die Deutschen haben gerade in der letzten Zeit vor dem Kriege einen für deutsche Verhältnisse ganz unerhörten Kampf geführt. Wenn der Berliner Arbeiter, wenn man überhaupt in Preußen auf die Straße geht und große Demonstrationen macht, so ist das noch ganz etwas anderes, als wenn wir auf die Straße gehen, die wir gewissermaßen auf der Straße geboren sind. Aber die Pflicht ist es, dann, wenn der Krieg ausgebrochen ist, so heißt es in allen diesen Resolutionen, für seine Abkürzung zu sorgen, und hier liegt das Schwerste. Diese Bemühungen der Internationale sind allerdings zunächst daran gescheitert, daß in allen Ländern und nicht zuletzt in den Ländern, die sich mit Recht ihrer demokratischen Verfassung rühmen, die größten Schwierigkeiten entstanden sind, Schwierigkeiten nicht nur bei den Regierungen, Herrschenden und Nutznießern des Krieges, sondern, seien wir offen, auch in dieser Massenpsychose, in diesem fanatischen Geist, der einen großen Teil der Massen ergriffen hat. Ich will milde von den anderen sprechen und uns nicht mehr entschuldigen, als unbedingt notwendig ist. Aber das möchte ich doch hervorheben, daß vom ersten Moment an deutsche und vor allem auch österreichische Sozialdemokraten jeden Versuch unterstützt haben, die Internationale wieder zusammentreten zu lassen und Fühlung miteinander zu gewinnen. Denn dieser Mangel an Fühlung, dieser Mangel einer Aussprache, dieser Mangel einer Verbindung zwischen uns war eines der schwersten Hindernisse, das heute noch nicht völlig beseitigt ist. Wir leben in einem Staate, der, sagen wir, aufgeklärt genug ist, zu glauben, es sei nicht nützlich, daß uns noch weitere und überschüssige Aufklärung von außen kommt. Wir in Österreich hatten nicht einmal Zeitungsnachrichten von außen und bekommen

sie heute noch nicht: Wir bekommen keine ausländischen Blätter, außer durch Zufall und auf Umwegen. Wir sollen nicht erfahren, wie es draußen zugeht. Ich habe mit vielen von den Herren Regierenden gesprochen und ihnen auseinandergesetzt, daß es ja ganz töricht sei, unter dem Vorwand, daß Kriegsnachrichten hinauskommen könnten und daß es Kriegshandlungen beeinträchtigen kann, uns auch abzuschneiden von Nachrichten von außen. Wenn die anderen nicht wissen sollen, was bei uns ist, dann soll man uns doch wenigstens erlauben, daß wir erfahren, was bei den anderen los ist. Das, sollte man glauben, kann doch nicht gefährlich sein. Aber ich bin daraufgekommen — und das ist bezeichnend —, daß dieses Verbot und alles, was damit zusammenhängt, nicht den Zweck hat, daß wir nicht erfahren sollen, was draußen vorgeht, sondern wir sollen nicht erfahren, was in Österreich vorgeht. (So ist es!) Man hat uns zu absoluter Stummheit, Taubheit und Blindheit verurteilt, und darum wollte man nicht, daß auf einem Umweg über das Ausland etwas zu uns hereinkommt. Gelogen wurde furchtbar im Ausland, um so mehr als keine Korrektur möglich war. Aber die Lüge im Inland war nicht geringer. Das Lügen ist überhaupt die höchste patriotische Tugend geworden in allen Ländern. Aber diese Absperrung jedes Verkehrs, auch des brieflichen und telegraphischen, die hat sehr viel dazu beigetragen, daß ein Zusammentritt, eine Fühlungnahme zwischen den einzelnen Parteien unmöglich gemacht wurde. Trotzdem haben der Rest des Internationalen Büros und der Sekretär H u y s m a n s mit großer Zähigkeit dahingewirkt, daß alle diese Bemühungen, uns an einen Tisch zusammenzubringen, nicht zunichte werden. Dieses Bestreben wurde von den Deutschen und von uns mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen, aber die Franzosen und die Engländer ließen sich absolut nicht dazu bringen.

Nun hat sich eine Episode ereignet, der Versuch der Minoritäten in Z i m m e r w a l d, eine solche Fühlung herzustellen. Wir Österreicher haben damals — und ich habe dem in der „Arbeiter-Zeitung“ Ausdruck gegeben — gesagt, wir erwarten nicht viel von Zimmerwald, können nicht viel Hoffnungen darauf setzen, aber schließlich ist jeder Versuch mit den besten Wünschen zu begleiten, wenn er nicht die Einheit im eigenen Lande gefährdet. Das einzige, was ich der ganzen Zimmerwalder Bewegung, die sich dann in K i e n t a l und zuletzt in S t o c k h o l m fortsetzte, zum Vorwurf mache, ist, daß sie, die eine Internationale der Minoritäten erzeugen wollte — nicht erzeugt hat —, darin ihre Hauptwirkung gehabt hat, daß sie dem jeweiligen Ausland das Friedensbedürfnis und den Friedenswillen des Proletariats als den Friedenswillen einer Minorität vorgestellt hat. Wenn man nach Zimmerwald geht und dort den Frieden und den Friedenswillen betont, zugleich mit einer Spitze und mit einem Protest gegen die Majorität des eigenen Landes, dann muß im Ausland die Meinung entstehen, als ob diese Majorität weniger oder gar keinen Friedenswillen hätte. Wenn wir unseren Friedenswillen vielleicht anders ausgesprochen haben als diese Minoritäten und wenn dieser Friedenswille vielleicht hätte früher und kräftiger

zur Aussprache kommen können — was ich leugne —, so war trotzdem das Vorgehen der Minoritäten nichts Gutes. Es konnte insbesondere in den gegnerischen Ländern, in Frankreich und in England, die Dinge so darstellen, als wären die großen Massen der Majorität des sozialistischen Proletariats weniger entschlossen zum Frieden als diese einzelnen Vertreter der Minoritäten. Von diesem Standpunkt schien mir und scheint mir noch heute das Werk von Zimmerwald und Kiental nicht nützlich. Den guten Willen spreche ich niemand ab. Wenn etwas weniger Kampf nach innen geführt würde, so wäre es gut. Und wenn man etwas weniger sich um den Kampf um einzelne Formen bemühen würde, die auch dort, wo es wieder Majoritäten und Minoritäten gibt, nicht nützlich gewirkt haben, so wäre es zu wünschen. Das Schlimmste aber ist, daß die große und ernste und die ganze Welt ergreifende Friedensbemühung, die sich um den Namen Stockholm gruppiert, so herabgesetzt wurde als etwas Ungenügendes. Als die Vertreter der holländischen Partei im Internationalen Büro zusammen mit den Skandinaviern den Entschluß faßten, nachdem alle Bemühungen um eine Sitzung des Internationalen Büros gescheitert waren, in Stockholm ohne dieses Büro und nebenbei eine Zusammenkunft zu ermöglichen, als sie, benützend den unmittelbaren Moment nach der russischen Revolution, die Parole ausgaben: Auf nach Stockholm! da war gemeint und gewollt — und es wäre Pflicht gewesen, das zu verstehen und zu wollen —, daß in Stockholm zusammenkommen sollen die Vertreter aller Proletariate, die sozialistisch und klassenbewußt sind ohne Unterschied der Programme im einzelnen, mit den Unterteilungen, die bestehen. Das wollten wir und so hat uns die Welt verstanden, alle, selbst ganz fernstehende Kreise. Die einfachsten Frauen, die nie gewußt haben, was Sozialismus ist, die nie gewußt haben, was Internationalität ist, die uns mit ihren Segenswünschen begleiteten, die die Bedeutung der russischen Revolution kaum verstanden, haben doch begriffen was das heißt: Auf nach Stockholm! Das heißt, daß dort alle Arbeiter der ganzen Welt erklären sollen: „Es ist genug mit dem Krieg, wir wollen, daß die Schlächtereie ein Ende nimmt, wir halten es nicht länger aus und wir wollen Schluß machen!“ Diesen Ruf, den alle begriffen haben, haben viele von unseren wärmsten und aufrichtigsten — daran zweifle ich nicht —, aber ein wenig zu engen Vertretern des Friedensprogramms und der Revolution nicht verstanden. Hier liegt ein Fehler und wenn uns Anklagen und Kritik nicht erspart sein sollen, so darf ich wohl diese Kritik hier mit Recht üben.

Der große Abschnitt im Verlauf der Dinge und in der Entwicklung auch der Internationale war die russische Revolution. Ein neuer Tag hat begonnen, das haben wir alle empfunden, es war wie eine Erlösung und wir spürten alle, da ist etwas geschehen, was unsere Geschicke bestimmt im Krieg und weit über den Krieg, und alle Hoffnungen knüpften sich an die russische Revolution. In diesem Moment haben die Holländer und Skandinavier beschlossen, in Stockholm den Versuch eines solchen Kongresses zu machen, und

als es nicht gelang, sofort die Vertreter der Länder zusammenzuführen, da hat man aus der Not eine Tugend gemacht und machen müssen. Es war sehr klug es zu machen. Man wollte keine Lücke entstehen lassen und hat nun die Delegierten der einzelnen Nationen nacheinander eingeladen, damit sie dort die Meinung der sozialistischen Parteien über die einzelnen Fragen auseinandersetzen. Das war ja gewiß sehr nützlich und hat zur gegenseitigen Verständigung gewiß sehr viel beigetragen. Aber es war nicht das, was die Massen und was wir alle im ersten Moment von Stockholm erwarteten, es war nicht dieser feierliche Chor der Blutenden und Leidenden, es war nicht dieser Aufschrei des Proletariats, der großen Massen, den wir von Stockholm erwartet hatten. Aber wenn auch das nicht gelungen ist, wenn es verhindert wurde wesentlich dadurch, daß in Frankreich und in England die Vertreter der sozialistischen Parteien gehindert wurden in Stockholm zu erscheinen, auch diejenigen, die erscheinen wollten, so ist Stockholm nicht umsonst gewesen und die Arbeit, die dort geleistet wurde, nicht fruchtlos gewesen. Und Stockholm ist bis zum heutigen Tag eine moralische Kraft geworden und der Name Stockholm ist ein Symbol geworden in der ganzen Welt für den Willen des Proletariats, der, wenn er auch nicht in einem geschlossenen Rufe zum Ausdruck kommen konnte, doch die Hoffnung ist für alle die denken, und die Sicherheit, daß dem Ruf Erfüllung werde. Wenn wir hier und in Deutschland den Ruf: Nach Stockholm! von überall gehört haben, so will das nicht so viel bedeuten; denn die Regierungen von Deutschland und Österreich — aus welchen Gründen immer, das sei jetzt nicht untersucht — waren schon lange für Friedensverhandlungen. Aber auch in Frankreich und England ist der Ruf nach Stockholm aus den Soldatenregimentern herausgedrungen, und der Ruf nach dem Frieden, der von den russischen Soldaten, Proletariern und Bauern im Soldatengewand, in allen Werkstätten ausgegangen, dieser Ruf hat sich auch in dem symbolischen Ruf: Nach Stockholm! vereinigt. So ist in Stockholm aus der Initiative, die von den Neutralen ausgegangen ist und von dem Reste des Sozialistischen Büros sowie den Bemühungen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, eine Vereinigung zustande gekommen.

Welche Aussichten haben wir nun für die Internationale, welche Aussichten haben wir für ihre Lebendigwerdung, für ihr Wiedereintreten in ihre Funktion? Diese Aussichten hängen restlos mit dem Frieden zusammen, der ist die Vorbedingung. Wir haben in Stockholm gewartet, in meinem ganzen Leben habe ich nicht mit solcher Sehnsucht gewartet, gewartet, daß neben den Delegierten der Mittelstaaten und des Orients sowie der Neutralen endlich auch Delegierte aus den Ententeländern kommen. Engländer, Franzosen, ja sogar die Russen waren lange verhindert zu erscheinen, die Russen wesentlich durch ihre Tätigkeit in dem schweren Werke der Durchführung der Revolution; nach außen sieht das aus wie eine Änderung der Kulissen. Es ist aber eine schwere verantwortungsvolle, mühsame und alle Kraft und Energie der Menschen

in Anspruch nehmende Arbeit. Und als die Vertreter der Russen endlich nach Stockholm kamen, war das für uns alle, die noch dort waren, ein Tag der Freude und der Erlösung; denn wir hatten nun mit Parteigenossen zu tun, die im Vollgefühl ihrer Verantwortung waren, im vollen Gefühl auch, verantwortlich zu sein nicht nur für die Internationale, sondern auch für die Interessen ihres Landes und für die Revolution selbst und ihr Schicksal; die Freude, mit Genossen zu sprechen, die wußten, was sie wollten, und die wirklich entschlossen waren, die Wirklichkeit zu sehen. Wir haben damals neue Kraft und neue Hoffnungen geschöpft und als diese Genossen weiterfuhren nach London, nach Paris und nach Rom, da ist ihnen ja viel gelungen. Sie haben bis zu einem hohen Grad eine Umstimmung in diesen Ländern und in den sozialistischen Parteien durchzusetzen vermocht, einfach dadurch, daß sie berichteten, was ist und was man dort vielfach gar nicht wußte. Freilich nicht eine Umstimmung, die genügen kann. Die Schwierigkeit ist ja bei einem solchen internationalen Kongreß, nicht nur theoretisch, sondern unmittelbar praktisch das Handeln des Proletariats zu bestimmen; die Schwierigkeit ist ja immer die, daß sich da eine Minderheit, die nicht immer eine Gruppe der sozialistischen Arbeiter ist, die hinter ihr stehen, fügen soll einem Beschluß, der von anderen gefaßt wird, die vielleicht nicht genau wissen, welche Schranken gezogen werden müssen in der Tätigkeit und in der Aktion jedes einzelnen. Aber wir haben auch dafür einen Weg gefunden, und in einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen Russen auf der einen Seite und den Vertretern der Deutschen und mir auf der anderen Seite, einer Besprechung, die natürlich ohne offiziellen Auftrag sein mußte, aber die die Wege gesucht hat, haben wir endlich einen, wie ich heute noch glaube, richtigen Weg gefunden.

Es geht natürlich nicht an, daß ein solcher Kongreß einzelnen Ländern Pflichten auferlegt und Vorschriften macht, an die die anderen nicht gehalten sind. Es geht zum Beispiel nicht an, daß ein solcher Kongreß Vorschriften macht über das Verhalten einer einzelnen Partei gegenüber den Militärforderungen, wenn nicht die anderen auch entschlossen sind, dieselbe Taktik einzuhalten. Das ist ein im ganzen Verlauf der Verhandlungen immer wiederkehrender sehr wichtiger Punkt. Es ist nicht so, wie es in einem Artikel im „Kampf“ in der letzten Nummer dargestellt ist. Da weiß der Autor Dr. D a n n e b e r g aus Zeitungsnachrichten, daß ich dort erklärt habe, wir würden eventuell in Opposition gehen, wenn auf dem Kongreß ein solcher Beschluß gefaßt würde. Er hätte sich informieren können — technisch wäre das vielleicht sehr leicht möglich gewesen —, daß es mir nicht eingefallen ist, in Opposition zu gehen, weil ich nie Gelegenheit hatte, in Opposition erst zu gehen. Er hätte sich weiter vergewissern können, daß ich das einfach nicht konnte, darum, weil dieses In-Opposition-Gehen abhängig gemacht werden könnte, nicht von irgendwelchen Bedingungen, von einzelnen Beschlüssen, sondern ich habe dort mit aller Schärfe

gesagt, wenn Franzosen, Engländer und auch Russen von den Deutschen und den Österreichern verlangen — bei uns war ja die Sache damals noch nicht aktuell und war auch die Forderung überflüssig —, daß von vornherein der Regierung die Mittel zur Fortführung des Krieges verweigert werden sollen, dann kann ein solcher Beschluß von den Vertretern der deutschen Arbeiter nur dann durchgeführt werden, wenn auch die anderen zugleich nach derselben Richtschnur handeln. Ich habe da wirklich nicht für uns Österreicher gesprochen, denn für uns bin ich meiner Sache sicher ohne ausdrücklichen Auftrag. Wir haben im Frieden nicht für die Militärausgaben gestimmt und haben dadurch den Frieden zu dienen wirklich nach Möglichkeit gesucht. Hätten wir eine Majorität für unseren Standpunkt in allen Ländern, dann wäre es nie zum Kriege gekommen. (Sehr richtig!) Aber man muß begreifen, daß die Zumutung eine unmögliche ist, anderen Ländern, die es nichts angeht. Vorschriften zu machen, die man selbst von sich abwälzt. Sie wissen, es hat bei den Unterhandlungen wegen der Konferenz auch die Frage eine große Rolle gespielt, ob sie bindende Beschlüsse fassen soll oder nicht. Alle unsere Bemühungen waren vergeblich.

Auch bei den Franzosen hat sich, und nicht ohne Einfluß von Stockholm, die Stimmung wesentlich geändert. Die mit der Regierung verknüpfte und mit ihr identifizierte Majorität ist kleiner und in ihrem Auftreten und ihrer Autorität schwächer geworden. Auf ihrem letzten Kongreß in Bordeaux hat sich ein so erheblicher Teil, eine Minorität, die nicht als eine hoffnungslose bezeichnet werden kann, dafür ausgesprochen, daß in Friedensverhandlungen sofort eingegangen werde, hat den schwierigen Punkt Elsaß-Lothringen schon nicht mehr in jener absoluten Schärfe in den Vordergrund gestellt, mit der das noch in der offiziellen Antwort auf dem Fragebogen von Stockholm geschehen ist. Es wird anders! Selbst in England mehren sich die Zeichen, daß — was uns ja verborgen ist, weil wir keine englischen Blätter lesen dürfen — ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft — und das bedeutet dort als politisches Moment mehr als bei uns, da der unmittelbare Einfluß auf die Regierung dort natürlich viel stärker ist — immer mehr dem Frieden zuneigt und viel energischer wird im Bedürfnis, Frieden zu schließen, daß auch in England jener Teil der Arbeiterschaft, der sich von der Politik, den Krieg ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Lohnhöhe und der zukünftigen Lohnpolitik zu betrachten, freigemacht hat, immer größer wird, und daß die Führung der Unabhängigen Arbeiterpartei immer mehr Einfluß gewinnt. Was soll ich nun von Deutschland reden? In Deutschland bedauere ich ungemein die unselige Spaltung, die die Tatsache stellt, daß die Masse dort heute der Regierung, insofern sie eine kriegführende ist, aber auch sonst, ganz anders gegenübersteht als vor dem Kriege. Es ist nicht wahr, daß die deutsche Majorität nichts geleistet hat. Und es ist das auch nicht wahr, wenn man das Maß der Leistung abmißt nach der Stärke der Worte. Was durchgesetzt wurde in Deutschland, ist für das verpreußte Deutschland tatsäch-

lich etwas ganz Ungeheures. Wenn man drüben in der Entente behauptet, den Krieg gegen Potsdam zu führen, dann wird man sich schon sagen müssen: Potsdam gibt es in allen Ländern, wenn es auch nicht so heißt, und die größte Arbeit im Sinne der Demokratie ist — von Rußland sehe ich ab — in dem Lande geleistet worden, wo Potsdam seinen Sitz hat. Das Deutschland von heute ist nicht mehr das Deutschland vor dem Kriege. Auch da hat das Anklagen der Majorität durch die Minorität nichts Gutes geleistet. Ebenso wenig wie ich es für gut, vernünftig und für den Frieden herbeiführend halte, daß man jede Äußerung und jede großtuerische Proklamation der Scharfmacher und der Junker, der eigentlichen Potsdamiten, hinausschreit als einen Beweis, daß Deutschland noch immer nicht den Frieden wolle. Seit wann sind denn diese Herrschenden Deutschland? Und wenn es eine Aufgabe für uns gibt, die wir durchzuführen haben gerade in den verfeindeten Ländern, bei unseren Brüdern in Frankreich und England, dann ist sie eine umgekehrte, dann ist nicht zu sagen, Deutschland sind die Verbände der Schwerindustriellen und der schlimmsten Junker, die wollen nicht den Frieden, sondern man muß ihnen sagen: Laßt euch nicht täuschen, daß diese Nutznießer des Krieges, diese Parasiten des Volkes im Frieden wie im Kriege, das deutsche Volk seien! Die Kriegshetzer anzuklagen ist gut, sie zu bekämpfen noch besser. Das ist notwendig. Aber hinausschreien und unseren französischen Genossen sagen: „Was sind denn die deutschen Arbeiter; die Herrschenden wollen doch nicht den Frieden!“, das ist eine falsche Politik.

Wie steht es denn jetzt? Wer das so genau wüßte, wer auch hinter die Kulissen sehen könnte! Es ist nicht alles so friedlich bis ins Innerste, was die einen sagen, und es ist nicht alles so kriegerisch und unerbittlich, was die anderen sagen. Aber das eine dürfen wir doch zugestehen, daß der Gedanke des Friedens, daß die Verdammung des Krieges, und nicht nur dieses Krieges, sondern der Möglichkeit des Krieges für alle Zeiten, seit dem Jahre 1915 einen kolossalen Weg gemacht hat. Wenn die Entente den Krieg führt, um das erste Wilsonsche Programm durchzusetzen, dann könnte sie heute schon sagen, daß sie viel durchgesetzt habe. Selbstverständlich hat die Entente, wahrscheinlich auch Amerika und wahrscheinlich auch Wilson, ganz andere Absichten als die Durchführung ethischer Grundsätze. Aber es ist kein Zweifel, daß trotz alledem die psychologische Umwälzung in den Massen bis hoch hinauf mit unentrinnbarer Zwangsgewalt ihren Weg nimmt. Die Mittelstaaten haben ja verschiedene Friedensangebote schon lange gemacht, aber wenn wir das erste Friedensangebot vergleichen mit der letzten Rede des Grafen Czernin, so müssen wir schon sagen, sie haben etwas zugelehrt. Es ist noch nicht das, was wir wünschen, was wir fordern und was möglich, ja was notwendig ist, um das Ziel zu erreichen, das sie selbst anzustreben vorgeben. Wir haben vor uns ein Bekenntnis zum Verzicht auf Eroberungen; aber ganz unsicher und unbestimmt wurde insbesondere in Deutsch-

land der Verzicht auf Eroberungen ausgedrückt. (Leuthner: In Österreich fehlt er ganz!) Ich glaube, der Genosse Leuthner irrt sich. Kein Mensch in Österreich hat aus dieser Rede anderes herausgelesen als den absoluten Verzicht auf Landerwerb, aber das kann uns nicht genügen, darum, weil, wenn schon Genosse Leuthner es nicht verstanden hat, der doch nahe dabei ist, es die Engländer und Franzosen noch weniger verstehen (Heiterkeit), die viel weniger Vertrauen zu den Worten unserer Diplomaten haben als Genosse Leuthner. Darum meine ich, dieser Verzicht muß sehr deutlich ausgesprochen werden. Dieser Appell richtet sich zunächst an unsere Regierung und die Regierungen, die uns angehen, er richtet sich aber auch, obwohl er kaum seine Adresse erreichen wird, an die Regierungen aller anderen Staaten. Parteigenossen! Die Offensiven, wo sie auch stattfinden, im Westen, im Osten oder im Süden, was immer ihr Ausgang sei, ob siegreich für den einen Teil oder siegreich für den anderen Teil, alle diese Offensiven bringen uns dem Frieden nicht näher, das hat der bisherige Verlauf genügend klaggestellt. (Sehr richtig!) Jede einzelne Offensive, an welcher Front sie auch entwickelt wird und von welcher Seite, kostet Tausende und Hunderttausende von Opfern, ungemessene Opfer und bringt keine sichtbaren Erfolge. Denn wenn etwas sicher ist: die Kriegslage oder, wie in einem unglücklichen Moment Bethmann-Hollweg das genannt hat, die Kriegskarte, kann den Frieden nicht bestimmen, nicht herbeiführen.

Die Mittelstaaten, die einer Welt von Feinden gegenüberstehen, haben gezeigt, daß sie sich halten, halten mit den furchtbarsten Opfern. Ich will diesen Katalog der Opfer, unter denen wir alle blutig leiden, jetzt nicht wieder aufrollen. Aber die Mittelstaaten leisten Widerstand und sie werden weiter Widerstand leisten; die Hoffnung, sie zu überrennen, muß bei der Entente ausgeschlossen sein, selbst wenn sie die Hoffnung auf Amerika hat. Auf der anderen Seite haben alle diese Gewaltmittel, die die Mittelstaaten aufzuwenden gehabt haben, nichts genützt, außer daß sie sich halten. Was hat aber die Ausnützung und Ausbeutung der Wissenschaft und des technischen Fortschritts mehr getan, was hat der Luftkrieg und der Unterseebootkrieg mehr getan, als neue Feinde uns gebracht und die alten gereizt und sie nicht zur Friedensstimmung kommen lassen? Es ist traurig, daß englische Luftschiffe kommen und über friedliche Städte Bomben fallen lassen, gewiß traurig und empörend. Aber ich frage Sie: wenn London hundertmal eine Festung ist und es den Begriffen irgendeines Völkerrechtes, das zu diesem Zwecke lebendig gemacht wird, nicht zuwiderläuft, daß man über London Bomben abwirft: was bewirkt das? Furcht nicht, aber Erbitterung (Richtig!) und Entschlossenheit zur Abwehr. Ich erinnere Sie nur an eines, das sehr charakteristisch ist. Es war nie eine wirkliche Kriegsstimmung bei uns gegen die Serben und gegen Rußland, nur Abwehr. Aber damals war die Stimmung am bittersten, als Italien in den Krieg eintrat, weil man gesagt hat, das war nicht notwendig. Man war bereit, ihm einen Teil seiner Wünsche zu er-

füllen, man war für Landabtretungen und wir Sozialdemokraten haben offiziell Gelegenheit genommen, damals unserer Überzeugung im Ministerium des Äußern Ausdruck zu geben. Man hat gespürt, daß der ganze Krieg dort wirklich mutwillig herbeigeführt wurde, überflüssig war. Ich bin kein Kriegssachverständiger. Ich weiß nicht, was man mit den Unterseebooten noch ausrichten wird, ob es wahr ist, was in Deutschland und vom Wolffschen Büro behauptet wird, daß diese Unterseeboote wirklich soviel Getreide und Leder auf den Meeresboden bringen, oder ob es wahr ist, was wir heute aus einer Rede Lloyd Georges lesen, daß das immer weniger wird. Das weiß ich nicht. Was ich aber weiß, ist, daß dieser Unterseebootkrieg den Krieg mit Amerika gebracht hat, und daß dieses Hereinziehen von ganz Amerika heute die große Hoffnung der Kriegshetzer in der Entente ist. Wir haben das volle Recht und die Pflicht, die Sünden und die Fehler des einen Teiles festzustellen und anzuklagen, aber nicht das Recht, die Augen zu schließen vor den Fehlern des anderen Teiles, weil dadurch unsere Angriffe jeder Wirkung verlustig werden. Übrigens bedarf die Entente unserer Verteidigung nicht, sie verteidigt sich selber sehr gut. Was mir aber an diesen fortgesetzten Offensiven das Schmerzlichste ist, ist der Gedanke an die menschlichen Gehirne, die da liegen als Brei, und dieser Brei enthält das Resultat der tausendjährigen Arbeit aller Völker an der Kultur, enthält alles, was wir sind. Man muß sich fragen, wie sieht es in den Köpfen der Menschen aus, die noch immer fortfahren, auf unmöglichen Wegen den Frieden zu suchen? (Lebhafter Beifall.)

Ich zweifle nicht — ich sage es mit aller Aufrichtigkeit — an der Lauterkeit der Friedensabsicht des Papstes und ich glaube, daß niemand daran zweifelt. Ich glaube auch fest an die Friedensabsichten des Grafen Czernin. Aber der Fehler bei uns und noch mehr der Fehler in Deutschland ist, daß wir in die äußere Politik zu viel innere Politik bringen, in Deutschland am allermeisten, weil man dort glaubt, wie das insbesondere bei dem ersten Friedensangebot im Dezember 1916 der Fall war, daß man dieses mit Trommelrühren und Säbelrasseln begleiten muß, damit nicht die Kriegslustigen im Lande weniger kriegslustig werden, damit die Entschlossenheit zum Siege nicht geringer werde. Man vernichtet damit die ganze Wirkung des Friedensangebotes. So hat auch leider Graf Czernin an die wirklich ausgezeichnete Rede, in der er zuletzt seine Friedensliebe begründet hat, den Nachsatz geknüpft, daß diese Vorschläge zum Frieden, die er macht, befristet sind, das heißt: Jetzt gebe ich es noch um den Preis. Wenn ihr jetzt nicht annehmt, bin ich später nicht gehalten. (Austerlitz: Da ist niemand sehr erschrocken!) Es scheint schlau, wenn auch niemand sehr erschrocken ist. Vergessen Sie nicht, daß erstens Czernin nicht nur für sich gesprochen hat, sondern auch für Deutschland, da sieht das mit dem Erschrockensein schon ein wenig anders aus, und zweitens, daß es nicht davon abhängt, ob die Gegner wirklich erschrecken, sondern davon, wie sie eine Äußerung ausbeuten für

ihr Land und für die Massen, die sie immer wieder in den Tod hineintreiben. Darum ist es notwendig, daß ein Schritt weiter geschehe, ein Schritt weiter von den Regierungen und ein Schritt weiter von uns. Die Forderungen*), die zum Schluß unserer Resolution gestellt werden, liegen schon vor in den Äußerungen, die sowohl, behaupte ich, in Deutschland gefallen sind als auch insbesondere sehr klar in der Rede von Czernin, aber sie müssen klar und deutlich gestellt werden. Und sie müssen endlich in diplomatischen Formen gestellt werden, das heißt nicht, wo die Diplomatie ein Mittel ist, um die Gedanken zu verbergen, sondern wo sie ein Mittel ist, um Tatsachen zu schaffen. Und es ist etwas ganz anderes, ob ein Minister im Parlament oder beim Bankett, was ganz gleichgültig ist, oder im politischen Wirken die Meinung ausspricht, daß er den Frieden will, oder ob er die Staaten und die Regierungen vor die Notwendigkeit stellt, eine Antwort zu geben. Das ist, was wir hier wollen. Und wir hoffen, daß diese Aktion sehr entschieden begünstigt werden wird durch das, was zuletzt in Stockholm und in Petersburg geschah.

In Stockholm hat das Aktionskomitee seine Tätigkeit nicht etwa beendet, wie man hier meint, sondern seine Tätigkeit in bezug auf die Feststellung der Meinungen der Sozialisten der einzelnen Staaten zu einem Abschluß gebracht, indem es ein nach der Meinung der Vertreter von Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark mögliches Friedensprogramm festgelegt hat, und gleich darauf hat der russische Arbeiter- und Soldatenrat ebenso seine Meinungen über die Bedingungen ausgesprochen, unter denen man in Verhandlungen eintreten kann. Ich werde mich auf die Einzelheiten dieser Programme nicht einlassen. Eines muß ich aber sagen: Man mag den einen oder den anderen Punkt von diesem oder von jenem politischen oder vom Interessenstandpunkt als nicht akzeptabel ansehen, sicher ist, daß beide Programme geeignet sind, daß man in Verhandlungen darüber eintrete. In beiden Programmen wird die künftige Abrüstung als das Ziel hingestellt, in beiden Programmen sucht man die nationalen Fragen zu lösen. Und welchen Fortschritt wir gemacht haben dem Frieden näher, das äußert sich

*) In der vom Referenten beantragten Resolution wird zum Schluß an die Regierung die Forderung gestellt, „daß sie, auf dem von ihr eingeschlagenen Weg fortschreitend, alle kriegführenden Staaten auffordere, zu Friedensverhandlungen zusammenzutreten, indem sie offen und in klaren Worten verkündet, daß sie bereit ist und ihre Verbündeten dafür gewinnt, solche Verhandlungen zu beginnen, unter der Voraussetzung, keine Annexion und keine Kriegsentschädigung anzustreben; insbesondere Serbien, Rumänien und Belgien wiederherzustellen, ohne diese Staaten oder das unabhängige Polen in irgendwelcher wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten zu wollen...

... und daß sie schließlich bereit ist, bestimmte Vorschläge zu machen und entgegenzunehmen, die durch internationale Abrüstung, obligatorische Entscheidung aller Streitfragen zwischen den Staaten durch internationale Schiedsgerichte ein neues Völkerrecht schaffen, um der Wiederholung des heute wütenden Völkermordens vorzubeugen“.

ja in einer einzigen Tatsache, die ganz charakteristisch ist. Durch die ganzen Kriegsjahre hat man als Hindernis für den Frieden immer Belgien bezeichnet. Das war das Schlagwort. Belgien ist aus der Diskussion verschwunden, seitdem der deutsche Staatssekretär erklärt hat, der einzige Punkt, über den man nicht reden kann, ist Elsaß-Lothringen. Das bedeutet ja gewiß eine schwierige Sache, aber es bedeutet auch, daß alle anderen Fragen nicht mehr dieselbe Rolle spielen wie einst. Gewiß wäre es nützlich, wenn die deutsche Regierung auch ihre Politik in Belgien selbst heute so einrichten würde, daß das Mißverständnis, als wollte sie Belgien behalten, nicht Nahrung gewinnt. Das sind politische Fehler. Das gilt auch für uns, die wir sehr gut wissen, daß die österreichische Regierung Serbien weder behalten kann noch behalten wird, auch nicht den Anspruch darauf macht. Die Verwaltung dort unten ist aber nicht ganz so, daß sie sich darauf einrichtet, mit Serbien später in ein befreundetes Verhältnis zu kommen. Es wird, was uns näher angeht, die Forderung der Autonomie in Bosnien und der Herzegowina aufgestellt. Wir armen Österreicher sind die einzigen, die die Annexion von Bosnien noch nicht anerkannt haben. Wir haben sie noch nicht im Gesetz. Aber davon abgesehen, es wäre gut, wenn wir uns in Bosnien und Herzegowina so benehmen würden wie ein Staat, der sich als Freund in Solidarität vertragen will mit den Völkern, die er vereinigt, so wie es gut wäre — und das gilt neben der Regierung auch von gewissen Parteien —, wenn man nicht der inneren Friedenserreichung und damit auch der Gewinnung des äußeren Friedens Schwierigkeiten machen würde, indem man das Verhältnis zwischen den Deutschen und den slawischen Völkern in Österreich fortgesetzt durch neue Anklagen und neue Denunziationen vergiftete. Es wäre gut, wenn man auch nach innen eine Politik des Friedens machen würde.

Aber was wir hier von der Regierung verlangen — und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir das Parlament in einer oder der anderen Form veranlassen werden, dem beizutreten — das ist nur die eine Hälfte unserer Aufgabe, die andere Hälfte haben Sie alle draußen zu besorgen, Sie haben den Friedenswillen der Masse zum Ausdruck zu bringen, Sie haben dem entgegenzuwirken, daß ihre Verzweiflung zum Ausdruck kommt; denn die Verzweiflung ist ein schlechter Ratgeber, so begründet und erklärlich sie sein mag. Verzweiflung ist immer ein Ausdruck der Schwäche und nie der Kraft. Nicht die Verzweiflung wollen wir zum Ausdruck bringen, sondern die Entschlossenheit, das Unsere zu tun, daß Friede werde, das Unsere zu tun, die Regierung zu drängen, daß sie alles tue über das hinaus, was sie schon getan hat, was wir anerkennen, was aber lange nicht genug und nicht die nötige Form ist; es ist, als ob Kinder nur langsam eine neue, fremde Sprache erlernen. Man muß heute anders zu den Völkern sprechen, als früher die Diplomaten sprechen gelernt haben. Wenn man früher höflich französisch gesprochen hat, muß man heute deutsch reden zu allen Völkern, so deutsch, daß sie es verstehen. Sie erlernen es schwer.

sie müssen sich aber diese Sprache angewöhnen. Wenn es daran fehlen soll, wollen wir deutsch sprechen. Wir wollen keine Vergewaltigung nach außen, jede würde in unser eigenes Fleisch schneiden. Wo können wir ein Land erwerben, wo können wir an Vergrößerung denken, wo wir nicht fertig werden mit den Schwierigkeiten im eigenen Lande, wo wir im Elend uns abquälen an den nationalen Schwierigkeiten? Es ist für uns gewiß kein Verdienst, daß wir nicht Landerwerb fordern. Wir müssen fordern, daß den Völkern die Möglichkeit des Auslebens gegeben werde; nur so werden wir sie für die Überzeugung gewinnen, daß es eine Notwendigkeit ist, für sie wie für uns, das Zusammenleben aller zu ermöglichen. Wir müssen sie für diese Überzeugung erst gewinnen, da die Sünden, die während des Krieges begangen wurden, eine vergiftete Atmosphäre hervorgerufen haben, die nur mit größter Mühe und langsam wird gereinigt werden können.

Unsere Pflicht ist es, hier einzusetzen. Mögen unsere Genossen anderer Zungen in Österreich handeln, wie ihre Einsicht und ihr Gewissen es ihnen vorschreiben. Ich zweifle nicht daran, daß auch die österreichische Internationale wieder erstehen wird in voller Kraft, die eherne Notwendigkeit wird uns dazu treiben, in Österreich wie überall. Denn wir haben heute ernsthaft die Aufgabe, jeden Groll zu vermeiden, auszutilgen, als ob ein Volk durch andere Völker beherrscht werden soll oder könnte. Wir haben diesen Aberglauben auszutilgen und für die Freiheit der Völker einzutreten mit aller Kraft im Parlament und außerhalb des Parlaments ebenso wie für den Frieden, der allerdings das Dringendste, das unmittelbar Ersehnte sein muß. Vor allem wollen wir, daß nicht mehr geschossen wird. (Lebhafter Beifall.) Das Morden soll aufhören. (Neuerlicher Beifall.) Ich bin überzeugt und Sie wohl mit mir, daß, wenn einmal die Leute an einem Tische sitzen, auch der Blutrausch verfliegen wird und daß, wenn man einmal zu morden aufgehört hat, es unmöglich sein wird, es wieder anzufangen. Denn die Erkenntnis wird immer deutlicher für alle und greift immer mehr und mehr um sich, daß die Opfer, die gebracht wurden, in jeder Woche des Krieges weit größer sind, als was jeder Staat und jedes Volk durch noch so glorreiche militärische Erfolge zu Land, zu Wasser, unter dem Wasser oder in der Luft erringen kann. Alle diese Erfolge verschwinden neben dem Martyrium aller Völker! Ich verkünde da nichts, was uns als die Schwächeren hinstellen würde, denn daß es den Franzosen besser geht als uns oder dem nächsten Feinde, den Italienern, ist nicht anzunehmen, vielleicht haben sie mehr zu leiden, aber wir können das Maß ihrer Leiden verstehen, wenn wir an unsere Leiden denken.

Darum Arbeit für den Frieden, Bekundung des Willens zum Frieden in Versammlungen, in der Presse, soweit das möglich ist, und es ist das heute schon in weit größerem Maße möglich, als es vor einiger Zeit war, Arbeit, Arbeit für den Frieden, die zugleich die Arbeit für die Freiheit, für die Zukunft ist! Die Internationale wird wieder erstehen, das Proletariat wird wieder

einig sein, das Proletariat wird wieder — ich weiß nicht in welchen Formen, ob uns das Licht kommen wird vom Haag oder von Brüssel, von Stockholm oder von Petersburg — sich zusammenfinden. Ich gestehe Ihnen, ich bin darin nicht engherzig und nehme den internationalen Zusammenschluß von überall. Aber die Bedingung dafür ist, daß wir den Frieden wollen, nicht nur außen, sondern daß wir die brüderliche Solidarität auch unter uns aufbringen. (Lebhafter Beifall.) Daß wir nicht wieder alle, wenn es schlecht geht, zu zanken anfangen. Tüchtige Leute, wenn es schlecht geht, setzen sich zusammen und unterdrücken kleinliche Dinge. So muß es auch bei uns sein, in unserer Internationale, in der Internationale in Österreich und auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. (Beifall.) Das ist eine wesentliche Pflicht. Seien wir selbst tüchtige Sozialdemokraten! Für die Internationale wird die Geschichte sorgen, die die Internationale früher gemacht hat und sie auch in der Zukunft machen wird. Wir erfüllen unsere proletarische Pflicht, unsere Pflicht als Menschen, indem wir alles einsetzen für den Frieden! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Kautsky und die „Neue Zeit“.

Parteitag 1917.

Ich kann nur erklären, daß es niemandem mehr leid tut, daß Genosse Karl Kautsky, der in der „Neuen Zeit“ sein tiefes Wissen und seinen klaren Verstand zum Ausdruck bringen, und nicht nur für den Ausbau unserer Theorie, sondern auch für die Ausbreitung unserer Bewegung wie der ganzen Internationale wirken konnte, die Stätte seines Wirkens verlassen muß. Aber so sehr ich wünsche und hoffe, daß jeder von Ihnen diese Empfindung teilt, so wenig halte ich es für wünschenswert, daß wir uns in eine Kritik dessen einlassen, was draußen geschieht. Ich bitte Sie, den Antrag*) anzunehmen, aber die Worte „verdrängt worden ist“ zu ersetzen durch die Worte „verlassen mußte“. Ich will es nicht im einzelnen

*) Zu dem Punkt „Stockholm, die Internationale und der Friede“ stellte die Bezirksorganisation Wien III folgenden Antrag: „Der Parteitag bedauert lebhaft, daß Genosse Karl Kautsky von der Stätte seines 35 jährigen Wirkens verdrängt worden ist, spricht ihm den wärmsten Dank für seine der Internationale gewidmeten Arbeit aus und hofft, daß er in kürzester Zeit eine neue Stätte für seine der gesamten Arbeiterbewegung unentbehrliche Wirksamkeit finden werde.“

Der Antrag wurde in der von Adler beantragten Fassung angenommen, daß es statt „verdrängt worden ist“, heißt „die Stätte verlassen mußte“.

Die spätere Bemerkung Adlers bezieht sich auf einen zweiten Antrag derselben Organisation, den Parteivorstand zu beauftragen, bei Verhandlungen mit der Arbeiterbewegung in Deutschland stets mit beiden sozialdemokratischen Parteien in Verhandlungen zu treten. Dieser Antrag, den Adler als überflüssig erklärt hatte, da Beziehungen mit beiden Parteien bereits bestünden, war mit 84 gegen 58 Stimmen abgelehnt worden.

sagen, wie sehr ich einerseits von der Traurigkeit dieser Zwangslage ergriffen bin, für wie wenig glücklich ich andererseits die Methoden halte, die von der einen wie von der anderen Seite drüben in der ganzen Zeit geübt wurden. Lassen Sie uns das eine **W a r n u n g** sein, daß wir uns zurückhalten und nicht Freude daran haben, wenn die Gegenseite einen Fehler macht. Ich wünsche und hoffe, daß Genosse Kautsky, wenn beide Teile wieder vernünftig sind, wieder die Feder führen wird für eine einige deutsche Sozialdemokratie, und ich bin überzeugt, er wird mitwirken für diese Einigung zum Unterschied von denen, denen die Partei nicht klein genug sein kann. Er wird sich auch nicht freuen, wenn eine oder die andere Seite Exzesse begeht, die die Spaltung vertiefen. Ich glaube in Ihrem Sinne zu reden, wenn ich empfehle, ihm Gruß und Anerkennung zu zollen, aber zu vermeiden, daß wir in einen schiefen Beschluß hineingedrängt werden, wie er uns bei der vorigen Abstimmung bereits aufgezwungen wurde. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, will ich nur bemerken, daß der Beschluß, der vorhin gefaßt wurde, den Parteivorstand nicht hindern wird in den Beziehungen zu beiden Parteien, denn die Ablehnung bedeutete nicht, daß der Parteivorstand das nicht tun soll, sondern daß er nicht den Befehl dazu hat. So werden wir hoffentlich gut machen, was die übergescheiten Landstraßer geschadet haben. (Zustimmung.)

Der Endkampf um den Frieden.

Große Friedenskundgebung.

Im Konzerthaus am 12. November 1917.

Wir haben vierzig Monate Krieg hinter uns, die schrecklichste Zeit, die jeder von uns erlebt hat. Was an persönlichem Elend und Jammer in dieser Zeit über uns hinweggegangen ist, das bleibt unvergeßlich für jeden. Es gibt keinen in diesem Saal, der nicht den heutigen Tag segnet als den Tag der Hoffnung, an dem uns endlich das Ende dieses Krieges winkt. Wir sind nicht kampfes müde, wir haben noch andere Kämpfe zu führen, wo es um unsere Sache geht. Wir sind nicht müde des edlen Kampfes, der die Geschichte vorwärts treibt, aber wir sind müde des Mordens, müde der Ströme von Blut, die in jedes Menschen Wohnung hineinsickern, die sich überall zeigen neben der Gestalt des Hungers und der Not. Wir begrüßen das Zeichen, das uns vom Osten gegeben wird, wir begrüßen die russische Revolution, die wir seit Jahrzehnten wachsen sehen. Wir kennen all die Leute, die jetzt genannt werden. Wie viele von ihnen haben Wien passiert als Flüchtlinge, als Vertriebene! Daß diese Männer der Revolution heute im Vordergrund stehen, ist nur ein Symbol dafür, daß die Welt anders geworden ist. Auch bei uns wird die Politik nicht mehr gemacht von oben her, unser Schicksal kann uns nicht mehr von oben bestimmt werden, die Völker sind reif und kräftig genug, um selbst einzugreifen, wenn es not tut. Vor wenigen Monaten und Wochen war der Ruf des internationalen Proletariats: „Nach Stockholm!“ Französische Soldaten haben, als sie vor dem Präsidenten defilierten, auf den Ruf: „Elsaß-Lothringen!“ geantwortet: „Nicht Elsaß-Lothringen brauchen wir, was wir brauchen, ist Stockholm!“ (Beifall.) Für uns alle war Stockholm das Symbol. Glauben Sie nicht, daß, weil der Kongreß, den wir planten, nicht zustande gekommen ist dank den imperialistischen Intriguen in Frankreich und England, darum die Bemühungen um Stockholm umsonst gewesen sind. Im Gegenteil, die Arbeit in Stockholm hat bewirkt, daß die Proletariate zueinander das Vertrauen gewonnen haben, daß sie trotz allem eines Sinnes sind, einig in dem Wunsche, wieder Verhältnisse zu finden, wo wir solidarisch für den Frieden und im Frieden für die Befreiung des Proletariats aller Länder kämpfen können. Und wenn sich heute die russische Revolution mit einem Friedensangebot an alle Staaten wendet, dann tut sie es in der Zuversicht, daß überall ein

Proletariat ist, das das Seinige tun wird, um durchzusetzen, daß dieses Friedensangebot nicht umsonst gewesen ist.

Es ist ja wahr, wir in Österreich haben so große Erfolge, wir haben den Feind von unseren Grenzen abgewehrt und unsere Armeen stehen weit in Italien. Es ist nicht leicht, auf dem Wege des Sieges einzuhalten; aber wenn auch die Völker bei uns so wenig einig sind — einig sind sie doch —, sind die wirklichen Völker, die leidenden, die kämpfenden, die arbeitenden Völker in dem einen einig: bluten und sich verbluten will kein Volk, weder in Österreich noch außerhalb. Wir verurteilen alle jene zum Schweigen, die den traurigen Mut haben, sich heute noch als die Tapferen und Forschen zu gebärden — zu Hause, während sie die anderen draußen bluten lassen —, die hier Schätze ansammeln, die die wahren Schmarotzer des Krieges sind, wie sie zum großen Teil seine Urheber gewesen sind; wir bestreiten ihnen das Recht, auch nur den Mund aufzumachen. Es ist vielleicht schwer, im Siegeslauf eine Pause zu machen; aber vielleicht werden sich diejenigen, die heute noch das Papier zur Verfügung haben, auf dem diplomatische Noten geschrieben werden, daran erinnern, daß Österreich immer noch mehr Blut vergossen hat, um seine Eroberungen wieder los zu werden, als es gekostet hat, sie zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben in der Welt nichts zu gewinnen. Wir sind groß genug und haben reichlich zu tun, um das Zusammenwirken der Völker, die es nun einmal in diesem Raume gibt, zu ermöglichen. Schon das erscheint uns als ein fast unbezwingliches Problem. Verteidigung? Gewiß, sie sollen uns Triest nicht nehmen! Aber wir wollen auch keinem Volke der Welt etwas nehmen. Wir werden froh sein, wenn wir Frieden und Lebensmöglichkeit in Österreich erzielen, und es wird des ganzen Aufwandes an Weisheit, die in Österreich vorhanden ist, dazu bedürfen, und auch an Tapferkeit. [Es gibt auch eine Tapferkeit, die nicht mit Orden, ob ohne oder mit Schwertern, ausgezeichnet wird*].] Man spricht so viel vom ehrenvollen Frieden. Der Friede ist der ehrenvollste, der der schnellste ist. (Rauschender Beifall.) Vergessen wir doch nicht, daß jede Stunde entsetzlich viel Blut kostet, nicht nur das der Gegner, was wir ja in den Zeitungen zu lesen bekommen, wo es heißt, der Feind hat blutige Verluste, aber unsere Regimenter haben sich ausgezeichnet. Wir wissen, was es heißt, sie haben sich ausgezeichnet. [Aber wie viele noch da sind, die sich dieser Auszeichnung freuen können, wissen wir nicht. Wer weiß, wie lange es dauern wird, bis Frau und Kinder erfahren, ob der Ausgezeichnete wieder heimkommt*].] Darum ist keine Zeit zu verlieren, es muß sofort gehandelt werden. Die Hand Rußlands ist ausgestreckt und bietet uns den Frieden. Erinnern Sie sich, daß man zum erstenmal in Österreich, ohne konfisziert zu werden, gegen den Zarismus schreiben durfte, als der Krieg ausbrach. Alles

*) Die eingeklammerten Stellen waren im Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ von der Zensur durch weiße Flecke ersetzt.

Wahre über das, was er an Scheußlichkeiten hervorgebracht hat, durfte man ihm nachsagen. Nun ist das Ungeheuer besiegt. Man müßte glauben, daß unsere Regierung mit Schnelligkeit und Festigkeit die Hand ergreifen wird, um so mehr, als das Angebot nur die natürliche Folge jener Politik ist, die Czernin seit Monaten zu verfolgen verheißt und in klugen und geschickten Noten und Reden verkündete. Nun halten wir ihn beim Wort: Erfülle, was du versprachst! (Laute Bravorufe.) [Und daß es erfüllt werde, dazu sind wir da. Das internationale Proletariat in Österreich, das Proletariat in allen Ländern will, daß das Blutvergießen sofort eingestellt werde. Es ist möglich und darum muß es geschehen*.)] Niemand von uns weiß, wie sich England und Frankreich dazu stellen werden, aber jeder von uns weiß, daß Österreich kein Hindernis für den sofortigen Waffenstillstand und für den baldigen Frieden sein darf. (Anhaltende Rufe der Zustimmung.)

Wir drohen nicht, wir rühmen nicht, sondern sagen in aller Ruhe: Daß der Krieg bisher geführt werden konnte, dazu hat die organisierte Arbeiterschaft Österreichs ihr redlich Teil beigetragen — nicht um ihn zu führen, sondern um ihn zu ertragen. Wir haben nicht durchhalten wollen den Krieg, sondern durchhalten müssen das Proletariat, damit es noch da sei nach dem Morden, damit es noch lebensfähig, kampffähig sei, tauglich, seine Zukunft zu bauen. Wenn die Greuel draußen beendet sind, dann haben wir die Arbeit. Doch gerade darum sagen wir, daß der Krieg nicht um eine Stunde verlängert werden darf aus dem Verschulden Österreichs. Aber so wie wir voll sind der Sehnsucht nach dem Frieden, nicht nach der faulen Ruhe, sondern nach dem Frieden, der andere Arbeit und menschenwürdigen Kampf bringt, so ist es auch im ganzen Ausland. Es ist nicht wahr, daß große Arbeitermassen irgendwo den Wunsch hätten, sich abschlagen zu lassen für ehrgeizige Pläne und Profite von Kapitalisten. Es gab zwar einen Kriegsrausch und wir haben gesehen, wie er sich kundgibt, doch die Völker sind nüchtern geworden und wollen heute nichts als den Frieden. Die Internationale, die in Trümmern ist der Form nach, ist im Wesen lebendiger als je. Und sie wird ihre Form wieder zu finden wissen. Heute wissen wir uns eins mit den Proletariern in allen Ländern, [in allen Schützengräben darin, daß das internationale Kanonenfutter den Krieg satt hat und nicht*)] will, daß er fortgesetzt werde, wenn er aufhören kann.

Schwanken und ermüden Sie nicht, wenn sich Zufälle ergeben und Nachrichten aus Rußland kommen, die anders lauten als die heutigen. Eine Revolution in einem Reiche wie Rußland ist nichts Einfaches, sondern eine große, erschütternde Begebenheit, ein Krieg zwischen den Klassen, der einige Zeit braucht und Schwankungen hat, bis er entschieden wird. Aber seien Sie sicher, trotz

*) Die eingeklammerten Stellen waren im Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ von der Zensur durch weiße Flecke ersetzt.

allem Wechsel der Geschehnisse seit Beginn der Revolution, trotz allem, was war und was kommen wird: das russische Volk will den Frieden; das ist nicht feindliches Ausland, das sind unsere Brüder und die russische Revolution wird siegen. Und wir haben nur die Aufgabe, wachsam zu sein und in unserem Kreise das Unsrige zu tun, in allen Formen, die möglich sind; parlamentarisch, wenn es geht, höchst unparlamentarisch, wenn es nötig wird — wachsam zu sein und in unserer Weise auf unserem Boden mit unserem Gegner fertig zu werden und für den Frieden zu sorgen im Vertrauen auf die russische Revolution [die hoch lebe (sich oft erneuerte Hochrufe*)], im Vertrauen auf unsere eigene Zukunft und die des internationalen Proletariats, dessen erstes Ziel der Friede ist, dem der Kampf für die proletarische Sache folgt, für die Ziele der ganzen Menschheit, damit das Ende der Ausbeutung beginnen kann. (Minutenlanger Beifallssturm.)

Die russische Revolution und der Friede.

Versammlung in Favoriten am 6. Dezember 1917.

Zum erstenmal nach fast vier Jahren können wir in dieser Versammlung wieder etwas hoffnungsvoller zueinander sprechen**). Aber freuen wir uns nicht zu früh! Zwischen der Nachricht, daß an

*) Die eingeklammerten Stellen waren im Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ von der Zensur durch weiße Flecke ersetzt.

**) Am 7. November 1917 hatten die Bolschewiken die Revolution in ihre Hände genommen, und sofort begannen ernstliche Versuche, den Frieden zu erreichen. Am 26. November bot der revolutionäre russische Oberbefehlshaber Fährich Krylenko den Waffenstillstand an und am 29. November erschien ein russischer Funkspruch an die Völker mit dem Angebot von Friedensverhandlungen. Während die Arbeiter nun frohe Hoffnung auf baldigen Frieden faßte, glaubten die Generäle die Friedenssehnsucht der russischen Arbeiter und Soldaten als Gelegenheit zu Eroberungen benützen zu können. Die Deutschnationalen phantasierten wieder von einem Siegfrieden. Am 24. September 1917 hatte der Deutsche Nationalverband gegen einen „pazifistischen“ Frieden protestiert und am 28. September hatten Deutschnationale und Christlichsoziale ihren berüchtigten Aufruf „An die Deutschen Österreichs“ erlassen, der davon faselte, daß „die militärische Lage an allen Fronten so günstig wie je“ sei. Das verspätete Eingreifen Amerikas werde daran nichts zu ändern vermögen. „Auch die Aussichten für unsere Ernährung sind weit günstiger als im Vorjahr.“ Deshalb wird die Überzeugung ausgesprochen, daß „nur ein solcher Friede wirkliche Dauer verspricht, der zugleich mit der militärischen Sicherung unserer Grenzen den Schutz unserer Wohlfahrt und unserer nationalen Entwicklung gewährleistet“. Übrigens hat noch am 19. Dezember Wolf im Parlament gegen den „annexions- und entschädigungslosen Frieden“ gewettert und gemeint, die Arbeiter sollten, wenn einer ihrer Führer vom Verständigungsfrieden rede, „nasse Tücher nehmen, und den Kerl zum Tempel hinausjagen“.

In dieser Situation wurde diese Rede gehalten.

unserer östlichen Grenze nicht mehr geschossen wird, und einem allgemeinen bleibenden Frieden liegt noch sehr viel. Noch lange sind wir nicht aus der Gefahr befreit, daß das Morden weitergeht. Ich habe den Eindruck, als ob wir eigentlich zur Freude gar nicht mehr die Begabung hätten. Wir haben so viel ertragen müssen, daß wir die Elastizität verloren haben, um uns der Freude noch so ganz hingeben zu können, wie wir es vielleicht noch vor zwei Jahren gekonnt hätten. Und es ist doch ein Stück Weltgeschichte, das größte, was man an Geschichte erleben kann, wenn jetzt die Delegierten der Petersburger Arbeiter, von denen kaum einer sein wird, der nicht Sibirien und die Verbannung kennt, über die Geschicke der Welt beraten an einem Tisch mit den alteingesessenen Generalen der mächtigsten Militärstaaten.

Die bürgerlichen Blätter erzählen uns, es sei nicht die russische Revolution, die den Frieden gebracht hat, sondern Hindenburg und die Armeen der Mittelmächte, die Rußland die Niederlage brachten und dadurch die Revolution und den Frieden erzwungen haben. In gewissem Sinne ist das ja richtig. Kein Zweifel. Die österreichische Verfassung von 1861 ist, wie uns dieselben Bürgerlichen erzählen — es ist sogar auf dem Parlament eingemeißelt —, eine „Spende“ des Kaisers Franz Josef. Aber nach der Auffassung, die die bürgerlichen Blätter jetzt vorbringen, wäre die Verfassung nicht das Verdienst der Leute, die sie gemacht haben, sondern das Verdienst der Armee Napoleons III., der uns bei Solferino mit der Niederlage eigentlich die Verfassung gespendet hat. Und unsere zweite Verfassung von 1867 wäre auch nicht, wie man uns bis jetzt erzählte, durch die Weisheit des Bürgertums zustande gekommen, sondern der eigentliche Spender der Verfassung wäre der Feldmarschall Moltke, der uns bei Königgrätz die Verfassung erkämpfte. Aber ganz so liegen die Dinge nicht. Geschlagen werden kann jeder, es fragt sich nur, was man aus der Niederlage macht. Aus der russischen Niederlage konnte ebenso ein Rückfall in die schlimmste Reaktion kommen, wie ja das russische Bürgertum nach der Niederlage sich begnügen wollte, eine kleine Revolution zu machen, um die Widerstandskraft Rußlands zu erhöhen. Wenn nicht das Proletariat es verstanden hätte, aus der Revolution die Republik zu retten, aus der kleinen Revolution die große Revolution und aus ihr, mit ihr, durch sie und für sie eine Aktion zum Frieden zu machen. (Lebhafter Beifall.) Aus der Niederlage konnte ebenso eine Verlängerung des Krieges folgen, wie eine Verkürzung des Krieges daraus wurde. Wer die russische Revolution so herabsetzt, denkt unhistorisch und schlägt überdies der Wahrheit ins Gesicht.

Wir leugnen durchaus nicht die Verdienste des Grafen Czernin um den Frieden. Wir leugnen auch nicht, daß schon vor der Revolution in Deutschland und Österreich vom Frieden gesprochen wurde, aber so klar hat man damals nicht gesprochen, wie man sich jetzt zu sprechen genötigt sieht, seitdem durch die letzte Phase der russischen Revolution die Leitung Rußlands in die Hände von Sozialdemokraten gekommen ist. Und man hat auch lange geglaubt —

und glaubt es vielleicht sogar jetzt noch —, von jenen russischen Friedensbedingungen ein Stück abhandeln zu können — auf Grund der „Kriegskarte“. Heute aber weiß man überall, daß es darauf nicht mehr viel ankommt und daß auch die gelungenste Offensive nicht mehr Eroberungszwecken dienen kann, und man beeilt sich festzustellen, daß auch die italienische Offensive nur den Zweck hatte, das Friedensbedürfnis bei den Westmächten zu erhöhen. Ob das zu jeder Zeit ganz aufrichtig gemeint war, ist fraglich; wichtiger ist, daß man heute nicht anders kann als so zu sprechen, und daß es ein Verbrechen wäre, nicht danach zu handeln. Man spricht in den bürgerlichen Parteien noch vom „Siegfrieden“, aber der Ton, in dem sie davon reden, ist doch ein anderer geworden. Seitdem die Hoffnung auf den Frieden uns so nahe gekommen ist, kommt ihnen doch zum Bewußtsein, daß sie im Volke mit ihrem Wahnsinn allein stehen und daß sie es bitter büßen werden, wenn sie sich der großen Sehnsucht des gesamten Volkes und seinem Willen entgegenstellen. (Lebhafter Beifall.)

Ich habe bis heute nicht vom Durchhalten gesprochen, sondern vom Aushalten. Halten wir in diesen letzten Stunden noch unsere Nerven zusammen. Aber geben wir uns dabei doch nicht allzu großen Hoffnungen hin. Wenn das Friedensprotokoll unterzeichnet sein wird, ist unser aller Not noch lange nicht zu Ende. So wenig die Wunden geheilt sind, wenn man aufhört zu schießen, so wenig die Toten lebendig werden, so wenig wird die Not aus der Welt geschafft. Es wird uns dann erst zum Bewußtsein kommen, wenn der Krieg zu Ende ist, was die Menschen, die sich alle Tage um ihres Lebens armselige Notdurft sorgen mußten, fast vergessen mußten, in welchem Elend die ganze Menschheit steckt. Dann erst beginnt der Kampf der Arbeiterklasse, auf der die schwerste Last des Krieges liegt und die dafür zu sorgen hat, daß den Greueln des Kapitalismus und des Imperialismus gründlich ein Ende gemacht werde. Und so wollen wir, wenn dieses Völkermorden zu Ende geht, unsere heimkehrenden Freunde und Genossen begrüßen mit dem Rufe: Der Krieg ist zu Ende. Jetzt beginnt unser Kampf, der Kampf für unsere Ziele! (Lebhafter Beifall.)

Antwort an General Hoffmann.

Rede im Budgetausschuß am 17. Jänner 1918.

Die Sozialdemokraten glauben durch Stellung ihres Antrages*) eine unabweisliche Notwendigkeit befriedigt zu haben. Die russische Revolution hat jenes Motiv beseitigt, das für unsere

*) Als die Nachrichten aus Brest-Litowsk über die Schwierigkeiten bei den Friedensverhandlungen und namentlich über das Verhalten des Generals Hoffmann kamen, und als die Arbeiter in Wien in den Streik

Volksmassen den Krieg psychologisch ermöglicht hat. Nicht nur wir, sondern alle Welt hat sich gesagt: Der Alp des Zarismus müsse endlich entfernt, Europa müsse befreit werden. Nun ist das durch die eigenen Hilfsmittel der russischen Völker geschehen. Wir stehen heute vor der Möglichkeit des Friedens und darum hat alle Welt die Überzeugung, der Friede darf durch Fragen des Prestiges, durch Fragen von Zukunftsplänen nicht hinausgeschoben werden.

Nun sieht man plötzlich, daß die Verhandlungen in einem Tone und in einer Art geführt werden, von der man sagen müsse, so macht man keinen Frieden. Man würde dabei Rußland unterschätzen und die ganze Weltlage falsch beurteilen. Es entstand endlich eine Hoffnung und nun sehen wir, daß diese Hoffnung plötzlich zu verschwinden scheint. In diesem Moment ist ohne jedes Signal, ohne jede von der sozialdemokratischen Partei gegebene Parole, in den Massen der Gedanke wach geworden: Wenn diese Hoffnung vergeht und nichts zu essen da ist, haben wir nichts mehr zu verlieren. Das ist die Stimmung in der Bevölkerung. Wir können nicht schweigend

traten, suchten die Sozialdemokraten im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses eine Debatte über die Friedensfrage herbeizuführen. Um die sachliche Möglichkeit einer Debatte über auswärtige Angelegenheiten zu bieten, die bekanntlich im alten Österreich den Delegationen vorbehalten war, beantragte Seitz, die Budgetpost über die Beitragsleistung für die gemeinsamen Angelegenheiten zur Verhandlung zu stellen.

Bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk proklamierten die russischen Vertreter das volle Selbstbestimmungsrecht der Völker, selbst bis zum Recht der Losreißung. Auch für die bisher zu Rußland gehörenden Randvölker. Demgegenüber erklärten die Vertreter der Mittelmächte, daß die Völker in Polen, Kurland und Litauen ihr Selbstbestimmungsrecht bereits durch ihre Vertretungskörper ausgeübt hätten, die durch das „historische Herkommen“ dazu berufen seien. Es waren das Ständekammern, in denen der Adel die Entscheidung hatte. Als dann Trotzky erklärte, diese Völker würden über ihr Geschick selbst entscheiden, durch eine freie Volksabstimmung nach der Räumung der besetzten Gebiete, erhob sich der General Hoffmann, der Vertreter der deutschen Heeresleitung, schlug mit der Faust auf den Tisch und erklärte kurz und bündig, die deutsche Heeresleitung lehne jede Einmischung Rußlands in die Angelegenheiten der besetzten Gebiete ab, für sie sei die Angelegenheit mit den Erklärungen der kurländischen Landesversammlung, des litauischen Landesrates und der Stadtverordnetenversammlung in Riga schon entschieden. Gerade diese Erklärung mit dem Faustschlag auf den Tisch hat in der breiten Masse die größte Erregung hervorgerufen.

Was die späteren Bemerkungen über Polen betrifft, so muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß Anfang November 1917 plötzlich die sogenannte „austropolnische Lösung“ auftauchte. Galizien sollte mit Russisch-Polen zu einem Königreich vereinigt und dieses unter der Herrschaft Kaiser Karls zu Österreich-Ungarn in das Verhältnis einer Personalunion treten. Kaiser Karl war auf diese Eroberung so eitel, daß Abgeordnete, die damals zu Hof kamen, erzählen, er habe sich vor dem Spiegel immer wieder im polnischen Krönungsmantel bewundert.

zusehen, wie ein paar Herren in Brest-Litowsk ihre Politik, vielleicht die Politik anderer machen und das Schicksal der Friedensverhandlungen vielleicht gegen den Willen der österreichischen Friedensunterhändler aufs Spiel setzen. Man kann in Brest-Litowsk nicht verhandeln, ohne die Völker Österreichs mit am Tische sitzen zu lassen.

Wenn auch nicht als Person, aber es muß doch das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für unser aller Schicksal dort am Tische sein. Wir müssen von der Regierung hören, was sie will. In jedem anderen Lande wäre im Dezember das Parlament für permanent erklärt worden und jede Regierung würde sagen, sie müsse selbstverständlich mit allen Vertretern der Völker, auch derjenigen, die jetzt gerade unbequem sind, jede Fühlung haben. Die Ausschaltung des Parlaments bedeutet nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Massen draußen eine ganz unmögliche Situation. Es kann nicht zugegeben werden, daß die Abgeordneten stumm sind und aus den Zeitungen erfahren müssen, daß ein General auf den Tisch schlägt, mit dem Säbel gerasselt wird und der Friede in Gefahr kommt. Bei der Politik ist weder das österreichische noch das deutsche Oberkommando notwendig. In allen Völkern und selbst bei jenen Staatsmännern der Entente, die am meisten gewohnt sind, durch aufgeregte Reden das Kriegsfeuer zu unterhalten, ist das Bewußtsein lebendig, daß der Krieg nicht fortgehen könne und zu Ende gebracht werden müsse. (Dr. Kolischer: Bei Lloyd-George sieht man das nicht!) Selbst bei Lloyd-George! Das Reden allein ist es nicht! Wir wollen den allgemeinen Frieden, wir wollen ihn bedingungslos, wir knüpfen daran nicht die Erwerbung eines Königreiches. Die sozialdemokratische Partei hat die Selbständigkeit Polens von jeher als eines der Ziele der Demokratie angesehen. Sie ist auch heute dafür. Sie wäre auch für eine Angliederung Krakaus an Warschau zu haben, nicht aber für eine Angliederung Warschaus an Krakau. Dies darum nicht, weil wir dann in Verhältnisse kommen, die unmöglich sind und die im Widerspruch mit dem Willen der Völker stehen. Wenn die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht vernünftig geführt werden, werden wir die Möglichkeit verpassen, daß sich an die Verhandlungen über den Separatfrieden der allgemeine Friede schließe; denn die Verhandlungen in Brest-Litowsk haben eine Bedeutung weit über das Verhältnis zu Rußland hinaus. Die vom Grafen Czernin aufgestellte Formel hat uns in Europa das Ansehen verschafft, daß wir die möglichen Träger der Lösung des Weltkonflikts sein können. Das soll nicht zerstört werden. Wir verlangen, daß dem Parlament fortlaufend über die Dinge, die in Brest-Litowsk und sonst in der Welt vorgehen, Auskunft gegeben werde, aber wir verlangen auch, daß uns nicht nur erzählt wird, was vorgeht, sondern daß man auch höre, was die Massen aller Völker wünschen.

Mit den Versuchen der Verschweigungen und Verschleierungen möge man endlich aufhören. Es geht nicht an, daß man in den Zeitungen liest, was in England, Frankreich, Deutschland und Rußland vorgeht, dabei aber über Österreich nichts erfährt. Hat man ja sogar ernsthaft versucht, die gegenwärtige Ausstandsbewegung in Wien und Niederösterreich, von der jedermann weiß, in den Zeitungen zu unterdrücken. Durch das Totschweigen solcher Dinge müssen die abenteuerlichsten Gerüchte entstehen. Es geht nicht an, die ohnehin schwierige Lage durch die Zensur noch zu erschweren. Zu den Ernährungsschwierigkeiten möchte ich nur ganz kurz sagen: Man muß mindestens so viel tun, daß die begründete Meinung entsteht, daß das Hungern nicht weitergehen wird, als es unbedingt gehen muß... Wir verlangen, daß die Regierung alles tut, einen dauernden, allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Der Jännerstreik.

Rede im Arbeiterrat am 19. Jänner 1918.

Es ist in den drei Tagen durchaus nicht alles erreicht worden*). Wenn wir auch nicht als Sieger heimkehren, so können wir doch mit gutem Gewissen sagen, daß die Arbeiterschaft und ihre Vertreter aus der Lage herausgerissen haben, was herauszureißen war. Wir haben die Forderungen erhoben: Friede, Demokratie und Brot! Der Ernährungsminister hat uns leid getan. Man hat es ihm angesehen, er gäbe gern etwas, aber er kann es nicht. Aber ich glaube, es ist doch ein Schritt geschehen, daß das Vorhandene vernünftiger verteilt wird. Es wird das Widerspruch finden bei den Agrariern, aber dieser wird nicht hindern, daß das geschehe, soweit man es heute machen kann.

Was den Frieden betrifft, so sind auch die Minister ebenso ungeduldig wie wir alle. Aber wir haben ein Dokument, das nicht

*) Die Zentralversammlung der Vertrauensmänner, die bei Beginn des Jännerstreiks im Eisenbahnerheim zusammengetreten war, hatte eine Abordnung zur Regierung geschickt und dieser die Forderungen der Arbeiter vorgelegt. Dieser Abordnung, die unter Führung der Abgeordneten erschien, hatte der Minister des Äußern Czernin eine Erklärung gegeben, daß der Kaiser ehebaldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden wünsche; er selbst bürgte dafür, daß der Frieden nicht an Eroberungsabsichten scheitern werde. Der Ernährungsminister machte Zusagen über den Versorgungsdienst und der Landesverteidigungsminister über Kriegszeitung und Militarisierung. Auf Grund dieser Zusagen wurde dann die Aufnahme der Arbeit beschlossen. Ein Bericht darüber ist in dem „Mitteilungsblatt“ („Mitteilungen an die Arbeiter“) Nr. 2 vom 20. Jänner 1918 enthalten, das während des Streiks, in dem alle Zeitungen eingestellt waren, herausgegeben wurde. Ein ausführlicher Bericht ist auch in der Broschüre enthalten, die damals über die Jännerereignisse herausgegeben wurde. Sie führt den Titel „Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des österreichischen Proletariats“.

nur uns mitgeteilt wurde, sondern das vor der Öffentlichkeit der ganzen Welt ein bindendes Versprechen ist. Erstens ist festgelegt worden, daß der Kaiser und sein Organ, der Minister des Äußern, nach wie vor in den allgemeinen Frieden einstimmen und daß der russische Friede nur die Einleitung zum allgemeinen Frieden sein soll. Zweitens ist festgelegt worden, daß Czernin das, was er wiederholt ausgesprochen hat und wovon man befürchtet hat, er sei davon abgekommen, festhält: Abrüstung und Schiedsgerichte. Graf Czernin hat das noch einmal festgestellt. Das dritte ist — und das ist das Wichtigste, worauf es im Augenblick ankommt — das Verhältnis zu Polen. Hier haben wir jetzt ein bindendes Versprechen. Man kann nicht mehr wegen der polnischen Sache dem Frieden entgegenwirken. Die gestrige Erklärung Czernins war ja schon eigentlich eine Antwort auf unsere Wünsche. Die Worte „Ich hafte und bürge“ sind etwas, was als Antwort auf die Wünsche streikender Arbeiter in Österreich noch nicht gesagt wurde. Die Demokratie steckt im dritten und vierten Punkte, Gemeindewahlrecht und Arbeiterrecht, und hier ist ein entschiedener Fortschritt erreicht worden. Wir haben den Herren keinen Zweifel gelassen, daß es uns nicht einfällt, ihn als letzte Errungenschaft anzusehen. Unsere Abschiedsworte waren: „Das war das dünne Ende des Keiles, es kommt noch ein anderes.“ Das Bewußtsein der Herren ist schon, daß das der Beginn der Umkrepelung des Staates ist.

Nun haben Sie zu entscheiden. Ich bin nicht berufen, Ihnen Ratschläge zu geben, aber meine Meinung ist: Eine Situation ist auszunützen bis zum Äußersten; aber wenn das geschehen ist, soll man nicht weiter riskieren, sondern soll bis zur nächsten Gelegenheit warten. Das Eis ist einmal gebrochen. Sollten sich noch weitere Hindernisse finden — wir sind da und auch später wird es an Entschlossenheit nicht fehlen. Wir wollen nicht sagen, daß wir weiter kämpfen, weil wir vielleicht mehr gewinnen können. Wir können sogar etwas verlieren: das Vertrauen zu unserer Besonnenheit, Klugheit und Verantwortlichkeit. Wir können sagen: für die drei Tage Kampf haben wir etwas erreicht. Gehen wir nun, und wenn es nötig ist, werden wir wieder da sein. Es ist nicht alles erreicht worden, doch was wir erreicht haben, ist nichts Kleines für die Arbeiter, die unter dem Militärgesetz stehen und für diejenigen, die sich von habsüchtigen und beschränkten Spießern müssen gängeln lassen. Was wir durchgesetzt haben, ist lange nicht alles, aber die Arbeiter sind auch noch auf der Welt! (Stürmische Zustimmung.)

•

Auf eine Anfrage über die Möglichkeit eines baldigen Abschlusses des allgemeinen Friedens erwiderte Adler, daß er die feste Überzeugung habe, daß die Verhandlungen in Brest-Litowsk nicht abgebrochen werden und daß von beiden Seiten die Gelegenheit werde gesucht werden, die Frage des allgemeinen Friedens zur Erörterung zu bringen. Der Weg zum Frieden ist nicht einfach und kurz, darum tut etwas Selbstbeherrschung und Zurückhaltung not.

Allgemeiner Ausstand und Friede.

Rede im Abgeordnetenhaus am 22. Jänner 1918.

Es ist durchaus begreiflich, daß sich in dieser Zeit, die das erste Kapitel einer längeren

Periode unabsehbarer Umwälzungen

ist, eine bedeutende Erregung auch in diesem Saale*) zeigt. Wir alle verurteilen alle Greuel des Krieges von drüben und von hüten. Wir sind mit den Vorgängen, die mit der Besetzung Polens verknüpft sind, durchaus nicht einverstanden. Im Gegenteil. Wir verabscheuen sie. Trotzdem bin ich sehr zufrieden und wahrscheinlich die meisten von uns, daß Polen jetzt nicht mehr der Schauplatz russischer Greuel ist. (Habrmann**): Preußischer!) Die sind vergänglich. Warten Sie bis nach dem Frieden, dann hören sie auf! Es wird mir nicht einfallen, ein Wort zur Verteidigung oder Entschuldigung der Dinge zu sagen, die im ganzen Kriege geschehen sind, nicht nur im Norden, sondern auch im Süden, oder eine Überhebung der Soldateska in Schutz zu nehmen. Wir betrachten auch die Worte, die am Beratungstisch in Brest mit einer soldatischen Gebärde gefallen sind, als eine Störung der Möglichkeiten des Friedens und bedauern sehr, daß kein österreichischer Staatsmann die Geistesgegenwart hatte, um diese Worte sofort abzuschwächen.

Es ist sehr zu bedauern, daß es nicht an Ort und Stelle geschehen ist. Aber wie der Abgeordnete Kľofáč so besonders heftig geworden ist und erklärt hat, das sei nicht der Ton, in dem man Ausgleiche, Kompromisse und Frieden schließt — er hat darin vollständig recht —, da habe ich mir gedacht, ich würde nur wünschen, daß

*) Nach den Weihnachtsferien, in die auch der Jännerstreik gefallen war, trat das Abgeordnetenhaus am 22. Jänner 1918 wieder zusammen. Die Sitzung begann mit einem Nachruf für Pernerstorfer, der am 6. Jänner gestorben war. Dann beantwortete der Ministerpräsident Dr. Seidler eine deutschnationale Interpellation, die sich gegen den Beschluß richtete, der auf der Konferenz sämtlicher tschechischer Abgeordneten am 6. Jänner in Prag gefaßt worden war. Dieser Beschluß, der eine vollständige Absage an Österreich enthielt, durfte nicht veröffentlicht werden. Auch als er im Budgetausschuß verlesen wurde, verbot die Preßpolizei seinen Abdruck. Der Ministerpräsident richtete unter großem Beifall der Deutschbürgerlichen und heftigen Zwischenrufen der Tschechen scharfe Angriffe gegen die Tschechen.

In Anschluß an diesen Teil seiner Rede berichtete der Ministerpräsident auch über seine Verhandlungen wegen des allgemeinen Ausstandes. Dieser Teil seiner Rede wurde allerdings ruhig angehört, doch dauerte die Erregung im Hause noch an. Auf einstimmigen Beschluß wurde über die Rede des Ministerpräsidenten sofort die Debatte eröffnet, mit der zugleich auch die Verhandlung einer Reihe dringlicher Anfragen verbunden wurde. In dieser politischen Debatte sprach auch Dr. Adler.

**) Ein tschechischer Sozialdemokrat, nach dem Umsturz tschechischer Unterrichtsminister.

sich die Herren auch bei den Verhandlungen, die bei uns notwendig sind, dessen bewußt werden und mitunter ihre Töne auf jene Tonart stimmen möchten, die nach ihren eigenen Worten die geeignetste ist, um Frieden zu schaffen. (Zustimmung.) Immer ist das nicht der Fall, weder bei den Slawen noch bei den Deutschen. Die Methode des Generals Hoffmann ist nicht die richtige, aber es gibt auch Zivilisten, die mit dem Säbel rasseln. Allen diesen Dingen kann nur eines ein Ende machen, das ist der Gemeinwunsche aller Völker, der Friede. Vorher wird auch nicht ein solcher Zustand der Nerven eintreten, daß man vernünftig reden kann. Wir haben eine

große Bewegung

in unserem eigenen Lande, auf die wir selbst in dem Sinne nicht gefaßt waren, daß sie gerade heute eintreten werde. Aber, Hand aufs Herz, haben Sie sich nicht alle gewundert, daß sie nicht schon längst eingetreten ist? Haben wir nicht alle die eiserne Disziplin, die Geduld der Arbeiter geradezu bewundert, die sich so lange zurückhalten konnten? In den Zeitungen lesen Sie auf der einen Seite, die Regierung habe sich dem Diktat der Sozialdemokraten unterworfen, und auf der anderen: Was wollen die lächerlichen Sozialdemokraten haben? Sie sind doch die Gefoppten, sie haben gar nichts erreicht. Womöglich in denselben Blättern beides auf derselben Seite. Das eine wie das andere ist eine demagogische Lüge und Entstellung. Die Sache ist einfach die, daß die Volksbewegung, die latent war, die den Massen im Blute gelegen ist, die in den Verhältnissen durchaus begründet ist, endlich losgebrochen ist und wir, die berufen sind, aus jeder Bewegung herauszunehmen, was in jedem Moment erreicht werden kann, mit der Regierung darüber verhandelt haben, was man heute, jetzt, aus dieser Bewegung an Konsequenzen für unsere künftige staatliche und soziale Gestaltung ziehen kann. Was jetzt geschieht, ist durchaus

nicht das Ende der Entwicklung

in Österreich. Wer geglaubt hat, daß Österreich aus dem Kriege hervorgehen werde so wie es hineingegangen ist, hat sich geirrt und doppelt geirrt infolge der Tatsache der russischen Revolution, da die Völker Österreichs nicht gewillt sind, die Schmach auf sich sitzen zu lassen, daß sie in dem rückständigsten Staat seien. Wir haben gar

keine Lust, an die Stelle des zaristischen Rußland zu treten.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Konsequenzen aus den Weltereignissen werden Stück für Stück gezogen werden, das alles zu seiner Zeit. Die Herren von der Regierung meinten, es sei im Interesse der Ruhe und Ordnung, daß man das zugesteht. Es ist ja wenig genug und unter den Unzufriedenen sind wir selbst und ich kann sagen, ich der Unzufriedenste; aber wir haben gar kein Interesse daran, die Kraft der Arbeiterschaft, die

Leiber unserer Männer und Frauen zum Objekt der Machtprobe zu machen, die nicht wir provozieren. Das geht gegen unsere Verantwortung und wir tun nur, was wir verantworten können. Wenn die Massen mit uns unzufrieden sind, dann sollen sie uns mehr Macht in die Hand geben, dann werden wir auch Konsequenzen daraus ziehen. Aber so viel ist sicher, der Anfang ist gemacht, ein bescheidener, schüchterner Anfang einer wirklichen Demokratisierung der Grundlagen unseres politischen und staatlichen Lebens zunächst hinsichtlich der Gemeinde. Die Herren auf der deutschen Seite sagen, wir hätten sie verraten, die Tschechen sagen, wir hätten sie verraten: dieses beiderseitige Zeugnis beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Es ist die Grundlage geschaffen für eine Neugestaltung des Gemeindewahlrechtes und damit der Gemeindeverwaltung. Für die

Demokratisierung der Gemeindeverwaltung

ist eine der Voraussetzungen geschaffen. Wir haben mit der größten Beflissenheit gesucht, alles, was national irgend etwas entscheiden soll, aus diesem Thema auszuschalten. Machen Sie sich das später und wir werden ja dabei sein. Das zweite war die

Ausschaltung der Diktatur des Säbels.

Wir werden, wenn man die Betriebe nicht mehr militarisiert, noch nicht in der roten Republik leben, werden damit noch lange nicht den Militarismus beseitigt haben, aber wir sind mit dem ersten Schritt zufrieden, den die militärische Diktatur zurückgemacht hat. Für Sie mag das vielleicht weniger wichtig sein, aber für uns, deren unmittelbare Freunde, die Menschen, mit denen wir leben, zu Zehntausenden unter diesen Verhältnissen leben, für uns und für diese Menschen ist das eine ernste und wichtige Sache.

Das dritte Thema war das des Brotes. Da haben wir am wenigsten erreicht und erreichen können. Der Herr Ernährungsminister schaut nicht so aus, als ob er selbst sehr gut genährt wäre. (Heiterkeit.) Es ist auf dem Gebiet nicht viel zu machen. Man hat uns zugesagt, daß von nun an die Agrarier, die Selbstversorger, das sind diejenigen, die jetzt versorgt sind (Heiterkeit), auf gleichem Fuße behandelt werden sollen wie die anderen. Hoffentlich wird der Staat die Energie haben, die Lebensmittel dort zu nehmen, wo sie noch zu finden sind. Vielleicht dürfen Sie auch mit Ungarn noch ein Wort reden. Das ist Ihre Sache. Mit den Selbstversorgern müssen auch nicht bloß die Bauern gemeint sein. Es gibt Leute, die über größere Gelände verfügen, und von denen ist anzunehmen, daß sie sich gründlich selbst versorgt haben.

Der Friede.

Die wichtigste Voraussetzung für unsere Entwicklung ist aber heute die Frage des Friedens. Wir wissen, daß wir, wenn wir nicht zum Frieden kommen, zugrunde gehen müssen. Ich wünsche nichts zu beschönigen, aber auch nichts zu übertreiben. Bis jetzt

haben unsere Massen, unsere Frauen mit bewunderungswerter Geduld ausgehalten. Mein Freund Trotzky — oder mein Feind Trotzky wenn Sie wollen — hat dem General Hoffmann eine sehr gute und schlagfertige Antwort gegeben: Herr General, ziehen Sie nicht die Konsequenzen aus der militärischen Lage, wir ziehen ja auch nicht die Konsequenzen aus der Ernährungslage! Glauben Sie, er weiß nicht, wie es bei uns aussieht, wegen der Zensur? Die Zensur ist ja eine sehr demokratische Einrichtung. (Heiterkeit.) Soll sie doch sogar dem Kaiser Karl die Briefe des Professors Förster*) vorenthalten-oder vorprüfen! Aber sie kann doch nicht verhindern, daß auch der Trotzky weiß, wie es bei uns steht: Gottsjämmerlich, daß wir von der Hand in den Mund leben, wobei es nur sehr bedauerlich ist, daß in der Hand nicht viel drinnen ist. Wir verraten dem Feinde kein Geheimnis damit, daß wir

ein Lebensinteresse am Frieden haben.

Darum dürfte sich Graf Czernin nicht dadurch beeengt gefühlt haben, daß hier der Ruf nach dem Frieden so lebendig geworden ist. Denn wir haben nicht mehr verlangt, als was er in mehreren, von uns sehr bewunderten und gebilligten Reden ausgesprochen hat. Aber wenn man von uns das Durchhalten verlangt, so verlangen wir, daß auch Graf Czernin und seine Regierung durchhalten. Wir verlangen nicht etwa einen Bruch mit Deutschland oder das Unmögliche, daß sich Deutschland plötzlich unter die Führung Österreichs begeben. So töricht sind wir nicht. Wir hätten auch nicht das Wort von Triest und Straßburg ausgesprochen. Wir haben es nicht für praktisch gehalten. Aber wenn man in Berlin sagt: Für uns ist Triest wie Straßburg — und gerade die Slawen werden vielleicht nicht so dagegen sein, daß man das sagt, sie werden von dem italienischen Charakter Triests und seiner Umgebung nicht so ganz überzeugt sein, wie man es in Rom oder Mailand ist —, dann kann man sich nicht aufregen, wenn Graf Czernin sagt: Mir ist Straßburg wie Triest. Man kann nicht die Früchte eines Bündnisses einseitig genießen. Die Herren mögen sich daher auch in dieser Beziehung die Schranken auferlegen, deren Einhaltung man von den anderen verlangt.

Wir sind überzeugt, daß die Bewegung ohne Gefahr für unser Wirtschaftsleben und für den Staat vorübergegangen ist. Wir warnen aber vor allzugroßem Optimismus in der Richtung, nun hätte das alte Österreich wieder freie Bahn. Es sind hier ein paar Fragen herausgegriffen, aber man braucht nur in diesen Saal zu blicken und zu beachten, wie die Worte des Ministerpräsidenten aufgenommen wurden, die ich ja nicht zu den meinen machen will, aber die wirklich nicht aggressiv waren, und wird zur Ansicht kommen, daß wir

erst am Anfang der Lösungen

stehen, die notwendig sind. Unsere Überzeugung ist, daß Österreich-Ungarn davor steht, eine völlige Umbildung zu erfahren. Die

*) Der bekannte klerikale Pazifist.

Völker, mit denen wir beisammen wohnen, sind nicht in der Lage, auseinanderzulaufen, ob wir uns gerade lieben oder nicht. Dieser Krieg hat alle Wurzeln bloßgelegt und wird vor oder nach seiner Beendigung zu grundstürzenden Regelungen führen müssen. Wir haben den Krieg nicht gewollt und haben vor ihm gewarnt. Da der Krieg nun einmal da ist, da die Menschheit geblutet hat, wird sie nicht ruhen, bevor sie die Konsequenzen aus diesem Weltgeschehen gezogen und alle Erfolge herausgenommen hat, die aus diesem grausen Morden möglich waren. Wir werden zu keinem Ziele kommen, bevor wir nicht aus der Monarchie einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat gemacht haben (Beifall bei den Sozialdemokraten) — nicht einen Staatenbund, denn das ist eine falsche Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes und ist in Österreich nach der ganzen Geschichte und der geographischen Lage der einzelnen Nationen und den wirtschaftlichen Zusammenhängen unmöglich. Ein Bundesstaat, wenn er ehrlich demokratisch ist und von allen ehrlich gewollt ist, wenn man bereit ist, dafür zu kämpfen und nicht nur zu schimpfen, wird schließlich das Resultat und die geschichtliche Bedeutung dieses Weltkrieges sein müssen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Friedensziele des Proletariats.

Budgetdebatte am 20. Februar 1918.

Wir leben in einer entscheidungsvollen Zeit*). Die Zeit ist so erfüllt von Geschehnissen, die einander so jagen, daß mitunter das, was gestern noch eine Forderung des Tages war, durch die Ereignisse heute weggeschwemmt wird. Während wir hier über — ich glaube, das Budgetprovisorium — reden, es hat aber noch niemand von der Sache Erwähnung getan (Heiterkeit) —, während wir über den Frieden mit der Ukraine, über die große Erregung und den großen Streit, der sich daran knüpft, sprechen, ereilt uns die Nachricht, daß der Friede mit Rußland zwar noch nicht ge-

*) Da die Regierung Seidler keine Mehrheit für das Budget hatte, überreichte sie am 7. Februar die Demission, und als der Kaiser diese ablehnte, begnügte sie sich mit einem Budgetprovisorium. Wegen der Frage von Chelm, das Czernin in dem Frieden mit der Ukraine dieser zugesagt hatte, während die Polen darauf nicht verzichten wollten, demissionierten aber die beiden polnischen Minister. Unter solchen Auspizien nahm das Haus die Beratung des Budgetprovisoriums auf.

Am 10. Februar hatte Trotzky die Unterzeichnung des Friedensvertrages abgelehnt, aber verkündet, daß der Kriegszustand für Rußland beendet sei und daß er deshalb die Demobilisierung angeordnet habe. Die deutsche Regierung gab diese Erklärung als eine „Kündigung des Waffenstillstandes“ aus und ließ ihre Truppen in Rußland vorrücken. Da nun die Gefahr bestand, daß auch österreichische Truppen mittun würden, brachten die deutschen Sozialdemokraten eine Anfrage ein, in der sie von der Regierung die Erklärung forderten, daß sie den Kriegs-

schlossen, aber daß alle Bedingungen dazu erfüllt sind. In dem Funkspruch der russischen Regierung ist die Zustimmung zum Frieden von russischer Seite gelegen. Nun müssen wir abwarten, was von deutscher Seite geschehen wird.

Die deutsche Regierung hat die Erklärung der russischen Volkskommissäre, daß sie den Krieg als beendet ansehen, nicht mit einer Zurückziehung ihrer Armee beantwortet, sondern mit dem Vormarsch, sie hat erklärt, daß nicht nur die Friedensverhandlungen, sondern auch der Waffenstillstand zu Ende sei, und sie hat den allergrößten Verdacht erweckt, daß ihr die Schwierigkeiten, die sich in Brest-Litowsk ergeben haben, ein willkommenener Anlaß waren, weiterzumarschieren und größere, bisher russische Gebiete zu besetzen. Ich wünsche — und jeder von uns muß es wünschen —, daß die deutsche Regierung nicht etwa auf diesem Wege fortfahre, daß sie ihre Bedingungen von früher als verfallen erkläre und daß sie sich nunmehr nicht weiter nach Livland, Estland usf. in kriegesischen Operationen in das Innere Rußlands begeben. Ich gestehe, daß ich vorläufig zögere, selbst die Inkarnation des Militarismus und des Imperialismus

eines solchen Verbrechens für fähig

zu halten, ich will es vorläufig nicht glauben, aber wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß der Verdacht vorhanden ist, daß die militärischen Gewalten ihre Eroberungsabsichten auch weiterhin verfolgen werden. Für uns mußte natürlich die Konsequenz die sein:

Da tun wir nicht mit!

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man mutet uns vielleicht sogar zu, daß wir unsere Bürger dazu hergeben, als Ersatz im Westen zu dienen.

Jarc*): Ist schon geschehen! Ich habe Briefe bekommen!

Dr. Adler: Ich bin nicht so gut unterrichtet wie Sie! (Heiterkeit.) Die Leute lesen in den Zeitungen alles als heilige Wahrheit, wovon auch nicht ein Wort wahr ist. Haben Sie eine Ahnung, was gelogen

zustand mit Rußland für beendet ansehe und jede Verwendung österreichischer Truppen auf dem Gebiet der Ukraine unbedingt vermeiden werde. Namens des Grafen Czernin gab Dr. Seidler die Erklärung ab, daß sich die österreichischen Truppen an dem deutschen Vormarsch nicht beteiligen, schwieg sich aber darüber aus, ob unsere Truppen in der Ukraine verwendet werden würden.

Da er aber auf die bevorstehenden Getreidetransporte aus der Ukraine verwies, die von Deutschland als Begründung für die Intervention in der Ukraine angeführt wurden, da dann die deutsche Regierung auch den neuen Funkspruch Trotzky's, daß er bereit sei, die Friedensbedingungen der Mittelmächte zu unterzeichnen, als nicht verbindlich erklärte, da dann Czernin am 19. Februar über das russische Friedensangebot ausweichend geantwortet hatte, benützte Dr. Adler die Beratung des Budgetprovisoriums, um mit aller Energie gegen dieses frivole Spiel zu protestieren.

*) Ein slowenisch-klerikaler Abgeordneter aus Krain.

wird? Vorgestern ist in allen Abendblättern zu lesen gewesen, welch heftige Diskussion im Klub der deutschen Sozialdemokraten zwischen der Richtung Seitz und der Richtung Renner gewesen ist. Nicht ein Wort wahr, vom ersten bis zum letzten Wort erlogen und aus dem Finger gesogen. Auch die Leute im Felde lügen oder übertreiben. Es sind nicht alle Aufschneider vom Militärdienst befreit. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich gebe ja zu, daß das wahrscheinlich ist, aber für uns ist wichtig, daß wir an der Politik, die mit der Zurückweisung des Friedenszustandes, wenn auch nicht des Friedens mit den Bolschewiki begonnen und vorläufig zum Aufmarsch und Vormarsch um einige Kilometer geführt hat, keinen Teil haben dürfen, weder direkt, noch indirekt, weder als Nutznießer, wenn es da einen Nutzen geben kann, noch als Ersatzmannschaft.

Graf Czernin hat vor kurzem auseinandergesetzt, daß wir bereit und verpflichtet sind, den vorkriegerischen Besitz Deutschlands mitzuverteidigen, und da die Deutschen den vorkriegerischen Besitz Österreichs mitverteidigt haben, ist das ein ganz naturgemäßes Verhalten. Aber wir haben gar keinen Grund, mit dem Blute unserer Bürger mitzuverteidigen zu wollen, was die Eroberungssucht, die imperialistischen Pläne einer kleinen Minderheit in Deutschland wollen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), und damit nicht nur uns den endlichen Frieden ins Ungewisse hinauszuziehen, sondern unser Blut auch noch opfern zu wollen für ganz fremde Zwecke. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube und hoffe, daß es hier nicht einmal unter den deutschen Parteien, die sich mit der größten Begeisterung für die deutsche Solidarität einsetzen, denkende Leute geben wird, die dafür sein können, nachdem das Kriegsziel auf allen Seiten erreicht ist. Nach Eroberungen waren wir ja nicht lüstern, wir haben einen blanken Verteidigungskrieg geführt. Dafür haben wir amtliche Beweise und aus dem höchsten Mund in jedem Lande, wo derlei zu haben ist (Heiterkeit), authentische heilige Versicherungen. Wir sind nicht ausgegangen, um Flandern zu erobern oder zu befreien vom belgischen Joch, auch nicht, um die russischen Provinzen zu erobern, am allerwenigsten aber sind wir berufen, die

Ordnungsgendarmen im Osten zu sein.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind dazu nicht berufen und würden an der Erreichung des Friedenszustandes für die Zukunft ein Verbrechen begehen, wenn wir uns in die Streitigkeiten einließen, die aus der russischen Revolution entspringen. Wir werden aber zum Ordnungsmachen — weiß der Himmel! — leider keinen Befähigungsnachweis erbringen können. Wenn in Rußland Ordnung zu machen ist, so muß man es schon der russischen Revolution überlassen (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), daß sie die Ordnung herstellt, unter Kämpfen, unter Schwierigkeiten, ja sogar unter Blutvergießen, jene Ordnung, die dem Willen der Völker, die dort wohnen, entspricht. Vieles ist

in Rußland nicht so, wie es uns berichtet wird. Die Lüge ist heute eine patriotische Tugend (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), das heißt der Patriotismus wird vielfach, wenn er nicht Armeen beliefern kann, mittels der Lüge ausgeübt. Es ist auch das eine ganz gut bezahlte Form des Patriotismus.

Zur Entrüstung über die angeblichen Greuel, die die russische Revolution in die Welt gebracht, über die unzähligen Menschen, die da angeblich zugrunde gegangen sind, haben die am wenigsten Ursache und Recht,

die diesen Krieg über uns gebracht und mit ihrem Jubel begrüßt haben.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir sind nicht in der Lage, der Wahrheit gemäß und mit gutem Gewissen unsere fleckenlose Methode der Justiz, unsere fleckenlose Methode der Behandlung von Völkern, die ein anderes Verhältnis zum Staate wünschen, als sie derzeit haben, den russischen Parteien als Muster hinzustellen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten; Ruf: Thalerhof!*) Nichts ist schlimmer, als wenn revolutionäre Methoden von Leuten ausgeübt werden, die keine Revolutionäre, sondern Reaktionäre sind. Auch wenn der Friede mit ganz Rußland in naher Aussicht zu stehen scheint, haben wir an die Regierung die Forderung zu stellen, es möge alles aufs peinlichste vermieden werden, was wie eine Einmischung in die Angelegenheiten der Völker, die Rußland bewohnen, aussehen könnte. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Noch vor einigen Tagen haben wir eine ungetrübte Freude über die Ukraine gehabt, wie über jedes Stück Brot, das in das Haus gebracht wird. Sie haben gesehen, was daraus geworden ist. Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht. Die Begabung, Völkerstreit zu schlichten, scheint rar zu sein; es ist vielleicht auch von außen nicht möglich, und Polen wollte man ja wirklich befriedigen, aber was ist daraus geworden? Die Rede des Abgeordneten Daszynski! Wir deutschen Sozialdemokraten waren von Anfang an äußerst

mißtrauisch gegenüber der austro-polnischen Lösung.

Wir haben deshalb eine Anfrage gestellt und darin ausgeführt, es bestehe große Gefahr, daß diese Art der Lösung weitere Konsequenzen haben könnte, weil sie den Hohenzollern erlauben oder nahelegen wird, in Konkurrenz mit den Habsburgern zu treten. Wir waren nicht für die austro-polnische Lösung, nicht deshalb, weil sie eine polnische ist. Im Gegenteil, wäre sie eine reinliche polnische, und zwar eine vollständige Lösung, hätten wir mit Eifer zugestimmt, ebenso wie wir einer reinlichen und vollständigen ukrainischen Lösung zustimmen, die ja auch noch nicht am Ende aller Ereignisse ist. Was uns an der austro-polnischen Lösung bedenklich erschien, war nicht das Polnische, sondern das Austro-polnische. Wir haben gefunden, es sei von den

*) Das Interniertenlager in Thalerhof bei Graz, über das in Interpellationen die heftigsten Beschwerden erhoben wurden.

Polen vielleicht etwas optimistisch, zu glauben, daß das der Weg zu ihrem nationalen Glück und Frieden ist, wir haben weiter gemeint, daß, um zu einer solchen Lösung zu kommen, auch die anderen Völker, die zusammen Austria ausmachen, mit herangezogen werden müssen, und es schien ihnen nicht zweifellos zu sein, daß auch für uns die austro-polnische Lösung einige Unbequemlichkeiten haben würde. Damals war über das voraussichtliche Versagen dieser Lösung nicht bei allen Parteien und Seiten des Hauses, die jetzt so aufgeregt sind, ein solcher Schmerz wahrscheinlich. Ich gestehe offen, daß ich, sosehr ich den Schmerz der Polen darüber, daß ihnen ein Stück ihres Bodens, wie sie behaupten, weggenommen wird*), ohne daß sie gefragt wurden, begreife, sosehr ich auch begreife, daß sie gewissermaßen anticipando einen hohen Grad von Aufregung entwickeln, bevor diese Auseinandersetzung über die Lösung der polnischen Frage noch deutlich geworden ist — denn die Versicherung, daß die austro-polnische Lösung endgültig begraben ist, genügt mir nicht —, sagen muß, daß das, was mich daran am schmerzlichsten berührt, ist, daß die Polen, und zwar die Polen der meisten Parteien bis in die sozialistischen Reihen hinein, diesen Krieg — ich will nicht sagen, bewirkt — aber gesehen, gewünscht und mit vorbereitet haben. Ich will nicht sagen, daß das eine gerechte Strafe ist, denn die Polen, wie wir alle, sind in diesem Kriege ohnedies übermäßig gestraft. Wenn nun der Friede geschlossen wird, ist noch nicht alles zu Ende. Fürs erste müssen wir den

allgemeinen Frieden

haben, früher gibt es keine Ordnung. Dann aber wird sich bei dieser Gelegenheit noch einmal die Diskussion über sehr viele, insbesondere über Abgrenzungsfragen ergeben. Und drittens, wenn uns nun vorgehalten wird, die deutsche Armee müsse zwischen Deutschland und Rußland einen Kordon ziehen, damit der bolschewikische Gedanke nicht herüberkommen könne, dann können wir nur sagen: Armeen und Regimenter mögen für eine Menge Dinge nützlich sein, zu einem aber sind sie unbrauchbar: zur Abhaltung von Gedanken. (Heiterkeit.) Sicher ist, daß, wenn die Verbreitung eines terroristischen Gedankens möglich ist, der Glaube an die Gewalt durch Anwendung der Gewalt durch Armeen nicht vermindert wird. Dieser Aufmarsch im Osten kann daher weder als eine nationale, noch gar als eine Kulturnotwendigkeit angesehen werden. Wenn Sie durch Ausrottung von grausamen terroristischen Methoden Kultur treiben wollen, dann erinnern Sie sich nur an das englische Sprichwort: Charity begins at home! Die Liebe zu den Völkern möge zu Hause beginnen! Da haben die Deutschen und wir Österreicher viel zu tun, und erst wenn wir fertig sind, wollen wir uns im Ausland umschaun. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit dagegen, mag aus der heutigen Friedenserklärung werden was wolle — daß unser Blut, unser Militär zur Einmischung irgendeiner Art

*) Das Gebiet von Chelm (polnisch: Cholm).

in Rußland verwendet werde. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn eingewendet wird, es wurde

ein „Brotfriede“*)

geschlossen, so weiß niemand mehr als die Sozialdemokraten, wie bitter notwendig wir Brot brauchen. Graf Czernin — und das ist sein Verdienst — hat sein Bestes getan, um dem Frieden näher zu kommen, und es ist sicher, daß wir in der Tat Brot brauchen. Aber nicht nur heute und morgen und übermorgen, sondern auch später. Die einzige Methode jedoch, nach der wir zu bleiben dem Brot kommen können, ist der allgemeine Friede. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und alles, was diesen allgemeinen Frieden aufhält, was ein Wiederaufleben des Krieges ermöglicht, jedes Eingreifen in die inneren Verhältnisse Rußlands ist nicht allein gegen den Frieden, sondern auf die Dauer gegen das Brot.

So notwendig uns das Brot ist und so sehr wir es mit tausend Freuden begrüßen würden, wenn uns über die Not dieses Krieges durch Zuschübe von außen hinweggeholfen würde, vor einem militärischen Eingreifen in den Streit zwischen den Ukrainern und den Großrussen wollen wir ernsthaft gewarnt haben. Ich glaube und hoffe, daß die Klugheit sowohl der russischen revolutionären Regierung als auch der ukrainischen Regierung es bewirken könnte und sollte, daß ein Ausgleich hergestellt werde, und dann wird sich auch der andere Ausgleich, der mit den Polen, leichter finden. Und es wäre vielleicht von uns selbst sehr klug, wenn wir sagten: Jetzt gehen wir heraus! Macht das untereinander ab! Klüger jedenfalls, als das Land besetzt zu halten und unser eigenes Land in dauernder Unruhe zu halten.

Die von den Sozialdemokraten gestern gestellte Anfrage ist heute vielleicht nicht mehr zeitgemäß, weil man nicht weiß, was der neueste russische Friede bedeutet. Wir kennen die Forderungen, die der Vierbund in Brest-Litowsk aufgestellt hat und die angeblich jetzt die Zustimmung der russischen Regierung gefunden haben, nicht so genau. Denn die Protokolle, die wir darüber erhielten, waren sehr unvollständig, und so wissen wir nicht, ob die Forderungen unserer Anfrage nicht wieder aktuell wurden. Aber sicher ist, daß unsere Regierung, wenn der Friede oder ein friedensähnlicher Zustand da ist, mit aller Energie die einzelnen Bestimmungen über die Beziehungen zwischen unserem Staate und dem russischen und ukrainischen Staate nun in Angriff nehmen soll. Da ist vor allem die

Frage der Gefangenen.

Durch den ungarischen Ministerpräsidenten wurde mitgeteilt, daß wir der dänischen Botschaft in Petersburg, die sich in diesen

*) Man hatte den ukrainischen Frieden damit plausibel zu machen versucht, daß man behauptete, es werde möglich sein, Getreide aus der Ukraine zu bekommen.

Dingen wirklich mit einem Geschick und einer Hingabe bewährt hat, die alle Anerkennung und Dankbarkeit verdient, monatlich vier Millionen Kronen für unsere Kriegsgefangenen geben; aber der Zustand ist so, daß die Botschaft das Geld nicht so leicht zustellen kann. Auch das kann keinen Trost bedeuten, daß man von einem Dekret gelesen hat, wonach alle Gefangenen auf freien Fuß gesetzt werden. Wir fordern die Regierung auf, alle Kraft für die Rückkehr unserer Gefangenen einzusetzen und fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, die alten Jahrgänge aus dem Felde nach Hause zu schicken.

Der Friede nähert sich immer mehr und es werden immer mehr Soldaten gebraucht! Das Kanonenfutter ist aber zu einem hohen Grade verbraucht.

Der Moloch Krieg hat auch Hunger,

er nimmt die Jüngsten und verschmäht die Ältesten nicht. Die Knochen der Greise und das Kinderfleisch sind ihm gleich willkommen. Aber etwas muß doch dadurch erspart werden, daß nunmehr die ganze Ostfront von der Notwendigkeit, eine große Armee zu haben, befreit ist. Wir meinen, es wäre ernsthaft möglich, endlich auf den durch die kaiserliche Verordnung oktroyierten Zustand zu verzichten, daß Menschen, die bis zu einem hohen Grade felddienstuntauglich sind, auch wenn sie für felddiensttauglich erklärt werden, weiter im Felde bleiben. Es wäre an der Zeit, die über zweiundvierzig Jahre alten Landsturmänner nach Hause zu schicken.

Da jetzt eine Debatte über das Budgetprovisorium stattfindet, wird man erwarten, daß die Sozialdemokraten sagen, wie sie sich zum Budgetprovisorium stellen. Ich muß gestehen, ich bin erstaunt, daß die großen Zeitungspolitiker, überhaupt die Politiker hier im Hause glauben können, daß die Sozialdemokraten für eine Vorlage stimmen können, die bepackt ist mit sechs Milliarden Kriegskrediten, das in einem Moment, wo kein Feigenblatt dafür mehr vorhanden ist, denn

das Moment der Landesverteidigung fehlt schon lange, seit vorgestern gänzlich,

da hat der letzte russische Soldat Galizien und österreichischen Boden verlassen. Das zu verteidigende Vaterland bedarf der Verteidigung nicht mehr und ist auch nicht mehr in Gefahr. Man kann also aufhören, Krieg zu führen; für fremde Zwecke wollen wir keinen Krieg führen. Es gibt auch keinen Zollbreit deutschen Bodens, der heute noch in Gefahr wäre. Es versteht sich von selbst, daß wir dafür nicht stimmen können. Wir können es nicht tun, weil wir keine Lust haben, politisch oder moralisch irgendeine entfernte Verantwortung für diesen Krieg, seine Entzündung, seine Führung an den Grenzen und im Hinterland irgendwie zu übernehmen. Wir können es nicht und werden es nicht.

Eine Prognose über unsere österreichischen Verhältnisse zu stellen, ist schwer; aber es wird sich schon ein Ausweg finden. Man kann provisorisch auf vier Monate ein Budget bekommen, aber der Staat kann nicht provisorisch alle vier Monate fortgefressen werden. Es wird notwendig sein, daß wir uns zusammensetzen und erörtern, ob sich nicht eine gemeinsame Formel finden läßt, die die Selbständigkeit aller Völker sichert und doch ein gemeinsames Leben in den notwendigen Dingen ermöglicht. Nur eine Regierung, die darüber nicht nur bestimmte Vorschläge und irgendeinen beliebigen Entwurf zur Beratung hat, sondern eine Regierung, die auch den Willen, die Stärke und die Energie besitzt, diesen Gedanken zum Siege zu tragen, eine Regierung, die sich nicht damit fretten muß, daß sie sagt, in letzter Linie haben wir doch Bajonette, nur eine solche Regierung wird sich das Vertrauen der Völker wirklich bleibend erwerben können. Ich möchte auch die Regierung daran erinnern, daß sie bei den Verhandlungen des Streiks die Zusage machte, daß die Militarisierung der Kriegsbetriebe wegfallen und eine andere Ordnung eintreten wird. Es wird gewiß nichts Ideales an die Stelle des heutigen Zustandes treten, aber die Sozialdemokraten wollen wenigstens, daß der heutige ganz unmögliche Zustand beseitigt werde und daß sie so bald als möglich klar sehen.

Das eine können wir vielleicht hoffen, daß wir dem allgemeinen Frieden durch den russischen und ukrainischen Frieden wirklich näher kommen. Eine Gefährdung des Friedens in diesem Moment aus den Verhältnissen in Rußland heraus wäre um so schlimmer, als sich gerade jetzt von allen Seiten in allen Ländern die Friedensparteien stärken, damit endlich die Welt in einen Zustand komme, wo sie rufen wird: Friede! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Friedensantrag.

Politische Debatte am 3. Oktober 1918.

Man würde die Debatte, die wir nun führen, nicht richtig würdigen, wenn man sich nicht vor Augen hielte, auf welchem Hintergrund sie sich abspielt*). Alle Völker ohne Unterschied sind

*) Als am 1. Oktober das Abgeordnetenhaus zusammentrat, stand die Monarchie vor dem Zusammenbruch. Hier in Kürze eine Übersicht über die Ereignisse der letzten Monate. Am 14. April hatte Czernin nach der Enthüllung über den Sixtus-Brief des Kaisers Karl demissioniert, und während einer Autofahrt mit Tisza hatte der Kaiser den im Dezember 1916 plötzlich entlassenen Grafen Burian, eine Kreatur Tiszas, zu dessen Nachfolger erwählt. Das Elend in Österreich war unbeschreiblich. Trotzdem hetzten die Siegfriedler zur Fortsetzung des Krieges. Im Juni wurde die Offensive gegen Italien durchgeführt, die mit der grauenvollen Katastrophe an der Piave endete, wobei Österreich etwa 100.000 Mann an Toten und Verwundeten verlor. Darauf wurde Conrad von Hötzendorf seiner Stelle als Oberbefehlshaber der Tiroler Heeresgruppe enthoben.

bis auf das äußerste ermüdet, heruntergebracht, verhungert und haben

einen einzigen Gedanken: Schluß!

Wir wollen nicht weiter! Ich bin nicht der Ansicht, daß es klug sei, seine politischen Erwägungen von der Kriegskarte abhängig zu machen. Aber es scheint, daß auch die Politiker anderer Nationen nicht frei sind von dem Fehler, den so viele Politiker der deutschen Nation diese fünf Jahre her gemacht haben, von dem Fehler des Übermutes zu der Zeit, wo die Kriegskarte ihnen günstig erscheint. Es ist auch im eigenen Interesse nicht klug, die Stunde so entscheidend zu machen für seine Stimmung und aus seiner Stimmung allein heraus seine Politik einzurichten. Die Herren Slawen waren in anderen Stimmungen und die Deutschen waren auch in anderer Stimmung. Dieses Spiel vom „Himmelhoch jauchzend, zu Tode betrübt“ ist nicht der Weg, auf dem man eine vernünftige, klare, ruhige Politik machen kann. Die Herren vom Deutschen Nationalverband können es nicht übelnehmen, wenn wir uns nur mit Bitterkeit an die Zeiten erinnern, wo sie die Wiener zum Deutschmeistermonument geführt haben, wo sie mit Leidenschaft und Freude in den Krieg

Vom 23. bis 25. Juli wurde in geheimen Sitzungen des Abgeordnetenhauses über die Ursachen der Katastrophe verhandelt. Am 14. September ersuchte Burian durch Vermittlung der Neutralen alle kriegführenden Staaten um unverbindliche Verhandlungen. Am 30. September wurde bekannt, daß Bulgarien kapituliert hatte, womit die Verbindung der Mittelmächte mit der Türkei unterbunden war. Ministerpräsident Hussarek — der am 26. Juli den Seidler abgelöst hatte — suchte sich über die peinliche Sache mit einigen Worten hinwegzuhelfen. Da stellten die Sozialdemokraten den Antrag, die Regierung aufzufordern, Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden vorzuschlagen. Zwei Punkte dieses Friedensantrages — über Polen und territoriale Zugeständnisse an Italien — waren von der Zensur gestrichen worden. Im übrigen verlangte der Antrag die Ablehnung von Annexionen und Kontributionen sowie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Auf Antrag von Seitz beschloß das Haus, jede Zensur von Friedensanträgen abzulehnen. Den Antrag selbst begründete Adler.

An demselben Tage, am 3. Oktober, faßte der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten jenen Beschluß, der das Selbstbestimmungsrecht der anderen Nationen Österreichs anerkennt und dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Österreich in Anspruch nimmt. Darin heißt es:

Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden, wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll.

Und am 21. Oktober konnte im Landhaus die Nationalversammlung der Deutschen Österreichs zusammentreten. Das alte Österreich war zerfallen.

hineingegangen sind, wo das Lied von Österreich mit dem Liede vom Prinzen Eugen gewechselt hat, wo wir, die wir kühlen Kopf behalten haben, als Hochverräter bezeichnet wurden und man, wenn es nach den Herren gegangen wäre, uns deutsche Sozialdemokraten so behandelt hätte, wie die Bosnier, die Italiener, die Ruthenen, die Polen, die Tschechen, wie alle Welt behandelt wurde. Man hat uns keine Furcht eingeflößt. Wir sind auf unserem Platze geblieben. Dafür aber lassen wir auch heute nicht die Fahne auf Halbmast sinken und sind nicht geknickt. Wir erinnern uns höchstens an das alte Lied, das wir in den neunziger Jahren gesungen haben, das mit den Worten beginnt: „Der Staat ist in Gefahr, der Staat, der niemals sicher war“ und mit der Erwägung schließt: „Mag aller Staat zum Teufel gehn, das Volk wird doch bestehn.“ Das ist heute vielleicht ein sehr angenehmer Trost für manche, aber das Bewußtsein, daß dem so ist, hat uns Österreich ertragen lassen. Es ist keine Kunst, heute recht despektierlich von Österreich zu reden. Es widerstrebt mir, gerade in diesem Moment es zu tun, wo es offen zu Tage liegt:

Der Bankrott dieses alten Staates ist eine Tatsache.

Gerade in diesem Moment ihm moralische Reden zu halten ist nicht meine Sache. Die Erbitterung ist begreiflich, die aus den Reden spricht; aber wir haben die Verpflichtung, in dieser ernsten Stunde Bitterkeiten zurückzudrängen und zu fragen: Was ist zu tun? Sie können sich wohl denken, daß ich Ihnen nicht vorschlagen werde, daß wir uns jetzt einheitlich um die schwarzgelbe Fahne scharen, alle unsere Unterschiede fallen lassen sollen und so fort. Das sollte ja der Krieg leisten. Erst war er ein Stahlbad, dann war er wieder ein Jugendbrunnen. Man hat dem Ausland weismachen wollen, daß sich in den ersten Jahren dieses Krieges die Völker gefunden haben und das alte Österreich schon durch die Notwendigkeit des Krieges regeneriert sei. Wir durften nicht einmal laut lachen, denn statt des bitteren Lachens war ein weißer Fleck zu finden.

Wir haben gewußt, daß es ganz anders ist. Es wäre wohl eine der schlimmsten Folgen des Krieges gewesen, ein weltgeschichtlicher Kriegsgreuel, wenn der Krieg die Erhaltung des alten Österreich produziert hätte. Wir haben gewußt: Das bringt kein Sieg, das bringt keine Niederlage zuwege. Das alte Österreich ist verschwunden! Worum es sich aber jetzt in erster Linie handelt, wozu jeder von uns, alle Gegner mit eingeschlossen, sich bekennen muß, das ist: Vor allem ist der Weg zum Frieden zu suchen! Das ist das Wesentlichste, was alle Völker ohne Unterschied von uns erwarten. Nicht ein Friede um jeden Preis, das heißt ein Friede in jeder Gestalt, das heißt ein Friede, der uns keine Zukunft gibt. Wir wollen die Vergangenheit ruhen lassen, aber aus unserer Gegenwart wollen wir heraus. Nun ist das natürlich nicht allein eine Frage der äußeren Politik. Denn die äußere Politik ist für Österreich innere

Politik geworden, und die innere ist bis zu einem sehr hohen Grade äußere Politik. Die Dinge sind nicht mehr zu trennen. Österreich in seiner heutigen Gestalt kann den Frieden nicht finden. Und selbst wenn das Kriegsglück noch einmal umschlagen sollte, selbst unter dem Schirme der deutschen Bajonette können wir nicht so weiter leben, wie wir bisher gelebt haben. Leider gibt es noch immer Leute, die sich das einbilden, die nur von Tag zu Tag der Vernunft zugänglich werden und, wie sich eine falsche Depesche aus Sofia zeigt, wieder rückfällig werden. Aber selbst wenn das Kriegsglück noch einmal umschlagen sollte, wäre das alte Österreich nicht mehr zu retten. Die Zersetzung oder die Offenbarwerdung der Zersetzung, die das alte Österreich betroffen hat, datiert nicht etwa von Schlappen her, die die Mittelmächte im Kriege in der letzten Zeit getroffen haben, nicht einmal von dem unglückseligen Piaveabenteuer mit allen seinen Konsequenzen.

Die Zersetzung war im Blute, und dieser Krieg hat nur zutage gefördert, was schon lange Tatsache und das eigentliche innere Leben dieses Österreich war. Wenn wir also Frieden haben wollen, müssen wir uns vor allem eingestehen:

Das alte Österreich wird einen Frieden nicht bekommen.

Das weiß alle Welt, das kann nicht konfisziert und nicht wegtelegraphiert werden. Wenn wir die Möglichkeit haben wollen, zum Frieden zu gelangen, zu einem Frieden, der mit uns geschlossen wird und für den wir nicht nur das Objekt sind, müssen wir uns in einen vertragsmöglichen Zustand versetzen. Das ist es, was wir mit unserem Antrag beabsichtigen. Wir haben vor ein paar Tagen eine sehr schöne und fein ziselierte Rede des Ministerpräsidenten gehört. Wie gut hätte das vor zehn Jahren geklungen und wie nützlich wäre es damals gewesen! Vielleicht noch vor vier Jahren, vielleicht noch sogar vor einem Jahre. Daß wir aber eine solche Rede genau in dem Moment hören, wo sie nicht mehr als Produkt der freien Einsicht in die Dinge erscheint, sondern als ein Produkt der Angst, das macht sie etwas weniger oder anders wirksam, als beabsichtigt war.

Daß sich die österreichische Regierung allmählich anschickt, in Erwägung zu ziehen, auf welchem Wege man den Völkern Autonomie und andere schöne Dinge geben sollte, ist sehr nett, aber reichlich spät. Man kann es den Völkern nicht übelnehmen, wenn sie sagen:

Zu spät!

Die Geschichte ist darüber hinweggegangen. Dieser Krieg ist förmlich ein Schmelztiegel für die Geschichte. Es geht so rapid, daß wir nicht wissen, ob das, was wir heute erörtern, morgen noch einen Sinn oder eine Grundlage hat, wenn wir uns nicht an Prinzipien halten. Der Ministerpräsident hat uns selbstverständlich berichtet, daß die Lage, die durch das bulgarische „Ereignis“ herbeigeführt wurde, zwar ernst, aber beileibe nicht kritisch sei. Die Zeit des Kritischen war ein Augenblick, er ist aber vorbei. Es ist

nichts kritisch mehr, es ist entschieden! Wer mit den Massen Fühlung hat, weiß, daß in den Massen jeder Nation nicht etwa gegen Bulgarien dieselbe Entrüstung ist, wie sie war, als Italien eingesprungen ist, wo man von Verrat und Verrätereien gesprochen hat. Was heute in den Massen gegenüber dem bulgarischen Ereignis lebt, ist nicht Entrüstung über Verrat, sondern Neid. Sie haben's überstanden, das ist das Gefühl, das die Leute haben.

Wie kommt man nun zum Frieden?

Österreich ist friedensbereit, das haben wir Sozialdemokraten von den ersten Worten des Grafen Czernin bis heute immer voll anerkannt. Noch mehr, wir haben es für ein Verdienst der österreichischen Politik gehalten, in Berlin einen etwas mäßigenden Einfluß auszuüben. Aber niemand kann mehr Einfluß üben, als er eben Kraft und Macht hat, und wenn unsere Czernin und Nachfolger einen Milderungsgrund haben, ist es der: wir können doch aus Österreich nicht mehr Kraft und Einfluß herausnehmen, als in ihm steckt. Belastend ist freilich, daß alle die Herrschaften mitgewirkt haben, Österreich in diesen Zustand zu versetzen. Trotzdem sollen die Friedensbestrebungen, die wiederholt und in letzter Zeit wieder von Österreich ausgegangen sind, anerkannt werden, wobei wir Ihnen freilich sagen müssen, es ist das Minimum an Sühne und Buße dafür, daß von denselben Kanzleien, die heute die Friedensnoten schreiben, im Jahre 1914 die Brandfackel hineingeworfen wurde. Blutschuld klebt an den Federn, die damals die erste Kriegserklärung geschrieben haben,

ungeheure, unermessliche Blutschuld

klebt an jenen, die die serbische Note geschrieben haben, die als „Erlösung“ begrüßt wurde. Endlich ein Wort! hieß es. Und nicht nur bei den Christlichsozial-Konservativen, sondern bis weit in die liberalen Kreise hinein, beim ganzen Bürgertum! Und je kapitalistischer, je vollwanstiger, um so mehr hat man geglaubt: Krieg, das sind gute Geschäfte!

Und sie haben sich ja zum Teil nicht geirrt, wenn auch noch nicht aller Tage Abend ist und wir noch nicht wissen, welchen Wert die Dinge haben, die sie in dem Rucksackverkehr mit Banknoten weggetragen haben. (Heiterkeit.) Auch hier keine Rekrimationen! Aber man kann nicht sprechen, ohne an das Jahr 1914 zurückzudenken und die Hoffnung zu haben, daß der Tag noch kommen wird — und er rückt immer näher — wo man

Abrechnung halten wird

mit allen jenen, welche die Zügel der Regierung damals in der Hand gehabt und mit offenen Augen, freudigen Herzens, ja jauchzend die Völker in dieses entsetztliche Blutmeer hineingetrieben haben, die eine ganze Generation der europäischen Menschheit zur Schlachtbank geführt haben. Wie sehen wir heute physisch aus, alle Schichten der Bevölkerung bis auf ein paar Straßenräuber?

Wie viele Generationen es brauchen wird, um das gutzumachen, wissen wir nicht. Es ist kein Trost für uns, daß es auch den Gegnern nicht besser geht. Daß ein großes edles Volk wie die Franzosen so zugrunde gerichtet, von diesem Moloch abgeschlachtet wurde, macht auch das Herz jedes Menschen bluten, der weiß, was die französische Nation ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nun soll ein Ende gemacht werden.

Wie? In Deutschland lehrt die Not beten. Es ist das nebst der russischen Revolution wohl das merkwürdigste Ereignis, daß sich in Deutschland ein Ministerium gebildet hat unter dem Vorsitz eines Prinzen, aber mit einem gehörigen Einschlag von einem halben Dutzend Sozialdemokraten*). Die deutschen Sozialdemokraten, die das getan haben, bringen damit ein riesiges Opfer. Sie haben sich nicht dazu gedrängt, Minister zu werden, aber sie haben geglaubt, ihre Hilfe bieten zu müssen, um das Steuer umzudrehen, um es im Moment der Not mit in die Hand zu nehmen und zur Vernunft, zum Recht und damit zum Frieden zu lenken. Das ist ein deutliches Zeichen für die

Demokratisierung Deutschlands.

Was draußen vorgeht, ist nicht etwa mit den kindischen Versuchen zu vergleichen, die man in Österreich seit Jahresfrist oder länger gemacht hat, Koalitions-, Konzentrationsministerien zu bilden, Ministerien, in denen Leute verschiedener Parteien sitzen, die man eigentlich gar nicht gefragt hat, ob sie dasselbe wollen. Sie sollen nur in demselben Ministerium sitzen und dieselben Gesetze und Verordnungen unterschreiben! Über solche Läppereien ist man in Deutschland hinaus. Wenn nun hier mit reichlicher Überhebung und Selbstgefälligkeit über Deutschland, über das deutsche Volk und deutsche Politik geredet wurde, so gehört das zu jenen Exzessen, die schließlich in so aufgeregten Zeiten begreiflich sind. Das deutsche Volk draußen ist über derartige Angriffe nicht erhaben, sondern sie treffen dieses Volk einfach nicht. Aber die Völker sollten nicht das Pech haben, daß ihre Vertreter den ersten Moment, wo sie hier so frei von der Leber weg reden können, dazu benützen, um ihrerseits Unrecht zu begehen. Je mehr sie gekränkt wurden durch preußischen Übermut, durch Redensarten auch hier im Hause von den Leuten, die mit Hilfe der preußischen Bajonette hier alles durchsetzen wollen, um so mehr sollten sie empfinden, wie unangebracht, taktlos und schädlich es ist, in derselben Art fortzufahren. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auf diesem Wege können wir zu nichts kommen.

*) Am 29. September war Hertling zurückgetreten und an seine Stelle wurde der Prinz Max von Baden Reichskanzler, der sofort daranging ein parlamentarisches Ministerium zu bilden. Diesem gehörte auch Scheidemann als Staatskanzler ohne Portefeuille an, sowie eine Reihe von Unterstaatssekretären in den verschiedenen Ämtern, so im Außenamt Dr. David: das Arbeitsamt erhielt Bauer.

Auch mit den Anklagen auf Hochverrat nicht. Ein Teil der Herren vom Deutschen Nationalverband hat damit sehr ausgiebig gearbeitet. Schon Mommsen sagte,

die Weltgeschichte kennt keinen Hochverrat.

Wenn jeder Verrat verächtlich ist, ist es nur der Hochverrat nicht. Er ist etwas, was man ja nicht im eigenen Interesse begeht, sondern er ist die Auflehnung eines Volkes oder eines Mannes, der seiner Überzeugung folgt. Aber es soll niemand den Hochverrat als sein Metier pflegen. Und wenn man schon vom Hochverrat nicht leben kann, noch schwerer ist es, vom Hochverrat der anderen zu leben. (Heiterkeit.) Und das wurde lange Zeit auf dieser Seite versucht. Nur davon zu leben, daß die anderen schlechte Österreicher sind, damit beweist man noch nicht, daß man aus Österreich etwas zu machen versteht und das Recht hat, Österreich zu führen. Das ist leider ein großer Fehler der deutschen Politik gewesen, der viel von der Bitterkeit verschuldet hat, die wir jetzt empfinden. Denken Sie nun daran, daß diese Anklage auf Hochverrat in Wort und Schrift unterstützt wird vom Galgen, von den Militärgerichten, von der Feme, die sich über ganz Österreich ausgebreitet hat, und Sie werden milder beurteilen, was Sie hier zu hören bekommen. Und schließlich läßt man es sich ja nur darum gefallen, weil man spürt: das, was heute zutage tritt, ist nicht nur die Überzeugung der anderen, sondern auch die Schuld derer, die in Österreich geherrscht haben und noch herrschen. Österreich muß anders werden.

Wie kommen wir aber zum Frieden? Graf Burian läßt in seiner Note zu einem Gespräch ein. Ein solches Gespräch wäre sehr nützlich. Daß die Entente es zunächst abgewiesen hat, beweist nichts, und die Einwendung, daß wir gegen die Geheimdiplomatie sind, ist keine Einwendung, weil ja da nichts abgemacht werden soll. Der Vorschlag ist also vorläufig abgewiesen worden, aber in dieser Abweisung liegt nicht nur die Abneigung, zu einer Zeit über den Frieden zu reden, wo das Schicksal noch nicht ganz klargestellt hat, wie die Machtverhältnisse sind, sondern es liegt darin auch ein Urteil über die unpraktischen Methoden, die wir anwenden. Wir hätten wahrscheinlich viel Blut und Elend erspart, wenn die deutsche Regierung klug genug gewesen wäre, vor zwei Jahren schon ein ernstes, klares Wort über Belgien zu reden. Ich erinnere mich, daß ich einmal hier sagte, es nütze nichts, im allgemeinen zu reden, man müsse so reden, daß es vor allem nicht nur die Diplomaten, sondern die Völker verstehen. Man muß den Völkern, die den Frieden wollen, den Schichten, die an Macht und Einfluß, an Intensität ihrer Bestrebungen von Tag zu Tag zunehmen, die Waffen in die Hand geben, zeigen, was man will, man muß seine Friedensbereitschaft so zeigen, daß sie geglaubt und verstanden wird. Dieses Herumreden über Belgien, die Strammheit der Alldeutschen draußen und die Strammheit ihrer Gesinnungsgenossen hier hat uns sehr viel Blut gekostet. Die Siegfriedensversammlungen, wenn sie auch nicht große Schichten des Volkes mitgerissen

haben, haben uns schwer geschädigt, und wir müssen bis heute, und wer weiß, wie lange noch, mit Blut und Hunger büßen, daß man sich eingebildet hat, man kann die ganze Welt auffressen.

Wir wünschen keinen Sieg!

Ich fürchte, daß die österreichischen Völker von einem eigenen großen Sieg fast soviel zu befürchten hätten wie von einem Sieg der anderen (Zustimmung bei den deutschen Sozialdemokraten); ich fürchte aber auch, daß der Sieg der anderen jenen Völkern Österreichs, die so auf ihn bauen, nicht so viele Früchte bringen würde, als sie glauben. (Lebhafte Zustimmung bei den deutschen Sozialdemokraten.) Was wir brauchen, ist nicht der Sieg, es ist das Ende des Krieges, der Friede. Der Friede wird Opfer kosten, die aber nicht im Verhältnis stehen zu den Opfern, die alle Völker dieses Staates längst gebracht haben und zu bringen gezwungen sind. Wir müssen unsere Gegner überzeugen — nicht Lloyd-George, auch nicht Clemenceau, aber die Franzosen und die Engländer. Man sieht schon die Entwicklung bei den englischen Arbeitern, die von Tag zu Tag klarer wird, und die Entwicklung bei den Franzosen, bei denen das, was früher die Minorität der Sozialisten geheißt hat, heute schon die Majorität geworden ist. Es geht vorwärts, die Überzeugung wird eine andere, aber wir müssen dazu helfen. Das können wir nicht mit allgemeinen Redensarten, nicht wenn wir bloß die Regierung reden lassen. Die Regierung muß deutlich reden, aber es müssen auch die Vertreter des Volkes mitreden. Die Anwesenheit von Delegierten der Volksvertretungen bei den Friedensverhandlungen, was von manchen Seiten verlangt wird, ist eine komplizierte Frage der Technik, auf die ich mich gar nicht einlassen will.

Jetzt aber sollen die Völker reden,

jetzt soll das Haus erklären, daß die Völker den Frieden wollen, und das Minimum dessen kennzeichnen, was wir zugestehen sollen. Die Opfer, die wir bringen müssen, werden die Sühne dafür sein, daß wir — seien wir milde — vom Schicksal bestimmt waren, die Brandstifter zu sein.

Wir sind bereit, die Opfer zu bringen,

weil das, was wir heute dulden, ein viel schwereres Opfer ist,

Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. Wir verlangen, daß dem zu wählenden Ausschuß das Minimum der Bedingungen vorgelegt werde. Wir haben die Bedingungen zusammengestellt, auf Grund deren, wie wir glauben, der Friede möglich ist. Wir haben diese Bedingungen sehr vorsichtig gefaßt, wir gehen für uns vielleicht etwas weiter, da wir aber wünschen, daß das Parlament und auch die anderen Parteien sich ihnen anschließen, haben wir das aufgenommen, wovon wir glauben, daß jeder Abgeordnete in diesem Hause, ohne seine Überzeugung zu verleugnen, dafür stimmen kann.

An der Spitze steht natürlich als Grundlage das Bekenntnis zum neuen Europa, zur neuen Weltordnung, zum neuen Völkerrecht.

ein Bekenntnis, das ja in Österreich von Czernin und dem Grafen Burian wiederholt ausgesprochen wurde, das aber ganz anders klingen würde, wenn jene, die über den Grafen Czernin gelächelt und ihn als Phantasten, wenn nicht als etwas Schlimmeres bezeichnet haben, selbst darüber werden sprechen müssen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß ein Völkerbund gestiftet werde, daß eine Abrüstung erfolge, die wir ja jederzeit gefordert haben. Wir wollen auch Schiedsgerichte und die Vermeidung künftiger Kriege. Die Zeiten, in denen Könige und Diplomaten über die Völker verfügt haben, sind vorbei, nicht weil Wilson oder die Entente es will, sondern weil sich auch die Völker auf diesem Boden die alte Wirtschaft nicht mehr gefallen lassen werden. Wir wissen nicht, wie wir aus diesem Kriege herauskommen, wie wir nicht gewußt haben, wie wir in ihn hineingegangen sind. Wir wissen nicht, welche Enderlebnisse wir noch haben werden, aber das wissen wir: Noch einmal würden sich die Völker Österreichs unter dem Handgriff des Skeletts dieses alten Österreich nicht mehr beugen, ganz unabhängig von dem, was die Entente will. Wir wollen ein neues Völkerrecht, die Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges, Arbeiterschutz, Wiederherstellung aller besetzten Länder. Wir haben an Serbien mehr verloren als den Krieg allein. Was seit der Okkupation von Serbien da unten geschehen ist, ist durchaus nicht einwandfrei. Wir haben unten nicht so gewirtschaftet, daß wir uns hinterher die Liebe der Serben erworben und ihnen bewiesen hätten, daß das Regime Habsburg angenehmer ist als das Regime des etwas zweifelhaften Herrn, der in den letzten Jahren auf dem serbischen Thron gesessen ist. Ich weiß nicht, ob es den Leuten da unten sehr erwünscht wäre, aber jedenfalls dürften sie meinen, daß ihnen die Wahl weh täte. (Heiterkeit.) Insoweit eine Gutmachung möglich ist, muß sie also erfolgen. Wir dürfen keine Kontributionen verlangen, es wird vielleicht hie und da notwendig sein, solche zurückzugeben. Nun komme ich zu den beiden Punkten, die uns ein Herr strich, weil er nicht die Verantwortung tragen kann. (Beifall.) Daß wir sie tragen, fällt ihm gar nicht ein. Das ist so eine heimliche Sache: „Tier und Menschen schliefen feste, selbst der Hausprophete schlief“ (Heiterkeit), und eines Nachts kommt ein uns nicht einmal dem Namen nach bekannter Herr und streicht aus unseren Anträgen ein paar Punkte weg. Wir wollen die Neuordnung Österreichs und müssen sie wollen, denn ohne diese wird Österreich als Staat, der Friedensverhandlungen führen kann, nicht anerkannt werden, selbst wenn es den ganzen Wilsonschen Vorschlag akzeptieren würde. Österreich muß sich als ein lebendiger Staat darstellen und erklären, daß es das

alte Österreich für abgetan hält,

daß es allen seinen Völkern das Selbstbestimmungsrecht erteilt und erwartet, daß sie ihre Interessen so gut verstehen werden, daß sie sich von selbst bestimmt finden werden, die notwendigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge herzustellen.

Dieses Recht wollen die Sozialdemokraten nicht nur für die Völker, die sich mit einer gewissen Art von Stolz die unterdrückten Völker nennen. Tschechen, Polen und Slowenen sind nicht allein unterdrückt, die Deutschen sind es nicht minder. Das deutsche Volk besteht nicht bloß aus dem Nationalverband und den Bürokraten. Auch das deutsche Volk will nicht nur sozial und politisch, sondern auch staatsrechtlich selbst der Schmied seines Schicksals sein. Das deutsche Volk hat keinen Vorteil von der Herrschaft über andere Völker gehabt und hat keine Lust, diese Herrschaft fortzuführen. Aber ebenso wenig hat es Lust, sich von anderen Völkern beherrschen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den deutschen Sozialdemokraten.) Ich kann mich eines Lächelns nicht erwehren, wenn ich das Wort von dem großen Slawenreich von Danzig bis zur Adria höre, denn zwischen Danzig und der Adria gibt es auch einige Millionen Deutsche. Wenn die Slawen nicht über sich hinweggehen lassen wollen, die Deutschen sind wenigstens nicht schlechter als die Slawen und auch die deutschen Sozialdemokraten und die gesamte deutsche Arbeiterschaft will nicht über sich hinweggehen lassen.

Auch wir wollen uns als Volk konstituieren,

und wir werden schon dafür sorgen, daß das neu konstituierte deutsche Volk in Österreich nicht in dieselbe falsche engherzige, ins Unglück führende Politik verfällt, die bisher als deutsch gegolten hat. Die Profosen Habsburgs zu sein, dazu hat das deutsche Volk gar keine Lust. Und wenn die anderen Herren glauben, daß sie gute Geschäfte dabei machen, daß sie von Österreich so viel empfangen können, als sie an Druck nach unten weitergeben, so meine ich, von der Ausbeutung und Beherrschung eines Volkes kann ein Volk nicht leben, und wenn es ein Schulbeispiel dafür gibt, so ist es Deutschösterreich. Ich will niemand wehe tun, aber man schämt sich dieses Österreichs und seiner Deutschen. Wir Deutsche Österreichs sind so begabt, aber alle unsere Begabungen gehen hinaus — das ist ja unser einziger Exportartikel; hier aber verdorren wir und gehen zugrunde an dem Wahn, daß es unsere Bestimmung ist, in diesem Österreich zu herrschen.

Was die

südslawische Frage

betrifft, möge um Himmels willen nichts geschehen, was in die alte Politik hineinschlagen könnte, die Kroaten gegen die Serben auszuspielen. Den Ungarn und dem Grafen Tisza, diesem magyarschen Krautjunker, könnte es passen, die Kroaten gegen die Serben auszuspielen, aber man vergißt, daß auch die Kroaten gescheit zu werden anfangen und sich nicht mehr wie seit 1848 zum Instrument ihrer eigenen Knechtung hergeben. Die Kroaten sind heute so weit, wie einmal die Serben waren. Wenn uns von Christlichsozialen erzählt wird, daß Habsburg da noch einen eisernen Stab und eine eiserne Stütze finden wird, so scheint mir da mehr Vergangenheit als Zukunft darin zu stecken. Darüber

ist kein Zweifel: An der Lösung der südslawischen Frage, an der Ordnung im Süden der Monarchie hängt nicht nur der Friede Österreichs, sondern auch der Europas.

Mit Italien werden wir leichteres Spiel haben. Wir hätten es billiger haben können, wenn Italien vernünftiger gewesen wäre. Die Italiener haben blutig dafür gebüßt, und es tut einem das Herz weh, wenn man bedenkt, daß an den Stätten, wo ein Mensch, der von Vergangenheit und von Kultur etwas weiß, nur barhäuptig und ehrfurchtsvoll schreitet, heute Fliegerbomben geworfen werden, daß Menschen getötet werden, wo die höchste Phase menschlicher Kultur von uns allen durch Jahrhunderte verehrt wurde.

Die Polen! Daszynski hat sich gegen die austro-polnische Lösung gewendet. Er möge sich aber daran erinnern, daß das

austro-polnische Abenteuer

von den Sozialdemokraten zuerst mit der größten Schärfe zu einer Zeit bekämpft wurde, in der die deutschen Sozialdemokraten auf den Polenbänken nicht jene Übereinstimmung fanden, die erwünscht gewesen wäre. Die Polen mögen das eine aus der Erfahrung der Deutschen lernen: die Ukrainer werden sich mit der Versicherung allein, daß sie gut behandelt werden, nicht zufrieden geben. (Rufe: So ist es! bei den Ukrainern.) Aber die Ukrainer müssen auch zugeben, daß sie manches Wasser in den Wein schütten müssen. Das eine wissen wir alle: Das, was im Osten geschieht, muß weg! Es war ein Verbrechen, vielleicht ein Verbrechen aus Not. Ich freue mich, konstatieren zu können, daß die Sozialdemokraten im Deutschen Reiche diese Frage ausdrücklich in die Bedingungen aufgenommen haben, unter denen sie an der Regierung teilnehmen, und hoffe, daß sie diese Bedingung nicht abschwächen, sondern stärken werden. Der Friede von Brest-Litowsk darf, wie die Sozialdemokraten Deutschlands sagen, nicht nur kein Hindernis für den Weltfrieden sein — ich möchte hinzufügen, daß dies auch vom Bukarester Frieden gelte —, sondern er muß, wie die deutschen Sozialdemokraten in Österreich sagen, **ausgelöscht** werden. (Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk ist zu gut, als daß es sich zum Hüter aller dieser kleinen Potentaten, die man da aufzüchtet aus den verschiedensten Gestüten (Heiterkeit) in den deutschen Residenzstädten, machen und sein Blut dafür einsetzen und sich mit der Verantwortung belasten sollte. Kein Volk kann auch nur seine eigene Dynastie verantworten (Heiterkeit), geschweige die anderer!

Der Antrag der deutschen Sozialdemokraten will dem Parlament die Möglichkeit geben, über diese Lebensfragen des Staates seinen Willen auszusprechen und sein **eigenes Wollen** in die Wagschale zu werfen. Wir sind nicht gesonnen, das allein jenen zu überlassen, die gegenwärtig regieren, oder dem Machthaber in Österreich-Ungarn, dem Grafen Tisza. Mag Graf Tisza der Geschäftsträger und Vertrauensmann welcher Instanz immer sein, unserer ist er nicht. Der Mann, dem die Völker Österreichs auch nur den kleinsten Bruchteil ihrer Geschicke auch nur für den kleinsten Zeit-

abschnitt überlassen würden, ist er nicht. Wir betrachten ihn, soweit ein Mensch überhaupt in der Geschichte die Schuld trägt, als einen von jenen,

die am meisten mit Blutschuld beladen sind.

(Lebhafte Zustimmung bei den deutschen Sozialdemokraten.) Die meisten sind gestorben, verdorben, verschollen, verschwunden, aber Tisza lebt und rührt sich! Wir wünschen es ganz ausdrücklich, hier zu sprechen, selbst wenn Graf Burian doch endlich daran dächte, vor den Delegationen zu sprechen. Man schämt sich, wenn man ins Ausland kommt und sich sagen lassen muß, daß es kein Volk der Erde gibt, dessen Volksvertretung nicht in den letzten Monaten gesprochen hätte. Wir wünschen, daß das österreichische Abgeordnetenhaus die Würde der österreichischen Völker wahre und über das Schicksal dieser Völker berate, vor allem aber darüber, wie wir zum Frieden kommen. Das wird nicht leicht sein. Ich möchte alle Abgeordneten ernsthaft bitten, auch jene, denen es schwer fällt, sich an einen Beratungstisch mit ihren politischen und nationalen Gegnern zu setzen, diesen Punkt aus dem allgemeinen Programm der passiven Politik auszuschalten. Das sind die Abgeordneten den Massen schuldig, die sie vertreten. Sie müssen alles tun, was auch nur im geringsten die Möglichkeit bietet, dem Frieden näher zu kommen. Und es gibt eine Möglichkeit: Wenn sich Österreich als ein Staat zeigt, mit dem man einen Frieden schließen kann!

Wenn die Völker Österreichs mit allen Rechten der Selbständigkeit und Staatlichkeit konstituiert sein werden und die Selbständigkeit als eigenes Recht jedes Volkes festgestellt sein wird, dann wird auch die Zeit kommen, in der man einsehen wird, daß die Völker neben ihrem eigenen Recht auf Freiheit und Selbständigkeit auch die Pflicht der Solidarität mit den anderen Völkern haben. Dann wird sich auch der Boden finden für den Aufbau eines neuen Gebildes. Nicht durch Zufall sind wir aneinandergebunden — es ist auch nicht angenehm —, mögen wir machen, was wir wollen, wir können nicht voneinander weg.

Der Antrag der deutschen Sozialdemokraten wünscht den Weg zum Frieden anzubahnen. Helfen Sie uns dabei, und stimmen Sie dafür! (Lebhafter Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Die Revolution.

Für die Republik.

Erklärung in der ersten Sitzung der Nationalversammlung am 21. Oktober 1918*).

Wir deutschen Sozialdemokraten sind hiehergekommen, um einig mit Ihnen, auf demselben Boden wie Sie alle, das neue Deutschösterreich aufzurichten. Wir sind in dem Gedanken einig,

*) Die Mittelmächte hatten den Krieg verloren. Darüber war keine Täuschung mehr möglich. Österreich löste sich auf. Am 1. Oktober 1918 hatte der Ministerpräsident Hussarek mit Zaubersprüchlein die Elemente zu bannen gesucht: es sollte eine Verfassungsreform kommen, die die Durchführung der nationalen Autonomie bringen würde. Die Tschechen und Südslawen — selbst diejenigen von ihnen, die im Kriege loyale Erklärung abgegeben hatten — lehnten diese Versprechungen mit Hohn ab. Die Deutschbürgerlichen glaubten, sich noch an den alten Staat klammern zu können. Da trat der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen und gab am 3. Oktober dem deutschen Volke in Österreich die Parole für sein Selbstbestimmungsrecht mit folgendem Beschluß:

Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Österreich erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Österreich in Anspruch.

Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden, wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutschösterreichischen Staate vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den andern Nationen Österreichs und zum Deutschen Reiche nach seinem eigenen Bedürfnis regeln soll.

Wir sind bereit, mit den Vertretern des tschechischen und des südslawischen Volkes auf dieser Grundlage über die Umwandlung Österreichs in eine Föderation freier nationaler Gemeinwesen zu verhandeln. Lehnen die Vertreter der slawischen Nationen diese Verhandlungen ab, so erklären wir, daß sich das deutsche Volk in Österreich mit allen Mitteln dagegen wehren wird, daß seine staatsrechtliche Stellung oder die staatsrechtliche Stellung eines seiner Teile über seine Köpfe hinweg durch die Staatsgewalt oder durch das Schwert eines

daß das notwendig ist, daß es unsere Pflicht ist. Gestatten Sie mir, einem Alten, das zu sagen, daß es endlich die Verwirklichung dessen ist, was wir seit der Jugend ersehnen! Wir sind hiehergekommen, um einträchtig mit Ihnen unsere Pflicht zu erfüllen. (Lebhafter Beifall)

Aber wir würden es für falsch halten, wenn wir Ihnen nicht sagten, wir kommen hier mit Ihnen zusammen, aber wir kommen als Sozialdemokraten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir kommen mit erhobener Fahne, wir kommen mit Ihnen zusammen, aber wir bleiben, was wir waren. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir geben nicht einen Fußbreit dessen auf,

fremden Eroberers bestimmt wird. Jedem solchen Versuch gegenüber wird das deutsche Volk in Österreich sein unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht mit allen Mitteln verteidigen.

Die bürgerlichen Parteien fanden sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Inzwischen ging das Verderben seinen weiteren Gang. Am 5. Oktober mußten Österreich-Ungarn, Deutschland und die Türkei an Wilson mit dem Ersuchen herantreten, einen Waffenstillstand zu vermitteln, um auf der Grundlage seiner 14 Punkte in Friedensverhandlungen einzutreten. Bulgarien hatte schon vorher kapituliert und am 4. Oktober war König Ferdinand zugunsten seines Sohnes Boris zurückgetreten. Am 17. Oktober gab Kaiser Karl das Manifest heraus, das die Umwandlung Österreichs in einen Nationalitätenbundesstaat versprach. Damit hoffte man die Antwort Wilsons zu beeinflussen. Die Völker Österreichs sollten durch Nationalräte, die aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation gebildet wären, ihre Interessen zur Geltung bringen. Es war zu spät. Die Völker wollten sich nicht mehr mit einer Autonomie im Rahmen der Monarchie begnügen. Auch Wilson lehnte jetzt die Zustimmung zu seinen 14 Punkten ab. Am 8. Jänner hatte er erklärt, er könne mit Österreich nicht Frieden schließen, solange es seinen Völkern nicht die freieste Möglichkeit zu autonomer Entwicklung gewähre. Jetzt antwortete er, das genüge nicht mehr; denn inzwischen habe Amerika die Tschechoslowakei als eine kriegführende Macht, ihren Nationalrat als unabhängige Regierung anerkannt. Jetzt könne ihm die Gewährung nationaler Autonomie an Tschechen und Südslawen nicht mehr genügen. Jetzt müsse er die vollständige Befriedigung dieser Nationen zur Bedingung machen. Die volle Unabhängigkeit dieser beiden Nationen konnte Österreich nicht anerkennen. Das deutsche Volk konnte es auf Grund der Erklärung der Sozialdemokraten vom 3. Oktober. Auch das deutsche Volk verlangte ja in dieser Erklärung seine Selbständigkeit.

So traten die Abgeordneten aller deutschen Wahlbezirke am 21. Oktober als provisorische Nationalversammlung im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages zusammen und setzten einen Vollzugsausschuß ein. Damit war der erste Schritt zur Bildung der deutschösterreichischen Republik geschehen. Hier gab auch Adler im Namen der Sozialdemokraten diese Erklärung ab.

Nur mit Vorbehalten stimmten die bürgerlichen Parteien zu. Im Namen der Christlichsozialen erklärte Schraffl, daß sie unter grundsätzlicher Festhaltung an der monarchischen Regierungsform ihren Einfluß im Sinne der Demokratisierung Deutschösterreichs geltend machen wollen, und auch Steinwender erklärte namens der Deutschnationalen, daß diese überzeugte Anhänger der konstitutionell-monarchischen Staatsform bleiben.

was wir als unsere Pflicht, als unser Streben, als unser Programm ansehen. Darum gestatten Sie, daß wir auch in dieser feierlichen Stunde aussprechen, auf welchem Boden wir innerhalb dieser Versammlung der Deutschen in Österreich stehen und kämpfen werden.

Ich bin beauftragt, Ihnen folgende Erklärung zu verlesen:

Im Jahre 1899 hat der Brünner Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich die Konstituierung der österreichischen Nationen in Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, gefordert. Heute, unter dem Druck einer Umwälzung ohnegleichen, geschieht, wofür wir seit zwei Jahrzehnten gekämpft haben.

Mit beispiellosen Opfern an Blut und Gut hat unser Volk den Versuch der herrschenden Klassen gebüßt, ihre Herrschaft über fremde Nationen aufrecht zu erhalten. Endlich, nach dem vollständigen Zusammenbruch dieser verderblichen Politik, haben auch die Vertreter des deutschen Bürgertums und der deutschen Bauernschaft erkannt, was wir seit zwei Jahrzehnten verfochten haben; haben auch sie erkannt, daß das deutsche Volk seine Zukunft nicht gründen kann auf die Beherrschung anderer Völker; daß es das Selbstbestimmungsrecht der anderen Völker anerkennen und dasselbe Recht für sich selbst fordern muß.

Wir entbieten in dieser Stunde unseren brüderlichen Gruß unseren slawischen und romanischen Genossen, wir beglückwünschen sie dazu, daß ihre Völker der Verwirklichung ihres so leidenschaftlich, so zäh, so opferbereit erstrebten Selbstbestimmungsrechtes endlich nahe sind. Wir erkennen dieses Selbstbestimmungsrecht ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung an. Wir fordern es ebenso ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung auch für unser deutsches Volk.

Das deutsche Volk in Österreich soll seinen eigenen demokratischen Staat, seinen deutschen Volksstaat bilden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den Nachbarvölkern, wie er seine Beziehungen zum Deutschen Reiche regeln soll. Er soll sich mit den Nachbarvölkern zu einem freien Völkerbund vereinen, wenn die Völker dies wollen. Lehnen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und den nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird der deutschösterreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwicklungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als ein Sonderbundesstaat dem Deutschen Reich anzugliedern. Wir verlangen für den deutschösterreichischen Staat die volle Freiheit, zwischen diesen beiden möglichen Verbindungen zu wählen.

In jedem Fall aber soll der deutschösterreichische Staat ein demokratischer Staat, ein echter Volksstaat werden. Die

Demokratie siegt in aller Welt, die Zeit der Herrenhäuser, der Privilegienwahlrechte, der bürokratisch-militärischen Herrschaftsorganisation und der feudalkapitalistischen Vorrechte (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten) ist vorbei für immer. Wir fordern darum, daß das deutsche Volk in Österreich, dem Grundsatz der Volkssouveränität entsprechend, die Verfassung seines Staates festsetzt durch die konstituierende Nationalversammlung, die gewählt werden soll auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes aller Männer und Frauen. Bei der Wahl der verfassunggebenden Versammlung und in dieser Versammlung werden wir dafür kämpfen, daß der deutschösterreichische Staat zu einer demokratischen Republik werde (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, die sich von den Sitzen erheben), gegründet auf die Gleichberechtigung aller seiner Staatsbürger ohne Unterschied der Klasse, des Standes, der Religion und des Geschlechtes. Heute schon aber verlangen wir, daß der Grund gelegt werde zu einer demokratischen Organisation der Verwaltung unseres künftigen Staates. Wir verlangen die schleunigste Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes für Männer und Frauen in den Gemeinden und demokratische Selbstverwaltung in den Bezirken, Kreisen und Ländern.

Wir begrüßen die gegenwärtige Versammlung als das erste Parlament des deutschösterreichischen Staates. Wir wünschen, daß sie ihre Aufgabe nicht in bloß vorbereitenden Arbeiten erblicke, daß sie vielmehr, ohne sich durch die Schranken der bisherigen, nun völlig zusammengebrochenen Verfassung hindern zu lassen, eine deutschösterreichische Regierung bilde. Diese Regierung soll im Namen des deutschen Volkes in Österreich vollkommen selbständig die Friedensverhandlungen führen. Die anderen Nationen werden auf dem Friedenskongreß vertreten sein; auch das deutsche Volk kann die Vertretung seiner Interessen nicht der volksfremden Diplomatie überlassen.

Noch vor der Bildung dieser Regierung muß unser Vollzugausschuß in unmittelbare Beziehungen zu den ausländischen Regierungen und zu den Exekutiven der slawischen Nationen Österreichs treten und insbesondere unmittelbare Verhandlungen mit dem Präsidenten Wilson über Waffenstillstand und Frieden einleiten. Unsere deutschösterreichische Regierung soll weiter die Auseinandersetzung mit den anderen Nationen, die Auseinandersetzung über unsere Grenzen, über unsere künftigen Beziehungen, über Verkehr und Währung, über Staatsgut und Staatsschuld planmäßig vorbereiten.

Diese Regierung soll möglichst bald die ganze innere Verwaltung Deutschösterreichs übernehmen; nur dadurch gewinnt Deutschösterreich die Macht, die die Voraussetzung wirklicher Selbstbestimmung ist. Insbesondere den öffent-

lichen Ernährungsdienst soll unsere deutschösterreichische Regierung übernehmen. Die Tschechen haben den Ernährungsdienst in den Sudetenländern tatsächlich schon in ihrer Hand. Sie sperren der österreichischen Regierung die Lebensmittelfuhr, um die Einsetzung ihrer nationalen Regierung und die Übergabe der Verwaltung des tschechischen Gebietes an sie durchzusetzen. Unserem Volk aber droht infolge dieser Politik der Tschechen die Hungersnot. Nimmt Deutschösterreich die Verwaltung seines Gebietes in seine Hand und läßt es die Tschechen die Verwaltung des tschechischen Gebietes in ihre Hand nehmen, dann werden wir mit den Tschechen von Volk zu Volk über die Lebensmittelversorgung verhandeln können. Und zugleich wird sich uns dann die Möglichkeit bieten, als Deutsche mit Deutschen, mit der Regierung des Deutschen Reiches über die gegenseitige Hilfe im Verpflegungsdienst zu verhandeln. Die Herstellung einer Ernährungsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche, die gemeinsame Verwaltung und gleichmäßige Verteilung der Vorräte wäre das wirksamste, vielleicht das einzige Mittel, unser Volk vor einer Hungerkatastrophe zu bewahren.

Wir wünschen also, daß die gegenwärtige Versammlung möglichst bald die tatsächliche Regierungsgewalt in Deutschösterreich, seine Vertretung nach außen und seine Verwaltung im Innern an sich ziehe. Dann aber soll sie so bald als möglich Platz machen der neu zu wählenden konstituierenden Nationalversammlung. Denn die Zusammensetzung der gegenwärtigen Versammlung entspricht nicht mehr dem Willen der deutschen Wählerschaft; die gegenwärtige Vertretung muß die Geschäfte führen, solange keine andere da ist, sie muß sie mutig und tatkräftig führen, aber sie muß eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin erkennen, möglichst bald die Wahlen zu einer Konstituante durchzuführen, damit sie durch eine berufenere Vertretung abgelöst werde.

Wir deutschen Sozialdemokraten nehmen an den Arbeiten dieser Versammlung teil, weil sie im gegenwärtigen Augenblick das einzige mögliche Parlament Deutschösterreichs ist. Wir wollen mit Ihnen, unseren Klassegegnern, keine Parteigemeinschaft bilden, kein Bündnis, keinen Burgfrieden schließen, wir bleiben Gegner, wie wir immer Gegner waren. Wir kommen hieher, um auch auf dem Boden dieses Parlaments unseren Kampf für das Proletariat, für die Demokratie, für den Sozialismus zu führen. An dem Neubau des deutschösterreichischen Staates wollen wir mit redlichem Willen und fleißiger Hand mitarbeiten; aber bei dieser Arbeit, die uns mit Ihnen vereint, wollen wir dafür sorgen, daß der deutschösterreichische Staat ein demokratischer Staat, ein Volksstaat werde, in dem das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht verwirklicht und der das Selbstbestimmungsrecht aller anderen Völker heilig hält. Denn die staatliche Umwälzung, in der

das alte Österreich zusammenbricht, ist ja nichts anderes als eine Teilerscheinung des allgemeinen Sieges der Demokratie in der ganzen Kulturwelt, der Demokratie, die die Arbeiterklasse in allen Ländern zur Macht führen und ihr es ermöglichen wird, auf den Trümmern der kapitalistischen Weltordnung den Sozialismus aufzurichten. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben Ihnen nun loyal gesagt, was wir wollen. Wir Sozialdemokraten sagen Ihnen, daß wir mit Ihnen arbeiten wollen; es liegt an Ihnen, daß wir mit Ihnen arbeiten können. Mit diesen Worten betritt die Sozialdemokratie den Boden des ersten deutschösterreichischen Parlaments. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Eintritt in die Deutsche Nationalversammlung.

Rede im Staatsrat am 9. November 1918.

Letzte Rede Viktor Adlers*).

Alle Ereignisse stehen gegenwärtig unter dem geschichtlichen Geschehen der Stunde und wir haben die Pflicht, gegenüber diesem Ereignis sofort schon in unserer Eigenschaft als Deutsche

*) In der denkwürdigen Sitzung vom 21. Oktober war außer drei Präsidenten — Seitz, Dinghofer und Fink — für die drei Parteien auch ein Vollzugsausschuß gewählt worden. Dieser entwarf eine Note an Wilson über den Waffenstillstand und eine vorläufige Verfassung für ein demokratisches Deutschösterreich. Am 30. Oktober wurde der von Renner verfaßte Verfassungsentwurf, der bereits eine republikanische Verfassung schuf, von der Nationalversammlung beschlossen. Dazu wählte die Nationalversammlung einen aus zwanzig Mitgliedern bestehenden Staatsrat, dem die Vollzugsgewalt übertragen war. Während der Sitzung der Nationalversammlung demonstrierte das Volk für die Republik.

Unmittelbar nach der Sitzung konstituierte sich der Staatsrat und wählte Adler zum Staatssekretär für Äußeres. Das Staatsamt für soziale Fürsorge wurde Ferdinand Hanusch übertragen, die übrigen Staatsämter Angehörigen der andern Parteien. Daneben gehörten dem Staatsrat auch die drei Präsidenten an. Zum Leiter der Staatskanzlei wurde Dr. Renner bestellt, zum Staatsnotar, der die Bekundung der gefaßten Beschlüsse zu vollziehen hatte, der Deutschnationale Dr. Sylvester. Dr. Renner hat dann bekanntlich aus seinem bürokratischen Amt des Leiters der Kanzlei die politische Funktion des Staatskanzlers gemacht.

Adler hatte an der Sitzung des Staatsrates, die bis in die Morgenstunden des 31. Oktober währte, nicht teilgenommen, da er damals schon schwer krank war. Er erklärte sich aber, wie Seitz mitteilte, um dem Volke mit Aufgebot seiner letzten Kräfte zu dienen, bereit, die Wahl anzunehmen. Der Staatsrat beschloß dann, ihm zu überlassen, eine ge-

Stellung zu nehmen. Kaiser Wilhelm und sein Erbe haben abgedankt, es wird eine konstituierende Nationalversammlung einberufen und der derzeitige Reichskanzler, der wahrscheinlich bis zur Entscheidung Vorsitzender des Regentschaftsrates sein wird, erläßt eine Proklamation, in der er die Ereignisse mitteilt und am Schluß sagt, es würden allgemeine Wahlen für eine verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung stattfinden.

Das Wort „Reichstag“ wird in diesem Moment nicht gewählt. Das ist doch sehr bezeichnend. Diese verfassunggebende Deutsche

eignete Persönlichkeit seines Vertrauens zur Unterstützung an die Seite zu stellen. Diese Persönlichkeit war Dr. Otto Bauer, der dann nach Adlers Tod Staatssekretär des Äußern wurde. Neben den Staatssekretären wurden auch Unterstaatssekretäre für einzelne Ressorts bestellt, so Glöckel für Unterricht und Dr. Deutsch für Heerwesen.

Am 31. Oktober erschien dann Dr. Adler im Staatsrat und wurde von Seitz begrüßt.

Bei der Ablegung des Gelöbnisses antwortete Dr. Adler mit folgender Rede:

Wir leben in einer schweren, traurigen Zeit, wir haben Trauriges hinter uns und eine schwere Arbeit vor uns. Ich darf jedoch die Hoffnung aussprechen, daß wir das Vertrauen haben dürfen zu der Kraft und Fähigkeit unseres deutschösterreichischen Volkes. Dieses Volk hat ja Schweres erlebt, aber jeder hat in seinem Kreise erfahren, wie dieses Volk seine Fähigkeiten, seine Kräfte entwickelt, die nur durch Umstände und Verhältnisse niedergehalten wurden, welche ich jetzt nicht entwickeln und berühren will. Was wir tun können, um diesem Volke zu helfen und der neuen Zeit gewachsen zu sein, was wir vor allem tun können mit Unterordnung aller Reste von Leidenschaft und von persönlichen Kränkungen aus alter Zeit, was wir tun können unter Aufrechterhaltung der Überzeugung jedes einzelnen, aber mit der Unterordnung alles Persönlichen, das wird — ich kann das im Namen aller sagen — geschehen. So hoffen wir, gestützt auf die Kraft, die im Volke ruht, und gestützt auf den heiligen Entschluß, den wir alle in uns haben, und auf die tiefe Überzeugung, daß wir in einem geschichtlichen Moment stehen, den zu erleben nicht viele von uns erwarten konnten, hoffen wir, daß wir nunmehr einer besseren Zukunft für unser deutschösterreichisches Volk entgegengehen können. Heil Deutschösterreich!

Aber noch immer bestand formell die Monarchie, selbst nachdem am 9. November der deutsche Kaiser hatte abdanken müssen. An diesem Tage hielt Adler im Staatsrat, wo über die Proklamierung der Republik beraten wurde, die hier abgedruckte Rede, die wir Brügel's „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“ (Band V, Seite 390) entnehmen. Auch die Debatte über den Antrag Adlers ist bei Brügel wiedergegeben. Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen. Am 11. November beschloß der Staatsrat, der Nationalversammlung am nächsten Tag den Gesetzentwurf über die Staats- und Regierungsform vorzulegen, der Deutschösterreich als demokratische Republik und als Bestandteil der Deutschen Republik erklärte.

Adler erlebte die Proklamierung der Republik nicht mehr. Er starb am 11. November 1918.

Nationalversammlung soll die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig feststellen. Ich will mich jetzt darüber nicht äußern, welch wirklich erschütternde Wirkung diese sich in den einfachsten Formen vollziehende Revolution in Deutschland auf jeden machen muß. Die Sache ist so glatt gegangen, wie man es nie erwartet hätte und ich bin überzeugt, daß wir Deutschen der Welt auch dafür ein Vorbild geben werden, wie man am glattesten, klassischsten, einfachsten Revolution macht und durchführt. Wir haben der Welt schon viel vorgemacht, wir werden auch das vor-machen. Es bleibt noch für einige das Nachmachen übrig. Wir in Österreich sind natürlich in der traurigsten Lage, nicht die Vor-macher, sondern die spät Nachhinkenden zu sein. Wir sollten das aber, soviel wir können, vermeiden. Zunächst können wir nicht darüber entscheiden. Entscheiden wird die künftige Konstituante hier. Aber wir können den heutigen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne der Welt ein Zeichen zu geben. Wenn der Reichskanzler Max von Baden ein so deutliches Zeichen der Einladung gibt, so haben wir zumindest die Verpflichtung zu zeigen, ob wir geneigt sind diese Einladung abzu-nehmen oder anzunehmen.

Ich habe die Ehre, Ihnen einen Modus vorzuschlagen, der nicht gerade verbindlich ist, der aber doch sehr deutlich sagt, daß wir geneigt sind, einer solchen Einladung zu folgen. Ich schlage Ihnen vor, an den Reichskanzler Prinz Max von Baden folgendes Telegramm zu senden:

Im Augenblick der großen geschichtlichen Wendung sendet der deutschösterreichische Staatsrat dem deutschen Volke seinen brüderlichen Gruß und die heißesten Wünsche für seine Zukunft. Der deutschösterreichische Staatsrat spricht die Hoffnung aus, daß an der Wahl der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, die die künftige staatliche Ordnung des deutschen Volkes bestimmen soll, auch das deutsche Volk in Österreich teilnehmen wird.

Der deutschösterreichische Staatsrat.

Damit ist nur eine Hoffnung ausgesprochen, daß wir daran teilnehmen werden; es ist nicht vorgegriffen, es ist aber sehr deutlich gesagt, was wir hoffen und wünschen. Ich bin mir, indem ich diesen Antrag stelle, voll bewußt, daß das trotz der ruhigen Form ein bedeutungsvoller Schritt ist, ich bin mir auch dessen vollkommen bewußt, daß er auch in der Öffentlichkeit so aufgenommen wird. Das Volk erwartet von uns, daß wir uns, wenn die Welt brennt, nicht hinter den Ofen setzen, sondern daß die Männer, die die Verantwortung zu tragen haben und tragen wollen, unseren Entschluß fassen und durchführen. Damit ist die Sache nicht beendet. Jetzt läuft bereits eine Depesche des Inhalts — ich teile das vertraulich mit —, daß in ganz Deutsch-

land die Republik proklamiert ist. Ich will das nicht als sicher annehmen, aber es kann ja sein. Jedenfalls werden wir in der Dienstag den 12. November stattfindenden Plenarsitzung bereits etwas klarer sehen und dann die weiteren Anträge stellen. Der Antrag, den ich Ihnen unterbreite, ist das Minimum dessen, was man nach meiner Meinung heute von uns erwartet. (Beifall.) Ich bitte Sie, meinen Antrag zu genehmigen.

Sozialdemokratische Parteitage*).

- 30. Dezember 1888 — 1. Jänner 1889, Hainfeld (österreichischer).
- 14. — 20. Juli 1889, Paris (internationaler).
- 12. — 18. Oktober 1890, Halle (deutscher).
- 28. — 30. Juni 1891, Wien, „Hotel Union“ (österreichischer).
- 14. — 20. Oktober 1891, Erfurt (deutscher).
- 16. — 22. August 1891, Brüssel (internationaler).
- 5. — 9. Juni 1892, Wien, „Drei-Engel-Säle“ (österreichischer).
- 14. — 21. November 1892, Berlin (deutscher).
- 6. — 12. August 1893, Zürich (internationaler).
- 22. — 28. Oktober 1893, Köln (deutscher).
- 24. — 27. Dezember 1893, Wien (erster Gewerkschaftskongreß).
- 25. — 31. März 1894, Wien, Schwender (österreichischer).
- 21. — 27. Oktober 1894, Frankfurt (deutscher).
- 6. — 12. Oktober 1895, Breslau (deutscher).
- 5. — 11. April 1896, Prag, Schützeninsel (österreichischer).
- 27. Juli — 1. August 1896, London (internationaler).
- 11. — 16. Oktober 1896, Gotha (deutscher).
- 24. — 27. Dezember 1896, Wien (Gewerkschaftskongreß).
- 8. — 12. Juni 1897, Wien, Wimberger (österreichischer).
- 3. — 9. Oktober 1897, Hamburg (deutscher).
- 25. Mai — 1. Juni 1898, Linz (deutsch-österreichischer).
- 3. — 8. Oktober 1898, Stuttgart (deutscher).
- 24. — 29. September 1899, Brünn (österreichischer).
- 9. — 14. Oktober 1899, Hannover (deutscher).
- 2. — 6. September 1900, Graz (deutsch-österreichischer).
- 17. — 21. September 1900, Mainz (deutscher).
- 23. — 27. September 1900, Paris (internationaler).
- 22. — 28. September 1901, Lübeck (deutscher).
- 2. — 6. November 1901, Wien, Schwender (österreichischer).
- 15. — 18. August 1902, Aussig (deutsch-österreichischer).
- 14. — 20. September 1902, München (deutscher).
- 13. — 20. September 1903, Dresden (deutscher).
- 9. — 13. November 1903, Wien (österreichischer).
- 14. — 20. August 1904, Amsterdam (internationaler).
- 18. — 25. September 1904, Bremen (deutscher).
- 26. — 29. September 1904, Salzburg (deutsch-österreichischer).
- 17. — 23. September 1905, Jena (deutscher).

*) Es sind hier nur die österreichischen, deutschen und internationalen Kongresse aufgenommen, deren Beratungen Adler besprach.

- 29. Oktober — 2. November 1905, Wien (österreichischer).
- 23. — 29. September 1906, Mannheim (deutscher).
- 18. — 24. August 1907, Stuttgart (internationaler).
- 15. — 21. September 1907, Essen (deutscher).
- 30. September — 4. Oktober 1907, Wien (deutsch-österreichischer).
- 13. — 19. September 1908, Nürnberg (deutscher).
- 12. — 18. September 1909, Leipzig (deutscher).
- 19. — 24. September 1909, Reichenberg (deutsch-österreichischer).
- 28. August — 3. September 1910, Kopenhagen (internationaler).
- 24. Oktober — 2. November 1911, Innsbruck (deutsch-österreichischer).
- 31. Oktober — 4. November 1912, Wien (deutsch-österreichischer).
- 24. — 25. November 1912, Basel (internationaler).
- 31. Oktober — 4. November 1913, Wien (deutsch-österreichischer).
- 19. — 24. Oktober 1917, Wien. (An dem Parteitag am 31. Oktober und 1. November 1918 hat Adler wegen seiner Krankheit nicht mehr teilgenommen.

Index.

- Abwehr** siehe Landesverteidigung, Rußland, Zarismus.
Achtstundentag VI 179; VII 63, 84 f., 89, 109. — Siehe auch Arbeiterschutz.
Agrarfrage VI 199 ff.; — auf dem Frankfurter Parteitag VI 203 ff.; — auf dem Wiener Internationalen Kongreß VII 78. — Siehe auch Bauernschutz, Landagitation.
Agrarprogramm, Debatte in Breslau VI 209 ff., 214 ff.; — im Wiener Programm 310.
Agrarier VIII 302 f. — Siehe auch Balkan, Kriegsgefahr.
Akademiker VII 45; IX 182.
Albanien VIII 455; IX 99. — Siehe auch Balkan.
Allgemeines Wahlrecht siehe Wahlrecht.
Allgemeininteresse VI 230. — Siehe auch Klasseninteresse.
Anarchismus VI 5, 141, 152, 333; VII 9 f., 13, 61, 70, 127.
Anarchosozialisten siehe Anarchismus.
Annäherung an Deutschland siehe Deutschland, Mitteleuropa.
Annexion Bosniens VIII 454 f.; IX 21 ff. — Siehe auch Balkan.
Anpassungsprozeß VI 272.
Antimilitarismus, Sozialistischer IX 17. — Siehe auch Militarismus, Pazifismus.
Antisemiten VI 72; VIII 338 ff. — Siehe auch Juden, Klerikalismus, Christlichsoziale.
Arbeiter siehe Arbeiterpartei.
Arbeiterbewegung, bürgerliche Verfälschungen VIII 439 ff., 444 ff.
Arbeiterheime siehe Genossenschaften.
Arbeiterkammern, Enquete VI 91.
Arbeiterparteien, Bürgerliche und Badenische Wahlreform VIII 203.
Arbeiter(partei), Christlichsoziale VIII 65, 368, 377, 384; — Programm VIII 404 f., 407 f. — Siehe auch Christlichsoziale Partei, christlicher Sozialismus; — deutschnationale VIII 65, 394 f.; — tschechischnationale VI 105; VII 106, 174; VIII 41, 79, 444.
Arbeiterpartei, Sozialdemokratische (Bezeichnung) VI 311, 319, 343.
Arbeiterschutz VI 25, 69, 152, 177, 241, 246, 335, 343, 347; VII 63, 79. — Siehe auch Achtstundentag, Sozialreform.
Ausgleich mit Ungarn VIII 196, 208, 288. — Siehe auch Ungarn.
Ausnahmzustand VI 1, 16, 31 ff., 60 f., 79 f.; — in Böhmen VI 31, 36, 60, 63. — Siehe auch Geheimbundprozesse.
Auswärtige Politik IX 30, 58, 88.
Autoritätenkultus VII 167.

Balkan (politik) VIII 159; IX 21 ff.; — Serbisches Fleisch VIII 160, 298; — Bosnische Vorlage VIII 152, 157 f.; IX 41; — Annexion VIII 157; — und Kriegsgefahr VIII 299; IX 21 ff.; — Kosten VIII 325; Rüstungs-
 Adler, Briefe. IX. Bd.

- kosten (elender Brocken) IX 50; — Kriegsgefahr VIII 158, 314; IX 56; — Serbisches Parlament VIII 158; — Vergewaltigung Kroatiens VIII 265; Hochverratsprozeß IX 34; — Agrarier und Balkan VIII 319; IX 37; — Balkanabenteuer VIII 455; — Handelsvertrag mit Serbien VIII 466; — Balkanföderation IX 54, 62; — Balkan den Balkanvölkern IX 64; — Status quo IX 65, 95.
- Balkankrieg VII 75; IX 44 ff.; — Etappen des Balkankrieges IX 95; — Intervention Österreichs IX 46 ff.
- Bauernschutz VI 206, 208, 209. — Siehe auch Agrarfrage, Agrarprogramm, Kleinbauern.
- Belgien IX 214, 256. — Siehe auch Genossenschaften.
- Belgisch reden VII 83, 128.
- Bergarbeiter VII 85, 106, 108 f., 110, 129; VIII 45. — Siehe auch Achtstundentag.
- Besitzstand VII 100. — Siehe Nationale Frage.
- Böhmen, Zerreißung Böhmens VIII 137. — Siehe auch Kronländer, nationale Autonomie, nationale Frage.
- Böhmischer Ausnahmezustand siehe Ausnahmezustand.
- Bosnien siehe Balkanpolitik.
- Boykott (Bierboykott) VII 165.
- Brotverteilung VI 139 f. — Siehe Spaltung.
- Budgetberatung siehe Parlament.
- Budgetbewilligung VI 228, 255 ff., 268, 280; — prinzipiell oder taktisch? 269.
- Bürgerblock-Zusammenschluß der produzierenden Stände VI 264; — Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden VI 285, 289; — Kartell der bürgerlichen Parteien VIII 286; — Konzentration der staats-erhaltenden Parteien VIII 151, 161. — Siehe Staatserhaltende Parteien.
- Bürgerliche Arbeiterparteien siehe Arbeiter(parteien).
- Bürgerliche Parteien VII 13; VIII 336 ff.; — Konkurrenz mit VIII 116; — Ordinärer Ton VII 158; — Schwäche und Faulheit VIII 321; — Unterstützung durch 336 ff.; — Kompromisse mit VIII 443; — Korruptionierung durch fünfte Kurie 444 f.; — Verhältnis in Nationalversammlung IX 263.
- Bürgertum unter Privilegien VIII 279.
- Burgfriede IX 129, 138, 198; — in der Nationalversammlung 266.
- Christliche Sozialisten VI 342; VIII 342 ff., 355 f., 366, 401 ff.
- Christlichsoziale Arbeiterpartei siehe Arbeiterpartei.
- Christlichsoziale Partei VIII 405 ff. — Siehe auch Klerikale, Antisemitismus, Wien.
- Delegationen VIII 189, 241; IX 39, 59.
- Demokraten, Bürgerliche VI 52; VIII 340 f., 361 f.
- Demokratisierung siehe Deutschland, Parlament, Österreich, Verfassungsrevision.
- Demonstrationen VII 89, 111; — gegen Baden VIII 187, 200; — für Wahlrecht VIII 210; — Politik der Straße 219 ff., 238.
- Deutsche, Gute, siehe Nationalität.
- Deutschland, Demokratisierung IX 220 f., 255 f.; — Annäherung an IX 140 ff.; — Engels über Deutschlands Einheit VIII 61; — Verhältnis zu IX 264; — Eintritt in die Deutsche Nationalversammlung IX 267 ff.
- Deutsch-österreichisches Bündnis IX 33. Siehe auch Dreibund.
- Deutschnationale Arbeiter siehe Arbeiter.
- Deutschradikale VIII 390 ff., 395 ff.; — Wolf-Prozeß VIII 442.

- Diktatur des Proletariats VI 235, 332 f.
 Diplomatie, Versagen der IX 48.
 Diskussion VI 111, 222, 263, 278; — siehe auch Meinungsverschiedenheiten; — heftiger Ton VI 241, 245; persönliche 251; offene 276; — der andern Nationen VI 279; VII 24; — und Einheit VII 167; — über Generalstreik siehe Generalstreik; — über Separatismus VIII 27; — über Obstruktion VIII 333; — über Judenfrage VIII 387; — im Krieg IX 122, 198, 201, 209; — über Mitteleuropa IX 140.
 Disziplin siehe Parteidisziplin.
 Dreadnought VIII 326. — Siehe Militarismus.
 Dreibund VI 173; IX 37.
 Dualismus VIII 71, 240; IX 119. — Siehe auch Ausgleich, Ungarn.
 Durchhalten IX 184, 187, 202, 232, 234.
 Dynastie und Dualismus VIII 245 f.; — und ungarisches Wahlrecht 254 ff. — Siehe auch Krone, Kaiser, Thronfolger, Erzherzoge, Hausmacht.
 Dynastien, Korrupte und verfaulte IX 26.

 Ehrfurcht vor der Krone VIII 265; — vor der Kriegspartei IX 43 ff.
 Eigentumsbegriff, Aushöhlung des VI 241.
 Einheit der Partei IX 200; — organisatorische VII 50. Siehe auch Spaltung, Diskussion.
 Einigkeit, Einheitlichkeit der Taktik VI 281; — im Wollen VI 313. — Siehe auch Einheit.
 Eisenkartell VIII 458 f.
 Endziel VI 223, 253, 297. — Siehe auch Ziel, letztes.
 Enteignung VI 203. — Siehe Expropriation.
 Entwicklung, Geschichtliche VI 224, 312. — Siehe auch Materialismus, geschichtliche Notwendigkeit.
 Erfolge, Augenblicks- VI 261.
 Erzherzog Friedrich VIII 458. — Siehe auch Dynastie.
 Ethik VI 230, 241; — Liberale VIII 340 ff.
 Expropriation VI 224 f., 241. — Siehe auch Enteignung.

 Fleisch, Argentinisches VIII 462.
 Fleischnot VIII 461. — Siehe Balkan.
 Föderalismus VI 14, 142; VII 173; — in der Gesamtpartei VIII 41.
 Frauenfrage VI 106 f., 124, 136, 288; VII 138 ff.
 Frauen, Rechtliche Stellung der VI 347; — gewerkschaftliche Organisation der VII 138; — politische Betätigung VII 144 ff.; — Rückständigkeit der VII 140, 149.
 Frauenarbeit IX 190.
 Frauenbewegung, Bürgerliche VII 139 f., 146 f.
 Frauenbund, Christlicher VII 139 f., 146; VIII 387.
 Frauenkonferenzen VII 138 ff., 142 ff., 144 ff.
 Frauenrechte VII 151.
 Frauenreichskomitee VII 142.
 Frauentag, Erster VII 148.
 Frauenwahlrecht VII 146 ff., VIII 29, 148, 150, 153; IX 156. — Siehe auch Frauen, Frauenrechte.
 Freihandel VI 220.
 Freisinnige VI 245. — Siehe auch Liberale, Klerikalismus.
 Friede, Ewiger IX 14.
 Friede ohne Annexionen IX 161, 162, 185, 193; — um jeden Preis IX 74.
 Friedensangebote IX 221 f., 223.

Friedensantrag IX 250.

Friedensdemonstration am 1. Mai VI 192; VII 68.

Friedensfreunde, Bürgerliche IX 12.

Friedenskundgebungen siehe Resolutionen, Friedensmanifest.

Friedensmanifest von Basel IX 76; — konfisziert IX 81, 91; — von Zimmerwald IX 131 f.

Friedensziele IX 243 ff.

Fünfguldenmänner VI 78; VII 97; VIII 318.

Galizien VII 97; VIII 172. — Siehe auch Polen.

Gefühlspolitik VII 23.

Gegenwartsarbeit VI 226 f., 240, 242, 252; — der Revolutionäre VI 253, 275; — und Bernstein VI 303. — Siehe auch Tagesarbeit, Kleinarbeit.

Gegenwartsforderungen VI 272.

Geheimbundprozesse VI 2, 26, 39 ff., 92. — Siehe auch Ausnahmezustand in Böhmen.

Gemeindeprogramm siehe Kommunalprogramm.

Generalstreik VII 68, 80 ff., 91 ff., 130; — verschiedene Arten VII 119 f.; — Gewerkschaften und VII 109, 117, 136; — Krieg und IX 19, 52; — im Jahre 1893 VII 80 ff., 91 ff.; — im Jahre 1905 VII 126 ff., — in Belgien VII 83, 103 f., 115, 119, 121, 128; — in Italien VII 114, 116, 122, 129; — in Holland VII 115; — in Rußland VII 122, 129. — Siehe auch Massenstreik, Militärstreik.

Genossenschaftliche (sozialistische) Produktion VI 323, 331.

Genossenschaftlicher (sozialistischer) Geist VI 331.

Genossenschaften VI 86 f.; VII 165 ff., 178 ff.; — belgische VII 180, 182, 188; — Dividenden 184, 189; — Kreditwirtschaft 185; — Arbeiterheime 183; — Angestellte der 189.

Gesamtpartei siehe Partei.

Geschäftsordnungsreform IX 87. — Siehe auch Parlament.

Geschichtliche Notwendigkeit VI 328. — Siehe auch Materialismus, Entwicklung.

Gesetze, Klassen- VIII 186.

Gesetzlicher Boden VIII 186.

Gewalt VI 132, 169; — und Macht VIII 148.

Gewalttaktik VI 236, 238.

Gewerkschaften VI 95 f., 350 f., 354 f.; VII 6, 163 ff.; — und Partei VI 118, 287; (siamesische Zwillinge) VII 163, 169 ff., 174, 186; — und Bildungsvereine VII 172 ff., 176 ff.; — und Unabhängige VI 157, 277; — und Verelendung VI 242; VIII 360; — und Massenstreik VII 109, 117, 136; — und Obstruktion VIII 166; — im Kriege IX 171, 200, 205, 209; — nationale Teilung VIII 9 ff.; — Doppelsprachigkeit VIII 10; — nationale Bedürfnisse VIII 24; — einheitliche Führung der Kämpfe VIII 89, 91 f., 100; — englische VI 288; VII 5, 12, 59, 71.

Gewerkschaftskommission VIII 9 ff.; — tschechischer Sekretär VIII 11.

Hausmacht, Interessen der IX 73. — Siehe auch Krone, Kaiser usw.

Hetzer VII 111.

Hochverratsprozesse, in Agram IX 34; — im Kriege IX 151, 156, 159, 256. — Siehe auch Balkan.

Hof und Körper VIII 231. — Siehe auch Krone, Kaiser, Thronfolger, Erzherzoge, Dynastie, Hausmacht usw.

- Hofburg**, Besuch in der VIII 282 ff.
Hofgang in Deutschland VI 249, 251 f.; -- in Österreich VIII 168, 282 ff.
Höferecht VI 199 ff.
Hypothekarschulden VI 211.
- Imperialismus** VI 371; IX 119.
Insurrektion IX 18, 167. — Siehe auch Volkserhebung, Generalstreik.
Interessensphären IX 68, 70, 95. — Siehe auch Balkan.
International, **Internationalität**, **Internationalismus** VI 26, 132, 174, 343; VII 27; — Wandlungen des Internationalismus VIII 377 f., 384 f.; — Internationales Prinzip, altes VIII 166; — Internationalismus, veraltete Formel IX 123; — Internationalität, neue Interpretation VIII 61; — Internationalität auf Kosten der Deutschen VIII 143. — Siehe auch Nationalismus, national.
Internationale, **Aufbau** der VII 58 ff.; — im Krieg IX 109, 120, 164 ff., 172, 183, 188, 210 ff., 218. — Siehe auch Kriegskonferenzen.
Internationales Büro VII 74.
Internationale Kongresse, **Kompetenz** VII 22; — Abstimmung VII 25, 51, 54; — Schwierigkeiten VII 69; — technische Bedingungen VII 77; — und nationale Frage VII 26.
Irredenta, **Italienische** VIII 304. — Siehe auch italienische Universität.
Irrtümer VI 225; — falsche Prophezeiungen VI 232.
Italien und Österreich, **Kriegsgefahr** IX 19.
Italienische Universität VIII 163, 303; IX 41.
Italienisch-türkischer Krieg VIII 453.
- Jännerstreik** IX 237 ff., 239 ff.
Judenfrage VI 138; VIII 387, 391; — auf dem Brüsseler Kongreß VII 65. — Siehe auch Antisemitismus.
Jugend VI 169, 171, 268; VII 155 ff., 159 ff.; VIII 149, 150, 297; IX 208.
„Junge“ VI 128, 141, 150. — Siehe auch „Unabhängige“, Spaltung.
- „K. k. Sozialdemokratie“** VIII 189, 194, 208, 406; — „staatserhaltende“ Sozialdemokratie VIII 278.
Kaiser Franz Josef und **Wahlrecht** VII 94; — und **Ruthenen-deputation** VIII 174 ff.
Kaiser Karl IX 242. — Siehe auch **Dynastie**, **Krone**, **Thronfolger**; — **Kaiserjubiläum** VIII 188.
Kaiser Wilhelm, **Soziales Königtum** VI 85; — **Arbeiterschuttkonferenz** VI 178 f.; — **Kaiserliche Erlässe** VI 225; — **Zuchthausrede** VI 226, 237; — **Umsturzvorlage** VI 255; — **Persönliches Regiment** VI 264. — Siehe auch **Hofgang**.
Kampffähigkeit, **geistig** und **physisch** VI 52, 129, 298, 312, 353; VIII 334.
Kanitz, **Antrag** VI 212.
Kanonengeschäfte IX 66. — Siehe auch **Rüstungen**, **Krieg**.
Katastrophentheorie VI 224, 226, 232, 242.
Katholikentag VIII 362 ff.
Kirche VI 191; — **Trennung von Staat und Kirche** VII 46; -- für **Krieg** IX 76.
Klassengegensatz VI 253, 337.
Klassengesetze siehe **Gesetze**, **Klassen**.
Klasseninteressen VI 139; -- **Interessenharmonie** VI 220.

- Klassenjustiz VI 42; VIII 451, 452 ff., 470 f.
 Klassenkampf VI 335, 342; — vielgestaltig VI 271; — Einzelkämpfe VI 298; — und Nation VIII 113, 167; — Beendigung durch Explosion VII 128.
 Klassenstaat VI 128, 149. — Siehe auch Staat, Monarchie, Republik.
 Kleinarbeit VI 241. — Siehe auch Gegenwarts-, Tagesarbeit.
 Kleinbauer VI 206. — Siehe Agrarfrage, Landagitiation, Bauernschutz.
 Kleinbetriebe VI 233. — Siehe Kleingewerbe, Konzentration.
 Kleinbürger VI 199.
 Kleinbürgertum VIII 357 f., 438.
 Kleinbürgerliche Eierschalen VI 205; — Strömungen 213; — Radikalismus VI 261; — Kleinbürgerei VI 330.
 Kleingewerbe, Rettung des VIII 415.
 Klerikale, Anonyme Herrschaft der VIII 290; — und Freisinn VIII 291; — Katholikentag VIII 362 ff.; — Schulanträge VIII 374, 436 f.; — Gefahr VIII 436.
 Klerikalismus VIII 372 ff.; — Kampf gegen VIII 410; — Marodeure des VIII 405 ff.
 Kolonialpolitik VII 19. — Siehe Imperialismus.
 Kolportage, § 23 VI 96. — Siehe Presse, § 23.
 Kommunalprogramm VI 310; VIII 199.
 Kommunismus VI 334.
 Kompromisse mit bürgerlichen Parteien VIII 443. — Siehe Bürgerliche Parteien.
 Konferenzen im Krieg siehe Kriegskonferenzen.
 Konfiskation siehe Enteignung.
 Kongreß, internationaler, siehe Internationale, Parteitage.
 Königreiche und Länder siehe Kronländer, nationale Autonomie.
 Königtum, soziales, siehe Kaiser Wilhelm.
 Konstituante VIII 200, 207, 210, 291; IX 266.
 Konsumvereine siehe Genossenschaften.
 Konzentration VI 233, 329. — Siehe Kleinbetriebe.
 Kooperativassoziationen siehe Genossenschaften.
 Kooperativproduktion VI 330.
 Kreisverfassung IX 155. — Siehe Verfassungsrevision.
 Krieg IX 9 ff.; — Züricher Kongreß über VII 7, 14; — Entscheidung über Krieg und Frieden VI 346; — Kriegsrüstungen VIII 314; IX 37; — Verantwortliche IX 39; — Kriegsgefahr VIII 454 f.; — Vorbereitungen zu VIII 315; — Kriegshetze IX 82 f., 93; — Eroberungskrieg IX 28; — Verteidigungskrieg IX 113 (siehe Landesverteidigung); — Krieg als Geschäft IX 50, 62; — Kriegerische Stimmung IX 51, 97; — Kriegsanstiftung IX 103, 105, 168, 214, 254, 261 (siehe Serbien, Note an); — Kriegskredite, Abstimmung IX 104 ff., 116, 124, 135, 165, 173, 184, 220; — Kriegslage, Kriegskarte IX 222, 234, 251; — Kriegsende IX 176; — Abrechnung IX 254; — Kriegszensur 109 f.; — Krieg und Revolution IX 51, 67, 233; — und Generalstreik IX 52; — Kriegskonferenzen IX 147 ff.; — Konferenzen der Internationale IX 127; — Bemühungen um Konferenzen IX 167, 185; — Konferenzen der Ententesozialisten IX 187; — Kriegsparteitag IX 194 ff.; — Weltkrieg IX 104 ff. — Siehe auch Balkankrieg, Militarismus.
 Krise (Wirtschaftskrise) VI 90, 234, 254, 302; VIII 160, 208.
 Kritik VI 148, 278; — wissenschaftliche VI 243; — und Autoritätsglaube VII 167; — nicht Nörgelei VIII 218. — Siehe auch Diskussion, Meinungsverschiedenheiten.

- Kroatien, Hochverratsprozeß IX 34; — Gewaltregime VIII 265 ff.; IX 49 f., 201. — Siehe Balkankrieg.
- Krone, Wortbruch der VIII 159; — und russische Revolution VII 134. — Siehe auch Kaiser, Dynastie.
- Kronländer, nationale Teilung VIII 137, 143, 162, 210; IX 154, 158.
- Kurie, Fünfte VIII 444. — Siehe auch Wahlrecht, Bürgerliche Parteien.
- Landagitation VI 216 ff., 349; VIII 66. — Siehe auch Agrarfrage.
- Länder siehe Kronländer.
- Landesverteidigung IX 127, 130, 164, 181, 249. — Siehe auch Krieg, Rußland.
- Landsmannminister VIII 148.
- Landtagswahlen, Preußische VI 242.
- Landtagswahlreformen VIII 156; — Böhmen VIII 163; — und die Regierung VIII 281 f.
- Lehrerverfolgung VIII 411 f.
- Liberale VI 70, 78, 90, 104, 241, 246; VII 97, 100; VIII 410, 437; — Ethik VIII 340 ff.
- Linke, Erklärung der IX 200 ff., 210.
- Lockspitzel VI 4, 36 ff., 152, 169.
- Lügen über Sozialdemokratie, Begünstigung der Obstruktion VIII 327; — Prostituierte als Wahlagitatorinnen VIII 430 f., 433 f. — Siehe auch K. k. Sozialdemokratie.
- Lügen als Mittel IX 216, 246.
- Macht, Politische VI 224; — Machtzuwachs der Arbeiter VI 248, 252, 271, 333, 335, 341; VII 10, 13, 21; — Schritt für Schritt VIII 286; — Machtposten VI 250; — Machtpositionen, Besetzung aller VIII 287; — Machtfragen VIII 148; — Machtpolitik IX 32; — Machtverhältnisse, Abwägung der VII 103; — Grenzen unserer Macht VIII 186; — Macht und Gewalt VIII 148; — Parlamentarische Macht siehe Parlament.
- Maifeier VI 102, 134, 176 ff.; VII 169; — Verteidigung der Deutschen VI 186 ff.; — auf dem Züricher Kongreß VII 7, 14 f.; — Paris VII 63, 68; — Maifeier im Krieg IX 205.
- Masse VI 305; — Fühlung mit der VIII 332. — Reaktionäre Masse siehe Reaktionäre.
- Massenstreik VI 278; VII 104; — Diskussion über VII 114 ff., 116 ff., 123, 124, 126, 128; — Kautsky über VII 124 f.; — Aufforderung zu VII 135; — und Neukonstituierung Österreichs VIII 235, 238. — Siehe auch Generalstreik, Resolutionen.
- Materialismus, geschichtlicher VI 230; — Fatalismus VI 302, 312. — Siehe auch Entwicklung.
- Meinungsverschiedenheit VI 168, 243 f., 249, 291; VIII 389; IX 206. — Siehe auch Diskussion.
- Merstallinger-Prozeß VI 3.
- Militärforderungen VI 228.
- Militarismus VI 346; VII 66, 73; IX 9 ff.; — und Demokratie IX 11 ff.; — Marx und Engels über IX 13 f.; — Revolutionärer Gehalt IX 14.
- Militarisierung IX 190.
- Militärstreik VII 14, 67. — Siehe auch Generalstreik.
- Ministerialismus VI 304 f.; VII 18, 21, 29, 31, 34 f., 43 f., 46, 56 f.; IX 205.

- Minister, sozialistische IX 167; — Angebot an österreichische Sozialdemokratie IX 210; — Intervention bei Ministern VIII 233.
 Ministerpensionen VIII 321.
 Ministerstürzen VIII 228.
 Minoritätenschutz VIII 139, 162.
 Mittel, zweckdienliche usw. VI 10, 57, 131, 132; VIII 329; — gesetzliche VI 131 f., 144; — außerparlamentarische IX 42; — mit allen Mitteln VI 133; — äußerstes (Massenstreik) VII 131, (Manifest für Massenstreik) VII 136; — schärfstes Mittel (Obstruktion) VIII 329, 333; — Schreckmittel VII 111.
 Mitteleuropa IX 133, 140 ff.
 Mitverwaltung VI 247.
 Monarchie, Klassen- VII 48. — Siehe auch Klassenstaat.
- Nation, Begriff der IX 114.
 Nation und Schule VI 346; — und Sozialdemokratie VIII 377 f.; — und Klassenkampf VIII 113; — als Rechtssubjekt IX 156.
 National, Wandlung des Begriffes IX 183.
 Nationale Frage VIII 135 ff.; — als Machtfrage VIII 148; — und Theorie VIII 383; — und Klasseninteressen VIII 136; — und Wahlrecht VIII 138; — und Österreich VIII 210; — innerhalb der Partei VIII 136 (siehe Gesamtpartei, Separatismus); — italienische siehe Italienische.
 Nationale Autonomie VIII 89, 138, 211, 244; — und Demokratie VIII 278 f.; — Rechtsboden für jede Nation IX 154.
 Nationaler Ausgleich VIII 167.
 Nationaler Egoismus VIII 48.
 Nationaler Föderalismus VIII 144.
 Nationales Freiheitsinteresse nicht Herrschaftsinteresse VIII 337.
 Nationaler Haß der Bourgeoisie VIII 64.
 Nationale Hetze VIII 144 ff.; — der Separatisten VIII 110, 113.
 Nationale Indifferenz der Sozialdemokratie VIII 138.
 Nationale Kämpfe VIII 376, 379.
 Nationaler Kataster (Personalitätsprinzip) VIII 142; — Schulforderungen der Tschechen VIII 111; — Solidarität der Tschechen VIII 100; — Unduldsamkeit VIII 48; — Wanderung VIII 113.
 Nationalität, guter Deutscher VIII 81, 161, 164, 165, 166; IX 183; — Konstituierung als Nation VIII 162.
 Nationalitätenbundesstaat VIII 143.
 Nationalitätenprogramm VI 349; VIII 89, 140 ff.; IX 264; — Ausgestaltung VIII 167 f.
 Nationalkammern IX 260.
 Nationalpolitische Programme VIII 115, 141.
 Nationalrat IX 156.
 Nationsverräter siehe Vaterlandslose Sozialdemokratie.
- Obstruktion siehe Parlament, Mittel, schärfste.
 Offensive in Italien IX 234.
 Öffentlichkeit VI 144.
 Omladinaprozeß VIII 45.
 Opportunismus, echter und falscher VIII 287; — Hyper- VI 253.
 Opportunistische Partei VI 219, 227. — Siehe auch Reformpartei, Revisionismus.
 Oppositionelle Parteien, Stellung zu VIII 196 f.

Österreich, Verantwortung für VII 24; — Wert des Lebens VII 132; — Demokratischer Völkerstaat VIII 80, 142; IX 243; — Ekel an VIII 117, 232 ff.; — Zugrundegehen und Sozialdemokratie VIII 135; — als Friedensstörer VIII 158; — Neues Österreich VIII 164, 183, 209; — Zerfall Österreichs VIII 178 ff.; — Staatsgedanke VIII 190; — Wahlrecht und Staatskrise VIII 192; — altgewordenes Österreich VIII 202; — auf dem Schindanger der Weltgeschichte VIII 202 ff.; — Marasmus VIII 203; — Schicksal Österreichs und die Arbeiter VIII 204; — und seine Staatsmänner VIII 235; — Wenn Österreich verfault VIII 234 ff., 238; — Misthaufen Europas VIII 248; — Lähmung VIII 278; — Aus-spucken vor VIII 333; — Großösterreich IX 42; — Zerschlagung in Unterstaaten IX 154.

Paragraph-2-Versammlungen VI 15, 81, 93.

§-14-Verordnungen VIII 198 (siehe Parlament); — Hochenburgers Rede VIII 474.

§ 23 siehe Preßgesetz.

Parlament, der einzige Boden VIII 145; — Kurienparlament VIII 152; — Verlangen nach Obstruktion VIII 165 f.; — Obstruktion gegen Badeni VIII 178 ff.; — Geschäftsordnungsbruch des Abrahamowicz VIII 185; — Sozialdemokratie und Obstruktion gegen Badeni VIII 195; — Ordnung im Parlament VIII 201; — Schicksal des Parlaments nicht gleichgültig VIII 204; — Appell an die privilegierten Wähler VIII 206; — Grenzen der parlamentarischen Macht VIII 214 ff.; — Bedingungen der Obstruktion 219 ff., 224; — Außerparlamentarische Tätigkeit VIII 236; — und allgemeines Wahlrecht VIII 250 f.; — Kampf um das VIII 277 ff.; — Pult-deckelkonzert VIII 295, 307, 312; — Notwendigkeit der Budgetberatung VIII 297; — auf Kündigung VIII 300; — und bürgerliche Parteien VIII 303; — Tschechischradikale Obstruktion und Regierung VIII 308, 312 ff., 315 ff.; — Arbeitswillige Parteien VIII 313; — Obstruktion und Sozialdemokratie VIII 313; — Regierung Bienenrath gegen VIII 318; — Obstruktion der Agrarier VIII 320; — Kompromiß mit Obstruktion VIII 322; — Obmännerkonferenz wegen Obstruktion VIII 324 f.; — § 14 und Obstruktion VIII 328 ff.; — Taktik der Obstruktion VIII 332; — Zerstörung des IX 152; — Proporz IX 154; — Ausschaltung IX 236.

Parlamentarismus VI 154, 163, 170; — Hainfelder und Wiener Programm über VI 320; — Zürich VII 9, 62; — Scheinparlamentarismus VIII 194.

Parteien, bürgerliche, siehe Bürgerliche.

Partei, sozialdemokratische, Österreichische (Gesamtpartei) VIII 14, 16, 40 ff., 103 f.; — Föderalistische Organisation VIII 41; — Sprachliche Scheidung VIII 41; — Nationale Organisation VIII 46 ff., 84; — Zusammenfassung der nationalen Organisationen VIII 51; — Gesamtparteitag VIII 58, 85; — Gesamtexekutive VIII 59; — deutsche sozialdemokratische Organisation VIII 55 f.; — internationales Niveau VIII 95 f.; — Nationale Selbständigkeit VIII 64; — Nationale Autonomie in der Partei VII 106; VIII 70, 72, 80; — Internationale Geschlossenheit VIII 106; — Nationale Reibungen VIII 73 ff.; — Internationale Disziplin VIII 75; — Gesamtpartei im Parlament VIII 76 ff., 136, 168, 184 f., 208; — Nationale Schwierigkeiten VIII 85; — Diskussion in der VIII 87; — Rekonstruktion der Gesamtpartei VIII 118; — Verhältnis zu den Bruderparteien VIII 82 ff., 122 ff.

Parteidisziplin VI 269, 273, 282; IX 173; — Internationale VIII 75.

- Parteitage**, ihre Bedeutung VIII 43; — Verzeichnis der IX 267. --
 Siehe auch Internationale.
- Patriotismus** VIII 154, 194.
- Pazifisten** siehe Friedensfreunde.
- Pfaffenfresserei** VI 217.
- Polen** VIII 170 ff.; — Polnische Wahlen VIII 176; — Polnische Legion 1849 VIII 171; — Befreiung Polens VI 228; IX 135 ff., 161, 236; — Besetzung Polens IX 239; — Polnische Sozialdemokratie IX 135 ff.; — und Gesamtpartei IX 138, 148; — Austro-polnische Lösung IX 246, 260.
- Politische Macht** siehe Macht.
- Politische Rechte** VI 13, 56 ff., 74 f., 153.
- Presse**, bürgerliche VI 17, 70 ff.; VIII 378; — Parteipresse VI 96 f.
- Preßgesetz** (§ 23) VI 96.
- Privilegien** siehe Bürgertum.
- Produktivassoziationen** siehe Genossenschaften.
- Programm** VI 127, 317, 336.
- Proletarisierung** VI 302.
- Proletarischer Charakter** VI 262.
- Proletarische Ziele** VIII 287.
- Propaganda der Tat** VI 4; — Siehe Anarchismus.
- Provinzen** siehe Kronländer.
- Radaupolitik** VIII 186.
- Radikalismus**, Radikale VI 142, 151, 163; VII 169.
- Reaktionäre Masse** VIII 337, 348 ff., 391 f., 443.
- Rechtsbewußtsein des Volkes** siehe Mittel, zweckdienliche.
- Reformismus** siehe Revisionismus, Opportunismus.
- Reformpartei** VI 135; — demokratisch-sozialistische (Bernstein) VI 236.
- Regierung**, ausführendes Organ der Besitzenden VIII 183; — der starken Hand VIII 148.
- Religion** VI 217, 342, 345; VIII 375. — Siehe auch Kirche, Pfaffen.
- Republik**, Für die IX 258 ff.
- Republik**, Klassen- VII 48.
- Republikaner** VIII 153.
- Resolutionen** VI 139; VII 111; VIII 237.
- Resolution über politische Rechte** (Versammlung der „Wahrheit“) VI 13; — Kongreß in Hainfeld VI 63; — geplantes Sozialistengesetz (Schwenderversammlung) VI 8; — Frauenwahlrecht VI 142; — Parteispaltung VI 142; — Organisation während des Sozialistengesetzes (Gotha) VI 159; — Aufruf der deutschen Sozialdemokratie zur Maifeier VI 183; — Maifeier 1891 VI 186; — Maifeier in Deutschland 1892 VI 188, 1893 VI 196; — Internationalen Kongreß Brüssel VI 189, 195; Zürich VI 195; — Zürich über Friedenskundgebung VI 192; VII 68; — Agrarfrage Frankfurt VI 204; — Agrarkommission VI 204; — Agrarprogramm Breslau VI 209; — Revisionismus Hannover VI 239; — Lübeck VI 243; — Dresdner Beschluß VII 32; — Budgetbewilligung Frankfurt VI 259; — Zulassung von Anarchisten Zürich VII 6; — Internationale Taktik Paris VII 33; — Amsterdam (Adler-Vandervelde) VII 34 f., 36, 39; — Militarismus und Krieg Brüssel VII 66; — Amendement Nieuwenhuis Militärstreik VII 67; — Internationaler Kongreß in Wien 1913 VII 75; — Taaffesche Wahlreform und Massenstreik 1894 VII 89, 91, 92; — Achtstundentag und Massenstreik VII 89, 91, 92; — Generalstreik: Dresden 1903, Bremen 1904,

- Jena 1905, Mannheim 1906, Gewerkschaftskongreß Köln 1905, Amsterdam 1904 (Roland-Holst), Salzburg 1904 VII 114; — Massenstreik für Wahlrecht 1905 (Resolution und Manifest) VII 136; — Frauenwahlrecht Stuttgart VII 147; — Gewerkschaft und Partei: Gewerkschaftskongreß 1893 VII 170; Parteitag 1894 VII 170; Köln 1893 VII 170; — Gewerkschaft und Bildungsverein VII 177; — Genossenschaften 1896, 1897 VII 178, 180; 1899 VII 187, 189; — Einheit der Gewerkschaften: Stuttgart VIII 11, 14; Kopenhagen VIII 13; — Nationale Organisation der Partei (1896 Prag) VIII 46, 62; — Dualismus VIII 72; — Gesamtpartei 1897 VIII 84: Erklärung zum Staatsrecht VIII 78; — Verhältnis zu Bruderparteien VIII 106, 121; — Nationalitätenprogramm VIII 140; — Vermittlungssprache VIII 143; — Aufhebung des Standrechtes VIII 164; — Ausgestaltung des Nationalitätenprogramms VIII 169; — Ungarisches Wahlrecht, Reichskonferenz 1905 VIII 254, 257; — Zarismus VIII 276; — Triester Konferenz über Italien und Kriegsgefahr VIII 304; — Obstruktion 1913 VIII 328; — Deutschnationale Bewegung VIII 396; — Bürgerliche Arbeiterparteien VIII 445; — Militarismus und Krieg Brüssel 1891 VII 66; — Amendement Niewenhuis Militärstreik VII 67; — Zürich 1893 IX 8; — Amendement der Holländer auf Militärstreik IX 8; — Stuttgart 1907 (Amendement Adler-Vandervelde) IX 16, 175; — Internationales Büro 1908: Resolution Vaillant zur Annexion IX 21; — Amendement Adler IX 22; — Dringlichkeitsantrag zur Annexionskrise 1909 IX 24; — gegen die österreichische Intervention und Kriegshetze 1912 IX 71; — der Reichskonferenz über Parlament und Amnestie IX 159; — Änderungsantrag Fritz Adler IX 159; — Antrag Keir Hardie-Vaillant über Kriegsstreik, Antwort der Österreicher IX 167; — der Reichskonferenz über Kriegsbeendigung IX 177; — für Frieden IX 188; — Friedensresolution der deutschen Sozialdemokratie IX 192; — über Friedensverhandlungen 1917 IX 224; — Sozialdemokratischer Beschluß über Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes IX 251, 259, 262; — Erklärung in der Nationalversammlung IX 264; — Eintritt in die Deutsche Nationalversammlung IX 269.
- Revisionismus VI 222 ff., 305; VII 29 f., 45.
- Revolution VI 27; VII 155 f.; IX 262 ff.; — oder Reform VI 130, 149, 151, 162; — (Bernstein) VI 236; — Revolutionierung der Gehirne VI 28, 173; — Revolutionsphraseologie VI 303; — im Heugabelsinn VIII 359; — russische siehe Rußland.
- Revolutionär VIII 165; IX 11; — Ton VIII 394.
- Revolutionäre Partei VI 56, 173, 337.
- Russisch reden VII 128.
- Rußland: Russische Revolution 1905 VII 122; VIII 271 ff.; — Russische Anleihen und Bourgeoisie VIII 275; — Gegenrevolution VIII 276; — Russische Revolution 1917 IX 18, 197, 202, 214, 217, 231, 232 ff.; — Verteidigung gegen IX 10, 164, 214. — Siehe auch Zarismus.
- Ruthenen VIII 170 ff.; — Ruthenendeputation VIII 173 ff.
- Schüsse auf Arbeiter: Falkenau und Ostrau VII 113; VIII 403; — Italien VII 115; — Nach der Versammlung im Sophiensaal VII 137; — Triest VII 155; VIII 225; — Lemberg VIII 225; — Graslitz VIII 141; — Graz VIII 180; — Ottakring VIII 449, 470; — Drohobycz VIII 455, 472.
- Selbstbestimmung der Völker IX 57 siehe Resolution.
- Selbstkritik VI 230; VIII 214.
- Separatismus VIII 9 ff.; — Zentralisten, Ausschließung, VIII 29; — Spaltung der tschechischen Partei VIII 27, 83, 99, 123 f.; — und Ab-

- geordnetenverband VIII 37; — Gewerkschaftskongreß und Parteitag VIII 37; — Gegenkandidaten VIII 38, 101; — politischer VIII 53.
- Serbien, Note an IX 104, 168, 254. — Siehe Kriegsanstiftung, Balkan, Südslawen.
- Siegfriede IX 198, 234, 256.
- Skepsis VI 303, 305.
- Skeptizismus VI 253.
- Solidarität VIII 118; — nationale VIII 100. — Siehe Nationale.
- Sozialdemokratie, siehe Partei, sozialdemokratische.
- Sozialisierung VI 241. — Siehe auch Genossenschaftlichkeit.
- Sozialismus als Wissenschaft VI 309. — Siehe Wissenschaft, Theorie.
- Sozialistengesetz, deutsches VI 5, 43 ff., 159; VII 165; — österreichisches VI 7, 8, 107.
- Sozialpolitiker, Partei der VIII 388.
- Sozialreform VI 28, 135 f., 138; — Bismarksche VI 309, 321; — Hainfeld 320. — Siehe auch Arbeiterschutz, Achtstundentag.
- Spaltung VI 109 ff., 126 f.; — in Frankreich VII 50; — in Deutschland IX 163, 170; — der tschechischen Partei siehe Separatismus.
- Spitzel siehe Lockspitzel.
- Sprachenverordnungen VIII 67 ff., 195, 381.
- Staat VI 271 siehe Klassenstaat, Monarchie, Republik.
- Staatserhaltende Parteien siehe Bürgerblock, Bürgerliche.
- „Staatserhaltende“ Sozialdemokratie siehe K. k.
- Staatsrecht, böhmisches VIII 141 f., 209.
- Staatssozialisten VI 229.
- Staatssprache VIII 143 siehe Vermittlungssprache.
- Standrecht in Prag VIII 146, 294 ff.
- Starke Hand, Regierung der VIII 148.
- Stichwahlen VI 265, 285; — gegen Klerikale VIII 291.
- Stockholm IX 208 ff., 229.
- Streik VI 100; — Verzweiflungsstreik VI 177; — Streikfieber VII 109; — verlorene Streiks VII 168; — der Gasarbeiter VII 174; VIII 44; — der Textilarbeiter VII 183; VIII 204; — Bergarbeiter VIII 204; — Straßenbahner VIII 369 ff.
- Studenten VIII 149 f.
- Südslawen, Streben nach Selbständigkeit IX 48, 52.
- Symbole VI 247 f., 250, VIII 297.
- T**agesarbeit siehe Gegenwartsarbeit, Kleinarbeit; — revolutionäre Bedeutung VI 238; VIII 334, 401; — Überschätzung VI 252; — und Ziel VI 298; VII 28; IX 212.
- Teuerung VIII 447 ff., 452 ff., 456.
- Theorie VI 231, IX 110, 118, 174, 182. — Siehe Wissenschaft.
- Thronfolger heimlicher Kaiser VIII 153; — Thronfolgerpartei VIII 454 f.; — Ehrfurcht vor IX 43 ff.; — Kriegshetze IX 64; — Cäsarewitsch IX 64.
- Thronrede siehe Hofgang.
- Tradition der Partei VI 248.
- Trotz VI 246; — rebellischer VI 253.
- Tschechen siehe Nation, Universität, Separatismus, Gesamtpartei; — in Wien VIII 76, 95.
- Türkische Revolution IX 34.

- Umlernen IX 188.
 Umsturzvorlage VI 214.
 Unabhängige VI 111 ff., 127, 139, 150 ff.; in Deutschland VII 9, 13. — Siehe Anarchisten, „Junge“, Spaltung.
 Ungarn VIII 254 ff.; — Los von VIII 72; — und Balkan VIII 159; — Demokratisierung VIII 254, 263; — und Dynastie VIII 262; — und Österreich VIII 289; — Geheimvertrag mit VIII 462. — Siehe auch Ausgleich.
 Universität, tschechische VIII 304; italienische siehe Italienische.
 Unterseebootkrieg IX 222, 223.
- Vaterlandslose Sozialdemokratie VIII 158, 161, 194, 298, 378.
 Vaterlandsverräter IX 99.
 Verelendung VI 28, 227, 240, VIII 360.
 Verelendungstheorie VI 242, 302, 312, 323 f., 339, 353.
 Verfassungsrevision VIII 239 ff.; IX 155; — Antrag Pernerstorfer VII 93. — Siehe auch Kreisverfassung.
 Antrag Pernerstorfer VII 93.
 Verkehrssprache siehe Vermittlungssprache, Staatssprache.
 Verleumdungen siehe Lügen.
 Vermittlungssprache VIII 139.
 Verteidigungskrieg siehe Krieg.
 Verzweiflungsausbruch VIII 214, 450, 470. — Siehe Streik.
 Vizepräsidentschaft in Deutschland VI 249 f.; — in Österreich VIII 169, 291. — Siehe Hofgang.
 Volk, Verständlichkeit für VI 262.
 Völkerrecht, neues IX 185.
 Volksbewaffnung IX 13 f.
 Volkserhebung VII 83 f. siehe Insurrektion, Generalstreik, Verzweiflungsausbruch.
- Wahlagitation, nicht parteigemäße VIII 331.
 Wahlbündnisse VII 21.
 Wahlrecht, allgemeines VI 6, 65, 102, 118, 133, 152, 161; — Züricher Kongreß VII 9, 15; — und Staatskrise VIII 192, 211 f.; — Überschätzung VIII 222; — nicht die Rettung Österreichs VIII 243; — Anfang und nicht Ende VIII 244 f., 290, 330 f.; — und nationale Frage VIII 251; — noch nicht Neuösterreich VIII 310; — die politische Luft VII 133; VIII 331; Wahlrechtsbewegung VIII 399.
 Wahlrechtsraub VIII 418 f.
 Wahlreform, Taaffesche VII 80 ff, 91 ff.; — Geschichte der VII 93 f.; — Reichskonferenz VII 87, 93; — Koalitionsministerium VII 98 f., 113.
 Wahlschwindel VIII 418 f.
 Wahrheit VI 318, VII 14.
 Wassersuppensozialisten VI 3, 23. — Siehe Merstallinger-Prozeß.
 Weltkrieg IX 80, 99, 104 ff. — Siehe Krieg.
 Weltpolitik siehe Imperialismus.
 Wien, Christlichsoziale Herrschaft VIII 199. — Siehe auch Wahlschwindel.
 Wirtschaftsgenossenschaften VI 242, 347. — Siehe Genossenschaften.
 Wissenschaft VI 22, 309, 318; — Textauslegung VI 240. — Siehe Theorie.
 Wohnungsteuerung VIII 460 f.

- Zarismus VIII 274, IX 61, 63, 99, 113 ff. — Siehe Rußland.
 Zeitungsstempel VIII 198.
 Zentralisation VI 120 f., 123, 142: — der Gewerkschaften VII 173.
 — Siehe Föderalismus.
 Zentralismus, Wiener und Prager VIII 15, 137, 142.
 Zeremonien VIII 282 f.
 Ziel, letztes VI 163; der Partei VI 340. — Siehe Endziel.
 Zimmerwald IX 130, 170, 177, 216.
 Zölle VI 220 ff.; IX 142.
 Zollunion mit Deutschland IX 142.
 Zuckersteuer VIII 196, 198.

Druckfehler.

Von den Druckfehlern, die bei einem so umfangreichen Werk unvermeidlich sind, sei einer, der eine zur Zeit des Erscheinens des Werkes allgemein erörterte Angelegenheit betrifft, richtiggestellt. Im Band VI soll es auf Seite 43 (Zeile 7 von unten) richtig heißen, daß Max Hödel, dessen angebliches Attentat auf Wilhelm I. den Vorwand zum Sozialistengesetz gegeben hat, am 16. August (nicht April) 1878 hingerichtet wurde.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	5
 Militarismus und Krieg.	
Stellung der Sozialdemokratie im Kriegsfall (Intern. Kongreß, Zürich 1893)	9
Militarismus und Demokratie (Parteitag 1903)	11
Militarismus und internationale Konflikte (Intern. Kongreß, Stuttgart 1907)	16
 Die Annexionskrise.	
Das Verbrechen der Annexion (Intern. Büro, Brüssel, 12. Oktober 1908)	21
Friedenskundgebung im Abgeordnetenhaus (Der Friedensantrag vom 26. März 1909)	23
Äußere Politik und Rüstungen (Parteitag, Reichenberg 1909) . . .	29
Ehrfurcht vor der Kriegspartei (Parlament, 7. Dezember 1911) . .	43
 Der Balkankrieg.	
Gegen eine Intervention Österreichs (Versammlung, 14. Oktober 1912)	46
Krieg dem Kriege (Intern. Büro, 28. Oktober 1912)	53
Der Krieg und die Internationale (Parteitag 1912)	55
Keinen Krieg! (Parteitag 1912)	74
Die Friedensversammlung im Baseler Münster (Intern. Kongreß, 24. November 1912)	75
Die internationale Aktion gegen die Kriegsgefahr (Kongreß, Basel 1912)	78
Kriegsgefahr und Preßfreiheit (Versammlung, 28. November 1912) .	81
Gegen den Krieg und die Kriegshetzer (Parlament, 28. November 1912)	85
 Der Weltkrieg.	
Um den 4. August (Diskussion der Wiener Vertrauensmänner nach Kriegsbeginn)	104
Das Märchen von den Formeln und dem Typus („Volkstribüne“, 5. Mai 1915)	121
Auf dem Wege zur Internationale („A.-Z.“, 14. November 1915) . .	126
Politische Tagesfragen im Kriege (Sozialdemokratischer Klub, 15. und 16. Dezember 1915)	133
Die polnische Sozialdemokratie und der Polenklub („A.-Z.“, 20. Jänner 1916)	135
Mitteleuropa (Konferenz in Berlin, 9. Jänner 1916)	140

Kriegskonferenzen.

Reichskonferenz vom 25. bis 28. März 1916 (Österreich nach dem Kriege)	147
Die Partei und die Internationale	164
Das Proletariat und der Friede (Reichskonferenz, 4. November 1916)	184
Die Arbeiter im Kriege (Arbeitertag, 5. November 1916)	190
Die Friedensresolution der deutschen Sozialdemokratie (Deutscher Parteiausschuß, 14. April 1917)	192
Kriegsparteitag (Parteitag 1917)	194
Die Erklärung der Linken (Parteitag 1917)	200
Stockholm, die Internationale und der Friede (Parteitag 1917)	212
Kautsky und die „Neue Zeit“ (Parteitag 1917)	227

Der Endkampf um den Frieden.

Große Friedenskundgebung (Konzerthaus, 12. November 1917)	229
Die russische Revolution und der Friede (Versammlung, 6. Dezember 1917)	232
Antwort an General Hoffmann (Budgetausschuß, 17. Jänner 1918)	234
Der Jännerstreik (Arbeiterrat, 19. Jänner 1918)	237
Allgemeiner Ausstand und Friede (Parlament, 22. Jänner 1918)	239
Die Friedensziele des Proletariats (Parlament, 20. Februar 1918)	243
Der sozialdemokratische Friedensantrag (Parlament, 3. Oktober 1918)	250

Die Revolution.

Für die Republik (Nationalversammlung, 21. Oktober 1918)	262
Eintritt in die Deutsche Nationalversammlung (Staatsrat, 9. November 1918. Letzte Rede Adlers.)	267
Sozialdemokratische Parteitage	271
Index	273



AX 000 864 076

